

Karl Beddies
Büchsenmacher
Hildesheim

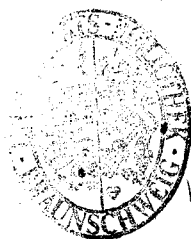


UB Braunschweig 84



4725-975-9





4725-9759

Verzeichnis
der
Verhandlungs-Gegenstände
der
Stadtverordneten-Versammlung
zu
Braunschweig
im Jahre 1909/1910.

1002328

Waisenhaus-Buchdruckerei Braunschweig.

Uebersicht

der

Verhandlungs-Gegenstände.

A. Nach der Zeitfolge.

I. 8. April 1909.

	Seite
1. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters	3
2. Wahl der Ausschüsse und Deputationen	4
3. Wahl von Mitgliedern der Armenverwaltung	8
4. Wahl von Bezirksvorstehern und Armenpflegern	8
5. Verkauf von Böschungsterrain	9

II. 21. April 1909.

6. Veränderungs- und Wertzuwachssteuer, sowie Gehaltsaufbesserung für die städtischen Beamten und Lehrer, in Verbindung mit dem Antrage Hesse auf Erhöhung der Bezüge der städtischen Hilfsarbeiter	12
7. Umbau der Neustadtmühle	43
8. Aenderung des Umbauprojektes für die Schule am Südklint	50
9. Umbau des Brausebades an der Ferdinandstraße	51
10. Umbau des früher Knobbeshagen Hauses	51
11. Instandsetzung des Geiershagen	55
12. Banlichkeiten auf dem ehemaligen Stadtkassengrundstücke usw.	55
13. Ausbau projektierter Straßen	56
14. Rigolarbeiten auf dem Rieselgute	57

III. 6. Mai 1909.

15. Antrag Bunge: Einführung einer Arbeitslosenversicherung	60
16. Anordnung von Vorgärten für verschiedene Straßen	74
17. Einrichtung von Hörfässen	75

	Seite
18. Uebersicht über die stadtseitig gezahlten Löhne und Antrag Wesemeier auf Lohnerhöhung für die städtischen Arbeiter	75
19. Ankauf einer Fläche an der Frankfurterstraße	90
20. Mittel für eine Beilage zum Jahresberichte der Oberrealschule	91
21. Einführung des Spielbetriebes für die mittleren Mädchenschulen	91
22. Weichenverlängerung der Straßenbahn auf der Fallersleberstraße	97
23. Nachverwilligung von Mitteln für Schwimmunterricht	97
24. Gleisverlegung der Straßenbahn auf der Brabantstraße	97
25. Verpachtung der Flußbadeanstalt für das weibliche Geschlecht	98
26. Umbau des früher Knobbschen Hauses	100
27. Ausbau eines Teiles der Bertramstraße	103
28. Niederlegung von Gebäuden	103
29. Niederlegung des Rehkopfschen Hauses	104
30. Instandsetzung verschiedener Straßen	104
31. Errichtung einer Schulturnhalle an der Bürgerstraße	105
32. Errichtung einer Schulturnhalle an der Leopoldstraße	106
33. Ausbau der Glückstraße	107

IV. 27. Mai 1909.

34. Prüfung der Haushaltsrechnungen von 1906/07	111
35. Uebergangs- ufw. Vorschriften für das Statut über Unterhaltung des Ausgleichsfonds	111
36. Einführung des Handfertigkeitsunterrichts für Knaben	113
37. Aenderung der Ordnung für die städtische Realschule	115
38. Erlaß eines neuen Statuts, das Kaufmannsgericht betr.	116
39. Einführung der Berufsvormundschaft	122
40. Zulegung einer Fläche zum Stadtgebiete	122
41. Wegebefestigung auf dem Nieselgute	123
42. Instandsetzung der Beckenwerferstraße	123
43. Einbau einer Straßenbahnweiche an der Görtelingerstraße	125
44. Einbau von Straßenbahnweichen am Bruchtorwall ufw.	125
45. Antrag Wesemeier: Gewährung eines Lohnaufschlages für Arbeitsüberstunden	126
46. Antrag Ohlendorf: Rehrichtabfuhr von der Reuterstraße	129
47. Anfrage Kalms: Vergrößerung der höheren Mädchenschule	130
48. Anfrage Henking: Indienststellung der Sprengwagen	130
49. Anfrage Frick: Inkraftsetzung der Straßenpolizeiordnung	130
50. Anfrage Wesemeier: Pflasterungsarbeiten an der Wendenstraße	131
51. Anfrage Niese: Stand des Bahnhofsanbauprojektes	131
52. Baulichkeiten im Altstadtrathause	132
53. Wahl von Stadtverordneten zur Teilnahme am Städtetage	133
54. Abänderung des Statuts über die Veränderungs- und Wertzuwachssteuer	133
55. Statut über die Befoldung der städtischen Beamten und Lehrer	140
56. Füllvorrichtung auf dem Grundstücke des alten Wasserwerkes	148
57. Einleitung des Zwangsenteignungsverfahrens	158

V. 17. Juni 1909.

	Seite
58. Abrechnung über städtische Bauten	162
59. Zuwendungen an den Verein „Volkslesehalle“	163
60. Uebernahme einer Vergütung auf die Kammereikasse	167
61. Antrag Ohlenborg: Kehrichtabfuhr von der Reuterstraße	167
62. Aenderung des Daches auf dem Handelskammergebäude	168
63. Aenderung des Statuts über den Schlachthausbetrieb	169
64. Aenderung der Straßenpolizeiordnung	171
65. Ankauf eines Grundstücks an der Friesenstraße	173
66. Antrag auf Darreichung von Speisen und Getränken im Tennishause	175
67. Berechnung der Kosten für Neu- und Umbauten auf dem Marstallgrundstücke	178
68. Gasrohrverlegung auf der Lutterstraße	179
69. Ankauf eines Grundstücks an der Wilhelmstraße	179
70. Abkommen wegen Lieferung elektrischen Stroms für eine Kompressoranlage	181
71. Ankauf eines Teilgrundstücks am Südklinte	182
72. Aenderung der Ordnung für die Oberrealschule	182
73. Aenderung der Ordnung für die Realschule	183
74. Instandsetzung des Bienröder Weges	183
75. Einsprache gegen die Anordnung von Vorgärten	184
76. Antrag auf Erteilung einer Bauerlaubnis und auf Gewährung eines Darlehens	184

VI. 30. Juni 1909.

77. Antrag Tolle: Verkauf des Terrains am Augustplatz	194
78. Vertrag wegen Errichtung einer gemeinschaftlichen Heizanlage mit dem Waisen- hause	194
79. Verlegung eines Wasserrohres in der Rosentwete	210
80. Vorgärten für die Südseite der Jasanenstraße	210
81. Errichtung eines zweiten Wasserwerkes im Süden der Stadt	210
82. Zuwendung für das kaufmännische Lehrlingsheim	223
83. Ueberlassung von Steinmaterial an die Feldmarksgemeinde Hagen	223
84. Instandsetzung der Petersilien- und der Jakobstraße	223
85. Instandsetzung der Mönchstraße	224
86. Herrichtung eines Standgleises am Marstall	224
87. Beschaffung der inneren Einrichtung des Archiv- und Bibliothekgebäudes	226
88. Fußwegbefestigung in der Oberbergstraße	228
89. Verlegung von Kanal-, Gas- und Wasserrohren auf dem Niddagshäuserwege	228
90. Aenderung der Baulinie am Niddagshäuserwege	230
91. Annahme eines Vergleichsvorschlages	230
92. Anfrage Kalm: Verunreinigung des Okerwassers	231
93. Antrag Löschigk: Schutzvorrichtungen an den Straßenbahnwagen	232

VII. 2. September 1909.

94. Ergänzung der Lieferungsbedingungen des Lichtwerkes	234
95. Antrag Löschigk: Schutzvorrichtungen an den Straßenbahnwagen	236

	Seite
96. Ankauf zweier Flächen der Interessentschaft Niddagshausen	237
97. Veränderungs- und Wertzuwachssteuer betreffend	237
98. Instandsetzung eines Teiles des Kadeklintes	252
99. Nachverwilligung von Kosten für Unterhaltung des Stadtparks	252
100. Nachverwilligung von Kosten für Arbeiten im Wirtschaftsgebäude daselbst	254
101. Neubefestigung eines Teiles der Kopfstraße	255
102. Erwerb von Flächen zum Ausbau der Glückstraße usw.	257
103. Abfindung von Pächtern am Bienröderwege usw.	257
104. Erwerb von Flächen an der Friesenstraße	259
105. An- und Verkauf von Flächen an der Hildesheimerstraße	259
106. Fahrbahnbefestigung einer Strecke der Adolfsstraße	260
107. Beleuchtung des Friedrich-Wilhelms-Platzes.	260
108. Abkommen wegen Herausgabe einer Kaution.	262
109. Anbringung einer Steinbank auf der Kaiser-Wilhelm-Straße	263
110. Wiederherstellung des Schornsteinkopfes auf dem alten Wasserturme	263
111. Herrichtung einer Badegelegenheit im Rathause	263
112. Aufnahme eines Prozesses wegen Entschädigung	264

VIII. 30. September 1909.

113. Gaslieferung an den hiesigen Verein für Luftschiffahrt	270
114. Apytierung von Nieselgutsländerei	271
115. Aufhebung eines Teiles der alten Blumenstraße.	271
116. Erwerb einer Fläche an der Griesmaroderstraße	272
117. Aenderung der Bedingungen für die Abgabe von Gas	272
118. Versorgung der Gemeinde Griesmarode mit Gas	300
119. Zuschuß für den Verkehrsverein	302
120. Aenderungen an der Gehaltsordnung der Bürgereschullehrkräfte	305
121. Desgl. an der Ordnung der gehobenen Mädchenschulen	310
122. Erklärung des Bienröder Weges zur Ortsstraße	311
123. Umbau der hiesigen Staatsbahnhöfe	311

IX. 21. Oktober 1909.

124. Prüfung der Rechnungsabschlüsse der Kammereikasse usw. für 1908/09	362
125. Prüfung des Verwaltungsberichtes der städt. Licht- und Wasserwerke für 1908/09	364
126. Umbau der Eisenblütteler Mühle	366
127. Vergütung für Beaufsichtigung des Nachtwachwesens	366
128. Erwerb einer Fläche an der Hamburgerstraße	367
129. Erhöhung des Zuschusses an die Sanitätshauptkolonne vom Roten Kreuz	368
130. Ausbau eines Teiles der Waterloostraße	368
131. Ausgestaltung der Fenster im Gewandhausgiebel	369
132. Ähnliche Aenderungen im Innern des Gewandhauses	379
133. Erhöhung des Zuschusses für die Abendfortbildungsschule	379
134. Aufnahme von künftigen Einzelbarlehen	380

	Seite
135. Erklärung der Glückstraße zur Ortsstraße	383
136. Beschaffung einer automobilen Drehleiter für die Feuerwehr	383
137. Uebernahme einer Verpflichtung	384
138. Antrag Bunge: Aufhebung der Bürgerrechtsgebühr	384
139. Antrag Wesemeier: Ergebnis der Gemeindesteuer-Einschätzung betr.	385

X. 18. November 1909.

140. Teilweise Rückzahlung eines Pachtgeldes	389
141. Beseitigung eines Schornsteins auf dem Grundstücke der Neustadtmühle	390
142. Antrag Wesemeier: Ergebnis der Gemeindesteuer-Einschätzung betr.	390
143. Antrag Bunge: Aufhebung der Bürgerrechtsgebühr	391
144. Ueberweisung einer Summe an den Neubaufonds der Kanalbaukasse	392
145. Erhöhung des Zinsfußes für gestundetes Kaufgeld	393
146. Abänderung eines Pachtvertrages	393
147. Verlegung des Wasserzuleitungsrohres im Kennel	394
148. Reinigung der Bedürfnisanstalten betr.	394
149. Anderweite Verbuchung des Grundstückwertes zweier Gebäude	396
150. Ausbau der Korfesstraße	397
151. Ermietung eines Ackerplans	398
152. Anordnung für die Bebauung der Straßen Nr. 486 und 487	402
153. Vertrag mit Gliesmarode wegen Lieferung von Wasser	403
154. Vertrag mit Gliesmarode wegen Lieferung von Gas	403
155. Antrag Pöschigk: Schutzvorrichtungen an den Straßenbahnwagen	403
156. Straßenanlagen auf den Effertischen Grundstücken	405
157. Antrag Henking: Verbesserungen im Straßenbahnbetriebe	406
158. Anfrage Frede: Erwerb eines Spielplatzes im Westen der Stadt	408

XI. 9. Dezember 1909.

159. Abänderung der Endpunkte zweier Straßenbahnlinien	412
160. Einführung des Besuchszwanges bei der städtischen Fortbildungsschule	412
161. Antrag Henking: Verbesserungen im Straßenbahnbetriebe	413
162. Zuwendung an die Köbbeckesche Diensthotenanstalt	413
163. Verrechnung von Stempelposten	413
164. Anschaffung von Büchern für die Bürgerschulen	416
165. Erhöhung des Zuschusses für den Verein für Sommerpflegen	416
166. Einrichtung von Sonderturnkurven	420
167. Kanalisation der Waterloofstraße	424
168. Verglasung der Fenster im südlichen Gewandhausgiebel usw.	424
169. Aenderung der Baulinien für verschiedene innerstädtische Straßen	425
170. Errichtung einer provisorischen Okerbrücke	425
171. Ankauf einer Fläche zum Katreppeln	426
172. Stromabgabe vom Lichtwerk an benachbarte Dorfgemeinden	427
173. Anfrage Jasper: Beerdigungen betreffend	428
174. Antrag Kleinknecht: Bekämpfung der Tuberkulose	429

VIII

XII. 13. Januar 1910.

	Seite
175. Abtretung von Flächen zum Ausbau der Glückstraße	434
176. Verbesserung der Straßenbeleuchtung	434
177. Errichtung einer Turnhalle für die Schule am Schulwege	436
178. Aufnahme eines Prozesses	439
179. Einführung des Besuchszwanges bei der städtischen Fortbildungsschule	440
180. Antrag des Gewerkschaftsartells wegen Linderung der Arbeitslosennot usw.	475
181. Vermehrung der Hilfschreiberstellen	489

XIII. 3. Februar 1910.

182. Einführung des Besuchszwanges bei der städtischen Fortbildungsschule	492
183. Turbinenanlage in Eisenbüttel	513
184. Antrag Henking: Verbesserungen im Straßenbahnbetriebe	514
185. Aenderung der Endpunkte zweier Straßenbahnlinien	523
186. Aenderung der Banlinien verschiedener Straßen	523
187. Mittel zum Besuch auswärtiger Fortbildungsschulen	524
188. Anfrage Löschigt: Verbesserungen auf dem neuen Meßplage	524
189. Anfrage Wesemeier: Mißhandlung von Einwohnern anlässlich einer Wahl- demonstration	525
190. Anfrage Sander: Sperren des Durchgangs bei der Neustadtmühle	528

XIV. 17. Februar 1910.

191. Besuch um Rückzahlung von Straßenpachtzins	532
192. Antrag Kleinkecht: Maßnahmen zur Bekämpfung der Tuberkulose	533
193. Herrichtung neuer Ausfahrtstore im Feuerlöschgebäude	534
194. Erwerb von Grundstücken an der Kreuzstraße	541
195. Beitrag der Stadt zum Landesverein für Heimatschutz	552
196. Beschaffung von Maschinen, Werkzeugen usw. für den Aufenthaltsraum der Laternenwärter usw.	553
197. Eingabe, betreffend den Nebenerwerb der Nachtwächter und Kontrolleure	553
198. Besuch um Auszahlung eines Kaufgeldrestes	554
199. Aufhebung von Vorgärten an einem Teile der Goslarischenstraße	555
200. Antrag Möhle: Befreiung der Grundbesitzer von der Streupflicht	555
201. Antrag Löschigt: Errichtung eines Krematoriums	557
202. Berechnung der Ruhegehälter	557
203. Gewährung von Zahlungsdern an zwei Stadtdiener	558
204. Besuch um Erlaubnis zur Errichtung eines Neubaus	558
205. Landwirtschaftliche Wanderausstellung	559
206. Vertrag wegen Erpachtung des Franzischen Feldes	560
207. Verlängerung des Kanals usw. in der Koffstraße	562
208. Erwerb von Grundstücken für das neue Wasserwerk bei Rünningen	562

XV. 24. Februar 1910.

209. Stadthaushaltsplan 1910/1911	566
210. Antrag Altmann: Aenderung des Wahlrechtes bei den Landtagswahlen	594
211. Antrag Frede: Reinigung der Bürgerschulen	596

XVI. 21. März 1910.

	Seite
212. Antrag Löschigt: Errichtung eines Krematoriums	598
213. Nachverwilligung von Kosten für Instandsetzung des Bienröderweges	600
214. Erhöhung einer Vergütung für das Polizeikorps	601
215. Aenderung in der Geschäftsführung der Direktion der Licht- und Wasserwerke	602
216. Antrag Frede: Reinigung der Bürgerschulen	607
217. Antrag Aßmann: Aenderung des Wahlrechtes bei den Landtagswahlen	610
218. Sicherung der Stadtkirchen gegen Feuergefahr	612
219. Auswechselung der Unterflurhydranten durch Oberflurhydranten	617
220. Veräußerung der Dubletten beim Stadtarchiv	617
221. Aufnahme eines Prozesses	618
222. Annahme eines Vergleichsvorschlages	618
223. Schaffung einer neuen Schulkasse und Annahme einer Lehrkraft	619
224. Einleitung eines Zwangsenteignungsverfahrens	619
225. Aenderung des Ortsbauplanes vor dem Petritore	619
226. Ankauf einer Fläche am Gutfiltern	620
227. Abgabe von Gas zu ermäßigtem Preise	620

B. Nach den Gegenständen.

(Die Zahlen bedeuten die Seiten.)

Abendfortbildungsschule betr. 379.
 Abfindung v. Pächtern am Viernöder Wege 257.
 Abrechnung über städtische Bauten 162.
 Ackerplanermietung 398.
 Aenderung der Geschäftsführung der Direktion
 der Licht- und Wasserwerke 602.
 Aenderung eines Pachtvertrages 393.
 Aenderung von Gassen 230, 425, 523, 619.
 Altstadtrathaus betr. 132.
 Anfragen der Herren:
 Fricke: Inkraftsetzung der Straßenpolizei-
 ordnung 130;
 Henking: Indienststellung der Spreng-
 wagen 130;
 Jasper: Beerdigungen betr. 428;
 Kalmus: Vergrößerung der höheren Mäd-
 chenschule 130,
 Verunreinigung des Oberwassers 231;
 Löschigt: Besserungen auf dem neuen Meß-
 plätze 524;
 Niese: Stand der Bahnhoffrage 131;
 Sander: Sperrung des Durchgangs bei
 der Neustadtmühle 528;
 Wesemeier: Mißhandlung von Ein-
 wohnern 525,
 Pflasterungsarbeiten an der Wendestraße
 131, 194.
 Ankauf von Grundstücken und Straßenflächen
 90, 173, 179, 182, 237, 257, 259,
 259, 272, 367, 426, 434, 541, 562,
 618, 620.
 Anlage von Straßen 405.
 Annahme von Vergleichsvorschlägen 230, 618.

Anordnung für die Bebauung von Straßen 402.
 Anordnung von Vorgärten 74, 184, 210, 555.
 Anschaffung von Büchern für die Bürger-
 schulen 416.
 Anträge der Herren:
 Aßmann: Aenderung des Wahlrechts bei
 den Landtagswahlen 594, 610;
 Bunge: Aufhebung der Bürgerrechtsgebühr
 384, 391,
 Einführung einer Arbeitslosenversiche-
 rung 60;
 Frede: Erwerb eines Spielplatzes 408,
 Reinigung der Bürgerschulen 588, 596,
 607;
 Henking: Besserungen im Straßenbahn-
 betriebe 406, 413, 514;
 Hesse: Erhöhung der Bezüge der Hilfs-
 arbeiter 12;
 Kleinfuecht: Bekämpfung der Tuberkulose
 429, 533;
 Löschigt: Errichtung eines Krematoriums
 557, 598,
 Schutzeinrichtungen an den Straßen-
 bahnwagen 232, 236, 403;
 Möhle: Befreiung der Grundbesitzer von
 der Streupflicht 555;
 Ohlendorf: Kehrichtabfuhr von der Neuter-
 straße 129, 167;
 Tolle: Verkauf des Terrains am August-
 platz 194;
 Wesemeier: Ergebnis der Gemeindesteuer-
 einschätzung 385, 390,
 Lohnerhöhungen betr. 75, 126.

Arbeitslosenversicherung 60, 475.
 Arbeitslosigkeitsbekämpfung 475.
 Archiv betr. 226, 617.
 Armendirektions- und Armenpflegerwahl 8.
 Aufhebung von Straenteilen 271.
 Aufnahme von Darlehen 380.
 Aufnahme von Prozessen 162, 264, 439, 618.
 Ausbau von Straßen 56, 103, 107, 368, 397.
 Ausgleichsfonds betr. 111.
 Ausschmückung der Stadt 388.
 Ausschußwahl 4.
 Ausstellung, landwirtschaftliche betr. 559, 598.
 Auswechslung von Hydranten 617.

Badeanstalten betr. 98.
 Badegelegenheit im Rathause 263.
 Bahnhofprojekt betr. 131, 311, 358
 Bauerlaubnis betr. 184.
 Baulichkeiten auf dem ehemaligen Stadtkassen-
 grundstücke 55.
 Baulichkeiten im Altstadtrathause 132.
 Baulinienänderung 230, 425, 523, 619.
 Bautenabrechnung 162.
 Beamtengehälteraufbesserungen 9, 12, 140.
 Bebauung von Straßen 402.
 Bedürfnisanstalten betr. 394.
 Beerdigungswesen betr. 428.
 Befreiung der Grundbesitzer von der Streu-
 pflicht 555.
 Beleuchtung des Friedrich-Wilhelms-Platzes 260.
 Berufsvormundschaft betr. 122.
 Beschaffung von Maschinen usw. 553.
 Bezirksvorsteherwahl 8.
 Bibliothekgebäudeeinrichtung 226.
 Böschungsterrainankauf 9.
 Brausebäder betr. 51.
 Brückenerrichtung betr. 425.
 Bürgerpark betr. 175, 591.
 Bürgerrechtsgebühraufhebung 384, 391.

Darlehnsaufnahme betr. 380.
 Darlehnsbewilligung betr. 184.
 Deputationswahl 4.
 Desinfektion betr. 570.
 Dienstbotenanstalt betr. 413.
 Drehleiterbeschaffung 383.

Ehrengabe betr. 388.
 Einführung der Berufsvormundschaft 122.
 Einführung des Besuchszwanges bei der Fort-
 bildungsschule 379, 412, 432, 440,
 492, 524.
 Eingabe hiesiger Einwohner 9, 270, 389, 432,
 553, 554, 558, 565, 598.
 Einrichtung von Hörklassen 75.
 Einrichtung von Sonderturnkursen 420.
 Einsprachen betr. 184.
 Eintritt neuer Mitglieder 3, 270.
 Eisenblüttelei Mühlen betr. 366, 513.
 Elektrische Stromlieferung 181, 427.
 Erhöhung der Vergütung für das Polizeikorps
 601.
 Ermietung eines Ackerplans 398.
 Errichtung von Schulturnhallen 105, 106, 436.
 Erwerb von Grundstücken und Straßenflächen
 siehe Ankauf.

Festvorstellung im Hoftheater 9.
 Feuerlöschgebäude betr. 396, 534.
 Feuergefähr in den Kirchen 612.
 Feuerwehr betr. 383, 534, 541, 574.
 Fußbadeanstalten 98.
 Fortbildungsschulen betr. 379, 412, 432, 440,
 492, 524.
 Französische Felderpachtung 560.
 Führer durch Braunschweig 110.
 Fußwegbefestigungen 228.

Gasabgabe betr. 270, 272, 300, 403, 620.
 Gaslieferung zu ermäßigtem Preise 270, 620.
 Gasrohrverlegungen 179, 228.
 Gaswerk betr. 364.
 Gehaltsaufbesserungen 9, 12, 140, 305.
 Gemeindesteuereinschätzungen betr. 385, 390.
 Gewandhaus betr. 369, 379, 424.
 Gliesmarode. Versorgung mit Gas und Wasser
 300, 403.
 Grundbesitzer. Befreiung von der Streu-
 pflicht 555.

Handelskammergebäude betr. 168.
 Handfertigkeitsunterricht für Knaben 113.
 Haushaltsrechnungen betr. 111.

XII

Heimatschutz betr. 552.
Heizanlage betr. 194.
Hilfschreiberstellenvermehrung 489.
Höhere Mädchenschule betr. 130, 310.
Hörklasseneinrichtung 75.
Hydrantenauswechslung 617.

Instandsetzung von Straßen und Plätzen 55,
104, 123, 183, 223, 224, 252, 255,
260, 600.

Kanalbaukasse betr. 392
Kanalisation von Straßen 424.
Kanalverlegung betr. 228, 562.
Kaufmännisches Lehrlingsheim betr. 223.
Kaufmannsgericht betr. 116.
Kautions betr. 262.
Kehrichtabfuhr betr. 129, 167.
Kinderfürsorge betr. 167.
Kirchensicherung gegen Feuergefährdung 612.
Knobbeches Haus betr. 51, 100.
Kompressoranlage betr. 181.
Krankenwagen betr. 573.
Krematorium betr. 557, 598.

Landesbrandkasse betr. 575.
Landesverein für Heimatschutz 552.
Landtagswahlen betr. 594, 610.
Landwirtschaftliche Wanderausstellung 559, 598.
Laternenwärter betr. 553.
Lehrergehaltsaufbesserungen 12, 305.
Lehrgang über Armenpflege 110.
Lehrlingsheim betr. 223.
Leichenverbrennung betr. 557.
Lesehalle betr. 163, 532.
Lichtwerk betr. 234, 602.
Lieferungsbedingungen des Lichtwerks 234.
Löbbeckesche Erziehungsanstalt 413.
Lohnserhöhungen betr. 75, 126.

Mädchenschulen betr. 130, 310.
Marshallgrundstück betr. 178.
Messerverlegung 432.
Messplatz betr. 524.
Milchfrühstück für arme Kinder 592.
Mühlen betr. 43, 366, 390, 513, 528.

Nachwachswesen betr. 366, 432, 553
Neubauerrichtung 558.
Neustadmühle betr. 43, 390, 528.
Niederlegung eines Mandats 598.
Niederlegung von Gebäuden 103, 104.

Oberrealschule betr. 91, 182.
Oferbrücken betr. 425.
Oferwasserverunreinigung 231, 574.
Ordnung für die Oberrealschule 182.
Ordnung für die Realschule 115, 183.
Ortsbauplanänderungen 230, 425, 523, 619.
Ortsstraßenerklärung 311, 383.

Pachtgelddrückzahlung 389.
Pachtvertragänderung 393.
Pflasterungsarbeiten betr. 131, 194.
Polizeikorps betr. 601.
Projekt für den neuen Bahnhof 131, 311, 358.
Prozeßanahmen 162, 264, 439, 618.
Prüfung des Verwaltungsberichtes der Licht-
und Wasserwerke 364.
Prüfung von Rechnungen 111, 362.

Rathaus betr. 263.
Realschule betr. 115, 183.
Rechnungsprüfungen 111, 362.
Rieselgut betr. 57, 123, 271.
Rotes Kreuz betr. 368.
Rückzahlung von Pachtgeld 389.
Rückzahlung von Straßenpachtzins 532, 618.
Ruhegehaltsberechnung 557.

Schlachthaus betr. 169.
Schulen betr. 50, 130, 379, 416, 586, 588,
596, 607, 619.
Schul-Turnhallen-Errihtung 105, 106, 436.
Schwimmunterricht betr. 97.
Sommerpflegen betr. 416.
Spielbetrieb für die mittleren Mädchenschulen 91.
Spielplatz im Westen der Stadt 408.
Sprengwagen-Indienststellung 130.
Stadtarchiv betr. 226, 617.
Stadthaushaltsplan für 1910/11 566.
Stadtkassengrundstück betr. 55.
Stadtkirchen betr. 612.

Stadtpark betr. 252, 254.
 Städtetag betr. 133.
 Statut über das Kaufmannsgericht 116.
 Statut über den Schlachthausbetrieb 169.
 Statut über die Befoldung der Beamten und Lehrer 12, 140.
 Statut über die Veränderungs- und Wertzuwachssteuer 12, 133, 237.
 Statut über Unterhaltung des Ausgleichsfonds 111.
 Steinbankaufstellung 263.
 Stempelfostenverrechnung 413.
 Straßenanlagen 405.
 Straßenaufhebung 271.
 Straßenausbau 56, 103, 107, 368, 397.
 Straßenbahn betr. 97, 97, 125, 224, 232, 236, 403, 406, 412, 413, 514, 523.
 Straßenbeleuchtungsverbesserung 434.
 Straßen usw., die behandelt sind:
 Abelntarre 523;
 Adolfstraße 260;
 Augustplatz 194;
 Bedenwerferstraße 123;
 Bertramstraße 103;
 Bieröderweg 183, 257, 311, 600;
 Blumenstraße 271;
 Brabantstraße 97;
 Bruchtornwall 125;
 Bültenweg 104;
 Cellerstraße 122;
 Diefenwegstraße 434;
 Fallersleberstraße 97;
 Fasanenstraße 210;
 Frankfurterstraße 90;
 Friedrich-Wilhelm-Platz 260;
 Friesenstraße 173, 259;
 Geiershagen 55;
 Gliesmaroderstraße 272;
 Glückstraße 107, 257, 383, 434;
 Gördelingerstraße 125;
 Goslarstraße 555;
 Hamburgerstraße 367;
 Hasenwinkel 558;
 Hildesheimerstraße 259;
 Hintern Brüdern 103;
 Hohetornwall 434;

Hutfiltern 620;
 Jakobstraße 223;
 Kaiser Wilhelm-Straße 263;
 Karl Schmidt-Straße 435;
 Katharinenkirche, a. d. 523;
 Kattreppeln 426;
 Korfesstraße 397;
 Kreuzstraße 541;
 Langestraße 103;
 Lutterstraße 179;
 Magnitor, am 434;
 Marzall 224;
 Martinikirche, a. d. 578;
 Mauernstraße 523;
 Mönchstraße 224;
 Neue Knochenhauerstraße 523;
 Obergstraße 228;
 Petersilienstraße 223;
 Rabeklint 252;
 Reichenbergstraße 184;
 Reuterstraße 129, 167;
 Ribbaggshäuserweg 228, 230;
 Rosenstraße 210;
 Rößstraße 255, 562;
 Schöppentederstraße 523;
 Südklint 182;
 Uferstraße 435;
 Waterloostraße 56, 368, 424;
 Wendenstraße 131;
 Wilhelmstraße 179, 523.
 Straßenpachtzins-Rückzahlung 532, 618.
 Straßenpolizeiordnung betr. 130, 171.
 Streupflichtbefreiung 555.
 Stromabgabe betr. 427.

Tennishaus betr. 175.
 Tuberkulosebekämpfung 429, 533.
 Turbinenanlage betr. 513.
 Turnhallenerrichtung 105, 106, 436.
 Turnkurzeinrichtung 420.

Ueberlassung von Steinmaterial 223.
 Uebernahme einer Vergütung 167.
 Uebernahme einer Verpflichtung 384.
 Uebersicht über die gezahlten Löhne 75.
 Umbau der Eisenbütteler Mühle 366.

Umbau der Neustadtmühle 43.
 Umbau der Schule am Südklint 50.
 Umbau der Staatsbahnhöfe 131, 311, 358.
 Umbau des Brausebades an der Ferdinand-
 straße 51.
 Umbau des Knobbefchen Hauses 51, 100.
 Umsatzsteuer betr. 11.

Veränderungssteuer betr. 12, 133, 237.
 Veräußerung von Dubletten 617.
 Verbuchung von Grundstückswerten 396.
 Verein für Sommerpflegen 416.
 Vergleichsvorschläge 230, 618.
 Verkauf von Grundstücken usw. 9, 194, 259.
 Verkehrsverein betr. 110, 302, 598.
 Verlegung der Messe 432.
 Vermehrung der Hilfschreiberstellen 489.
 Verpachtung der Flußbadeanstalt für das weib-
 liche Geschlecht 98.
 Verrechnung von Stempelposten 413.
 Versicherung Arbeitsloser 60, 475.
 Vertrag mit Giesmarode 403.
 Vertrag wegen Erpachtung des Franzschen
 Feldes 560.
 Vertrag wegen Errichtung einer Heizanlage 194.
 Vertrauliche Verhandlungen betr. 270, 432.
 Verunreinigung des Okerwassers 231, 574.

Verwaltungsbericht der Licht- und Wasser-
 werke 364.
 Volkslesehalle 163, 532.
 Vorgärten betr. 74, 184, 210, 555.
 Vormundschaft betr. 122.
 Vorsitzendenwahl 3.

Wahl der Ausschüsse und Deputationen 4.
 Wahl der Vorsitzenden 3.
 Wahlrechtsänderung betr. 594, 610.
 Wahlrechtsdemonstration betr. 525.
 Wahl von Armenpflegern usw. 8.
 Wahl von Mitgliedern der Armendirektion 8.
 Wahl von Vertretern zum Städtetage 133.
 Waisenhaus betr. 194.
 Wanderausstellung, landwirtschaftliche, betr.
 559, 598.
 Wasserrohrverlegung 210, 228, 394.
 Wasserturm betr. 263.
 Wasserwerk betr. 148, 210, 364, 384, 403,
 562, 602, 618.
 Wertzuwachssteuer betr. 12, 133, 237.

Zählbergelbergewährung 558.
 Zinsfußerhöhung 393.
 Zulegung einer Fläche zum Stadtgebiete 122.
 Zwangsenteignungsverfahren 158, 619.

1909/1910.

Nr. 1.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 8. April 1909.

Tagesordnung:

I. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters	Seite	3
II. Wahl der Ausschüsse und Deputationen.	"	4
III. Wahl von Mitgliedern der Armenverwaltung	"	8
IV. Wahl von Bezirksvorstehern und Armenpflegern	"	8
V. Verkauf von Bückungsterrain	"	9

Verzeichnis

der am 1. April 1909 im Amte befindlichen Stadtverordneten:

Laufende Nr.	Des Stadtverordneten		Gewählt		Laufende Nr.	Des Stadtverordneten		Gewählt	
	Name	Stand	v. d. Klasse	im Bezirk		Name	Stand	v. d. Klasse	im Bezirk
1	Ackenhausen . .	Kaufmann	II	IV	19	Leue	Eisenbahnsekretär	III	III
2	Altmann	Geschäftsführer	III	II	20	Löhnefinke . .	Bankier	I	II
3	Bähr	Lehrer	III	II	21	Löschigt . . .	Brennereibesitzer	II	IV
4	Buchler, Walter	Kaufmann	I	IV	22	Lübke	Professor	I	II
5	Bues, Heinrich .	Kentner	III	I	23	Meyerhoff . .	Schlossermeister	II	I
6	Bunge	Friseur	III	IV	24	Möhle	Kaufmann	II	II
7	Fricke, Louis .	Malermmeister	III	I	25	Mohr	Kaufmann	II	I
8	Frühling	Baurat	I	I	26	Ohlendorf . .	Lagerhalter	III	IV
9	Göcke, Theod. .	Kreis-Zimmermeister	II	II	27	Probst	Apotheker	I	IV
10	Hauswaldt, Hermann	Kommerzienrat	I	I	28	Ribbentrop . .	Major a. D.	I	IV
11	Hesse	Kaufmann	III	IV	29	Riefe	Maurer	III	III
12	Helmold	Fabrikant	II	IV	30	Sander, Karl .	Malermmeister	II	III
13	Henking, Dr. med. .	Sanitätsrat	I	II	31	Schmidt, Paul .	Maschinenfabrikant	I	III
14	Jasper, Dr. jur.	Rechtsanwalt	III	II	32	Tolle	Gürtler und Ziseleur	III	I
15	Kalms	Hoftraiteur	II	II	33	Voge, Dr. jur. .	Rechtsanwalt	II	III
16	Kleinfnecht, Dr. med.	Prakt. Arzt	II	III	34	Weichsel . . .	Rechtsanwalt	I	III
17	Koch, Albert . .	Kentner	II	I	35	Wesemeier . .	Redakteur	III	III
18	Konegen	Fabrikdirektor	I	III	36	Wolters, Dr. jur.	Hofbrauhausbesitzer	I	I

Am Magistratstische die Herren Bürgermeister Meyer und Stadträte Seymann, v. Frankenberg, Wagner, Vord und Schöttler. Entschuldigt die Herren Bähr, Ohlendorf, Schmidt, Weichsel und Wesemeier.

Herr Stadtrat Seymann: Ich eröffne die Sitzung. Auf Grund des § 54 der Städteordnung ersuche ich das an Lebensjahren älteste Mitglied der Versammlung, Herrn Meyerhoff, den Vorsitz zu übernehmen und die Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters zu leiten. (Geschicht.)

Herr Meyerhoff: Neu eingetreten in die Versammlung sind die Herren Sanitätsrat Dr. med. Henking und Brenneireibesitzer Löschigk. Ich begrüße die beiden Herren als neue Mitglieder der Versammlung und gebe dem Wunsche Ausdruck, daß deren Tätigkeit der Stadt zum Segen gereichen möge.

Nunmehr können wir in die Tagesordnung eintreten.

I. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters.

Herr Meyerhoff: Ich bitte um Vorschläge. (Zurufe: Wiederwahl durch Zuruf!)

Es ist vorgeschlagen, den bisherigen Vorsitzenden, Herrn Hauswaldt, durch Zuruf wiederzuwählen. Wird dagegen Widerspruch erhoben? — Das ist nicht der Fall. Wer stimmt für die Wiederwahl des Herrn Hauswaldt zum Vorsitzenden? Herr Hauswaldt ist wiedergewählt worden. Nehmen Sie die Wahl an?

Herr Hauswaldt: Ich nehme die Wahl mit Dank an.

Herr Meyerhoff: Auch bezüglich des stellvertretenden Vorsitzenden ist Wiederwahl des Herrn Dr. Wolters durch Zuruf vorgeschlagen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? Da das nicht geschieht, so frage ich, wer Herrn Dr. Wolters zum stellvertretenden Vorsitzenden wieder wählen will? Herr Dr. Wolters ist gewählt. Nehmen Sie die Wahl an?

Herr Wolters: Ich nehme die Wahl dankend an.

Herr Meyerhoff: Ich ersuche Herrn Hauswaldt, den Vorsitz zu übernehmen. (Geschicht.)

Vorsitzender: Ehe wir in der Tagesordnung fortfahren, möchte ich eine persönliche Bitte vortragen. Wenn die einzelnen Kommissionen einigermaßen erfolgreich arbeiten sollen, so ist es durchaus wünschenswert, daß sich nur solche Herren in eine Kommission wählen lassen, die nach ihrer Zeit und ihren Geschäften in der Lage sind, auch wirklich in den Sitzungen der Kommissionen zu erscheinen. Wir haben z. B. in den letzten Jahren in der Finanzkommission die traurige Erfahrung gemacht, daß die Sitzungen meist schlecht besucht waren.

Ich möchte daher bitten, daß diejenigen Herren, welche in die Kommissionen gewählt werden, hinterher auch mitarbeiten. Es ist zuzugeben, daß die Zeit der betreffenden Herren zuweilen sehr in Anspruch genommen wird, aber ein möglichst regelmäßiger Besuch der Kommissionssitzungen ist durchaus notwendig.

II. Wahl der Ausschüsse und Deputationen.

Vorsitzender: Wir würden uns zunächst mit der Besetzung der Statutenkommission zu befassen haben. Sie bestand aus den Herren Weichsel, Boge, Altmann, Bues, Sander, Bluth und Ritter, davon sind die beiden letzteren Herren ausgeschieden. Sind Sie für die Wiederwahl der 5 ersteren Herren durch Zuruf? Es erfolgt kein Widerspruch, die Herren Weichsel, Boge, Altmann, Bues und Sander sind wiedergewählt. Ich bitte um Vorschläge an Stelle der Herren Bluth und Ritter.

(Es werden vorgeschlagen die Herren Henking, Meyerhoff und Kleinfnecht.)

Da mehr als zwei Herren vorgeschlagen sind, so ist die Wahl durch Stimmzettel vorzunehmen. (Geschicht.) Gewählt sind die Herren Meyerhoff mit 22 und Henking mit 17 Stimmen. Herr Kleinfnecht erhielt 12 Stimmen.

Es folgt die Wahl zur Finanzkommission, der angehört haben die Herren Hauswaldt, Wolters, Jasper, Löhnefinke, Schmidt, Buchler und Esborn. Letzterer ist aus der Versammlung geschieden, während Herr Buchler gebeten hat, von seiner Wiederwahl abzusehen.

Herr Lössigk: Da Herr Schmidt sich viel auf Reisen befindet und daher an dem Besuche der Kommissionssitzungen oft verhindert ist, so bitte ich dafür einen anderen Herrn in die Finanzkommission zu wählen.

Vorsitzender: Erhebt sich Widerspruch gegen die Wiederwahl der Herren Hauswaldt, Jasper, Löhnefinke und Wolters? Das ist nicht der Fall, die 4 Herren sind wiedergewählt. Wegen der Besetzung der übrigen 3 Stellen bitte ich um Vorschläge.

(Es werden vorgeschlagen die Herren Mohr, Lössigk, Leue und Tolle.)

Gewählt sind durch Stimmzettel die Herren Mohr mit 25, Lössigk mit 23 und Leue mit 16 Stimmen. Hiernach besteht die Finanzkommission aus den Herren Hauswaldt, Jasper, Leue, Löhnefinke, Lössigk, Mohr und Wolters.

Die Baukommission bestand aus den Herren Frühling, Lübke, Meyerhoff, Nieke, Koch, Wolters und Friede. Herr Lübke bittet, von seiner Wiederwahl wegen geschäftlicher Behinderung abzusehen. (Zurufe: Herr Ronegen!) Erhebt sich Widerspruch gegen die Wahl der Herren Friede,

Frühling, Koch, Konegen, Meherhoff, Riecke und Wolters durch Zurf? Das ist nicht der Fall, die Herren sind gewählt.

Die Schulkommission zählt folgende Herrn zu ihren Mitgliedern: Koch, Fricke, Möhle, Bähr und Leue. Herr Leue bittet von seiner Wiederwahl mit Rücksicht auf seine Wahl in die Finanzkommission abzusehen.

(Als Ersatz für Herrn Leue werden vorgeschlagen die Herren Kleinfnecht, Tolle und Hesse.)

Gewählt werden durch Zurf die Herren Bähr, Fricke, Koch und Möhle, durch Stimmzettel Herr Kleinfnecht mit 17 Stimmen, während Herr Tolle 8 und Herr Hesse 5 Stimmen erhalten.

Durch Zurf werden wieder= bzw. neu= gewählt:

in die Deputation für die Verwaltung des Museums die Herren Bankier Artur Böbbecke, Rentner Karl Magnus und die Stadtverordneten Herren Hauswaldt, Lübke, Sander und Wolters;

in die Deputation für die Verwaltung des Archivs und der Bibliothek die Herren Oberlehrer Bergmann und Justizrat Engelbrecht;

in die Deputation zur Vorberatung von Angelegenheiten der vereinigten Versammlung des Magistrates und der Stadtverordneten die Mitglieder der Statutenkommission;

in die Deputation zur Leitung des Feuerlöschwesens die Herren Bues und Wolters;

in den Schulvorstand für die Bürgerschulen Herr Hauswaldt;

in den Schulvorstand für die beiden Mädchenschulen die Herren Frühling und Probst;

in den Vorstand der katholischen Schule Herr Bähr;

in die Deputation für die städtische Gewerbeschule die Herren Göde und Wesemeier.

In die Deputation für die städtische Oberrealschule werden Herr Frühling durch Zurf wieder= und Herr Ribbentrop mit 16 Stimmen (für Herrn Ritter) neu= gewählt. Herr Löhnefinke erhielt außerdem 6 und Herr Mohr 3 Stimmen.

Die Deputation für die Licht= und Wasserwerke bestand aus den Herren Konegen, Meherhoff, Probst und Ritter. Letzterer gehört der Versammlung nicht mehr an. Die Herren Konegen, Meherhoff und Probst werden durch Zurf wiedergewählt, während für Herrn Ritter die

Herren Löhnefinke, Tolle, Kalms und Ohlendorf vorgeschlagen werden. Bei der Wahl durch Stimmzettel erhalten die Herren Löhnefinke und Tolle je 9, Ohlendorf 7 und Kalms 4 Stimmen, die Wahl muß daher wiederholt werden. Im zweiten Wahlgange entfallen auf die Herren Löhnefinke 15, Tolle 7, Ohlendorf 6 und Kalms 3 Stimmen. Es hat Stichwahl zwischen den Herren Löhnefinke und Tolle stattzufinden, wobei Herr Löhnefinke 16 und Herr Tolle 9 Stimmen erhält. Herr Löhnefinke ist daher gewählt. Die Deputation besteht mithin aus den Herren Ronegen, Löhnefinke, Meherhoff und Probst.

Von der Wiedereinsetzung der Deputation zur Prüfung der Gehaltsaufbesserungen der städtischen Beamten u. wird abgesehen.

In die Deputation für das Schlachthaus werden durch Zuzuf gewöhlt die Herren Stadtverordneten Henking und Kalms, sowie die Herren Hosschlachter Karl Frobose und Wurstfabrikant Fritz Dieckmann.

Die Straßenreinigungsdeputation wird mit den Herren Bues und Gölke wieder besetzt.

Der Marktdputation gehörten bisher an die Herren Kalms, Koch, Probst und Esdorn. Die ersteren drei Herren werden durch Zuzuf wiedergewöhlt, während für Herrn Esdorn vorgeschlagen werden die Herren Löschnigk, Kleinfnecht, Hesse und Tolle. Im ersten Wahlgange erhielten Stimmen die Herren Löschnigk 9, Hesse 9, Tolle 7 und Kleinfnecht 5; im zweiten Wahlgange die Herren Löschnigk 12, Hesse 10, Tolle 7 und Kleinfnecht 1, es hatte demnach Stichwahl stattzufinden zwischen den Herren Löschnigk und Hesse, wobei ersterer 18 und letzterer 11 Stimmen erhielt. Herr Löschnigk ist demnach gewählt. Die Deputation besteht also aus den Herren Kalms, Koch, Löschnigk und Probst.

In die Deputation für Aufschließung von Quellwasser werden die bisherigen Mitglieder, die Herren Frühling, Ronegen, Rieke, Tolle, Wesemeier und Wolters, durch Zuzuf wiedergewöhlt.

Die Deputation für das Rieselgut und die Pumpstation bestand bislang aus den Herren Bues, Schmidt und Wolters, sowie den Herren Rentner Ohlmer und Amtmann Saul. Die Herren Bues, Wolters und Saul werden durch Zuzuf und Herr Ohlmer durch Stimmzettel wiedergewöhlt, während für Herrn Schmidt Herr Rieke durch Stimmzettel gewählt wird.

Für die Deputation zur Einschätzung gewerblicher Etablissements zu besonderen Wegegeld- und Kanalsteuer-

beitragen werden durch Zuzuf wieder- bzw. neu gewählt die Herren Akenhausen, Buchler, Göcke, Helmold und Tolle.

Ferner werden durch Zuzuf gewählt:

in die Deputation für den Bürger- und den Stadtpark die Herren Hauswaldt, Koch, Löhnefinke und Rentner Karl Magnus;

in das Stadtbauamt die Herren Helmold, Wesemeier und Architekt Heinrich Campe, sowie als Stellvertreter die Herren Ribbentrop, Ohlendorf und Schmidt;

in die Quartierbehörde die Herren Ribbentrop und Wesemeier, sowie als deren Stellvertreter die Herren Sander und Fricke;

in den Gesundheitsausschuß die Herren Henking, Kleinfnecht, Meyerhoff, Buchdruckereibesitzer Günther, Direktor von Feilitzsch, Stadtbaumeister Gebensleben, Geh. Medizinalrat Professor Dr. Beckurts und Chemiker Dr. Mehring;

in die Kommission für Einschätzung der Gewerbesteuer die Herren Akenhausen, Helmold, Kalm und Ohlendorf;

in die Kommission zur Begutachtung der Gemeindesteuer-Rekursreklamationen die Herren Hauswaldt, Helmold, Mohr und Sander.

Die Deputation zur Verwaltung der Volksbäder bestand aus den Herren Helmold, Tolle, Bluth und Maurermeister Beckmann. Bei der Ersatzwahl für Herrn Bluth erhalten Stimmen Herr Henking 14, Herr Kleinfnecht 12 und Herr Bunge 2, während im zweiten Wahlgange Herr Henking mit 15 Stimmen gewählt wird, indem Herr Kleinfnecht nur 13 Stimmen erhielt. Die übrigen Herren wurden durch Zuzuf wiedergewählt. Die Deputation besteht demnach aus den Herren Helmold, Henking, Tolle und Maurermeister Beckmann.

Weiter werden durch Zuzuf wieder- bzw. neu gewählt:

zum Assenrevisor Herr Buchler;

in das Kirchen- und Stiftungskassenkollegium Herr Hauswaldt;

in den Ausschuß zur Schätzung der fruchttragenden Grundstücke und der gewerblichen Etablissements die Herren Aßmann, Göcke, Ohlendorf, Probst, Schmidt, Oekonom Friedr. Dreves, Rentner Friedrich Halbe, Rentner Friedrich Ohlmer, Hofstischler Karl Osterloh und Rentner August Scholkemeyer;

in die Deputation für Prüfung des Bahnhofssprojekts die Herren Frühling, Hauswaldt, Lübke, Meherhoff und Riefe;

in die Kirchenbau-Deputation die Herren Frühling, Hauswaldt und Konegen;

in die Deputation für Ausführung städtischer Bauarbeiten die Herren Frühling und Wolters und als Stellvertreter die Herren Lübke und Friede. Letzterer wurde im zweiten Wahlgange mit 18 Stimmen für Herrn Esdorn gewählt, während die Herren Hymann 9 und Löschigt 2 Stimmen erhielten.

Damit sind diese Wahlen erledigt.

III. Wahl von Mitgliedern der Armendirektion.

Der Stadtmagistrat beantragt, für die ausscheidenden Herren Albert Koch und Karl Ad. Müller die erforderlichen Ersatzwahlen vorzunehmen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Dem Magistrate würde es erwünscht sein, gleichzeitig für das dritte Mitglied der Armendirektion, Herrn Pastor Kaufe, die Amtsdauer bis zum Ablaufe des Jahres 1910/11 festzulegen, damit solche mit der Amtsdauer der beiden anderen Mitglieder übereinstimmt.

Die Versammlung wählt die Herren Pastor Kaufe, Rentner Albert Koch und Rentner Karl Ad. Müller bis zum Ablauf des Jahres 1910/11 zu Mitgliedern der Armendirektion.

IV. Wahl von Bezirksvorstehern und Armenpflegern.

Nach einer Mitteilung des Magistrates ist die Wahl von 7 Bezirksvorstehern und 78 Armenpflegern, deren Amtsdauer abgelaufen ist, sowie eine Ersatzwahl für den verstorbenen Armenpfleger und Bezirksvorsteher Pastor Hartung erforderlich. Ferner sind für 3 neu einzurichtende Quartiere drei Armenpfleger zu wählen, auch müssen für sämtliche stellvertretenden Bezirksvorsteher Neuwahlen stattfinden.

Die sämtlichen erforderlichen Wahlen werden von der Versammlung in Gemäßheit der in einem Verzeichnisse niedergelegten Vorschläge vollzogen.

Ferner wählt die Versammlung nach dem Vorschlage des Magistrates für den nach Hannover verzogenen Armenpfleger Siebert den Kaufmann Eduard Kröker zum Armenpfleger, sowie für den Bezirksvorsteher Alb. Rühland Herrn Ludwig Seelemeyer zum Bezirksvorsteher und für den Armenpfleger W. Pieper Herrn Aug. Decker zum Armenpfleger.

V. Verkauf von Böschungsterrain.

Der Magistrat gibt anheim, an den Bauunternehmer Joh. Sommer 4 a 61,5 qm Böschungsterrain des Wendenringes zum Preise von 10 Mark pro qm zu verkaufen.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Meyerhoff be-
richtet, stimmt die Versammlung der Vorlage zu.

Vorsitzender: Ich möchte an die heute neu zusammengesetzten Kom-
missionen die Bitte richten, sich noch heute zu konstituieren und mich wissen zu
lassen, wer den Vorsitz führt.

Ferner habe ich Ihnen folgende Eingänge mitzuteilen:

1. Seitens des hiesigen Infanterie-Regiments sind mir eine Anzahl
Billette zu der am 3. d. Mts. stattgehabten Festvorstellung im Hoftheater zuge-
gangen. Ich habe eine Verlosung dieser Billette unter die Herren Stadtver-
ordneten vorgenommen und sie dem entsprechend verteilt. Im Namen der
Versammlung habe ich dem Regimente für seine Liebenswürdigkeit gedankt.

2. Von einem Herrn C. Kofahr ist der Versammlung eine Eingabe der
Vereinigung von Berufsvereinen Braunschweigs an den Magistrat zur Kennt-
nissnahme zugegangen. Die Eingabe, welche die in öffentlicher Versammlung
über das Koalitionsrecht gefaßten Entschlüsse behandelt, wird in nächster
Sitzung zur Einsichtnahme ausgelegt werden.

3. Das vom Magistrate über sandte Schreiben vom 24. März d. Js.
Nr. 284, betreffend die Antwort des Magistrates auf die bekannten Beschlüsse
der Versammlung über die Gehaltserhöhungen, sowie über die Veränderungs-
und Wertzuwachssteuer, ist jedem Mitgliede der Versammlung in einem Abzuge
zugegangen. Ich werde diese Sache auf die Tagesordnung der nächsten Ver-
sammlung setzen und überweise die Vorlage der Finanzkommission zur Vorbe-
ratur und zur Ausarbeitung des Entwurfes eines Antwortschreibens an den
Magistrat.

Damit schließe ich die Sitzung.

Dauer von 4½ bis 6¼ Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 21. April 1909.

Tagesordnung:

I. Veränderungs- und Wertzuwachssteuer, sowie Gehaltsaufbesserung für die städtischen Beamten und Lehrer, in Verbindung mit dem Antrage Hesse auf Erhöhung der Bezüge der städtischen Hilfsarbeiter	Seite 12
II. Umbau der Neustadtmühle	43
III. Aenderung des Umbauprojektes für die Schule am Südflint	50
IV. Umbau des Brausebades an der Ferdinandstraße	51
V. Umbau des früher Knobbesehen Hauses	51
VI. Instandsetzung des Geiershagen	55
VII. Baulichkeiten auf dem ehemaligen Stadtkassengrundstücke usw.	55
VIII. Ausbau projektierter Straßen	56
IX. Rigolarbeiten auf dem Rieselgute	57

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg, Wagner und Jüdel, sowie der juristische Hilfsarbeiter Herr Dr. jur. Campe.

Entschuldigt die Herren Mäenhausen, Buchler und Schmidt.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden, Herrn Hauswaldt, teilt dieser der Versammlung mit, daß noch eine Kommission zu wählen sei, welche die Umsatzsteuer festzusetzen habe. In den letzten Jahren sei

diese Arbeit immer der Finanzkommission als solcher übertragen worden, und es werde vorgeschlagen, auch dieses Jahr rückwirkend wieder die Finanzkommission mit dieser Aufgabe zu betrauen. Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Veränderungs- und Wertzuwachssteuer, sowie Gehaltsaufbesserung für die städtischen Beamten und Lehrer, in Verbindung mit dem Antrage Hesse auf Erhöhung der Bezüge der städtischen Hilfsarbeiter.

Der Magistrat hat an die Versammlung ein Schreiben folgenden Inhalts gerichtet:

„Unserer Vorlage vom 29. Juni 1908, betreffend die Erhöhung der Mehrzahl der Beamtengehälter (s. Bericht über die Sitzung vom 3. Dezember 1908) haben die geehrten Herren mit der Maßgabe zugestimmt, daß

- a) verschiedene Gehaltsätze höher, als von uns vorgeschlagen, bemessen werden sollen,
- b) die Zahlung der erhöhten Gehälter rückwirkend schon vom 1. Oktober 1908 erfolgen soll,
- c) über die Aufbesserung der Gehälter der städtischen Oberlehrer Beschluß gefaßt werden soll, sobald die Gehaltsverhältnisse der staatlichen Oberlehrer anderweit geregelt sein werden,
- d) von uns geprüft werden soll, ob die Besoldung der nicht festangestellten städtischen Beamten der anderweiten Bemessung der Gehälter der angestellten Beamten anzupassen, d. h. zu erhöhen sei.

Gleichzeitig ist, soviel die Deckungsfrage betrifft, seitens der geehrten Herren beschlossen, daß die von uns empfohlene Veränderungssteuer nicht mit 1 Prozent, sondern nur in Höhe von $\frac{1}{2}$ Prozent erhoben, daneben aber die bisher mit $\frac{1}{6}$ Prozent erhobene Abgabe von Kontrakten über Grundstücksverkäufe beibehalten werden solle.

Zu diesen Beschlüssen bemerken wir was folgt: Nach unserer Vorlage vom 29. Juni v. Js. sollte die Abgabe von Kontrakten (über Grundstücksverkäufe) in Wegfall kommen, weil es uns nicht zweckmäßig erschien, diese Abgabe neben der Veränderungssteuer zu erheben. Diese war deshalb so bemessen, daß durch ihren Ertrag die in Wegfall kommende Abgabe ($\frac{1}{6}$ Prozent) und der durch die geplanten Gehaltserhöhungen bedingte Mehrbedarf gedeckt werden würde. Dieser Mehrbedarf war zu rund 160 000 Mark jährlich ermittelt; die Abgabe von Kontrakten aber hat in der Zeit vom 1. April 1899 bis 31. März 1908 231 132,42 Mark, mithin jährlich rund 25 700 Mark betragen. Da nun der

Ertrag der Wertzuwachssteuer einstweilen nur gering sein wird, die Einnahme aus der Veränderungssteuer (1 Prozent) aber zu jährlich 180 000 Mark geschätzt wurde, so verblieb nach unserer Vorlage ein Fehlbetrag von $(160\,000 + 25\,700) - 180\,000 \text{ Mark} = 5700 \text{ Mark}$, den wir durch die allmählich wachsenden sonstigen Gemeindesteuern zu decken hofften.

Durch die von den geehrten Herren geforderten weiteren Gehaltserhöhungen steigt der Bedarf um etwa 31 500 Mark, mithin auf 191 500 Mark, und es würden, wenn die Gehälter der städtischen Oberlehrer künftig etwa ebenso bemessen werden sollten, wie vom preussischen Abgeordnetenhaus kürzlich beschlossen ist, weiter rund 40 000 Mark mehr aufzuwenden sein. Erfolgt dann noch eine Aufbesserung der nicht festangestellten städtischen Beamten, deren Gesamtvergütung jetzt rund 256 000 Mark beträgt, etwa um 10 Prozent, so würde die Mehrausgabe überhaupt 257 100 Mark betragen.

Da die nach Ansicht der geehrten Herren beizubehaltende Abgabe von Kontrakten (25 700 Mark) schon bisher zur Deckung sonstiger Ausgaben (Begebaukasse und Armenkasse) gedient, mithin hier auszuscheiden hat, so würde zur Vrestreitung der oben erwähnten gesamten Mehrausgabe für Gehälter in Höhe von rund 257 000 Mark nur die von den Herren Stadtverordneten bewilligte Veränderungssteuer mit etwa 90 000 Mark jährlich zur Verfügung stehen, mithin die Summe von 167 000 Mark jährlich ungedeckt bleiben.

Nun haben zwar inzwischen die städtischen Behörden beschlossen, daß der Kämmererkasse fortan $\frac{1}{5}$ der Ueberschüsse der städtischen Gas- und Wasserwerke alljährlich zugeführt werden sollen, und da diese in den letzten 10 Jahren 3 661 178,78 Mark, mithin durchschnittlich 366 117,88 Mark jährlich betragen haben, so kann mit einer aus dieser Quelle fließenden sicheren neuen Einnahme der Kämmererkasse in Höhe von etwa 70 000 bis 80 000 Mark jährlich gerechnet werden. Dabei ist aber zu beachten, daß, wie im laufenden, so auch im kommenden Rechnungsjahre (1909/10) aus dem vom Reinertrage der Werke gebildeten Schulhausbaufonds bereits 100 000 Mark dem ordentlichen Haushalte zugeführt werden, und daß gleichwohl der Haushaltsplan für das kommende Jahr, wenn man den Ueberschuß aus dem Jahre 1907/08 (400 000 Mark) einerseits und andererseits die einmaligen Mehrausgaben zur Verstärkung des Dispositionsfonds (200 000 Mark), sowie für innenstädtische Straßenpflasterungen (etwa 100 000 Mark) ausscheidet, doch noch einen Fehlbetrag von 100 000 Mark ungeachtet des Umstandes ergibt, daß der Ertrag der Gemeindeeinkommensteuer um 100 000 Mark und derjenige der Gemeindegewerbesteuer um 33 000 Mark höher geschätzt ist, als für das laufende Jahr.

Wie es sich ermöglichen lassen könnte, gegenüber diesen Feststellungen die oben erwähnte dauernde Mehrausgabe mit nur $\frac{1}{2}$ Prozent Veränderungssteuer zu decken, vermögen wir nicht einzusehen.

Mit einem, wenn auch erheblich geringeren Ueberschusse wird voraussichtlich auch die Haushaltsrechnung des laufenden Rechnungsjahres abschließen, aber mit derartigen Ueberschüssen, richtiger Kassenvorräten, denen in früheren Jahren Fehlbeträge gegenüberstehen, lassen sich dauernde Mehrausgaben überhaupt nicht bestreiten, und daß die aus dem Wachsen der Steuerkraft im allgemeinen erzielten Mehreinnahmen in den letzten 10 Jahren zur Deckung der Mehrausgaben nur im Verein mit den staatlichen Ueberweisungen (Steuern und Beihilfen zu den Kosten der Bürgerschulen) eben ausreichten, ergibt unzweifelhaft die unserer Vorlage vom 29. Juni v. Js. angehängte Uebersicht.

Wollten wir gleichwohl den Beschlüssen der geehrten Herren beipflichten, so würde schon in nächster Zeit nichts anderes übrig bleiben, als neue Einnahmequellen zu erschließen und, wenn hierüber unter den städtischen Behörden eine Einigung nicht erzielt oder übereinstimmend anerkannt werden sollte, daß wenigstens vorläufig neue Steuerarten einzuführen nicht ratsam erscheine, eine weitere nicht unerhebliche Steigerung der Gemeindeeinkommensteuer unvermeidlich sein. Weshalb wir diese für bedenklich erachten müssen, haben wir schon früher dargelegt, und eine gegenteilige Ansicht ist auch von den Herren Stadtverordneten nicht befundet.

Wir würden es bedauern, wenn die Gehaltsaufbesserung unterbleiben müßte, aber die zu starke Belastung der Einwohnerschaft mit Steuern, besonders in einer Zeit, in der die wirtschaftliche Lage zahlreicher Steuerzahler eine äußerst ungünstige ist, erscheint uns mindestens ebenso bedenklich, wie ein Vertrösten der Beamten auf bessere Zeiten.

Bei Lage der Umstände ist es zwecklos, schon jetzt auf sonstige Einzelheiten der von den geehrten Herren gefaßten Beschlüsse einzugehen. Wird der frühere Beschluß, die Veränderungssteuer nur in Höhe von $\frac{1}{2}$ Prozent zu erheben, aufrecht erhalten, und ein Vorschlag wegen anderweiter Beschaffung der fehlenden Mittel uns nicht unterbreitet, so müßten wir unsere Gehaltsvorlage als gescheitert ansehen. Zu dieser Erklärung sehen wir uns um so mehr veranlaßt, als unsere obigen Darlegungen deutlich ersehen lassen, daß der Mehrbedarf nicht einmal durch eine einprozentige Veränderungssteuer bei Weitererhebung der bisherigen Abgabe von Kontrakten gedeckt wird. Es wird deshalb eingehend zu erwägen sein, ob die von den geehrten Herren beschlossenen weiteren Gehaltserhöhungen in vollem Umfange durchführbar sind.

Die anderweite Gehaltsregelung ist von den Herren Stadtverordneten angeregt. Auch uns würde es Freude bereiten, den städtischen Beamten eine Ge-

haltsaufbesserung zu gewähren; aber die Bewilligung allein genügt nicht, vielmehr müssen auch die Mittel beschafft werden. Ein sachverständiges Urteil darüber, wie dies ohne zu starke Belastung der Einwohnerschaft möglich ist, vermögen die Herren Stadtverordneten ebenso gut abzugeben wie wir, und da sie an einer gesunden städtischen Finanzwirtschaft das gleiche Interesse haben wie der Stadtmagistrat, so glauben wir zurzeit auf neue Anträge verzichten und den geehrten Herren überlassen zu sollen, zu unseren vorstehenden Ausführungen Stellung zu nehmen."

Namens der Finanzkommission berichtet über diese Vorlage Herr Wolters: Die Beschlüsse und Anträge der Finanzkommission sind folgende: Zunächst ist die Finanzkommission der Meinung, daß es nunmehr, wenn aus der ganzen Angelegenheit etwas werden soll, unsere Sache ist, mit Vorschlägen wegen der Erhöhung der Gehaltsätze und der Deckung hierfür hervortreten. Wir sind ferner der Meinung, daß heute noch wie damals eine Erhöhung der Gehaltsätze gerechtfertigt ist. Es ist wohl in der Finanzkommission die Rede davon gewesen, ob man vielleicht die ganze Angelegenheit begraben wollte, jedoch ist hierauf die Finanzkommission selbstredend nicht eingegangen, sondern sie glaubt sich mit dem Wunsche aller oder doch der großen Mehrheit der Versammlung in Uebereinstimmung zu befinden, wenn sie meint, daß die Notwendigkeit der Gehaltserhöhung heute genau dieselbe ist, wie damals.

Die einzelnen hierbei in Betracht kommenden Punkte sind folgende: Erhöhung der Gehaltsätze der Beamten und Lehrer, Deckung der Mehrausgabe durch neue Steuern und Zeitpunkt der Gehälternachzahlung sowie Beginn der Steuererhebung.

Was die Erhöhung der Gehälter betrifft, so hat die Finanzkommission hierüber noch genau dieselbe Meinung wie früher, sie schlägt deshalb auch heute vor, die Gehaltsätze, wie sie aus der früheren Beratung der Versammlung herausgekommen sind, also im Gesamtbetrage von 191 500 Mark unverändert bestehen zu lassen mit der Ausnahme, daß von den Gehaltsätzen der höchsten städtischen Beamten Abstriche in der Weise gemacht werden, daß niemandem bei der bevorstehenden Gehaltsaufbesserung eine höhere Zulage als 500 Mark zuteil werden soll. In allen Fällen, wo im Anfangs- oder Endgehalte höhere Zulagen bewilligt worden sind, soll also eine entsprechende Ermäßigung eintreten.

Hiernach würden folgende Aenderungen in der früher beschlossenen Gehaltsskala erforderlich werden: Abschnitt D. Stadtverwaltung. II. Die übrigen besoldeten Magistratsmitglieder zurzeit 4500 bis 8500 Mark, in Zukunft 5000 bis 9000 Mark und nicht, wie die Deputation vorgeschlagen und die Versammlung genehmigt hatte 6000 bis 10 000 Mark. Wenn die Ver-

Sammlung diesen Antrag genehmigen sollte, so würde eine jährliche Ersparnis von 3000 Mark eintreten. Ebenso würde III. der Leiter der städtischen Bauverwaltung nicht mit 7500 bis 10 000 Mark, sondern nur mit 6500 bis 9000 Mark besoldet werden, wodurch eine Ersparnis von 1000 Mark erzielt werden würde. IV. Der Direktor der Licht- und Wasserwerke würde von 6000 bis 9500 Mark auf 5500 bis 9000 Mark heruntergesetzt werden. Ersparnis 500 Mark. V. Die Abteilungsvorstände der städtischen Bauverwaltung statt 4800 bis 8000 Mark erhalten 4300 bis 7500 Mark. Ersparnis 2500 Mark. VIII. Der Kämmerer statt 4500 bis 6000 Mark nur 4400 bis 5900 Mark. Ersparnis 100 Mark. Die Gesamtersparnis beträgt demnach 7100 Mark, so daß die Mehrausgabe an Gehältern nicht 191 500 Mark, sondern nur 184 400 Mark betragen würde. Die Finanzkommission schlägt vor, die Zulagen in dieser Höhe den festangestellten Beamten zu bewilligen.

Was die remunerierten Beamten betrifft, so hält die Finanzkommission den früheren Beschluß aufrecht, der Magistrat möge prüfen, ob nicht auch die Sätze der remunerierten Beamten der für die festangestellten Beamten beschlossenen Skala angepaßt werden könnten. Es würde sich dadurch eine Mehrausgabe von rund 6000 Mark ergeben, wenn man durchschnittlich eine zehnprozentige Erhöhung annehmen will. Eine Aufbesserung kann natürlich nur da eintreten, wo nicht seit der damaligen Beratung schon eine Einkommenserhöhung dieser Hilfsbeamten eingetreten ist.

Die wichtigste, uns heute beschäftigende Frage ist nun die Deckung der Mehrausgaben durch neue Steuern. In finanzieller Hinsicht teilt die Finanzkommission vollständig den Standpunkt des Magistrates, dahingehend, daß es nicht richtig sei, bei einem jährlichen Mehrbedarf von 190 000 Mark mit einer Deckung von 90 000 Mark zu arbeiten. In dieser Richtung bewegte sich der frühere Beschluß der Versammlung: es waren 191 500 Mark an Mehrausgaben und nur 90 000 Mark an Mehreinnahmen bewilligt worden. Für den Bedarf muß volle Deckung geboten werden. In Uebereinstimmung mit dem Magistrat meinte die Finanzkommission weiter, es könnten keine anderen Steuern in Frage kommen, als die bei der letzten Beratung in Aussicht genommene Veränderungs- und Wertzuwachssteuer. Die Finanzkommission steht nämlich noch auf demselben Standpunkte, daß hierbei die Erhöhung der Einkommensteuer nicht in Frage kommen kann. Unter den jetzt veränderten Verhältnissen hält es die Kommission indessen nicht mehr für richtig, den damaligen Beschluß aufrecht zu halten, sondern empfiehlt die Annahme eines weitergehenden Beschlusses. Den ersten Beratungen haben folgende Zahlen zugrunde gelegen: Der Magistrat beantragte Gehaltserhöhungen im Betrage von 160 000 Mark und beanpruchte eine Veränderungssteuer in Höhe von 1 Prozent unter Weg-

fall des Sechstels von Kontrakten. Da der Magistrat 1 Prozent der Veränderungssteuer auf 180 000 Mark und das fortfallende Sechstel auf 25 000 Mark berechnete, so ergab sich eine Einnahme von 155 000 Mark, der eine Ausgabe von 160 000 Mark gegenüberstand. Nun haben wir aber unsererseits die Forderungen des Magistrates bezüglich der Beamtengehälter weit überholt, indem wir beschlossen haben, an Gehaltserhöhungen 191 500 Mark zu bewilligen. Wir würden also, wenn wir das Sechstel wegfallen lassen, einer Ausgabe von $184\,000 + 6000 = 190\,000$ Mark gegenüber nur eine Einnahme von 148 000 Mark haben, nämlich 1 Prozent Veränderungssteuer nach unserer Rechnung im Betrage von 174 000 Mark weniger 25 700 Mark, die auf das Sechstel entfallen.

Diesen Standpunkt kann die Finanzkommission nicht mehr für richtig halten, und sie ist überzeugt, falls ein gegenteiliger Beschluß von der Versammlung zustande kommen sollte, wir damit wiederum auf ein totes Gleis laufen würden. Wir schlagen deshalb vor, daß beide Steuern, nämlich die Veränderungssteuer in Höhe von 1 Prozent und die Wertzuwachssteuer in der beschlossenen Höhe in Kraft treten, daß aber das Sechstel von Kontrakten nicht in Wegfall kommt. Wenn wir dieses Sechstel beibehalten, so erwächst uns eine Mehreinnahme an Steuern von 174 000 Mark, während wir unter Beibehaltung der Beschlüsse hinsichtlich der Gehaltserhöhungen mit den heute vorgeschlagenen Minderungen eine Mehrausgabe von 190 000 Mark haben würden; es bleibt also immer noch ein kleines Defizit von rund 16 000 Mark. Die Erhebung des Sechstels liegt in juristischer Beziehung folgendermaßen: Der Magistrat hatte angenommen, daß wir auf die Erhebung des Sechstels verzichten könnten, aber in den Sitzungen der Kommission hat er eine andere Ansicht geltend gemacht, und die Mitglieder der Finanzkommission müssen bekennen, daß sie der erneuten Auffassung des Magistrates, wonach auf die Erhebung des Sechstels nicht verzichtet werden kann, nur folgen können. Wir hätten dies auch schon finden können, wenn wir die Frage gründlicher geprüft hätten. Nach dem Gesetze vom 28. Juni 1879 ist die für die Abgabe zuständige Stelle die Herzogliche Kreisdirektion, welche die Abgabe festsetzt und beitreibt, und nach Nr. 6 des Gesetzes vom 21. September 1900 ist das Geschäft der Beibehaltung für die Stadt Braunschweig der Herzoglichen Polizeidirektion übertragen worden. Nun sollen nach § 7 desselben Gesetzes die städtischen Behörden hierbei mitwirken, jedoch bezieht sich diese Mitwirkung nur auf die Feststellung des Betrages und nicht auf die Abgabepflicht selbst. Es ist daher feststehend, daß auch gegen unsern Willen das Sechstel von den zuständigen Behörden beigetrieben werden kann, und wenn das der Fall ist, werden wir es selbstverständlich auch annehmen. Das Sechstel ist also auf alle Fälle zu erheben. Es könnte mithin nur in Frage kommen, wollen wir etwa statt des ganzen Prozentes

außer dem Sechstel nur $\frac{5}{6}$ Prozent erheben und, um etwaige Ausfälle zu decken, vielleicht die Wertzuwachssteuer in einer anderen verschärften Form heranziehen, indem wir sie von einem früheren Zeitpunkte aus, etwa von dem Beginne des letzten Verkaufes ab, in Kraft treten lassen? Dieser Vorschlag ist in der Finanzkommission vorgebracht, fand aber keinen Beifall, vielmehr steht die Kommission auch hier noch auf dem früheren Standpunkte, daß es richtig sei, die Wertzuwachssteuer so zu belassen, wie es früher beschlossen ist, im übrigen aber die Veränderungssteuer in Höhe von 1 Prozent zu erheben und das bisherige Sechstel weiter erheben zu lassen.

Schließlich wende ich mich zu der Frage des Zeitpunktes, von wann ab die Nachzahlung für die Beamten in Kraft treten und die Steuer erhoben werden soll. Nach den bisherigen Beschlüssen sollte die Gehaltsnachzahlung vom 1. Oktober 1908 und die Erhebung der Veränderungssteuer vom 1. April 1910 ab erfolgen. Zur Beurteilung dieser Frage möchte ich bitten ein Konto zu eröffnen und dabei folgendes in Rechnung zu setzen: Unser „Haben“ ist folgendes: Dispositionsfonds 200 000 Mark; wenn wir sodann schon vom 1. Oktober 1909 ab die Veränderungssteuer erhöhen, so würden wir für das laufende Rechnungsjahr die Hälfte von 174 000 Mark, also noch 87 000 Mark erhalten, macht zusammen 287 000 Mark.

Dem gegenüber steht das folgende „Soll“. Die Mehrausgaben für die festangestellten Beamten betragen für das Jahr 184 400 Mark, also bei Nachzahlung vom 1. Oktober 1908 ab 276 600 Mark, dazu kommen die remunerierten Beamten mit einer Mehrausgabe von 9000 Mark für $1\frac{1}{2}$ Jahre, macht insgesamt eine Mehrausgabe von 285 600 Mark, so daß sich Mehreinnahme und Mehrausgabe bis auf einen geringen Betrag ausgleichen werden. Die Finanzkommission schlägt bezüglich dieser beiden Fragen vor, die Nachzahlung der Beamtengehälter und Remunerationen der Hilfskräfte mit dem 1. Oktober 1908 und die Erhebung der beiden Steuern mit dem 1. Oktober 1909 beginnen zu lassen.

Zusammengefaßt lauten die Beschlüsse der Finanzkommission folgendermaßen:

„Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, baldmöglichst eine Vorlage zu machen, die enthält:

1. eine neue Gehaltsordnung für die festangestellten Beamten und Lehrer unter Zugrundelegung der am 3. Dezember 1908 von den Stadtverordneten beschlossenen Gehaltskala mit der Abänderung, daß kein Gehalt einer einzelnen Klasse im Anfangs- oder Endgehalt mehr gegen die augenblicklich in Kraft befindliche Gehaltsordnung gesteigert wird, als höchstens 500 Mark;

2. Vorschläge über eine Erhöhung der Bezüge der nicht festangestellten Beamten, soweit diese nicht in letzter Zeit bereits eine Erhöhung erfahren haben;
3. das Statut einer Gemeinde = Veränderungssteuer in Höhe von 1 Prozent unter Aufrechterhaltung des Sechstels, das schon bisher von Kontrakten erhoben wird, im übrigen nach den Beschlüssen vom 7. Januar 1909, aber in Kraft vom 1. Oktober 1909 ab;
4. das Statut einer Wertzuwachssteuer nach den Beschlüssen der Stadtverordneten vom 7. Januar 1909 mit der Aenderung, daß die Steuererhebung schon am 1. Oktober 1909 beginnt;
5. die Nachzahlung der Gehaltserhöhungen seit dem 1. Oktober 1908."

Vorsitzender: Wegen der formellen Behandlung der Sache möchte ich vorschlagen, in der Debatte die einzelnen Punkte nicht auseinander zu halten, sondern zusammenzufassen, weil es für die Redner schwierig sein würde, den Stoff zu trennen. Die Abstimmung wird natürlich hinterher über jeden einzelnen Punkt erfolgen.

Herr Jasper: Ich kann den Vorschlägen des Herrn Referenten nur zu einem geringen Teile zustimmen, und will gleich eingangs nicht unterlassen, meinem Befremden Ausdruck zu geben über die wunderbaren Wege, die der Verlauf der Angelegenheit nimmt. Es war zunächst schon etwas abweichend von der sonst üblichen Form der Vorberatung größerer Vorlagen, daß die Stadtverordneten zu dieser Vorberatung durch eine Deputation zugezogen wurden. Dagegen habe ich indessen nichts einzubringen, sondern es angenehm empfunden, daß die Stadtverordneten mit berufen wurden, ihre Meinung zu äußern. Es haben dann in einem gewissen Umfange unverbindliche Vorberatungen stattgefunden, die nach langen Sitzungen im Januar d. J. zu Beschlüssen geführt haben, auf deren Grund wir wohl alle erwarten durften, daß der Magistrat uns mit einer endgültigen Vorlage käme. Statt einer Vorlage bekamen wir aber einen Brief, in dem des langen und breiten unsere Ansicht und die gefaßten Beschlüsse gewürdigt, andere Vorschläge aber nicht gemacht werden, einen Brief, der damit endete, es müßte uns überlassen bleiben, zu den Ausführungen des Magistrates Stellung zu nehmen. Wir sollen also jetzt die Initiative ergreifen und dem Magistrate Steuern entgegenbringen, wenn eine Gehaltsänderung, die auch der Magistrat für notwendig hält, Platz greifen soll. Die Versammlung hat in ihrem früheren Beschlusse ihren Willen zum Ausdruck gebracht, sie war nach langen Erwägungen zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Magistrat die Finanzlage zu schwarz angesehen hat und es wohl möglich wäre, nach den von uns aufgestellten Grundsätzen zu wirtschaften. Dieses Vorgehen hat mich befremdet, und ich würde mich gegenüber der Magistratsvorlage

auf den Standpunkt gestellt haben: wenn der Magistrat keine Veranlassung gehabt hat, unsere Beschlüsse in Erwägung zu nehmen, sondern sie einfach in den Papierkorb wirft, so brauchen wir keine Makulatur nicht noch zu vermehren helfen. Diesen Standpunkt will ich jedoch nicht einnehmen, weil mir die Gehaltsaufbesserungen zu sehr am Herzen liegen, als daß ich allein aus formellen Rücksichten nicht mit der Mehrheit der Finanzkommission die auf dem Spiel stehende Frage nochmals erwägen wolle.

Es ist richtig, wir haben das gleiche Interesse an einer gesunden Finanzgebarung der Stadt und an einer gesunden Entlohnung der von der Stadt beschäftigten Beamten und Arbeiter, wie der Magistrat. Dem ersten Punkte des Vorschlages der Finanzkommission stimme ich zunächst zu, daß nämlich kein Beamter im einzelnen mehr als 500 Mark Zulage erhalten soll. Es steht das durchaus in der Richtlinie der Anträge, die von meinen Freunden und mir schon bei der früheren Beratung zum Ausdruck gebracht sind; wir fanden es nicht der Billigkeit entsprechend, daß die höher dotierten Beamten Zulagen von 1000 Mark und darüber, damit aber eine Aufbesserung von mehr als 10 Prozent ihres Gehaltes erhalten sollten, während nach unten hin unter Umständen geknappst werden sollte. Dies ist ein von der Sparsamkeit eingegebener Gedanke, der nur zu billigen ist. Mit dem zweiten Vorschlage, auch den remunerierten Beamten eine Einkommensaufbesserung zuteil werden zu lassen, kann ich mich selbstverständlich auch nur einverstanden erklären. Sie werden sich erinnern, daß mein Freund Hesse bei demselben Anlaß einen solchen Antrag einbrachte, aber damals vom Vorsitzenden und auch von der Versammlung bedeutet wurde, der Antrag gehörte nicht zur Sache. Daß dieser Antrag jetzt mit erledigt wird und nun doch zur Sache gehört, ist eine formelle Angelegenheit, die uns gleichgültig lassen soll, wenn Sie uns zu Willen sein und unserm Antrage in dieser Form stattgeben wollen.

Soweit wäre ich mit den Anträgen der Finanzkommission einverstanden. Aber um die Veränderungssteuer in dem Maße auszubauen, wie es die Finanzkommission vorschlägt, daß sogar über das vom Magistrate verlangte 1 Prozent hinaus noch das bestehende Sechstel hinzugenommen werden soll, scheint mir weder durch die Finanzlage des städtischen Haushalts geboten, noch kann ich anerkennen, daß die Gründe in Wegfall gekommen sind, die seinerzeit die Mehrheit bestimmt haben, dem Antrage auf Gewährung von 1 Prozent ohne das Sechstel nicht stattzugeben, sondern nur $\frac{1}{2}$ Prozent ohne das Sechstel zu bewilligen. (Widerspruch.) Wir sollen jetzt gehalten sein, $\frac{4}{6}$ Prozent mehr zu bewilligen, als damals. Wenn einmal geändert werden soll, so komme ich auf meinen alten Standpunkt zurück, daß die Veränderungssteuer vom sozialpolitischen Standpunkte aus für die Allgemeinheit zum Schaden ist, indem

namentlich die Mieter, auf die die Steuer abgewälzt wird, dadurch unangemessen belastet werden. Ich kann deshalb diesem Antrage nicht zustimmen und bitte, den Passus 3 der Kommissionsanträge überhaupt zu streichen, d. h. das halbe Prozent nicht noch zu bewilligen. In formeller Beziehung, da gebe ich dem Herrn Referenten recht, liegt die Sache mit dem Sechstel so, daß wir es nicht eigenmächtig abschaffen können und es bestehen bleiben müßte. Noch weiter zu gehen, habe ich aber zu große Bedenken und bitte daher, die Ziffer 3 überhaupt abzulehnen.

Wenn diesem Antrage stattgegeben würde, so wäre ich auch genötigt, für den Ausfall der $\frac{3}{100}$ Prozent einen gewissen Ersatz zu schaffen. Und auch da komme ich, es mag das Herrn Meyerhoff zu Liebe oder zu Leide sein, auf meinen alten Vorschlag zurück, die andere Steuer etwas kräftiger anzuziehen. Der Herr Referent hat schon erwähnt, ob es nicht zweckmäßig wäre, die Wertzuwachssteuer in der Richtung auszubauen, daß ihre rückwirkende Kraft verliehen würde. Das würde zum Ergebnis haben, daß die Steuer nicht zunächst nur auf dem Papiere stände, sondern schon in kurzer Zeit beim Wechsel von Grundbesitz verdient würde, indem der unerbiente Wertzuwachs, d. h. der Gewinn an einem Grundstücke, in das weder besondere Arbeit noch besonderes Kapital gesteckt ist, in Bälde eine praktisch greifbare Wirkung für die Stadtverwaltung haben kann. Die Stadt Hannover hat z. B. seit unserer letzten Beratung die Wertzuwachssteuer eingeführt und ihr eine rückwirkende Kraft in der Weise beigelegt, daß wenigstens der 1. April 1885 der Berechnung als vergleichender Maßstab zugrunde gelegt wird. Hannover hat dann auch in den wenigen Wochen des Bestehens der Steuer schon das Ergebnis zu verzeichnen, daß mehr als 20 000 Mark in den Stadtsäckel geflossen sind. Wir können bei meinem Vorschlage, diesen Spuren nachgehend, ebenfalls erreichen, daß schon bei den nächsten Verkäufen von Grundstücken ein finanzielles Ergebnis für die Stadt erzielt werden kann. Dieses Ergebnis wird um so höher werden, als wir auch die Steuersätze, wie wir sie vorgeschlagen haben, nicht bestehen lassen, sondern noch erhöhen. Wir beginnen nach den gefaßten Beschlüssen mit 5 Prozent und steigern dann langsam hinauf. Hannover geht auch hier radikaler vor; es fängt mit dem Satze, den auch ich zufälligerweise für Braunschweig vorgeschlagen hatte, nämlich mit 10 Prozent an und steigert erheblich stärker, als wir, ohne daß es deshalb in den Ruf einer umstürzlerischen Gemeindeverwaltung kommen wird. Ich schlage daher vor, die Ziffer 4 der Anträge folgendermaßen zu fassen:

„4. Das Statut einer Wertzuwachssteuer nach den Beschlüssen der Stadtverordneten vom 7. Januar 1909, jedoch mit der Maßgabe,

daß die Steuerfäße wesentlich erhöht werden und dem Statut rückwirkende Kraft beigelegt wird."

Mit dem weiteren Vorschlage der Kommission, an unserm Beschlusse festzuhalten und die Gehälter vom 1. Oktober 1908 ab rückwirkend nachzuzahlen, kann ich mich nur einverstanden erklären; ich bedauerte von vornherein, daß von einigen Seiten in der Finanzkommission ein anderer Vorschlag gemacht wurde, aber die Schwarzseher sind ja aus der Finanzkommission verbannt und in der Minderheit geblieben. Ich bitte dem Beschlusse beizutreten.

Vorsitzender: Der Herr Vorredner hat geäußert, der Magistrat hätte einen Beschluß von uns in den Papierkorb geworfen. So lange ich die Ehre haben werde, von Ihnen an diese Stelle gesetzt zu werden, werde ich nie gestatten, daß Beschlüsse der Versammlung in den Papierkorb wandern. Es liegt hierin eine starke Uebertreibung des Herrn Vorredners. Wir müssen selbstverständlich berücksichtigen, daß wir nur einen Teil der städtischen Behörden bilden und nur dasselbe Recht zu beanspruchen haben, wie der Magistrat. Trotzdem kann aber von der Redewendung des Herrn Vorredners, die ihm vielleicht nur im oratorischen Schwünge entschlüpft ist, absolut keine Rede sein.

Herr Oberbürgermeister K e t t e m e h e r: Auf die sachlichen Ausführungen des Herrn Dr. Jasper möchte ich vorläufig nicht eingehen; ich bin der Ansicht, daß er neue Gründe für seine Stellungnahme nicht vorgebracht und alles schon früher uns vorgetragen hat. Die Beschlüsse der Versammlung sind anders ausgefallen, als Herr Dr. Jasper wünschte, und damit müssen wir uns abfinden. Nur auf die Eingangsworte des Herrn Vorredners möchte ich etwas erwidern. Die Sache ist folgendermaßen verlaufen: Die Stadtverordneten haben den Magistrat ersucht, die Gehälter der Beamten und Lehrer aufzubessern, sodann ist auf Beschluß der städtischen Behörden eine Deputation niedergesetzt, die Vorschläge ausgearbeitet hat wegen der Verwilligung höherer Gehälter und der Aufbringung der dazu nötigen Mittel. An die Vorschläge dieser Deputation hat sich der Magistrat mit einigen ganz kleinen Abweichungen gehalten und eine entsprechende Vorlage ausgearbeitet. Wenn Sie dieser Vorlage zugestimmt hätten, würden die höheren Gehälter längst gezahlt worden sein, statt dessen haben Sie entgegen dem Vorschlage des Magistrates nur die Hälfte der beantragten Veränderungssteuer bewilligt und die Gehälter noch wesentlich erhöht. Nun stand der Magistrat vor der Frage: was tun? In Wirklichkeit war seine Vorlage abgelehnt, er konnte also ad acta darauf schreiben und Sie hätten ihm keinen Vorwurf machen können. Das hat er aber nicht getan, sondern er hat Ihnen seine Bedenken auseinandergesetzt. Allerdings, nun seinerseits wieder mit neuen Vorschlägen zu kommen, lag für ihn keine Veranlassung vor: nehmen Sie unsere erste Vorlage an, dann ist die Sache glatt erledigt! Ich weiß nicht,

wie uns Herr Dr. Jasper solchen Vorwurf machen kann, den ich hiermit zurückweise!

Herr Sander: Man muß anerkennen, daß der Magistrat in der Gehaltserhöhungsfrage und der Frage der neuen Steuern sehr geschickt gearbeitet und verstanden hat, sich eine ganz vorzügliche Position zu schaffen. (Zustimmung.) Er hat sich stets in der Defensivbewegung und sich mit Vorschlägen kommen lassen. Auf die ihm gemachten Vorschläge zur Erhöhung der Beamtengehälter ist er eingegangen und hat sich auch nicht abgeneigt verhalten, als von der Versammlung bei einzelnen Beamtengruppen noch eine weitere Erhöhung vorgeschlagen wurde, jetzt aber sagt er, wir sind mit den Beschlüssen der Versammlung einverstanden, aber bezüglich der Deckung macht es nun so, wie wir es haben wollen, denn mit den uns bislang gemachten Vorschlägen sind wir nicht zufrieden. Das kann man dem Magistrate nicht verdenken. Nur hat es mich sonderbar berührt, das muß ich offen gestehen, daß aus der Finanzkommission die Sache noch viel mehr verschärft herausgekommen ist, als sie uns vom Magistrat vorgelegt worden ist. Ich war bei mir schwankend geworden, ob ich mich nicht, um diese Sache endlich einmal zur Perfektion zu bringen, auch für das eine Prozent Veränderungssteuer erwärmen könnte, aber nachdem uns die Finanzkommission einen derartigen Vorschlag gemacht hat, bin ich entschieden dagegen und werde mich nicht dazu verstehen können.

Wir sind uns alle darüber einig, daß die Besoldungserhöhung für die Beamten und Lehrer nicht unter den Tisch fallen kann und dem Magistrat die Mittel dazu geschaffen werden müssen, es handelt sich nur noch um das Wie. Wir waren der Meinung, mit $\frac{1}{2}$ Prozent Veränderungssteuer auskommen zu können, und ich muß offen gestehen, persönlich stehe ich auch heute noch auf demselben Standpunkte, daß wir wenigstens auf einige Jahre hinaus die Erhöhungen vornehmen können, ohne Gefahr zu laufen, in finanzielle Schwierigkeiten zu geraten. Sie haben eins übersehen: die Erträge aus der Veränderungssteuer haben Sie viel zu niedrig angenommen, wenn Sie ihnen eine Zeit zugrunde legen, wo der Grundstücksmarkt vollständig brach liegt. Wenn wir zehn Jahre zurückdenken und den damaligen Umsatz zugrunde legen, so wird das Doppelte der hier angenommenen Schätzung herauskommen. Es scheint, als wenn sich der Grundstücksmarkt jetzt wieder regt und mehr Kauflust als bisher vorhanden ist; ich bin deshalb überzeugt, daß wir in dem kommenden Jahre, wo die Steuer in Kraft treten soll, ein ganz erhebliches Mehr bekommen werden, als angenommen wird. Wir haben in diesem Punkte zu schwarz gesehen und ein Jahr zugrunde gelegt, wo absolut kein Geschäft in Grundstücken vorhanden gewesen ist. Die Hypothekenverhältnisse bessern sich und auch der Grundstücksmarkt wird sich bessern, so daß wir ganz andere Erträge daraus erzielen werden.

Ich war mit mir nicht ganz klar, ob ich zu einem Antrage aus der Versammlung, die Magistratsvorlage zu genehmigen, ja sagen sollte, und ich hatte ursprünglich die Absicht, den Antrag einzubringen, unsere Einkommensteuer um $\frac{1}{2}$ Einheit zu erhöhen. Nachdem in letzterer Zeit andere Städte in dieser Richtung vorgegangen sind, sehe ich keine Gefahr für unsere Stadt in dieser Erhöhung: in Magdeburg und anderen Städten soll man erhöht haben und wird man noch weiter erhöhen, die Gefahr ist also für uns nicht mehr so groß. Immerhin halte ich von den beiden Uebeln, die Einkommensteuer zu erhöhen und die Veränderungssteuer in Höhe von 1 Prozent zu bewilligen, das letztere für das kleinere Uebel, und ich würde mich bereit gefunden haben, für die Magistratsvorlage in ihrer ursprünglichen Fassung zu stimmen, aber für den Antrag der Finanzkommission kann ich nicht stimmen. Ich will nicht eine Litanei über die Notlage der Grundbesitzer hier anstimmen, aber ich möchte doch betonen, daß diejenigen, die Sie jetzt durch die Steuer belasten wollen, durchweg in viel größerer Not sind, als diejenigen, denen die Erträgnisse aus der Steuer zugedacht sind, bei $\frac{3}{4}$ der hiesigen Grundbesitzer trifft das wenigstens zu. Insofern halte ich es für ein Unrecht, daß man die schwächeren Schultern belasten will, um es den weniger schwächeren Schultern zu geben. Persönlich kann ich auf keinen Fall noch über die Magistratsvorlage hinausgehen, und ich bitte die Versammlung, sich diesem Vorschlage der Finanzkommission nicht anzuschließen.

Herr Wolters: Auf die Ausführungen der Herren Dr. Jasper und Sander möchte ich folgendes erwidern: Die von mir geäußerte Ansicht ist die Ansicht der Finanzkommission im allgemeinen und nicht etwa meine persönliche Meinung.

Was zunächst die Reduzierung der Gehaltsaufbesserung auf 500 Mark bei den höchsten städtischen Beamten betrifft, so ist darüber in der Finanzkommission sehr lange beraten worden, und ich kann wohl sagen, ich habe mich diesem Beschlusse der Kommission nur schwer fügen können; meine Ansicht darüber ist eine andere (Zustimmung), und ich höre ja auch von anderer Seite Zustimmung, denn ich finde es nicht recht, an diesen Stellen zu sparen, die das Schicksal der Stadt in Händen haben. Ich habe mich indessen der Mehrheit gefügt. Bezüglich der Frage der remunerierten Beamten war von Herrn Dr. Jasper gesagt worden, die Sache wäre erst durch einen Antrag von ihm befreundeter Seite hineingekommen. (Widerspruch.) In Wirklichkeit liegt die Sache folgendermaßen: Der Magistrat hatte bei der Beratung der Deputation und der Finanzkommission erklärt, ehe von uns etwas erwähnt wurde, er würde auch die Gehaltsfrage der remunerierten Beamten bekannt geben und erwägen, ob deren Erhöhung geschehen könnte. Daraufhin kam am 23. November 1908 der Beschluß.

der Finanzkommission zustande, es möchte an den Magistrat die Bitte gerichtet werden, uns über diese Frage eine Vorlage zu machen.

Sodann komme ich zu der Finanzaufmachung des Herrn Dr. Jasper bezüglich der Wertzuwachs- und Veränderungssteuer. Wenn ich recht verstanden habe, will er die Veränderungssteuer nunmehr ganz beseitigen oder nur in Höhe von $\frac{1}{2}$ Prozent erheben. Beides ist hierbei ziemlich gleichgültig. Er will den Ausfall hauptsächlich decken durch eine erhöhte Wertzuwachssteuer. Dabei fehlt aber vollständig die finanzielle Grundlage, die 190 000 Mark zu decken. Wo haben wir wohl ein Spürchen von Gewißheit, daß dabei diese Summe herauskommt? Wenn wir das tun, so beschließen wir wieder etwas, das sich nicht halten läßt.

Herr Sander jagte bezüglich der von der Finanzkommission vorgenommenen Verschärfung der Steuer, er würde sich wohl zu einem Prozent verstanden haben, jedoch könnte er nicht zustimmen, wenn auch noch das Sechstel beibehalten werden sollte. Der Herr Oberbürgermeister hat darauf schon geantwortet, wenn wir Stadtverordneten den damaligen Antrag des Magistrats angenommen hätten, so wäre die Sache längst glatt gewesen, aber wir haben 31 000 Mark Gehälter mehr beschlossen und im Plenum ist damals gegen den Antrag der Finanzkommission die Ausgabe noch um 11 000 Mark hinaufgesetzt worden. Wir sollen also heute wiederum mit einem Loch von 42 000 Mark die Sache verlassen. Das ist nicht richtig, und deshalb hat die Kommission empfohlen, das Sechstel beizubehalten.

Herr Meyerhoff: In dieser sehr unerquicklichen Sache noch das Wort zu nehmen, ist nicht angenehm, aber es muß doch geschehen. Der Herr Oberbürgermeister sagte vorhin, warum haben Sie unserer ursprünglichen Vorlage nicht zugestimmt? Dazu sind wir aber nicht hier, strifte nur den Magistratsvorschlügen zuzustimmen, wir haben sie vielmehr ernstlich zu erwägen, das ist unser gutes Recht. Finden wir andere Mittel und Wege, um aus solchem Dilemma herauszukommen, so liegt es an uns, diese Wege einzuschlagen. Ich verstand die Aeußerung des Herrn Oberbürgermeisters als einen Vorwurf, den ich zurückweisen muß. Wir sind ja gewöhnt, daß uns der Magistrat nicht gern einen Gefallen tut, wir haben aber, so lange ich hier sitze, dem Magistrate schon sehr viel zu Gefallen getan. Der Magistrat hätte uns hier folgen und uns auch einmal einen Gefallen tun können; ich hätte sonst den Wunsch, daß die ganze Vorlage fiele und uns eine neue Vorlage gemacht würde. Herr Sander hat schon gesagt, daß sich der Magistrat hierbei in angenehmer Stellung befunden habe: Ihr habt die Gehaltserhöhung beantragt, nun könnt Ihr auch sehen, woher Ihr das Geld kriegt, so ungefähr drückt sich der Magistrat aus.

Worauf basieren denn nun eigentlich die hier vorgebrachten Zahlen? (Herr Wolters: Auf zehnjährigem Durchschnitt!) Nehmen Sie nur solchen Durchschnitt, und Sie werden schon sehen, wie Sie dabei fahren. Ich will Ihnen nur mitteilen, in welchem Dilemma sich die Stadt Cöln a. Rh. befindet, das wird dem Magistratsreferenten, Herrn Stadtrat von Frankenberg noch unbekannt sein. Geradezu trostlos ist das Ergebnis des Jahres 1908 aus der Wertzuwachssteuer, denn deren Einnahme hat nur 76 000 Mark ergeben und der Ausfall an der Umsatzsteuer beträgt rund 558 000 Mark gegen den Ansatz des Jahres 1908. Wenn die Stadt Cöln auf diese Steuer ihre Gehaltszulage aufgebaut hat, so liegt sie damit gründlich im Käse. Die Millionenbauten in Rixdorf und der aufblühenden Stadt Kiel sind ja bekanntlich das Dorado für die Bodenreformer, und hier hat man über eine Million Defizit aus der Veränderungssteuer gehabt. Wenn der Magistratsreferent dieses Material nicht besitzen sollte, so stelle ich es ihm zur Verfügung; es ist aus dem Börsenkurier ausgeschnitten und nicht etwa aus einem Blatte, das den Grundbesitz vertritt. Es heißt in dem betreffenden Artikel folgendermaßen:

„In ungünstige Finanzlage ist nach einer den städtischen Kollegien von dem Magistratsvorsitzenden gemachten Mitteilung die Stadt Kiel geraten. Sie hatte bei ihren Ausgaben und in der gesamten Finanzpolitik ständig mit hohen Eingängen aus der Umsatz- und Wertzuwachssteuer gerechnet und in den Jahren günstiger Wirtschaftslage sich hierin auch nicht geirrt. Das letzte Jahr ist aber infolge des Rückganges der Konjunktur gerade im Grundstücksverkehr so ungünstig verlaufen und hat dem Stadtsäckel solche Ausfälle gebracht, daß bei einer Gesamtausgabe von ca. 20 Millionen Mark im Ordinarium ein erhebliches Defizit sich ergibt und 1 237 000 Mark durch neue Steuern aufgebracht werden müssen. Nun ist Kiel zufällig diejenige Stadt, auf deren mit der Wertzuwachssteuer erzielte Erfolge in erster Reihe hingewiesen zu werden pflegte, wenn in anderen Gemeinden ebenfalls die Einführung dieser Steuer beantragt wurde. Zweifellos wurde das in gesunder Entwicklung begriffene Grundstücksgeschäft in Kiel gerade durch die Belastung durch diese Steuer allmählich hintangehalten, und so hat sich denn die Stadt nur ins eigene Fleisch geschnitten, indem sie die Unternehmungslust ihrer einst besten Steuerzahler unterband.“

Ebenso wie in Kiel liegen die Verhältnisse in Schöneberg und Cöln. Kiel und Schöneberg waren ja stets die Paradedepferde, auf denen Damaskhe und Konforten herumritten. Wenn wir heute das Prozent Veränderungssteuer bewilligen, so schneiden wir uns ins eigene Fleisch, genau so wie die eben genannten Städte. Wir befinden uns mit beiden Steuern auf einem abschüssigen Wege. Die hier der Berechnung zugrunde gelegten Durchschnittszahlen sind

problematischer Natur, denn sie werden sich hier ebenso trügerisch erweisen, wie in Kiel, Schöneberg und Cöln. Im ersten Anlauf haben die Steuern etwas Geld eingebracht, aber die Unternehmerlust läßt bald nach und den Schaden davon trägt dann die ganze Kommune, denn die Mieten müssen und werden gesteigert werden, weil die Grundbesitzer auf irgend eine Weise den Verlust decken müssen, um ihre Zinsen bezahlen zu können. Eine ungünstigere Zeit konnte sich der Magistrat für die Einführung dieser Steuern gar nicht wählen, als jetzt, wo alles im Niedergange begriffen ist. Die Majorität hat seinerzeit mit ihrem Beschlusse, die Veränderungssteuer in Höhe von $\frac{1}{2}$ Prozent und dazu die Wertzuwachssteuer einzuführen, so viel getan, daß der Magistrat damit vollständig zufrieden sein konnte, denn er konnte damit erst einmal wirtschaften und abwarten, wie sich die Sache machen würde. Ich bin damals belächelt wegen meiner Rechnung und meiner Ansicht, daß wir Geld genug hätten und abwarten könnten, ob es ausreichte; sollte es sich aber herausstellen, daß wir nicht auskommen konnten, so ließe sich darüber weiter sprechen. Herr Dr. Wolters schüttelt mit dem Kopfe, ich rechne aber nicht mit unbekannten Größen, sondern ich stehe auf einem praktischen Standpunkte und bin auch nicht so steuerfreudig, wie er. Wir haben im Jahre 1907/08 ein Plus von 400 392,35 Mark gehabt und werden auch 1908/09 ein Plus haben, dazu kommen die Ueberweisungen aus den Gas- und Wasserwerken, die erhöhten Einnahmen aus der Grund- und der Gewerbesteuer usw. Wenn Sie das alles zusammennehmen, so sollte der Magistrat mit dem im Januar gefaßten Beschlusse recht zufrieden gewesen sein und uns nicht schon wieder Mehrforderungen zumuten. Jetzt einen anderen Beschluß zu fassen, wäre verfehlt, und ich werde dagegen stimmen.

Herr Sander sprach auch davon, daß die Einkommensteuer nicht erhöht werden sollte. Kiel bleibt nichts anderes übrig, als sie zu erhöhen, und unsere Nachbarstadt Magdeburg hat ihre Einkommensteuer auch erhöhen müssen, weil die hier vorgeschlagenen Steuern problematischer Natur sind und nicht für einen richtigen Eingang bürgen. Wenn hier mit Zahlen gerechnet wird, so sind das unbekannte Größen, deshalb gehen Sie nicht über den früheren Beschluß hinaus.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Ich muß entschieden Vertwahrung dagegen einlegen, daß ich der Versammlung hätte einen Vorwurf machen wollen, sie sei schuld an der Verzögerung dieser Sache. Es ist für den einzelnen eine prekäre Sache, einem hohen Hause einen Vorwurf machen zu wollen: man hat sich gegenüber einem Beschlusse der Versammlung zu schicken und der Magistrat ist nicht allmächtig, sondern an den Beschluß der Versammlung gebunden. Ich habe nur den Vorwurf des Herrn Dr. Jasper zurückgewiesen, daß der

Magistrat die Beschlüsse der Versammlung nicht respektiert habe. Weiter möchte ich noch den Vorwurf des Herrn Meyerhoff zurückweisen, der Magistrat hätte nie gern getan, was die Versammlung gewollt hätte. (Widerspruch des Herrn Meyerhoff.) Das haben Sie gesagt, Herr Meyerhoff, und das ist ein schwerer Vorwurf für den Magistrat. Man muß mit solchen Redewendungen, wie „Gefallen tun“, gar nicht operieren: wir tun Ihnen keinen Gefallen und verlangen von Ihnen auch keinen Gefallen. Maßgebend ist für uns nur das Wohl der Stadt, und sobald wir diese Bahn verlassen und nach oben oder unten blicken, kommen wir auf eine schiefe Ebene. Wir haben nur zu prüfen, was sachlich richtig ist, alles andere kommt hierbei nicht in Betracht.

Nun tröstet uns Herr Meyerhoff mit den trostlosen Verhältnissen in Kiel und Köln; trostlose Verhältnisse möchten wir hier aber nicht haben. Halten Sie uns doch lieber gar als „mustergültiges“ Beispiel unser Deutsches Reich vor, dann können Sie noch mehr an Trostlosigkeit erleben. Sodann sagt Herr Meyerhoff, der Magistrat könne es erst einmal ein Jahr mit ansehen, gut, aber was sagen wir dann? Dann kommt dieselbe Debatte wie heute. Wir müssen uns deshalb jetzt verständigen über die Aufbringung der Mittel, und wenn die Verständigung nicht zustande kommt, so sitzen wir fest, denn dann hat derjenige, der die Majorität hat, das Recht, zu sagen, wie es gemacht werden soll. Man kann nicht die dauernden Ausgaben um 190 000 Mark erhöhen, wenn man einen Kassenvorrat von 200 000 Mark hat; ein derartiger Kassenvorrat ist fürchtbar schnell aufgebraucht, zumal er aus verschiedenen Jahren stammt. Schließlich hat Herr Meyerhoff dann angedeutet, die Einkommensteuer zu erhöhen (Widerspruch des Herrn Meyerhoff), indem er uns Magdeburg vorhielt. Wir haben auch diese Frage eingehend erwogen, und der Magistrat glaubt annehmen zu dürfen, Sie werden seiner Ansicht beipflichten, daß unsere allgemeinen Steuern schon reichlich hoch geworden sind. Wenn Sie aber früher der Ansicht waren, daß die Gehaltserhöhungen nicht mit Hilfe der Umsatzsteuer gemacht werden sollten, so wäre es praktisch gewesen, dem Magistrate zu sagen, es möchte die Einkommensteuer erhöht werden, dann hätte der Magistrat dazu Stellung nehmen können. Wenn Herr Meyerhoff sagte, daß verschiedene Städte die Einkommensteuer erhöht hätten, so möchte ich bitten, die Frage zu prüfen, ob die betreffenden Städte nicht schon längst eine Umsatzsteuer haben. Die weit höher ist, als die hier in Vorschlag gebrachte Steuer. Jedenfalls wird sich dies Ergebnis wohl herausstellen. Ich habe nicht alle diese Städte im Kopfe, aber ich habe gefunden, daß eine große Zahl von Städten seit Jahrzehnten mit der Umsatzsteuer ein sehr gutes Geschäft gemacht hat. Die Steuer wird auch nicht zurückgehen, obwohl wesentliche Schwankungen allerdings auch einmal kommen können und auch schon gekommen sind. Immerhin sollten wir

hierbei die Rücksicht auf die Stadt und ihre Interessen im allgemeinen nehmen, ehe wir die Einkommensteuer erhöhen, und sollten uns derartige Quellen erschließen, wie es in anderen Städten auch geschehen ist. Ich glaube nicht, daß wir mit Herrn Meyerhoff über diese Frage einig werden, Herr Meyerhoff bleibt eben bei seiner Ansicht. Wenn er damit allein stände, so sollte es mich freuen, sofern nur die Mehrheit der Versammlung unserer Ansicht ist.

Herr Sander: Ich muß nochmals das Wort ergreifen, um einem Ausspruche des Herrn Referenten entgegenzutreten, nach dem ich gesagt haben soll, ich würde der Magistratsvorlage zustimmen. Das habe ich nicht ohne weiteres gesagt, sondern ich habe gemeint, sie wäre für mich annehmbar, und ich würde mich zu solcher Annahme vielleicht entschließen. Ich möchte nicht, daß mir nachgesagt würde, ich wäre umgefallen. Meine Bedenken gehen dahin, lieber noch $\frac{1}{2}$ Prozent Veränderungssteuer zu bewilligen, als die Einkommensteuer zu erhöhen. Sodann weist der Herr Referent auf die Befürchtungen der Finanzkommission hin, daß das Sechstel auch noch nötig wäre, weil die Gehaltserhöhungen noch weiter ausgedehnt seien, wie sie der Magistrat beantragt habe. Hier ist die Finanzkommission päpstlicher als der Papst. Der Herr Oberbürgermeister hat erklärt, er wäre zufrieden, wenn die frühere Vorlage angenommen würde, aber die Finanzkommission will noch mehr haben. (Widerspruch.) Der Magistrat stand auf dem Standpunkte, er wolle das Sechstel nicht haben, und damit ist er auch heute noch zufrieden.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Daß Herr Meyerhoff ein streitbarer Kämpfer ist überall da, wo es gilt, Belastungen vom Grundbesitze abzuwenden, wissen wir, und daß er zuweilen gegen mich eine Lanze einlegt, bin ich auch gewohnt, aber das bin ich nicht gewohnt, daß hier mit Städten, deren gesamte Finanzlage zu überschauen außerordentlich schwierig ist, operiert wird, um zu beweisen, was Herr Meyerhoff gern beweisen möchte. Ich will nur erwähnen, daß eine große Anzahl von Städten durch die Abschaffung des Einfuhrzolles für Lebensmittel gezwungen ist, ihre Finanzgebarung auf eine andere Grundlage zu stellen, und wenn solche Städte genötigt sind, ihre Einkommensteuer zu erhöhen, so ist das eine Maßregel, die nicht zu bedauern ist, sondern die einen Schritt darstellt, den die Städte längst hätten tun sollen. Damit kann man aber hier nicht operieren. Wenn die Besorgnis geäußert wurde, daß die Belastung des Grundbesitzes durch die Einführung einer Gemeinde-Veränderungssteuer nicht zu ertragen sein würde und diese Steuer verderbliche Verhältnisse herbeiführen müßte, so will ich nur darauf hinweisen, daß der Staat seinerseits die Stempelsteuer eingeführt hat in Höhe von $\frac{1}{2}$ Prozent, die er später auf 1 Prozent verdoppelte und daß auf diese Weise im Laufe des letzten Jahres ein Betrag von 162 000 Mark an Stempelabgaben vom Grund-

besitzverkehre an den Staat geflossen ist. Trotzdem wird man aber nicht behaupten können, daß der Grundbesitzverkehr unserer Stadt durch diese Erhöhung an den Rand des Abgrundes oder in schwierige Verhältnisse gekommen ist. Das ist auf ganz andere Ursachen zurückzuführen, auf die derzeitige Ueberschneidung an Grundstücken zc., aber das 1 Prozent Stempelsteuer hat dabei nicht den Ausschlag gegeben. Der Herr Oberbürgermeister hat schon darauf hingewiesen, daß eine große Anzahl Städte die Veränderungssteuer benutzt, um ihre Finanzen aufzubessern, in vielen Städten werden 3 selbst 3½ Prozent dieser Steuer bei bebauten Grundstücken erhoben, und man wird nicht sagen können, daß die Stadt Braunschweig mit 1 Proz. oder 1⅙ Proz. der Steuer über das Maß des Erlaubten hinausgeht. Es ist nicht die Absicht der Stadtverwaltung, auf diese neue Steuer die Finanzgebarung der Stadt zu begründen, wir wollen damit vielmehr nur vermeiden, die Einkommensteuer noch weiter zu erhöhen, und ich möchte auf das allerbestimmteste vor einem solchen verhängnisvollen Schritte warnen. Sie glauben nicht, wieviele Schreiben von Rentnern, Pensionären, überhaupt solchen Leuten, deren Zuzug uns nur erwünscht sein kann, mir im Laufe des Jahres amtlich zugehen, in denen angefragt wird, wie hoch die Sätze unserer Gemeindecinkommensteuer sind. Da hilft kein Mundspitzen, es muß gepfiffen sein. Wenn Sie die Einkommensteuer noch weiter erhöhen, so befolgen Sie eine Abschreckungstheorie, die für die Gesamtheit der Bürgerschaft sehr bedenklich werden kann.

Herr Weichsel: Wir sollten vorsichtig sein, hier Vorwürfe zu erheben, die sich bei genauer Prüfung nicht als begründet herausstellen. Man kann ja sagen, was sich liebt, das neckt sich, aber es könnte doch leicht das Niveau der Versammlung dadurch etwas herabgedrückt werden. Die formellen Bedenken des Herrn Dr. Jasper habe ich nicht teilen können, zweifelhaft schien es mir nur zu sein, ob es richtig war, die Vorlage seinerzeit an die Deputation weiterzugeben, aber dieser Standpunkt läßt sich auch rechtfertigen, und materiell ist die Sache ohne Bedeutung. Nach den Vorschlägen der Finanzkommission stehe ich auch auf dem Standpunkte, etwas anderes, als eine Belastung des Grundbesitzes ist mit dem besten Willen nicht möglich. Man kann die früher vorgelegte Statistik hier heute nicht wiederholen, aber sie war überzeugend, und wir müssen uns dem Steuersystem der Nachbarstädte anschließen. Ich gehe von dem Standpunkte aus, daß wir ohne Grund keine Steuern schaffen wollen, jedoch kann man sehr zweifelhaft sein, welches die richtige Art der Besteuerung ist. Schon früher habe ich gesagt, daß ich die Veränderungssteuer von 1 Prozent für eine höchst unangenehme und unerquickliche Steuer halte, die man nicht mehr ausdehnen sollte, als es nötig wäre. Wenn man deshalb vielleicht nur ½ Prozent nähme und die Wertzuwachssteuer in erhöhtem Maße heranzöge, so ließe sich darüber sprechen.

Ein bißchen Optimismus können wir immerhin haben, und wenn wir die Wertzuwachssteuer auf das Jahr 1900 zurückschrauben, so können wir die Sache mit gutem Vertrauen genehmigen. Was das Sechstel anbelangt, so mag es richtig sein, daß wir darauf nicht ohne weiteres verzichten können, aber das Herzogliche Staatsministerium würde uns doch wohl in dieser Angelegenheit entgegenkommen, wenn wir sagten, wir wollten aus praktischen Gründen von dem Sechstel absehen; es würde meiner Meinung nach ganz unbedenklich darauf eingehen.

Herr Meyerhoff: Ich wollte dem Herrn Oberbürgermeister einiges erwidern. Ich habe den Magistrat nicht angreifen wollen und auch nicht angegriffen, sondern ich habe nur gesagt, wir haben dem Magistrate schon so viel zu Gefallen getan, nun kann er auch uns einmal etwas zu Gefallen tun, und wir kämen auf Grund des Beschlusses vom 7. Januar d. Js. ganz gut aus. Ich habe ferner der Erhöhung der Einkommensteuer nicht das Wort geredet, sondern nur angeführt, was wohl den Städten übrig bleiben würde, die in ein solches Dilemma gekommen seien, sie würden ihre Gemeinde-Einkommensteuer erhöhen müssen. Herr Stadtrat von Frankenberg sagte, daß für uns das Beispiel der Städte maßgebend gewesen sei, die seit zehn Jahren die Umsatzsteuer eingeführt und ein gutes Geschäft damit gemacht haben. Aus diesem Grunde hätten wir geglaubt, die Steuer auch hier einführen zu sollen. Ich behaupte und wiederhole das hier, ich halte auch diese beiden Steuern für verkehrt und ich hätte einen sicherern Grund für die Gehaltserhöhungen genommen, weil ich den Ertrag der beiden Steuern bezweifle; dagegen bezweifle ich nicht, daß durch Einführung der Steuern der Grundstücksmarkt noch viel mehr erschwert werden wird, es werden weniger Grundstücke gehandelt werden, als früher, wie es in Kiel, Köln u. auch geschehen ist. Dann haben wir aber die Erträge nicht mehr, die heute rechnerisch festgestellt worden sind. Deshalb gebe ich nochmals zu bedenken anheim, ob es nicht besser ist, unsern früheren Beschluß aufrecht zu erhalten und ein Jahr damit zu wirtschaften. Der Herr Oberbürgermeister meinte, der Magistrat müßte dann wieder mit einer Vorlage kommen. Ich sehe darin aber gar keine Gefahr, namentlich, wenn hier der Beweis geführt ist, daß man in einem Jahre dafür zu haben ist, wenn es nötig sein sollte; vorläufig fehlt mir noch der Glaube, daß wir die Steuer so unbedingt nötig haben. Es hat außerdem auch keinen guten Eindruck gemacht, daß die Frage der Erhöhung der Beamtengehälter mit der Steuer auf den Grundbesitz zusammengeworfen ist. Wenn ein Grundbesitzer hier die Steuer ablehnt, so kann er leicht als ein solcher hingestellt werden, der dagegen ist, den Beamten die Gehälter zu erhöhen. Zu denen gehöre ich aber nicht. Die vom Herrn Referenten in Vorschlag gebrachten Abstriche machen 7100 Mark aus, diese Summe macht aber auch den Kohl nicht fett. Den Magistrat möchte ich bitten, seine Vorlage zurückzuziehen und sich mit

dem zufrieden zu geben, was im Januar beschlossen worden ist. Warten wir doch erst einmal ein Jahr ab. Ich wäre der letzte, der dem Magistrat Unannehmlichkeiten bereitere, wenn er nicht auskäme. Wird uns bewiesen, daß es so nicht geht, so sind wir immer da. Wir haben jahrelang mit einem Defizit gearbeitet und es hat auch gegangen (Heiterkeit), auch sind wir nicht kreditlos dabei geworden. Wenn wir hier wirklich 42 000 Mark weniger einnehmen, so lassen Sie uns doch erst einmal sehen, ob wir die Summe nicht anderswoher nehmen können. Ich glaube, es geht mit dem Beschlusse vom Januar d. Jz.

Herr F r i e d e : In der Beratung am 7. Januar habe ich offen erklärt, wir könnten erst einmal versuchsweise auf ein Jahr die Gehälter der Lehrer und Beamten mit dem vorhandenen Etatsüberschuß erhöhen. Nun hat sich inzwischen die Sachlage insofern geändert, als der Magistrat bewiesen hat, daß der Ueberschuß in Wirklichkeit gar nicht da sein soll. Daß die Lehrer- und Beamtengehälter erhöht werden müssen, darüber sind wir uns alle einig, und dieser Sache können wir uns nicht mehr entziehen. Die Sache spielt nun schon so lange, daß es einem bald über wird, darüber überhaupt noch zu sprechen. Ueber die Deckungsfrage läßt sich allerdings streiten. Ich wäre froh gewesen, wenn der Magistrat auf unsern Beschluß vom 7. Januar eingegangen wäre; nachdem er aber erklärt hat, daß es absolut unmöglich sei, mit $\frac{1}{2}$ Prozent der Veränderungssteuer die Gehaltserhöhungen durchzubringen, so erkläre ich ganz offen, so wehe es mir auch tut, daß ich für die Magistratsvorlage nunmehr stimmen werde, nachdem der Kommissionsantrag noch ein wenig geändert sein wird. Ich möchte nämlich bitten, da das Sechstel nach der uns gewordenen Aufklärung bestehen bleiben muß, außerdem nur noch $\frac{5}{6}$ Prozent Veränderungssteuer zu erheben. Nehmen wir dann das eine Sechstel dazu, so haben wir 1 Prozent. Darauf wird der Magistrat wohl eingehen können. Für die Erhöhung der Einkommensteuer bin ich nicht zu haben. Der Magistrat geht nicht darauf ein, und wir alle sind wohl der Ueberzeugung, wenn wir die Einkommensteuer erhöhen, schaden wir unserer Stadt, obwohl an sich es der gerechteste Weg wäre, die Einkommensteuer zur Aufbesserung der Beamtengehälter zu erhöhen, denn die Beamten und Lehrer dienen nicht dem Grundbesitz, sondern der Allgemeinheit. (Zustimmung.) Da das aber nicht geht, weil die Fremden durch zu hohe Gemeindesteuern zurückgeschreckt werden, so kann darauf nicht eingegangen werden, denn wir wollen gern den Zuzug kapitalkräftiger Leute von außerhalb haben. Was bleibt uns dann weiter übrig, da andere Steuern nicht vorgeschlagen sind und z. B. eine Mietssteuer auch nicht beliebt ist (Widerspruch), als die Veränderungssteuer in der geforderten Höhe zu bewilligen. Selbstverständlich muß der Grundbesitz diese Steuer auf die Mieter mit abwälzen.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e h e r : Herr Meyerhoff hat seinem Bedauern Ausdruck gegeben, daß der Magistrat die Gehaltsvorlage mit der Grundbelastung in Verbindung gebracht hat. Wir haben hin und her überlegt, wie wir die erforderlichen Mittel aufbringen sollten und sind schließlich darauf gekommen, und hieraus kann uns doch niemand einen Vorwurf machen. Sie haben seinerzeit an Beforderungserhöhungen 190 000 Mark bewilligt und zwar über 30 000 Mark mehr als der Magistrat beantragt hatte, während Sie nur 84 000 Mark Deckung bewilligt haben. Hierbei wollte man das Jahr 1900 als maßgebend ansehen. Wir sollten also 190 000 Mark mit 84 000 Mark decken. Das nach dem früheren Beschlusse wegfallende Sechstel im Betrage von 25 000 Mark besaßen wir schon und haben davon gedeckt Armen- und Wegebaufkosten, so daß sich unser Bedarf auf 215 000 Mark stellt, und diesen Bedarf sollten wir mit 84 000 Mark decken, so daß 131 000 Mark ungedeckt bleiben. Sollte ich mich hierbei verrechnet haben, so bitte ich mich zu berichtigen. Herr Friede ist etwas entgegenkommender und will uns 168 000 Mark bewilligen, wovon 25 000 Mark abgehen sollen, so daß 143 000 Mark verbleiben, es würden also rund 30 000 Mark nach unserer Vorlage ungedeckt bleiben. Auch wir können nicht sagen, wie sich die Steuerverhältnisse im allgemeinen hier entwickeln werden, aber wenn Herr Meyerhoff leichten Herzens sagte, wir haben früher mit einem Defizit gearbeitet und können das auch weiter tun, so darf er nicht glauben, daß dadurch der Magistrat zur Nachgiebigkeit veranlaßt wird. Das ist ja das schöne an einer Stadtverwaltung, man merkt außen nicht, ob sie mit einem Defizit oder einem Ueberschuß arbeitet; während ein Kaufmann seine Bude zumacht, wenn er nicht bezahlen kann. Das geht natürlich bei einer Stadt nicht. Wir müssen aber gleichwohl die Augen offen halten und fragen, wie stehen die finanziellen Verhältnisse der Stadt? Sie haben ja auch bei Vorlegung des Stats gesehen, daß die Verhältnisse so glänzend nicht sind, wie früher angenommen worden ist. Wenn wir dem Wunsche des Herrn Meyerhoff folgen, so kommen wir in eine Defizitwirtschaft hinein und darauf, so verlockende Worte auch Herr Meyerhoff dafür gefunden hat, können wir uns nicht einlassen.

Herr L e u e : Es ist hier so viel die Notwendigkeit der Erhöhung der Beamten- und Lehrergehälter betont worden, aber es wird sich immer nur um eine platonische Liebe handeln, mit der der Beamtschaft nicht gedient ist, wenn wir die Mittel dazu nicht bewilligen. In dem Streite, ob die Veränderungssteuer in dieser oder jener Höhe erhoben werden soll, kommt nichts zustande, und die Beamten und Lehrer sind hierbei nicht der tertius gaudens, der lachende Dritte, sondern der leidende Dritte, wir kommen damit immer wieder auf einen toten Punkt. Nur nebenbei möchte ich bemerken, daß ich persönlich mehr für die

Wertzunwachststeuer als für die Veränderungssteuer bin, jedoch will ich mich darauf nicht näher einlassen. Einen Ausweg aus dem Dilemma sehe ich jetzt nur in der Bewilligung der von der Finanzkommission vorgeschlagenen Steuer, obwohl dieser Weg vielleicht nicht der beste ist. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß mit dem Vorschlage des Herrn Meyerhoff keine richtige Finanzpolitik getrieben werden kann, denn dauernde Ausgaben müssen durch dauernde Einnahmen gedeckt werden, und deshalb bitte ich Sie im Interesse der Lehrer und Beamten, deren Gehaltserhöhungen Sie nicht nur als wünschenswert, sondern sogar als notwendig bezeichnet haben, zum Schluß zu kommen und es nicht zu machen wie der Reichstag, der unausgesetzt die Notwendigkeit der Finanzreform anerkennt, sich über die Art der Deckung aber nicht einigen kann.

Herr L ö h n e f i n k e: Ueber die Deckungsfrage der Gehaltsvorlage sind schon recht viele Worte gewechselt, ohne zu einem praktisch verwertbaren Resultate zu führen. Man kann allerdings im Zweifel sein, für welchen der hier gemachten Vorschläge man seine Stimme in die Wagschale werfen soll. Nachdem wir aber mit authentischem Materiale versehen sind, und da Zahlen mehr reden als alle Worte, denn Zahlen beweisen, so muß man doch den Vorschlägen der Finanzkommission Raum geben und den klar bezeichneten Weg beschreiten, der meines Erachtens allein zur Erreichung des Zieles, nämlich zur Aufbesserung der Beamtengehälter, führen kann. Dieses Ziel wird aber in nebelhafte Ferne entschwinden, wenn die Versammlung den Vorschlägen der Finanzkommission die Zustimmung versagen sollte. Dem Magistrate wollte ich es sehr verdenken, wenn er den Wünschen der Versammlung auf Erhöhung der Beamtengehälter noch weiter entgegenkommen wollte, ohne daß vorher wenigstens in annähernd ausreichendem Maße die Deckungsfrage erledigt worden ist. Zur Deckung des Geldbedarfs ist auch die Erhöhung der Gemeinde-Einkommensteuer in Vorschlag gebracht worden; ich will indessen nicht näher darauf eingehen, nachdem schon verschiedene Redner die Sache als unannehmbar bezeichnet haben, womit die Frage wohl abgetan ist. Es bleibt mithin nur die Deckung durch Belastung des Grundbesitzes übrig, und ich kann die Auffassung des Herrn Meyerhoff nicht teilen, daß sich die Erträgnisse aus der Steuer nicht in der Höhe herausstellen würden, wie der Herr Referent erwartet hätte. Zu diesen Zahlen ist man auf Grund der attestierten Abgaben von Grundstücksverkäufen gelangt, sie dürften daher den Nagel auf den Kopf treffen. Wenn Herr Meyerhoff die Befürchtung äußerte, daß der Grundbesitz davon zu hart betroffen würde und die Mieten eine unverhältnismäßige Steigerung erfahren dürften, so kann ich dieser Ansicht nicht beipflichten; eine geringfügige Steigerung würde ich zugeben können, aber auch nur in dem Falle, daß dasselbe Grundstück mehrere Male in kurzer Zeit den Besitzer wechselte. Ich sehe nicht so schwarz, wie die

Herrn Grundbesitzer, obgleich ich selbst Grundbesitzer bin, und ich möchte er-
suchen, den Vorschlägen der Finanzkommission zuzustimmen. Eine probeweise
Anwendung der Veränderungssteuer, oder deren teilweise Bewilligung in Höhe
von nur $\frac{5}{6}$ Prozent halte ich für inopportun; es ist das nicht gehauen und nicht
gestochen. Darum genehmigen Sie die Vorschläge der Finanzkommission!

Herr J a s p e r: Ich kann die Darstellung, die der Herr Oberbürgermeister
über die Entwicklung der Angelegenheit gegeben hat, nicht unwidersprochen
lassen. Es ist nicht richtig und zum Teil wohl auf einen Gedächtnisfehler des
Herrn Oberbürgermeisters zurückzuführen, wenn er behauptet, es wäre alles
glatt gewesen, wenn wir der Magistratsvorlage über die Gehaltserhöhungen
zugestimmt hätten. Die Vorlage ist anderen Inhalts, wie der Herr Ober-
bürgermeister glauben machen will, sie weicht ab von der sonst üblichen Form
der Vorlagen, die, wenn wir ihr zustimmten, einen einheitlichen Beschluß beider
städtischen Instanzen ausmachen würde. Wir sind seinerzeit gar nicht auf-
gefordert, bestimmten Vorschlägen zuzustimmen, sondern „den vorgelegten Ent-
wurf der neuen Gehaltstarife einer Prüfung zu unterziehen und dem Magi-
strate von unserer Beschlußfassung Kenntnis zu geben“. Wir haben also ein
neues Statut noch nicht zu beraten gehabt. Bei dieser Vorprüfung — da muß
ich Herrn Sander beipflichten — hat der Magistrat, soweit er überhaupt Stel-
lung dazu genommen hat, vollkommen zum Ausdruck gebracht, daß den meisten
Beschlüssen der Versammlung nichts entgegenstände — das war wenigstens aus
seiner Haltung zu entnehmen. Mag dem sein, wie ihm wolle, jedenfalls war
die Auffassung von dieser Haltung des Magistrates vielfach in der Versamm-
lung verbreitet. Wir haben also damals nicht der Vorlage zugestimmt, sondern
nur unsern Rat und unser Gutachten abgegeben. Nachdem nun der Magistrat
unsere Meinung gehört hatte, war es an ihm, uns, wie es auch sonst üblich
gewesen ist, eine Vorlage zu machen, bei der er seine Ausstellungen gegen unsere
Meinung in den Motiven, die er auch sonst seinen Vorlagen mitgibt, zum Aus-
druck bringen konnte. Dann wurde abgestimmt, und es wäre auf diese Weise
endgültig etwas zustande gekommen, aber auch erst dann. So verfährt aber der
Magistrat hier nicht, obwohl zum Ausdruck gebracht worden ist, daß noch alles
weiter beraten würde, sobald uns der Statutentwurf vorgelegt werden würde.
Diesen Entwurf legt er aber n i c h t vor, sondern sagt, es paßt mir nicht, darum
kommt mit anderen Vorschlägen. Das Verfahren ist mir nicht sympathisch, und
diese Ansicht habe ich mit den Worten zum Ausdruck gebracht, die der Herr
Oberbürgermeister gerügt hat.

Sodann möchte ich dem Herrn Referenten entgegnen, daß es nicht ohne
weiteres zutrifft, wenn er sagt, daß er für die Finanzkommission und nicht für
sich spräche. Gewiß ist es überwiegend vielleicht richtig, aber nicht in allen den

vorgeführten Sachen kann er sagen, daß seine Ausführungen auf einem einmütigen Beschlusse der Finanzkommission beruhen. Zum Teil ist er ja selbst mit in der Minderheit gewesen. In dem Punkte der remuneratorisch beschäftigten Beamten bin ich von ihm mißverstanden worden: ich habe lediglich ausgeführt, daß mein Freund Hesse bei der Beratung der Vorlage den formellen Antrag gestellt habe, die remuneratorischen Beamten höher zu setzen, und das sei damals abgelehnt worden, wie auch aus dem Protokolle hervorgehen muß. Ich habe aber nicht in Abrede gestellt, daß von uns damals ein Beschluß gefaßt worden ist, zu prüfen, ob diese Beamten ebenfalls aufgebessert werden sollten. Diesen Beschluß habe ich nicht in Abrede genommen, sondern nur das eigentümliche *qui pro quo* angeführt, daß etwas zur Sache gehört, wenn es von anderer Seite, und nicht dazu gehört, wenn es von uns beantragt wird.

Im übrigen habe ich meinen Ausführungen nichts mehr hinzuzufügen, sondern höchstens noch zu bemerken, daß ich mich vielleicht dazu bequemen könnte, an den alten Beschlüssen festzuhalten. Mag der Magistrat uns mit Vorschlägen kommen, aber nicht sagen, kommt Ihr mit anderen Vorschlägen. Wenn mein grundsätzlicher Antrag zu 4 abgelehnt werden sollte, so werde ich an den alten Beschlüssen festhalten.

Vorsitzender: Der Herr Vorredner behauptet, es sei ein hier eingebrachter Antrag als zur Sache gehörig bezeichnet, während er, von anderer Seite eingebracht, als nicht zur Sache gehörig bezeichnet worden sei. Darin liegt ein Vorwurf für den Vorsitzenden. Ich habe mich damals in der November-sitzung nur dagegen gewehrt, daß die Frage der Aufbesserung der remuneratorisch beschäftigten Hilfskräfte in die Gehaltskala der Beamten aufgenommen und damit gleichzeitig beraten werden sollte. Die remuneratorisch beschäftigten Beamten haben mit der Gehaltsaufbesserung der festangestellten Beamten direkt nichts zu tun; wir haben deshalb auch durch Scheidung der Sachen in zwei Punkte diese Trennung bis zum heutigen Tage aufrecht erhalten. Mich treffen also die Vorwürfe nicht.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e h e r: Herr Dr. Jasper hat einen neuen Vorwurf gegen den Magistrat erhoben, den ich ebenfalls zurückweisen muß. Ich weise darauf hin, daß die Deputation, der Herr Dr. Jasper angehört und an deren Beratungen er teilgenommen hat, den Beschluß gefaßt hat, in dieser Richtung vorzugehen, und Herr Dr. Jasper hat in der Deputation dagegen keinen Einspruch erhoben. Der Magistrat war also im Rechte, wenn er sagte, wir entsprechen den Wünschen und Vorschlägen der Deputation, indem wir zunächst den materiellen Teil der Gehaltserhöhungen vorlegen. Die lumpige Statutenänderung hätten wir Ihnen in 14 Tagen vorgelegt, wenn nur die Steuerfrage erledigt gewesen wäre.

Herr D ö s c h i g k: Wer dieser Sache unparteiisch gegenüber gestanden und die daran geknüpfte Debatte verfolgt hat, und wer in der Finanzkommission gesehen und die Schwierigkeiten gesehen hat, mit der diese kämpft, der freut sich, daß er nicht in ihrer Haut steckt (Heiterkeit) und zwar aus dem einfachen Grunde, weil Herr Leue hier von platonischer Liebe gesprochen hat. Ich habe empfohlen: wir haben A gesagt, nun wollen wir auch gern B sagen, aber das wird uns recht schwer. Sie haben hier einen Weg beschritten, den wir früher nie verfolgt haben: Sie haben eine Gehaltserhöhung beschlossen, ehe Sie für Deckung gesorgt haben. (Widerspruch.) Das ist hier mindestens nicht in dem Maße geschehen — wie ich wenigstens unter der Hand gehört habe — daß sich die Ausgabe damit decken läßt. Ich wundere mich, wie man hier noch im Zweifel sein kann über die Haltung des Magistrats: wenn in der ersten Vorlage 180 000 Mark gefordert werden und im Laufe der Verhandlungen werden noch 31 000 Mark mehr bewilligt, so kann in dem Momente, daß dies geschieht, jeder seine Ansicht ändern, sowohl der Magistrat, wie wir. Das muß jeder einsehen. Als das Rathaus gebaut wurde und es wurden nachher noch Millionen mehr bewilligt (Widerspruch), da sagte der selige Oberbürgermeister, es wäre das nicht schön, aber mit dem Momente, wo eine Erhöhung kommt, ändern sich die Sachen. Ich hatte als Neuling in der Finanzkommission bei der ganzen Beratung das Empfinden, daß wir, wenn wir die Gehaltserhöhungen bewilligen wollen, auch für Deckung sorgen müssen, sonst kommen wir auf ein totes Gleis. Das ist vor allen Dingen nötig in einer so prekären Lage, wie sich unsere Finanzen jetzt befinden und wie uns das der Herr Oberbürgermeister klar vorgeführt hat. Trotzdem gönne ich aber unsern Beamten die Erhöhungen, und bin der letzte, sie denjenigen nicht zu wünschen, die sie verdienen. Ich wäre dafür, die Erhöhungen vorläufig auf ein Jahr aus den Ueberschüssen des Etats zu bestreiten und abzuwarten, wie die Sache läuft. Wer es ehrlich meint, bewilligt die Mehrausgaben vorläufig auf ein Jahr, dann werden wir den Beamten und Lehrern gerecht, und übers Jahr können wir sehen, welchen Verlauf die Sache nimmt. Bessern sich die Verhältnisse, so können wir der Sache positiv näher treten, aber einfach Gehaltserhöhungen bewilligen und nachher nicht für Deckung sorgen, ist traurig.

Herr W o l t e r s: Es liegen zurzeit folgende Vorschläge vor: Herr Meyerhoff will nicht über $\frac{1}{2}$ Prozent der Veränderungssteuer hinausgehen, das macht für das Jahr 87 000 Mark, Herr Meyerhoff will also, da wir Gehaltszulagen in Höhe von 190 000 Mark bewilligt haben, mit einem Defizit von 103 000 Mark abschließen. Herr Friede wünscht außer dem schon bestehenden Sechstel noch $\frac{3}{6}$ Prozent zu bewilligen, was sich in Zahlen ausgedrückt folgendermaßen

gestalten würde: Einnahme an Steuern 148 000 Mark, Ausgabe an Gehältern 190 000 Mark, mithin Fehlbetrag 42 000 Mark. Die Finanzkommission schlägt vor $1\frac{1}{2}$ Prozent an Steuer zu erheben, macht 174 000 Mark, es ergibt sich also noch ein Fehlbetrag von 16 000 Mark.

Die Herren Meyerhoff und Sander bezweifeln die Richtigkeit dieser Zahlen, die aber der Vergangenheit entnommen sind und daher eine glaubhafte Unterlage bieten. Sie werden das selbst finden können, wenn Sie nachsehen wollen. Wenn Herr Sander sagt, es wären hier Zahlen vorgelegt von einem Jahresumsatze zu 20 Millionen, so ist das richtig. Wir müssen hierbei unterscheiden die Tabellen nach den Eingängen und Erledigungen und trotzdem sind die Tabellen nicht ganz maßgebend, weil wir wieder andere Personen zur Steuer heranziehen, als die in dem Umsatze von 20 Millionen enthaltenen Personen. Wenn Herr Meyerhoff sagt, die Einführung der Veränderungssteuer werde den Grundbesitz insofern beeinträchtigen, als das Grundstücksgeschäft erschwert werde, so mag das möglich sein; wir werden vielleicht unter 174 000 Mark kommen, aber der Umstand spricht ja gerade dafür, die Steuer wenigstens in dieser Höhe zu beschließen. Sodann soll nach dem Wunsche der beiden Herren der Versuch auf ein Jahr gemacht werden, ob sich nicht ohne die Steuer auskommen läßt. Wir haben uns in der Finanzkommission an der Hand der Tabelle, die der früheren Magistratsvorlage anhängt, bemüht, auch diese Frage zu prüfen und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß die Ausgaben fortwährend erheblich gewachsen sind. Sie brauchen nur den Durchschnitt der letzten zehn Jahre auszurechnen und werden zu demselben Ergebnis kommen. Wir müssen daher den Grundsatz aufrecht halten, für die bewilligten Gehaltserhöhungen auch vollen Ersatz an Steuern zu schaffen. Sodann komme ich zu dem Mißverständnis des Herrn Sander, der meinte, der Magistrat hätte gern den ersten Antrag auf Bewilligung von 1 Prozent Umsatzsteuer angenommen gesehen. Das ist vollständig richtig und die Sache wäre damit auch erledigt gewesen, aber durch unsere Beschlüsse in der Finanzkommission und im Plenum haben wir den Magistratsantrag durchbrochen und können ihn heute nicht mehr annehmen, weil wir selbst 30 000 Mark Gehaltszulage mehr bewilligt haben, als der Magistrat beantragt hatte.

Von Herrn Weichsel war gesagt worden, man könnte vielleicht auf das eine Sechstel durch Milderung des Gesetzes verzichten. Darüber würde aber eine lange Zeit hingehen, ehe man zu einem praktischen Erfolge kommen könnte, und andererseits hängt dieses Sechstel auch mit den Einkünften des Waisenhauses zusammen, mit anderen Worten, wir erhalten nicht alles, sondern ein Teil davon fließt in andere Kassen. Ob diese Milderung deshalb so glatt gehen würde, ist eine zweite Frage.

Herr Dr. Jasper hat recht bezüglich meiner Äußerung über die Verhandlungen der Finanzkommission; ich kann hier natürlich nur über die Beschlüsse der Kommission sprechen und zwar über solche, die als Mehrheitsbeschlüsse gefaßt worden sind. Die in der Finanzkommission geäußerten persönlichen Ansichten der einzelnen Mitglieder lasse ich dabei aus dem Spiele; ob es angemessen sein mag, persönliche Äußerungen der Kommissionsmitglieder hier im Plenum vorzutragen, ist eine andere Sache.

Das Resultat unserer heutigen Verhandlungen muß sein, daß wir die Beschlüsse der Finanzkommission annehmen, ich fürchte sonst, daß wir genau zu demselben Ergebnis kommen, wie im Januar, und vom Magistrate eine abermalige Ablehnung erfahren werden, womit dann die Angelegenheit vermutlich in den Brunnen fallen würde. Angesichts dieses sehr bedauerlichen Ergebnisses bitte ich nochmals, die Beschlüsse der Finanzkommission anzunehmen.

Herr Jasper (zur persönlichen Bemerkung): Ich habe dem Magistrate nicht den Vorwurf gemacht, daß er der Gehaltsvorlage die vorliegende Fassung gegeben hat, denn damit bin ich einverstanden; ich halte aber aufrecht, daß es meiner Auffassung nach ein ungewöhnlicher Weg war, und die Tatsache des ungewöhnlichen Weges sowie die Fassung der Vorlage habe ich lediglich dafür angeführt, daß nicht alles glatt gewesen wäre, wenn wir damals der Vorlage zustimmten, da dann erst der eigentliche Beschluß folgen mußte. Es ist keine richtige Auffassung meiner Ausführungen, wenn gesagt wird, ich hätte diesen Weg kritisch beleuchtet. Die Berücksichtigung der remuneratorischen Beamten habe ich in der Deputation angeregt. Als nun in gleicher Weise die Berücksichtigung dieser Beamten im Plenum zur Abstimmung gestellt werden sollte, da hat das Haus, nicht allein der Herr Vorsitzende, es abgelehnt. Ein Einreihen der remuneratorischen Beamten in die Gehaltskala der angestellten Beamten ist niemals befürwortet worden, sonst hätte ich für einzelne Beamte Anträge gestellt. Herr Dr. Wolters wird mir schon überlassen müssen, welche Äußerungen der verehrten Kollegen in der Kommission ich hier verwerten will; mein Verhalten als angemessen oder nicht angemessen zu bezeichnen, muß ich, als ihm nicht zustehend, zurückweisen.

Vorsitzender: Wir kommen zur Abstimmung. Es ist an mich die Bitte gerichtet worden, die Versammlung auf zehn Minuten zu unterbrechen, damit es einer Reihe von Herren möglich wäre, sich nach Rücksprache mit anderen Herren über die Sache schlüssig zu machen, indem die Gefahr nahe liegt, daß sich sonst bei der Abstimmung wunderlich zusammengesetzte Gruppen bilden und die Gehaltserhöhungen auf Nimmerleinstag verschoben werden. Wenn das der Wunsch der Versammlung sein sollte, habe ich nichts gegen eine Unterbrechung der Sitzung.

Herr. P r o b s t (zur Geschäftsordnung): Es würde zweckmäßig sein, uns vor der Unterbrechung der Sitzung die vorliegenden Anträge noch einmal mitzuteilen.

Nach kurzer Besprechung wird die Unterbrechung der Sitzung auf kurze Zeit gutgeheißen.

— Die Sitzung wird darauf für 15 Minuten unterbrochen, nachdem der Herr V o r s i t z e n d e noch die vorliegenden Anträge verlesen hatte. — (Pausen.)

V o r s i t z e n d e r: Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Wir schreiten nunmehr zur Abstimmung.

Der Antrag 1 der Finanzkommission lautet:

„Die Versammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, baldmöglichst eine Vorlage zu machen, die enthält:

1. eine neue Gehaltsordnung für die festangestellten Beamten und Lehrer unter Zugrundelegung der am 3. Dezember 1908 von den Stadtverordneten beschlossenen Gehaltskala mit der Abänderung, daß kein Gehalt einer einzelnen Klasse im Anfangs- oder Endgehalt gegen die augenblicklich in Kraft befindliche Gehaltsordnung mehr gesteigert wird, als höchstens 500 Mark.“

Hierzu sind Anträge nicht gestellt. Wer ist für diesen Antrag? — Der Antrag ist angenommen.

Der Antrag 2 der Finanzkommission lautet:

„Der Magistrat wird ersucht, baldmöglichst eine Vorlage zu machen, die enthält:

2. Vorschläge über eine Erhöhung der Bezüge der nicht festangestellten Beamten, soweit diese nicht in letzter Zeit bereits eine Erhöhung erfahren haben.“

Auch hierzu liegen Anträge aus der Versammlung nicht vor, denn der Antrag Heße ist damit erledigt. Wer will diesem Antrage zustimmen? — Der Antrag ist ebenfalls gutgeheißen.

Punkt 3 des Antrages der Finanzkommission lautet:

„Der Magistrat wird ersucht, baldmöglichst eine Vorlage zu machen, die enthält:

3. das Statut einer Gemeinde-Veränderungssteuer in Höhe von 1 Prozent unter Aufrechterhaltung des Sechstels, das bisher schon von Kontrakten erhoben wird, im übrigen nach den Beschlüssen vom 7. Januar 1909, aber in Kraft vom 1. Oktober 1909.“

Dazu liegen verschiedene Anträge vor.

Herr Fricke hat beantragt:

„Den Magistrat zu ersuchen, die Veränderungssteuer auf $\frac{5}{6}$ Prozent zu bemessen, dahingegen das bisher bestandene $\frac{1}{6}$ Prozent zu belassen.“

Der Antrag Meyerhoff lautet:

„Die Beschlüsse vom Januar, betreffend die Einführung einer Veränderungssteuer von $\frac{1}{2}$ Prozent und die in der gleichen Sitzung beschlossene Wertzuwachssteuer zur Erhöhung der Beamtengehälter zu verwenden, und der Versammlung für den Fall, daß sich die Deckungsfrage nicht anderweit erledigen läßt, eine neue Vorlage einzubringen.“

Nun kann man in der Weise abstimmen, daß zunächst der weitestgehende Antrag genommen wird, also der Antrag der Finanzkommission auf $\frac{6}{6}$ Prozent, sodann der Antrag Fricke auf $\frac{5}{6}$ Prozent und darauf der Antrag Meyerhoff auf $\frac{3}{6}$ Prozent Veränderungssteuer, oder es wird in umgekehrter Weise vorgegangen. Sowohl durch die eine, wie die andere Art der Abstimmung wird ein Teil der Herren in eine gewisse Notlage gebracht, die Versammlung mag daher über die Reihenfolge der Abstimmung entscheiden. Wer ist dafür, daß in der umgekehrten Reihenfolge, also $\frac{3}{6}$, $\frac{5}{6}$, $\frac{6}{6}$ Prozent abgestimmt wird? Das ist bei 15 : 15 Stimmen Stimmengleichheit, ich erkläre mich für diese Reihenfolge, die damit genehmigt worden ist.

Herr Jasper: Ich bitte, noch weiter die Frage zu stellen, ob die Veränderungssteuer überhaupt beliebt wird; ich habe keinen entsprechenden Antrag eingereicht, weil die Abstimmung ja ergeben muß, daß wir überhaupt gegen diese Steuer sind. Außerdem bitte ich, über Punkt 3 und 4 der Kommissionsanträge namentlich abzustimmen.

Herr Oberbürgermeister Kettmeyer: Ich möchte mir die Anfrage an den Herrn Vorsitzenden erlauben, ob er die Abstimmung für geschlossen erklären wird, wenn sich die Mehrheit der Versammlung für $\frac{1}{2}$ Prozent aussprechen sollte. Ist ein solcher Beschluß einmal gefaßt, so kann nicht weiter abgestimmt werden, denn die Versammlung hat damit zum Ausdruck gebracht, daß sie $\frac{1}{2}$ Prozent erhoben wissen will.

Herr Wolter: Ich weiß nicht, ob die von der Versammlung getroffene Entscheidung endgültig ist. (Widerspruch.) Es würden bei diesem Abstimmungsmodus viele von den Herren, die 1 Prozent bewilligen wollen, zunächst für $\frac{1}{2}$ Prozent stimmen, um die Sache nicht scheitern zu lassen. Deshalb ist es richtiger, die Abstimmung umgekehrt vorzunehmen und mit 1 Prozent anzufangen.

Herr Oberbürgermeister Kettmeyer: Ich möchte bitten, bei der alten guten Gewohnheit zu bleiben und zunächst über den weitestgehenden Antrag

abzustimmen. Damit außerdem kein Zweifel besteht wegen des unglücklichen Sechstels, würde ich es für richtig halten, bei der Abstimmung zu fragen, ob die Herren für die Bewilligung von $1\frac{1}{6}$ Prozent, 1 Prozent, $\frac{4}{6}$ Prozent oder $\frac{3}{6}$ Prozent stimmen wollen. Das Sechstel hinterher unterzubringen, hat keine Gefahr.

Vorsitzender: Mir wird eben mitgeteilt, daß 32 Mitglieder und nicht 31, wie ich vorhin angenommen habe, zugegen sind, die Abstimmung muß deshalb schon aus diesem Grunde wiederholt werden.

Herr Sander: Ich bin gegen solche Wiederholung, da ein Beschluß vorliegt.

Vorsitzender: Es liegen Präzedenzfälle vor, in denen ein Beschluß sofort rückgängig gemacht worden ist. Ich bitte deshalb nochmals um Abstimmung. Wer ist dafür, daß wir mit dem weitestgehenden Antrage auf Genehmigung der Veränderungssteuer in Höhe von $1\frac{1}{6}$ Prozent beginnen? — Das ist die Mehrheit.

Zunächst würden wir nun über den Antrag Jasper abzustimmen haben, „die Gemeinde-Veränderungssteuer überhaupt abzulehnen.“

Wer ist für diesen Antrag? — Der Antrag ist a b g e l e h n t.

Wer unterstützt den Antrag Jasper auf n a m e n t l i c h e Abstimmung über die Anträge 3 und 4 der Finanzkommission? — Das ist ausreichend.

Nun würden wir n a m e n t l i c h abzustimmen haben über den Punkt 3 der Kommissionsanträge, also über den Antrag, die Veränderungssteuer in Höhe von $1\frac{1}{6}$ Prozent zu bewilligen.

Es stimmen dafür die Herren Bähr, Henking, Kleinfnecht, Konegen, Leue, Löhnefinke, Lübke, Mohr, Ribbentrop und Wolters. Dagegen die Herren Ahmann, Bues, Bunge, Fricke, Frühling, Göcke, Hesse, Jasper, Kalms, Koch, Löschigt, Meyerhoff, Möhle, Ohlendorf, Probst, Riefe, Sander, Tolle, Voge, Weichsel und Wesemeier.

Der Antrag ist mit 21 : 10 Stimmen a b g e l e h n t.

Darauf folgt die Abstimmung über den Antrag Fricke auf Erhebung von 1 Prozent.

Es stimmen d a f ü r die Herren Bähr, Bues, Fricke, Frühling, Göcke, Henking, Kalms, Kleinfnecht, Koch, Konegen, Leue, Löhnefinke, Lübke, Möhle, Mohr, Probst, Ribbentrop, Sander, Voge, Weichsel und Wolters.

Dagegen die Herren Ahmann, Bunge, Hesse, Jasper, Löschigt, Meyerhoff, Ohlendorf, Riefe, Tolle und Wesemeier.

Der Antrag ist mit 21 : 10 Stimmen a n g e n o m m e n.

Der Antrag Meyerhoff ist damit gefallen.

Punkt 4 der Kommissionsanträge lautet:

„Die Versammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, baldmöglichst eine Vorlage zu machen, die enthält:

4. das Statut einer Wertzuwachssteuer nach den Beschlüssen der Stadtverordneten vom 7. Januar 1909 mit der Aenderung, daß die Steuererhebung schon am 1. Oktober 1909 beginnt.“

Dazu liegen vor:

1. ein Antrag J a s p e r :

„Den Magistrat zu ersuchen, das Statut einer Wertzuwachssteuer nach den Beschlüssen der Stadtverordneten vom 7. Januar 1909 vorzulegen, jedoch mit der Maßgabe, daß die Steuersätze wesentlich erhöht und dem Statut rückwirkende Kraft beigelegt werde.“

2. ein Antrag W e i c h s e l :

„Die Wertzuwachssteuer vom letzten Eigentumswechsel ab zu berechnen.“

Es wird zunächst abgestimmt über den Antrag J a s p e r. Für diesen Antrag stimmen die Herren Ahmann, Bunge, Hesse, Jasper, Ohlendorf, Riefe und Wesemeier; d a g e g e n die Herren Bähr, Bues, Friede, Frühling, Henking, Kalms, Kleinknecht, Koch, Konegen, Leue, Löhnefinke, Löschigt, Lübke, Meyerhoff, Möhle, Mohr, Probst, Ribbentrop, Sander, Tolle, Voge, Weichsel und Wolters.

Der Antrag ist mit 23 : 10 Stimmen a b g e l e h n t.

Darauf folgt der Antrag W e i c h s e l. Es stimmen d a f ü r die Herren Ahmann, Bähr, Bues, Bunge, Hesse, Jasper, Kleinknecht, Leue, Mohr, Ohlendorf, Probst, Riefe, Weichsel und Wesemeier; d a g e g e n die Herren Friede, Frühling, Henking, Kalms, Koch, Konegen, Löhnefinke, Löschigt, Lübke, Meyerhoff, Möhle, Ribbentrop, Sander, Tolle, Voge und Wolters.

Der Antrag ist daher mit 16 : 14 Stimmen a b g e l e h n t.

Der Punkt 4 der Finanzkommission wird darauf in nicht namentlicher Abstimmung angenommen, ebenso der Punkt 5, welcher lautet:

„Der Magistrat wird ersucht, eine Vorlage zu machen, die enthält, daß die Gehaltserhöhungen vom 1. Oktober 1908 ab nachbezahlt werden.“

Damit ist die Angelegenheit erledigt.

II. Umbau der Neustadtmühle.

Die früher in der Neustadtmühle in wasserarmen Zeiten benutzte Dampfmaschine hat als völlig abgängig außer Betrieb gesetzt werden müssen, und es ist

seitdem im Bedarfsfalle der Betrieb der Mühle, soweit möglich, mittels der in dieser aufgestellten städtischen Lokomobile aufrecht erhalten.

Bei Erörterung der Frage, welche Reservekraft an Stelle des nur als Notbehelf anzusehenden Lokomobilbetriebes den Vorzug verdiene, war naturgemäß auch die Frage zu prüfen, ob nicht auch hinsichtlich der sonstigen Einrichtungen der Mühle auf Aenderungen und Verbesserungen Bedacht zu nehmen sei.

Das Mühlengebäude selbst ist fest und für die Müllerei durchaus brauchbar, und der Wert der Wasserkraft, die erfahrungsgemäß — abgesehen von besonders trockenen Jahren — nur etwa an 48 Tagen im Jahre nicht ausreicht, ist nicht zu unterschätzen.

Eine Wertverwertung dieser Kraft durch Veräußerung oder Vermietung an Private ist wegen der Wasserhaltung und der Wechselwirkung zwischen dem Flußlaufe und dem städtischen Kanalnetz ausgeschlossen, und da die Stadt ihrerseits die Kraft auch nicht gut zu anderen Zwecken ausnützen kann, so kann es sich nur um die Frage handeln, ob der Müllereibetrieb dauernd fortgesetzt werden soll und zwar, da die Unterhaltung einer Handelsmühle wegen des damit verbundenen Risikos ausgeschlossen erscheint, in Form der Lohnmüllerei, die bislang ausschließlich betrieben ist.

Abgesehen von einigen neueren Maschinen und der im Jahre 1906 eingebauten neuen Zwillings-Turbine von 45 PS. ist die ganze innere Einrichtung der Mühle veraltet; die Betriebsanlagen sind zum Teil nahezu abgängig und infolgedessen die Mühle nicht so leistungsfähig, wie sie bei dem Umfange der verfügbaren Wasserkraft sein könnte; auch nehmen die maschinellen Anlagen soviel Raum ein, daß die Lagerung des Mahlgutes sehr erschwert ist und unverhältnismäßig hohe Lohnbeträge nur für den Transport aufgewandt werden müssen. Kleine Verbesserungen würden zwar möglich, aber in wirtschaftlicher Beziehung nicht vorteilhaft sein; es kann daher nur in Frage kommen, ob entweder der Betrieb unter Beibehaltung der jetzigen Einrichtungen so lange wie möglich aufrecht erhalten und die Mühle später still gelegt, oder ob sie in eine den neuzeitlichen Anforderungen entsprechende Anlage umgewandelt werden soll.

Auf Empfehlung der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke und der Verwaltungsdeputation hat sich der Magistrat für die letztere Maßnahme entschieden.

Der Kundenkreis hat in letzterer Zeit erheblich zugenommen, und die eingelaufenen Aufträge waren so umfangreich, daß der Reinertrag im abgelaufenen Jahr etwa 12 000 Mark betragen wird; er würde noch größer gewesen sein, wenn

die Mühle leistungsfähiger gewesen wäre. Dabei kann allerdings nicht verschwiegen werden, daß der Umfang der Aufträge regelmäßig durch den Ausfall der Ernte und den schwankenden Kaufpreis der fertigen Mühlen-Fabrikate bedingt wird, und eine sichere Gewähr dafür, daß eine größere, für den Umbau aufzuwendende Summe dauernd angemessen verzinst und getilgt und gleichwohl ein Reinertrag in bisheriger Höhe erzielt werden wird, ist nicht gegeben.

Andererseits ist aber zu berücksichtigen, daß auf der Mühle seit dem 1. April d. Js. nur noch 20 000 Mark Schulden ruhen, und daß ein Reservefonds (in Wertpapieren) in Höhe von 26 000 Mark vorhanden ist. Es würde deshalb, wenn man sich dazu verstände, in den nächsten Jahren die Erträge der Mühle zur Verzinsung und Amortisation der durch einen völligen Umbau bedingten Kosten zu verwenden, vermutlich schon in verhältnismäßig kurzer Zeit die Mühle wieder schuldenfrei, dann aber eine durchaus leistungsfähige Anlage beschafft sein, aus deren Unterhaltung der Stadt, wenn nicht wider Erwarten besonders ungünstige Umstände die Rentabilität beeinträchtigen, dauernd nicht zu unterschätzende Einnahmen zufließen würden. Wäre die Mühle in Privatbesitz, so würde ihr Eigentümer sicher kein Bedenken tragen, sie sobald als möglich so umzubauen, daß sie allen Ansprüchen genügt. Der Magistrat glaubt deshalb, daß die Stadt sich dazu um so eher verstehen kann, als ihr die Beschaffung des erforderlichen Kapitals leichter wird, und als sie nicht unbedingt auf die sofortige Erzielung eines Netto-Ueberschusses angewiesen ist.

Die Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke schätzt die gesamten für den Umbau aufzuwendenden Kosten zu 90 000 Mark, so daß — da im Februar d. Js. die auf der Mühle ruhende Schuld noch 25 000 Mark betrug — die Gesamtschuld auf 115 000 Mark steigen würde; gleichwohl aber kann nach Ansicht der Direktion angenommen werden, daß schon im laufenden Jahre ungeachtet der durch den Umbau bedingten mehrwöchigen Unterbrechung des Betriebes nach Absatz von Zinsen (4 Prozent) und Amortisation (5 Prozent) doch noch ein Ueberschuß von 12 700 Mark verbleiben und daß dieser Ueberschuß auf rund 27 000 Mark steigen wird, wenn künftig die Mühle nur zu $\frac{2}{3}$ voll beschäftigt sein würde.

In dem ungewissen Umfange dieser Beschäftigung liegt das Risiko des Umbaus. Die Direktion hat aber mit vollem Rechte darauf hingewiesen, daß bisher regelmäßig, wenn Verbesserungen ausgeführt wurden, die Einnahmen gestiegen sind und daß die Einnahmen im allgemeinen eine steigende Tendenz zeigen. Selbst wenn daher nur auf eine dauernde Einnahme etwa in Höhe des vorjährigen Gewinnes zu rechnen sein sollte, dürfte der Umbau nicht zu gewagt erscheinen.

Von den oben erwähnten Kosten entfallen:

1. auf die Müllerei- und Silo-Einrichtung	57 000	Mark,
2. auf die Turbinenanlage	6 000	"
wobei bemerkt wird, daß eine zweite Franzis- turbine von 35 PS. an Stelle der beiden alten Turbinen eingebaut werden soll;		
3. auf die elektrische Beleuchtungsanlage	2 700	"
(an Stelle der bisherigen Petroleumbeleuchtung)		
4. auf eine Gasmaschinenanlage (Reservekraft)	14 000	"
und		
5. auf Bau- und Instandsetzungsarbeiten	10 300	"
		<hr/>
zusammen:		90 000 Mark.

Hierzu wird folgendes bemerkt:

Zu 1. Die beiden hiesigen Mühlenbau-Firmen (Anme, Giesecke & Koenen und G. Luther) haben Projekte für die Müllerei-Einrichtung eingereicht, die, wie auch aus einem Gutachten eines auswärtigen Sachverständigen zu entnehmen ist, beide durchaus brauchbar und, abgesehen von Einzelheiten, annehmbar erscheinen. Durch Ausführung des einen wie des anderen Projektes würde erreicht werden, daß die Mühle künftig täglich 15 t Mehl und 20 t Schrot herzustellen vermag. Die beiden Projekte unterscheiden sich wesentlich durch die verschiedene Lagerung der Haupttransmissionswelle im unteren Stockwerke, die abweichende Anordnung der Aufstellung der einzelnen Maschinen und durch die Zahl der letzteren. Ergänzt man das eine und andere Projekt so, daß der Umfang der Lieferung annähernd der gleiche wird, so sind die Preise für die maschinellen Teile annähernd gleich (rund 41 000 Mark und bezw. 42 000 Mark).

Welchem der beiden Projekte im Falle der Ausführung der Arbeiten der Vorzug zu geben ist, kann unbedenklich von der Stelle entschieden werden, der die Leitung des Umbaues und die Vergebung der einzelnen Arbeiten übertragen wird.

Zu 2. Die Turbinenanlage, deren Ausführung aus wirtschaftlichen Gründen zum Erfasse der beiden alten noch vorhandenen Turbinen mit hölzernen Zulaufgerinnen zweckmäßig erscheint und vermutlich über kurz oder lang ohnehin erforderlich werden würde, kann eventl. getrennt vergeben werden.

Zu 3. Die Ersetzung der höchst mangelhaften und nicht ungefährlichen Petroleumbeleuchtung durch eine elektrische Beleuchtung dürfte schon aus feuerpolizeilichen Rücksichten geboten erscheinen. Da die Kosten einer Dynamomaschine gering, die zu ihrem Betriebe erforderliche Kraft aber kostenlos zur

Verfügung steht, so erscheint es vorteilhaft, eine eigene Beleuchtungsanlage zu unterhalten.

Zu 4. Zur Beschaffung der in wasserarmer Zeit unentbehrlichen Reservekraft hatte die Verwaltungs-Deputation die Herrichtung einer Gasmotorenanlage von 60 PS. empfohlen. Hinterher hat die Straßeneisenbahngesellschaft sich bereit erklärt, bei Wahl eines Elektromotors (von 60 PS.) den Strom zum Preise von $7\frac{1}{2}$ Pfg. für die Kilowattstunde zu liefern, und es ist dann nochmals eingehend erwogen, welche Anlage den Vorzug verdient. Nach einer seitens der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke angestellten Berechnung stellen sich die Kosten für eine PS.-Stunde bei Verwendung eines Gasmotors, wenn man die für 48 Tage erforderlichen rund 31 000 kbm Gas mit 9 Pfennigen pro kbm in Ansatz bringt, auf 7,38 Pfg., und bei Verwendung eines Elektromotors, wenn der Strom zum Preise von $7\frac{1}{2}$ Pfg. pro Kilowattstunde geliefert wird, auf 7,68 Pfg. Nun würde es zwar in Berücksichtigung des Umstandes, daß es für die städtischen Gaswerke wenig verschlägt, ob sie an einen andern städtischen Betrieb 31 000 kbm Gas abgeben, und daß die allgemeinen Unkosten der Werke durch die fragliche Gasabgabe nicht berührt werden, zulässig sein, bei der vergleichenden Berechnung einen noch geringeren Gaspreis einzustellen, aber andererseits kommen auch betriebstechnische Rücksichten in Betracht, die schließlich dahin geführt haben, der Verwendung eines Elektromotors zuzustimmen. Seine Bedienung ist eine erheblich leichtere, seine Anbringung an jeder beliebigen Stelle möglich und die Verwendung von Gas in der Mühle kann bei Wahl des Elektromotors gänzlich unterbleiben. Außerdem betragen die Anlagekosten für die Gasmotoranlage mit Zuführungsleitung 14 000 Mark, diejenigen für einen Elektromotor aber nur 5000 Mark. Bei Wahl des letzteren würden mithin die Kosten des Umbaues von 90 000 Mark auf 81 000 Mark sinken. Das etwaige Bedenken, daß die Straßeneisenbahngesellschaft den billigen Strom nicht liefern wird zur — indirekten — Erzeugung von Licht, läßt sich durch den Hinweis darauf beseitigen, daß die Dynamomaschine sowohl von der Haupttransmission als auch unmittelbar von der horizontal liegenden Welle der einzubauenden Franzisturbine getrieben werden kann, und daß soviel Wasser, um die Dynamomaschine zu treiben, stets vorhanden ist.

Zu 5. Die Kosten für die Bau- und Instandsetzungsarbeiten im voraus genau zu veranschlagen, ist nicht möglich; und auch die übrigen (unter 1—4 erwähnten) Beträge sind, abgesehen von den aus den Kostenanschlägen entnommenen Kosten für die Maschinen, nur schätzungsweise ermittelt. Wenn der Umbau der Mühle genehmigt werden sollte, so dürfte es sich empfehlen, der Deputation zur Verwaltung der städtischen Licht- und Wasserwerke die Leitung des Baues zu übertragen und ihr zwar den ganzen Betrag von 81 000 Mark

zur Verfügung zu stellen, dabei aber auszubedingen, daß unnötige Ausgaben vermieden werden. Ueber die zweckmäßigste Ausgestaltung und Anordnung der einzelnen Teile der Gesamtanlage im voraus Entscheidung zu treffen, ist nicht ratsam; der Deputation wird aufzugeben sein, eine moderne Mühle mit Silo-Betrieb zu schaffen, die täglich 15 t Mehl und 20 t Schrot zu liefern vermag; in bezug auf die Ausgestaltung der inneren Einrichtung im einzelnen aber wird der Entschließung der Deputation nach pflichtmäßigem Ermessen freier Spielraum zu lassen sein.

Was schließlich die Beschaffung und Amortisation der Baukosten betrifft, so bringt der Magistrat das folgende Verfahren in Vorschlag:

1. Die den Reservefonds der Mühle bildenden 26 000 Mark (3prozentige Leihhaus = Obligationen) werden verüßert und die Restkosten mit 81 000 — 26 000 = 55 000 Mark dem Extraordinarium der Kämmererkasse zur Last gelegt.

2. Der gesamte Gewinn des Jahres 1908/09 und ebenso die Gewinne des laufenden und der folgenden Jahre werden so lange dem Extraordinarium der Kämmererkasse zugeführt, bis der demselben zur Last gelegte Zuschuß getilgt ist.

3. Bis zum Schlusse dieser Tilgung unterbleibt die allmähliche Abtragung der zurzeit noch 20 000 Mark betragenden Restschuld, und auch die Wiederansammlung eines neuen Reservefonds findet nach Beschluß der städtischen Behörden erst dann statt, wenn der oben erwähnte Zuschuß der Kämmererkasse voll erstattet ist.

Es wird anheimgegeben, zuzustimmen,

daß die Neustadtmühle, wie vorstehend empfohlen, umgebaut und daß bei der Ausführung dieses Umbaues und der Regelung der Kostenfrage in Gemäßheit der vorstehenden Vorschläge verfahren werde.

Namens der Baukommission berichtet über diese Vorlage Herr F r ü h - l i n g: Durch den Umbau wird erreicht, daß der jetzt noch in großem Umfange vorhandene Handbetrieb im wesentlichen beseitigt und der Maschinenbetrieb eingeführt wird, so daß dann das Korn an der einen Stelle maschinell in die Maschinen geschüttet wird und an der anderen Stelle als Mehl in die Säcke läuft. Es wird dadurch eine große Ersparnis an Kosten und eine große Reinlichkeit erzielt, auch wird man keinen Verlust an Staubmehl mehr haben. Wir empfehlen daher, der Vorlage zuzustimmen. Den Umbau einfacher zu gestalten, also nur teilweise auszuführen, würde sich nicht empfehlen, auch eine Einschränkung des Betriebes ist nicht möglich. Die Baukommission stimmt auch der Einführung einer elektrischen Betriebsanlage zu, zumal das Lichtwerk sich auf zehn Jahre verpflichten will, den Strom zum Preise von 7½ Pfennig für die Kilowattstunde zu liefern. Die Kommission empfiehlt, die geforderten Kosten zu

bewilligen und zuzustimmen, daß die Ausführung des Umbaues der Deputation übertragen werde, die dann die Ausführung nach ihrem Ermessen im Rahmen der Vorlage zu bewerkstelligen hat.

Bezüglich der Deckung der Kosten empfiehlt die Kommission aber eine Menderung der Vorlage. Daß nach dem Punkte 1 der Magistratsanträge der Reservefonds der Mühle in Höhe von 26 000 Mark zur Deckung der Baukosten mit verwendet wird, halten wir für gerechtfertigt, und bitten, diesem Antrage zuzustimmen. Nach dem Punkte 2 der Anträge sollen der gesamte Gewinn des Jahres 1908/09 und ebenso die Gewinne des laufenden und der folgenden Jahre so lange dem Extraordinarium der Kammereikasse zugeführt werden, bis der diesem zur Last gelegte Zuschuß getilgt sein wird. Diesem Antrage stimmen wir nur insoweit zu, als er sich auf den Gewinn des Jahres 1908/09 und des laufenden Jahres bezieht, nicht aber auch auf den Gewinn der folgenden Jahre. Die Mühle hat nur noch eine Schuldenlast von 20 000 Mark, sie ist seinerzeit angekauft für 185 000 Mark; wenn nun jetzt die Kosten von 81 000 Mark hinzukommen, so würde sie mit 101 000 Mark belastet sein. Das ist ein überaus geringer Preis, den man ohne weiteres darauf stehen lassen könnte, ohne eine sofortige Amortisation vorzunehmen. Die Sache stellt sich aber noch günstiger, wenn wir 26 000 Mark aus dem Reservefonds und 25 000 Mark aus den Ueberschüssen der Mühle nehmen, weil dann nur noch eine Wertbelastung von 50 000 Mark vorhanden sein würde. Deshalb erscheint es uns nicht nötig, den gesamten Ueberschuß auch der folgenden Jahre zur Abtragung der Schulden zu verwenden, wir schlagen vielmehr vor, daß in den folgenden Jahren die Hälfte des Ueberschusses zur Amortisation der Anlage verwendet und die andere Hälfte dem Ordinarium zugeführt wird. Mit diesen Abänderungen empfehlen wir die Vorlage zur Annahme.

Herr Sander: Ich bin für Bewilligung der geforderten Summe, habe aber noch ein materielles Bedenken. Der Hauptkunde der Mühle ist eine hiesige Gesellschaft, und es liegt die Möglichkeit nahe, daß diese Gesellschaft sich einmal anders besinnt und ihr Korn anderwärts mahlen läßt oder eine eigene Mühle baut; ist es möglich, den Betrieb der Mühle auch ohne die Gesellschaft aufrecht zu erhalten?

Herr Frühling: Der eine Kunde ist der allgemeine Konsumverein, und es ist nicht von der Hand zu weisen, daß dieser sich einmal anders einrichten kann. Im übrigen wird die Mühle später nicht nur auf diesen Kunden angewiesen sein, denn sie stellt sich schon jetzt so, daß sie ihren Abnehmern eine bedeutende Preisermäßigung, nämlich 2 Mark pro Saß, gewährt. Bei der Neueinrichtung der Mühle wird sich der Mahllohn vielleicht noch ermäßigen

lassen, so daß dann die Existenz der Mühle ohne weiteres als gesichert anzusehen ist. Im übrigen ist es sehr wünschenswert, daß die Anlage nicht eingeht.

Herr M e y e r h o f f: Die von Herrn Sander gehegte Befürchtung teilen wir nicht in der Deputation. Auch der erwähnte große Konsument wird es sich zweifellos dreimal überlegen, ob er sich selbst eine Mühle einrichtet. Bei uns kommt es hauptsächlich darauf an, die vorhandene Wasserkraft auszunutzen, und dagegen kann eine Dampfmühle nicht ankommen. Vielleicht haben wir sogar die Hoffnung, den Betrieb noch weiter zu vergrößern. Die hiesige Militärverwaltung kauft nämlich hier ihr Korn und läßt es in Hannover vermahlen, es ist deshalb nicht unmöglich, daß sie auch unser Kunde wird.

Herr L ö f f i g f: Den letzten Ausführungen des Herrn Referenten möchte ich nicht folgen. Ich habe keine Angst, daß die Mühle nicht voll beschäftigt sein wird, aber ich möchte vor einer unnötigen Herabsetzung des Mahllohnes warnen, damit nicht den Privatmühlen unnötige Konkurrenz gemacht wird.

Herr F r ü h l i n g: Ich habe davon gesprochen, daß sich in einem besser eingerichteten Betriebe zweckmäßigerweise die Kosten herabsetzen lassen, nicht um anderen Mühlen, die nebenbei bemerkt hier gar nicht vorhanden sind, Konkurrenz zu machen, sondern um durch die Preisherabsetzung einen größeren Kundenkreis zu erhalten und mehr zu verdienen.

Herr A b m a n n: Wer die Einrichtung der Mühle kennt, muß sich sagen, daß eine Aenderung vorgenommen werden muß. Wenn ein Betrieb modern gestaltet wird, so wird er, das ist ganz selbstverständlich, auch Kunden haben, sofern er sich den Kunden gegenüber wie ein Geschäftsmann benimmt. Ich zweifle nicht, daß die Mühle sich rentieren wird und die von Herrn Sander gehegten Befürchtungen nicht eintreten werden, wenn die Stadt tut, was sie tun muß.

Die Magistratsvorlage wird hierauf mit der von der Baukommission beantragten Aenderung angenommen.

III. Aenderung des Umbauprojektes für die Schule am Südklint.

Der Magistrat legt ein nach den Wünschen der Versammlung geändertes Projekt, betreffend bauliche Aenderungen in der Schule am Südklint mit dem Ersuchen vor, dieses geänderte Projekt zu genehmigen und die erhöhten Kosten zu 36 000 Mark zu Lasten des Ausgleichsfonds zu verwilligen,

was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr K e c h berichtet, geschieht.

IV. Umbau des Brausebades an der Ferdinandstraße.

Das Brausebad an der Ferdinandstraße ist in seiner inneren Einrichtung so abgängig, daß es einer gründlichen Instandsetzung bedarf. Die Bad-Deputation ist zunächst der Ansicht gewesen, daß es zur Fortführung des Betriebes genüge, umfangreichere Reparaturarbeiten vornehmen zu lassen, sie hat jedoch später erkannt, daß eine einer Neueinrichtung gleichkommende Instandsetzung in hohem Maße erwünscht sei. Der Magistrat muß sich dieser Ansicht anschließen und läßt sich dabei von der Erwägung leiten, daß die Anlage den heute an Reinlichkeit und Hygiene gestellten Ansprüchen nicht mehr entspricht und daß es deshalb als ein nobile officium der Stadt angesehen werden muß, die Einrichtung gleich so zu gestalten, daß sie für eine längere Reihe von Jahren den billigerweise zu stellenden Anforderungen genügt. Die Versammlung wird deshalb ersucht, sich mit den von der städtischen Bauverwaltung als notwendig bezeichneten Arbeiten einverstanden zu erklären und die dazu erforderlichen 18 000 Mark in der Weise zu verwilligen, daß 6000 Mark durch den vorhandenen Reservefonds gedeckt, die übrigen 12 000 Mark aber zu Lasten des Kap. XIV, 6 verrechnet werden.

Herr Fr ü h l i n g: Die Baukommission empfiehlt Ihnen die Annahme der Vorlage. Es handelt sich bei dem Umbau hauptsächlich darum, die verfaulten Wände besser herzustellen, den jetzt in der Anstalt vorhandenen Zug zu beseitigen und eine kleine Niederdruck-Dampfheizung anzulegen.

Die Vorlage wird genehmigt.

V. Umbau des früher Knobbeschen Hauses.

Am 24. Oktober 1907 — Seite 244 des Berichtes — hat die Versammlung beschlossen, dem Vorstande der Handelskammer zu den damals auf 60 000 Mark geschätzten Kosten der Herrichtung eines Schulgebäudes für weibliche kaufmännische Angestellte einen Betrag von 40 000 Mark aus den Erträgen der Umsatzsteuer zur Verfügung zu stellen, falls der Staat eine Beihilfe von 20 000 Mark für die Schule leiste. Ein Staatszuschuß in dieser Höhe ist inzwischen zugesagt und zum Teil bereits ausgezahlt, auch hat die Auszahlung des größeren Teiles des Stadtzuschusses mit 30 000 Mark bereits stattgefunden. Nach einem Schreiben des Vorstandes der Handelskammer hat sich nun ergeben, daß sich die Gesamtkosten des Umbaus des zu dem fraglichen Zwecke angekauften Knobbeschen Hauses auf 37 000 Mark stellen, so daß mit dem 40 000 Mark betragenden Kaufpreise des Hauses nicht 60 000 Mark, sondern 77 000 Mark dafür aufzuwenden sein werden. Da Abstriche an dem Kostenanschlage trotz der angestellten Nachprüfung nicht angängig sind, so bleibt ein Mehrbetrag von

17 000 Mark zu decken. Der Vorstand der Handelskammer hat gebeten, zwei Drittel des Mehrbetrages mit rund 11 330 Mark stadtseitig auf die Umsatzsteuer zu übernehmen, während für das letzte Drittel der Staat in Anspruch genommen werden soll. Der Magistrat hält diese Bitte für gerechtfertigt und ersucht, noch 11 330 Mark aus den Erträgnissen der Umsatzsteuer unter der Voraussetzung nachzuberwilligen, daß der Restbetrag mit 5670 Mark vom Herzoglichen Staatsministerium übernommen wird.

Herr L ö h n e f i n k e: Durch diese Vorlage sind Sie jedenfalls nicht gerade angenehm überrascht, aber unter den obwaltenden Verhältnissen war eine auch nur annähernd zutreffende Feststellung der Umbaukosten bislang sehr erschwert. Nach Einsicht des vorliegenden detaillierten Kostenanschlages dürfte sich wohl manchem die Frage aufwerfen, ob es nicht möglich gewesen wäre, hier und da Ersparnisse zu machen. Auch mir ist dieser Gedanke gekommen, und ich habe — soweit mir das als Laien möglich war — den Kostenanschlag Punkt für Punkt durchgesehen, ohne allerdings den mindesten Anhalt für einen vorzuschlagenden Abstrich zu finden. Das Haus muß sich dem benachbarten Handelskammergebäude dem Stil nach harmonisch einfügen, weshalb auch die Mehrausgabe gerechtfertigt sein dürfte. Die Frage, ob eine solche Schule städtischerseits zu fördern sei, ist schon im Oktober 1907 im bejahenden Sinne beantwortet worden; ich möchte aber dennoch, nachdem seither etwa 1½ Jahre verstrichen sind, in welcher Zeit das weibliche Element unter den kaufmännischen Angestellten stark zugenommen hat, hervorheben, daß solches Institut mehr als je förderungswert erscheint. Durch geeignete tüchtige Hilfskräfte wird Handel und Wandel gehoben; es kommt also dieser Umstand der Allgemeinheit zugute, und was der Allgemeinheit dient, dient auch der Stadt, und die Stadtverwaltung hat die verfügbaren Mittel auch zum allgemeinen Nutzen zur Verfügung zu stellen. Im Schoße der Finanzkommission wurden wohl auch gegenteilige Meinungen laut, nach denen die Beschaffung des mehr benötigten Bedarfs von 17 000 Mark der Handelskammer überlassen bleiben könnte, jedoch gibt die Mehrheit anheim, den Magistratsvorschlag zu genehmigen.

Herr T o l l e: Ich kann nicht unterlassen, meiner Verwunderung Ausdruck zu verleihen, daß 37 000 Mark zum Umbau eines solchen kleinen Gebäudes erforderlich sein sollen. Wenn es sich nur darum handelte, dort eine Schule für weibliche Angestellte einzurichten, so würde ich nichts dagegen zu erinnern haben; ich glaube aber, daß in Aussicht genommen ist, die Fassade des Gebäudes gründlich umzugestalten, wodurch das Gebäude keineswegs verschönert werden würde; ich halte es sogar für bedenklich, ein altes Gebäude mit der Fassade eines benachbarten Hauses in Einklang zu bringen, wie wir das bei dem neuen Handelskammergebäude gesehen haben, das in Einklang gebracht werden sollte mit der

Gewandhausfassade. Ich würde es mit Freuden begrüßt haben, wenn hier eine ganz andere Stilart gewählt worden wäre. Wenn meine Voraussetzungen zutreffen, so möchte ich bitten, die hier geforderte Summe rundweg abzulehnen. Das Haus wirkt in seiner Einfachheit so schön, daß ich mir nicht vorstellen könnte, wie es nach dem neuen Handelskammergebäude sich umgestalten ließe.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich kann den Herrn Vorredner vollständig beruhigen. Gerade in jener Gegend in unmittelbarer Nähe des Gewandhauses und des neuen Handelskammergebäudes dürfen wir überzeugt sein, daß von allen Seiten die von dem Herrn Vorredner gewünschten Gesichtspunkte befolgt werden. Ich weiß auch bestimmt, daß nicht daran gedacht wird, die Fassade des kleinen Gebäudes den stolzen Fassaden des Gewandhauses und des Handelskammergebäudes anzupassen, aber trotzdem muß sich das Haus in würdiger Form seiner Umgebung anpassen. Vor allem kommt sein innerer Ausbau in Betracht, und ich will glauben, daß sich Ersparnisse nicht erzielen lassen: ein Kunstbanausentum ist niemals Sache der Handelskammer gewesen! Wir dürfen zur Handelskammer und zu dem ausführenden Architekten das Vertrauen haben, daß solche Ungeheuerlichkeit nicht vorkommt.

Herr Lübbe: Zur Klärung der tatsächlichen Verhältnisse will ich nur anführen, daß an der Fassade nichts geschieht; es werden nur über dem Eingangstore zwei Fenster angebracht statt des vorhandenen einen, weil man dem Zimmer für den Schreibmaschinenunterricht mehr Licht zuführen will. Außerdem wird ein etwas höheres Dach eingerichtet, nicht etwa, weil es häßlicher oder schöner aussieht, sondern weil die Handelskammer den Raum ausnutzen will, indem die jungen Damen sich dort in ihrer Freiviertelstunde aufhalten sollen. Mir lag es am Herzen, das alte Gebäude so zu erhalten, wie es gewesen ist; ich bitte deshalb, derartige Befürchtungen fallen zu lassen. Die Höhe des Kostenpunktes liegt daran, daß der innere Ausbau neu gemacht werden muß; es bleibt von dem Gebäude nichts als die Balkenlage und die Außenseite stehen.

Herr Sander: Mir ist es unklar, weshalb die Vorlage nicht der Baukommission zur Vorberatung überwiesen worden ist, und ich erblicke in dieser Unterlassung eine große Gefahr. Den Standpunkt des Herrn Tolle kann ich nicht teilen, denn ich möchte mir nicht anmaßen, dazu Stellung zu nehmen, auch liegt das in guten Händen. Es muß jedoch auffallen, daß der Anschlag so erheblich überschritten wird. (Auf: Es war noch kein Anschlag vorhanden!) Nach dem vorigen Projekte sollten die 20 000 Mark zum Umbau ausreichen; es muß also an dem Bauplan eine wesentliche Veränderung vorgenommen sein, und es wäre mir lieb gewesen, wenn uns diese Änderung von bautechnischer Seite erklärt worden wäre. Aus diesem Grunde bedauere ich, daß die Vorlage nicht von der Baukommission vorberaten ist.

Herr Probst: Ich muß ebenfalls meine Verwunderung darüber aussprechen, daß eine derartige Summe für ein so kleines Haus nachbewilligt werden soll, jedoch kann ich nicht beurteilen, ob das nötig ist oder nicht. Ich wollte deshalb den Antrag stellen, die Vorlage zunächst noch einmal der Baukommission zu überweisen, damit sie uns berichtet, ob die Nachverwilligung nötig ist.

Herr Bues: Wer das Haus kennt, das vor zehn Jahren von dem Vorbesitzer für 26 000 Mark erworben ist, der kann nicht verstehen, daß für dessen Umbau 37 000 Mark ausgegeben werden sollen. Wäre ein Plan da, so könnte man doch wenigstens sehen, was für diese Summe gemacht werden soll; ich bitte, die Vorlage abzulehnen.

Herr Lübke: Was die hohe Kostensumme anlangt, so liegt die nicht am Bau, sondern im Erwerb des Grundstücks. Die Handelskammer befand sich dabei in einer Notlage, sie mußte das Haus haben und Herr Knobbe hat in Kenntnis dieser Notlage sie mit einem hohen Preise bedacht. Herr Sander wundert sich, daß eine erhebliche Ueberschreitung des Kostenanschlages vorliegt; es hat aber noch gar kein Kostenanschlag existiert, also kann auch keiner überschritten sein. Ich habe vorher kein Projekt darüber machen können und habe die Ausgabe nur geschätzt, wußte dabei aber nicht, wie weit die Wünsche der Handelskammer in bezug auf die Ausnutzung des Gebäudes gingen. Daß z. B. das ganze Dachgeschoß mit als Schulsaal ausgebaut werden sollte, hat meine damalige Schätzung nicht voraussehen können. Nun wird das Haus wie ein Schiff ausgenutzt, und darin liegen die hohen Baukosten; es ist tatsächlich ein ganz billiges Projekt, und ich bitte, jeden Zweifel daran fallen zu lassen.

Vorsitzender: Mir ist mit der Vorlage kein Plan zugegangen, sondern es hieß in dem Schriftstücke, daß die ursprünglich angenommenen Kosten überschritten würden, weil der Erwerb des Grundstücks so viel höher gekommen wäre. Da kein weiterer Bauplan dabei war, ist die Vorlage der bisherigen Gepflogenheit gemäß der Finanzkommission überwiesen worden. Drückt Sie das aber, so weisen Sie doch die Vorlage zurück.

Herr Fröhling: Wenn der Baukommission die Vorlage zur Prüfung überwiesen werden soll, so bitte ich auch die Pläne und den Kostenanschlag mit einzufordern.

Herr Stadtrat von Frankenbergr: Ich möchte die Handelskammer vor dem Vorwurf bewahren, als ob sie jetzt über den ursprünglichen Anschlag hinausgegangen wäre. Vor zwei Jahren hat sie geschrieben, sie glaube, daß die Kosten des Grunderwerbs nebst den Baukosten und der inneren Einrichtung 60 000 Mark nicht übersteigen würden. Daran hat man sich damals gehalten. Da jetzt aber die gewaltige Summe von 40 000 Mark für den Grunderwerb hat bezahlt werden müssen, so ergibt sich, daß nur 20 000 Mark für den Umbau usw.

übrigbleiben, und deshalb hat die Handelskammer mit der Nachforderung kommen müssen. Wollen die Herren aber, daß die Vorlage nochmals von der Baukommission begutachtet wird, so ist dagegen natürlich nichts zu erinnern.

Herr Koch: Ich stelle den Antrag, die Vorlage an die Baukommission zu überweisen.

Die Versammlung beschließt diesem Antrage gemäß.

— Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Wolters, übernimmt den Vorsitz. —

VI. Instandsetzung des Geiershagen.

Der östliche Teil des Geiershagen in einer Länge von 50 m muß instand gesetzt werden. Diese Instandsetzung ist in der Weise gedacht, daß die Fußwege durch Bordsteine von der Fahrbahn getrennt und dieser gegenüber erhöht angeordnet werden. Für die Befestigung der Fahrbahn und der Fußwege ist Gußasphaltbelag auf Betonunterbettung vorgesehen. Der Magistrat ersucht, das nebst Kostenanschlag vorgelegte Projekt zu genehmigen und dafür 2900 Mark zur Verfügung zu stellen,

was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Riecke berichtet, geschieht.

VII. Baulichkeiten auf dem ehemaligen Stadtkassengrundstücke usw.

In dem der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke überwiesenen ehemaligen Stadtkassengrundstücke fehlt ein Versammlungsraum für die Laternenwärter. Die Deputation zur Verwaltung der Licht- und Wasserwerke hält außerdem für wünschenswert, daß in dem Grundstücke die sogenannte Rohrwache untergebracht, für eilige Arbeiten eine kleine Werkstätte eingerichtet und außerdem noch einige Aborte sowie Räume für das Abbrennen der Glühstrümpfe, für die Aufbewahrung von Petroleum und zur Unterbringung einiger Handkarren eingerichtet werden. Alle diese Räume lassen sich durch einen Umbau des vorhandenen massiven Nebengebäudes beschaffen, jedoch würde für die dort untergebrachten Aborte der höheren Mädchenschule Ersatz zu beschaffen sein. Ein entsprechender Ersatzbau kann an der Südseite der beiden Schulgebäude auf dem Terrain des ehemaligen Okergrabens hergerichtet werden, und man wird sich zu dessen Ausführung um so mehr entschließen können, als die jetzigen Aborte den neuzeitlichen Anforderungen keineswegs entsprechen. Der Umbau des Nebengebäudes ist zu 18 350 Mark, die Errichtung des neuen Abortgebäudes aber zu 12 000 Mark veranschlagt worden. Der Magistrat empfiehlt, diese Summe zu bewilligen.

Es findet sich hier noch eine 19 qm große Teilfläche vor, die zu diesen Bauten nicht verwendet werden soll, die aber der Anlieger, Kaufmann Pieper, zum Einheitspreise von 15 Mark pro qm zu kaufen beabsichtigt. Der Magistrat gibt anheim, der Ausführung der vorerwähnten Bauten zuzustimmen und zu dem Zwecke 30 350 Mark zu bewilligen, sowie der Veräußerung der 19 qm des ehemaligen Okergrabens an den Kaufmann Pieper zuzustimmen.

Nach dem Berichte des Herrn R o n e g e n empfiehlt die Baukommission die Annahme der Vorlage,

die sodann von der Versammlung beschlossen wird.

VIII. Ausbau projektierter Straßen.

Die Ueberproduktion an Wohnungen in Verbindung mit der wenig guten Lage des Grundstückmarktes hat den Magistrat veranlaßt, seit etwa vier Jahren den Ausbau neuer Straßen der Versammlung nur dann zu empfehlen, wenn für die Anlage der Straße entweder ein öffentliches Bedürfnis vorlag, oder solche infolge des schon früher erfolgten Erwerbes der zur Straße erforderlichen Grundflächen im finanziellen Interesse der Stadt lag. Inzwischen haben sich die Verhältnisse nach der Beobachtung des Magistrates geändert: Die Lage des Grundstückmarktes hat sich gebessert und die Zahl der leerstehenden Wohnungen ist wesentlich zurückgegangen, von Interessenten wird sogar behauptet, daß in manchen Stadtgegenden Mangel an Wohnungen im Werte von 250 bis 450 Mark vorhanden sei. Der Magistrat hält deshalb für zulässig, den sich in letzter Zeit mehrenden Anträgen auf Ausbau projektierter Straßen sich nicht mehr grundsätzlich ablehnend gegenüberzustellen, besonders dann nicht, wenn die Kosten des Ausbaues vorzuschußweise von dem Antragsteller getragen werden sollen. Dem Magistrat würde es indessen lieb sein, zu erfahren, ob diese Ansicht auch von der Versammlung geteilt wird; er ersucht deshalb um eine Mitteilung darüber, ob Bedenken vorliegen, den Ausbau von projektierten Straßen in etwas weiterem Umfange zuzulassen, als es in den letztvergangenen Jahren geschehen ist. Den Anstoß zu diesem Ersuchen hat ein von dem Maurermeister Gerber wiederholt gestellter Antrag auf stadtseitigen Ausbau der Waterloostraße zwischen Heinrich- und Wabestraße gegeben.

Herr M e y e r h o f f: Die Baukommission steht der Vorlage nicht prinzipiell ablehnend gegenüber, sie empfiehlt vielmehr, einzuwilligen, daß Straßenbauten dort genehmigt werden, wo schon große Beträge von der Stadt festgelegt sind und wo billige Wohnungen errichtet werden sollen. Namens der Baukommission empfehle ich Ihnen daher, der Vorlage zuzustimmen unter der Voraussetzung, daß von Fall zu Fall geprüft werden soll, ob die eingehenden Anträge sich zur An-

nahme eignen, also nicht freien Spielraum zu geben, sondern von Fall zu Fall zu prüfen, welche Straßen ausgebaut werden sollen.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

IX. Rigolarbeiten auf dem Kieselgute.

Zur Inangriffnahme von Rigolarbeiten sind für diesen Sommer auf dem Kieselgute etwa 7 Morgen frei. Wenn diese Arbeiten von den auf dem Kieselgute beschäftigten Arbeiterinnen ausgeführt werden, so stellen sich die Kosten auf 150 Mark pro Morgen = 1050 Mark, da aber Notstandsarbeiter aus der Stadt Braunschweig dazu verwendet werden sollen, so wird sich der Preis auf 400 Mark pro Morgen erhöhen. Dem Ersuchen des Magistrates, hierfür die Summe von 2800 Mark zu verwilligen,

beantragt Herr **L ö s c h i g k** namens der Finanzkommission zu entsprechen.

Herr Oberbürgermeister **R e t e m e y e r**: Ich möchte auch bitten, dem Antrage zuzustimmen. Man kann zweifelhaft sein, das erkenne ich an, ob es wirtschaftlich richtig ist, in dieser Weise vorzugehen, da das Geschäft mindestens sehr zweifelhaft ist, wenn wir 400 Mark pro Morgen aufwenden wollen. Die Sache liegt aber so, daß seit der Zeit der großen Arbeitslosigkeit eine Kolonne von Arbeitern draußen gearbeitet hat und wir wohl annehmen dürfen, daß die Herren die Mittel bewilligen würden, um die Arbeiter dort weiter zu beschäftigen. Der Magistrat hatte hierbei allerdings vorausgesetzt, daß der Morgen nur 150 Mark statt 400 Mark kosten würde. Erheblich ist die Sache schon deshalb nicht, weil wir nicht mehr als 7 Morgen in Angriff nehmen können, wenn wir nicht den Betrieb auf dem Kieselgute allzusehr stören wollen. Auf das umzuarbeitende Land können höchstens noch späte Früchte gebracht werden. Da die Arbeitsgelegenheit ohne Frage immer noch eine geringe ist, so können wir das Opfer wohl bringen.

Herr **W e s e m e i e r**: Ich halte es ebenfalls für notwendig, den geforderten Betrag zu bewilligen, auch bin ich der Ansicht, daß das keine Arbeit für Frauen ist. Wir haben uns die Arbeit einmal angesehen und meinen, daß man solche schwere Arbeit unmöglich Frauen zumuten kann.

Die Magistratsvorlage wird sodann genehmigt.

Hierauf schließt der stellvertretende Herr Vorsitzende die Sitzung.

Dauer von 4 bis 7¼ Uhr.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 6. Mai 1909.

Tagesordnung:

I.	Antrag Bunge: Einführung einer Arbeitslosenversicherung	Seite 60
II.	Anordnung von Vorgärten für verschiedene Straßen.	" 74
III.	Einrichtung von Hörklassen	" 75
IV.	Uebersicht über die städtseitig gezahlten Löhne und Antrag Wesemeier auf Lohnerhöhung für die städtischen Arbeiter	" 75
V.	Ankauf einer Fläche an der Frankfurterstraße	" 90
VI.	Mittel für eine Beilage zum Jahresberichte der Oberrealschule	" 91
VII.	Einführung des Spielbetriebes für die mittleren Mädchenschulen	" 91
VIII.	Weichenverlängerung der Straßenbahn auf der Fallerdeleberstraße	" 97
IX.	Nachverwilligung von Mitteln für Schwimmunterricht	" 97
X.	Gleisverlegung der Straßenbahn auf der Brabantsstraße	" 97
XI.	Verpachtung der Flußbadeanstalt für das weibliche Geschlecht	" 98
XII.	Umbau des früher Knobbeschen Hauses	" 100
XIII.	Ausbau eines Teiles der Vertramstraße	" 103
XIV.	Niederlegung von Gebäuden	" 103
XV.	Niederlegung des Rehtopffschen Hauses	" 104
XVI.	Instandsetzung verschiedener Straßen	" 104
XVII.	Errichtung einer Schulturnhalle an der Bürgerstraße	" 105
XVIII.	Errichtung einer Schulturnhalle an der Leopoldstraße	" 106
XIX.	Ausbau der Glückstraße.	" 107

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg, Wagner und Lord, sowie der juristische Hilfsarbeiter, Herr Dr. jur. Campe.

Entschuldigt die Herren Bues, Frühling, Göde, Helmhold, Sander und Schmidt, außerdem fehlt Herr Jasper. Später erscheint Herr Lübke.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, eröffnet die Sitzung und stellt zunächst den zurzeit beim Magistrate beschäftigten juristischen Hilfsarbeiter Herrn Dr. jur. Campe der Versammlung vor. Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

1. Antrag Bunge: Einführung einer Arbeitslosenversicherung.

Der in der Sitzung vom 28. Januar d. Js. — Seite 586 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, zwecks Einführung einer Arbeitslosenversicherung auf der Grundlage des Genter Systems in nächster Zeit eine Vorlage auszuarbeiten und den Stadtverordneten zu unterbreiten.“

Namens der Statutenkommission berichtet hierüber Herr Weichsel: In dem uns hier beschäftigenden Antrage ist die interessanteste sozialpolitische Frage angerührt, die wir zurzeit haben. Ich bitte deshalb, mir zu gestatten, daß ich darauf mit einigen Worten ausführlicher eingehe, wie ich das sonst wohl tun würde.

Die Arbeitslosenversicherung ist an sich nichts neues, sie ist bereits von privater Seite in ausgedehntem Maße eingeführt, insbesondere ist von Berufsvereinen und von Arbeitgebern in umfangreichem Maße von ihr Gebrauch gemacht worden. Es ist auch bekannt, daß in den Gewerkschaften bereits Arbeiter in großer Anzahl versichert sind, weniger bekannt dürfte es dagegen sein, daß auch große industrielle Werke, z. B. die Zeiß-Werke in Jena, die Margarinefabrik von Mohr, die Maschinenfabrik von Lanz in Mannheim und andere eine Arbeitslosenversicherung eingerichtet haben. Diese Versicherung arbeitet in der Weise, daß ein Fonds angesammelt ist, aus dem die Arbeiter bei unverschuldeter Arbeitslosigkeit, z. B. bei rückgehender Konjunktur, längere Zeit Lohn erhalten. Die Zahl der in den Berufsvereinen versicherten Arbeiter ist nach den im Jahre 1905 angestellten Erhebungen eine ziemlich erhebliche, sie beträgt bei den Gewerkschaften etwa eine Million und bei den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen 102 000 Arbeiter, während von den Handlungsgehilfen ungefähr ein Sechstel der Gesamtzahl gegen Arbeitslosigkeit versichert ist. Nicht ganz so alt sind die

Bestrebungen, daß auch Gemeinden und Staat dazu beitragen sollen. Man hat solche Versuche auf Grund vollständig verschiedener Systeme gemacht.

Zunächst hat man das von Professor Schanz empfohlene, das sogenannte individualistische System städtischerseits in Italien, namentlich in Bologna, einzuführen versucht. Es handelt sich dabei um stadtseitig unterstützte Sparkassen, in die die Arbeiter in guten Zeiten Rücklagen machen, wozu ein städtischer Zuschuß gewährt wird. Diese Kassen haben sich aber nicht bewährt. Es stellte sich dabei nämlich heraus, daß diejenigen Arbeiter, welche hinsichtlich der Arbeitslosigkeit größeren Gefahren ausgesetzt sind, sich zu dieser Versicherung drängten, während die in einigermaßen sicheren Stellen beschäftigten Arbeiter sich nicht daran beteiligten.

Einen Schritt weitergegangen ist man in der Schweiz. In St. Gallen und Bern hat man Versicherungen eingeführt, die auf der sozialen Basis der Gegenseitigkeit aufgebaut waren, was natürlich nur in der Weise geht, daß eine Zwangsversicherung eingeführt wird. Auch diese Einrichtungen haben mit einem glatten Fiasko geendet, indem die dort gesammelten Erfahrungen außerordentlich trübe gewesen sind. Das Ergebnis dieser Versicherungen zeigte sich am besten dadurch, daß man kurze Zeit darauf die Arbeitslosenversicherung auch für den Kanton Basel einführen wollte, jedoch in der zu diesem Zwecke vorgenommenen Volksabstimmung eine Ablehnung erfuhr.

Sodann komme ich zu einer Versicherungsart, die auf einer anderen Basis beruht, nämlich auf der Basis der Wohltätigkeit, also auf charitativer Grundlage. In Köln hat man z. B. einen großen städtischen Zuschuß dazu bewilligt. Daß derartige Versicherungen gehen, ist kein Wunder, wenn nur die nötigen Mittel dazu vorhanden sind.

Ein ganz neues System ist in Belgien versucht worden und zwar ausgehend von der Stadt Gent. Dieses System beruht auf den Plänen eines Advokaten Barlek in Gent und geht dahin, daß man den Berufsvereinigungen, die bereits Arbeitslosenversicherungen eingeführt hatten, einen Zuschuß zu den von ihnen gezahlten Versicherungssummen zahlt. Man hat festgestellt, daß die Vereinigungen im Durchschnitt 74 Prozent und den Rest die Stadt bezahlt. Auf Grund dieses Systems ist man in anderen belgischen Städten noch weitergegangen, besonders in der Provinz Lüttich; ferner ist man in Frankreich, Dänemark und Norwegen dazu übergegangen, stadtseitig eine Summe für diese Versicherung auszuwerfen. Auch eine deutsche Stadt ist vorgegangen, nämlich Straßburg, das im Jahre 1906 eine Versicherung nach dem Genter System eingeführt und dafür einen Betrag von jährlich 5000 Mark ausgeworfen hat. Dieser Betrag reicht aber, wie sich bald herausstellen wird, bei weitem nicht aus. Dasselbe Ergebnis ist aus den vorgenannten Staaten zu berichten.

Die Staaten haben sich in folgender Weise dazu verhalten: Belgien und Holland abwartend, die Schweiz und Großbritannien ebenfalls, Dänemark und Norwegen nach dem Genter System. Auch in Deutschland ist von Reichs wegen die Sache angeregt worden. Auf Grund eines vom Reichstagsabgeordneten Dr. Bachnick und Genossen im Jahre 1902 im Reichstage gestellten Antrages sind umfangreiche Erhebungen angestellt und in Form einer Denkschrift niedergelegt worden. Diese Denkschrift enthält in der Hauptsache statistisches Material. Wie man aber eine solche Versicherung etwa von Reichs wegen einrichten will, darüber gehen die Meinungen sehr auseinander. Ein Teil der Herren, besonders der Hamburger Reichstagsabgeordnete von Elmen, wollte die Versicherung an die Arbeiterverbände angelehnt wissen. Eine andere Richtung, vertreten durch Tischinger, wollte sie an die Krankenkassen anlehnen, ein Dritter wollte sie an die Berufsgenossenschaften, ein Viertes an die Invalidenversicherung angliedern. Der Reichstagsabgeordnete Molkenbuhr wollte sie den Facharbeiternachweisen angliedern und endlich wollte der Volksparteiler Sonnemann sie als kommunale Einrichtung behandelt wissen.

Was die Kritik der einzelnen Einrichtungen anlangt, so darf man ohne weiteres sagen, die Versuche städtischer Politiker, diese Sache als eine kommunale Einrichtung zu schaffen, haben einen absoluten Mißerfolg zu verzeichnen, und es würde eine schlechte Benützung der gesammelten Erfahrungen sein, wenn man etwa versuchen wollte, auf diesem Wege vorzugehen. Der Herr Antragsteller schlägt auch diesen Weg nicht vor.

Es würde sich wohl nur darum handeln können, ob wir uns dem Vorgehen von Straßburg anschließen und die Einführung der Arbeitslosenversicherung nach Genter System hier versuchen wollten. An sich ist die Sache zweifellos möglich, immerhin hat sie aber ihre erheblichen Bedenken. Es ist dabei zu erwägen, daß nur 20 bis 25 Prozent der Arbeiter in Berufsvereinen organisiert sind. Wenn man nun den Berufsvereinen große Beträge zuwenden wollte, so würde das eine sehr einseitige Prämie für diese Arbeiter sein, während die übrigen 75 bis 80 Prozent der Arbeiter dabei zu kurz kämen. In dem Genter System hat man versucht, diesem Uebelstande dadurch abzuhelpen, daß man neben der Unterstützung der organisierten Arbeiter Sparkassen geschaffen hat, in denen die nicht organisierten Arbeiter Spareinlagen machen können, die sie im Falle der Arbeitslosigkeit mit einem städtischen Zuschuß zurückbekommen. Das hat sich aber ebenfalls nicht bewährt, weil es ein Hilfsmittel ist, das nicht geeignet erscheint, einen gerechten Ausgleich zu schaffen.

Die Einführung des Genter Systems hat folgendes gegen sich: Zunächst ist die ganze Einrichtung immerhin anzusehen als eine versteckte Art der Armenunterstützung. Sodann müssen wir an dem Grundsatz festhalten, daß wir den

starken Zuzug nach der Stadt, den wir in Zeiten aufsteigender industrieller Konjunktur haben, nicht noch in Zeiten schlechter Konjunktur verstärken, sondern im Gegenteil darauf bedacht sind, daß in solchen Zeiten ein Rückfluß nach dem Lande stattfindet, um dadurch der Landflucht entgegenzutreten. Ein weiterer Uebelstand besteht darin, daß die Stadt die Ueberwachung der ganzen Einrichtung in erheblicher Weise aus der Hand gibt, sie muß sich auf die Angaben der Gewerkschaften verlassen, eine Kontrolle ist nicht möglich. Die Hauptgründe gegen das Genter System bestehen also namentlich in der großen Ungerechtigkeit gegenüber den unorganisierten Arbeitern und außerdem darin, daß die Verteilung unter die Versicherten keine gerechte ist. Selbstverständlich richtet sich die Höhe der Arbeitslosenversicherung nach dem, was die Arbeiter in ihren guten Tagen dazu beigesteuert haben. Auf diese Weise kommt es, daß der gut bezahlte Arbeiter, der vielleicht so steht, daß er im Falle der Arbeitslosigkeit eine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln überhaupt nicht bedürfte, erheblich höhere Zuwendungen erhält, als ein weniger gut bezahlter Arbeiter. So z. B. würde der Schriftseher hohe Beträge erhalten, wogegen schlecht gelohnte Arbeiter, die selbstverständlich nur geringe Beiträge leisten können, für den Fall der Arbeitslosigkeit nur einen geringen Zuschuß kriegen, während diese gerade gut unterstützt werden müßten. Es tritt hier also das Gegenteil ein von dem, was man vom Standpunkte der allgemeinen kommunalen Politik aus wünschen möchte. Außerdem ist die Lage bei uns in Deutschland ganz anders als in anderen Ländern. In anderen Ländern sind die Berufsvereinigungen wirtschaftlicher Natur, während sie sich hier, ich darf sagen: leider Gottes, zu politischen Organisationen ausgebildet haben, und das ist ein erheblicher Grund, diese Organisationen aus städtischen Mitteln nicht zu unterstützen. Es läßt sich nicht verkennen, daß wir mit der Unterstützung der wirtschaftlichen Organisation auch zugleich die politischen Organisationen unterstützen würden, und das könnten wir nach der Meinung der Statutenkommission nicht verantworten. Bisher hat auch bei uns noch immer der Grundsatz gegolten, daß eine einzelne politische Richtung nicht aus kommunalen Mitteln unterstützt werden darf. Außerdem sind die sämtlichen Akademiker in einem Punkte vollständig einig, daß nämlich das richtigste und radikalste Mittel gegen die Arbeitslosigkeit in der Schaffung von Arbeitsnachweisen und Arbeitsgelegenheiten besteht. Diese Mittel sind dann der Arbeitslosenversicherung gegenüber immer erheblich vorzuziehen.

Aus allen diesen Gründen schlägt die Statutenkommission vor, den Antrag Bunge abzulehnen.

Herr Bunge: Es ist anzuerkennen, daß der Herr Referent sich mit dieser Materie eingehend befaßt und auch versucht hat, noch neues Material hinzuzubekommen. Trotzdem aber der Herr Referent auf dem Standpunkte

gestanden hat, daß die Sache zweifellos sehr gut durchführbar ist, hat sich die Kommission auf den Standpunkt gestellt, daß wir hier noch nicht daran denken können, eine Einrichtung im Sinne meines Antrages zu treffen, weil wir in dieser Sache nicht gut vorangehen könnten, sondern Wolfenbüttel, Helmstedt und vielleicht auch Schöppenstedt den Vorrang dabei lassen müßten. Die vom Referenten angeführten Gegengründe sind meiner Meinung nach nicht stichhaltig, um zu beweisen, daß die Sache abgelehnt werden muß. Er sagt, es würde eine Bevorzugung der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter und damit zugleich eine indirekte Unterstützung der sozialdemokratischen Partei sein, um es hier deutlich auszusprechen. Die Gewerkschaften haben aber mit der sozialdemokratischen Partei absolut nichts zu tun. Die Gewerkschaften betätigen sich so, wie sie es für richtig halten, ohne zu fragen, wie sich die sozialdemokratische Partei dazu stellt. Weiter sagt der Referent, daß nach der Einführung einer Arbeitslosenversicherung ein großer Zuzug vom Lande stattfinden würde und der Landflucht entgegengearbeitet werden müßte. Der Zuzug vom Lande fragt aber viel danach, ob hier eine Arbeitslosenversicherung ist, sondern den Leuten liegt daran, möglichst schnell aus dem ländlichen Dorado herauszukommen, wo sie geknechtet und geknebelt werden, wie die Sklaven. Was die Kontrolle anbelangt, so meint der Referent und auch die Kommission, daß die Kontrolle nicht so durchgeführt werden könnte, wie es notwendig wäre. Ich möchte dem gegenüber auf den vom Regierungsrat Dominicus in Straßburg erstatteten ersten Jahresbericht betreffend Arbeitslosenversicherung der Stadt Straßburg im Jahre 1907 verweisen, in dem er sich sehr lobend speziell auch über die Kontrolle ausgesprochen hat. Nach dem Reichsarbeitsblatt, VI. Jahrgang, Seite 230 ff. heißt es darüber wie folgt: „Drei Hauptbedenken werden bekanntlich in der Wissenschaft gegen die Möglichkeit der Durchführung der Arbeitslosenversicherung sowohl im allgemeinen, wie in der besonderen Form des Genter Systems erhoben: 1. Die Schwierigkeit der Kontrolle der Ursache der Arbeitslosigkeit. 2. Die Schwierigkeit der Kontrolle der bestehenden Arbeitslosigkeit. 3. Die Schwierigkeit der Beendigung der Arbeitslosigkeit durch Zumeisung in „passende“ Arbeit.“

Der Herr Regierungsrat hat sich soweit sehr lobend über die Durchführung der Kontrolle ausgesprochen und erklärt, daß sie sich bei den Gewerkschaften sehr gut bewährt hätte und es angezeigt wäre, daß allertwärts, wo man sich mit der Frage der Arbeitslosenversicherung beschäftigte, die Gewerkschaften zu Rate gezogen werden möchten und man mit ihnen Hand in Hand arbeiten sollte. Ich könnte mich darüber noch weiter auslassen, jedoch tut das nichts zur Sache.

Der Referent hat auch gesagt, daß es am besten wäre, wenn in den Gemeinden Arbeitsgelegenheit geschaffen würde. Gewiß, auf diesem Standpunkte

stehe ich ebenfalls, wenn wir genügende Arbeit haben, wird die Arbeitslosenversicherung nicht in Anspruch genommen werden, aber die Sache liegt doch so, daß eine große Reihe von Leuten, die nicht durch ihre Schuld arbeitslos werden, in ihrer Gemeinde nicht beschäftigt werden können, weil sie eben keine Arbeit finden. Man muß also dafür sorgen, daß die auf diese Art in Not geratenden Arbeiter unterstützt werden und ihnen unter die Arme gegriffen werden kann.

Unter den sämtlichen Sozialpolitikern ist man sich darüber einig, daß die Aufwendungen der Städte bei der Einführung einer Arbeitslosenversicherung in keinem Verhältnis stehen zu dem durch die Versicherung erzielten Erfolge, indem hauptsächlich auch die Armenkasse entlastet wird. So denken unsere wissenschaftlich gebildeten Leute über die Frage.

Ich möchte bitten, meinen Antrag nicht abzulehnen, sondern ihn anzunehmen und zwar mit dem Zusatz, daß zum mindesten eine Deputation gewählt wird, die mit den Gewerkschaften in Verbindung tritt, um zu versuchen, die Frage weiter im Rollen zu erhalten. Dadurch wird sich dann schon ergeben, daß wir eine solche Versicherung einführen können.

Herr R i e k e : Daß der Antrag hier abgelehnt werden würde, davon waren wir von vornherein überzeugt. Es muß anerkannt werden, daß man gegenüber unseren früheren Anträgen diesem Antrage mehr Beachtung geschenkt hat. Gegen meinen früheren Antrag auf Erhöhung der Armenunterstützungen führte man beispielsweise als Grund an, daß aus der ganzen norddeutschen Tiefebene die Armen hierherziehen würden, um in den Genuß der hohen Unterstützungssätze zu kommen. Der Herr Referent hat sich in diesem Falle mehr Mühe gegeben, als es sonst der Fall war, er hat es der Mühe für wert gehalten, viel Material zu sammeln; er hat alles, was gegen die Sache sprechen konnte, hier vorgebracht. Wenn das Referat sich auch im Gegensatz zu unserer Ansicht befindet, so zeugt es doch davon, daß man der Sache mehr Interesse entgegengebracht hat, als sonst, und das ist für mich und meine Freunde schon ein Fortschritt.

Wenn nun anderwärts die verschiedenen Systeme Fiasco gemacht haben, so liegt das einzig und allein daran, weil die Handhabung des betreffenden Systems eine vollständig bürokratische war und die Arbeiter dabei zum größten Teile nicht gehört wurden. Was aber heutzutage unsere Bürokratie leistet, davon erleben wir auch hier alle Tage neue Beispiele, und wir sind sehr oft gewahr geworden, wie schwerfällig unsere Magistrate arbeiten. Es ist das ja erklärlich, sie lassen sich in ihrer Ruhe nicht stören, und es geht ihnen auch recht wohl dabei; ehe sie nicht von oben aufgerüttelt werden, lassen sie die Sache an sich herankommen. Es heißt im allgemeinen immer noch: Nach oben hanteln und nach unten strampeln! (Heiterkeit.)

Wenn also die Arbeitslosenversicherung anderwärts Fiasko gemacht hat, so ist das noch kein Grund dafür, daß die Sache nichts taugt, man könnte vielmehr auf deren Grundlage besseres schaffen. Die soziale Gesetzgebung weiter auszubauen, wäre heute die Pflicht der Kommunen in Deutschland und anderwärts. Wenn es hier nicht geschieht, so zeugt das davon, daß man noch kein Interesse dafür hat, und wenn man es aus Furcht vor den freien Gewerkschaften unterläßt, so sind diese nicht daran schuld, daß sie durch staatliche und kommunale Maßnahmen auf das politische Gebiet gedrängt sind. Jedenfalls muß man anerkennen, daß die Gewerkschaften auf diesem Gebiete mit Energie vorgegangen sind. Fortgeschrittene Stadtparlamente und staatliche Einrichtungen haben diese Tätigkeit auch vollständig anerkannt und sind nicht davor zurückgeschreckt, mit den freien Gewerkschaften entsprechende Abkommen zu treffen und zu versuchen, der Sache näherzutreten. In Wernigerode hat man mit den Gewerkschaften ein Abkommen getroffen und der dortige Oberbürgermeister hat anerkannt, daß es nicht möglich gewesen wäre, das zu erreichen, was er hat erreichen wollen, wenn nicht das Gewerkschaftskartell in Wernigerode ihm dabei zur Seite gestanden hätte. Dieselben Erfahrungen hat man auch in anderen Städten gemacht.

Wenn man meint, auf dem Wege der Wohlfahrtseinrichtung ein solches Problem lösen zu können, so möchte ich davor warnen. $\frac{9}{10}$ aller Wohlfahrtseinrichtungen sind nur Ketten für die Arbeiter, da sie hierdurch in ihrer Abhängigkeit nur noch mehr heruntergedrückt werden und ihr freier Wille dadurch noch mehr und mehr beschränkt wird. Das ist kein soziales Emporstreben, sondern ein Niederdrücken der Arbeiterschaft. Wenn heute hier die Lösung noch nicht gefunden werden sollte, so kommt es ebenso wie anderwärts. Sobald die freien Gewerkschaften noch mehr erstarkt sein und den Herren Bürokraten gezeigt haben werden, wie es gemacht wird, so werden auch diese ihren Apparat so einrichten und ihnen anbequemen müssen. So ist es mit der Sozialgesetzgebung gewesen und wird es auch ferner gehen: es muß eben von unten kommen und nicht von oben.

Wenn sich die Sache mit der Arbeitszuweisung hätte machen lassen, so ließe ich mir die Sache gefallen, aber ich höre noch die Töne: Bewilligen Sie nur unsere Vorlagen, dann ist für alles gesorgt. Die Jakobikirche wächst noch heute so aus der Erde wie damals, wo ist also die dadurch geschaffene Arbeitsgelegenheit? Man hat sich einfach in die Büsche gedrückt, die Sache hinausgeschoben und die Arbeiter damit abgespeist. Wenn man sich so weit herabläßt und den Arbeitern, die kaum Sohlen unter den Stiefeln haben, 1,60 Mark für Schneeschaukeln anbietet seitens der Stadt, so muß ich sagen, es ist das eine Schmach des Jahrhunderts für uns. Unter solchen Umständen ist es ganz begreiflich,

daß solche Anträge nicht angenommen werden. Uns kann man damit nicht abschrecken, wir werden auf dem Wege weitergehen, denn wir wissen, daß wir damit auf dem richtigen Wege sind, sonst würden wir so nicht angefeindet werden. Wenn Sie auf den Antrag nicht eingehen und die Sache auch durch eine Deputation nicht weiter verfolgen wollen, so mögen Sie es bleiben lassen. die Zeit wird Sie schon zur Erkenntnis bringen.

Herr Wesemeier: Die Ablehnung des Antrages seitens der Kommission zeigt mir, daß man an dem Gedanken festhält, den man bei der Ablehnung des Antrages auf Bewilligung von 20 000 Mark für Arbeitslose befundet hat, indem man sagte, daß Unterstützungen in Form von Armeengeldern gegeben werden könnten. Wir haben gesehen, daß diese Sache in einem Duzend von Städten gegangen ist, in Quedlinburg, Magdeburg, Wernigerode usw., was hier nicht möglich sein soll. Die Stellungnahme der Kommission zeigt mir, daß man gewillt ist, auf diesem Wege weiter zu marschieren.

Der Herr Referent hat als einen der Gründe gegen den Antrag angeführt, daß man mit der Einführung des Genter Systems den Gewerkschaften, also einer politischen Partei, Unterstützungen zufließen lassen würde. Sie kennen anscheinend die betreffenden Verhältnisse nicht; wenn ich Ihnen aber erkläre, daß in den hiesigen Gewerkschaften 13 400 Mitglieder vorhanden sind, während der sozialdemokratische Verein nur etwa 3400 Mitglieder zählt, so ist es ein Trugschluß, daß man damit die sozialdemokratische Partei unterstützen würde. Es ist ganz schön, wenn uns gesagt wird, der beste Weg, der Arbeitsnot zu steuern sei, Arbeitsgelegenheit und Arbeitsnachweise zu schaffen. Ich erinnere daran, daß in dem Begleitschreiben zum Etat für 1908/09 der Magistrat für Barunterstützungen der hier unterstützungswohnitzberechtigten Personen 190 000 Mark gefordert hat mit der Begründung, daß nach dem Umfange der Arbeitsgelegenheit und den Witterungsverhältnissen in dem kommenden Jahre leicht eine Mehrausgabe gegen das Vorjahr erforderlich werden könne. Man sah also im voraus, daß die Not sich bedeutend steigern würde und forderte eine erhebliche Erhöhung der Armenunterstützungen, aber von der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit war keine Rede, obwohl wir schon im Sommer hierauf aufmerksam gemacht hatten. Wenn aber gegen die Not unter allen Umständen eingegriffen werden muß, so müßte sich auch ein Weg finden, der zum Ziele führt. Es ist zweifellos, daß den arbeitslosen Gemeindemitgliedern in bezug auf den Empfang von Arbeitslosenunterstützungen Beschränkungen könnten auferlegt werden, so könnte z. B. eine Karenzzeit eingeführt werden, innerhalb welcher die Leute hier gewohnt haben müßten. Wenn wir diesen Leuten Unterstützungen gewähren, so müssen wir auch von dem Gesichtspunkte ausgehen, daß das Geld nicht in den Händen der Leute bleibt, sondern von ihnen den Geschäfts-

leuten zufließt. Auch von diesem Gesichtspunkte aus muß die Frage betrachtet werden.

Wie notwendig die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung ist, möchte ich durch Zahlen beweisen, die nicht anfechtbar sind. Die Gewerkschaften hiesiger Stadt mit ihren 13 432 Mitgliedern haben im vorigen Jahre an Arbeitslosenunterstützungen an 2607 Personen ausgegeben 95 522,78 Mark. Sie können daraus entnehmen, welches Vertrauen die Gewerkschaften bei den Arbeitern haben. Selbstverständlich muß über diese Beträge eine Abrechnung geliefert werden. Sollte nun wohl die Stadt so mißtrauisch sein, daß sie die Regelung dieser Frage mit den Vorständen der Gewerkschaften nicht in die Wege leiten könnte? Wir besitzen noch eine andere Organisation im hiesigen Lande, den Landwehrverband, der mit seinen 24 808 Mitgliedern im ganzen 33 530 Mark im Jahre an Unterstützungen ausgezahlt hat, während die freien Gewerkschaften unserer Stadt mit ihren 13 440 Mitgliedern 233 065,46 Mark zahlten. Wahrscheinlich würde man den Einwand, mit dieser Organisation die Arbeitslosenunterstützung einzuführen, nicht erheben. Ich möchte dann noch einen Vergleich mit dem Jahre 1907 vornehmen. Im Jahre 1907 wurden 1397 Arbeitslose mit 21 120,10 Mark unterstützt gegen 2607 im Jahre 1908; es ist das also eine ganz gewaltige Steigerung, indem fast noch einmal soviel im letzteren Jahre arbeitslos gewesen sind. Der Metallarbeiterverband hat an 1088 Arbeitslose 48 314,97 Mark an Unterstützungen ausgegeben, der Fabrikarbeiterverband an 580 Arbeitslose 21 879,64 Mark, der Holzarbeiterverband an 327 Arbeitslose 11 105,13 Mark, der Buchdruckerverband an 151 Mitglieder 5662 Mark, der Schmiedeverband an 72 Arbeitslose 9 354,33 Mark, die übrigen Verbände, soweit sie Arbeitslosenunterstützungen eingeführt haben, von 500 Mark an abwärts. Zum Weihnachtsfeste, dem Feste der Liebe, das überall als solches gepriesen wird, an dem man aber bei der Stadtverwaltung nichts von Liebe gemerkt hat, haben die Metallarbeiter 12 269,06 Mark verteilt, die Fabrikarbeiter 9986,79 Mark, die Holzarbeiter 2051,10 Mark, zusammen sind zu diesem Feste 24 306,95 Mark ausgezahlt worden. Das sind die Leistungen der Gewerkschaften. Wenn wir weiter gehen und die Summen hinzurechnen, die für 6169 durchreisende Personen mit 10 818,66 Mark bezahlt worden sind, so stellt sich das Bild noch anders. Die Krankenunterstützung ist auch ganz gewaltig gestiegen, indem 1907 abgesehen von den Krankenkassen 2561 Personen mit 62 883,35 Mark unterstützt wurden und 1908 = 3768 Personen 83 639,94 Mark an Unterstützungen erhielten. Das ist zweifellos ebenfalls auf die Geschäftskrisis und die Not zurückzuführen. Die Gewerkschaften haben allein im vorigen Jahre insgesamt 127 127,03 Mark ausgezahlt, und an Unterstützungen überhaupt 233 065,46 Mark, worunter sich auch die Streifenunterstützungen und

die Unterstüzungen für Gemäßregelte befinden, diese sind aber ganz minimal (29 208,58 Mark), während die für in Not befindliche Personen ausgegebene Summe ganz gewaltig ist. Wenn Sie diese Summe mit den von der Stadt ausgegebenen 151 000 Mark Armenunterstützungen vergleichen, so ist das doch eine recht minimale Ausgabe der Stadt. Es kann uns aber nur angenehm sein, wenn die hiesigen Einwohner nicht als entrechtete Bürger dastehen, sondern sich als vollberechtigte Bürger ansehen lassen wollen, was bekanntlich bei den Armenunterstützungen nicht der Fall ist. Die Gewerkschaften tun soviel wie sie können, aber doch nicht so viel, wie notwendig wäre.

Der Herr Referent hat auch auf Dänemark hingewiesen. Dort ist ein ganz eigenartiges System, das sich auch sehr gut bewährt hat. Man hat es dort von Staats wegen zwangsweise in jeder Gemeindeverwaltung eingeführt. Die Arbeiter sind dort nach Fachverbänden organisiert und gegen Arbeitslosigkeit in der Weise versichert, daß im Durchschnitt 22 Pfennig pro Mitglied und Woche in die Kasse gezahlt werden, während der gleiche Betrag von Staat und Gemeinde zugezahlt wird, indem hiervon der Staat $\frac{1}{3}$ und die Gemeinde $\frac{2}{3}$ trägt. Man hat damit ein sehr gutes Resultat erzielt. Der erste Bericht verzeichnet ein sehr günstiges Ergebnis, das auch anderen Ländern zum Vorbilde dienen wird. Wenn wir in Deutschland noch keine günstige Erfahrungen aufweisen können, was hindert uns denn, selbst einmal Versuche von uns aus anzustellen? Müssen wir denn warten, bis andere vorgegangen sind und uns erst das Gute bewiesen haben? Die Gewerkschaften beweisen doch, daß es möglich ist, und das ist ohne weiteres als Beweis anzuerkennen. In allen übrigen Ländern z. B. in Dänemark haben doch die Unterstüzungseinrichtungen der Gewerkschaften der Regierung als Material und Grundlage für die Einführung der Arbeitslosenversicherung gedient. Sollten wir es nicht zuwege bringen, auch hier in der Gemeinde die Versicherung einzuführen, ohne daß alle die Bedenken zutreffen brauchten, die dagegen geltend gemacht worden sind bezüglich des Zustroms vom Lande und der Unmöglichkeit des Wiederabstubs auf das Land? Die Arbeitslosenunterstützung ist wirklich nicht so groß, daß die Leute dadurch an einem Orte festgehalten würden.

Ich möchte bitten, dem Antrage Bunge zuzustimmen und die Einsetzung einer gemischten Deputation, bestehend aus Magistratsmitgliedern, Stadtverordneten und Gewerkschaftsvertretern gutzuheißen, die dann eine Grundlage auszuarbeiten hätten, auf der es möglich wäre, die Arbeitslosenunterstützung einzuführen. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Es läßt sich die Einrichtung von der Stadt aus einführen, ohne daß diese dadurch erheblich belastet wird.

Herr Stadtrat W a g n e r : In einer ganzen Reihe von Fällen haben Sie bereits bewiesen, daß Sie den sozialen Gedanken in vernünftigen Grenzen zu

fördern bereit gewesen sind, und ich hoffe, daß Sie vom Magistrate annehmen, er verfolge dieselben Absichten. Wir haben uns im Magistrate nach Möglichkeit über die Frage zu orientieren gesucht. Wenn wir auch noch keinen Beschluß darüber gefaßt haben, so sind wir bei der vorläufigen Besprechung des Gegenstandes doch auf dieselben Bedenken gestoßen, die der Herr Berichterstatter schon vorgetragen hat. Eine kommunale Zwangsversicherung ist gesetzlich unzulässig. Eine freiwillige Versicherung scheitert daran, daß die Arbeiterkreise, welche die Versicherung am bittersten nötig haben würden, infolge ihrer schlechten Einkommensverhältnisse aus eigener Initiative die Einrichtung nicht in Anspruch nehmen werden, wie sich in einer Reihe von Stadtgemeinden bereits gezeigt hat. Eine freiwillige Versicherung im Anschluß an das Genter System in Form von kommunalen Zuschlägen hat ihre politischen Bedenken. Herr Riecke hat vor einigen Monaten hier direkt ausgesprochen: Es ist nicht zu leugnen, daß die freien Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei eins sind. Abgesehen davon ist noch zu beachten, daß die bestgelohnten und bestorganisierten Arbeiter, die die größten Arbeitslosenunterstützungen schon von ihren Verbänden erhalten, nun auch noch von der Stadt die bedeutendsten Unterstützungen erhalten würden, während die nicht organisierten Arbeiter leer dabei ausgehen, oder doch nur eine geringe Unterstützung bekommen würden. Es würde nur noch übrig bleiben, Sparstellen einzurichten und durch städtische Prämien den Trieb zum Sparen anzuspornen. Fraglich bleibt dabei aber, ob die staatliche Behörde, die sich der Einrichtung städtischer Sparkassen gegenüber stets ablehnend verhalten hat, diese Einrichtung jetzt genehmigen würde. Ferner ist zu berücksichtigen, daß der soziale Gedanken dabei vollständig in den Hintergrund treten würde. Es spart nämlich niemand im Interesse der Berufsgenossen, so daß er z. B. die Beiträge einbüßt, während sie andere erhalten oder umgekehrt, sondern bei der Benutzung eines derartigen Sparfonds zahlt jeder für sich und seine Familie ein, wobei er nichts zubüßen, sondern nur gewinnen kann: Wird er nicht arbeitslos, so behält er seinen Sparfonds und die Zinsen dazu, bei Arbeitslosigkeit erhält er ihn aber mit einer Prämie ausgezahlt. Das ist kein sozialer Gedanke, und deshalb wird sich auch die Einrichtung vorläufig nicht ermöglichen lassen. Ich glaube deshalb, die städtischen Behörden würden besser tun, hier mal der Stadt Schöppenstedt den Vortritt zu lassen. Wenn dann diese sehr gut geleitete Stadtverwaltung einen Erfolg damit haben sollte, so wollen wir Schöppenstedt sehr gern nachfolgen.

Herr Bürgermeister Meyer: Herr Riecke hat vorhin behauptet, daß die städtischen Schneeschaufler 1,60 Mark an Tagelohn bekommen hätten und hinzugefügt, es wäre das eine Schande für unsere Stadt. Ich halte mich für verpflichtet, diese tatsächliche Behauptung zu berichtigen. Seit Jahren schon sind

den betreffenden Leuten stündlich 25 Pfennig gezahlt worden, und da die Straßenreinigungsdeputation diesen Satz nicht mehr für ausreichend gehalten hat, so sind in diesem Jahre 28 Pfennig gezahlt worden. Bei 10stündiger Arbeitszeit macht das, wenn auch nicht immer volle 10 Stunden gearbeitet sein mag, 2,50 oder 2,80 Mark.

Herr Weichsel: Die Bedenken, die von der Gegenseite gegen meine Ausführungen geltend gemacht worden sind, können mich nicht bewegen, meine Meinung zu ändern. Es ist richtig, was Herr Bunge sagt, daß der betreffende Ressortchef in Straßburg sich durchaus warm für die Einrichtung ausgesprochen hat, aber doch nicht so uneingeschränkt, wie Herr Bunge das gesagt hat. Wenn ich die ziemlich umfangreichen Ausführungen aus dem Arbeitsblatte vorlesen würde, so würde Herrn Bunge zur Erinnerung kommen, daß die Meinung des Herrn Regierungsrat Dominicus mit erheblichen Fragezeichen versehen ist. Jedenfalls kann der erste Jahresbericht von Straßburg für uns nicht maßgebend sein, ich bitte vielmehr abzuwarten, wie sich die Abrechnung nach diesem harten Winter stellen wird, der wohl ein ganz anderes Bild zeigen wird. Die Nachrichten aus Dänemark, Norwegen und Straßburg habe ich in den Zeitungen gelesen, aber auch dort wird die Abrechnung anders aussehen, als im vorigen Winter. Das gefährliche an der Sache ist, daß sie unübersehbar ist. Von Herrn Wesemeier sind uns heute fast dieselben Zahlen vorgeführt, die uns bei der vorigen Beratung Herr Bunge genannt hat; diese Zahlen beweisen, wie außerordentlich schwankend die Höhe der Unterstützungen ist. Wenn wir einmal wieder einen bedeutenden industriellen Rückschlag bekommen, so ist es ganz unübersehbar, welche Anforderungen an eine Gemeinde durch die Arbeitslosenversicherung gestellt werden können. Herr Bunge hat die Sache weiter so dargestellt, als ob die Arbeitslosenversicherung sich mit fliegenden Fahnen hier ihren Platz errungen hätte. Das ist durchaus nicht der Fall. Straßburg ist bis jetzt die einzige deutsche Stadt, welche sie eingeführt hat. Magdeburg hat sie abgelehnt, und der Jahresbericht der statistischen Stelle in Magdeburg ergibt, daß die Sache dort sehr eingehend untersucht ist, aber diese Untersuchung zu einem ablehnenden Votum geführt hat. Dieser Bericht ist vielleicht das beste, was ich über die Sache gelesen habe. Die Verhältnisse in Wernigerode sind mir nicht bekannt. Leipzig und München haben sich dagegen gewehrt.

Herr Rieke hat einige freundliche Ausfälle gegen den Magistrat gemacht, die aber vollständig unbegründet sind, da der Magistrat vorläufig noch gar nichts damit zu tun gehabt hat. Ich habe Herrn Rieke auch schon vorgestellt, daß die Sache durchaus nicht von unten aus betrieben ist. Namhafte große Werke haben die Einrichtung von sich aus geschaffen; es ist also von beiden Seiten gearbeitet worden. Wenn Herr Rieke die Verhandlungen hierüber im

Reichstage verfolgt hat, so wird er gefunden haben, daß die Sache seit 1901 dort mit großem Interesse behandelt ist. Daß aber ein ausreichendes Material gefunden wäre, um ein sicheres Urteil darüber zu gewinnen, kann man nicht behaupten. Es ist das auch außerordentlich schwierig. Herr Riecke weiß selber, wie außerordentlich schwer die Aufnahme der Statistik gewesen ist. Welche haarsträubenden Differenzen haben sich z. B. herausgestellt bei der Statistik, die die Stadt und die Gewerkschaften in Berlin aufgenommen haben! Es ist eben außerordentlich schwer, eine sichere Grundlage zu bekommen.

Herr Wesemeier hat auch gesagt, wenn die Sache vom Landwehrverbande angeregt wäre, so würde man ihr hier zustimmen; ich habe aber gerade darauf hingewiesen, wenn man einer einzigen politischen Richtung zu Liebe eine derartige Einrichtung treffen würde, so wäre das unrichtig. Eine Gemeinde muß sich neutral halten; ob es sich um den Landwehrverband handelt, oder um Gewerkschaften, ist dabei gleich. Jedenfalls würde eine Bevorzugung der organisierten Arbeiter gegenüber den unorganisierten in der Einrichtung liegen.

Ich nehme nicht in Abrede, daß die Sache innerhalb der Berufsvereine ganz ausgezeichnet gegangen ist, dort ist aber die Gefahr und das Risiko überall dasselbe. Eine ganz andere Sache würde es sein, wenn man eine große Anzahl Personen der verschiedensten Berufsarten zusammenfassen wollte, weil dann allzu große Verschiedenheiten zutage treten würden. Es gibt Berufe, die für das ganze Jahr auf Arbeit rechnen können, z. B. Tapezierer, Schriftsetzer u., bei diesen ist das Risiko, arbeitslos zu werden, außerordentlich gering; ganz anders liegt es aber bei den Berufen, die an die Saison gebunden sind, z. B. die Bauhandwerker, Landarbeiter u., bei denen vollständig verschiedene Verhältnisse vorliegen, weshalb es außerordentlich schwer ist, ein einheitliches System in die Versicherung zu bringen.

Herr Riecke sagte auch, die Sache hätte deshalb an manchen Stellen einen Mißerfolg gehabt, weil sie zu bureaukratisch gehandhabt worden sei. Eine von einer Kommune in die Hand genommene Sache muß aber bureaukratisch betrieben werden, oder sie muß die ganze Sache aus der Hand geben und sich darauf beschränken, den Gewerkschaften das Geld zu überweisen. Das würde aber nach der Meinung des Regierungsrats Dominicus nicht richtig sein. Wo keine genügende Kontrolle ist, muß bureaukratisch exakt gearbeitet werden. Aus allen diesen Gründen kann ich mich nicht bewogen fühlen, etwas von meinen Ausführungen zurückzunehmen.

Herr Riecke: Ich weiß sehr gut, daß früher die Polizei den Straßenreinigern 3 Mark bis 3,50 Mark täglich gezahlt hat und nachher auf 2,50 Mark zurückgegangen ist. Jetzt ist nun von der Stadt aus den Leuten ein Satz von 1,60 Mark gezahlt worden, und zwar für 8 Stunden Arbeit, zu 20 Pfennig

die Stunde. Das ist tatsächlich wahr und hat der Herr Bürgermeister auch damals zugegeben.

Herr Bürgermeister Meyer: Ich muß das bestreiten. Ich erinnere mich, daß in der Kommissionsitzung davon die Rede gewesen ist, aber es ist nicht richtig, daß 20 Pfennig Stundenlohn bezahlt sind, sondern 25 und 28 Pfennig.

Herr Mann: Ich konstatiere, daß in einer Kommissionsitzung ein Stadtverordneter, der heute nicht hier ist, rügte, daß sich nicht genug Arbeitslose zur Straßenreinigung gefunden hätten und dabei bemerkte, bei einem Stundenlohn von 25 Pfennig könnte man doch wohl erwarten, daß sich Arbeitslose genug fänden. Darauf hat Herr Bürgermeister Meyer erklärt: Sie sind im Irrtum, wir bezahlen nur einen Stundenlohn von 20 Pfennig, worauf ich erwidert habe, wenn dafür keiner arbeiten wolle, so fände ich das begreiflich, und man dürfte sich nicht wundern, daß nicht genügend Arbeitslose zu bekommen wären. Unter den Arbeitslosen befindet sich eine große Anzahl, die nicht einmal heile Stiefel haben und mit ihrer Gesundheit nicht so umspringen können, zumal sie durch die lange Arbeitslosigkeit heruntergekommen sind. Einen solchen Satz von 1,60 Mark habe ich tatsächlich nicht für glaubwürdig gehalten.

Herr Bürgermeister Meyer: Es ist richtig, was ich gesagt habe, ich habe dem nichts mehr hinzuzufügen.

Herr Wesemeier: Herr Stadtrat Wagner erklärt, es wäre nicht zu bestreiten, Herr Rieße hätte gesagt, die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei seien eins, und deshalb müßte auch daran festgehalten werden. Ich bestreite auch nicht, daß die Gewerkschaften sozialdemokratisch denken und fühlen, das halte ich bei jedem Arbeiter überhaupt für selbstverständlich. Was anderes aber ist es, wenn gesagt wird, man unterstütze mit den Gewerkschaften auch die Partei. Ich habe ja schon die betreffenden Zahlen angeführt: In der Partei sind hier etwa 3000 bis 4000 organisiert und in den Gewerkschaften dagegen 13 444 Personen. Das ist doch ein sehr großer Unterschied. Es ist ein Unterschied, ob man sagt, die Gewerkschaften fühlen sozialdemokratisch, oder sie sind eins mit der Sozialdemokratie.

Der Herr Referent ist auch im Irrtum, wenn er sagt, es wären hier 20 bis 25 Prozent der Arbeiter organisiert, nein, gerade hier ist ein viel günstigeres Verhältnis vorhanden, denn es sind nicht 25 Prozent, sondern weit über 50 Prozent der Arbeiter organisiert. Das Verhältnis ist also kein so schlechtes, und es könnte das kein Grund sein, mit der Leitung der Mehrheit der hiesigen Arbeiterbevölkerung nicht in Verbindung zu treten, um das gute Werk der Arbeitslosenversicherung zu fördern.

Der Referent meinte auch, die Abrechnungen und Berichte über die früheren Jahre wären wohl da; wie würden aber die Berichte von diesem Winter aus-

fallen? Wie sollen die aber ausfallen? Man wird sagen müssen, es ist eine ganz gewaltig höhere Summe ausgegeben, aber weiter wird man auch nichts sagen können, jedenfalls wird man nicht bestätigen können, daß die Leute aus der Fabrik gelaufen seien, nur um arbeitslos zu werden. Der Bericht wird also dasselbe Bild ergeben, wie die früheren, nur eine gewaltig höhere Ausgabe. Man kann aber auch, um solchen Eventualitäten zu begegnen, wie sie zweifellos in die Erscheinung treten können infolge der Vorkommnisse des letzten Jahres, in dem die Arbeitslosigkeit so groß geworden ist, durch Vorsorge vorzubeugen suchen, denn was liegt im Wege, wenn wir hier einen Fonds gründen, lediglich zu dem Zwecke, die Arbeitslosen zu unterstützen? So gut wie sonst alljährlich zu diesem und jenem Zwecke Gelder geopfert werden, z. B. werden für die Zwecke der Volkslesehalle jährlich 10 000 Mark zurückgestellt, sollte auch die Stadt die Mittel haben, eine bestimmte Summe zur Beseitigung der durch Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Not zurückzulegen, damit die Leute nicht auf die Armenunterstützungen verwiesen werden. Alle solche Sachen ließen sich einrenken durch die Bildung einer Deputation, wie sie vorgeschlagen worden ist.

Vorsitzender: Wir würden nun über den Antrag der Kommission über den Antrag Bunge zur Tagesordnung überzugehen, abzustimmen haben. Mit der Annahme dieses Antrages würde der eventuelle Antrag Bunge, eine Deputation einzusetzen, ebenfalls abgelehnt sein.

Herr Weichsel: Der Antrag der Kommission geht dahin, den Antrag Bunge abzulehnen. Ich stehe auf dem Standpunkte, wenn man über einen Gegenstand in eine sachliche Erörterung eintritt, so kann man darüber nicht zur Tagesordnung übergehen, sondern hat den Antrag anzunehmen oder abzulehnen. (Zustimmung.)

Der Antrag Bunge wird darauf von der Versammlung abgelehnt, womit auch der Eventualantrag gefallen ist.

II. Anordnung von Vorgärten für verschiedene Straßen.

Es hat sich mehr und mehr das Bedürfnis herausgestellt, die Anordnung von Vorgärten nicht erst eintreten zu lassen, wenn sie wegen der projektierten Neubebauung eines Grundstücks im Einzelfalle dringlich erscheint, sondern solche unabhängig davon, ob sie in naher oder ferner Zeit praktische Bedeutung gewinnt, planmäßig für das ganze Stadtgebiet vorzunehmen. Ein derartiges Vorgehen hat nicht nur für die Stadtverwaltung den Vorteil, daß sie rechtzeitig einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Bebauung und äußere Gestaltung bestimmter Straßen und Stadtteile gewinnt, sondern sie zeitigt für die beteiligten Grundstückseigentümer auch den Gewinn, sich bei Zeiten über die Bebauungsmöglichkeit ihrer Grundstücke unterrichten zu können. Der Magi-

strat läßt deshalb der Versammlung eine Reihe von Plänen, sowie ein Verzeichnis, in das die für einen Teil des Stadtgebietes in Vorschlag gebrachten Vorgärten eingetragen sind, mit dem Ersuchen zugehen, der Anordnung der Vorgärten in dem aus dem Verzeichnisse zu entnehmenden Umfange zuzustimmen.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Meyerhoff berichtet, wird die Vorlage gutgeheißen.

III. Einrichtung von Hörklassen.

Der Schuldirektor Dr. Rehtuh hat bei dem Schulvorstande beantragt, zwei Hörkurse für schwerhörige Schulkinder vom Beginne des Schuljahres 1909/10 an einzurichten, der Uebertragung dieser Kurse an zwei Taubstummlehrer zuzustimmen und die Gewährung der hierfür erforderlichen Mittel — 3 Mark für die Stunde — zu veranlassen. Der Schulvorstand befürwortet die Einrichtung dieser Kurse und der Magistrat bemerkt dazu, daß es ihm zwar nicht angängig erscheine, schon jetzt endgültig über die dauernde Unterhaltung von Hörklassen Beschluß zu fassen, daß es sich aber dringend empfehlen dürfte, solchen Unterricht versuchsweise einzurichten. Es wird deshalb anheimgegeben, der Maßregel zuzustimmen und zu dem Zwecke 1400 Mark zu bewilligen.

Herr Bähr empfiehlt namens der Schulkommission die Genehmigung der Vorlage und die Versammlung beschließt demgemäß.

IV. Uebersicht über die stadtseitig gezahlten Löhne und Antrag Wese-meier auf Lohnerhöhung für die städtischen Arbeiter.

Der Magistrat teilte der Versammlung unter dem 15. Dezember 1908 mit, er habe beschlossen, fortan nach Schluß eines jeden Rechnungsjahres der Versammlung eine Uebersicht über die seitens der einzelnen städtischen Betriebsverwaltungen gezahlten Löhne zu unterbreiten. Unter Beifügung der entsprechenden Zusammenstellungen für das Jahr 1907/08 bemerkte er, daß die Bekanntgabe künftig zeitiger erfolgen werde. Schließlich wurde die Versammlung gebeten, etwaige Wünsche auf eine Aenderung oder Ergänzung des Schemas dem Magistrat bekannt zu geben.

Die Vorlage war seinerzeit der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen worden, die in der Sitzung vom 25. Februar dieses Jahres — Seite 652 bis 653 des Berichtes — zu dem Antrage der Kommission führte, den Magistrat zu bitten, eine nach anderen, in der Sitzung näher dargelegten Gesichtspunkten geordnete Lohnübersicht aufstellen zu lassen und der Versammlung vor-

zulegen, die Beschlußfassung aber bis zur Vorlage dieser neuen Uebersicht auszu-
 jehen. Der Magistrat ist diesem Ersuchen nachgekommen und hat eine neue
 „Uebersicht über die seitens der einzelnen städtischen Betriebsverwaltungen ge-
 zahlten Löhne“ vorgelegt, die heute in Verbindung mit dem Antrage We-
 se-
 meier: „Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, zuzu-
 stimmen, daß den städtischen Arbeitern ohne Ausnahme 10 Prozent Lohn-
 erhöhung gewährt und vom 1. Oktober 1908 ab gezahlt werde,“ zur Beratung
 gestellt ist. Die Uebersicht beantwortet bei jeder Arbeitergruppe folgende
 12 Fragen: I. Lohnbemessung; II. Tägliche Arbeitsdauer; III. Umfang der
 Sonntagsarbeit; IV. Bezahlung der Sonntagsarbeit; V. Umfang der Nacht-
 arbeit; VI. Bezahlung der Nachtarbeit; VII. Umfang der Ueberstunden;
 VIII. Bezahlung der Ueberstunden; IX. Gewährung von Naturalien neben
 dem Lohne; X. Zahl der am 15. Januar 1909 beschäftigten Personen;
 XI. Zahl der jeder Lohnklasse angehörenden Personen und XII. Durchschnitt-
 licher Jahresverdienst mit Einfluß der Naturalien und ohne Rücksicht auf
 etwaige Krankentage.

Namens der Finanzkommission berichtet über den Gegenstand Herr
 W o l t e r s : In der neuen Vorlage treten alle die Gesichtspunkte deutlich her-
 vor, die in der Sitzung vom 25. Februar dieses Jahres von der Versammlung
 gewünscht wurden, auch sind in der Uebersicht alle städtischen Arbeiter nachge-
 wiesen mit Ausnahme von 7 bei der Pumpstation beschäftigten Personen und
 der Nachtwächter. Mit diesen beiden Gruppen städtischer Bediensteter be-
 schäftigte die Stadt am 15. Januar dieses Jahres 726 Arbeiter und zwar:
 Bei der Berufsfeuerwehr 58, bei dem Tiefbau 145, beim Kanalbau 14, beim
 Hochbau 25, beim Kieselgut 51, in der Markthalle 4, beim Straßen-
 reinigungsinstitut 97, beim Licht- und Wasserwerke 209, im Schlachthaus 18,
 bei der Neustadtmühle 9, bei der Pumpstation 7 und als Nachtwächter 89,
 zusammen 726 Arbeiter, für welche an Lohn jährlich 607 323 Mark ausgegeben
 werden.

V o r s i t z e n d e r : Ich möchte vorschlagen, daß die einzelnen Abteilungen
 der jedem Stadtverordneten zugegangenen Uebersicht von mir aufgerufen wird
 und sich jeder meldet, der zu der betreffenden Abteilung Fragen oder Anträge
 zu stellen hat. (Zustimmung.)

Herr W e s e m e i e r : Ich hätte den Wunsch, daß die zukünftig vorzulegen-
 den Uebersichten noch um 1 bis 2 Fragen erweitert werden. Wir wissen nämlich
 nicht, inwieweit den Arbeitern, die Sonntagsarbeit zu verrichten haben, dafür
 eine Entschädigung an freien Tagen gewährt wird, ebenso ist es uns nicht be-
 kannt, an wie vielen Tagen des Jahres jeder Arbeiter beschäftigt wird. Ich

möchte bitten, diese beiden Fragen in Zukunft mit in der Uebersicht zu beantworten.

Vorsitzender: Diese beiden Sachen müssen als Antrag besonders behandelt werden. Wir gehen nun zu der Uebersicht selbst über.

Abteilung: Berufsfeuerwehr.

Herr Wolters: Im allgemeinen sind die Lohnsätze seit dem 1. April 1908 anderweit festgesetzt und zwar ist eine Menderung insofern eingetreten, als die höchsten Lohnklassen noch einmal eine Zulage von 100 Mark oder aber freie Dienstwohnung erhalten haben.

Im übrigen hat die Kommission nichts dazu zu bemerken.

Herr Wesemeier: Die Aufbesserung der Feuerwehrleute ist wohl hauptsächlich vorgenommen, weil die Leute sonst immer weggelaufen sind. Es wird das dadurch bestätigt, daß die letzte Klasse die meisten Leute umfaßt. Da in der schlechtest bezahlten Lohnklasse sich der größte Teil der Feuerwehrleute befindet, so deutet dieses darauf hin, daß dort der Wechsel ein großer ist. Ich möchte deshalb beantragen, daß der hier festgesetzte unterste Lohnsatz nur ein Jahr bestehen bleibt und dann die Feuerwehrleute von drei zu drei Jahren Zulagen erhalten.

Herr Oberbürgermeister Rietmeyer: Man kann nicht ohne weiteres sagen, daß der häufige Wechsel in der letzten Zeit auf die Höhe des Lohnes zurückzuführen ist, der in der untersten Klasse gezahlt wird, sondern vielmehr darauf, daß der strenge Dienst einer großen Zahl von Leuten nicht behagt. Wenn man sieht, wie die Leute in einer gewissen militärischen Ordnung gehalten werden müssen, so ist es ganz erklärlich, daß der eine oder andere, der zunächst bei der Feuerwehr eintritt, weil er vielleicht sonst keine Gelegenheit zur Beschäftigung gefunden hat, sagt, wenn er in die straffe Organisation hineinkommt, es ist nichts für mich, und wieder fortgeht. Es läßt sich natürlich darüber streiten, was ein angemessener Lohn ist, aber eine Stellung mit einem Anfangslohnsatz von 1220 Mark, der bis zu 1620 Mark steigt und der Aussicht, später sogar in den Beamtendienst zu kommen, wenn die Leute eine Zeitlang hier gewesen sind und den Dienst nicht mehr gut verrichten können, indem sie vielleicht Schulpedellen oder dergleichen werden, dürfte doch nicht zu verachten sein; ich sollte deshalb meinen, daß der Lohn nicht zu niedrig wäre.

Herr Böschigk: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob der Nebenverdienst von 70 Mark in den Freistunden erworben wird. (Auf: Steht in der Vorlage!) Wenn er in der freien Zeit erworben wird, so gehört er nicht mit zum Verdienst und kann nicht zum Lohne gerechnet werden.

Herr Wolters : Das ist auch nicht geschehen. Wenn der Antrag Wesemeier angenommen würde, so müßten Sie konsequenterweise auch eine große Menge anderer Gruppen in gleicher Weise berücksichtigen, deshalb entweder für alle, oder gar nicht. Wenn Sie nur einen Teil der Arbeiter herausgreifen und alle übrigen vernachlässigen, so ist das nicht recht. Von der Leitung der Berufsfeuerwehr dürfte eine strenge Auswahl stattgefunden haben und auch stattfinden müssen, daraufhin, daß möglichst viele Werkleute zugezogen werden und zwar besonders in Rücksicht darauf, daß sich der Maschinenbetrieb als solcher immer mehr ausdehnt. Es wird nicht immer möglich sein, zu diesem technischen Betriebe das richtige Menschenmaterial zu finden. Auch dieser Gesichtspunkt dürfte mitsprechen.

Herr Wesemeier : Wenn der Einwand des Herrn Dr. Wolters zutreffend ist, so werden wir niemals tüchtige Handwerker in die Feuerwehr hineinbringen, denn für einen so geringen Lohn erhalten Sie keine tüchtigen Handwerker, die verdienen anderwärts unter freieren Verhältnissen einen besseren Lohn. Es mag richtig sein, daß das dort herrschende militärische System wohl auch mit die Ursache des häufigen Wechsels unter den Mannschaften der Feuerwehr ist, aber man kann das etwas mildern und verjüngen dadurch, daß man die Löhne schneller steigen läßt. Jedenfalls beweisen mir die vorliegenden Zahlen, daß der Wechsel sehr groß ist unter den Leuten.

Herr Böschigk : Ich halte den Antrag des Herrn Wesemeier für voll berechtigt. Das Hauptmotiv beim Wechsel wird wohl sein, daß die Leute handwerksmäßig beschäftigt werden sollen. Der Feuerwehrberuf ist kein leichter, denn die Leute müssen ihr Leben bei großem Feuer in die Schanze schlagen. Es handelt sich hier um ein Anfangsgehalt von 1150 Mark und nicht um 1220 Mark, weil die 70 Mark Nebenverdienst nicht zugerechnet werden können. Diesen Satz verdient aber ein tüchtiger Handwerker leichter im freien Betriebe. Wir sollten danach trachten, den Leuten, die es wirklich verdienen, eine Aufbesserung zuteil werden lassen. Der Feuerwehrmann, der seine Schuldigkeit tun soll, muß militärisch organisiert sein und ohne Disziplin geht es nicht; aber unter solchen Verhältnissen muß man den Leuten auch entgegenkommen und sie etwas aufbessern. Die 70 Mark Nebenverdienst dürfen dem Lohne nicht zugerechnet werden. Ich erkenne den Lohnsatz als nicht genügend an.

Herr Oberbürgermeister Kettmeyer : Es ist nicht richtig, daß wir nur Handwerker für die Feuerwehr nehmen, wenn auch tunlichst darauf gesehen werden soll, daß wir handwerksmäßig vorgebildete Leute kriegen. Die Stellen sind in erster Linie ausschließlich für die Militäranwärter offen, und wenn sich solche melden, müssen wir sie nehmen und können sie nicht zurückweisen. Nun liegt die Sache so: wenn wir mit den Löhnen zu sehr in die Höhe gehen, so

machen wir dadurch den Zivilisten zu stark Konkurrenz. Bis jetzt ist die Sache noch so verlaufen, daß sich verhältnismäßig nur sehr wenig Militäranwärter gefunden haben. Die Sache mit den 70 Mark liegt so, daß wir den beiden Feuerwehrleuten, die den Telegraphendienst versehen, 70 Mark für entgangenen Nebenverdienst extra bezahlen, weil sie den Nebendienst nicht wahrnehmen können. Diese 70 Mark sind in der Uebersicht gemeint.

Der Antrag Wesemeier wird darauf mit großer Mehrheit abgelehnt.

Städtische Bauverwaltung. Tiefbauabteilung.

a) Lagerplatzarbeiter.

Herr Wolters: Soweit die Löhne nicht 2,80 Mark betragen, sind sie entweder für nicht ganz voll arbeitsfähige Leute oder für solche gezahlt, die beschränkt arbeitsfähig sind und noch eine Rente zu ihrem Lohne erhalten.

Herr Wesemeier: Es scheint mir, als ob die Statistik in einzelnen Abteilungen nicht allzu gründlich durchgearbeitet ist. Es heißt hier auf Seite 9 der Uebersicht, daß der Maschinist und der Stellmacher einen Stundenlohn von 43 Pfennig und einen Tagelohn von 3,66 Mark erhielten, während auf Seite 12 derselbe Maschinist ein Jahreseinkommen von 1500 Mark und derselbe Stellmacher ein Jahreseinkommen von 1226 Mark bezieht. Da die Arbeitszeit für beide anscheinend dieselbe ist, so möchte ich um Aufklärung bitten, woher diese Differenz kommt. Wenn man die Zahl der Arbeitstage nicht kennt, so sieht man hier nicht klar.

Herr Wolters: Ich kann darüber keine Auskunft geben.

b) Aufseher.

Es findet sich nichts zu bemerken.

c) Wegewärter.

Herr Dhlendorf: Der Anfangslohnsatz der Wegewärter ist auf 78 Mk. monatlich festgesetzt worden, während für Bekleidung noch 60,75 Mark aufgewendet werden. Das Anfangseinkommen beträgt also jährlich 996,75 Mark. Ich möchte beantragen, jede der 4 Lohnstufen um 5 Mark monatlich zu erhöhen. Unter den heutigen Verhältnissen ist ein Lohn von monatlich 78 Mark nicht ausreichend, um davon eine Familie ernähren zu können.

Der Antrag wird abgelehnt.

d) Gärtner und Arbeiter.

Herr Dhlendorf: Hier sind noch Löhne vorhanden von täglich 2,50 Mark für vollgültige Arbeiter, während zwei Rentenempfänger nur 2,25 Mark

und 2,40 Mark beziehen. Ich möchte beantragen, die Lohnsätze so zu bemessen, daß niemand ausschließlich der Rente unter 3 Mark bezieht.

Auch dieser Antrag wird abgelehnt.

e) Vorarbeiter und Arbeiter beim Straßenbau und bei der Straßenreinigung.

Herr W e s e m e i e r : Es finden sich hier Jahreslöhne von 750 Mark, 840 Mark, 900 Mark, 920 Mark zc., bei denen allerdings Rentenempfänger sein mögen. Ich möchte nun fragen, nach welchen Grundsätzen die Unfallrentenempfänger besoldet werden, ob sie z. B. unter keinen Umständen den Lohnsatz erreichen können, den sie im gesunden Zustande im städtischen Betriebe hätten erreichen können. Ich wiederhole meinen Antrag, auch hier einen Mindestlohn von 3 Mark zu bewilligen.

Herr W o l t e r s : Die beiden letzten Besoldungsgruppen bestehen aus geringwertigen Arbeitern, die hierbei nicht in Frage kommen. In der Kommission, wo diese Frage auch besprochen wurde, ist man der Meinung, daß die Rente nicht dazu dienen soll, für die Betroffenen einen Vermögensvorteil herbeizuführen, sie soll vielmehr nur denselben Zustand erzeugen, der ohne die Verletzung eingetreten wäre. Das weitere Advancieren in den Lohnklassen hängt davon ab, ob der betreffende Arbeiter trotz seiner beschränkten Arbeitsfähigkeit noch brauchbar ist. Ist er nicht weiter beschränkt arbeitsfähig, so würde er auch weiter avancieren, bleibt aber die Beeinträchtigung so, daß er nicht als vollständig arbeitsfähig zu erachten ist, so würde er freilich in Anbetracht seiner geringeren Arbeitsfähigkeit auch einen geringeren Lohn beziehen.

Herr W e s e m e i e r : Ich möchte fragen, ob die betreffenden Arbeiter ihren Unfall im städtischen Betriebe erlitten haben? Im zutreffenden Falle würde ich es für ungerecht halten, wenn die Arbeiter dann im Lohne schlechter gestellt würden, als Arbeiter ohne einen derartigen Unfall.

V o r s i t z e n d e r : Die betreffenden Arbeiter sollen sich nach dem Unfalle genau so gut stehen, wie vorher, aber nicht besser, auch können sie in die höhere Lohnklasse kommen.

Der Antrag Wesemeier wird abgelehnt.

Kanalbau-Abteilung.

Herr W e s e m e i e r : Von diesen Arbeitern sind schlechte, schmutzige Arbeiten zu leisten, ich beantrage daher, die Löhne in allen Klassen um 30 Pfennig täglich aufzubessern.

Der Antrag wird abgelehnt.

Sockbau-Abteilung.

Es findet sich nichts zu bemerken.

Rieselgut Steinhof.

Herr Wejemeier: Nach der hier vorgesehenen Dienstenteilung haben die Rieselwärter jährlich 364 Arbeitschichten, was entschieden zu viel ist.

Vorsitzender: Die Herren von der Deputation geben darüber vielleicht später einmal Auskunft.

Herr Rieke: Für die vier Pferdeknechte und einen Futterknecht des Rieselgutes Steinhof sind auf Seite 49 für den Sommer 2 Mark und für den Winter 1,70 Mark an Tagelohn vorgesehen; ich möchte beantragen, diese Sätze auf 2,50 Mark und 2 Mark zu erhöhen. Ebenso bitte ich, den Tagelohn der auf Seite 53 vorgesehenen Tagelöhnerinnen des Rieselgutes von 1 Mark auf 1,80 Mark im Sommer und 1,60 Mark im Winter zu erhöhen, womit sie den männlichen Tagelöhnern gleichgestellt sein würden.

Beide Anträge werden abgelehnt.

Markthalle.

Nichts zu bemerken.

Straßenreinigungs-Institut.

Herr Bunge: Der Anfangslohnatz der Fahrer ist hier mit 80 Mark monatlich berechnet. Ich möchte beantragen, diesen und die übrigen Lohnsätze um 5 Mark monatlich zu erhöhen. Die Leute haben eine elfstündige Arbeitszeit und müssen beim Aufladen behilflich sein, haben also eine der schlechtesten Arbeiten zu verrichten.

Herr Ohlendorf: Ich möchte ersuchen, den Antrag zu genehmigen. Sie werden im Privatbetriebe nirgends Kutscher und Fahrer mit einem so geringen Einkommen beschäftigt finden und die Stadt hat doch keine Ursache, weniger zu bezahlen, als der Privatmann.

Vorsitzender: Die Leute erhalten ein Anfangseinkommen von 1044 Mark, das sich schon nach einem Jahre auf 1104 Mark erhöht.

Der Antrag Bunge wird verworfen.

Herr Bunge: Auch bezüglich der Auflader beantrage ich den Lohn um 5 Mark in jeder Stufe zu erhöhen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Herr Ohlendorf: Auf Seite 69 finden sich die Löhne der Straßenkehrer. Auch diese Leute haben eine sehr unangenehme, gesundheitschädliche Arbeit zu verrichten, bei der sie viel Staub einschlucken müssen; ich bin deshalb der Meinung, daß für sie ein Anfangssatz von 70 Mark zu gering ist. Ich möchte bitten, die Vorlage nicht ganz durchgehen zu lassen, ohne den Arbeitern

wenigstens etwas zu gewähren. Es müßte doch einen eigentümlichen Eindruck machen, wenn für die Arbeiter nichts geschähe, während Sie bei Beratung der Beamtengehälter wiederholt und mit Recht den Standpunkt vertreten haben, daß in der augenblicklichen Zeit jeder mehr verdienen müsse, als früher. Sie dürfen deshalb die Arbeiter nicht ganz vergessen.

Vorjäger: Es handelt sich hier um eine Prüfung der bisher gezahlten Löhne. Wer der Ansicht ist, daß die Löhne der Jetztzeit entsprechen, kann für deren Erhöhung nicht stimmen. Ein Vorwurf gegen die Versammlung kann also nicht erhoben werden.

Herr Wesemeier: In Verbindung mit dieser Lohn-tabelle wird auch mein Antrag behandelt, eine Lohnerhöhung allgemein um 10 Prozent zu bewilligen. Durch das bisherige Vorgehen der Versammlung wird nach außen und namentlich bei den Arbeitern der Eindruck erweckt werden, als wollte man für die Arbeiter gar nichts tun.

Der Antrag Ohlendorf wird abgelehnt.

Licht- und Wasserwerke.

Herr Hesse: Auf Seite 89 der Uebersicht findet sich der Lohn der Laternenwärter mit 70 Mark monatlich angegeben. Nun wird ja immer gesagt, die Leute hätten noch einen Nebenverdienst, weil sie von der Stadt nur 4 bis 5 Stunden täglich beschäftigt würden. Wie die Sache in Wirklichkeit liegt, ist es den Leuten aber unmöglich, noch etwas nebenbei zu verdienen, denn eine Beschäftigungsdauer von nur 4 bis 5 Stunden täglich trifft nicht zu, sondern die Leute behaupten, daß sie im Winter mindestens 10 Stunden für die Stadt arbeiten müssen. Wenn man berücksichtigt, daß die Leute im Winter häufig Laternen aufzutauen haben, daß sie zwischen 9 und 12 Uhr Material entgegennehmen müssen, daß das Putzen der Laternen und andere Arbeiten zu verrichten sind, so bleibt es wohl ausgeschlossen, daß die Leute noch nebenbei etwas verdienen können. Verschiedene Leute haben die Beschäftigung auch wieder aufgegeben. Wie ich in der Versammlung der Leute gehört habe, beklagen sie sich auch, daß sie die Leitern für ihr eigenes Geld reparieren lassen müssen. Mehrere Leute haben mir gesagt, sie hätten alte beschädigte Leitern bekommen und müßten sie selbst instand setzen lassen, was ich bei Gelegenheit zur Sprache bringen möchte. Ich bitte den Lohnsatz der Laternenwärter auf 80 Mark festzusetzen.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Nach meiner Kenntnis der Verhältnisse, ist die Zahl der von den Laternenwärttern zu leistenden Arbeitsstunden hier richtig angegeben; wir haben uns erst in einer der letzten Sitzungen mit dieser Frage befaßt und es ist uns die Richtigkeit wiederholt bestätigt wor-

den. Ich kann deshalb vorläufig nicht annehmen, daß die Angaben des Herrn Hesse richtig sind. Wenn die Sache mit den Leitern sich wirklich so verhalten sollte, wie Herr Hesse angibt, so würde ich das nicht für richtig halten. Im übrigen sind in der Deputation Erwägungen über die Einrichtung des mechanischen Anzündens und Löschens der Laternen ohne menschliche Hilfe gepflogen worden, und wir haben in Aussicht genommen, die Einrichtung auch hier einzuführen. Dadurch würde eine ganz wesentliche Ersparnis an Arbeitskräften eintreten. Die Verhandlungen darüber schweben noch.

Der Antrag Hesse wird hierauf abgelehnt.

Herr Hesse: Die Lohnsätze der Ofenarbeiter, Hofarbeiter und Salzkocher — Seite 95 und 99 der Uebersicht — bitte ich in den beiden untersten Lohnklassen um je 10 Pfennig und in den beiden obersten um je 20 Pfennig zu erhöhen.

Beide Anträge werden abgelehnt.

Neu st a d t m ü h l e.

Herr W e s e m e i e r: Auf Seite 124 finden Sie unter IV die Bemerkung: „Die Wachschicht wird mit dem Lohne für einen Tag und 1 Mark für die Nacht bezahlt.“ Es dürfte der Stadt wohl kaum möglich sein, für so billiges Geld anderweit Nachtwächter zu bekommen, deshalb müßte selbstverständlich für eine Wachschicht ein voller Schichtlohn bezahlt werden, was ich hiermit beantragen will. Der Mann ist während der Nacht an den Betrieb gebunden und darf nicht hinausgehen.

Herr M e y e r h o f f: Ich bin darüber augenblicklich nicht genau informiert, soviel ich aber weiß, wird die Wachschicht hier falsch aufgefaßt, denn es handelt sich dabei nur um die Ueberwachung der Ansammlung des Wassers wegen der Stauhöhe. Es ist also kein Nachtwächterdienst, denn der Mann hat keine Arbeit dabei zu besorgen.

Der Antrag Wesemeier wird abgelehnt.

S c h l a c h t h a u s.

Herr W e s e m e i e r: Nach der Bemerkung auf Seite 129 haben der Maschinenwärter, die Heizer und Arbeiter täglich 12 Stunden Arbeit zu verrichten, ohne daß für sie bestimmte Pausen festgesetzt worden sind, und außerdem haben sie noch sehr viel sonstige Arbeiten zu besorgen. Ich möchte anfragen, ob diese Leute für die Sonntags zu verrichtende Arbeit Freischichten erhalten. Wenn das nicht der Fall sein sollte, beantrage ich, daß sie dafür 50 Prozent Lohnaufschlag bekommen. Die Zahl der Arbeitstage wird hier im städtischen Betriebe ganz über Gebühr in Anspruch genommen, es ist deshalb recht und billig,

dafür auch einen entsprechenden Aufschlag zu gewähren, wie das bei den Reinigungsarbeitern usw. des Schlachthauses bereits geschieht. (Siehe Seite 134.)

Der Antrag wird abgelehnt.

Herr W e s e m e i e r: Die Lohnsätze der Reinigungsarbeiter, Wärter und Nachtwächter beginnen mit 2,75 Mark und steigen bis zu 3,50 Mark. Diese Sätze sind zu gering für die Leute, ich beantrage daher, jede Lohnklasse um 25 Pfennig aufzubessern.

Der Antrag wird abgelehnt.

Damit ist die Beratung der Uebersicht über die stadtseitig gezahlten Löhne beendet. —

V o r s i e n d e r: Wir kommen nun zu dem Antrage Wesemeier, der dahingehet, „für die von den städtischen Arbeitern geleisteten Arbeitsüberstunden über die sonst in ihrer Betriebsabteilung übliche Zahl hinaus 20 Prozent Lohnaufschlag zu zahlen“. Jedenfalls läßt sich der finanzielle Effekt des Antrages heute noch nicht übersehen.

Herr O h l e n d o r f: Es ist im allgemeinen üblich, die Ueberstunden besser zu bezahlen. Man will damit auch bezwecken, daß die Ueberarbeit eingeschränkt wird. Die Industriellen, wie Herr Konegen z. B., müssen die Ueberstunden auch besonders bezahlen, deshalb müssen wir es ebenfalls tun. Es handelt sich auch darum, daß die Ueberarbeit nicht bis ins Unendliche ausgedehnt wird.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Ich glaube, es ist nicht richtig, industrielle Betriebe mit städtischen Betrieben zu vergleichen. Wenn Herr Ohlen-dorf sagt, die Ueberstunden würden in industriellen Betrieben höher bezahlt, so halte ich das auch für gerechtfertigt. Sobald der Industrielle, dessen ganzer Betrieb auf Geldverdienen gerichtet ist, die Leute stark anspannt, verdient er auch umsomehr, das ist bei uns nicht der Fall. Wo kommen bei uns überhaupt Ueberstunden vor? Wir wollen gar keine Ueberstunden, aber es kann einmal vorkommen, daß es nicht anders geht. Wenn z. B. ein Gewitter heraufkommt und es soll auf dem Rieselfgute Korn eingefahren werden, oder wenn ein Rohrbruch stattfindet, so können wir doch den Leuten nicht gleich einen Aufschlag geben, wenn sie einmal eine halbe Stunde länger zu tun haben. Ich will gegen den Antrag nicht des Geldes wegen sprechen, sondern hauptsächlich deshalb, weil die Lohnberechnungen sich dadurch schwierig gestalten. Ich fürchte, die Gutsverwaltung würde dann vorziehen, auf Ueberstunden zu verzichten, auch wenn das Korn verregnete. Ich halte es nicht für richtig, überall mit einem Ueberstundenzuschlage zu operieren, wo wir nur im Notfalle über die gewöhnliche Arbeitszeit hinausgehen.

Herr W o l t e r s: Ich würde es für zweckdienlicher halten, diesen Antrag in der Kommission vorberaten zu lassen. Wie sollen z. B. die Ueberstunden bei

der Berufsfeuerwehr berechnet werden? Wir müßten von Gruppe zu Gruppe in eine Prüfung eintreten.

Herr R i e f e: Wenn wir einigermaßen auf der Höhe der Zeit wären, so müßten wir sagen, alles was über 10 Stunden Arbeit hinausgeht, sind Ueberstunden. In wenigen Fällen werden solche auch schon, wie aus der Uebersicht hervorgeht, von der Stadt bezahlt. Der soziale Fortschritt ist heute darauf gerichtet, daß die Arbeitszeit nach den Arbeitsverhältnissen eingeschränkt wird, und staatliche sowie städtische Betriebe sollten dabei vorangehen.

Herr A l m a n n: Ich kann den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters unter keinen Umständen beipflichten, daß zwischen den städtischen und industriellen Betrieben ein Unterschied zu machen gesucht wird. So ist z. B. das Schlachthaus in gewissem Sinne ein industrieller Betrieb, ebenso die Installation des Gas- und Wasserwerkes. Der Herr Oberbürgermeister meint, man könne bei einem Rohrbruch doch nicht gleich mehr bezahlen, warum nicht? Wenn ein Handwerker heute überarbeiten muß, so weiß jeder, daß er mit einem Ueberstundenzuschlag rechnen muß. Warum das die Stadt nicht auch tun soll, weiß ich nicht. Wenn der Herr Oberbürgermeister ferner darauf hinweist, daß man bei einem aufsteigenden Gewitter lieber das Korn verfaulen lassen könnte, als Ueberstunden zu bezahlen, so möchte ich sagen, daß das Umgekehrte richtig wäre und es eine Kleinigkeitskrämerei von der Stadt sein würde, unser Getreide verkommen zu lassen, ehe 20 Prozent Lohnaufschlag für Ueberstunden bezahlt würden. Was die Industrie tun kann, kann die Stadt sehr wohl auch tun, darin liegt keine besondere Belästigung und auch kein Unglück, die Ueberstunden mit solchem Aufschlag zu bezahlen. Wir haben uns bei diesem Antrage so viel wie möglich eingeschränkt, wir haben die übliche Arbeitszeit, selbst bei 12 Stundenschicht, abgerechnet die Mittagspause usw., unberührt gelassen, um Ihnen den Antrag mündgerecht zu machen und trotzdem müssen wir sehen, daß der Antrag bekämpft wird, weil wir für derartige Dinge nichts übrig haben, indem wohl bei andern Sachen recht viel Mitgefühl gezeigt wird, aber wenn es sich um das Wohl der Arbeiter handelt, ist keine Spur davon zu verspüren, weil man sich eben etwas höher dünkt, als dafür einzutreten.

Herr S e f f e: Ich möchte bitten, den Antrag so aufzufassen, daß, wo in der eben durchberatenen Uebersicht gesagt ist, „Ueberstunden werden nicht besonders bezahlt“ dafür gesagt wird, „Ueberstunden werden mit 20 Prozent Lohnaufschlag bezahlt“.

Herr W e s e m e i e r: Wenn überall nach gleichen Grundsätzen verfahren würde, möchten die vom Herrn Oberbürgermeister gegen unsern Antrag vorgebrachten Gründe wohl zutreffend sein. Das ist aber nicht der Fall. Ich erinnere nur an die Ärzte, die für nächtliche Inanspruchnahme ein höheres

Honorar fordern, und bei Beamten wird es wohl ebenso sein; wenn nicht, würde ich es bedauern.

Herr M ö h l e: Ich stehe dem Antrage sympathisch gegenüber, aber ich muß mich den Bedenken des Referenten anschließen, daß der Antrag für heute nicht annehmbar ist, weil wir zu verschiedene Kategorien von Arbeitern haben. Ich möchte deshalb beantragen, den Antrag zunächst der Finanzkommission zur Vorberatung zu überweisen.

V o r s i t z e n d e r: Ich stehe auf entgegengesetztem Standpunkte. Wenn das Plenum der heutigen Versammlung beschließen sollte, wir halten die zurzeit gezahlten Löhne für ausreichend, wünschen jedoch, daß die zu leistenden Ueberstunden mit 20 Prozent Lohnaufschlag bezahlt werden, so erwarten wir eine Antwort des Magistrates und können dann definitiv Stellung dazu nehmen. Wenn wir aber den Antrag erst in die Kommission verweisen, so ist das für den Antrag selbst durchaus nicht vorteilhaft.

Herr W o l t e r s: Bei der Abstimmung müßte auch spezifiziert und gefragt werden: Wie sollen die Ueberstunden bei der Feuerwehr, bei der Straßenreinigung usw. bezahlt werden.

V o r s i t z e n d e r: Das geht nicht. Ich will vielmehr fragen: Ist die Versammlung der Meinung, daß der Antrag Wesemeier zunächst in der Kommission vorberaten werden soll? Das ist mit 15 : 12 Stimmen die Mehrheit, ich überweise den Antrag der F i n a n z k o m m i s s i o n zur Vorberatung.

Die von Herrn Wesemeier vorgetragene Bitte, den Magistrat bei der Fragestellung über die Ermittlung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter die Fragen nach der Zahl der gewährten Freischichten und der geleisteten Arbeitschichten mit beantworten zu lassen, wird dem Magistrate überwiesen werden.

Wir kommen nun zu dem Antrage Wesemeier:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, zuzustimmen, daß den städtischen Arbeitern ohne Ausnahme 10 Prozent Lohnerhöhung vom 1. Oktober 1908 ab gewährt werde.“

Herr W o l t e r s: Nachdem die Finanzkommission die vom Magistrate vorgelegte Uebersicht durchberaten hatte und zu einer Anzahl Gruppen Anträge gestellt waren, ist damit der Antrag erledigt.

Herr W e s e m e i e r: Ich wäre mit der Erledigung einverstanden gewesen, wenn die Beschlußfassung nicht in einem so strikt ablehnenden Sinne den Arbeitern gegenüber gewesen wäre, wie auch schon zum Ausdruck gebracht worden ist. Ich höre noch die Worte des Redners der Versammlung in der Sitzung vom 28. Januar dieses Jahres, der von einem warmen Herzen für die Arbeiter

sprach; wie wollen Sie Ihre Stellungnahme gegenüber den Beamten begründen, wenn Sie sich hier gegenüber den Arbeitern auf einen so strikt ablehnenden Standpunkt stellen? Bei den Beamten haben Sie erklärt, wir müssen die Gehälter aufbessern, weil die Beamten bei den teuern Zeiten mit den jetzigen Gehältern nicht auskommen können. Ich gönne den Beamten ihre Gehaltszulage, aber es ist auch zu bedenken, daß diese in bestimmten Zwischenräumen so wie so Zulagen erhalten, was den Arbeitern in den meisten Fällen verwehrt ist, weil sie meist nicht so lange in städtischen Diensten bleiben.

Die Preise der Lebensmittel, die gerade von den Arbeitern gebraucht werden, sind nach den Angaben des städtischen statistischen Amtes innerhalb eines ganz kurzen Zeitraumes um 23 bis 27 Prozent gestiegen, und es ist zweifellos, daß die Arbeiter weit mehr darunter leiden, als die Beamten. Man sagt nun wohl, es kommt bei der Festsetzung der Löhne Angebot und Nachfrage in Betracht, dasselbe trifft aber für die Stellen des Oberbürgermeisters und der übrigen städtischen Beamten zu, und man könnte, wenn man von diesem Gesichtspunkt ausgehen wollte, auch für diese Beamten niedrigere Gehälter festsetzen. Wir gehen von dem Standpunkt aus, daß jedem Arbeiter seine Arbeitskraft bezahlt werden muß, so daß er seine Familie sicher erhalten kann, und das geschieht heute unserer Ueberzeugung nach nicht. Ich brauche hier nicht auf die Soziologen und Hygieniker hinzuweisen, die fast einhellig der Meinung sind, daß unter 1500 Mark niemand imstande ist, eine Familie ernähren zu können. Sie werden aber finden, daß hier eine ungeheure Menge Arbeitskräfte vorhanden sind, die einen viel zu geringen Lohn erhalten. Wenn das für den Stadtsäckel auch ganz angemessen sein mag, so haben wir doch auch Rücksicht auf unsere städtischen Verhältnisse zu nehmen. Ich nehme nicht an, daß allzuviel Herren hier in der Versammlung sind, die sagen, der Arbeiter braucht es nicht besser zu haben, sondern ich meine, wir wollen unseren Arbeitern alle möglichst Gutes gönnen. Wenn Sie diesen Standpunkt einnehmen, müssen Sie auch den Arbeitern eine Lohnaufbesserung gewähren. Sie können den früher eingenommenen Standpunkt nicht begründen, daß den Beamten eine Gehaltserhöhung gewährt wird, während sie den Arbeitern versagt werden soll. Ich hätte den Antrag zurückgezogen, wenn Sie bei der Beratung der Magistratsvorlage meinen Vorschlägen gefolgt wären. Ich beantrage über meinen Antrag *n a m e n t l i c h* abzustimmen.

Herr Oberbürgermeister *R e t t e m e y e r*: Ich glaube, wir haben Ihnen in unserer Uebersicht dargelegt, welche Löhne in jedem einzelnen städtischen Betriebe gezahlt werden. Es ist selbstverständlich, daß über die Frage, ob diese Löhne in den einzelnen Betrieben der geforderten Arbeitsleistung angemessen sind, die Ansichten verschieden sein können, aber es ist nicht richtig, wenn Herr

Wesemeier sagt, es möchte die Erhöhung der Beamtengehälter abhängig gemacht werden von der gleichzeitigen Erhöhung der Arbeiterlöhne. Darunter besteht ein ganz erheblicher Unterschied. Der Beamte ist an den durch das Statut vorgeschriebenen Gehaltsatz gebunden und kann nicht mehr bekommen, bei dem Arbeiter liegt es aber anders. Der Arbeiter stellt seine Forderungen und die Arbeiter sind heute so organisiert, daß sie auch in der Lage sind, ihren Forderungen Geltung zu verschaffen, und wir kommen nicht darum weg, wir müssen folgen, wenn wir die nötigen Arbeitskräfte haben wollen. Während die Beamten also warten müssen, bis die städtischen Behörden das Statut ändern, liegt es bei den Arbeitern anders. Die einzelnen Betriebsverwaltungen müssen der Lohnbewegung nach oben folgen, während mir nicht bekannt ist, daß sie auch der Lohnbewegung nach unten gefolgt sind; die Löhne sind denn auch, wie ich statistisch nachweisen kann, fortwährend gestiegen. Ich habe mir eine Nachweisung der Löhne, die in den letzten 13 Jahren vom Gas- und Wasserwerke gezahlt sind, anfertigen lassen und kann daraus eine durchweg sehr anständige Steigerung der Löhne nachweisen. Die Löhne steigerten sich in den letzten 10 Jahren folgendermaßen: Vorarbeiter von 4,80 Mark auf 5,40 Mark, Ofenarbeiter von 3,60 Mark auf 4,40 Mark, Hofarbeiter von 2,60 Mark auf 3,60 Mark, Schlosser von 3,80 Mark auf 4,60 Mark, Maurer von 3,60 Mark auf 4,40 Mark, Zimmermann von 3 Mark auf 4,60 Mark, Klempner von 3,80 Mark auf 4,60 Mark usw.

Sie ersehen daraus, daß eine ganz anständige Steigerung der Löhne stattgefunden hat. Die Summe der gezahlten Löhne wird auch noch dadurch beeinflusst, daß beim Gaswerke der Betrieb größer geworden ist, was beim Wasserwerke nicht der Fall ist. Beim Wasserwerke sind im Jahre 1898 = 43 790 Mark an Lohn gezahlt worden und im Jahre 1908 rund 68 000 Mark, beim Gaswerke aber in den beiden Jahren 122 000 Mark und 195 000 Mark.

Man sieht also, daß die Stadtverwaltung bemüht gewesen ist, der Lohnbewegung zu folgen. Es läßt sich allerdings darüber streiten, ob die stadtseitig gezahlten Lohnsätze für angemessen zu erachten sind; die Mehrheit der Versammlung muß sich deshalb darüber schlüssig werden, ob die Sätze als maßgebend auch für die Zukunft angesehen werden sollen. Soweit von der Mehrheit der Versammlung eine Erhöhung der Löhne verlangt werden sollte, wird der Magistrat die Anregung objektiv prüfen und dazu Stellung nehmen.

Herr W o l t e r s: Es ist unser Verhalten gegenüber den Beamten in Verbindung gebracht mit unserm Verhalten gegenüber den Arbeitern. Ich darf Ihnen wohl in Erinnerung rufen, wie die Historie der Sache gewesen ist. Die ganze Bewegung zugunsten der Erhöhung der Beamtengehälter ist ausgegangen von einer Eingabe des Lehrervereins, in der um Erhöhung der Lehrergehälter

gebeten wurde. Ich hatte damals in meinem Referate darauf hingewiesen, daß es gegenüber den Beamten ungerecht sein würde, wenn wir ihnen, nachdem wir den Arbeitern eine Lohnerhöhung zuerkannt hätten, keine Aufbesserung zuteil werden ließen. Das war im November 1907. Zu Anfang des Jahres 1907 hatten wir eine ähnliche Eingabe des Lehrervereins abgelehnt. Wenn wir nach so kurzer Zeit darauf reagierten, so hatte dieses folgende Ursache: Gerade im Jahre 1907 sind bei sehr vielen Kategorien der städtischen Arbeiter Lohnaufbesserungen eingetreten, und ich kann ziffernmäßig nachweisen, daß fast alle Kategorien Lohnerhöhungen erhalten haben mit Ausnahme der im Straßenreinigungswesen beschäftigten Lehrer und der bei der städtischen Bauverwaltung beschäftigten Arbeiter. Die Versammlung hat diese Lohnerhöhungen auch bei der Etatsberatung für 1908 zur Kenntnis genommen. Dabei kam der Antrag Ohlendorf zur Beratung, die bei der städtischen Bauverwaltung beschäftigten Arbeiter ebenfalls im Lohne zu erhöhen; dieser Antrag wurde später zur Beratung gestellt und die Versammlung hatte sich bezüglich dieser Kategorie von Arbeitern auf den Standpunkt gestellt, daß hier eine Erhöhung nicht angebracht sei. Im übrigen sind Lohnerhöhungen eingetreten beim Wasser- und Gaswerke am 1. Oktober 1907, bei der Feuerwehr am 1. April 1908, alle übrigen Arbeiterkategorien sind mit den beiden erwähnten Ausnahmen innerhalb der letzten 2 bis 2½ Jahre aufgebessert worden.

Herr Mann: Der Herr Oberbürgermeister hat gesagt, wir könnten die Gehälter und die Lage der Beamten nicht mit denen der Arbeiter vergleichen und hat hervorgehoben, daß der Arbeiter eine größere Freizügigkeit hätte, als die Beamten. Jeder von Ihnen wird wohl das Gefühl gehabt haben, daß dieser Vergleich mächtig hinft. Wenn wir dagegen dasjenige wollen ins Feld führen, was bei den Arbeitern sich unangenehmeres findet als bei den Beamten, so müssen wir zu dem Schlusse kommen, daß die Pension eine sehr angenehme Rente und ein Ergebnis ihrer Arbeitszeit ist, das sie im Alter sehr gut ausnützen können. Wenn dieses hier nicht berücksichtigt werden soll, so ist das zu bedauern. Was die größere Freizügigkeit der Arbeiter anbetrifft, so glaube ich nicht, daß die Beamten es anders machen als die Arbeiter, sondern ihr Amt einfach niederlegen, wenn es ihnen nicht mehr paßt. Auch die Beamten gehen danach, mehr zu verdienen, und gehen dahin, wo sie mehr verdienen können. Der Herr Oberbürgermeister sagte auch, daß die Arbeiter besser organisiert wären, als die Beamten und es vortrefflich verstanden hätten, ihren Lohn in die Höhe zu treiben. In welchem Maße das geschehen ist, konnten wir deutlich an dieser Uebersicht sehen: wir haben uns deshalb bemüht, die mündesten Stellen herauszugreifen, haben dabei verschiedene Kategorien überschlagen und haben besonders darauf Rücksicht genommen, daß diejenigen Arbeiterkategorien, die schon Zulage bekamen

und im Verhältnis zu den übrigen ein leidliches Einkommen hatten, nicht noch weiter aufgebessert wurden. Aber alle unsere gut begründeten Anträge sind von der Versammlung abgelehnt worden. Was die gute Organisation der Arbeiter betrifft, so erinnere ich daran, daß man in den städtischen Betrieben nicht allzu große Liebe für diese Organisationen hat und schon deshalb die Einwirkung der Organisationen eine recht minimale sein dürfte. Der Herr Referent hat auch darauf hingewiesen, daß der Lehrerverein recht gut organisiert wäre und durch seine Forderungen die Frage der Gehaltserhöhungen erst in Fluß gekommen sei, so daß man sich erst durch seine damalige Eingabe veranlaßt gesehen hätte, die Beamtengehälter zu erhöhen. Das war aber nicht allein maßgebend, sondern vor allen Dingen ist die Lebenshaltung bedeutend teurer geworden und die Preise für die Lebensmittel sind erheblich gestiegen. Aus diesem Grunde ist die Gehaltserhöhung beschlossen worden. Bei den Beamten und Lehrern ist keine solche Engherzigkeit zutage getreten, wie sie bei den Arbeitern leider vorzuliegen scheint. Hinsichtlich der guten Organisation der Arbeiter wird deren Los in einer Weise geschildert, als ob es schön und rosig wäre, auch wird gesagt, man zöge bei den Arbeitern den Ruhe Lohn nicht in Betracht, jedoch wird man diese Aussicht gegenüber den Beamten nicht als vollwertig betrachten können. Wir haben versucht, Vermittlungsvorschläge zu machen, sie sind aber sämtlich abgelehnt, und nur durch die Engherzigkeit der Versammlung ist diese Debatte veranlaßt worden. Es ist auch gesagt worden, wir sollten niemand Vorwürfe machen; wir haben niemand Unmoralität vorgeworfen, aber kritisiert mußte das Verfahren der Versammlung wenigstens werden.

Der Antrag auf n a m e n t l i c h e Abstimmung findet genügende Unterstützung.

F ü r den Antrag Wesemeier stimmen die Herren: Aßmann, Bunge, Hesse, Kalms, Koch, Ohlendorf, Kiefe und Wesemeier; d a g e g e n die Herren Ackenhäuser, Bähr, Buchler, Fricke, Henking, Kleinfnecht, Koenigen, Leue, Löhnefinke, Löschigk, Lübke, Meyerhoff, Möhle, Mohr, Probst, Ribbentrop, Tolle, Voge und Wolters.

Der Antrag ist mit 19 : 8 Stimmen abgelehnt.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr W o l t e r s , übernimmt den Vorsitz.

V. Verkauf einer Fläche an der Frankfurterstraße.

Nach dem Ortsbauplane ist eine im Eigentum des Schänkwirtes Gille stehende, zu 11 qm vermessene Fläche der Frankfurterstraße zuzulegen. Die von den städtischen Behörden im April 1908 beschlossene bessere Befestigung des vor dem Gille'schen Grundstücke befindlichen Fußweges der West- und der Frank-

furterstraße hat Anlaß gegeben, diese Fläche stadtseitig in Besitz zu nehmen und mit Herrn Gille wegen deren Ankaufs in Verhandlung zu treten. Der von Herrn Gille geforderte Preis von 35 Mark pro Quadratmeter wird für annehmbar erklärt. Dem Ersuchen des Magistrates, sich mit dem Erwerbe der Fläche zu dem angegebenen Preise einverstanden zu erklären,

entspricht die Versammlung auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr *Grick* berichtet.

VI. Mittel für eine Beilage zum Jahresberichte der Oberrealschule.

Wie der Direktor der städtischen Oberrealschule, Herr Professor Dr. *Wernicke*, mitteilt, ist es üblich, bei der Neugründung von Schulen über die neue Schöpfung in einer Beilage zum Jahresberichte etwas ausführlicher Mitteilung zu machen. Demnach ist dem Osterberichte von 1909 eine Beilage hinzugefügt mit dem Titel „Die neue städtische Realschule zu Braunschweig“, deren Kosten der Magistrat mit 300 Mark zu bewilligen anheimgibt.

Auf Befürwortung der Schulkommission, für die Herr *Kleinkecht* berichtet, wird dem Antrage zugestimmt.

VII. Einführung des Spielbetriebes für die mittleren Mädchenschulen.

Der Schulvorstand hat sich mit der Einführung von Spielstunden auch für Mädchenschulen einverstanden erklärt. Es kann jedoch nach dem Berichte des Direktors der städtischen Bürgerschulen einstweilen nur an deren Einführung bei den mittleren Mädchenschulen gedacht werden, weil die Spielplätze nicht ausreichen würden, wenn auch für die Mädchen der unteren Bürgerschulen Spielnachmittage eingerichtet werden sollten. Der Schulvorstand wird in dem Berichte ersucht, die Zustimmung der städtischen Behörden zur Einrichtung von obligatorischen Spielnachmittagen für die mittleren Mädchenbürgerschulen einzuholen und die Bewilligung der erforderlichen Mittel zu beantragen.

Was die Durchführung der Spiele anbetrifft, so hält es der Schuldirektor nicht für angängig, die Leitung der Mädchen Spiele den Klassenlehrerinnen zu übertragen, weil sie für den Turnunterricht nicht vorgebildet sind; es kommen also nur Turnlehrerinnen in Frage. Der Magistrat bemerkt dazu, daß die Einführung des obligatorischen Spielbetriebes für die Mädchenschulen in gesundheitlicher Beziehung ohne Frage von der größten Bedeutung ist. Da die früher gegen den Spielbetrieb auf den öffentlichen Plätzen geäußerten Bedenken nach den inzwischen gemachten Erfahrungen geschwunden sind, auch die Platzfrage keine Schwierigkeit bereitet, so trägt der Magistrat kein Bedenken, die Genehmigung des Antrages zu befürworten. Es wird daher anheimgegeben, für den in Rede stehenden Zweck die Summe von 1700 Mark zu bewilligen und

der Aufnahme des Spielbetriebes in den Lehrplan der mittleren Mädchenschulen zuzustimmen.

Namens der Schulkommission empfiehlt Herr Koch, die Vorlage gutzuheißen.

Herr R a l m s: Zu einer solchen Sache als Laie zu sprechen, ist furchtbar schwer, jedoch muß sie auch von der praktischen Seite betrachtet werden. Wir haben in den letzten Jahren an den Schulen so viel Einführung von obligatorischem Unterricht bekommen, daß man sich fragen muß, was kommt denn nun noch? Ich laure schon darauf, daß wir noch einen Musikdirektor für die Singstunden der Kinder bewilligen sollen und für den Zeichenunterricht einen großen Maler, woraus dann folgen würde, auch einen großen Konzertsaal zu beschaffen, damit die Kinder einen großen Singchor veranstalten können. (Weiterkeit.)

Das Bestreben des städtischen Oberturnlehrers auf Erweiterung des Spielbetriebes ist an und für sich ein ganz gutes, es hat aber seine Bedenken. Ich hatte Gelegenheit, verschiedentlich in anderen Städten zu verweilen und mir das Spielen der Mädchen auf öffentlichen Plätzen anzusehen, aber ich muß gestehen, es machte keinen guten Eindruck. Wenn es sich um Mädchen aus den höheren Ständen handelt, so besitzen diese eine für den Spielbetrieb geeignete Kleidung, aber für die Mädchen aus den Bürgerschulen würde es recht schwer halten, auf die Beschaffung solcher Kleidung hinzuwirken, weil deren Eltern dann zu vielleicht drückenden Ausgaben für Kleider veranlaßt werden müßten. In anderen Städten habe ich auch beobachtet, daß es den Mädchen an geeigneter Kleidung zum Spielen fehlte, was beim Laufen, Springen und Hinfallen der Kinder nicht sehr schön aussah. (Weiterkeit.)

Sodann ist noch ein anderes Bedenken in Erwägung zu ziehen. Wenn die öffentlichen Spielplätze von den Mädchen mit benutzt werden sollen, so muß auch für Bedürfnisanstalten gesorgt werden, damit in dieser Richtung keine Mißstände eintreten. Ehe diese Frage nicht gelöst sein wird, kann auch der Vorlage nicht zugestimmt werden.

Ich bin anderer Meinung über das Spielen der Mädchen auf öffentlichen Plätzen und bin ein Gegner davon, denn ich habe bei meinen eigenen Kindern wahrgenommen, daß sie nach dem Spielen so aufgereggt sind, um nicht mehr arbeiten zu können. Ich habe während meiner Schulzeit meine Turnstunden gehabt und die waren ausreichend. Wenn man diese Spielfstunden mehr auf Rechnen und Schreiben verwenden wollte, so wäre das nach meinem Dafürhalten besser für die Kinder. Die Herren von der Gesundheitskommission müssen das ja allerdings besser wissen, und sie meinen vielleicht, daß das Spielen dazu beiträgt, die Menschen recht alt zu machen. Meiner Ansicht nach wäre es

besser, die Nachmittagsstunden dazu zu verwenden, aus den jungen Mädchen praktische Hausfrauen zu erziehen, denn es gibt heutzutage sehr wenige junge Mädchen, die Staub wischen können oder die wissen, ob das Wasser kocht. Für solche Zwecke könnten nicht genug Mittel bewilligt werden.

Außerdem habe ich erfahren, daß infolge der Einführung des Spielunterrichtes alte bewährte Lehrer, welche die oberen Klassen jahrelang geführt haben, in die unteren Klassen und dafür jüngere Lehrer in die oberen Klassen versetzt sind. Wenn aber der Spielbetrieb die Hauptsache in den Klassen werden soll, so würde das Ansehen unserer Schulen wohl nicht mehr lange auf der jetzigen Höhe erhalten bleiben. Jetzt können wir sagen, Braunschweig hat vorzügliche Schulen, und ich habe auch von vielen hierher verzogenen Leuten gehört, daß unsere Schulen vielen anderen Städten gegenüber als erstklassig hingestellt werden; es wäre deshalb zu bedauern, wenn ein solcher nebensächlicher Betrieb den Ruf unserer Schulen gefährdete. Außerdem sagte mir die Mutter zweier die Bürgerschule besuchenden Mädchen, sie hätte ihre Mädchen im Haushalte nötig und könnte sie nicht auf den Spielplatz schicken. Mädchen im Alter von 12 bis 14 Jahren können im Haushalte schon nutzbringend verwendet werden, und es schadet ihnen auch nichts, wenn sie zu häuslichen Arbeiten herangezogen werden, das kommt ihnen für das ganze Leben zugute und ist besser, als wenn sie sich auf dem Spielplatze aufhalten. Meiner Ansicht nach ist das Arbeiten eine ganz gesunde Bewegung, und es werden auch die Herren Ärzte nichts dagegen haben, wenn jemand stramm scheuern und fegen kann. Ich werde gegen die Vorlage stimmen und bitten, sie dem Magistrate zurückzugeben. Mit 1700 Mark kommen Sie außerdem nicht aus, weil Sie sämtliche Spielplätze mit Bedürfnisanstalten versehen müssen.

Herr R i e f e: Ich kann mich der Begründung der Vorlage nur zum aller-kleinsten Teile anschließen, denn ich muß mich wundern, daß der Spielbetrieb nur für die mittleren Mädchenschulen für gut befunden wird, für die unteren aber nicht. Warum geschieht das nicht durchweg für alle? Muß die Klassenspaltung etwa von der Wiege bis zum Grabe und bis zu Petrus im Himmel durchgeführt werden? Die Klasseneinteilung ist schon ohne solche Spaltung fraß genug. Wenn es einmal in hygienischer Beziehung für gut befunden wird, die Mädchen Spiele ausführen zu lassen, so ist das für die Kinder des Arbeiters, also der unteren Bürgerschulen ebensogut, wie für die mittleren und höheren Töchter. Ich kenne in dieser Beziehung nur Mädchen, einerlei aus welcher Volksklasse sie stammen, eine Unterscheidung kann ich dabei nicht billigen: Entweder wird der Spielunterricht an alle erteilt, oder gar nicht.

Herr S e n k i n g: Ich bin recht verwundert, von Herrn Ralms hier eine Einrichtung bekämpfen zu hören, die in allen Städten, wo sie eingeführt worden

ist, mit der größten Freude begrüßt wurde und dort höchst segensreich wirkte. Ich würde es sehr beklagen, wenn die Mehrheit der Versammlung sich die Ansicht des Herrn Ralms zu eigen machen und gegen die Vorlage stimmen würde. Es hat keinen Zweck, lange über die Sache zu sprechen, denn es ist selbstverständlich, daß die Bewegung in frischer freier Luft ganz besonders den Mädchen sehr notwendig ist, nachdem sie stundenlang die Schulbank gedrückt haben. Wenn ihnen Gelegenheit gegeben wird, nachmittags unter verständiger Anleitung gute Spiele zu spielen, so kann man das im Interesse der Mädchen nur freudig begrüßen. In dem von Herrn Ralm erwähnten Ausnahmefalle, daß eine Mutter ihr Kind notwendig braucht, wird die Schule darauf wohl Rücksicht nehmen; es wird seitens des Vaters oder der Mutter der Kinder ein entsprechend begründeter Antrag gestellt, und ich glaube nicht, daß die Schule dagegen Einsprache erheben wird. Natürlich muß es sich dabei immer um Ausnahmen handeln. Wenn Herr Rieke die Einrichtung auch auf die unteren Mädchenschulen ausgedehnt sehen möchte, so würde ich sehr dafür sein, sofern nur die Möglichkeit bestände, auch für diese Kinder den Spielbetrieb einzurichten. Wenn Herr Rieke sich die Konsequenz seines Wunsches, daß nämlich genügend Plätze vorhanden sein müssen, auf denen die Kinder unter Aufsicht spielen können, klar gemacht hätte, so würde er ihn wohl nicht vorgetragen haben. Man muß aber mit dem zufrieden sein, was durchführbar ist. Sollte er später einen solchen Antrag stellen und die Finanzen der Stadt erlauben dessen Durchführung, so wird er mich auf seiner Seite finden, sofern es gelingen sollte, noch mehr freie Plätze für den Spielbetrieb zu schaffen. Man müßte unter den heutigen Verhältnissen auch die Schulhöfe mit zum Spielen heranziehen, und die sind dazu schon deshalb nicht so sehr geeignet, weil dort die Luft zu wünschen übrig läßt und die Plätze auch für einen größeren Spielbetrieb zu klein sind. Ich möchte also bitten, nicht in das Horn des Herrn Ralms zu stoßen, sondern den Antrag der Schulkommission gutzuheißen.

Die Frage der Einrichtung von Bedürfnisanstalten für Mädchen muß man der Verwaltung überlassen, die Herren wissen genau so gut, inwieweit das nötig ist, wie wir.

Ferner möchte ich bitten, gegen den Spielbetrieb der Mädchen nicht die Prüderie ins Feld zu führen: ich halte es für einen Fehler, die Trennung der Geschlechter in ängstlicher Weise bis zum Äußersten in Schule und Haus durchzuführen zu wollen. Dadurch erzielt man oft eine Prüderie, die dann später ins Gegenteil umschlägt.

Herr R e i n k n e c h t: Wir hatten in der Schulkommission nicht geglaubt, daß es noch nötig wäre, hier über den gesundheitlichen Wert dieser Einrichtung

zu sprechen. Nun hat allerdings Herr Kalms nicht gesagt, daß die Einrichtung der Spiele gesundheitschädlich wäre, sondern er meinte, es wäre für die jungen Mädchen von 12 bis 14 Jahren besser, wenn sie zu Hause scheuerten und Staub wischten. Die jungen Schulmädchen sollen ihre Freiheit noch genießen und ihre Gesundheit befestigen, die Arbeit, die zu leisten ist, kommt nach der Schule. Wir sehen so oft, wie die jungen Mädchen mit bleichen Gesichtern und krummen Rücken herumlaufen, wenn sie aus der Schule kommen, und das wollen wir vermeiden durch Turnen und Spielen auf freien Plätzen. Das Turnen wirkt aber auf den Gesamtkörper nicht in dem Maße, wie das Spielen auf freien Plätzen; ich habe es deshalb lebhaft begrüßt, daß den jungen Mädchen Gelegenheit gegeben werden soll, sich auf den freien Plätzen auszutoben.

Man kann allerdings verschiedener Meinung sein darüber, ob es richtig ist, den jungen Mädchen noch zwei Stunden wöchentlich extra aufzubürden, oder ob ihnen diese zwei Stunden andertweit gekürzt werden könnten. Wir haben auch darüber gesprochen und sind dabei zu der Ueberzeugung gekommen, daß die zwei Stunden eigentlich keine Arbeit sind, sondern den Kindern Lust und Freude bereiten sollen, indem sie statt auf den Straßen im Freien spielen sollen.

Was die Kleidung oder das unschöne Aussehen der spielenden Mädchen betrifft, so soll man darauf nicht allzuviel geben. Daß die Moral darunter litte, halte ich für ausgeschlossen. Die Turnkleidung anzulegen ist bei dem Spielbetriebe ganz erwünscht, und wenn Herr Kalms meinte, es würde bei den Mädchen der mittleren Bürgerschulen nicht möglich sein, das durchzuführen, so kann ich dazu bemerken, daß ich mehrmals Gelegenheit gehabt habe, den Turnübungen der *unteren* Bürgerschulen beizuwohnen und dabei beobachtet habe, daß namentlich bei einigen Lehrern eine große Anzahl von Mädchen und Jungen Turnkleidung trugen. Das sind aber Kinder von am wenigsten begüterten Eltern, so daß sich annehmen läßt, es werde sich mit der Zeit auch bei den Mädchen der mittleren Bürgerschulen machen lassen. Die Kosten der Turnkleidung sind nicht allzu hoch, und ich würde es mit Freuden begrüßen, wenn von den Turnlehrern darauf hingewirkt würde, daß die Kinder Turnkleidung trügen.

Was die Einrichtung von Bedürfnisanstalten für Mädchen anlangt, so bin ich mit Herrn Kalms der Ansicht, daß es wünschenswert wäre, solche Anstalten auf den Spielplätzen zu haben. Für Jungen haben wir derartige Anstalten schon und vielleicht lassen sie sich auch noch für Mädchen beschaffen.

Im übrigen bitte ich recht dringend, der Einführung des Spielbetriebes für Mädchen vorläufig der mittleren Bürgerschulen die Zustimmung zu erteilen. Wenn die Probe gelingt, bin ich der erste, der für die Einrichtung der Spiele auch bei den unteren Bürgerschulen eintritt.

— Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, übernimmt den Vorsitz wieder. —

Herr Hesse: Ich möchte mich auch für die Vorlage erklären, aber ich wünsche, daß der Spielbetrieb auch auf die unteren Mädchenschulen ausgedehnt wird. Wenn ein Vorredner meinte, es ständen uns dafür nicht Plätze genug zur Verfügung, so wäre dem leicht dadurch abzuhelpen, daß man bei den unteren Bürgerschulen die Spiele in die Schulzeit verlegte. Ich glaube, es würde beim Unterrichte, wenn nichts anderes übrig bliebe, vielleicht eine Religionsstunde für eine Spielstunde geopfert werden können, und es würde den Mädchen viel besser bekommen, wenn sie draußen herumliefen, als in der Religionsstunde zu sitzen.

Herr Kalms: Ich wußte wohl, daß die Herren Dr. Henking und Dr. Kleinknecht sich für die Sache ins Zeug legen würden, aber ich möchte doch darauf aufmerksam machen, daß die krummen Rücken und das elende Aussehen der Mädchen mehr daran liegen wird, daß sich die Mädchen nicht ordentlich sattessen können. Nach der Ansicht des Herrn Dr. Kleinknecht werden unsere Turnhallen mit der Zeit veröden. Da auf unserer heutigen Tagesordnung aber die Bewilligung von zwei neuen Turnhallen steht, so wäre es hiernach überflüssig, noch Geld dafür auszugeben. Meiner Ansicht nach genügt das Turnen für die Mädchen vollständig. Wenn Herr Sanitätsrat Henking meinte, eine Mutter würde ihre Tochter auf entsprechenden Antrag vom obligatorischen Spielunterrichte frei bekommen, so ist das ein Irrtum. Wird etwas von der Schule obligatorisch eingeführt, so gibt es keine anderen Entschuldigungsgründe, als Krankheit; ich habe das selbst mit meinen Kindern durchgemacht. Ich möchte deshalb bitten, von der Einrichtung des Spielbetriebes ganz abzusehen, oder ihn wenigstens nicht obligatorisch einzuführen. Da auch die Mehrausgaben ganz erheblich sein würden, so ersuche ich, die Vorlage dem Magistrate nochmals zur Erwägung zurückzugeben.

Vorsitzender: Es ist Schluß der Besprechung beantragt worden. Wünscht jemand gegen den Schluß zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Wird der Schluß angenommen? (Zustimmung.)

Herr Koch (als Berichterstatter): Wenn Herr Kalms meinte, die Frauen hätten ihre Töchter zu häuslichen Arbeiten nötig, so möchte ich darauf erwidern, daß das mit dem Spielbetriebe von zwei Stunden in der Woche nichts zu tun hat. Aus den Ausführungen des Herrn Kiefe schien hervorzugehen, als ob er annähme, die unteren Bürgerschulen müßten sich bei der Einführung des Spielbetriebes in den mittleren Mädchenschulen zurückgesetzt fühlen. Wir haben aber

z. B. den Schwimmunterricht bei den u n t e r e n Bürgerschulen vorweggenommen und dabei an die mittleren Schulen vorläufig nicht gedacht.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

VIII. Weichenverlängerung der Straßenbahn auf der Fallerleberstraße.

Die Straßeneisenbahn-Gesellschaft hat beantragt, ihr eine Verlängerung der Weiche auf der Fallerleberstraße zu gestatten. Von der städtischen Bauverwaltung ist das vorgelegte Projekt mit einer geringfügigen Abweichung genehmigt, und auch die Herzogliche Polizeidirektion ist mit der Anlage einverstanden. Dem Antrage des Magistrates, sich mit der projektierten Weichenverlängerung unter dem Vorbehalte der von der städtischen Bauverwaltung empfohlenen geringen Gleisverschiebung einverstanden zu erklären,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr R i e k e berichtet, zu.

IX. Nachverwilligung von Mitteln für Schwimmunterricht.

Behufs Durchführung des von den städtischen Behörden beschlossenen Schwimmunterrichtes sind noch weitere 400 Mark erforderlich. Die zu geringe Anforderung von Mitteln ist dadurch veranlaßt worden, daß aus dem Berichte des Overturnlehrers Somburg entnommen war, der Betrag reiche für beide Badeanstalten aus, während er nur für eine berechnet gewesen war. Dem Antrage des Magistrates auf Nachverwilligung von 400 Mark

entspricht die Versammlung, nachdem Herr M ö h l e ihn namens der Schulkommission zur Annahme befürwortet hatte.

X. Gleisverlegung der Straßenbahn auf der Brabantstraße.

Auf Anregung der städtischen Bauverwaltung hat die Straßeneisenbahngesellschaft den Antrag gestellt, zu genehmigen, daß das für die Brabantstraße genehmigte zweite Gleis nicht auf die Ostseite der Straße, sondern auf deren Westseite verlegt wird. Zur Begründung ist darauf hingewiesen, daß die Zahl der an der Ostseite der Straße gelegenen Wohnhäuser und Läden und dadurch auch der sich an dieser Seite abwickelnde lokale Fuhrverkehr wesentlich größer sei, als auf der Westseite, weshalb auch das auf dieser Seite gelegene zweite Gleis für die große Mehrheit der Anwohner und deren Geschäftsverkehr weniger lästig sei, als ein auf der Ostseite befindliches Gleis. Die Versammlung wird ersucht, sich mit der beantragten Aenderung einverstanden zu erklären.

Namens der Baukommission empfiehlt Herr R i e k e, der Vorlage zuzustimmen.

Herr L ö j g e: Am Sonntag ist vor dem Knippingschen Hause am Wohlwege wieder ein junges Mädchen auf der Straßenbahn dadurch verunglückt, daß es unter den Anhängewagen geraten ist. Wenn das Unglück auch zum größten Teile durch eigene Schuld des Mädchens herbeigeführt wurde, so habe ich doch festgestellt, daß das Mädchen, wenn eine Schutzvorrichtung zwischen Vorder- und Anhängewagen angebracht gewesen wäre, sich wohl eine kleine Quetschung oder dergleichen zugezogen haben würde, ihm aber niemals der Fuß abgefahren wäre. Ich möchte den Magistrat bitten, in Erwägung zu ziehen, ob es nicht möglich sei, die Straßenbahn zu veranlassen, entsprechende Schutzvorrichtungen zu treffen.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

XI. Verpachtung der Flußbadeanstalt für das weibliche Geschlecht.

Die Ausführung des Projektes über die Errichtung einer Flußbadeanstalt für das weibliche Geschlecht ist so gefördert, daß die Eröffnung der Anstalt Mitte Mai wird erfolgen können. Sowohl Verwaltungsrücksichten, als auch wirtschaftliche Gründe sprechen dafür, den Betrieb nicht in städtische Regie zu nehmen, sondern zu verpachten. Da es bei der Neuheit der Einrichtung erwünscht erscheint, als Pächter jemand zu gewinnen, der mit dem Betriebe eines Frauenbades vertraut ist, so hat der Magistrat von einer öffentlich meistbietenden Verpachtung der Anstalt abgesehen und ist mit dem Pächter der vormals Haase'schen Badeanstalt, Otto Hartmann, in Verbindung getreten, den zu berücksichtigen der Magistrat besonders um deswillen für angezeigt hielt, weil gerade er infolge der örtlichen Lage seiner Badeanstalt die aus der städtischen Badeanstalt erwachsende Konkurrenz am meisten zu fürchten hat. Da Herr Hartmann bereit ist, die Anstalt zu pachten, so wird die Versammlung ersucht, den Magistrat zum Abschluß eines Vertrages mit dem Genannten zu ermächtigen. Hierzu bemerkt der Magistrat folgendes: Den Vertrag länger, als zunächst auf ein Jahr abzuschließen, empfiehlt sich schon um deswillen nicht, weil es an jeglicher Erfahrung, insbesondere über den Umfang der Benutzung der Anstalt fehlt. Dieser Mangel an Erfahrung läßt auch ein sicheres Urteil darüber nicht zu, ob die gebotene Pachtsumme von 2000 Mark als hoch oder niedrig zu bewerten ist. Um auch weniger bemittelten Frauen und Mädchen das Baden im Flusse zu ermöglichen, ist die Bestimmung vorgeesehen, daß der Pächter am Montag, Mittwoch und Sonnabend von 6 Uhr abends an, die Benutzung der Anstalt unentgeltlich zu gestatten hat.

Aus den Pachtbedingungen möge folgendes hervorgehoben werden: Die Abgrenzung des der Badeanstalt zuzulegenden Terrains behält sich der Magistrat vor. Die Verpachtung erfolgt vom 15. Mai 1909 bis 1. April 1910. Der Vertrag gilt nach Ablauf dieser Frist immer als um ein Jahr verlängert, sofern er

nicht von einer Seite rechtzeitig aufgekündigt wird. Sollten die Arbeiten an der Fertigstellung der Anstalt sich so verzögern, daß deren Betrieb am 20. Mai noch nicht eröffnet werden kann, so soll dem Pächter ein Pachtzuschlag gewährt werden. Die Beschäftigung männlichen Personals ist in jedem einzelnen Falle von der besonderen Genehmigung des Magistrates abhängig. Als Badehonorare sind festgesetzt worden: für ein einzelnes Bad 20 Pfennig für eine Erwachsene und 15 Pfennig für ein Kind; für ein Jahresabonnement 5 Mark, für zwei Personen derselben Familie 9 Mark und für jede weitere Person derselben Familie 3 Mark.

Namens der Finanzkommission berichtet über die Vorlage Herr L ö h n e f i n k e : Die Finanzkommission ist zu der Ansicht gelangt, daß es bei dem geringen Umfange des Unternehmens nicht angezeigt sein dürfte, eine städtische Regie einzuführen. Wir würden dann einen besonderen Beamten für die Anstalt einzusetzen haben und einen besonderen Verwaltungszweig zubekommen, woran uns nicht viel gelegen sein kann. Deshalb glauben wir, die Verpachtung empfehlen zu sollen. Was die Persönlichkeit des Pächters anbetrifft, so dürfte er nach den angestellten Ermittlungen in jeder Beziehung den zu stellenden Anforderungen entsprechen. Wenn die Versammlung wünscht, werde ich den Vertragsskizzen im einzelnen durchgehen.

Herr Ribbentrop: Da der Vertrag nicht von weittragender Bedeutung ist und ihn außerdem Magistrat und Kommission eingehend erwogen haben, so könnten wir wohl von dessen Durchberatung hier absehen.

Vorsitzender: Vielleicht kann uns der Herr Referent die Hauptbestimmungen des Vertrages vortragen. (Geschicht.)

Herr Wesemeier: Mir kommt die ganze Art der Verpachtung etwas spanisch vor. Es ist doch sonst üblich, solche Verpachtungen öffentlich auszuschreiben, ich weiß deshalb nicht, wie man dazu kommt, uns hier vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Es handelt sich für mich um das Prinzip. Es ist unser Recht und auch unsere Pflicht, zu fordern, daß uns bei der Verpachtung solcher Betriebe ein weiterer Spielraum gewährt wird.

Herr Bürgermeister Meyer: Die Frage, ob die Badeanstalt öffentlich meistbietend verpachtet werden sollte, ist im Magistrate erwogen worden, und ich hatte selbst einen dahingehenden Antrag gestellt, aber ich habe mich auch davon überzeugt, daß der Durchführung des Antrages Bedenken in zweierlei Richtung entgegenstehen. Zunächst weiß man über den Umfang des Betriebes noch nichts, und es wäre deshalb ein eigenartiges Unterfangen gewesen, die Anstalt öffentlich meistbietend auszubieten. Ich habe die Befürchtung, daß dabei Gebote ge-

kommen wären, die nicht hätten realisiert werden können. Als weiteres Moment kommt hinzu, daß der von uns aufgeforderte Pächter — es lagen andere Meldungen vor — uns als die gegebene Persönlichkeit für diesen Posten erschien, indem er bereits eine Badeanstalt für Damen in Pacht hat und mit dem Betriebe einer solchen vertraut ist. Dazu trat noch der Umstand, daß zu befürchten steht, es werde die jetzt von ihm erpachtete Anstalt durch die neue Anstalt geschädigt werden. Es handelt sich also hier nicht um eine persönliche Bevorzugung eines Pächters, sondern um sachliche Erwägungen.

Die Vorlage wird hierauf genehmigt.

XII. Umbau des früher Knobbeischen Hauses.

Herr W o l t e r s : Die bereits in der letzten Sitzung — Seite 51 ff. des Berichtes — beratene und auf deren Beschluß der Baukommission zur Vorberatung überwiesene Vorlage, nach der vom Magistrate beantragt wird, zu den Erwerbs- und Umbaufkosten des früher Knobbeischen Hauses im Betrage von 77 000 Mark zwei Dritteile, nämlich außer den schon bewilligten 40 000 Mark noch 11 330 Mark aus den Erträgen der Umsatzsteuer nachzuverwilligen, ist von der Baukommission vorberaten worden, nachdem inzwischen die Kostenanschläge und Baupläne herbeigeschafft worden sind. Zu dem Antrage auf Nachverwilligung der Mehrkosten hat zum Teil der Umstand mitgewirkt, daß die Erwerbskosten des Hauses höher als ursprünglich angenommen gewesen sind. Außerdem hätte der Umbau mit dem die Erwerbskosten übersteigenden Betrage von 20 000 Mark in der zuerst projektierten Weise vielleicht ausgeführt werden können, wenn nicht inzwischen das ursprüngliche Bauprogramm dahin geändert worden wäre, daß statt vier Klassen noch ein fünfter Raum als Lehrerzimmer und eine Aula beschafft werden sollte. Die Baukommission hat sich bei Prüfung der Vorlage auf den Standpunkt gestellt, man solle den weiteren Zuschuß bewilligen, da sie mit dem Projekte nach allen Richtungen hin einverstanden ist. Zunächst hat es auch die Baukommission für wünschenswert gehalten, noch einen gemeinschaftlichen Aufenthaltsraum für alle Klassen zu schaffen, damit die Schülerinnen sich hier während der Schulpausen ergehen können und das Schulgebäude nicht zu verlassen brauchen. Auch ist die Baukommission der Meinung, daß sich ästhetische Bedenken gegen den Umbau nicht geltend machen, da sich die Erhöhung des Gebäudes um ein Geschöß in sehr schöner Weise an den Neubau der Handelskammer und auch an das Gewandhaus anschlüsse. Von einer Seite wurde auch die Meinung laut, es möchte das alte Gebäude lieber niedergedrückt werden, jedoch wurde dieser Ansicht von sachverständiger Seite widersprochen.

Die Kommission glaubte außerdem, die Bewilligung des einmaligen Zuschusses schon deshalb befürworten zu sollen, weil durch Einrichtung einer

Handelshochschule für Damen von der Handelskammer eine Anforderung erfüllt werde, der jedenfalls städtischerseits genügt werden müßte, wenn uns nicht die Handelskammer diese Last abnehmen würde. Wir kommen hier also mit dem kleinen Zuschusse von 11 330 Mark über eine große Ausgabe hinaus, der wir uns nicht würden entziehen können und die für uns die Handelskammer übernommen hat, der es wiederum auch nur durch die Munifizenz ihres Vorsitzenden möglich gewesen ist. Die Baukommission empfiehlt dringend, der Vorlage zuzustimmen.

Herr T o l l e : Wenn die Baukommission erklärt, daß die Bausumme nicht zu hoch ist, so werde ich mich selbstverständlich bescheiden, wenn ich aber höre, daß die Summe vielleicht deshalb so hoch geworden ist, weil man es für notwendig erachtet hat, eine Aula für diese Schule zu bauen, so muß ich der Sache widersprechen. Meiner Ansicht nach ist für eine Schule von vier Klassen eine Aula vollständig überflüssig. Wenn wir anfangen, schon bei solchen Schulen eine Aula zu bauen, so werden wir auch noch für das Lehrlingsheim eine Aula bauen müssen. Man hat nun wohl gesagt, daß in Aussicht genommen sei, den großen Raum in verschiedene Abteilungen zu teilen, damit man dort später Klassen einrichten könnte. Wenn aber erst einmal eine Aula eingerichtet und womöglich eine Orgel dazu angeschafft ist, so werden wir, wenn die Notwendigkeit der Erweiterung der Schule an uns herantreten sollte, unfehlbar einen Anbau bewilligen müssen, während die Aula erhalten bleibt. Ich würde empfehlen, das Obergeschloß nicht als Aula einzurichten, sondern, wenn es überhaupt aufgesetzt werden muß, den Raum zur Verfügung zu stellen, ihn aber nicht als Aula auszubauen.

Herr Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : Ich hatte gehofft, daß nach dem eingehenden und unparteiischen Berichte des Herrn Referenten der Baukommission kaum noch Widerspruch gegen die Sache laut werden würde, nachdem auch die Baukommission die Vorlage zur Annahme empfohlen hatte. Ganz ist diese Hoffnung allerdings nicht in Erfüllung gegangen, indem der Herr Vorredner Widerspruch dagegen erhoben hat. Man kann der Handelskammer unmöglich zum Vorwurf machen, daß sie vor zwei Jahren geglaubt hat, mit einer bescheidenen Summe auszukommen, da es sich hierbei um einen Versuch auf dem Gebiete des weiblichen Unterrichts und um die Ausgestaltung der Anstalt zu einer Handelshochschule für das weibliche Geschlecht handelt, wobei zwei Jahre eine lange Zeit sind, in der viel zugelehrt werden kann und sich manches frühere Urteil ändert. Ich möchte bitten, sich auf den Standpunkt zu stellen, daß, nachdem die Stadt für das Handwerker-Lehrlingsheim eine sehr ansehnliche Summe bewilligt hat — sie hat bekanntlich 60 000 Mark und den Bauplatz hergegeben — es nicht mehr als recht und billig ist, zu sagen: was für das Handwerk geschieht,

soll auch für den Handel geschehen. Deshalb möchte ich bitten, daß diejenigen Herren, welche noch zweifelhaft sind, ihrem Herzen einen Stoß geben und der Vorlage zustimmen. Das Vorgehen der Handelskammer auf dem Gebiete des Fortbildungsunterrichtes für junge Mädchen verdient tatsächlich Anerkennung, und wir sollten ihr dabei unsere Hilfe bieten. Deshalb möchte ich auch bitten, daß ihr nicht zu viel in die Benutzung der Räume hineingesprochen würde. Von einer Orgel in der Aula ist mir nichts bekannt; ich glaube, das Orgelspiel ist mehr in Ihrer Phantasie vorhanden, Herr Tolle, als in den Plänen der Handelskammer.

Herr Lü b k e : Von einer Aula im landläufigen Sinne ist hier nicht die Rede und das Wort „Aula“ ist vielleicht durch ein Versehen des Zeichners in den Bauplan geraten. Von einer Aula und von öffentlichen Feiern ist nichts gesagt worden. Der Sachverhalt ist folgender: Zu dem Knobbeschen Hause gehört nur ein ganz kleiner Hof. Wenn nun außerdem schlechtes Wetter ist, so haben die jungen Damen keine Stelle, wo sie sich in der Freiviertelstunde ergehen könnten. Man möchte deshalb für die beiden oberen Klassen einen Raum schaffen, in dem sie während der Freiviertelstunde frische Luft schnappen können, sonst müßte man die jungen Mädchen auf die Straße verweisen, die keinen passenden Aufenthalt für sie bietet. Ich bitte, derartige Bedenken ganz beiseite zu lassen.

Herr W o l t e r s : Herr Tolle hat hier einige technische Änderungen an dem Bauplane angeregt, denen wir aber unmöglich näher treten können, denn die Handelskammer ist hier Bauherr, nicht die Stadt. Wir können höchstens sagen, wir wollen kein Geld hergeben, aber an dem Bauplane können wir nichts ändern. Die Handelskammer muß am besten wissen, welche Räume sie gebraucht, und für die Unterhaltung des Gebäudes hat dann die Handelskammer zu sorgen.

Herr K i e k e : Ich war gegen den Umbau, weil von dem ganzen Hause nichts weiter übrig bleibt, als zwei Balkenlagen und die Umfassungsmauer. Wenn mir das Haus gehörte, würden jedenfalls die Architekten und Advokaten und was sonst noch für Künstler vorhanden sind, gegen den Umbau sein, weil er dann das Gewandhaus und das Handelskammergebäude beeinträchtigte. Hier liegt die Sache aber anders. Wenn Sie auf das Grundstück die Etage setzen, so kommt es auf 80 000 Mark zu stehen. So etwas habe ich noch nicht gesehen, außer einem anderen Bau, den die Stadt einmal aufgeführt hat. Man wird mich damit trösten, daß die Summe aus der Umsatzsteuer genommen werden soll. Das ist mir aber einerlei. Gegen die Verbreitung von Bildung würde ich mich niemals erklären, mag es sein, für wen es will, und für welche Kaste es auch sein soll, aber ob hier die Handelskammer nicht besser getan hätte, in der Hendenstraße

oder deren Umgebung ein passendes Grundstück zu erwerben, will ich dahin gestellt sein lassen: billiger wäre es jedenfalls gewesen.

Die Magistratsvorlage wird hierauf genehmigt.

Vorsitzender: Sind die Herren bereit, heute über acht Tage wieder zu einer Sitzung zusammenzutreten, oder wollen Sie trotz der vorgerückten Stunde heute weiter arbeiten? (Rufe: Weiter arbeiten!) Dann fahren wir in der Verhandlung fort.

XIII. Ausbau eines Teiles der Vertramstraße.

Die städtische Bauverwaltung überreicht einen Entwurf zum Ausbau der Vertramstraße zwischen der Gerstäcker- und der Leonhardstraße und bemerkt dazu, daß die Grunderwerbskosten zu 40 000 Mark, die Baukosten zu 25 000 Mark und der voraussichtliche Einheitsbeitrag der Anlieger zu 167 Mark für 1 m Frontlänge ermittelt worden sind. Dem Ersuchen des Magistrates, sich mit dem Ausbau der betreffenden Strecke der Vertramstraße einverstanden zu erklären und das nebst Kostenanschlag und Kostenverteilungsberechnung beigefügte Projekt zu genehmigen,

entspricht die Versammlung auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Wolters berichtet.

XIV. Niederlegung von Gebäuden.

Nachdem die mit den Mietern der stadteitig angekauften Grundstücke Hintern Brüdern 23 und Langestraße 26 abgeschlossenen Mietverträge zum 1. April d. Js. abgelaufen sind, steht der Niederlegung der auf den Grundstücken befindlichen Baulichkeiten nur noch der eine Umstand entgegen, daß die als Hypothekgläubiger interessierten Vorbesitzer ihre Zustimmung zu dem Abbruch der Gebäude davon abhängig gemacht haben, daß ihnen eine Abzahlung auf ihre Forderungen gemacht würde. Eine Zahlung auf den Kaufpreis ist bislang überhaupt nicht erfolgt, sondern es sind in Höhe des Kaufpreises Hypotheken eingetragen resp. übernommen, und zwar ist das Grundstück Hintern Brüdern mit 60 000 Mark und das Grundstück Langestraße mit 23 600 Mark belastet. Der Wunsch der Hypothekgläubiger geht dahin, daß auf die 60 000 Mark ein Betrag von 10 000 Mark und auf die 23 600 Mark die Summe von 7600 Mark zurückgezahlt wird. Beide Gläubiger haben ihren Antrag damit begründet, daß sie das Geld zur Abtöschung von Bankschulden nötig hätten. Der Magistrat gibt anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß die beiden Beträge abbezahlt werden, damit mit der Niederlegung der beiden Gebäude alsbald begonnen werden kann.

Auf Befürwortung der Baukommission, für die Herr *Fricke* berichtet, stimmt die Versammlung der Vorlage zu.

XV. Niederlegung des Kehltopffschen Hauses.

Auf Antrag des Magistrates erklärt sich die Versammlung nach Empfehlung der Baukommission, für die Herr *Fricke* berichtet, damit einverstanden, daß das zum Zwecke der Einmündung der Nordstraße in den Bültentweg angekaufte Kehltopffsche Haus, Bültentweg 26, niedergelegt werde. Zu dem Zwecke ist vorher eine Hypothek von 9000 Mark abzutragen.

XVI. Instandsetzung verschiedener Straßen.

Unter Vorlegung von fünf Projekten nebst Kostenanschlägen über die Instandsetzung der Küchenstraße, des Niekelnkuffes, der Garfläche, der Gildenstraße zwischen Sonnenstraße und Südfliet und der Beckenwerkerstraße erjudet der Magistrat, diese Projekte mit der Abweichung zu genehmigen, daß die Fahrbahn der Beckenwerkerstraße nicht mit Stampfasphalt, sondern mit Gußasphalt befestigt werde. Die Kosten der Instandsetzungsarbeiten sind durch den laufenden Etat bereits zur Verfügung gestellt. Sollte dem Antrage wegen der Beckenwerkerstraße entsprochen werden, so würden für diese Straße etwa 2400 Mark weniger aufzuwenden sein.

Herr *Könegen*: Die Baukommission hat die Vorlage geprüft und empfiehlt deren Annahme.

Herr *Lübke*: Ich möchte vor dem Versuche mit Gußasphalt auf der Fahrbahn warnen. Andere Städte, die diese Pflasterart seit einem Menschenalter ausprobiert haben, benutzen sie nicht mehr für Fahrbahnen. Ich weiß auch nicht, weshalb der Magistrat den Gußasphalt verwenden will, und ich kann mir nur denken, daß ihn die Minderwertigkeit des hier verwendeten Stampfasphalt-Materials dazu veranlaßt hat. Zweifellos hat die Münzstraße das schlechteste Asphaltpflaster, was ich kenne, aber bei Verwendung von gutem Material ist der Stampfasphalt dem Gußasphalt überlegen. Es dürfte sich empfehlen, unsere städtischen Baubeamten einmal auf eine Studienreise zu schicken, die darauf verwendeten Gelder würden jedenfalls gut angelegt sein.

Herr Bürgermeister *Meyer*: Eigene Sachkenntnis besitzt in dieser Frage der Magistrat nicht; er stützt sich vielmehr auf ein Gutachten der städtischen Bauverwaltung, das dieses Vorgehen empfiehlt. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um größere Billigkeit des Gußasphalts. In anderen Städten hat man die Erfahrung gemacht, daß der Gußasphalt in Straßen, die von Osten nach Westen laufen und der Sonnenhitze nicht so sehr ausgesetzt sind, ausreichend ist. Des-

halb könnte man hier, wo kein allzu starker Fuhrverkehr herrscht, wohl auch einmal einen Versuch machen, wie das für den Geiershagen bereits vor einigen Wochen von den geehrten Herren gebilligt worden ist.

Herr L ö j i g k: Ich möchte darauf hinweisen, daß die Beckenwerkerstraße einen ziemlich starken Fuhrverkehr hat und auch von schwerem Fuhrwerke stark befahren wird.

Herr M e h e r h o f f: Ich habe in der Kommission schon darauf hingewiesen, daß der Stampfasphalt doch wohl vorzuziehen wäre. Die Beckenwerkerstraße wird tatsächlich viel von schwerem Fuhrwerk befahren und der Verkehr wird sich nach Asphaltierung der Straße voraussichtlich noch erhöhen. Deshalb möchte ich die Bedenken auch teilen, ob es angemessen ist, einen so langen Straßenzug mit Gußasphalt zu belegen. Vielleicht könnte man den Versuch auf einer kürzeren Straßenstrecke machen. Ich möchte bitten, über die Beckenwerkerstraße allein abzustimmen.

Herr Bürgermeister M e h e r: Diese Bedenken sind nicht ganz unbegründet; es empfiehlt sich daher, die Beckenwerkerstraße in die Kommission zurückzuverweisen.

Die Vorlage wird darauf bezüglich der übrigen vier Straßen genehmigt, während sie bezüglich der Beckenwerkerstraße in die Baukommission zurückverwiesen wird.

XVII. Errichtung einer Turnhalle an der Bürgerstraße.

Es ist in Aussicht genommen, auf dem Grundstücke der vierten unteren Bürgerschule an der Bürgerstraße eine Turnhalle und ein Schuldienerhaus zu errichten und die seitherige Wohnung des Schuldieners im Erdgeschoße des Schulhauses zur Einrichtung einer Schulküche und eines Klassenraumes für die Oberklasse der Mädchenabteilung zu verwenden. Die städtische Bauverwaltung legt Projekte und Kostenanschläge hierfür vor und bemerkt, daß die Kosten für den Bau der Turnhalle auf 34 500 Mark und für die Beschaffung der Turn- und Spielgeräte auf 4700 Mark veranschlagt worden sind. Der Magistrat gibt anheim, der Erbauung der Turnhalle zuzustimmen und zu dem Zwecke die Summe von 39 200 Mark zu verwilligen. Wegen Beschaffung einer anderen Wohnung für den Schuldiener und folgeweise Einrichtung einer Klasse und Haushaltungsschule in dessen jetzigen Wohnräumen behält sich der Magistrat weitere Anträge vor.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr W o l t e r s berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

XVIII. Errichtung einer Turnhalle an der Leopoldstraße.

Bei Vorlegung eines Projektes über die Errichtung einer Turnhalle nebst Zeichenaal, Schulküche und Brausebad für die Schule an der Leopoldstraße bemerkt der Magistrat, daß er das Projekt zur Annahme empfehle, jedoch mit der Maßgabe, daß anstatt der elektrischen Beleuchtungsanlage eine Gasbeleuchtungsanlage hergerichtet werde und über die Instandsetzung des kleinen Wohnhauses an der Leopoldstraße die Entschliebung vorbehalten bleibe. Die Durchfahrt durch dieses Gebäude muß sofort hergerichtet werden. Da die hierfür aufzuwendenden Kosten mit den Instandsetzungskosten zusammen zu 4000 Mark geschätzt sind, eine genaue Veranschlagung solcher Kosten aber kaum möglich ist, so hält der Magistrat für zweckmäßig, zwar die ganze Summe anzufordern, dabei jedoch zu erklären, daß die Frage der Erhaltung und eventuellen Instandsetzung des Gebäudes erst dann vom Magistrate entschieden und der Versammlung mittels besonderer Vorlage unterbreitet werden soll, wenn eine nähere Prüfung stattgefunden haben wird. Es wird anheimgegeben, mit diesen Vorbehalten der Ausführung des Projektes zuzustimmen und die zu 96 700 Mark veranschlagten Kosten zu verwilligen.

Herr **W o l t e r s** empfiehlt namens der Baukommission die Genehmigung der Vorlage.

Herr **K l e i n k n e c h t**: Trotz der vorgerückten Zeit kann ich mir nicht verjagen, hierzu einiges zu bemerken. In der Sitzung vom 10. Dezember 1908 — Seite 488 des Berichtes — ist schon von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, daß es wünschenswert gewesen wäre, das ganze Grundstück an der Leopoldstraße anzukaufen, dem gegenüber der Magistrat geltend machte, er wüßte gar nicht, was er mit dem ganzen Grundstück anfangen sollte. Dabei ist ein Punkt nicht besonders hervorgehoben worden. Der Bau von Turnhallen ist ganz gewiß erforderlich, und wir müssen dankbar sein, daß der Magistrat die Initiative ergriffen hat, hier wieder eine Turnhalle zu bauen, aber eine Turnhalle ist immer nur ein notwendiges Uebel, denn sie ist bestimmt, die Turnenden bei schlechtem Wetter aufzunehmen. Wenn dagegen die Witterung es erlaubt, soll im Freien geturnt werden, und zwar nicht nur im Sommer, sondern auch in den übrigen Jahreszeiten. Deshalb ist es notwendig, neben der Turnhalle einen Turnplatz zu besitzen. Man soll keine Turnhalle bauen, wenn man daneben nicht einen Turnplatz hat: Springen, Laufen usw. lassen sich in einer Halle nicht gut ausführen. Es könnte nun entgegnet werden, man sollte das auf den Spielplatz verlegen, aber auf einem Spielplatz läßt sich wiederum das methodische Turnen nicht ausführen. Nun ist hier in Aussicht genommen, neben der Turnhalle noch einen 5 m breiten Platz zu kaufen. Von diesen 5 m geht 1 m ab

durch die Fenster, die nach dem Keller Licht führen sollen. Daneben liegt ein Platz von 8 m, der zum Turnen benutzt werden könnte und der bei 12 m Länge und 20 m Breite 240 qm umfaßt. Da in jeder Klasse 50 bis 60 Kinder sind, so würde auf jedes Kind ein zu geringer Raum entfallen. In Preußen sollen meiner Erinnerung nach auf das Kind 10 qm bei Turnplätzen entfallen, was bei 60 Kindern 600 qm bringen würde, so daß der hier vorhandene Raum nicht als ausreichend zu erachten ist. In Wirklichkeit ist daneben noch ein ziemlich großer Raum vorhanden, nämlich der Hof des Kleinschmidt'schen Grundstücks, dessen Ankauf ich gern gesehen haben würde. Wenn auch dagegen geltend gemacht worden ist, daß er nicht nötig und auch ziemlich teuer wäre, so möchte ich doch bitten, ihn, wenn möglich, noch anzukaufen, oder sich auszubedingen, daß er zum Turnen benutzt werden darf. Dann würde genügender Raum vorhanden und allen Anforderungen entsprochen sein.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

XIX. Ausbau der Glückstraße.

In dem zur Genehmigung vorgelegten Projekte über den Ausbau der Glückstraße sind die Grunderwerbs- und Straßenbaukosten zu 49 400 Mark und der voraussichtliche Einheitsbeitrag der Anlieger zu 140 Mark für 1 m Frontlänge ermittelt worden. Die Versammlung wird ersucht, sich mit der Ausführung dieses Projektes sowie mit der Festsetzung eines 3 m breiten Vorgartens einverstanden zu erklären,

was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Koch berichtet, geschieht.

Nachdem sich die Versammlung damit einverstanden erklärt hatte, daß die Erledigung der eingereichten Anfragen bis zur nächsten Sitzung verschoben wird, schließt der Herr Vorsitzende die Sitzung.

Dauer von 4 bis 8¾ Uhr.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten

zu Braunschweig

in deren Sitzung am 27. Mai 1909.

Tagesordnung:

I. Prüfung der Haushaltsrechnungen von 1906/07	Seite 111
II. Uebergangs- u. Vorschriften für das Statut über Unterhaltung des Ausgleichsfonds	" 111
III. Einführung des Handfertigkeitsunterrichts für Knaben	" 113
IV. Aenderung der Ordnung für die städtische Realschule.	" 115
V. Erlass eines neuen Statuts, das Kaufmannsgericht betr.	" 116
VI. Einführung der Berufsvormundschaft	" 122
VII. Zulegung einer Fläche zum Stadtgebiete	" 122
VIII. Wegebefestigung auf dem Rieselgute	" 123
IX. Instandsetzung der Beckenwerferstraße.	" 123
X. Einbau einer Straßenbahnweiche an der Gärbelingerstraße	" 125
XI. Einbau von Straßenbahnweichen am Bruchtorwall u.	" 125
XII. Antrag Wesemeier: Gewährung eines Wohnaufschlages für Arbeitsüberstunden	" 126
XIII. Antrag Ohlendorf: Kehrichtabfuhr von der Reuterstraße.	" 129
XIV. Anfrage Kalms: Vergrößerung der höheren Mädchenschule	" 130
XV. Anfrage Henking: Indienststellung der Sprengwagen	" 130
XVI. Anfrage Fricke: Inkraftsetzung der Straßenpolizeiordnung.	" 130
XVII. Anfrage Wesemeier: Pflasterungsarbeiten an der Wendenstraße	" 131
XVIII. Anfrage Rieke: Stand des Bahnhofsprojektes	" 131
XIX. Baulichkeiten im Altstadttrahauße	" 132

XX.	Wahl von Stadtverordneten zur Teilnahme am Städtetage	Seite 133
XXI.	Abänderung des Statuts über die Veränderungs- und Wertzuwachssteuer	133
XXII.	Statut über die Besoldung der städtischen Beamten und Lehrer	140
XXIII.	Fällvorrichtung auf dem Grundstücke des alten Wasserwerkes	148
XXIV.	Einleitung des Zwangsenteignungsverfahrens	158

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer, und Stadträte von Frankenberg, Seele, Wagner und Lord, sowie der juristische Hilfsarbeiter, Herr Dr. jur. Campe.

Entschuldigt die Herren Frühling, Göde und Helmhold.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, eröffnet die Sitzung und gibt zunächst bekannt, daß eingegangen seien

1. eine Einladung zur Teilnahme an einem Lehrgange über die Hauptaufgaben der Armenpflege und Wohltätigkeit, veranstaltet zu Braunschweig vom 28. bis 30. Juni 1909;
2. ein neuer Führer durch Braunschweig, überreicht vom Verkehrsverein.

Hierauf erhält das Wort zur Geschäftsordnung

Herr B ä h r: Nach § 7 der Geschäftsordnung hat der Vorsitzende das Recht, die Tagesordnung für die Versammlung festzustellen, und ich möchte nicht in das dem Vorsitzenden statutarisch verbürgte Recht durch meine Ausführungen eingreifen. Wenn ich auch anerkenne, daß die ersten Punkte unserer heutigen Tagesordnung Sachen betreffen, die in der vorigen Sitzung unerledigt geblieben sind, so möchte ich doch darauf hinweisen, daß es sich bei den Punkten 21 und 22 um Dinge handelt, die uns seit mehr als Jahresfrist beschäftigen und daher auf ein ziemliches Alter zurückblicken können. Ich wollte deshalb ersuchen, eine Entscheidung der Versammlung darüber herbeiführen zu wollen, ob diese beiden Punkte nicht weiter nach vorn gerückt werden können, weil sonst die Möglichkeit vorliegt, daß sie heute überhaupt nicht mehr zur Besprechung gelangen.

Vorsitzender: Ich bin darüber anderer Ansicht und habe die beiden Punkte absichtlich so gestellt. Nach welchen Motiven soll der Vorsitzende bei Aufstellung der Tagesordnung verfahren? Wenn er nach der Wichtigkeit der Gegenstände verfahren soll, so wird dabei immer die subjektive Ansicht des Vorsitzenden maßgebend sein müssen, was ich nicht für richtig erachten würde. Deshalb halte ich mich strenge an die chronologische Reihenfolge der Sachen. Der Magistrat

hat auch das Recht, zu verlangen, daß seine Sachen nach und nach in der Reihenfolge beraten werden, wie sie der Versammlung zugehen. Ich möchte dringend bitten, es bei dieser Reihenfolge zu belassen; es wird sonst möglicherweise über manche Sachen sehr lange geredet, die keinen großen Zeitaufwand wert sind, und wir kommen nicht weiter. Trotzdem hat Herr Bähr das Recht, solchen Antrag zu stellen. Wer wünscht die Aenderung in der Reihenfolge der Tagesordnung? Das sind nur zwei Herren, wir bleiben daher bei der jetzigen Reihenfolge.

Nunmehr wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Prüfung der Haushaltsrechnungen von 1906/07.

Der Magistrat übersendet die über die Verwaltung des städtischen Haushalts geführten Rechnungen für das Jahr vom 1. April 1906 bis 31. März 1907 mit ihren Vorschlägen zur Prüfung.

Namens der Finanzkommission gibt Herr J a s p e r anheim, die Entlastung zu erteilen, was seitens der Versammlung geschieht.

II. Uebergangs- u. Vorschriften für das Statut über Unterhaltung des Ausgleichsfonds.

Nachdem das von den städtischen Behörden beschlossene und vom Herzoglichen Staatsministerium genehmigte Statut über Unterhaltung eines Ausgleichsfonds mit dem 1. April d. Js. in Kraft getreten ist, wird abweichend von dem Voranschlage der Rämmereikasse für 1909/10 in der Jahresrechnung des städtischen Betriebshaushaltes nur die Rechnung über den Ausgleichsfonds und nicht mehr diejenige über den Schulhausbaufonds zu führen sein. Da für das erste Rechnungsjahr (1909/10) ein Voranschlag noch nicht aufgestellt werden konnte, andererseits aber eine Anweisung der Stadthauptkasse in Form einer Uebergangs- bezw. Ausführungsvorschrift nicht zu entbehren ist, so unterbreitet der Magistrat der Versammlung folgende Vorschläge:

1. Da der Ausgleichsfonds u. a. auch die Zwecke erfüllen soll, die bislang dem Schulhausbaufonds zugewiesen waren, so werden die im Voranschlage des Schulhausbaufonds für das Jahr 1909/10 ausgeworfenen Einnahmen und Ausgaben in der Rechnung des Ausgleichsfonds mit den Beträgen verbucht, die sich aus den Abschlüssen der Rechnungen der Licht- und Wasserwerke einerseits und den einzelnen wirklichen Ausgabeposten am Schlusse des laufenden Rechnungsjahres ergeben werden.

2. Der in Kap. XIV der Einnahme des Voran Schlages der Rämmereikasse ausgeworfene Ueberschuß aus dem Jahre 1907/08 zu 400 392,35 Mark wird

nach § 2 Nr. 1 b des oben erwähnten Statuts unter den Einnahmen des Ausgleichsfonds gebucht, und nach Abschluß der Rechnung über den Stadthaushalt für das Jahr 1909/10 von den städtischen Behörden bestimmt, welcher Betrag aus dem Ausgleichsfonds dem Ordinarium der Rämmerkassse zugeführt werden soll, damit das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben im städtischen Haushalte entweder völlig oder annähernd erzielt wird.

3. Die Nachweisung über die Ergebnisse des Betriebes der Licht- und Wasserwerke läßt sich, wenn der übliche Verwaltungsbericht vereinfacht wird, so zeitig beschaffen, daß die Ueberschüsse des einzelnen Jahres in der Rechnung des Ausgleichsfonds für das sich unmittelbar anschließende Jahr erscheinen, mithin erstmalig die Ueberschüsse aus dem Jahre 1908/09 in der Rechnung für 1909/10; etwaige Ueberschüsse der Rämmerkassse dagegen werden, wie bisher, erst im zweiten auf den Abschluß folgenden Rechnungsjahre in Einnahme gestellt, mithin ein etwaiger Ueberschuß aus dem Jahre 1908/09 in der Rechnung für 1910/11.

4. Die Vorschrift in § 3 Abs. 2 b des erwähnten Statuts, wonach $\frac{1}{5}$ des Reinertrages der städtischen Licht- und Wasserwerke an das Ordinarium der Rämmerkassse abzuführen ist, kann nur in der Weise befolgt werden, daß der fr. Beitrag von dem Reinertrage des Vorjahres berechnet und abgeführt wird. Erstmalig würde daher, sobald die Ueberschüsse aus dem Jahre 1908/9 durch die städtischen Behörden — im Herbst 1909 — festgestellt sind, $\frac{1}{5}$ des Reinertrages der Rämmerkassse zuzuführen und in der Rechnung für das laufende Jahr (1909/10) zu verbuchen sein. Der in Kap. IX Nr. 8 des Voranschlages für das laufende Jahr ausgeworfene Zuschuß aus dem Schulhausbaufonds würde dagegen in Wegfall kommen.

Es wird anheimgegeben, zuzustimmen, daß nach vorstehenden Grundsätzen verfahren werde.

Herr R ö h n e f i n k e: Die Finanzkommission hat die Vorlage eingehend geprüft und ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, deren Annahme zu empfehlen. Im einzelnen möchte ich hierzu folgendes ausführen: Bei Beratung des Punktes 2 tauchte in der Kommission die Ansicht auf, man könnte die 400 392,35 Mark auch an ihrer jetzigen Stelle stehen lassen, da sie dann dem Ausgleichsfonds doch zugute kommen würden. Auch wurde befürchtet, daß sich einmal eine Unterbilanz herausstellen könnte. Darüber haben wir lang und breit debattiert und zwar mit dem Ergebnis, daß wir diese Meinung wohl als berechtigt anerkannten, sie aber nicht für richtiger halten konnten, als den Vorschlag des Magistrates, da es im Effekt auf dasselbe hinauskommt, ob man die Summe jetzt auf den Ausgleichsfonds übernimmt, oder ob man sie stehen läßt. Der durch das

Statut gehende Grundgedanke läuft darauf hinaus, daß der Magistrat bestrebt ist, in der gesamten Rechnungsführung möglichste Klarheit zu schaffen. Diese Klarheit kann nur erzielt werden, wenn solche Posten, über deren Bedeutung — wie die früheren Verhandlungen bewiesen haben — geteilte Ansichten herrschen, in Zukunft in unserm Etat verschwinden und in den Ausgleichsfonds fließen. Die Mehrheit der Kommission ist deshalb zu der Ansicht gelangt, daß es richtig sein würde, den Vorschlag des Magistrats zu genehmigen. Da sich auch gegen die übrigen Punkte der Vorlage nichts einzuwenden findet, so gibt die Kommission anheim, die Vorlage im vollen Umfange zu genehmigen.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

III. Einführung des Handfertigkeitsunterrichts für Knaben.

Schon seit einer langen Reihe von Jahren ist in den Volksschulen der Großstädte der Knaben-Handarbeitsunterricht als wahlfreier Lehrgegenstand eingeführt worden. Im Herzogtume Braunschweig jedoch ist in dieser Hinsicht noch weiter nichts geschehen, als daß im Jahre 1900 der Handarbeitsunterricht nach dem Lehrplan des Leipziger Seminars für Knaben-Handfertigkeit im Herzoglichen Lehrerseminar zu Wolfenbüttel eingeführt wurde. An diese Einführung ist die Erwartung geknüpft gewesen, daß von dort aus dieser Unterrichtsgegenstand auch in den Volksschulen der Städte Eingang finden würde. Diese Hoffnung hat sich bisher nicht erfüllt. Unter Hinweis auf die in anderen Städten, namentlich in Mannheim, erzielten Erfolge ersucht der Schuldirektor Professor Rehkuh den Schulvorstand, sich damit einverstanden zu erklären, daß mit der Einführung des Knaben-Handarbeitsunterrichts auch an den hiesigen Volksschulen ein Versuch gemacht werde. Es würde genügen, wenn zunächst zwei Kurse, einer für Hobelbankarbeit und einer für Papparbeit eingerichtet würden. Die Herrichtung von Werkstatträumen würde dabei nicht notwendig werden, weil solche im Gebäude der Hilfsschule an der Breitenstraße bereits vorhanden sind, wohl aber würden neue Werkzeuge zu beschaffen sein. Eine Entsendung von Lehrern zur Teilnahme an den Kursen des Leipziger Seminars für Knaben-Handfertigkeit würde nicht notwendig werden, weil unter den hiesigen Lehrern mehrere vorhanden sind, die im Wolfenbütteler Seminar ausgebildet wurden und die auch gegenwärtig noch an den Kursen teilnehmen. In Betracht würden kommen der Bürgerschullehrer Brandes und der Realschullehrer Niedel, die beide über das nötige Maß von Handfertigkeit verfügen, auch das erforderliche Lehrgeschick besitzen und ein großes Interesse für die Sache haben. Die beiden Lehrern zu gewährende Vergütung würde bei Anrechnung eines Stundenlohes von 2,50 Mark und bei zwei Wochenstunden etwa 400 Mark betragen. Von den am Unterrichte teilnehmenden Knaben würde, soweit sie von

den mittleren Bürgerschulen kommen, für Materialverbrauch und Abnutzung der Werkzeuge vierteljährlich 1 Mark zu zahlen sein.

Im Einvernehmen mit dem Schulvorstande, gibt der Magistrat anheim, behufs Durchführung der versuchsweisen Einrichtung im kommenden Schuljahre 904,35 Mark für Anschaffungen und 400 Mark für Besoldung zweier Lehrer zu bewilligen.

Namens der Schulkommission berichtet hierüber Herr M ö h l e : Nach der Debatte, die sich in unserer letzten Sitzung gelegentlich der Beratung der Einführung des Spielunterrichts in den mittleren Mädchenschulen entwickelt hat, kann es für die Schulkommission nicht als eine dankbare Aufgabe bezeichnet werden, heute schon wieder die Einführung eines neuen Unterrichtszweiges vor Ihnen vertreten zu sollen. Allein da selbst nach Einführung dieses Unterrichts bis zur Errichtung einer Konzerthalle und einer Malerakademie für die hiesigen Schulen noch ein ganz gewaltiger Schritt ist, so hat die Schulkommission geglaubt, sich den Beschlüssen des Schulvorstandes und des Magistrates anschließen zu sollen und Ihnen die Einführung dieses Unterrichtszweiges zu empfehlen.

Der Deutsche Verein für Knaben-Handarbeit hat sich seit einer langen Reihe von Jahren angelegen sein lassen, dieses Fachstudium zu pflegen, und es ist ihm gelungen, damit nicht nur große Erfolge zu erzielen, sondern auch weite Kreise von der Nützlichkeit und Bedeutung des Handarbeitsunterrichts zu überzeugen und sie dafür empfänglich zu machen. Es kann nicht meine Aufgabe sein, über diese Erfolge mich in Einzelheiten zu verlieren; es würde sich das auch vollständig erübrigen durch den Bericht des Herrn Schuldirektors Nehfuh. Das eine aber möchte ich erwähnen, daß schon alle unsere bahnbrechenden Pädagogen von Comenius bis Fröbel diesen Unterricht als Erziehungsmittel gefordert haben und daß er in unserer heutigen Zeit für die heranwachsende Jugend ohne Frage von unschätzbarem Nutzen ist. Durch diesen Unterricht werden Vorstellungen und Gedanken der Kinder durch die Hand zur Darstellung gebracht; es wird Hand und Auge der Kinder geübt und geschärft und er bietet eine angenehme Abwechslung zwischen körperlicher und geistiger Tätigkeit, auch fördert er für das praktische Leben nicht zu unterschätzende Vorteile. Der Unterricht soll nur versuchsweise eingeführt werden, und es wird von diesem Versuche abhängen, ob er bei uns weiter ausgebaut werden soll oder nicht. Die Schulkommission hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß es wohl des Versuches wert sei, sich mit dieser Materie näher zu beschäftigen und sie hat sich deshalb entschlossen, die Annahme der Vorlage zu empfehlen.

Herr R i e l e : Dieser Unterricht ist in Braunschweig wohl neu, anderwärts dagegen schon alt. Auf der Deutschen Städte-Ausstellung in Dresden konnten Sie die Früchte des Unterrichts aus Augsburg, Bamberg und anderen Städten

sehen. Es ist auch hier wieder so, daß wir hinterdrein hoffen. Unter uns wird wohl niemand sein, der die Einrichtung des Unterrichts nicht gutheißt, namentlich wenn er den damit erzielten Fortschritt gesehen und auch Gelegenheit gehabt hat, einige Schüler kennen zu lernen, die Lust zu ihrem Geschäft hatten und zu einem tüchtigen Meister in die Lehre kamen. Dazu gehört allerdings, daß ein solcher Meister mehr verstehen muß, als es gewöhnlich der Fall ist. Wenn auch die Lehrereinrichtung heute besser ist, als früher, so läßt sie doch noch viel zu wünschen übrig, denn obgleich der Lehrling nicht mehr in dem Maße zu häuslichen Verrichtungen benutzt wird, als früher, so gibt es doch noch verschiedene Einrichtungen, die nicht so sind, wie sie sein müßten. Jedenfalls ist es von größtem Vorteil, wenn den Jungen schon in der Schule Gelegenheit geboten wird, sich praktisch weiterzubilden.

Herr Koch: In der Taubstummenschule wird der Handfertigkeitsunterricht der Knaben schon seit 18 Jahren betrieben. Mit welcher Freude das geschieht, davon kann man sich kaum einen Begriff machen. Die Jungen arbeiten, daß ihnen der Schweiß vom Nacken läuft und freuen sich, wenn sie solche Arbeiten anfertigen können.

Die Magistratsvorlage wird hierauf genehmigt.

IV. Aenderung der Ordnung für die städtische Realschule.

In dem von den städtischen Behörden beschlossenen Entwurf einer Ordnung der Oftern d. Jz. ins Leben gerufenen städtischen Realschule sind einzelne Paragraphen von dem Herzoglichen Staatsministerium beanstandet worden. Bei der Mehrzahl der gewünschten Aenderungen handelt es sich um Einbesserungen, die ohne weiteres gutzuheißen sein dürften. Von grundsätzlicher Bedeutung ist dagegen die Aenderung des von der Ernennung des Direktors und der Lehrer handelnden § 13 und die sich aus dieser Aenderung ergebende Umgestaltung des § 24 der Ordnung.

Während die Ernennung der Lehrer an den städtischen Bürgerschulen der Landesregierung kraft Gesetzes zusteht, ist ihr das gleiche Recht hinsichtlich der Direktoren und Lehrer an den gehobenen städtischen Schulen durch die für diese erlassenen Ordnungen eingeräumt. Das Herzogliche Staatsministerium gibt nun zu erkennen, daß an die Stelle des Ernennungsrechtes das Bestätigungsrecht treten soll, während die Ernennung dem Magistrate zustehen soll, der bisher nur das Präsentationsrecht hatte. Folgerichtig steht dann auch das Recht der Verabschiedung nicht mehr dem Landesfürsten, sondern dem Magistrate zu. Gegen diese Aenderung hat der Magistrat nichts einzuwenden, wohl aber erschien es ihm bedenklich, daß nunmehr auch die dem Landesfürsten und der Landesregierung vorbehaltene Befugnis, den Lehrer innerhalb der ersten drei Jahre

seiner Anstellung im städtischen Schuldienste ohne Anspruch auf Gehalt und Pension zu verabschieden, dem Magistrate eingeräumt werden solle. Durch die Aufnahme dieser Vorschrift in die Schulordnung ist zu besorgen, daß die Erlangung tüchtiger Lehrkräfte erschwert werden wird. Das Herzogliche Staatsministerium ist daher ersucht worden, zu genehmigen, daß der § 24 überhaupt gestrichen und in § 13 statt „vorbehaltlich der Vorschrift in § 24“ gesagt wird, „sofern nicht im Einzelfalle etwas anderes bestimmt wird“. Nachdem sich Herzogliches Staatsministerium hiermit einverstanden erklärt hat, wird die Versammlung ersucht, auch ihrerseits den fraglichen Aenderungen zuzustimmen.

Herr **Klein** necht: Die Schulkommission hat sich mit der vorgeschlagenen Aenderung des § 13 der Schulordnung eingehend befaßt. Theoretisch könnte man sich die Möglichkeit denken, daß man sich in einem auf Lebenszeit angestellten Lehrer getäuscht hat und ihn gern wieder los sein möchte. Das liegt aber tatsächlich nur in der Theorie und wird in der Wirklichkeit wohl nicht vorkommen. Da sich jetzt schon geeignete Lehrkräfte schwer finden, so würde das in Zukunft noch schlimmer werden, wenn der Magistrat berechtigt sein sollte, innerhalb der ersten drei Jahre den Lehrer wieder entlassen zu können. Unter diesen Umständen wird man den Verzicht des Magistrates sehr wohl verstehen und billigen können. Die Gemeindebeamten können nach ihrer Anstellung auch nicht ohne weiteres verabschiedet werden; es liegt also keine Veranlassung vor, die Oberlehrer schlechter zu stellen. Sollte auf Grund des Paragraphen wirklich einmal ein Oberlehrer ohne besondere Kündigung entlassen werden, so würde davon wohl die Folge sein, daß sich kein Oberlehrer mehr für solche Stelle fände. So lange die Ernennung und Verabschiedung der Lehrer in den Händen des Landesfürsten lag, mußten sich die Lehrer das gefallen lassen, zumal die Staatsbeamten auch nur unter dieser Bedingung angestellt werden. Da jetzt aber diese Befugnis dem Magistrate übertragen werden soll, so unterliegt sie großen Bedenken. Die Schulkommission hat sich deshalb einstimmig der Ansicht des Magistrates angeschlossen und die Annahme der Aenderung empfohlen.

Die Versammlung beschließt diesem Antrage gemäß.

V. Erlass eines neuen Statuts, das Kaufmannsgericht betr.

Bei der Anwendung des Statuts für die Stadtgemeinde Braunschweig, betreffend das Kaufmannsgericht daselbst, haben sich einige Mängel des Wahlverfahrens herausgestellt, um deren Beseitigung die Gerichtsmitglieder auf Grund eines in ihrer letzten Gesamtsitzung gefaßten Beschlusses ersucht haben. Um diesem auch dem Magistrate berechtigt erscheinenden Wunsche Folge zu geben, unterbreitet letzterer der Versammlung

1. Vorschläge zur Abänderung des erwähnten Statuts und
 2. eine Neuredaktion des ganzen Statuts
- zur Genehmigung unter näherer Erläuterung der Abweichungen vom jetzigen Statut.

Namens der Statutenkommission berichtet hierüber Herr B o g e : Zum § 7, Absatz 3 des Statuts wird vorgeschlagen, im vorletzten Satze statt „zur Vorlage kam“, zu sagen „eingereicht war“. Die Kommission hat hiergegen nichts einzutenden.

Die Aenderung wird genehmigt.

Hinter Absatz 3 des § 7 soll folgender neue Absatz 4 eingefügt und der bisherige Absatz 4 als Absatz 5 beibehalten werden:

„Wird eine rechtzeitig eingereichte Liste durch Streichung von mehrfach vorgeschlagenen Personen (Absatz 3) unvollständig, so ist der bevollmächtigte Vertreter der Unterzeichner zur Ergänzung der Liste aufzufordern. Die Benennung von Ersatzkandidaten ist auch nach Ablauf der im Absatz 2 festgelegten Einreichungsfrist zulässig, sofern sie binnen 3 Tagen nach Zustellung einer schriftlichen Aufforderung erfolgt. Auf die Folge der Fristversäumnis ist hinzuweisen.“

Der Magistrat führt zur Begründung der Aenderung folgendes an: Bei der letzten Wahl hat eine große Vereinigung selbständiger Kaufleute rechtzeitig, und zwar am letzten Tage der vorgeschriebenen Frist ihre Vorschlagsliste eingereicht. Unter den 12 darin benannten Kandidaten befanden sich 6, die bereits in der früher eingegangenen Vorschlagsliste einer anderen Wählergruppe aufgeführt waren. Da nun Doppelskandidaturen bei der Verhältniswahl ausgeschlossen sind, so mußten nach § 7, Abs. 3 des Statuts die auf beiden Listen Benannten zur Erklärung aufgefordert werden, welcher Liste sie zugeteilt zu werden wünschten. Außerst schwierig war es, in der kurzen zu Gebote stehenden Zeit die Erklärungen, die sämtlich zugunsten der früher eingereichten Liste lauteten, einzuholen und nun noch die rechtzeitige Ergänzung der unvollständig und somit ungültig gewordenen zweiten Liste zu bewirken. Hätten die doppelt Benannten sich in letzter Stunde für die zweite Liste entschieden, so hätte die erste, viel früher eingereichte Liste nicht mehr innerhalb der vorgesehenen Frist ergänzt werden können und wäre ungültig geworden. Um derartigen Eventualitäten vorzubeugen, ist im neuen Absatz 4 des § 7 eine Nachfrist vorgesehen.

Auf Empfehlung der Statutenkommission wird die Einfügung des neuen Absatzes 4 des § 7 gutgeheißen.

Zum § 9 wird vorgeschlagen, im Absatz 3 die Worte „in einem Umschlage, der das Erkennen des Stimmzettels unmöglich macht“ und den ganzen Absatz 4

zu streichen. Nach Ansicht der Gerichtsmitglieder haben sich die Wahlumschläge, welche die schnelle Auszählung der Stimmen erschweren, als unnötig erwiesen. Bei den Gewerbegerichtswahlen sind sie nicht vorgesehen.

Herr B o g e : Die Statutenkommission ersucht, diese Aenderungen zu genehmigen.

Herr W e s e m e i e r : Ich bitte, den Antrag abzulehnen. Wenn ich auch die zum § 7 beschlossene Aenderung ohne weiteres als zweckmäßig und aus den gesammelten Erfahrungen entspringend anerkennen will, so fehlt doch hier jede ausreichende Begründung der Aenderung. Die einzige Begründung besteht darin, daß es zu unbequem sei, die Stimmzettel aus den Umschlägen zu nehmen. Mit demselben Rechte könnte man die Beseitigung der Umschläge bei den Reichstagswahlen verlangen. Es handelt sich bei dieser Bestimmung um den Schutz des Wahlgeheimnisses, und ich weiß nicht, weshalb wir das Statut verschlechtern sollen. Die Einrede, daß das Wahlgeheimnis bei diesen Wahlen nicht solche Bedeutung habe, kann ich nicht gelten lassen, denn man kann nicht wissen, ob es nicht gerade bei den Handlungsgehilfen weit, weit notwendiger ist, das Wahlgeheimnis zu wahren, als bei anderen Wahlen. Ich möchte daher bitten, die jetzige Bestimmung aufrecht zu halten.

Herr Stadtrat W a g n e r : Als zum ersten Male das vorliegende Statut beschlossen wurde, lautete der Vorschlag des Magistrats schon dahin, keine Wahlumschläge einzuführen, und erst aus der Mitte der Versammlung wurde der Wunsch geäußert, vermutlich unter dem Eindrucke, daß damals bei den Reichstagswahlen die Umschläge und die Wahlklosetts eingeführt waren. Hier sind solche Umschläge aber nicht nötig, denn es interessiert sich kein Mensch dafür, das Wahlgeheimnis zu verletzen. Bedenken Sie, welche Schwierigkeiten es macht, die Stimmverteilung durchzuführen, wenn in einem Stimmzettel Streichungen vorgenommen sind; soll man die Zettel nun noch aus vielleicht sogar zugeklebten Umschlägen nehmen, dann wird das Wahlverfahren über Gebühr erschwert. Außerdem sind wir bestrebt, das Wahlverfahren dem des Gewerbegerichts anzupassen.

Herr W e s e m e i e r : Die von Herrn Stadtrat Wagner angeführten Gründe sind für mich nicht überzeugend gewesen. Wenn er sagt, es ist nicht nötig, so frage ich, warum ist es nicht nötig? Die interessierten Kreise sind darüber vielleicht ganz anderer Meinung. Da verschiedene Vorschlagslisten zur Abgabe kommen, so werden bei der Wahl vielleicht Zettel verschiedener Größe benutzt, so daß jeder weiß, welchen Zettel der einzelne abgegeben hat. Für die Kreise der Handlungsgehilfen halte ich die bisherige Einrichtung für durchaus notwendig. Ein Vergleich mit den Gewerbegerichtswahlen kann nicht gezogen

werden, weil die gewerblichen Arbeiter den Teufel danach fragen, ob gesehen wird, wen sie wählen.

Der Vorschlag des Magistrates wird hierauf angenommen.

Der Absatz 6 des § 10 lautet zurzeit:

„Innerhalb jeder Liste werden die Kandidaten nach Maßgabe der erhaltenen Stimmenzahl geordnet, bei gleicher Stimmenzahl entscheidet die Reihenfolge, in welcher die Kandidaten bei Einreichung der Liste vorgeschlagen sind.“

Dafür wird folgende Fassung vorgeschlagen:

„Innerhalb der einzelnen Listen werden die Sitze auf die Kandidaten in folgender Weise verteilt:

Als erster ist derjenige gewählt, der auf den Stimmzetteln an erster Stelle die „absolute Mehrheit“ hat, d. h. mehr als $\frac{1}{24}$ der auf die Liste entfallenen Stimmen, als zweiter derjenige, der an den beiden ersten Stellen zusammen genommen die „absolute Mehrheit“ hat, und so fort. Haben an derselben Stelle mehrere die „absolute Mehrheit“, so sind sie sämtlich an dieser Stelle nach der Reihenfolge ihrer Stimmenzahl gewählt; bei Stimmengleichheit entscheidet über die Reihenfolge das Los. — Sind noch weitere Kandidaten auf die Liste zu verteilen, so werden sie denjenigen Stellen zugeteilt, an denen kein Kandidat die „absolute Mehrheit“ erlangt hat. An jeder dieser Stellen ist derjenige gewählt, der an ihr und den vorhergehenden Stellen zusammen genommen die meisten Stimmen hat. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.“

Kommission und Versammlung sind mit der vom Magistrate eingehend begründeten Aenderung einverstanden.

Ferner wird vorgeschlagen, einen § 10 a folgenden Inhalts einzuschalten:

„Ist von einem Wahlkörper nur eine gültige Vorschlagsliste rechtzeitig eingereicht, so fällt für diesen die Wahlhandlung aus. Die Aufhebung des Wahltermins ist in den „Braunschweigischen Anzeigen“ einmal bekannt zu machen.“

Die auf der Vorschlagsliste benannten Personen gelten als gewählt.“

Herr B o g e : Die Statutenkommission empfiehlt die Genehmigung der Bestimmung.

Herr W e s e m e i e r : Ich möchte vorschlagen, den zweiten Satz des § 10 a folgendermaßen zu fassen:

„Die Aufhebung des Wahltermins ist in allen Braunschweiger Tageszeitungen einmal bekannt zu machen.“

Wer liest wohl von den Handlungsgehilfen die „Braunschweigischen Anzeigen? Es weiß doch jeder, daß dieses Blatt in Braunschweig fast gar nicht gelesen wird. (Widerspruch.) Sowohl, das ist bekannt.

Herr Stadtrat W a g n e r : Die amtlichen Bekanntmachungen der städtischen Behörden erfolgen stets in dem amtlichen Blatte, den „Braunschweigischen Anzeigen“. Außerdem herrscht hier auch der Brauch, daß die sämtlichen hiesigen Tageszeitungen die die Allgemeinheit interessierenden Bekanntmachungen wörtlich abdrucken. Deshalb ist mit unserem Vorschlage auch der Allgemeinheit gedient.

Der Antrag Wesemeier wird darauf abgelehnt und der § 10 a in der Fassung des Magistrates angenommen.

Herr B o g e : Zu den §§ 1, 3, 6 (Abs. 1 und 2), 7 (Absatz 1, 2, und letzter Absatz), 11 (Absatz 1 und 2) und 17 (Abs. 2) werden Aenderungen geringfügiger Natur vorgeschlagen, deren Genehmigung ebenfalls anheimgegeben wird.

Die Versammlung erklärt sich mit diesen Aenderungen einverstanden.

Herr B o g e : Dem § 23 wünscht der Magistrat als Absatz 4 hinzuzufügen:

„Das gleiche gilt, wenn die anwesenden Beisitzer einer Kategorie (Kaufleute bezw. Handlungsgehilfen) sämtlich gegen den Antrag stimmen und der Vorsitzende sich der Abstimmung enthält.“

Zur Begründung dieses Antrages sei folgendes hervorgehoben: Wenn in einer Sitzung des Gesamt-Kaufmannsgerichtes 12 Handlungsgehilfen und nur 11 Kaufleute zugegen sind und es kommt ein Antrag prinzipieller Natur zur Abstimmung, bei dem die 12 Handlungsgehilfen geschlossen für, die 11 Kaufleute geschlossen gegen den Antrag stimmen, so gilt dieser zurzeit als angenommen, während er nach Annahme der vorstehenden Ergänzung als abgelehnt gelten soll. Man will damit also Zufallsmajoritäten vermeiden.

V o r s i t z e n d e r : Wenn von der einen Kategorie z. B. nur zwei Vertreter zugegen sind, so können die dann jede Abstimmung unmöglich machen.

Herr B o g e : Die Möglichkeit wäre vorhanden, jedoch wird das bei Gesamtsitzungen nicht vorkommen.

Herr Stadtrat W a g n e r : Das Kaufmannsgericht soll rein paritätisch zusammengesetzt sein. Dieser Grundsatz, der ja bei parlamentarischen Körperschaften ausscheidet, würde sofort über den Haufen geworfen werden, wenn von einer Seite der Beteiligten einige Herren weniger erscheinen. Es ist eine Tatsache, daß jetzt eine Gruppe, die geschlossen gegen eine Sache stimmt, die andere Gruppe, welche zufällig mit einer Stimme weniger erschienen ist, majorisieren kann. Daß aber ein solcher Fall vorkommen kann, wie ihn der Herr Vorsitzende angedeutet hat, halte ich für ausgeschlossen, weil man prinzipiell wichtige Anträge zweifellos nicht zur Abstimmung bringen würde, wenn die eine Seite so schwach

vertreten wäre, wie der Herr Vorsitzende erwähnte. Ich möchte deshalb anheimgen, nach dem Vorschlage des Magistrates zu beschließen. Bei manchen anderen Kaufmannsgerichten ist die Sache so geregelt, daß bei der Anwesenheit einer ungleichen Zahl Vertreter die nach dem Lebensalter jüngsten Mitglieder der zahlreicher vertretenen Gruppe auszuscheiden haben, oder daß nach dem Lose die auszuscheidenden Mitglieder bestimmt werden, so daß auf diese Weise immer Stimmengleichheit vorhanden ist. Das ist indessen ein sehr willkürliches Mittel; es kann dadurch erreicht werden, daß bei der Abstimmung ein Handlungsgehilfenverband vollständig ausgeschlossen würde, und das wäre ein viel unangenehmeres Ergebnis, als unser Vorschlag.

Herr W e s e m e i e r: Gerade weil es sich um so wichtige Dinge handelt, halte ich es für dringend erforderlich, daß das Statut in seiner alten Fassung bestehen bleibt. Es könnte beispielsweise einer der beiden Interessentengruppen ein Antrag von prinzipieller Bedeutung recht unangenehm sein; wenn man nun dieser Gruppe, die einen solchen Antrag nicht durchgehen lassen will, das Recht einräumen wollte, durch das Fehlen von Mitgliedern die Sitzung in die Luft zu sprengen, so wäre das eine Ungerechtigkeit gegenüber der anderen Gruppe. Deshalb darf man einer Gruppe ein solches Machtmittel nicht in die Hand geben. Die jetzige Fassung ist außerdem gar nicht so schlecht. Wenn einer unverschuldet fehlt — zumeist handelt es sich dabei um die Prinzipalvertreter — so scheidet eben der jüngste Vertreter der anderen Gruppe aus. Das wäre durchaus keine Ungerechtigkeit. Die Kommission scheint außerdem den Magistratsantrag abgelehnt zu haben.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Durch die Unterscheidung des Herrn Wesemeier würde ohne Not eine neue Schwierigkeit in die Sache hineingetragen, denn die Frage, wann ein Fehlen unverschuldet ist, läßt sich oft nur mit großer Schwierigkeit feststellen. Ich wage nicht zu behaupten, daß ein Mitglied dieser Versammlung anders als unverschuldet fehlt; wenn aber der Vorsitzende das immer erst feststellen soll, so wird ihm dadurch eine große Machtbefugnis beigelegt, der er auf die Dauer nicht gewachsen sein dürfte. Wenn aber die durch die Verhältnismahlen gesuchten Vertreter zusammenhalten, so liegt Anlaß vor, diesem Umstande eine gewisse Bedeutung beizumessen.

Herr W e s e m e i e r: Es dreht sich hier um Fragen, die ganz prinzipiell den Gehilfenstand angehen und nicht einzelne Verbandsgruppen. Der Vergleich des Herrn Stadtrat von Frankenberg scheidet also hierbei aus.

Herr B o g e: Ich möchte gegenüber Herrn Wesemeier erwähnen, daß die Statutenkommission den Magistratsantrag gutgeheißen hat.

Der Zusatz zum § 23 wird darauf genehmigt.

Herr B o g e : Für den § 27 wird folgende Fassung vorgeschlagen:

„Das Statut für die Stadtgemeinde Braunschweig, betreffend das Kaufmannsgericht daselbst vom 22. Dezember 1904 Nr. 21, wird aufgehoben.

Die beim Inkrafttreten dieses Statuts im Amte befindlichen Gerichtsmitglieder verbleiben darin bis zum Schlusse der laufenden Wahlperiode.“

Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden.

Herr B o g e : Es wird vom Magistrate endlich noch vorgeschlagen, dem § 1 die folgende Fassung zu geben:

„Das zur Entscheidung von Streitigkeiten aus dem Dienst- oder Lehrverhältnisse zwischen Kaufleuten einerseits und ihren Handlungsgehilfen oder Handlungslehrlingen andererseits (§§ 4 und 5 des Reichsgesetzes) errichtete Kaufmannsgericht besteht unter dem Namen:

Kaufmannsgericht zu Braunschweig

weiter. Sein Sitz ist zu Braunschweig.“

Die Versammlung genehmigt diese Fassung.

Herr Stadtrat W a g n e r : Der Magistrat bittet, nicht nur die Aenderungsvorschläge zu genehmigen, sondern auch zu beschließen, daß das Statut in der eben beschlossenen Fassung neu erlassen wird.

Die Versammlung erklärt sich auch hiermit einverstanden.

VI. Einführung der Berufsvormundschaft.

Herr W e i c h e l : Namens der Statutenkommission bitte ich, die Vorlage vertraulich zu behandeln.

Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden.

VII. Zulegung einer Fläche zum Stadtgebiete.

An der Westseite der Gellerstraße jenseits der Landeseisenbahn liegt ein zur Gemeinde Delper gehöriges Gebiet, das rings von städtischen Grundflächen umgeben ist. Auf Anregung der Gemeindevertretung von Delper hat Herzogliche Kreisdirektion mit dem Magistrate Verhandlungen über die Eingemeindung jenes Gebietes gepflogen. Der Magistrat hält die Zulegung zum Stadtgebiete für wünschenswert und die Gewährung einer Abfindung von 17 000 Mk. an die Gemeinde Delper für angemessen. Durch diese Summe wird Delper für die ihm durch die Eingemeindung entgehenden bisherigen Steuern nicht voll entschädigt, vielmehr ist ein Abzug dafür gemacht, daß die Gebietsüberweisung der Stadtgemeinde eine Erhöhung ihrer Schullasten verursacht. Die Versammlung wird ersucht, zuzustimmen, daß die betreffende Fläche dem Stadtgebiete zugelegt und

der Gemeinde Delper für die Abtretung eine Abfindung von 17 000 Mark gezahlt werde.

Herr L e u e : Die Finanzkommission hat die Sache eingehend besprochen und ist dabei zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Erwerb der mit 13 Wohnhäusern bebauten Fläche für die Stadt von Vorteil sein dürfte; sie empfiehlt daher die Annahme der Vorlage.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

VIII. Begebefestigung auf dem Kieselgute.

Zur Befestigung der Wege auf den Kieselfeldern ist die Beschaffung von Steinmaterial erforderlich. Wenngleich die Arbeit nicht dringlich ist, so dürfte es sich nach der Ansicht des Magistrates doch empfehlen, schon jetzt auf den gelegentlichen Ankauf des erforderlichen Materials Bedacht zu nehmen. Am billigsten würde es sich durch den Aufkauf alter Abfallsteine beim Abbruch von Gebäuden im Laufe des Sommers beschaffen lassen. Die Steine würden dann im Winter von Arbeitslosen auf einem Plage, etwa auf dem freien Terrain hinter der Gasanstalt zerkleinert werden können. Die Kosten für Ankauf und Anfuhr des Materials würden sich nach Schätzung der städtischen Bauverwaltung für etwa 700 bis 800 cbm auf rund 2000 Mark stellen.

Dem Antrage auf Verwilligung dieser Summe stimmt die Versammlung nach Befürwortung durch die Finanzkommission, für die Herr L ö j g e berichtet, zu.

IX. Instandsetzung der Beckenwerkerstraße.

Herr K o n e g e n : In der vorigen Sitzung war beschlossen worden, das Projekt über die Instandsetzung der Beckenwerkerstraße in die Baukommission zurückzuverweisen, um noch darüber Erkundigungen einzuziehen, ob sich die vom Magistrate empfohlene Verwendung von Gußasphalt auf der Fahrbahn schon anderweitig bewährt habe. (Seiten 104 und 105 des Berichtes.) Es hat sich nun herausgestellt, daß sich in einer großen Anzahl von Städten des Reiches bereits seit längeren Jahren Gußasphalt als Fahrbahnpflaster in genügendem Maße bewährt hat; besonders in Dresden, wo 52 000 qm Gußasphalt liegen, sowie in Schöneberg mit 13 600 qm, Stuttgart mit 16 800 qm Gußasphalt zc. Nach den der Kommission vorgelegten Gutachten hat man sich durchweg günstig für den Gußasphalt ausgesprochen, so daß die Baukommission Ihnen wiederum empfiehlt, für die von Osten nach Westen laufende und den Sonnenstrahlen nicht ausge setzte Beckenwerkerstraße Gußasphalt zu nehmen. Die Anlagekosten würden sich gegenüber dem Stampfasphalt um 2400 Mark ermäßigen, auch käme die Unterhaltung der Straße wesentlich billiger. In den ersten fünf

Jahren würden die Unterhaltungskosten von dem Lieferanten zu tragen sein, während sie vom 6. bis 15. Jahre bei Stampfasphalt 25 Pf. und bei Gußasphalt 15 Pf. pro qm betragen, das macht einen Unterschied von 2500 Mark, so daß sich die Straße bei Verwendung des letzteren Materials um rund 5000 Mark billiger herstellen ließe. Die Baukommission empfiehlt hiernach wiederholt, die Fahrbahn in Gußasphalt auszuführen.

Herr W e s e m e i e r: Es ist erfreulich, wenn die in der vorigen Sitzung lautgewordenen Befürchtungen nicht zutreffend gewesen sind, daß nämlich der Gußasphalt den schweren Fuhrverkehr nicht auf die Dauer ertragen würde.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch auf einen anderen Uebelstand hinweisen, der sich in den letzten Wochen herausgebildet hat. Bekanntlich wird die Wendensstraße bei der Kaiserstraße neu gepflastert. Die Steinseker sind dort etwa 8 Tage beschäftigt gewesen und dann weggegangen, worauf die Jungen die Steine wieder aufgerissen haben, so daß die entstandenen Löcher wieder zugemacht werden mußten. Seit Himmelfahrt liegt nun die Straße offen da. Die Steine liegen zu Barrikaden aufgestapelt, und ich möchte erjuchen, schleunigst Abhilfe zu schaffen.

V o r s i z e n d e r: Diese Sache hat mit der Vorlage nichts zu tun; ich möchte bitten, sich auf die Vorlage zu beschränken.

Herr H e s s e: In der letzten Sitzung hat der Herr Referent hervorgehoben, daß die Beckenwerkerstraße nicht viel befahren würde, was von anderer Seite sofort bestritten wurde. Hauptsächlich fahren dort viele Fricdeschen Wagen, und wenn die Straße asphaltiert werden sollte, so wird sie noch viel mehr von schwerem Fuhrwerke benutzt werden. Da sich die zu 5000 Mark berechneten Kosten auf einen Zeitraum von 20 Jahren verteilen, so würden sie nicht allzu sehr in Betracht kommen können. Ich bin überzeugt, daß der Gußasphalt sich nicht so bewährt, wie der Stampfasphalt und kann ihm daher nicht das Wort reden.

Herr R o n e g e n: Ich möchte darauf erwidern, daß es sich dabei um eine persönliche Ansicht handelt. Dessen ungeachtet sind aber die Gutachten daraufhin besonders geprüft worden, und sie stimmen darin überein, daß der Gußasphalt sich auch für schweres Fuhrwerk gut bewährt hat. Die schlechten Erfahrungen, welche hier mit Gußasphalt gemacht sind, liegen darin, daß damals die Qualität und die Bearbeitung des Asphalts noch nicht so gelang, um widerstandsfähig genug zu sein. Das ist bei der heutigen Verarbeitung nicht mehr zu befürchten. Der Asphalt wird in zwei Schichten aufgetragen und dessen Verbindung ist derartig, daß sie vollständig erhärtet und von der Wärme nicht so sehr beeinflusst wird.

Herr Bürgermeister M e h r: Die Frage, ob Stampf- oder Gußasphalt genommen werden soll, halte ich nicht von so großer Bedeutung. Es soll nicht prinzipiell entschieden werden, welche Asphaltart den Vorzug verdient, sondern wir wollen einen Versuch machen, ob der Gußasphalt auch zur Befestigung von Fahrstraßen bei starkem Verkehr genügt. Die Gutachten von anderen Städten sind günstig dafür ausgefallen. Ich möchte deshalb empfehlen, den Antrag der Baukommission anzunehmen.

Herr R i e k e: Ich habe in der Baukommission den Standpunkt vertreten, daß Stampfasphalt besser sei. Sie konnten sich davon vor der Bank und auf dem Kalenwalle überzeugen. Es ist indessen richtig, daß die Mischung des Gußasphalts heute eine ganz andere ist, und ich habe mich durch die Erklärungen des Herrn Stadthaumeisters Menadier überzeugen lassen, daß die Verhältnisse sich geändert haben. Ich nahm an, daß nur eine dünne Schicht genommen würde, während jede Schicht mindestens 5 cm dick war. Auf Grund der günstigen Beläge bin ich bereit, es darauf ankommen zu lassen und für die Beckenwerferstraße den Gußasphalt zu genehmigen.

Die Versammlung stimmt darauf dem Antrage der Baukommission zu.

X. Einbau einer Straßenbahnweiche an der Gördelingerstraße.

Im Interesse der Beschleunigung des Wagenverkehrs auf der Straßenbahnlinie Rathaus—Altstadtmarkt wird der Einbau einer Weiche Ecke Gördelingerstraße und Neuestraße geplant. Dem Ersuchen des Magistrates, sich hiermit einverstanden zu erklären,

stimmt Herr R i e k e namens der Baukommission zu.

Herr F r i e: Die Anwohner der Neuenstraße befürchten hierdurch eine Mehrbelastung ihrer Straße, jedoch habe ich mich überzeugt, daß die Belastung nur dann größer sein würde, wenn ein zweites Gleis durch die Straße gelegt werden sollte. In solchem Falle hätte der Wagenverkehr durch die Straße von einer Seite gesperrt werden müssen. Ich erwähne das zur Beruhigung der Anwohner der Neuenstraße.

Herr R i e k e: An die Legung eines zweiten Gleises durch die Neuestraße und die Durchführung der Gießmaroder Wagen über diese Strecke kann nicht eher gedacht werden, bis der Brunnen beseitigt sein wird.

Die Magistratsvorlage wird hierauf genehmigt.

XI. Einbau von Straßenbahnweichen am Bruchtorwalle etc.

Die Straßenbahn beabsichtigt, an dem Ende der Straße „am Bruchtor“ nach dem Friedrich-Wilhelmsplatze zu den Einbau einer normalen Weiche als Abschluß des Doppelgleises und an dem anderen Straßenende den Einbau einer

Kurvenweiche vor dem Eingange der Südstraße. Der Magistrat ist hiermit einverstanden und ersucht, die Abänderung zu genehmigen.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr R i e k e berichtet, wird dem Antrage zugestimmt.

XII. Antrag Wesemeier: Gewährung eines Lohnaufschlages für Arbeitsüberstunden.

Der in der letzten Sitzung gestellte Antrag — Seite 84 des Berichtes — lautet:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, für die von den städtischen Arbeitern geleisteten Arbeitsüberstunden über die sonst in ihrer Betriebsabteilung übliche Zahl hinaus 20 Prozent Lohnaufschlag zu zahlen.“

Namens der Finanzkommission berichtet darüber Herr W o l t e r s: Die Kommission hat beschlossen, der Versammlung vorzuschlagen, zunächst von einer Beschlußfassung über den Antrag abzusehen und nur den Magistrat zu bitten, das Material zu den jährlich vorzulegenden Lohnnachweisungen derartig zu vervollständigen, daß es uns möglich ist, uns ein klares Urteil über die einschlägigen Verhältnisse zu bilden. Die derzeit vorhandenen Unterlagen sind hierfür nicht geeignet. Zur Begründung dieses Standpunktes erlaube ich mir folgendes vorzutragen: Tatsächlich sind schon jetzt in einzelnen Betriebsabteilungen Ueberstunden höher als mit dem normalen Satze bezahlt worden. Beispielsweise werden auf dem Kieselgute den Pferde- und Futterknechten die Ueberstunden mit 25 Pf. statt mit dem gewöhnlichen Stunden Satze von 17 bis 18 Pf. bezahlt. Ebenso ist es dort mit den Tagelöhnern, die statt 16 bis 18 Pf. für eine Ueberstunde 25 Pf. und mit den Tagelöhnerinnen, die statt 10 Pf. für eine Ueberstunde 15 Pf. erhalten. Ähnlich verhält es sich beim Straßenreinigungswesen und beim Schlachthause. Der Grundsatz der höheren Bezahlung der Ueberstunden ist also in einzelnen Verwaltungszweigen bereits durchgeführt, während in anderen Verwaltungszweigen allerdings kein Aufschlag gezahlt wird. So erfolgt die Bezahlung der Ueberstunden bei den Wegewärtern, den Reinigungsarbeitern, den Straßenbauarbeitern, den Kanalarbeitern u. nach den üblichen Tagelohnsätzen. Ohne besondere Vergütung werden Ueberstunden bei der Feuerwehr geleistet. Diese drei einzelnen Gruppen können wir unterscheiden.

Die Finanzkommission hat davon abgesehen, zurzeit in eine besondere Kritik darüber einzutreten, ob die jetzige Bezahlungsweise richtig oder unrichtig, zu hoch oder zu niedrig ist, sie ist der Meinung, daß im allgemeinen — wie schon in der vorigen Sitzung vom Magistrate und von Mitgliedern der Versammlung gesagt wurde — nach Möglichkeit jedesmal Leisten von Ueberstunden vermieden

werden soll. Ein völliges Verbot wird sich nicht erzielen lassen, jedoch liegt es im allseitigen Interesse, die Leistung von Ueberstunden möglichst zu beschränken. Die Ueberstunden sind einerseits für die Arbeiter mit übermäßiger Anstrengung verbunden, andererseits liegt es auch nicht im Interesse der Stadt, Ueberstunden leisten zu lassen, weil dadurch in manchen Fällen höhere Kosten erwachsen werden.

Es ist nun wohl in der Finanzkommission eine Meinung darüber geäußert worden, wie man später die Sache einmal regeln könnte, jedoch ist ein endgültiger Beschluß nicht gefaßt worden, die Kommission denkt darüber indessen grundsätzlich so: In gewissen Verwaltungszweigen werden auch künftig die zu leistenden Ueberstunden nicht bezahlt werden müssen, sofern es in der Natur des Dienstes oder in der Art des Dienstverbandes liegt. Beispielsweise kann bei der Feuerwehr die Ueberstundenbezahlung bei Ausbruch eines Brandes nicht in Frage kommen, denn das ist der Hauptdienst für die Feuerwehrleute, während alles übrige nur Vorbereitungsdienst ist. Dasselbe ist der Fall, wenn es sich wohl um eine längere Arbeitszeit handelt, innerhalb dieser Zeit aber mehrere Stunden liegen, die ein Mittelding darstellen zwischen geleisteter Arbeit und Arbeitsruhe, oder wo die Arbeiter sich nur in Dienstbereitschaft befinden. Einzelne Dienstzweige haben ihre Arbeiter tatsächlich in dieser Weise beschäftigt. In solchen Fällen, wo es sich lediglich um eine Dienstbereitschaft der Arbeiter handelt, kann auf eine Ueberbezahlung von Ueberstunden nicht gerechnet werden. In manchen anderen Fällen kann man zweifelhaft sein, ob eine Mehrbezahlung am Platze ist oder nicht, insbesondere ist es da der Fall, wo die Arbeitsmengen von Zeit zu Zeit wechseln, beispielsweise bei der städtischen Bauverwaltung im Sommer zum Winter. Dagegen würde es sich bei eiligen Arbeiten und bei längeren Arbeitszeiten empfehlen, die Ueberstunden angemessen zu bezahlen. Es muß allerdings berücksichtigt werden, daß bei manchen Dienstzweigen im Winter die Arbeitszeit wohl ausgefüllt, eine volle Arbeit aber nicht geleistet wird. Bei einzelnen Verwaltungszweigen wird schon jetzt ein gewisser Ausgleich insofern geschaffen, als gewisse Ueberstunden zeitweise als solche berechnet werden, während sie z. B. im Winter nicht als besondere Arbeitsleistung anzusehen sind. Wollte man grundsätzlich auch in diesem Falle zu einer Bezahlung der Ueberstunden schreiten, so würde zu erwägen sein, ob es nicht zweckmäßiger wäre, an eine Minderung der Arbeitszeiten zu denken. Es würde sich auch fragen, ob es nicht richtiger sein würde, zu einem anderen Prinzip der Lohnzahlung überzugehen, nämlich nach Arbeitsstunden. Das würde aber auch sehr bedenklich sein.

Schließlich ist die Finanzkommission der Meinung, daß es in gewissen Fällen durchaus notwendig ist, die Ueberstunden höher zu bezahlen, nämlich wo

es sich um Schichtwechsel handelt, sofern hierbei nicht etwa eine Dienstbereitschaft mitsprechen sollte. Die Gedanken der Finanzkommission erheben nicht Anspruch auf dauernde Gültigkeit, sondern der Fall wird erst eintreten, wenn das statistische Material vorliegt. Deshalb wird auch empfohlen, von einer Beschlußfassung für heute Abstand zu nehmen. Es würde nicht richtig sein, wenn das Plenum hier über Fragen entscheiden wollte aus Verwaltungszweigen, für die besondere Deputationen eingesetzt worden sind. Sache dieser Deputationen wird es sein, die Fragen erst selbst zu erwägen, ehe hier etwas geschieht.

Herr Wesemeier: Ich bin vollständig damit einverstanden, daß man den einzelnen Deputationen den weitesten Spielraum in der Verwaltung gewähren muß, aber wenn ein Verwaltungszweig so vielseitig ist in bezug auf die Lohnfrage, wie das bei der Stadtverwaltung der Fall ist, so hat die Stadtverordnetenversammlung in Gemeinschaft mit dem Magistrate selbst die Initiative zu ergreifen, um eine einheitliche Regelung zu schaffen. Man sagt uns jetzt, „es sei“ und „es scheine, als ob“, und kommt aus den vielen Wenn und Aber gar nicht heraus. Nun fehlt es wieder an Material, man hat eingesehen, es werden in einzelnen Verwaltungszweigen Ueberstunden bezahlt und in anderen nicht, und dann wird gesagt, wenn es so und so ist, dann kann dies und das geschehen. Von solchen Gesichtspunkten dürfen wir uns aber nicht leiten lassen, zumal es in den Privatbetrieben doch auch üblich ist, daß Ueberstunden besonders bezahlt werden. Herr Konegen gibt in seinem vielseitigen Betriebe ohne weiteres einen Aufschlag von 10 Prozent für Ueberstunden; ebenso geht es im Bauberufe, im graphischen Gewerbe, weshalb soll es daher im städtischen Betriebe, der ein Musterbetrieb sein sollte, nicht möglich sein? In Privatbetrieben gehören die Ueberstunden auch nicht zur Regel, sondern zur Ausnahme, wir brauchen daher gar nicht zu wissen, wieviel Ueberstunden in den städtischen Betrieben geleistet werden. Gerade weil diese Ausnahmen eine außergewöhnliche Anstrengung der Körperkraft bedingen, müssen sie besser, als gewöhnliche Arbeiten bezahlt werden. Wenn der Arbeiter seine Arbeitskraft erst abgenutzt und verbraucht hat, so ist er eine Ruine und kann nicht mehr für seine Familie sorgen. Die tägliche Arbeitszeit ist in den städtischen Betrieben schon so bemessen, daß sie hinreicht, und der Lohn hierfür ist so knapp, daß davon für die Zukunft nichts zu erübrigen ist. Deshalb ist auch ein Ausgleich zwischen der Winter- und Sommerarbeit nicht nötig. Im graphischen Gewerbe werden die Ueberstunden mit 70 Pf. bezahlt und die Nachtstunden mit 46 bis 50 Pf. Aufschlag. An den beiden Pfingsttagen wird im Buchdruckergewerbe jede Stunde mit 98 Pf. Aufschlag bezahlt. Was dort möglich ist, sollte im städtischen Betriebe auch möglich sein.

Die Beurteilung dieser Frage ist auch nicht abhängig davon, daß das Material nicht vollständig vorliegt. Weßhalb sollen auch die Arbeiter noch ein Jahr darunter leiden, daß die Ueberstunden nicht so bezahlt werden, wie sie bezahlt werden müssen? Die Finanzkommission erkennt selbst an, daß Ueberstunden eine bessere Bezahlung erfordern; da nun der Satz von 20 Prozent allgemein üblich ist, so können wir auch, ohne den Deputationen zu nahe zu treten, ruhig beschließen, daß in Zukunft alle Ueberstunden ohne Ausnahme mit 20 Prozent Aufschlag bezahlt werden sollen.

Herr Leue: Der Herr Vorredner scheint zu glauben, die Finanzkommission wäre gegen die Bezahlung der Ueberstunden. Durchaus nicht. Im übrigen halte ich den Vergleich zwischen den Arbeitern einer städtischen Behörde und der Industrie nicht für richtig. Das ist etwas ganz Verschiedenes. Ich gebe zu, daß diejenigen städtischen Arbeiter, die ungefähr die gleiche Beschäftigung haben, wie Arbeiter der Industrie sich mit diesen bezüglich ihrer Tätigkeit vergleichen lassen; wir haben aber bei der Stadt eine Menge Arbeiter, die wir mit Industriearbeitern nicht in Vergleich stellen können, bei denen nämlich die Hauptarbeit nicht in dem Arbeiten mit der Hand, sondern in der Arbeitsbereitschaft besteht, wie z. B. bei der Feuerwehr. Wir können doch nicht bei der Feuerwehr sagen: Ihr kriegt für so viel Stunden täglich bezahlt, und wenn es brennt außer dieser Zeit, so bekommt ihr den Zeitaufwand noch besonders vergütet? Bei der Eisenbahnverwaltung bekommen z. B. die Werkstätten- und Streckenarbeiter die Ueberstunden besonders bezahlt, bei den übrigen Arbeitern ist das aber nicht möglich. Die Finanzkommission steht also der Frage gegenüber nicht auf einem ablehnenden Standpunkte, sondern sie hält es nur für nötig, die Verhältnisse bei jeder Gruppe festzulegen, und dazu fehlt es zurzeit an den erforderlichen Unterlagen.

Der Antrag Wesemeier wird darauf abgelehnt und der Antrag der Finanzkommission angenommen.

XIII. Antrag Ohlendorf: Kehrichtabfuhr von der Reuterstraße.

Zur Begründung des Antrages:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, veranlassen zu wollen, daß durch die städtischen Abfuhrwagen wöchentlich einmal der Kehricht von der Reuterstraße abgeholt wird,“

verweist Herr Ohlendorf auf seine Ausführungen in der Sitzung vom 18. März d. Js. — Seite 691 des Berichtes — und bemerkt weiter, daß es sich um 44 oder 45 Familien handle.

Den genügend unterstützten Antrag erhält die Baukommission zur Vorberatung.

XIV. Anfrage Kalm s: Vergrößerung der höheren Mädchenschule.

Die Anfrage lautet:

„Wie denkt der Magistrat über eine Vergrößerung der städtischen höheren Mädchenschule, eventuell Einrichtung einer zweiten Schule auf gleicher Grundlage?“

Herr K a l m s: Diese Anfrage war schon in der vorigen Sitzung gestellt worden. Inzwischen ist über denselben Gegenstand eine sehr umfangreiche Resolution eingegangen, die einzelne Punkte enthält, für die ich mich nicht erwärmen kann. Aus besonderen Gründen möchte ich daher meine Anfrage zurückziehen.

XV. Anfrage Henking: Indienststellung der Sprengwagen.

Herr H e n k i n g: In der vorigen Sitzung hatte ich die Anfrage eingereicht:

„Aus welchem Grunde sind in diesen Tagen die städtischen Sprengwagen nicht in Betrieb gesetzt?“

Die Sache ist jetzt natürlich etwas veraltet. Sie wissen, daß wir vor drei Wochen die außerordentlich staubvolle Zeit hatten, in der die Sprengwagen von jedermann vermist wurden. Inzwischen habe ich vom Vorsitzenden der Deputation gehört, wie die Sachen liegen, und einige Sprengwagen sind jetzt auch tatsächlich in Dienst gestellt worden. Es hat mich sehr berührt, erst so spät Sprengwagen in Tätigkeit gesehen zu haben. Die dagegen vorgebrachten Gründe muß ich allerdings anerkennen, aber meines Erachtens hätte seitens der betreffenden Organe doch rechtzeitiger Vorkehrung getroffen werden können, damit eine solche Katastrophe in dem Maße nicht eintreten konnte. Daß wir gegen Witterungseinflüsse nichts machen können, wissen wir, aber ein solcher Zustand ist einer Stadt von 142 000 Einwohnern nicht würdig. Es sollte mir lieb sein, wenn es sich einrichten ließe, daß für die Zukunft ein derartiger sehr wenig schöner Zustand sich vermeiden ließe.

Herr Bürgermeister M e h e r: Ich möchte empfehlen, daß der Herr Antragsteller jetzt auf eine Antwort in sachlicher Beziehung verzichtet, da bei Punkt XXIII der heutigen Tagesordnung über denselben Gegenstand verhandelt werden wird.

Herr H e n k i n g: Ich bin damit einverstanden.

XVI. Anfrage Friede: Inkraftsetzung der Straßenpolizeiordnung.

Herr F r i e d e: Ich möchte die Anfrage stellen:

„Kann der Magistrat Mitteilung machen, wann das von der Versammlung durchberatene und genehmigte Statut der Straßenpolizeiordnung in Kraft treten wird?“

Sie werden es gewiß nicht als Neugierde auffassen, wenn ich diese bescheidene Anfrage stelle. Wir haben vor zwei Jahren das Statut beraten, und bis heute ist mir noch nicht bekannt geworden, daß die Straßenpolizeiordnung veröffentlicht wäre. Die berühmte Teppichklopferei ist auch noch in demselben Umfange vorhanden, wie damals. Ich weiß nicht, was ich dazu sagen soll, daß eine Behörde so langsam arbeitet, und ich möchte Aufschluß haben, woran das liegt.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Der Notschrei des Herrn Griese soll hier nicht ungehört und unbeantwortet verhallen. Ich bin in der angenehmen Lage, Ihnen mitteilen zu können, daß die Herren in der allernächsten Zeit sich noch mit einigen geringfügigen Aenderungen an der neuen Straßenpolizeiordnung zu beschäftigen haben werden und zwar bevor Sie in die Sommerferien gehen. (Bewegung und Heiterkeit.) Im übrigen ist die Genehmigung der Straßenpolizeiordnung in nahe Aussicht gestellt worden. Das Herzogliche Staatsministerium schlägt vor, schon wegen der Bestimmungen in bezug auf das Teppichklopfen, daß das neue Statut nicht erst mit dem Beginne des dritten Monats nach seiner Veröffentlichung, sondern schon zu einem früheren Zeitpunkt, über den wir uns schon einigen werden, in Kraft gesetzt werde.

XVII. Anfrage Wesemeier: Pflasterungsarbeiten an der Wendenstraße.

Herr Wesemeier: Meine Anfrage lautet:

„Ist es dem Magistrate bekannt, daß an der Wendenstraße seit acht Tagen die Pflasterungsarbeiten ruhen, wodurch unhaltbare Zustände entstanden sind? Was gedenkt der Magistrat zu tun, um diese Zustände zu beseitigen?“

Die Begründung der Anfrage habe ich zum größten Teile schon bei Punkt IX gegeben. Die Zustände sind tatsächlich sehr schlecht, und wer dort im Dunkeln geht, kann unter Umständen Hals und Bein brechen. Für die Anwohner ist es keineswegs angenehm, solchen Zustand vor ihren Häusern zu haben. Als die Steinleger vor ein paar Jahren streikten, war es natürlich notwendig, daß die Arbeiten schnell fertig gemacht werden mußten, und jetzt liegen sie schon länger als acht Tage unfertig da.

Herr Bürgermeister Meyer: Dem Magistrate ist über die Verhältnisse nichts bekannt, ich bin daher nicht in der Lage, etwas darüber zu sagen.

XVIII. Anfrage Rieke: Stand des Bahnhofprojektes.

Die Anfrage lautet:

„Wie weit ist die Bahnhofsangelegenheit geklärt? Wie steht es mit dem Durchgangsprojekte oder mit dem Kopfbahnhofs?“

Herr R i e f e (zur Begründung): Als es sich darum handelte, eine direkte Verbindung nach Celle zu erhalten, wurde uns immer von der preussischen Eisenbahnverwaltung geantwortet, es ginge nicht, weil keine neue Linie mehr in den Bahnhof hier hineingelassen werden könnte. Jetzt ist ja nun in dieser Hinsicht eine Entscheidung getroffen. Ich bin Mitglied der Bahnhofsideputation, aber seit Jahr und Tag ruht die Sache, und wir haben den dringenden Wunsch, darüber aufgeklärt zu werden. Ich möchte eigentlich die Entscheidung in dieser Sache noch erleben, und ein gleiches Interesse hat daran die ganze hiesige Bevölkerung. Deshalb möchte ich den Magistrat ersuchen, uns mitzuteilen, wieweit die Angelegenheit gediehen ist.

Herr Oberbürgermeister K e t e m e h e r: Als wir vor etwa anderthalb Jahren die Bahnhofsfraße hier zuletzt erörterten, habe ich ausdrücklich davor gewarnt, das Kopfbahnhofprojekt zu fordern, weil dadurch eine Verzögerung von mindestens einem Jahre eintreten würde. Das hat sich jetzt leider bestätigt, denn es ist jetzt schon eine noch längere Zeit darüber verfloßen, ohne daß dem Magistrate offiziell auch nur das geringste von der Sache bekannt geworden wäre.

XIX. Baulichkeiten im Altstadttrathause.

Der Magistrat hält folgende baulichen Aenderungen im Altstadttrathause für angezeigt:

1. die beiden Zugangsthüren zum VersammlungsSaale gehen nach innen auf und müssen entsprechend geändert werden: die Kosten betragen 429,39 Mark;

2. die zurzeit als Garderobe benutzte Eintrittshalle ist räumlich hierzu durchaus ungenügend; es empfiehlt sich, den angrenzenden früheren Bildersaal zur Garderobe einzurichten und zur Erleichterung und besseren Regelung des Verkehrs durch eine zweite in der massiven Trennungswand anzubringende Oeffnung mit der Eintrittshalle zu verbinden: die Herstellung dieser Oeffnung ist zu 100 Mark veranschlagt;

3. außer den vorhandenen 4 Kleiderständen wird empfohlen, 2 neue Kleiderstände für 400 Mark anzuschaffen;

4. die Herrichtung von Bedürfnisanstalten für beide Geschlechter mit einem Kostenaufwande von 1570 Mark und die Aufwendung von 535 Mark für die notwendige Beleuchtungsanlage, sowie von 95 Mark für Insgemein.

Vom Magistrate wird ersucht, hierfür die Gesamtkosten mit 3129,39 Mark zu verwilligen.

Herr F r i e: Die Baukommission empfiehlt, die Punkte 1 bis 3 der Vorlage ohne weiteres gutzuheißten. Bezüglich des Punktes 4 schlägt sie im Einvernehmen mit dem Magistrate vor, bei den Bedürfnisanstalten Trennungswände

zu ziehen, damit beide Geschlechter nicht in eine Tür zu gehen brauchen und hierfür 200 Mark mehr, im ganzen also 3329,39 Mark zu verwilligen.

Die Versammlung beschließt diesem Antrage gemäß.

XX. Wahl von Stadtverordneten zur Teilnahme am Städtetage.

Vorsitzender: Die Versammlung wird ersucht, zwei Vertreter zu dem am 11. und 12. Juni in Hasselfelde stattfindenden 26. Braunschweigischen Städtetage zu wählen. Vorgeschlagen werden die Herren Bues und Henking.

Herr Hesse: Ich schlage Herrn Niese vor.

Gewählt werden durch Stimmzettel Herr Henking mit 23 und Herr Bues mit 16 Stimmen. Herr Niese erhielt 12 Stimmen, während die übrigen 11 Stimmen zerplitterten.

XXI. Abänderung des Statuts über die Veränderungs- und Wertzuwachssteuer.

Den Aenderungsvorschlägen, die von der Versammlung bei Genehmigung der Entwürfe von Statuten für die Gemeinde-Veränderungs- und die Wertzuwachssteuer am 7. Januar d. J. gemacht, und die inzwischen durch die am 21. April vorgeschlagene Festsetzung der Gemeinde-Veränderungssteuer auf $\frac{5}{6}$ v. H. des Wertes des Grundstücks unter Beibehaltung des bisher erhobenen Sechstels ergänzt sind, stimmt der Magistrat im allgemeinen zu.

Da es sich jedoch in anderen Städten vielfach herausgestellt hat, daß durch die Gründung von Gesellschaften mit beschränkter Haftung oder von Kommanditgesellschaften und durch die Veräußerung der Gesellschaftsanteile leicht eine Umgehung der Heranziehung zu beiden Steuerarten erfolgen kann, so hält der Magistrat es für zweckmäßig, dieser Schmälerung der Steuereinnahmen dadurch zu begegnen, daß bei den Vorschriften über die Voraussetzung der Steuerpflicht sowohl in § 1 Nr. 4 des Statuts über die Gemeinde-Veränderungssteuer wie im Schlusse des § 1 Nr. 1 des Statuts über die Wertzuwachssteuer durch einen Zusatz zu der bisherigen Fassung gesagt wird:

„Die Vorschriften dieses Statuts finden entsprechende Anwendung auf den Uebergang des Miteigentums an Grundstücken sowie auf die Veräußerung von Geschäftsanteilen einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung oder einer Kommanditgesellschaft, deren Vermögen ganz oder überwiegend aus Grundstücken besteht.“

Was die Einführungsvorschrift in § 7 des ersten, § 9 des zweiten Statuts betrifft, so hegt der Magistrat mit der Versammlung den Wunsch, die neuen Steuerordnungen sobald als möglich in Kraft treten zu lassen. Vielleicht

kann dies noch vor dem 1. Oktober d. J. geschehen. Da jedoch das Inkrafttreten von der Genehmigung beider Statuten und des neuen Gehaltsstatuts sowohl durch die städtischen Behörden als auch durch Herzogliches Staatsministerium abhängig ist, so bereitet die Feststellung des Zeitpunktes, wann frühestens die Steuererhebung beginnen könnte, einige Schwierigkeiten, die sich wohl am einfachsten überwinden lassen, wenn die Versammlung dem Magistrate die Bestimmung des vorläufig offen zu lassenden Tages des Inkrafttretens der beiden Steuerstatuten überlassen würde.

Der Magistrat ersucht deshalb,

sich mit den oben erwähnten Aenderungen der §§ 1 und 7 des Gemeindeveränderungs- und der §§ 1 und 9 des Wertzuwachssteuerstatuts unter entsprechender Ermächtigung des Stadtmagistrats einverstanden zu erklären.

Herr *Leue* (zur Geschäftsordnung): Ich habe eine Anfrage an den Magistrat zu richten, die eng mit dieser Vorlage zusammenhängt. Es wäre wohl angebracht, das jetzt zu tun, ohne in den Gang der Beratung einzugreifen.

Vorsitzender: Ich bin anderer Ansicht und meine, daß wir zunächst in die Beratung des Gegenstandes einzutreten haben, ehe zu dem Gegenstande selbst Anfragen gestellt werden.

Herr *Weichsel*: Die Statutenkommission hält den Vorschlag des Magistrats für vollständig unbedenklich und für empfehlenswert, der Vorsicht halber die Klausel in das Statut aufzunehmen.

Herr *Wolters*: Ich möchte die Absicht des Magistrates noch unterstützen durch zwei Zusatzanträge, indem ich zunächst beantragen möchte, hinter „Veräußerung“ einzufügen „oder Vererbung, soweit beides nach Statut auch sonst steuerpflichtig ist.“

Herr *Weichsel*: Die Kommission hat diesen Vorschlag nicht erwogen, und ich persönlich halte ihn für unnötig. Es heißt in § 1 des Statuts:

„Jeder nicht unmittelbar von Todes wegen erfolgende Übergang des Eigentums an einem im Stadtbezirke belegenen unbebauten oder bebauten Grundstücke mit Ausnahme der Zwangsenteignungen unterliegen einer Steuer (Gemeinde-Veränderungssteuer) in Höhe von 1 v. H. des Wertes des Grundstücks.“

Damit ist gesagt worden, in welchen Fällen die Steuer erhoben wird. Nun sind hier noch die Gesellschaften mit beschränkter Haftung und die Kommanditgesellschaften einbezogen worden, was genügen dürfte.

Herr *Wolters*: Der Absatz 1 betrifft das Eigentum, der Absatz 2 das Miteigentum an Grundstücken, der darauf nicht ausgedehnt werden kann.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich verkenne nicht die Absicht des Herrn Dr. Wolters, aber es wird hierdurch ein vollständig neuer Gesichtspunkt in das Statut hineingebracht. Auf diese Weise würde nämlich gegenüber den Gesellschaften mit beschränkter Haftung eine Art von kommunaler Steuer eingeführt werden. (Zustimmung.) Es dürfte daher der Vorschlag des Herrn Dr. Wolters über den Rahmen dessen hinausgehen, was wir mit diesem Statut beabsichtigt haben.

Herr Wolters: Das kann ich nicht anerkennen, denn Veräußerung und Erbgang umfassen steuerpflichtige und nichtsteuerpflichtige Fälle.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Das ist nicht richtig. Die allgemeine Regel im Statut ist, daß der Uebergang von Todes wegen durch das Statut nicht getroffen werden soll. Es ist richtig, daß in einigen Ausnahmefällen dieser Uebergang zum Gegenstande der Besteuerung gemacht wird. Herr Dr. Wolters würde aber die Ausnahme zur Regel erheben.

Herr Weichsel: Ich habe noch das Bedenken, daß diese Vorschrift vom Herzoglichen Staatsministerium schon wegen des Erbschaftsteuergesetzes gar nicht genehmigt werden würde.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich kann die Äußerung des Herrn Weichsel bestätigen. Das Reichserbschaftsteuergesetz bindet uns derartig die Hände, daß wir dem Wunsche des Herrn Dr. Wolters machtlos gegenüberstehen. Sie können der fleißigen und opferfreudigen Kommission die nochmalige Arbeit wirklich ersparen.

Der Antrag Wolters wird hiernach abgelehnt.

Herr Wolters: Ferner sind hier nur die Kommanditgesellschaften genannt, nicht auch die offenen Handelsgesellschaften. Der Zweck der Einführung der Steuerpflicht würde vereitelt, da es leicht möglich ist, die Umwandlung einer Kommanditgesellschaft in eine offene Handelsgesellschaft vorzunehmen, um sich dadurch der Steuerpflicht zu entziehen. Grundsätzlich ist es nicht richtig, die offenen Handelsgesellschaften gegenüber den Kommanditgesellschaften zu unterscheiden. Der Kommanditist ist nichts anderes als ein Gesellschafter. Ich beantrage deshalb, hinter „Kommanditgesellschaft“ einzufügen: „oder einer offenen Handelsgesellschaft“. Einigen Bedenken wird das Bestreben begegnen, von einem Gesellschaftsvermögen, das ein Eigentum zur gesamten Hand ist, einen Teil zu besteuern. Eine statutarische Festsetzung ist aber wohl statthaft.

Herr Weichsel: Dieser Punkt ist von der Kommission erwogen. Die Rechtsprechungen schwanken hierüber. Früher hat das Reichsgericht sich auf den Standpunkt gestellt, daß der Uebergang des Eigentums auf eine offene Handelsgesellschaft als ein vollständiger Eigentumswechsel anzusehen sei und infolgedessen die volle Veränderungssteuer erhoben werden müsse. Von diesem Grund-

sache ist das Reichsgericht neuerdings abgegangen und hat gesagt, daß immer nur die betreffende Quote steuerpflichtig sei. Wenn also z. B. zwei Leute eine offene Handelsgesellschaft gründen und sich dort mit 30 und 70 Prozent beteiligen, so soll der erstere nur mit 30 Prozent des einzubringenden Grundstücks versteuert werden. Die Kommission hat sich nun auf den Standpunkt gestellt, daß es nicht richtig sein würde, hier der Rechtsfrage vorzugreifen. Wenn die Sache rechtlich entschieden wird, so wird ohne weiteres die Konsequenz auch hier zu ziehen sein, sollten die Gerichte aber anders entscheiden, so müßten wir damit auch zufrieden sein. Es ist also fraglich, ob wir statutarisch die Frage hier regeln können.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Der Magistrat ist mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Er hat sich mit der Sache eingehend befaßt und die Frage des Herrn Dr. Wolters auch seinerseits erwogen, ob man hier nicht die offenen Handelsgesellschaften zu erwähnen hätte. Der Magistrat hält das nicht für richtig, weil die offenen Handelsgesellschaften keine juristischen Personen sind, und weil bei dem Eintritt einer Person in eine offene Handelsgesellschaft nur der einzuschießende Anteil auf diese übergeht. Ich darf darauf hinweisen, daß der Rat der Stadt Leipzig diese Frage eingehend erwogen und eine Bestimmung getroffen hat, die ganz überflüssig ist, indem sie nur dasjenige klar ausdrückt, was wir für Rechtsens halten. Diese Bestimmung heißt: „Wenn jemand sein Grundstück in eine Handelsgesellschaft einwirft, oder wenn jemand in eine Handelsgesellschaft eintritt, oder aus einer solchen ausscheidet, zu deren Vermögen ein Grundstück gehört, so ist bei Erhebung der Abgabe der Anteil, der der Besitzwechselabgabe unterliegt, nach Gehör der Beteiligten vom Räte festzustellen.“ Das ist keine zweckmäßige Bestimmung, weil sie dem Ermessen der Behörde freien Spielraum überläßt. Ich glaube, es würde der Bedeutung der rechtlichen Stellung der offenen Handelsgesellschaften nicht entsprechen, wenn man sie hier besonders erwähnen wollte.

Herr Wolters: Ich sehe davon ab, einen Antrag zu stellen.

Die Versammlung erklärt sich mit der Ergänzung der beiden Statuten nach dem Vorschlage des Magistrates einverstanden.

Herr Weichsel: Es handelt sich nun noch darum, zu beschließen, daß dem Magistrate die Bestimmung des Inkrafttretens der beiden Steuerstatuten überlassen bleibt.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Dieser Antrag ist vom Magistrate gestellt worden, um möglichst schnell mit der Steuererhebung beginnen zu können.

Die Versammlung genehmigt auch diesen Teil und damit die ganze Magistratsvorlage.

Herr Leue: Ich habe an den Herrn Oberbürgermeister eine Anfrage zu richten, von deren Beantwortung es abhängen wird, ob ich noch einen Zusatzantrag zu stellen habe oder nicht. Würde der Magistrat den zuletzt von der Versammlung beschlossenen Gehaltserhöhungen seine Zustimmung geben und sie durchführen, wenn die Veränderungssteuer in der zuletzt von der Finanzkommission vorgeschlagenen Höhe, nämlich zu 11½ Prozent, hier beschlossen würde?

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Durch diese Anfrage wird dem Magistrate — ich persönlich habe damit nichts zu tun — die Pistole auf die Brust gesetzt. Er soll erklären, ob er den höheren Gehaltsfäken zustimmen würde, wenn Sie ihm die höheren Steuern bewilligen würden. Ich habe die Sache — da Herr Leue die Anfrage schon in der Finanzkommission vorgebracht hatte und sie mir demnach bekannt war — heute morgen dem Magistrate vorgetragen und der hat folgendes erwogen: Wenn der Magistrat es ablehnt, die höheren Gehaltsbewilligungen vorzunehmen, so trifft ihn allein das Odium, seinen Beamten und Lehrern die höheren Gehälter vorzuenthalten, sagt er aber: Wenn Sie uns die höheren Steuern bewilligen, so werden wir auch unsererseits die höheren Gehälter zugestehen, so trifft ihn das Odium, die Mehrbelastung dem Teile der Einwohnerschaft auf die Schultern zubürden, der schon jetzt mit den neuen Steuervorlagen nicht einverstanden war. Sie bringen also den Magistrat auf jeden Fall in eine sehr schwierige Lage, weshalb der Magistrat der Ansicht war, daß für ihn kein Grund vorliegt, jetzt schon zu erklären, was er tun würde, wenn dies oder das eintreten sollte.

Wir machen aber kein Fehl daraus, daß es für uns nicht angenehm sein würde, wenn wir hinterher mit Ihnen nicht gleicher Ansicht sein sollten. Wir müssen offen gestehen, wir haben die letzte Gehaltsvorlage eingebracht in der Ueberzeugung, daß die von uns vorgeschlagenen Gehälter nach Maßgabe der jetzigen Verhältnisse zulässig und auch genügend sind. Unter diesen Verhältnissen würde es doch eine eigene Zumutung an den Magistrat sein, daß er ohne weiteres erklären soll, sowie hier die höheren Steuern vielleicht mit einer kleinen Majorität bewilligt werden, so fallen wir um mit unserer Ansicht und wechseln unsere Ueberzeugung, indem wir erklären, die von uns vorgeschlagenen Gehälter sind nicht mehr genügend, sondern es sind höhere Gehälter erforderlich. Der Magistrat muß den Grundsatz befolgen, daß er seinen Bürgern Steuern nur soweit auferlegen darf, wie es die dringende Notwendigkeit erfordert, jedes Darüberhinausgehen würde ein Fehler sein. Deshalb hat es der Magistrat für richtig erachtet, die Stellungnahme der Versammlung ruhig abzuwarten. Wir müssen daher eine Erklärung auf die freundliche Anfrage des Herrn Leue ablehnen. Sollten Sie in der Richtung beschließen, so würden wir dazu Stellung zu nehmen haben.

Herr Fricke: Ich finde die Anfrage des Herrn Leue unverständlich. Wenn Sie bedenken, wie lange wir schon über diese Materie verhandelt haben und daß wir glaubten, nun endlich am Schlusse zu sein, indem wir hofften, daß die Gehaltszulagen nach Annahme der Veränderungssteuer in Höhe von $\frac{5}{6}$ Prozent endlich bewilligt würden, und nun kommt Herr Leue mit einem neuen Antrage, der darauf hinausläuft, jetzt zu bewilligen, was wir bei der vorigen Verhandlung abgelehnt haben. Nach meinem Gefühle waren die Herren sämtlich froh, daß die Sache nun endlich aus der Luft kam. Ich kann auch heute nicht für die Sache stimmen, gegen die ich in der vorigen Sitzung gestimmt habe. Das ist mir einfach unmöglich. Deshalb kann diese Anfrage gar nicht zur Debatte gestellt werden. Wenn jetzt ein neuer Antrag eingebracht wird, so schieben wir die Sache wieder auf die lange Bank. Soviel ich aber glaube, wird den Beamten und Lehrern mehr daran liegen, endlich zum Schlusse zu kommen, als die Sache wieder in die Länge gezogen zu sehen. Geschieht letzteres, so stehen wir wieder auf demselben Punkte, wie damals. Lassen Sie uns darum bei unserm Beschlusse hinsichtlich der Veränderungssteuer bleiben und der heutigen Magistratsvorlage zustimmen.

Herr Meyerhoff: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob die Anfrage des Herrn Leue hier zur Debatte steht. Ich habe es noch nicht erlebt, daß über eine Anfrage ohne entsprechende Beschlußfassung gleich debattiert ist.

Vorsitzender: Die Sache liegt folgendermaßen: Eine Anfrage im Sinne unserer statutarisch vorgesehenen Anfragen liegt hier nicht vor. Ich würde es für ein Unrecht halten, wenn jemand das Wort entzogen würde, weil er eventuell einen Antrag zu stellen beabsichtigt. Die beiden vorliegenden Punkte, betreffend die Menderung der Statute über die Veränderungs- und Wertzuwachssteuer, sind erschöpft, nun hat Herr Leue erklärt, daß er hierzu eventuell noch einen Antrag stellen wolle und daran kann ich ihn parlamentarisch nicht verhindern. Wenn Herr Leue keinen Antrag stellt, so schließen wir eben die Debatte über diesen Gegenstand. Ich weiß nicht, wie es anders gemacht werden soll, ohne ein Mitglied der Versammlung mundtot zu machen.

Herr Leue: Ich hatte keine Debatte über meine Anfrage beabsichtigt, denn für mich war die Sache durch die Antwort vom Magistratsstische erledigt. Wenn Herr Fricke aber ein Vergnügen daran findet, darüber zu diskutieren, so kann ich es ihm nicht verwehren. Ich möchte aber Herrn Fricke beruhigen, ich stelle nach dieser Antwort keinen Antrag, weil ich das für aussichtslos halte. Daß aber die Erhöhung der Veränderungssteuer um ein weiteres Sechstel etwas Ungeheuerliches sein soll, kann ich nicht einsehen. Als der Vermittlungsantrag Fricke gestellt wurde, hieß es, der Magistrat würde damit einverstanden sein und die Gehälter in der von uns beschlossenen Höhe bewilligen. Ich werde

also keinen Antrag stellen, möchte aber bemerken, daß die Arbeitsfreudigkeit der Beamten und Lehrer durch solches Vorgehen nicht gehoben wird. Diese Arbeitsfreudigkeit ist nicht von hundert Mark mehr oder weniger abhängig, wohl aber wird sie dadurch beeinträchtigt, daß Hoffnungen in den Beamten und Lehrern geweckt sind, die nun, wo es an die Zahlung der höheren Gehälter gehen soll, nicht erfüllt werden. Die Arbeitsfreudigkeit, die gerade bei den Lehrern so sehr am Platze ist, kann dadurch nicht gehoben werden.

Herr Oberbürgermeister R e t m e y e r: Diesen Ausführungen gegenüber möchte ich folgendes bemerken: Wenn darin ein Vorwurf für den Magistrat liegen soll, so halte ich ihn für durchaus unbegründet. Im allgemeinen hat es der Magistrat bisher für richtig gehalten, an den Beschlüssen einer zur Vorberatung wichtiger Angelegenheiten eingesetzten Deputation möglichst wenig zu ändern. Sie sind, ich möchte sagen, der Niederschlag der Ansichten eines Ausschusses beider Körperschaften und man kann im allgemeinen annehmen, daß das, was die gemischte Deputation beschließt, auch der Ansicht der beiden in der Deputation vertretenen Körperschaften entspricht. Demgemäß hat der Magistrat die Vorschläge der Deputation über die Gehaltsaufbesserungen fast durchweg akzeptiert, während die Versammlung zum Teil nicht unerheblich darüber hinausgegangen ist. Ein Vorwurf gegen den Magistrat könnte nur darin erblickt werden, daß er nicht sofort sagte, als die Gehaltsfrage hier erörtert wurden, er wäre damit nicht einverstanden. Herr Leue hat wenigstens in der Kommission gesagt, es würde das richtig gewesen sein; ich halte mich indessen nicht für befugt, eine derartige Erklärung namens des Magistrates abzugeben, denn ich habe nur eine Stimme im Magistrate, und es kann daher nicht ohne weiteres das Recht beansprucht werden, daß der Magistrat zu solchen Sachen sofort Stellung nehme. Außerdem würde auch eine Erklärung des Magistrates als Versuch, die Abstimmung zu beeinflussen, angesehen werden können, zumal wenn er sagt, beschließen Sie was Sie wollen, wir gehen nicht darauf ein. Eine solche, wenn auch nicht in der eben angedeuteten unhöflichen Form abgegebene Erklärung dürfte doch wohl einen Einfluß auf Ihren Beschluß ausüben können. Zu den betreffenden Beschlüssen hatte der Magistrat noch keine Stellung genommen, und ich hatte auch keine Veranlassung, dem Magistrate zu unterbreiten, was wir sagen würden, wenn die Versammlung so und so beschließen würde. Wenn irgendwo etwas verschuldet ist, wenn ich so sagen darf, daß den Beamten Hoffnung auf höhere Gehälter gemacht ist, als der Magistrat nun zugestehen will, so liegt das doch wohl darin, daß von den Vorschlägen der Deputation abgewichen ist. Das Recht will der Magistrat Ihnen in keiner Weise bestreiten, irgend welche abweichenden Vorschläge zu machen, denn jeder hat das Recht,

nach seiner Ueberzeugung zu sprechen, aber Vorwürfe gegenüber dem Magistrat sind hier nicht am Platze.

Herr L e u e (persönlich): Es hat mir fern gelegen, dem Magistrat einen Vorwurf zu machen, denn wenn jemand ein Vorwurf trifft, so möchte ich ihn denjenigen zuschieben, die damals den Kommissionsantrag nicht angenommen haben.

Damit wird dieser Gegenstand verlassen.

XXII. Statut über die Besoldung der städtischen Beamten und Lehrer.

In der Sitzung vom 21. April d. Js. hat die Versammlung sich bereit erklärt, der Erhebung einer Veränderungssteuer in Höhe von $\frac{5}{6}$ Prozent — unter Aufrechterhaltung des bisher schon erhobenen $\frac{1}{6}$ Prozent vom Werte der Grundstücke zc., über die Kontrakte abgeschlossen werden — zuzustimmen und gleichzeitig um Feststellung der Beamten- und Lehrergehälter in der von der Versammlung am 3. Dezember 1908 beschlossenen Höhe ersucht; nur soll die Einschränkung Platz greifen, daß keine Gehaltssteigerung mehr als 500 Mark beträgt.

Durch diese Einschränkung, mit der der Magistrat einverstanden ist, würde sich der früher zu 191 500 Mark ermittelte Bedarf auf 185 500 Mark ermäßigen, wenn man die wenigen mehr als 500 Mark betragenden Gehaltsaufbesserungen unberücksichtigt läßt, die dadurch entstehen, daß zwei Arten von Amtsstellen fortan einer höheren Gehaltsabteilung eingereiht werden sollen. Da aber auch nach der Ansicht des Magistrats die Erhöhung der Gehälter der festangestellten Beamten eine Aufbesserung der in auffündbarer Stellung gegen Vergütung beschäftigten Beamten bedingen und hierfür nach Ansicht der Versammlung eine Summe von etwa 6000 Mark jährlich aufzuwenden ist, so beträgt der Bedarf nach wie vor rund 191 000 Mark.

Bei den bisherigen Verhandlungen ist angenommen, daß eine 1prozentige Veränderungssteuer einen Ertrag von etwa 174 000 Mark jährlich liefern würde; mithin würden $\frac{5}{6}$ Prozent nur 145 000 Mark Ertrag liefern, und somit — da $\frac{1}{6}$ Prozent bisher schon erhoben wurde — 191 000 Mark — 145 000 Mark = 46 000 Mark jährlich ungedeckt bleiben.

Inzwischen ist magistratsseitig festgestellt, daß die der Veränderungssteuer nahezu gleichkommende staatlicherseits erhobene Stempelabgabe (1 Prozent) im abgelaufenen Jahre 1908/09 nur 144 153,50 Mark betragen hat. Die erhoffte Einnahme aus der auf $\frac{5}{6}$ Prozent bemessenen städtischen Veränderungssteuer würde hiernach nur rund 120 000 Mark betragen, mithin der ungedeckte Fehlbetrag sich auf 71 000 Mark erhöhen.

Auf die Deckung eines Teiles dieses Fehlbetrages aus den Erträgen der Wertzuwachssteuer ist — wenigstens vorläufig — nicht zu hoffen, zumal auch noch mit der Möglichkeit gerechnet werden muß, daß auch das Reich wenigstens teilweise die Erträge dieser Steuer für sich beansprucht. Die Verhältnisse haben sich in der Tat inzwischen so gestaltet, daß Zweifel darüber gerechtfertigt sind, ob zurzeit eine nennenswerte Gehaltsaufbesserung überhaupt durchführbar ist, und wenn der Magistrat ungeachtet dieser Bedenken an der Gehaltserhöhung festhält, so bestimmt ihn dazu hauptsächlich der Umstand, daß den Beamten eine harte Enttäuschung bereitet würde, wenn die schon seit länger als Jahresfrist in Aussicht stehenden Zulagen schließlich völlig ausbleiben sollten.

Aber Gehaltserhöhungen zu bewilligen, die zurzeit in Höhe von rund 70 000 Mark ungedeckt blieben, und damit den bisher in finanzieller Beziehung in bester Ordnung gehaltenen Stadthaushalt ins Schwanken zu bringen, würde eine höchst bedenkliche Maßregel sein, der zuzustimmen, der Magistrat nicht in der Lage ist.

Die Versammlung hat die Herabsetzung der ursprünglich in Aussicht genommenen Steigerung der höheren Gehälter empfohlen; während der Magistrat der Ansicht ist, daß eine Ermäßigung auch noch bei einigen anderen Gruppen angängig erscheint; er kann außerdem nicht anerkennen, daß es erforderlich war, die von der gemischten Deputation empfohlenen und vom Magistrate durchweg gutgeheißenen Gehaltsätze der im Schuldienste beschäftigten Personen so zu steigern, wie in der Stadtverordnetensitzung vom 3. Dezember 1908 beschlossen worden ist.

Um den Beamten und Lehrern wenigstens diejenige Gehaltsaufbesserung zuteil werden zu lassen, die nach Ansicht des Magistrates die finanzielle Lage der Stadt zuläßt, greift er zurück auf die Beschlüsse der gemischten Deputation, die für die Vorlage vom 29. Juni v. Js. die Grundlage bildeten. Abgesehen von der oben erwähnten Herabsetzung einiger Gehaltsgruppen und geringfügigen magistratsseitig nicht beanstandeten Minderungen, die gerechtfertigt erscheinen und in finanzieller Beziehung ohne Bedeutung sind, bedarf die Gehaltskala für die Lehrerinnen insofern einer Minderung, als sie mit dem inzwischen erlassenen Gesetze Nr. 82 vom 14. Dezember 1908 in Einklang gebracht werden muß.

Die hiernach vom Magistrate zugestandenen Gehaltserhöhungen sind aus den vorgelegten Entwürfen eines städtischen Statuts und der beiden für die städtischen Bürgerschulen und die beiden gehobenen Mädchenschulen zu erlassenden Ordnungen zu ersehen.

Die entsprechenden Vorschriften für die Oberrealschule und die städtische Realschule sind einstweilen nicht ausgearbeitet, weil die zurzeit der Versamm-

lung vorliegende Ordnung für die Realschule gleich in der neuen Fassung würde erlassen werden können; die Ordnung für die Oberrealschule aber soll in gleicher Weise geändert werden, wie hinsichtlich der Ordnung für die Realschule empfohlen ist, so daß alsdann auch die neuen Gehaltsätze würden berücksichtigt werden können.

Beide Entwürfe sollen, falls die oben erwähnten vorgelegten Satzungen genehmigt werden, alsbald nachfolgen.

Auch zur Deckung des nach den Vorschlägen des Magistrates erforderlichen Bedarfs genügt die Veränderungssteuer in Höhe von $\frac{5}{6}$ Prozent einstweilen nicht. Wenn er gleichwohl von der Forderung, weitere Mittel zu bewilligen, absteht, so bestimmt ihn dazu, abgesehen von dem erklärlichen Bestreben, die langwierigen Verhandlungen zum Abschluß zu bringen, nur die nicht ungerechtfertigte Hoffnung, daß der Grundstücksverkehr sich in nächster Zeit wieder beleben und die Veränderungssteuer, die zur Deckung des Mehrbedarfs erforderlichen Erträge liefern wird.

Dem Wunsche der Versammlung, die erhöhten Gehälter schon vom 1. Oktober 1908 an nachzuzahlen, will der Magistrat, da der Ueberschuß aus dem Jahre 1907/08 rechnungsmäßig die zur Deckung erforderlichen Mittel bietet, nicht widersprechen, wenngleich der derzeitige Darbestand der Stadthauptkasse die Nachzahlung ohne weiteres nicht zuläßt, mithin beim weiteren Hinausschieben der Anleihe, mittels deren die in den letzten Jahren für außerordentliche Zwecke geleisteten Vorschüsse getilgt werden könnten, vorübergehend weitere Mittel auf andere Weise (Anleihe in Form kleinerer Darlehen) werden beschafft werden müssen.

Mit dem wiederholten Hinweise darauf, daß die Zahlung der höheren Gehälter (einschließlich der Nachzahlungen) vom Magistrate nach wie vor von dem Zustandekommen der Statuten über die neuen Steuern abhängig gemacht wird, gibt er anheim, den vorgelegten Entwürfen zuzustimmen.

Herr Wolters: Die Finanzkommission hat die Vorlage durchberaten und empfiehlt, sie en bloc anzunehmen. Es handelt sich um dieselben Gehaltsätze, welche seinerzeit die Deputation festgesetzt hatte. Die Versammlung würde damit gleichzeitig ein neues Statut über die Besoldung der Beamten der Stadt Braunschweig, sowie Nachträge zu den Dienstordnungen für die Lehrkräfte an den Bürgerschulen und den gehobenen Mädchenschulen zu genehmigen haben.

Eine Aenderung wünscht die Finanzkommission nur in der Dienstordnung für die Lehrkräfte an den Bürgerschulen, die dahin geht, die Bestimmung unter C lauten zu lassen:

„Die Feststellung der Gehaltsätze der zurzeit des Inkrafttretens dieser Vorschriften im Amte befindlichen Schulinspektoren erfolgt

unter sinngemäßer Anwendung der Vorschriften unter A, § 7 I. 2 mit der Maßgabe, daß die durch die Einreihung in die neue Gehaltskala bewirkte Gehaltserhöhung in keinem Falle mehr als 300 Mark betragen soll, daß eine Ermäßigung eines bereits bewilligten Gehaltsjahres nicht stattfindet und daß, soweit das Höchstgehalt noch nicht erreicht ist, die nächste Alterszulage drei Jahre nach dem Zeitpunkte gewährt wird, zu dem die letzte Alterszulage bewilligt wurde."

Diese Menderung ist aus dem Bestreben hervorgegangen, für sämtliche Schulinspektoren einheitliche Verhältnisse zu schaffen. Weitere Menderungen hat die Kommission nicht vorzuschlagen.

Herr B ä h r: Ich begrüße diese Menderung auch aus Gründen der Gleichheit. Die bisherigen Bestimmungen waren derart, daß zweierlei Schulinspektoren im Schuldienste tätig waren; mit der Menderung wird also ein Akt der Gerechtigkeit und Billigkeit vollzogen.

Herr S a n d e r: Wenn man jetzt resumiert, welchen Erfolg die monatelang über die Besoldungs- und Steuerfragen geführten Verhandlungen gehabt haben, so muß man unwillkürlich zu dem Schlusse kommen, daß der Magistrat eigentlich keinen Zoll breit von seiner Position gewichen ist, während wir unsere sämtlichen Positionen haben aufgeben müssen. (Widerspruch.) Darum läßt sich gar nicht wegkommen: die langen Verhandlungen haben für uns nicht den geringsten Erfolg gehabt. Ich stehe zu der Sache auf demselben Standpunkte wie früher: ich bin der Meinung, daß nicht allein die $\frac{5}{6}$ Prozent Veränderungssteuer, sondern sogar weniger genügen würden, um die Gehaltsaufbesserungen in dem von der Versammlung früher beschlossenen größeren Umfange zu decken. Dabei stütze ich mich auf die Worte des Herrn Oberbürgermeisters, der einmal gesagt hat, es sei kein großes Unglück, den Etat mit einer Differenz nach unten abzuschließen. Wenn wir deshalb wirklich einmal mit einer Unterbilanz von 71 000 Mark abschließen, so wäre das nicht so schlimm, obgleich ich der festen Ueberzeugung bin, daß die 71 000 Mark durch die Veränderungssteuer gedeckt werden. Den allzu vorsichtigen Erwägungen des Magistrates kann ich mich daher nicht anschließen. Ich hatte mich der festen Hoffnung hingegeben, daß wir mit dieser Sache nach dem Abschlusse des letzten Kompromisses fertig waren, was nun leider nicht der Fall ist. In der Bürgerschaft ist man sehr selten davon berührt, daß die Versammlung so wenig Einfluß bei den Verhandlungen auszuüben vermocht hat.

Herr M e n e r h o f f: Ich stehe auch auf dem Standpunkte, daß die Besoldungsfrage von der Wertzuwachs- und der Veränderungssteuer nicht abhängig gemacht werden darf. Was nützt es aber, noch weiter darüber zu streiten, da es sich jetzt darum handelt, die Sache endlich zu einem glücklichen Ende zu bringen.

Eins geht mir aber gegen die Schnur: das sind die Besoldungsätze der Lehrer. Ich habe mir sagen lassen, es sei eine Frage der Standesehre, daß die Herren wünschen, dasselbe zu erreichen, was die Bauassistenten und Techniker in der höchsten Altersstufe erreichen. Deshalb möchte ich wünschen, daß das Höchstgehalt der Lehrer vom 28. Dienstjahre ab 4000 Mark beträgt, wodurch ein großer Bankapfel fortfallen und die Streitart begraben würde. Wir könnten vielleicht sagen, daß den Lehrern nach dem 28. Dienstjahre ein Gehalt von 4000 Mark bewilligt würde. Damit würden wir uns an die Gehaltsätze anderer Städte, wie Ludwigshafen und Mannheim, anlehnen. Im übrigen will ich an der Vorlage nicht rütteln, auch stelle ich keinen Antrag, sondern will meine Anregung nur dem Magistrate zur Erwägung anheimstellen.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e h e r: Was soll es heißen: ich stelle das dem Magistrate zur Erwägung anheim? Entweder, Sie stimmen unserem Vorschlage zu, dann reichen wir das Statut sofort dem Herzoglichen Staatsministerium zur Genehmigung ein, oder Sie stimmen nicht zu, dann kommt keine Einigung zustande. Eine weitere Erwägung des Magistrates im Sinne des Herrn Meyerhoff hat keine Bedeutung. Es widerstrebt mir überhaupt, jetzt, wo die Kommission empfohlen hat, die Vorlage en bloc anzunehmen, auf die Anregung eines einzelnen Stadtverordneten in bezug auf eine einzelne Beamtenkategorie noch einzugehen, auch würde ich es nicht für richtig halten, wenn der Magistrat jetzt noch den Wünschen eines einzelnen Stadtverordneten Rechnung tragen wollte. Ich will nur noch darauf hinweisen, daß in diesen Tagen von unseren Technikern eine Eingabe eingegangen ist, in der sie darauf hinweisen, daß sie im Vergleich zu den Lehrern schlecht behandelt würden. (Heiterkeit.) Ich kann deshalb nicht in Aussicht stellen, daß der Magistrat die von Herrn Meyerhoff gewünschte wohlwollende Erwägung anstellen werde. Wir sind allmählich auch müde geworden und möchten die Sache endlich los sein, denn es ist uns durchaus nicht angenehm gewesen, daß sie sich so lange hingezogen hat.

Herr M ö h l e: Den Wunsch des Herrn Meyerhoff teilen wir wohl alle, aber die Sache steht doch so, daß jedes neue Moment, das heute in die Verhandlung hineingebracht wird, die Gefahr in sich birgt, entweder eine nochmalige längere Verzögerung oder vielleicht sogar das Scheitern der ganzen Vorlage im Gefolge zu haben. Nun weiß ich nicht, womit den Beamten und namentlich auch den Lehrern mehr gedient wird, mit der Verzögerung und der Gefahr des Scheiterns der Vorlage, oder aber, sich mit den Gehaltsätzen der Vorlage zu begnügen und mit ihnen zufrieden zu sein. Ich glaube, nicht den kleineren Teil der Lehrer und Beamten auf meiner Seite zu haben, wenn ich sage, die Herren sind damit zufrieden und denken: der Worte sind genug gewechselt, nun laßt uns endlich

Taten sehen; wir wollen uns mit dem, was uns durch die jetzige Vorlage geboten wird, begnügen, aber nun geht es uns auch endlich. (Zustimmung.) Deshalb bin ich hoch erfreut über den Vorschlag der Kommission, die Vorlage en bloc anzunehmen, das ist das allerrichtigste. Wir sind der Ueberzeugung, daß sich der Fehlbetrag von 70 000 Mark in Wirklichkeit nicht ergeben wird, sondern daß die Berechnung einem allzugroßen Pessimismus entsprungen ist. Trotzdem lassen Sie uns aber diese Ueberzeugung zum Opfer bringen und sagen, wir wollen die Vorlage annehmen, wie sie geboten wird. Vielleicht gelingt es uns durch dieses Vorgehen, feurige Kohlen auf das Haupt des Magistrates zu sammeln, die so lange brennen, daß er bei guter Finanzlage sagt, wir wollen nachholen, was wir versäumt haben und wollen das Mehr noch nachträglich geben. (Heiterkeit.)

Herr B ä h r: Ich stimme dem Antrage ebenfalls zu. Da aber die Zulagen im ganzen behandelt werden, so erlaube ich mir, dazu das Wort zu nehmen, jedoch nicht etwa, um durch besondere Anträge die Vorlage in ihrem Laufe aufzuhalten. Der Herr Vorsitzende wird es mir auch nicht als Vertretung eines Sonderinteresses auslegen, wenn ich Herrn Meyerhoff erwidere, die Lehrerschaft muß es ablehnen, nach 28 Dienstjahren noch um 100 Mark aufgebeßert zu werden. 28 Jahre ist lange genug, um den Höchstfuß der Besoldung zu erreichen. So gut auch die Ausführungen des Herrn Meyerhoff gemeint sind, aber nach 28 Dienstjahren noch eine Zulage von 100 Mark zu erhalten, liegt nicht in den Wünschen der Lehrerschaft.

Ich komme nun zu der Äußerung des Herrn Oberbürgermeisters, nach der die Gehaltssätze vom 29. Juni v. Js. als genügend anerkannt werden. Ich werde mich darauf beschränken, hier die Verhältnisse der Lehrerinnen zu besprechen, wozu ich ein Recht habe. Die Versammlung wird hinterher entscheiden können, ob die Besoldung der im Schuldienste befindlichen Personen so ausreichend ist, daß man sie überall für genügend ansieht. Dem gegenüber werde ich ein Beispiel anführen, wie die im Schuldienst befindlichen weiblichen Personen in ihrer Arbeit bewertet werden. Es sind hier 87 Lehrerinnen beschäftigt, von diesen würden 17 um 200 Mark und 22 um 100 Mark aufgebeßert werden, während 48 gar nichts bekommen, nachdem die Abstriche doppelter Natur vom Magistrate vorgenommen worden sind. Dadurch würde aber eine Verschlechterung der Lehrerinnen eintreten. Unser Landesgesetz erlaubt ein Hinausgehen über die 2200 Mark, da durch Gesetz vom 14. Dezember 1908 der Stadt die Freiheit gegeben wird, auf allen Altersstufen um 300 Mark darüber hinauszugehen. Der Herr Landtagsabgeordnete Netemeyer ist bei der Beratung jenes Gesetzes in dankenswerter Weise für das freie Bestimmungsrecht der Stadt Braunschweig eingetreten, leider ohne Erfolg; denn die Bindung durchs Gesetz ist vollzogen worden. Nachdem der Landtagsabgeordnete Netemeyer so für die

Lehrerinnen eingetreten war, wäre es von diesen dankbar aufgenommen, wenn der Landtagsabgeordnete dem Herrn Oberbürgermeister R e t e m e y e r etwas sekundiert hätte bei der Aufstellung der Gehaltsätze und etwas wohlwollender im Interesse der Lehrerinnen vorgegangen wäre. Wir haben damals auf den Antrag Löhnesinke das Höchstgehalt der Lehrerinnen auf 2400 Mark festgesetzt. Wie werden demgegenüber die Lehrerinnen in anderen Staaten und Städten bewertet? In verschiedenen sächsischen Städten, z. B. in Meissen, Annaberg, Riesa u., haben wir Gehälter von 1800 bis 3000 Mark, in Dresden besteht ein Mindestgehalt von 2100 Mark. In unserer nächsten Nachbarschaft, in Hildesheim, geht man bis zu 2700 Mark und in Hannover ist der Höchstsatz 1100 Mark höher als hier. Deshalb hat man hier für die Damen im höheren Schulamte, für die Oberlehrerinnen, eine ganz andere Skala festgesetzt, und zwar Gehaltsätze, die viel höher sind, als anderwärts? Ist der Unterschied zwischen den beiden Arten von Lehrerinnen denn so groß? In Hannover kommen die Oberlehrerinnen erst jetzt auf 4000 Mk., hier sind sie längst auf diesem Satze angekommen. Der Unterschied zwischen der Besoldung der Oberlehrerinnen und Lehrerinnen beträgt in Hannover 700 Mark und hier 1800 Mark! Unsere Oberlehrerinnen haben mit dem Lehrerinnenzugnisse studiert, der Unterschied ist daher nicht gerechtfertigt. Wie die Verhältnisse in Preußen liegen, brauche ich nicht anzuführen, das ist bekannt. Wenn der Magistrat einmal in Gifhorn nach den Gehaltsätzen der Lehrerinnen fragen wollte, so wird er auch dort andere Sätze finden, denn Gifhorn bezahlt bis zu 2450 Mark und dazu noch Wohnungsgeld. Außerdem möchte ich auf die Postverwaltung verweisen. Die Telephonistinnen und Gehilfinnen erhalten ein Anfangsgehalt von 1100 Mark und 432 Mk. Wohnungsgeldzuschuß und sollen in Zukunft mit 1570 Mk. anfangen. Die Telephonistinnen brauchen nur ein halbes Jahr zu ihrer Vorbereitung und haben nicht nötig, einen 10jährigen Kursus an einer höheren Töchterschule und einen 4jährigen Kursus des Lehrerinnenseminars durchzumachen. Wenn man alles dieses erwägt, so muß man allerdings mit Recht fragen, ob die Gehaltsätze der Lehrerinnen für genügend angesehen werden können. Es dürfte auch hier die Zeit kommen, daß ein Ausgleich geschaffen wird. Was ich hier gesagt habe, gilt natürlich auch für die anderen im Schuldienste beschäftigten Personen, über die ich nicht sprechen kann. Diese Vorlage, soweit sie die im Schuldienste befindlichen Personen betrifft, trägt bereits den hippokratistischen Zug in sich: sie wird nicht lange bestehen, aber wiederkommen müssen.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Ich kann nicht zurückhalten mit der Bemerkung, daß ich die Ueberzeugung habe, es wäre besser gewesen, wenn gerade Herr Bähr diese Rede nicht gehalten hätte. (Zustimmung.) Auf die Sache selbst einzugehen, halte ich nicht für angemessen. Herr Bähr hat es für

angezeigt erachtet, meine Stellungnahme zu dieser Vorlage mit meiner Tätigkeit im Landtage in Verbindung zu bringen. Darunter besteht aber ein wesentlicher Unterschied. Was ich im Landtage sage, habe ich vor meinem Gewissen und vor meinen Wählern zu verantworten, was ich aber hier sage, ist nicht meine persönliche Ueberzeugung allein, sondern es ist meine verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, hier die Ansicht des Magistrats, in dem ich nur eine Stimme habe, zu vertreten, und dabei hat meine persönliche Ansicht in den Hintergrund zu treten; ich sage aber Gott sei Dank, wenn sie mit der Ansicht meiner Kollegen übereinstimmt.

Im übrigen entspringen die Gehaltsätze nicht der Initiative des Magistrats, sondern dem Beschlusse der von Ihnen eingesetzten Deputation, und der Magistrat greift darauf nur zurück. Wenn wir aber an den Beschlüssen der Deputation bei den Lehrerinnen Änderungen vorgenommen haben, so ist das eine Folge des Umstandes gewesen, daß seit deren Beschlüssen das neue Gesetz erschienen ist, das uns nicht mehr volle Freiheit läßt in bezug auf die Innehaltung der Zeit, innerhalb deren die Lehrerinnen das Höchstgehalt zu erreichen haben. Bei den Lehrerinnen lief es auf die Frage hinaus, ob wir die alte Skala bestehen lassen oder die Wünsche der Deputation berücksichtigen sollen. Im legeren Falle mußten wir uns der Ausfrückungsperiode des Gesetzes anschließen. Daraus resultieren die Vorschläge, die Ihnen hier unterbreitet sind.

Herr B o g e: Ich beantrage Schluß der Debatte.

V o r s i z e n d e r: Wird der Antrag unterstützt? Das ist der Fall. Will jemand gegen den Schluß der Debatte sprechen?

Herr M e y e r h o f f: Weshalb sollen wir die Debatte hierüber schon schließen? Das sieht ja aus, als ob wir uns fürchten, auf die Ausführungen des Herrn Bähr einzugehen. Vorhin bei der Anfrage Leue wurde sie ja auch nicht geschlossen.

V o r s i z e n d e r: Ich wiederhole, daß ich vorhin die Debatte nicht geschlossen habe, um einem Mitgliede der Versammlung sein gutes Recht, bei einem Punkte eine Anfrage zu stellen, nicht zu verkümmern. Wer ist für den Schluß der Debatte? Der Schluß ist angenommen.

Herr W o l t e r s (als Berichterstatter): Ich möchte nur meinem Bedauern Ausdruck geben, daß auf die Worte des Herrn Bähr nicht auch aus der Versammlung heraus eine Antwort gekommen ist. Aus diesem Grunde bedauere ich den Schluß der Debatte. —

Die Versammlung beschließt darauf, die Vorlage des Magistrates mit dem Abänderungsantrage der Kommission en bloc anzunehmen.

Herr B ä h r (zur persönlichen Bemerkung): Wenn vorhin vom Herrn Oberbürgermeister gesagt wurde, meine Rede wäre besser ungehalten geblieben,

so verstehe ich das nicht. Ich habe die Gehaltsverhältnisse der Lehrerinnen beleuchtet, wie sie sind. Auf die Schlußbemerkung des Herrn Dr. Wolters vermag ich nichts zu sagen, weil ich sie nicht verstanden habe.

Der Gegenstand ist damit erledigt.

XXIII. Füllvorrichtung auf dem Grundstücke des alten Wasserwerkes.

Nach einer Meldung des Direktors von Feilitzsch hat der Grundwasserstand beim neuen Wasserwerke zurzeit eine so geringe Höhe, wie sie bisher selbst im Hochsommer nicht beobachtet ist. Um einem Mangel an Wasser in den Haushaltungen und in den Gewerbebetrieben möglichst vorzubeugen, hat der Magistrat deshalb angeordnet, daß von einer Bessprengung der Straßen, soweit sie nicht in Verbindung mit der Straßenreinigung erfolgt, bis auf weiteres abgesehen werde. Die gleich danach laut werdenden berechtigten Klagen über Staubbelästigung haben den Magistrat jedoch alsbald veranlaßt, eine Bessprengung der Straßen mit Okerwasser in Aussicht zu nehmen. Dieser Bessprengung stehen um deswillen Schwierigkeiten entgegen, weil es an geeigneten Wasserhebevorrichtungen fehlt und weil, um ein Verstopfen der Sprengvorrichtungen durch Algen zu vermeiden, das Wasser vor seiner Verwendung filtriert werden muß. Leicht und ohne große Kosten läßt sich eine den zu stellenden Anforderungen entsprechende Vorrichtung zum Füllen der Sprengwagen auf dem Grundstücke des alten Wasserwerks herstellen; auch wird es möglich sein, von dieser Stelle aus mit den vorhandenen 24 Sprengwagen einen großen Teil der außenstädtischen Straßen regelmäßig zu bessprengen. Der Magistrat hat es deshalb für richtig gehalten, ohne vorherige Zustimmung der Versammlung Anweisung dahin zu treffen, daß diese zu 500 Mark veranschlagte Füllvorrichtung eingerichtet werde.

Die Schaffung weiterer Füllvorrichtungen hält der Magistrat in diesem Jahre nicht für nötig, nachdem der Direktor von Feilitzsch inzwischen erklärt hat, daß er es für unbedenklich halte, in beschränkterem Umfange Wasser zu Sprengzwecken aus der Leitung zu entnehmen und nachdem sich damit die Möglichkeit ergeben hat, die vom alten Wasserwerke entfernter gelegenen Straßen in altgewohnter Weise bessprengen zu können. Der Magistrat hofft, daß die Versammlung sein Vorgehen gutheißt und und ersucht die zur Ausführung der Arbeiten erforderlichen 500 Mark, sowie die auf 6 Mark pro Tag veranschlagten Betriebskosten zur Verfügung zu stellen.

Namens der Finanzkommission berichtet hierüber Herr S a s p e r: Wenn der Herr Oberbürgermeister die vielen Klagen über die ungeheuren Staubwolken gehört hätte, würde er wohl schon früher dagegen eingeschritten sein. Jetzt ist der Magistrat aber der Versammlung zuvorgekommen und hat wohl auch gemeint, es gehe mit dem Staube so nicht weiter. Er hat ohne die Zustim-

mung der Versammlung eine Füllvorrichtung auf dem Grundstücke des alten Wasserwerkes eingerichtet mit einem Gasmotor und einer Zentrifugenpumpe, um damit notdürftig Wasser für die Straßenbesprengung zu beschaffen und kommt nun mit dem Antrage an die Versammlung, diese Eigenmächtigkeit als einem Gebot der Not entstammend, gutzuheißen und die entstehenden Kosten von 500 Mark nachträglich zu genehmigen. Die Finanzkommission hat die Vorlage geprüft und beantragt, ihr zuzustimmen. Sie hat aber über die Befürwortung des Antrages hinaus Veranlassung genommen, dem allgemein empfundenen Notstande etwas kritischer zu Leibe zu gehen und zu fragen, ob die Vorlage als ausreichend erscheinen könnte und nicht viel mehr bedeute als einen Tropfen auf einen heißen Stein. Dabei war man überwiegend der Meinung, daß hiernit allein nicht auszukommen sein würde. Wir haben auch erörtert, welche Schwierigkeiten beständen, um gründlich Abhilfe zu schaffen. Die Ursache der Kalamität ist darauf zurückzuführen, daß der Wasserstand unseres Wasserwerkes außerordentlich gering war, weil einerseits die natürlichen Verhältnisse des letzten Winters es mit sich brachten, daß nicht viel Wasser in die Erde eindrang, indem der Schnee auf Frost gestoßen ist und weil andererseits Schwierigkeiten technischer Art vorlagen, indem die Brunnen nicht so funktionierten, wie sie bei vollkommener Reinhaltung hätten tun können. Mit Rücksicht hierauf hat der Magistrat auf Meldung des Direktors von Feilitzsch verfügt, daß vorläufig die Straßen nicht gesprengt werden sollten. Inzwischen ist der Wasserstand wieder ein besserer geworden und der Magistrat stellt in Aussicht, daß in beschränktem Umfange wieder eine Besprengung der Straßen aus der Wasserleitung vorgenommen werden könnte, und es ist dieser Stellungnahme des Magistrats auch in den letzten Tagen vereinzelt in geringem Umfange Rechnung getragen.

Die Finanzkommission war nun in ihrer Mehrheit der Ansicht, daß das noch ungefangene Fische wären, und da außerdem die Aussichten für das neue Wasserwerk nicht gerade glänzende zu nennen sind, vielmehr nicht ausgeschlossen erscheint, daß dabei noch erhebliche Schwierigkeiten entstehen könnten, die vielleicht nicht so leicht zu beseitigen sind, so müßten umsomehr Mittel und Wege ins Auge gefaßt werden, um diesem Mißstande der Staubplage ernstlich zu begegnen. Es wurde nun von der Kommission erörtert, einfache Füllstellen zu errichten, um Wasser aus der Oker zu entnehmen; diesem Vorschlage gegenüber wurden aber vom Magistrate zwei Bedenken zur Erwägung gegeben, einmal daß technisch die Sache nicht so einfach sei und dann auch, daß sie nicht so wenig kostspielig sei, wie wohl angenommen werden möchte. Die Finanzkommission hat dabei berechnet, daß ein neues Material an 20 Sprengwagen nötig sein würde für sechs Füllstellen. Jeder Sprengwagen würde etwa 1150 Mark kosten, das macht 23 000 Mark; weiter würden für Pferde 28 000 Mark aufzuwenden sein

und dazu kämen die Kosten der Füllstellen mit je 2000 Mark, macht 12 000 Mark, so daß nach der Ansicht des Dezerenten im Magistrate etwa 60 000 Mark erforderlich sein würden, um sechs Füllstellen in der Oster zu beschaffen und zu bedienen. Inwieweit diese Zahlen richtig sind, kann ich nicht nachprüfen, die Kommission ist auch nicht näher auf die Einzelheiten eingegangen. Ferner wurde neben der Kostspieligkeit solcher Anlagen ein rechtliches Bedenken geltend gemacht, dahingehend, daß nicht ohne weiteres außer Frage stehe, ob die Stadt überhaupt berechtigt sei, Wasser aus der Oster zu entnehmen, sondern es nach dem braunschweigischen Wasserrechte eines Genehmigungs-Verfahrens bedürfe, bei dem eine sechswöchige Frist zwischen Anmeldung und Wassernehmung liegen müsse, auch wäre eine Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums erforderlich, die wohl zu erwarten, aber doch nicht ohne Zweifel wäre bei der Zusammenfügung, die das Ministerium habe.

Es wurde weiter erwogen, ob nicht die Vorrichtung, die bereits an dem Brunnen an der Wendenstraße mit der Anlegung einer Strahlpumpe getroffen ist, ergiebiger benutzt werden könnte, und der Magistrat hat auch in Aussicht gestellt, daß er dieser Ansicht nicht direkt ablehnend gegenüberstände. Es verlaute auch, daß ein Mitglied der Versammlung über eine besonders patentierte Erfindung verfüge, die geeignet sein sollte, die Kalamität aus dem Wege zu schaffen, jedoch wurde uns bedeutet, daß die damit verbundenen Schwierigkeiten doch nicht so rosig anzuschauen sein dürften. Weiter wurde erwähnt, daß auch Privatbrunnen benutzt werden könnten. Ein Mitglied der Kommission stellte in Aussicht, daß von seinem Werke aus nicht unerhebliche Quantitäten Wasser zur Verfügung gestellt werden könnten, und gleiche Angebote erhofft man auch noch von anderen Werken. Auch Versuche mit Westrumit sind gemacht worden. Die Erörterungen darüber gipfelten schließlich darin, daß sich der Mißstand so schnell nicht beseitigen lasse.

Aus diesen Erwägungen heraus möchte ich den Vorschlag der Kommission, daß wir die Anlage im Bürgerpark als Abschlagszahlung gern annehmen, aber darüber hinaus eine Willenskundgebung der Versammlung herbeiführen möchten, daß der Magistrat ermächtigt sein solle, schon jetzt Vorkehrungen zu treffen, der Wasser- und Staubkalamität abzuhelpen und zu erklären, daß wir mit einer Ueberschreitung des Stats in dem Umfange, wie es in seinem Ermessen liege, nicht so kleinlich ins Gericht gehen würden, der Magistrat also ermächtigt würde, so vorzugehen, wie es hier eben angedeutet worden ist.

Herr Aßmann: Was bisher geschehen ist, bedeutet nur einen Tropfen auf einen heißen Stein, und es hätte wirklich mehr getan werden müssen, als geschehen ist, um solche Kalamität nicht aufkommen zu lassen, umsomehr, wenn wir berücksichtigen, daß schon seit Jahren Bedenken aufgetaucht sind, wie sie nun

auch wirklich sich bewahrheitet. Schon im Jahre 1906 erklärt der Herr Oberbürgermeister in Veranlassung einer Anfrage des Herrn Wesemeier, daß der Direktor von Zeilisch Auftrag erhalten habe und mit der Aufstellung von Projekten für die Wasserentnahme aus der Oker beschäftigt sei. Auch von Herrn Kalms wurde eine Anfrage gestellt, die darauf Bezug nahm. Es ist auch ein Brunnen an der Wenden- und Kaiserstraße auf solche Entnahme eingerichtet. Wieviel Wasser dadurch zur Verfügung gestellt wurde, will ich dahingestellt sein lassen. Alle diese Mittelschen können aber nur als Palliativmittelschen angesehen werden. Unser Wassergesetz muß übrigens eine Perle sein, wenn wir erst ein Verfahren einleiten sollen, das sechs Wochen dauert, ehe wir Wasser aus der Oker entnehmen können. Inzwischen wird ja wohl der liebe Herrgott ein Gießen gehabt haben und uns Regen schicken, wir können dann im Herbst auf unseren Vorbeeren ausruhen bis zum Frühjahr.

Auch die Einwendung, daß wir 60 000 Mark aufwenden müßten, sollte uns nicht abhalten, solche Einrichtung zu treffen. Man spricht von Anliegerrechten, die Stadt hat doch aber die Okergräben von der Regierung erworben und sie sollte nicht einmal das Recht haben, Wasser daraus zu entnehmen? Das wäre doch höchst sonderbar. Schon bei früheren Gelegenheiten haben wir gesehen, daß das Wassergesetz recht eigenartig ist. Die hier erörterten Verhältnisse sollten uns veranlassen, dafür Sorge zu tragen, daß der Stadt das Recht zustünde, zu solchem notwendigen Zwecke Wasser aus der Oker entnehmen zu dürfen. Wenn die städtischen Landtagsabgeordneten in der Richtung vorgingen, so würde der Landtag wohl seine Zustimmung dazu geben. Solche Wasserkalamität darf hier nicht wieder auftreten, wenn wir nicht in bezug auf unsere Gesundheitsverhältnisse in Verzug kommen wollen.

Herr Bürgermeister Meyer: Die Staubbelästigung ist unzweifelhaft sehr drückend gewesen. Trotzdem ist es aber nicht richtig, wenn Herr Dr. Henking dem Magistrat den Vorwurf macht, daß er es an der Erfüllung seiner Pflichten hätte fehlen lassen; ich kann selbst nicht zugeben, daß er es hätte an Eifer fehlen lassen. Herr Dr. Henking hat auch seinerseits keine bestimmten Vorschläge machen können, was der Magistrat hätte tun können. Da nun außerdem alles, was hätte geschehen können, Geld gekostet haben würde, so ist damit schon formell eine hinreichende Widerlegung gegeben, denn wir sind nicht in der Lage, ohne die Zustimmung der Versammlung in größerem Umfange Geldmittel aufzuwenden, sondern würden erst deren Genehmigung dazu einholen müssen. Nun ist aber vor allen Dingen die größte Schwierigkeit auf sachlichem Gebiete zu suchen. Wenn die Versammlung der Ansicht sein sollte, daß mit Handpumpen oder auf andere mechanische Weise Wasser aus der Oker in die Sprengwagen gehoben werden könnte, so würde dabei nur eine Hebung in Betracht kommen

können, die nicht zu lange Zeit in Anspruch nimmt. Eine Füllung mittels Handpumpe würde jedenfalls zu lange dauern; es wird also eine andere Füllereinrichtung gewählt werden müssen, und ehe eine solche eingerichtet ist, werden nicht acht Tage, sondern längere Wochen vergehen.

Dazu kommt, daß dabei das wassergesegliche Verfahren beobachtet werden muß und daß, wenn solches geschieht, eine Frist von sechs Wochen innezuhalten ist. Man mag bei Erlaß des Gesetzes allerdings weniger an die Entnahme von Wasser zu solchen vorübergehenden Zwecken gedacht haben, als an die dauernde Entnahme von Wasser. Die Vorschrift ist indessen vorhanden und wir kommen nicht davon, sie auch zu beachten. Es würde also in der Sache einstweilen wenig zu machen gewesen sein, selbst wenn wir ohne die Genehmigung der Versammlung umfangreiche Abhilfe hätten schaffen wollen. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß die Kosten der Einrichtung weiterer Füllstellen nach dem Urteil Sachverständiger reichlich hoch sind. Sechs Füllstellen würden 12 000 Mark kosten, und außerdem müßte der Fuhrpark vergrößert werden; denn jetzt füllen die Wagen dort, wo sie sprengen sollen, während sie in Zukunft sich nur an diese sechs Stellen zu halten hätten. Sie würden also bei weitem nicht das leisten können, was sie heute leisten, und deshalb ist die Beschaffung von weiteren 20 Sprengwagen erforderlich. Die gesamte Ausgabe würde rund 60 000 Mark betragen. Es ist wirklich nicht leicht, sich bei unseren Verhältnissen zu solcher Ausgabe zu verstehen, und man wartet doch lieber ab, ob nicht in anderer Weise dem Uebelstande abgeholfen werden kann.

Mit dem in der Vorlage gemachten Vorschlage glaubt der Magistrat dem dringendsten Bedürfnisse abhelfen zu können, außerdem soll in beschränktem Umfange noch Wasser aus der Leitung entnommen werden und zwar zur Besprengung der vom alten Wasserwerke entfernter gelegenen Straßen. Der Brunnen an der Wendenstraße ist mit einer Strahlpumpe versehen. Herr Ahmann hat an den Hinweis auf diese Anlage den Vorwurf geknüpft, daß die Einrichtung nicht genügend ausgenutzt würde und gefragt, weshalb nicht noch mehr Brunnen entsprechend eingerichtet würden. Die Ueinderung des Brunnens an der Wendenstraße hat 1100 Mark gekostet und ist um deswillen nicht ermutigend, weil damit nur 50 Prozent Leitungswasser erspart werden. Vor einigen Wochen ist die Anweisung erteilt worden, den Brunnen wieder in Benutzung zu nehmen.

Der Magistrat würde dankbar sein, wenn Sie ihm eine Summe zur Verfügung stellten, um die Einrichtung am alten Wasserwerke weiter zu vervollkommen: es könnte z. B. ein Reservoir aufgestellt werden, das es ermöglicht, die Wagen nicht nur durch die Pumpe, sondern auch vom Reservoir aus zu

füllen. Im weiteren halten wir es nicht für ausgeschlossen, daß Private der Stadt ihre Brunnen zur Verfügung stellen, wie das Herr Dr. Wolters bereits getan hat; die Stadt würde entsprechende Anerbieten dankend akzeptieren, besonders dann, wenn eine passende Füllvorrichtung vorhanden sein sollte oder doch unschwer geschaffen werden könnte. Die Prüfung einer Anregung des Herrn Meyerhoff, durch ein chemisches Mittel den Sprengwagen luftleer zu machen und dann mittels des Vakuums das Wasser aufzusaugen, hat ergeben, daß dieses Verfahren nur dann anwendbar ist, wenn eine geringe Saughöhe vorhanden ist; wenn letztere mehr als 3 m beträgt, und sie beträgt hier durchweg mehr, so ist die Saugkraft nicht so stark, daß sich der Wagen füllt. Da nun außerdem die Wahrscheinlichkeit sehr groß ist, daß das neue Wasserwerk im Süden der Stadt in absehbarer Zeit in Betrieb gesetzt werden kann, so ist es nach meinem Dafürhalten nicht erforderlich, jetzt noch größere Mittel aufzuwenden, um im Laufe dieses Sommers umfangreichere Straßensprengungen vornehmen zu können.

Herr Meyerhoff: Ich habe mich gefreut, daß in ärztlichen Kreisen jetzt eine andere Meinung über diese Frage herrscht, als früher. Damals wurde gesagt, wenn wir kein filtriertes Okerwasser haben, so ist die Bazillengefahr sehr groß. Der Laie hat sich nichts davon träumen lassen, aber die Mediziner mußten es ja besser wissen. Der Laie will lieber mit Okerwasser gesprengte Straßen haben, als Staub schlucken zu müssen. Wenn nun gesagt wird, es müßten 60 000 Mark aufgewendet werden, um ausreichende Füllvorrichtungen zu schaffen, so hört sich das sehr hoch an. Man meint, es müßten 20 neue Sprengwagen mit den dazu gehörigen Pferden angeschafft werden; mir scheint indessen, daß diese Rechnung etwas sehr kräftig aufgemacht ist. Ich habe einen Etat vor mir liegen, in dem es heißt, daß für 15 000 Mark Wasser zu städtischen Zwecken geliefert werden sollen. In dieser Summe ist das Wasser zu Straßensprengungen enthalten. Wenn ich davon 5000 Mark für die Fontänen abrechne, so resultieren doch noch 10 000 Mark, die wir dem Wasserwerke für Sprengzwecke bezahlen. Das wären in sechs Jahren auch 60 000 Mark, so daß wir in dieser Zeit die ganze Anlage schon crübrigt hätten, vorausgesetzt, daß wir bei Rünningen ebenso gutes Wasser finden, wie am Domesee.

Ich möchte heute warnen, ein solches schönes Wasser, wie unser Leitungswasser, zu Sprengzwecken zu verwenden, und ich empfehle, Einrichtungen zu treffen, um das gute Verbrauchswasser nicht zum Sprengen der Straßen verwenden zu müssen. Wenn vorhin an die städtischen Landtagsabgeordneten wegen Aenderung des Wassergesetzes appelliert ist, so will ich darauf erwidern, daß die städtischen Landtagsabgeordneten nicht solchen Einfluß auf die Gesetzgebung haben, um durchsetzen zu können, daß ein anderes Wassergesetz kommt.

Herr Kleinfnecht: Ich hatte mir die Sache viel einfacher gedacht und bin überrascht, daß die Einrichtung so viel Geld kosten soll. Jedoch dürfte dies kein Grund sein, davor zurückzuschrecken, denn so, wie es hier im Mai gewesen ist, darf es gewiß nicht wieder vorkommen in unserer Stadt. Die mir zu Ohren gekommenen Klagen sind so ausgedehnt gewesen, daß Abhilfe geschaffen werden muß, selbst wenn 60 000 Mark aufzuwenden sind. Meiner Ansicht nach ist es ein Jammer, das schöne Wasser unserer Leitung zu Straßenbesprengungen zu benutzen, noch dazu in diesem Jahre, wo der Wasserstand der Brunnen so tief gefallen ist und wir nicht wissen, ob uns der Himmel noch weiter Trockenheit beschert und wie es im Hochsommer erst werden wird. Hoffentlich haben wir dann genug Wasser zum Trinken. Wenn es aber im Frühjahr schon so aussieht, was sollen wir dann erst vom Hochsommer erwarten? Wir müssen damit rechnen, nicht mehr mit Leitungswasser, sondern mit Okerwasser die Straßen zu besprengen. Deshalb müssen wir den Magistrat ermächtigen, so viele Schöpfstellen an der Oker einzurichten, daß damit eine normale, gute Besprengung der Straßen ermöglicht werden kann. Vielleicht läßt sich an den Brücken ein Motor aufstellen, mit dem das Wasser gehoben wird. Jedenfalls hatte ich mir die Einrichtung billiger vorgestellt, als uns heute mitgeteilt ist.

Auf dem Standpunkte, daß wir das Okerwasser nicht erst zu filtrieren, sondern nur so weit zu reinigen brauchen, daß die Brausen der Sprengwagen nicht verstopft werden, stehe ich namentlich jetzt, wo das Okerwasser nicht mehr so schmutzig ist, als vor zehn Jahren. Damals kam bedeutend mehr Schmutz von Fabriken und sonstigen gewerblichen Anlagen in die Oker, als heutzutage. Hygienische und gesundheitliche Bedenken dagegen sind also bei mir nicht mehr vorhanden. Ich würde es für richtig halten, selbst dann, wenn wir das neue Wasserwerk im Süden schon haben, das gute Trinkwasser zum Straßensprengen nicht zu benutzen, sondern die zu schaffenden Schöpfstellen dauernd beizubehalten. Endlich bitte ich noch um Auskunft, wann die Leitung des im Entstehen begriffenen Wasserwerkes mit dem jetzigen Wasserwerke vereinigt werden kann.

Herr Oberbürgermeister Kettmeyer: Zunächst möchte ich der Auffassung entgegenreten, als ob wir schon jetzt besorgt sein müßten, daß das Wasserwerk am Domesee für unsere Bedürfnisse nicht mehr ausreichte. Obwohl seit September v. Js. eine Trockenperiode ins Land gekommen ist, wie wir sie kaum jemals erlebt haben — auch im Harze herrscht überall Trockenheit, weil der Himmel keine Niederschläge geschickt hat, die in die Erde einziehen konnten — ist das Werk gleichwohl in der Lage gewesen, täglich 16 000 cbm Wasser zu heben. Herr Direktor von Zeiligsch ist der Ueberzeugung, daß wir selbst im Sommer nicht in Verlegenheit kommen werden. Dabei ist aber zu beachten, daß der Stand des Grundwassers um 1 m tiefer ist als sonst, und man tut gut, sich

im Verbrauche des Wassers möglichst einzuschränken, um für den Hausgebrauch das nötige Wasser zu haben.

Die hier gemachten Vorschläge wegen Einrichtung besonderer Schöpfstellen zur Entnahme des Wassers aus der Oker sind gewiß gut gemeint, aber wir fahren dabei fest. Finanziell würden wir uns am besten stehen, so lange wir genügendes Leitungswasser haben, hiermit die Straßen zu besprengen, denn die anderen Einrichtungen sind sämtlich zu teuer. Wenn eine derartige Kalamität eintritt, wie sie jetzt hinsichtlich des Wassermangels übers Land gekommen ist, so kann die Flusspolizeibehörde uns nicht mehr gestatten, so viele hundert Kubikmeter Wasser täglich aus der Oker zu entnehmen. Nachdem der Zufluß des Wassers so gering geworden ist, wird die Flusspolizeibehörde sagen: zuerst kommen wir wegen der Spülung der Okergräben um die Stadt herum und dann erst kommt die Stadt mit ihren Straßensprengungen. Wollte man der Sache energisch nähertreten, so würde zu überlegen sein, ob nicht ein besonderes Leitungsröhr für die Straßensprengung gelegt und das alte Wasserwerk wieder in Betrieb gesetzt werden könnte. Für die Stadt ist die Hauptsache, die Errichtung des zweiten Wasserwerkes im Süden der Stadt mit allen Kräften zu betreiben. Wenn auch die Verhandlungen darüber noch nicht vollständig erledigt sind, so hoffe ich doch, daß wir schon in allernächster Zeit mit einer entsprechenden Vorlage kommen werden und noch im Laufe dieses Jahres einen großen Teil der Arbeit verrichten können. Soweit es am Magistrat liegt, soll es an Eifer, die Sache zu beschleunigen, nicht fehlen.

Herr M a n n: Gegenüber Herrn Bürgermeister Meyer möchte ich bemerken, daß ich nicht empfohlen habe, weitere Strahlpumpen anlegen zu lassen, sondern daß ich nur gesagt habe, es sei geschehen. Ich stehe sonst auf dem Standpunkte zu sagen: 50 Prozent Vergewendung von gutem Leitungswasser ist die Einrichtung nicht wert. Die Strahlpumpen wirken durchaus nicht so, wie sie geschildert wurden. Was das Wassergesetz betrifft, so habe ich nicht geglaubt, daß die paar städtischen Abgeordneten den Landtag würden beeinflussen können, sondern daß überhaupt eine Aenderung erstrebt werden müßte, und daß es nicht gerechtfertigt wäre, ein Gemeinwesen so zu hindern. Die kleinen Orte werden auch nicht groß danach fragen, wenn sie der Oker Wasser entnehmen wollen. Ich habe nur gerügt, daß hier nichts geschehen ist, obwohl die Sache schon so oft angeregt worden ist. Wir können ruhig energischer vorgehen und dürfen Geldausgaben hierbei nicht sparen. Die Veranschlagung von 20 Wagen ist doch wohl recht hoch gegriffen. Bei gutem Willen wird sich schon ein Weg finden, der gangbar ist. Vorschläge können wir natürlich nicht machen, dazu ist der Magistrat mit seinen technischen Beiräten berufen.

Herr Henking: Wenn ich einen Vorwurf gegen die Stadtverwaltung ausgesprochen habe, so glaube ich dazu in gewisser Weise berechtigt gewesen zu sein. Die Herren wußten doch, daß unser Leitungswasser auf Grund der Erfahrungen vom vorigen Herbst wahrscheinlich etwas knapp würde. (Rufe: Nein!) Es mußten auf jeden Fall vorbeugende Maßregeln ergriffen werden. Ich will aber keine Persönlichkeit herausgreifen, jeder von uns trägt die Schuld mit. Wenn jemand so klug ist, zu wissen, woher Wasser genommen werden kann, so muß er es dem Magistrate mitteilen. Die Bewegung gegen die Verwendung von Okerwasser zum Straßensprengen datiert aus der Zeit des verstorbenen Professors Blasius; diese Anschauung hat man heute nicht mehr. Aber ins Gegenteil darf die Sache auch nicht umschlagen, denn es sind noch nicht alle Grundstücke an das Kanalnetz angeschlossen, so daß noch viel Schmutz in die Oker kommt. An der Leonhardstraßenbrücke habe ich z. B. Zuflüsse gesehen, die abscheulich ausfahen und die nicht direkt auf die Straße gesprengt werden dürfen. Dieser Umstand bringt mich dazu, außer unserer Trinkwasserleitung noch eine besondere Leitung für Wasser zu Spreng- und Bauzwecken zu fordern. Wenn das auch viel Geld kostet, so dürfen wir doch in diesem Punkte nicht sparen. Sollte einmal durch schlechtes Wasser eine Typhusepidemie hervorgerufen werden, so wäre der Schaden noch viel größer. Deshalb möchte ich bitten, darauf zu sehen, daß wir eine Sonderleitung unter Benutzung des alten Wasserwerkes bekommen, sowie daß die Stauweiherfrage im Harze nach Kräften gefördert wird, und daß unsere Mitbürger aufgefordert werden, mit der Verwendung des Leitungswassers in diesem Sommer sparsam zu sein und es namentlich nicht zu vergeuden. Ich habe nämlich gefunden, daß in manchen Häusern die Klosetts die ganze Nacht laufen. Das ist ein Unfug, dem gesteuert werden muß.

Herr Kalm: Den letzten Worten des Herrn Vorredners kann ich nicht zustimmen, denn eine solche Warnung an die Einwohnerschaft wäre das verkehrteste, was geschehen könnte. Wir sprechen damit nur eine leere Drohung aus und sagen gleichzeitig, daß wir nicht genug Wasser haben, womit wir der Bevölkerung Furcht einjagen würden. Außerdem dürfte es nicht im Interesse der Gesundheit der Einwohnerschaft liegen, am Wasser zu sparen. Ich freue mich, daß dieses Thema gerade von den Ärzten angeschnitten worden ist. Hätten wir nicht ein so trockenes Jahr gehabt, so würden sie wohl sagen, daß das Okerwasser nicht zum Sprengen der Straßen genommen werden dürfte. Der Magistrat hätte heute den Vorwurf überhaupt nicht bekommen, wenn nicht immer die Ärzte und die Gesundheitskommission gegen die Verwendung von Okerwasser zum Straßensprengen gewesen wären. Wenn das Okerwasser tatsächlich so schlecht wäre, wie früher gesagt wurde, so müßten die ganzen Badeanstalten geschlossen werden. Deshalb freue ich mich, daß die Herren die Verwendung von

Oferwasser heute empfehlen. Den Magistrat möchte ich ersuchen, für diesen Zweck alle Mittel aufzuwenden. Wenn die ganze Stadt infolge der schlechten Luftverhältnisse krank wird, so zieht gar kein Fremder mehr hierher. Sollten neue Sprengwagen angeschafft werden, so möchte ich bitten, auch auf Handkarren für die Trottoirbesprengung bedacht zu nehmen, die sehr nötig sind. Das Wasser hierzu kann ruhig aus der Leitung genommen werden. In den Tagen, wo die Ofer abgelassen wird, kann ihr natürlich kein Wasser entnommen werden. Ich möchte auch wissen, wer schuld daran ist, daß gerade in der jetzigen Jahreszeit die Ofer abgelassen wird, das könnte doch zu einer günstigeren Jahreszeit geschehen.

Herr Wejemeier: Es ist jetzt nicht das erste Mal, daß solche Kalamität hier eingetreten ist. Am 15. Juni 1906 ist schon eine entsprechende Anfrage gestellt worden und der Magistrat hatte auch zugegeben, daß gesprengt werden müsse. Damals hat der Herr Oberbürgermeister gesagt, es wäre besser, mit Oferwasser zu sprengen, als den Staub zu schlucken. Im März 1907 erklärte der Herr Oberbürgermeister auf eine Anfrage des Herrn Ralms, daß Herr Direktor von Feilich noch nicht dazu gekommen sei, das Projekt einer Wasserleitung zu Sprengzwecken auszuarbeiten. Wenn aber von Jahr zu Jahr solche Fragen auftauchen, so muß energisch dagegen vorgegangen werden. Hier ist dem Magistrat ein Vorwurf zu machen. Es ist richtig, daß solche Anlagen sehr viel Geld kosten, aber dabei dürfen wir nicht sparen. Ich möchte auch das Ministerium sehen, das die Entnahme von Oferwasser zu solchen Zwecken verböte, es würde sich in der ganzen Welt lächerlich machen. In Ärztekreisen ist man sich über die Bazillenfrage anscheinend noch nicht einig. Professor Blasius hat uns damals mit der Bazillenfurcht eine Laus in den Pelz gesetzt. Heute erklärt Herr Dr. Kleinknecht, daß die Verwendung von Oferwasser nicht gefährlich sei, während Herr Dr. Henking meint, es sei das äußerst gefährlich und er könne nicht dazu raten. (Widerspruch.) Deshalb lassen Sie uns unter allen Umständen sprengen, woher wir auch das Wasser nehmen, und lassen Sie uns das Trinkwasser nur so weit schonen, als durch seine Verwendung zu Sprengzwecken Mangel eintreten könnte.

Herr Löschig: Vom alten Wasserwerke sollten die Maschinen schon verkauft werden, und jetzt hieß es, das neue Wasserwerk gebe überhaupt kein Wasser mehr. Früher ist schon einmal im Süden gebohrt worden und auch mit Erfolg und damals hieß es schon, daß der Erfolg so bedeutend wäre, um das alte Wasserwerk bald an das Wasserwerk anschließen zu können. Ich muß mich wundern, daß die Sache heute noch nicht weiter gediehen ist.

Herr Bürgermeister Meyer: Ich möchte den Vorwurf des Herrn Wejemeier, daß der Magistrat faujelig gewesen wäre, zurückweisen. Sie können

das Verhalten des Magistrates erklärlich finden, wenn Sie sich erinnern, daß er schon vor einigen Jahren, als Mangel an Wasser bemerkbar wurde, sich mit der Frage befaßt hat, ob nicht neue Wasserquellen erschlossen werden könnten; er hat sich also damals nicht mit kleinen Mitteln beholfen, sondern hat ins Auge gefaßt, ein neues Wasserwerk auf der anderen Seite der Stadt zu erschließen.

Vorsitzender: Es ist ein Antrag auf Schluß der Besprechung eingebracht. Will jemand gegen den Schluß sprechen?

Herr Meyerhoff: Ich möchte bitten, die Debatte noch zehn Minuten auszudehnen, da es sich um ein wichtiges Thema handelt. Wenn es sich um Ausgaben von 200 000 Mark handelt, wird oft gar nicht debattiert und bei einer Ausgabe von 200 Mark debattiert man häufig stundenlang.

Vorsitzender: Wer ist für den Schluß der Besprechung? Der Schluß ist angenommen. Das Schlußwort hat der Herr Berichterstatter.

Herr Jasper: Gegen den Vorschlag des Magistrates und der Kommission ist kein Widerspruch erhoben worden; es wird nun Sache des Magistrates sein, aus der heutigen Debatte etwas brauchbares zu entnehmen, denn er wird gesehen haben, daß der Wunsch allgemein ist, der Kalamität abzuhelfen. Es müßte nun noch die Summe normiert werden, um die bessere Einrichtung auf dem alten Wasserwerke in Betrieb zu setzen. Im Einvernehmen mit dem Herrn Bürgermeister und der Kommission werden 5000 Mark als ausreichend angesehen. Ich empfehle, diese Summe dem Magistrate zur Verfügung zu stellen, damit er möglichst bald geeignete Schritte unternimmt, um einem derartigen Widerstreit der Meinungen entgegenzuarbeiten.

Die Magistratsvorlage wird darauf in Verbindung mit dem zuletzt erwähnten Antrage der Kommission auf Bewilligung von 5000 Mark genehmigt.

Nach persönlichen Bemerkungen der Herren Ußmann und Henking wird der Gegenstand verlassen.

XXIV. Einleitung des Zwangsenteignungsverfahrens.

Anläßlich der vor etwa zehn Jahren aufgenommenen Verhandlungen wegen Anlage einer städtischen Straße an der Westseite des Prinz Albrecht-Parks war der Magistrat wegen stadtseitigen Erwerbs des zwischen dem Park und der Stadt gelegenen, im Eigentum der Interessentschaft Middagshausen stehenden Grabens mit der Eigentümerin in Verbindung getreten und hatte sich auf den Preis von 10 Mark pro Quadratmeter geeinigt. Als dann Mitte dieses Jahrzehnts die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Stadt zurückgingen, hat der Magistrat es für richtig gehalten, die weitere Bearbeitung des Projektes einstweilen ruhen zu lassen. Diese Verzögerung widerspricht aber den Wünschen der Interessentschaft,

die wegen Abnahme des Grabens wiederholt vorstellig geworden ist und schließlich die Forderung gestellt hat, ihr wenigstens bestimmte, von der Stadt angeblich schon früher in Besitz genommene Teilflächen abzunehmen. Wenngleich der Magistrat sich hierzu nicht verpflichtet hält, so gibt er doch anheim, zwei am Auslauf der Kastanienallee und der Marienstraße gelegene Flächen von 64 und 63 qm im Zwangsenteignungsverfahren zu erwerben. Die Versammlung wird ersucht, der Einleitung dieses Verfahrens zuzustimmen,

was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Meyerhoff berichtet, geschieht.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis gegen 8 $\frac{3}{4}$ Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten

zu Braunschweig

in deren Sitzung am 17. Juni 1909.

Tagesordnung:

I. Abrechnung über städtische Bauten	Seite 162
II. Zuwendungen an den Verein „Volkslesehalle“	163
III. Uebernahme einer Vergütung auf die Kammereikasse	167
IV. Antrag Ohlendorf: Kehrichtabfuhr von der Reuterstraße	167
V. Aenderung des Daches auf dem Handelskammergebäude	168
VI. Aenderung des Statuts über den Schlachthausbetrieb	169
VII. Aenderung der Straßenpolizeiordnung	171
VIII. Ankauf eines Grundstücks an der Friesenstraße	173
IX. Antrag auf Darreichung von Speisen und Getränken im Tennishause	175
X. Verrechnung der Kosten für Neu- und Umbauten auf dem Karstallgrundstück	178
XI. Gasrohrverlegung auf der Lutterstraße	179
XII. Ankauf eines Grundstücks an der Wilhelmstraße	179
XIII. Abkommen wegen Lieferung elektrischen Stroms für eine Kompressoranlage	181
XIV. Ankauf eines Teilgrundstücks am Südklinte	182
XV. Aenderung der Ordnung für die Oberrealschule	182
XVI. Aenderung der Ordnung für die Realschule	183
XVII. Zustandsetzung des Biernöder Weges	183
XVIII. Einsprache gegen die Anordnung von Vorgärten	184
XIX. Antrag auf Erteilung einer Bauerlaubnis und auf Gewährung eines Darlehns	184

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Metemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg, Wagner und Lord, sowie der juristische Hilfsarbeiter, Herr Dr. jur. Campe.

Entschuldigt die Herren Ackenhausen, Alßmann Bähr, Sel-mold, Koch, Mohr, Riefe, Sander und Weichsel.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, eröffnet die Sitzung und macht die Mitteilung, daß die von der Ehefrau Campe gegen den Desinfektor Luckmann und den Magistrat geführte und von der Versammlung in der Sitzung vom 11. Februar d. Js. genehmigte Entschädigungsflagge — Seite 613 des Berichtes — vom Gerichte abgewiesen worden sei.

Außerdem gibt der Herr V o r s i t z e n d e bekannt, daß er zum 30. d. Mts. auf Wunsch des Magistrates noch eine Sitzung zur Erledigung dringender Sachen anberaumen werde. Da dem Magistrate sehr daran liege, namentlich die Vorlage wegen Errichtung eines zweiten Wasserwerkes noch vor den Ferien erledigt zu sehen, so bitte er alle zu der Zeit in Braunschweig anwesenden Mitglieder der Versammlung zu erscheinen.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Abrechnung über städtische Bauten.

Nach § 19 der Vorschriften über die Ausführung städtischer Bauarbeiten zu Braunschweig vom 25. April 1904 hat die städtische Bauverwaltung nach beendigter Bauausführung über die erwachsenen Kosten in Form einer Abrechnung Bericht zu erstatten, die im engen Anschluß an den Kostenanschlag so aufzustellen ist, daß sich aus ihr die bei den einzelnen Titeln und Positionen vorgekommenen Abweichungen von den Ansätzen des Kostenanschlages ohne weiteres erschen lassen. Diese Vorschrift ist bislang nicht befolgt, weil ihre Durchführung ohne Aenderung der bisher üblich gewesenem Art der Verbuchung der einzelnen Ausgabebeträge einen Aufwand an Zeit und Arbeit erfordert haben würde, der mit der Bedeutung der Maßnahme nicht im Einklange stand. Es muß nämlich dabei berücksichtigt werden, daß über jede Bauarbeit, abgesehen von der in Rede stehenden Nachweisung, genaue Rechnung gelegt wird. Die städtische Bauverwaltung hat jetzt eine Rechnungsführung eingerichtet, die die Befolgung der erwähnten Vorschrift ohne erhebliche Mühewaltung ermöglicht und trotzdem allen Anforderungen genügen dürfte. Wenn die Versammlung nicht anders beschließen sollte, so werden fortan die Nachweisungen in gleicher Art aufgestellt und der Versammlung zur Kenntnisknahme zugehen. Dabei wird

vom Magistrate die Zustimmung dazu anheimgegeben, daß in Ansehung derjenigen Bauten, über deren Kosten bereits Rechnung gelegt ist, von der nachträglichen Aufstellung solcher Nachweisungen Abstand genommen werde.

Namens der Baukommission berichtet hierüber Herr Fr ü h l i n g: Die uns vorgelegte Zusammenstellung betrifft die Abrechnung über die Errichtung eines Lehrerinnenseminars nebst Übungsschule zc., eines Schuldienerhauses und eines Nebengebäudes zc. auf dem Grundstücke des städtischen Straßenreinigungsinstituts. Die ganze Einrichtung der Abrechnung ist sehr übersichtlich, und man kann annehmen, daß sie auch geeignet ist, der Bauverwaltung selbst einen klaren Ueberblick über die entstandenen Kosten zu geben und für spätere Bauten als Anschlag zu dienen. Die uns vorgelegte Zusammenstellung ist insofern glücklich gewählt, als sie fast überall Ersparnisse gegen den Anschlag ergibt und eine Minderausgabe von 31 185,41 Mark nachweist. Die Baukommission erkennt an, daß die Abrechnung den Bestimmungen der Vorschriften entspricht und durchaus zweckmäßig erscheint; ich kann Ihnen daher nur empfehlen, die Vorlage gutzuheißen und die Genugtuung darüber auszudrücken, daß der Versammlung jetzt solche Zusammenstellungen zugehen werden.

Die Magistratsvorlage wird darauf in allen Punkten gutgeheißen.

II. Zuwendungen an den Verein „Volkslesehalle“.

Der hiesige Verein „Volkslesehalle“ beabsichtigt, am 1. Oktober d. Js. in ermieteten Räumen des Gewandhauses eine Bücher- und Lesehalle zu errichten. Die erforderlichen Bücher und das Mobiliar gedenkt er aus den Mitteln zu beschaffen, welche der Geh. Kommerzienrat Südel und die Firma Max Südel & Co. der Stadtgemeinde „für eine Volkslesehalle“ überwiesen haben.

Die laufenden Ausgaben des ersten Halbjahres sollen aus einem Betrage von rund 10 000 Mark gedeckt werden, welchen der Verein gesammelt hat. Vom 1. April 1910 ab rechnet dieser mit einem namhaften jährlichen Zuschusse der Stadt, wie der nachstehende Haushaltsplan zeigt:

E i n n a h m e n:

a) Jahresbeitrag der Stadt	10 000 Mark,
b) 4 Prozent Zinsen auf die von den städtischen Behörden für eine Volkslesehalle zurückgestellten 60 000 Mark	2 400 „
c) Mitgliederbeiträge	1 100 „
d) freiwillige Zuwendungen Privater, nach dem Durchschnitt der letzten 3 Jahre geschätzt (unter Fortlassung der Südelschen Schenkungen!)	1 000 „

://. 14 500 Mark.

A u s g a b e n:

a) Miete	2 000	Mark,
b) Heizung und Beleuchtung	1 000	"
c) Gehälter:		
1. Bibliothekar	2400	Mark,
2. Bibliothekarin	1200	"
3. Hausdiener	1000	"
4. 3 weibliche Hilfskräfte für die Bücher-		
ausgabe	1500	"
d) Neuanschaffungen	3 500	"
e) Buchbinder	900	"
f) Verschiedenes	1 000	"
	<hr/>	
	///.	14 500 Mark.

Der Magistrat ist überzeugt, daß an den laufenden Ausgaben wesentliche Ersparnisse nicht gemacht werden können, daß also zu den Einnahmen, solange die Mitgliederbeiträge und freiwilligen Zutwendungen Privater nur einige tausend Mark jährlich ausmachen, ein beträchtlicher jährlicher Zuschuß geleistet werden muß, wenn die gemeinnützige Einrichtung alsbald ins Leben treten soll.

Es erscheint dem Magistrate unbedenklich, dem Wunsche des Vereins nach

1. Auslieferung der Züdel'schen Zutwendungen nebst den aufgelaufenen Zinsen,
2. Verzinsung der aus dem Schulhausbaufonds zurückgestellten 60 000 Mark,
3. Gewährung eines jährlichen Barzuschusses von 10 000 Mark bis auf weiteres

Folge zu leisten. Die Auszahlung der Geldbeträge würde allerdings erst dann erfolgen können, wenn der Verein, wie in seiner Satzung vorgesehen, durch Eintragung in das amtliche Vereinsregister Rechtsfähigkeit erlangt hat.

Hinsichtlich des aus dem Schulhausbaufonds zurückgestellten Kapitals bedarf es einer klaren Feststellung der Rechtslage. In der Vorlage vom 5. Januar 1905, welcher die Versammlung am 26. desselben Monats zugestimmt hat, war zum Ausdruck gebracht, daß die stadtsseitige Errichtung und Unterhaltung einer Volkslesehalle nicht für angebracht gehalten wurde und daher nur empfohlen werden könnte, allmählich Mittel anzusammeln, die einem etwa von privater Seite ins Leben zu rufenden derartigen Unternehmen als Grundstock zu überweisen sein würden. Es wurde hierbei davon ausgegangen, daß die Stadtgemeinde sich lediglich auf die Hergabe eines Grün-

zungskapitals beschränken, zu den laufenden Unterhaltungskosten eines rein privaten Instituts aber nichts beisteuern solle.

Die Entwicklung der Dinge hat nun aber dahin geführt, daß der Verein „Volkshalle“ auf absehbare Zeit der Ueberweisung des stadtseitig angesammelten Kapitals nicht bedarf. Grundentwerbskosten, mit denen man früher wohl rechnete, entstehen ihm nicht, und die gesamte Einrichtung kann aus anderen Mitteln beschafft werden. Der Vereinsvorstand hat sich deshalb damit begnügt, um Verzinsung des Kapitals zu bitten, das „als Stammvermögen des Vereins im Depot der Stadt bleiben möge“.

Der Auffassung, daß die aus dem Schulhausbaufonds für Zwecke einer Volkshalle zurückgestellten Summen als Stammvermögen des Vereins zu gelten haben, vermag der Magistrat nicht beizupflichten. Die städtischen Behörden werden sich allerdings insofern für gebunden halten, als sie die 60 000 Mark nicht zu anderen Zwecken mehr verwenden. Im übrigen aber muß die Verfügung über jenes Kapital, insbesondere die Entscheidung darüber, ob eventl. wann und unter welchen Voraussetzungen und Bedingungen später das Geld ganz oder teilweise dem Vereine überwiesen werden soll, dem freien Ermessen der städtischen Behörden überlassen bleiben. Der Magistrat hofft, daß die Versammlung dieser Ansicht zustimmen werde.

Diejenigen 10 000 Mark Barzuschuß, welche dem Vereine zu den jährlichen Unterhaltungskosten seines Unternehmens — in Abweichung von dem früheren Plane der städtischen Behörden — in Aussicht gestellt werden sollen, können selbstverständlich nur solange gewährt werden, als die Verwaltung der Volkshalle sich in gesunden Bahnen bewegt. Damit hierfür Gewähr geboten werde, empfiehlt es sich wohl, den beiden städtischen Körperschaften eine Vertretung im Vereinsvorstande zu sichern.

Was die etatsmäßige Behandlung der Angelegenheit betrifft, so schlägt der Magistrat folgendes vor:

- a) Das aus dem Schulhausbaufonds (jetzt Ausgleichsfonds) zurückgestellte Kapital von 60 000 Mark wird als besonderer Fonds verwaltet. Im Kapitel IV des Ordinariums der Kammereikasse wird in Zukunft ein entsprechender Vermerk gemacht.
- b) Die dem Vereine zu gewährenden Zinsen auf 60 000 Mark werden im genannten Kap. IV in Ausgabe gestellt.
- c) Im gleichen Kapitel wird der vom 1. April 1910 ab bis auf weiteres zahlbare Jahreszuschuß von 10 000 Mark verbucht.

Die Versammlung wird ersucht, nachstehenden Vorschlägen zuzustimmen:

1. Dem Vereine „Volkslesehalle“ hier wird die Zusicherung erteilt, daß ihm auf die aus dem Schulhausbaufonds zurückgestellten 60 000 Mark jährlich 4 v. H. Zinsen gezahlt werden und zwar
auf 50 000 Mark vom 1. April 1909 ab und
auf fernere 10 000 Mark vom 1. Oktober 1909 ab.
2. Dem Vereine wird in Aussicht gestellt, daß ihm, solange es seine Verhältnisse erfordern und die Finanzlage der Stadt es erlaubt, vom 1. April 1910 ab jährlich 10 000 Mark Barzuschuß gewährt werden.
3. Am 1. Oktober 1909 werden dem Vereine die vom Geh. Kommerzienrat Jüdel und der Firma Max Jüdel & Co. der Stadt für eine Volkslesehalle gestifteten Summen zu 60 000 Mark nebst den aufgelaufenen Zinsen ausgezahlt.
4. Die Zahlungen werden davon abhängig gemacht, daß der Verein die Rechtsfähigkeit erlangt.
5. Der zu 2 in Aussicht gestellte Zuschuß wird nur gewährt, wenn und solange je 2 Bevollmächtigten des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten satzungsgemäß Sitz und Stimme im Vereinsvorstande eingeräumt werden.

Namens der Finanzkommission berichtet hierüber Herr Jasper: Die Finanzkommission hat die Vorlage geprüft und ist den Vorschlägen des Magistrates beigetreten mit der Einschränkung, daß sowohl die fortlaufende Zahlung von jährlich 10 000 Mark, wie auch die Verzinsung des angesammelten Kapitals von 60 000 Mark nur widerruflich erfolgen soll. Aus diesem Grunde ersucht die Kommission, den Punkt 4 folgendermaßen zu fassen:

„4. Die Zahlungen erfolgen widerruflich und werden davon abhängig gemacht, daß der Verein die Rechtsfähigkeit erlangt.“

Mit dieser Aenderung bittet die Finanzkommission der Magistratsvorlage zuzustimmen. Die Kommission ist auch damit einverstanden, daß in der vom Magistrate vorgeschlagenen Weise künftig im Etat die Verbuchungen stattfinden.

Herr Stadtrat Wagner: Ich glaube, die Einfügung unter 4 würde nicht ganz richtig sein, weil dann auch die Zahlung der vom Herrn Geh. Kommerzienrat Jüdel gestifteten Summen nur auf Widerruf erfolgen würde, und das ist ausgeschlossen. Deshalb würde es zweckmäßig sein, den Punkt 4 wie folgt zu fassen:

„4. Die Zahlungen unter 1 und 2 erfolgen widerruflich und werden davon abhängig gemacht, daß der Verein die Rechtsfähigkeit erlangt.“

Die Vorlage wird von der Versammlung mit dieser Aenderung angenommen.

III. Uebernahme einer Vergütung auf die Kammereikasse.

Seit dem 1. April 1908 ist auf Antrag des städtischen Oberarmenarztes Dr. von Holtwebe als Kinderarzt für die städtische Waisenfürsorge der Dr. med. Köger gegen eine jährliche Vergütung von 300 Mark mit der Verpflichtung angenommen, in einem Zimmer des Hauses Hagenmarkt 13 an jedem Wochentage von 12½ Uhr mittags ab nach Bedarf Sprechzeit zu halten, um die von den städtischen Waisenfürsorgern ihm zugewiesenen Kinder im ersten Kindesalter zu untersuchen und Anordnungen über deren fernere Behandlung zu treffen. Die zunächst als Versuch betrachtete Einrichtung hat sich im ersten Jahre ihres Bestehens gut bewährt. Die Kinderfürsorgestelle ist an 305 Tagen geöffnet gewesen und von 362 Ratfuchenden zu 1593 Besprechungen benutzt worden. Im Hinblick auf die wachsende Aufmerksamkeit, die allenthalben und auch in unserer Stadt der Säuglingsfürsorge zugewendet wird, hält es der Magistrat für gerechtfertigt, vom 1. April d. Js. ab die Bezahlung des Dr. Köger auf die Kammereikasse zu übernehmen. Wenn auch die Raterteilung für Unbemittelte bestimmt ist, so liegt darin doch keine eigentliche Einrichtung der Armenpflege, sondern eine der gesundheitlichen Wohlfahrt dienende Maßregel. Für das Vorjahr wurde das Honorar aus besonderen hierfür gestifteten Mitteln gedeckt.

Der Magistrat ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß vom 1. April 1909 ab die Vergütung von 300 Mark jährlich aus Kap. VI der ordentlichen Ausgaben der Kammereikasse gezahlt werde.

Herr **L ö h n e f i n k e**: Die Finanzkommission hat es mit Genugtuung begrüßt, daß in unserer Stadt die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit in ihrer Bedeutung erkannt und man zur Mithilfe bereit ist; sie gibt daher anheim, sich mit der Vorlage einverstanden zu erklären, was seitens der Versammlung geschieht.

IV. Antrag **O h l e n d o r f**: Kehrichtabfuhr von der Reuterstraße.

Der in der letzten Sitzung gestellte Antrag lautet:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, veranlassen zu wollen, daß durch die städtischen Abfuhrwagen wöchentlich einmal der Kehricht von der Reuterstraße abgeholt wird.“

Namens der Baukommission berichtet hierüber Herr **M e y e r h o f f**: Die Kommission hat leider dem Antrage nicht Folge geben können, weil von verschiedenen anderen Straßen, z. B. dem jenseits der Eisenbahn liegenden Teile der Salzdhumerstraße, der Kehricht auch noch nicht stadtseitig abgefahren wird. Die Annahme des Antrages würde daher zu vielen Verursachungen Anlaß gegeben

haben. Herr Ohlendorf hat sich auch damit einverstanden erklärt, daß der Antrag nicht angenommen wird und hat ihn zurückgezogen, nachdem ihm der Rat erteilt worden ist, eine entsprechende Aenderung der Bestimmungen über die Kehrichtabfuhr zu beantragen.

Herr Ohlendorf: Ich habe den Antrag zurückgezogen, nicht etwa, weil ich der Meinung wäre, er lasse sich nicht durchführen, sondern weil noch eine ganze Reihe anderer Straßen sich in gleich ungünstiger Lage befinden und nicht eine Straße herausgegriffen werden kann. Ich werde aber den Hinweis der Baukommission benutzen und später einen Antrag einbringen, den Kehricht auf allen städtischen Straßen abfahren zu lassen.

Der Gegenstand ist damit erledigt.

V. Aenderung des Daches auf dem Handelskammergebäude.

In der Sitzung vom 6. Februar 1908 — Seite 397 des Berichtes — hat die Versammlung das vom Magistrate vorgelegte Projekt der Handelskammer, betreffend den Umbau des Gewandhauses und die Errichtung eines Handelskammergebäudes mit der Maßgabe genehmigt, daß über die Ausgestaltung des Turmes an der Ostseite des Handelskammergebäudes der zu diesem Zwecke aus Mitgliedern des Ausschusses für Denkmalpflege und des Architekten- und Ingenieurvereins gebildete besondere Ausschuß Entscheidung treffen solle. Diese Entscheidung ist inzwischen auch getroffen. Hiernach soll der Turm so bleiben, wie er jetzt gestaltet ist, womit die Turmfrage ihre Erledigung gefunden hat.

Eine Abweichung von dem seitens der Versammlung genehmigten Projekte ist aber insofern festzustellen, als in diesem und in dem entsprechenden Modelle das Dach des Neubaus mit durchgehendem First bis zum Anschluß an das Dach des Gewandhauses durchgeführt war, während inzwischen eine Abwalmung des Neubaudaches vorgenommen ist. Sie ist von der Mehrheit der Sachverständigen für erforderlich erachtet, um das Hervortreten des Giebels des Gewandhauses nicht zu beeinträchtigen. Man wird es mit Freude begrüßen können, daß die Handelskammer der Anregung Folge gegeben hat. Da die Aenderung der Genehmigung der städtischen Behörden bedarf, so gibt der Magistrat anheim, sie gutzuheißen.

Herr Frühlings: Da wir unser Einspruchsrecht durch Beschluß vom 6. Februar 1908 aufgegeben haben, so ist die Baukommission der Meinung gewesen, daß es nicht angezeigt wäre, noch einmal in eine sachliche Erörterung der Frage einzutreten, sie meinte vielmehr, daß wir das Schreiben des Magistrates einfach zur Kenntnis nehmen und damit dem Antrage des Magistrates zustimmen.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

VI. Aenderung des Statuts über den Schlachthausbetrieb.

Das Statut über den Schlachthausbetrieb sowie die Schlachtvieh- und Fleischbeschau ist vom Herzoglichen Staatsministerium unter der Voraussetzung genehmigt worden, daß die städtischen Behörden einigen für zweckmäßig gehaltenen Aenderungen zustimmen, die magistratsseitig empfohlen werden können.

1. Bei den Vorschriften über die Untersuchung eingeführten Fleisches wird ein Zusatz folgenden Inhalts gewünscht:

„Aus dem Zollausslande eingeführtes Fleisch.

§ 42. Hinsichtlich der Untersuchung des aus dem Zollausslande eingeführten Fleisches bewendet es bei den bezüglichen besonderen Bestimmungen.“

2. Bei den Vorschriften über die Gebühren (bisher §§ 42 bis 43, künftig durch die Einschiegung der vorstehenden Bestimmung §§ 43 bis 44) ist eine andere übersichtlichere und einfachere Gebührenfestsetzung, etwa in Tabellenform, in Anregung gebracht. Der Magistrat hat demgemäß, ohne daß die bisherigen Sätze in der Sache selbst eine Aenderung erfahren, die Fassung der §§ 43 und 44 entsprechend umgestaltet.

Bei der Bearbeitung der Angelegenheit ist der Magistrat zu der Ansicht gelangt, daß auch bei demjenigen frischen Fleisch, das bei der ersten auswärtigen Untersuchung als minderwertig oder bedingt tauglich befunden wurde, nach § 28, 1 des Statutenentwurfs auf Grund der zweiten hiesigen Untersuchung die Ueberweisung an die städtische Freibank hier eintreten muß, weil tatsächlich eine amtliche Untersuchung in hiesiger Stadt stattgefunden hat. Unter diesen Umständen wird es ratsam sein, statt der jetzigen Fassung des § 28, durch die eine übermäßige Inanspruchnahme der hiesigen Freibank durch eingebrachtes Fleisch hervorgerufen werden könnte, folgenden, früher bereits vom Herzoglichen Staatsministerium vorgeschlagenen Zusatz als Absatz 3 zu machen:

„Etwa bereits auswärts für minderwertig oder für bedingt tauglich erklärtes Fleisch kann von der Freibank und damit von dem Verkauf in hiesiger Stadt durch Anordnung des Schlachthausdirektors im einzelnen Falle ausgeschlossen werden, wenn durch dessen Zufuhr eine erhebliche Störung des ordnungsmäßigen Betriebes der Freibank zu befürchten steht, insbesondere wenn dadurch der Absatz des der Freibank überwiesenen einheimischen Fleisches stark beeinträchtigt werden würde.“

Die Versammlung wird ersucht, mit den vorstehenden Aenderungen des Entwurfs sich einverstanden zu erklären.

Herr V o g e: Die Statutenkommission hat gegen die Einschaltung des neuen § 42 nichts einzuwenden. Es handelt sich dabei nur um einen Hinweis darauf, daß die bezüglichlichen reichs- oder landesgesetzlichen Bestimmungen Anwendung zu finden haben.

Herr K a l m s: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, wann das neue Statut voraussichtlich in Kraft treten wird.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Es wird das zwar nicht zum 1. Juli, wohl aber zu einem anderen nahen Termine möglich sein. Im § 45 des Entwurfs ist gesagt worden, das Statut tritt mit dem Beginne des dritten Kalendermonats nach seiner Veröffentlichung in Kraft. Die Veröffentlichung wird aber von uns nach Möglichkeit beschleunigt werden, so daß, wenn sie im Juli stattfindet, das Statut am 1. Oktober in Kraft treten wird.

Der § 42 wird genehmigt.

Herr V o g e: Auch gegen den Punkt 2 der Vorlage hat die Kommission nichts einzuwenden.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

Herr V o g e: Als das Statut zum ersten Male an uns zurückkam, war der § 28 Gegenstand einer besonderen Beratung. Er wurde von uns in der Fassung genehmigt, wie er vom Magistrate vorgeschlagen war, nämlich daß die Freibant auf dasjenige Fleisch beschränkt würde, das in hiesiger Stadt geschlachtet und untersucht worden ist. Das Herzogliche Staatsministerium wünschte nun einen Zusatz, in dem von auswärts eingeführtes Fleisch, wenn es hier untersucht wäre, zugelassen werden sollte, soweit die Freibant dadurch nicht überlastet würde. Damals hatte der Magistrat prinzipielle Bedenken gegen die Aufnahme solcher Bestimmung und auch die Versammlung lehnte es ab, den Zusatz zu machen. Es wird nun jetzt eine Fassung vorgeschlagen, die der damals vom Herzoglichen Staatsministerium gewünschten im wesentlichen gleich lautet. Die Kommission hat die Angelegenheit beraten, und es sind dabei Stimmen laut geworden, daß die Freibant bei Einführung dieser Bestimmung sofort von auswärtigem Fleische überflutet werden würde. Andererseits ist aber erwogen worden, daß bei Nichtaufnahme der Bestimmung das hier zurückgewiesene Fleisch zwar nicht auf die Freibant kommen, aber doch in die Stadt geschmuggelt würde. Mit Rücksicht darauf, daß es im Interesse der Stadt vorzuziehen ist, wenn derartiges minderwertiges Fleisch auf die Freibant kommt und nicht eingeschmuggelt und als vollwertiges Fleisch verkauft wird, hat sich die Kommission dahin entschieden, den Vorschlag des Magistrates anzunehmen.

Auch dieser Teil der Vorlage wird von der Versammlung genehmigt.

VII. Aenderung der Straßenpolizeiordnung.

Durch Verfügung des Herzoglichen Staatsministeriums vom 18. Mai d. Js. ist die am 12. November 1908 vom Magistrat vorgelegte Straßenpolizeiordnung unter der Voraussetzung genehmigt worden, daß die städtischen Behörden nachträglich einigen Aenderungen zustimmen. Der Magistrat empfiehlt, sich mit den folgenden geringfügigen Aenderungen einverstanden zu erklären:

1. Im § 11 soll der vorletzte Absatz, der inhaltlich nur zu der vorher unter b erwähnten Bestimmung über das nicht zur Personenbeförderung dienende Fuhrwerk paßt, unmittelbar hinter b (ohne Absatz) eingefügt werden.

2. Im § 75 soll es bei Zeile 12 hinter „eingeholt“ in einem neuen Satz heißen: „Die Genehmigung wird erst erteilt werden, wenn eine nach dem Ermessen . . .“. In dem vorhergehenden Satz muß dann „ist“ als Schlusswort eingefügt werden.

3. Im § 95 wird hinter „dürfen“ in Zeile 2 die Einschaltung gewünscht: „vorbehaltlich der Vorschriften des Wassergesetzes“.

4. Im § 105 soll am Schlusse folgender Zusatz gemacht werden, den Herzogliches Staatsministerium für nötig hält, um unbilligen Härten vorzubeugen: „Ausnahmen kann die Herzogliche Polizeidirektion bewilligen“.

5. Zu § 149 (früher 150) hatte der Magistrat beantragt, die Straßenpolizeiordnung mit dem Beginne des dritten Monats, der auf die Bekanntmachung ihrer Drucklegung folgen würde, in Kraft treten zu lassen. Um das Inkrafttreten zu beschleunigen, wird folgende Fassung empfohlen: „Diese Straßenpolizeiordnung tritt mit dem von dem Stadtmagistrate im Einvernehmen mit der Herzoglichen Polizeidirektion festzusetzenden Termine, jedoch spätestens am 1. Oktober 1909 in Kraft.“ Der Magistrat schlägt der Einfachheit wegen folgende kürzere Fassung des Absatzes 1 vor: „Diese Straßenpolizeiordnung tritt mit dem 1. August d. J. in Kraft.“

Es wird ersucht, sich mit den vorstehenden Aenderungen einverstanden zu erklären:

Herr Boge: Die Statutenkommission hat gegen die vorgeschlagenen Aenderungen Einwendungen nicht zu erheben.

Herr Böschigk: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob der Staatsbahnhof nunmehr an das städtische Kanalnetz angeschlossen ist, oder ob noch Abwässer in die Oker gehen.

Herr Bürgermeister Meyer: Nach den Mitteilungen der städtischen Bauverwaltung glaube ich die Frage schlechtthin bejahen zu können.

Herr Hesse: Ich bin dafür, den unter 4 erwähnten Zusatz nicht gutzuheißen. Ich will nicht annehmen, daß die Herzogliche Polizeidirektion die Kohlenhändler ungleichmäßig behandeln wird, aber es könnte doch vorkommen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Dieses Werk ist nicht von einem Gesichtspunkte aus zu betrachten, sondern es haben dabei eine ganze Reihe von Körperschaften mitgewirkt, auch hat das Herzogliche Staatsministerium verschiedene Wünsche gegenüber den Beschlüssen der städtischen Behörden zurückgestellt. Hier liegt die Sache nun so, daß durch die jetzige Bestimmung große Gärten vorkommen können, die abgewendet werden sollen. Deshalb erscheint die gewünschte Aenderung ganz unbedenklich, ja sogar im eigensten Interesse der beteiligten Einwohner liegend. Wegen des Spielens von Orchestrions ist ja ein gleicher Zusatz gemacht worden. Die Polizei wird auch hierbei nach Recht und Billigkeit verfahren.

Herr Wesemeier: Ich bin mit dem Zusatz auch nicht einverstanden. Lieber soll man die ganze Bestimmung fallen lassen, als Veranlassung zu geben, daß sich der eine Bürger gegenüber dem anderen benachteiligt zu fühlen glaubt. Es kann sonst sehr leicht angenommen werden, daß mit zweierlei Maß gemessen würde, und das führt zu unangenehmen Konsequenzen. Ich beantrage daher, den Zusatz abzulehnen.

Herr Löschigk: Wenn jemand ein Fuder Kohlen erhält und soll dann erst die Erlaubnis der Herzoglichen Polizeidirektion einholen, so halte ich das für furchbar weikläufig. Früher sollten die Kohlen auch nur zu bestimmten Tageszeiten von der Straße in das Grundstück geschafft werden.

Herr Vogt: Als bei der damaligen Beratung die jetzige Bestimmung beschlossen wurde, war man sich darüber einig, daß ein sehr großer Vorteil für die Stadt darin lag, indem die Beschmutzung der Trottoirs vermieden wurde. Wenn uns nun jetzt das Herzogliche Staatsministerium so weit entgegenkommt und Ausnahmen zulassen will, so können wir das ruhig annehmen, allerdings in der Hoffnung, daß hiervon nicht allzuviel Gebrauch gemacht werden wird. Die Bestimmung will verhindern, daß die Kohlen auf der Straße liegen und in das Grundstück geschaufelt werden, jedoch soll die Herzogliche Polizeidirektion das Recht erhalten, Ausnahmen zuzulassen. Das Herzogliche Staatsministerium hat unseren sonstigen Beschlüssen bereits zugestimmt und setzt voraus, daß wir auch diese Aenderung noch genehmigen werden.

Die Magistratsvorlage wird darauf mittels Einzelabstimmungen in allen ihren Punkten genehmigt.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Die Verweisung im jetzigen § 45 auf § 26 ist nicht mehr zutreffend, weil die Paragraphennummern sich geändert haben; ich bitte zu genehmigen, daß dafür § 25 angezogen wird.

Die Versammlung ist damit einverstanden.

Herr Kleinfnecht: Im § 124 handelt es sich um das Umherlaufen von Hunden.

Vorsitzender: In eine Beratung der Straßenpolizeiordnung können wir jetzt nicht mehr eintreten. Wenn Sie eine Anfrage an den Magistrat stellen wollen, so habe ich nichts dagegen, aber Erörterungen über den Inhalt der Straßenpolizeiordnung kann ich jetzt nicht mehr zulassen.

Herr Kleinfnecht: Ich möchte mir erlauben, an den Magistrat die Bitte zu richten, uns anzugeben, welche öffentlichen gärtnerischen Anlagen, die nach § 123, 2 für die Hunde gesperrt sind, für unsere Stadt in Betracht kommen, ...

Vorsitzender: Das geht eigentlich schon über eine Anfrage hinaus. Will der Magistrat hierauf antworten?

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich bedaure, die Frage jetzt nicht beantworten zu können, jedoch erkläre ich mich bereit, nach Schluß der Sitzung mit Herrn Dr. Kleinfnecht mich privatim darüber zu unterhalten.

VIII. Ankauf eines Grundstücks an der Friesenstraße.

In ihrer Sitzung vom 26. Mai d. Js. hat die Baukommission bei Beratung der Vorlage vom 19. desselben Monats, betreffend die Errichtung einer Turnhalle an der Friesenstraße, anheimgegeben, auf die Ausführung des vom Magistrat empfohlenen Projektes I zu verzichten und nach Ankauf des Bassejchen Grundstücks, Friesenstraße 64, ein anderes Projekt vorzulegen. Der Magistrat erkennt an, daß gewichtige Gründe für den Ankauf dieses Grundstücks sprechen, insbesondere, daß dadurch die Möglichkeit geboten wird, auf die Anbringung der kostspieligen Oberlichtanlage und einer Treppenanlage zu verzichten und andererseits eine völlig rechtwinklige Turnhalle zu schaffen, die genügendes Licht von drei Seiten erhält. Da die Kosten der Oberlichtanlage zu 6000 Mark veranschlagt worden sind und sich die Unterhaltungs- und Reinigungskosten dieser Anlage höher belaufen werden, als solche von seitlichen Fenstern, so werden den Kosten für den weiteren Grunderwerb nicht unerhebliche Ersparnisse gegenüberstehen, ja es darf, wenn es möglich sein sollte, das Bassejche Vorderhaus künftig als Vorhalle zu benutzen, erwartet werden, daß das neue Projekt ungeachtet des Ankaufs des dritten Grundstücks überhaupt keine Mehrkosten erfordern wird. Der schon früher von der Ehefrau des Maurers Basse geforderte Kaufpreis von 10 000 Mark dürfte nicht zu hoch sein, der Magistrat hat daher zu diesem Preise das Grundstück angekauft und gibt anheim, den notariellen Vertrag zu genehmigen.

Namens der Baukommission ersucht Herr Wolters, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Ralm: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob nicht die Zinsen der entstehenden Mehrkosten durch Vermietung der Turnhalle an einen Verein gedeckt werden können. Mir ist mitgeteilt worden, daß ein hiesiger Verein, der

jetzt die Turnhalle an der Eßternstraße benutzt, sich um die Mitbenutzung dieser Schulturnhalle beworben hatte. Der Verein beabsichtigt, sich weiter auszudehnen und auch die Jugendabteilung zu vergrößern; es dürfte sich daher empfehlen, vor der Genehmigung dieses Projektes zu überlegen, ob man nicht mit dem Vereine wegen Ermietung der Turnhalle in Verbindung treten will.

Herr W o l t e r s: Es ist richtig, daß seitens eines hiesigen Turnvereins eine solche Anfrage gestellt worden war. Die städtische Bauverwaltung wurde daraufhin angewiesen, ein entsprechendes Projekt vorzulegen, was geschehen ist. Die Baukommission war aber nicht der Meinung, dieses Projekt zur Annahme empfehlen zu können, weil durch die vermehrten Ansprüche des Vereins eine Mehrausgabe von 24 000 bis 25 000 Mark entstanden sein würde. Auf die Anfrage an den Verein, ob er bereit sei, die Verzinsung der Mehrkosten zu tragen, ist eine ablehnende Antwort eingegangen. Außerdem ist es auch nicht möglich gewesen, den Wünschen des Vereins in technischer Beziehung entgegenzukommen, indem er z. B. die Belegung des Fußbodens mit losem Materiale wünschte, während die städtische Bauverwaltung für einen festen Belag eintrat. Ferner war vom Vereine gewünscht, daß oben in der Halle eine Galerie angebracht würde, was ebenfalls nicht ausführbar erschien. Es haben also technische und wesentliche finanzielle Bedenken die Erfüllung der Wünsche des Vereins unmöglich gemacht. Jetzt dreht es sich aber einstweilen nur darum, zuzustimmen, daß das Nachbargrundstück angekauft wird, während wir uns mit dem neuen Bauprojekte noch zu beschäftigen haben werden.

Herr W e s e m e i e r: Es ist recht dankenswert, daß der Anregung hier Folge gegeben ist. Wenn ein anderer Verein dieselbe Forderung gestellt hätte, so wäre der Anregung wahrscheinlich nicht entsprochen worden und die städtische Bauverwaltung hätte sich mit dem Antrage nicht beschäftigt. Es ist auch ein eigenartiges Verlangen, daß bei dieser Halle für einen Verein eine Extramurst gebraten werden sollte.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Gegen diese Beschuldigung muß ich die städtische Bauverwaltung in Schutz nehmen. Sie hat auf Wunsch des Herrn Sander die Anweisung von mir bekommen, eine Skizze anzufertigen, aus der sich ergibt, wie die Sache gemacht werden könnte, wenn den Wünschen des Vereins entsprochen werden sollte. Ich glaube kaum, daß Herr Wesemeier behaupten kann, der Magistrat würde nicht jeden anderen Verein in gleich liebenswürdiger Weise behandeln. Wenn jemand bittet, einen städtischen Bau so einzurichten, daß er ihn mit benutzen kann und er sich erbietet, die Mehrkosten zu bezahlen, so hat der Magistrat keine Veranlassung, ein derartiges Anerbieten abzulehnen. Jedenfalls ist die städtische Bauverwaltung hierbei nicht selbständig vorgegangen.

Die Vorlage wird sodann genehmigt.

IX. Antrag auf Darreichung von Speisen und Getränken im Tennishause.

Die Vereinigung Braunschweiger Tennisklubs wendet sich an die Versammlung mit der Bitte, nochmals in Beratung darüber einzutreten, daß ihr die Darreichung von Speise und Trank im Tennishause des Bürgerparkes an die Spieler und Mitglieder der Vereinigung und an solche Fremde, die gegen Erlegung eines besonderen Eintrittsgeldes die Anlagen betreten, gestattet würde. Sollte diesem Antrage nicht entsprochen werden können, so bittet die Vereinigung, wenigstens zu genehmigen, daß im Tennishause Speise und Trank an die eigenen Spieler und Mitglieder, bei besonderen festlichen Gelegenheiten (insbesondere Turnieren, Städtewettspielen usw.) auch an Turnierteilnehmer und eingeladene Gäste verabreicht werden darf.

Herr L ö h n e f i n k e: Die von der Vereinigung für ihren Antrag vorgebrachten Gründe sind in der Finanzkommission lebhaft erörtert, verteidigt und bekämpft, und schließlich ist die Kommission bei ihrer Beratung zu dem Ergebnis gekommen, der Versammlung ein jederzeit widerrufliches beschränktes Entgegenkommen empfehlen zu sollen, denn sie ist der Meinung, daß die Rücksicht auf das Erfrischungsbedürfnis der Spielenden es wünschenswert erscheinen läßt, der Vereinigung die Berechtigung zuzubilligen, Erfrischungen an ihre Mitglieder u. verabsorgen zu dürfen. Es soll sich diese Berechtigung aber nur auf die Dauer der Spielzeit erstrecken und demnach auf die Winterzeit keine Anwendung finden. Die Kommission hält es nicht für angängig, nachdem ein großes Stück des Bürgerparkes der Vereinigung überlassen und damit der öffentlichen Benutzung entzogen ist, nunmehr auch noch der stark bevorzugten Vereinigung die Erlaubnis zum Schankbetriebe während des ganzen Jahres zu erteilen. Das würde eine bedeutende Bevorzugung gegenüber anderen Vereinen darstellen, die mit demselben Rechte mit ähnlichen Anträgen hervortreten würden. Was die früher geäußerte Befürchtung anbetrifft, daß nämlich die benachbarten Wirte durch solchen Wirtschaftsbetrieb geschädigt werden könnten, so kann die Kommission dieser Ansicht nicht beipflichten. Im Gegenteil: der lebhafteste Spielbetrieb und das dadurch geschaffene reizvolle Bild wird viele Spaziergänger mehr veranlassen, ihre Schritte dahin zu lenken, und die wenigsten werden Gelegenheit finden, sich im Tennishause erfrischen zu können, sondern werden auf die umliegenden Wirtschaften hingewiesen sein, so daß sich deren Inhaber nur gut dabei stehen können. Das hat auch einer der beteiligten Wirte bereits klar zum Ausdruck gebracht. Eine Verpachtung des Schankbetriebes wird von der Vereinigung nicht beabsichtigt, sondern sie wird den Betrieb selbst übernehmen. Die Kommission hält dies auch für wünschenswert, weil die Vereinigung dadurch in die

Lage versetzt wird, die Abgabe von Getränken auf das genaueste kontrollieren zu können.

Die Finanzkommission unterbreitet nun der Versammlung folgenden Antrag:

„Der Tennisvereinigung wird widerruflich die Unterhaltung eines Schankwirtschaftsbetriebes im Tennishause gestattet und zwar während der Turniere unbeschränkt und im übrigen mit der Beschränkung, daß die Abgabe von Speisen und Getränken nur an die Mitglieder der Tennisvereinigung, an deren Angehörige und etwaige von diesen Personen eingeführte Gäste gestattet sein soll, indessen nur in der Zeit, während deren der Spielbetrieb unterhalten wird.“

Dadurch würde der Beschluß der Versammlung vom 22. Oktober v. Js. allerdings umgestoßen werden. Es wird kommissionsseitig vorgeschlagen, diesem Antrage zuzustimmen und dem Magistrat davon Mitteilung zu machen, daß der Beschluß vom 22. Oktober v. Js. von uns nicht aufrecht erhalten ist, ihn auch zu ersuchen, auf Grund des heutigen Beschlusses mit der Tennisvereinigung die weiteren Vereinbarungen zu treffen.

Vorjender: Wenn ein derartiger Beschluß gefaßt werden sollte, so würde ich an den Magistrat berichten, die Versammlung habe beschlossen, ihren früheren Beschluß wie folgt abzuändern. Ich würde noch hinzufügen, daß die vorerwähnte Beschränkung nicht nur privatrechtlicher Natur zwischen dem Magistrat und der Vereinigung festgelegt, sondern möglichst in der polizeilichen Erlaubnis zum Ausdruck gebracht werden solle. Dann würde die Vereinigung in der Lage sein, sich an den Magistrat zu wenden, der daraufhin mit ihr ein Abkommen treffen könnte.

Herr B u e s: Hätte die Tennisgesellschaft im vorigen Jahre ihren Antrag so gestellt, wie heute, so würde dagegen wohl kaum Widerspruch erfolgt sein. Daß die Herren sich aber die Sache ursprünglich anders gedacht haben, geht schon daraus hervor, daß sie jetzt selber anerkennen, sie können in den Wintermonaten in ihrem Heim nicht tagen, weil dort die Zimmer nicht zu heizen sind. Sie müssen aber damals die Absicht gehabt haben, den Schankverkehr auch im Winter stattfinden zu lassen, damit die Räume sich rentieren. Es ist doch klar, daß dann kein Spielbetrieb vorhanden ist. Wie der Antrag heute lautet, unterliegt er keinen Bedenken, und es ist auch schon voriges Mal gesagt worden, daß niemand den Verein hindern würde, wenn er seine Mitglieder bewirten will.

Herr M ö h l e: Ich habe gegen die von der Kommission vorgeschlagene Fassung nichts einzuwenden und möchte nur anfragen, ob es absolut notwendig ist, die Bezeichnung „Schankwirtschaftsbetrieb“ zu gebrauchen. (Zustimmung.) Sonst hätte es ja bei dem Vorschlage der Vereinigung belanden können.

Herr V o g e: Ich bitte die Beschränkung, „in der Zeit, während deren der Spielbetrieb unterhalten wird“, fallen zu lassen. Ich habe schon bis Mitte Dezember gespielt und im Februar wieder angefangen. Weshalb soll nun der Wirtschaftsbetrieb während der übrigen paar Wochen geschlossen sein?

Herr R o b s t: Es ist hier gesagt worden, während der Wintermonate solle der Wirtschaftsbetrieb ruhen. Der Begriff „Wintermonate“ kann aber sehr weit ausgedehnt und auch sehr eng gefaßt werden. Die Vereinigung bittet gleichzeitig, den Schankbetrieb für das ganze Jahr, wenigstens für ihre Mitglieder, aufrecht erhalten zu dürfen. Ich glaube deshalb, daß man eine solche Beschränkung der Vereinigung gar nicht aufzuerlegen braucht, denn es ist schon früher zum Ausdruck gebracht worden, daß sie an ihre Mitglieder Speisen und Getränke verabfolgen darf. Dabei muß ich Ihnen ins Gedächtnis zurückerufen, daß unser Vorsitzender damals selbst diese Ansicht ausgesprochen hat. In dem Berichte über die Sitzung vom 22. Oktober 1908 heißt es auf Seite 299, daß Herr Hauswaldt u. a. folgendes geäußert hat: „Da nun die Herren und Damen schon jetzt ihren Durst im Klubhause stillen können und außerdem bei allen größeren Turnieren eine besondere Konzession zur Schankwirtschaft erteilt wird, so weiß ich nicht, wie man noch mehr verlangen kann.“ (Herr H a u s w a l d t: Sehr richtig!)

Es muß also der Vereinigung die Erlaubnis, auch im Winter Speise und Trank verabfolgen zu dürfen, gegeben werden.

Herr L ö h n e f i n k e: Ich bin in der Lage, Ihnen erklären zu können, daß die Vereinigung augenblicklich nicht die Berechtigung besitzt, an ihre Mitglieder Speisen und Getränke zu verabfolgen.

Herr M e y e r h o f f: Wie wird es aber, wenn die Vereinigung im Winter dort einen Eisplatz errichtet. (Auf: Das ist etwas anderes!) Das ist auch ein Spielbetrieb. (Widerspruch.) Die Gefahr ist wirklich nicht so schlimm, wenn Sie den Wünschen des Herrn Voge folgen. Was wird dort im Winter viel aus-
geschenkt werden? So groß sind die Räume gar nicht, um dort viele Leute unterbringen zu können. Aus Neugierde werden sich wohl eine Masse Menschen das Haus ansehen, aber das können sie heute schon. Der winterliche Schankbetrieb wird jedenfalls ein ganz minimaler sein, wenn dort nicht große Eisfestlichkeiten veranstaltet werden. Sollte dies aber der Fall sein, so würde die Vereinigung auch jetzt schon sich eine besondere Erlaubnis zum Schankbetriebe erwirken können. Die Ausschaltung des Winterbetriebes halte ich deshalb nicht für nötig.

Herr L ö h n e f i n k e: In dem Antrage der Kommission ist nur davon die Rede, daß ein Schankbetrieb während der Spielzeit gestattet werden möchte. Ich bin allerdings persönlich dafür eingetreten, der Vereinigung ihre berechtigten

Wünsche zu erfüllen, und ich würde es auch heute mit Freuden begrüßen, wenn die Mehrzahl der Versammlung sich den Wünschen des Herrn Boge anschließen wollte. Ich kann nicht glauben, daß die Vereinigung aus solcher Genehmigung nennenswerte Vorteile erzielen würde, denn der Umsatz wird so groß nicht sein; andererseits würde aber der Zusammenschluß in der Vereinigung dadurch erheblich gefördert werden, wenn man der Vereinigung die Gelegenheit böte, auch einmal im Winter eine Zusammenkunft der Mitglieder zu veranstalten und dabei ein Glas Wein oder Bier zu trinken. Hierdurch würden die Wirte nicht wesentlich geschädigt werden. Wenn aber trotzdem ein solcher Einwand erhoben werden sollte, so könnte man ihn dadurch schlagen, daß man sagte, es dürften keine Festlichkeiten stattfinden. Ich möchte persönlich gebeten haben, der Vereinigung etwas mehr Entgegenkommen zu zeigen wie die Finanzkommission und den Antrag der Vereinigung im vollen Umfange zu genehmigen.

Vorsitzender: Was ich in der Sitzung vom 22. Oktober 1908 gesagt habe, halte ich auch jetzt noch aufrecht. Schon jetzt können die Herrschaften ihren Durst im Klubhause stillen, und während der Turniere ist die Vereinigung nach Einholung der polizeilichen Erlaubnis in der Lage, ihre Gäste und Mitglieder nach allen Richtungen der Kunst zu erquicken.

Herr Boge: Ich bitte, über die letzten Worte „indessen nur in der Zeit, während deren der Spielbetrieb unterhalten wird“, getrennt abzustimmen.

Vorsitzender: Wer ist für die Annahme des ersten Teiles des Antrages der Finanzkommission? — Das ist angenommen.

Herr Löschigk (zur Geschäftsordnung): Durch die Abstimmung über den letzten Satz des Kommissionsantrages kann die ganze Sache hinfällig werden. (Widerspruch.)

Vorsitzender: Das ist nicht der Fall. Wer ist für die Annahme des letzten Satzes? Das ist die Minderheit, die Einschränkung ist daher gefallen.

Herr Jasper (zur Geschäftsordnung): Ich bitte, noch eine Gesamt- abstimmung herbeizuführen.

Vorsitzender: Das ist parlamentarisch unmöglich, da der Antrag der Finanzkommission ohne die Worte: „indessen nur in der Zeit während deren der Spielbetrieb unterhalten wird“, bereits angenommen ist. Der Vereinigung ist damit der Schanfbetrieb auch im Winter gestattet.

X. Verrechnung der Kosten für Neu- und Umbauten auf dem Marshallgrundstücke.

Die aus Anlaß der Erweiterung des Gaswerks an der Taubenstraße für das Marshallgrundstück ausgeführten Neu- und Umbauten sind jetzt fertig- gestellt, so daß die endgültige Verrechnung der dafür aufgewendeten Kosten nun-

mehr vorgenommen werden muß. Da der größere Teil der Bauten dadurch erforderlich geworden ist, daß das Gaswerk ältere vorhandene Bauten dem Marstalle entzogen hat, erscheint es selbstverständlich, daß das Gaswerk zu den Kosten der Ersatzbauten einen Beitrag zahlt und zwar mindestens in der Höhe des Wertes, den die dem Marstall entzogenen Bauten für dessen Verwaltung beisaßen. Der Magistrat schlägt vor, von den zu 44 315,54 Mark ermittelten Kosten 20 417,86 Mark auf das Gaswerk zu übernehmen, und außerdem noch für das in Anspruch genommene Terrain des Marstallgrundstücks sowie einige in Fortfall gekommene weitere Bauten zusammen 5093 Mark, insgesamt also dem Gaswerke 25 510,86 Mark aufzuerlegen.

Nach dem Berichte des Herrn Wolters findet die Finanzkommission diese Verrechnungsweise gerechtfertigt und gibt deren Genehmigung anheim.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

XI. Gasrohrverlegung auf der Lutterstraße.

Die Malzfabrik von Funke & Moll, Lutterstraße 1, beabsichtigt einen Gasmotor aufzustellen und will sich verpflichten, jährlich für mindestens 200 Mark Gas auf die Dauer von vier Jahren abzunehmen. Der Magistrat gibt anheim, der Erweiterung des Gasrohrnetzes nach dem betreffenden Grundstücke zuzustimmen und dafür die Summe von 1000 Mark zu bewilligen, auch sich damit einverstanden zu erklären, daß die auf der Straße befindlichen beiden Petroleumlaternen in Gasglühlichtlaternen umgewandelt und hierfür 140 Mark aufgewendet werden.

Die Anträge werden nach Befürwortung durch die Finanzkommission, für die Herr Böschigk berichtet, genehmigt.

XII. Ankauf eines Grundstücks an der Wilhelmstraße.

Zum Zwecke der Erweiterung der Mädchenschule an der Wilhelmstraße hat der Magistrat das benachbarte Rötherische Grundstück zum Preise von 60 000 Mark angekauft und ersucht, den Kaufvertrag zu genehmigen. Eine Beschlufassung über die eventuell auszuführenden baulichen Aenderungen kann nach der Ansicht des Magistrates um so mehr vorbehalten bleiben, als in dem Rötherischen Hause sechs Wohnungen vermietet sind und daher mit den Bauarbeiten frühestens am 1. Oktober würde begonnen werden können. Die der benachbarten Schule anhaftenden und durch den Ankauf des Grundstücks zu beseitigenden Mängel bestehen namentlich in folgenden Punkten:

1. Der Spielplatz der Schule ist außergewöhnlich klein. Bei einer Größe von 780 qm und bei etwa 850 Schülerinnen entfällt auf den Kopf eine Fläche

von nur etwa 0,9 qm, während nach den heutigen Anforderungen 2 bis 2,5 qm vorhanden sein müßten.

2. Die Schuldienerwohnung im Erdgeschoße des rechten Seitengebäudes, die nur von Norden her Licht erhält, hat schon immer zu Klagen Veranlassung gegeben.

3. Die Klasse und der Zeichenaal im zweiten Obergeschoße dieses Seitengebäudes sind nur unter Benutzung einer dunklen Treppe zu erreichen, die auch von verschiedenen anderen Schulklassen benutzt werden muß, so daß bei Ausbruch eines Schadenfeuers leicht Panik entstehen kann.

4. Die im zweiten Obergeschoße des Vorderhauses gelegene Schulklasse ist mangelhaft beleuchtet und sehr niedrig, auch sind die dort gelegenen Unterrichtsräume der Fortbildungsschule sehr beschränkt.

5. Das im Erdgeschoße des Vorderhauses gelegene Zimmer für die Lehrerinnen ist sehr klein.

Alle diese Uebelstände lassen sich bei Erwerb des Rötherschen Grundstücks beseitigen.

Herr W o l t e r s: Die Baukommission ist mit dem Magistrat darin einig, daß es sich empfiehlt, dem Ankauf des Grundstücks zuzustimmen. Darüber, wie demnächst das Bauprojekt ausgestaltet werden wird, hat die Kommission noch keinen endgültigen Beschluß gefaßt. • Es wird empfohlen, der Vorlage zuzustimmen. Vielleicht kann über das Bauprojekt in der nächsten Sitzung verhandelt werden.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Es ist uns schlechterdings unmöglich, bis über 14 Tage noch ein Projekt vorzulegen. Zunächst würde sich der Schulvorstand darüber zu äußern haben und dann hat die städtische Bauverwaltung dazu Stellung zu nehmen und ein Projekt auszuarbeiten, so daß es abgeschlossen ist, bis dahin ein Projekt vorgelegt zu bekommen. Außerdem bezweifle ich auch, daß sobald eine allseitige Uebereinstimmung erzielt werden wird. Es stehen sich nämlich zwei Ansichten gegenüber, die schwer zu vereinigen sind. Die Bauverwaltung und der Schulvorstand möchten nämlich den ganzen südlichen Flügel des Schulgebäudes, der an sich noch gut erhalten ist, beseitigen und für 50 000 bis 60 000 Mark einen Neubau errichten. Die Baukommission war aber anderer Ansicht, es müßte sich ermöglichen lassen, den Seitenflügel, der erst 1859 erbaut ist, beizubehalten. Unter diesen Umständen läßt sich die Frage, wie gebaut werden soll, so schnell nicht zur Entscheidung bringen.

Der Magistrat sähe es gern, wenn Sie ihm heute schon insoweit Vollmacht erteilten, daß er berechtigt wäre, die Hintergebäude des Rötherschen Grundstücks, die auch nach der Ansicht der Baukommission abgängig sind, alsbald nach erfolgtem Ankauf niederzulegen, und wenn Sie ihn weiter ermächtigten, Vorfrage

zu treffen, daß der Schuldiener zum Herbst d. Js. Wohnung im Rötterschen Vordergebäude bekommt. Die jetzige Schuldienerwohnung liegt tatsächlich nicht günstig. Vielleicht lassen sich deren Räume später zu anderen Zwecken verwenden, aber als Wohnung sind sie stets unbehaglich gewesen, und es ist nötig, die Familie anderweit unterzubringen. Außerdem würde vielleicht eine geringe Summe aufzuwenden sein, um die betreffenden Stuben in dem Rötterschen Vorderhause instand zu setzen, und Sie könnten dem Magistrat wohl in diesem Punkte freie Hand lassen, wenn Sie überhaupt der Ansicht sind, daß es wünschenswert erscheint, den Schuldiener dort unterzubringen. Der Magistrat will seine Vorlage in dieser Beziehung ergänzt haben.

Herr **Wolters**: Dieser erweiterte Antrag hat der Beschlußfassung der Kommission noch nicht unterlegen, aber ich glaube, daß die Baukommission damit einverstanden sein wird. Nach der gestern stattgehabten Besichtigung der Grundstücke empfiehlt es sich, auch diese Vorschläge gutzuheißen.

Die Versammlung genehmigt die Vorlage mit den vom Herrn Oberbürgermeister vorgetragenen Ergänzungen.

XIII. Abkommen wegen Lieferung elektrischen Stromes für eine Kompressoranlage.

Die Straßeneisenbahngesellschaft erklärt sich bereit, elektrischen Strom zum Betriebe eines 3 PS. Elektromotors für den Antrieb eines Gaskompressors der Preßgasanlage zu 7½ Pf. für die Kilowattstunde zu liefern. Die Abgabe an die Stadt und jeder weitere Sonderrabatt für die Stadt wird auf diesen Preis nicht mehr gewährt. Der Magistrat hält es für unbedenklich, das für die Stadt vorteilhafte Anerbieten der Straßeneisenbahngesellschaft anzunehmen. Daß bei der Ermäßigung des Strompreises von 20 Pf. auf 7½ Pf. für die Kilowattstunde die Abgabe an die Stadt und jeder weitere Rabatt hinsichtlich des Stromverbrauchs der betreffenden Anlage in Wegfall kommt, dürfte der Billigkeit entsprechen. Es wird deshalb anheimgegeben den Magistrat zur Annahme des Angebots zu ermächtigen. Da gleiche Verhandlungen in bezug auf Stromverbrauch auch in anderen städtischen Betrieben schweben, so dürfte es sich — wie der Magistrat weiter ausführt — empfehlen, allgemein die Zustimmung dazu zu erteilen, daß, wenn die städtischen Behörden in dem einen oder anderen Betriebe elektrischen Motorenbetrieb für zweckdienlich erachten, die Preisbemessung in der vorbezeichneten Weise seitens des Magistrates ohne weiteres vereinbart werden darf. Es wird eruchtet, auch hierüber Beschluß zu fassen.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr **Wolters** berichtet, wird der gesamten Vorlage zugestimmt.

XIV. Ankauf eines Teilgrundstücks am Südklinte.

Der Seilermeister Seeliger hat sein Grundstück, Südklint 13, dem Magistrat zum Kauf angeboten, jedoch hat letzterer auf den Ankauf des ganzen Grundstücks, das nur zum Teil an das städtische Schulgrundstück stößt, verzichtet, weil es zu Schulzwecken nicht im vollen Umfange brauchbar ist. Zu verwenden für städtische Zwecke ist nur das Hinterland des Seeligerschen Grundstücks, nämlich eine 330 qm große Grundfläche, die zur Errichtung einer Turnhalle geeignet erscheint. Der Magistrat empfiehlt, die sich bietende Gelegenheit, einen geeigneten Platz für die dort fehlende Turnhalle zu erlangen, nicht ungeprüft vorübergehen zu lassen und den mit Herrn Seeliger abgeschlossenen Kaufvertrag, wonach für die betreffende Fläche 15 000 Mark zu zahlen sind, zu genehmigen.

Die Baukommission gibt durch Herrn Friede anheim, der Vorlage zuzustimmen, was seitens der Versammlung geschieht.

XV. Aenderung der Ordnung für die Oberrealschule.

In Ergänzung der Vorlage, betreffend den Erlaß neuer Gehaltsbestimmungen für Beamte und Lehrer legt der Magistrat den Entwurf einer neuen Ordnung für die städtische Oberrealschule vor. In dieser Ordnung haben einerseits diejenigen Aenderungen entsprechend den Forderungen des Herzöglichen Staatsministeriums Berücksichtigung gefunden, die bei der Beratung der Ordnung für die städtische Realschule beschlossen worden sind. Andererseits sind im § 19 unter c und im § 26 diejenigen Gehaltsätze für die seminaristisch gebildeten Lehrer und die Fachlehrer sowie die beiden zurzeit angestellten pro rectoratu geprüften Lehrer ausgeworfen, die vom Magistrat in Vorschlag gebracht waren. Auch die wegen der Nachzahlung der Gehaltserhöhungen erforderlichen Uebergangsbestimmungen sind in den Entwurf aufgenommen. Es wird anheimgegeben, dem Erlaß der neuen Ordnung zuzustimmen.

Nach dem Berichte des Herrn Kleinfnecht hat die Schulkommission gegen den Entwurf Einwendungen nicht zu erheben und gibt dessen Genehmigung anheim.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Im § 27 des Entwurfs ist der Tag des Inkrafttretens der Ordnung noch offen gelassen. Der Magistrat ersucht, ihm die Festsetzung dieses Zeitpunktes und die entsprechende Ergänzung der Ordnung zu überlassen. Außerdem sind in der letzten Zeile des § 27 die Worte „14. Mai 1903“ nachzutragen.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

XVI. Aenderung der Ordnung für die Realschule.

Die von den städtischen Behörden mit Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums beschlossenen Ordnungsvorschriften für die städtische Realschule werden der Versammlung vom Magistrate vorgelegt. Nachdem inzwischen die Erhöhung der Lehrergehälter beschlossen worden ist, würde noch Bestimmung zu treffen sein über die anderweite Besoldung der an der städtischen Realschule beschäftigten seminaristisch gebildeten Lehrer und Fachlehrer. Für diese war ein Gehalt von 2200 Mark bis 3900 Mark vorgeschlagen und die Bemessung des Anfangsgehaltes von der Versammlung angenommen. Der Magistrat gibt anheim, nunmehr die Besoldung gutzuheißen und zuzustimmen, daß der erste Satz im § 19 der Vorschriften unter c folgende Fassung erhält:

„c. Die seminaristisch gebildeten Lehrer und die Fachlehrer beginnen mit einem Jahresgehalte von 2200 Mark, dasselbe steigt nach Ablauf von je drei Jahren in Stufen von 1×300 Mark und 7×200 Mark bis zum Höchstbetrage von 3900 Mark.“

Ferner ersucht der Magistrat, zu beschließen, daß die Nachzahlung der Gehälter nach gleichen Grundsätzen erfolgen soll, die für die Bürgerschullehrer aufgestellt sind und daß danach die Nachzahlung ohne Verzug erfolgt.

Herr Friede: Die Schulkommission gibt anheim, auch diese Vorlage zu genehmigen.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e h e r: Auch bei dieser Ordnung möchte der Magistrat die Ermächtigung erbitten, den Tag ihres Inkrafttretens selbstständig festzusetzen, da der früher beschlossene Zeitpunkt (1. April 1909) nicht mehr paßt.

Es wird den Anträgen gemäß beschlossen.

XVII. Instandsetzung des Bienröder Weges.

Die Befestigung des Bienröder Weges soll in der Weise geschehen, daß der jetzt befestigte Teil der Fahrbahn mit Stein Schlag ausgeglichen, wieder fest gewalzt und sodann in einer Breite von 3,50 m mit Kleinpflastersteinen abgepflastert wird. Westlich von dem bestehenden Fußwege, der demnächst als Radfahrweg dienen soll, soll ein neuer Fußweg in einer Breite von 3,50 m angelegt und entsprechend befestigt werden. Auf diesem Fußwege werden zwei Reihen Laubbäume angepflanzt. In gleicher Weise soll auch an der Ostseite des Weges nördlich des Grundstücks Nr. 102 eine Reihe Laubbäume angepflanzt werden.

Der Magistrat ersucht, das Projekt über die schon früher grundsätzlich beschlossene provisorische Instandsetzung des Weges gutzuheißen und die zu 27 200 Mark veranschlagten Kosten zu verwilligen.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr R o n e g e n berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

XVIII. Einsprache gegen die Anordnung von Vorgärten.

Der Bauunternehmer Bannow hat gegen den Beschluß der städtischen Behörden, für die von der Reichenbergstraße nach Westen abzweigende Straße Nr. 236 auf beiden Seiten einen je 2 m breiten Vorgarten festzulegen Einsprache erhoben. Zur Begründung führt er u. a. aus, daß bei Durchführung des Beschlusses eine zweckmäßige Bebauung seiner Grundstücke nicht möglich sein würde.

Von der städtischen Bauverwaltung wird empfohlen, die Einsprache als unbegründet zurückzuweisen, da auch bei Anordnung von Vorgärten die an der Straße Nr. 236 zu errichtenden Gebäude in vollständig ausreichendem Maße von der Reichenbergstraße aus sichtbar seien und das südlich der Straße gelegene Bannowsche Terrain eine ausreichende Tiefe zu einer sachgemäßen Bebauung besitze. Der Magistrat schließt sich diesen Gründen an und ersucht, sich mit der Verwerfung der Einsprache einverstanden zu erklären.

Herr M e y e r h o f f: Namens der Mehrheit der Baukommission beantrage ich, die Einsprache zu verwerfen, was seitens der Versammlung geschieht.

XIX Antrag auf Erteilung einer Bauerlaubnis und auf Gewährung eines Darlehns.

Die Vereinigung Braunschweiger Tennisklubs ersucht, ihr die Anbringung von zwei Eckpavillons an das Klubhaus im Bürgerparke zu gestatten, außerdem wünscht sie einen Radstand und einen kleinen Verschlag für die Geräte, Walzen etc. anzulegen. Der Magistrat gibt anheim, sich mit Errichtung dieser Baulichkeiten einverstanden zu erklären.

Ferner hat die Vereinigung beantragt, ihr gegen Verpfändung ihrer Ansprüche auf Fortnahme der neu geschaffenen Tennisanlage im Bürgerparke aus städtischen Mitteln ein Darlehn von 30 000 Mark zu gewähren. Eine Beleihung der Anlage gegen hypothekarische Sicherheit ist hierbei ausgeschlossen, weil der Grund und Boden nicht im Eigentume der Vereinigung, sondern der Stadt steht. Bestimmend für die Erledigung des Antrages kann indessen nach der Ansicht des Magistrates nicht die Lage der Tennisvereinigung, sondern ausschließlich die Beantwortung der Frage sein, ob der gegen Hergabe des gewünschten Darlehns von der Tennisvereinigung zu fordernde Verzicht auf das Recht der Fortnahme der gesamten Tennisanlage der Stadt ausreichende Sicherheit bietet. Für die Prüfung dieser Frage kommt in erster Linie in Betracht, daß

das Tennishaus tatsächlich einen Brandkassenwert von 50 300 Mark besitzt und nach einem Mietwerte von 1800 Mark zur Grundsteuer herangezogen wird, sowie, daß das Haus heute zwar einen nicht unerheblichen wirtschaftlichen Wert hat, daß es aber ungewiß ist, welchen Wert es bei Aufhören des der Vereinigung eingeräumten Nutzungsrechtes an der Area besitzt. Da durch den 1905 abgeschlossenen Vertrag die Tennisvereinigung die Verpflichtung übernommen hat, die Spielplatzanlage inkl. Gebäude für die Dauer des zunächst bis 1. April 1931 in Aussicht genommenen Nutzungsverhältnisses in ordnungsmäßigem Zustande zu erhalten, die Stadt aber sich das Recht vorbehalten hat, bei Verstoß gegen jene Verpflichtung das Vertragsverhältnis vor Eintritt jenes Zeitpunktes zu kündigen, so vermag der Magistrat die Zweifel über den demnächstigen wirtschaftlichen Wert des Hauses nicht allzu hoch einzuschätzen, da bei einem Sinken des Wertes durch Vernachlässigung der Anlage die Stadt es jeden Augenblick in der Hand hat, durch Kündigung der Nutzungsverhältnisse ihre Rechte zu realisieren. Der Magistrat hält es deshalb für unbedenklich, dem Wunsche der Vereinigung zu entsprechen und ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß der Vereinigung Braunschweiger Tennisclubs gegen Erklärung des Verzichts auf Fortnahme der Anlage und gegen Übernahme der Verpflichtung, das Darlehn mit 4 Proz. zu verzinsen und mit 1 Proz. sowie der durch Amortisation eintretenden Zinsersparnis zu amortisieren, 30 000 Mark stadtseitig vorgeliehen werden.

Namens der Finanzkommission berichtet über die Vorlage Herr J a s p e r: Die Kommission hat keine Bedenken gefunden, die Bauerlaubnis zu erteilen und gibt anheim, den ersten Teil der Vorlage zu genehmigen, was seitens der Versammlung geschieht.

Herr J a s p e r: Was den zweiten Teil der Vorlage, die Herleihung eines Darlehns von 30 000 Mark betrifft, so kann die Finanzkommission diesem Antrage des Magistrates nicht beitreten und empfiehlt, ihn abzulehnen. Die Kommission hat hierbei weniger die sportlichen Interessen der Vereinigung, oder deren kulturelle Aufgaben, oder die Schönheiten des Klubhauses erwogen, sondern für sie sind in erster Linie finanzielle Rücksichten, nämlich die Sicherung der Stadt, ausschlaggebend gewesen. Sie ist nahezu einstimmig der Meinung, daß eine ausreichende Sicherheit für das Geld fehlt. Wir haben mit der Vereinigung einen Vertrag auf Ueberlassung des Grund und Bodens, der am 1. April 1931 endigt. Wenn dieser Vertrag nicht erneuert wird, so kann von der Stadt zu diesem Zeitpunkte verlangt werden, daß die Anlagen ohne weiteres Entgelt zu beseitigen sind. Aber auch darüber hinaus kann der Pachtvertrag schon dann aufgehoben werden, wenn ein wichtiges städtisches Interesse — man dachte dabei an den Bahnhof — dafür vorliegt und zwar ebenfalls ohne eine Vergütung für

die Fortnahme der Anlagen. Dadurch ist aber nach der Ansicht der Kommission eine große Unsicherheit hinsichtlich des Wertes des abzureißenden Gebäudes gegeben. Es bleibt dann nämlich als Pfandobjekt nichts anderes übrig, als ein paar Haufen Steine, eine Reihe Bretter und Stuck und nochmals Stuck. Für solche Pfandobjekte war die Mehrheit der Kommission nicht zu haben. Es kam hinzu, daß in dem Anschreiben keinerlei Sicherheit für die dauernde Instanderhaltung des Gebäudes durch die Vereinigung geboten war. Besonders wurde aber bei dem Votum der Kommission der Umstand berücksichtigt, daß, wenn auch gegenwärtig das Tennisspiel sehr beliebt sein mag, derartige Spiele doch sehr der Mode unterliegen, und es nicht abzusehen ist, wie es in zwanzig Jahren mit der Tennisvereinigung liegen wird. Ferner wurde erwogen, daß das Gebäude, wie es jetzt beschaffen ist, sehr der Verwitterung ausgesetzt ist, und verhältnismäßig große Unterhaltungskosten laufend aufgewendet werden müssen, so daß eine reelle Sicherheit schon infolge der natürlichen Abnutzung des Gebäudes für die Stadt nicht vorhanden ist. Die meisten Leute werden sich freuen haben, wie niedlich das Haus aussieht; wenn man es aber näher betrachtet, besonders nach der Westseite hin, so wird man schon jetzt ganz erhebliche Verwitterungsspuren bemerkt haben, was zum Geldhergeben gerade nicht anreizen kann. Aus diesen Gründen gibt die Finanzkommission anheim, diesen Teil der Vorlage abzulehnen.

Herr Bürgermeister Meyer: Ich bitte, den Magistratsantrag anzunehmen. Für den Magistrat sind nur finanzielle Gesichtspunkte maßgebend gewesen; die persönliche Seite hat nur insofern eine untergeordnete Rolle gespielt, als wir anerkennen mußten, daß es der Vereinigung sehr schwer werden würde, von dritter Seite ein so hohes Darlehn auf das Haus zu erhalten. Eine Hypothek auf das Haus zu nehmen, ist der Vereinigung unmöglich, weil die Stadt Eigentümerin des Grund und Bodens ist. Bei der finanziellen Beurteilung der Sachlage ist für den Magistrat bestimmend gewesen, daß das Haus zurzeit einen erheblichen Wert repräsentiert, indem der Brandkassenwert 50 300 Mark beträgt. Dazu kommt, daß die Vereinigung bereit ist, auf die Fortnahme nicht nur des Hauses sondern der ganzen Anlage zu verzichten. Der Herr Referent hat nun gemeint, diese Werte würden illusorisch werden, wenn die Eisenbahn dort durchgeführt werden müßte und das Gebäude dann abgebrochen würde. Ich bin nicht in der Lage, das als stichhaltigen Grund anerkennen zu können, weil ein solches Bahnprojekt gar nicht besteht. Soweit mir bekannt geworden ist, sieht auch das Kopfbahnhofprojekt, das angeblich vom preussischen Eisenbahnministerium inzwischen angefertigt worden ist, eine Beseitigung des Tennishauses nicht vor; auch würde man hierüber noch nähere Erkundigungen einziehen können. Wollen wir aber erst mit Zukunftsprojekten

rechnen, so läßt sich annehmen, daß bis zu deren Verwirklichung das ganze Darlehn schon wieder zurückgezahlt sein wird (Heiterkeit), denn so lange würde es doch wohl dauern, bis ein solches Projekt zur Ausführung käme. Aber selbst wenn die Bahnhofsanlagen die Beseitigung des Tennishauses und der sonstigen Tennisanlagen wirklich erforderlich machten, so wäre damit doch noch nicht gesagt, daß die Stadt das unentgeltlich hätte geschehen zu lassen, sondern es würde dafür von der Eisenbahnverwaltung eine Entschädigung zu zahlen sein. (Zustimmung.) Auch die letzten Ausführungen des Herrn Referenten dürften nicht stichhaltig sein. Wenn wirklich in der Zwischenzeit eine Entwertung des Grundstücks durch dessen Vernachlässigung eintreten und der Magistrat gezwungen sein sollte, die Anlage vertragsmäßig zu übernehmen, so würde die Stadt davon doch keinen nennenswerten Schaden haben können, weil sie in der Lage ist, die Instanderhaltung des Hauses erzwingen, eventuell aber den Vertrag vorzeitig aufheben zu können. Als Ersatz für das Darlehn würde sie den Wert des Gebäudes dann immer noch in der Hand haben. Sollten die Herren wegen der Höhe des Darlehns Bedenken haben, so könnte man darüber noch sprechen.

Herr Meherhoff: Was den Bahnbau betrifft, so würde ich es mit Freuden begrüßen, wenn wir dabei nur 30 000 Mark verlören und dann einen so nahe gelegenen Bahnhof erhielten. Nun sagt Herr Dr. Jasper, daß das Haus wohl ganz hübsch aussehe, wer aber büрге dafür, daß es nicht verwittere, zumal es schon jetzt danach aussehe. Es handelt sich hier um ein Fachwerksgebäude, das leichter verwittert, als ein massives Haus, aber gewöhnlich steht ein solide hergerichtetes Fachwerksgebäude länger, als die heutzutage gebauten massiven Häuser, soweit sie etwas leichtsinnig hergestellt sind. Die hier erwähnte Verwitterung des Hauses besteht darin, daß der Regen ein bißchen Lünche weggewischt hat, womit aber das Gebäude noch nicht angegriffen ist. Ich sehe tatsächlich keine Gefahr in der Verwilligung von 30 000 Mark, noch dazu, wenn dieses Darlehn mit 1 Prozent amortisiert werden muß. Soviel ist uns die Sache immer wert. Wenn Herr Dr. Jasper vor die Frage gestellt würde, er soll ja gut situiert sein und sich in der Wahl seines Vaters nicht geirrt haben. . . . (Lache des Vorsitzenden.) Ich sehe also keine Gefahr in der Hergabe der 30 000 Mark und bitte, den Antrag der Finanzkommission abzulehnen.

Vorsitzender: Ich möchte bitten, derartige persönliche Exkurse zu unterlassen, das steht uns nicht wohl an.

Herr Fröhling: Ich kann mich auch nicht für den Antrag der Kommission erwärmen und bitte, ihn abzulehnen. In finanzieller und bautechnischer Beziehung habe ich den Ausführungen der Herren Vorredner nichts hinzuzufügen und kann ihnen nur zustimmen. Die Herleihung der 30 000 Mark ist

meiner Ansicht nach vollständig gesichert und die uns von der Finanzkommission dargelegten finanziellen Bedenken sind jedenfalls stark übertrieben. Ich möchte noch auf einen anderen Punkt hinweisen. Die Vereinigung hat sich auch sonst noch allerhand Verdienste für die Öffentlichkeit erworben, die mit in die Wagschale geworfen werden müssen, indem sie sich nämlich der Körperpflege und Bewegung im Freien widmet. Das ist ein Gesichtspunkt, der im allerweitesten Umfange in hygienischer Beziehung zur Geltung kommen muß und den wir selbst im weitgehendsten Maße bei unseren Schulen berücksichtigen. Die Vereinigung widmet sich aber ebenfalls der Körperpflege, wenn auch in anderer Weise, wie wir es in unseren Turnsälen und Spielplätzen tun; sie bildet eine Ergänzung zu der Körperpflege in den Schulen. Was haben Sie heute allein für die Körperpflege der Schüler und Schülerinnen bewilligt? Hauptsächlich um den Schulspielplatz vergrößern zu können, haben Sie ein Grundstück an der Wilhelmstraße für 60 000 Mark angekauft und werden noch 20 000 Mark Baukosten hinzufügen. Aus demselben Grunde ist für die Schule an der Friesenstraße ein Grundstück für 10 000 Mark angekauft, das noch 35 000 Mark Baukosten erfordern wird. Der dritte Fall bildet die Schule am Südklinte, wo für ein Teilgrundstück 15 000 Mark und für eine Turnhalle noch 35 000 Mark ausgegeben werden sollen. Alle diese Ausgaben dienen der Körperpflege, und wenn wir die Vereinigung, die ebenfalls diese Bestrebungen fördert, unterstützen, so tun wir meiner Ansicht nach nur ein gutes Werk im öffentlichen Interesse, und ich möchte sogar sagen, wir sind dazu verpflichtet, das zu tun. Auch diejenigen Herren, welche sich für die Bestrebungen des Verkehrsvereins interessieren, müssen für die Vorlage eintreten, denn wieviel Fremde hat nicht die Vereinigung durch ihre Spiele hierhergebracht? Deshalb müssen wir den Verein unterstützen, soweit das möglich ist, und es ist mit unseren städtischen Finanzen angängig. Ich möchte deshalb bitten, den Antrag des Magistrates anzunehmen.

Herr L ö s i g k: Als Mitglied der Finanzkommission möchte ich feststellen, daß wir die guten Einrichtungen der Vereinigung wohl anerkannt, uns aber auf den Standpunkt gestellt haben, daß wir dem Antrage trotzdem nicht entsprechen könnten. Wenn Sie nun trotzdem anders beschließen sollten, so bekommt die Vereinigung ihr Geld, aber wir haben unsern Standpunkt präzisiert. Es ist für die Vereinigung schlimm, daß sie aus dem vorgetragenen Grunde anderweit kein Geld bekommen kann, aber für uns war die Sicherheit der Stadt nicht ausreichend. Wir als Vertreter der Stadt konnten uns nicht entschließen, das Geld ohne ausreichendere Garantie herzugeben.

Herr L ö h n e f i n k e: Für mich sind die Gründe der Finanzkommission nicht stichhaltig. Ich habe schon gegen die Meinung der Herren anzukämpfen

versucht, aber vergebens. Für mich kommt dabei in erster Linie in Betracht, ob das zu beleihende Objekt einen dauernden Wert darstellt oder nicht, und diese Frage habe ich bejaht; denn ich glaube, daß der Anlage ein dauernder Wert innewohnt. Möge nun dem Tennisspiele, oder einem anderen körperlichen Spiele gehuldigt werden, das ist gleichgültig: der Platz wird immer ein Sportplatz bleiben, und die Stadt kann einfach das Objekt an eine andere Gesellschaft verpachten und daraus ihren Nutzen ziehen, wenn die Vereinigung nicht mehr da sein sollte. Die Stadt hat schon große Summen für tote Baudenkmäler aufgewendet, und hat jetzt einmal Gelegenheit, ein lebendes Denkmal zu schaffen, was nicht oft vorkommt. Ich möchte bitten, das Darlehn zu bewilligen.

Herr Friede: Ich kann den Antrag der Finanzkommission ebenfalls nicht unterstützen. In welcher ausgedehnten Weise wird das Tennisspiel hier geübt! Das Spiel ist geradezu international, und Braunschweig ist diejenige Stadt in Deutschland, wo die Hauptspiele Jahr aus Jahr ein festgelegt sind. Wie wird dadurch der Fremdenverkehr gehoben! Wir heben unseren Verkehrsverein durch Bewilligung von Zuschüssen, und wir unterstützen ihn indirekt, wenn wir der Tennisvereinigung diese Summe bewilligen. Es kommen durch das Tennisspiel tatsächlich viele Fremde hierher, die auch viel Geld hier lassen und sich teilweise sogar hier ansiedeln. Die Stadt hat also indirekt wieder Nutzen davon. Würde der Platz nicht von der Vereinigung hergerichtet sein, so hätten sich die städtischen Behörden vielleicht selbst entschließen müssen, solchen Platz zu schaffen. Aus allen diesen Gründen möchte ich Sie bitten, das Darlehn zu bewilligen.

Herr Wolters: Ich möchte noch einiges bemerken, was für die Entschliebung der Finanzkommission maßgebend gewesen ist. Wir haben alle anerkannt, welchen guten Zwecken die Vereinigung dient und daß deren Anlagen eine Zierde für die Stadt Braunschweig sind. Deshalb haben wir auch die ganze Sache mit großer Sympathie verfolgt. Von dieser Stellungnahme muß aber verschieden sein das Interesse, das wir an der Verwendung der städtischen Gelder haben. Es wird uns hier ein Darlehnsgehalt angeboten, das wir von dem Punkte der Sicherheit aus betrachten müssen; es wird auch nicht eine Unterstützung, sondern ein Darlehn verlangt, und dabei ist für die Mehrheit der Gesichtspunkt maßgebend gewesen, ob für die 30 000 Mark genügende Sicherheit vorhanden ist oder nicht. Nun ist die Sachlage folgende: Die Kündigung des gegenwärtigen Verhältnisses ist frühestens zum 1. April 1931 möglich. Auf Grund des Vertrages ist bei Auflösung des Mietungsverhältnisses die Vereinigung berechtigt und auf Anordnung des Magistrates verpflichtet, die Anlagen zu beseitigen. Nun ist bei dem Darlehn in Aussicht genommen, noch 1 Prozent abzutragen; es würden also zum 1. April 1931 zurückgezahlt sein 12 000 Mark

und noch übrig bleiben 18 000 Mark, so daß der Uebernahmewert in jenem Augenblicke noch 18 000 Mark beträgt. Das hängt indessen noch von zwei Umständen ab, einmal, daß in der Tat die Verzinsung und Amortisation regelmäßig geleistet sind, und außerdem, daß die Vereinigung ihrer Verpflichtung gemäß die Unterhaltung der Anlagen auch ausgeführt hat. Von diesem Gesichtspunkte aus erschien es nicht über jedem Zweifel erhaben, ob es in der Tat möglich sein werde, die versprochenen Anforderungen auch wirklich zu leisten. Man hat hier die Frage aufzuwerfen, ob es sich um ein einfaches Darlehnsgeschäft handelt, oder ob der Antrag der Vereinigung den Charakter einer Subvention annimmt. Ein solcher Antrag liegt uns aber nicht vor, es handelt sich also nur um ein Darlehnsgeschäft. Ich habe den Beschluß der Finanzkommission an sich bedauert. Es ist auch versucht worden, den durchaus zu fördernden Zwecken der Vereinigung in anderer Weise gerecht zu werden, aber etwas greifbares ist dabei nicht zutage gefördert worden. Angesichts des Zweifels, ob den dem Vereine auferlegten Pflichten auch genügt werden kann, habe ich meine Bedenken nicht überwinden können und gegen die Vorlage gestimmt.

Herr Ribbentrop: Das jetzige Klubhaus hat Generationen überdauert und wird auch noch weitere Generationen überdauern. Ich habe das Haus an seiner jetzigen Stelle entstehen sehen: das Fachwerk ist so vorzüglich, daß das Haus in die Höhe genommen und beliebig verschoben werden kann. Der Klub hat für die Stadt schon viel getan, so daß man ihm entgegenkommen sollte. Die Bedenken des Herrn Wolters, daß das Haus nach 20 Jahren kaum noch einen Wert von 18 000 Mark haben sollte, kann ich nicht teilen. Früher hat das Haus vermahrlost und verkommen an seinem alten Plage gestanden, es wird sich also in seinem jetzigen Zustande noch recht lange Zeit halten. Ich halte das Geschäft für vollkommen gesichert, und bitte, ihm zuzustimmen.

Herr Bürgermeister Meyer: Wenn Herr Dr. Wolters befürchtet, daß die Vereinigung ihre Verpflichtung zur Erhaltung des Gebäudes vernachlässigen und die Stadt dadurch geschädigt werden könnte, so ließe sich in den Vertrag die Bestimmung aufnehmen, daß der Verzicht auf die Fortnahme des Gebäudes praktisch werde und der Magistrat das Tennishaus in Besitz nehmen könne, sobald die Vereinigung die Zinsen und die Amortisationsquote nicht rechtzeitig bezahle.

Herr Jaspert: Was ich hier zu der Sache vorgebracht habe, ist nicht meine persönliche Meinung, sondern lediglich die Meinung der großen Mehrheit der Finanzkommission gewesen. Um so weniger waren die persönlichen Anzapfungen des Herrn Meierhoff am Plage. In der Finanzkommission hat nur Herr Löhnefinke für die Vorlage gestimmt, während alle anderen Herren sich den

Bedenken nicht haben verschließen können. Es handelt sich hierbei nicht um eine Liebesgabe oder eine Unterstützung, sondern um ein Geschäft, und Geschäfte müssen geschäftlich behandelt werden, nüchtern und mit klarem Verstande und nicht etwa irgend welchem Freunde zugunsten oder zuliebe. Wir haben dabei also nicht zu berücksichtigen, ob die Vereinigung sich so große Verdienste um die Stadt erworben haben soll, sondern es war nach der Ansicht der Finanzkommission zu prüfen, ob die nötige Sicherheit für das Darlehn vorhanden ist. Daß es mit der Sicherheit tatsächlich nicht so weit her ist und das Gebäude nicht so unerschütterlich feststeht, wie Herr Ribbentrop meinte, möchte ich mit den Worten der Vereinigung selbst beweisen. Es steht nämlich in dem einen Schreiben der Vereinigung: „Dazu tritt die Sorge um die Erhaltung unseres Hauses, der Grundwasserstand ist hoch, es liegt in einer Wiese, ist in Fachwerk errichtet und deshalb von Feuchtigkeit und Frost bedroht.“ Das sagt die Vereinigung selbst von ihrem Hause. Deshalb sollten die Bedenken der Kommission nicht ganz beiseite gestellt werden.

Es sind hier auch die großen Verdienste der Vereinigung um die Stadt hervorgehoben worden. Mag sein, daß sie vorhanden sind; ich weiß aber nicht, ob wir diesen angeblichen Verdiensten nicht schon genügend dadurch entgegengekommen sind, daß wir den schönsten Platz des Bürgerparkes dieser bevorzugten Gesellschaft ohne irgend welches Entgelt überlassen haben. Das ist ein Entgegenkommen, wie es so leicht eine andere Gesellschaft nicht finden würde. Dabei ist aber wohl dem Entgegenkommen Genüge geschehen. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß die Anlagen der Vereinigung nur einer recht geringen Anzahl von Mitbürgern zugute kommen, und wir können ihr schon deshalb unter Gefährdung der Sicherheit der Stadt kein Geld herleihen. Der Magistrat hat auch selbst gesagt, die Güte und die sonstigen angenehmen Eigenschaften der Vereinigung und des Bauwerkes kämen hierbei nicht in Betracht, sondern es handle sich für den Magistrat um ein reines Darlehnsgeschäft. Sie wollen also bei Ihren Entschlüssen die anderen Imponderabilien nicht in die Waagschale werfen, sondern die Sache rein geschäftlich behandeln. Infolge der Laune der Mode wird eine Gewähr für den dauernden Bestand der Vereinigung nicht gegeben, sie kann sich schon binnen Jahresfrist auflösen, und die Stadt würde dann der materiell leidtragende Teil dabei sein, indem sie noch 30 000 Mark mehr ans Bein binden würde. Herr Meyerhoff meinte, es schade nicht, diesen Betrag zu opfern, wenn wir dafür nur bald einen nahegelegenen Bahnhof erhielten. Das mag vielleicht ein Scherz sein sollen, aber wir brauchen diese Liebesgabe von 30 000 Mark an die Vereinigung damit nicht zu verquicken, denn der Bahnhof liegt uns allen am Herzen. Auch durch die geringe Amortisation ist nicht dafür gesorgt, daß das Haus bald aus unseren Büchern verschwinden würde. Wenn

die Summe einmal abgetragen sein wird, ist das Haus jedenfalls gar nicht mehr vorhanden, und bei seinem Abbruche ist der Wert verschwunden, so daß wir jede Deckung verloren haben.

Herr O h l e n d o r f: Ich beantrage namentliche Abstimmung.

Der Antrag findet genügende Unterstützung.

Es stimmen für den Antrag der Finanzkommission auf Ablehnung der Vorlage die Herren Bues, Bunge, Hesse, Jasper, Leue, Löschigt, Möhle, Ohlen-
dorf, Probst, Schmidt, Wesemeier und Wolters; gegen den Antrag stimmen
die Herren Buchler, Friede, Frühling, Göcke, Henking, Kalms, Kleinknecht, Ko-
negen, Löhnefinke, Meyerhoff, Ribbentrop, Tolle und Voge.

Der Antrag der Finanzkommission ist danach mit 13 : 12 Stimmen ab-
gelehnt und die Magistratsvorlage genehmigt.

Hierauf schließt der Herr Vorsitzende die Sitzung.

Dauer von 4 bis 7 Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 30. Juni 1909.

Tagesordnung:

I. Antrag Tolle: Verkauf des Terrains am Augustplaz	Seite 194
II. Vertrag wegen Errichtung einer gemeinschaftlichen Heizanlage mit dem Waisenhause.	" 194
III. Verlegung eines Wasserrohres in der Rosentwete	" 210
IV. Vorgärten für die Südseite der Japanenstrafe	" 210
V. Errichtung eines zweiten Wasserwerkes im Süden der Stadt	" 210
VI. Zuwendung für das kaufmännische Lehrlingsheim	" 223
VII. Ueberlassung von Steinmaterial an die Feldmarksgemeinde Hagen.	" 223
VIII. Instandsetzung der Petersilien- und der Jakobstraße	" 223
IX. Instandsetzung der Mönchstraße	" 224
X. Herrichtung eines Standgleises am Marstall	" 224
XI. Beschaffung der inneren Einrichtung des Archiv- und Bibliothekgebäudes	" 226
XII. Fußwegbefestigung in der Obergstraße	" 228
XIII. Verlegung von Kanal-, Gas- und Wasserrohren auf dem Riddagshäuserwege	" 228
XIV. Aenderung der Baulinie am Riddagshäuserwege	" 230
XV. Annahme eines Vergleichsvorschlages	" 230
XVI. Anfrage Kalm: Verunreinigung des Osterwassers	" 231
XVII. Antrag Böjigk: Schutzvorrichtungen an den Straßenbahnwagen	" 232

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Metemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg, Seele und Wagner.

Entschuldigt die Herren Ackenhausen, Bähr, Bunge, Göcke, Helmold, Henking, Löhnefinke, Lübke, Mohr, Ohlen-
dorf und Sander.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, eröffnet die Versammlung und läßt sofort in die Tagesordnung eintreten.

I. Antrag Tolle: Verkauf des Terrains am Augustplaze.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, das durch den Abbruch der früheren Husarenställe am Augusttore freigewordene Gelände baldigst zu verkaufen, damit dort Wohngebäude errichtet werden können.“

Herr Tolle (zur Begründung): Sie alle kennen den Platz am Augusttore. Seit einer langen Reihe von Jahren liegt er unbenuzt da, und ich glaube, daß unsere städtischen Finanzen uns kaum den Luxus erlauben, ein so großes Areal dort unbenuzt liegen zu lassen. Ich möchte deshalb bitten, zuzustimmen, daß der Platz veräußert wird, um dort Wohnhäuser errichten zu können. Auch die Anlieger des Augusttores haben ein großes Interesse daran, daß der Platz bebaut wird; sie beschwerten sich, und zwar meiner Meinung nach mit Recht, daß ihnen das Amtsgericht dort fortgenommen ist, daß der Leonhardsplatz nicht mehr zu Messen und Märkten benützt wird und dergleichen mehr. Das Augusttor kann sich baulich nicht weiter ausdehnen, weshalb die Geschäftsleute glauben, einen geringen Vorteil wenigstens darin zu finden, wenn hier Wohnhäuser errichtet würden.

Der Antrag findet nicht genügende Unterstützung und fällt daher weg.

Vorsitzender: In der Sitzung vom 27. Mai d. Js. hat Herr Wesemeier an den Magistrat eine Anfrage wegen der Pflasterungsarbeiten an der Wendestraße gerichtet. — Seite 131 des Berichtes. — Ist der Magistrat heute in der Lage, darauf zu antworten?

Herr Bürgermeister Meyer: Nein.

II. Vertrag wegen Errichtung einer gemeinschaftlichen Heizanlage mit dem Waisenhause.

Der Kreisbranddirektor hat ersucht, auf eine Beheizung der Remisen und des Schlauchturmes im Feuerlöschgrundstücke Bedacht zu nehmen und, falls zu dem Zwecke eine neue Heizanlage beschafft werden sollte, diese in dem Umfange

herzurichten, daß mit ihr auch die Dienstwohnungen, das Werkstättengebäude, das Waschhaus und das jetzige Laternenwärterhäuschen, das künftig für Zwecke der Desinfektion benutzt werden soll, erwärmt werden könnten.

Im Feuerlöschgebäude war bislang nur eine Heißwasserheizung vorhanden, die zur Erwärmung der bisherigen bzw. der jetzt einzurichtenden Diensträume ausreicht; diese Anlage ist, abgesehen von der Kesselanlage, einstweilen beseitigt und sollte nach dem in Ausführung begriffenen Umbauprojekte unter Aufwendung von 2650 Mark wieder eingebaut und erweitert werden. Da eine Vergrößerung dieser Anlage in dem Umfange, daß die übrigen Räume, insbesondere die Remisen und der Schlauchturn erwärmt werden können, ausgeschlossen ist, so hat die städtische Bauverwaltung die Herrichtung einer neuen Heizanlage empfohlen, deren Ausgestaltung und Ausnutzung in folgender Weise gedacht ist:

Die Stadt erwirbt vom Waisenhaus eine zwischen dem Stallgebäude und der Waisenhausdruckerei liegende, etwa 250 qm große Teilfläche des Waisenhausgrundstücks mit der auf dieser Fläche vorhandenen und teilweise heizubehaltenden Kesselanlage; sie stellt daselbst die beiden Steinnüller-Kessel auf, die auf der Pumpstation vorhanden, aber nach Ansicht des Direktors von Feilichsch entbehrlich sind, errichtet einen neuen Dampfschornstein und versorgt von der auf diese Weise erweiterten Dampferzeugungsanlage aus sowohl das Feuerlöschgrundstück wie das Waisenhausgrundstück mit dem erforderlichen Dampfe für Heiz- und Kochzwecke. Den ihm gelieferten Dampf hat das Waisenhaus der Stadt in Höhe des Selbstkostenpreises zu vergüten.

Die durch diese Anlage erwachsenden Kosten sind wie folgt veranschlagt:

a) für Grunderwerb	5 000 Mark,
b) für die Kesselhausanlage	19 500 Mark,
c) für Heizanlage auf dem Feuerlöschgrundstücke . .	19 700 Mark,
	<hr/> 44 200 Mark.

Daneben würden, wenn die alte Kesselanlage im Feuerlöschgebäude wegfielen, für die alsdann mögliche und als sehr wünschenswert zu erachtende Einrichtung eines vierten Fahrzeugplatzes in der südlichen großen Remise noch 1200 Mark aufzuwenden sein, andererseits aber die obengedachten 2650 Mark für Wiedereinbau der alten Heißwasserheizung erspart werden.

Nach Abschlag dieser 2650 Mark würde mithin für den Umbau des Feuerlöschgebäudes eine fernere Summe von 42 750 Mark aufzuwenden sein, wobei der Wert der Kessel der Pumpstation, die im Jahre 1894 beschafft sind und 15 000 Mark gekostet haben, unberücksichtigt bleibt.

Eine so hohe Summe nur zum Zwecke der Beheizung der Remisen und des Schlauchturmes aufzuwenden, würde dem Magistrate nicht gerechtfertigt erscheinen. Wenn er sich gleichwohl für die Anlage ausspricht, so bestimmen ihn dazu folgende Gründe:

- a) Der Aufwendung von 5000 Mark für Grunderwerb wird man ohne weiteres zustimmen können, weil die dadurch zu erzielende Erweiterung des Feuerlöschgrundstückes um so zweckmäßiger erscheint, als durch sie die Ausfahrt aus der südlichen Remise wesentlich erleichtert und die Schaffung eines neuen Fahrzeugstandes ermöglicht wird. Die niedrige Preisbemessung wird übrigens vom Waisenhaus nur für den Fall zugestanden, daß die Stadt die Dampfkieferung zusichert.
- b) Abgesehen von der Verhütung einer zu niedrigen Temperatur, die für den Betrieb der Dampfpumpe und der Automobilfahrzeuge hinderlich ist, wird auch der gesamte übrige Feuerlöschbetrieb, insbesondere das Trocknen der Schläuche, sowie das Arbeiten in den Werkstätten und an den Löschgeräten wesentlich erleichtert und die Instandhaltung der letzteren gefördert, wenn in den einzelnen Räumen eine gleichmäßige normale Temperatur erhalten werden kann. Ueberhaupt würde eine den neuzeitlichen Anforderungen entsprechende Zentralheizung den Wert der gesamten Bauwerke wesentlich erhöhen, und es kann als sicher angenommen werden, daß die Stadt, wenn die alte unzureichende Heißwasserheizanlage jetzt beibehalten werden sollte, später gleichwohl auf Beschaffung einer umfangreicheren Heizanlage Bedacht zu nehmen gezwungen sein würde.
- c) Eine so günstige Gelegenheit aber, eine für zwei umfangreiche Grundstücke genügende und durch den einheitlichen Betrieb verhältnismäßig billig arbeitende Heizanlage zu schaffen, dürfte sich später nicht wieder bieten, da das Waisenhaus, wenn das in Rede stehende Projekt nicht ausgeführt werden sollte, genötigt sein würde, seine Kesselanlage umzubauen bzw. zu erweitern. Nach dem Umfange der zu beheizenden Räume würde das Waisenhaus etwa $\frac{2}{3}$ und die Stadt $\frac{1}{3}$ der gesamten Dampfmenge verbrauchen, so daß von den dauernden Kosten der größere Teil dem Waisenhaus zur Last fallen würde. Zur Uebernahme dieser Kosten kann sich das Waisenhaus um so eher verstehen, als der Stiftung geeignete technische Hilfskräfte nicht zur Verfügung stehen und somit sein Betriebshaushalt durch die stadtseitige Lieferung des Heizdampfes wesentlich vereinfacht und erleichtert wird.

Entschließt man sich aus diesen Gründen, die Anlage auszuführen und so beide Grundstücke von einer Stelle aus mit Dampf zu versorgen, so dürfte

es, soviel das Feuerlöschgrundstück betrifft, zweckmäßig sein, alle zu beheizen- den Räume an die Dampferzeugungsanlage anzuschließen, weil die durch den Wegfall der lästigen Einzelfeuerungen erzielten Vorteile und Annehmlichkeiten so erheblich sind, daß etwaige geringfügige dauernde Mehrkosten nicht wohl ausschlaggebend sein können.

Nicht unbedenklich erscheint dem Magistrat nun aber einstweilen die sofortige Beseitigung der beiden in der Pumpstation stehenden Steinmüller-Kessel; es mag sein, daß die beiden daneben vorhandenen Flammrohrkessel für die Aufrechterhaltung des Betriebes in der Regel vollauf genügen; aber die Wichtigkeit dieses Betriebes erfordert eine umfangreichere Reserve, und nur der Umstand, daß nach Mitteilung des Direktors von Feilisch eine wesentliche Umgestaltung des ganzen Pumpenbetriebes über kurz oder lang in die Wege zu leiten sein wird, kann überhaupt eine Verkleinerung der vorhandenen Kesselanlage rechtfertigen. Aber es möchte sich empfehlen, vorläufig diese Verkleinerung auf die Wegnahme eines Kessels zu beschränken, der im nächsten Winter, in dem die Ofenheizung in den Schulräumen des Waisenhauses noch beibehalten werden wird, genügt, und die Verlegung des zweiten Kessels erst dann vorzunehmen, wenn über die Minderung bezw. Sicherung des Betriebes der Pumpstation von den städtischen Behörden Beschluß gefaßt sein wird. Entbehrlich würde nach Mitteilung des Direktors von Feilisch der zweite Kessel auf jeden Fall dann werden, wenn als Reserve eine durch einen elektrischen Motor betriebene Flügelpumpe neben den ohnehin reparaturbedürftigen Dampfmaschinen aufgestellt werden würde.

Nennenswerte Mehrkosten würden durch die zeitlich getrennte Verlegung der beiden Kessel nicht erwachsen.

Mit dem Waisenhaus würde ein entsprechender Vertrag abzuschließen sein, der, was die Dampferzeugung und bezw. Dampflieferung betrifft, ein dauernder sein müßte. Den Entwurf zu einem solchen Vertrage fügt der Magistrat bei.

Schließlich wird noch bemerkt, daß der zu erzeugende hochgepannte Dampf auch benutzt werden könnte, um elektrischen Strom zur Beleuchtung beider Grundstücke und zum Betriebe der Maschinen der Waisenhaus-Druckerei zu erzeugen. Im Hinblick auf die zurzeit schwebenden Verhandlungen mit der Straßeneisenbahngesellschaft, bei denen es sich um eine Ermäßigung des Preises für den vom Lichtwerke zu liefernden Strom handelt, ist von der Projektierung einer solchen Stromerzeugungsanlage einstweilen Abstand genommen; es wird sich jedoch empfehlen, bei Ausführung des Kesselhauses und der Auswahl des Platzes für den neuen Dampfchornstein auf die spätere Herrichtung einer solchen Anlage Bedacht zu nehmen und daher erforderlichenfalls eine geringfügige Abweichung von dem aufgestellten Projekte eintreten zu lassen. Die endgültige

Entscheidung hierüber dürfte wohl vom Magistrate im Einvernehmen mit der Baukommission getroffen werden können.

Was die Verbuchung der Kosten betrifft, so dürften die 5000 Mark für Grunderwerb und die 19 500 Mark für das Kesselhaus dem Extraordinarium zur Last zu legen sein, weil es sich um die Schaffung eines neuen Vermögenswertes der Stadt handelt; alle anderen Kosten wird das Ordinarium der Rämmereikasse (Kap. VIII, Feuerlöschwesen) zu übernehmen haben.

Bei Vorlegung des Projektes gibt der Magistrat anheim:

1. seiner Ausführung mit der Maßgabe zuzustimmen, daß
 - a) geringfügige Aenderungen von ihm im Einvernehmen mit der Baukommission angeordnet werden dürfen;
 - b) die Kosten für Grunderwerb (5000 Mark) und für den Bau des Kesselhauses dem Extraordinarium, die übrigen Kosten aber dem Ordinarium (Kap. VIII) zur Last gelegt werden;
2. den vorgelegten Entwurf eines mit dem Waisenhause abzuschließenden Vertrages zu genehmigen.

Die Feuerlöschdeputation hat sich mit dem Projekte einverstanden erklärt; die Zustimmung Herzoglicher Polizeidirektion muß noch eingeholt werden.

Namens der vereinigten Bau- und Finanzkommission berichtet über die Vorlage Herr W o l t e r s: Die vereinigten Kommissionen haben in ihrer Mehrheit anerkannt, daß die Räume des Feuerlöschgebäudes einer besseren Heizung bedürfen und alle angeführten Räume an die Heizung angeschlossen werden. Projektirt ist eine Niederdruckdampfheizung. Nun kommt die wichtige Frage, an welcher Stelle eine solche Anlage geschaffen werden könnte. Das natürlichste wäre, denselben Raum wiederzuwählen, in dem die alte Warmwasserheizung untergebracht war. Diese Idee würde aber nur unter großen Schwierigkeiten, nach dem Gutachten der städtischen Bauverwaltung sogar überhaupt nicht ausführbar sein. Die Schwierigkeiten sind folgende: Zunächst erscheint es wünschenswert, daß der jetzige Raum, der über das Hofterrain und auch in den Remiseraum hineinragt, beseitigt wird. Würde die Decke des Heizkellers bestehen bleiben, so würde die Unterbringungsfähigkeit der Remise um ein Viertel geschwächt werden. Ferner ist es sehr wünschenswert, die alte Remise in die Niveauverhältnisse des Hofes zu bringen. Will man dies tun und auch eine Mindesthöhe von 2,90 m schaffen, so kommt eine solche Anlage in Konflikt mit den Grundwasserverhältnissen. (Redner erläutert dies des näheren.)

Eine Heizungsanlage in solchen Raum zu legen, würde mit großen Schwierigkeiten, vielleicht auch Gefahren verbunden sein. Innerhalb der Kommission wurde allerdings von einer Seite behauptet, daß vielleicht die Schwierigkeiten überwunden werden könnten. Die Kostenfrage ist nicht erörtert worden.

Von der Mehrheit wurde empfohlen, auf ein Projekt dieser Art nicht zurückzukommen und den Magistrat nicht zu ersuchen, noch ein entsprechendes Projekt ausarbeiten zu lassen. Als weiterer Raum hierfür kämen noch die Baupläge des Hofes in Frage. Es ist indessen allgemein in der Kommission anerkannt worden, daß der Hof keinen Platz gewährt, um ein Gebäude für die Heizung zu errichten. In ein anderes vorhandenes Gebäude die Heizung zu legen, ist auch nicht möglich. Es kämen dabei das Werkstättengebäude und das Laternenwärterhaus in Frage, jedoch ist dort die Unterbringung nicht statthaft, weil über einer derartigen Kesselanlage ein Aufenthaltsraum für Menschen nicht liegen darf. Nun lag es sehr nahe, sich an den reichen Nachbar des Feuerlöschgebäudes, das Waisenhaus, zu wenden und zu fragen, ob das Waisenhaus der Stadt nicht eine entsprechende Fläche verkaufen wolle, um darauf ein neues Gebäude für die Heizungsanlage zu errichten. Mit dieser Idee traf der Umstand zusammen, daß auch seinerseits das Waisenhaus beabsichtigte, eine Niederdruckdampfheizung im großen Umfang einzurichten. Infolgedessen entstand das jetzige Projekt, das darauf hinausläuft, daß beide Teile, Waisenhaus und Stadt, eine gemeinschaftliche Heizanlage errichten und sie von der Stadt betreiben lassen wollen, die Kosten auf beide Teile pro rata der Benutzung zu verteilen und in dieser Weise einen Vertrag abzuschließen. Diese Idee ist — mit einigen Ausnahmen — allseitig als gut anerkannt und zwar aus dem Grunde, weil man sagte, eine Zentralheizung wirke um so ökonomischer, je größer die Anlage sei. Für die Stadt kommt dann noch der Umstand hinzu, daß der andere Abnehmer in einem größeren Umfange Dampf nimmt, als die Stadt selbst, indem das Waisenhaus etwa zwei Drittel und die Stadt ein Drittel verbraucht. Ferner war für die Idee zuträglich der Umstand, daß die Stadt im Besitze von zwei guten Steinmüller-Kesseln ist, die augenblicklich auf der Pumpstation nicht gebraucht werden, weil die übrige Kesselanlage ausreicht.

Die technische Seite der Frage war nun vielleicht noch nicht die schwierigste, sondern es kam wesentlich mit auf die Formulierung eines Vertrages an. Seitens des Magistrates ist der Versammlung zuerst ein Vertrag vorgelegt, der darauf basiert, daß die Stadt vom Waisenhause eine Fläche von etwa 260 qm zum Preise von 5000 Mark erwirbt, während für die gemeinschaftliche Kesselhaus- und Heizungsanlage beide Teile Anlagen machen von Baulichkeiten und Apparaten von ungefähr gleichem Werte. Im Falle der Auflösung des Vertragsverhältnisses hat der auflösende Teil dem anderen Teile den diesem dadurch erwachsenden Schaden (einschließlich des entgehenden Vorteils) zu ersetzen, jedoch soll die Idee des Vertrages ein *dauerndes* Vertragsverhältnis sein. Dieser Vertragsentwurf ist in den vereinigten Kommissionen beraten und fand gerade in seinem § 6 (Auflösung des Vertragsverhältnisses) einen ziemlich er-

heftlichen Widerstand, und zwar aus folgenden Gründen: Man glaubte, es wäre nicht ganz unzweifelhaft, daß das Rechtsverhältnis, das als dauernd gedacht ist, nicht mit Erfolg von einer Seite angefochten werden könnte, weil eine Willensbeschränkung auf ewige Zeit nicht aufrecht zu erhalten ist. Das zweite Bedenken war ein sachliches, aber noch wichtigeres. Man hielt es für bedenklich, daß in dem Augenblicke, wo die Stadt etwa das Vertragsverhältnis kündigt, sie verpflichtet sein soll, dem Waisenhause den ganzen Schaden zu ersetzen, der darin besteht, nicht allein, daß die Heizung nicht fortbetrieben werden kann, sondern daß das Waisenhaus auch einen Ersatz für entgangenen Gewinn geltend machen kann. Es ist sehr schwer absehbar, wie weit eine solche Entschädigungspflicht sich erstrecken würde. In der Kommissionsitzung war vorgeschlagen worden, eine Einigung vielleicht auf der Grundlage zustande zu bringen, daß der § 6 des Vertrages entsprechend geändert werde und die Entschädigungspflicht in dieser Härte fortfalle. Hierauf antwortete indessen das Waisenhaus, es würde sich auf ein Fallenlassen dieser Forderung nicht einlassen.

Nach diesem ersten ist sodann ein zweiter Vertragsentwurf vorgelegt, den die vereinigten Kommissionen in einer zweiten Sitzung beraten haben. Dieser zweite Entwurf basiert auf einer anderen Idee. Während der erstere vorsieht, daß die Stadt das Eigentum der 260 qm erwirbt und die Anlagen errichtet, so basiert der zweite Entwurf darauf, daß die Stadt die betreffende Teilfläche vom Waisenhause ermiethet, die Gebäude gemeinschaftlich errichtet und die Kosten des Dampfes repartiert werden. Dieser Vertrag soll auf die Dauer von 20 Jahren abgeschlossen und dann gekündigt werden können. Ueber die Bedingungen der Kündigung gibt § 8 des Entwurfes nähere Auskunft.

Diese beiden Verträge haben Anlaß zu einer sehr lebhaften Debatte gegeben, deren Ergebnis folgendes war: Anfänglich waren die Kommissionen sehr stark und gut vertreten — es waren 14 Herren zugegen — aber schließlich wurde daraus nach berühmten Mustern eine Rumpfkommision von 8 Personen und hiervon haben 4 zugestimmt und 4 abgelehnt. Die Kommissionen haben sich also nicht durch Majorität schlüssig gemacht, Ihnen den einen oder anderen Vertrag zur Annahme zu empfehlen, sondern überlassen Ihnen zur eigenen Entscheidung, was Sie beschließen wollen.

Die Verträge haben folgenden Wortlaut:

Vertrag I.

— § 1. —

Die Stadt Braunschweig und das Große Waisenhaus sind übereingekommen, ihre an einander grenzenden Grundstücke Münzstraße Nr. 7 und Sinter Liebfrauen Nr. 1 von einer Stelle aus mit dem für die Beheizung

der auf beiden Grundstücken vorhandenen bezw. künftig zu erbauenden Gebäude, Badeanlagen, Dampfschapparate, Warmwasserbereitungsanlagen usw. erforderlichen Dampfe zu versorgen.

Zu dem Zwecke verpflichtet sich

- a) das Waisenhaus, die auf dem diesem Vertrage angehängten Lageplane mit den Buchstaben umschriebene, qm haltende Fläche mit allen darauf vorhandenen Gebäuden und Anlagen an die Stadt zu Eigentum abzutreten.
- b) die Stadt Braunschweig, auf einem Teile dieser Fläche eine Dampf-
erzeugungsanlage auf ihre Kosten nach einem den beiden Vertrag-
schließenden bekannten Projekte herzurichten und dauernd zu unter-
halten.

— § 2. —

Das Waisenhaus erhält für die in § 1 unter a erwähnte, der Stadt auf deren Antrag aufzulassende Grundfläche nebst darauf befindlichen Gebäuden und Anlagen eine Entschädigung von 5000 Mark, auch wird dem Waisenhause gestattet, in der frei zu legenden nördlichen Grenzwand des Druckereigebäudes auf der Linie des Planes Fensteröffnungen in dem Umfange zu unterhalten, daß die angrenzenden Räume der Druckerei angemessen erhellt werden. Um die Anbringung dieser Fensteröffnungen zu ermöglichen, verpflichtet sich die Stadt Braunschweig, die mit den Buchstaben umschriebene Teilfläche der an sie abzutretenden Grundfläche nicht zu bebauen und es wird diese Teilfläche bei der Auflassung auf Kosten der Stadt Braunschweig mit einer entsprechenden Servitut belastet. Im übrigen ist die in das Eigentum der Stadt übergehende Grundfläche frei von Hypotheken und dinglichen Lasten aufzulassen. Die Kosten der Auflassung trägt die Stadt Braunschweig; die öffentlichen Lasten und Abgaben hat sie vom Tage der Auflassung an zu tragen. Die Besitzübertragung erfolgt gleichzeitig mit der Auflassung.

— § 3. —

Die Herrichtung und Unterhaltung der Rohre, mittels deren den Gebäuden beider Teile der Dampf zugeleitet werden soll, hat innerhalb jedes der beiden Grundstücke auf Kosten des Eigentümers desselben zu geschehen.

— § 4. —

Die Stadt Braunschweig verpflichtet sich, dem Waisenhause den von diesem für seine oben gedachten Zwecke geforderten Dampf zu einem Preise zu liefern, der den wirklichen Dampferzeugungskosten, die seitens der Stadt aufgewandt werden, entspricht.

Bei Ermittlung der Kosten, welche durch die Dampferzeugung erwachsen, sollen die Zinsen der Kosten für Grunderwerb (5000 Mark) und für den Bau des Kesselhauses (anschlagsmäßig 19 500 Mark) mit höchstens 4 Prozent in Rechnung gestellt werden, während Amortisationsbeträge vorläufig völlig außer Ansatz bleiben. Erst dann, wenn die Stadt genötigt sein sollte, Neuanschaffungen für die Kesselanlage vorzunehmen, soll sie berechtigt sein, diese Abträge mit höchstens 5 Prozent der Beschaffungskosten jährlich in Ansatz zu bringen.

Die Kosten der laufenden Unterhaltung der Kesselhausanlage (Bauwerk und Kessel) kommen bei Ermittlung der Dampferzeugungskosten in vollem Umfange zur Verrechnung.

Die sich unter Hinzurechnung der vorgedachten Beträge ergebenden Kosten der gesamten Dampferzeugung werden am Schlusse eines jeden Betriebsjahres (1. April bis 31. März) stadtseitig festgestellt, und das Waisenhaus erstattet der Stadt denjenigen Teil dieser Kosten, der dem Verhältnisse der Menge seines Dampfverbrauches zu der Menge des ganzen Dampfverbrauches entspricht. Die Feststellung der verbrauchten Dampfmenen geschieht durch die Stadt, doch steht dem Waisenhause das Recht zu, sich bei den Feststellungen durch einen von ihm entsandten Beauftragten vertreten zu lassen.

— § 5. —

Sollte die Stadt den mittels der oben erwähnten Anlage erzeugten Dampf zur Erzeugung elektrischen Stromes zum Zwecke der Versorgung des Feuerlöschgrundstücks mit Licht und Kraft benutzen, so wird sie dem Waisenhause zu gleichen Zwecken elektrischen Strom zum Selbstkostenpreise überlassen.

— § 6. —

Die Parteien sind darüber einverstanden, daß die im § 1 erwähnte Anlage zugunsten ihrer Grundstücke dauernd unterhalten werden soll. Soweit etwa diese Vertragsbestimmung der rechtlichen Grundlage entbehren und der eine oder andere Teil den Vertrag lösen sollte, hat er dem andern Teile den diesem dadurch erwachsenden Schaden (einschließlich des entgehenden Vorteils) zu ersetzen. Die dem geschädigten Teile zu zahlende Entschädigungssumme soll im Falle mangelnder gütlicher Verständigung durch Herzogliches Staatsministerium nach billigem Ermessen festgesetzt werden.

Vertrag II.

— § 1. —

Das Große Waisenhaus vermietet an die Stadt Braunschweig zum Preise von 5 Mark jährlich diejenige Teilfläche seines Grundstücks Hinter Liebfrauen Nr. 1 (Nr. ass. 2388), welche auf dem diesem Vertrage angehängten Lageplane

mit den Buchstaben a b c d e f g h h¹ i a umschrieben und zu 260 qm vermessen ist.

— § 2. —

Die Stadt Braunschweig ist berechtigt und verpflichtet, auf der im § 1 erwähnten Grundfläche eine Dampferzeugungsanlage nach Maßgabe eines von der städtischen Bauverwaltung entworfenen, den Parteien bekannten Projektes einzurichten und zu unterhalten und dazu die vorhandenen, dem Waisenhause gehörigen baulichen und Kesselanlagen, soweit sie zur Ausführung des Projektes geeignet sind, zu verwenden.

Der etwaige Netto-Erlös, welcher sich aus dem Abbruche der in Wegfall kommenden baulichen und sonstigen Anlagen ergibt, wird zur Bestreitung der Baukosten mit verwandt, und es wird die danach sich ergebende Endsumme der letzteren alsbald nach Fertigstellung der Anlage festgestellt und dem Waisenhause mitgeteilt. Bei Ermittlung dieser Endsumme bleibt der Wert aller auf der vermieteten Fläche vorhandenen baulichen und sonstigen Anlagen und der Wert der beiden Kessel, welche die Stadt dem Projekte gemäß aufstellen wird, außer Ansatz.

— § 3. —

Den auf der Teilfläche a i k l a vorhandenen Teil des Druckereigebäudes des Waisenhauses darf die Stadt auf ihre Kosten beseitigen und die Fläche dem Hofe des Feuerlöschgrundstücks zulegen und befestigen. Der etwaige Netto-Erlös aus dem Abbruche wird gleichfalls zur Bestreitung der im § 2 erwähnten Baukosten mit verwandt.

— § 4. —

Die Stadt Braunschweig verpflichtet sich, die im § 2 erwähnte Dampferzeugungsanlage auf ihre Kosten zu betreiben und zu unterhalten und aus derselben dem Waisenhause den von diesem beanspruchten Dampf, jedoch höchstens 650 000 Wärmeeinheiten zum Selbstkostenpreise zu liefern. Bei Ermittlung dieser Kosten kommen zum Ansatz:

- a) die Kosten für Unterhaltung und Versicherung des Bauwerkes und der Kesselanlagen, für Kohlen, Wasser, Geräte, Löhne und dergl. laufende Betriebskosten; nicht aber Kosten für technische Ueberwachung und Leitung der Anlage durch Personen, die im Dienste der Stadt stehen;
- b) Zinsen im Höchstbetrage von 4 Prozent p. a. auf die stadtseitig aufzuwendenden, im § 2 erwähnten Kosten (Endsumme); imgleichen der im § 1 erwähnte Mietzins;

- c) Amortisationsbeträge auf solche Kosten, welche die Stadt aus eigenen Mitteln für Neubeschaffungen, die nicht zu der laufenden Unterhaltung gehören, aufzuwenden genötigt ist, ohne daß ihr die Beträge auf Grund eines Versicherungsvertrages gezahlt werden. Die Amortisationsbeträge dürfen bei dem Bauwerke 1 Prozent und bei der Kesselanlage 5 Prozent p. a. nicht übersteigen.

Nicht zum Ansaß kommen die Kosten für Unterhaltung der Dampfzuleitungsrohre außerhalb der Dampferzeugungsanlage, die ebenso wie die Anlagekosten jeder Teil für sein Grundstück zu tragen hat.

— § 5. —

Die Gesamtsumme der sich nach § 4 ergebenden Dampferzeugungskosten fallen jedem Teile nach Verhältnis der Menge des von ihm verbrauchten Dampfes zur Last.

Bei Feststellung der verbrauchten Dampfmengen kann sich das Waisenhaus durch Beauftragte vertreten lassen.

— § 6. —

Sollte die Stadt den von ihr erzeugten Dampf zur Erzeugung elektrischen Stromes verwenden wollen, so wird sie dem Waisenhaus auch den elektrischen Strom zum Selbstkostenpreise überlassen. Die Feststellung der näheren Bedingungen für die Herrichtung und den Betrieb einer solchen Stromerzeugungsanlage bleibt vorbehalten.

— § 7. —

Dieser Vertrag wird auf die Dauer von 20 Jahren geschlossen. Der Teil, welcher nach Ablauf dieses Zeitraumes den Vertrag nicht fortsetzen will, hat solches dem anderen Teile spätestens 1½ Jahre vor Ablauf des 20jährigen Zeitraumes schriftlich anzuzeigen. Unterbleibt eine solche Anzeige, so gilt die Vertragsdauer als um 1½ Jahre verlängert und sie wird auch später stets in gleicher Weise erstreckt, sofern nicht unter Innehaltung einer Frist von 1½ Jahren eine schriftliche Kündigung erfolgt.

— § 8. —

Wird der Vertrag nicht durch gegenseitiges Uebereinkommen unter Vereinbarung der näheren Bedingungen, sondern durch einseitige Kündigung (s. § 7) gelöst, so kann, einerlei, von welcher der beiden Parteien die Kündigung ausgeht, das Waisenhaus über die Dampferzeugungsanlage frei verfügen, und das Waisenhaus hat, einerlei, ob es die Anlage beibehalten oder beseitigen will, der Stadt zu ersetzen:

- a) die im § 2 gedachten Baukosten (Endsumme) abzüglich einer Amortisationsquote von 1 Prozent für jedes Jahr des gemeinsamen Betriebes;
- b) den Wert der beiden im § 2 erwähnten stadtseitig zu liefernden Kessel, den diese zur Zeit des Einbaues hatten, jedoch abzüglich einer Amortisationsquote von 5 Prozent für jedes Jahr des gemeinsamen Betriebes;
- c) solche Neubeschaffungen, auf deren Kosten nach § 4 c Amortisationsbeträge bei Ermittlung der Dampferzeugungskosten in Ansatz kommen, und zwar diese in Höhe der stadtseitig aus eigenen Mitteln (s. § 4 c) aufgewandten Kosten. Von diesen Kosten kommen jedoch in Abzug Amortisationsbeträge in Höhe von 1 Prozent der Kosten der baulichen Anlage und von 5 Prozent der Kosten der Kesselanlage für jedes Jahr der Zeit, innerhalb deren diese Anlage in dem gemeinsamen Betriebe benutzt sind, und ferner diejenigen Amortisationsbeträge, die das Waisenhaus zur Zeit der Lösung des Vertrages auf die fr. Kosten nach § 4 c als Teil der von ihm der Stadt vergüteten Dampferzeugungskosten bereits abgetragen haben wird.

Die Kosten für Befestigung der im § 3 erwähnten, dem Hofe des Feuerlöschgrundstücks zuzulegenden Fläche hat das Waisenhaus nicht zu erstatten; die Stadt ist berechtigt, das Befestigungsmaterial zu behalten, hat dann aber die Fläche einzuebnen.

— § 9. —

Die Vorschriften des § 8 sollen zugunsten der Stadt Braunschweig auch dann Anwendung finden, wenn ihr durch Umstände, die von ihrem Willen unabhängig sind, die Versorgung des Feuerlöschgrundstücks mit Dampf von der im § 2 erwähnten Betriebsstätte aus unmöglich gemacht werden sollte.

Herr W o l t e r s (fortfahrend): Zu diesen Verträgen haben die vereinigten Kommissionen folgendes zu bemerken:

1. Im § 1 des Vertrages I ist im Absatz 1 hinter „u. s. w.“ einzuschalten „nach § 4“.
2. Der § 4 des Vertrages I ist durch § 4 des Vertrages II zu ersetzen.
3. Der § 5 des Vertrages I würde durch § 6 des Vertrages II zu ersetzen sein.

Der Vertrag II würde bei seiner Annahme nach den Vorschlägen der Kommissionen folgende Aenderungen zu erfahren haben:

1. Im § 4 würde der erste Satz zu lauten haben: „Die Stadt Braunschweig verpflichtet sich, die im § 2 erwähnte Dampferzeugungsanlage

auf ihre Kosten zu betreiben und zu unterhalten und aus derselben dem Waisenhaus den von diesem beanspruchten Dampf, jedoch nur in dem Umfange, daß das Waisenhaus stündlich höchstens 1200 kg Dampf von 0,5 Atmosphären erhält, zu liefern.“

2. Im § 4 hätte der erste Absatz unter c zu lauten: „c. Zinsen und Amortisationsbeträge auf solche Kosten, welche die Stadt aus eigenen Mitteln für Neu- und Ersatzbeschaffungen, die nicht zu der laufenden Unterhaltung gehören, aufzuwenden genötigt ist, ohne daß ihr die Beträge auf Grund eines Versicherungsvertrages gezahlt werden. Die Amortisationsbeträge dürfen bei dem Bauwerke 1 Prozent und bei der Kesselanlage 5 Prozent, die Zinsen aber 4 Prozent jährlich nicht übersteigen.“
3. Der § 4 würde noch folgenden Schlusssatz zu erhalten haben: „Das Waisenhaus ist ohne Zustimmung der Stadt nicht berechtigt, auf seinem Grundstücke eine andere Heizungsanlage zu betreiben.“
4. Im § 8 unter c muß es im Eingange heißen: „c) solche Neu- oder Ersatzbeschaffungen, auf deren Kosten“
5. Der § 9 erhält folgenden Absatz 2: „Sollte das Waisenhaus sein Grundstück vor Ablauf der im § 7 vorgesehenen 20jährigen Frist veräußern, so ist die Stadt berechtigt, die ihr vermietete, im § 1 erwähnte Fläche mit Anlage zu einem Taxpreise zu übernehmen, den Herzogliche Baudirektion festzustellen ersucht werden soll.“

Wenn es erwünscht sein sollte, diese Aenderungen zu begründen, so bin ich dazu bereit. (Rufe: Nein!)

Meine persönliche Ansicht möchte ich wie folgt kennzeichnen: In dem Vertrage I, der auf das Eigentumsverhältnis basiert ist, sehe ich die Gefahr, daß die Stadt möglichenfalls in die Lage kommt, an Stelle der Weiterlieferung von Dampf, den sie eventuell nicht liefern kann, das Waisenhaus in unabsehbarer Weise zu entschädigen. Der Nachteil des Vertrages II besteht darin, daß das Waisenhaus nach Ablauf von 20 Jahren die ganze Sache kündigen kann, die Anlage dann in Besitz nimmt und die Stadt für die gemachten Aufwendungen entschädigt. Die Stadt würde dann aber genötigt sein, eine neue Heizungsanlage für das Feuerwehrgebäude auf dem äußerst beschränkten Grundstücke einzurichten. Das sind die Nachteile der beiden Verträge. Mögen die Herren nun selbst entscheiden, was richtig ist.

Vorsitzender: Wir haben gestern in der Kommission die Materie aufgelöst in drei Fragen, nämlich: Ist es wünschenswert, das Feuerlöschgebäude besser zu beheizen und welchen der beiden Wege können wir gehen: das Grundstück erwerben oder es ermieten? Bei der Abstimmung bitte ich die Herren, sich

auf ihre Meinung nicht absolut festzulegen, damit wir wenigstens zu einem greifbaren Resultate kommen.

Herr Weichsel: Für uns, die wir der Kommission nicht angehört haben, ist es außerordentlich schwer, Stellung zu der Vorlage zu nehmen. Wir werden gewiß sagen können, es ist wenig erfreulich, wenn die Umstände uns drängen, solche Verhältnisse schaffen zu müssen, die eine gewisse Quelle von Unannehmlichkeiten bilden können. Wenn man derartige Geschäfte vermeiden kann, so sollte man es tun. Ich stimme dem Herrn Referenten darin bei, daß der Vertragsentwurf I, der einen Eigentumsübergang des Terrains für die Stadt in sich schließt, fast unannehmbar ist und zwar wegen der darin vorgesehenen Schadloshaltung des Waisenhauses bei der etwaigen Auflösung des Vertrages. Die hieraus herzuleitenden Ansprüche sind unabsehbar, wenn nicht nur der Schaden ersetzt werden soll, sondern auch der dem Waisenhaus entgehende Gewinn. Es ist ganz unübersehbar, welche Ansprüche daraus nach 20 bis 30 Jahren hergeleitet werden können. Wenn das Waisenhaus einen Kaufvertrag auf anderer Grundlage nicht abschließen will, so ist es schon richtiger, wir gehen auf den Vertrag II ein. Der Nachteil, daß wir nach 20 Jahren vom Waisenhaus aufs trockene gesetzt werden können, ist nicht so groß, wie der Nachteil, welcher aus dem Vertrage I erwachsen kann. Es läßt sich heute schwer übersehen, wie die Verhältnisse in 20 Jahren liegen werden, denn das Waisenhaus wird man auf die Dauer dort nicht lassen, sondern draußen vor der Stadt ein neues Terrain dafür schaffen, wo die Kinder mehr Bewegungsfreiheit haben. Dabei ist nicht zu vergessen, daß das Waisenhaus durch die vom Damme nach dem Bruchtorwallé projektierte Straße zerstückelt werden wird und hierin schon ein Grund der Verlegung liegen dürfte. Deshalb halte ich den zweiten Entwurf für weniger bedenklich und werde ihm als dem kleineren Uebel zustimmen.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e h e r: Darüber kann wohl kein Zweifel sein: wenn beide Teile, Stadt und Waisenhaus, eine Heizanlage in dem projektierten Umfange haben wollen, so ist es vom wirtschaftlichen Standpunkte aus wünschenswert, daß sie gemeinsam betrieben wird. Die Streitfrage besteht nur darin, ob es überhaupt nötig ist, für das Feuerlöschgrundstück eine so umfangreiche Heizung zu beschaffen, und darüber sind die Ansichten in der Kommission verschieden gewesen. Wer meint, es sei nicht nötig, Remisen und Schlauchturm zu heizen, der muß die Vorlage ablehnen. Das Waisenhaus seinerseits ist gezwungen, sich eine Dampfanlage zu schaffen, und ich will deshalb hier wie in der Kommission ohne weiteres erklären, daß, wenn Sie die ganze Sache ablehnen sollten, das Waisenhaus gleichwohl die Anlage auf eigene Kosten bauen wird, und zwar vermutlich auch so, daß sie, wenn dereinst das Bedürfnis für die Stadt nach einer besseren Beheizung des Feuerlöschgebäudes schärfer hervor-

treten sollte, in gleicher Weise würde betrieben werden können, wie es hier projektiert ist. Sie sind also vollständig frei in Ihren Entschlüssen. Das Waisenhaus ist weder Privatmann, noch Geschäftsmann, sondern es ist in gewisser Weise abhängig von der Stadt, denn der Vorsitzende des Magistrats ist Mitglied des Direktoriums, und er wird bemüht sein, die Interessen der beiden von ihm vertretenen juristischen Personen nach Möglichkeit zu vereinigen.

Nun ist die Frage: was ist für die Stadt am vorteilhaftesten? Und da war der Magistrat der Ansicht, daß, nachdem das Waisenhausdirektorium sich dazu verstanden hatte, das betreffende Terrain dauernd herzugeben, für die Stadt ein sehr erheblicher Vorteil darin liege und man auf den Vertrag I eingehen sollte. Der Magistrat ist in dieser Ansicht auch nicht wankend geworden durch die Gegengründe der Kommission, und ich bin beauftragt, zu erklären, daß der Magistrat es nach wie vor für richtig hält, einen Kaufvertrag abzuschließen. Sollten Sie diesen Vertrag ablehnen, so gebe ich zu, es läßt sich auch mit dem Mietvertrage operieren.

Von Herrn Weichsel ist auch die Aussicht auf Verlegung des Waisenhauses nach einer anderen Stelle in die Debatte gezogen worden. Vor Jahren ist diese Frage allerdings wiederholt vom Direktorium erörtert, jedoch jetzt entschieden worden, daß eine Verlegung nicht vorgenommen werden wird. Als Grund für die Beibehaltung der jetzigen Stelle kommt mit in Betracht, daß die Kinder nach ihren Angehörigen beurlaubt werden und es nicht angängig ist, sie abends allein wieder hinausgehen zu lassen. Die Verhältnisse im Waisenhause sind jetzt auch durchaus erträglich geworden und die Kinder dort gut untergebracht, so daß hierin kein Grund zur Verlegung liegen dürfte. Das einzige wäre die Schule, die das Waisenhaus belastet, jedoch ist schon ein Abkommen mit der Stadt wegen Uebnahme der Schule in Erwägung gezogen worden. Was nun die über das Waisenhausgrundstück projektierte Straße betrifft, so würde bei deren Durchführung allerdings das Waisenhaus so beengt werden, daß es sich nach einem anderen Grundstücke umsehen müßte. Aber dieser Umstand kann für die Vorlage kaum Bedenken erwecken, denn wer ist dabei der Expropriant? Mein die Stadt. Wenn aber die Stadt das ganze Waisenhausgrundstück übernimmt, so fällt damit doch das große Bedenken des Herrn Weichsel weg. Man könnte dann höchstens sagen, daß eine Dampferzeugungsanlage geschaffen ist, die für die Stadt zu groß ist. In der Kommission ist hierüber schon so eingehend beraten, daß ich glaube, es hat keinen Zweck, hier nochmals näher auf die Sache einzugehen. Wenn die Herren sagen, es sei das Kompagniegeschäft zu bedenklich, sie müßten deshalb die Vorlage ablehnen, so möchte ich dem gegenüber auf eines aufmerksam machen. Der Herr Referent hat vorhin vorgetragen, daß § 4 des Vertrages II einen Schlußsatz folgenden Inhalts erhalten sollte: „Das

Waisenhaus ist ohne Zustimmung der Stadt nicht berechtigt, auf seinem Grundstücke eine andere Heizungsanlage zu betreiben.“ Ich bin nun gestern von einem Freunde des Waisenhauses darauf aufmerksam gemacht, daß diese Bestimmung für das Waisenhaus sehr bedenklich sein würde. Wenn die Stadt nämlich erklärt, sie verzichte auf die Dampflieferung, so habe das Waisenhaus die Anlage allein auf dem Halse. Es müßte deshalb eine Gleichberechtigung stattfinden und gesagt werden: „Ohne gegenseitige Zustimmung sind die Parteien nicht berechtigt, besondere Heizanlagen zu betreiben.“ (Zustimmung.) Ich bitte, diese Ergänzung vorzunehmen.

Herr L ö j i g k: Wenn man die Vorlage zuerst ansieht, so sagt man sich, daß es wunderbar klingt, für das Feuerlöschgebäude eine so große Heizungsanlage machen zu wollen, aber die Kommission ist doch zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Anlage für die Stadt vorteilhaft ist. Wenn einige Herren meinen, daß verschiedene Räume des Gebäudes nicht zu beheizen wären, so weise ich darauf hin, daß heutzutage jede Werkstatt geheizt wird. Wozu soll die projektierte Heizanlage dienen? Eventuell soll die Anlage gemacht werden, um auch elektrische Energie zu erzeugen. Wir wissen aber heute noch nicht, ob nicht noch die Automobile durch Elektrizität statt durch Benzindampf betrieben werden. In Berlin hat man Akkumulatorenbetrieb eingerichtet. Wenn wirklich das Waisenhaus hinausgelegt und die projektierte Straße ausgeführt werden sollte, so sehe ich doch keine Bedenken in der Annahme der Vorlage, auch wenn die Stadt demnächst gezwungen sein sollte, das Waisenhausgrundstück zu erwerben. Letzteres könnten wir nur mit Freuden begrüßen, weil dadurch das Grundstück des Feuerlöschgebäudes sich vergrößern ließe. Darum liegen für mich in dem Kaufvertrage die Bedenken nicht, die hier geltend gemacht worden sind. Man könnte auch sagen, die Heizung solle auf dem Grundstücke des Feuerlöschgebäudes angelegt werden, aber wir haben dort keinen Platz dafür. Daß die Feuerwehr von dem Grundstücke einmal verlegt werden sollte, wollen wir nicht wünschen. Wenn wir dort die alte Heizung wieder einbauen sollen, so möchte ich bitten, zu überlegen, was für Kosten an Kohlen entstehen würden. Im Interesse der Feuerwehr würde der Kaufvertrag I das beste und billigste sein; ich bitte daher um dessen Annahme.

B o r j e n d e r: Wir würden zunächst über den Kaufvertrag und dann über den Mietvertrag abzustimmen haben.

Herr L ö j i g k (zur Geschäftsordnung): Wollen Sie nicht auch darüber abstimmen lassen, ob die anderweite Beheizung des Gebäudes überhaupt nötig ist?

Herr M e h e r h o f f (zur Geschäftsordnung): Es wäre doch richtig, bei den widerstreitenden Meinungen in der Versammlung erst einmal darüber klar

zu werden, ob die Versammlung überhaupt geneigt ist, eine Heizungsanlage in diesem Rahmen für das Feuerlöschgebäude aufzutwenden.

Vor s i e n d e r: Die Sache liegt doch so: Wollen wir eine bessere, ausgiebigere Beheizung des Feuerlöschgebäudes haben und zwar durch Kauf- oder durch Mietvertrag? Wer eine bessere Beheizung überhaupt nicht will, muß gegen beide Verträge stimmen. Die Stellung einer von den Herren Löschnitz und Meyerhoff gewünschten Vorfragen halte ich nicht für nötig. Wer von den Herren für den Vertrag I mit den vom Herrn Referenten vorgetragenen Aenderungen stimmen will, den bitte ich die Hand zu erheben. — Das ist die Mehrheit, der Vertrag I ist damit angenommen.

III. Verlegung eines Wasserrohrs in der Rosentwete.

Einige Anlieger der Rosentwete haben um Verlegung eines Wasserrohrs durch ihre Straße mit der Begründung gebeten, daß die dort vorhandenen Brunnen infolge des Wasserwerks am Domesee versiegt seien und sie Wassermangel litten. Der Magistrat befürwortet das Gesuch und gibt anheim, der Verlegung des Wasserrohrs in der Rosentwete zuzustimmen und hierfür die Summe von 1780 Mark zu verwilligen. Es wird dabei vorausgesetzt, daß die betreffenden Anlieger geeignete Einrichtungen zum Auffangen und Beseitigen der Abwässer treffen.

Herr **L e u e:** die Finanzkommission ist zu einer gleichen Ansicht gekommen und gibt Ihnen die Genehmigung der Vorlage anheim.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

IV. Vorgärten für die Südseite der Fasanenstraße.

In dem für die Abänderung verschiedener Straßenzüge in der östlichen Außenstadt aufgestellten Teilortsschauplan sind auf der Südseite der Fasanenstraße westlich des Altwiefringes Vorgärten als bereits genehmigt eingezeichnet, während dort tatsächlich nur für den westlichen Teil der Fasanenstraße zwischen Bismarckstraße und dem Grundstücke Nr. ass. 3888 an der Ecke der Kasernenstraße Vorgärten genehmigt waren. Im Einvernehmen mit der städtischen Bauverwaltung gibt der Magistrat anheim, auf der Südseite der Fasanenstraße von dem an der Kasernenstraße gelegenen Grundstücke Nr. ass. 3888 bis zum Altwiefringe Vorgärten von 2 m Breite anzuordnen.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr **F r ü h l i n g** berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

V. Errichtung eines zweiten Wasserwerkes im Süden der Stadt.

In der Sitzung vom 12. Oktober 1905 hat die Versammlung genehmigt, daß zwecks eventueller Erschließung von Quellwasser auch im Süden der Stadt

auf dem in der Rüniger Feldmark östlich von der Braunschweig-Wolfenbütteler Eisenbahn gelegenen Gelände ein Probebetrieb eingerichtet und während der Dauer von 60 Tagen ununterbrochen unterhalten werde.

Zu dem Zwecke sind 8 Stück rund 30 m tiefe Rohrbrunnen angelegt, von denen 2 Stück 30 cm weite und 6 Stück 15 cm weite Filterkörbe erhielten, und in der Zeit vom 14. Juli bis 10. September 1906 mittels Lokomobilbetriebes zur Feststellung der Ergiebigkeit ununterbrochen beansprucht. Das Resultat dieses Probebetriebes erachtete die Quellwasser-Deputation für so günstig, daß sie, zumal von den bewilligten 27 500 Mark noch 8574,68 Mark verfügbar geblieben waren, ohne weiteren Auftrag der städtischen Behörden die Ausarbeitung des Projektes eines zweiten Quellwasserwerkes im Süden der Stadt veranlaßte. Maßgebend für diese Anordnung waren folgende Erwägungen:

1. Die von dem Grundwasserwerke am Bienenröderwege zu liefernde Wassermenge ist von Anfang an auf 16 000 Tageskubikmeter bemessen und wenngleich zeitweilig an warmen Tagen die stündliche Leistung unter Benutzung aller Reserven selbst bis auf 1200 cbm gesteigert werden konnte, so ist doch die Leistungsfähigkeit des Werkes beschränkt und der stetig wachsende Konsum wird durch dieses eine Werk auf die Dauer nicht befriedigt werden können; denn eine nutzbringende nochmalige Erweiterung seiner Wasserfassung ist nicht möglich. Daß der Wasserverbrauch, abgesehen von vorübergehenden, durch den Bedarf der Industrie (Konservenfabriken) und die Witterungsverhältnisse der einzelnen Jahre bedingten Schwankungen, fortwährend steigt, ergibt die nachstehende Uebersicht.

Es betrug die Menge

im Jahre	a) des geförderten Wassers	b) des gegen Entgelt abgegebenen Wassers
1898/99	3 381 474 cbm	2 478 792 cbm
1899/1900	3 521 082 "	2 641 103 "
1900/01	3 597 032 "	2 707 532 "
1901/02	3 330 568 "	2 757 412 "
1902/03	3 393 704 "	2 628 006 "
1903/04	3 529 576 "	2 687 761 "
1904/05	3 795 548 "	2 975 910 "
1905/06	3 850 819 "	3 095 592 "
1906/07	3 902 711 "	3 212 763 "
1907/08	3 958 947 "	3 194 261 "
1908/09	4 213 019 "	(noch nicht ermittelt)

2. Mit der stärkeren Inanspruchnahme der Rohrbrunnen ist der Eisengehalt des Wassers erheblich gestiegen, so daß periodisch wiederkehrende Reinigungen der Brunnen und der Heberleitung unvermeidlich sind. Diese aber stören naturgemäß den Betrieb des Werkes und lassen dessen zeitweilige Außerbetriebsetzung als dringend wünschenswert erscheinen.

Die stärkere Absenkung der Spiegel und die Entnahme des Wassers aus größerer Tiefe bewirkt überdies ein Steigen des Chlorgehalts.

3. Der Behälter des Wasserturmes faßt 2000 cbm. Im Hinblick auf den Bedarf ist mithin die Wasserreserve, die im Falle eines Bruches des Hauptrohres für die Versorgung der Stadt von größter Bedeutung ist, nur gering. Schon der — inzwischen verstorbene — Baurat Thiem hatte die Erbauung von zwei Wassertürmen empfohlen, doch wurde auf den zweiten Turm der hohen Kosten wegen verzichtet.

Es kommt hinzu, daß der innenseitige Anstrich des Turmbehälters ab und zu erneuert werden muß, und daß somit, während der Dauer dieser Arbeit jede Reserve fehlt, wenn man von der im Notfalle nicht zu umgehenden Inbetriebnahme des alten Flußwasserwerkes absieht.

4. Es ist schon früher die Frage erörtert, ob nicht auf Herrichtung eines zweiten Zuleitungsrohres vom Wasserwerke am Bienrödertwege bis zur Stadt (etwa im Zuge des Mittelweges) Bedacht zu nehmen sei, da anzuerkennen ist, daß die Versorgung des weit ausgedehnten Stadtgebietes, in dem bei der Güte und Billigkeit des stadtseitig gelieferten Leitungswassers die Hausbrunnen immer mehr verschwinden, mittels eines Hauptrohres nicht ohne Bedenken ist. Die erheblichen Kosten eines zweiten Hauptrohres lassen sich vermeiden und die aus einer immerhin möglichen Unterbrechung des Maschinenbetriebes der Stadt drohende Gefahr wird beseitigt, wenn von verschiedenen Seiten her der Stadt Wasser zugeführt wird.

Nach dem Berichte des Direktors von Teilitzsch kann dem Gelände südlich vom Kennel voraussichtlich eine Wassermenge bis zu 20 000 cbm guten Wassers entnommen werden, so daß durch Herrichtung des zweiten Werkes nach menschlichem Ermessen die Wasserversorgung der Stadt auf eine lange Reihe von Jahren gesichert sein würde.

Man wird diese, für die Erbauung eines zweiten Wasserwerks sprechenden Gründe für so schwerwiegend zu erachten haben, daß der Beschluß der Deputation, ohne Verzug ein entsprechendes Projekt ausarbeiten zu lassen, keiner Beanstandung unterliegen dürfte.

Das von der Deputation gutgeheißene Projekt besteht aus folgenden vier Baugliedern:

A. Die Betriebsanlage (auf Rüniger Gebiet) bestehend aus dem Pumpwerke nebst der Enteisungsanlage und aus einer Reihe Rohrbrunnen (die beim Probetrieb benutzten sind noch vorhanden und können beibehalten werden) für vorläufig 10 000 Tageskubikmeter; die Ausführung ist ähnlich gedacht wie am Bienröderwege.

B. Die Gefälleleitung, die das enteisete Wasser mittels natürlichen Gefälles der Stadt zuführt. Zu dem Zwecke soll die noch brauchbare eiserne Rohrleitung, welche früher das unfiltrierte Okerwasser aus den Klärteichen im Kennel bei Eisenbüttel den Filtern beim Flußwasserwerke im Bürgerparke zuführte, gründlich gereinigt und nach Süden bis zur Betriebsanlage verlängert werden.

C. Die Wasserförderung und Wasseraufspeicherung in oder neben dem alten Flußwasserwerke.

Durch Instandsetzung des vorhandenen überbauten Reinwasserbassins und Ueberwölbung des angrenzenden Filterbassins sollen zwei Reservoirs geschaffen werden, von denen jedes rund 3800 cbm faßt. Aus diesem und den beiden zwischen dem jetzigen Reinwasserbassin und dem Betriebsgebäude liegenden Schachtbrunnen und eventuell auch direkt aus der unter 3 erwähnten Gefälleleitung drücken die im Maschinenraume des Betriebsgebäudes aufzustellenden Flügel-pumpen das Wasser durch die im Eisenbahnparke liegenden beiden Hauptrohre in die Stadt oder in das Reservoir des Wasserturmes am Giersberge. Im Notfalle bewirken diese Wasserförderung die noch vorhandenen und brauchbaren Dampfmaschinen im Flußwasserwerke, die jederzeit ohne erheblichen Zeitverlust (ca. 12 Stunden) in Betrieb gesetzt werden können.

D. Die Kräfteerzeugungsanlage in Eisenbüttel.

Die Wasserkraft der Eisenbütteler Mühle (bei normalem Zufluß = 150 PS.) soll unter Verwendung von Francis-Turbinen zur Erzeugung elektrischen Stromes benutzt werden, der einerseits der Betriebsanlage (A) zugeführt wird, um die Kreispumpen zu treiben, die das eisenhaltige Wasser aus dem Sammelbrunnen in die Enteisungsanlage (bis zu 20 m hoch) heben, und andererseits dem alten Flußwasserwerke zur Bedienung der Flügel-pumpen zugeleitet wird. Um die Stromerzeugung in wasserarmer Zeit nicht zu unterbrechen, sieht das Projekt die Aufstellung — vorläufig — eines Dieselmotors (Delbetrieb) vor.

Die gesamten Kosten sind — ausschließlich der Kosten für Grunderwerb (zur Betriebsanlage) — zu 680 000 Mark veranschlagt, die im vollen Umfange aus dem Reservefonds werden gedeckt werden können. Seine Mittel beliefen sich am 1. Juni d. Js. auf rund 520 000 Mark und da ihm im laufenden Jahre 100 000 Mark zugeführt werden, so wird, wenn nochmals eine größere

Rückstellung erfolgt, die Anlage ausgeführt werden können, ohne daß zu Lasten des Wasserwerkes eine Anleihe erforderlich wird. Da aber, wie bekannt, die Reservefonds der Gas- und Wasserwerke als Betriebskapital der Stadthauptkasse dienen oder einstweilen zur Deckung der Ausgaben des Extraordinariums (Bauten usw.) vorläufig aufgewandt sind, weil im Hinblick auf den derzeitigen Stand des Geldmarktes die Aufnahme einer weiteren festen Anleihe nicht ratsam erschien, so würde das oben gedachte Kapital gleichwohl anzuleihen und von der Stadthauptkasse zu verzinsen sein. Diese Aussicht kann aber der Ausführung des zweiten Werkes nicht hinderlich sein. Die Vorteile, die seine Schaffung bietet, sind so erheblich, und das Bedürfnis, gutes Trink- und Gebrauchswasser für die Einwohnerschaft in ausreichender Menge zu schaffen, ist, wie die vielseitigen Klagen über die kürzlich erfolgte Einschränkung der Straßenbesprengung deutlich erkennen ließen, ein so dringendes, daß die Stadt selbst vor noch größeren Geldopfern nicht zurückschrecken dürfte. Eine gute und ausreichende Wasserversorgung in Verbindung mit einer einwandfreien Entwässerung sind für jedes Gemeinwesen in gesundheitlicher Beziehung von der allergrößten Bedeutung.

Der Magistrat muß hiernach die Erbauung des zweiten Wasserwerkes zu Lasten des Reservefonds des Wasserwerkes empfehlen und hält für zweckmäßig, daß die obere Leitung nebst der Vergebung der Arbeiten und Lieferungen der *Quellwasserdeputation* übertragen, dieser auch, wie beim Bau des Werkes am Vierhöderwege die Befugnis eingeräumt wird, unwesentliche Projektänderungen selbständig gutzuheißen.

Die Deputation wird auch wohl im Einvernehmen mit dem Magistrate über die Frage entscheiden können, ob der erforderliche Grunderwerb im Wege der Zwangsenteignung vor sich gehen soll, während im Falle gütlicher Vereinbarung mit den Eigentümern die zur Auflassung erforderliche Zustimmung der Stadtverordneten einzuholen sein würde. Die bezüglichen Verhandlungen sind vom Magistrate, um jede unnütze Verzögerung zu vermeiden, bereits eingeleitet.

Schließlich wird noch bemerkt, daß das vorgelegte Projekt infolge von Anregungen, die dem Magistrate erst in jüngster Zeit unterbreitet sind, in zwei Beziehungen noch nicht völlig spruchreif ist:

- a) Die Strassenbahn-Gesellschaft hat sich erboten, in Zeiten ungenügenden Wasserzuflusses der Oker elektrischen Strom zum Preise von 7,5 Pf. pro Kilowattstunde zu liefern. Es ist nun zwar rechnerisch festgestellt, daß sich ungeachtet dieser erheblichen Preisherabsetzung (der tarifmäßige Preis des Stromes für gewerbliche Zwecke beträgt 20 Pf. pro Kilowattstunde) der durch Dieselmotoren erzeugte Strom noch etwas niedriger stellen würde; aber einerseits müßte für einen Diesel-

motor ein Anlagekapital von 20 000 Mark aufgewandt werden, während ein 80pferdiger elektrischer Motor nur etwa 2500 Mark kostet, und andererseits ist der Betrieb des letzteren ohne Frage bequemer. Wenn daher durch die Zuführung elektrischen Stromes vom Lichtwerke aus nicht besondere Unkosten erwachsen, so wird es sich vermutlich empfehlen, wenigstens vorläufig diese Betriebskraft zu verwenden.

- b) Der Ausschuß für Denkmalspflege erkennt in einer Zuschrift vom 1. d. Mts. zwar ohne weiteres an, daß „zur Erhaltung des jetzigen malerischen Bildes der alten Mühlenanlage in Eisenbüttel“ die Stadt auf eine anderweite Ausnutzung der dort vorhandenen wertvollen Wasserkraft nicht verzichten kann, aber er glaubt, daß das Mühlengebäude so umgebaut werden könne, daß „das in die landschaftliche Umgebung sich so vorzüglich einfügende Architekturbild im wesentlichen erhalten werden könne“.

Wie dies vielleicht zu ermöglichen sei, ist auf Zeichnungen dargestellt, die dem Projekte beigelegt sind.

Die Bestrebungen des genannten Ausschusses, die mittelalterlichen wertvollen Baudenkmäler solange als irgend möglich zu erhalten, verdienen ohne Frage volle Anerkennung und können auch unbedenklich stadtheitig durch Aufwendung von Geldmitteln unterstützt und gefördert werden. Aber das Bauwerk, das in diesem Falle an Stelle des allerdings ziemlich nüchtern gehaltenen Betriebsgebäudes empfohlen wird, ist, auch wenn die Beibehaltung oder Wiederverwendung einzelner Teile des vorhandenen Gebäudes sich ermöglichen lassen sollte, tatsächlich ein Neubau in der Form der vermutlich aus dem Jahre 1637 stammenden Mühle; daß seine Schaffung durch die von den städtischen Behörden stets bereitwilligst anerkannte Pflicht der Stadt, ihre altherwürdigen Baudenkmäler zu erhalten, bedingt werde, können wir nicht anerkennen. Auf der anderen Seite läßt sich nicht bestreiten, daß das vom Denkmalausschusse empfohlene Gebäude vom Bürgerparke, und insbesondere von dem dort aufgetragenen Aussichtsberge aus dem Beschauer einen reizvolleren Anblick gewähren und überhaupt in landschaftlicher und architektonischer Beziehung besser in die ganze Umgebung passen würde, wie das projektierte Maschinenhaus, und wenn daher die Mehrkosten, die seine Ausführung jedenfalls bedingen würde, nicht erheblich sein sollten, so würde der Anregung Folge gegeben werden können. Für die Turbinen- und Stromerzeugungsanlage selbst genügt das eine wie das andere Bauwerk. Es wird deshalb nötig sein, vorweg für beide Gebäude genaue Kostenschätzungen anfertigen zu lassen und später zu entscheiden, welches Bauwerk aufgeführt werden soll. Die Wasserarbeiten und der Einbau der Turbinenanlage würden hierdurch nicht verzögert werden.

Der Magistrat ist der Ansicht, daß auch die Entscheidung über die beiden vorstehend erörterten Punkte der Deputation überlassen bleiben kann, indessen mit der Einschränkung, daß die vielleicht aufzuwendenden Mehrkosten einen bestimmten Betrag nicht übersteigen dürfen. Da es Sache der städtischen Behörden sein dürfte, diese Mehrkosten zu bemessen, so wird die Summe von 5000 Mark in Vorschlag gebracht. Sollten übrigens gerade über diesen Gegenstand bei den Beratungen der Deputation erhebliche Meinungsverschiedenheiten zutage treten, so steht es ihr frei, die Entscheidung der städtischen Behörden herbeizuführen.

Der Versammlung wird anheimgegeben, zu beschließen, daß zu Lasten des Reservefonds des Wasserwerkes ein zweites Wasserwerk in Gemäßheit des vorgelegten Projektes ausgeführt und daß die obere Leitung und die Vergebung der Arbeiten und Lieferungen der Quellwasserdeputation mit der Maßgabe übertragen werde, daß sie befugt sein solle,

- a) unwesentliche Aenderungen des Projektes gutzuheißen;
- b) über die Frage zu entscheiden, ob zum Zwecke des erforderlichen Grunderwerbes die Einleitung des Enteignungsverfahrens beantragt werden solle;
- c) an Stelle der Verwendung eines Dieselmotors in Eisenbüttel die Stromentnahme vom Lichtwerke zu beschließen und die Bedingungen derselben zu vereinbaren;
- d) die Ausführung des vom Ausschuß für Denkmalspflege empfohlenen Gebäudes für die Turbinenanlage gutzuheißen, sofern seine Ausführung höchstens 5000 Mark mehr kostet, als die Herstellung des im Projekte vorgesehenen Maschinenhauses.

Auf Ersuchen des Herrn **V o r s i t z e n d e n** nimmt hierzu zunächst das Wort:

Herr Direktor **v o n F e i l i c h**: Die Unterlagen für die Projektbearbeitung des Wasserwerkes wurden durch den im Sommer 1907 vorgenommenen Versuchsbrunnenbetrieb gewonnen. Es wurden damals aus einer Fassungslänge von 195 m, die mit 8 Rohrbrunnen besetzt war, 5100 Tageskubikmeter bei 4,7 m Absenkung des natürlichen Grundwasserspiegels geschöpft. Mit Rücksicht darauf, daß bei dem nur einige Monate dauernden Versuchsbrunnenbetriebe nicht alle innerhalb größerer Zeitabschnitte auftretenden Spiegelschwankungen in Erscheinung treten und auch der Beharrungszustand in der Spiegelabsenkung meist nicht vollkommen erreicht wird, ist bei der Projektierung der Fassungsanlagen insofern mit größter Vorsicht vorgegangen, als zu dauernder Gewinnung von 10000 Tageskubikmetern eine Fassungslänge von 850 m mit 39 Rohrbrunnen und eine größtmögliche Absenkung des Grundwasserspiegels von 9 m

festgelegt wurde. Für die später in Aussicht genommene vermehrte Wasserentnahme soll die angegebene Fassungslänge um 630 m nach Süden zu verlängert werden.

Die Einzelheiten der zu erbauenden Wasserfassungen sind aus den bezüglichen Zeichnungen ersichtlich. Die Versuchsbrunnen sind in der Fassung I berücksichtigt und die lichte Weite der Heberrohre sind so bemessen und abgestuft, daß die Reibungswiderstände bezogen auf die Längeneinheit möglichst gleich sind. Zur Ermöglichung der Heberrohrreinigung sind in Entfernungen von 75 m Rücköffnungen vorgesehen. Die Heberleitungen münden in einen gemeinschaftlichen Sammelbrunnen und sind dort durch besondere Ventile abschließbar und zu entlüften. Die gußeisernen Rohrbrunnen sind mit einigen Verbesserungen versehen, die sich bei dem Betriebe des vorhandenen Grundwasserwerkes als notwendig herausgestellt haben. Der Sammelbrunnen hat eine lichte Weite von 3 m und eine Tiefe von 14 m. Neben 3 Heberendschenkeln werden in ihm 3 Saugrohre und ein Ueberlaufrohr aus der Enteisungsanlage untergebracht.

Das Betriebsgebäude besteht aus dem Maschinenraume mit Pumpenschacht, Schalltafelraum und der anschließenden kleinen Werkstätte mit Vorrats- und Geräteraum. Im wasserdichten Pumpenschacht von 4,3 m und 5 m Tiefe werden vorläufig 2 Zentrifugalpumpen von je 10 000 cbm Tagesleistung aufgestellt. Für eine dritte Pumpe ist Platz vorhanden. Die Pumpen werden mittels stehender Wellen durch Drehstrommotoren angetrieben und fördern das Wasser aus dem Sammelbrunnen nach dem Rieslerhause der Enteisungsanlage. Im Maschinenhause sind außerdem noch 2 Stück elektrisch betriebene Heberentlüftungspumpen und eine kleine Preßpumpe für Reinwasser aufgestellt.

Die Enteisungsanlage ist für 10 000 Tageskubikmeter Leistungsfähigkeit mit einer später ohne Betriebsunterbrechung möglichen Erweiterung auf 20 000 Tageskubikmeter projektiert. Das gerieselte Wasser gelangt zunächst auf ein Vorfilter und alsdann auf ein Feinkiesfilter, in dem die letzten Spuren der gebildeten Eisenflocken zurückgehalten werden. Die Reinigung der Filter geschieht in bekannter Weise durch Spülung. Das reine Wasser fließt in einen Schacht aus, in dem es fortlaufend durch einen Poncelet-Ueberfall gemessen wird. Hinter dem Meßraume wird das Wasser durch ein Doppelsitzschwimmerventil der Gefälleleitung nach dem Reinwasserbehälter im Bürgerpark zugeführt.

Auf der Betriebsanlage bei Müningen ist noch ein Maschinistenwohnhaus für 2 Familienwohnungen vorgesehen.

Die von den Klärteichen im Kennel nach den Flußwasserfiltern im Bürgerpark führende 600 mm Gußrohrleitung wird um 1200 m bis zur neuen Betriebsanlage verlängert und dient zur Ueberführung des enteiseten Wassers nach den Reinwasserbehältern. Der zur Verfügung stehende Höhenunterschied

zwischen Spiegellage im Meßraum der Enteisungsanlage und dem Oberwasserpiegel der Reinwasserbehälter im Bürgerpark ist ausreichend, um 220 Sekundenliter Wasser (20 000 Tageskubikmeter) durch die Leitung zu befördern. Damit beim Gang einer Pumpe in Rünningen der beim Durchfluß von 110 Sekundenliter auftretende Gefällsüberschuß verwertet wird, sind die Saugbrunnen des Werkes im Bürgerpark erhöht und mit entsprechendem Ueberlauf und Umschaltleitungen ausgerüstet. Stellt das Vorpumpwerk bei Rünningen den Betrieb ein, so öffnet ein Doppelsitz-Schwimmerventil selbsttätig die Verbindung des Saugbrunnens mit den Reinwasserbehältern und umgekehrt. Das erste Flußwasserfilter wird überdeckt und in einen Reinwasserbehälter von 3720 cbm Inhalt verwandelt. Die auszubringenden Filterschichten können für die Betonbereitung und für den Filterbau der neuen Enteisungsanlage verwendet werden. Der beim Bau der Badeanstalt für Frauen gewonnene Boden wird zur Erdeckung benutzt. Der vorhandene Reinwasserbehälter mit 3900 cbm Fassungsraum ist ordnungsmäßig abzudichten.

Außerdem sollen die beiden vorhandenen Dampfpumpen durch Umbau der Pumpentile und der Kondensation auf 50 Umdrehungen in der Minute gebracht werden, um einen möglichst wirtschaftlichen Betrieb bei der nur 4,5 Atm. betragenden Dampfspannung der vorhandenen zwei Wellrohrkessel zu erzielen.

Um die in Eisenbüttel durch Wasserkraft erzeugte elektrische Energie vollständig auszunutzen zu können, sind zwei Hochdruckzentrifugalpumpen für je 100 Sekundenliter Fördermenge vorgesehen, von denen vorläufig nur eine zur Aufstellung kommt. Diese Pumpe wird unmittelbar in das Stadtrohrnetz arbeiten.

Die für den Betrieb der Pumpen der beiden getrennten Betriebsanlagen erforderliche elektrische Energie in Form von Drehstrom von 3000 Volt Spannung soll durch Ausbau und wirtschaftliche Ausnutzung der Wasserkraft der Eisenbütteler Mühlen gewonnen werden. In die früheren Wasserradgerinne werden 3 Franzisturbinen eingebaut, welche die gesamte mittlere Wasserführung des Okerflusses in einer Menge von 9 Sekundenkubikmeter schlucken und bei 1,6 m Gefälle 150 PS. an der gemeinschaftlichen Hauptwelle erzeugen. Zwei auf derselben Welle befindliche Drehstromgeneratoren von der vorgenannten Leistung, von denen einer zur Reserve dient, liefern den Strom in die Sammelschienen der Schaltanlage. Von hier aus erfolgt die Verteilung an die beiden Pumpwerkstanlagen so, daß der Betriebsanlage bei Rünningen höchstens 100 PS. und der Betriebsanlage im Bürgerpark 200 PS. unter Berücksichtigung der Fernleitungsverluste zugeführt werden können. Als Reservemaschinen sind 2 Stück 80 PS. Dieselmotoren vorgesehen. Es schweben zurzeit noch Verhandlungen mit dem Lichtwerke der Strassenbahn-Gesellschaft hier über einen

Referbeanſchluß an das Lichtwerk. Auch über die Ausbildung des Maſchinen-
 hauſes liegen verſchiedene Entwürfe vor. Von einer Seite wird gewünscht, daß
 das alte Mühlengebäude in der jetzigen Form tunlichſt erhalten bleibt. Für
 die Wahl des Projektes wird vor allen Dingen der Koſtenpunkt maßgebend ſein.

Hierauf beſpricht der Referent der vereinigten Bau- und Finanzkommiſſion,
 Herr Wolters, die Vorlage in ihren einzelnen Punkten und erklärt, daß die
 vereinigten Kommiſſionen ſie in allen Punkten gutgeheißen haben und deren
 Annahme empfehlen.

Vorſitzender: Würde es nicht richtiger ſein, die Koſten des Projektes
 in maximo mit in unſeren Beſchluß aufzunehmen, wie das auch ſonſt üblich iſt?

Herr Oberbürgermeiſter Kettmeyer: Ich kann es dem Herrn Vor-
 ſitzenden nicht verdenken, wenn er die Rechte der Verſammlung wahrzunehmen
 ſucht, jedoch mache ich auf folgendes aufmerkſam. Ein genaues Projekt mit
 einem genauen Koſtenanſchlage liegt überhaupt nicht vor. Nun frage ich, wie
 ſoll die Deputation verfahren, wenn bei einer einzelnen Poſition ſich eine Ueber-
 ſchreitung ergibt? Dann muß die Deputation, wenn ſie ſich nicht der Gefahr
 ausſetzen will, am Schluſſe die geſchätzte Summe zu überſchreiten, ſofort mit den
 Arbeiten aufhören und erſt die Zuſtimmung des Magiſtrates und der Verſamm-
 lung zu der Ueberſchreitung einholen. Das würde die Sache aber ungeheuerlich
 erſchweren. Der Magiſtrat hat deſhalb gemeint, ſo wichtig auch das Bewilli-
 gungsrecht der Verſammlung iſt, letztere doch in der Lage ſein dürfte, dem aus-
 führenden Organe, nämlich der Deputation, mehr freie Hand zu laſſen, zumal
 das Organ in der Mehrheit aus Mitgliedern der Verſammlung beſteht. Wir
 wollen zum Bauherrn gemäß der Vorlage die Quellwaſſerdeputation machen,
 die in ihrer Mehrheit aus Stadtverordneten beſteht. Wenn Sie aber Herren in
 dieſe Deputation ſenden, die Ihr Vertrauen haben, ſo können Sie ihnen auch
 vertrauen, daß ſie nicht mehr bewilligen werden, als was abſolut erforderlich
 ſein wird. Deſhalb möchte ich bitten, es bei dem auch beim Waſſerwerke am
 Doweſee beobachteten Verfahren bewenden zu laſſen.

Herr Schmid: Wir ſind hier in eine Spezialdebatte hineingeraten, ohne
 es zu wollen. Es iſt ſonſt üblich geweſen, daß bei derartigen Projekten zunächſt
 allgemein darüber beraten wurde, ob es unbedingt nötig ſei, ein zweites Waſſer-
 werk anzulegen, und Sie ſind wohl alle mit mir der Meinung, daß wir uns in
 der vorgeschlagenen Weiſe Sicherheit verſchaffen müſſen, weil wir nicht wiſſen
 können, ob unſer jetziges Waſſerwerk noch für längere Zeit, ſeine biſherige Er-
 giebigkeit zeigen wird. Nun haben wir darüber, ob die uns hier zu ſchaffende
 Sicherheit ausreichen wird, eine Begründung nicht erhalten; Herr Direktor von
 Feilſch hat ſich auch nicht darüber ausgelaffen, ob die angeſtellten Bohrverſuche
 den Erwartungen wohl entſprechen werden, die wir haben. Bei der Genehmi-

gung des vorigen Wasserwerkes sind wir in einer ähnlichen Lage gewesen, und wir haben damals lange debattiert, ob wir das Wasserwerk dort anlegen wollten oder nicht. Ich bin seinerzeit selbst dafür eingetreten, daß es geschehen sollte. Daß innerhalb zehn Jahren die Wasserentnahme sich um ein Drittel erhöhen würde, haben wir allerdings nicht vorausgesehen. Wenn die Wasserentnahme sich nur in dem bisherigen Tempo erhöht hätte, so wären wir heute noch in einer besseren Lage und könnten vertrauensvoll auf unser jetziges Wasserwerk sehen. Auf eine größere Ergiebigkeit dieses Werkes werden wir allerdings kaum rechnen können.

Bezüglich des geplanten neuen Werkes bin ich mir bezüglich des Wasserzuflusses noch nicht klar, und ich möchte wissen, ob die Bohrungen so weit gegangen sind, daß sie uns die Sicherheit geben, dauernd auf eine genügende Wassermenge rechnen zu können. Es ist noch nichts darüber gesagt worden, daß wir auf die Dauer darauf rechnen, einen ausreichenden Wasserstrom — ich setze voraus, daß es sich nicht um ein Wasserbecken handelt — zu besitzen; ich glaube deshalb, es wäre wünschenswert, darüber noch etwas zu hören. Ich bin Herrn Direktor von Feilich sehr dankbar für das, was er uns hier vorgeführt hat; es ist darin eine solche Masse von neuen Gedanken enthalten, daß ich über die Genialität mancher Sachen geradezu erstaunt bin. Ich vertraue auch, daß uns Herr Direktor von Feilich als guter Berater das beste gegeben hat, was existiert, und ich freue mich, daß wir einen Beamten haben, der solche Pläne auszuarbeiten vermochte, ohne daß wir gezwungen waren, auf fremde Kräfte hinüberzugreifen, die uns bei früherer Gelegenheit viel Geld gekostet haben. Deshalb möchte ich dem Herrn von Feilich den Dank für diese hervorragende Arbeit aussprechen, obwohl es ja im allgemeinen nicht gewünscht wird, einem Beamten öffentlich zu danken.

Herr Direktor v o n F e i l i c h: Der Versuchsbrunnenbetrieb hat, wie ich schon vorhin ausführte, ein besseres Resultat geliefert, als ursprünglich angenommen war; wir haben aus den acht Rohrbrunnen 5000 cbm Wasser gefördert. Das Projekt sieht 40 Brunnen vor bei einer Absenkung des natürlichen Grundwasserspiegels auf 9 m. Wir haben im Okerthale drei Grundwasserströmungen, zwei Flankenströme und einen Talstrom parallel der Oker. Der Grundwasserstrom setzt sich fort durch das ganze Stadtgebiet, und daraus entnehmen schon jetzt viele Fabriken dauernd ihr Gebrauchswasser. Vor allen Dingen ist hervorzuheben, daß seit einer ganzen Reihe von Jahren das Eisenbahnpumpwerk täglich 1500 cbm ununterbrochen daraus fördert, ohne daß durch diese Wasserentnahme sich eine Beeinflussung bis in das Kennelgebiet bemerkbar machte. Ich nehme auch keinen Anstand, zu erklären, daß wir etwas mit auf natürlich filtriertes Okerwasser reflektieren. Dieses Wasser muß bis zu unserer Fassungsanlage einen Weg von 600 m zurücklegen, und das von der Oker in den Unter-

grund eindringende Wasser wird auf diesem Wege in vollkommen einwandfreies Grundwasser verwandelt. In Frankfurt a. M. habe ich gesehen, daß man bei dem großen Wasserverbrauch jetzt auch Mainwasser verrieselt und in einer Entfernung von 500 m durch Brunnen aus dem Untergrunde wieder entnimmt. Auch Hamburg will zu einer solchen Anlage übergehen.

Durch unsern Versuchsbrunnenbetrieb und überhaupt die ganze projektierte Anlage ist mindestens dieselbe oder meiner Meinung nach noch eine größere Sicherheit gegeben, als seinerzeit bei dem Werke am Wienröderwege.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Es ist erklärlich, daß Herr Schmidt gewisse Garantien verlangt, wenn er 680 000 Mark bewilligen soll. Solche Garantien können wir aber nicht geben. Nach den angestellten Versuchen wird das Werk auf eine lange Reihe von Jahren ausreichen. Wenn aber hierdurch die Bedenken des Herrn Schmidt noch nicht beseitigt sein sollten, so frage ich, was sollen wir machen? Weiterhin noch Bohrungen vorzunehmen, hat keinen Zweck. Das einzige wäre, ob am Harze Wasser zu finden sein wird, aber die früher dieserhalb angestellten Versuche haben müssen sehr bald wieder aufgegeben werden und zwar hauptsächlich wegen der Schwierigkeiten, die sich daraus ergaben, daß man in fremdem Terrain arbeiten mußte. Hier in der Umgebung der Stadt würde man vielleicht hier und da noch andere geeignete Punkte finden. Nach den angestellten Versuchen und mit Rücksicht auf die entstehenden Kosten, die eine weitere Entfernung der Wasserstellen bedingen würde, glaube ich aber kaum, daß noch günstigere Punkte zu finden sein werden. Die Sache liegt so, daß wir mit unserm Werke am Domesee nicht nur an heißen Tagen an der Grenze der Leistungsfähigkeit angekommen sind, sondern daß auch noch andere Bedenken obwalten, nämlich die Zuführung des Wassers vom Domesee mittels eines Rohres nach der Stadt. Es wäre doch entsetzlich, wenn das große Rohr einmal an einer Stelle brechen sollte, denn dann würde die Stadt tatsächlich ohne Wasser sein, da die 2000 cbm Wasser im Wasserturm in einigen Stunden aufgebraucht sein würden. Wenn wir nicht bald zu einer umfangreichen Reserve an Wasser etwas tun, so müßten wir irgend welche anderen Maßnahmen treffen und zwar entweder ein zweites Rohr durch den Mittelweg legen, oder einen zweiten Wasserturm errichten, und die Kosten würden sehr erheblich sein. Wenn man sich nun sagt, die jetzt gefundenen Entnahmestellen sind günstig und die eben erwähnten Kosten fallen bei Schaffung eines zweiten Wasserwerkes weg, so sollte man es dabei auf ein paar hunderttausend Mark nicht ankommen lassen. Das klingt an sich wohl recht gefährlich, aber bei Licht besehen hat das Wasserwerk doch schon einen sehr erheblichen Ertrag geliefert. Wenn dieser Ertrag weiter heruntergehen sollte, so müssen wir das allerdings in Kauf nehmen. Deshalb glaube ich, müßten selbst die Herren, die noch nicht

voll überzeugt sind, daß wir dort dauernd Wasser in dem erhofften Umfange entnehmen können, doch der Vorlage zustimmen, weil nichts besseres vorgeschlagen werden kann.

Herr Böschigk: Ich habe nur das eine an dem Projekte auszusagen, daß es, trotzdem seit 1905 die Bohrversuche angestellt sind, nicht schon drei Jahre früher vorgelegt worden ist. Dann hätten wir nicht die Ueberanstrengung des alten Wasserwerkes am Bienröder Wege nötig gehabt. Wir stehen jetzt vor derselben Frage, wie bei der Schaffung des alten Wasserwerkes: Garantien kann uns niemand geben, das hat uns damals der Baurat Thiem auch erklärt. Nachdem der Wasserkonsum so erheblich zugenommen hat, ist es dringend nötig, daß wir ein neues Wasserwerk erhalten. Da die Ergiebigkeit der Probebohrungen gut ist, so können wir auch ebenso beruhigt sein, wie damals bei dem jetzigen Wasserwerke. Das Wasserquantum, welches heute das Werk liefert, ist höher, als die Deputation angenommen hat. Wenn wir darauf lauern sollen, daß uns über alles erst Spezialanschläge vorgelegt werden, so geht der ganze Sommer darüber hin. Eine dringendere Frage, als die Wasserversorgung gibt es für eine Stadt nicht, und es ist ein böses Zeichen für eine Stadt, wenn es an gutem Trinkwasser mangelt. Ich bitte, an der Vorlage nicht zu rütteln, sondern sie anzunehmen.

Herr Frühlings: Die von Herrn Schmidt angeregte Frage ist die Hauptfrage, die uns zu beschäftigen hat. Selbstverständlich hat die Quellwasserdeputation diese Frage auch eingehend geprüft, und nach ihrer Ansicht ist einmal der Entnahmestort für die Brunnen günstig und außerdem ist die Leistung bei dem Probepumpen so gut gewesen, daß wir mit Vertrauen auf die Vorlage eingehen können. Eine Sicherheit läßt sich allerdings nicht geben, aber die Lage und die geologischen Verhältnisse der Gegend haben der Quellwasserdeputation die Ueberzeugung verschafft, daß die Annahme der Vorlage empfohlen werden kann.

Herr Schmidt: Ich habe durch meine Ausführungen keine Bedenken bei Ihnen erwecken wollen, weil ich selber keine habe; ich bin vielmehr der Ueberzeugung, daß wir mit der Anlage gut fahren. Wir müssen das alte Okerbett jetzt benutzen, weil uns alle anderen Stellen ein so gutes Resultat nicht ergeben haben. Es handelt sich um das früher zugeschlammte Flußbett, und ich bin der festen Ueberzeugung, daß wir jetzt auf dem richtigen Wege sind und ein besseres Resultat erreichen werden, als bei dem alten Wasserwerke.

Da eine Einzelabstimmung nicht gewünscht wird, stellt der Herr Vorsitzende die gesamte Vorlage zur Abstimmung, die darauf einstimmig von der Versammlung genehmigt wird.

VI. Zuwendung für das kaufmännische Lehrlingsheim.

Der Vorstand des kaufmännischen Lehrlingsheims hat gebeten, es möge ihm aus den Mitteln der Umsatzsteuer ein laufender Zuschuß gewährt werden, dessen Höhe er auf zwei Drittel des 1340 Mark betragenden Fehlbetrages, also auf rund 895 Mark jährlich bemißt, während das Herzogliche Staatsministerium ein Drittel unter der Voraussetzung der städtischen Beihilfe zugesichert hat. Da für den jungen Nachwuchs im Handelsstande eine Einrichtung wie das kaufmännische Lehrlingsheim von großem Werte ist, so empfiehlt der Magistrat, dem Vorstande dieses Heims für das laufende Jahr und fortan jährlich wider-
rücklich den Betrag von 895 Mark zu bewilligen.

Auf Empfehlung der Statutenkommission, für die Herr *V o g e* berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

VII. Ueberlassung von Steinmaterial an die Feldmarksgemeinde Hagen.

Der Vorstand der Feldmarksgemeinde Hagen hat den dieser Gemeinde gehörenden Teil des Mittelweges zwischen der Totentwete und dem städtischen Grundstücke Nr. 17 instand setzen lassen und hat zu dem Zwecke geschlagene Steine aus dem Materialienbestande der städtischen Bauverwaltung bezogen. Da das Verfahren des Weges hauptsächlich durch städtische Fuhrwerke veranlaßt worden ist, so ersucht die Gemeinde um unentgeltliche Ueberlassung des betreffenden Steinmaterials. Wenn auch eine rechtliche Verpflichtung für die Stadt nicht besteht, zu den Kosten der Instandsetzung des Interessentschaftsweges Mittelweg beizutragen, so sprechen doch nach der Ansicht des Magistrates Billigkeitsgründe für eine Berücksichtigung des Antrages. Es wird daher anheimgegeben, sich damit einverstanden zu erklären, daß das der Interessentschaft Hagen gelieferte Steinmaterial im Werte von 220,02 Mark ihr unentgeltlich überlassen werde.

Die Vorlage wird von der Baukommission, für die Herr *F r ü h l i n g* berichtet, unterstützt und von der Versammlung genehmigt.

— Der stellvertretende Vorsitzende, Herr *B o l t e r s*, übernimmt den Vorsth. —

VIII. Instandsetzung der Petersilien- und der Jakobstraße.

Unter Ueberreichung der Entwürfe zu der in Aussicht genommenen Instandsetzung der Petersilien- und der Jakobstraße wird bemerkt, daß die Kosten zu 10 000 Mark und 12 000 Mark ermittelt sind, wovon die Anlieger 2800 Mark und 3000 Mark zu decken haben. Für die Befestigung der Fahrbahnen der von Osten nach Westen gerichteten schmalen Straßen ist Gussasphalt auf Beton-
bettung, für die Fußwege Belag aus Wespfer Sandsteinplatten in Aussicht ge-

nommen. Der Magistrat gibt anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß die beiden Straßen auf Grund der vorgelegten Projekte ausgebaut werden, was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr *F r i e* berichtet, geschieht.

IX. Instandsetzung der Mönchstraße.

Die städtische Bauverwaltung legt den Entwurf über die Instandhaltung der Mönchstraße und des in der Verlängerung dieser Straße gelegenen südlichen Teiles des Lessingplatzes mit dem Bemerken vor, daß dafür der Betrag von 17 200 Mark im Etat vorgesehen ist. Die Kosten der Instandsetzung der Mönchstraße selbst sind zu 15 800 Mark und diejenigen der südlichen Teilfläche des Lessingplatzes zu 1800 Mark, die Gesamtkosten also zu 17 600 Mark veranschlagt, wovon 11 800 Mark durch die Stadt und 5800 Mark durch die Anlieger zu decken sein würden. Der Magistrat ersucht, sich mit der Ausführung des Projektes einverstanden zu erklären.

Herr *R o c h*: Die Baukommission gibt anheim, der Vorlage zuzustimmen. Es ist mit Freuden zu begrüßen, daß man hier endlich Wandel schaffen will, da sich Fußwege und Fahrbahn in einem erbärmlichen Zustande befinden.

Herr *L ö s c h i g k*: Ich möchte den Magistrat bitten, die Lindentwete mit ihrem starken Fußgängerverkehre bald instand zu setzen, da sie sich in einem schlechten Zustande befindet.

Die Magistratsvorlage wird hierauf genehmigt.

X. Herrichtung eines Standgleises am Marzfall.

Die von Gliesmarode kommende Straßenbahnlinie endet bekanntlich jetzt auf dem Ruhfäutchenplatze neben dem Rathause. Da mangels eines besonderen Standgleises der Gliesmaroder Wagen besonders an lebhaften Tagen den Verkehr der übrigen den Ruhfäutchenplatz berührenden Linien nicht unerheblich stört, so hat sich das Bedürfnis zur Schaffung eines Standgleises mehr und mehr fühlbar gemacht. Der Magistrat glaubt, daß es am wenigsten störend als Verbindungsgleis von dem Marzstalle nach der Casparistraße eingebaut wird und hat sich auf Vorschlag der städtischen Bauverwaltung mit der Straßeneisenbahn-Gesellschaft auf das vorgelegte Projekt geeinigt. Die Versammlung wird ersucht, auch ihrerseits diesem Projekte einschließlich des damit in Verbindung stehenden Gleiswechsels in der Casparistraße zuzustimmen.

Herr *M e y e r h o f f*: Bei dem lebhaften Verkehr der letzten Tage, den ich der Straßenbahn fortwährend wünschte, hat es sich gezeigt, daß ein sogenanntes Standgleis sehr nötig ist. Das nach der Vorlage projektierte Gleis ist so gelegt,

daß eine Belästigung der Anwohner des Ruhfäutchenplatzes nach Möglichkeit vermieden wird. Die Baukommission empfiehlt, die Vorlage anzunehmen.

Herr L ö s c h i g k: Ich möchte fragen, ob es sich dabei um einen Standwagen handelt, oder ob der Wagen nur umschlägt?

Herr M e y e r h o f f: Ich verstehe unter Standgleis, was man bei der Eisenbahn Ausziegleis nennt.

Herr L ö s c h i g k: Ich nehme an, daß der Wagen wie beim Stadtparke nach einigen Minuten wieder wegfährt, also nicht dauernd dort hält.

Herr M e y e r h o f f: Ich kann nur annehmen, daß es sich hier um eine ständige Einrichtung handelt.

Herr Bürgermeister M e y e r: Die Gliesmaroder Linie hat in der Stadt keinen selbständigen Endpunkt: sie benutzt die Gleise der Linie Nordbahnhof—Westbahnhof und der Stadtparklinie bis zum Rathause. Das hat zu Störungen Veranlassung gegeben und zu dem Projekte geführt, den Endpunkt auf dieses neue Gleis zu verlegen. Die Wagen werden also nicht mehr nach dem Rathause zu fahren, sondern gleich hinter der Gasparistraße nach Westen abschwanken und auf dem Ruhfäutchenplatz Stellung nehmen. Man will aber nicht ein sogenanntes totes Gleis, sondern ein Verbindungsgleis nach dem Marstalle zu anlegen, um damit die Möglichkeit der Fortführung der Linie zu schaffen. Die Wagen werden dort nicht länger stehen, als jetzt neben dem Rathause.

Herr W e i c h s e l: Wenn die Sache weiter keinen Zweck hätte, als einen neuen Endpunkt für die Gliesmaroder Linie zu schaffen, so würde ich ihr nicht zustimmen können, jedoch hoffe ich, daß die Linie noch weiter bis zum Staatsbahnhofs geführt werden wird. Es ist keine Frage, daß der große von der Gliesmaroder Linie durchfahrene Stadtteil darunter leidet, wenn die Linie am Rathause endigt: die Anschlüsse am Rathause sind nicht garantiert, wodurch eine Verzögerung in der Beförderung nach dem Bahnhofe stattfindet usw. Dieser Stadtteil stellt aber ein erhebliches Kontingent an Fahrgästen. Ich hoffe deshalb sehr, daß es bald möglich sein wird, die Linie wieder bis zum Staatsbahnhofs durchzuführen. Wenn also der Zweck der Vorlage wäre, für die Linie dauernd den Endpunkt auf dem Ruhfäutchenplatz festzulegen, so würde ich dagegen sein; ich nehme indessen an, daß es sich nur um eine augenblickliche Verkehrsverbesserung handelt, mit der auch eine direkte Ueberleitung der Wagen der Nordbahnhoflinie auf die Madamenweglinie beabsichtigt wird. Deshalb stimme ich der Vorlage zu.

— Der Vorsitzende, Herr S a u s w a l d t, übernimmt den Vorsitz wieder. —

Herr Bürgermeister M e y e r: Daß die Straßenbahn sich noch weiter entwickeln möge, ist unser und auch der Straßenbahn Wunsch. Die von Herrn Weichsel vorgetragene Zukunftsmusik ist auch innerhalb des Magistrates bei Be-

ratung des Antrages zur Sprache gekommen; wir haben aber einstweilen Bedenken getragen, einer Anregung auf Fortführung der Gliesmaroderlinie durch die Neuestraße Folge zu geben, weil infolge der Enge dieser Straße Gefährnisse eintreten, für die wir zurzeit die Verantwortung noch nicht übernehmen möchten. Es ist allerdings nicht ausgeschlossen, daß der Wunsch des Herrn Weichsel eher in Erfüllung geht, als heute von uns angenommen wird.

Herr Schmid: Die Rettungsinsel am Finanzbehördenhause ist recht unglücklich angelegt worden. Man stolpert namentlich abends sehr leicht darüber, wenn man nicht daran denkt, daß dort eine Rettungsinsel liegt. Ich möchte deshalb fragen, ob wir nicht darauf rechnen können, daß die Insel wieder beseitigt wird.

Herr Bürgermeister Meyer: Sie wissen, daß für die Straßenstrecke vom Bahnhofe bis zum Hagenmarkte die Preßgas-Beleuchtung in Aussicht steht; es wird dadurch für eine bessere Beleuchtung des Ruhfäutchenplatzes und der Insel gesorgt werden. Ich hoffe, daß dann die berechtigten Klagen des Herrn Schmidt gegenstandslos werden.

Herr Kals: Ich möchte mich für die Vorlage aussprechen, weil die Straßenbahn dort jedenfalls einen Anhängewagen stehen lassen will und zu bestimmten Zeiten Anhängewagen zur Stelle sein müssen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich zur Sprache bringen, ob es nicht möglich ist, dahin zu wirken, daß unsere Straßenbahn bis 11¼ Uhr abends fährt. Wir haben uns gefreut, daß die Straßenbahn in den letzten Tagen ein so gewaltiges Geschäft gemacht hat; es ist aber für eine Stadt, die im Verkehre mitgehen will, auch notwendig, daß die Straßenbahn bis nach 11 Uhr fährt und nicht schon um ½11 Uhr aufhört.

Die Magistratsvorlage wird hiernach genehmigt.

XI. Beschaffung der inneren Einrichtung des Archiv- und Bibliothekgebäudes.

Nachdem der Neubau des Archiv- und Bibliothekgebäudes jetzt so weit gefördert ist, daß seine Inbetriebnahme alsbald wird erfolgen können, hält es der Magistrat an der Zeit, sich über Art und Umfang des Mobiliars einschließlich der Beleuchtungsanlage schlüssig zu machen. Um die anderweit gemachten Erfahrungen ausnützen zu können, ist dem Baurat Osterloh und dem Stadtarchivar Dr. Maß die Ausführung einer Instruktionsreise nach Magdeburg und Berlin gestattet. Gestützt auf die hier gewonnenen Eindrücke macht die städtische Bauverwaltung Vorschläge über die erforderlichen Beschaffungen.

Diese Vorschläge scheinen, wie der Magistrat ausführt, auf den ersten Blick ziemlich weitgehend zu sein, die nähere Prüfung hat jedoch dahin geführt, sie im großen ganzen als begründet anzuerkennen, wenn anders nicht die Einrichtung

von vornherein an wesentlichen, das Institut benachteiligenden Unvollkommenheiten leiden soll. Dies trifft insbesondere zu gegenüber der Frage der Beschaffung neuer Büchergerüste. Der Magistrat würde es für eine unangebrachte Sparsamkeit halten, wenn wegen der vorhandenen Holzregale Abstand genommen werden sollte von einer umfangreicheren Beschaffung metallener Büchergerüste einer bewährten modernen Konstruktion (System Lipmann), die gegenüber den alten Regalen den Vorzug nicht nur größerer Feuericherheit, sondern vor allem größerer Verstellbarkeit haben und hierdurch eine sonst niemals zu erreichende Ausnutzung des Raumes ermöglichen. Außerdem sind die vorhandenen Holzgerüste durchweg zu hoch und würden zuvor einer kostspieligen Umarbeitung bedürfen. Es wird deshalb die Anschaffung neuer Gerüste für dringend wünschenswert gehalten, wobei die alten Regale keineswegs weggeworfen, sondern teils in dem Neubau außerhalb der Magazinräume aufgestellt werden, teils in den Schulen bei Bedarf Verwendung finden können. Außer den Büchergerüsten für die Magazine ist in der Hauptsache das Mobiliar des Lesezimmers neu zu beschaffen, weil es ein solches bisher nicht gab, auch sind Tische und Stühle dafür nicht vorhanden. Die Kosten der gesamten Mobiliarananschaffung einschließlich der Kosten notwendiger Reparaturarbeiten an den zu überführenden alten Gegenständen sind zu 24 900 Mark veranschlagt worden.

Bei der verhältnismäßig geringen Inanspruchnahme des Instituts hält der Magistrat die Anlage eines elektrischen Bücheraufzuges nicht für erforderlich und glaubt deshalb, die von der städtischen Bauverwaltung hierfür ausgeworfenen 3300 Mark wenigstens zurzeit ersparen zu können. Sollte sich später ein Bedürfnis für den Einbau des Fahrstuhles herausstellen, so kann er jederzeit nachgeholt werden.

Einverstanden ist der Magistrat dagegen mit der Herrichtung einer elektrischen Beleuchtungsanlage, die gegenüber der Gasbeleuchtung aus Gründen der Feuericherheit und der Art der Benutzung unzweifelhaft den Vorzug verdient. Daß die Magazinräume des Archivs keine Beleuchtung erhalten sollen, entspricht einer wohlangebrachten Vorsicht und wird vom Magistrat durchaus gebilligt. Veranschlagt ist die Beleuchtungsanlage zu 4500 Mark.

Unter Hinzurechnung der für das Mobiliar angeforderten 24 900 Mark würden somit für die gesamte innere Einrichtung des Neubaus 29 400 Mark aufzuwenden sein.

Ferner erscheint es notwendig, daß die Zugangswege zum Neubau angemessen befestigt sowie die angrenzenden Flächen instand gesetzt und eingefriedigt werden. Der Magistrat stimmt der von der städtischen Bauverwaltung empfohlenen Ausführung, soweit sie nicht den auf der Südseite des Museums befindlichen Fußweg betrifft, zu. Die Arbeiten werden einen Aufwand von 6950

Markt verursachen. Die von der städtischen Bauverwaltung ebenfalls befürwortete bessere Befestigung des südlich vom städtischen Museum sich hinziehenden Fußweges hält der Magistrat nicht für erforderlich.

Die Versammlung wird ersucht, der vorstehend behandelten Mobiliarbeschaffung sowie der bezeichneten Instandsetzung von Wegen und Flächen zuzustimmen und die dazu erforderlichen 36 350 Mark zu verwilligen, auch den ganzen Betrag durch den laufenden Etat zur Verausgabung gelangen zu lassen.

Herr Frühlings: Die Baukommission beantragt die Genehmigung der Vorlage, jedoch mit dem Zusage, daß sich die städtischen Behörden bei der Bewilligung der 24 900 Mark für das Mobiliar nicht auf das für die Büchergerüste vorgeschlagene System festlegen, weil sonst die hiesigen Handwerker ausgeschlossen wären oder doch nur schwer konkurrieren könnten. Es soll also für die Büchergerüste der freie Wettbewerb eintreten und die Vergebung dieser Arbeiten in Gemäßheit der hierfür geltenden Bestimmungen ausgeschrieben werden. In solchem Falle ist es möglich, daß sich hiesige Handwerksmeister für das System Lipmann die Lizenz verschaffen oder mit anderen geeigneten Vorschlägen kommen, die geprüft werden können.

Die Versammlung genehmigt die Vorlage mit diesem Zusage.

XII. Fußwegbefestigung in der Obergstraße.

Auf Anregung eines Anliegers wird ersucht, zu genehmigen, daß die Fußwege der Obergstraße besser befestigt und hierfür 2000 Mark bewilligt werden. Von diesen Kosten haben die Anlieger 1990 Mark und die Stadt 10 Mark zu tragen. Der Einheitsbeitrag der Anlieger beläuft sich auf 8,70 Mark für 1 m Frontlänge.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Mehrhoff berichtet, wird die Vorlage gutgeheißen.

XIII. Verlegung von Kanal-, Gas- und Wasserrohren auf dem Riddagshäuserwege.

Die Firma George Westermann hat dem Magistrate mitgeteilt, daß sie in die Notwendigkeit versetzt sei, ihren Betrieb zu vergrößern und sie sich deshalb entschlossen habe, für ihren gesamten technischen Betrieb einen Neubau am Riddagshäuserwege auszuführen, wenn ihr daselbst von der Stadt die Möglichkeit zum Bauen gegeben werde. Diese Möglichkeit ist zurzeit um deswillen nicht vorhanden, weil der Riddagshäuserweg mit einem Straßenkanale nicht versehen ist und es dadurch dem in Betracht kommenden Grundstücke an einer wichtigen Voraussetzung für die Zulässigkeit der Bebauung, nämlich der Schaffung einer

ordnungsmäßigen Entwässerung, fehlt. Nach den für die Erweiterung des städtischen Kanalnetzes aufgestellten Grundsätzen liegt eine Verpflichtung der Stadt, für die Kanalisierung des Riddagshäuserweges zu sorgen, nicht vor; es hängt deshalb vom freien Ermessen der städtischen Behörden ab, ob kanalisiert werden soll oder nicht. Da die Firma sich bereit erklärt hat, die in ähnlichen Fällen stadtseitig gestellte Bedingung, die entstehenden Baukosten einstweilen und bis dahin vorschüssig zu tragen, daß sie sich durch die später eingehende Kanalsteuer angemessen verzinzen, zu erfüllen, so würde der Magistrat der Verlegung des Kanals sowie auch des außerdem gewünschten Gas- und Wasserrohrs ohne weiteres das Wort reden, wenn ihr nicht noch ein anderes Bedenken entgegenstände.

Die östlich der Korfessstraße gelegene Teilstrecke des Riddagshäuserweges war bis zu ihrer 1903 erfolgten Einbeziehung in den Stadtbezirk ein Weg des Kreiskommunalverbandes Riddagshausen-Wechelde. Bei ihrer Uebernahme durch die Stadt ist ausbedungen, daß diese die Unterhaltungslast erst dann zu übernehmen habe, wenn sie innerhalb des Weges unterirdische Anlagen herichtet. Da bislang derartige Anlagen nicht ausgeführt sind, so würde die Erfüllung des Westermannschen Verlangens die stadtseitige Verpflichtung der Wegeunterhaltung zur Folge haben. Die Kosten der Unterhaltung einschließlich Reinigung sind von der städtischen Bauverwaltung auf 1 Mark für das laufende Meter Weg und damit bei einer Wegelänge von 720 m auf 720 Mark geschätzt worden. Da eine alsbaldige Bebauung der angrenzenden Grundstücke als gesichert oder doch sehr wahrscheinlich anzunehmen ist, so erblickt der Magistrat in der Uebernahme der Unterhaltungslast kein so hohes Risiko, daß um deswillen die Herrichtung unterirdischer Anlagen jetzt noch hintanzuhalten wäre. Ausschlaggebend für den Magistrat, den Wunsch der Firma George Westermann zu unterstützen, ist der Umstand, daß für die Firma neben dem Bauplätze am Riddagshäuserwege auch Bauplätze außerhalb des Stadtgebietes mit auf der engeren Wahl stehen sollen und daß, wenn die Stadt nicht Gefahr laufen will, den Betrieb der Firma zu verlieren, eine Berücksichtigung des Wunsches am Platze ist.

Es wird deshalb die Versammlung ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß in den Riddagshäuserweg östlich der Korfessstraße auf eine Länge von etwa 300 m Kanal-, sowie Gas- und Wasserrohre unter den folgenden Bedingungen verlegt werden:

I. Der Kanal wird in seinem westlichen, etwa $\frac{3}{4}$ der Gesamtlänge betragenden Teile als Definitivanlage, in seiner östlichen Reststrecke nur als provisorischer Kanal hergerichtet. Die Kosten, welche für den ersten Teil zu 6700 Mark, für den anderen Teil zu 1600 Mark veranschlagt sind, trägt die

Firma George Westermann, doch findet eine Rückerstattung der aus der definitiven Anlage erwachsenen Kosten dann statt, wenn durch die zur Erhebung gelangende ordentliche Kanalssteuer eine Verzinsung von 5 Prozent erzielt wird. Eine Erstattung der Kosten des provisorischen Kanals findet nicht statt. Der Kanal wird sofort Eigentum der Stadt, ihr steht das Recht zu, den Kanal für eigene Zwecke unentgeltlich zu benutzen und anderen Personen eine Mitbenutzung zu gestatten. Für die angeschlossenen Grundstücke ist Kanalssteuer zu entrichten. Die Stadt übernimmt die Reinigung und Unterhaltung des Kanals auf ihre Kosten.

II. Die auf 4000 Mark veranschlagte Verlegung des Gas- und Wasserrohrs erfolgt auf Kosten der Firma Westermann. Beide Anlagen stehen sogleich im freien Eigentum der Stadt, sie hat das Recht, dritten Personen den Anschluß zu gestatten. Eine Erstattung der aufgewandten Baukosten findet statt, wenn durch den von den anschließenden Grundstücken für geliefertes Gas resp. Wasser zu zahlenden Preis eine mindestens fünfprozentige Verzinsung der Baukosten nach pflichtmäßigem Ermessen des Magistrats gesichert erscheint.

III. An Bauleitungsgebühr für den provisorischen Kanal ist ein Betrag von 4 Prozent der Kosten zu zahlen.

IV. Die wegen des Abkommens zur Zahlung gelangenden Stempelfkosten trägt die Firma Westermann.

V. Mit Rücksicht auf eine bevorstehende Aenderung des Ortsbauplanes ist der von der genannten Firma projektierte Bau um etwa 2,5 m nach näherer Anweisung der städtischen Bauverwaltung hinter die gegenwärtige Baulinie zurückzusetzen.

Nach Befürwortung durch die Baukommission, für die Herr R o ch berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

XIV. Aenderung der Baulinie am Riddagshäuserwege.

Es wird ersucht, einer geringen südlichen Verschiebung der Fluchtlinie des Riddagshäuserweges zuzustimmen. Die Veränderung wird gewünscht von den hauptsächlich beteiligten Anliegern Sichter und Zinkeisen und hat den Zweck, die durch den Ortsbauplan projektierte Verbreiterung der Straße möglichst gleichmäßig auf beide Seiten zu verteilen.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr R o ch berichtet, wird die Aenderung gutgeheißen.

XV. Annahme eines Vergleichsvorschlages.

In Sachen wider den Gastgeber Fritz Becker — verhandelt in der Sitzung vom 6. Mai d. Js. — will der Kläger gegen Zahlung von 50 Mark den Anspruch

gegen den Täter fallen lassen. Mit Rücksicht auf den gelegentlich der Verhandlungen wegen Aufnahme des vom Gastgeber Becker gegen die Stadt angestregten Prozesses aus der Mitte der Versammlung mehrfach geäußerten Wunsch, den dem Genannten durch das städtische Gespann zugefügten Schaden, trotz Fehlens der rechtlichen Verpflichtung zum Schadenersatz, zu erstatten, sieht sich der Magistrat veranlaßt, die Versammlung zu ersuchen, dem zwecks Erledigung des Prozesses von der Gegenpartei gemachten Vergleichsvorschlage zuzustimmen, was auf Empfehlung der Statutenkommission, für die Herr B o g e berichtet, geschieht.

XVI. Anfrage K a l m s: Verunreinigung des Okerwassers.

Die Anfrage lautet:

„Gehen vor den beiden städtischen Badeanstalten Abwässer in die Oker? Ist nicht sofort durch stadtseitiges Eingreifen Abhilfe zu schaffen?“

Herr K a l m s (zur Begründung): Am Montag früh wollte ich zum Baden gehen. Ich muß sagen, ich bin ein Freund des Wassers (Heiterkeit) und kenne auch keine Bazillenfurcht, aber am Montag war das Wasser so verschmutzt, daß ich nicht wagte, in die Oker zu gehen. Wenn wir jetzt auch eine trockene Zeit haben, so dürften doch keine Abwässer in die Oker gehen. Wir haben so viel Geld für unsere Badeanstalten geopfert, das nutzlos ausgegeben ist, wenn die Verschmutzung der Oker so weiterbetrieben wird. Was für schmutzige Substanzen von Eisenbüttel herunterkommen, war geradezu toll. Ich weiß nicht, was alles an Del und solchen Sachen in Eisenbüttel und Hoheworth in die Oker gehen mag. Man sagt, es sollten dort sämtliche Abwässer in die Oker laufen. Wenn die Badeanstalten benutzt werden sollen, so ist es auch nötig, daß Abhilfe geschaffen wird.

Herr Bürgermeister M e y e r: Die Verhältnisse in Eisenbüttel sind uns bekannt; wir wissen, daß die Anlieger eine Kanalisation noch nicht besitzen und gezwungen sind, ihre Abwässer in Gruben zu sammeln und abzufahren. Möglich ist es ja nun, daß der einzelne Anlieger seine Grube nicht rechtzeitig entleert, und den Inhalt nach der Oker überlaufen läßt. Ehe ich jedoch keinen Beweis dafür habe, glaube ich nicht, daß es so ist, denn die Leute werden sehr scharf überwacht und außerdem sorgen die Nachbarn dafür, daß nichts unrechtes geschieht. Herr Kalms hat auch nicht nachgewiesen, daß die Verunreinigung der Oker durch ein Grundstück in Eisenbüttel veranlaßt worden ist, denn der Umstand, daß die Verunreinigung von Eisenbüttel herunter gekommen ist, beweist ihren Ursprung noch nicht. Im Interesse der Eisenbütteler Anlieger möchte ich sogar bestreiten,

daß sie die Schuldigen sind; ich werde indessen nachforschen lassen. Uebrigens ist auf Grund einer Anzeige erst kürzlich vom Stadtbauamte die Dichtigkeit einer der Eisenbütteler Gruben geprüft und dabei festgestellt worden, daß die Anzeige nicht gerechtfertigt war.

XVII. Antrag Löschig: Schutzvorrichtungen an den Straßenbahnwagen.

Der von Herrn Löschig im Vereine mit noch 9 Mitgliedern der Versammlung gestellte Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Straßenbahngesellschaft zu veranlassen, an ihren Motowagen, Anhängewagen sowie zwischen denselben geeignete Schutzvorkehrungen zu treffen, welche die Unfälle möglichst vermeiden.“

Herr L ö s c h i g (zur Begründung): Die Motowagen sind schon jetzt mit solchen Schutzvorrichtungen versehen, daß so leicht kein Unglück passieren kann, aber die ohne Schutzvorrichtung laufenden Anhängewagen müssen notwendig mit solchen versehen werden, wenn größeres Unglück vermieden werden soll.

Den genügend unterstützten Antrag erhält die Baukommission zur Vorberatung.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4½ bis 7 Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 2. September 1909.

Tagesordnung:

I. Ergänzung der Lieferungsbedingungen des Lichtwertes	Seite 234
II. Antrag Böschigt: Schutzvorrichtungen an den Straßenbahnwagen	" 236
III. Ankauf zweier Flächen der Interessentschaft Niddagshausen	" 237
IV. Veränderungs- und Wertzuwachssteuer betreffend	" 237
V. Instandsetzung eines Teiles des Radeflintes	" 252
VI. Nachverwilligung von Kosten für Unterhaltung des Stadtparks	" 252
VII. Nachverwilligung von Kosten für Arbeiten im Wirtschaftsgebäude daselbst	" 254
VIII. Neubefestigung eines Teiles der Koffstraße	" 255
IX. Erwerb von Flächen zum Ausbau der Glückstraße usw.	" 257
X. Abfindung von Pächtern am Dienröderwege usw.	" 257
XI. Erwerb von Flächen an der Friesenstraße	" 259
XII. An- und Verkauf von Flächen an der Hildeheimerstraße	" 259
XIII. Fahrbahnbefestigung einer Strecke der Adolfsstraße	" 260
XIV. Beleuchtung des Friedrich-Wilhelmsplatzes	" 260
XV. Abkommen wegen Herausgabe einer Kaution	" 262
XVI. Andringung einer Steinbank auf der Kaiser-Wilhelmstraße	" 263
XVII. Wiederherstellung des Schornsteinkopfes auf dem alten Wasserturme	" 263
XVIII. Herrichtung einer Badegelegenheit im Rathaus	" 263
XIX. Aufnahme eines Prozesses wegen Entschädigung	" 264

Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister K e t e m e h e r und Stadträte von F r a n k e n b e r g und W a g n e r.

Entschuldigt die Herren F r ü h l i n g, K o n e g e n, B ö h n e f i n k e, S a n d e r, S c h m i d t und W e s e m e i e r. Später erscheinen die Herren L ü b k e, M e h e r h o f f und V o g e.

Der Vorsitzende, Herr H a u s w a l d t, eröffnet die Sitzung mit folgenden Worten: Bevor wir in die Tagesordnung des heutigen Tages eintreten, lassen Sie mich eines Mitgliedes dieser Versammlung gedenken, das seit unserer letzten Sitzung für immer von uns geschieden ist. Der Stadtverordnete, Herr Ernst Helmold, ist am 18. August einem langen Leiden erlegen. Meine Herren! Wenn auch Herr Helmold hier in der Plenarsitzung nicht oft hervorgetreten ist, so wußten wir doch alle seine Arbeitslust und Arbeitskraft in den verschiedenen Kommissionen und im Stadtbauamte zu schätzen. Nebenbei möchte ich feststellen, daß er unsere Werthschätzung allein schon wegen seines biederen und ehrenwerten Charakters verdiente. Wir werden sein Andenken in Ehren halten. Zur äußeren Bekundung dieses Gelöbnisses bitte ich Sie, sich von den Sigen zu erheben. — Ich konstatiere, daß das geschehen ist. —

Hierauf können wir in die Tagesordnung eintreten.

1. Ergänzung der Lieferungsbedingungen des Lichtwerkes.

Nach Ansicht der Straßeneisenbahngesellschaft erwächst aus der jetzigen Art der Rabattberechnung manchen Stromabnehmern, insbesondere Gastwirten, nicht der Vorteil, der ihnen mit Rücksicht auf den Umfang ihres Stromverbrauchs zu Beleuchtungszwecken und im Hinblick darauf, daß die Stromentnahme zum großen Teile erst nach Schluß der Sperrzeit erfolgt, mithin das Lichtwerk wenig belastet, billigerweise zuzugestehen ist. Um den genannten Abnehmern entgegenzukommen, hat deshalb die Gesellschaft um eine Ergänzung der festgestellten Lieferungsbedingungen in der Richtung nachgesucht, daß es jedem Abnehmer freistehen solle, eine Berechnung des Preises für den von ihm zu Beleuchtungszwecken entnommenen Strom in der Weise zu verlangen, daß der innerhalb bestimmter Sperrzeiten entnommene Strom nach wie vor mit 5 § für die Hw.-Stunde, der gesamte außerhalb der Sperrstunden entnommene Strom aber bei Entnahme einer je nach dem Umfange des Anschlußwertes der einzelnen Anlage verschieden bemessenen Mindeststrommenge mit nur 2½ § für die Hw.-Stunde berechnet werde.

Die zu dem Zwecke in die Lieferungsbedingungen einzufügende neue Vorschrift (§ 5 b). dürfte zu fassen sein, wie hierunter angegeben ist. Daß sich aus der Anwendung dieser Vorschrift für manchen Abnehmer ein höherer Rabatt

als der bisher gewährte, ergeben wird, erscheint dem Magistrate unzweifelhaft. Dagegen kann nicht ohne weiteres angenommen werden, daß die Preisermäßigung den Stromverbrauch des einzelnen Abnehmers steigern wird, und die vom Lichtwerke an die Stadt zu zahlende Abgabe von der Bruttoeinnahme wird daher durch die Preisermäßigung zuungunsten der Stadt beeinträchtigt werden. Der Magistrat ist aber der Meinung, daß diese Aussicht die städtischen Behörden nicht hindern darf, dem Antrage stattzugeben, weil anerkannt werden muß, daß bei dem hohen Anschlußwerte zahlreicher Beleuchtungsanlagen, insbesondere solcher in größeren Wirtschaften, bisher nur ein recht geringer Rabatt zu erzielen war.

Schließlich findet sich auch dagegen nichts zu erinnern, daß der zu erlassenden Vorschrift rückwirkende Kraft insoweit beigelegt wird, daß die neue Preisberechnung schon vom 1. April c. an zur Anwendung kommt.

Es wird anheimgegeben, der Aufnahme der hierunter folgenden Vorschrift in die Lieferungsbedingungen des Lichtwerkes mit Wirkung vom 1. April c. an zuzustimmen.

Die neue Vorschrift soll lauten:

— § 5 b. —

Der Abnehmer ist berechtigt, für den zur Beleuchtung entnommenen Strom an Stelle der durch § 5 vorgeschriebenen Rabattgewährung eine Preisberechnung nach folgenden Vorschriften zu fordern:

1. Der während der nachstehend aufgeführten Sperrstunden:

im September von 6 $\frac{1}{2}$ bis 8 Uhr nachm.

"	Oktober	"	5 $\frac{1}{2}$	bis	8	"	"
"	November	"	4	bis	8	"	"
"	Dezember	"	4	bis	8	"	"
"	Januar	"	4	bis	8	"	"
"	Februar	"	5 $\frac{1}{2}$	bis	8	"	"
"	März	"	6 $\frac{1}{2}$	bis	8	"	"

entnommene Strom wird mit 5 \mathcal{A} für die Hw.-Stunde berechnet.

2. Der während der übrigen Zeit (am Tage und in der Nacht) entnommene Strom kommt mit 2 $\frac{1}{2}$ \mathcal{A} für die Hw.-Stunde zur Berechnung, falls der Abnehmer sich verpflichtet, außerhalb der Zeit der unter 1 erwähnten Sperrstunden in der mit einem Zähler versehenen Beleuchtungsanlage im Laufe eines Betriebsjahres (1. April bis 31. März) eine Mindestmenge Strom zu dem angegebenen niedrigeren Preise zu verbrauchen und zwar bei einem Anschlußwerte der fr. Anlage

bis einschl. 6 Hw. für mindestens	90 M
von mehr als 6 bis einschl. 12 Hw. für mindestens	150 "
" " " 12 " " 25 " " "	250 "
" " " 25 " " 36 " " "	360 "
" " " 36 " " 62 " " "	570 "
" " " 62 " " 87 " " "	790 "
" " " 87 " " 112 " " "	1000 "
" " " 112 " " 137 " " "	1200 "
" " " 137 " " 162 " " "	1425 "
" " " 162 Hw. für mindestens	1800 "

Übernimmt der Abnehmer diese Verpflichtung, so hat er die Mindestsumme zu zahlen, auch wenn er die entsprechende Strommenge nicht verbraucht.

3. Der Antrag, die Preisberechnung nach den Vorschriften unter 1 und 2 stattfinden zu lassen, ist spätestens 4 Wochen vor Schluß des Betriebsjahres (31. März) zu stellen; die Berechnung erfolgt dann mindestens für die Dauer des ganzen folgenden Betriebsjahres, und die Berechnung des Rabattes in der durch § 5 vorgeschriebenen Weise tritt erst dann wieder ein, wenn ein entsprechender schriftlicher Antrag spätestens 4 Wochen vor Ablauf eines Betriebsjahres bei der Straßeneisenbahngesellschaft gestellt wird.

Neu eintretenden Abnehmern ist es gestattet, die Preisberechnung nach 1 und 2 zu fordern, ohne an die Innehaltung der vierwöchigen Antragsfrist gebunden zu sein; der von ihnen zu zahlende Mindestbetrag wird, wenn der Anschluß nicht zu Beginn, sondern im Laufe des Betriebsjahres erfolgt, nach Verhältnis der Zeit vom Tage des Anschlusses bis zum Ablaufe des Betriebsjahres berechnet, und er ist für das ganze folgende Betriebsjahr zu zahlen, wenn der Anschluß erst innerhalb der letzten vier Wochen des Betriebsjahres erfolgt.

4. Die Ermittlung des Stromverbrauches (zu 1 und 2) erfolgt durch Doppeltarifzähler, auf welche die Vorschriften über Doppeltarifzähler für Kraftstromabgabe Anwendung finden (i. § 2 Abs. 3 der Lieferungsbedingungen in der Fassung vom 31. Juli 1907).

Herr B u e s: Die Statutenkommission hat sich einstimmig für die Genehmigung der Vorlage erklärt, da allgemein die Ansicht herrschte, daß den größeren Abnehmern auch ein besonderer Rabatt zugestanden werden müßte. Es wird deshalb die Genehmigung der Vorlage empfohlen.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

II. Antrag Köschigk: Schutzvorrichtungen an den Straßenbahnwagen.

Herr R o c h: Der in der letzten Sitzung gestellte Antrag, dahingehend, den Magistrat zu ersuchen, die Straßeneisenbahngesellschaft zu veranlassen, an ihren

Motorwagen, Anhängewagen sowie zwischen denselben geeignete Schutzvorrichtungen zu treffen, welche die Unfälle möglichst vermeiden, hat der Baukommission zur Vorberatung vorgelegen. Bei der Beratung hat sich ergeben, daß sich in anderen größeren Städten solche Schutzvorrichtungen schon bewährt haben sollen, weshalb die Kommission vorschlägt, den Magistrat zu ersuchen, zunächst weitere Erkundigungen darüber einzuziehen, ob sich in anderen Städten schon derartige bewährte Einrichtungen vorfinden. Nach der Annahme dieses Antrages würde die Beratung des Antrages löschig einstweilen zurückgestellt werden.

Herr Hesse: Ich möchte bitten, bei den Erhebungen auch darauf bedacht zu nehmen, ob es nicht möglich ist, an den Straßenbahnwagen zugleich Staubfänger anzubringen. In verschiedenen größeren Städten sollen solche Apparate bereits angebracht sein, jedoch weiß ich nicht, ob sie sich auch bewährt haben.

Vorsitzender: Ich nehme an, daß die Versammlung mit der Einbeziehung dieser Frage einverstanden ist. (Zustimmung.) Dann stelle ich fest, daß die Versammlung den Magistrat ersuchen will, solche Erhebungen anzustellen und daß bis dahin die Beratung des Antrages löschig ausgesetzt wird.

III. Ankauf zweier Flächen der Interessenschaft Niddagshausen.

Der Magistrat war in der Sitzung vom 27. Mai d. Js. — Seite 158 des Berichtes — ermächtigt worden, wegen stadtseitigen Erwerbes zweier vor dem östlichen Auslaufe der Kastanienallee und Marienstraße gelegenen Flächen in Größe von 64 und 63 qm das Zwangsenteignungsverfahren einzuleiten. Nach den mit der Interessenschaft Niddagshausen als Eigentümerin der Flächen gepflogenen Verhandlungen ist diese jetzt bereit, die Flächen unter den vom Magistrat schon früher zugestandenen Bedingungen abzutreten, daß nämlich ein Einheitspreis von 10 M für 1 qm gezahlt und der Kaufpreis vom 1. August 1908 ab mit 4 Prozent verzinst werde. Der Magistrat hält die Höhe des Kaufpreises sowie die geforderte Verzinsung für angemessen und ersucht, sich mit dem Erwerbe der betreffenden Grundflächen unter den angegebenen Bedingungen einverstanden zu erklären. Das in Aussicht genommene Zwangsenteignungsverfahren würde dadurch in Fortfall kommen.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Koch berichtet, stimmt die Versammlung der Vorlage zu.

IV. Veränderungs- und Wertzuwachssteuer betreffend.

Nachdem zwischen der Stadtverordnetenversammlung und dem Magistrat am 27. Mai 1909 eine Verständigung über die Entwürfe eines Veränderungs-

und eines Wertzuwachs-Steuerstatuts erzielt war, hat letzterer mit Schreiben vom 1. Juni d. Jz. bei Herzoglicher Kreisdirektion auf Erwirkung der Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums angetragen. Am 16. August d. Jz. ist darauf die Nachricht eingegangen, daß Herzogliches Staatsministerium vor Erteilung der Genehmigung einige Aenderungen der Entwürfe für erforderlich halte. Die erneute Prüfung der Angelegenheit führt den Magistrat zu folgenden Vorschlägen:

I. Veränderungssteuerstatut.

1. In § 1 wird empfohlen, den ersten Absatz im Eingange zu fassen:

„Solweit nicht in den nachstehenden Bestimmungen Abweichendes vorgeschrieben ist, unterliegt jeder abgeleitete Erwerb des Eigentums an einem im Stadtbezirke belegenen unbebauten oder bebauten Grundstücke mit Ausnahme der Zwangsenteignungen einer Steuer“ (usw. wie bisher).

Dem ersten Absätze wird beantragt, am Schlusse hinzuzufügen:

„Die Bestimmungen dieses Statuts finden auch auf den Erwerb eines Rechtes Anwendung, für welches die auf Grundstücke bezüglichen Vorschriften gelten (Bergwerkseigentum, Erbbaurecht). Ein Erwerb von Todes wegen oder auf Grund einer Schenkung unter Lebenden im Sinne des Reichserbschaftssteuergesetzes vom 3. Juni 1906 (Reichsgesetzblatt S. 654) bleibt von der Steuer frei.“

2. Für die Absätze 3 und 4 des § 1 wird folgender Wortlaut vorgeschlagen:

„3. Beim Tausche von Grundstücken wird die Steuer nach dem Werte der von einem der Vertragsschließenden in Tausch gegebenen Grundstücke berechnet, und zwar nach denjenigen, welche den höheren Wert haben. Wenn im Stadtgebiete belegene Grundstücke gegen außerhalb belegene ausgetauscht werden, so ist die Steuer nach dem Werte der ersteren zu bemessen.“

„4. Die Veränderungssteuer gelangt auch im Falle des Wechsels in den Geschäftsanteilen von Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Kommanditgesellschaften, Gewerkschaften, eingetragenen Genossenschaften und eingetragenen Vereinen, sowie offenen Handelsgesellschaften, von deren Grundeigentum insoweit zur Erhebung, als es der Beteiligung des ausscheidenden oder hinzutretenden Gesellschafters oder Mitgliedes an der Gesellschaft entspricht.“

3. In § 2 empfiehlt der Magistrat unter Streichung der entbehrlichen Worte unter b:

„von den übrigen Fällen der Zwangsversteigerung abgesehen“ im übrigen wie bisher,

zu. sagen:

„Für die Steuer haften, nachdem der Eigentumsübergang im Grundbuche vermerkt ist,

- a) in den in § 1 Nr. 2 angegebenen Fällen der Zwangsversteigerung der Ersteher,
- b) in allen sonstigen Fällen des Eigentumsübergangs der Erwerber.

Mehrere Pflichtige haften als Gesamtschuldner. Im Falle des § 1 Nr. 4 haften unter Vorbehalt des Rückgriffs gegen den nach dem Vorstehenden zur Zahlung der Steuer Verpflichteten die dort bezeichneten Gesellschaften, Gewerkschaften, Genossenschaften und Vereine für den Steuerbetrag bei den von ihren Vorständen oder Geschäftsführern in ihrem Auftrag oder Namen erfolgten Verhandlungen.“

Zur Begründung für die letztgedachte Vorschrift wird auf § 86 unter a des inzwischen erlassenen Reichsstempelgesetzes vom 15. Juli 1909 (Reichsgesetzblatt S. 833) hingewiesen.

4. Den von den Befreiungen handelnden § 3 beantragt der Magistrat folgendermaßen umzuändern:

„1. Die Steuer wird nicht erhoben, wenn die der Eintragung des Eigentümers vorausgehende Auflassungserklärung erfolgte:

- a) zwischen Ehegatten,
- b) seitens eines Vorfahren gegenüber Abkömmlingen und den ihnen reichsgesetzlich gleichgestellten Personen,
- c) zwischen Miterben im Falle der Erbteilung.

2. Von der Entrichtung der Steuer sind folgende Personen als Erwerber oder Ersteher befreit:

- a) das Staatsoberhaupt und die Mitglieder der landesfürstlichen Familie,
- b) der Fiskus des Deutschen Reiches und des Braunschweigischen Staates und alle öffentlichen Anstalten und Rassen, welche für Rechnung des Reiches oder des Braunschweigischen Staates verwaltet werden oder diesen gleichgestellt sind, insbesondere auch

das Kammergut, der Kloster- und Studienfonds und die Landesbrandversicherungsanstalt,

c) die Stadtgemeinde Braunschweig.“

Dazu wird begründend bemerkt, daß Herzogliches Staatsministerium es unbedingt für erforderlich erklärt hat, neben der schon im Entwurfe stehenden Befreiung zu 2 a obige Befreiung zu 2 b aufzunehmen, und daß, wenn dem Reichs- und Staatsfiskus dies Zugeständnis gemacht wird, auch für die hiesige Stadtgemeinde die gleiche Vergünstigung für angebracht gehalten werden muß, zumal da die Besteuerung der Stadt durch sich selbst wenig Zweck hat.

5. Das Veranlagungsverfahren wird beantragt dadurch zu ergänzen:

- a) daß zur Sicherung der Erhebung der Steuer bei der Veräußerung von Gesellschafts-, Gewerkschafts-, Genossenschafts-, Vereinsanteilen und dergl. (vergl. oben Nr. 2 zu § 1 Nr. 4) in § 4 hinter Nr. 3 als neue Nr. 4, durch die Nr. 4 und 5 zu Nr. 5 und 6 werden, folgende Vorschrift eingeschaltet wird:

„4. In den Fällen des § 1 Nr. 4 haben die geschäftsführenden Vorstände der Gesellschaften, Gewerkschaften, Genossenschaften oder Vereine, falls der Wert des erworbenen Anteils oder Rechts 300 Mark übersteigt, innerhalb sechs Wochen nach erlangter Kenntnis über den Erwerb dem Stadtmagistrate hiervon sowie von allen sonstigen, für die Festsetzung der Steuer in Betracht kommenden Verhältnissen schriftlich oder zu Protokoll Mitteilung zu machen, auch auf Erfordern die die Steuerpflichtigkeit betreffenden Urkunden vorzulegen.

Wer eine ihm hiernach obliegende Anzeige oder Auskunft nicht rechtzeitig oder nicht in der vorgeschriebenen Form erstattet, wird, insofern nicht nach den bestehenden Gesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist, mit einer Geldstrafe bis zu 60 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.“

- b) daß der bei wiederholter vergeblicher Aufforderung zu erhebende Zuschlag von 25 Prozent ausdrücklich angedroht werden muß. Der zweite Satz des § 4 Nr. 5 (bisher Nr. 4) wird deshalb zu fassen sein:

„Wird die Auskunft nicht erteilt, so ist der Stadtmagistrat berechtigt, nach nochmaliger, an die gleiche Frist geknüpfter, mit entsprechender Zuschlagsandrohung verbundener, vergeblicher Aufforderung einen Zuschlag in Höhe von 25 Prozent der alsdann nach seinem gewissenhaften Ermessen auszusprechenden Steuer mit dieser einzufordern.“

6. Für § 4 Nr. 6 (bisher Nr. 5) wird folgender, vereinfachter Wortlaut empfohlen:

„6. Beanstandet der Stadtmagistrat die Auskunfterteilung, so sind dem Steuerpflichtigen vor der Feststellung der Steuer die Gründe der Beanstandung mit dem Anheimgeben mitzuteilen, hierüber binnen einer Frist von zwei Wochen eine weitere Erklärung abzugeben. Unterläßt dies der Steuerpflichtige, oder werden die in der Beanstandung zum Ausdrucke gebrachten Bedenken durch die Beantwortung nicht gehoben, so ist der Stadtmagistrat bei der Feststellung der Steuer an die Angaben des Steuerpflichtigen nicht gebunden.“

II. Wertzuwachssteuerstatut.

1. § 1 Nr. 1 wird vorgeschlagen, im Einklange mit obigen Aenderungen zu fassen:

„1. Soweit nicht in den nachfolgenden Bestimmungen Abweichendes vorgeschrieben ist, unterliegt jeder abgeleitete Erwerb des Eigentums an einem im Stadtbezirk belegenen unbebauten oder bebauten Grundstücke mit Ausnahme der Zwangsenteignungen, sofern die nachstehenden Voraussetzungen zutreffen, einer besonderen Abgabe („Wertzuwachssteuer“). Die Bestimmungen dieses Statuts finden entsprechende Anwendung auf den Erwerb eines Rechtes, für welches die auf Grundstücke bezüglichen Vorschriften gelten (Bergwerkseigentum, Erbbaurecht). Ein Erwerb von Todes wegen oder auf Grund einer Schenkung unter Lebenden im Sinne des Reichserbschaftssteuergesetzes vom 3. Juni 1906 (Reichsgesetzblatt S. 654) bleibt von der Steuer frei. Die Wertzuwachssteuer gelangt auch im Falle des Wechsels in den Geschäftsanteilen an Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Kommanditgesellschaften, Gewerkschaften, eingetragenen Genossenschaften und eingetragenen Vereinen, sowie offenen Handelsgesellschaften, von deren Grundeigentum insoweit zur Erhebung, als es der Beteiligung des ausscheidenden oder hinzutretenden Gesellschafters oder Mitglieds an der Gesellschaft entspricht.“

2. Zu § 3 wird ähnlich wie oben zu I Nr. 3 bei § 2 am Schlusse hinzuzusetzen sein:

„Im Falle des § 1 Nr. 1 (Schlußsatz) haften unter Vorbehalt des Rückgriffs gegen den nach dem Vorstehenden zur Zahlung Verpflichteten die dort bezeichneten Gesellschaften, Gewerkschaften, Genossenschaften und Vereine bei den von ihren Vorständen oder Geschäftsführern in ihrem Auftrag oder Namen erfolgten Verhandlungen.“

3. Entsprechend der oben zu I 4 erwähnten Ergänzung wird zu § 4 A folgender Wortlaut vorgeschlagen:

„A. Von der Entrichtung der Steuer sind folgende Personen als Erwerber oder Ersteher befreit:

a) das Staatsoberhaupt und die Mitglieder der landesfürstlichen Familie.“

b) wie oben bei § 3 Nr. 2 des Veränderungssteuerstatuts unter b
c) und c vorgeschlagen.

4. Das Veranlagungsverfahren wird empfohlen durch nachstehende abgeänderte Fassung des § 6 zu regeln, ähnlich wie dies für die Veränderungssteuer unter I 5 und 6 vorgeschlagen ist:

„§ 6.

1. Die Vorbereitung und Durchführung der Veranlagung der Steuer erfolgt durch den Stadtmagistrat.
2. Die Steuerpflichtigen haben dem Stadtmagistrate auf Verlangen über die Verhältnisse, die für die Veranlagung zur Steuer maßgebend sind, innerhalb einer ihnen zu setzenden Frist Auskunft zu erteilen, besonders alle die Steuerpflicht und das Veräußerungsgeheimnis betreffenden Urkunden vorzulegen. Unterlassen sie dies, so ist der Stadtmagistrat berechtigt, nach nochmaliger, ebenfalls an eine bestimmte Frist geknüpfter, mit entsprechender Zuschlagsandrohung verbundener, verblicher Aufforderung einen Zuschlag in Höhe von 25 Prozent der alsdann nach seinem gewissenhaften Ermessen auszusprechenden Steuer mit dieser einzufordern. Die Verpflichtung zur Auskunftserteilung erstreckt sich nur auf die Beantwortung der bei der Aufforderung gestellten Fragen über bestimmte Tatsachen. Soweit es sich um Schätzungen handelt, ist der Steuerpflichtige eine Erklärung abzugeben berechtigt, aber nicht verpflichtet.
3. Beanstandet der Stadtmagistrat die Auskunftserteilung, so sind den Steuerpflichtigen vor der Feststellung der Steuer die Gründe der Beanstandung mit dem Anheimgen mitzuteilen, hierüber binnen einer Frist von zwei Wochen eine weitere Erklärung abzugeben. Unterlassen dies die Steuerpflichtigen, oder werden die in der Beanstandung zum Ausdruck gebrachten Bedenken durch die Beantwortung nicht gehoben, so ist der Stadtmagistrat bei der Feststellung der Steuer an die Angaben der Steuerpflichtigen nicht gebunden.

4. Soweit eine Veranlagung erfolgt, sind die Steuerpflichtigen vom Stadtmagistrate durch Ausschreiben von der veranlagten Steuer zu benachrichtigen mit der Aufforderung, binnen einer Frist von vier Wochen nach der Zustellung Zahlung bei der Stadthauptkasse zu leisten."

Die Versammlung wird ersucht, diesen Aenderungsvorschlägen zuzustimmen.

Namens der Statutenkommission berichtet über die Vorlage Herr Weichsel: Was zunächst die beantragten Aenderungen zum Veränderungssteuerstatut betrifft, so erklärt sich die Kommission mit der magistratsseitig beantragten neuen Fassung des Einganges von Absatz 1 des § 1 einverstanden (I 1 der Vorlage), sie glaubt jedoch, daß die Worte „unbebauten oder bebauten“ unbedenklich gestrichen werden können, und demnach der § 1, Absatz 1 in seinem Eingange lauten würde:

„Soweit nicht in den nachstehenden Bestimmungen Abweichendes vorgeschrieben ist, unterliegt jeder abgeleitete Erwerb des Eigentums an einem im Stadtbezirke belegenen Grundstück mit Ausnahme der Zwangsenteignungen einer Steuer . . .“

Was den vom Magistrate beantragten Zusatz zum Absatz 1 betrifft, so hat die Statutenkommission dagegen nichts einzuwenden, jedoch ist mir hinterher noch eingefallen, daß auch das Miteigentum an Grundstücken hier berücksichtigt werden müßte und es sich daher empfehlen möchte, den Eingang des Zusatzes lauten zu lassen:

„Die Bestimmungen dieses Statuts finden auch auf den Erwerb des Miteigentums von Grundstücken, sowie eines Rechtes Anwendung, für welches . . .“

Der von mir empfohlene Zusatz dürfte unbedenklich sein und eine größere Deutlichkeit mit sich bringen. Ich bitte daher, den Zusatz in dieser Fassung anzunehmen.

Herr Probst: Es ist hier zunächst ganz allgemein von Rechten die Rede und nur nachher ist in Klammern hinzugefügt (Bergwerkseigentum, Erbbau-recht). Da ich annehmen muß, daß auch andere Rechte gemeint sein können, so möchte ich um Auskunft bitten, ob auch solche Rechte, die mit einzelnen Grundstücken verbunden sind, unter diese Bestimmungen fallen. Dabei habe ich namentlich die Rechte auf den Apothekenbetrieb im Auge, die mit vier hiesigen Grundstücken verbunden sind, und ich möchte wissen, ob bei dem Uebergange dieser Grundstücke in andere Hände auch die darauf ruhenden Privilegien der Veränderungs- und Wertzuwachssteuer unterliegen würden.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich bezweifle, daß auf ein derartiges Recht eine der Bestimmungen des Statuts Anwendung findet, weil der Uebergang sich nicht nach den Bestimmungen für den Grundstücksverkehr richtet, sondern dabei besondere Rechtsjälle maßgebend sind. Soweit ich im Augenblick die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen übersehen kann, können die statutarischen Bestimmungen bei einem derartigen Wechsel keine Anwendung finden.

Herr Wechsel: Das Reichstempelgesetz drückt sich etwas präziser aus, indem es sagt, die Rechte, die einer selbständigen grundbuchrechtlichen Eintragung fähig sind, sollen damit gemeint sein. Darunter würden aber die Realberechtigungen der Apotheken nicht fallen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich bitte, noch darauf hinweisen zu dürfen, daß, wenn eine derartige Gerechtsame auf einem Grundstücke ausgeübt wird, diese in einem gewissen Zusammenhange mit dem Grundstücke steht. Wenn das Grundstück dann verkauft wird und die Berechtigung auf den Käufer mit übergeht, so liegt nach meinem Dafürhalten ein ähnlicher Fall vor, wie bei dem Uebergange einer flottgehenden Gastwirtschaft auf einen anderen Besitzer, deren gesamter Wert der Steuer unterliegt. Bei einer Apotheke würde das nur dann der Fall sein, wenn das Grundstück mit der Gerechtsame zusammen veräußert wird. —

Der Punkt I. 1. der Vorlage wird darauf in der von der Statutenkommission beantragten Fassung mit dem von Herrn Wechsel vorgeschlagenen Zusatz genehmigt.

Herr Wechsel: Gegen den Punkt I. 2. der Magistratsvorlage findet die Statutenkommission bezüglich des Absatzes 3 von § 1 nichts zu erinnern.

Der Absatz 3 des § 1 wird in der magistratsseitig vorgeschlagenen Fassung genehmigt.

Herr Wechsel: Was den Absatz 4 des § 1 betrifft, so erscheint der Kommission die vom Magistrate gezogene Grenze etwas bedenklich. Man hat daher überlegt, welche andere Grenze zu finden sein möchte. Die Fassung des Magistrates würde für gewisse Vereine, die wir als gemeinnützige bezeichnen müssen, eine große Härte enthalten. Wenn z. B. ein Turnverein ein stark belastetes Grundstück besitzt, so müßten nach dieser Fassung die Mitgliederanteile besteuert werden. Da nun erfahrungsgemäß unter den Mitgliedern eines Turnvereins ein starker Wechsel stattzufinden pflegt, so würde für ihn die Steuer eine übermäßige Belastung im Gefolge haben. Infolgedessen empfiehlt die Statuten-

Kommission, den Vorschlag des Magistrates einzuschränken in der Weise, daß der Punkt 4 folgendermaßen gefaßt wird:

- „4. Die Veränderungssteuer gelangt auch im Falle des Wechsels in den Geschäftsanteilen von Gesellschaften mit beschränkter Haftung, offenen Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften, sowie von Vereinigungen, die gewerbsmäßig den Erwerb oder die Veräußerung von Grundstücken betreiben, von deren Grundeigentum insoweit zur Erhebung, als es der Beteiligung des ausscheidenden oder hinzutretenden Gesellschafters oder Mitgliedes an der Gesellschaft entspricht. Uebersteigt eine derartige Grundbesitz-Beteiligung nicht den Wert von 300 Mark, so bleibt sie außer Betracht.“

Herr Stadtrat von Frankenberg: Mit diesen Vorschlägen der Kommission bin ich für meine Person einverstanden. Ich glaube, daß die Gefahr, diese Bestimmung ausarten zu lassen zu der Schädigung eines gemeinnützigen Vereins, dadurch auf alle Fälle abgewendet wird; jedoch möchte ich eine kleine Umstellung empfehlen. Es handelt sich hier um zwei verschiedene Gruppen, nämlich um Körperschaften, die eine gewisse wirtschaftliche Natur besitzen und um solche, die gewerbsmäßig den Erwerb und die Veräußerung von Grundstücken betreiben. Es sollen nun aber nicht nur die letzteren Vereinigungen mit der Bestimmung getroffen werden, sondern auch die anders gearteten Gesellschaften, und das würde unter Umständen die Stadt in eine sehr schwierige Lage bringen. Um dieser Gefahr zu begegnen, möchte ich, einer Anregung des Herrn Oberbürgermeisters folgend, vorschlagen, im Eingange zu fügen:

- „4. Die Veränderungssteuer gelangt auch im Falle des Wechsels in den Geschäftsanteilen von Vereinigungen, die gewerbsmäßig den Erwerb oder die Veräußerung von Grundstücken betreiben, sowie von Gesellschaften mit beschränkter Haftung, offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften von deren Grundeigentum insoweit zur Erhebung, als es“

Herr Weichel: Mit der Tendenz dieses Vorschlages bin ich einverstanden, jedoch meine ich, daß sich der Vorschlag mit einfacheren Mitteln durchführen läßt, indem gesagt wird, „von Vereinigungen, wenn diese gewerbsmäßig den Erwerb oder die Veräußerung von Grundstücken betreiben“.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich glaube, es trifft dasselbe, wenn gesagt wird, „von solchen Vereinigungen, die gewerbsmäßig den Erwerb oder die Veräußerung von Grundstücken betreiben“. (Zustimmung.)

Herr Ahmann: Ich möchte um Aufklärung bitten, ob auch eine Baugenossenschaft zu solchen Vereinigungen gerechnet werden soll, die gewerbsmäßig

den Erwerb oder die Veräußerung von Grundstücken betreiben. Nach meinem Dafürhalten sind Baugenossenschaften sicherlich gemeinnützige Einrichtungen, so daß solche Belastung zweifellos eine Härte bedeuten würde. Ich war erstaunt, als ich davon in der Kommission hörte. Wenn z. B. eine Baugenossenschaft mit 500 Mitgliedern 10 Häuser in einem Werte von 500 000 Mark besäße, so würde jedes Mitglied einen nominellen Anteil von 1000 Mark besitzen, so daß jedes neu eintretende Mitglied gewissermaßen einen Anteil von 1000 Mark zu erwerben und 10 Mark Steuer zu bezahlen hätte, obwohl es in Wirklichkeit solchen Anteil gar nicht erwirbt. Das wäre als eine Ungerechtigkeit anzusehen. Eine Baugenossenschaft kann nach meinem Dafürhalten nicht als Vereinigung gelten, die gewerbmäßig den Erwerb oder die Veräußerung von Grundstücken betreibt. Außerdem wird ja die Veräußerung von Grundstücken so wie so von der Steuer getroffen. Hier handelt es sich darum, ob eine Besteuerung des Erwerbes der Mitgliedschaft bei einer Baugenossenschaft eintreten soll.

Herr Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g: Es ist vollständig unmöglich, diese Frage für jede Baugenossenschaft, die hier schon besteht oder noch eingerichtet werden könnte, allgemein zu beantworten, denn es hat sich anderwärts herausgestellt, daß Baugenossenschaften oder ähnliche Körperschaften nur zu dem Zwecke gebildet sind, um der Veränderungs- oder der Wertzuwachssteuer zu entgehen. Deshalb würde es eine verfehlte Maßnahme sein, wenn man hier die Erklärung abgeben wollte, die Baugenossenschaften sollten unter allen Umständen steuerfrei bleiben. Ich würde eine solche Erklärung selbst unter Beschränkung auf die gemeinnützigen Baugenossenschaften nicht abgeben, denn der Begriff „gemeinnützig“ ist so dehnbar, daß er nicht genau genug bezeichnet werden kann. Man wird daher sagen müssen, es hängt die Heranziehung einer Baugenossenschaft zur Steuer davon ab, wie sie ihre Geschäfte betreibt. Wir haben in die Vorlage das Wort „gewerbmäßig“ aufgenommen, und das bedeutet, in einer auf Erzielung von Gewinn berechneten Weise. Trifft das bei einer Baugenossenschaft zu, so fällt sie auch unter das Statut, im anderen Falle aber nicht. Meiner Ansicht nach ist es weder zeitgemäß noch richtig, sich hier den Kopf darüber zu zerbrechen, ob eine bestimmte Vereinigung für die Zukunft von der Steuer freibleiben wird, denn niemand weiß im voraus, wie die Baugenossenschaft ihre Geschäfte betreiben wird. Daß der Magistrat der hier zurzeit bestehenden Baugenossenschaft freundlich gegenübersteht, geht schon daraus hervor, daß er den in der Versammlung vielfach bekämpften stadtseitigen Zuschuß stets befürwortet hat. Ich kann mich andererseits aber nicht dazu verstehen, hier eine allgemeine Erklärung abzugeben; es wird vielmehr von Fall zu Fall geprüft werden müssen, ob eine Steuerpflicht vorliegt, oder nicht.

Herr Aßmann: Ich will auch nicht, daß einzelne Spekulant^{en} die Steuer umgehen sollen, immerhin könnten wir aber sagen, daß die Bestimmungen des Statuts auf gemeinnützige Baugenossenschaften keine Anwendung finden. Wenn sich der Fall ereignen sollte, daß eine Baugenossenschaft zunächst gemeinnützig wirkt, später aber den Erwerb oder die Veräußerung von Grundstücken gewerbmäßig betreibt, so würde nichts näher liegen, als das Statut darauf Anwendung finden zu lassen. In solchem Falle würde die Genossenschaft, falls sie sich zu Unrecht getroffen fühlte, den Klageweg beschreiten können, worauf die Instanzen nachzuprüfen hätten, ob das gegen die Genossenschaft eingeschlagene Verfahren auch gerechtfertigt ist. Deshalb wäre es zweckmäßig, zu sagen: „Auf gemeinnützige Baugenossenschaften findet die Bestimmung keine Anwendung.“ Geschieht das nicht, so sitzt die hiesige Baugenossenschaft zwischen Tür und Angel; denn die augenblicklich hier gegen sie herrschende Freundlichkeit könnte unter Umständen auch einmal in das Gegenteil umschlagen, und das möchte ich nicht. Wenn die Mehrheit der Versammlung heute der Meinung sein sollte, daß solcher Erwerb von Anteilen nicht besteuert werden soll, so sollte man dies auch in das Statut aufnehmen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich will von der hier bestehenden Baugenossenschaft absehen und mich mit der Möglichkeit beschäftigen, daß eine neue Baugenossenschaft gebildet werden könnte, die außerordentlich gern zugreifen würde, wenn eine „gemeinnützige“ Baugenossenschaft von der Steuer freigelassen wird. Das Mäntelchen der Gemeinnützigkeit kann sich eine Baugenossenschaft sehr leicht umhängen und sagen, die lex Aßmann schützt uns, Ihr könnt uns mit der Steuer gewogen bleiben. Wie soll der Begriff der Gemeinnützigkeit begrenzt werden? Wenn von einer solchen Genossenschaft lumpige 100 Mark gestiftet werden, so könnte sie schon als gemeinnützig wirkend angesehen werden sollen. Wir wollen doch nicht die Möglichkeit schaffen, daß uns unsere Steuerzahler durch im Statut geschaffene Hintertüren entschlüpfen, und das will auch Herr Aßmann nicht.

Der Punkt 4 wird darauf in der Fassung der Kommission mit dem von Herrn Stadtrat von Frankenberg empfohlenen Zusatz des Wortes „solchen“ angenommen.

Herr Weichsel: Zu dem Punkte 3 der Magistratsvorlage (§ 2 der Satzung) möchte ich bemerken, daß meiner Ansicht nach die Worte „nachdem der Eigentumsübergang im Grundbuche vermerkt ist“ unbedenklich fortgelassen werden können, weil dieses sich aus den späteren Bestimmungen ohne weiteres ergibt. Es ist weiter als notwendig erachtet, hier eine Bestimmung einzufügen,

nach der mehrere Erwerber als Gesamtschuldner haften, weil sonst nur der Erwerber des höher bewerteten Grundstücks zur Steuer herangezogen wird.

Nun handelt es sich weiter um die Steuer in solchen Fällen, in denen ein Gesellschafts- oder Vereinsanteil auf einen anderen übergeht. Die ursprüngliche Absicht war, es sollten die betreffenden Vereinigungen oder Gesellschaften ohne weiteres haftbar sein für die auf Grund dieser Anteilsübertragung fällig werdende Steuer. Mit Recht wurde aber dagegen geltend gemacht, daß die Gesellschaften usw. unmöglich für die Anteile haften könnten, mit denen sie nichts zu tun hätten. Wenn z. B. bei einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung der bisherige Gesellschafter A. an B. Anteile überträgt, und die Gesellschaft hat sich kein Genehmigungsrecht vorbehalten, so geht das diese gar nichts an. Deshalb schlägt die Kommission vor, die Gesellschaften usw. nur haften zu lassen, wenn sie den Übergang von Anteilen genehmigt haben. Der Antrag der Kommission lautet, in § 2 an Stelle der vom Magistrate vorgeschlagenen Fassung zu sagen:

„Für die Steuer haften, nachdem der Eigentumsübergang im Grundbuche vermerkt ist,

- a) in den in § 1 Nr. 2 angegebenen Fällen der Zwangsversteigerung der Ersteher,
- b) in allen sonstigen Fällen des Eigentumsübergangs der Erwerber.

Mehrere Pflichtige haften als Gesamtschuldner; als Gesamtschuldner haften auch die Erwerber mehrerer im Stadtgebiete belegener, getauschter Grundstücke. Im Falle des § 1 Nr. 4 haften unter Vorbehalt des Rückgriffs gegen den nach dem Vorstehenden zur Zahlung der Steuer Verpflichteten die dort bezeichneten Gesellschaften und Vereinigungen für den Steuerbetrag bei den von ihnen genehmigten Erwerbs- oder Veräußerungsgeschäften.“

Im Eingange würden die Worte „nachdem der Eigentumsübergang im Grundbuche vermerkt ist,“ meinem Vorschlage gemäß fortfallen. Außerdem beantragt die Kommission, die vom Magistrate bei Punkt 3 der Vorlage als entbehrlich bezeichneten Worte unter b wegzufallen zu lassen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Mit den Vorschlägen der Kommission bin ich einverstanden. Was die Heranziehung der Erwerber getauschter Grundstücke betrifft, so ist auch der Fall denkbar, daß zwei Grundstücke ohne gegenseitige Zuzahlung ausgetauscht werden, und es schwer sein würde, zu sagen, welches Grundstück das wertvollere sein würde. Deshalb ist der Vorschlag der Kommission zu empfehlen. Eine geringfügige Aenderung des von der Kommission vorgeschlagenen Wortlauts würde ich indessen wünschen, daß nämlich im Eingange des § 2 statt „haften“ gesagt wird „haftet“.

Die Versammlung genehmigt hierauf die von der Kommission vorgeschlagene Fassung des § 2 mit der Aenderung, daß der Eingang lautet:

„Für die Steuer haftet,

a) in den im § 1 Nr. 2 angegebenen Fällen“

Herr Weichsel: Zu Punkt 4 der Aenderungsvorschläge des Magistrates (zu § 3) findet sich seitens der Kommission nichts zu erinnern. Eine kleine redaktionelle Aenderung möchte ich allerdings wünschen. Der Absatz 2 beginnt mit den Worten: „Von der Entrichtung der Steuer sind folgende Personen als Erwerber oder Ersteher befreit:“ Unter den hinterher aufgezählten Personen befinden sich dann auch der Fiskus, Reichs- und Staatskassen, sowie die Stadtgemeinde Braunschweig, die man doch unmöglich in diesem Sinne als Personen ansehen kann.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich möchte empfehlen, die Worte „folgende Personen als Erwerber oder Ersteher“ fortzulassen, so daß der Absatz 2 beginnt: „Von der Entrichtung der Steuer sind befreit:“.

Der Punkt 4 wird mit dieser Aenderung genehmigt.

Zu Punkt 5 der Magistratsvorlage: Herr Weichsel: Die Kommission schlägt vor, die neue Nr. 4 des § 4 folgendermaßen zu fassen:

„In den Fällen des § 1 Nr. 4 haben die geschäftsführenden Vorstände der Gesellschaften oder Vereinigungen, falls der Wert des Grundbesitz-Anteils oder -Rechts 300 Mark übersteigt, innerhalb sechs Wochen nach erlangter Kenntnis über den Erwerb dem Stadtmagistrate hiervon, sowie von allen sonstigen, für die Festsetzung der Steuer in Betracht kommenden Verhältnissen schriftlich oder zu Protokoll Mitteilung zu machen, auch auf Erfordern die die Steuerpflichtigkeit betreffenden Urkunden vorzulegen.“

Wer eine ihm hiernach obliegende Anzeige oder Auskunft nicht rechtzeitig oder nicht in der vorgeschriebenen Form erstattet, wird, insofern nicht nach den bestehenden Gesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist, mit einer Geldstrafe bis zu 60 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.“

Es ist absolut notwendig, daß eine derartige Anzeigepflicht eingeführt wird, weil sonst eine solche Veränderung gar nicht an die Öffentlichkeit bringen würde.

Die Nr. 4 und 5 erhalten infolge dieser Einschaltung die Nr. 5 und 6.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Gegen den Vorschlag der Kommission habe ich nichts einzuwenden; ich möchte jedoch bitten, im Eingange des Absatzes 4 das Wort „geschäftsführenden“ als selbstverständlich fortzulassen.

Die neue Nr. 4 wird mit dieser Aenderung angenommen.

Herr Weichsel: In § 4 sind unter 2 b die Worte „und bei der Schenkung“ zu streichen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Schon aus dem Beschlusse zu § 1 ergibt sich, daß jeder Erwerb von Todes wegen und durch Schenkung im Sinne des Reichserbschaftssteuergesetzes frei bleiben soll; es würde daher überflüssig sein, die Worte „und bei der Schenkung“ bestehen zu lassen.

Die Streichung der Worte wird genehmigt.

Herr Weichsel: Die vom Magistrate unter I. 5. b. der Vorlage beantragte anderweite Fassung des zweiten Satzes des § 4, Punkt 5 (bisher Punkt 4) hat die Statutenkommission gefunden.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

Herr Weichsel: Auch gegen Punkt 6 der Magistrate Vorlage (zu § 4 Nr. 6) findet die Kommission nichts zu erinnern.

Auch diese Aenderung wird von der Versammlung gutgeheißen.

Das Veränderungssteuerstatut ist damit erledigt.

II. Wertzuwachssteuerstatut.

Herr Weichsel: Die von der Kommission erhobenen Bedenken sind in der Hauptsache dieselben, wie bei der Veränderungssteuer. Wir können daher die Verhandlungen hierüber abkürzen.

Den § 1 Nr. 1 des Statuts empfehlen wir folgendermaßen zu fassen:

- „1. Soweit nicht in den nachfolgenden Bestimmungen Abweichendes vorgeschrieben ist, unterliegt jeder abgeleitete Erwerb des Eigentums an einem im Stadtbezirk belegenen Grundstücke mit Ausnahme der Zwangsentziehungen, sofern die nachstehenden Voraussetzungen zutreffen, einer besonderen Abgabe („Wertzuwachssteuer“). Die Bestimmungen dieses Statuts finden entsprechende Anwendung auf den Erwerb eines Rechtes, für welches die auf Grundstücke bezüglichen Vorschriften gelten (Bergwerkseigentum, Erbbaurecht). Ein Erwerb von Todes wegen oder auf Grund einer Schenkung unter Lebenden im Sinne des Reichserbschaftssteuergesetzes vom 3. Juni 1906 (Reichsgesetzblatt S. 654) bleibt von der Steuer frei. Die Wertzuwachssteuer gelangt auch im Falle des Wechsels in den Geschäftsanteilen von Ge-

jellschaften mit beschränkter Haftung, offenen Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften, sowie von solchen Vereinigungen, die gewerbsmäßig den Erwerb oder die Veräußerung von Grundstücken betreiben, von deren Grundeigentum insoweit zur Erhebung, als es der Beteiligung des ausscheidenden oder hinzutretenden Gesellschafters oder Mitglieds an der Gesellschaft entspricht. Uebersteigt eine derartige Grundbesitzbeteiligung nicht den Wert von 300 Mark, so bleibt sie außer Betracht."

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich stimme den Vorschlägen bei, bitte aber, auch hier im zweiten Satz zu sagen: „Die Bestimmungen dieses Statuts finden entsprechende Anwendung auf den Erwerb des Miteigentums an Grundstücken sowie eines Rechtes," Den letzten Satz bitte ich außerdem nicht als selbständigen Satz beizubehalten, sondern ihn durch ein Semikolon mit dem vorhergehenden zu verbinden.

Der Kommissionsantrag wird mit diesen beiden Änderungen angenommen.

Zu Punkt 2 der Magistratsvorlage. Herr Weichsel: Die Statutenkommission beantragt, zu § 3 am Schlusse hinter „Mehrere Pflichtige haften als Gesamtschuldner" hinzuzusetzen:

„; als Gesamtschuldner haften auch die Erwerber mehrerer im Stadtgebiete belegener getauschter Grundstücke."

Sodann empfehlen wir den vom Stadtmagistrate vorgeschlagenen Zusatz hinter vorstehenden Worten folgendermaßen zu fassen:

„Im Falle des § 1 Nr. 1 (Schlußsatz) haften unter Vorbehalt des Rückgriffs gegen den nach dem Vorstehenden zur Zahlung Verpflichteten die dort bezeichneten Gesellschaften und Vereinigungen bei den von ihnen genehmigten Erwerbs- oder Veräußerungsgeschäften."

Im Eingange des § 3 haben die Worte: „. . . nachdem der Eigentumsübergang im Grundbuch vermerkt ist, . . ." fortzufallen.

Herr Oberbürgermeister K e t e m e r: Nach den Vorschlägen der Kommission soll es im § 3 u. a. heißen: „. . . als Gesamtschuldner haften auch die Erwerber mehrerer im Stadtgebiete belegener getauschter Grundstücke." Nun hat aber die Versammlung generell beschlossen, daß die Wertzuwachssteuer von dem V e r ä u ß e r e r und nicht von dem Erwerber eines Grundstücks getragen werden soll. Die Sache liegt ja bei getauschten Grundstücken insofern unbedenklich, als der Veräußerer und der Erwerber dasselbe bedeutet, jedoch würde es mit dem Grundgedanken des Statuts im Einklang stehen, wenn wir auch hier Veräußerer sagten und nicht Erwerber. Ich möchte anheingeben, dies zu beachten.

Herr **W e i c h s e l**: Ich glaube auch, daß es korrekter ist, zu sagen „Veräußerer“, wenn es auch sachlich vollständig gleich ist; ich beantrage daher, die Aenderung vorzunehmen.

Herr **Stadttrat von Frankenberg**: Ich möchte die Aenderung auch empfehlen, da es meiner Ansicht nach konsequenter und richtiger ist, die Leute als Veräußerer zu bezeichnen. Im Ergebnis kommt es auf dasselbe hinaus, wir haben aber die Folgerichtigkeit gewahrt.

Die Vorschläge der Kommission werden mit dieser Aenderung gutgeheißen.

Herr **W e i c h s e l**: Den Punkt 3 der Magistratsvorlage bittet die Kommission mit der Aenderung zu genehmigen, daß die Worte „folgende Personen als Erwerber oder Ersterher“ fortfallen.

Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden.

Herr **W e i c h s e l**: Gegen den Punkt 4 der Vorlage, betreffend die Aenderung des § 6 des Statuts, hat die Kommission nichts einzubringen.

Auch dieser Punkt findet die Genehmigung der Versammlung, womit die Vorlage ihre Erledigung gefunden hat.

V. Instandsetzung eines Teiles des Radeflintes.

Unter Vorlegung eines Entwurfs zur Instandsetzung der südlichen Teilstrecke des Radeflintes nebst Kostenanschlag ersucht der Magistrat, das Projekt zu genehmigen und die zu dessen Durchführung erforderlichen Kosten von 7800 Mark, wovon 1500 Mark durch die Anlieger und 6300 Mark durch die Stadt zu decken sein werden, zu bewilligen. Die Instandsetzung ist derart geplant, daß die Fußwege von der Fahrbahn durch Bordquader abgegrenzt werden und eine Befestigung aus Belpfer Platten in ganzer Breite erhalten sollen, während die Fahrbahn mit Reihenpflastersteinen erster Sorte abgepflastert werden soll. Die Fußwege werden eine Breite von 2,5 m erhalten, während die Breite der Fahrbahn zwischen 7,50 und 8,50 m schwankt.

Herr **R i e k e**: Die Baukommission gibt Genehmigung der Vorlage anheim. Persönlich stehe ich auf dem Standpunkte, daß auch der nördliche Teil des Radeflintes, der noch schlechter ist, als der südliche Teil, baldmöglichst instand gesetzt werden muß.

Herr **L ö s c h i g k**: Ich möchte ebenfalls dem Wunsche Ausdruck geben, daß der andere Teil des Radeflintes möglichst im nächsten Jahre instand gesetzt wird.

Die Vorlage wird hierauf genehmigt.

VI. Nachverwilligung von Kosten für Unterhaltung des Stadtparks.

Die für die Unterhaltung des Stadtparks ausgeworfene Summe von 2700 Mark ist im abgelaufenen Jahre um 552,06 Mark überschritten worden.

Der Promenadeninspektor Kreiß erörtert die für die Ueberschreitung maßgebend gewesen Ursachen und gibt anheim, die Summe nachzubewilligen. Hervorgerufen war die Ueberschreitung durch folgende Ursachen: Die Rasenflächen des Stadtparks hatten durch das sehr früh eingetretene Frostwetter, sowie durch den anhaltenden trockenen Frost stark gelitten und mußten zum größten Theile umgegraben und neu besäet werden. Außerdem mußten die Promenadenwege und die chaussierte Fahrbahn, welche durch die häufige Beseitigung des Schnees in ihren Oberflächen sehr gelitten hatten, außergewöhnlich gebessert und grandiert werden. Da der Magistrat in sachlicher Beziehung gegen die vorgekommene Ueberschreitung nichts einzuwenden hat, so gibt er anheim, die Summe von 552,06 Mark nachzubewilligen.

Herr M o h r: Man muß zugeben, daß der Stadtpark ohne Verschwendung von Geld für luxuriöse Anlagen mit verhältnismäßig geringen Mitteln in vorzüglichem Zustande erhalten wird. Da nun der letzte Winter tatsächlich langanhaltend und schwer war, so gibt die Finanzkommission in Anerkennung der für die Etatsüberschreitung angeführten Gründe anheim, die geforderte Summe nachzubewilligen.

Herr K i e k e: Ich möchte ebenfalls erlauben, den Betrag nachzubewilligen. Bei Berücksichtigung der angeführten Gründe scheint er mir ziemlich gering zu sein. Auch durch die landwirtschaftliche Ausstellung auf dem benachbarten Terrain hat der Stadtpark gelitten. Wenn für die Instandhaltung des Parkes immer noch 2700 Mark ausgeworfen werden, so muß man berücksichtigen, daß sich in 25 Jahren vieles ändert und auch der Stadtpark jetzt mehr benutzt wird, als früher. Jedes Privatgrundstück wird heutzutage mit einem Zaun abgegrenzt, weshalb soll das nicht auch beim Stadtpark namentlich angesichts des skandalösen Zustandes an der Bode- und Vernerstraße geschehen? (Widerspruch.) Ich bin durchaus nicht für das allgemeine Eingattern von derartigen Anlagen, aber hier wäre es am Platze, ein Staket anzubringen. Außerdem reicht das Wirtschaftsgebäude des Stadtparkes für die heutigen Verhältnisse nicht aus. Was damals gemacht ist, hat wohl der damaligen Zeit entsprochen, aber heute genügt es nicht mehr. Es ist bedauerlich genug, daß die Bauerei im Gebäude sich darauf beschränken mußte, Räume für das Personal zu schaffen, um wenigstens den Bestimmungen der Bauordnung zu entsprechen, die für die Unterbringung der Gefangenen in den Strafanstalten vorgegeschrieben sind. Leider läßt sich auf das Gebäude kein Stockwerk mehr setzen. Man hätte von vornherein die Veranden größer bauen sollen, damit dem Wirt die Möglichkeit gegeben würde, auch bei schlechtem Wetter Konzerte abhalten zu können. Auch

eine Zentralheizung wäre nötig, dann wäre das Etablissement erst den Verhältnissen der Neuzeit entsprechend eingerichtet.

Herr Oberbürgermeister *R e t e m e n e r*: Die erstere Bemerkung des Herrn Rieke bezog sich auf die Einfriedigung des Stadtparkgrundstücks. Ich kann dazu bemerken, daß dem Magistrate vor längerer Zeit von Herrn Kreiß ein Antrag unterbreitet war, es möchte der Stadtpark durch eine Einfriedigung mehr geschützt werden. Es ist anzuerkennen, daß dadurch ein gewisser Schutz geboten würde, aber andererseits steht auch fest, daß das Aussehen des Grundstücks als Waldanlage darunter erheblich leiden würde. Wir haben gemeint, es könnten an einigen besonders gefährdeten Stellen wohl Drähte gezogen werden, aber eine richtige Einfriedigung hält der Magistrat nicht für nötig. Der Errichtung des Wirtschaftsgebäudes im Stadtpark in dem bestehenden Umfange hat Herr Rieke seinerzeit selbst zugestimmt; das Bedürfnis ist aber dort immer größer geworden, weshalb wir verschiedentlich angebaut haben. Wenn man damals hätte voraussehen können, daß der Verkehr sich so wie geschehen entwickeln würde, so hätten wir vor 25 Jahren dort ein größeres Haus hinstellen können. Der Anlage einer Zentralheizung können wir indessen näher treten, wenn wir gerade mal Geld über haben. Darüber läßt sich später sprechen.

Die Nachverwilligung wird darauf beschlossen.

VII. Nachverwilligung von Kosten für Arbeiten im Wirtschaftsgebäude daselbst.

Für verschiedene Ausbesserungsarbeiten im Wirtschaftsgebäude des Stadtparks und die Herrichtung von Schlafräumen im Obergeschoße waren seinerzeit 14 045 Mark zur Verfügung gestellt worden. Wie die jetzt eingereichte Hauptrechnung ergibt, haben die wirklichen Kosten 16 540,72 Mark betragen, so daß die Anschlagssumme um 2495,72 Mark überschritten worden ist. So bedauerlich diese Ueberschreitung nach der Ansicht des Magistrates auch ist, wird man sie bei Lage der Umstände doch als gerechtfertigt anzusehen haben. Von der städtischen Bauverwaltung ist die Ueberschreitung im einzelnen begründet worden. Die Versammlung wird ersucht, die mehr verwandten 2495,72 Mark nachzuverwilligen.

Namens der Finanzkommission berichtet hierüber Herr *M o h r*: Das Wirtschaftsgebäude im Stadtpark war tatsächlich in einer schlechten Verfassung. Es mag sein, daß die vertragsmäßig von dem früheren Pächter auszuführenden Verbesserungen seinerzeit etwas vernachlässigt worden sind. Einigermassen sichere Voranschläge lassen sich übrigens bei solchen Bauausführungen kaum herstellen, weil oft bei der Ausführung der Arbeiten Mängel hervortreten, die vor-

her nicht erkennbar waren. Der von der städtischen Bauverwaltung gegebenen Begründung für die Mehrausgabe ist von der Finanzkommission, wenn auch schweren Herzens, zugestimmt worden, so daß empfohlen wird, den geforderten Betrag nachzubewilligen.

Herr R i e f e: Auch hierüber wundere ich mich nicht, da die Mehrausgabe leicht erklärlich ist. Die Ausführung des Baues war seinerzeit einem hiesigen Bauunternehmer übertragen worden und — über Tote soll man allerdings nur gutes reden — lieberlicher ist wohl selten ein Bau ausgeführt worden. Wenn man eine Federspule in die Ritzen des Mauerwerkes steckt, so hat man gleich einen kleinen Brunnen, so viel Wasser steckt in den Mauern. Im übrigen ist hier so gebaut, wie es in Braunschweig üblich ist: erst wird eine kleine Hütte gebaut, dann wird ein Schuppen herangestellt und so folgt ein Anbau dem anderen. Teurer ist die Sache jetzt auch dadurch geworden, daß, als alles fertig war, ein Schornstein umschlug, der vielleicht $1\frac{1}{2}$ bis 2 m breit und vom besten Material hergestellt war. Wie das gekommen ist, erklärt man sich folgendermaßen: Der Wirt hat keinen Trockenboden, weshalb ihm erlaubt ist, auf dem flachen Dache eine Leine zum Wäschetrocknen zu ziehen; die Leine soll nun durch den Regen stramm gezogen sein und den Schornstein umgerissen haben. (Weiterkeit.) Wer's glaubt, wird selig! Jetzt ist nun zur Not alles ausgeputzt, und nur die Küche muß noch gestrichen werden, wozu Oelfarbe zu verwenden ist. Auch Isolierschichten mußten angebracht werden. Wenn gesagt wird, die Feuchtigkeit der Wände käme von dem Brodem, so trifft das nicht zu. Der Schimmel schlägt aus den Wänden, weil sie draußen liegen. Vielleicht machen wir es noch so, wie bei dem Gebäude am Domesee und behängen die Wände mit Verblendsteinen. Wenn es nötig ist, etwas antworten zu müssen, so darf uns daran der Umstand nicht hindern, daß sich die Anlage nicht so verzinst, wie wir es wünschen. Der jetzige Wirt gibt sich alle Mühe, sich aufrecht zu halten, und das liegt auch im allgemeinen Interesse der Stadt. Ich möchte schließlich noch darauf hinweisen, daß die Waschklosetanlage im Keller ein Fehler ist, weil gerade daher der Brodem kommt; es wäre wünschenswert, das Waschhaus ganz aus dem Gebäude hinaus und nach den Außenklosetts zu verlegen, dann läge der Trockenraum dicht dabei. Die Sache wäre nicht so schlimm: ein Schornstein ist vorhanden, der Kessel wird dort eingemauert und die Einrichtung ist fertig.

Auch diese Nachbewilligung wird von der Versammlung beschlossen.

VIII. Neubefestigung eines Teiles der Koffstraße.

Aus Anlaß eines Antrages der Firma Amme, Giesecke & Bonegen auf Pflasterung der Koffstraße zwischen der vormalig projektierten Straße 300 und

der Landeseisenbahn hat die städtische Bauverwaltung berichtet, daß entgegen der bei Bearbeitung des Stats gehegten Annahme dieser Teil der Roßstraße in- zwischen durch Witterungs- und Verkehrseinflüsse so abgenutzt sei, daß seine Instandsetzung erforderlich erscheine. Die städtische Bauverwaltung schlägt vor, die Mittel dafür in der Weise zu beschaffen, daß von der durch den Stat in Aus- sicht genommenen Pflasterung der Gerstäderstraße am Leonhardplage entlang und der Kastanienallee zwischen Helmstedterstraße und Altemwiefing für das laufende Jahr Abstand genommen werde und die so gewonnenen Ersparnisse für die Roßstraße zur Verfügung gestellt werden. Es empfehle sich dies um so mehr, als auf der Kastanienallee infolge Kanalisierung noch Sachungen zu er- warten seien. In Anerkennung der von der städtischen Bauverwaltung ange- führten Gründe ersucht der Magistrat die Versammlung, die Neubefestigung der betreffenden Strecke der Roßstraße gutzuheißen und sich ferner damit einver- standen zu erklären, daß der nördlichste, etwa $\frac{1}{4}$ betragende Teil der zu be- festigenden Strecke nicht mit Kleinpflaster, sondern mit Teermakadam versehen wird. Letztere Befestigungsart hat sich auswärts sehr gut bewährt, kostet etwa den gleichen Betrag wie Kleinpflaster und bietet den Vorteil einer geringen Ge- räusch- und Staubentwicklung.

Herr Fricke: Die Baukommission empfiehlt die Genehmigung der Vorlage.

Herr Möhle: Die betreffende Strecke der Kastanienallee befindet sich in- folge der Kanalleitung in einem so schlechten Zustande, daß sie unmöglich noch ein Jahr so liegen bleiben kann; ich möchte deshalb bitten, den früher gefaßten Beschluß auf Instandsetzung der Kastanienallee aufrecht zu halten.

Herr Oberbürgermeister Nettemeyer: Wenn Sie wünschen, sind wir selbstverständlich in der Lage, außer der Roßstraße auch noch die Kastanienallee zu pflastern, aber ich muß ganz offen gestehen, wenn die städtische Bauverwal- tung dagegen technische Bedenken äußert, so tut man doch wohl besser, mit der Arbeit noch ein Jahr zu warten. Vielleicht kann die Strecke aber trotzdem ordnungsmäßig instand gesetzt werden, während die Pflasterung für nächstes Jahr in Aussicht genommen wird.

Herr Möhle: Unter dieser Voraussetzung habe ich nichts dagegen, wenn mit der Pflasterung noch ein Jahr gewartet wird. In dem gegenwärtigen Zu- stande kann aber die Straße unmöglich noch ein Jahr liegen bleiben.

Die Magistratsvorlage wird hierauf genehmigt.

— Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Wolters, übernimmt den Vorsitz. —

IX. Erwerb von Flächen zum Ausbau der Glückstraße usw.

Zur Ausführung des von den städtischen Behörden genehmigten Projektes über den Ausbau der Glückstraße zwischen Hildesheimer- und Rudolfstraße ist der stadtseitige Erwerb von acht insgesamt 16 a haltenden Flächen erforderlich. Da die Eigentümer mit einer Ausnahme bereit waren, die Flächen zu dem von der städtischen Bauverwaltung in den Kostenanschlag eingesehten Preise von 12 Mark für 1 qm zu verkaufen, so ist mit ihnen ein entsprechender Kaufvertrag abgeschlossen worden. Die Versammlung wird erjucht, diesen Ankauf zu genehmigen und die zu 17 862 Mark berechneten Mittel zu verwilligen.

Die eine dieser Flächen im Umfange von 1,83 a ist in den Vertrag nur zur ideellen Hälfte eingeschlossen, der Erwerb der anderen im Grundbuche auf den Namen des verstorbenen Maurermeisters Stege eingetragenen Hälfte war nicht möglich, weil die Stege'schen Erben die Erbschaft ausgeschlagen haben und sich zu einer freihändigen Veräußerung des zum Nachlasse gehörigen Grundeigentums nicht befugt halten. Es wird empfohlen, wegen des Stege'schen Anteils an dieser Fläche das Zwangsenteignungsverfahren einzuleiten.

Auf Befürwortung der Baukommission, für die Herr Meyerhoff berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

X. Abfindung von Pächtern am Bienröderwege usw.

Die Stadt ist in die Pachtverträge über die zur Verbreiterung des Bienröderweges bislang angekauften Flächen eingetreten und hat, wenn sie die Flächen vor Ablauf der Pachtzeit nutzen will, die Pächter zu entschädigen. Für die vom Kloster- und Studienfonds erworbenen Flächen läuft die Pachtzeit im allgemeinen bis zum 1. Oktober 1910, für die ehemals dem Waisenhause gehörigen Flächen bis zum 30. September 1919. Um die provisorische Instandsetzung des Weges, vor allem aber die an demselben projektierte Baumpflanzung alsbald ausführen zu können, erscheint dem Magistrate die Abfindung der Pächter erwünscht. Letztere fordern für Freigabe der bis zum 1. Oktober 1910 verpachteten Ländereien in Größe von 45,34 a eine Entschädigung von 100 Mark für den Morgen und für die 38,16 a enthaltende, bis 30. September 1919 verpachtete ehemalige Waisenhausländerei eine Entschädigung von zusammen 330 Mark. Obwohl der Magistrat die Abfindungssumme der ersten Pächter für ziemlich hoch hält, so gibt er doch deren Bewilligung mit Rücksicht auf die Geringfügigkeit der Summe und auch darauf, daß die alsbaldige Instandsetzung des Weges im Interesse der Einwohnerschaft liegt, anheim. Es wird deshalb beantragt, sich damit einverstanden zu erklären, daß für die Freigabe der be-

zeichneten Fläche aus dem Pachtverbande eine Abfindung von insgesamt 511,36 Mark gezahlt werde.

Außer den bereits angekauften Flächen und Teilflächen des Bahnkörpers der Braunschweig-Schöninger Bahn sind dem Vieröderwege auf der Ost- und der Westseite noch verschiedene Flächen zuzulegen. Dem Erwerbe der auf der Ostseite gelegenen Flächen jetzt näherzutreten, empfiehlt sich nicht, weil ein Teil davon bebaut ist und ihr Ankauf deshalb unverhältnismäßig hohe Kosten verursachen würde. Sie können auch einstweilen entbehrt werden, weil der Weg ohne sie schon eine Breite von 20 m erhalten wird. Wegen Ankaufs der westlichen Flächen ist der Magistrat jedoch mit den Eigentümern, nämlich dem Fabrikanten Joehring und dem Bäckermeister Beck, insofern nicht übereingekommen, als beide Eigentümer einen den Wert der Flächen übersteigenden Preis, nämlich 6 Mark für 1 qm, fordern. Die Versammlung wird ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß wegen stadtseitigen Erwerbs dieser Flächen das Zwangsenteignungsverfahren eingeleitet werde.

Herr *Frick*: Auf Anregung des Herrn Oberbürgermeisters ist die Herzogliche Kammer inzwischen auch noch mit dem Pächter der teilweise zu erwerbenden Sandgrube, Herrn *Elke*, in Verbindung getreten, der sich bereit erklärt hat, den Terrainsstreifen gegen eine Entschädigung von 250 Mark, die als angemessen erachtet wird, abzutreten. Die Baukommission empfiehlt, die Vorlage gutzuheißen und auch die Summe von 250 Mark als Entschädigung für Herrn *Elke* zu bewilligen.

Herr *Weichel*: Ich glaube nicht zu irren, daß das fragliche Terrain erst zum Preise von 5000 Mark für den Morgen gekauft ist. Dem gegenüber ist ein Preis von 6 Mark pro qm zu hoch. Trotzdem weiß ich nicht, ob wir bei der Expropriation besser fahren werden und ob es nicht vorzuziehen ist, lieber auf den Preis von 6 Mark einzugehen, als auch noch die Kosten der Expropriation zu übernehmen.

Herr Oberbürgermeister *Netemeyer*: Der letztere Einwand trifft nicht zu, weil die Expropriation bekanntlich abgesehen von den Schätzungskosten unentgeltlich geschieht. Im übrigen erkenne ich an, daß die Stadtverordneten ebenso gut wie der Magistrat wissen müssen, welche Preise in jener Gegend angemessen sind. Uns hat der Umstand bestimmt, die Expropriation in Antrag zu bringen, daß wir die unmittelbar an dieses Grundstück grenzenden Flächen für 2800 Mark den Morgen gekauft haben. Wenn wir nun bei dem Grundstück jenseits der Bahn etwa 1 Mark für 1 qm bezahlt haben und sollen hier 6 Mark zahlen, so will uns das nicht richtig erscheinen. Wenn die Herren aber anderer Ansicht sind, so werden wir uns fügen.

Herr Lü b f e: Ich möchte mich der Ansicht des Herrn Weichsel anschließen. Mit den betreffenden Grundstücken ist dadurch eine große Veränderung vorgenommen, daß wir beschlossen haben, den Zugangsweg auszubauen. Infolgedessen haben die Anlieger das Recht, für ihre Grundstücke höhere Entschädigungen zu fordern. Die Grundstücke sind dadurch in ihrem Werte erhöht.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Ich muß darauf aufmerksam machen, daß der Expropriat sich die durch eine Expropriation hervorgerufene Werterhöhung nicht anrechnen darf; es ist also gerade das Gegenteil von dem richtig, was Herr Lü b f e meint. Es kann niemand sagen, weil der Magistrat den Weg ausbauen will, verlange ich einen so viel höheren Preis für die abzutretende Fläche. Wenn das richtig wäre, könnten wir nur aufhören zu expropriieren.

Die Magistratsvorlage findet darauf die Genehmigung der Versammlung.

— Der Vorsitzende, Herr S a u s w a l d t, übernimmt den Vorsitz wieder. —

XI. Erwerb von Flächen an der Friesenstraße.

Der bischöfliche Stuhl in Hildesheim hat die an der Friesenstraße gelegenen Grundstücke Nr. ass. 2209 bis 2213 I angekauft, um sie nach Niederlegung der darauf befindlichen Gebäude neu zu bebauen. Die inzwischen fast durchgeführte Neubebauung der Grundstücke hat dem Eigentümer Anlaß gegeben, die Stadt zur Abnahme derjenigen Teilflächen der Grundstücke aufzufordern, die nach dem Ortsbauplane der Friesenstraße zugelegt werden sollen. Diese Flächen haben eine Größe von 39,9 qm. Da der Magistrat das Verlangen auf Abnahme der Flächen für gerechtfertigt halten mußte, so hat er sie zu dem für angemessen erachteten Preise von 45 Mark für 1 qm angekauft und ersucht, den Erwerb unter Verwilligung des Kaufpreises zu genehmigen.

Die Baukommission hält diesen Preis ebenfalls für angemessen und läßt die Genehmigung der Vorlage durch Herrn M e y e r h o f f befürworten.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

XII. An- und Verkauf von Flächen an der Hildesheimerstraße.

Der gegen Ende 1908 von den städtischen Behörden beschlossene Ausbau der Hildesheimerstraße zwischen Rudolfsplatz und Landesbahn hat sich bislang dadurch verzögert, daß einige Anlieger der Strecke gegen das Projekt und die Kostenverteilungsberechnung zunächst Einsprache und dann Klage bei Herzoglichem Verwaltungsgerichtshofe erhoben hatten, sodann aber auch dadurch, daß es anfangs nicht gelingen wollte, wegen Ankaufs der der Straße zuzulegenden und Verkaufs der von dem jetzigen Straßengebiet abzutretenden Flächen mit

den in Betracht kommenden Grundstückseigentümern einig zu werden. Nachdem jedoch die Klage abgewiesen war, hat der Magistrat auch wegen des Preises für die Grundflächen eine Verständigung erzielt und zwar auf folgender Grundlage: Es sollen stadtseitig gezahlt werden: 5 Mark pro qm für die vom Schölkegraben abzutretenden 7 qm großen Flächen; 10 Mark pro qm für die vom Körper der Landeseisenbahn abzutretenden Flächen von 21 qm und für die dem Kommerzienrat Gutkind gehörigen 86 qm großen Flächen; 14 Mark pro qm für die übrigen zur Verbreiterung der Straße zu erwerbenden 1,61 a großen Flächen.

Für die nach Ausbau der Straße in Verkehr zu setzenden, an die Anlieger abzutretenden Flächen des jetzigen Straßenterrains sollen gezahlt werden: 8 Mark pro qm für die von dem Kaufmann H. Bracke zu übernehmende Fläche von 19 qm, ferner für eine zu 21 qm vermessene Fläche von dem Kaufmann Gustav Bruer mit Ausnahme einer Teilfläche von 4 qm, für die 14 Mark pro qm gezahlt werden; 2,50 Mark pro qm für eine 4 qm haltende Fläche der Feldmarksgemeinde Neupetritor; 14 Mark pro qm für eine 5 qm große Fläche von dem Kommerzienrat Gutkind.

Von der Angemessenheit der gesamten Preise überzeugt, hat der Magistrat die betreffenden Kaufverträge abgeschlossen. Bei Vorlegung derselben wird die Versammlung ersucht, unter Genehmigung der Verträge die von der Stadt zu zahlenden Kaufgelder zu bewilligen.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr R i e f e berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

XIII. *Fahrbahnbefestigung einer Strecke der Adolfsstraße.*

Der untere Teil der Adolfsstraße zwischen Willier- und Campestraße soll auf seiner Fahrbahn neu befestigt werden. Nach der Ansicht der städtischen Bauverwaltung empfiehlt es sich, an Stelle des ursprünglich vorgesehenen Kleinpflasters Teermafadam zu wählen. Vom Magistrate wird anheimgegeben, der Ausführung dieser Straßenbefestigung zuzustimmen. Die Kosten sind bereits durch den Etat bewilligt.

Nach Befürwortung durch die Baukommission, für die Herr R o c h berichtet, wird die Vorlage gutgeheißen.

XIV. *Beleuchtung des Friedrich-Wilhelmsplatzes.*

Der in der Sitzung vom 12. November 1908 genehmigten Vorlage, betreffend die Einrichtung einer Preßgasbeleuchtung auf dem Straßenzuge Friedrich-Wilhelmsplatz—Hagenmarkt war auch ein Plan über Aufstellung von Rande-

labern auf dem Friedrich-Wilhelmsplatze beigesügt. Inzwischen ist beschlossen worden, die früher geplanten Rettungsiseln auf dem genannten Platze nicht herzurichten, weil durch sie der Verkehr leicht gestört werden kann. Aus diesem Grunde können auch die Laternenkandelaber nicht so aufgestellt werden, wie auf dem früheren Plane angegeben war. Im Einvernehmen mit der Deputation zur Verwaltung der Licht- und Wasserwerke wird daher empfohlen, sieben Kandelaberlaternen nach dem vorgelegten Plane aufzustellen. Der Magistrat gibt anheim, der Aufstellung der Kandelaber auf dem Friedrich-Wilhelmsplatze in der vorgedachten Weise zuzustimmen.

Nach dem genehmigten Projekte sollten 26 Stück tausendkerzige und 17 Stück fünfhundertkerzige Lampen aufgestellt werden. Da indessen die fünfhundertkerzigen Lampen als Handelsware nicht zu haben sind, mithin erst hergestellt werden müßten, so empfiehlt die Deputation, sämtliche 43 Lampen als tausendkerzige mit je 2 Flammen, von denen eine abends um 11 Uhr gelöscht werden soll, einzurichten. Die durch diese Aenderung erwachsenden Mehrkosten betragen jährlich 1785 Mark. Es wird empfohlen, auch dieser Aenderung zuzustimmen.

Namens der Finanzkommission berichtet über diese Vorlage Herr L e u e: Die Finanzkommission ist nach eingehender Beschäftigung mit der Vorlage zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Vorschläge des Magistrates zweckmäßig sind und zur Annahme empfohlen werden können. Eine Vermehrung an Laternen tritt hierdurch gegen den früheren Plan nicht ein. In der Kommission ist auch zur Sprache gebracht worden, daß die Laterne an der Ecke des Kalentwalles be- lassen werden möchte. Nach den vom Magistrate gewordenen Mittheilungen soll die dort vorhandene Laterne stehen bleiben, jedoch keine Preßgasbeleuchtung erhalten.

Bezüglich des Antrages auf Verwendung von nur tausendkerzigen Lampen wurden allerdings in der Kommission Bedenken dagegen geäußert, die Beleuchtung der betreffenden Straßen noch intensiver herzustellen, als ursprünglich in Aussicht genommen war und damit auch die höheren Kosten zu bewilligen, jedoch wurde beschlossen, der Vorlage dennoch zuzustimmen, wenngleich Stimmen laut wurden, die meinten, es wäre hier vielleicht des guten zu viel geschehen.

Herr L ö s i g f: Ich möchte beantragen, an die Ecke des Kalentwalles eine große Laterne zu stellen, weil die jetzige nicht genügend leuchtet.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e n e r: Ich habe über diese Frage nochmals mit Herrn Direktor von Feilich gesprochen, der mir sagte, wenn wir die tausendkerzige Preßgaslaterne, die mitten vor der Bahnhofsuhr zu stehen kommt, haben und an der Ecke schon wieder eine solche Laterne haben, so ist das

ein bißchen reichlich. Es ist deshalb wohl angezeigt, erst einmal zu warten, ob die Beleuchtung nicht auch ohne diese Laterne genügend sein wird. In der Kommission wurde angenommen, daß die jetzt dort stehende Laterne beseitigt werden sollte; das ist aber nicht der Fall, diese Laterne soll bleiben. Herrn Löschig möchte ich anheimgen, erst einmal abzuwarten, ob die Beleuchtung nicht genügend sein wird. Sollte sie wirklich nicht ausreichen, so ist es eine Kleinigkeit, hinterher das Preßgasrohr noch nach der Löschig'schen Laterne hinzulegen.

Herr Buchler: Ich möchte die Anregung des Herrn Löschig unterstützen, da an jener Stelle eine gute Beleuchtung dringend nötig ist. Es vollzieht sich hier ein äußerst lebhafter Verkehr von und nach dem Bahnhofe, wozu dann noch ein lebhafter Straßenbahnbetrieb kommt, so daß gerade diese Stelle gut beleuchtet werden muß. Nach den Worten des Herrn Oberbürgermeisters kann man allerdings immerhin abwarten, wie sich die Beleuchtung nach dem Plane des Magistrates machen wird und eine weitere Besserung, wenn nötig, später einführen.

Herr Löschig: Mein Wunsch ging aus dem Bestreben hervor, hier ebenfalls eine neue Laterne zu erhalten, nachdem auf der anderen Seite nach der Brücke zu eine solche zu stehen kommen soll. Wenn indessen in Aussicht gestellt wird, bei Bedarf noch später eine neue Laterne dort aufzustellen, so will ich heute von der Stellung eines Antrages absehen.

Herr Meyerhoff: In der Deputation sind die Vorschläge des Herrn von Feilitzsch genau erwogen, und wir haben uns ihm darauf angeschlossen. Wer die Preßgasbeleuchtung in der Potsdamerstraße zu Berlin gesehen hat, wird mir bestätigen, daß sie weit über die elektrische Beleuchtung hinausgeht, noch dazu aber hier, wo wir überall tausendkerzige Lampen nehmen. Der Friedrich-Wilhelmsplatz wird nach Durchführung der Maßnahme noch einmal so hell beleuchtet sein, wie heute, so daß die Bedenken des Herrn Löschig unbegründet sind.

Die Vorlage wird darauf genehmigt.

XV. Abkommen wegen Herausgabe einer Kaution.

Mit dem inzwischen verstorbenen Kaufmann Hermann Witte ist am 18. September 1897 wegen Ausbaues der verlängerten Petristraße ein notarieller Vertrag abgeschlossen worden. Nach § 4 dieses Vertrages sollte Witte nach Fertigstellung der Straße die Kosten ihrer Unterhaltung und Reinigung und ebenso die Kosten der Abfuhr des Hauskehrichts so lange tragen, bis eine über das gewöhnliche Maß hinausgehende Abnutzung der Fahrbahn durch die Anfuhr von Baumaterial für die an der Straße zu erbauenden Gebäude nicht mehr zu besorgen sei, mindestens aber noch fünf Jahre nach Fertigstellung der

Straße. Obwohl die Grundstücke an der Südseite der Straße bis jetzt noch unbebaut sind und bei Lage der Umstände auch auf ihre baldige Bebauung nicht zu rechnen ist, so hat der Magistrat es doch für billig erachtet, gegen Zahlung einer Abfindungssumme von 1500 Mark in die Freigabe der Kautions zu willigen, und gibt anheim, diesem Abkommen zuzustimmen.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr R i e k e berichtet, wird dem Antrage zugestimmt.

XVI. Anbringung einer Steinbank auf der Kaiser-Wilhelmstraße.

Es ist schon früher beschlossen worden, auf der Kreuzung Kaiser-Wilhelmstraße—Hagenring einen Randalaber mit vier zweiflammigen Hängelichtlampen aufzustellen. Vom Magistrate wird für zweckmäßig gehalten, den Sockel dieses Randalabers an seinem Fuße mit einer Sitzgelegenheit zu versehen, die aus geschliffenem Beton ohne Holzbelag zu fertigen wäre und in Form einer runden Bank den Sockel umgeben würde. Es wird anheimgegeben, zu genehmigen, daß zu dem Zwecke außer den früher bewilligten 1260 Mark weitere 450 Mark angewendet werden.

Herr W o l t e r s empfiehlt namens der Baukommission die Genehmigung der Vorlage und die Versammlung beschließt demgemäß.

XVII. Wiederherstellung des Schornsteinkopfes auf dem alten Wasserturme.

In der Sitzung vom 28. November 1907 hatte die Verwaltungsdeputation der Licht- und Wasserwerke die Abtragung der Schornsteinsäule des alten Wasserturmes angeordnet, weil sie abgängig und gefährdend war. Auf Anregung des Ausschusses für Denkmalpflege im Herzogtum Braunschweig gibt der Magistrat anheim, zu genehmigen, daß der Schornsteinkopf so, wie er früher war, unter Aufwendung von 850 Mark, wiederhergestellt werde, da anerkannt werden müsse, daß das Aussehen des weithin sichtbaren Turmes durch die Anbringung des jetzt vorhandenen, zwar billigen, aber auch nüchternen Kopfstückes gelitten hat.

Auch dieser Antrag findet die Genehmigung der Versammlung, nachdem er von Herrn M e y e r h o f f namens der Baukommission zur Annahme befürwortet war.

XVIII. Herrichtung einer Badegelegenheit im Rathause.

Auf Anregung des Vorstandes der Ortsgruppe Braunschweig des Verbandes Braunschweigischer Gemeindebeamten ersucht der Magistrat, der Ausführung einer Badeanlage im Rathause zuzustimmen und dazu die Summe von

1450 Mark zu bewilligen. Nach der Ansicht der städtischen Bauverwaltung würde die Badegelegenheit durch Inanspruchnahme eines Teiles des Kohlenlager- raumes, und zwar des an seinem südlichen Ende gelegenen Gewölbejoches, ge- schaffen werden können. Die Warmwasserbereitungsanlage ist vorhanden; sie liegt im Kesselhause und würde durch Rohrleitungen mit der Badeanlage in Ver- bindung zu setzen sein.

Die Baukommission läßt die Vorlage durch Herrn F r i e zur Annahme empfehlen, und die Versammlung beschließt deren Genehmigung.

XIX. Aufnahme eines Prozesses wegen Entschädigung.

Der Kaufmann Wilhelm Schulz hat gegen die Stadtgemeinde eine Klage erhoben. Es handelt sich dabei um folgende Sache: Der Kaufmann Schulz, Wilhelmitormall 31, hatte den Bau einer Kaffeegroßrösterei auf dem Grund- stück Gieseler 6 in Aussicht genommen, wurde aber vom Stadtbauamt auf Grund des § 44 des Ortsbaustatuts abschlägig beschieden, weil das Grundstück innerhalb der durch den § 44 geschützten Flächen liege und die Anlage durch Ver- breitung schädlicher Dünste usw. Nachteile und Belästigungen für die Bewohner benachbarter Grundstücke herbeiführen könne. Herr Schulz hat hiergegen Be- schwerde erhoben, und der angefochtene Bescheid ist durch Entscheidung Herzog- licher Kreisdirektion vom 4. September 1908 aufgehoben worden. Herr Schulz hat indessen die Anlage Gieseler 6 völlig aufgegeben und einen erneuten Bau- antrag wegen des Grundstücks Wilhelmitormall 31 beim Stadtbauamt gestellt. Nunmehr hat das Stadtbauamt den Bau genehmigt. Gegen diesen Bescheid er- hob der Oberlandesgerichtsrat Meine Beschwerde, weil das Stadtbauamt nicht als befugt angesehen werden könne, seinen früher den Bau Wilhelmitormall 31 ablehnenden und unanfechtbar gewordenen Bescheid ohne weiteres umzustößen, weil ferner die Nachbarn nicht gehört seien und weil die Anlage die Gefahr der Belästigung durch schädliche Dünste, starken Rauch und übermäßiges Geräusch mit sich bringe. Diese Beschwerde ist durch die Kreisdirektion zurückgewiesen worden. Gegen die getroffene Entscheidung hat der Oberlandesgerichtsrat Meine am 26. Oktober 1908 die Verwaltungsklage erhoben. Dieser Klage ist durch Urteil vom 17. Februar 1909 stattgegeben, und das Stadtbauamt hat auf An- weisung der Herzoglichen Kreisdirektion Beseitigung der Anlage verlangt. Der Kläger hat daher seine Kaffeerösterei auf einem anderen Grundstück neu ein- richten müssen und verlangt nun Entschädigung für die ihm auf dem Grund- stück Wilhelmitormall 31 entstandenen Kosten im Betrage von 4150 Mark.

Die Versammlung wird um Erteilung der Genehmigung zur Aufnahme des Prozesses ersucht.

Herr Aßmann: Namens der Statutenkommission gebe ich anheim, der Aufnahme der Klage stattzugeben. Die Statutenkommission war der Meinung, daß, wenn es sich um eine Schadenersatzpflicht handelte, nicht die Stadt, sondern die Herzogliche Kreisdirektion diese zu übernehmen habe. Das Stadtbauamt konnte in dem vorliegenden Falle nicht anders handeln, als geschehen ist.

Herr Oberbürgermeister Köttemeyer: Ich möchte die Gelegenheit benutzen, dem Referate noch einige Worte hinzuzufügen. So wenig auch Herr Schulz als im Rechte angesehen werden kann, wenn er die Stadt deshalb verklagen will, weil sein Bauantrag von dem Stadtbauamte genehmigt worden ist, so muß man dabei doch eins anerkennen: Es ist ein etwas ungemüthlicher Zustand, wenn die zuständige Baubehörde einen Bau genehmigt hat, daß dann ohne weiteres ein Nachbar kommen und dem Bauherrn im Wege der Verwaltungs-Rechtspflege den Bau sistieren lassen kann. Darauf läuft nämlich hier die Sache hinaus, wie allgemein anerkannt wird. Wenn jemand durch eine Einrichtung auf seinem Grundstücke geschädigt wird, so kann er allerdings zivilrechtlich gegen den betreffenden Nachbar vorgehen und auf Beseitigung der ihm erwachsenen Nachteile klagen; auffallend ist dagegen, daß der Verwaltungsgerichtshof beziehungsweise die Herzogliche Kreisdirektion dem Antrage eines Anliegers entsprechend den Bau aus der Welt schafft, also sistiert, weil ein Nachbar eine Schädigung seiner Interessen fürchtet. Die Schuld liegt meiner Ansicht nach im Gesetze insofern, als die Bauordnung den einzelnen benachbarten Anlieger für berechtigt erklärt hat, Einsprüche gegen die Ausführung von Bauwerken zu erheben und zwar mit der Folge, daß die Beschwerde des Anliegers den Bescheid des Stadtbauamts beseitigen kann.

Nun läßt sich darüber streiten, ob ein solches Verfahren an sich nicht sehr gut ist. Ich möchte sagen, an sich ist das Verfahren gut, weil, wenn der Nachbar schon bevor der Bau in Gang gebracht wird, die Möglichkeit besitzt, den Bau sistieren zu lassen, dadurch hinterher oft sehr weilkäufige und unangenehme Schwierigkeiten beseitigt werden. Das Gesetz leidet aber an einem Mangel, daß es nämlich nicht genügend ausgebaut ist in der Beziehung, wie der Nachbar zur Kenntnis des Bauvorhabens kommt. In dieser Beziehung sagt das Gesetz nur, daß das Stadtbauamt die benachbarten Anlieger benachrichtigen soll, soweit es für nötig gehalten wird. Das ist in den Fällen, wo es sich nicht um einzelne Nachbarn handelt, sondern um eine größere Menge von Nachbarn, sehr schwierig, zumal in einem Umkreise von 75 m lästige Anlagen nicht zugelassen werden sollen. Wie soll es das Stadtbauamt machen, wenn es die Nachbarn hören will? Soll es alle Anlieger aus dem Umkreise von 75 m befragen? Aber auch das würde noch nicht unter allen Umständen die maßgebende Grenze sein,

denn es könnte sich möglicherweise die Entschädigungspflicht noch weiter erstrecken, und deshalb ist es ungewiß, wie das Stadtbauamt vorgehen soll. Man hat nun überlegt, ob sich nicht ein anderes Verfahren empfehle, weil das eben erwähnte Verfahren insofern besonders bedenklich ist, als hinterher, nachdem der Bau genehmigt worden ist, immer noch jemand auftreten und sagen kann, ich protestiere dagegen. Allerdings sagt das Gesetz, wenn der Bau endgültig genehmigt ist, kann niemand mehr Einsprache erheben. Der Anlieger kann aber gar nicht beurteilen, wann die Frist abgelaufen ist, innerhalb der jemand Einsprache zu erheben vermag. Wir haben im Statut die Frage nicht regeln können, weil die Bauordnung in dieser Beziehung für eine statutarische Vorschrift keinen Raum bietet. Richtiger würde es wohl gewesen sein, ein Verfahren Platz greifen zu lassen, etwa in der Weise, daß man sagt, wer einen Bau ausführen will, muß mit dessen Ausführung bis dahin warten, daß eine Frist abgelaufen ist, die durch öffentliche Bekanntmachung mitgeteilt wird, daß also alle Bauanträge veröffentlicht werden. Eine gewisse Belästigung liegt darin auch, aber es ist entschieden hart für jemand, der keine Ahnung hat, daß noch hinterher eine Einsprache erfolgt, und der darauf losbaut. Wenn man bei den heutigen Bestimmungen vorsichtig sein will, so bleibt nichts anderes übrig, als, nachdem man den genehmigenden Bescheid bekommen hat, nochmals nach Ablauf der 14tägigen Frist beim Stadtbauamte anzufragen, ob noch eine Einsprache erhoben worden ist. Das hat Herr Schulz nicht getan. Man wird abwarten müssen, wie der Prozeß ausfällt, und wird dann überlegen müssen, ob man nicht einen Antrag stellt auf Ergänzung der Landesbauordnung dahingehend, daß das Verfahren etwas weiter ausgebaut werde, denn jetzt ist das Verfahren sehr mangelhaft.

Herr Möhle: Der Fall ist außerordentlich interessant. Ich möchte fragen: War das Stadtbauamt gezwungen, sich dem Bescheide der Herzoglichen Kreisdirektion zu fügen und wäre es nicht möglich gewesen, daß das Stadtbauamt beim abschlägigen Bescheide stehen geblieben wäre und es auf eine Klage hätte ankommen lassen? Vielleicht wäre dadurch die ganze Unannehmlichkeit beseitigt gewesen.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Die Anfrage des Herrn Möhle möchte ich dahin beantworten, daß das Stadtbauamt in der einen Sache an die aufhebende Verfügung der Herzoglichen Kreisdirektion gebunden war. Hier handelt es sich aber um eine zweite Sache, in der es sagen konnte, wir bleiben bei unserer Ansicht. Wenn man indessen eine vorgesetzte Behörde hat, so tut man das im allgemeinen nicht, sondern man sagt sich, die Behörde steht höher und muß es besser wissen. Nun kam allerdings in diesem Falle eine noch höhere Instanz in Frage, und die hat es am allerbesten gewußt. (Seiterkeit.) Herr

Schulz ist insofern übrigens nicht vorsichtig gewesen, als er vorher gewußt hat, daß der Anlieger Meine entschiedenen Einsprache gegen den Bau erheben würde und er deshalb um so mehr Veranlassung gehabt hätte, zu warten, ob nicht eine Einsprache fristgerecht erfolgen würde.

Die Aufnahme des Prozesses wird sodann genehmigt.

Nachdem der Herr Vorsitzende noch mitgeteilt hatte, daß der Bericht über die Tätigkeit der Schulärzte von dem Herrn Dr. von Holwede eingegangen sei und dieser Bericht nach seinerervielfältigung den Mitgliedern der Versammlung zugestellt würde,

wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis gegen 7 Uhr.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 30. September 1909.

Tagesordnung:

I. Gaslieferung an den hiesigen Verein für Luftschiffahrt	Seite 270
II. Aptierung von Nieselgutsländerei	" 271
III. Aufhebung eines Teiles der alten Blumenstraße	" 271
IV. Erwerb einer Fläche an der Gliesmaroderstraße	" 272
V. Aenderung der Bedingungen für die Abgabe von Gas	" 272
VI. Versorgung der Gemeinde Gliesmarode mit Gas	" 300
VII. Zuschuß für den Verkehrsverein	" 302
VIII. Aenderungen an der Gehaltsordnung der Bürgerschullehrkräfte	" 305
IX. Desgl. an der Ordnung der gehobenen Mädchenschulen	" 310
X. Erklärung des Bienröder Weges zur Ortsstraße	" 311
XI. Umbau der hiesigen Staatsbahnhöfe	" 311

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Netemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg, Wagner, Lorb, Fiedel und Schöttler.

Die Mitglieder der Versammlung sind vollständig erschienen.

Den Vorsitz führt Herr Hauswaldt.

Vorsitzender: Ich eröffne die Sitzung. — Zunächst habe ich der geehrten Versammlung mitzuteilen, daß an Stelle des verstorbenen Stadtverordneten Herrn Helmold von der zweiten Wahlklasse des vierten Wahlbezirks bis Ende März 1913 der Lehrer Gustav Frede gewählt worden ist. Ich heiße Herrn Frede hier willkommen und wünsche ihm Segen zu seiner Arbeit.

Eingegangen sind:

1. ein Schreiben des Vorstandes der Klempner- und Installateur-Innung, in dem ersucht wird, die Vorlage wegen Aenderung der Bedingungen für die Abgabe von Gas vorläufig noch zurückzustellen;
2. eine Eingabe einer Reihe von Firmen in betreff der Bahnhofsfraße. Es wird darin ersucht, das Projekt eines Kopfbahnhofes zu genehmigen.

Beide Schreiben, die auch den Mitgliedern der Versammlung zugegangen sind, werden auf dem Tische des Hauses niedergelegt. —

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort Herr Löschigk: Sie wissen, m. H., daß die gestrigen Kommissionsverhandlungen in Sachen der Bahnhofsfraße, wie der Herr Vorsitzende ausdrücklich hervorgehoben hat, v e r t r a u l i c h e r Art waren. Wenn man nun trotzdem heute morgen alles brühwarm in der „Braunschweigischen Landeszeitung“ vorfindet, so muß man sich sehr wundern. Dazu kommt, daß die Hälfte des Berichtes richtig und die andere Hälfte unrichtig war. Aus diesem Grunde wäre es vielleicht angebracht, die Presse zu den Kommissionsitzungen zuzuziehen, um dann wenigstens einen zutreffenden Bericht zu erhalten. Ich möchte diese Frage angeregt haben. Unter den jetzigen Verhältnissen kommt leicht jemand in den Verdacht, aus den vertraulichen Verhandlungen der Presse etwas mitgeteilt zu haben. Als ich heute morgen jemandem eine Auskunft darüber verweigerte, erwiderte er mir: es steht doch aber schon in der „Landeszeitung“. Da ich die Zeitung nicht lese, so hat er mir die Nummer zugesandt, und ich mußte mich überzeugen, daß alles drin stand, wenn auch nicht ganz zutreffend.

Vorsitzender: Diese Sache ist hier schon öfter behandelt. Da deren Verfolgung sich unserer Jurisdiktion entzieht, so können wir nichts dagegen machen, wenn jemand die Vertraulichkeit bricht, wir besitzen keine Mittel, um das zu verhindern.

Nunmehr wird in die Tagesordnung eingetreten.

1. Gaslieferung an den hiesigen Verein für Luftschiffahrt.

Dem Antrage des Magistrates, sich mit der unentgeltlichen Gaslieferung für eine vom Vorstande des Braunschweigischen Vereins für Luftschiffahrt am

2. Oktober d. Js. zu wissenschaftlichen Zwecken geplante Ballonfahrt einverstanden zu erklären,

stimmt die Versammlung auf Antrag des Herrn L ö s c h i g t, der für die Finanzkommission berichtet, zu. Die Kosten betragen etwa 160 Mark.

II. Aptierung von Kieselgutsländerei.

Die Kieselgut-Deputation hat empfohlen, die kürzlich angekaufte Länderei an der Westseite der Cellerstraße und ebenso das angrenzende „Neue Land“ zur Verieselung einzurichten. Zu dem Zwecke würden die Flächen dräniert und aptiert, auch mit den erforderlichen Wegeanlagen versehen werden müssen. Der Magistrat hält diese Maßnahme für zweckdienlich. Von den zu 16 000 Mark veranschlagten Kosten würden vorläufig nur 13 000 Mark aufzuwenden sein, weil die Deputation die auf einem Plane vorhandene und noch brauchbare Spargelanlage bis auf weiteres beibehalten will. Der Versammlung wird anheimgegeben, der Ausführung der Anlage zuzustimmen und die Summe von 13 000 Mark zu verwilligen, sich auch mit dem Abschlusse eines Vertrages zwischen dem Magistrate und der Landesbauinspektion Hannover wegen Anlage einer Anschlußleitung an das Druckrohr der städtischen Abwässerleitung quer durch die Chaussee einverstanden zu erklären.

Auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr L ö s c h i g t berichtet, wird die Vorlage genehmigt.

III. Aufhebung eines Teiles der alten Blumenstraße.

Durch die Schaffung eines Weges im Zuge des projektierten Chriakrings ist ein Teil der alten Blumenstraße entbehrlich geworden. Da der Chriakring vollen Ersatz für den alten Weg bietet, liegen keine Bedenken vor, den betreffenden Teil des Interessententweges aufzuheben. Mit Rücksicht darauf, daß die Stadtgemeinde den neuen Straßenzug angelegt hat, ist ihr auch das alte Wegeterrain der Blumenstraße als Eigentum zugefallen. Das nunmehr freige-wordene Terrain zu 3,25 a beabsichtigt der Bauunternehmer H. Schmitz zu einem Preise von 11,50 Mark pro qm zu kaufen. Dieser Preis ist von der städtischen Bauverwaltung als angemessen bezeichnet worden. Der Magistrat gibt daher im Einverständnis mit dem Vorstande und der Generalversammlung der Wilhelmitorfelsgemeinde anheim, der Aufhebung des genannten Wegeterrains und dem Verkaufe dieses Terrains an Herrn Schmitz zu dem bezeichneten Preise zuzustimmen,

was geschieht, nachdem Herr N i e t z e die Vorlage namens der Baukommission zur Annahme empfohlen hatte.

IV. Erwerb einer Fläche an der Gießmaroderstraße.

Von dem Grundstücke des Oberpostassistenten Gindler an der Gießmaroderstraße ist eine 8 qm große Fläche an die Stadt abzutreten. Die Versammlung wird ersucht, sich mit dem Erwerbe dieser Teilfläche zum Einheitspreise von 15 Mark einverstanden zu erklären. Der Eigentümer ist dagegen bereit, die durch die Umänderung seines Torweges, Höherlegung der Einfahrt und Veränderung an den Kellerschächten entstehenden Kosten zu übernehmen.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Koch berichtet, wird auch dieser Vorlage zugestimmt.

V. Aenderung der Bedingungen für die Abgabe von Gas.

Aus einer Uebersicht über die Menge des in den letzten 11 Jahren (1. April 1898 bis 31. März 1909) durch Gasmesser abgegebenen Gases ergibt sich, daß, während der Verbrauch des Heizgases fortwährend steigt, die Menge des im letzten Jahre (1908/09) abgegebenen Leuchtgases gegenüber dem Vorjahre von 4 073 941 cbm auf 3 713 000 cbm gesunken, der Verbrauch von Heizgas dagegen von 2 582 153 cbm auf 2 729 671 cbm gestiegen ist.

Bei einem Minderverbrauch von 360 941 cbm Leuchtgas und einem Mehrverbrauch von 147 518 cbm Heizgas sind somit aus den städtischen Gaswerken im letzten Jahre an Gas überhaupt durch Gasmesser 213 423 cbm weniger als im Vorjahre abgegeben.

Bei der fortwährenden Vermehrung der elektrischen Beleuchtungsanlagen, durch deren Einrichtung besonders die Zahl der größeren Gasbeleuchtungsanlagen erheblich zurückgeht, ist anzunehmen, daß der Konsum an Leuchtgas noch weiter sinken und schließlich der Verbrauch von Heizgas denjenigen von Leuchtgas übersteigen wird. Da der Preis des Leuchtgases 16 § , derjenige des Heizgases aber nur 12 § pro cbm beträgt, so wird die Verdrängung des Leuchtgases durch die elektrische Beleuchtung selbstverständlich die Einnahmen der Gaswerke schmälern, ohne daß die der Stadt vom Lichtwerke zu zahlende Abgabe einen vollen Ausgleich bietet.

Der Magistrat ist im Einvernehmen mit der Deputation zur Verwaltung der städtischen Licht- und Wasserwerke der Ansicht, daß die Stadt diesen Vorgang nicht unberücksichtigt lassen kann, vielmehr auf eine Steigerung des Gaskonsums durch Private Bedacht nehmen muß, und daß zu dem Zwecke unter anderweiter Festsetzung des Gaspreises die Gasabgabe zu vereinfachen und zu erleichtern ist.

Was zunächst die Vereinfachung der Gaslieferung betrifft, so unterliegt es keinem Zweifel, daß die doppelten Leitungen und die doppelte Miete für gesonderte Gasmesser, die bei der Aufrechterhaltung verschiedener Preise für Heiz-

und Leuchtgas unvermeidlich sind, zahlreiche Einwohner abschrecken, in ihrem Haushalte Gas zu verwenden. Auf die Einführung eines Einheitspreises dürfte daher um so mehr Bedacht zu nehmen sein, als ein innerer Grund, den Preis des Gases je nach seiner Verwendung verschieden zu bemessen, nicht vorliegt. Der sehr geringe Preis des Heizgases (12 §) ist seinerzeit eingeführt, um die Gasheizung zu fördern, und dieser Zweck ist, da der Verbrauch von Heizgas in den letzten 11 Jahren von jährlich 922 641 auf 2 729 671 cbm gestiegen ist und auf eine weitere Steigerung mit Sicherheit gerechnet werden kann, inzwischen erreicht. Es darf als sicher angenommen werden, daß der Verbrauch an Heizgas weiter steigen wird, aber ebenso sicher wird, wenn die jetzigen Preise beibehalten werden, infolge des gleichzeitigen Sinkens des Verbrauches von Leuchtgas der Reinertrag der Gaswerke zurückgehen. Will man dieses bei der Finanzlage der Stadt unerfreuliche Resultat vermeiden, so bleibt nichts anderes übrig, als den zurzeit ohne Frage recht niedrigen Preis für das Heizgas zu erhöhen. Diese Maßnahme kann der Stadt um so weniger verdacht werden, als die niedrige Preisbemessung seinerzeit schwerlich erfolgt wäre, wenn man nicht zugleich auf eine weitere dauernde Steigerung auch des Verbrauches von Leuchtgas gerechnet hätte.

Die Gaspreise in den einzelnen Städten sind, je nachdem der Bezug der Kohlen erleichtert oder erschwert ist, sehr verschieden bemessen. Wenn der Einheitspreis für Gas hier auf 14 § pro cbm festgesetzt wird, so deckt er sich annähernd mit den Einheitspreisen von Berlin, Charlottenburg, Bremen und Hamburg (13 § ; 13,5 § und 14 §), obwohl die Heranschaffung der Kohlen hier in Braunschweig teurer zu stehen kommt, als in den genannten Städten. Es wird daher empfohlen, diesen Einheitspreis zu genehmigen.

Naturgemäß würde die Einführung des Einheitspreises von 14 § pro cbm von denjenigen Abnehmern unliebsam empfunden werden, die entweder nur Heizgas oder mehr Heizgas als Leuchtgas verbrauchen, während umgekehrt die Verbraucher von Leuchtgas die Ermäßigung des Preises von 16 auf 14 § mit Freude begrüßen dürften.

Im Jahre 1908/09 betrug die Zahl aller Gasabnehmer — einschließlich der vor Schluß des Jahres ausgeschiedenen und daher im Verwaltungsberichte für 1908/09 nicht mit aufgeführten — 9347; von ihnen haben entnommen:

- | | |
|----------------------------------|------|
| a) nur Leuchtgas | 3586 |
| b) nur Heizgas | 2202 |
| c) Leucht- und Heizgas | 3559 |

und zwar mehr Leucht- als Heizgas 1160 und mehr Heiz- als Leuchtgas 2389, während bei 10 Abnehmern der Verbrauch von Leucht- und Heizgas gleich war.

Es betrug demnach die Zahl:

a) der Abnehmer, die ausschließlich oder überwiegend Leuchtgas nahmen	4746
b) der Abnehmer, die ausschließlich oder überwiegend Heizgas entnahmen	4591
c) die Zahl der Abnehmer mit gleichem Verbrauch beider Gasarten	10

Sa. wie oben 9347.

Da der Konsum an Leuchtgas denjenigen an Heizgas zurzeit noch erheblich übersteigt, so folgt daraus, daß die in der Einführung eines Einheitspreises von 14 § pro cbm liegende Ermäßigung des Preises für Leuchtgas um 2 § pro cbm zunächst einen Ausfall an Einnahme im Gefolge haben würde, und da nicht anzunehmen ist, daß die Vereinfachung der Leitungsanlagen allein ohne weiteres eine erhebliche Steigerung des Konsums bewirken würde, so wird in zweiter Linie auf Erleichterung des Gasbezuges Bedacht zu nehmen sein, und zwar, wie in anderen Städten mit bestem Erfolge bereits geschehen ist, durch Einführung von Rabatt und durch unentgeltliche Herrichtung der Zu- und Steigeleitungen; eventuell könnte auch auf Abgabe von Gas durch Automaten Bedacht genommen werden.

Der Rabattgewährung legt der Magistrat weniger Bedeutung bei, weil die Mehrzahl der Großabnehmer nach wie vor das elektrische Licht bevorzugen wird; aber die Erleichterung des Gasbezuges dürfte, wenn auch nur allmählich, die Folge haben, daß auch in den kleineren Wohnungen der Gasverbrauch eingeführt wird. Die Zahl der angeschlossenen Grundstücke beträgt nur 4303, und wenn es daher gelingen sollte, durch die Erleichterung des Gasbezuges die Anschlüsse zu vermehren, so würde auch bei geringen Verbrauchsmengen der einzelnen Haushaltungen, der zunächst eintretende Einnahmerückgang bald wieder ausgeglichen werden. Dabei ist nun allerdings nicht außer acht zu lassen, daß die Anbringung der Zu- und Steigeleitungen zunächst der Stadt eine nicht unerhebliche Ausgabe verursachen würde. Aber wie jeder Geschäftsmann, der seinen Umsatz steigern will, zunächst regelmäßig zu Opfern genötigt ist, so wird sich die Stadt auch ihrerseits dazu verstehen können, und zwar um so mehr, als es Aufgabe der Gemeinde sein dürfte, auch ihren minderbegüterten Einwohnern den Bezug eines den Haushaltsbetrieb wesentlich vereinfachenden Leucht- und Heizstoffes tunlichst zu erleichtern.

Die Höhe der in Rede stehenden Kosten läßt sich im voraus nicht veranschlagen; die einzelne Anlage wird, je nach der Höhe der Gebäude etwa 30 bis 60 Mark kosten, und es dürfte sich, um eine übermäßige Belastung der Stadt

im Einzelfalle auszuschließen, empfehlen, den letzteren Betrag als Höchstbetrag der stadtseitig aufzuwendenden Kosten festzusetzen.

Hiernach hält es der Magistrat für zweckmäßig, daß das Regulativ vom 1. März 1902 aufgehoben und durch neue Vorschriften ersetzt werde. Wenn in diesen die Abgabe von Gas durch Automaten nicht ausdrücklich erwähnt ist, so wird deren Verwendung in Gemäßheit eines von Fall zu Fall zwischen der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke und dem Abnehmer zu treffenden Abkommens gleichwohl erfolgen können.

Die neuen Vorschriften werden unbedenklich im Laufe eines Rechnungsjahres, jedoch nur zu Anfang eines Kalendermonats in Kraft gesetzt werden können, da es nicht erforderlich ist, sofort da, wo bei Verbrauch von Heiz- und Leuchtgas zwei Gasmesser aufgestellt sind, den einen derselben zu entfernen. Bei der hoffentlich eintretenden Vermehrung der Zahl der Abnehmer würden vielmehr die verfügbar werdenden Messer, deren Entfernung auf Kosten der Stadt wird erfolgen müssen, nach und nach anderweit verwandt werden.

Unter diesen Umständen dürfte es sich empfehlen, die neuen Vorschriften am 1. Oktober 1909 und, wenn bis dahin die Beratung nicht zum Abschluß gebracht sein sollte, am 1. November in Kraft treten zu lassen.

Es wird anheimgegeben, der Einführung der fraglichen Vorschriften zuzustimmen.

Der Entwurf der neuen Vorschriften für die Abgabe von Gas lautet:

B e d i n g u n g e n

für die Abgabe von Gas aus den städtischen Gaswerken zu Braunschweig.

Zufolge Beschlusses der städtischen Behörden zu Braunschweig erfolgt die Abgabe von Gas aus den städtischen Gaswerken an die Einwohner zu Braunschweig unter den nachstehenden Bedingungen:

§ 1.

A l l g e m e i n e B e s t i m m u n g e n .

Die Lieferung von Gas aus den städtischen Gaswerken kann für jedes Grundstück gefordert werden, das im städtischen Gebiete an einer Straße liegt, in der das Gasrohr verlegt ist. Ueber die Belegung der einzelnen Straßen mit Gasrohren und über die Weite dieser Rohre entscheiden die städtischen Behörden. Preßgas wird nur da abgegeben, wo zur Beleuchtung der Straße Preßgas verwandt wird und nur in der Zeit, in welcher die Straßenlaternen brennen.

Wer den Anschluß eines Grundstücks an das städtische Gasrohrnetz ausführen lassen oder wer Gas aus den städtischen Gaswerken entnehmen will, hat solches bei der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke zu beantragen.

und sich durch schriftliche Erklärung den nachstehenden Bedingungen und etwaigen von den städtischen Behörden beschlossenen Aenderungen und Ergänzungen derselben zu unterwerfen.

§ 2.

Gaslieferung.

Die Abgabe von Gas erfolgt unter der Bedingung, daß der Verbrauch durch Gasmesser ermittelt wird; die Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke ist jedoch bei vorübergehender Entnahme von Gas befugt, von einer Messung durch Gasmesser Abstand zu nehmen und die Menge des verbrauchten Gases durch Schätzung festzustellen.

Die Abgabe von Preßgas ist ohne Ermittlung des Verbrauches durch Gasmesser unter den besonderen Bedingungen zulässig, die von der Deputation zur Verwaltung der städtischen Licht- und Wasserwerke festgesetzt werden.

Sollte seitens der Stadt zeitweilig Gas überhaupt nicht, oder nicht in genügender Menge oder nicht mit genügendem Drucke abgegeben werden, so steht dieserhalb dem Abnehmer ein Entschädigungsanspruch nicht zu.

§ 3.

Anschluß- und Zuleitungen.

1. Der Anschluß eines Grundstücks an das Gasrohrnetz erfolgt auf Antrag des Grundstückseigentümers.

2. Die in der Straße liegende Anschlußleitung und alle diejenigen innerhalb des Grundstücks anzubringenden Zuleitungsrohre, welche nicht gemessenes Gas führen, werden bis 1 m hinter den Gasmessern in einer dem zu erwartenden Verbräuche entsprechenden Weite ausschließlich von der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke verlegt. Die Anbringung von Zweigleitungen an den Rohren, welche nicht gemessenes Gas führen, ist außer der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke niemandem gestattet.

Wird das verbrauchte Gas überhaupt nicht gemessen (s. § 2), so wird die ganze Leitung von der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke verlegt.

3. Die Kosten der Anschluß- und Zuleitung werden für den innerhalb der Straße liegenden Teil derselben von der Stadt ohne Rücksicht auf die Länge der Leitung und für den innerhalb des Grundstücks zu verlegenden Teil der Zuleitung insoweit getragen, als die Länge dieses Teiles der Zuleitung, von der Grundstücksgrenze gerechnet, höchstens 10 m beträgt. Dabei sollen jedoch, wenn ein Gebäude mit Gas versehen werden soll, die etwa erforderlich werdenden besonderen Kosten der Durchbrechung der Grundmauer stadtseitig auch dann getragen werden, wenn diese Grundmauer weiter als 10 m von der Grundstücksgrenze entfernt ist.

grenze entfernt ist. Wird durch sonstige Umstände die Verlegung der Zuleitung übermäßig verteuert, so fallen die dadurch erwachsenden Mehrkosten dem Grundstückseigentümer zur Last.

Gasanlagen, die nur vorübergehend benutzt werden sollen, werden im ganzen Umfange ausschließlich auf Kosten des Gasabnehmers hergerichtet und beseitigt.

4. In jedem zur Zeit des Erlasses dieser Vorschriften bereits in Benutzung genommenen, noch nicht an das städtische Gasrohrnetz angeschlossenen Wohngebäude wird ferner nach erfolgtem Anschlusse desselben an das Gasrohrnetz auf Antrag des Eigentümers im Anschluß an das Zuleitungsrohr eine aufsteigende Hauptleitung seitens der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke auf Kosten der Stadt hergerichtet, mittels deren den einzelnen Geschossen Gas zugeführt werden kann.

In Gebäuden, deren einzelne Geschosse mehrere Familienwohnungen enthalten, kann die Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke nach ihrem Ermessen zwei Steigeleitungen anbringen lassen. In keinem Falle werden indessen stadtseitig mehr als 60 Mark für Anbringung der Steigeleitungen des einzelnen Wohngebäudes aufgewandt.

Auf Neubauten und solche Wohngebäude, die zur Zeit des Erlasses dieser Vorschriften noch nicht in Benutzung genommen sind, finden die vorstehenden Vorschriften nur dann Anwendung, wenn der Eigentümer gleichzeitig in den einzelnen Wohnungen auf seine Kosten Anlagen für den Verbrauch von Leucht- oder Heizgas anbringen läßt.

5. Die Direktion der Licht- und Wasserwerke ist berechtigt, die Anbringung der Anschluß- Zu- und Steigeleitungen auf Kosten der Stadt dann zu verweigern, wenn Grund zu der Annahme vorliegt, daß ein die Aufwendung der stadtseitig zu tragenden Kosten rechtfertigender Gasverbrauch nicht eintreten wird.

6. Eigentümerin der Anschlußleitungen zwischen dem Straßen-Hauptrohr und der Grundstücksgrenze ist die Stadt, die deren Unterhaltung übernimmt; die Leitungen innerhalb des Grundstücks werden, auch soweit sie auf Kosten der Stadt hergerichtet werden, Eigentum des Grundstückseigentümers, und es fallen diesem daher alle Unterhaltungs- und etwaige Erneuerungskosten ausschließlich zur Last. Er ist verpflichtet, für die Instanderhaltung der fraglichen Leitungen Sorge zu tragen und hat darauf zu achten, daß die eigenmächtige Anbringung von Zweigleitungen an der Zuleitung und Steigeleitung, soweit diese nicht gemessenes Gas führen, unterbleibt, eintretendenfalls aber der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke ohne Verzug Anzeige zu erstatten.

7. Sofern nicht im Einzelfalle von der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke etwas anderes bestimmt wird, muß den Gasmotoren das Gas aus dem Straßenrohre mittels einer besonderen Leitung zugeführt und zwischen Gasmaschine und Gasmesser eine Vorrichtung zur Verhinderung von Druckschwankungen eingebaut werden, die so vollkommen wirkt, daß in einem vor der Regulierungsvorrichtung anzubringenden Wassermanometer Druckschwankungen nicht mehr wahrnehmbar sind.

Die ganze zur Speisung eines Gasmotors dienende Leitung (vom Straßenrohre bis zum Motor) wird auf Kosten des Abnehmers hergerichtet.

§ 4.

G a s m e s s e r.

Der Gasmesser wird von der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke gegen Miete für die Dauer der Gasentnahme geliefert. Die Aufstellung des Messers, die Verbindung desselben mit den beiderseitigen Gasröhren und zwar bis auf eine Entfernung von 1 m hinter dem Gasmesser wird für Rechnung des Abnehmers ausschließlich seitens der genannten Direktion bewirkt; nur diese ist befugt, den Gasmesser entfernen oder austauschen zu lassen.

Der genannten Direktion steht das Recht zu, den Platz für den Gasmesser und, je nach dem Umfange der Benutzung des Gases, die Weite der Anschlußleitung sowie die Größe des Messers zu bestimmen.

Die zum Schutz des Gasmessers gegen Frost und äußere Beschädigungen erforderlichen Vorkehrungen hat jeder Abnehmer auf seine Rechnung und Gefahr zu treffen.

Bis zu einer Entfernung von weniger als 1 m hinter dem Gasmesser darf keine Abzweigung von der Leitung angebracht werden.

Sowohl der Grundstückseigentümer als auch der Gasabnehmer sind verpflichtet, der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke ohne Verzug Anzeige zu machen, wenn sich Undichtigkeiten oder sonstige Störungen am Gasmesser zeigen.

§ 5.

W e c h s e l d e r A b n e h m e r.

Geht die Benutzung einer Gasleitung auf einen anderen Abnehmer über, so hat der bisherige Abnehmer dieses der Direktion der Licht- und Wasserwerke schriftlich anzumelden; unterläßt er diese Anzeige, so haftet er für die Bezahlung des durch den Gasmesser gegangenen Gases bis zu dem Zeitpunkte, in dem der Wechsel zur Kenntnis der genannten Direktion gelangt ist.

§ 6.

G a s p r e i s.

a) Der Preis des gewöhnlichen Gases beträgt 14 § , derjenige des Preßgases 18 § für jedes Kubikmeter.

Eine von den städtischen Behörden beschlossene Aenderung dieses Preises wird vom Stadtmagistrate durch die „Braunschweigischen Anzeigen“ zur öffentlichen Kenntniss gebracht.

b) Den Preis für das zu Beleuchtungszwecken abgegebene, durch Gasmesser nicht gemessene Preßgas bestimmt die Deputation zur Verwaltung der städtischen Licht- und Wasserwerke.

c) Den Abnehmern größerer Gasmenge wird auf den von ihnen gezahlten Gaspreis Rabatt gewährt und zwar wenn im Laufe eines Rechnungsjahres (1. April bis 31. März des folgenden Kalenderjahres) von ihnen Gas entnommen ist

für mehr als 1000 \mathcal{M}	3 Prozent,
„ „ „ 2000 „	5 „
„ „ „ 3000 „	7 „
„ „ „ 4000 „	9 „
„ „ „ 5000 „	11 „
„ „ „ 6000 „	13 „
„ „ „ 7000 „	15 „

Bei der Ermittlung des Rabattes werden die für gemessenes und nicht gemessenes Gas gezahlten Summen zusammengerechnet.

§ 7.

M i e t e f ü r d e n G a s m e s s e r.

Für die Hergabe des Gasmessers hat der Abnehmer ein Mietgeld zu entrichten, dessen Höhe sich nach der Größe des Gasmessers richtet. Dasselbe beträgt jährlich

für einen 3- oder 5flammigen Gasmesser	. . .	3,00 \mathcal{M}
„ „ 10 „ „	. . .	4,80 „
„ „ 20 „ „	. . .	6,00 „
„ „ 30 „ „	. . .	7,20 „
„ „ 40 „ „	. . .	9,60 „
„ „ 50 „ „	. . .	12,00 „
„ „ 60 „ „	. . .	16,80 „
„ „ 80 „ „	. . .	19,20 „
„ „ 100 „ „	. . .	21,60 „
„ „ 150 „ „	. . .	36,00 „
„ „ 200 „ „	. . .	48,00 „

§ 8.

Zahlungen. Sicherheitsleistung.

Ueber die in jedem Monat verbrauchten Gasmengen und die monatliche Miete des Gasmessers erhält der Abnehmer eine mit Quittung versehene Rechnung. Erfolgt ihre Einlösung nicht sofort bei der Vorlegung, so ist der Betrag binnen einer Woche bei der Kasse der Licht- und Wasserwerke einzuzahlen (vergl. § 13).

Der geschuldete Betrag und die Zahlungsfrist sind in diesem Falle auf einem in der Wohnung des Schuldners zurückzulassenden Zettel zu vermerken.

Der Direktion bleibt es überlassen, die Lieferung von Gas von der Bestellung einer Sicherheit abhängig zu machen.

§ 9.

Unrichtige Angaben des Gasmessers.

Ergeben sich Zweifel über die Richtigkeit der Angaben des Gasmessers, so steht dem Abnehmer das Recht zu, die Prüfung bezw. Eichung des Messers zu verlangen, deren Kosten er zu tragen verpflichtet ist, wenn sich herausstellt, daß der Messer richtig anzeigt.

Etwas durch Stillstehen des Messers entstehende Differenzen über die Höhe des Monatsverbrauchs werden dadurch erledigt, daß die Direktion die zu bezahlende Menge Gas nach billigem Ermessen feststellt.

§ 10.

Prüfung und Ueberwachung.

Pflichten des Abnehmers.

Der Abnehmer ist verpflichtet, den Beamten und Beauftragten der Gaswerke jederzeit zu gestatten:

- a) alle Räumlichkeiten, in denen sich der Gasmesser oder Gasleitungsrohre befinden, zu betreten,
- b) alle zur Prüfung der Anlagen notwendigen Arbeiten vorzunehmen,
- c) Wasser auf den Gasmesser zu füllen oder den Gasverbrauch überwachen zu lassen.

Der Abnehmer hat ferner unentgeltlich

- d) das zum Füllen des Messers erforderliche Wasser zu liefern und Leitern und Stühle nach Bedarf vorzuleihen.

§ 11.

Einrichtung und Unterhaltung der Privatleitungen.

Die Herstellung und Unterhaltung der Leitungen im Innern der Grundstücke (Privatleitungen) ist, soweit nicht in diesen Bedingungen etwas anderes

vorgeschrieben ist, lediglich Sache des Abnehmers; er kann dieselben — vorbehaltlich der Befolgung der haupolizeilichen Vorschriften — beschaffen lassen, von wem er will.

Die Verbindung zwischen der Privatleitung und dem Zuleitungs- oder Steigrohr läßt dagegen stets die Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke herstellen.

Die Direktion der Licht- und Wasserwerke kann die stadtseitige Ausführung der in diesem Paragraph erwähnten Arbeiten von der Bestellung einer Sicherheit abhängig machen, auch die Zuführung des Gases verweigern, wenn die Privatleitung mangelhaft ist.

§ 12.

Aufhören der Gasentnahme, Schließung der Leitung.

Dem Abnehmer steht das Recht zu, jederzeit auf die Gaslieferung zu verzichten, derselbe ist jedoch verpflichtet, der Direktion der Licht- und Wasserwerke hiervon Anzeige zu machen, damit — und zwar auf Kosten des Abnehmers — der Gasmesser erforderlichenfalls rechtzeitig aus der Leitung entfernt und die ordnungsmäßig geschlossen werden kann. Endet der Verbrauch von Gas nicht mit dem Schluß eines Monats, so ist der Abnehmer zur Zahlung der vollen Miete für den Gasmesser für den angefangenen Monat verpflichtet.

§ 13.

Zuwiderhandlungen gegen die Lieferungsbedingungen.

Bei Zuwiderhandlungen gegen die Lieferungsbedingungen ist die Direktion der Licht- und Wasserwerke, vorbehaltlich aller sonstigen Ansprüche, zur Absperrung der bezüglichen Leitung befugt.

Wegen nicht pünktlicher Bezahlung geschuldeter Geldbeträge ist indessen die Absperrung der Privatleitung nur unter folgender Voraussetzung zulässig:

Erfolgt die Bezahlung des Gasgeldes oder der Miete für den Gasmesser nicht rechtzeitig, so kann, wenn der geschuldete Betrag auch nach erfolgter Mahnung länger als eine Woche unberichtigt bleibt, die Zweigleitung auf Kosten des Abnehmers abgesperrt werden.

Dasselbe gilt, wenn ungeachtet zweimaliger Aufforderung eine nach § 7 geforderte Sicherheit nicht hinterlegt oder ein für ausgeführte Privatarbeiten geschuldeter Geldbetrag nicht gezahlt wird.

§ 14.

Schlufbestimmung.

Diese Bedingungen kommen vom 1. Oktober 1909 an zur Anwendung. Gleichzeitig tritt das Regulativ über die Abgabe von Gas aus den städtischen Gaswerken zu Braunschweig vom 1. März 1902 außer Wirksamkeit."

Namens der Finanzkommission berichtet über die Vorlage Herr Wolter: Es ist richtig, Maßregeln zu treffen, die eine Steigerung des Verbrauchs an Leuchtgas voraussichtlich zur Folge haben werden. Magistrat und Deputation sind der Meinung, daß das Mittel, den Preis des Leuchtgases von 16 § auf 14 § herabzusetzen, dazu führen wird, den Verkauf zu vermehren. Der Grund für die verminderte Abgabe an Leuchtgas ist uns bekannt, sie ist durch die Verbilligung des Bezuges von elektrischer Energie eingetreten. Außerdem empfiehlt der Magistrat, in den Wohnhäusern die Steigrohre auf Kosten der Stadt bis in die oberen Stockwerke zu verlegen, jedoch die stadtseitige Kostenübernahme auf den Höchstbetrag von 60 Mark zu beschränken. Man ist der Meinung, daß dieser einmalige Zuschuß viele Hauseigentümer veranlassen wird, sich noch eine Gasleitung in die Häuser legen zu lassen.

In beiden Punkten hat die Finanzkommission der Vorlage zugestimmt. Von dem Vorstande der Klempner- und Installateur-Innung ist nun der Versammlung eine Eingabe zugegangen, in der gebeten wird, die Vorlage einstweilen von der Tagesordnung abzusetzen, um der Innung noch Gelegenheit zu neuen Anträgen zu geben. Die Finanzkommission ist der Meinung, daß die Absicht der Innung wieder nach derselben Richtung zielen wird, wie es schon früher wiederholt sich gezeigt hat, daß nämlich die Privatinstallationsarbeit der Stadt noch weiter eingeschränkt oder ganz aufgehoben werden möchte. Wie Ihnen erinnernlich sein wird, steht die Mehrheit der Versammlung auf dem Standpunkte, so sehr sie auch die Schädigung der Herren anerkennt, daß sich die Stadt die Arbeiten nicht entgehen lassen kann, der Stamm der Arbeiter muß beibehalten werden, und es muß die Möglichkeit geschaffen werden, in solchen Zeiten, wo für die Stadt Arbeiten nicht vorliegen, die Arbeiter anderweit zu beschäftigen. Die Eingabe läßt auch die Befürchtung durchblicken, daß die neuen Vorschriften die Hauseigentümer veranlassen könnten, die ganze Installation auch innerhalb der Wohnräume bis zur fertigen Anlage der Stadt zu übertragen. Das trifft in gewisser Weise vielleicht auch zu, aber die Finanzkommission ist in ihrer Mehrheit, vielleicht sogar einstimmig, der Ansicht, daß das Wohl der Stadt als solche, insbesondere hier die Rentabilität unseres Gaswerkes, die durch den verminderten Gasabsatz wenn auch nicht in Frage gestellt, so doch erheblich geschmälert wird, den Vorrang vor der Berücksichtigung privater Interessen besitzt. Wir müssen auch darauf bedacht nehmen, daß die Neuanlagen vollen Wert besitzen und in ihrem vollen Werte erhalten bleiben. Die Finanzkommission stellt sich also auch in diesem Punkte auf den Boden der Magistratsvorlage. Das trifft teilweise auch zu für die Heraufsetzung des Preises für Koch- und Kraftgas von 12 § auf 14 § . Von einer Seite ist dieser Antrag mit Bedenken begleitet gewesen, indem man gedacht hat, daß durch die Verteuerung des Gases die Verwendung von

Kraftgas einen Stoß erhalten könnte; es drang indessen die Ansicht durch, daß in dieser Beziehung nicht derselbe Konkurrent obwaltete, wie bei der Abnahme von Leuchtgas, so daß wir die Hinaufsetzung des Preises riskieren könnten, ohne die Absatzverhältnisse des Gaswerkes und damit dessen Gewinn zu schmälern. Der finanzielle Effekt des Gaswerkes ist in den letzten Jahren recht gut gewesen, indem der Gewinn größer war, als in den Vorjahren, trotz des verminderten Absatzes an Leuchtgas, denn im Jahre 1907/08 betrug er einschl. der Rückstellungen 506 687 Mark und im Jahre 1908/09 sogar 513 019 Mark. Wenn man nun berechnen will, welchen Einfluß auf den Gesamtgewinn die Maßregel gehabt haben würde, die jetzt der Versammlung zur Beschlußfassung vorliegt, sofern schon im Jahre 1908/09 der Gaspreis einheitlich auf 14 § herabgesetzt gewesen wäre, so kommt man zu dem Ergebnis, daß wir einen Verlust von 20 000 Mark gehabt haben würden. Dieser Verlust würde durch die Verminderung der Abgabe von Leuchtgas entstanden sein. Steigt aber die Abgabe von Leuchtgas wieder, so ist zu hoffen, daß sich ein solcher Verlust in den nächsten Jahren nicht wiederholt. Der Grund für die besseren Gewinnverhältnisse ist durch die Ersparnis an den Ausgaben für Kohlen eingetreten und dadurch, daß die früher vorhanden gewesen unvorhergesehenen Ausgaben fehlen. Soweit habe ich zu berichten über die Einführung eines Einheitspreises von 14 § für Leucht- und Kraftgas. Darf ich nun gleich übergehen zur Besprechung des Regulativs?

Herr **F r ü h l i n g** (zur Geschäftsordnung): Ich möchte vorschlagen, hierüber zunächst die Generaldebatte zu eröffnen.

V o r s i t z e n d e r: Ich muß sagen, daß ich nicht viel von einer Generaldebatte halte. In den einzelnen Paragraphen der Bestimmungen kommen dieselben Sachen wieder vor, so daß unter Umständen zweimal darüber gesprochen würde. Ich lasse aber über den Antrag abstimmen. Diejenigen Herren, welche eine Generaldebatte wünschen, wollen die Hand erheben. — Der Antrag ist abgelehnt. Wir treten nunmehr in die Beratung der Bestimmungen selbst ein.

Herr **W o l t e r s**: Zu den §§ 1, 2 und 3 findet sich kommissionsseitig nichts zu erinnern. In Gemäßheit einer nachträglichen Vorlage des Magistrats ist der letzte Satz des § 3 zu streichen und dafür zu setzen:

„Auf derartige besondere Leitungen finden die Vorschriften unter 4 über die stadtseitige Lieferung von Steigrohren Anwendung.“

Herr **F r ü h l i n g**: Gegen die Ausdehnung der Tätigkeit der Stadt gegenüber den Privatinstallateuren muß ich mich erklären. Es ist nicht nötig, diese Tätigkeit noch weiter auszudehnen, und ich würde dafür sein, diese Arbeit den Installateuren zu überlassen. Die betreffende Bestimmung unter Punkt 4 des § 3 bitte ich daher zu streichen.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Wenn man das will, so muß man sich dabei klarmachen, daß man diejenigen Gasabnehmer, welche sich ihre Steigrohre durch Privatinstallateure legen lassen wollen, zwingen muß, mehrere Gasmesser aufzustellen, denn es ist ein allgemeiner Grundsatz, daß, sobald ungemessenes Gas durch die Rohre geht, diese Rohre die Direktion herstellt. Die neue Bestimmung ist so gedacht, daß das Rohr, welches die Direktion bisher hergestellt hat, bis an den Messer fortgeführt werden und die Fortsetzung des Zuleitungsrohres bilden soll. Wenn Sie den Grundsatz festhalten wollen, daß ungemessenes Gas nur durch solche Rohre gehen darf, die die Direktion angelegt hat, so würde das mit der von Herrn Frühling aufgestellten Forderung im Widerspruch stehen. Es läßt sich das machen in der Weise, daß am Eingange des Hauses ein Hauptmesser angelegt wird; bis dahin führt die Direktion das Gasrohr hinein und der Hauseigentümer mag mit den weiteren Rohren dann machen, was er will; er würde ein Steigrohr auf Kosten der Stadt durch Privatinstallateure herrichten lassen können. Wir beabsichtigen, das Steigrohr selbst herzurichten und die Kosten zu tragen, sofern sie nicht mehr als 60 Mark betragen; wir haben unsere festen Sätze, wollen wir auf den Vorschlag des Herrn Frühling eingehen, so müßten wir zunächst feststellen, unter welchen Bedingungen die Stadt an die Privatinstallateure Zahlung leistet und wir müßten wenigstens verlangen, daß sie keine höheren Preise nehmen, als wir zahlen, denn wir werden doch nicht mehr zahlen, als wir selbst aufwenden; auch müßten wir unbedingt verlangen, daß der Privatinstallateur die Leitung ebenso gut herstellt, wie die Direktion der Gaswerke. So leicht ist die Frage nicht zu beantworten, und ich möchte Herrn Frühling bitten, sich noch einmal zu überlegen, ob es so einfach ist, den betreffenden Passus zu streichen.

Herr T o l l e: Ich kann die Ansicht des Herrn Oberbürgermeisters in diesem Punkte nicht teilen. Die hier bislang geübte Gepflogenheit, Gasleitungen, die auch ungemessenes Gas mit sich führen, nur von der Stadtverwaltung legen zu lassen, wird keineswegs überall gehandhabt. Vielleicht könnte der Magistrat mit der Klempner- und Installateurinnung eine Vereinbarung treffen, nach der die verschiedenen Rohrdimensionen zu einem Einheitspreise geliefert werden. Außerdem gibt es Mittel zu prüfen, ob eine Gasleitung ordnungsmäßig ausgeführt ist, indem man die Leitung unter Druck stellt und prüft, ob sie abgenommen werden kann, wie das schon jetzt geschieht. Wird solche Vorschrift erlassen, so dürften keine Bedenken vorliegen, die Arbeiten auch von Privatinstallateuren ausführen zu lassen. Als vor einigen Jahren die gemeinsamen Steigrohre in den Häusern zugelassen wurden, hat diese Maßnahme dazu geführt, den Installateuren die Arbeit nahezu ganz aus den Händen zu winden. Es ist wiederholt der Fall vorgekommen, daß ein Installateur von einem Haus-

eigentümer bereits den Auftrag erhalten hatte, die Gasleitung zu führen, der Auftrag aber zurückgezogen wurde, als die städtischen Arbeiter die großen Steigrohre legten. Dabei wird nicht ohne Einfluß geblieben sein der Umstand, daß der Eigentümer sich sagte, die städtischen Arbeiter sind einmal hier und sollen erst wieder abrücken, um anderen Leuten Platz zu machen, die wieder Löcher in die Wand schlagen; es ist einfacher, die städtischen Arbeiter machen die Arbeit gleich mit, und so viel wird den Installateuren auch nicht daran gelegen sein, diese Arbeit auszuführen. Aber es bleibt bekanntlich nicht immer bei diesen Arbeiten, die allerdings nicht so gewaltig ins Gewicht fallen, wie allgemein angenommen wird, sondern es kommt häufig vor, daß den Installateuren auch die Legung der Gasrohre in der Wohnung selbst entgeht, und das ist eine unangenehme Konkurrenz seitens der Stadt.

Ich möchte deshalb dem Vorschlage des Herrn Frühling folgen und bitten, die Steigleitungen den Installateuren freizugeben, selbstverständlich unter der Oberaufsicht der Stadt. Wenn die Herren glauben, daß es den Installateuren unangenehm ist, einer Revision seitens der Stadt ausgesetzt zu sein, so irren Sie sich, gerade das Gegenteil ist der Fall. In allen Geschäften gibt es eine große Anzahl von Leuten, die nicht so arbeiten, wie sie müßten, diese sind ein Noth am Beine des Handwerkers und diesen Leuten das Handwerk zu legen, kann nur im Interesse der Innung liegen. Man ist heute allseits bemüht, die Handwerker zu erziehen, und wenn wir Leute, die zu solcher Arbeit ungeeignet sind, aus dem Gewerbe fernhalten, so dienen wir damit nur dem Handwerke im allgemeinen. Ich bitte dem Antrage Frühling Folge zu geben.

Herr Frühling: Die Frage hängt auch mit der Vereinheitlichung des Gaspreises zusammen. Dieser Punkt darf indessen hier nicht besprochen werden, trotzdem es schwierig ist, die Sache auseinander zu halten. Ich bin sehr damit einverstanden, wenn den Hausbesitzern entgegengekommen werden soll durch eine Maßnahme, die zugleich die Gasentnahme fördert; aber ich bin nicht damit einverstanden, wenn diese Erleichterung dadurch geschaffen werden soll, daß einem Teile unserer Handwerker ein umfangreicher Posten Arbeit entzogen und der Regiearbeit zugewendet wird. Wenn den Grundbesitzern geholfen werden soll, so kann das auch in anderer Weise geschehen, vielleicht in der freien Verleihung einer Gasuhr usw., aber den Weg der Verbilligung des Gases dadurch zu erreichen, daß man den Handwerkern die Arbeit nimmt, dafür bin ich nicht. Das hängt mit dem Gaseinheitspreise zusammen, gegen den ich mich auch erklären muß, weil ich es nicht für eine richtige Taktik halte, den Preis für Kochgas in die Höhe zu setzen. Ich beantrage deshalb, die gegen früher gemachten Minderungen wieder zu streichen.

Vorsitzender: Können Sie den Antrag so formulieren, daß sich darüber abstimmen läßt?

Herr Wolters: Das ist im Rahmen eines kurzen Antrages ganz unmöglich.

Herr Fröhling: Die Sache ist zweifellos schwierig, und ich bin nicht in der Lage, gleich den Antrag so formulieren zu können, wie es der Herr Vorsitzende wünscht, weil die Sache für mich etwas plötzlich gekommen ist. Auch mit der Aenderung der Gaspreise werden verschiedene Herren nicht einverstanden sein und namentlich nicht mit der Erhöhung des Preises für Kochgas, um dadurch einen höheren Absatz zu erzielen. Ich möchte vorschlagen, den § 3 an die Kommission zurückzuverweisen.

Herr Wolters: Sollte dieser Beschluß gefaßt werden, so würden meine Worte überflüssig sein. Wenn wir den Preis für Leuchtgas herabsetzen und den Preis für Kochgas beibehalten, so würden wir jährlich 74 000 Mark verlieren.

Herr Fröhling: Den Antrag auf Zurückverweisung der ganzen Vorlage an die Kommission konnte ich nur stellen, wenn eine Generaldebatte zugelassen wäre, wie ich es beantragt hatte. Jetzt darf ich solchen Antrag hier nicht begründen und muß mich deshalb darauf beschränken, die Zurückverweisung der beiden Punkte zu beantragen, nämlich die Aenderung in der Ausführung der Steigrohrleitungen und die Erhöhung des Preises für Kochgas.

Herr Oberbürgermeister Rethemeyer: Ich glaube, es liegt kein Grund vor, die Sache wegen der Preisänderung des Gases zurückzuweisen, insbesondere wird wohl niemand in der Versammlung dagegen sein, den Preis für Leuchtgas herunterzusetzen. Außerdem besteht die Mehrheit der Gasconsumenten aus solchen Abnehmern, die Vorteil von der Vorlage haben werden. Die Frage ist eingehend geprüft worden. Zunächst wurden von einem Herrn Bedenken dagegen geäußert, die er aber fallen gelassen hat, worauf die Kommission einstimmig der Gleichstellung beider Gaspreise zugestimmt hat; ich sehe deshalb keinen Grund ein, die Vorlage nochmals an die Kommission zurückzuverweisen. Bei der Abstimmung über den § 3 kann die Versammlung dokumentieren, ob sie für oder gegen den Antrag Fröhling ist, eine Zurückverweisung an die Kommission ist deshalb nicht nötig.

Herr Tolle: Es gibt in der Vorlage noch so viele Punkte zu erörtern, daß wir uns auf die Zurückverweisung des einen Paragraphen nicht zu beschränken brauchen; ich habe mir bereits eine ganze Menge Anmerkungen gemacht, die zu besprechen ich nicht unterlassen möchte

Vorsitzender: Gestatten Sie, daß ich Sie unterbreche. Sie können bei jedem einzelnen Paragraphen Ihre Wünsche geltend machen und bean-

tragen, den betreffenden Paragraphen zurückzuberweisen. Wenn ich recht verstanden habe, hat Herr Frühling den Antrag gestellt, den § 3 mit der Motivierung an die Kommission zurückzuberweisen, daß die Legung der Steigrohre Sache der Privatinstallateure sein soll und nicht Sache der Stadt. Wenn die Versammlung in der Richtung dieses Antrages beschließen sollte, so würde sich die Kommission von neuem mit der Frage zu beschäftigen und zu erwägen haben, ob es nicht richtiger wäre, den § 3 anders zu fassen. Möglicherweise kommt allerdings die Kommission wieder zu demselben Ergebnis.

Wer ist für den § 3 in der vorliegenden Form mit der Aenderung, daß der Absatz 2 der Nr. 7 dem Kommissionsantrage gemäß geändert wird?

Herr Oberbürgermeister K e t e m e y e r: Würde es nicht richtiger sein, zunächst über den Antrag Frühling auf Zurückverweisung des § 3 an die Kommission abzustimmen?

V o r s i t z e n d e r: Das kann auch geschehen. Wer will den § 3 an die Kommission zurückverweisen. — Das ist die Minorität, der Paragraph ist also nicht zurückverwiesen.

Herr W e i c h s e l: Wenn der Antrag Frühling abgelehnt werden sollte (Vorsitzender: Ist abgelehnt!). Nein, Herr Frühling hat den Antrag gestellt, man möge die Arbeiten nicht nur den städtischen Arbeitern, sondern auch den Privatinstallateuren gestatten, diesem an sich wohlgemeinten Antrage stehen aber sehr erhebliche Bedenken entgegen. Ich möchte anregen, das Entgegenkommen gegenüber den Hausbesitzern in anderer Weise zu bemessen, vielleicht in der Weise, daß man den Mietpreis der Gasmesser herabsetzt oder ganz fallen läßt.

V o r s i t z e n d e r: Ueber die Wünsche eines Stadtverordneten kann ich nicht abstimmen lassen, wenn kein Antrag vorliegt, und Herr Frühling hat einen derartigen Antrag nicht eingebracht.

Herr Oberbürgermeister K e t e m e y e r: Die Anregung des Herrn Weichsel läßt sich überlegen, aber ich mache auf folgendes aufmerksam: Wir tagieren die finanzielle Belastung, die der Stadt aus der unentgeltlichen Lieferung der Steigleitungen erwächst, auf eine e i n m a l i g e Ausgabe von 60 000 Mark; wenn wir dagegen die Gasmesser freigeben, so verlieren wir j ä h r l i c h 45 000 Mark. Man überlegt sich aber z w e i m a l, ob man e i n m a l die größere Ausgabe machen oder der Stadt d a u e r n d eine so wesentliche Einnahme entziehen will. Wenn nun die Stadt den Gasabnehmern entgegenkommen und ihnen die Einrichtung der Gasanlage erleichtern will, so ist das eine einmalige verhältnismäßig geringe Ausgabe, aber es handelt sich nicht um eine dauernde Belastung der Kasse des Gaswerkes. Es läßt sich natürlich darüber sprechen, ob wir die stadtseitige Installation noch weiter einschränken wollen, wir haben

diese Arbeiten aber der Stadt nicht allein des Gewinnes von etwa 30 000 Mark wegen vorbehalten, sondern nur um, wie der Herr Referent schon hervorgehoben hat, einen Stamm von Leuten zu haben, die im Falle der Not für das Gas- und Wasserwerk zur Hand sind. Wenn wir den Wünschen des Herrn Tolle Rechnung trügen, so müßten wir konsequenterweise verlangen, daß die Privatinstallateure Tag und Nacht der Stadt zur Verfügung ständen, denn die Stadt muß derartige Leute haben, und gerade dieser Umstand zwingt uns, die Leute stadtseitig zu beschäftigen. Ich sollte meinen, wenn die Installateure sich bemühten, auch ihrerseits dem Publikum entgegenzukommen, z. B. durch Verleihung von Kochapparaten usw., so ließe sich damit auch ein Geschäft machen. Es gehört allerdings ein gewisser Unternehmungsgeist dazu. Die Direktion möchte auch dieses Geschäft selbst in die Hand nehmen, wie es in vielen andern Städten der Fall ist, ich habe aber entschieden abgewinkt, weil ich fürchte, Herr Tolle würde dann noch viel unglücklicher werden. Diese paar Steigrohre machen aber wirklich die Installateure nicht unglücklich.

Herr Tolle: Der Herr Oberbürgermeister hat gesagt, die Gasmesser brächten jährlich 45 000 Mark ein; wir sind aber gerade im Begriff, die Hälfte der Gasmesser wieder zu beseitigen (Widerspruch), na, dann den dritten Teil; es würden dann also nicht mehr 45 000 Mark zur Verfügung stehen. Ich will auch nicht sagen, daß wir die Gasmessermiete vollständig beseitigen sollen, aber nach der Vorlage haben Sie im § 7 die verschiedensten Preise für die Gasmessermiete und diese Preise bedingen doch wohl eine Revision. . . .

Vorsitzender: Wir sind noch nicht beim § 7.

Herr Tolle (fortfahrend): Ich weiß nicht, wie man das trennen soll. Deshalb wäre eine Generaldebatte nicht von Schaden gewesen. . . .

Vorsitzender: Die Generaldebatte ist abgelehnt worden und kann jetzt nicht mehr besprochen werden.

Herr Tolle (fortfahrend): Der Herr Oberbürgermeister sagte ferner, die Installateure könnten Kochapparate usw. gegen Miete an die Einwohner abgeben. Das ist versucht, aber mit recht negativem Erfolge von der Firma Grimme, Natalis & Co. Die Firma hat sich die denkbar größte Mühe gegeben, hat allerdings ziemlich hohe Preise gefordert, die aber noch zurückblieben gegen die in anderen Städten geforderten Preise, sie haben aber so traurige Erfahrungen gemacht, daß sie gezwungen waren, den Versuch aufzugeben. Welche enormen Summen gehören außerdem dazu, um ein derartiges Geschäft zu machen!

Vorsitzender: Das hat mit dem § 3 aber nichts zu tun. Die wichtigeren Magistratsvorlagen werden dazu gedruckt, um den Mitgliedern der

Versammlung Zeit zu lassen, sich die Sache zu überlegen und, sofern sie mit dem einen oder anderen Punkte nicht einverstanden sind, Gegenorschläge auszuarbeiten und hier mit festen Anträgen zu kommen, über die man diskutieren kann. Ich sehe mich wenigstens außerstande, über Wünsche abstimmen zu lassen.

Herr Fr ü h l i n g: Ich muß bemerken, daß ich einen bestimmten Antrag gestellt habe.

V o r s i t z e n d e r: Herr Stadtverordneter Frühling, ich habe Ihnen eben das Wort nicht gegeben. Wenn man eine Aenderung an einer Vorlage wünscht, so muß man auch direkte Anträge einbringen. Ich werde jetzt über den § 3 abstimmen lassen.

Herr Fr ü h l i n g: Ich muß erwidern, daß ich nicht einen Wunsch geäußert, sondern den Antrag eingebracht habe, es beim alten zu lassen, welcher Antrag aber bemängelt worden ist. Infolgedessen war die Bemerkung des Herrn Vorsitzenden deplaziert.

V o r s i t z e n d e r: Das haben Sie nicht zu beurteilen. Ich halte meine Bemerkung vollständig aufrecht. Der alte § 3 deckt sich gar nicht mit dem neuen § 3 und kann ihn daher auch nicht ersetzen.

Herr S c h m i d t: Der Antrag des Herrn Frühling war klipp und klar, und die bei dessen Annahme notwendigen Aenderungen müssen vorgenommen werden, von wem, ist egal; soll die Kommission die Vorlage nicht wieder erhalten, so muß der Magistrat die Aenderungen vornehmen. Ich weiß nicht, weshalb der Antrag Frühling, der dahin geht, alles beim alten zu lassen, nicht zur Abstimmung gestellt werden kann.

V o r s i t z e n d e r: Es geht nicht, weil ich hinterher dem Magistrate schriftlich mitteilen muß, was hier beschlossen worden ist, wobei ich nicht mit allgemeinen Wünschen und Redensarten kommen kann.

Herr W o l t e r s: In der Tat läuft die Idee des Herrn Frühling dem jetzigen Inhalte des § 3 direkt entgegen, deshalb müssen die Herren, welche seiner Ansicht zustimmen, den § 3 ablehnen.

V o r s i t z e n d e r: Wir können natürlich den § 3 ablehnen, aber einen Antrag anzunehmen, um eine Idee zu verwirklichen, nach welcher hinterher der Magistrat oder ein anderer die Sache ändert, ist parlamentarisch unmöglich. Wer der Ansicht des Herrn Frühling ist, lehnt eben den § 3 ab. Dann muß der Magistrat mit neuen Anträgen kommen.

Herr Fr ü h l i n g: Ueber meinen Antrag ist ja schon abgestimmt worden. Die neue Debatte ist nur dadurch hervorgerufen, daß der Herr Vorsitzende sich

veranlaßt gesehen hat, zu sagen, er könnte über meine Wünsche nicht abstimmen lassen. Mein Antrag ist zur Abstimmung gestellt und abgelehnt, folglich erledigt.

Herr Meyerhoff: Herr Frühling ist vollständig im Recht, nur die Minorität war gegen den § 3, mithin ist er angenommen, wie er hier steht. (Widerspruch.)

Vorsitzender: Wenn Sie einen Vorsitzenden haben, müssen Sie auch auf ihn hören. Herr Meyerhoff muß genauer zuhören. Es ist abgelehnt, den § 3 an die Kommission zurückzuberweisen. Neben diesem negativen Vorschlage hatte Herr Frühling einen positiven Vorschlag gemacht. Sie müssen Ihrem Vorsitzenden soviel Vertrauen schenken, daß er die zur Verhandlung stehende Sache beherrscht. — Wer ist für die Annahme des § 3 mit der von der Kommission vorgeschlagenen Aenderung des Absatzes 2 von Punkt 7? Der § 3 ist mit der Aenderung genehmigt.

Herr Wolters: Zu den §§ 4, 5 und 6 findet sich seitens der Kommission nichts zu erinnern.

Herr Frühling: Ich beantrage, im § 6 zu sagen: Der Preis des Leuchtgases beträgt 14 Pfennig und des Koch- und Kraftgases 12 Pfennig.

Herr Oberbürgermeister Rétémeyer: Ich möchte den Herrn Antragsteller bitten, uns auch den finanziellen Effekt dieses Antrages vorzutragen.

Herr Frühling: Der finanzielle Effekt läßt sich in diesem Falle überhaupt nicht ausrechnen. Es ist wohl gesagt worden, wenn wir voriges Jahr den neuen Einheitspreis gehabt hätten, wäre das und das Resultat vorhanden gewesen, da sich aber der Konsum nach der Höhe des Preises richtet, so ist es nicht richtig, anzunehmen, daß unter dem anderen Preise dasselbe Quantum Gas verbraucht worden wäre. Der Gaskonsum wird sich vermehren, wenn der Preis verbilligt wird, während er sich beim alten Preise nicht in gleichem Maße vermehren wird. Deshalb schlage ich vor, den Preis nicht zu erhöhen, weil ich einen Rückgang des Konsums und demnach eine finanzielle Schädigung der Stadt befürchte.

Herr Möhle: Ich stehe ebenfalls auf dem Standpunkte des Herrn Frühling, da ich die Erhöhung des Preises für Kochgas nicht für einen glücklichen Gedanken halten kann. Es ist uns mitgeteilt worden, welchen Rückgang der Konsum des Leuchtgases gehabt hat; das ist aber etwas ganz Natürliches. Es ist der Strom der Zeit. Der Fortschritt der Technik, der sich nicht aufhalten läßt, hat uns in dem elektrischen Lichte einen Konkurrenten gebracht, der nicht zu unterschätzen ist. Die zur Hebung des Konsums an Leuchtgas von der Stadt jetzt geplante Einrichtung wird meiner Ueberzeugung nach nicht den gewünschten Erfolg haben, weil die Verwendung elektrischen Lichtes

eine große Annehmlichkeit im Gefolge hat, und wir werden selbst durch die Verbilligung des Leuchtgases diese Annehmlichkeit nicht einschränken können. Es ist für die Stadt betäubend, aber nichts daran zu ändern. Auf der anderen Seite ist uns mitgeteilt, daß der Konsum an Kraft- und Kochgas ein ganz bedeutender gewesen ist. Auch das ist der Strom der Zeit, der fortschreitet und sich nicht aufhalten läßt, wenn wir nur verstehen, das Bett dieses Stromes offen zu halten und ihn nicht einzudämmen. Mit dieser Maßnahme werden wir aber den Strom eindämmen und deshalb nicht den gewünschten Erfolg haben. Jetzt ist die Technik in der Verwendung des elektrischen Stromes für Kochzwecke noch nicht so weit, daß sie uns als Konkurrent gefährlich werden kann, denn vorläufig ist die Verwendung von Kochgas noch für jeden Konsumenten angenehm und auch wesentlich billiger als der elektrische Strom. Wenn wir aber in dieser Weise vorgehen und den Preis für Kochgas erhöhen, so werden wir erleben, daß sich die Technik darauf legen und möglicherweise Apparate herstellen wird, die es ermöglichen, mit Elektrizität ebenso billig zu kochen, wie mit Gas, und dann haben wir uns die zweite Konkurrenz geschaffen, die uns wieder von dem zurückbringt, was wir jetzt vielleicht erreichen. Ich stehe nicht auf dem Standpunkte, jetzt den Preis für Leuchtgas herunterzusetzen und dafür den Preis für Kochgas in die Höhe zu schrauben. Wir haben gesehen, wie das Lichtwerk es versteht, geschäftliche Reklame zu machen, wodurch der Verbrauch des elektrischen Stromes erheblich vorwärts geschritten ist. Diese Reklame wird auch hinsichtlich des Verbrauchs von Kraftgas ihre Wirkung nicht verfehlen. Wenn die Technik sich erst daran macht und sich mit der Direktion des Elektrizitätswerks zu verständigen sucht, so wird diese bald die nötigen Hilfsmittel erhalten, um die elektrische Kraft auch auf diesem Gebiete konkurrenzfähig zu machen. Deshalb warne ich, eine Erhöhung des Preises für Koch- und Kraftgas vorzunehmen.

Herr Tolle: Ich kann der Magistratsvorlage nicht beipflichten. Ich bin auch ein Freund des Einheitspreises, wenn Sie aber mit der Schaffung eines solchen eine so gewaltige Preiserhöhung vornehmen, so wird auch das eintreten, was Herr Möhle schon andeutete: der Gaskonsum wird gewaltig zurückgehen. Ich habe aus meinen Rechnungen ausgezogen, was ich selbst an Gas verbraucht habe, nämlich im Jahre 1908 zusammen 1958 cbm für 260,17 Mark. Nach dem neuen Einheitspreise müßte ich für dasselbe Quantum nach Abzug der Gasmessermiete 274,12 Mark bezahlen, so daß eine Mehrausgabe von 14 Mark = 5 Prozent für mich eintritt. Im Jahre 1907 würde die Differenz 11,06 Mark oder 4,4 Prozent betragen haben. Ich habe vielfach mit Gasabnehmern Fühlung genommen und gehört, daß ein großer Teil wahrscheinlich zur Grube zurückkehren wird, wenn diese Verteuerung des Kochgases angenommen werden

sollte. Welchen finanziellen Erfolg würden wir dann aber wohl haben? Deshalb möchte ich vorschlagen, einen Einheitspreis von 13 Pfennig zu nehmen. Sie werden mir erwidern, der Magistrat sei dazu nicht in der Lage, weil in dem Berichte des Gas- und Wasserwerkes gesagt worden ist, daß der Selbstkostenpreis des Gases 14,96 Pfennig betrüge. Von diesem Selbstkostenpreise gehen aber 4,34 Pfennig durch den Gewinn aus der Nebenproduktion herunter. Außerdem finden wir in der Berechnung der Kosten der Gaserzeugung noch einen Posten unter „Rückstellungen“, der 3,11 Pfennig pro Kubikmeter beträgt. Wenn wir einen so hohen Betrag einfach in die Rückstellungen schreiben, so müssen wir allerdings den ganzen Nutzen aus der Gasproduktion fortwischen; deshalb sind Rückstellungen in dieser Höhe viel zu groß. Die Selbstkosten des erzeugten Gases betragen unter Hinzurechnung der Zinsen und Tilgungen 8,51 Pfennig pro Kubikmeter; wenn wir nun selbst 12 Pfennig als Grundpreis annehmen, so würden wir noch einen Nettogewinn von etwa 40 Prozent haben, so daß wir bei einem Einheitspreise von 13 Pfennig sicher das richtige getroffen haben. In Berlin und Hamburg werden 13 Pfennig, in Charlottenburg 13,5 Pfennig pro Kubikmeter gefordert. Einen Einheitspreis von 14 Pfennig hätten wir damals annehmen sollen, als wir die Preise heruntersetzten und das Gas soviel verschlechterten, das letztere brauchten wir ja niemandem zu jagen (Heiterkeit); gemerkt hätte man es auf der Gasrechnung allerdings doch, denn wir bezahlen nach der Verbilligung tatsächlich einen höheren Preis als vorher, weil früher das Gas in bezug auf seine Leuchtkraft 13 Prozent, und in bezug auf seine Heizkraft um 15 Prozent besser war, als jetzt. Ich beantrage also, einen Einheitspreis von 13 Pfennig einzuführen.

Herr Wolters: Die Maßnahme, jetzt nur den Preis des Leuchtgases von 16 Pfennig auf 14 Pfennig herabzusetzen, den Preis für Kochgas aber auf 12 Pfennig bestehen zu lassen, würde einen Verlust im Gefolge haben, der sich berechnet für 1908/09 auf 74 000 Mark, 1907/08 auf 81 000 Mark, 1906/07 auf 79 000 Mark und 1905/06 auf 77 000 Mark. Nun ist die Frage: Können wir einen solchen Verlust wettmachen dadurch, daß wir annehmen, das Kraftgas wird bei dem bisherigen Preise soviel mehr Gewinn bringen als jetzt? Die Preise der Herstellungskosten des Ruhgases sind wie folgt berechnet worden: 1905/06 auf 8,98 Pfennig, 1906/07 auf 9,58 Pfennig, 1907/08 auf 10,67 Pfennig und 1908/09 auf 10,62 Pfennig. Wir verkaufen das Kraftgas zu 12 Pfennig, mithin ergibt sich für das letzte Betriebsjahr der geringe Nutzen von 1,38 Pfennig pro Kubikmeter. In einem Punkte hat Herr Tolle recht. In den Herstellungskosten ist auch der Betrag der Rückstellungen enthalten, der im letzten Jahre 3,11 Pfennig betrug; es ist aber auch notwendig, diese Beträge in den Herstellungspreis einzuberechnen, weil wir die Mittel dazu aus

dem Betriebe beschaffen müssen. Mit einem Gewinne ohne diese Rückstellungen können wir gar nicht rechnen, weil wir aus unserem eigenen Betriebe heraus die Unterhaltungs- und Neubeschaffungskosten machen müssen. Die Möglichkeit ist vorhanden, den Ausfall der Einnahme für Leuchtgas zu decken in der Weise, daß wir annehmen, es werde unter Beibehaltung des alten Preises für Kraftgas ein soviel höherer Gewinn erzielt. Zu dieser Ansicht kann ich mich aber nicht bekennen. Die Abgabe von Kraftgas ist allerdings gewaltig gewachsen, aber trotzdem ist eine gewisse Rückwärtsbewegung auch hierin eingetreten, indem 1905/06 gegen 1906/07 353 000 Kubikmeter, aber 1906/07 gegen 1907/08 nur 280 000 Kubikmeter mehr abgegeben worden sind, während im letzten Berichtsjahre das Mehr auf 147 000 Kubikmeter gesunken ist. Wir könnten nur darauf rechnen, den Ausfall durch eine vermehrte Abgabe an Kraftgas zu decken, und das ist hiernach nicht der Fall. Sollten wir im laufenden Jahre wieder 147 000 Kubikmeter Gas mehr abgeben, so würde das einen Mehrertrag von 25 000 Mark einbringen, so daß noch ein Ausfall von 50 000 Mark verbliebe.

Herr Oberbürgermeister K e t e m e y e r: Es läßt sich darüber streiten, wieviel die Stadtkasse am Gas verdienen darf, aber Herr Tolle wird mir recht geben müssen, daß unsere Gesehungskosten nicht so heruntergedrückt werden können, wie in den Städten, die unmittelbar im Kohlenrevier liegen, oder die ihre Kohlen mittels Schiff beziehen. Teurer als diese werden wir immer sein müssen. Wenn Sie verfolgen, wie die Gaspreise im Laufe der Zeit heruntergegangen sind, so finden Sie folgendes Ergebnis: Mit 30 Pfennig, wenn ich mich recht erinnere, pro Kubikmeter ist es angegangen und seit der Zeit ist ein fortwährender Rückgang eingetreten, bis wir bei diesem verhältnismäßig niedrigen Preise von 12 Pfennig für Kraftgas angekommen sind. Man könnte auch sagen, so gut wie bisher wird unsere Stadt auch noch weiter in der Lage sein, das Gas billig zu schaffen; dieser Hoffnung darf man sich aber nicht hingeben. Die Steigerung der Preise der Kohlen ist sehr einschneidend gewesen und niemand wird behaupten wollen, es sei Aussicht vorhanden, daß eine wesentliche Verbilligung der Kohlen eintreten wird. Dazu kommt die Steigerung der Löhne. Wenn Sie nach dem Etat die Steigerung der Löhne in den letzten 20 Jahren verfolgen, so bringt das eine ganze Menge, und auch hier ist auf einen Rückgang nicht zu rechnen. Wir werden also heute mit der Festsetzung der Gaspreise für eine längere Reihe von Jahren das richtige treffen müssen. Es ist sehr schwierig, eine Preiserhöhung vorzunehmen, wenn man sein Produkt nicht besser macht, aber wie soll das gemacht werden? Ohne die Einnahmen aus dem Gas- und Wasserwerke würde unser Etat ganz bedeutend ins Schwanken kommen. Und wenn Sie berücksichtigen wollen, was andere Städte aus

ihrem Gas und Wasser herauszuschlagen, so sind wir dagegen die reinen Waisenknaben. Ich möchte Herrn Tolle bitten, nicht so genau dem Ursprunge der Gestehtungspreise des Gases nachzuforschen, sondern man muß einfach fragen, welches ist ein angemessenes Entgelt für das, was die Stadt ihren Einwohnern bietet, und dabei wird man finden, daß die Einwohner mit dem hier geforderten Preise recht wohl zufrieden sein können.

Nun entsteht die Frage, soll die Erhöhung des Preises für Heizgas mit in Kauf genommen werden? Wir haben uns lange überlegt, ob wir das tun können. Wenn man einen Einheitspreis für Gas wünscht, so halte ich es für ausgeschlossen, einen anderen Satz zu nehmen, als ihn der Magistrat vorgeschlagen hat, und man kann auch behaupten, daß der Satz von 14 Pfennig nicht zu hoch ist. Wer sind denn aber die Einwohner, die die Erhöhung des Preises für Kraftgas besonders trifft? Das sind unsere fahnenflüchtigen Abnehmer, die zur Elektrizität übergegangen sind und infolgedessen nur noch unser billiges Kraftgas brauchen. Die Zahl der Abnehmer für Leuchtgas ist aber bei weitem in der Majorität, und diese werden sämtlich Vorteile von der Maßnahme haben. Wollen wir auf einen Einheitspreis hinarbeiten, dann ist es jetzt die höchste Zeit, denn die Verhältnisse verschieben sich mit jedem Tage zugunsten des Kraftgases und zuungunsten des Leuchtgases. Wenn erst die Abnehmer von Heizgas die Mehrheit bilden, so kriegen wir die Preiserhöhung nicht mehr durch. Mit der Festsetzung des Preises auf 14 Pfennig sind wir an die äußerste Grenze der Möglichkeit gegangen. Wer sich hierbei auf den Standpunkt stellt, elektrisches Licht zur Beleuchtung zu verwenden und von der Stadt das billige Heizgas zu beziehen, dem kann ich allerdings nicht folgen. Wir wollen einen Einheitspreis nehmen, damit auch in den kleinen Häusern der Gaskonsum zunimmt, denn die Anzahl der Häuser mit Gasanlagen ist verhältnismäßig noch gering, und der Gaskonsum wird durch diese Maßnahme unserer Ueberzeugung nach steigen.

Sie haben beschlossen, daß ein großer Teil der Ueberträge aus dem Gaswerke in Zukunft in das Ordinarium der Stadtkasse fließen soll; es kommen hierbei also auch die Steuerverhältnisse im allgemeinen in Betracht, und selbst wenn der Preis von 14 Pfennig etwas höher wäre, als es gerechtfertigt erscheint, so kommt dieses den übrigen Steuerzahlern, denen die Aufbringung hoher Steuern schwer wird, zugute, ich bitte deshalb, unserer Vorlage zuzustimmen.

Herr A h m a n n: Wenn darüber gestritten wird, ob ein Einheitspreis eingeführt werden soll oder nicht, so sind wir der Meinung, daß ein Einheitspreis insofern sehr viel für sich hat, als nicht mehr zwei Steigleitungen und zwei Gasuhren für eine Familie notwendig sind. Wenn wir aber zur Er-

zielung eines Einheitspreises dazu übergehen wollen, das Kraftgas zu verteuern, so halte ich das für ein gewagtes Exempel. Ich habe ganz besonders um deswillen Bedenken, weil der Magistrat in seinem Schreiben sagt, der sehr geringe Preis des Heizgases von 12 Pfennig sei seinerzeit eingeführt, um die Gasheizung zu befördern, und dieser Zweck sei, da der Verbrauch von Heizgas in den letzten 11 Jahren von jährlich 922 641 auf 2 729 671 Kubikmeter gestiegen sei und auf eine weitere Steigerung mit Sicherheit gerechnet werden könne, inzwischen erreicht. Wenn die Steigerung aber durch die Verbilligung des Preises für Heizgas erreicht worden ist, so kann durch eine Vertauung dieses Preises eine weitere Steigerung des Verbrauchs unmöglich erreicht werden, sondern ich glaube eher, daß das Gegenteil der Fall sein würde. Die Annahme des Herrn Wolters, daß wir bei einer Heruntersetzung des Preises für Leuchtgas einen Einnahmeverlust haben werden, dürfte nicht zutreffend sein. Jeder Geschäftsmann muß etwas ins Geschäft stecken, wenn er Gewinn erzielen will, und wir werden bei der Ermäßigung des Gaspreises auch einen Mehrkonsum erzielen. Wenn der Herr Oberbürgermeister sagt, es würden die Fahnenflüchtigen, die zur elektrischen Beleuchtung übergegangen seien, von der Preiserhöhung betroffen, so trifft das auch nicht immer zu, denn es werden auch noch viele andere Leute Kochgas verbrauchen. Es ist auch schon hervorgehoben, daß infolge der Benutzung der Gruben nicht allzuviel Kochgas verbraucht werden würde, wenn nun aber der Preis hierfür noch erhöht wird, so wird man allerdings noch viel mehr Gruben in Dienst stellen. Für diejenigen Familien, die nicht dauernd im Hause sind, ist die Verwendung von Kochgas eine große Unannehmlichkeit und auch Notwendigkeit, deshalb kommt das Gas für Kochzwecke nicht lediglich den Besitzenden zugute, sondern auch den kleinen Leuten, besonders, wenn den Leuten die Unterhaltung einer Grube Schwierigkeiten bereitet. Wenn uns jetzt die elektrische Lichtzentrale eine drückende Konkurrenz macht, so sind diejenigen Herren daran schuld, die seinerzeit nicht wollten, daß das elektrische Lichtwerk in städtische Regie übernommen wurde; wenn das geschehen wäre, hätten wir heute nicht zu bejammern, daß eine Anzahl Einwohner von der Gasentnahme zur elektrischen Beleuchtung übergegangen sind. Das ist eine Kurzsichtigkeit sondergleichen gewesen. Wir müssen uns nachgerade daran gewöhnen, daß das, was von der Allgemeinheit beansprucht werden soll, auch von der Allgemeinheit verwaltet werden muß, und nicht von einzelnen Kapitalisten. Das zeigt sich auch heute hier in der Debatte, und der Herr Oberbürgermeister spricht ja auch von Fahnenflüchtigen. Die Rechnung, welche hier aufgemacht ist, stimmt nicht, weil wir nicht wissen, welche Folgen eintreten, wenn wir die Preise verbilligen. Ich würde den Antrag Tolle als annehmbar betrachten können und glaube, daß die Stadt damit gute Erfah-

rungen machen würde. Zieht man eine Parallele zwischen dem elektrischen und dem Gaslicht, so fällt diese zugunsten des elektrischen Lichtes aus, und es ist nicht zu verwundern, wenn die Geschäftsleute mehr und mehr dazu übergehen, sich elektrisches Licht zuzulegen. Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit und neues Leben blüht aus den Ruinen, kann man mit dem Dichter sagen. Wenn sich unser Lichtwerk verzinsen soll, so wäre es besser, die elektrische Zentrale auch in unseren Händen zu haben, wir könnten dann den Preis regulieren, wie wir wollten. Es kann mir gesagt werden, ich dachte nicht daran, daß wir von der elektrischen Zentrale auch einen Nutzen haben, indem wir von dem Bruttogewinn eine nennenswerte Summe erhalten; das weiß ich sehr wohl, aber es ist doch sogar von amtlicher Seite gesagt worden, daß bedauerlicherweise ein Teil der Gaskonsumenten zu der elektrischen Beleuchtung übergegangen sei. Das ist aber der Fortschritt der Zeit, den wir nicht durch Repressivmaßnahmen aufhalten können, indem wir den Preis für Kochgas verteuern. Bei solcher Verteuerung würde es möglich sein, daß eine ganze Menge Leute abspringen und sich elektrische Kochapparate anlegen lassen. Deshalb kann ich mich für die Verteuerung des Kochgases nicht erklären, weil das nicht im Interesse des Gaswerkes und der Gaskonsumenten liegen kann.

Herr W o l t e r s: Man kann darüber im Zweifel sein, ob es an sich gerechtfertigt ist, den Preis des Kraftgases in die Höhe zu setzen. Sollte das nicht geschehen, so schließt es aber auch eine Ermäßigung des Preises für Leuchtgas aus. Die Herren Tolle und Ahmann treten für einen Einheitspreis von 13 Pfennig ein. Dem gegenüber bleibt nichts weiter übrig, als die Wirkung eines solchen Preises vor Augen zu führen. Nach den von mir bereits angegebenen Zahlen werden Sie den finanziellen Effekt leicht ausrechnen können: im Jahre 1908/09 würden bei einem Einheitspreise von 13 Pfennig beim Leuchtgas 111 390 Mark eingebüßt und bei dem Kochgas 27 297 Mark gewonnen sein, das macht einen Einnahmeausfall von 84 093 Mark, und im Jahre 1907/08 betrüge die Einbuße beim Leuchtgas 122 217 Mark und der Gewinn beim Kochgas 25 821 Mark, was einer Einbuße von 96 396 Mark gleichkommen würde. Eine solche Einbuße ist aber unmöglich. —

Bei der nun folgenden Abstimmung wird zunächst der Antrag Tolle auf Festsetzung des Preises für Leucht- und Kochgas auf 13 Pfennig mit 20 : 15 Stimmen, und sodann auch der Antrag Frühling auf Annahme eines Preises von 14 Pfennig für Leuchtgas und 12 Pfennig für Kochgas mit 25 : 10 Stimmen abgelehnt, und der Antrag des Magistrates auf Festsetzung eines Einheitspreises von 14 Pfennig mit 23 : 12 Stimmen angenommen. Der während der Abstimmung von Herrn Tolle geäußerte Wunsch, einen Zwischenantrag stellen zu dürfen, wurde von dem Herrn Vorsitzenden als unzulässig zurückgewiesen.

Vorjitzender: Ich stelle nunmehr den übrigen Teil des § 6 zur Besprechung.

Herr Tolle: Es wird im § 6 auch gesagt, daß den großen Abnehmern von Gas entgegengekommen werden soll durch Gewährung von Rabatt, jedoch soll die Rabattgewährung erst bei einem Jahresbetrage von 1000 Mark eintreten, so daß man 7143 Kubikmeter Gas verbraucht haben muß. Wir haben aber nur 46 Abnehmer mit einem Verbrauche von 5000 bis 10 000 Kubikmeter Gas. Ich muß also 7143 Kubikmeter Gas verbraucht haben, wenn ich 3 Prozent verdienen will. Diese Grenze ist zu hoch gesteckt. Wenn der Magistrat gesagt hätte, bei einem Verbrauche von mehr als 1000 Kubikmeter Gas, so würde man der Sache näher kommen. Die wenigen Abnehmer, die von solcher Erleichterung Vorteil haben, können wir an den Fingern abzählen. Ich möchte folgenden Antrag stellen:

„Die Versammlung wolle beschließen, bei einem Einheitspreise von 14 Pfennig die Rabattsätze wie folgt festzusetzen und den Magistrat zu ersuchen, diesem Antrage zuzustimmen: 1000 Kubikmeter 3 Prozent, 2000 Kubikmeter 5 Prozent, 3000 Kubikmeter 7 Prozent, 4000 Kubikmeter 9 Prozent, 5000 Kubikmeter 11 Prozent, 6000 Kubikmeter 13 Prozent und 7000 Kubikmeter 15 Prozent.“

Herr Bues: Vor längeren Jahren, als das Leuchtgas noch 18 Pfennig kostete, wurde hier der Antrag eingebracht, man möchte einen Rabattsatz für die größeren Abnehmer schaffen; der Antrag wurde aber abgelehnt, weil man glaubte, es würden dadurch bedeutende Einnahmeausfälle eintreten. Heute dienen aber diese hier ausgeworfenen Rabattsätze nur zur Verschönerung der Vorlage, denn heute gibt es derartige große Abnehmer fast gar nicht mehr, sie sind so ziemlich alle zu Herrn Major Ribbentrop übergetreten. Wir können die Rabattsätze ruhig stehen lassen, Wert haben sie nicht. (Heiterkeit.)

Vorjitzender: Wird es möglich sein, den finanziellen Effekt des Antrages Tolle hier einigermaßen sicher festzustellen?

Herr Wolters: Ich habe das Material wohl hier, kann das aber so schnell nicht ausrechnen. Wie haben übrigens Abnehmer bis zu 30 000 und 50 000 Kubikmeter, die Staffelsätze treten also sehr wohl in Kraft und dienen nicht nur zur Illustration.

Herr Tolle: Wenn meinem Antrage gemäß beschlossen wird, so kann der Ausfall für das Gaswerk auch nicht so sehr groß sein. So z. B. würde der Rabatt für meinen Haushalt, und ich gehöre nicht zu denjenigen Abnehmern, die am wenigsten gebrauchen, etwa 5 Mark jährlich betragen.

Vorjitzender: Der Antrag ist so weitgehend und so wenig übersehbar, daß es sich empfehlen dürfte, ihn als selbständigen Antrag zu behandeln und

durch eine Kommission vorberaten zu lassen. Wenn wir dann den Magistrat einstimmig ersuchen, die Rabattsätze herunterzusetzen, so wird er es auch tun.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Man muß doch wenigstens die finanzielle Wirkung eines Antrages ermitteln. Der Herr Referent hat darüber das Material in Händen; ich habe den Gaskonsum jedes einzelnen Abnehmers vom vorigen Jahre ausziehen lassen, so daß der Effekt des Antrages bald berechnet werden kann. Ich glaube, es würde für die Stadt ein hoher Betrag dabei herauskommen, ob aber der einzelne Konsument einen so großen Nutzen dabei hat, glaube ich nicht.

Der Antrag Tolle wird darauf abgelehnt und der § 6 zunächst in seinen einzelnen Teilen und darauf im ganzen angenommen.

Herr W o l t e r s: Zum § 7 hat die Kommission nur zu bemerken, daß in der Ueberschrift und im Eingange statt „Miete“ und „Mietgeld“ gesetzt wird: „Mietzins“.

Herr T o l l e: Sie werden mir zugestehen, daß ein ziemlicher Mut dazu gehört, nach diesem Mißerfolge noch das Wort zu nehmen. (Heiterkeit.) Die hier ausgeworfene Gasmessermiete halte ich teilweise für zu hoch und zu ungleichmäßig festgesetzt. Sie steigt z. B. von einem 40- zu einem 50flammigen Gasmesser um 2,40 Mark jährlich, von einem 50- zu einem 60flammigen Messer um 4,80 Mark, von einem 60- zu einem 80flammigen Messer um 2,40 Mark usw. Diese Preise könnten wir wohl etwas herabsetzen und auch eine einfachere Skala nehmen; ebenso würde ich es für angezeigt halten, den größeren Abnehmern insofern etwas entgegenzukommen, als wir die Miete nicht zu hoch hinaufsetzen. Für einen 100flammigen Gasmesser jährlich 21,60 Mark Miete zu zahlen, ist zu hoch, und bei einem 150flammigen Messer ist der Mietzins von 36 Mark ebenfalls zu hoch. Ich möchte bitten, eine Skala anzunehmen, nach der der Mietzins vom 40flammigen Gasmesser ab jährlich nur um je 1,20 steigt und in dieser Weise bis zu dem größten Messer hinaufgeht.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Hat der Herr Antragsteller auch die Sätze so gewählt, daß wir bei Ermittlung des Monatsbetrages keine Brüche bekommen?

Herr T o l l e: Ja, das ist berücksichtigt.

Herr W o l t e r s: Eine bedeutende finanzielle Wirkung würde der Antrag Tolle nicht hervorrufen. Wir besitzen für 50 Flammen nur 23 Messer und darüber hinaus noch weniger, wir würden jährlich vielleicht 1500 bis 2100 Mark bei der Annahme des Antrages verlieren. Ich würde aber vorschlagen, es beim Kommissionsantrage zu belassen.

Der Antrag Tolle wird darauf abgelehnt und der Kommissionsantrag angenommen. Letzterer deckt sich mit dem Antrage des Magistrates.

Herr Wolters: Zu den §§ 8 bis 13 hat sich kommissionsseitig nichts zu erinnern gefunden. Bei § 8 hatte ein Kommissionsmitglied die Kühnheit gehabt, anzuregen, ob nicht die Ein- und Auszahlung bei der Reichsbank durch Girokonto eingeführt werden könnte, es hat aber mit der Anregung denselben Erfolg gehabt, wie Herr Tolle hier mit seinen Anträgen. (Heiterkeit.)

Als neuen § 14 schlägt die Kommission vor, einzuschalten:

„§ 14.

U e b e r g a n g s b e s t i m m u n g.

Ueberall da, wo beim Verbräuche von Leucht- und Heizgas besondere Messer zum Messen des Heizgases in die Leitung eingebaut sind, läßt die Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke diese Messer auf Kosten der Stadt beseitigen; sie besorgt auch auf Antrag des Abnehmers die ordnungsmäßige Verbindung der durch die Entfernung des Messers getrennten Leitungsteile durch Anbringung eiserner Leitungsröhre und zwar — nach Wunsch des Abnehmers — entweder gegen Erstattung der Kosten oder gegen Ueberlassung des vor dem Messer befindlichen Abstellhahnes und der vor und hinter dem Messer angebrachten Verbindungs-Bleirohre, während beim Verzicht des Abnehmers auf die Ausführung dieser Arbeiten die Verpflichtung der Direktion sich auf die Verschließung des auch nach Entfernung des Heizgas-Messers Gas führenden Teiles der Leitung beschränkt.

Den Zeitpunkt der Entfernung der Heizgasmesser bestimmt die Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke; die Miete für diese Messer wird aber schon von dem Tage an nicht weiter erhoben, an dem diese Bedingungen zur Anwendung kommen.“

Der § 14 erhält die Nummer 15.

Herr Oberbürgermeister K e t e m e y e r: Wir halten für angezeigt, daß eine bestimmte Zeit vor dem Inkrafttreten der neuen Vorschriften die Bekanntmachung über die Gaspreiserhöhung erfolgt; es wird deshalb nichts anderes übrig bleiben, als die Vorschriften erst mit dem 1. November in Kraft treten zu lassen. Wenn die Herren aber meinen sollten, daß sie sofort in Kraft gesetzt werden sollen, so ist das immerhin noch möglich. Die Bekanntmachung müßte dann sofort morgen erlassen werden.

Herr L e u e: Ich würde dafür stimmen, die Erhöhung erst zum 1. November in Kraft treten zu lassen; es würde sonst eine Härte für diejenigen eintreten, die nach der Preiserhöhung kein Gas zu Kochzwecken mehr abnehmen würden.

Herr Kleinfnecht: Ich werde darauf aufmerksam gemacht, daß hierbei mit zu berücksichtigen sein dürfte, daß morgen Ziehtag ist und es sich daher doch empfehlen würde, schon von morgen ab die Menderung eintreten zu lassen, weil dann nicht noch zwei Gasmesser für eine Familie angelegt zu werden brauchen. (Zustimmung.)

Herr Meyerhoff: In der Deputation ist dieser Punkt nicht erwähnt worden, aber wir sind uns soweit schlüssig geworden, die zweiten Gasmesser zu beseitigen und bei Anmeldungen nach dem 1. Oktober keine zwei Messer mehr zu setzen. Ich glaube, es bedürfte nur einer Anregung, daß eine derartige Vorschrift erlassen wird.

Herr Oberbürgermeister Ketschmer: Ich wiederhole: Die Mehrzahl der Konsumenten nach Zahl und Menge des abgenommenen Gases steht sich besser, wenn die Menderung so bald wie möglich in Kraft tritt; wenn Sie also keine Bedenken haben, können wir die neuen Vorschriften schon von morgen ab in Geltung treten lassen, da wir nicht gebunden sind, die Menderung eine bestimmte Zeit vorher bekannt zu machen. Das von Herrn Dr. Kleinfnecht angeführte Moment ist allerdings sehr wichtig.

Vorsitzender: Wer wünscht die neuen Vorschriften mit dem 1. Oktober 1909 angewendet zu sehen? Das ist fast einstimmig angenommen, dann gilt damit der § 15 (neu) auch als genehmigt. Wer ist mit der Annahme des ganzen Statuts einverstanden? — Das Statut ist angenommen.

VI. Versorgung der Gemeinde Gliesmarode mit Gas.

Die Gemeinde Gliesmarode hat ersucht, ihr aus den städtischen Gaswerken Gas zur Beleuchtung der Straßen und zur Versorgung der dortigen einzelnen Grundstücke zu liefern. Da der Genehmigung dieses Antrages irgend welche Bedenken nicht entgegenstehen, so hat der Magistrat mit der Gemeindebehörde von Gliesmarode die Bedingungen vereinbart, unter denen die Gaslieferung für zulässig erachtet wird. Der Versammlung wird ein Vertragsentwurf zur Genehmigung mit folgenden Bemerkungen vorgelegt:

1. Die Kosten, die die Stadt nach § 2 des Entwurfs für das auf der Gliesmaroderstraße innerhalb der diesseitigen Teilstrecke zu verlegende Gashauptrohr zu tragen haben würde, sind zu etwa 3000 Mark geschätzt; dieselben würden vermutlich dann ohnehin aufgewandt werden müssen, wenn die an der Südseite der fraglichen Straßenstrecke gelegenen, zum städtischen Gebiete gehörigen Grundstücke bebaut werden sollten. Wann diese Bebauung zugelassen werden kann, ist zurzeit völlig ungewiß, da es für die Entwässerung an der erforderlichen Vorflut fehlt, und der zu ihrer Schaffung nötige

Sammelfanal in der nordöstlichen Außenstadt vorläufig nicht erforderlich ist. Eine angemessene Verzinsung und Amortisation dieser 3000 Mark ist deshalb nur durch den Gewinn zu erzielen, den die Lieferung von Gas an die Gemeinde Gliesmarode der Stadt bringen wird.

2. Ein so einfaches Vertragsverhältnis, wie in Ansehung der Wasserlieferung mit der Gemeinde Gliesmarode vereinbart worden ist, läßt sich in Ansehung der Gaslieferung nicht erreichen; es würde dazu ein an der Grenze anzubringender Hauptgasmesser von so erheblichem Umfange einzubauen sein, daß die Errichtung eines besonderen Gebäudes nicht zu umgehen wäre. Da nun der Gemeinde Gliesmarode die Möglichkeit gewährt werden muß, eine angemessene Verzinsung und Amortisation der von ihr aufzuwendenden Anlagekosten durch den von ihren Einwohnern zu zahlenden erhöhten Gaspreis zu erzielen, so empfiehlt es sich, daß die Stadt Braunschweig auch in Gliesmarode die Beträge für geliefertes Gas von den dortigen Abnehmern einzieht und der Gemeinde Gliesmarode nach Schluß des Rechnungsjahres den vorgesehenen Aufschlag von 2 Pfennig pro Kubikmeter herauszahlt.
3. In der Annahme, daß die Versammlung der Vorlage auf Festsetzung eines Einheitspreises für Gas zustimmen wird, hielt der Magistrat für zweckmäßig, auch von der Gemeinde Gliesmarode nur den Einheitspreis zu fordern. Dieser Preis ist gleichfalls auf 14 Pfennig pro Kubikmeter festgesetzt, so daß die Gliesmaroder Abnehmer 16 Pfennig pro Kubikmeter zu zahlen haben würden.

Die übrigen Bestimmungen des Entwurfs geben dem Magistrate zu besonderen Bemerkungen keinen Anlaß.

Die Versammlung wird ersucht, den Magistrat zum Abschlusse eines dem Entwurfe entsprechenden Vertrages zu ermächtigen und die Berausgabung der oben erwähnten Kosten zu etwa 3000 Mark zu Lasten des Reservefonds der Gaswerke zu genehmigen.

Herr Jasper: Es wird den Herren erinnerlich sein, daß wir uns grundsätzlich schon früher geeinigt hatten, der Sache näherzutreten. Die Finanzkommission hat zu irgend welchen Beanstandungen des vorgelegten Vertragsentwurfes keinerlei Anlaß gefunden und schlägt vor, ihn in vollem Umfange zu genehmigen. Die Interessen der Stadt sind in dem Entwurfe vollständig gewahrt und es wird andererseits auch gegenüber der Gemeinde Gliesmarode loyal verfahren, zumal man dabei vielleicht auch von der Erwägung ausgegangen ist, daß zwischen uns und Gliesmarode einmal eine engere Ge-

meinschaft hergestellt werden könnte, die sich nicht nur auf ein gemeinsames Gasnetz beschränken wird. Persönlich möchte ich vorschlagen, vielleicht insgesamt über die Vorlage in die Beratung einzutreten.

Herr Oberbürgermeister K e t e m e y e r: Ich möchte auf einen Punkt hinweisen. Die eben von uns beratenen Vorschriften über die Entnahme von Gas würden ohne weiteres auch für Gliesmarode maßgebend sein. Im § 4 des hier vorliegenden Vertragsentwurfes ist aber eine Abweichung von jenen Vorschriften insofern vorgesehen, als die Kosten der gesamten von dem Hauptstraßenrohre abzweigenden Zuleitungen zu den einzelnen Grundstücken von dem Grundstückseigentümer zu tragen sind. Wir wissen nicht, wieviel Gas die dortigen Abnehmer brauchen und könnten unter Umständen ein schlechtes Geschäft machen, wenn wir diese Kosten übernehmen; wir haben deshalb gesagt, daß die dortigen Abnehmer die kleine Mehrausgabe tragen können.

V o r s i e n d e r: Der Herr Referent hat vorgeschlagen, die Vorlage en bloc zu verabschieden. Erhebt sich dagegen Widerspruch? — Das ist nicht der Fall. Wer ist für die Annahme der Magistratsvorlage? — Die Vorlage ist genehmigt.

VII. Zuschuß für den Verkehrsverein.

Dem Vorstande des hiesigen Verkehrsvereins ist es gelungen, einen einstimmigen Beschluß des Bundes Deutscher Verkehrsvereine dahin herbeizuführen, daß die nächste Jahresversammlung vom 10. bis 14. Mai 1910 hier abgehalten werden soll. Um den voraussichtlich in großer Zahl eintreffenden Festteilnehmern einen würdigen, gegen das bei früheren Tagungen in anderen Städten Gebotene nicht abfallenden Empfang bieten zu können, erbittet der hiesige Verkehrsverein die Unterstützung der städtischen Behörden durch Teilnahme an den Veranstaltungen, unentgeltliche Beleuchtung des Altstadt-Rathauses und des Brunnens auf dem Altstadtmarkte an einem der Festabende, sowie Gewährung einer Beihilfe von 1200 Mark. Wie der Magistrat ausführt, ist anzuerkennen, daß der Verein nur mit Hilfe von anderer Seite die Kosten der Tagung bestreiten kann. Durch Sammlung in den Interessentenkreisen der hiesigen Einwohnerschaft, besonders seiner eigenen Mitglieder, wird er allerdings einen Teil der erforderlichen Mittel aufbringen können, indessen wird ein städtischer Zuschuß nötig sein, damit die Opferwilligkeit einzelner Bürger nicht zu sehr in Anspruch genommen zu werden braucht. Gerade dem Bunde Deutscher Verkehrsvereine muß sich Braunschweig als gastliche Stadt zeigen, wenn es aus der Tagung die erhofften Vorteile ziehen will, zumal benachbarte Städte, die am Schlusse des Bundestages besucht werden sollen, gleichfalls festliche Empfänge planen.

Es wird daher magistratsseitig empfohlen, den Wünschen des Verkehrsvereins stattzugeben, jedoch mit der Maßgabe, daß nicht eine feste Summe von 1200 Mark, sondern nur die zur Deckung eines Fehlbetrages erforderlichen Mittel bis zu höchstens 1200 Mark bewilligt werden. Nach einem Beschlusse des Deutschen Städtetages, dem der Magistrat beipflichtet, sollen städtische Mittel nicht zur Bewirtung von Festteilnehmern verwendet werden. Das wird dem Verkehrsverein gegenüber zum Ausdruck zu bringen sein. Wie die Versammlung wiederholt anerkannt hat, kommt die Wirksamkeit des Verkehrsvereins in erster Reihe dem hiesigen Kleinhandel und Handwerke zugute. Es wird daher angängig sein, den Zuschuß aus den Erträgen der Umsatzsteuer zu entnehmen. Der Magistrat ersucht, die Zustimmung dazu zu erteilen, daß dem hiesigen Verkehrsvereine zur Deckung der Kosten des Bundestages Deutscher Verkehrsvereine die erforderlichen Mittel bis zum Höchstbetrage von 1200 Mark aus den Erträgen der Umsatzsteuer bewilligt werden und daß an einem der Festabende die übliche Beleuchtung des Altstadt-Rathauses und des Brunnens auf dem Altstadtmarkte unentgeltlich erfolgt.

Herr *Leue*: Die Finanzkommission hat die Vorlage gründlich beraten und ist schließlich in ihrer Mehrheit zu dem Beschlusse gekommen, zu empfehlen, der Vorlage zuzustimmen.

Herr *Wesemeier*: Die Begründung ist sehr nett, daß die Tagung des Bundes zum größten Teile dem Handwerker und dem Kleinhandel zugute komme; nichtsdestoweniger kann ich mich nicht damit einverstanden erklären, daß die Mittel dem Verein zur Verfügung gestellt werden. Bescheiden ist der hiesige Verkehrsverein gerade nicht: sobald er Geld gebraucht, wendet er sich an die Stadt und erhält es auch. Wenn Vereine zu Privatzwecken Zusammenkünfte veranstalten, so sollten sie auch selbst für die Aufbringung der Mittel sorgen und sich nicht immer an die Städte wenden, um von diesen das nötige Geld zu erlangen. Es ist schon oft genug bei verschiedenen Tagungen Stellung gegen dieses Unwesen genommen, daß nämlich überall festliche Empfänge veranstaltet werden, wenn Vereine zusammenkommen. Wir müssen endlich dazu übergehen, diesem Unwesen ein energisches Galt entgegenzusetzen und erklären, daß dafür die Vereine selbst aufzukommen haben. Die Unkosten bestehen mit in dem Besuche anderer Städte und vielleicht auch in der Veranstaltung von Festgelagen, wozu indessen die Mittel auch nicht in der Umsatzsteuer vorhanden sind.

Herr Stadtrat *Wagner*: Die städtischen Behörden sind davon ausgegangen, daß der Verkehrsverein eine sehr dankbare Aufgabe insofern erfüllt, als er den städtischen Behörden die Reklame für Braunschweig und die Heran-

ziehung von Fremden und von neuen Einwohnern abnimmt. Um diesen Teil der Tätigkeit des Verkehrsvereins zu fördern, haben wir neben dem laufenden Zuschusse gern die Mittel bewilligt z. B. für das bekannte Reklameplakat und auch für den Fremdenführer. Das Reklameplakat findet man schon in den entferntesten Gegenden, ich habe es sogar in der Braunschweiger Hütte in Tirol vorgefunden. Solche Sachen kann der Verein aus seinen Mitteln nicht bestreiten. Da außerdem die Tagung des Bundes geeignet ist, die Blicke auf Braunschweig zu lenken, so haben wir für richtig gehalten, uns für den Antrag auszusprechen, zumal der Bund überall gut aufgenommen ist und es einen schlechten Eindruck machen würde, wenn dagegen der Empfang hier zurückstehen sollte. Es ist auch schon in der Vorlage hervorgehoben worden, daß der Zuschuß für die Kosten einer etwaigen Bewirtung nicht mit verwendet werden darf, was dem Verkehrsvereine gegenüber besonders zum Ausdruck gebracht werden wird. Der Deutsche Städtetag hat sich mit dieser Frage besonders befaßt, nachdem andere Städte es in dem Punkte übertrieben und sich in Festmählern überboten haben; man hat auf dem Deutschen Städtetage einen entsprechenden Beschluß gefaßt und darin festgestellt, daß der städtische Zuschuß nur für sachliche Unkosten, also den Druck einer Festschrift, die Lieferung von Führern usm. verwendet werden darf. Der Verkehrsverein wird uns über seine Ausgaben Rechnung legen, aus der wir ersehen können, daß unser Zuschuß nicht zu den Kosten einer Bewirtung verwendet worden ist. Aus den Kreisen des Verkehrsvereins ist mir auch schon mitgeteilt worden, daß die Kosten des Festmahls durch die Teilnehmer oder auf andere Weise beschafft werden sollen.

Herr B ä h r: Im großen ganzen muß man zugeben, daß jede Stadt, die große Versammlungen aufnimmt, auch opferbereit sein muß; wir sind daran nur noch nicht recht gewöhnt gewesen, während andere Städte in der Richtung längst vorgegangen sind. Andere Städte wenden erhebliche Summen für solche Zwecke auf, weil sie den Einwohnern wieder zugute kommen. Hat der Verkehrsverein auch angegeben, wie stark der Besuch sein wird? Eine Aufwendung von 1200 Mark würde sich nur dann rechtfertigen lassen, wenn tatsächlich ein starker Verkehr hierher gebracht wird, sonst würde sich ein Zuschuß in solcher Höhe nicht rechtfertigen lassen.

Herr Stadtrat W a g n e r: Ueber den Besuch der Versammlung im nächsten Frühjahr konnten dem Magistrate bindende Erklärungen noch nicht gegeben werden. Mir hat aber der Herr, welcher den vorigen Bundestag besucht und den einstimmigen Beschluß über die Wahl Braunschweigs gegenüber anderen Konkurrenten erreicht hat, gesagt, daß die Einladung von Braun-

schweig mit großem Beifall aufgenommen sei und ein sehr starker Besuch zu erwarten sein würde.

Die Magistratsvorlage wird sodann angenommen.

VIII. Änderungen an der Gehaltsordnung der Bürgerschullehrkräfte.

Die von den städtischen Behörden beschlossene neue Gehaltsordnung für die an den städtischen Bürgerschulen beschäftigten Lehrkräfte ist vom Herzoglichen Staatsministerium und Herzoglichen Konsistorium in folgenden drei Beziehungen beanstandet:

1. Herzogliches Staatsministerium trägt Bedenken, den Erlaß der Vorschrift unter A § 7 I 3 b zu genehmigen, wonach alle Bürgerschullehrer verpflichtet sein sollen, auf Anfordern des Magistrates an der Fortbildungs- und an der Gewerbeschule Unterricht zu erteilen; die Stadt soll nur ermächtigt sein, die fragliche Verpflichtung den nach Erlaß der neuen Vorschriften eintretenden Lehrern ohne weiteres, den bereits angestellten ordentlichen Lehrern aber nur mit ihrer Zustimmung aufzuerlegen.

Da das weitergehende Recht, dessen Einräumung ohne Frage für das Fortbildungsschulwesen von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein würde, nicht zu erlangen ist, so wird man sich mit dem geringeren Zugeständnis zu begnügen haben.

2. Wie der Versammlung bekannt, sind bis zum Jahre 1905 verschiedene Lehrerinnen versehentlich mit einem Anfangsgehalte von 1400 Mark angestellt, obwohl die Dienstordnung vom 15. Dezember 1900 das Anfangsgehalt auf 1200 Mark festsetzte. Der Irrtum ist seinerzeit durch den Zwischenfall „unter Anrechnung ihrer vorausgegangenen Probeprobezeit“ verursacht, und daher im Jahre 1905 der Nachtrag II der Dienstordnung erlassen, der die betreffenden Worte beiseitigt. So unangenehm die durch den Vorgang hervorgerufene Unleichheit im Gehalte ist, so waren die städtischen Behörden doch der Ansicht, daß an den bestehenden, durch die Anstellung geschaffenen Rechtsverhältnissen der einzelnen bevorzugten Lehrerinnen nicht zu rütteln sei, und es ist gerade mit Rücksicht hierauf die Vorschrift unter Ba des Entwurfs vom 3. Mai ds. Jrs. dahin gefaßt, daß die neuen Gehälter unter Zugrundelegung des Dienstalters bemessen werden sollten, das für die Bemessung des bisher gezahlten Gehaltes im Einzelfalle maßgebend gewesen ist, d. h. also, soviel die vorerwähnten Lehrerinnen betrifft, daß sie auch nach der neuen Gehaltskala den sich unter An-

rechnung der Probendienstjahre ergebenden Gehaltssatz bekommen; sie haben mit der zweituntersten Gehaltsstufe angefangen und sollen demgemäß auch künftig besoldet werden.

Die einzelnen Gehaltsätze sind folgende:

	G e h a l t	K ü n f t i g
I	1200 M	1400 M
II	1400 "	1550 "
III	1600 "	1700 "
IV	1800 "	1800 "
V	1900 "	1900 "
VI	2000 "	2000 "
VII	2100 "	2100 "
VIII	2200 "	2200 "

Abgesehen von der neuen VIII. Stufe zu 2200 Mark ergibt sich somit für die drei untersten Gehaltsstufen eine Steigerung und für die IV. bis VII. Gehaltsstufe die Beibehaltung der bisherigen Gehaltsätze. Das vom Herzoglichen Konsistorium geäußerte und anscheinend auch vom Herzoglichen Staatsministerium geteilte Bedenken, die Anwendung der neuen Vorschriften könnte zu einer Minderung des bisherigen Gehaltes führen, ist danach nicht begründet. Der Magistrat hat aber gleichwohl nichts gegen die Aufnahme der empfohlenen Zusatzbestimmung einzuwenden, daß in allen Fällen mindestens die nach den bisherigen Vorschriften und Festsetzungen sich ergebenden Gehaltsätze gezahlt werden sollen.

3. Nach der Vorschrift im § 7 I 5 des Entwurfs sollen die Zeichenlehrerinnen, die zwar nicht die staatliche Prüfung (im Zeichnen) für höhere Schulen bestanden haben, aber wenigstens 18 Stunden wöchentlich Unterricht im Zeichnen erteilen, eine pensionsfähige Zulage von 150 Mark jährlich erhalten.

Es muß anerkannt werden, daß eine pensionsfähige Funktionszulage von 150 Mark nichts anderes ist, als eine Erhöhung des einzelnen Gehaltssatzes um 150 Mark; es ergeben sich daher nach dem Entwurfe einerseits und nach dem Gesetze vom 11. Dezember 1908 (vergl. Berichtigung in der Gesetz- und Verordnungsammlung von 1909 S. 184) die folgenden beiden Skalen:

	G e s e t z	E n t w u r f
I	900 M	1100 + 150 = 1250 M
II	1000 "	1300 + 150 = 1450 "
III	1100 "	1400 + 150 = 1550 "

	G e s e z	E n t w u r f
IV	1200 M	1500 + 150 = 1650 M
V	1300 "	1600 + 150 = 1750 "
VI	1400 "	1700 + 150 = 1850 "
VII	1500 "	1800 + 150 = 1950 "
VIII	1600 "	1900 + 150 = 2050 "

und es überschreiten somit die von den städtischen Behörden beschlossenen Gehaltsätze die durch das vorgedachte Gesetz bestimmten Sätze um mehr als 300 Mark, was nach § 5 Abj. 3 des Gesetzes nicht zulässig ist. Eine Funktionszulage würde nur auf der untersten Stufe und zwar in Höhe von 100 Mark zulässig sein. Doch liegt zu ihrer Gewährung ein hinreichender Grund nicht vor, und es empfiehlt sich daher, die Vorschrift unter 5 b des § 7 zu streichen.

Hiernach wird anheimgegeben, folgenden Änderungen des Entwurfs zuzustimmen:

1. Die Vorschrift unter A § 7 I 3 b des Entwurfs erhält folgende Fassung:

„Mit Genehmigung des Schulvorstandes der städtischen Bürgerschulen und des Herzoglichen Konsistoriums kann der Stadtmagistrat einem ordentlichen Lehrer die Erteilung von Unterricht auch an der Fortbildungsschule und an der Gewerbeschule innerhalb der Zahl seiner Pflichtstunden übertragen, den beim Inkrafttreten dieser Vorschriften bereits angestellten ordentlichen Lehrern jedoch nur mit deren Zustimmung; ob und in welchem Betrage (wie bisher).“

2. Die Vorschrift unter A § 7. 5 b des Entwurfs („Zeichenlehrerinnen . . . jährlich 150 Mark“) wird gestrichen.
3. Die Vorschrift unter B a des Entwurfs wird durch folgenden Zusatz ergänzt:

„Die zur Zeit des Inkrafttretens dieser Vorschriften bereits im Amte befindlichen Lehrerinnen erhalten auf jeder Stufe mindestens denjenigen Gehaltsatz, den sie auf Grund der bisher in Geltung gewesenen Gehaltsordnung nach Maßgabe ihres Dienstalters zu beziehen haben würden.“

4. Es sind Zweifel darüber entstanden, wie in bezug auf die Steigerung der den Hilfslehrern und Hilfslehrerinnen nach der neuen Gehaltsordnung zukommenden Vergütung in dem Falle zu verfahren ist, daß ihre Annahme nicht zum 1. April, sondern im Laufe eines Rechnungsjahres erfolgt. Um Weiterungen auszuschließen, dürfte es sich

nach der Ansicht des Magistrates empfehlen, die Erhöhung der Vergütungen nach gleichen Grundsätzen eintreten zu lassen, die für die Gehaltssteigerung maßgebend sind, d. h. also die Zulagefristen stets vom 1. April ab laufen zu lassen und zwar, sofern die Annahme in den neun ersten Monaten des Kalenderjahres erfolgte, vom 1. April eben dieses Jahres, andernfalls aber vom 1. April des folgenden Jahres ab. Hiernach wird beantragt, zuzustimmen, daß in dem Nachtrage III zur Dienstordnung für die Lehrkräfte an den Bürgerschulen der Stadt am Schlusse des § 7 eingeschaltet werde:

„VIII. Die Vorschrift unter III findet auf Hilfslehrer und Hilfslehrerinnen sinngemäße Anwendung.“

Namens der Finanzkommission berichtet über die Vorlage Herr Wolters: Was zunächst den Punkt 1 der Aenderungen (zu § 7 I 3 b) betrifft, so ist die Wirkung dieses Beschlusses für die Stadt nicht ganz angenehm. Als wir jene erste Fassung beschlossen haben, hat uns dabei der Gedanke geleitet, daß wir nicht in die Lage kommen wollten, für die Gewerbeschule besondere Lehrkräfte anzustellen, und es lag der Gedanke nahe, die vorhandenen Lehrkräfte auch für die Gewerbe- und Fortbildungsschule mit heranzuziehen. Die Finanzkommission hat dieser Aenderung zugestimmt.

Herr Bähr: Man muß hierbei auch noch andere Gesichtspunkte in Rechnung ziehen, nämlich, ob es nicht doch zu weit gegangen wäre, wenn die Absicht des Magistrates die Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums gefunden hätte. Braunschweig würde wohl die einzige Stadt gewesen sein, die solche Verpflichtung den Lehrkräften auferlegte. In Preußen besteht allerdings für sämtliche Lehrkräfte der Volksschule die Verpflichtung, daß sie mit 4 Stunden pro Woche mehr herangezogen werden können, jedoch muß dafür ein entsprechendes Honorar gezahlt werden. Hier wollte man die Lehrer innerhalb der Pflichtstunden zur Fortbildungsschule heranziehen und hatte daher nicht die Absicht, sie für diesen Unterricht besonders zu entschädigen. Der Geldpunkt scheint hierbei eine besonders große Rolle gespielt zu haben. Wenn auch ein Ausgleich in der Weise geschaffen werden sollte, daß die Abendstunden höher als die Tagesstunden angerechnet werden sollten, so wäre die Einrichtung trotzdem recht eigenartig gewesen. Deshalb begrüße ich das Eingreifen des Herzoglichen Staatsministeriums in diesem Punkte; die Sache ist außerdem für die Stadt nicht so weitreichend, wie hier und da angenommen wird. An und für sich entspricht die Verfügung des Ministeriums der Billigkeit, und ich hätte gewünscht, die Entscheidung wäre noch weitergegangen und hätte auch den zukünftigen Lehrern die Belastung abgenommen.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e h e r: Mir ist nicht recht verständlich, weshalb Herr Bähr das Verfahren der städtischen Behörden für so bedenklich erachtet. Ich sollte meinen, es müßte für die Herren Lehrer ebenso angenehm sein, in der Fortbildungsschule zu unterrichten, wie in der Bürgerschule; nach meinem Geschmack muß es sogar angenehmer sein, in der Fortbildungsschule erwachsene Leute zu unterrichten, als in den Bürgerschulen die allerkleinsten Abc-Schützen. Die Ansichten hierüber mögen verschieden sein, aber Herr Bähr hat nicht recht, wenn er sagt, nur der Geldpunkt wäre dabei entscheidend gewesen; er ist wohl mit entscheidend gewesen, aber daneben auch der wesentliche Gesichtspunkt: was macht die Stadt, wenn die Lehrer einmal sagen, wir wollen nicht in der Fortbildungsschule unterrichten? Dann engagiert sich die arme Stadt eine große Anzahl von Lehrern, die nur in einzelnen Stunden unterrichten können, weil man die jungen Leute nicht den ganzen Tag der Arbeit entziehen kann. Unser Gedanke war durchaus gesund, und das Herzogliche Staatsministerium hat nur deshalb Bedenken gefunden, weil das Gesetz das nicht vorsieht, vielmehr den Kreis der Pflichten der Lehrer festlegt und wegen der disziplinaren Verhältnisse Schwierigkeiten entstehen könnten. Wenn aber solche Schwierigkeiten entstehen sollten, so wollte der Herr Minister, wie er in der Synode oder im Landtage erklärt hat, sofort ein anderes Gesetz einbringen. Wenn Herr Bähr meint, keine andere Stadt habe bislang diesen Gedanken realisiert, so kann ich das nicht für ein Unglück halten, denn weshalb soll Braunschweig nicht einmal zuerst einen guten Gedanken gehabt haben? (Weiterkeit.) Ich finde nichts darin, wenn andere Städte solche Bestimmung nicht haben sollten.

Herr W o l t e r s: Herr Bähr ist im Irrtum, wenn er meint, die Unterrichtsstunden an der Fortbildungsschule sollten auf alle Fälle ohne Bezahlung geleistet werden, das war nicht beabsichtigt, die Frage und die Höhe der Bezahlung ist in das Ermessen der städtischen Behörden gestellt.

Herr B ä h r: Sobald die Verpflichtung gesetzlich festgelegt ist, kann sich keiner weigern, die Arbeit zu übernehmen. Was die Frage betrifft, ob der Unterricht in der Bürgerschule angenehmer ist, oder der abends in der Fortbildungsschule, so will ich bemerken, daß Tagesunterricht im allgemeinen angenehmer empfunden wird, als Abendunterricht in der Fortbildungsschule, jedoch das ist eine persönliche Geschmackssache. Im übrigen halte ich es für angebracht, daß es so gekommen ist und bedauere nur, daß es nicht noch anders gekommen ist.

Die Aenderung wird darauf genehmigt.

Herr W o l t e r s: Den Antrag unter 2 der Vorlage bittet die Kommission ebenfalls zu genehmigen. Im übrigen ist keine einzige Dame mit dem Saße angestellt.

Die Aenderung wird gutgeheißen.

Herr W o l t e r s: Bezüglich des Punktes 3 der Vorlage meinte die Finanzkommission mit dem Magistrate, daß die Bestimmung allerdings eigentlich nicht nötig sei, jedoch hatten wir das Verlangen, die Sache zu Grabe zu tragen. Auf Grund dieser Erwägung haben wir uns die Aenderung gefallen lassen und geben deren Genehmigung anheim.

Punkt 3 gelangt ebenfalls zur Annahme.

Herr W o l t e r s: Die unter 4 vorgeschlagene Bestimmung ist nötig geworden, weil die Vorschrift unter III sich nur auf die ordentlichen Lehrer bezieht.

Auch dieser Punkt findet die Zustimmung der Versammlung.

IX. Aenderungen an der Ordnung der gehobenen Mädchenschulen.

Nachdem die Versammlung den Aenderungen zugestimmt hat, die unter Punkt VIII der Tagesordnung soeben behandelt worden sind, werden sie auch in Ansehung der seminaristisch gebildeten Lehrerinnen an den gehobenen Mädchenschulen Platz zu greifen haben. Der Magistrat beantragt daher, zuzustimmen, daß in dem genehmigten Entwurfe eines Nachtrages III zur Ordnung für die gehobenen Mädchenschulen die Vorschrift im § 19 e durch folgenden Zusatz ergänzt wird:

„Die zur Zeit des Inkrafttretens dieser Vorschriften bereits im Amte befindlichen Lehrerinnen erhalten auf jeder Stufe mindestens denjenigen Gehaltssatz, den sie auf Grund der bisher in Geltung gewesenen Gehaltsordnung nach Maßgabe ihres Dienstalters zu beziehen haben würden.“

Ferner wird beantragt, die Vorschrift in § 19 f letzter Absatz „Zeichenlehrerinnen von jährlich 150 Mark“ zu streichen.

Endlich ersucht der Magistrat, zuzustimmen, daß in dem Nachtrage III der Ordnung für die gehobenen Mädchenschulen der Stadt Braunschweig im § 20 hinter den Worten „und vom dritten Jahre ab 1400 Mark“ eingeschaltet werde:

„wobei die Vorschrift im § 19 Nr. 2 zur sinngemäßen Anwendung kommt.“

Auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr W o l t e r s berichtet, stimmt die Versammlung auch diesen Aenderungen zu.

X. Erklärung des Bienröder Weges zur Ortsstraße.

Die bevorstehende Verbreiterung und Instandsetzung des Bienröder Weges zwischen Bültentweg und Dotweseer veranlaßt den Magistrat, an die Versammlung das Ersuchen zu richten, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Wegestrecke zur Ortsstraße erklärt werde.

Herr F r i e erklärt sich namens der Baukommission mit dem Antrage einverstanden und die Versammlung beschließt demgemäß.

XI. Umbau der hiesigen Staatsbahnhöfe.

In der Sitzung vom 27. Februar 1908 hat die Versammlung beschlossen, die Beschlußfassung über die Magistratsvorlage vom 29. Juni 1907, betreffend den Umbau der Staatsbahnhöfe, einstweilen auszusetzen und zu der Frage, ob für den Personenverkehr ein neuer Durchgangsbahnhof zu bauen oder der jetzige Kopfbahnhof beizubehalten und umzubauen sei, erst dann Stellung zu nehmen, wenn festgestellt sein würde,

- a) ob durch die Umgestaltung des Kopfbahnhofes die früher vom Preussischen Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten hervorgehobenen Hindernisse für den Durchgangsverkehr und die Erschwernisse für die Einführung neuer Bahnlinien soweit eingeschränkt werden können, daß die Verkehrsinteressen der Stadt nicht beeinträchtigt werden
und
- b) welche Kostenbeiträge für die Ausführung des neuen Entwurfes von der Stadt verlangt werden.

Dem Ersuchen des Magistrates vom 28. Februar 1908 entsprechend hat die Preussische Staatsbahnverwaltung ein Kopfbahnhof-Projekt ausarbeiten lassen. Unter Uebersendung des Projektes nebst dem Begleitschreiben des Preussischen Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten vom 13. Juli 1909 bemerkt der Magistrat dazu folgendes:

In dem lebhaften Streite der Meinungen über eine zweckmäßige Umgestaltung der Staatsbahnhöfe ist gegen den Durchgangsbahnhof als solchen bislang von keiner Seite Stellung genommen, vielmehr ganz naturgemäß stets nur die Frage erörtert: Sind die Nachteile, die dem weit draußen geplanten Durchgangsbahnhöfen mit Rücksicht auf seine weite Entfernung von der Innenstadt anhaften, nicht so erheblich, daß der unvollkommenere Kopfbahnhof den Vorzug verdient? Auch in dem Schreiben des Preussischen Herrn Ministers vom 13. Juli d. Js. ist diese Frage erörtert, die Vorteile eines jeden Durchgangsbahnhofes gegenüber den Nachteilen des Kopfbahnhofes sind hervorgehoben, und es ist dann bei Erörterung der hiesigen Verhältnisse im besonde-

ren darauf hingewiesen, daß die von jeher als lästig empfundenen Schienen-Niveaufkreuzungen nur zum Teil beseitigt werden könnten, und daß die Einführung neuer Linien auf Schwierigkeiten stoßen würde.

Abgesehen von den Betriebserschwernissen haften nach Ansicht der städtischen Bauverwaltung dem vorgelegten Kopfbahnhofprojekte auch in anderer Beziehung, namentlich in bezug auf die Überführung der die Bahnanlage kreuzenden Straßen nicht zu unterschätzende Mängel an, und die genannte Verwaltung hat daher ihr Gutachten dahin abgegeben, daß die Stadt kaum in der Lage sein dürfte, den geforderten Zuschuß zu den Kosten des Kopfbahnhofprojektes zu bewilligen.

Was die Höhe dieses Zuschusses betrifft, so wurde, wie wir aus unserer Vorlage vom 29. Juni 1907 zu ersehen bitten, — abgesehen von dem in dem An- und Verkauf der Grundstücke liegenden Risiko, das die Stadt übernehmen sollte, — von dieser ein Zuschuß von 2 687 899 Mark gefordert; jetzt soll die Stadt d a n e b e n die Mehrkosten des Kopfbahnhofes mit 3 278 340 Mark übernehmen, mithin insgesamt 5 966 239 Mark oder rund 6 Millionen Mark beitragen.

In der am 16. d. Mts. stattgehabten Sitzung der Bahnhofskdeputation waren die Ansichten darüber, wie sich die Stadt zu dieser Forderung stellen solle, geteilt. Während sich von den 7 Mitgliedern (2 Magistratsmitglieder und 5 Stadtverordnete) 4 dahin aussprachen, daß sie die Ausführung des neuesten Projektes im Hinblick auf die ihm anhaftenden Mängel nicht befürworten, noch weniger aber die Leistung eines Zuschusses von 6 000 000 Mark empfehlen könnten, erklärten die übrigen Mitglieder, daß sie das Vorliegen gewisser Mängel nicht bestreiten wollten, daß aber die technischen und insbesondere die Betriebsfragen hier nicht ausschlaggebend seien, die Mängel der Straßenüberführungen würden sich beseitigen lassen, und wenn der Kopfbahnhof, wie man doch annehmen müsse, der preussischen Eisenbahnverwaltung genüge, so habe die Stadt keine Veranlassung, sich wegen der Betriebserschwernisse Sorgen zu machen. Bei gutem Willen würde sich auch die Einführung neuer Linien ermöglichen lassen; jedenfalls aber seien die Nachteile des Fernbahnhofes so erheblich, daß selbst ein mangelhafter Kopfbahnhof, wenn dieser günstig liege, den Vorzug verdiene, und daher seine Verwirklichung auch durch einen der Leistungsfähigkeit der Stadt entsprechenden Zuschuß von dieser gefördert werden könne.

Unsere schon früher geäußerte Ansicht, daß die Interessen der Stadt eine schnelle und glatte Abwicklung des Verkehrs erheischen und daß diese auch durch einen kostspieligen Um- und Erweiterungsbau des jetzigen Kopfbahnhofes

nicht zu erzielen sei, ist durch die vorstehend wiedergegebene Äußerung der Minderheit der Deputation nicht erschüttert.

Auch wir verkennen die Nachteile, die mit der weiten Hinauslegung des Personenbahnhofes und der Stelle, an der der Gilgutverkehr abgefertigt wird, verbunden sein würden, keineswegs, aber schwerer wiegen die nicht zu beseitigenden dauernden Nachteile, die der Stadt dadurch erwachsen würden, daß auch der erweiterte Kopfbahnhof für den fortwährend steigenden Verkehr nicht genügte und daher die preussische Eisenbahnverwaltung gezwungen würde, andere Linien und andere Orte, die sich mehr entgegenkommend zeigen, zu bevorzugen.

Die direkte Verkehrslinie von den Seestädten nach dem Süden — davon sind wir überzeugt — muß und wird gebaut werden, und alle Sachverständigen sind darüber einig, daß die geplante Bahn Braunschweig—Celle ein wichtiges Glied dieses neuen Verkehrsweges bilden würde. Es wäre geradezu verhängnisvoll für unsere Stadt, wenn sie von der neuen Linie nicht berührt werden sollte.

Wir wagen nicht, der Ansicht beizupflichten, daß ungeachtet der unzweideutigen Erklärung des Preuß. Herrn Ministers auch in den Kopfbahnhof neue Linien eingeführt werden und müssen deshalb die Aufgabe der Stadt darin erblicken, daß sie den Verhältnissen, wie sie sich nun einmal leider entwickelt haben, Rechnung trägt und die dem Fernbahnhofs anhaftenden Nachteile ihrerseits durch Schaffung weitgehender Verkehrserleichterungen so viel als möglich zu beseitigen sucht.

Der elektrische Bahnbetrieb bietet dazu u. E. ein völlig ausreichendes Mittel. Derselbe müßte so eingerichtet und unterhalten werden, daß der Reisende die geplante, vom Friedrich-Wilhelmsplatz in nahezu gerader Linie nach dem Bahnhofe am Kennel führende breite Hauptstraße in mindestens derselben Zeit durchfährt, die jetzt die — noch dazu häufig zum Halten bei Eisenbüttel genötigten — Eisenbahnzüge gebrauchen; wenn ferner, was u. E. sehr wohl zu erreichen sein dürfte, von einer Stelle der Innenstadt aus auch die Gilgut- und Gepäckbeförderung ohne nennenswerte Verzögerung bis zum Hauptbahnhofe bewirkt werden sollte, so vermögen wir in einer solchen Einrichtung eine so erhebliche Belästigung des Verkehrs, daß dieserhalb das unvollkommene Kopfbahnhofprojekt den Vorzug verdiente, nicht zu erblicken. Und wenn die Stadt zur Erzielung der ebengedachten Verkehrserleichterung Opfer bringen müßte, um die Einrichtung tunlichst vollkommen zu gestalten, so würden wir unsererseits dazu gern bereit sein.

Für ein im Aufblühen begriffenes Gemeinwesen ist nichts gefährlicher, als wenn Hindernisse, die seine naturgemäße Weiterentwicklung hemmen, nicht

rechtzeitig beseitigt werden. Der Entwicklung unserer Stadt nach Süden zu hat der vorhandene Kopfbahnhof schon seit langer Zeit hindernd im Wege gestanden; zu seinen beiden Seiten ist die Stadt gewachsen, aber der Bahnhof mit seinen langgestreckten Gleisanlagen hindert die Verbindung und trennt die südwestliche von der südöstlichen Außenstadt. Der Uebergang bei Eisenbüttel bildet die einzige Verbindung, und je größer die Zahl der ein- und ausfahrenden Züge wird, desto lästiger wird die mit jeder Niveaufreuzung verbundene Verkehrser schwerung empfunden; und doch erscheint es uns, soviel insbesondere den Fahrverkehr betrifft, zweifelhaft, ob nicht die Fuhrwerksbesitzer das jetzt unvermeidliche lange Warten an den geschlossenen Schranken der ihnen nach dem neuesten Projekte zugemuteten Ueberwindung einer Höhe von etwa 12 m (1 : 40) vorziehen würden.

Beläßt man den Kopfbahnhof an seiner jetzigen Stelle, so würde, da eine Höherlegung des ganzen Bahnhofes, bei der die lästigen Niveaufreuzungen der einzelnen Schienenzüge gleichfalls nicht zu vermeiden wären, schon der enormen Kosten wegen, kaum zu ermöglichen ist, der jetzige unleidliche Zustand verewigt werden.

Für die Durchführung eines Projektes, das nach unserer festen Ueberzeugung die Interessen der Stadt dauernd schwer schädigen würde, ein Opfer von sechs Millionen Mark zu bringen, können wir nicht für zweckdienlich erachten und müssen uns daher unsererseits gegen das vorgelegte Projekt erklären.

Wir haben in unserer Vorlage vom 29. Juni 1907 dargelegt, in welcher Weise die Stadt nach unserer Ansicht das Durchgangsprojekt fördern könnte. Das letztere hat inzwischen insofern Aenderungen erfahren, als der Werkstättenbahnhof im Stadtgebiete verbleiben und die Möglichkeit geschaffen werden soll, auch den künftig an der Südseite des Güterbahnhofs (zwischen Salzdhumer- und Helmstedterstraße) zu errichtenden gewerblichen Unternehmungen Bahnanschluß zu gewähren. Diese Aenderungen sind als nicht unwesentliche Verbesserungen des früheren Projektes anzusehen.

Bestimmt formulierte Anträge in bezug auf die stadtseitige Förderung dieses Projektes vermögen wir auch jetzt nicht zu stellen. Wenn eine solche Förderung auch seitens der Herren Stadtverordneten grundsätzlich gebilligt werden sollte, so würde mit der preußischen Eisenbahnverwaltung weiter zu verhandeln und später eventl. den Herren Stadtverordneten eine ins einzelne gehende Vorlage zu unterbreiten sein.

Für jetzt müssen wir uns auf das Ersuchen beschränken, zu unserer Vorlage vom 29. Juni 1907 Stellung zu nehmen.

Das Schreiben des Preussischen Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten an den Stadtmagistrat vom 13. Juli 1909 lautet:

„Dem Stadtmagistrate übersende ich beifolgend gegen gefällige Rückgabe den in meinem Auftrage von der Königlichen Eisenbahndirektion in Magdeburg aufgestellten Entwurf — C — für die Umgestaltung der Bahnhofsanlagen in Braunschweig unter Anlegung eines Kopfbahnhofes für den Personenverkehr. Der Entwurf ist zwar in verschiedenen Einzelheiten noch verbesserungsfähig. Da entsprechende Aenderungen aber weder für die Grundlagen noch für die Baukosten des Entwurfs von Bedeutung sind, ist im Interesse der Beschleunigung der Sache davon Abstand genommen worden.

Zu dem Entwurf und zugleich in Beantwortung der Frage, deren Klarstellung von der dortigen städtischen Körperschaft gewünscht worden ist, ob nämlich die Hindernisse für den Durchgangsverkehr und die Erschwernisse für die Einführung neuer Linien, auf die ich bei früherer Gelegenheit hingewiesen hatte, nicht soweit eingeschränkt werden könnten, daß die Verkehrsinteressen der Stadt nicht beeinträchtigt würden, bemerke ich folgendes:

Im Betriebe eines Kopfbahnhofes sind — ganz unabhängig von seiner Ausgestaltung im einzelnen — die Zeitverluste nicht zu vermeiden, die mit der vorsichtigen und langsamen Einfahrt und mit dem Wechsel der Lokomotiven und der Umsetzung des Packwagens verknüpft sind. Bei der Aufstellung des Entwurfs konnte demgemäß nur danach gestrebt werden, schienengleiche Kreuzungen von Fahrwegen der Züge und die hiermit verbundenen Zeitverluste und Betriebsunsicherheiten hintanzuhalten. Für die Zugrichtungen Hannover — Silbesheim —

Magdeburg und umgekehrt ist dies in dem vorliegenden Entwurf zwar erreicht, jedoch nur unter Anwendung sehr starker Steigungen und scharfer Krümmungen. Es hat aber davon Abstand genommen werden müssen, ein Gleiches für die Durchgangszüge Bremen—Leipzig und Magdeburg—Kreienzen durchzuführen, weil die Entwicklung der Einfahrtlinien die größten Schwierigkeiten bereiten würde. Noch weniger ist es tunlich, die Möglichkeit weiterer Durchgangsverbindungen zwischen den bestehenden Linien oder gar in Gemeinschaft mit neuen Linien für die Zukunft offen zu halten. Bei allen diesen Zugverbindungen würde daher bei dem Kopfbahnhof auch noch mit den Betriebsgefahren und Erschwernissen und Zeitverlusten, die mit Gleiskreuzungen in Schienenhöhe verbunden sind, zu rechnen sein. Im Vergleich mit einem Durchgangsbahnhofs, bei dem diese Hindernisse fortfallen, muß daher die Lösung der Bahnhofsf Frage im Sinne eines Kopfbahnhofes unter allen Umständen als eine unvollkommene bezeichnet werden. Für den Betrieb bedeutet eine solche Anlage eine große Erschwernis. Sie behindert damit auch den Verkehr und es wird,

wenn bei Einlegung neuer Züge für den Durchgangsverkehr verschiedene sonst gleichwertige Bahnstrecken in Frage kommen, das Vorhandensein einer Kopfstation gegen die Wahl der betreffenden Strecke sprechen.

Bedeutende Schwierigkeiten erwachsen übrigens beim Kopfbahnhof auch dem Güterverkehr. Die Anlagen für diesen sind auf der Westseite des Personenbahnhofs vorgesehen und für den mit den Personenzügen sich abwickelnden Güterverkehr zweckmäßig belegen. Dagegen ist die Bedienung des beträchtlichen, mit besonderen Zügen bewirkten Güterverkehrs mit den größten Umständlichkeiten und Zeitverlusten, die den Verkehr schädigen, verknüpft. Es ist dies nur eine Folge der Kopfbahnhofsanlage, wie ein Vergleich mit dem beiliegenden Entwurf des Durchgangsbahnhofs zeigt.

Auch die schienenfreie Ueberführung des Eisenbütteler Wegs über den Bahnhof ist nicht in einwandfreier Weise möglich gewesen. Im Entwurf für den Güter- und Rangierbahnhof ist die Hauptwerkstätte auf dem Gelände südlich vom Rangierbahnhofs zwischen Salzdhumerstraße und Rautheimer Weg angeordnet. Ich habe geglaubt, damit den Wünschen Braunschweigs, denen die früher vorgesehene Lage des Werkstättenbahnhofs auf dem östlichen Gelände am Lünisch Teich, soweit mir bekannt geworden ist, nicht entsprach, Rechnung zu tragen. Auch der Entwurf für den Durchgangsbahnhof ist, wie aus den Plänen ersichtlich, in entsprechender Weise geändert. Im übrigen weichen die Entwürfe für den Rangier- und Güterbahnhof beim Kopf- und Durchgangsbahnhof nur insoweit von einander ab, als die verschiedene Gestaltung des Personenbahnhofs dies erfordert.

Die Baukosten des Umbauentwurfs mit dem Kopfbahnhofe sind einschließlich des Grunderwerbs auf 16 136 600 Mark ermittelt. Wird das durch den Neubau freiwerdende eisenbahnfiskalische Gelände in Gegenrechnung gestellt, und zwar mit dem Wert, den es zur Zeit der Uebergabe, am Ende der Bauzeit, haben würde, so ermäßigt sich der obengenannte Betrag um 2 429 760 Mark, also auf den Nettobetrag von 13 706 840 Mark.

Die Baukosten des Umbauentwurfs für den Durchgangsbahnhof sind unter der Voraussetzung, daß die Hauptwerkstätte bei diesem dieselbe Lage wie in dem vorgenannten Entwurf erhält, auf 17 538 000 Mark veranschlagt. Bringt man auch hiervon den Wert des freiwerdenden, eisenbahnfiskalischen Geländes, für denselben Zeitpunkt berechnet, mit 7 109 500 Mark in Abzug, so ermitteln sich die Nettokosten dieses Entwurfs zu 10 428 500 Mark. Der Entwurf des Kopfbahnhofs erfordert also einen um 3 278 340 Mark größeren Bauaufwand.

Was nun die Beitragsfrage anlangt, so muß grundsätzlich davon ausgegangen werden, daß Braunschweig über die Leistungen für den Durchgangs-

bahnhof hinaus für diejenigen baulichen Mehrkosten, die mit der Herstellung eines Kopfbahnhofes im Vergleich zum Durchgangsbahnhof für Preußen verbunden sein würden, aufzukommen hätte. Es würde in diesem Falle von der preußischen Staatseisenbahnverwaltung immer noch ein beträchtliches Opfer gebracht, da sie mit dem Kopfbahnhofs bei gleichem Baukostenaufwande eine weniger leistungsfähige und mit höheren Betriebskosten verbundene Bahnhofsanlage erhielte. Um den Betrag von 3 278 340 Mark würde also der Beitrag Braunschweigs über die in meinem, an das Herzoglich Braunschweig-Lüneburgische Staatsministerium gerichteten Schreiben vom 28. November 1906 gestellten Forderungen hinaus zu erhöhen sein.

Den Stadtmagistrat darf ich ergebenst ersuchen, sich nunmehr hiernach über die Frage, ob ein Kopf- oder Durchgangsbahnhof in Braunschweig gebaut werden soll, baldtunlichst schlüssig zu machen und mir über die Entschließung eine Mitteilung gefälligst zukommen zu lassen.

Das Herzoglich Braunschweig-Lüneburgische Staatsministerium dortselbst erhält Abschrift dieses Schreibens. gez. Breitenbach."

Als Anlage ist diesem Schreiben eine vergleichende Zusammenstellung der Aufwendungen beim Umbau der Bahnhofsanlagen in Braunschweig beigegeben. (Siehe folgende Seite.)

Vorjirender: Mit dieser Vorlage kommen wir zur pièce de résistance. Ich möchte vorschlagen, zunächst darüber zu sprechen, wie wir diese Sache behandeln wollen. Wir haben gestern darüber eine Kommissionsberatung gehabt, die vertraulich sein sollte, die es aber nicht ganz gewesen zu sein scheint, an der die meisten Herren teilgenommen und sich ein Bild davon gemacht haben, wie sich die Frage entwickelt. Es empfiehlt sich, daß wir uns also zunächst schlüssig machen, wie wir die Frage formell weiter behandeln wollen. Meiner Meinung nach müßten wir sie wie jede andere Frage behandeln. Durch lange Reden pro et contra werden wir wohl keinen der Herren von seiner Ansicht abbringen, denn wer sich bisher noch keine Ansicht darüber gebildet hat, wird sie sich wohl auch durch lange Reden nicht mehr bilden. Es handelt sich um die jeweilige Auffassung des einen oder andern Herrn; beide Teile haben recht und auch nicht recht, je nachdem sich der einzelne dazu stellt. Ich empfehle Ihnen also, die Sache wie jede andere zu behandeln: Wir hören einen Referenten und da die beiden eigentlichen Referenten mich gestern ersucht haben, sie ihres Auftrages zu entbinden, so habe ich Herrn Meyerhoff als ein Mitglied der Kommissionsmehrheit gebeten, das Referat über die gestrige Kommissionsitzung zu übernehmen. Wenn wir Herrn Meyerhoff gehört haben, schlage ich vor, auch einen Herrn aus der Minorität dagegen zu hören. Gestern wurde ge-

	Kopf= Bahnhof M	Durchgangs= Bahnhof M
I. Keine Baukosten	13 909 800	14 559 600
II. Kosten des Grunderwerbs (auf Grund von Abschätzungen durch Sachverständige ermittelt), soweit nicht im Besitze der Bahn	2 226 800	2 978 400
Summe I und II	16 136 600	17 538 000
III. Wert des freierwerbenden Geländes (auf Grund von Abschätzungen durch Sachverständige ermittelt)		
a) auf dem Personenbahnhof	1 177 240	7 333 000
b) auf dem Stbhf.	2 117 353	2 307 000
A. Summe a und b	3 294 593	9 640 000
Da das freierwerbende Gelände erst nach und nach, etwa in 15 Jahren, im Durchschnitt also nach 7½ Jahren verwertet werden kann, so ist für diese Zeit ein Zinsverlust in Abzug zu bringen von		
$\frac{3\,294\,593 \cdot 7,5 \cdot 3,5}{100}$ bzw. $\frac{9\,640\,000 \cdot 7,5 \cdot 3,5}{100}$	864 833	2 530 500
Wert des freierwerbenden Geländes bei der Uebergabe am Ende der Bauzeit	2 429 760	7 109 500
Die Bau- und Grunderwerbskosten betragen	16 136 600	17 538 000
Ergibt als Nettoaufwand	13 706 840	10 428 500
Unterschiedsbetrag	mehr: 3 278 340	weniger: 3 278 340

lagt, ich möchte noch eine vertrauliche Sitzung einberufen. Wenn ich auch der Ansicht bin, daß es noch eine Menge Unterfragen, besonders Geldfragen, in dieser Sache gibt, die in öffentlicher Sitzung sehr unangenehm zu behandeln sind, so muß ich doch bemerken, daß diese Sachen heute noch nicht in Betracht kommen. Wir müssen uns jetzt zuerst über die großen Gesichtspunkte einigen,

und die beiden Resolutionen bringen dieses auch zum Ausdruck, indem sie von einem entfernten Durchgangs- oder einem nahen Kopfbahnhofe sprechen. Persönlich bin ich deshalb außerstande, jetzt eine vertrauliche Sitzung anzuberaumen oder dazu zu raten. Ich meine, unsere Mitbürger haben ein Recht darauf, zu hören, wie es mit dem Bahnhofe werden wird, und außerdem haben wir auch dabei nichts zu verbergen. Im übrigen genügen drei Herren oder ein Antrag des Magistrates, um eine vertrauliche Verhandlung herbeizuführen, so daß ich es der Versammlung überlassen muß, eventuell einen entsprechenden Beschluß zu fassen. Wenn die Herren einverstanden sind, so unterhalten wir uns möglichst kurz über die geschäftsmäßige Behandlung dieser Vorlage.

Herr B ä h r (zur Geschäftsordnung): Mir scheint es zweifelhaft, ob wir heute, wo die Uhr schon $\frac{3}{4}7$ zeigt, dieses wichtige Projekt noch erledigen können; wir würden sonst vielleicht eine Sitzung analog einer im englischen Parlament haben, welche die Nacht durchgeht. (Widerspruch.)

V o r s i t z e n d e r: Es steht natürlich bei Ihnen. Wenn Sie glauben, daß noch längere Reden gehalten werden, so werden wir heute kaum damit fertig werden, als Referent würde ich mein Referat im Umfange von vielleicht zehn Minuten erstatten, denn alle Einzelheiten hier vorzutragen, ist nicht möglich. Ich bin überzeugt, wir können die Sache in einer Stunde erledigen.

Herr P r o b s t (zur Geschäftsordnung): Ich bin damit einverstanden, nur die Referenten zu hören, jedoch bitte ich, auch die beiden Referenten der Minorität zu hören.

V o r s i t z e n d e r: Das können wir nicht beschließen, wer sich zum Worte meldet, muß auch gehört werden. Ich meine nur, wir treten an diese Sache genau so heran, wie an jede andere Vorlage und versuchen, sie zu beenden. Ich habe die Sache nur zur Sprache gebracht, weil gestern in der vertraulichen Kommissionsitzung und auch heute mir der Wunsch nahegelegt ist, zunächst eine vertrauliche Sitzung abzuhalten. Wenn keine andere Meinung laut wird, treten wir jetzt in die Verhandlung des Punktes XI der Tagesordnung ein.

Ich möchte noch ganz kurz in wenigen Worten Ihnen mitteilen, wie die Lage der Angelegenheit augenblicklich ist. Wir haben unter dem 29. Juni 1907 vom Magistrate über diese Frage ein Schreiben bekommen, worin der Magistrat am Schlusse die Versammlung ersucht, „die Angelegenheit zu prüfen und darüber Beschluß zu fassen, ob und eventuell in welcher Weise die Stadt das in Rede stehende Projekt der preussischen Staatseisenbahnverwaltung fördern soll.“ Darauf haben die Herren beschlossen, diesem Antrage nicht zuzustimmen, sondern vorerst noch ein von der städtischen Bauverwaltung in Skizzenform aufgestelltes Mittelprojekt in der Nähe der Bahnhofsbadeanstalt zu prüfen. Herr

Oberbürgermeister Metemeyer ist sodann nach Berlin gefahren, um mit dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten die Angelegenheit weiter zu besprechen, hat uns über diese Unterredung in der Sitzung vom 21. November 1907 — Seite 272 des Berichtes — einen Bericht erstattet, und unter dem 8. Februar 1908 ist darauf ein eingehendes Schreiben des preußischen Herrn Ministers eingegangen, das in der Sitzung vom 27. Februar — Seite 452 des Berichtes — behandelt wurde.

In der in dieser Sitzung behandelten Vorlage des Magistrates gab letzterer anheim, nunmehr über die Vorlage vom 29. Juni 1907 Beschluß zu fassen. Die Versammlung gelangte aber wiederum nicht zu einem solchen Beschlusse, sondern nahm eine Resolution folgenden Inhalts an:

„Die Versammlung setzt den Beschluß über den Magistratsantrag bis auf weiteres aus und ersucht den Magistrat, dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten auf seine Zuschrift vom 8. Februar 1908 eine Erwiderung im Sinne nachstehender Erklärung zugehen zu lassen:

Die städtischen Behörden nehmen das Anerbieten des Herrn Ministers, einen neuen Entwurf für einen Kopfbahnhof ausarbeiten lassen zu wollen, dankend an. Eine Entscheidung für Kopf- oder Durchgangsbahnhof zu treffen, sind die städtischen Behörden bereit, sobald Klargestellt ist:

a) ob durch den neuen Entwurf die vom Herrn Minister hervorgehobenen Hindernisse für den Durchgangsverkehr und die Erschwernisse für die Einführung neuer Bahnlinien soweit eingeschränkt werden können, daß die Verkehrsinteressen der Stadt nicht beeinträchtigt werden und

b) welche Kostenbeiträge für die Ausführung des neuen Entwurfes von der Stadt verlangt werden.“

Darauf hat der Herr Minister die nötigen Schritte getan und nun liegt das Schreiben des Eisenbahnministers vom 13. Juli 1909 vor, das mit der Magistratsvorlage vom 21. September 1909 der Versammlung zugegangen ist. Wir müssen jetzt also zur Vorlage vom 29. Juni 1907 Stellung nehmen, da uns nunmehr alle Sachen zugänglich gemacht sind, die wir haben wollten, ehe wir zu einer definitiven Beschlußfassung kämen. Die Sache ist in der zu diesem Zwecke eingesetzten Deputation und gestern auch in der Kommission in Gegenwart fast sämtlicher Mitglieder der Versammlung durchberaten. Wenn es der Versammlung genehm ist, so würde ich bitten, daß Herr Meyerhoff im Namen der Kommissionmehrheit uns Bericht erstattet und daß hinterher einer der früheren Berichterstatter Ihnen die Gründe der Minorität vortrage. Darauf würden wir in die Beratung der Vorlage eintreten und zu den beiden noch einzubringenden Resolutionen Stellung nehmen können. (Zustimmung.)

Herr M e y e r h o f f: Nachdem die beiden Referenten in dieser Sache, die Herren Frühling und Wolters, ihr Amt als Referenten niedergelegt haben, bin ich zum Referenten bestimmt worden. Ich werde mich in meinem Referate ganz kurz fassen und mich auf den Sachverhalt, wie er in der Kommissionsitzung erörtert worden ist, beschränken. Es war dort eine Resolution eingegangen von seiten der Minorität und seitens der Majorität. Die letztere lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung lehnt die Förderung des preußischen Fernbahnhofs ab, und erklärt sich mit der Anlage eines Kopfbahnhofes einverstanden, sie ersucht den Magistrat, mit dem preußischen Herrn Eisenbahnminister in weitere Unterhandlung über die Höhe des Beitrages, welchen die Stadt zu dem Bahnhofsbau leisten soll, zu treten.“

Hierüber ist gestern eingehend beraten. Hiermit will ich mich bescheiden, bis die Debatte in Fluß gekommen ist und will deshalb vorläufig weder pro noch contra sprechen, sondern will warten, bis noch andere Mitglieder der Versammlung das Wort genommen haben. (Heiterkeit und Widerspruch.) Mein Standpunkt in dieser Sache geht ja aus der eben vorgetragenen Resolution klar hervor (Zurufe), wenn Sie aber wünschen, kann ich auch sofort weiter berichten.

V o r s i t z e n d e r: Ich meine, Sie müßten doch jetzt referieren, wie gestern der Beschluß der Majorität zustande gekommen ist.

Herr M e y e r h o f f: Die vereinigte Finanz- und Baukommission hat die Vorlage gestern eingehend geprüft und besprochen, und ist in ihrer Mehrheit zu dem Beschlusse gekommen, der Versammlung die vorhin erwähnte Resolution zur Genehmigung vorzuschlagen. Die Gründe für die Errichtung eines Kopfbahnhofes sind folgende: Wir sehen in der Hinauslegung des Bahnhofes um 1800 m eine schwere Schädigung für die Geschäftslage des ganzen Westens der Stadt, soweit er bisher in der Nähe des Bahnhofes gelegen hat. Diese Schädigung ist unserer Ansicht nach so schwer, daß sie die Opfer, die uns vielleicht für einen neuen Bahnhof abverlangt werden, doppelt und dreifach übertrifft. Wenn in dem Schreiben des Magistrates darauf hingewiesen wird, daß die Anlage eines Kopfbahnhofes für die Stadt sechs Millionen Mark kosten würde, so kann die Majorität dieser Ansicht nicht beistimmen. Nach meiner und meiner Freunde Berechnung kann ich darauf entgegnen, daß das Fernbahnhofsprojekt uns eher sechs Millionen kostet, als dieses nahe Projekt; außerdem hat es noch andere schwere Schädigungen für uns im Gefolge. In absehbarer Zeit, der Magistrat meint in 15 Jahren, würde das Terrain bebaut sein, und es wird deshalb mit einem Zinsverluste auf $7\frac{1}{2}$ Jahre gerechnet. Dieser Meinung sind wir nicht. Frankfurt am Main hat einen Zeitraum von über 20 Jahren gebraucht, um eine Strecke von nur 800 m voll zu bebauen und zwar bei günstigem Terrain, während dieses Terrain in der Nähe der Fabriken liegt und zugleich kumpfig

und schlecht ist, so daß es nicht so günstig ist, wie das Terrain in Frankfurt am Main. Hierzu kommt noch die Frage, wie sich unsere Steuern stellen werden, wenn wir die Verwertung des Terrains selbst in die Hand nehmen sollen. Alle diese Umstände bringen die Stadt in die schwierigste Lage, denn es sind an Zinsverlust und Aufwendungen so hohe Summen zu opfern, daß das Opfer in gar keinem Verhältnis steht zu dem für einen Nahbahnhof zu erwartenden Aufwande. Wie ich schon in der gestrigen Kommissionsitzung sagte, können wir auf ein Entgegenkommen von dem preussischen Eisenbahnminister wohl nicht allzuviel rechnen, denn die preussische Eisenbahnpolitik hat uns stets, soweit sie konnte, in den Schatten gestellt. Ich erinnere nur an die Erbauung der Hildesheimer Bahn. Die Braunschweigische Staatsbahn hatte die Strecke schon bis Broistedt gebaut und wiederholt bombardiert und gebeten, daß die preussische Strecke bis Hildesheim ebenfalls gebaut werden möchte. Wer den Verlauf kennt, weiß, wie es gewesen ist. Es hat erst eines Krotaus bedurft, um die preussische Regierung zu bewegen, die Verbindung nach Hildesheim vollständig herzustellen. Ich gebrauche das Wort „Krotau“ deshalb, weil erst die ganze braunschweigische Bahn in die Hände Preußens gelegt werden mußte, ehe die Bahn gebaut wurde. Wie ist es ferner mit der Linie nach Jzenbüttel—Gifhorn gewesen? Preußen hatte die Strecke Gifhorn—Meine schon mehrere Jahre fertig, ehe es sich entschloß, die Bahn bis Braunschweig fortzuführen, und in welcher Weise? Für den Vollbetrieb vollständig ungeeignet. Die Eigentümer der Braunschweigischen Eisenbahn, die Berlin-Potsdam-Magdeburger und die Bergisch-Märkische Bahn verkauften die Bahn an den preussischen Staat; die Käufer waren verpflichtet oder mußten sich wenigstens verpflichtet fühlen, die Bahnstrecke von Braunschweig nach Debisfelde zu bauen, und wie hat man uns dabei behandelt? Preußen erklärte einfach, wir bauen die Bahn nicht, denn es ist in dem Vertrage kein Termin festgesetzt, oder was sonst für ein juristischer Ausdruck gebraucht wurde; es wehrte sich also auch hier. Da wollte ein Privatunternehmer die Bahn bauen und er hat auch von der Braunschweigischen Regierung das Recht erhalten, die Vorarbeiten ausführen zu lassen. Was geschah aber? Preußen verweigerte die Vorarbeiten auf seinem Terrain. Dadurch war die Möglichkeit, eine Bahn nach Debisfelde in direkter Linie zu erhalten, genommen, und erst nach langem Drängen hat sich Preußen entschlossen, eine Vimmelbahn nach Debisfelde über Schandelah zu bauen.

Ich führe alles dieses an, um Ihnen die Furcht zu nehmen, daß die Linien nach Celle und anderen Orten nicht in den Bahnhof hineingelegt werden könnten. Wenn der preussische Eisenbahnminister es für an der Zeit hält, Eisenbahnlinien hierher zu legen, so wird er es tun, ob wir einen Nah- oder Fernbahnhof haben. Was die Linie nach Celle betrifft, so ist uns ja schon gedroht

worden, es würde auf Peine und von Peine nach Goslar gebaut werden und von da weiter nach Trier, aber der preussische Eisenbahnminister ist auch ein Rechenmeister, und wo er Kilometer ersparen kann, wird er es tun und nicht große Umwege einschlagen, wenn er dazu nicht dringend gezwungen ist. In dem Bahnhofsprojekte ist die Einführung der großen Linie Ost-West vollständig einwandfrei ohne Schienenkreuzung möglich. Wenn die Bahn von Celle noch eingeführt werden soll, so wäre nichts leichter, als sie um die Stadt herum zu leiten und in die Magdeburger Strecke einzuführen, und wir hätten dann für die neue Bahn eine vorwurfsfreie Einführung.

Alle diese Gründe haben die Majorität bewogen, Ihnen zu empfehlen, den von mir verlesenen Antrag anzunehmen, und ich bitte im Namen der Majorität, diesem Antrage zuzustimmen.

Herr Fr ü h l i n g: Meine Herren! Der Herr Referent hat die hier vorliegende Hauptfrage eigentlich nur recht wenig oder gar nicht berührt. (Zustimmung.) Es handelt sich hier nicht, wie in seinem Antrage gesagt wird, um die Anlage e i n e s Kopfbahnhofes, sondern es handelt sich darum, ob wir der Ausföhrung d i e s e s, des vorliegenden Kopfbahnhofprojektes, zustimmen wollen. In der letzten Sitzung ist beschlossen, nachdem während so vieler Jahre durch neue Projekte und durch Abänderungsvorschläge versucht worden ist, den Nachtheilen zu entgehen, die der weit entfernte Durchgangsbahnhof der Stadt zweifellos bringt und die wir ebenso erkennen und würdigen, wie unsere Gegner, und nachdem all diese Versuche sich erfolglos erwiesen haben, von weiteren Projekten abzugehen und uns jetzt nur noch an die vorliegenden Projekte zu halten, d. h. uns zu entscheiden, entweder für das vorliegende Durchgangsbahnhofprojekt oder für das vorliegende Kopfbahnhofprojekt. Es ist also unrichtig, wenn der Herr Referent von e i n e m Kopfbahnhofprojekte spricht, und daß dieses umgearbeitet und für unsere Verhältnisse passend gemacht werden könnte. Wollten wir wieder an diese Umarbeitung herantreten, so würden wir unsere früheren Beschlüsse und unseren damit erreichten Standpunkt wieder umstoßen und von vorne anfangen müssen. Da wir doch wohl einig darin sind, dies nicht zu tun, so bleibt heute nur die Frage zu erörtern: Ist das vorliegende Kopfbahnhofprojekt annehmbar oder müssen wir es aufgeben und uns dem Durchgangsbahnhofprojekte fügen.

Was die Schwierigkeiten in der Verwertung des frei werdenden Terrains betrifft, so sind diese vom Magistrate und auch von uns vollständig gewürdigt, aber augenblicklich stehen sie hier nicht in Frage, sondern mit der Lösung dieser Schwierigkeit können wir uns erst später beschäftigen. (Widerpruch.) Meine Herren! Wenn wir uns zu den Projekten des Herrn Ministers ablehnend verhalten, so beseitigen wir dadurch keineswegs die Schwierigkeit der Terrainfrage,

denn in diesem Falle wird der Minister den Bahnhof allein bauen und dann auch allein ausschließlich in seinem eigenen Interesse die Schwierigkeit der Terrainverwertung lösen. Es liegt also nicht in unserer Hand, diese große Aufschließung des Terrains und die damit verbundenen Schwierigkeiten für die Stadt zu beseitigen, sondern wir können nur danach streben, die Nachteile, die der Bau des Durchgangsbahnhofes mit sich bringt, für die Stadt so gering wie möglich zu machen. Erörtern können wir unsere Stellung zu dieser Schwierigkeit aber erst, nachdem wir uns über die jetzt vorliegende Frage, nämlich: was für ein Bahnhof überhaupt gebaut werden soll, Kopfbahnhof oder Durchgangsbahnhof, entschieden haben.

Das vorliegende Kopfbahnhofprojekt ist durch die Erläuterungen des Herrn Ministers, durch die Zuschrift des Magistrates und durch die Darlegungen des Herrn Stadtbaumeisters Menadier übereinstimmend dahin gekennzeichnet, daß es den Eisenbahnverkehrsbedürfnissen der Stadt in keiner Weise entspricht. Um es trotzdem Ihnen annehmbar zu machen, führt die Mehrheit der Kommission hauptsächlich an: einmal, daß das Projekt ja verbesserungsfähig sei, wie der Minister dies in seinem Schreiben selbst ausgedrückt habe, es ließe sich an Stelle des jetzigen Projektes eine Hochbahn ausführen und es ließen sich auch die ungünstigen Gleiseinführungen so verbessern, daß der Bahnhof ebenso wie in anderen Städten allen Bedürfnissen der Stadt entsprechen würde. Meine Herren! Das ist eine Selbsttäuschung. Der Minister hat allerdings gesagt, der Bahnhof wäre verbesserungsfähig, aber im Wortlaute heißt dieser Passus in seinem Schreiben: „Der Entwurf ist zwar in verschiedenen Einzelheiten noch verbesserungsfähig. Da entsprechende Aenderungen aber weder für die Grundlage noch für die Baukosten des Entwurfes von Bedeutung sind, ist im Interesse der Beschleunigung der Sache davon Abstand genommen worden.“

Meine Herren! Dieser Wortlaut ergibt ganz klar und deutlich, daß es sich nicht um eine Verbesserungsfähigkeit handeln kann, wie sie von der Mehrheit der Kommission angenommen wird, sondern nur um unwesentliche Verbesserungen, die für die Gesamtanlage in keiner Weise bedeutungsvoll sind. Eine Aenderung des Projektes in einen Hochbahnhof oder in einen solchen mit besseren Einführungslinien steht danach durchaus nicht in Aussicht und kann auch nicht angenommen werden wegen der damit verbundenen übermäßig hohen Kosten. Ich glaube, daß es keinen Wert hat, uns einer falschen Deutung des Wortes „verbesserungsfähig“ hinzugeben und wie der Vogel Strauß den Kopf in den Sand zu stecken, um die vorhandenen Nachteile, die das Projekt zweifellos hat und die es für uns unannehmbar macht, nicht zu sehen, oder sie als solche, die noch be-

seitigt werden können, hinzustellen. Das Wort „verbesserungsfähig“ schließt im Sinne des Herrn Ministers derartige Umänderungen nicht ein.

Was sind denn nun die hauptsächlichsten Nachteile des vorliegenden Kopfbahnhofprojektes. Das Schreiben des Herrn Ministers führt eine ganze Anzahl derselben auf, die Darlegungen des Herrn Stadtbaumeisters Menadier haben dieselben noch wesentlich erweitert. Ich will auf diese vielen einzelnen Nachteile hier nicht weiter eingehen, ich beziehe mich bezüglich derselben auf die erwähnten Darlegungen. Nur den einen von den vielen Nachteilen möchte ich besonders besprechen und hier herausheben. Ich halte ihn für so wesentlich, daß ihm gegenüber alles andere zurücktritt und daß er allein schon dieses Kopfbahnhofprojekt für uns unannehmbar macht. Es ist dies der Nachteil, der in den Worten des Schreibens des Herrn Ministers ausgedrückt ist, wo er sagt: „Noch weniger ist es tunlich, die Möglichkeit weiterer Durchgangsverbindungen zwischen den bestehenden Linien oder gar in Gemeinschaft mit neuen Linien für die Zukunft offen zu halten.“ Das ist ganz klar ausgedrückt und kann anders nicht gedeutet werden, als: Es kann mit diesem Projekte schon heute eine weitere Durchgangsverbindung nicht vorgesehen werden und sie kann auch in der Zukunft nicht ausgeführt werden. Wir würden also mit diesem Kopfbahnhofprojekte, meine Herren, einen Bahnhof erhalten, der keine der Verbesserungen, die die Stadt Braunschweig erwartet, uns bringt oder sie uns in Zukunft bringen kann. Wenn wir einem Bahnhofprojekte zustimmen wollten, von dem dies schon vorher gesagt wird, dann würden wir uns für alle Zukunft binden und von vornherein auf jede Verbesserung unserer Eisenbahnlage verzichten. Ich kann diesen Ausdruck des Ministers durchaus nicht leicht nehmen, wie unsere Herren Gegner dies tun, und darüber sagen, das wird sich später doch schon machen lassen. Ich muß vielmehr annehmen, daß diese Erklärung durchaus ernst gemeint ist, und wenn ich das tue, so schließt sie für mich, ganz abgesehen von den anderen vielen Nachteilen, schon allein die Annahme dieses Kopfbahnhofprojektes vollständig aus. Ich glaube, es muß jeder dem zustimmen, der nicht der Meinung ist, den Ausführungen des Herrn Ministers sei in dieser Beziehung kein Wert beizulegen oder sie bezweckten nur, den Kopfbahnhof unannehmbar und dadurch Stimmung für den Durchgangsbahnhof zu machen. Eine solche Auffassung kann ich nicht teilen und daher diesem Kopfbahnhofprojekte nicht zustimmen.

Ich würde wohl mit dem Herrn Referenten für einen Kopfbahnhof stimmen können, wenn es möglich wäre, ihn so zu gestalten, daß er unseren Eisenbahnverkehrsbedürfnissen entspricht. Aber der Herr Minister hat eine derartige Lösung für den Kopfbahnhof nicht gefunden und vorgelegt. Es ist dies nicht unerwartet gekommen, denn es entspricht dieser Ausgang demjenigen, was von Anfang an die Sachverständigen bezüglich der Anlage eines Kopfbahnhofes

an der jetzigen Stelle vorausgesagt haben und es entspricht dies auch den Gründen, aus denen früher schon die Verfolgung des Kopfbahnhofprojektes fallen gelassen und lediglich das Durchgangsbahnhofprojekt dahin bearbeitet worden ist, ob nicht die damit für die Stadt verbundenen Nachteile beseitigt oder wesentlich eingeschränkt werden könnten. Erst als letzteres unmöglich erschien, ist nochmals der Versuch gemacht, auf einen Kopfbahnhof zurückzugreifen und die Schwierigkeiten durch einen solchen zu beseitigen, weil von anderer Seite behauptet wurde, es sei solches entgegen den früheren Auffassungen doch möglich. Ich wäre sehr erfreut gewesen, wenn diese letztere Auffassung sich als richtig erwiesen hätte. Leider ist dies nicht der Fall gewesen, das Projekt des Herrn Ministers ergibt klar, daß die frühere Anschauung, es sei unmöglich, einen brauchbaren Kopfbahnhof zu bauen, ohne die erforderlichen Mittel übermäßig zu erhöhen, die richtige war. Persönlich unterlasse ich es, irgendwelche eigene Kritik in technischer Beziehung an dem vorliegenden Projekte zu üben, denn mit diesem hat der in dieser Frage zweifellos ausschlaggebende Sachverständige, der Herr Minister, gesprochen und ich halte mich ausschließlich an dessen Auffassung, da nunmehr ein Streit über diese Frage zwischen den übrigen Sachverständigen zwecklos ist. Ich kann nach alledem nur zu dem Ergebnis kommen, daß ich sagen muß: Wir können dies vorliegende Kopfbahnhofprojekt nicht annehmen, weil es nach den Erklärungen des kgl. Preuß. Herrn Ministers der Stadt nicht nur keine entsprechende Verbesserung ihrer Eisenbahnverhältnisse bringt, sondern sogar jede Verbesserung auch für die Zukunft ausschließt.

Der weitergehende Antrag, für ein solches Projekt nun obenein noch 6 Millionen à fonds perdu zu geben, oder, wie der Herr Referent vorgeschlagen hat, 4 Millionen, oder, wie vielleicht noch andere vorschlagen, 3 Millionen, das scheint mir erst recht ganz ausgeschlossen. Wozu einen Zuschuß zahlen für ein Projekt, das uns keinerlei Verbesserung bringt, da wäre es ja schon viel besser, alles beim alten zu lassen, als so viele Millionen zuzuzahlen, um die jetzigen ungenügenden Verhältnisse für die Zukunft festzulegen und Anträge auf deren Verbesserung dadurch auszuschließen.

Diese Erwägungen haben uns, Herrn Dr. Wolters und mich, veranlaßt, folgenden Antrag zu stellen und Ihnen zur Annahme zu empfehlen:

„Die Versammlung erklärt: Das vorgelegte Kopfbahnhofprojekt ist für die Stadt nicht annehmbar,

1. weil nach den Erklärungen des Königlich Preussischen Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten dieses Projekt der Stadt nicht nur keine entsprechende Verbesserung ihrer Eisenbahnverhältnisse bietet, sondern solche sogar für die Zukunft ausschließt, und

2. weil die Stadt nicht in der Lage ist, den verlangten Zuschuß von rund sechs Millionen Mark zu leisten, noch dazu für einen den Bedürfnissen der Stadt nicht entsprechenden Bahnhof.

Die Versammlung erkennt an, daß nach Ablehnung des Kopfbahnhofprojektes jetzt nur noch das preussische Durchgangsbahnhofprojekt ausführbar erscheint und sie erklärt sich bereit, seine Ausführung zu fördern, vorausgesetzt, daß annehmbare finanzielle Bedingungen für diese Förderung zu erreichen sind.“

Sollte dieser Antrag zur Annahme kommen, so würde damit der letzte Versuch, den entfernten Durchgangsbahnhof und die damit verbundenen Nachteile zu vermeiden, als gescheitert zu betrachten sein und wir müßten uns endgültig damit abfinden, daß dieser Durchgangsbahnhof zur Ausführung kommt. Nachdem dies feststände, würden uns für die weitere Verfolgung der Angelegenheit zwei Wege übrig bleiben. Einmal könnten wir sagen: Dem Kopfbahnhofprojekte haben wir nicht zustimmen können, aber das Durchgangsbahnhofprojekt entspricht gleichfalls nicht unseren Anschauungen und wir wollen deshalb mit dieser ganzen Sache nichts mehr zu tun haben, sondern sie dem alleinigen Ermessen und der alleinigen Ausführung des Ministers überlassen. Eine solche Stellungnahme würde dem Interesse der Stadt meiner Meinung nach nicht entsprechen. Wenn wir die Ausführung des Projektes, das wir bisher bekämpft haben, nicht mehr verhindern können, so müssen wir wenigstens versuchen, die Nachteile, die mit dessen Ausführung für die Stadt verbunden sind, auf das geringste Maß zu beschränken und zu diesem Zwecke müssen wir weiter mit dem Minister verhandeln, unsere Hand in der Sache behalten und dafür sorgen, daß unsere Stimme auch bei der Ausführung gehört wird. Wir wollen Ihnen nicht vorschlagen, die Stadt jetzt auf das Grundstücksgeschäft oder auf eine direkte pekuniäre Unterstützung der Ausführung festzulegen, sondern wir wollen Ihnen nur vorschlagen, den Versuch zu machen, für ein solches Geschäft eine geeignete Grundlage zu finden und wir empfehlen Ihnen deshalb, den Magistrat zu ersuchen, die Verhandlungen mit dem Herrn Minister nicht abzubbrechen, sondern eine geeignete Grundlage für die Beteiligung der Stadt an der Ausführung des Projektes zu suchen.

Die Zweckmäßigkeit eines solchen Vorgehens ergibt der bisherige Verlauf der Sache schon ganz klar in zwei Punkten, nämlich erstens in der Lage der Werkstätten. Ursprünglich war projektiert, sie auf Middelagerhäuser resp. Gliemaroder-Terrain zu errichten. Es würde dadurch der Stadt ein erheblicher Nachteil zugefügt sein. Den Bemühungen des Herrn Oberbürgermeisters bei den stattgehabten Verhandlungen ist es gelungen, hier eine Milderung herbeizuführen, so daß nach dem neuen Projekte die Werkstätten auf Braunschweiger

Terrain errichtet werden sollen und so diese Anlagen für die Stadt erhalten bleiben. Zweitens haben sich die Verhandlungen auch insofern nützlich für die Stadt erwiesen, als bezüglich der Bahn von Celle, von der wir später eine Fortsetzung nach Süden erwarten, erreicht ist, daß ein Projekt verfolgt wird, welches bei dem Durchgangsbahnhofe ohne jede Schwierigkeit ein- und ausgeführt werden kann, was bei dem Kopfbahnhofe nicht möglich sein würde. Auch dieses Punktes wegen ist das Verbleiben in der Verhandlung mit dem Minister dringend erwünscht, denn die anderen hierbei interessierten Städte, namentlich Peine, machen die größten Anstrengungen, um eine Einführung dieser Bahnlinie nicht in Braunschweig, sondern in ihrer Stadt zu erreichen. Wir würden bei dieser Sache in eine sehr ungünstige Situation kommen, wenn wir ganz zur Seite treten und nun jede weitere Beteiligung an der Ausführung des Bahnhofbaues ablehnen wollten.

Aus diesen Gründen haben wir unserem Antrage noch folgenden zweiten Absatz hinzugefügt, den wir gleichfalls Ihrer Annahme empfehlen, und der lautet:

„Hiernach ersucht die Versammlung den Magistrat, über die stadtseitige Förderung des Durchgangsbahnhofes mit der Königlich Preussischen Eisenbahnverwaltung im Sinne des Schreibens des Magistrates vom 29. Juni 1907 weiter verhandeln zu wollen.“

Wenn ich hiernach meine Auffassung nochmals zusammenfassen darf, so ist sie folgende: Ich bin nicht ein Freund des Durchgangsbahnhofes, sondern ich würde lieber einen Kopfbahnhof nehmen, wenn es möglich wäre, diesen den Eisenbahnverkehrsbedürfnissen der Stadt anzupassen. Da die langen Verhandlungen aber ergeben haben, daß dies nicht möglich ist, so bleibt mir nichts anderes übrig, als nunmehr der Ausführung des Durchgangsbahnhofes zuzustimmen. Die Nachteile, die dabei durch Aufschließung des großen Terrains für die Stadt Braunschweig entstehen, werden größer und gefährlicher in dem Falle, daß die Stadt jetzt zur Seite tritt und sich nicht weiter an der Ausführung des Bahnhofes beteiligt, sondern diese Preußen allein überläßt. Wir empfehlen daher die Verhandlungen fortzusetzen, um eine geeignete Grundlage für die finanzielle Beteiligung der Stadt an der Ausführung zu gewinnen. Auf bestimmte Summen können wir uns jetzt noch nicht festlegen, sondern müssen die endgültige Entscheidung der Frage, ob wir schließlich zur Durchführung des Projektes etwas zahlen sollen und wieviel, und ob und zu welchem Preise wir schließlich das Grundstücksgeschäft übernehmen wollen, den weiteren Verhandlungen vorbehalten. Jedenfalls halten wir zunächst die Anforderungen des Herrn Ministers für zu hoch und sind der Meinung, daß die Stadt solche nicht leisten kann und daß daher eine weitere Förderung des Projektes für uns nur

möglich ist, wenn sie auf einer anderen, uns annehmbareren finanziellen Grundlage erfolgen kann.

Ich empfehle Ihnen daher die Annahme der von uns eingebrachten Resolution.

Herr W o l t e r s: Für die formelle Gestaltung der heutigen Verhandlung bin ich dem Herrn Vorsitzenden sehr dankbar. Es ist eine eigene Sache, ein solches Referat objektiv zu gestalten. Wenn man zu der Minderheit gehört und die Gründe der Mehrheit zur Geltung bringen soll, so kann es einem dabei gehen, wie dem bekannten Manne im Altertum, der seine eigenen Kinder immer sofort wieder verschlang.

Ein ganz gewichtiger Punkt ist gegenüber Herrn Meyerhoff hier richtigzustellen. Es handelt sich gar nicht um die Anlage eines Kopfbahnhofes. Als ich gestern darauf aufmerksam machte, daß es sich um ein ganz bestimmtes Projekt handelte, ist der Antrag entsprechend korrigiert und gesagt worden, „das vorgelegte Projekt“. Deshalb möchte ich bitten, in dem Antrage der Minorität zu sagen: „Das vorgelegte Projekt“, nicht aber „ein“ Kopfbahnhof.

Ich möchte die Fehler des Kopfbahnhofes kurz zusammenfassen: Mit einem steht und fällt unsere und die Stellungnahme der Herren. Wenn wir das, was im Magistrats Schreiben und im Schreiben des preussischen Herrn Ministers über die Verkehrsverhältnisse unserer Stadt gesagt ist, als richtig anerkennen müssen, so ist unsere Ansicht, die Ansicht der Minorität, die richtige. Der Herr Minister sagt, es würden beim Kopfbahnhofe Schwierigkeiten im Betriebe erwachsen. Diese Schwierigkeiten können uns allerdings gleichgültig sein, denn für uns fängt das Interesse erst da an, wo die Bahnhofsverhältnisse der Zukunft in Frage kommen, nämlich bei der Einführung neuer Linien in den Bahnhof. Hier sagt der Magistrat nur, es seien in dieser Beziehung Schwierigkeiten zu erwarten. Das ist von seiten des Herrn Ministers nach der negativen Seite viel stärker betont und gesagt worden, es sei a u s g e s c h l o s s e n, daß die Möglichkeit weiterer Durchgangsverbindungen zwischen den bestehenden Linien oder gar in Gemeinschaft mit neuen Linien für die Zukunft offen gehalten werde. Eine derartige Möglichkeit stellt also der Herr Minister direkt in Abrede. Was hat dies für eine Folge? Es wird uns für die Zukunft mutmaßlich die Möglichkeit genommen, die jetzigen Durchgangsverkehrsverhältnisse in der Zukunft noch auszudehnen. Wir alle denken an die Einführung der Linie von Celler. Die hierdurch geschaffene kürzeste Verbindung mit den Seestädten steht also nach der Aussage des preussischen Herrn Ministers absolut in Frage. Das ist aber nicht der einzige Punkt. Wir müßten bei dieser Gelegenheit versuchen, die Verhältnisse jetzt herbeizuführen, die bei der Anlegung der Bahn nach Berlin ver-

säumt sind. Für den Verkehr vom Osten nach dem Westen ist Braunschweig der gegebene Durchgangspunkt. Der Mangel an Verständigung und das Mißtrauen gegen Preußen hat es aber herbeigeführt, daß die natürliche Verbindung über Braunschweig nicht angelegt ist, sondern daß sich ein gewaltiger Verkehr nördlich und südlich von Braunschweig über Stendal und Lehrte und über Borsum bewegt. Jetzt ist die Möglichkeit da, die natürliche Linie und Verbindung über Braunschweig wiederherzustellen und — abgesehen von der großen Linie, die sich von Norden nach Süden entwickelt — die Linie Ost-West zu verbessern. Wollen wir uns diese beiden Möglichkeiten jetzt abschneiden lassen? Alle diese Erwägungen beruhen indessen darauf, ob die Erklärung des preußischen Herrn Ministers auch ernsthaft gemeint ist. Es wurde schon gestern gesagt, daß die preußische Taktik und Politik herauszuschlagen sucht, was sie kann und ihren Standpunkt wahr. Trotzdem halte ich es aber für bedenklich, wenn der preußische Minister sich in einem amtlichen Schriftstücke eine solche Blöße geben sollte, daß ihm nämlich ein Mangel an der Ernsthaftigkeit seiner Erklärungen vorgeworfen würde. Wenn man hier diese Ernsthaftigkeit bestreitet, so kann ich dazu bemerken, daß von sachverständiger Seite jene Meinung nicht geteilt wird. Auch von unseren Sachverständigen wird sie kräftigst bestätigt. So z. B. hat außer dem Herrn Baurat Frühling, der sicher nicht einseitig und in einer Kommissionsmeinung befangen ist und der unabhängig dasteht, auch unser eigentlicher Sachverständiger, Herr Stadtbaumeister Menadier, diesen Gesichtspunkt vertreten und die Richtigkeit der preußischen Erklärung in einem Gutachten, das freilich nur der Kommission und nicht der Versammlung zugegangen ist, bestätigt. Das ist so wichtig, daß ich das Gutachten des Herrn Stadtbaumeisters Menadier vorlesen möchte. (Geschieht.)

Wenn ich mich entscheiden soll zwischen den Behauptungen von nicht gerade sachverständigen Herren und zwischen dem, was unser technischer Berater äußert, so unterliegt es für mich keinem Zweifel, auf wessen Seite ich mich zu stellen habe. Deshalb traue ich der Erklärung des preußischen Herrn Ministers.

Für den Kopfbahnhof wird ein Zuschuß von sechs Millionen gefordert. Hierdurch sind die Befürworter des Kopfbahnhofprojektes schon so erschreckt, daß sie mit dem Zuschusse auf drei bis vier Millionen heruntergehen. Jedenfalls steht es fest, daß bei dem Kopfbahnhofs 3,3 Millionen mehr auszugeben sind, als bei dem Durchgangsbahnhofs.

Nunmehr möchte ich betonen, aus welchen Gründen uns beiden das jetzige Kopfbahnhofprojekt unannehmbar ist. Ich möchte auch den Gründen entgegen treten, die gestern in der Kommission und auch in der Bürgerschaft vorgebracht wurden, um das Durchgangsbahnhofprojekt als unannehmbar erscheinen zu lassen.

Zunächst ist gesagt worden, es wäre in anderen Städten niemals ein Bahnhof so weit von der Stadt entfernt angelegt worden. Selbstverständlich ist das richtigste, den Bahnhof so nahe wie möglich an die Stadt heranzulegen, aber entscheidend für die Lage des Bahnhofes sind die lokalen Verhältnisse. Es wird keine Stadt mit der Anlegung eines Bahnhofes in Kauf genommen haben, ihre Verkehrsverhältnisse so zu erschweren oder vollständig zu unterbinden, wie hier geschehen würde. In anderen Städten sind eben die Schwierigkeiten nicht vorhanden gewesen, die hier als unüberwindlich hervorgetreten sind. Ich kann deshalb den Hinweis auf andere Städte nicht anerkennen, sondern muß immer wieder betonen, daß wir uns hier in einer Zwangslage befinden. Auch der Architekten- und Ingenieur-Verein soll sich im Jahre 1889 gegen eine Hinauslegung ausgesprochen haben. Die Verwertung dieses Momentes sollte uns zum Vorwurf dienen; wenn man aber bedenkt, daß ein Herr, nämlich unser eigener Sachverständiger (Hufe: Der Vater!) — es handelt sich wohl um eine Meinungsübereinstimmung beider — damals den Kopfbahnhof befürwortet hat und heute entgegengesetzter Meinung ist, so kann man doch wohl sagen, daß heute das Gutachten des Architekten- und Ingenieur-Vereins nicht mehr maßgebend ist. Ich bin nicht zweifelhaft, nach welcher Richtung hin sich heute der Architekten-Verein entscheiden würde.

Sodann ist hingewiesen worden auf die Unbequemlichkeit des Erreichens des draußen liegenden Bahnhofes. Wir haben gestern schon von sachverständiger Seite gehört, daß in der Tat die Unbequemlichkeit und die Kosten nicht wachsen werden. Es ist uns, wenn auch nicht zugesichert, so doch in Aussicht gestellt, daß die Kosten der Fahrt vom jetzigen Bahnhofe bis zum neuen Bahnhofe den Kilometerpreis der Eisenbahn nicht übersteigen werden. Das Moment, es würde uns dadurch dauernd eine Teuerung auferlegt, ist aus diesem Grunde nicht anzuerkennen. Ferner ist erwähnt worden die Unbequemlichkeit des Verlassens des Bahnhofes, wenn Sonntagsabends Hunderte von Personen vom Harze zurückkehren und genötigt wären, zu Fuß bis zu ihren Wohnungen zu gehen, weil angeblich die vorhandenen Verkehrsverhältnisse nicht genügten. Mit Nachdruck ist aber betont worden, daß diese Schwierigkeit gehoben werden solle, indem nicht nur die elektrische Straßenbahn, sondern auch noch andere Verkehrsmittel vorhanden sein würden, um den Verkehr glatt zu bewältigen. Auf den lebhaftesten Straßen Berlins sieht man bekanntlich neben der Elektrischen noch viele andere Fahrzeuge alter und modernster Art zu 5- und 10-Pfennig-Preisen fahren usw.

Außerdem ist die Schädigung hervorgekehrt, die den Anwohnern des Wilhelmitorbezirkes dadurch erwachsen könnte, daß weit hinaus der Fernbahnhof errichtet würde. Besonders haben die Nachbarn des alten Bahnhofes die

große Befürchtung, die auch in der heute erhaltenen Eingabe und durch die Presse zum Ausdruck gekommen ist, daß eine Entwertung ihres Stadtteils eintreten würde. Diese Ueberzeugung habe ich nicht. Ich besitze dort selbst ein Grundstück. Man ist dann, wenn man die Wirkung am eigenen Leibe fühlt, wohl zu einem Urteile berufen. Ich hege indessen solche Befürchtungen nicht. Ich schließe mich vielmehr der Ansicht des Herrn Bues an, der sich in aller-nächster Nähe des jetzigen Bahnhofes noch ein wertvolles Grundstück gekauft hat und dabei für den Durchgangsbahnhof stimmt in der Meinung, daß die dem seinigen benachbarten Grundstücke in ihrem Werte wachsen werden. Der Steinweg ist durch den Ausbau des östlichen städtischen Villenviertels im Grundstückswerte nicht schlechter geworden, sondern außerordentlich gewachsen, denn sein Verkehr hat erheblich zugenommen. Ich glaube also nicht, daß die Befürchtung, welche in dieser Beziehung gehegt wird, eine Berechtigung hat.

Sodann wird eine allgemeine Grundstücksentwertung für den Fall befürchtet, daß das freiwerdende Bahnhofsgelände zu schnell verkauft würde. Mancher nimmt an, daß es 60, ein anderer, daß es 50 Jahre dauern würde. Wie lange diese Zeit sein wird, liegt außerhalb unseres Ermessens. Jedenfalls handelt es sich hier nicht um ein notwendiges Anhängsel des Durchgangsbahnhofprojektes, das Terrain stadtseitig zu übernehmen, sondern es sind zwei vollständig getrennte Sachen: Wir können das Durchgangsbahnhofprojekt annehmen und dabei das Terraingeschäft übernehmen oder ablehnen. In beiden Fällen haben wir das Mittel in der Hand, den Weiterverkauf zeitlich zu regulieren. Würde Preußen auf eigene Rechnung das Terrain verkaufen, so müßten der Stadt wegen der Schnelligkeit des Verkaufes Garantien gegeben werden. Dieser Punkt ist auch schon in Ermägung gezogen; der preussische Herr Minister der öffentlichen Arbeiten hat in der Konferenz vom November 1907 hervorgehoben, die Stadt könnte in dieser Beziehung beruhigt sein, es würden Mittel und Wege gefunden werden, um diese Gefahr der Entwertung der allgemeinen Grundstückslage der Stadt zu vermeiden.

Schließlich ist hinsichtlich der Wertbarkeit des Geländes bemerkt worden, daß es außerordentlich mangelhaft sei wegen des schlechten Untergrundes. Für einen gewissen Teil des Terrains, besonders in der Umgebung der sogenannten Ambergischen Insel, ist das anzuerkennen. Ich gebe zu, daß hier Schwierigkeiten entstehen können, aber wir haben 520 Morgen Terrain, bei dem die aufgetauchten Bedenken nicht insgesamt zutreffen werden. Aber auch selbst da, wo Schwierigkeiten vorhanden sein sollten, würde die moderne Technik diese Schwierigkeiten ohne erhebliche Kosten überwinden.

Im Magistratschreiben ist eine strikte Ablehnung des Kopfbahnhofprojektes besonders betont worden, indem es heißt: „Für die Durchführung

eines Projektes, das nach unserer festen Ueberzeugung die Interessen der Stadt dauernd schwer schädigen würde, ein Opfer von sechs Millionen Mark zu bringen, können wir nicht für zweckdienlich erachten und müssen uns daher unsererseits gegen das vorgelegte Projekt erklären.“

Diese Absage ist fest und bindend. Der Magistrat ist, wie ich glaube, unbeugsam. Er hat immer kräftiger für den Durchgangsbahnhof Stellung genommen und eine noch kräftigere Stellungnahme können wir nicht erwarten. Bei mangelnder Willensübereinstimmung zwischen Magistrat und Stadtverordneten kommt ein Beschluß der städtischen Behörden nicht zustande. Wenn sich jetzt also eine Majorität für einen Kopfbahnhof finden sollte, so würde das ein Beschluß pro nihilo sein. Es würde aus der ganzen Sache nichts werden, und die Frage des Bahnhofsumbaues würde auf unabsehbare Zeit ruhen, wenn wir Stadtverordnete uns jetzt für einen Kopfbahnhof festlegen, weil der Magistrat ihn ablehnen würde. Die von Herrn Frühling vorgetragene Resolution, die wir beide gemeinschaftlich verfaßt haben, empfehle ich zur Annahme.

Herr R i e k e: Ich könnte mich darauf beschränken, die Gründe der beiden Vorredner zu wiederholen, denn im allgemeinen haben diese in deutlicher Weise gesagt, was ich für das Durchgangsbahnhofprojekt vorbringen könnte. Wenn wir uns vergegenwärtigen, wie lange wir schon den Bahnhof bauen, so ist das eine sehr beträchtliche Zeit her, und wieviele Beratungen wir schon gehabt und wieviel Geld wir dafür ausgegeben haben — der Baurat Gleim hat allein 20 000 Mark für seine Projekte erhalten — und wie wir trotzdem heute noch nicht weiter gekommen sind, als vor zehn Jahren, so sollte uns das zu ernstlichem Nachdenken zwingen. Endlich muß doch nun einmal eine Klärung in der Sache geschehen, wenn Braunschweig nicht noch weiter zurücktreten soll. Dabei ist uns aber der Antrag Meyerhoff nichts nütze, denn er würde nur wieder eine Verschleppung auf Jahre hinaus bedeuten. Herr Meyerhoff will noch weiter unterhandeln, aber das gibt es nicht mehr, mit dem Verhandeln sind wir nun endlich fertig, jetzt heißt es nur noch: Vogel friß oder stirb! Gehen wir auf den Vorschlag des Magistrates heute nicht ein, dann haut das mächtigere Preußen einen Bahnhof, wie er ihm zusagt, und dann Braunschweiger Kopfbahnhofsfreunde, geht 1700 m weiter hinaus. Die Angelegenheit des Durchgangsbahnhofprojektes haben uns unsere Referenten eingehend erläutert. Bei Eisenbüttel würde beim Kopfbahnhofprojekte eine Steigung von 13 m vorkommen, wodurch der Pferdeschinderei Tor und Thür geöffnet würde und der Anschluß von Wolters Brauerei müßte beinahe mit dem Zahnrad betrieben werden. Herr Stadtbaumeister Menadier hat dieses eine Maufesalle genannt. Und dafür soll sich eine Mehrheit finden, die aus Braunschweigern besteht und die sechs Millionen zuzahlen will für einen Zustand, der schon Jahrzehnte lang bestanden hat?

Man würde es nicht begreifen können, daß sich dafür noch eine Majorität finden könnte. In der Kommission waren es sechs gegen sechs und der Vorsitzende hat zugunsten des Kopfbahnhofprojektes den Ausschlag gegeben; die Majorität war also nicht so sehr groß. Wenn Sie bei dem Kopfbahnhofprojekte von drei Millionen auf sechs Millionen gekommen sind, so möchte ich Sie nur daran erinnern, daß Sie zwei Steuereinheiten mehr bewilligen müssen, um die Verzinsung hierfür zu tragen. Wollen Sie damit vielleicht den Fremdenverkehr heben und bei der Bürgerschaft Anklang finden? Wenn Sie Ihren Wählern hierüber Rechenschaft ablegen wollen, so würden Sie wahrscheinlich sehr hineinfliegen. Deshalb sehe ich nicht ein, wie man gegen ein solches Projekt, das der Allgemeinheit nützt und der Gesamtentwicklung des Gemeinwesens zugute kommt, noch stimmen kann. Sie müssen doch auch sehen, daß der jetzige Bahnhof wie ein Pfahl im Fleische der Stadt steckt. Wenn man nun den Eisenbüttelweg gegen das Projekt ins Feld führen und sagen will, daß eine zu große Steigung vom Kennel her entstehen würde, durch die sich die Pferde abrackern würden, so kann ich darauf nur erwidern, daß dieser Weg beim Kopfbahnhofprojekte derartig mit Dämmen verbarrikadiert würde, daß die Eisenbahn vollständig im Loche liegen würde. Weitere Verhandlungen in dieser Sache haben keinen Zweck. Für die Vorarbeiten der Eisenbahn nach Celle haben wir wohl einen Zuschuß bewilligt, aber wir werden die Bahn bei solcher Haltung niemals bekommen, und das würde unsere Schuld sein und nicht die des preussischen Eisenbahnministers. Man versuchte auch, uns mit verschiedenen anderen Dingen noch graulich zu machen und sagte, das Terrain sei so schlecht, daß es gar nicht zu bebauen wäre; in Hamburg und Lübeck baut man aber auf noch viel schlechterem Untergrunde, und steht unser Rathaus vielleicht auf besserem Untergrunde? Nein, hier hat man sich mit Beton geholfen und dort wird es auch geschehen. Mir scheint die Furcht der Grundbesitzer hierbei eine große Rolle zu spielen, trotzdem hier ein vollständiger Wohnungsmangel vorhanden ist.

Es wurde mir auch vorgeworfen, ich hätte mich früher gegen eine Ausbreitung der Stadt und für eine Gesundung der Verhältnisse im Innern der Stadt erklärt. Das ist richtig, aber andere Städte haben es ebenso gemacht und haben ihre Festungswerke hinausgelegt, um sich ausbreiten zu können. Bei der Langenstraße und dem Niekelnkulle habe ich mich für eine Durchführung der Straßen erklärt, der letztere Antrag wurde aber abgelehnt, wahrscheinlich weil dort in der Nähe Minister wohnen, die die Luft nicht gut hätten vertragen können. Es ist richtig, daß der Bahnhof 1700 oder 1800 m hinausgelegt werden soll, aber ich weiß nicht, wie wir anders zu besseren Verhältnissen kommen sollen, damit uns der Verkehr nicht entgeht. Wenn gesagt worden ist, daß z. B. die Konservenindustrie mit unseren heutigen Bahnhofsverhältnissen zufrieden sei,

so kann ich dazu bemerken, daß mir das Gegentheil gesagt und besonders hervorgehoben wurde, daß der hier nach Hamburg aufgegebenen Spargel bei den schlechten Verkehrsverhältnissen meist verdorben hinkomme, weil er zu lange stehen müsse, während der in Hannover und Celle aufgegebenen Spargel glatt befördert werde.

Die hier wieder angezogene Erklärung des Architekten- und Ingenieurvereins von damals ist heute nicht mehr angebracht. Ein Durchgangsbahnhof hat für unsere Stadt werbende Kraft und der jetzige Zustand oder die Einrichtung eines anderen Kopfbahnhofes würde nur weiter zur Versumpfung der Stadt beitragen. Ich kann mich als Stadtverordneter nicht für einen solchen Zustand begeistern und die alten Ladenhüter immer wieder hervorholen. Ich wundere mich, daß Herr Meyerhoff heute nicht wieder mit dem Märchen gekommen ist, daß die Hauseigentümer bei Anlage eines Fernbahnhofes gezwungen sein würden, ihre Hausschlüssel auf dem Rathause abzuliefern. (Heiterkeit.) Sind andere noch kleinere Städte etwa bankrott geworden, als sie einen neuen Bahnhof erhielten? Solche Gründe gehören nicht hierher. Voriges Mal hatten sich zwanzig Vereine gefunden, die für den Kopfbahnhof eintraten, ich begreife nicht, daß es dieses Mal unterlassen ist. Es ist schwer verständlich, daß sich jemand für solchen Zustand erklären kann, hätten die Leute mit ihrem Antrage für Scheppau etwas ausrichten wollen, so wäre ich damit einverstanden, für Braunschweig aber nicht. Die Zukunft der Entwicklung der Stadt wäre mit dem Kopfbahnhofprojekte vollständig vernagelt, weil dann keine neuen Linien mehr in den Bahnhof hineingelassen werden können. Soviel Unehrenhaftigkeit, Unverständnis und Mangel an Einsicht möchte ich dem preussischen Eisenbahnminister und auch den gehörten Sachverständigen nicht ausdrücken und zutrauen, wie das hier geschehen ist, denn die Genannten haben gar keinen Grund, die Interessen der Stadt Braunschweig zu schädigen. Wenn das früher einmal geschehen ist, so wird damit gewissermaßen anderen gedient sein, und es gilt dabei das Recht des Stärkeren gegenüber dem Schwächeren. Es kommt auch hier darauf an, wer der Mächtigere ist, seinen Willen durchzusetzen, und von diesem Standpunkte aus komme ich dazu, zu empfehlen, den Antrag Frühling anzunehmen, damit wir endlich zum Ziele kommen. Bedenken Sie, welchen Zuständen wir entgegengehen, wenn die Verhandlungen abgebrochen werden! Eine weitere Trödelei hat keinen Zweck. Der Herr Oberbürgermeister wird auch keine Lust mehr haben, in dieser Sache so weiter zu verhandeln, denn ich glaube, er würde sich jetzt lächerlich machen, wenn er nun wieder mit dem unbrauchbaren Kopfbahnhofprojekte hervorträte. Der Magistrat hat sich klar und deutlich in seiner Vorlage über die Sache ausgesprochen und der Minister in seinem Schreiben ebenfalls; wenn nun aber Preußen seinen Bahnhof ohne Mitwirkung der

Stadt baut, so haben wir die Hände nicht mehr darauf, und es kann uns ein Bau hingestellt werden, wo und wie er will, wir müssen damit zufrieden sein. Außerdem ist es noch fraglich, auf welche Seite sich die braunschweigische Regierung stellen wird, ob auf die des preußischen Ministeriums oder auf unsere, da sie in diesem Falle die schwächere ist. Wenn Preußen den Bahnhof allein baut, so wäre das ein Zustand, der für Braunschweig nicht von Vorteil sein kann, weil wir damit die Verhandlungen vollständig aus der Hand geben. Lassen Sie uns mit dazu beitragen, daß wir mit dem Bahnhofe endlich „zu Quecke“ kommen.

Herr Lübbe: Es hat für mich immer etwas bedenkliches, wenn der Herr Oberbürgermeister mit Herrn Riecke Hand in Hand geht! (Heiterkeit.) Aus den Worten des Herrn Frühling habe ich den Eindruck gewonnen, als wäre er heute fast mehr der Sachwalter des preußischen Ministers gewesen, als der Stadt Braunschweig, denn er erklärte immer, der preußische Minister sagt das, mithin ist es unbedingt wahr! Der preußische Eisenbahnminister ist gewiß in seinem Ressort ein hochachtbarer Mann, aber er vertritt ausschließlich sein Ressort und nicht die Interessen der Stadt Braunschweig. Er hat seine Interessen zu wahren, das ist seine Amtspflicht, während wir für unsere Interessen einzutreten haben. Wir können also nicht einen Durchgangsbahnhof nehmen, nur weil ihn der preußische Minister gern haben will. Ueberhaupt wird hier immer das Schlagwort „Durchgangs-“ und „Kopfbahnhof“ in die Debatte geworfen, ohne daß man sich klar macht, daß der Durchgangsbahnhof durchaus nicht das Allheilmittel für gute Zugverbindungen wäre, während der Kopfbahnhof nicht gestatte, so viele Züge einlaufen zu lassen, wie wir gebrauchen. Namentlich habe ich bei den Ausführungen des Herrn Frühling vermißt, daß er nicht darauf hingewiesen hat, daß das vorliegende Kopfbahnhofprojekt ganz wesentliche Verbesserungen gegenüber dem bisherigen Zustande aufweist. In dem uns vorliegenden Projekte eines Kopfbahnhofes sind tatsächlich doppelt so viele Bahnsteige vorgesehen, wie wir bisher hatten, und die hauptsächlichsten Gleise, nämlich die Verbindung Ost-West, gestatten eine schienenfreie Durchführung der Züge, ohne daß sie auf einander warten müssen. Deshalb würde auf dem neuen Kopfbahnhofs die dreifache Anzahl der Züge Ost-West einlaufen können wie bisher, und die doppelte Anzahl Züge der anderen Richtungen. Der preußische Minister hat gut sagen, es sei eine weitere Einführung von Zügen nicht möglich, denn er hat in dem Projekte Fürsorge getroffen, daß er genug Züge einlaufen lassen kann. Wir würden hiernach einen so großen Kopfbahnhof bekommen, daß er für die jetzigen Zugverbindungen reichlich genügt, und der Bahnhof ist so gestaltet, daß selbst die geplante Nord-Südlinie mit einlaufen kann. Diese Linie wird sich vor der Stadt Braunschweig mit den Magdeburg-

Hannoverschen Gleisen vereinigen müssen, gleichviel, ob wir einen Kopf- oder Durchgangsbahnhof erhalten. Nehmen Sie nun an, wir hätten die große Nord-Südlinie und einen Durchgangsbahnhof, glauben Sie wirklich, daß Sie von Bremen nach dem Süden fahren könnten, ohne umzusteigen? (Widerspruch.) Die Verhältnisse würden sich dann in Braunschweig ebenso gestalten, wie sie jetzt in Magdeburg liegen. Wenn Sie von hier über Magdeburg nach dem Süden fahren, bleibt Ihnen nichts anderes übrig, als in Magdeburg den Zug zu verlassen und auf einen anderen Bahnsteig zu gehen. Der Zug der West-Ostlinie braucht in Magdeburg eine Wartezeit, um die Anschlüsse der Nord-Südlinie aufzunehmen, und diese Wartezeit ist ebenso groß, wie der Aufenthalt und das Umrangieren der Lokomotive auf einem Kopfbahnhofs. Eine Zeiterparnis wird für den preußischen Minister bezüglich der Abfertigung der Züge also nicht herauspringen, wenn er uns einen Durchgangsbahnhof mit schienenfreien Gleisen baut. Der Reisende hat die Unbequemlichkeit, daß er mit Sack und Pack den Zug verlassen und Trepp auf Trepp ab wandern muß, um nach seinem Zuge zu kommen. In dem einen Falle hat also der Fuhrmann, in dem anderen der Fahrgast seine Unbequemlichkeiten. Wenn wir ausschließlich eine Ost-Westverbindung hätten, so wäre eine größere Beschleunigung möglich. Bei sich kreuzenden Zugrichtungen ist in jedem Durchgangsbahnhofs die Unbequemlichkeit für die Reisenden größer, als bei einem Kopfbahnhofs. Die preußischen Städte Wiesbaden, Cassel, Altona usw. haben in neuerer Zeit Kopfbahnhöfe bekommen; wenn ein solcher Bahnhof so unbequem für den Betrieb wäre, hätte der preußische Eisenbahnminister diese Bahnhöfe sicher nicht gebaut, auch würde uns im Jahre 1897 kein Kopfbahnhof vorgeschlagen sein, wenn seine Verwendbarkeit so unzulänglich sein würde. Damals wurde doch von der preußischen Eisenbahnverwaltung ein Kopfbahnhof für am geeignetsten gehalten, denn die Eisenbahnverwaltung hat aus eigenem Antriebe das damalige Kopfbahnhofsprojekt vorgeschlagen.

Uebrigens halte ich es nicht für richtig, wenn der preußische Minister dafür verantwortlich gemacht wird, daß der Bahnhof nun weit draußen vor der Stadt angelegt wird. Die braunschweigischen Behörden sind es gewesen, welche dadurch, daß sie alle näherliegenden Projekte ablehnten, die preußische Eisenbahnverwaltung gezwungen haben, diesen Fernbahnhof Rünningen vorzuschlagen. Vor 20 Jahren hat man den Wert einiger schönen Gärten hier höher taxiert als einen Durchgangsbahnhof. Man hätte müssen die Bahn am Augusttore durchführen und Hollands und Nimpaus Garten streifen. Das ist damals, wenn ich recht unterrichtet bin, vom Staatsministerium abgelehnt worden. Später wurde ein Durchgangsbahnhof am Ostbahnhof vorgeschlagen und abgelehnt und schließlich auch das Kopfbahnhofsprojekt von 1897, weil die

Stadt sich nicht entschließen konnte, einen bescheidenen Beitrag zu leisten. Also Sie selbst haben es verschuldet, daß der preußische Eisenbahnminister jetzt nach Eisenbüttel hinausgegangen ist. Es wäre doch wohl richtiger, wenn die braunschweigischen Behörden jetzt den Weg rückwärts fänden und sagten, vielleicht hat der preußische Minister doch recht, wenn er uns jetzt ein Kopfbahnprojekt vorlegt, denn wenn er nicht glaubte, mit dem Kopfbahnhofsprojekt auskommen zu können, so würde er das Projekt nicht vorgelegt haben. Gegen und auch für den Bahnhof draußen am Kennel ist schon so viel geredet und auch geschrieben, daß man darüber nicht mehr zu sprechen braucht, jedenfalls sind aber eine ganze Reihe von Bedenken gegen solchen Fernbahnhof noch von keiner Seite erschüttert worden und auch die Fürsprecher des Fernbahnhofs müssen zugeben, daß für jeden, der in Zukunft nach dem Fernbahnhofs will, eine große Unbequemlichkeit und Zeitverlust damit verbunden ist. Wenn Sie diese Sache präzise ins Auge fassen, so müssen Sie auch zu dem gleichen Ergebnis kommen. Wer z. B. morgens mit den D-Zügen 4,27 Uhr oder 5,34 Uhr in der Richtung nach Magdeburg fahren will, muß zu Fuß oder im Wagen den Bahnhof zu erreichen suchen, denn wenn auch die vom Herrn Oberbürgermeister vorgeschlagene Pendelbahn vom Friedrich-Wilhelmsplatz nach dem neuen Bahnhofs gebaut werden soll, so früh wird sie nicht in Tätigkeit treten, um Reisende zu diesen Zügen nach dem Bahnhofs zu befördern. (Rufe: Erst recht!) Auch die elektrische Bahn wird nicht die ganze Nacht hindurch fahren wollen, um einige wenige Passagiere nach und von dem Bahnhofs zu befördern. Der Herr Oberbürgermeister hat zwar gestern sehr freigiebig angeboten, daß die Pendelbahn auf Kosten der Stadt gebaut und womöglich die ganze Nacht durch betrieben werden sollte. Nachher, fürchte ich, wird es aber anders kommen und er wird sich als den sparsamen Hausvater zeigen, als welchen wir ihn kennen. Es wird einfach ein Posten aufgestellt, der einige Morgen die ankommenden und abfahrenden Reisenden zählt, und dann heißt es, wegen der 40 oder 50 Menschen können wir den Betrieb in so früher Morgenstunde oder gar während der ganzen Nacht nicht aufrecht halten. Wie glänzend sich die Verhältnisse auf der späteren elektrischen Verbindungsbahn gestalten werden, davon können sich die Bewohner des Fällerslebertorbezirkes schon jetzt eine recht deutliche Vorstellung machen. Man sehe sich doch einmal den Verkehr auf der Gliesmaroder Linie der Straßenbahn an. Wenn ich z. B. vom Fällerslebertor zur Bahn will und ich sehe den Wagen nicht vor dem Hause stehen oder gleich eintreffen, so komme ich zu Fuß schneller hin, als wenn ich auf einen Wagen warte, weil ich am Rathause wieder umsteigen muß und die Anschlußwagen nicht immer gleich zur Stelle sind. Der erste elektrische Wagen des Morgens liegt auch für den Garzug so unglücklich, daß man ihn kaum noch benutzen kann, weil er meistens

erst knapp vor Abfahrt des Zuges am Bahnhofe ankommt. Jedermann wird also, wenn er in Zukunft den Fernbahnhof benutzen will, gezwungen sein, Zeit oder Geld zu opfern; außerdem müssen die Leute, die mit Gepäck kommen und die Tertiärbahn bis zum Friedrich-Wilhelmsplatz benutzen wollen, dort wieder umsteigen, was durchaus nicht angenehm ist. Wenn außerdem die Züge der elektrischen Tertiärbahn den Verkehr vom Staatsbahnhofe aufnehmen sollen, so müssen sie ebenso groß sein, wie z. B. die im Sommer vom Harze einlaufenden Züge selbst und dann würde es doch wohl besser sein, wenn man die Züge selbst bis in den jetzigen Kopfbahnhof durchführte. Es ist gestern auch von den Schwierigkeiten gesprochen, die dadurch hervorgerufen werden, daß die Augusttorvorstadt nicht mit der Wilhelmitorvorstadt verbunden sei. Diese Verbindung wird sich schon herstellen und verbessern lassen, auch die vorgesehenen größeren Steigungen lassen sich abschwächen und zwar wird das die Eisenbahnverwaltung aus ihrem eigensten Interesse heraus tun. Daß es möglich ist, solche Ueberführungen ohne 13 m Steigung zu bauen, können Sie alle Tage an der Strecke Potsdam—Berlin sehen. Dort sind nach dem Steglitzer Eisenbahnunglück in wenigen Jahren eine Menge solcher Uebergänge gebaut, und in Berlin resp. Schöneberg können Sie noch ganz andere Uebergänge sehen. Darum wird noch nicht 13 m hoch geklettert. In dieser Beziehung kennt die Technik keine Schwierigkeiten mehr; wenn man nicht darüber kann, so geht man darunter durch! An einer Stelle ist die elektrische Hochbahn in Berlin allerdings sogar 22 m geklettert, weil man dort die Eisenbahngleise vierfach über einander geführt hat. Die elektrische Untergrundbahn in Berlin läuft stellenweise vollständig unter dem Grundwasserspiegel. Außerdem wird von dem Eisenbüttelerwege hier ein Aufhebens gemacht, als wäre es der Steinweg. Was verkehrt denn dort? Wagen wohl, Menschen aber doch recht wenig, und bei der Verlegung des Bahnhofes wird der Eisenbüttelerweg noch weniger besucht werden, als jetzt. Der Herr Oberbürgermeister hat schon gesagt, wir würden noch dahin kommen müssen, im Zuge der Hennebergstraße nach der Frankfurterstraße hin eine Ueberführung zu bauen; ich bin ganz derselben Ansicht und zugleich erfreut, daß der Herr Oberbürgermeister sich in dieser Beziehung eines anderen besonnen hat, denn vor einigen Jahren hielt er eine Ueberführung durch den Bürgerpark noch für unerträglich. Eine Ueberführung der Bahn im Zuge der Hennebergstraße ist aber noch ganz erheblich leichter auszuführen, als die Ueberführung des Eisenbüttelerweges, und für die in Rede stehenden Stadtteile vorteilhafter.

Es wird eigentlich von allen Seiten anerkannt, daß die Stadt mit der Uebernahme des alten Bahnhofsterrains ein außerordentlich unsicheres Geschäft machen wird, und die Schätzungen über die Verwertbarkeit des Terrains gehen auch weit auseinander. Der preußische Minister meint, das Terrain

lasse sich in 15 Jahren verwerten, unsere städtische Bauverwaltung nimmt aber schon 25 Jahre an. Wenn man bedenkt, daß Braunschweig schon zu ausgedehnt ist im Verhältnis zu seiner Bevölkerungsziffer, so muß man sagen, es kann sogar 50 Jahre dauern. Der Untergrund des Terrains ist schlecht, denn es handelt sich um ein altes Flußbett. Das hat auch schon der Bau des jetzigen Bahnhofes gelehrt. Wenn Herr Dr. Wolters Betonplatten für die Fundierung in dieser Gegend empfohlen hat, so vergißt er, daß die Anlage von durchgehenden Betonplatten recht teuer ist. Auch kann man Betonplatten nur da anwenden, wo man sicheren Untergrund hat, die Bebauung des Terrains würde also sehr erschwert werden. Was für einen Stadtteil wollen Sie überhaupt dort anlegen? Vielleicht eine Park- oder Villenstraße, die 100 m weit von den Fabriken entfernt einen ständig rasselnden Verkehr der Tertiärbahn hat und auf der der Bürger, statt Ruhe zu finden, nächtlich in seinem Schläfe gestört würde? Es bleibt nichts anderes übrig, als Geschäftshäuser; diese Strecke ist aber so lang, daß Sie alle in unseren Hauptstraßen jetzt vorhandenen Geschäftshäuser dorthin würden verlegen können und dann noch die Hälfte Läden leer behalten. Ebenso würden sich dort Hotels ansiedeln können, jedoch müßten dann die alten Hotels und Geschäftshäuser ihre jetzigen Stätten schließen. Es würde also nichts weiter übrig bleiben, als eine große Pleite. Man könnte ja auch Arbeiterhäuser dorthin verlegen. Ob es aber ein besonders lieblicher Anblick für die Fremden sein würde, an den einfachen, schmutzigen Häusern durchzumarshieren oder durchzufahren, möchte ich doch bezweifeln. Außerdem wird die Stadt große Kosten durch die Anlegung und Unterhaltung der neuen Straßen haben. Und schon jetzt ist zu viel Bauland aufgeschlossen. Erst heute haben wir den Bienröder Weg als Ortsstraße erklärt und der Bebauung geöffnet. Wir sind in dieser Beziehung viel zu weit gegangen, und die Folge davon ist die Verödung der Innenstadt. Wer soll sich wohl noch entschließen, in der Innenstadt Gelder in Häusern anzulegen, wenn jetzt die Bahnhofsvorstadt neu angelegt wird! Hier sollen wir große Summen für Straßenpflasterungen anlegen und in der Altstadt fehlen uns die Mittel dazu, die dringend nötigen Neupflasterungen vorzunehmen.

Ich sehe also überall nur Schäden, die auch darin bestehen, daß für eine Generation der Besitz im Norden und Osten der Stadt empfindlich entwertet wird. Hierdurch werden auch die Kapitalien heruntergedrückt, denn die Stadt muß sich zunächst nach der Bahnhof-Seite hin ausdehnen, damit sie sich von der Fernlage des Bahnhofes befreit. Auch aus diesem Grunde kann ich dem Bau eines Fernbahnhofes nicht zustimmen.

Nun komme ich noch zu der Kostenberechnung. Es ist angenommen, daß das Terrain in 15 Jahren verwertet werden kann, in Wirklichkeit wird es aber

die doppelte Zeit dauern. Nehmen Sie dazu die Straßenbaukosten und die Verzinsung des Anlagekapitals, dann wird die Berechnung des Magistrates eine andere. Der Herr Minister hat überhaupt eine mir wenig sympathische Berechnung gegeben. Er gibt zu, daß die Kosten des Fernbahnhofes geringer seien, als die Kosten des Kopfbahnhofes. Er fordert aber zum Kopfbahnhofe mehr Zuschuß als zum Fernbahnhofe, und warum? Weil er bei Anlage eines Fernbahnhofes mehr Terrain verkaufen kann. Oder mit anderen Worten: Wir sollen der Eisenbahn deshalb einen größeren Beitrag zum Kopfbahnhofe leisten, weil bei Anlage eines solchen die Eisenbahn ungeschmälert im Besitze ihres wertvollen Grundstücks bleibt und dasselbe unverändert weiter benutzt. (Zustimmung.) Im bürgerlichen Leben kennt man diese Art Geschäfte nicht, und der Magistrat müßte hier den Hebel ansetzen und sagen: Herr Minister, hier ist die Regel bei uns eine andere!

Die Verbindungsmöglichkeiten scheinen mir bei dem Kopfbahnhofe ebenso gewahrt zu sein, wie bei dem Fernbahnhofe. Bei dem ungeheuren Schaden, den die Stadt durch einen Fernbahnhof haben würde, stehe ich auf einem ablehnenden Standpunkte gegenüber diesem Bahnhofe und empfehle Ihnen, die Mitwirkung an der Errichtung eines Fernbahnhofes zu versagen; wohl aber wäre ich bereit, für die Ausführung eines Nahbahnhofes Beiträge bis zu vier Millionen zu leisten, um die bedeutenden Schäden von der Stadt abzuwenden. (Zustimmung.)

Herr Stadtrat F ü d e l: Ich möchte einigen Ausführungen des Herrn Vorredners entgegentreten. Bei der Besprechung der Durchgangs-Nord- und Südlinie hat der Herr Vorredner angenommen, daß diese Linie auf die Magdeburger Strecke überführt werden würde; das ist aber grundfalsch, daran denkt niemand. Es ist dabei selbstverständlich an die Fortsetzung der Linie über den Harz gedacht, also an die große Verbindungslinie Hamburg—Triest. Bei solcher Linie dürfen aber Umwege nicht gemacht werden. Seit zwanzig Jahren habe ich als Vertreter der Handelskammer mit den verschiedenen preussischen Ministern der öffentlichen Arbeiten verhandelt und auch mit den königlichen Eisenbahndirektionen zu Magdeburg und Hannover, um für Braunschweig bessere Verbindungen zu erlangen. Diejenigen, welche Vergleiche ziehen wollen zwischen der Zeit von damals und heute werden mir zugeben müssen, daß wir in dieser Hinsicht ein recht reichliches Entgegenkommen gefunden haben, so reichlich, daß die Städte Hannover und Magdeburg schon dagegen eingeschritten sind und gesagt haben, gebt Braunschweig nicht so viele Verbindungen. Außerdem sind die Handelskammern der beiden Städte bei uns vorstellig geworden, wir möchten uns in unseren Verkehrswünschen etwas einschränken, sie müßten sonst eben-

falls für ihre Städte agitieren. Alle die verschiedenen Herren Minister haben aber auf dem Standpunkte gestanden: „So lange Ihr einen Kopfbahnhof habt, können wir Euch nur geben, was Ihr durchaus haben müßt; wir sind nicht in der Lage, und haben nicht das Recht, den preußischen Eisenbahnfiskus mit Ausgaben zu belasten, die die Ein- und Ausfahrt der Züge in einen Kopfbahnhof mit sich bringt, finden wir andere passendere Bahnhöfe, so werden die darüber führenden Linien im Interesse des preußischen Fiskus benutzt werden müssen.“

Es wird jetzt auch erwogen, in Cassel, wo der Bahnhof gegen den Wunsch des preußischen Eisenbahnministers als Kopfbahnhof gebaut worden ist, eine Umgehungsbahn mit einem besonderen Bahnhofe zu bauen, weil die vielen großen und schweren Züge nach dem Süden durch den Kopfbahnhof erheblich verteuert werden. Hiermit müssen wir ebenfalls rechnen.

Herr Sander: Die beiden Referenten der Minorität haben es meisterhaft verstanden, die Schäden des Kopfbahnhofes sehr geschickt möglichst schwarz zu malen und dagegen die Schäden des Fernbahnhofes möglichst milde zu beurteilen. Ich kann mich diesen Anschauungen nicht so ganz anschließen. Wer geglaubt hat, daß der preußische Eisenbahnminister uns infolge des unsererseits geäußerten Wunsches ein Kopfbahnhofprojekt vorlegen würde, das unseren ungeteilten Beifall finden müßte, der ist meiner Meinung nach ein großer Optimist; er wollte uns schon ein Projekt vorlegen, von dem wir sagen würden, das können und werden wir nicht ausführen. Es ist hier verschiedentlich gesagt worden, wir dürften nicht behaupten, daß der Minister bei der Ausarbeitung des Projektes nicht ernst gehandelt hätte; das ist richtig, aber niemand kann aus seiner Haut herausgehen, und wenn der Minister erst einmal gesagt hat, er baut keinen Kopfbahnhof, dann wird uns auch nicht ein gutes Projekt vorgelegt werden. Ich muß offen gestehen, ich schwärme nicht allzusehr für einen Kopfbahnhof, mir wäre ein naher Durchgangsbahnhof viel lieber (Rufe: Uns auch! --- Heiterkeit.); er ist aber leider nicht zu erreichen. Die Kosten des nahen Durchgangsbahnhofes des Baurats Gleim waren auch nicht höher, als die Kosten des Kopfbahnhofes. (Widerspruch.) Da ich indessen dieses Durchgangsprojekt nicht erreichen kann, so wähle ich von zwei Uebeln das kleinere und das ist der nahe Kopfbahnhof. Die schweren Schäden, die mit dem Fernbahnhofe der Stadt drohen, hat der Magistrat in seinem Schreiben vom 29. Juni 1907 genügend gekennzeichnet. Er schreibt dort: „Zu so erheblichen Opfern werde sich die Stadt um so weniger verstehen, als feststehe, daß die weite Hinausschiebung des Empfangsgebäudes den Wünschen wohl der ganzen Einwohnerschaft durchaus zuwider sei, während auf der anderen Seite nicht zweifelhaft erscheine, daß diese Hinauslegung der preußischen Eisenbahnverwaltung wesentliche Vorteile bringe.“

gen werde.“ Damit hat der Magistrat klipp und klar gesagt, daß der ganzen Einwohnerschaft die weite Hinauslegung des Bahnhofes zuwider sei. Sollen wir uns dieser Tatsache gegenüber jetzt noch bereit finden und Millionen zu-geben, um den Fernbahnhof zu ermöglichen? Dazu kann ich mich nicht ver- stehen und will viel lieber für den sogenannten Sackbahnhof eintreten, der gar nicht so schlecht ist, wie er hier gemacht wird. Es wäre ja ein trauriges Zeichen für die Technik, wenn sie einen so schlechten Bahnhof bauen würde, wie das hier angenommen wird. Wir haben, wie verschiedentlich gesagt worden ist, das schönste Terrain für einen Kopfbahnhof, das ebenso groß ist, wie das Terrain des Frankfurter Bahnhofes. Weshalb sollen wir uns nun den Kopf über das uns vorgelegte mangelhafte preußische Kopfbahnhofprojekt zerbrechen? Wir sind nicht haftpflichtig für etwa entstehende Schäden, sondern das ist der Unter- nehmer, und der wird sich hüten, einen Bahnhof zu bauen, bei dem er sich durch die Kreuzungen der Gleise im Niveau in solche kolossale Gefahr begibt.

Nun noch die Terrainfrage! Die Bebauung dieses Terrains hat Herr Dr. Wolters verglichen mit der Wirkung der Bebauung des Küchengartens auf den Steinweg. Ein solcher Vergleich ist aber nicht zu ziehen. Wir werden doch nicht glauben, daß sich hier am Bahnhofs eine Villenstraße entwickeln wird; es muß sich dort naturnotwendig eine Geschäftsstraße herausbilden und nur da- durch können wir den Verkehr der Stadt heben. Es wird niemand mehr Braun- schweig aufsuchen, wenn er erst eine halbe Stunde wandern muß, ehe er etwas kaufen kann. Dabei ist zu berücksichtigen, daß das Bauen an der neuen Straße, wie in Wiesbaden, durch Anlegung einer großen, breiten Straße erleichtert wer- den muß. Die Kosten hierfür hat die Stadt zu tragen und das Opfer kann sich auf 1 bis 1½ Millionen erstrecken, welcher Betrag dem Zuschusse zum Bahn- hofs noch hinzukommt. Der Schaden, der durch Aufschließung eines so ge- waltigen Terrains dem Grundbesitz im allgemeinen droht, läßt sich nicht von der Hand weisen. Wenn Herr Riefe meint, es seien nur einige Grundbesitzer ängstlich, daß sie ihre Wohnungen billiger vermieten müßten, so läßt sich der drohende Mißstand damit nicht aus der Welt schaffen, denn, wie der Magistrat selbst anerkennt, muß unter der Aufschließung des gewaltigen Terrains die ganze Stadt leiden. Der Magistrat sagt hierüber in seiner Vorlage vom 29. Juni 1907: „Dabei müssen wir darauf hinweisen, daß die Schädigung, welche auf eine längere Reihe von Jahren die weite Hinausschiebung des Per- sonenbahnhofes im Gefolge haben wird, die Größe des Risikos, welches die Stadt auf sich nehmen soll, . . . ohne Frage sehr erhebliche sind.“ Die Schäden sind aber noch größer, als der Magistrat selbst annimmt. Wenn der Magistrat das Grundstücksgeschäft selbst in die Hand nimmt, so ist das Risiko so gefährlich, daß es für uns eine ganz böse Sache werden würde. Die Rechnung bezüglich

der Bewertung des Terrains in 15 Jahren ist vollständig irrig. Wer das angenommen hat, hat keine Ahnung von Bauen. Wer soll dort, namentlich unter Berücksichtigung der hiesigen schlechten Grundstücksverhältnisse, bauen? Herr Dr. Wolters meinte, das schlechte Bauterrain lasse sich durch Anwendung von Betonsohlen verbessern. Eine Betonsohle und Pfahlrosten kosten aber viel Geld. Das kann sich wohl eine Behörde erlauben, nicht aber ein Geschäftsmann, denn solche Sachen erschweren die Bebauung um ein ganz bedeutendes. Ich sehe auch nichts Gefährliches darin, wenn der preussische Eisenbahnfiskus die Grundstücksspekulation macht, denn das Hinauslegen der Geschäfte geht nicht so leicht, weil die Baukosten zu groß sind. Das schlechte Terrain erschwert die Bebauung ganz ungeheuer, wenn nicht eine große Bank einmal einige Millionen dort anlegen will. Aus allen diesen Gründen muß ich gezwungenermaßen für das Kopfbahnhofprojekt stimmen.

Herr Mann: Vorhin äußerte Herr Lübke, es beschlicke ihn ein eigenartiges Gefühl, wenn Herr Niese mit dem Magistrate einer Meinung wäre. Es muß natürlich ihm überlassen bleiben, dieses von seinem Standpunkte aus zu beurteilen; wenn er aber wissen will, woher es kommt, daß gerade hier die Sozialdemokratie die Vorlage des Magistrates unterstützt, so liegt das, wie ich gern anführen will, darin, daß wir freier und unabhängiger sind, als mancher andere, der sich in seinen Sonderinteressen geschädigt fühlt und fürchtet, dabei nicht auf seine Rechnung zu kommen. Wenn Herr Lübke uns vielleicht unterstellen will, daß wir ein Anhängsel des Magistrates bilden wollten, oder daß wir aus Niederträchtigkeit gegenüber denjenigen, die durch die Errichtung eines Durchgangsbahnhofes Schaden zu haben glauben, Stellung gegen den Kopfbahnhof nehmen, so irrt er sich. Warum wir uns für den Fernbahnhof entschieden haben, ist erklärlich und eigentlich selbstverständlich: das Kopfbahnhofprojekt soll über drei Millionen Mark mehr kosten, als das Fernbahnhofprojekt, und die Summe muß doch aufgebracht werden! Man muß aber die wirtschaftlichen Vorteile gegen einander abwägen. Herr Lübke sagt, mit Schlagwörtern sei hier nichts zu machen; ich habe aber in keiner Rede mehr Schlagwörter gehört, als in der des Herrn Lübke. Es kommt viel darauf an, wie jemand eine Idee verteidigt. Einzelne Redner sagten, sie bewilligten gern die vier Millionen, aber sie haben noch nicht gesagt, wie sie aufgebracht werden sollen und meinen, das werde später kommen. Welche Schwierigkeiten aber mit der Aufbringung einer solchen Summe für eine Stadt wie Braunschweig verbunden sind, wird jeder von Ihnen wissen. Die durch einen entfernteren Durchgangsbahnhof eintretenden wirtschaftlichen Schäden können unter keinen Umständen allgemeiner Art sein; wenn sie bei einzelnen Bauten eintreten sollten, so wäre das wohl zu bedauern, aber verhindern kann es niemand. Der Ent-

wicklung der Stadt tut ein solcher Bahnhof wirklich keinen Einhalt, im Gegenteil: es werden zwei benachbarte, jetzt durch das Bahnhofsterrain getrennte Stadtteile — der Wilhelmi- und Augustordistrikt — mit einander verbunden.

Wenn Herr Sander meint, daß der Ausbau der neuen Zufahrtstraße zum Bahnhofe viel Geld kosten werde und es ein gefährliches Geschäft für die Stadt sein würde, sich auf die Grundstückspeculation einzulassen, so möchte ich darauf erwidern, daß die Städte, welche sich bisher auf solche Grundstückspeculation eingelassen haben, besser gefahren sind, als wenn sie das Geschäft Speculanten überlassen haben, die dann in ihren eigenen Säckel arbeiteten. Wenn eine Stadt solche Grundstücksausschlachtung vorgenommen hat, so hat die Allgemeinheit noch niemals Schaden davon gehabt, und hier würde derselbe Fall eintreten. Was die Entwicklung des Verkehrs betrifft, so wird jeder einsehen müssen, daß wir bei Durchführung des Fernbahnhofprojektes eine bequeme Ringstraße bekommen können, die wir nach unserm Bebauungsplan nicht erhalten können, wenn der Kopfbahnhof ungefähr an seiner jetzigen Stelle bleiben sollte. Bezüglich der Erschwerung der Benutzung der Frühzüge sind hier nur Schlagworte vorgetragen; für uns muß allein maßgebend sein, was das beste und was das schädlichste für die Entwicklung der Stadt ist, und da kann ich mir nicht denken, daß in dem entfernten Durchgangsbahnhofs eine große Schädigung des Gemeinwesens liegen kann, zumal ich selbst sehr häufig in die Lage komme, die Frühzüge benutzen zu müssen. Ich würde den Bahnhof auch am liebsten hier in der Nähe haben, weil das aber nicht möglich ist, müssen wir das relativ beste Projekt nehmen und allen Reisenden die kleine Last auferlegen, etwas weiter gehen oder fahren zu müssen. Es ist auch auf die Schwierigkeit des Güterverkehrs und die geringe Leistungsfähigkeit der in Aussicht gestellten Pendelbahn hingewiesen worden, aber so schlecht und ungeheuerlich wird sie wohl nicht wirken, wie hier vielfach befürchtet wird. Das ist meine Ueberzeugung selbst auf die Gefahr hin, in den Verdacht zu geraten, für den Magistrat zu arbeiten. Meiner Ueberzeugung nach können wir gar nicht anders handeln, als der Vorlage des Magistrates zuzustimmen, damit wir endlich in der Sache vorwärts kommen. Wenn wir uns immer für neue Bahnprojekte erwärmt haben und für den Anschluß an den großen Verkehr eingetreten sind, so müssen wir auch noch den letzten Schritt tun und der Stadt einen würdigen und brauchbaren Bahnhof geben, und das kann nur ein Durchgangsbahnhof sein!

Herr Oberbürgermeister R e t e m e r: Ich will darauf verzichten, die Gründe für die Magistratevorlage, also für den Durchgangsbahnhof und gegen den Kopfbahnhof, hier noch weiter auszuführen; ich muß offen gestehen, ich wüßte auch keine Gründe mehr, die für das eine und gegen das andere Projekt

sprechen, die nicht schon in der Magistratsvorlage stehen oder heute hier von anderer Seite erörtert worden sind; auch möchte ich bestreiten, daß jemand jetzt noch neue Gesichtspunkte in die Debatte werfen kann. Dagegen möchte ich einiges richtigstellen.

Zunächst will ich meinem Bedauern Ausdruck geben, daß der Herr Referent, der doch meiner Ansicht nach dazu berufen ist, die Ansicht der Kommission vorzutragen, wenn er nicht ausdrücklich sagt, jetzt spreche ich für meine Person, Veranlassung genommen hat, den jetzigen Preussischen Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten hier anzugreifen. Ich bestreite nicht, daß vor Jahrzehnten eine gewisse Animosität zwischen Braunschweig und dem Preussischen Eisenbahnminister bestanden hat, die aber, davon sind die maßgebenden Persönlichkeiten wohl sämtlich überzeugt, jetzt Gott sei Dank aus der Welt geschafft ist. Ich habe speziell bei der Unterhaltung mit dem Preussischen Herrn Minister die Ueberzeugung gewonnen, der Herr steht durchaus nicht auf einem rein preussisch-fiskalischen Standpunkte, sondern er behandelt unsere Stadt genau so wie seine preussischen Städte. Ich könnte das mit Zahlen belegen, sie stehen Ihnen eventuell zur Verfügung. Wenn die Sache aber so liegt, ist es wahrlich nicht gut, einen solchen Herrn hier in der Weise anzugreifen. Leider hat auch Herr Professor Lübke einen derartigen Standpunkt deutlich zu erkennen gegeben. Ich habe bei der Unterredung die Ueberzeugung gewonnen, daß der Herr Minister selbstverständlich das fiskalische Interesse im Auge hat, daß er aber auch bemüht ist, unseren Interessen, soweit tunlich, Rechnung zu tragen.

Bedauerlich ist weiter, das will ich nicht verschweigen, daß in dieser hochwichtigen Sache die Ansichten nicht nur zwischen dem Magistrate und einem großen Teile der Versammlung, sondern auch innerhalb der Versammlung selbst so erheblich auseinandergehen. Dabei erkenne ich an, es handelt sich bei allen Sachen, wo das Geld eine Rolle spielt, um einen gewissen Kampf, und der Herr Minister braucht jetzt nicht zu sagen: divide et impera, denn die Division, die Teilung der Bürgerschaft ist schon erfolgt, und das erschwert unsere Position gegenüber dem preussischen Minister ganz erheblich.

Wenn wir übereinstimmend gesagt hätten, unter den und den Bedingungen stimmen wir dem preussischen Projekte zu, dann erreichten wir viel mehr in bezug auf Milderung der Unbequemlichkeiten, die nun einmal auch mit diesem Projekte verbunden sind, als so, wo wir getrennt sind.

Auf Einzelheiten noch weiter einzugehen, würde meiner Ansicht nach nicht richtig sein. Der Magistrat hat im allgemeinen dargelegt, wie er sich die Förderung des preussischen Bahnhofprojektes denkt. Herr Professor Lübke hat den

Ausdruck gebraucht — allerdings ich glaube nur von Herrn Baurat Frühling — er wäre hier als Sachwalter der preußischen Eisenbahnverwaltung aufgetreten. Dieser Vorwurf würde auch uns treffen, und es tut mir leid, daß der Vorwurf hier erhoben worden ist, denn bei uns hat die Absicht vorgelegen, bei dieser hochwichtigen Sache nur die Interessen der Stadt Braunschweig zu vertreten. Und wenn der Magistrat — was ja Herr Lübke für bedenklich erklärt hat — in diesem Punkte mit Herrn Riefe übereinstimmt, so ist das doch nicht aus den von Herrn Alßmann dafür angeführten Motiven geschehen, sondern weil wir bei der Befürwortung eines so weit ausschauenden Projektes den Glauben an die Weiterentwicklung der Stadt noch nicht verloren haben. Wenn aber Herr Riefe derselben Ansicht ist, so freut es mich, daß wir in dem Punkte übereinstimmen. Auf weitere Einzelheiten, z. B. auf die Schaffung einer kleinen Verbindungsbahn, will ich nicht eingehen.

Es muß sich heute entscheiden, ob Sie an dem alten Braunschweiger Kopfbahnhofs hängen bleiben wollen und der Ansicht sind, daß sich die Stadt im Hinblick auf ihre Verkehrsverhältnisse mit dem Kopfbahnhofs abfinden kann, oder ob Sie glauben, daß nun endlich Wandel geschaffen werden muß. Sodann ist fortwährend die Rede davon gewesen, es sollte die Bebauung des freiwerdenden Terrains in 15 Jahren vor sich gehen, der Magistrat spricht aber in seiner Vorlage von 25 Jahren, wenn auch selbstverständlich ein Teil des Terrains schon früher bebaut sein wird. Herrn Sander möchte ich erwidern, daß das Gleimsche Projekt A niemals dem Kostenbetrage nach veranschlagt worden ist und wir diese Kosten niemals haben erfahren können, so daß auch nicht behauptet werden kann, diese Kosten wären nicht höher gewesen, als die des jetzigen Durchgangsbahnhofprojektes.

Was die heute erfolgende Abstimmung betrifft, die sich auch dahin erstrecken würde, ob es für die Stadt das richtigste wäre, das Grundstücksgeschäft selbst zu machen, so läßt sich darüber allerdings streiten. Ich nehme es daher keinem übel, wenn jemand erklärt, das Risiko nicht tragen zu wollen. Damit in dieser Beziehung Klarheit geschaffen wird, möchte ich getrennte Abstimmung über den Antrag Frühling anheimgeben.

Herr R i b b e n t r o p: Ich möchte noch einige Sachen richtigstellen. Gegenüber der Äußerung des Herrn Meherhoff, die preußische Eisenbahnverwaltung hätte die Schuld daran getragen, daß die Bahn nach Hildesheim seinerzeit nicht gebaut worden sei, will ich bemerken, daß allein die braunschweigischen Verhältnisse schuld daran waren. Ähnlich wie heute, ging es auch damals: zu jener Zeit war das Schlagwort, der preußische Staat droht nur, aber er wird

niemals über die Wasserscheiden der Harzflüsse bauen, und der preußische Staat baute trotzdem. Das erste Mal stellte man sich ihm hier entgegen, als eine direkte Verbindung von Westen über Braunschweig nach Berlin gesucht wurde, worauf man in Preußen sagte, wenn wir nicht über Braunschweig kommen können, so bauen wir über Lehrte—Stendal; der Generaldirektor von Ansbach meinte aber, der preußische Staat wird sich hüten, durch die Heide zu bauen, aber er baute. Herr Meyerhoff sagte gestern auch, Hildesheim sei im Verhältnis mehr gewachsen, als Braunschweig und der Grund dafür liege darin, daß die Bahnverbindung nach dem Süden nicht über Braunschweig geführt wurde. Das sollte man sich jetzt besonders merken. Wir stehen jetzt zum dritten Male vor derselben Frage, haben Sie den Mut, jetzt den Durchgangsbahnhof abzulehnen? Ich für meine Person nimmer! Betrachten Sie weiter, wie die Animosität gegen den Fernbahnhof hier überhaupt zustande gekommen ist: der Vorstand des Hohe- und Wilhelmitordistriktsvereins hat es verstanden, uns durch rührige Agitation in dieses Verhältnis zu bringen. Was wird nun aber werden, wenn wir jetzt das Kopfbahnhofprojekt annehmen? Ich glaube nicht, daß der Magistrat umfällt und dieses Projekt gutheißt, dann kommt eben die Sache so, daß an den preußischen Herrn Minister zurückgeschrieben werden muß, es sei keine Einigkeit zwischen den städtischen Behörden über ein Bahnhofprojekt erzielt worden. Wenn das geschehen muß, kriegen wir aber auch einen Durchgangsbahnhof, da die braunschweigische Regierung ebenfalls dafür ist, und dann heißt es, wie hier schon bemerkt worden ist: Vogel friß oder stirb!

Herr Meyerhoff: Wenn ich gesagt habe, „eines“ Kopfbahnhofes, so ist das ein Sprechfehler gewesen, denn ich habe, wie aus meinem ganzen Referate schon hervorging, sagen wollen „des“ Kopfbahnhofes. Herr Frühling sagte auch, „treiben Sie keine Vogel Strauß-Politik“, das weise ich weit von mir ab. Sodann hat Herr Frühling gesagt, es wäre früher schon ein Projekt ausgearbeitet und gescheitert; ich habe aber damals kein Projekt gesehen, und die Stadtverordneten haben es auch nie zu sehen gekriegt, trotzdem dafür schon 800 000 Mark in der preußischen Staatskasse lagern. Weiter sagte Herr Frühling, wir könnten froh sein, daß wir nach dem neuen Projekte die Eisenbahnwerkstätten hier behielten; wenn aber die Werkstätten dort draußen hin gebaut werden, so behalten wir die Arbeiter doch nicht hier, sie ziehen vielmehr nach Rünningen oder Melverode, wo schon jetzt ein großer Teil wohnt, wie der Herr Oberbürgermeister auch wissen wird. Das kann mich also nicht abschrecken. Nun wurde weiter gesagt, es hätten sich die Autoritäten dahin geäußert, daß das Kopfbahnhofprojekt nicht angängig sei. Ich erinnere nur an den Baurat Gleim und den Geh. Baurat Mackensen, die beide erklärt haben, Braunschweig

hätte das beste Terrain für einen Kopfbahnhof. Herr Stadtbaumeister Menadier hat tatsächlich die bedeutenden Verbesserungen des jetzigen Kopfbahnhofprojektes anerkannt, und daran müssen wir festhalten: unser jetziger Kopfbahnhof ist mit diesem Projekte gar nicht zu vergleichen, denn hierbei ist dem Umstande bereits Rechnung getragen, daß alle Züge hineinkommen können. Was sollen denn aber noch für weitere Zugverbindungen kommen? Sodann hatte sich Herr Dr. Wolters dahin geäußert, man sehe doch, was aus dem Steinwege und dem Bohlwege dadurch geworden sei, daß das Hinterland bebaut sei. Wie schon von anderer Seite hervorgehoben worden ist, würde dieser Beweis mächtig hinken. Was sollen dort an der Straße nach dem Bahnhofe für Häuser gebaut werden? Doch nur Geschäftshäuser, denn für Arbeiterwohnhäuser ist das Terrain zu teuer. Richtiger wäre es, in der Innenstadt einige Millionen zur Renovierung der alten Häuser und für Straßendurchbrüche aufzuwenden. Herr Dr. Wolters hat auch gesagt, der Magistrat wolle den Durchgangsbahnhof, also sei nichts dagegen zu machen. Wenn wir uns auf den Standpunkt stellen, so haben wir allerdings an der Vorlage überhaupt nichts herumzudeuteln und sind vollständig überflüssig, da wir nur Ja und Amen zu sagen brauchen, wenn der Magistrat etwas als das beste erkannt hat. Man hat auch wieder von einem Mehr von sechs Millionen gesprochen. Auf dem Standpunkte stehen wir aber gar nicht, denn ich habe von einer bestimmten Summe überhaupt nicht gesprochen, sondern in der Resolution nur zum Ausdruck gebracht, daß wir bereit seien, das vorliegende Kopfbahnhofprojekt selbst durch einen Zuschuß zu fördern. Herr Stadtrat Fiedel sagte, unsere Zugverbindungen seien, seitdem sich die Handelskammer ordentlich dafür ins Zeug gelegt habe, viel besser geworden, ja, es wird sogar anerkannt, daß wir sie nicht viel besser mehr kriegen können, oder glauben Sie vielleicht, daß wir sie noch besser bekommen können? (Zurufe: Ja!) Ich kann nicht daran glauben. Was die Mängel der Kopfbahnhöfe überhaupt betrifft, so möchte ich nur eins erwähnen: Würde es wohl einem preussischen Eisenbahnminister einfallen, den Potsdamer oder den Anhalter Bahnhof in Berlin nach Schöneberg hinauszuverlegen? (Zurufe.) Das würde nicht weiter sein, als hier den Bahnhof nach dem Kennel zu verlegen. (Widerspruch.) Das ist ihm nicht eingefallen, wohl aber hat er die Bahnhöfe erhöht, und bewältigt auf ihnen einen so gewaltigen Zugverkehr, wie er hier niemals zu bewältigen sein wird.

Der Herr Oberbürgermeister sagte, es wäre nicht schön, daß ich den preussischen Eisenbahnminister angegriffen hätte; den jetzigen Herrn Minister habe ich aber gar nicht angegriffen, und ich habe nur geschildert, wie die früheren Minister mit uns umgegangen sind, was der Herr Oberbürgermeister bedingungsweise selbst zugegeben hat. Ich denke dabei an den Ausspruch eines

Kollegen: die Minister vergehen, wie die Lilien auf dem Felde, wenn der Winter vorüber ist, sieht man ihre Spuren nicht mehr. Wer verbürgt uns, daß der jetzige Minister noch so lange im Amte bleibt, wie an dem neuen Bahnhofe gebaut werden wird? Darum: feste Hand auf den Beutel und unsere Wünsche energisch zum Ausdruck bringen, damit wir einen neuen Kopfbahnhof in moderner Ausrüstung erhalten!

Vorsitzender: Es ist ein Schlußantrag eingebracht. Es hat sich nur noch Herr Sander zum Wort gemeldet.

Herr Sander: Ich ziehe meine Meldung zurück.

Vorsitzender: Dann brauchen wir über den Schlußantrag nicht abzustimmen, die Debatte ist geschlossen. Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die beiden eingebrachten Resolutionen und würden zuerst über die Resolution Meyerhoff abzustimmen haben.

Herr Wolters (zur Geschäftsordnung): Herr Meyerhoff hatte gestern einen Antrag formuliert, in dem keine Summe angeführt war, und auf Wunsch des Herrn Oberbürgermeisters hat er dann noch eine Summe hineingebracht.

Herr Oberbürgermeister Ketschmer (zur Geschäftsordnung): Was soll nun der Magistrat machen, wenn sich die Majorität, wie es den Anschein gewinnt, für den Kopfbahnhof entscheidet? Sollen wir dann dem Herrn Minister erklären, sechs Millionen Zuschuß bewilligen zu wollen, oder was soll geschehen?

Vorsitzender: Die für den Kopfbahnhof stimmenden Herren sind sich darüber klar, daß die Stadt die Mehrkosten des Kopfbahnhofes gegenüber dem Durchgangsbahnhofs tragen muß, jedoch wäre es töricht, sich jetzt schon auf Zahlen festzulegen.

Herr Fröhling (zur Geschäftsordnung): In der Kommission war gestern über einen Antrag Beschluß gefaßt, in dem eine feste Summe genannt war. Wo ist dieser Kommissionsantrag geblieben? Er kann doch nicht wegfallen und Herr Meyerhoff kann auch nicht einseitig einen Antrag der Kommission ändern. Ueber den Kommissionsantrag muß jedenfalls abgestimmt werden, und der Antrag Meyerhoff kann dann hinterher folgen.

Herr Lübbe (zur Geschäftsordnung): Ich verstehe es vollkommen, daß der Herr Oberbürgermeister bei der schwierigen Position, in die er durch Ablehnung seines Antrages versetzt wird, positive Zahlen haben will. Wenn er großen Wert darauf legt, solche Zahlen in den Beschluß aufgenommen zu sehen, so möchte ich empfehlen, in geheimer Sitzung darüber zu sprechen, sofern sich die Majorität für den Kopfbahnhof aussprechen sollte. In öffentlicher Sitzung können wir darüber nicht beschließen, das würde die Position der Stadt verschlechtern.

Vorsitzender: Der Originalantrag Meyerhoff lautet: „Die Versammlung lehnt die Förderung des preußischen Fernbahnhofes ab, sie erklärt sich mit der Anlage eines Kopfbahnhofes einverstanden und ersucht den Magistrat, mit dem preußischen Eisenbahnminister in weitere Unterhandlung über die Höhe des Beitrages, welchen die Stadt zu dem Bahnhofsbau leisten soll, zu treten.“ Darauf ist in der Kommission gesagt worden, es müßte eine bestimmte Summe genannt werden, und da habe ich vorgeschlagen, es möchte eine Summe eingesetzt werden. Im Originale des Antrages steht nichts von einer Summe.

Herr Meyerhoff (zur Geschäftsordnung): Sollte durch ein Versehen eine Summe genannt sein, so kann sie ja weggelassen werden. In der Resolution der Minorität ist auch ein Zusatz gemacht worden.

Vorsitzender: In der Resolution der Minderheit ist ebenfalls kein Zusatz gemacht worden; ich muß aber anerkennen, daß am Schlusse der Sitzung eine Summe genannt wurde, jedoch weiß ich nicht, ob ein Beschluß darüber herbeigeführt worden ist.

Herr Koch (zur Geschäftsordnung): Ueber die Summe ist nicht abgestimmt worden.

Vorsitzender: Es handelt sich hier um ein Spiel mit Worten; wir können in eine Resolution setzen, was wir wollen, und wem sie nicht paßt, lehnt sie ab.

Herr Deue (zur Geschäftsordnung): Ich möchte bitten, den Vorschlag des Herrn Lübke gutzuheißen, also über die Resolution ohne Summe abzustimmen und nachher in vertraulicher Sitzung wegen der Summe zu verhandeln.

Herr Böschigk (zur Geschäftsordnung): Wir hatten zunächst die Resolution ohne die Summe eingebracht, darauf sollten wir die Summe nennen, worauf der Herr Vorsitzende bat, die Summe in vertraulicher Sitzung festzusetzen. Auf diese Weise hat sich die Sache verschoben.

Vorsitzender: Wir können die große prinzipielle Frage, ob Kopf-, ob Durchgangsbahnhof in öffentlicher Sitzung entscheiden, nicht aber die Kostenfrage, die in vertraulicher Sitzung behandelt werden muß. (Zustimmung.) —

Nach kurzer weiterer Geschäftsordnungsdebatte wird zur Abstimmung geschritten. Auf Antrag des Herrn Koch ist die Abstimmung eine namentliche. Es wird zuerst über den Antrag Meyerhoff abgestimmt, weil dieser sich von der Magistratsvorlage am weitesten entfernt. Der Antrag lautet:

„Die Versammlung lehnt den Antrag des Magistrates vom 29. Juni 1907, den preußischen Durchgangsbahnhof zu fördern, ab, sie ist vielmehr bereit, das vorliegende Kopfbahnhofprojekt selbst durch einen Zuschuß zu fördern.“

Für diesen Antrag stimmen die Herren: Ackenhausen, Bähr, Buchler, Frede, Friede, Göcke, Kalms, Koch, Leue, Löschigk, Lübke, Meyerhoff, Möhle, Mohr, Sander, Tolle und Voge.

Gegen den Antrag stimmen die Herren: Ahmann, Bues, Bunge, Frühling, Henking, Hesse, Jasper, Kleinknecht, Konegen, Löhnefinke, Ohlendorf, Probst, Ribbentrop, Riefe, Schmidt, Weichsel, Wesemeier und Wolters.

Der Antrag Meyerhoff ist mit 18 : 17 Stimmen abgelehnt.

Nunmehr folgt die Abstimmung über den ersten Teil des Antrages Frühling, der lautet:

„Die Versammlung erklärt:

Das vorgelegte Kopfbahnprojekt ist für die Stadt nicht annehmbar,

1. weil nach den Erklärungen des Königlich Preussischen Herrn Ministers dieses Projekt der Stadt nicht nur keine entsprechende Verbesserung ihrer Eisenbahnverhältnisse bietet, sondern sie sogar für die Zukunft ausschließt, und
2. weil die Stadt nicht in der Lage ist, den verlangten Zuschuß von rund sechs Millionen zu leisten, noch dazu für einen den Bedürfnissen der Stadt nicht entsprechenden Bahnhof.

Die Versammlung erkennt an, daß nach Ablehnung des Kopfbahnprojektos jetzt nur noch das preussische Durchgangsbahnprojekt ausführbar erscheint, und sie erklärt sich bereit, seine Ausführung zu fördern, vorausgesetzt, daß annehmbare finanzielle Bedingungen für diese Förderung zu erreichen sind.“

Für den Antrag stimmen die Herren: Ahmann, Bues, Bunge, Frühling, Henking, Hesse, Jasper, Kleinknecht, Konegen, Löhnefinke, Ohlendorf, Probst, Ribbentrop, Riefe, Schmidt, Weichsel, Wesemeier und Wolters.

Gegen den Antrag stimmen die Herren: Ackenhausen, Bähr, Buchler, Frede, Friede, Göcke, Kalms, Koch, Leue, Löschigk, Lübke, Meyerhoff, Möhle, Mohr, Sander, Tolle und Voge.

Der Antrag ist demnach mit 18 : 17 Stimmen angenommen.

Vorsitzender: Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den zweiten Teil des Antrages Frühling, der lautet:

„Hiernach ersucht die Versammlung den Magistrat, über die stadtseitige Förderung des Durchgangsbahnhofes mit der Königlich Preussischen Eisenbahnverwaltung im Sinne des Schreibens des Magistrates vom 29. Juni 1907 weiter verhandeln zu wollen.“

Herr Kleinknecht (zur Geschäftsordnung): Soll damit gesagt sein, daß der Magistrat das Grundstücksgeschäft übernehmen wird?

Vorsitzender: Ja, wer diesen Teil des Antrages annimmt, legt sich auf das Grundstücksgeschäft fest.

Herr Wolters: Der Magistrat hat in seiner Vorlage vom 29. Juni 1907 wohl davon gesprochen, aber von sieben Millionen ist dort nicht die Rede, sondern er hat ein Gebot von drei Millionen gemacht. Wir haben die Sache so aufgefaßt, daß über die Frage noch verhandelt werden soll. Es ist dies kein notwendiges Anhängsel des Durchgangsbahnhofprojektes.

Vorsitzender: Nach der Magistratsvorlage vom 27. Juni 1907 soll über das Grundstücksgeschäft hier mit verhandelt werden. Der Vorschlag, die Grundstücke stadtseitig zu übernehmen, steht mit in der Vorlage und ist auch dem Herrn Minister von Herrn Oberbürgermeister gemacht worden.

Herr Oberbürgermeister Kettmeyer (zur Geschäftsordnung): Das letztere muß ich bestreiten, weil der Magistrat dazu gar nicht in der Lage war und das Votum der Versammlung abwarten mußte. Im übrigen kann ich der Ansicht des Herrn Vorsitzenden beipflichten, auch habe ich dem Herrn Minister einen Abdruck der damaligen Vorlage zugehen lassen. Der Magistrat hat sich auf den Standpunkt gestellt, das Grundstücksgeschäft selbst zu machen, um den großen Barzuschuß zu verhüten. Es heißt hierüber in der Vorlage vom 29. Juni 1907: „Im Hinblick auf die bisherige Entwicklung unseres Gemeinwesens glauben wir diese Hoffnung hegen zu dürfen und haben daher beschlossen, der preußischen Staatsbahnverwaltung einen Gegenvorschlag zu unterbreiten, der die vorgedachte Berechnung vom 27. Juni 1907 zur Grundlage haben würde.“ Die betreffende Anlage liegt Ihnen gedruckt vor. In unserer Absicht lag es also, heute auch einen Beschluß über das Grundstücksgeschäft herbeizuführen.

Herr Wolters (zur Geschäftsordnung): Der Magistrat beantragt, die Vorlage zu prüfen und zu beschließen, ob und eventuell in welcher Weise wir die Sache fördern sollen. Wir können uns doch also das nähere vorbehalten.

Herr Lübke (zur Geschäftsordnung): Ich möchte bitten, die Beschlußfassung hierüber heute auszusprechen. Es sind zu einschneidende Sachen, und es kann mancher dafür sein, daß die Stadt das Grundstücksgeschäft macht, obwohl er gegen den Fernbahnhof war, und umgekehrt. Darüber haben wir uns noch nicht eingehender unterhalten, und es bestehen über diesen Punkt recht verschiedene Ansichten. Ich möchte also empfehlen, die Beschlußfassung über die Art der Förderung des Bahnhofprojektes noch auszusprechen und hierüber möglichst in geheimer Sitzung zu beraten.

Herr Oberbürgermeister Kettmeyer (zur Geschäftsordnung): Wenn Sie die Beschlußfassung über die Förderung des Durchgangsbahnhofprojektes

in geheimer Beratung treffen wollen, so hat der Magistrat dagegen nichts einzumenden, aber über die Frage, ob grundsätzlich die Eingehung des Geschäftes seitens der Stadt gebilligt wird, müßten sich die Ansichten jetzt eigentlich insoweit geklärt haben, als man höchstens noch zweifelhaft sein könnte, wieviel der Magistrat zahlen soll. Wenn Sie nur sagen, wir wollen das Projekt eines Durchgangsbahnhofes fördern, so weiß ich nicht, was ich nach Berlin schreiben soll.

Herr Fr ü h l i n g (zur Geschäftsordnung): Etwas müssen wir in der Sache doch sagen. Tatsache ist es, daß vom preußischen Minister für das Terraingeschäft sieben Millionen gefordert und von der Stadt drei Millionen nach dem Berichte des Herrn Stadtbaumeisters Menadier geboten sind. Es liegt also keine Gefahr darin, die drei Millionen anzubieten.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e h e r (zur Geschäftsordnung): Sie können den Antrag unbedenklich annehmen, weil der preußische Herr Minister das Angebot bereits abgelehnt und erklärt hat: wenn ich sieben Millionen fordere und Sie bieten drei Millionen, so ist das eine Ablehnung.

Herr M e h e r h o f f (zur Geschäftsordnung): Ich möchte auch bitten, die Abstimmung fortzusetzen, denn wenn viele an dem Grundstücksgeschäfte Anstoß nehmen, so hat der Magistrat desto mehr Rückgrat gegenüber dem preußischen Minister.

Herr L ö s c h i g k (zur Geschäftsordnung): Ich bin auch dafür, denn ich weiß, daß mancher für das Durchgangsprojekt ist, aber keinen Pfennig dafür bewilligen will.

V o r s i t z e n d e r: Wir schreiten jetzt zur Abstimmung. Nur wer prinzipiell gegen das Grundstücksgeschäft ist, muß mit Nein stimmen.

Herr W e i c h s e l (zur Geschäftsordnung): Ich bin nicht der Ansicht, weil in dem Schreiben des Magistrates vom 29. Juni 1907 außer dem Grundstücksgeschäfte auch noch andere Sachen erwähnt sind. Wenn wir darüber abstimmen, daß der Magistrat ersucht werden soll, „im Sinne“ dieses Schreibens zu verhandeln, so meinen wir, der Magistrat möchte im allgemeinen im Sinne des Schreibens verhandeln. Die Sache mit dem Grundstücksgeschäfte ist noch nicht spruchreif, und der Magistrat muß auch freie Hand haben, um mit der preußischen Regierung verhandeln zu können.

Hierauf erfolgt die Abstimmung.

F ü r den zweiten Teil des Antrages Fr ü h l i n g stimmen die Herren: Aßenhausen, Altmann, Bähr, Buchler, Bues, Bunge, Friede, Frühling, Henking, Hesse, Jasper, Kleinfnecht, Konegen, Leue, Löhnefinke, Lübke, Mohr, Ohlen-dorf, Ribbentrop, Riefe, Boge, Weichsel, Wesemeier und Wolters.

Gegen den Antrag stimmen die Herren: Frede, Göcke, Kalms, Koch, Lössigk, Meyerhoff, Möhle, Probst, Sander, Schmidt und Tolle.

Der Antrag ist mit 24 : 11 Stimmen angenommen.

Damit hat sich die Versammlung im Prinzip auch damit einverstanden erklärt, daß die Stadt das Grundstücksgeschäft übernimmt.

Die Vorlage ist hiermit als erledigt anzusehen.

Der Herr Vorsitzende schließt hierauf die Sitzung.

Dauer von 4 bis 9½ Uhr.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 21. Oktober 1909.

Tagesordnung:

I. Prüfung der Rechnungsabschlüsse der Kammereikasse usw. für 1908/09 . . .	Seite 362
II. Prüfung des Verwaltungsberichtes der städt. Licht- und Wasserwerke für 1908/09	" 364
III. Umbau der Eisenbüttelei Mühle	" 366
IV. Vergütung für Beaufsichtigung des Nachtwachwesens	" 366
V. Erwerb einer Fläche an der Hamburgerstraße	" 367
VI. Erhöhung des Zuschusses an die Sanitätshauptkolonne vom Roten Kreuz	" 368
VII. Ausbau eines Teiles der Waterloostraße	" 368
VIII. Ausgestaltung der Fenster im Gewandhausgiebel	" 369
IX. Bauliche Aenderungen im Innern des Gewandhauses	" 379
X. Erhöhung des Zuschusses für die Abendfortbildungsschule	" 379
XI. Aufnahme von kündbaren Einzelbarlehen	" 380
XII. Erklärung der Glückstraße zur Ortsstraße	" 383
XIII. Beschaffung einer automobilen Drehleiter für die Feuerwehr	" 383
XIV. Uebernahme einer Verpflichtung	" 384
XV. Antrag Bunge: Aufhebung der Bürgerrechtsgebühr.	" 384
XVI. Antrag Wese meier: Ergebnis der Gemeindesteuer-Einschätzung betr.	" 385

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg, Seele und Wagner, sowie Stadtbaumeister Gebensleben.

Entschuldigt die Herren Friede, Kalms, Löhnefinke, Meyerhoff, Ribbentrop und Sander; später erscheint Herr Lübke.

Den Vorsitz führt Herr Hauswaldt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt das Wort

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Meine Herren! Ich bitte, mir zu gestatten, Ihnen eine Mitteilung in bezug auf das Bahnhofprojekt zu machen. Als bald nachdem Sie hier in der vorigen Sitzung — allerdings nur mit sehr geringer Majorität — den Beschluß gefaßt hatten, das Durchgangsbahnhofprojekt des preußischen Ministers der öffentlichen Arbeiten gutzuheißen, erschienen bei mir die Herren Stadtbaumeister Menadier und Gebensleben und erklärten, sie hätten inzwischen sich überzeugt, daß das Durchgangsbahnhofprojekt der preußischen Staatseisenbahnverwaltung noch wesentlich verbessert werden könnte, ohne daß ihrer Meinung nach erhebliche Mehrkosten dadurch erwachsen würden. Sie fragten gleichzeitig an, ob Herr Stadtbaumeister Gebensleben die Idee dieses geänderten Projektes zu Papier bringen sollte. Ich kam zunächst etwas in Verlegenheit; denn ich muß offen gestehen, nachdem die Sache nach so langen Debatten und Kämpfen zum Abschluß gebracht war, ist es nicht angenehm, wenn noch ein neues Projekt auftaucht. Da aber die Herren bestimmt erklärten, es wäre eine wesentliche Verbesserung des preußischen Durchgangsbahnhofprojektes möglich, insbesondere auch dadurch, daß das Hauptgebäude des Personenbahnhofs um etwa 650 m näher an die Stadt herangerückt werde, so sagte ich mir, daß es, zumal die Kosten nicht wesentlich höher werden sollten, unrecht wäre, eine derartige Idee ohne weiteres zurückzuweisen. Ich habe daher gebeten, sofort mit den Arbeiten zu beginnen, die in etwa 14 Tagen fertiggestellt werden sollten. Der Magistrat hat hinterher meine vorläufige Entscheidung gebilligt, und darauf ist das hier ausgehängte Projekt entstanden. Vorweg will ich aber bemerken, daß meine Auffassung wegen der Kosten in dem Momente, als die Herren mit mir verhandelten, auf einem Mißverständnis beruht hat; ich habe nämlich angenommen, daß die Herren meinten, die Kosten würden nicht höher werden, als für das preußische Durchgangsbahnhofprojekt, während sie, wie sich hinterher herausgestellt hat, annehmen, daß die Kosten für dieses neueste Projekt nicht wesentlich höher ausfallen könnten, als für das Kopfbahnhofprojekt. Was ich getan haben würde, wenn ich diesem Irrtum nicht unterworfen gewesen wäre, will ich nicht weiter erörtern; jedenfalls war der Magistrat der Ansicht, daß man jede sich bietende Gelegenheit, das vorgelegte und genehmigte Projekt zu verbessern, mit Freuden

zu begrüßen hätte; auch wenn es nicht zustande kommen, sondern an den Kosten scheitern sollte, wäre es durchaus angezeigt, den Versuch zu machen. Darauf hat Herr Stadtbaumeister Gebensleben das hier aushängende Projekt eingereicht und hat es uns im Magistrat bereits erläutert. Der Magistrat hat die in dem Projekt liegenden Verbesserungen als so wichtig angesehen, daß er an den Königlich Preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten geschrieben hat, diese nachträgliche Aenderung seines Durchgangsbahnhofprojektes sei hier erörtert worden, und wir ersuchten, bei den weiteren Vorbereitungsarbeiten auch dieses neue Projekt zum Gegenstande der Prüfung zu machen. Die Verhandlungen hierüber werden wohl längere Zeit dauern, denn die genaue Prüfung verursacht Arbeit, und es werden sich wegen der Kostenfrage auch Schwierigkeiten ergeben.

Der Magistrat hielt es für angezeigt, Ihnen Kenntnis von diesem Vorgange zu geben, allerdings nicht in der Absicht, daß Sie heute darüber beraten und Stellung dazu nehmen sollten. Das ist uns beiden, Magistrat und Stadtverordneten, nicht möglich, weil wir uns über die Kostenfrage kein Bild machen können, immerhin glaubte der Magistrat, Ihnen schuldig zu sein, Sie von dem Vorgange in Kenntnis zu setzen. Wenn es Sie interessiert, läßt der Magistrat das Projekt Ihnen heute gleich durch Herrn Stadtbaumeister Gebensleben etwas näher erläutern und insbesondere auch die Abweichungen hervorheben, die es gegenüber dem preussischen Projekte zeigt, sowie die Verbesserungen, die nach der Ansicht der Herren von der städtischen Bauverwaltung dieses Projekt aufweist. Ich möchte bitten, diesen Vortrag entgegenzunehmen, eine Debatte aber nicht daran zu knüpfen, weil sie keinen Zweck hat, indem wir nicht wissen, was aus der Sache wird.

Vorsitzender: Es liegt jedenfalls in unserm Interesse, wenn wir in das neue Projekt eingeweiht werden, und wir können dessen Erläuterung nur mit Dank entgegennehmen. Sind Sie damit einverstanden, daß Herr Stadtbaumeister Gebensleben das Projekt jetzt erläutert? (Zustimmung.) Dann bitte ich den Herrn Stadtbaumeister, das Wort zu nehmen.

Herr Stadtbaumeister Gebensleben: Als Unterlagen für die Bearbeitung meines Projektes haben mir die beiden preussischen Projekte gedient, nämlich das Durchgangsbahnhofprojekt von 1905 und das Kopfbahnhofprojekt von 1909; es handelt sich nicht um ein vollkommen neues Projekt, sondern um eine Kombination der beiden preussischen Projekte; und zwar habe ich die Vorzüge der beiden Projekte in einem Projekte vereinigt.

Zunächst komme ich zum Verschiebe- und Güterbahnhofe. Die Lage und allgemeine Gleisanordnung dieses Bahnhofes stimmt mit derjenigen des preussischen Kopfbahnhofprojektes vollkommen überein: Der Verschiebebahnhof beginnt an der Okerbrücke und zieht sich ostwärts bis hinter

die Kreuzung der Bahn mit der Helmstedterstraße hin. Der Orts-Güterbahnhof liegt nördlich davon und östlich der Südelschen Fabrik. Diesem gegenüber liegt die Hauptwerkstatt; ihre Lage ist demnach in Uebereinstimmung mit dem preußischen R o p f bahnhofspröjekte angeordnet, während bekanntlich in dem älteren preußischen D u r c h g a n g s b a h n h o f s p r o j e k t e die Werkstatt auf Niddagshäuser Feldmark projektiert war. Auch die zum Verschiebebahnhofe führenden Güterzugslinien haben dieselbe Lage beibehalten wie im preußischen R o p f bahnhofspröjekte; und zwar trennen sich die Magdeburger Gütergleise hinter der Moritzburg von den Personengleisen, um von der Ostseite in den Verschiebebahnhof einzulaufen. Von der anderen, westlichen, Seite her kommen die Wolfenbütteler und die Hannoverschen Güterzuggleise, deren vier Gleise vollkommen getrennt in den Verschiebebahnhof einlaufen. Auch diese Gleisführung stimmt mit der des R o p f bahnhofspröjektes vollständig überein, während in dem preußischen D u r c h g a n g s b a h n h o f s p r o j e k t e diese vier Gleise kurz vor dem Personenbahnhofs zu zwei Gleisen vereinigt werden. Dadurch tritt in betriebstechnischer Beziehung ein großer Nachteil ein insofern, als nicht gleichzeitig mehr als zwei Züge ein- oder auslaufen können und die Gefahr vorliegt, daß sich zwei Züge in die Flanke fahren. Dieser Nachteil wird in meinem Projekte vermieden.

Nun der P e r s o n e n b a h n h o f. Die allgemeine Gleisanordnung dieses Bahnhofes stimmt bis auf die geringsten Kleinigkeiten mit der Gleisanordnung des preußischen D u r c h g a n g s b a h n h o f e s überein; ich habe sorgfältig vermieden, Abweichungen erheblicher Art daran vorzunehmen. Der Personenbahnhof ist meinerseits um rund 650 m — genau genommen noch etwas mehr — näher an den Mittelpunkt der Stadt herangeschoben. Die Mitte der Bahnsteige befindet sich etwa am jetzigen Eisenbütteler Uebergange, während sie nach dem preußischen Durchgangsbahnhofspröjekte noch hinter dem jetzigen Damm der Hannoverschen Verbindungsbahn liegt. Die zu dem Personenbahnhofs führenden P e r s o n e n z u g s l i n i e n habe ich der veränderten Lage des Bahnhofes entsprechend umgearbeitet. Zunächst geht die ö s t l i c h e, also die Magdeburger Linie zwischen dem Ortsgüterbahnhofe und dem Verschiebebahnhofe durch, eine Veränderung habe ich nur insofern vorgenommen, als die Personenzuggleise nicht mehr unter den den Verschiebebahnhof mit dem Ortsgüterbahnhofe verbindenden Gleisen durchgeführt, sondern darüberweg geführt wurden, um die in dieser Gegend vorhandenen und noch projektierten Straßen schienen frei zu kreuzen. Die Gleise habe ich allmählich bis zur Salzdhallumerstraße in die Höhe steigen lassen, und ein verlorenes Gefälle, das im preußischen Durchgangsbahnhofspröjekte vorhanden war, vermieden. Sie kreuzen mittels Brücken die Akerstraße, die projektierte Ring- bezw. die verlängerte Lutterstraße,

ferner die Salzdahlumer- und die Wolfenbüttelerstraße, dort wo die Häuser von Alt-Bethanien stehen, von denen eins abgerissen werden muß. Von da fallen die Gleise herab bis auf die Schienenoberkante des projektierten Bahnhofes. Wo die Linie den Bürgerpark durchquert, müssen Viadukte gebaut, oder Dämme hergerichtet werden. Was das zweckmäßigste sein wird, bedarf noch eingehender Erwägung in finanzieller und künstlerischer Beziehung.

Nun komme ich zur Besprechung der westlichen Personenzugslinien. Die Wolfenbütteler Linie zweigt nördlich von Rünningen aus den Güterzugsgleisen ab, geht in sanftem Bogen um die frühere Wurstfabrik von Sonder u. Engelfe herum und steigt über die Hannoverschen Güterzugsgleise hinweg, um dann allmählich sanft auf das Planum des Personenbahnhofes herabzufallen. Die Hannoverschen Personenzugsgleise trennen sich von den Güterzugsgleisen östlich von Broitzem, beschreiben einen sanften Bogen nordwärts, gehen unter den Gleisen der Landeseisenbahn hindurch und steigen allmählich bis zur Höhe des Bahnhofsplenums an. Zwischen den Wolfenbütteler und Hannoverschen Personengleisen ist der *Abstellbahnhof* angeordnet, ähnlich wie in dem preußischen Durchgangsbahnhofsprojeke; jedoch habe ich noch einen großen Platz frei bekommen für die Erweiterung dieses wichtigen Bahnhofsteiles.

Nun möchte ich noch auf einzelne wichtigere Punkte aufmerksam machen. Zunächst erwähne ich die *Uebergabegleise der Landeseisenbahn*. Im preußischen Durchgangsbahnhofsprojeke waren diese Gleise zwischen der Landeseisenbahn und Broitzem angeordnet; ich habe sie näher an den Verschiebebahnhof heran legen können, weil ich einen geeigneten Platz, der bei dem preußischen Projeke für den Personenbahnhof in Anspruch genommen wurde, frei behalten habe. Die Uebergabe der Landeseisenbahnzüge wird daher in der einfachsten Weise erfolgen können. Im preußischen Kopfbahnhofsprojeke war die Uebergabe der Landesbahnzüge noch viel unzumutbarer geplant, als im preußischen Durchgangsbahnhofsprojeke. Die Züge mußten danach zunächst in ein Ausziehgleis vorrücken und wurden dann in die Uebergabegleise zurückgedrückt.

Weiter komme ich zur *Kreuzung der Frankfurterstraße*. In dem preußischen Kopfbahnhofsprojeke war vorgesehen, daß die Frankfurterstraße an dieser Stelle mittels einer 5 m hohen Rampe über die Hannoverschen Güterzuggleise hinweggeführt wurde. Diese Rampe habe ich in einem hier ausgestellten Nachtragsprojeke zu vermeiden gesucht, indem ich die Wolfenbütteler Personenzuggleise entsprechend gesenkt und die Hannoverschen Güterzuggleise kurz hinter der Kreuzung mit der Landeseisenbahn habe ansteigen lassen. Die Frankfurterstraße behält an der Kreuzung ihre natürliche Höhenlage bei — nämlich etwa 75,00 m über N. N. Hierin liegt eine erhebliche Verbesserung gegenüber dem preußischen Projeke.

Ferner entwickelt sich der Anschluß des Wolterschen Hofbrauhauses viel einfacher, als bei dem preußischen Kopfbahnhofsprojeke. Wie den Herren erinnerlich sein wird, war in dem preußischen Kopfbahnhofsprojeke die Anordnung des Anschlußgleises höchst mangelhaft geplant. Schließlich ist für die Anordnung von Anschlußgleisen für etwa noch neu entstehende gewerbliche Etablissements in meinem Projekte in weitgehendstem Maße Sorge getragen. Falls auf dem frei werdenden Bahnhofsterrain südlich des projektierten Personenbahnhofs Fabriken entstehen sollten, so können mit Leichtigkeit von den Uebergabegleisen der Landeseisenbahn aus Anschlußgleise hergerichtet werden.

Wegen der entstehenden Mehrkosten gegenüber dem preußischerseits projektierten Durchgangsbahnhofs kann ich Ihnen heute nicht viel sagen. Daß solche entstehen müssen, sieht man auf den ersten Blick; in erster Linie werden sie hervorgerufen durch die besondere vom Verschiebebahnhof zum Personenbahnhof führende Personenzugslinie; ferner wird der Grunderwerb für den Personenbahnhof und den Abstellbahnhof kostspieliger ausfallen. Schließlich wird auch das nach dem preußischen Projekte frei werdende Terrain des jetzigen Bahnhofs in einem gewissen Umfange — nämlich der 5. oder 6. Teil — durch den von mir projektierten Bahnhof wieder in Anspruch genommen werden. Dabei muß man allerdings berücksichtigen, daß das zwischen Personenbahnhof und der Stadt nach meinem Projekte frei bleibende Bahnhofsterrain infolge der Näherückung des Personenbahnhofs bedeutend im Werte steigen wird. (Zuruf: Gilgutbahnhof!)

Die Gilgutanlagen bilden nicht einen besonderen Bahnhof, sondern sind nur ein Teil des Personenbahnhofs. Diese Anlagen sind dem preußischen Durchgangsbahnhofsprojeke vollständig nachgebildet.

Vorsitzender: In eine Diskussion hierüber einzutreten, erübrigt sich, wir dürfen vielmehr den Punkt mit Dank gegen den Herrn Referenten verlassen und in die Tagesordnung eintreten.

I. Prüfung der Rechnungsabschlüsse der Kämmereikasse usw. für 1908/09.

Der Magistrat übersendet die Rechnungsabschlüsse der Kämmereikasse und deren Nebenkassen, des Schulhausbaufonds und der Umsatzsteuer sowie der in selbständiger Verwaltung befindlichen Kassen, als der Kanalbaukasse, der Schlachthauskasse, der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen und der Kasse für die städtischen Brausebäder auf das Rechnungsjahr 1908/09 zur Prüfung. Gleichzeitig wird die Versammlung ersucht, die aus den vorgelegten Rechnungsabschlüssen sich ergebenden Ueberschreitungen, insoweit sie nicht bereits genehmigt

worden sind, nachträglich genehm zu halten und danach die sämtlichen Rassenabschlüsse, vorbehaltlich der Rechnungsablage, für gerechtfertigt zu erklären.

Namens der Finanzkommission berichtet hierüber Herr Wolters: Rechnungsmäßig sollte nach dem Voranschlage ein Fehlbetrag von 33 000 *M* entstehen, während in Wirklichkeit ein Ueberschuß von 165 936,17 *M* zu verzeichnen ist; das ergibt eine Differenz von 198 936,17 *M*. Letztere ist dadurch entstanden, daß gegenüber dem Voranschlage eine Mehreinnahme von 189 526,45 *M* und eine Minderausgabe von 9409,72 *M* vorgekommen ist. Die Mehreinnahme im Kammereivermögen im Betrage von 32 259 *M* wurde hauptsächlich dadurch hervorgerufen, daß das Rieselgut einen sehr viel höheren Ueberschuß (20 363,78 *M*) abgeworfen hat und auch mehr Zinsen (8429,86 *M*) aus den Kapitalforderungen aufgekomen sind. Im Kapitel VI „Gesundheitswesen“ entstand eine Mehreinnahme von 4702,55 *M* im wesentlichen durch die Einnahme aus der Desinfektionsanstalt. Das Kap. VIII „Feuerlöschwesen“ weist eine Mehreinnahme von 13 563,44 *M* auf. Diese ist hauptsächlich dadurch entstanden, daß die im Rechnungsjahre 1907/08 nicht zur Zahlung gekommene Beihilfe der Landesbrandversicherungsanstalt zu nicht auf gesetzlicher Verpflichtung beruhenden Aufwendungen in 1908/09 nachträglich eingezahlt worden ist (12 000 *M*). Im Kap. X „Straßen- und Kanalbau“ resultiert ein Ueberschuß von 5613,14 *M*, der hauptsächlich den gegen den Voranschlag um 2724,58 *M* erhöhten Anliegerbeiträgen zur Instandhaltung der im Gebiet des ehemaligen Pflasterungsfonds gelegenen Straßen zuzuschreiben ist. Die im Kap. XII „Staatszuschüsse“ erzielte Mehreinnahme von 24 516,62 *M* ist im wesentlichen einem Zuschusse von 14 892,69 *M* zuzuschreiben, der für die größere Einquartierung von Truppenkörpern des X. Armeekorps im Jahre 1908 der Stadt bewilligt worden ist. An Gebühren für Erhebung der direkten Staatssteuern sind 7375,69 *M* mehr eingegangen. Die Mehreinnahme von 24 282,38 *M* aus dem Kap. XIV „Insgemein“ ist dadurch herbeigeführt, daß an Zinsen auf die einsteilen vom Rassenvorrat und vom Vorratsvermögen der Gas- und Wasserwerke belegten Gelder sowie auf die der Kanalbaufasse und der Gemeinde Kirchenkasse geleisteten Vorschüsse 33 384,36 *M* erhoben sind, während hierfür nur ein Staatsanlaß von 9000 *M* vorgesehen war. Die Mehreinnahme an Gemeindesteuern usw. betrug 87 982,51 *M* und die gesamte Mehreinnahme 192 919,69 *M*, der eine Mindereinnahme von 3393,24 *M* gegenübersteht.

Zu den Ausgaben übergehend will ich nur folgendes hervorheben: Im Kap. III „Unterrichtswesen“ sind gegen den Voranschlag 14 249,50 *M* weniger ausgegeben durch eine Ersparnis an Gehältern für verstorbene und pensionierte höherbefohdene Lehrer. Ein Hauptposten an Minderausgabe findet sich im Kap. V „Armenpflege“, wo 40 976,02 *M* dadurch erspart worden sind, daß

die sachlichen Aufwendungen zur Unterhaltung des Pflegehauses, ferner die Ausgaben für die Hausarmen und die Ortsarmen den Anschlag nicht erreicht haben. Bei dem Kap. VI „Gesundheitswesen“ sind 6113,99 *M* hauptsächlich dadurch erspart, daß die Kosten für Unterbringung unbemittelter Kinder im Luisenstifte die anschlagsmäßige Summe nicht erreicht haben. Eine Mehrausgabe von 13 210,38 *M* ist beim Kap. VIII „Feuerlöschwesen“ hauptsächlich durch die Beschaffung eines Lastkraftwagen-Chassis entstanden. Das Kap. IX „Ortspolizei“ weist eine Ersparnis von 17 947,74 *M* auf, die durch die verminderten Kosten der Straßenreinigung hervorgerufen ist. Man hatte angenommen, daß für die Säuberung der Straßen im Winter höhere Kosten erwachsen würden. Für den Straßenbau sind 39 067,30 *M* und für die Staatsbedürfnisse 20 753,33 *M* über den Anschlag hinaus verbraucht worden. Im Kap. XIV „Insgemein“ beträgt die Mehrausgabe 11 407,34 *M*.

Im allgemeinen findet sich gegen die Rechnungsabschlüsse nichts zu erinnern, auch hält es die Finanzkommission nicht für nötig, die Vorlage Seite für Seite durchzuberaten, weil alles klar und gemeinverständlich ausgeführt worden ist. Etwaige Fragen zu beantworten bin ich gern bereit. Der Antrag des Magistrates wird zur Annahme empfohlen.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

II. Prüfung des Verwaltungsberichtes der städt. Licht- und Wasserwerke für 1908/09.

Unter Uebersendung des Berichtes über die Verwaltung der städtischen Licht- und Wasserwerke sowie der städtischen Mühlen in der Zeit vom 1. April 1908 bis 31. März 1909 ersucht der Magistrat um dessen Prüfung.

Da die Prüfung der Bücher durch den beeidigten Bücherrevisor zu Beanstandungen nicht geführt hat, so wird weiter anheimgegeben, der Entlastung der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke zuzustimmen. Die erzielten Ueberschüsse der Gas- und Wasserwerke (273 018,90 *M* und 173 893,49 *M*) fließen in den Ausgleichsfonds, während der zu 15 201,46 *M* ermittelte Reinertrag der Neustadtmühle dem Extraordinarium als teilweiser Ersatz der diesem zur Last gelegten, durch den Rezerbefonds von 26 000 *M* nicht gedeckten anschlagsmäßigen Restkosten des Mühlenumbaus zu 55 000 *M* zugeführt werden soll.

Auch hierüber berichtet namens der Finanzkommission Herr W o l t e r s: Die Berichterstattung über die städtischen G a s w e r k e wird dadurch wesentlich kürzer, daß wir uns hierüber erst in der letzten Sitzung eingehend unterhalten haben.

Trotz der um 3 Prozent geringeren Abgabe von gemessenem Gas ist ein höherer Gewinn als im Voranschlage zu verzeichnen gewesen. Dieses günstige Ergebnis kommt einmal von der höheren Einnahme aus dem Verkauf von Koks, andererseits aber auch aus den Ersparnissen bei dem Einkauf von Kohlen und Zusatzmaterial. In der Bilanz wird demnächst das Münzstraßengebäude mit 157 768,73 *M* abzusetzen sein, während das von der Direktion der Licht- und Wasserwerke jetzt benutzte Gebäude in der kleinen Burg hinzukommt. Wir werden darüber noch eine Magistratsvorlage erhalten. Neu steht hier unter den Beständen der Erweiterungsbau des Gaswerks an der Taubenstraße mit 915 273,96 *M*, so daß wir nach Abrechnung der Abschreibungen eine Summe von 1 211 176,12 *M* als Gesamtwert des Gaswerkes erhalten. Es ist dies alles nur rechnungsmäßig aufzufassen, da der Wert in Wirklichkeit höher ist. Diesem Werte stehen buchmäßig 1 249 453,08 *M* Schulden gegenüber. Der bedeutende Vorrat auf der Stadthauptkasse ist erheblich zusammengeunken, weil davon das neue Gaswerk erbaut ist.

Das in der Bilanz vorgesehene Betriebsfondskonto von 120 000 *M* hat uns viel Kopfzerbrechen gemacht. Es kann sich dabei nur um ein Darlehn des Gaswerkes an die Kammereikasse handeln, oder um eine nachträgliche Zurückstellung aus dem Gewinn. Auf meine an zuständiger Stelle eingezogenen Erkundigungen ist mir die Auskunft erteilt worden, daß das letztere der Fall sei, indem sich der Betriebsfonds allmählich zu dieser Höhe angeammelt habe. Es handelt sich dabei um einen in derselben Weise wie bei Aktiengesellschaften gebildeten Reserverfonds, der seinen Gegenposten auf der Aktiva-Seite unter den Barvorräten oder dem Kohlenvorrat findet. —

Das Wort wird zu diesem Berichte nicht weiter genommen.

Herr *Wolters* (fortfahrend): Ich komme zu dem Berichte über das Wasserwerk. Gegen die Eröffnung des neuen Wasserwerkes haben wir im Berichtsjahre eine Mehrabgabe an Wasser von rund 900 000 cbm gehabt, so daß der Wasserverbrauch innerhalb dieser sechs Jahre um 25 bis 30 Prozent zugenommen hat, jedenfalls ein äußerst glänzendes Zeugnis für die Ergiebigkeit des Wasserwerkes. Ueber die Höhe der Sammelbrunnen fehlt in dem Berichte eine Auskunft, jedoch sollen diese Angaben demnächst wieder erscheinen, damit man sich ein anschauliches Bild von der Ergiebigkeit der Wasserwerkes machen kann. Der Verbrauch an Kohlen für 100 cbm gehobenen Wassers betrug 33,65 kg und für die PS. und Stunde 1,61 kg. Hätte man Kessel mit wesentlich höherer Spannung, so würde das Kohlenkonto erheblich sinken. —

Auch hierzu wird das Wort nicht weiter verlangt.

Herr *Wolters* (fortfahrend): Der Gewinn aus der Neustadt-*mühle* ist auch erheblich gegen das Vorjahr gewachsen, er betrug 15 201,46 *M*

gegen 8246,88 *M* des Vorjahres. Der Mahllohn ist von 33 106,91 *M* auf 41 336,39 *M* gestiegen.

Ich empfehle, dem Magistratsantrage entsprechend die Entlastung für die Direktion der Licht- und Wasserwerke zu erteilen.

Die Entlastung wird von der Versammlung ausgesprochen.

V o r s i t z e n d e r: Es war unser Wunsch, die Neustadtmühle und das Gaswerk an der Taubenstraße nach ihrer Vollendung zu besichtigen; ich möchte deshalb um Vorschläge bitten. —

Nach kurzer Besprechung einigt sich die Versammlung dahin, die Besichtigung am Sonnabend, den 30. Oktober, nachmittags 3 Uhr bei der Neustadtmühle zu beginnen und auf die Gasanstalt auszudehnen. Die heute fehlenden Mitglieder der Versammlung sollen hiervon benachrichtigt werden.

III. Umbau der Eisenbütteler Mühle.

Wegen des stadtseitig geplanten Umbaues der Eisenbütteler Mühle ist das wassergeföhrliche Verfahren eingeleitet und Termin zur Anmeldung von Einwendungen und Ansprüchen auf den 11. November d. Js. anberaumt. Wenn gleich schon jetzt seitens der Brauerei Streitberg als Eigentümerin des Heinrichshafens Einsprache erhoben ist, so hält der Magistrat doch für unbedingt, mit den Arbeiten schon vorher zu beginnen. Die Herzogliche Polizeidirektion als zuständige Flusspolizeibehörde hat dazu die Erlaubnis erteilt, aber mit dem Hinzufügen, daß die Stadt das Risiko der vorzeitigen Inangriffnahme der Arbeiten tragen müsse. Dieser Vorbehalt erscheint gerechtfertigt, kann aber den Magistrat nicht davon abhalten, die dringliche Arbeit sobald als tunlich in Angriff zu nehmen. Es wird deshalb anheimgegeben, diesem Vorgehen zuzustimmen.

Auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Wolters berichtet, wird der Antrag genehmigt.

IV. Vergütung für Beaufsichtigung des Nachtwachwesens.

Mit Zustimmung der Versammlung wird an Herzogliche Polizeidirektion für die vertragsmäßig von dieser Behörde übernommene Ueberwachung der städtischen Nachtwächter eine Vergütung aus der Kammereikasse gezahlt, die zuerst im Jahre 1867 auf 450 *M*, seit dem Jahre 1873 aber auf 750 *M* jährlich festgesetzt ist. Es läßt sich nicht verkennen, daß durch die Vermehrung der Nachtwächterstellen die Aufsichtsführung umfangreicher geworden ist. Die Wächterzahl betrug 1868 nur 32, 1873 schon 47 und jetzt 89. Der von Herzoglicher Polizeidirektion gestellte Antrag auf Erhöhung der Vergütung für die Ueberwachungstätigkeit ist daher wohl nicht als unbillig zu bezeichnen. Auf der

anderen Seite ist freilich vom Magistrate im Laufe der Verhandlungen geltend gemacht, daß er durch die seit 1895 eingetretene Annahme von Kontrollwächtern die Arbeit der aufsichtsführenden Stelle wesentlich entlastet hat und daß die jetzt für 10 Kontrollwächter mit je 150 *M* besonderer Jahresvergütung stadtseitig gemachte Ausgabe von 1500 *M* jährlich einen Teil der Mehraufwendungen darstellt, die durch die Wächtervermehrung, das Wachsen der Stadt und die Steigerung des Aufsichtsdienstes veranlaßt sind.

Die Versammlung wird gebeten, zuzustimmen, daß der Herzoglichen Polizeidirektion vom 1. April d. Js. ab rückwirkend statt der bisherigen 750 *M* eine Vergütung von 1500 *M* jährlich für die Aufsicht über das Nachtwachwesen gezahlt und daß bei jeder künftigen Vermehrung der Wächterzahl die obige Vergütung um 15 *M* für jeden neuen Wächter jährlich erhöht werde.

Die Finanzkommission hat sich nach dem Berichte des Herrn Leue mit der Vorlage eingehend beschäftigt und ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Betrag von 1500 *M* angemessen erscheint, namentlich wenn man berücksichtigt, daß die Stadt nicht in der Lage sein würde, die Ueberwachung hierfür selbst auszuführen. Es wird deshalb empfohlen, der Vorlage in vollem Umfange zuzustimmen,

was seitens der Versammlung geschieht.

V. Erwerb einer Fläche an der Hamburgerstraße.

Die Möglichkeit, daß durch das Auftreten gemeingefährlicher ansteckender Krankheiten die Stadtverwaltung rasch und unerwartet vor die Notwendigkeit der Unterbringung einer Anzahl erkrankter oder krankheitsverdächtiger Personen in Anstaltspflege gestellt werden kann, macht es dem Magistrate zur Pflicht, rechtzeitig für die Beschaffung und Bereithaltung geeigneter Unterkunftsräume zu sorgen. Das Grundstück des städtischen Kranken- und Pflegehauses ist hierfür ungeeignet, da die Ansteckungsgefahr für die oft über 600 Personen hinausgehende Zahl der Anstaltsinsassen und für die Bewohner der benachbarten Straßen zu erheblich ist. Dagegen bietet das an der Hamburgerstraße weit außerhalb des stärkeren Verkehrs gelegene Grundstück des Schwestern- und Krankenhauses vom Roten Kreuz und die ihm angrenzende, der Kirche zu St. Katharinen gehörende Länderei in zweckmäßigster Weise Gelegenheit zur Herrichtung und Bewirtschaftung derartiger vorübergehend nützlichen Räume. Der Vorstand des Schwesternhauses hat sich bereit erklärt, die Bewirtschaftung eines derartigen Gebäudes gegen Erstattung der sonst üblichen Verpflegungskosten zu übernehmen. Da es nicht gut angängig wäre, ein solches Gebäude innerhalb des Grundstücks des Schwesternhauses aufzuführen, so ist der Magistrat mit dem Kirchenvorstande zu St. Katharinen wegen des stadt-

seitigen Erwerbes einer 23,84 a haltenden Nachbarfläche östlich vom Anstaltsgrundstücke in Verhandlung getreten, wobei der Kirchenvorstand sich bereit erklärt hat, die Fläche zum Preise von 7000 *M* dem Magistrate käuflich zu überlassen.

Die Versammlung wird ersucht, den Magistrat zum Ankauf dieser Fläche für 7000 *M* aus dem Ausgleichsfonds und zur Vereinbarung einer Entschädigung mit deren Pächtern zu ermächtigen. Ueber die Frage der Erbauung einer oder mehrerer fester Baracken oder eines Krankenpavillons wird später Beschluß zu fassen sein. Einstweilen ist es für den Magistrat von Wert, die beiden, der Stadt gehörenden Döcker'schen Baracken oder eine davon auf dem zu kaufenden Grundstücke aufstellen zu können.

Herr *R o c h* gibt namens der Baukommission anheim, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Oberbürgermeister *R e t e m e y e r*: Da der Ausgleichsfonds nicht nur die Mittel zum Bau von Schulen bieten, sondern auch eine Vermehrung der Schulden verhüten soll, so wird er auch hier in Anspruch genommen werden können, wo es sich um eine nicht unbedingt erforderliche aber doch wünschenswerte Sache handelt.

Die Vorlage wird darauf genehmigt.

VI. Erhöhung des Zuschusses an die Sanitätshauptkolonne vom Roten Kreuz.

Der Vorsitzende der Kolonne hat gebeten, die derselben bisher gezahlte Beihilfe von 200 *M* wesentlich zu erhöhen, da es schwer halte, die Ausgaben für den Unterricht und die Ausbildung der Mannschaft aus den vorhandenen Mitteln zu bestreiten. Vom Magistrate wird es für zulässig und zweckmäßig gehalten, die gemeinnützigen Bestrebungen der Sanitätshauptkolonne stadtseitig mehr als bisher zu fördern; er gibt anheim, zuzustimmen, daß die bisher gewährte Jahresunterstützung vom 1. April 1910 an bis auf weiteres von 200 *M* auf 500 *M* erhöht werde.

Auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr *J a s p e r* berichtet, stimmt die Versammlung der Vorlage zu.

VII. Ausbau eines Teiles der Waterloostraße.

Bei Ueberreichung eines Entwurfs über den oberirdischen Ausbau der Waterloostraße zwischen Heinrich- und Karlstraße bemerkt die städtische Bauverwaltung, daß die Grunderwerbskosten zu 89 324 *M*, die Baukosten zu 41 800 *M* und der voraussichtliche Einheitsbeitrag der Anlieger zu 282,30 *M* für 1 m Frontlänge ermittelt seien. Zu diesen Kosten sind noch die auf die

Teilstrecke der Waterloostraße zwischen Noon- und Heinrichstraße entfallenden anteilmäßigen Kosten von 16 000 *M* für Grunderwerb und von 3500 *M* für Baukosten hinzuzurechnen, die erst durch die Umlage der jetzt in Frage kommenden nördlichen Teilstrecke entstehen, aber gemäß dem Beschlusse der städtischen Behörden auf die westliche Teilstrecke mit verrechnet werden sollen.

Der Magistrat ersucht, den Ausbau der Waterloostraße zwischen Heinrich- und Karlstraße gutzuheißen und das vorgelegte Projekt nebst Kostenanschlag und Kostenverteilungsberechnung zu genehmigen.

Namens der Baukommission gibt Herr *K i e f e* anheim, der Vorlage zuzustimmen,

was seitens der Versammlung geschieht.

VIII. Ausgestaltung der Fenster im Gewandhausgiebel.

Die Handelskammer für das Herzogtum Braunschweig bittet, ihr die Genehmigung zu folgenden Aenderungen am Aeußeren des Gewandhauses zu erteilen: Die Fenster des Ostgiebels schließen nicht dicht, die Bleieinfassungen sind teilweise schadhaft und das Glas, das die runden Einfassungen ausfüllt, ist für Licht nicht gut durchlässig. Es ist deshalb ins Auge gefaßt, die alten Fenster durch neue eiserne Doppelfenster zu ersetzen, deren äußere Flügel die gleiche Fensterkreuzteilung erhalten sollen, wie die bisherigen Fenster. An Stelle der unechten, erst 1861 eingefetzten freisunden Bugenscheiben sollen die neuen Fenster mit einer rechteckigen Bleiteilung, die mit durchsichtigem Glase auszufüllen ist, versehen werden. Zum Muster hat hierbei ein im städtischen Museum befindliches echtes altes Fenster gedient. Das innere Fenster des in Aussicht genommenen Doppelfensters soll dagegen nur mit einer Spiegelscheibe verglast werden.

Der Magistrat gibt anheim, zuzustimmen, daß die Fenster in der vorgeschlagenen Weise ausgestaltet werden.

Namens der Baukommission berichtet hierüber Herr *F r ü h l i n g*: Mit der Herstellung von neuen Fenstern sind bereits Versuche gemacht worden. Die Aenderung muß derartig sein, daß sie sich möglichst dem alten Bauwerke anpaßt und tunlichst so hergestellt wird, wie die Fenster ursprünglich gewesen sind. Die Bugenscheiben sind, wie schon in der Magistratsvorlage erwähnt, erst im Jahre 1861 eingefetzt, und es ist die Meinung der Sachverständigen, daß in dem ursprünglichen Bau derartige Bugenscheiben nicht gewesen sind, sondern die Fenster mit rechteckigen kleinen Scheiben in Blei verglast waren; wenigstens hat sich der Ausschuß für Denkmalpflege und die städtische Bauverwaltung in dieser Weise geäußert. Der Ausschuß für Denkmalpflege steht auf dem Standpunkte, daß eine derartige Ausführung wohl zuzulassen wäre und sie möglichst.

nach dem persönlichen Empfinden des schaffenden Künstlers auszuführen sei. Die Baukommission steht auf dem gleichen Standpunkte und empfiehlt, was die Form betrifft, die Fenster dem Antrage der Handelskammer entsprechend in der Art auszuführen, wie das zuletzt gefertigte Probefenster gemacht worden ist. Dieses Fenster hat eine breitere Bleiberglasung. Es soll aber nicht verlangt werden, daß die Fenster genau so wie dieses Fenster gemacht werden, sondern nur in dessen Art. Die Einzelheiten werden am besten dem Architekten überlassen.

Wenn diese Fenster nun in der Weise geändert werden, so bedeutet das einen nicht unerheblichen Eingriff in die äußere Erscheinung des alten Gebäudes, das allen Einwohnern unserer Stadt sehr wertvoll ist. Da nicht ohne weiteres aus der Vorlage zu ersehen ist, welche Fenster ersetzt werden sollen, so hält es die Baukommission für notwendig, zu fordern, daß nicht nur einzelne, sondern sämtliche Fenster gleichmäßig in dieser Form geändert werden, denn wenn überhaupt eine Aenderung eintritt, so können unmöglich unten neue Fenster eingesetzt werden und oben die alten Buzenscheiben bestehen bleiben. Die Kommission schlägt also vor, an die Genehmigung der Vorlage die Bedingung zu knüpfen, daß alle Fenster des Ostgiebels und der beiden anstoßenden Seitenwände gleichmäßig ausgeführt werden. Da ferner blank Scheiben nicht zu dem Bau passen und störend wirken würden, so muß eine gewisse Sicherheit geschaffen werden, daß die äußere Erscheinung der neuen Fenster in Einklang gebracht wird mit der äußeren Erscheinung der übrigen alten Gebäudeteile und daß zur Verglasung nicht weißes, sondern gefärbtes Glas verwendet wird. Es ist nachgewiesen, daß das alte Haus ursprünglich mit sogenannten venetianischen Scheiben versehen war, also mit Glas, das schwach grauartig gefärbt ist. Es soll hierdurch aber nicht das Licht oder die Aussicht genommen werden, sondern wir wollen dem Architekten künstlerische Freiheit lassen.

Endlich möchte die Kommission noch einen weiteren Wunsch an die Genehmigung geknüpft sehen. Wenn das alte Gebäude mit neuen Fenstern versehen wird, so möchte es schwer sein, einen Einklang zwischen den neuen Fenstern und dem alten Gebäude herzustellen, sofern nicht eine Reinigung des Gebäudes von dem daran haftenden äußeren Schmutze stattfindet. Diese Frage wird allerdings in künstlerischen Kreisen verschieden beurteilt. Um solchen Einklang herzustellen, müßte eine leichte Reinigung des Gebäudes einfach durch Abwaschen vorgenommen werden, auch scheint es angezeigt, bei dieser Gelegenheit auf eine Wiederherstellung etwa aufgefundenen Bemalungen Rücksicht zu nehmen. Derartige Bemalungen sind bereits an der Eingangstür zum Gewandhause aufgefunden worden, ebenso wie an der alten Schule am Südfliet, die in ihrer Wiederherstellung einen hervorragend schönen Eindruck machen. Da

wir aber weder eine Kunstdebatte hierüber eröffnen möchten, noch eine Handhabung besitzen, um die Handelskammer zu zwingen, so schlägt die Baukommission vor, dieses in die Form eines Wunsches zu kleiden. Zusammengefaßt legt Ihnen die Baukommission folgenden Antrag vor:

„Die Versammlung stimmt einer Ausgestaltung der Fenster nach dem Vorschlage der Handelskammer in der Art des letztgefertigten Probefensters zu, unter der Bedingung, daß alle Fenster des Ostgiebels und der anstoßenden Seitenwände gleichartig hergestellt werden, daß die äußere Erscheinung der neuen Fenster in Einklang gebracht wird mit der äußeren Erscheinung der übrigen alten Gebäudeteile und daß zur Verglasung nicht weißes, sondern gefärbtes Glas verwendet wird.

Die Versammlung spricht dabei den Wunsch aus, daß mit Rücksicht auf die Einsetzung von neuen Fenstern in das alte Gebäude auch eine leichte Reinigung der alten Fassadenteile und eine gleichzeitige Wiederherstellung etwa aufgefundenener Bemalungen in Erwägung gezogen werden möchte.“

Vorsitzender: Die Fenster sind zum Teil hochkant, zum Teil schiefwinkelig vorgesehen. Welcher Form schließt sich die Baukommission an?

Herr Fröhling: Ich habe von rechtwinkligen, das heißt hoch- und geradestehenden Scheiben gesprochen, während die anderen Scheiben schiefwinklig oder rautenförmig sind. Wir wollen die rechtwinkligen geradestehenden Scheiben haben, während rautenförmige Scheiben von Herrn Stadtbaurat Winter vorgeschlagen sind. Die Baukommission war dafür, die ursprüngliche, also die rechtwinklige Form zu wählen.

Herr Jasper: Der Herr Berichterstatter hat mit Recht hervorgehoben, daß die Ausgestaltung der Fenster von großer Bedeutung für die künstlerische Ausgestaltung des ganzen Gebäudes ist. Deshalb sollte man in dieser Beziehung um so vorsichtiger vorgehen. Aus den Ausführungen des Herrn Berichterstatters habe ich keinen zwingenden Grund herausgehört, weshalb man das mir persönlich lieb gewordene Bild des Gewandhauses irgendwie ändern müßte. Der einzige dafür angeführte Grund war, daß nach der Meinung gewisser Herren, welche die betreffenden Antiquitäten nachgesehen haben, es früher anders gewesen ist. Ein solcher Grund, also das Alte genau so wieder herzustellen, wie es einst gewesen sein kann, genügt aber nicht zu einer derartigen einschneidenden Aenderung, und, wenn weitere Gründe dafür nicht vorliegen, so möchte ich bitten, von der Aenderung abzugehen. Daß wir uns bei dieser Gelegenheit nicht unbedingt auf das künstlerische Gefühl des ausführenden Architekten verlassen können, beweist die Kritik, welche die städtische Bauverwaltung

und der Berichterstatter schon an verschiedenen geplanten Maßnahmen bei diesem Bau ganz zutreffend gerügt haben. Wir wissen hierbei nicht, was wir kriegen, aber wir wissen wohl, was wir haben.

Herr *Almann*: Ich war der Ansicht, daß die Handelskammer lediglich wegen der Schaffung von Licht die neuen Fenster zu haben wünschte. Wenn das der Fall gewesen wäre, hätte ich, wenn auch mit schwerem Herzen, dafür gestimmt, obwohl es mir wider den Strich war, als ich die Probefenster ansah. Heute erfahre ich nun auch, daß man gefärbtes Glas nehmen will. Unter diesen Umständen verstehe ich um so weniger, weshalb man die nach meinem Gefühle recht schön aussehenden jetzigen Fenster, selbst wenn sie erst im Jahre 1861 eingesetzt sein sollen, durch viereckige Scheiben ersetzen will. Eine solche Aenderung, für die ich keinen ersichtlichen Grund kenne, würde ich, und wahrscheinlich viele Einwohner mit mir, lebhaft bedauern. Jedermann meint, es möge wohl zweckmäßig sein, andere Scheiben zu nehmen, um Licht zu schaffen, wenn der Grund aber wegfällt, so wird sich jeder kopfschüttelnd wundern, daß man die jetzigen Fenster herausreißen will. Eiserner Fensterrahmen wird man im Altertume auch nicht gehabt haben, sie würden also auch nicht zu dem Stil des Gebäudes passen, man würde deshalb wieder Holzrahmen hineinsetzen müssen. Da es sich also bei der Auswahl der neuen Fenster nicht um die Schaffung von Licht handelt, so kann ich nicht für die Aenderung der Fenster stimmen, obwohl ich für Verbesserungen gern eintreten würde.

Herr Oberbürgermeister *Reinemeyer*: Für die Handelskammer ist allerdings nur die Schaffung von Licht für die betreffenden Räume maßgebend gewesen. (Widerspruch des Herrn *Almann*.) Wenn der Herr Referent das nicht besonders zum Ausdruck gebracht hat, so muß doch konstatiert werden, daß sich die Sache so verhält. Die Verhandlungen über die Ausgestaltung der Fenster sind von uns damit eingeleitet worden, daß wir uns über deren Form usw. bei Sachverständigen und auch beim Denkmalausschuß erkundigt haben. Letzterer hat darauf die Erklärung abgegeben, man könnte nicht ohne weiteres sagen, daß die Buzenscheiben beibehalten werden müßten, weil sie historisch seien, die Scheiben seien so alt noch nicht und wären auch nicht historisch. Wenn man nun zu der Ansicht kommt, daß zur Benutzung der Räume andere Scheiben wünschenswert oder geradezu notwendig sind, so kann man sich nur die Frage vorlegen: Verträgt sich der Charakter des ganzen Hauses mit der vom Herrn Referenten vorgeschlagenen Aenderung? Wenn diese Frage bejaht wird, so könnten wir dem Antrage ruhig zustimmen. Es ist richtig, daß das Gebäude von der Handelskammer nicht übermäßig ausgenutzt werden soll, um damit ein Geschäft zu machen, aber sie hat so große Kosten in das Haus gesteckt, daß wir sie auch, wenn sie jetzt eine Ausnutzung eintreten lassen will, die wir ihr ausdrücklich

zugestanden haben, in die Lage versetzen müssen, Fenster zu schaffen, die das Eindringen von Licht gestatten.

Herr Frühlings: In der sehr kurz gefaßten Begründung des Antrages heißt es nur, daß die alten Fassungen schadhaft geworden seien; ich habe diese Begründung nicht besonders berührt, weil wohl jeder ohne weiteres angenommen hat, daß der bewegende Punkt bei der anderweiten Ausgestaltung der Fenster nicht eine Wiederherstellung der alten Form des Gebäudes, sondern eine Nutzbarmachung der hinter den Fenstern liegenden Räume sei. Ich möchte hier ausdrücklich nachholen, was ich versäumt habe. Der Zweck der Aenderung ist also lediglich eine bessere Ausnutzung der Räume des Gewandhauses. Da man nicht durch die alten Butzenscheiben hindurch sehen kann und es nicht angenehm ist, dahinter zu sitzen, so wünscht man die erwähnte Aenderung zu treffen. Wir haben dem Vorschlage zugestimmt; wenn auch nicht besonders freudig, weil wir in der Baukommission gemeint haben, wir könnten uns der Forderung, die Räume nutzbar zu machen, nicht entziehen. Wenn die Räume ausgenutzt werden sollen, so können wir nicht verlangen, daß die Mieter hinter den alten undurchsichtigen Scheiben sitzen. Aus den Erläuterungen zu unserm Antrage haben Sie wohl entnommen, daß wir uns bemüht haben, diese Zustimmung an Bedingungen zu knüpfen, die die Aenderung annehmbar machen. Wir wünschen mit unserm Antrage der Handelskammer eine Erleichterung zu schaffen, und ich vertrete die Sache, weil sonst die Handelskammer die Räume nicht gut ausnutzen kann und wir ihr in dieser Beziehung unbedingt entgegenkommen müssen.

Herr Henking: Ich möchte mich nicht dafür aussprechen, daß wir gefärbtes oder duffes Glas nehmen, weil die Räume durch die Fenster Licht erhalten sollen und dieser Zweck durch solche Einrichtung nicht erreicht wird. Warum man außerdem die rechtwinkligen Scheiben mit einer breiten Bleifassung nehmen will, ist mir unverständlich. Ich habe mir die Fenster wiederholt angesehen, und es tut mir leid, daß Herr Stadtbaurat Winter die Rhombenform der Scheiben aufgegeben hat. Nach meiner Auffassung sind die schrägstehenden Scheiben wohlgefälliger, als die senkrechten Scheiben, die das Gefühl der Schwere aufkommen lassen; ich möchte deshalb dem Wunsche Ausdruck geben, schrägstehende Scheiben zu wählen, die dem Gewandhausgiebel ein schöneres Bild geben.

Vorsitzender: Ich möchte um Vorlegung eines Antrages bitten; wenn Sie einen Wunsch äußern, so ist das nicht so wirksam, als wenn die Versammlung diesen Wunsch zum Beschluß erhebt.

Herr Henking: Von der Stellung eines Antrages will ich absehen.

Herr Böschigt: Ich bedaure sehr, daß nicht Holzfenster genommen werden können. Nach meiner Erinnerung ist der Handelskammer bei der Uebergabe des Gewandhauses die Bedingung auferlegt, daß ihr Anbau sich möglichst dem alten vorhandenen Gebäude anschließen sollte. Wenn ich mich auch über den Neubau freue, so ist doch jetzt der umgekehrte Fall eingetreten und das alte Gewandhaus soll sich möglichst dem Neubau anschließen. Ohne Künstler und Sachmann zu sein, muß ich doch sagen, daß es mich gestört hat, als ich die neuen Fensterrahmen sah, und ich hatte nur den Gedanken, daß keine weißen Scheiben hineingesetzt werden möchten. Der Charakter des alten Hauses ist schon dadurch nicht mehr gewahrt, daß die Lauben in der ersten Etage verändert sind, wenn auch nicht äußerlich, so doch im Rücktritt. Was die Aenderung der Fenster betrifft, so haben wir schon gehört, daß die Kommission nur mit schwerem Herzen daran gegangen ist, die Fenster überhaupt zu ändern, und solche Aenderung wird nur deshalb der Bauleitung überlassen, weil mehr Licht geschaffen werden soll. Sollte sich die Versammlung dem Antrage der Kommission anschließen, so möchte ich die Kommission bitten, zu veranlassen, daß das alte Gewandhaus sich auch noch in andern Punkten dem Neubau anschließt und rein gewaschen wird, dann haben wir mal ein Gewandhaus gehabt. Ich bedaure, daß an dem alten ehrwürdigen Gebäude gerüttelt werden soll.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Es gibt für den Magistrat keine schwierigeren Fragen als Kunstfragen. Lassen Sie uns deshalb einmal ein Fenster herrichten, das dem Vorschlage des Herrn Frühling entspricht — das kann nicht alle Welt kosten — und wir überzeugen uns dann, ob es zu dem Charakter des Hauses paßt. Die Herren, welche die dahinterliegenden Räume benutzen wollen, können sich dann ebenfalls überzeugen, ob sich die Räume mit den Fenstern benutzen lassen.

Herr Lübbe: Ich enthalte mich in dieser Frage der Abstimmung, weil man annehmen könnte, ich sei befangen, was aber durchaus nicht der Fall ist, denn mir ist es ziemlich einerlei, wie die Fenster ausgestaltet werden sollen. Ich muß mich nur wundern, wie so viele weise Leute sich um diese Sache so aufregen können. (Rufe: Oho!) Wenn ich Herrn Sanitätsrat Henking raten würde, wie er eine Operation vornehmen soll, so würde er mir mit Recht erwidern, das weiß ich besser. Ich habe jetzt 30 Jahre in solchen Sachen gearbeitet und selbst meine erbittertsten Feinde, die Herren vom Dürer-Bunde, haben jetzt zugestanden, daß ich etwas von der Sache weiß. Daß ich von sozialdemokratischer Seite Angriffe erfahren würde, konnte ich mir denken; es ist das für mich immer ein Beweis, daß ich richtig gehandelt habe. Es sind mir von der Seite selbst anonyme Briefe zugegangen, die mich aber auch nicht beirren konnten. (Rufe:

Unverschämtheit!) Das ist kein parlamentarischer Ausdruck. (Zuruf: Aber eine richtige Bezeichnung!)

Vorsitzender (unterbrechend): Ich bitte, in der Verhandlung den Ton einzuhalten, der hierher gehört.

Herr Lübke (fortfahrend): Wenn ich 30 Jahre in solcher Sache gearbeitet habe, so brauche ich mir eigentlich keine besondere Mühe mehr zu geben, sondern ich muß wissen, was in dieser und jener Frage zu tun ist, aber trotzdem bin ich in das städtische Museum gegangen und habe dort alte Fenster und Scheiben aus Braunschweigs Vergangenheit gefunden und mich überzeugt, daß sie ungefähr ebenso gestaltet sind, wie die von mir vorgeschlagenen Fenster und Scheiben. Auch anderswo in Norddeutschland habe ich mir alte Fenster darauf angesehen und die gleiche Übereinstimmung gefunden. Der Denkmalausschuß, welcher von mir in keiner Weise beeinflusst worden ist, hat dasselbe Urteil gefällt, und auch die alten Baurechnungen des Gewandhauses habe ich durchgesehen und die Bestätigung meiner Erfahrung gefunden. Das sind doch Sachverständigenurteile genug!

Was die Frage der venetianischen Scheiben betrifft, so wußte von uns bisher niemand etwas davon. Ich habe die Literatur daraufhin verfolgt und gefunden, daß man die Scheiben aus Tafelglas im 16. Jahrhundert auch in Deutschland anfertigen konnte, jedoch war das deutsche Glas grünlich; dagegen nahmen die Venetianer dazu weißes Glas, das an seinen Bruchstellen einen grauen Schimmer hatte. Solches Glas zu erlangen, war hier im Norden schwer. Es ist wohl ganz selbstverständlich, daß ich schon aus Gründen der Denkmalpflege die alten Sachen so wieder herstelle, wie sie ursprünglich gewesen sind. Die praktische Notwendigkeit weist mich aber auch darauf hin, Fenster und Scheiben zu nehmen, durch die die jetzigen Benutzer der Räume sehen können. Es liegt also nicht etwa von meiner Seite hier eine Willkür vor, sondern die Handelskammer wünschte die durch die Fenster erhellen Räume auch benutzen zu können. So lange das Haus nur ein Speicher war, konnten die alten brüchigen Rahmen mit den runden Scheiben, die überhaupt keine echten, sondern falsche imitierte Buzenscheiben sind, dort belassen werden, bei Anlegung einer Zentralheizung müssen aber die Fenster dicht gemacht werden, sonst hat die Heizung keinen Zweck und die Räume können nicht benutzt werden. Ich wollte diese Frage hier gar nicht anschnitten, bin aber dazu gezwungen.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Ich bedaure, daß über die Fensterfrage eine so lange Debatte geführt wird; aber Sie mögen sagen, Herr Stadtverordneter Lübke, was Sie wollen, die Einwohnerschaft hängt nun einmal an diesem Hause, so daß alle Gründe dafür und dagegen nicht ausschlaggebend sind, gegenüber dem Gefühl derer, die zu bestimmen haben. Das mag man

als Architekt bedauern, andererseits aber begrüße ich es mit Freuden, daß die Einwohnerschaft so lebhaft an diesem Hause hängt und daran nicht gern ändern läßt. Der Magistrat hat nun soeben, soweit er hier vertreten ist, beschlossen, die Vorlage insoweit vorläufig zurückzuziehen, als er Ihnen Nachricht geben wird, wann das neue Probefenster, von dem ich vorhin sprach, fertig sein wird, worauf Sie eine neue Vorlage erhalten werden.

Vorsitzender: Damit ist die Debatte als solche über die Fensterfrage erledigt und geschlossen. Verschiedene Herren haben sich zu einer persönlichen Bemerkung gemeldet. Bei aller Hervorkehrung der sachlichen Differenzen zwischen den Ansichten verschiedener Herren möchte ich doch bitten, alles zu vermeiden, was zu einer persönlichen Kränkung führen könnte.

Herr Jasper (zur persönlichen Bemerkung): Herr Lübke hat es für angemessen gehalten, in diese Angelegenheit einen Ton hineinzubringen, der nicht hierher gehört. Er hat gesagt, daß Angriffe, die von unserer Seite gegen ihn erfolgten, ihn vollkommen kalt ließen, das mag noch durchgehen, obwohl hierbei von uns durchaus kein Parteistandpunkt eingenommen worden ist und unser Empfinden von den verschiedensten Seiten nicht nur der Versammlung, sondern auch der ganzen Bevölkerung geteilt wird. Da es sich aber um keine Parteiangelegenheit handelt, so war die Bemerkung deplaciert. Es ist außerdem nicht angebracht, wenn Herr Lübke hier für seine Ansicht etwas im Scharfmacherton zu erreichen sucht. Es war aber nicht nur deplaciert und wie schon durch einen Zuruf nicht unzutreffend mit „Unverschämtheit“ bezeichnet, wenn ...

Vorsitzender: Das ist keine persönliche Bemerkung mehr. Ich habe Ihnen Zeit gelassen, Ihr persönliches Empfinden zum Ausdruck zu bringen, weil ich es vollkommen verstehe, daß Sie sich geärgert haben. (Rufe: Wir sind beleidigt worden!) Es ist hier keiner beleidigt, sonst würde ich eingegriffen haben.

Herr Jasper (fortfahrend): Würden Sie mich meinen Satz haben aussprechen lassen, so würden Sie anderer Meinung darüber sein

Vorsitzender (unterbrechend): Ich halte das nicht mehr für eine persönliche Bemerkung und bitte Sie, sich möglichst kurz bei Ihrer Schlussbemerkung zu fassen. (Widerspruch.)

Herr Jasper (fortfahrend): Herr Lübke hat gesagt, es wären einige Briefe von unserer, von sozialdemokratischer Seite an ihn geschickt, das ist eine Verleumdung!

Vorsitzender (unterbrechend): Das habe ich nicht gehört, sondern ich habe nur verstanden, es wären anonyme Briefe an ihn gekommen. Ist die Äußerung von Ihnen, Herr Lübke, so gefallen, wie Herr Jasper annimmt?

Herr Lübke: Ja!

Vorsitzender: Wenn ich das gehört hätte, würde ich Sie zur Ordnung gerufen haben; ich habe nur gehört, es handelte sich um anonyme Briefe im allgemeinen. Wenn das aber der Fall ist, bin ich Ihrer Ansicht, daß solche Behauptung zurückgewiesen werden konnte, jedoch kann ich nicht dulden, daß das in einer so leidenschaftlichen Form geschieht.

Herr Mann (zur persönlichen Bemerkung): Herr Lübke hat für nötig gefunden, hier von weisen Rednern zu sprechen und hat damit wohl nicht sich selbst, sondern uns gemeint, die wir gegen die Vorlage gesprochen haben. Ich rechne mich nicht zu diesen weisen Herren, aber

Vorsitzender (unterbrechend): Wollen Sie mich einen Augenblick anhören. (Zurufe. Glocke des Vorsitzenden.) Wenn jemand hier von „weisen“ Rednern im allgemeinen spricht, so ist das keine persönliche Kränkung. Eine persönliche Bemerkung kann darauf nur erfolgen, wenn jemand persönlich durch die Worte angegriffen ist.

Herr Mann (fortfahrend): Dann mögen die „weisen Redner“ für das Mal ruhen und bei nächster Gelegenheit wieder auferstehen. Was Herr Lübke aber in bezug auf anonyme Briefe gesagt hat, so fehlt mir der parlamentarische Ausdruck, um ihm hierfür richtig dienen zu können. Wenn jemand die Dreistigkeit hat, in der Stadtverordnetenversammlung

Vorsitzender (unterbrechend): Das ist ein persönlicher Angriff auf ein Mitglied der Versammlung, den ich zurückweisen muß. (Widerspruch. Zurufe.) Sie dürfen hier nicht von Dreistigkeit in bezug auf ein Mitglied der Versammlung sprechen, sonst überschreiten Sie den Rahmen der persönlichen Bemerkung.

Herr Mann (fortfahrend): Wenn jemand von mir annimmt, daß ich anonyme Briefe aus dem Hinterhalt schreibe, so ist das eine so läppische Zumutung, daß ich nur annehmen kann, der Betreffende weiß gar nicht mehr, was er tut.

Vorsitzender: Das geht auch über eine persönliche Bemerkung hinaus.

Herr Riefe (zur persönlichen Bemerkung): Ich möchte den Herrn Vorsitzenden ersuchen, mich nicht zu unterbrechen, weil ich persönlich in dieser Sache beteiligt bin.

Vorsitzender: Sie werden mich doch lange genug kennen, Herr Riefe, daß Sie wissen, ich bin jedem Mitgliede der Versammlung gegenüber neutral, aber Sie können unmöglich schon vorher von mir verlangen, daß ich Sie nicht unterbreche, ohne zu wissen, was Sie überhaupt sagen wollen.

Herr Riefe (fortfahrend): Ich würde mich zu dieser Sache nicht zum Worte gemeldet haben, wenn Herr Lübke nicht die Sache mit den anonymen

Briefen hier angeschnitten hätte. Die Sache verhält sich folgendermaßen: Im vorigen Jahre überreichte mir Herr Lübke in einer Sitzung der Baukommission eine Postkarte, in der er wegen des schlechten Puges seines Hauses, der von der Firma Fröhlich und Baumkauff ausgeführt war, angegriffen wurde, und unter diese Karte hatte der freche Kerl meinen Namen gekratzt. Wer mich kennt und weiß, daß ich nicht nötig habe, mich um Arbeiten zu bewerben, der traut mir auch nicht zu, solche Karte zu schreiben, zumal die Schrift mit der meinen gar nicht übereinstimmt. Ich habe die Karte Herrn Baumkauff gezeigt, und Herr Baumkauff war Ehrenmann genug, mir zu erklären, er traue mir eine solche Handlungsweise nicht zu. Darauf hat Herr Lübke wahrscheinlich mit der anonymen Karte angespielt. Nachdem ich ihm aber die entsprechende Aufklärung gegeben habe, sollte er, wenn er ein Ehrenmann wäre, die Erörterung hierüber längst aufgegeben haben. So schief habe ich doch niemand hier angesehen, daß er noch Veranlassung hätte, darauf herumzureiten. Das hat jemand aus Ihrem Bekanntenkreise gemacht, Herr Lübke, der die Pugarbeiten nicht gekriegt und sich darüber geärgert hat. Wenn sich jemand findet, der meinen Namen unter solches Geschreibsel kratzt, so kann ich doch nicht dafür verantwortlich gemacht werden. Nachdem die Sache hier öffentlich zur Sprache gebracht worden ist, bleibt fast nichts weiter übrig, als die Karte wieder hervorzufinden und das Gericht entscheiden zu lassen.

Herr B o j g e (zur persönlichen Bemerkung): Ich muß es tief bedauern, daß nach den Äußerungen des Herrn Oberbürgermeisters in betreff der Fenster Herr Professor Lübke noch das Wort zu dieser Angelegenheit genommen hat. Wenn er sich damit zufriedengegeben hätte, daß ein Probefenster eingesetzt werden soll und wir dasselbe besichtigen werden, so wäre der ganze Kummel vermieden worden.

Herr L ü b k e (zur persönlichen Bemerkung): Außer jener anonymen Karte erhielt ich nach der letzten Sitzung der Stadtverordneten einen Brief mit unleserlicher Unterschrift zugesandt, in dem gleichzeitig eine Nummer des „Volksfreundes“ enthalten war, in der ich in ganz unqualifizierbarer Weise angegriffen wurde. Diesen Brief sehe ich als einen ganz anonymen Brief an. Sodann habe ich innerhalb der letzten drei Wochen wegen der Inschrift an dem Portal des Handelskammergebäudes an der Garfücke noch einen anonymen Brief bekommen. Da der erste Brief unzweifelhaft von sozialdemokratischer Seite ausgegangen ist, so konnte ich nur annehmen, daß auch der fernere Brief von derselben Seite herrührte. Ich habe mit der Bezeichnung „von Ihrer Seite“ natürlich nicht die sozialdemokratischen Stadtverordneten gemeint, sondern damit sagen wollen, daß meiner Ueberzeugung nach die Briefe von sozial-

demokratischer Seite im allgemeinen herrührten. Sie können mir nicht verargen, daß ich die von Ihnen gegen mich ins Feld geführten Gründe darauf zurückführte.

Vorsitzender: Die Angelegenheit ist damit erledigt.

IX. Bauliche Änderungen im Innern des Gewandhauses.

Die Handelskammer hat ferner gebeten, ihr die Genehmigung zu einigen baulichen Änderungen im Innern des Gewandhauses zu erteilen. Die Änderungen betreffen eine anderweite Deckenkonstruktion des im ersten Obergeschoße des Gewandhauses liegenden Vortragsaales. Die Stützen sollen in Fortfall kommen und der die Balken in der Mitte tragende Unterzug soll am Dachstuhl aufgehängt werden. Im Dachgeschoße ist eine Abortanlage für das Lehrlingsheim der Handelskammer und eine kleine Dachkammer, die als Vorratsraum dienen soll, angelegt. Endlich wird gebeten, die im westlichen Teile des Gewandhauses vorgeschriebene Scheidewand des Trockenbodens fortlassen zu dürfen, weil sie die Deckenbalken des darunter befindlichen Lesesaales der Volkslesehalle zwecklos belastet, die Benutzung des nur 29 m langen Trockenbodens wesentlich erschwert und ein etwa ausbrechendes Feuer nicht an der Ausbreitung verhindern könnte.

Der Magistrat gibt anheim, der Schaffung einer Abortanlage und einer Dachkammer zuzustimmen, während die übrigen Anträge magistratsseitig abgelehnt worden sind.

Herr Frühlings: Wir haben uns nur mit dem Antrage des Magistrates zu befassen. Eine Abortanlage im Dachgeschoße ist durchaus nicht angenehm, weil es nicht erwünscht ist, das alte Haus bis zum Dache auszunutzen. Da aber der Magistrat keinen Einspruch dagegen erhoben hat, so gibt auch die Baukommission anheim, dem Antrage zuzustimmen, um so mehr, als die Anlage schon ausgeführt worden ist.

Die Anlegung eines Aborts und einer Dachkammer werden darauf genehmigt.

X. Erhöhung des Zuschusses für die Abendfortbildungsschule.

Seit dem 1. April 1907 ist die aus der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen gezahlte städtische Beihilfe, die der Vorstand des Braunschweiger Frauenvereins für die von ihm unterhaltene Abendfortbildungsschule bezieht, von 200 M auf 400 M jährlich erhöht. Die Schülerinnenzahl hat inzwischen fortgesetzt zugenommen, sie ist von 593 auf 791 gestiegen, während das Schulgeld nach wie vor vierteljährlich nur 1,50 M beträgt. Frauen und Mädchen aus der erwerbstätigen Bevölkerung machen gern von der Gelegenheit Gebrauch, sich die für

Haus und Leben nötigen Fertigkeiten anzueignen. Durch den Umbau der Schule am Südklint, in deren Räumen die Schule bisher untergebracht war und durch die zeitweilig hierdurch veranlaßte Benutzung anderer Schulräume sind der Anstaltsleitung erhebliche Mehrkosten für Verbandszwecke erwachsen, auch ist dem leitenden Schulinspektor, der früher in der Schule am Südklinte wohnte, im Hinblick auf die entstehende beträchtliche Mehrarbeit bei der Aufsichtsführung eine jährliche Vergütung von 300 *M* zugestanden worden. Da der Frauenverein bei den bescheidenen, ihm zu Gebote stehenden Mitteln zur Deckung der Mehrkosten außerstande ist, und da eine Erhöhung des Schulgeldes den Besuch der Schule voraussichtlich sehr empfindlich beeinträchtigen würde, so hält der Magistrat den Antrag des Vereinsvorstandes auf Erhöhung des städtischen Zuschusses für gerechtfertigt und ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß vom 1. April 1910 ab bis auf weiteres dem Frauenverein für die Abendfortbildungsschule widerruflich ein Jahreszuschuß von 600 *M* aus der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen gewährt werde.

Auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr *Leue* berichtet, wird dem Antrage zugestimmt.

XI. Aufnahme von kündbaren Einzeldarlehen.

Seit einer Reihe von Jahren ist im städtischen Haushaltsplane zur Deckung der außerordentlichen Ausgaben regelmäßig die Aufnahme einer Anleihe vorgesehen, ihre tatsächliche Aufnahme aber bislang unterblieben. Der außerordentliche Bedarf ist vielmehr gedeckt einerseits durch Annahme kleinerer Darlehen, die jetzt mit 4 Prozent verzinst werden, andererseits durch Verwendung der verschiedenen Kapitalien, die in der Stadthauptkasse aufbewahrt werden und deren größte Posten die Reservefonds der Gas- und Wasserwerke und der Ausgleichsfonds bilden.

Es wird nicht möglich sein, mit Hilfe dieser Mittel die großen Ausgaben zu bestreiten, die in nächster Zeit für das zweite Wasserwerk aufgewandt werden müssen. Das Wasserwerk selbst verfügt freilich rechnungsmäßig über die zu dem Bau erforderlichen Mittel, aber die Kammereikasse, welche diese Mittel zur einstweiligen Deckung ihres eigenen Bedarfs verwandt hat, ist genötigt, für sich anderweit Deckung zu suchen, wenn das Wasserwerk den Bestand seines Reservefonds (am 1. April 1909: 546 087,65 *M*) anzugreifen gezwungen ist.

Diese Art der Geldwirtschaft der Stadthauptkasse entzieht zwar den Gas- und Wasserwerken und den einzelnen Fonds (abgesehen von der Umsatzsteuer) den Zinsgenuß, aber sie ist für die Stadt ohne Frage vorteilhaft, und der Magistrat beabsichtigt daher, wie bisher zu verfahren, so lange das möglich sein wird.

Ueber kurz oder lang, je nach dem Fälligwerden der größeren Zahlungen, werden aber die verschiedenen verfügbaren Kassenbestände nicht mehr reichen und daher anderweit Mittel beschafft werden müssen. Ueber die Verwendung der (durch die letzte Anleihe vom Jahre 1900) beschafften Mittel und über den derzeitigen Stand des Extraordinariums der Rämmereikasse wird folgendes mitgeteilt:

1. Mittels der letzten Anleihe des Kreiskommunalverbandes in Höhe von nominell 4 000 000 *M*, deren Aufnahme die Herren Stadtverordneten am 5. Oktober 1899 genehmigt haben, sollte außer den am 1. April 1899 festgestellten Fehlbeträgen des Extraordinariums der Rämmereikasse zu 654 093,88 *M* und des Neubaufonds der Kanalbaukasse zu 135 070,09 *M* ein Teil der Kosten für verschiedene außerordentliche Bauten (Rathaus, Museum, Gewerbeschule, Wasserwerk usw.) gedeckt werden, die derzeit zu insgesamt 4 239 939,37 *M* geschätzt waren.

Wie bei den früheren Anleihen so ist auch bei dieser das ursprüngliche Programm nicht innegehalten; es traten einerseits alsbald neue Bedürfnisse hervor, die befriedigt werden mußten, und es flossen andererseits dem Extraordinarium Einnahmen zu, auf deren Eingang bei den damaligen Verhandlungen noch nicht gerechnet wurde.

Aus einer Uebersicht über die außerordentlichen Einnahmen und Ausgaben der Rämmereikasse vom 1. April 1899 bis zum 1. April 1909 ergibt sich, daß einer Gesamtausgabe von 13 061 852,19 *M* eine Gesamteinnahme von 11 535 178,41 *M* gegenübersteht, so daß der Fehlbetrag sich am 1. April 1909 auf 1 526 673,78 *M* belief.

Von dieser Summe entfielen 1 059 529,19 *M* auf die Rämmereikasse und 467 144,59 *M* auf die Kanalbaukasse.

2. Will man ermitteln, mit welchen — nicht durch Obligationenanleihen — gedeckten Schulden für außerordentliche Zwecke die Rämmereikasse am 1. April d. Js. belastet war, so ist zu beachten, daß sich unter den in der Uebersicht aufgeführten Einnahmen 1 164 300 *M* befinden, die gegen Schuldscheine angelehien wurden und daß verschiedene stadtseitig angekaufte Grundstücke noch nicht voll bezahlt sind. Die einzelnen Schuldposten sind in Abt. VIII der ordentlichen Ausgabe der Rämmereikasse unter Kris. 2. 4—11 (Haushaltsplan für 1909/10 S. 13 und 15) aufgeführt und ergeben eine Gesamtsumme von 325 525 *M*; in dieser Gesamtsumme sind diejenigen 84 325 *M* mit enthalten, die noch auf dem Grundstücke der Hilfsschule (Breitestraße) ruhen und deren Zinsen seinerzeit einstweilen dem Rämmereivermögen deshalb zur Last gelegt sind, weil diesem die aufkommenden Mieten (1105 *M* jährlich) zufließen. Sieht man davon ab, daß der größere Teil jener 84 325 *M* als Schuld des Ausgleichs-

fonds anzusehen ist, so stellt sich hiernach der Gesamtbetrag der durch Obligationenanleihe nicht gedeckten Schulden des Extraordinariums der Rämmereikasse (mit Einschluß des der Kanalbaukasse gewährten Vorschusses) am 1. April 1909 auf 3 016 498,78 *M*.

3. Um den Herren Stadtverordneten zugleich eine Uebersicht über den Kassenbestand der Stadthauptkasse gegen Schluß des Monats September d. Js. zu geben, überreichte der Magistrat der Versammlung eine Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben für die Zeit vom 1. April bis 27. September d. Js. nebst einer Zusammenstellung der Bestände. Der Kassenvorrat betrug danach am 27. September d. Js. 390 813,50 *M*, wovon der größere Teil einstweilen beim Leihhause belegt war.

4. Die Arbeit, welche der Stadthauptkasse aus der Annahme und Zurückzahlung kleinerer Darlehen und der Zinsenzahlung erwächst, ist nicht so erheblich, daß diezerhalb die Ausgabe von auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibungen angezeigt erscheinen könnte; und jedenfalls machen die Einwohner und besonders die zahlreichen uns unterstehenden Stiftungen gern von der Belegung ihrer Kapitalien bei der Rämmereikasse gegen Aushändigung von auf den Namen der Einzahler lautenden Schuldverschreibungen Gebrauch.

Auch ist zu beachten, daß die Stadt bei diesen Anleihen keinen Kursverlust erleidet und den Reichsstempel für die Zinsscheine spart. Solange daher der Geldmarkt für Ausgabe von Inhaberpapieren sich nicht günstiger gestaltet, dürfte es sich empfehlen, auch den weiteren Bedarf durch Aufnahme von Einzeldarlehen zu decken. Die letzte Anleihe zu 4 000 000 *M* ist in den 3 Jahren 1900, 1901 und 1902 in 3 Posten zu 93½, 97½ und 99¼ Prozent begeben, und der Erlös hat sich auf 3 877 500 *M* belaufen; heute würde eine 3½prozentige Anleihe kaum 95 Prozent ergeben und selbst eine 4prozentige Anleihe vermutlich nur zum Parikurse unterzubringen sein.

Es wird noch bemerkt, daß diejenigen restlichen 197 000 *M*, welche der Gemeinde Kirchenkasse geliehen waren und ebenso diejenigen 169 000 *M*, welche der genannten Kasse zur Bestreitung der Kosten für St. Jakobi einstweilen vorgeschossen waren, zu Anfang dieses Monats infolge der erheblichen Anforderungen haben zurückgefordert werden müssen, so daß jetzt der Rämmereikasse weitere Reserven fehlen; andererseits aber war auch der 1 164 300 *M* betragende Gesamtbetrag der kleineren Darlehen am 1. Oktober d. Js. infolge von Rückzahlungen auf 1 027 000 *M* zurückgegangen.

Wann die Beschaffung neuer Anleihemittel erforderlich werden wird, hängt wesentlich von dem Verlaufe der Wasserwerks-Bauarbeiten ab. Es dürfte sich daher empfehlen, dem Magistrat die Entscheidung darüber zu überlassen, wann mit der Annahme von Darlehen begonnen werden soll.

Was endlich die Höhe der aufzunehmenden Summe betrifft, so kommen abgesehen von den zu 680 000 *M* veranschlagten Baukosten des zweiten Wasserwerks nicht nur die im Haushaltsplane vorgesehenen außerordentlichen Aufwendungen für Bauten, sondern auch die laufenden Ausgaben in Betracht. Die bislang fehlende Deckung für einen Teil des außerordentlichen Bedarfs darf nicht dazu führen, daß die Stadthauptkasse bei Bestreitung ihrer ordentlichen Ausgaben in Not gerät, und es empfiehlt sich daher, das Anleihebedürfnis so reichlich zu bemessen, daß dieser Notstand vermieden wird. Der Magistrat empfiehlt, den Höchstbetrag der weiter anzunehmenden sogenannten kleineren Darlehen auf 1 000 000 *M* zu bemessen, Einzahlungen aber nur insoweit entgegenzunehmen, wie der Bedarf erfordert.

Die Verzinsung in Höhe von 4 Prozent jährlich wird beizubehalten sein.

Der Versammlung wird anheimgegeben, den Magistrat zur Annahme von kündbaren Einzeldarlehen bis zum Höchstbetrage von 1 000 000 *M* gegen Zusage einer Verzinsung von 4 Prozent und Vereinbarung einer 6monatigen Kündigungsfrist zu ermächtigen.

Herr *Wolters* empfiehlt namens der Finanzkommission die Genehmigung des Antrages, und die Versammlung beschließt demgemäß.

XII. Erklärung der Glückstraße zur Ortsstraße.

Der in Aussicht genommene Ausbau der Glückstraße veranlaßt den Magistrat, an die Versammlung das Ersuchen zu richten, zuzustimmen, daß diese Straße zur Ortsstraße erklärt wird,

was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr *Roch* berichtet, geschieht.

XIII. Beschaffung einer automobilen Drehleiter für die Feuerwehr.

Die Feuerlöschdeputation hat beschlossen, die Uebertragung der Lieferung einer mit Benzin betriebenen automobilen, 26 m langen Magirus-Drehleiter an die Firma Büßing zum Preise von 25 600 *M* mit der Maßgabe zu empfehlen, daß die Firma die fertige Leiter zu liefern hat. Der Auftrag soll jedoch vorerst kein endgültiger sein, vielmehr mit der genannten Firma einstweilen nur ein entsprechender Vertrag abgeschlossen werden. Seitens des Magistrates wird anheimgegeben, zuzustimmen, daß nach diesem Beschlusse der Feuerlöschdeputation verfahren und dieser im Einvernehmen mit dem Magistrate demnächst die Entscheidung über den Ankauf der Leiter übertragen werde. Nach dem Vertrage entscheidet sich die Stadt erst nach einer 14tägigen Probe, ob sie das Automobil ankaufen will oder nicht. Kauft die Stadt nicht an, so vergütet sie nur für die Her- und Rücksendungsfrachten und für Stellung eines Chauffeurs während der Probezeit gegen Rechnungslegung eine Summe bis zu 300 *M*.

Die Finanzkommission läßt durch Herrn M o h r empfehlen, die Vorlage gutzuheißen, was seitens der Versammlung geschieht.

XIV. Uebernahme einer Verpflichtung.

Für die zur Anlegung eines zweiten Wasserwerkes auf Rüniger Gebiet in Aussicht genommene Ackerländerei sind 6500 *M* für den Morgen gefordert. Da die Quellwasserdeputation diese Forderung als zu hoch erachtet hat, so hat der Magistrat das Herzogliche Staatsministerium um Verleihung des Rechtes zur Enteignung gebeten. Dem Antrage ist unter der Voraussetzung entsprochen, daß sich die städtischen Behörden verpflichten, für den Fall, daß durch die Anlage des Wasserwerkes Wassermangel in Rünigen entsteht, nach Bestimmung des Herzoglichen Staatsministeriums auf Kosten der Stadt entweder die Brunnen im Orte zu vertiefen und deren Pumpwerk umzubauen, oder den Einwohnern in Rünigen Leitungswasser unter denselben Bedingungen wie den hiesigen Einwohnern zu liefern und dazu die Hauptleitung auf Kosten der Stadt herzustellen, auch bis zu anderweiter endgültiger Versorgung der Gemeinde Rünigen mit Wasser nötigenfalls durch vorübergehende Einrichtungen den Ort mit dem erforderlichen Wasser zu versorgen. Diese Forderung erscheint dem Magistrate gerechtfertigt. Die Ausgabe für Verlängerung des in der Frankfurterstraße liegenden Wasserrohres wird allerdings nicht unerhebliche Kosten — nach oberflächlicher Schätzung ungefähr 60 000 *M* — verursachen, jedoch kann an diesen Kosten die Durchführung des für die Interessen der ganzen Stadt hochwichtigen Unternehmens nicht scheitern. Es wird daher anheimgegeben, den Magistrat zur Uebernahme der vom Herzoglichen Staatsministerium geforderten Verpflichtung zu ermächtigen.

Nach Befürwortung durch die Baukommission, für die Herr R o n e g e n berichtet, stimmt die Versammlung der Vorlage zu.

XV. Antrag Bunge: Aufhebung der Bürgerrechtsgebühr.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den § 2 des Statuts, die Ordnung und Verwaltung der Stadtgemeinde Braunschweig betreffend, aufzuheben.“

Herr B u n g e (zur Begründung): Der Antrag ist von meinen Freunden schon wiederholt gestellt worden, jedoch hat er damals bei dem Magistrate und der Versammlung wenig Anklang gefunden. Ein neues Moment hat jetzt in dessen dazu beigetragen, um auf den Antrag zurückzukommen. Es muß nämlich von denjenigen Einwohnern, die aus anderen deutschen Bundesstaaten hierher gezogen sind, bei dem Erwerbe der Braunschweigischen Staatsangehörigkeit

jetzt das Doppelte, ja das Drei- und Vierfache des früheren Betrages bezahlt werden, denn es hat sich ergeben, daß jetzt 3,50 *M.*, 4 *M.*, 5 *M.*, ja bis zu 8 *M.* an Stempelgebühren zu zahlen sind, während es sich früher um 1,50 *M.* handelte. Wenn auch die Stadt an diesen Kosten nicht beteiligt ist, so könnte doch der Magistrat zur Herabminderung der Kosten insofern beitragen, als die bislang erhobene Bürgerrechtsgebühr von 6 *M.* in Wegfall käme. Die betreffenden Einwohner müssen noch ganz andere Schwierigkeiten überwinden, indem sie bis zum Großvater und Urgroßvater Papiere beizubringen haben, ebenso die Heiratsurkunde und die Geburtscheine der nicht hier geborenen Kinder, so daß ihnen die Erwerbung des Bürgerrechtes bis zu 20 *M.* zu stehen kommt.

Der Antrag findet genügende Unterstützung und wird der Statutenkommission zur Vorberatung überwiesen.

XVI. Antrag Wesemeier: Ergebnis der Gemeindesteuer-Einschätzung betr.

Zur Begründung des Antrages:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, er möge das Ergebnis der Gemeindesteuer-Einschätzung in jedem Jahre übersichtlich nach den Steuerstufen geordnet jedem Stadtverordneten zustellen, wie das in früheren Jahren geschehen ist“,

führt Herr Wesemeier folgendes aus: „Uebersicht der Gemeindesteuer-Einschätzung der Stadt Braunschweig“ betitelt sich ein Schreiben, das wir vor kurzem vom Magistrate zugestellt bekommen haben. Es ist uns darin in sechs Abteilungen erzählt, wieviel Gemeindesteuern insgesamt von den hiesigen Einwohnern usw. bezahlt werden sollen. Wir haben aber ein ebensolches Interesse, wie der Magistrat, zu wissen, wie die Einkommensverhältnisse der hiesigen Bevölkerung sich ändern, oder ob sie stabil bleiben. Das uns zugestellte Schriftstück ist vollständig wertlos. Wir möchten wissen, wieviel Bürger in jeder Steuerstufe vorhanden sind.

Vorsitzender: Soviel ich mich entsinne, hat der Magistrat auf einstimmigen Wunsch der Versammlung die Vorlegung der großen Nachweisung unterlassen.

Den genügend unterstützten Antrag erhält die Statutenkommission zur Vorberatung.

Hierauf schließt der Herr Vorsitzende die öffentliche Sitzung.

Dauer von 4 bis 6½ Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 18. November 1909.

Tagesordnung:

I. Teilweise Rückzahlung eines Pachtgeldes	Seite 389
II. Beseitigung eines Schornsteins auf dem Grundstücke der Neustadtmühle	" 390
III. Antrag Wesemeier: Ergebnis der Gemeindesteuer-Einschätzung betr.	" 390
IV. Antrag Bunge: Aufhebung der Bürgerrechtsgebühr	" 391
V. Ueberweisung einer Summe an den Neubaufonds der Kanalbaukasse	" 392
VI. Erhöhung des Zinsfußes für gestundetes Kaufgeld	" 393
VII. Abänderung eines Pachtvertrages	" 393
VIII. Verlegung des Wasserzuleitungsrohrs im Kennel	" 394
IX. Reinigung der Bedürfnisanstalten betr.	" 394
X. Anderweite Verbuchung des Grundstückwertes zweier Gebäude	" 396
XI. Ausbau der Korfesstraße	" 397
XII. Ermietung eines Ackerplans	" 398
XIII. Anordnung für die Bebauung der Straßen Nr. 486 und 487	" 402
XIV. Vertrag mit Gliesmarode wegen Lieferung von Wasser	" 403
XV. Vertrag mit Gliesmarode wegen Lieferung von Gas	" 403
XVI. Antrag Böschigt: Schutzvorrichtungen an den Straßenbahnwagen	" 403
XVII. Straßenanlagen auf den Zffertschen Grundstücken	" 405
XVIII. Antrag Henking: Verbesserungen im Straßenbahnbetriebe	" 406
XIX. Anfrage Frede: Erwerb eines Spielplatzes im Westen der Stadt	" 408

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg und Wagner.

Entschuldigt die Herren Jasper und Wesemeier; außerdem fehlt Herr Rals.

Den Vorsitz führt der Vorsitzende, Herr Hauswaldt.

Vorsitzender: Ich eröffne die Versammlung und teile Ihnen zunächst folgendes mit: Anlässlich der Verlobung Sr. Hoheit des Herzog-Regenten haben Herr Oberbürgermeister Ketemeyer und meine Wenigkeit die herzlichsten Glückwünsche der städtischen Behörden nach Blankenburg gesandt. Ich halte mich versichert, daß ich damit Ihren Wünschen entsprochen habe. (Zustimmung.)

Ferner ist ein Schreiben des Magistrates gestern in meinen Besitz gelangt, das folgendermaßen lautet:

„Nachdem hier bekannt geworden, daß die Braut Sr. Hoheit des Herzog-Regenten, Ihre Durchlaucht Prinzessin Elisabeth von Stolberg-Rosla, am 14. Dezember hier eintreffen und ein feierlicher Einzug vom Bahnhofe in das Schloß veranstaltet werden wird, hat der Magistrat vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten beschlossen, die Einzugsstraßen auszuschnücken, wie solches früher bei ähnlichen festlichen Gelegenheiten geschehen ist. Nur wurde mit Rücksicht auf die Jahreszeit für zweckmäßig erachtet, an dem Plage, wo die Begrüßung durch die städtischen Behörden erfolgt, einen überdachten Aufbau errichten zu lassen. Alles weitere muß den Verhandlungen mit dem Herzoglichen Oberhofmarschallamte vorbehalten bleiben.

Der Magistrat war ferner der Ansicht, daß es Ehrenpflicht der Hauptstadt des Landes sei, der künftigen Herzogin an ihrem Hochzeitstage eine angemessene Ehrengabe zu überreichen und zwar in der Weise, daß der hohen Frau 10 000 *M* zu wohltätigen Zwecken aus städtischen Mitteln zur Verfügung gestellt werden. Die Versammlung wird ersucht, diesem Beschlusse zuzustimmen.“

Wie ich den ersten Teil des Magistratschreibens näher präzisieren will, erbittet der Magistrat zu Ausschnückungszwecken einen Kredit von 7000 *M*. Wir haben früher bei ähnlichen festlichen Gelegenheiten den Kredit nicht so genau festgestellt, der Magistrat glaubt aber, mit 7000 *M* auszukommen. Ich möchte bitten, diesen Kredit zu dem angegebenen Zwecke dem Magistrate zur Verfügung zu stellen. Jedenfalls kann sich der Magistrat vergewissert halten, daß die Versammlung bei Ueberschreitung des Kredits nicht allzu strenge dagegen ins Gericht gehen wird. Die Angelegenheit steht zur Beratung. — Wer ist bereit, den Kredit von 7000 *M* zur Verfügung zu stellen? Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Was den zweiten Teil des Magistratschreibens betrifft, so ist das auch mehr oder minder eine ganz natürliche Sache und zugleich eine Ehrensache, um-

somehr, als die Summe nicht zu Privat Zwecken, sondern zu wohlthätigen Zwecken zur Verfügung gestellt werden soll. Auch in der Finanzkommission sind wir der Ansicht gewesen, daß wir über die vom Magistrate vorgeschlagene Summe nicht hinausgehen, sondern sie bewilligen.

Herr R i e f e: In Anbetracht der immer noch größer werdenden Notlage bei den unteren Bevölkerungsklassen und mit Rücksicht darauf, daß den von uns im vorigen Jahre gestellten Anträgen auf Bewilligung von Mitteln für die Speisung bedürftiger Schulkinder nicht in gewünschter Weise nachgekommen ist, überhaupt nach unten hin hier immer mit zugeknöpften Taschen operiert wird, stehe ich auf dem Standpunkte, gegen den Antrag zu protestieren. Es handelt sich darum, Mittel aufzuwenden nach einer Richtung, wo schon Ueberfluß vorhanden ist; ich erhebe dagegen Protest.

V o r s i t z e n d e r: Der Protest besteht darin, daß Sie gegen den Antrag stimmen, eine andere Art Protest kennt unsere Geschäftsordnung oder die Gesetzgebung nicht. Wer ist dafür, daß zu dem angegebenen Zwecke 10 000 M bewilligt werden? Der Antrag ist angenommen. Herr Riefe hat mit seinen Freunden dagegen gestimmt. —

Schließlich habe ich noch mitzuteilen, daß zur Feier des 49jährigen Bestehens des hiesigen Männer-Turnvereins eine Einladung zum 21. November d. Js. an die Mitglieder der Versammlung ergangen ist.

Nunmehr können wir in die Tagesordnung eintreten.

I. Teilweise Rückzahlung eines Pachtgeldes.

Der Pächter der städtischen Frauenbadeanstalt hat unter Vorlegung eines Rechnungsabschlusses über den Betrieb während der abgelaufenen Saison ersucht, ihm von der ausbedungenen und rechtzeitig abgeführten Pachtsumme zu 2000 M einen Betrag von 1097,73 M zu erstatten. Zur Begründung dieser Bitte hat der Pächter Hartmann darauf hingewiesen, daß bei Vereinbarung des Pachtpreises es sowohl ihm, wie der Stadt an jeder Erfahrung über den zu erwartenden Besuch der Anstalt gefehlt habe, auch deren Betrieb wegen Verzögerung der Bauarbeiten nicht schon am 20. Mai, dem im Pachtvertrage angenommenen Termine, sondern erst am 1. Juni habe eröffnet werden können, daß ferner die Bassins der Anstalt von vornherein eine so hohe Schlammficht enthalten hätten, daß dadurch den Besuchern der Genuß des Bades stark beeinträchtigt sei und daß schließlich die Frequenz der Anstalt seitens zahlender Personen ungünstig beeinflusst sei durch die für drei Tage in der Woche vertraglich bedungene Oeffnung des Bades als Freibadeanstalt.

Diese Angaben haben sich als zutreffend herausgestellt. Die zwecks Beseitigung der zutage getretenen Mängel und Unzuträglichkeiten vom Magistrate

aufgenommenen Vorarbeiten sind noch nicht zum Abschlusse gekommen, die Versammlung wird darüber aber demnächst eine Vorlage erhalten. Was die Hartmannsche Bitte anlangt, so sprechen nach Ansicht des Magistrates Billigkeitsrücksichten dafür, sich nicht völlig ablehnend zu verhalten. Da indessen auch die Kosten der Inventarbeschaffung mit 425,94 *M* zu den Ausgaben gerechnet sind, so kann sich der Magistrat nur dazu verstehen, zu empfehlen, an Herrn Hartmann einen Betrag von 671,79 *M* zurückzuzahlen.

Herr L ö s c h e: Die Finanzkommission ist im Prinzip gegen den Antrag und zwar aus der Erfahrung heraus, daß bei solchen Submissionen die Leute immer zu hoch bieten und nachher, wenn sie nicht aus dem Ende finden können, mit derartigen Anträgen kommen. Die Finanzkommission wäre für die Zubilligung einer Pauschalsumme gewesen wegen der späteren Eröffnung der Anstalt, da aber verschiedene Momente die vorgebrachten Billigkeitsgründe gerechtfertigt erscheinen lassen, so empfiehlt die Kommission, für dies Mal die Magistratsvorlage zu genehmigen.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

II. Beseitigung eines Schornsteins auf dem Grundstücke der Neustadtmühle.

Im Hinblick auf die bestimmte Erklärung der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke, daß der große Schornstein der Neustadtmühle nicht mehr gebraucht werde, erachtet der Magistrat die Beseitigung des durch eiserne Ringe zusammengehaltenen Schornsteins für angezeigt und gibt anheim, ihn zur Aufwendung der für solche Beseitigung veranschlagten Kosten von 520 *M* zu ermächtigen.

Herr R i e k e: Die Baukommission hat sich in ihrer Mehrheit auf den Standpunkt gestellt, dem Magistratsantrage zuzustimmen. Ich persönlich vermag nicht einzusehen, daß es notwendig sein soll, den Schornstein abzureißen, da er immer noch einmal gebraucht werden könnte; deshalb bin ich gegen den Antrag. Wegen der eisernen Ringe könnte der Schornstein ruhig stehen bleiben, da ich die Anbringung von Ringen schon bei manchen, selbst neuen Schornsteinen in Westfalen usw. gesehen habe und aus diesem Grunde der Schornstein ruhig stehen bleiben könnte.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

III. Antrag Wesemeier: Ergebnis der Gemeindesteuer-Einschätzung betr.

Der in der Sitzung vom 21. Oktober d. Js. — Seite 385 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, er möge das Ergebnis der Gemeindesteuer-Einschätzung in jedem Jahre übersichtlich nach den Steuerstufen geordnet jedem Stadtverordneten zustellen, wie das in früheren Jahren geschehen ist.“

Namens der Statutenkommission berichtet darüber Herr Meyerhoff: Es ist Ihnen bekannt, daß wir in früheren Jahren eine Zustellung vom Magistrat bekamen, aus der man zwischen den Zeilen herauslesen konnte, wie die Einschätzungen erfolgt waren. Daraus haben sich aber so unliebsame Sachen ergeben, daß der Magistrat von der weiteren Aufstellung abgesehen hat. Die Statutenkommission schlägt Ihnen nun vor, dem Antrage in der Weise Folge zu geben, daß der Magistrat ersucht wird, eine Uebersicht nach den Steuerstufen geordnet, jedoch ohne Angabe des Reviers, aufzustellen. Ich habe Ihnen daher die Annahme folgenden Antrages zu empfehlen:

„Der Magistrat wird ersucht, den Stadtverordneten alljährlich eine Uebersicht über das Ergebnis der Gemeindesteuer-Einschätzung zugehen zu lassen, aus der sich ersehen läßt, wie sich der Steuerertrag auf die einzelnen Steuerklassen verteilt.“

Der Herr Antragsteller ist hiermit einverstanden.

Herr Stadtrat von Franckenberg: Ich habe im Magistrat eine Entschließung hierüber noch nicht herbeigeführt, glaube aber für meine Person in Aussicht stellen zu können, daß in dieser Einschränkung die Angelegenheit sich recht gut durchführen läßt, ich verspreche mir davon sogar einen ganz guten Erfolg.

Der Antrag der Statutenkommission wird genehmigt.

IV. Antrag Bunge: Aufhebung der Bürgerrechtsgebühr.

In der Sitzung vom 21. Oktober d. Js. — Seite 384 des Berichtes — hat Herr Bunge folgenden Antrag gestellt und begründet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den § 2 des Statuts, die Ordnung und Verwaltung der Stadtgemeinde Braunschweig betreffend, aufzuheben.“

Die Statutenkommission hat sich mit der Vorberatung dieses Antrages befaßt und läßt darüber durch Herrn Sander wie folgt berichten: In der Kommission ist hervorgehoben worden, daß, wo eine Leistung erfolge, auch eine Gegenleistung in Form einer Gebühr am Platze sei. Ein solcher Antrag ist schon wiederholt und zuletzt im Jahre 1905 beraten und auch abgelehnt worden, und seit dieser Zeit sind die Verhältnisse dieselben geblieben, auch hat sich an den Gründen für die Ablehnung nichts geändert. Bei der letzten Beratung des Antrages im Jahre 1905 stand die Statutenkommission wohl auf einem andern

Standpunkte, indem sie meinte, daß von der Erhebung der Bürgerrechtsgebühr Abstand genommen werden müßte, weil für die braunschweigischen Landesangehörigen ein Zwang bestehe, das Bürgerrecht zu erwerben, jedoch war die Versammlung anderer Meinung und lehnte den Antrag ab. Inzwischen hat sich an den Verhältnissen nichts geändert, und da mit dem Bürgerrechte auch gewisse Vorteile verbunden sind, z. B. das Recht der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung und zum Landtage, die Teilnahme an einer Anzahl Legate ufm., Vorteile, die nicht zu unterschätzen sind, so erscheint ein derartig geringer Beitrag von 6 *M* wohl gerechtfertigt. Man war ferner der Meinung, daß jeder, der ein Interesse an der Verwaltung und Entwicklung der Stadt nimmt, auch das kleine Opfer von 6 *M* bringen könne. Die Statutenkommission empfiehlt deshalb, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Herr B u n g e: Ich möchte bitten, dem Antrage der Statutenkommission nicht zu entsprechen. Wenn für den geborenen Braunschweiger die Pflicht besteht, das Bürgerrecht zu erwerben, so stehe ich mit meinen Freunden auf dem Standpunkte, daß es nicht angängig sein kann, eine derartig hohe Gebühr zu verlangen. Es ist richtig, daß vor einer längeren Reihe von Jahren die Bürgerrechtsgebühr weit höher gewesen ist, als heute, es wurden vor einem Jahrhundert und länger 100 bis 250 *M* erhoben. Die stetige Herabsetzung der Gebühr im Laufe der Zeit beweist uns aber, daß sie zu Unrecht erhoben wurde und daß es richtig sein würde, nun auch die letzten sechs Mark zu streichen, so daß weiter nichts mehr zu bezahlen wäre, als die Beschaffung der Papiere, wofür noch genug aufzuwenden ist. Es gibt eine ganze Reihe von Einwohnern, die ein großes Interesse an der Entwicklung der Stadt nehmen, denen es aber zu schwer wird, außer der Gebühr von 6 *M* noch weitere Ausgaben in Höhe von 8 bis 10 *M* für die Beschaffung der erforderlichen Papiere zu opfern. Es wäre deshalb sehr zu empfehlen, wenn sich die Versammlung auf den Standpunkt stellte, die 6 *M* zu streichen und damit für die Zukunft jeden angehenden Bürger von der Gebühr zu befreien.

Der Antrag der Statutenkommission auf Uebergang zur Tagesordnung wird sodann angenommen.

V. Ueberweisung einer Summe an den Neubaufonds der Kanalbaukasse.

Nachdem die Rechnung über die Unterhaltung des städtischen Kanalnetzes im Jahre 1908/09 mit einem im Laufe der Jahre angesammelten Kassenvorrat von 49 725,02 *M* abgeschlossen ist, beantragt der Magistrat, von diesem Kassenvorrat die Summe von 30 000 *M* an den Neubaufonds zur teilweisen Deckung seiner fliegenden Schuld abzuführen. Die alsdann verbleibenden rund 20 000 *M*

werden genügen, um dem Unterhaltungsfonds die Bestreitung etwa nötig werdender unvorhergesehener Ausgaben zu ermöglichen.

Auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr L ö h n e f i n k e berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

VI. Erhöhung des Zinsfußes für gestundetes Kaufgeld.

Der Kaufpreis für das Doweseegrundstück im Betrage von 50 000 *M* ist seinerzeit nicht bar bezahlt, sondern der Stadt in der Weise gestundet, daß sie zwei das Kaufobjekt belastende Hypotheken über zusammen 25 000 *M* übernahm und außerdem einen Schuldschein über 25 000 *M* zugunsten der Verkäufer ausstellte. Auf Antrag der Eigentümerinnen der zweiten Hypothek im Betrage von 17 560 *M* und der Schuldscheinforderung ersucht der Magistrat, sich damit einverstanden zu erklären, daß beide Summen vom 1. Oktober 1909 ab nicht mehr mit 3½ Prozent, sondern mit 4 Prozent verzinst werden.

Dem Antrage wird auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr D e u e berichtet, entsprochen.

VII. Abänderung eines Pachtvertrages.

Bei Ankauf des Doweseegrundstücks ist die Stadt in Pachtverträge eingetreten, die der Vorbesitzer über Teile des Gesamtgrundstückes mit dem Landwirt Balke in Rühme und mit dem Gärtner Hüfner hieselbst abgeschlossen hat und die bis zum 6. November 1910 bzw. 12. März 1912 laufen. Es scheint dem Magistrate nicht ratsam zu sein, die Pachtverträge über den 12. März 1912 hinaus zu verlängern, vielmehr empfiehlt er, von jener Zeit an das Gesamtgrundstück in eins selbst zu bewirtschaften oder anderweit zu verpachten. Die mit der Witwe Balke eingeleiteten Verhandlungen wegen Verlängerung der Pacht bis Frühjahr 1912 haben ergeben, daß Frau Balke keine Neigung hat, das Pachtverhältnis über den 6. November 1910 hinaus fortzusetzen, sie ist sogar bereit, die 10 Morgen große Wiese schon jetzt aus dem Pachtverbande zu entlassen. Da die Ertragsfähigkeit des tiefgelegenen Wiesengeländes nur dadurch gehoben werden kann, daß Hauskehricht in genügender Menge darauf gefahren und es so in Ackerland umgewandelt wird, so dürfte es sich empfehlen, die Möglichkeit, das Gelände schon jetzt in eigene Verwaltung zu bekommen, nicht ungenutzt vorübergehen zu lassen, zumal der Pachtausfall nur etwa 30 *M* betragen würde. Die Versammlung wird daher ersucht, sich mit einer entsprechenden Aenderung des Balkeschen Pachtvertrages einverstanden zu erklären und zuzustimmen, daß die sogenannte Bullenteichswiese mit Hausmüll befahren und zu Ackerland umgewandelt werde.

Herr F r i e: Die Baukommission befürwortet die Annahme der Magistratsvorlage.

Herr Bürgermeister M e h e r: In der Baukommission sind gegen die Absicht des Magistrates, die Bullenteichswiese mit Hauskehricht befahren zu lassen, Bedenken in der Richtung aufgetaucht, daß Ansteckungskeime aus dem Kehricht in das Wasserwerk am Domesee geraten könnten. In der Kommissionsitzung wurden diese Bedenken durch die Mitteilung zerstreut, daß der Bullenteich mindestens 100 m vom nächsten Brunnen entfernt liege. Der Magistrat ist jedoch auf diese Bedenken noch einmal zurückgekommen, und ist der Ansicht geworden, daß sie nicht ungerechtfertigt erschienen, und zwar selbst dann nicht, wenn sie durch das Gutachten eines Sachverständigen widerlegt würden. Wir haben uns deshalb gesagt, daß eine derartige Verfüllung nicht ausgeführt, sondern die Zufuhr auf Bauschutt und ähnliche freiverdende Erdmassen beschränkt werden solle. Wir dürfen wohl annehmen, daß die Versammlung nunmehr die Vorlage gutheißend wird.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

VIII. Verlegung des Wasserzuleitungsrohres im Kennel.

Nach dem Projekte über die Erbauung eines zweiten Wasserwerkes im Süden der Stadt soll durch das von den Klärteichen im Kennel nach dem alten Flußwasserwerke führende 60 cm weite Zuleitungsrohr auch das zu gewinnende Grundwasser nach dem alten Wasserwerke geleitet und zu dem Zwecke das Rohr in südlicher Richtung durch den Kennel bis an dessen Südgrenze verlängert werden. Neben dem Rohre soll die Kabelleitung verlegt werden. Der Magistrat hat wegen Zulassung dieser Anlagen im Kennel mit der Verwaltung Sr. Kgl. Hoheit des Herzogs von Cumberland und zu Braunschweig und Lüneburg verhandelt, und es ist von dieser in entgegenkommendster Weise der hiesigen Stadt die Einräumung eines durch grundbuchamtliche Eintragung zu sichernden Rechtes und zwar ohne besondere Entschädigung zugestanden. Nur für den Fall, daß das Grundstück ganz oder teilweise veräußert werden sollte, hat die Stadt die durch Schätzung von Sachverständigen festzustellende Wertverminderung zu vergüten, die das Grundstück durch seine dingliche Belastung erleidet. Dem Ersuchen des Magistrates, ihn zum Abschlusse des Vertrages zu ermächtigen,

entspricht die Versammlung auf Empfehlung der Statutenkommission, für die Herr B o g e berichtet.

IX. Reinigung der Bedürfnisanstalten betr.

Die Instanderhaltung der städtischen öffentlichen Bedürfnisanstalten erfolgte bislang durch die städtische Bauverwaltung, ihre Reinigung aber durch das Straßenreinigungsinstitut. Da diese Teilung in der Wartung sich nicht bewährt hat, so hat sich der Magistrat vor kurzem veranlaßt gesehen, der städtischen Bauverwaltung auch die Reinigung der Anstalten mit zu übertragen. Diese Ver-

fügung wird für den laufenden Etat die Bedeutung haben, daß der im Voranschlage des Straßenreinigungsinstituts als Zuschuß der Kämmererkasse für Reinigung der Bedürfnisanstalten ausgeworfene Betrag von 800 M zu einem Teil außer Hebung bleibt und damit der Gesamtzuschuß der Stadt für das Institut sich entsprechend verringert, daß aber auf der anderen Seite die der städtischen Bauverwaltung für Unterhaltung der Bedürfnisanstalten zur Verfügung gestellte Summe vermutlich wird überschritten werden. Bei Aufstellung des nächstjährigen Etats wird die Verschiebung berücksichtigt werden.

Die Versammlung wird ersucht, sich mit der getroffenen Maßnahme einverstanden zu erklären und die für den Rest des Etatsjahres zur Reinigung der Bedürfnisanstalten erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Herr R o d: Die Baukommission gibt anheim, der Vorlage zuzustimmen.

Herr K l e i n k n e c h t: Die Bedürfnisanstalten riechen zum Teil recht sehr; einmal riecht der Urin selbst und dann die von Kindern und anderen Personen verursachten Verunreinigungen, die manchmal einen Tag und noch länger liegen bleiben. Ich möchte deshalb anregen, die Reinigung der Anstalten in Zukunft etwas besser ausführen zu lassen. Die Reinigung durch Del, wie sie jetzt vorgenommen wird, scheint sich wenigstens für den Winter besser zu bewähren, als durch Wasser, aber sie müßte wohl öfter erfolgen.

Herr Bürgermeister M e y e r: Der Magistrat darf sich glücklich schätzen, eine ebenso feine Nase zu haben, wie Herr Dr. Kleinknecht. Die Reinigung soll in eine Hand gelegt werden, damit nicht bei Ordnungswidrigkeiten der eine die Schuld auf den anderen schieben kann.

Herr H e n k i n g: Es tut mir leid, gegen den Kollegen Kleinknecht sprechen zu müssen, wenn er meint, daß die Desinfektion der Anstalten durch Del wirksamer sei, als durch Wasser. Die meisten Hygieniker halten es für richtig, überall da, wo fließendes Wasser vorhanden ist, dieses zu verwenden, und deshalb wäre es meiner Ansicht nach besser, die Reinigung durch Wasser wieder einzuführen. Ich bin von der getroffenen Aenderung nicht besonders beglückt gewesen. Der scheußliche Geruch in den letzten Monaten, namentlich in der Anstalt am Hoftheater, veranlaßt mich zu dem Wunsche, zur Wasserspülung zurückzukehren, da ich die Reinigung durch Del für eine Verbesserung durch Johann Ballhorn halte.

Herr Bürgermeister M e y e r: Ich kann auch diesen Vorredner zufriedenstellen, wenn ich ihm auch nicht darin recht geben kann, daß die Einführung der Desinfektion der Anstalten durch Del eine Verballhornung gewesen wäre. Das Del ist nicht dazu da, um eine Reinigung der Anstalt herbeizuführen,

sondern nur, um sie möglichst geruchlos zu machen. Die Reinigung erfolgt jetzt und auch in Zukunft durch Wasserspülung.

Herr L ü b k e: Vom technischen Standpunkte aus möchte ich diese Ausführungen noch dahin ergänzen, daß man zur Verwendung von Del als Desinfektionsmittel durch den Umstand gelangt ist, weil im Winter das Wasser einfriert. Ueberall da, wo solche Anstalten dem Froste ausgesetzt sind, hat sich die Verwendung von Del im Winter viel besser bewährt, als Wasser. Früher hatten wir im Winter Sümpfe in den Anstalten stehen, die bald festfroren, und insofern ist eine Vervollkommenung durch die Verwendung von Del eingetreten.

Herr F r ü h l i n g: Ich stehe auf dem Standpunkte des Herrn Dr. Kleinfnecht, und wünsche wenigstens etwas mehr Del! (Seiterkeit.)

Der Magistratsvorlage wird darauf zugestimmt.

X. Anderweite Verbuchung des Grundstückswertes zweier Gebäude.

Nachdem die städtischen Behörden beschlossen haben, das Feuerlöschgebäude in der Münzstraße in seinem ganzen Umfange der Berufsfeuerwehr zu überweisen, erscheint es nicht angängig, dieses Grundstück noch ferner in den Bilanzen der Gas- und Wasserwerke als Aktivposten aufzuführen. Nach den Zusammenstellungen der städtischen Bauverwaltung über die Gesehungskosten der einzelnen städtischen Grundstücke haben die Kosten für das in Rede stehende Grundstück insgesamt 491 530,92 *M* betragen. Zu diesen Kosten haben das Gaswerk 157 768,73 *M* und 53 000 *M*, zusammen 210 768,73 *M*, das Wasserwerk 102 000 *M* beigetragen. Die Gesamtaufwendung der Gas- und Wasserwerke beläuft sich hiernach auf 312 768,73 *M*.

Als Ersatz für Aufgabe der von ihnen benutzten Räume im Feuerlöschgebäude ist den Gas- und Wasserwerken das ehemalige Stadtkassengrundstück überwiesen, dessen Wert zu 99 000 *M* geschätzt worden ist. Daneben sind zugunsten der Gas- und Wasserwerke die Kosten für den Ausbau des alten Flußwasserwerkes zu einem Werkstättengebäude mit 49 293,08 *M* und die Kosten für den Umbau und die Einrichtung des ehemaligen Stadtkassengebäudes mit 24 929,43 *M* aufgewendet. Es sind ferner von den städtischen Behörden 18 350 *M* für den Ausbau des Hintergebäudes auf dem Stadtkassengrundstücke und 12 000 *M* für das neue Abortgebäude der höheren Mädchenschule bewilligt, auch ist den Gas- und Wasserwerken die Grundfläche des früheren Abortgebäudes der genannten Schule überwiesen, dessen Wert zu etwa 500 *M* zu schätzen sein dürfte. Die gesamte Ersatzeleistung beziffert sich hiernach auf 204 072,51 *M*. Danach haben die Gas- und Wasserwerke infolge Räumung des Münzstraßengebäudes einen rechnungsmäßigen Verlust von 108 696,22 *M* erlitten, für den ihnen die Kammereikasse Ersatz zu leisten haben würde.

Es erscheint dem Magistrate zwecklos, das Kämmerereibermögen mit diesem Schuldposten zu belasten, oder gar den Betrag durch Anleihe zu beschaffen und den Gas- und Wasserwerken das Geld in bar zu überweisen; es würde vielmehr genügen, wenn die Bilanzen beider Werke richtiggestellt würden. Bei der Höhe der Abschreibungen, die bei beiden Werken im Laufe der Jahre vorgenommen sind, verschlägt es nichts, wenn die bisherigen ziffernmäßigen Anteile am Münzstraßengrundstücke durch die an deren Stelle getretenen Werte nicht voll gedeckt werden, und es würde daher unbedenklich sein, an Stelle des bisherigen Verwaltungsgebäudes das jetzige nebst dem durch den Ausbau erzielten Mehrwerte des Werkstättengebäudes in der Bilanz aufzuführen, die Posten von 157 768,73 *M* und 102 000 *M* aber unverändert beizubehalten. Da es indessen mit den kaufmännischen Gepflogenheiten, die bei Aufstellung der fraglichen Bilanzen beobachtet werden, vermutlich für nicht vereinbar erachtet werden würde, wenn ein Vermögenserwerb ohne vollen Ersatz aus den Bilanzen ohne Minderung ihrer Zahlen verschwindet, so wird es sich empfehlen, fortan von einer getrennten Aufzählung der einzelnen Werte Abstand zu nehmen und dafür künftig nur zu sagen: „Anlage- und Grundstückskonto.“

Der Magistrat gibt anheim, diesem Verfahren zuzustimmen.

Herr L ö h n e f i n k e: Wenn man den Antrag des Magistrates in Erwägung zieht, so kann man sich zunächst gewissen Bedenken nicht ganz verschließen. So ist es auch der Finanzkommission ergangen. Wir haben dann aber die einzelnen Verfahren, welche auf die Richtigstellung von Bilanzen anwendbar sind, gründlich geprüft und mit dem Vorschlage des Magistrates verglichen und sind dabei zu der Ueberzeugung gelangt, daß, man möge ein Verfahren wählen, welches man wolle, dasselbe Resultat gezeitigt wäre, zumal die Stadt als alleinige Besitzerin der sämtlichen Werte anzusehen ist. Da die städtischen Behörden es in der Hand haben, den jetzt in der Bilanz figurierenden Wert des Grundstückskontos durch entsprechende Abschreibungen zu ermäßigen, so nimmt die Finanzkommission keinen Anstand, Ihnen die Genehmigung des Magistratsvorschlages zu empfehlen.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

XI. Ausbau der Korfesstraße.

Die Versammlung wird ersucht, dem Ausbau der Korfesstraße zwischen Scharnhorststraße und Riddagshäuserweg zuzustimmen und das nebst Kostenanschlag- und vorläufiger Kostenverteilungsberechnung beigelegte Projekt zu genehmigen. Die Grunderwerbskosten sind zu 25 000 *M*, die Baukosten zu 38 000 *M* und der voraussichtliche Anliegerbeitrag zu 129,20 *M* resp. zu 245,20 *M* für 1 m Frontlänge für die dem Plaze an der Einmündung der

Straßen Nr. 38 und 32 gegenüberliegenden Grundstücke ermittelt worden. Nach dem Projekte soll die bisher etwa 6 m breite Korfessstraße durch Hinzunahme von Flächen der anliegenden Grundstücke auf eine Breite von 13,70 m gebracht und derartig ausgebaut werden, daß 8 m auf die Fahrbahn und je 2,85 m auf die beiderseitigen Fußwege entfallen.

Wie Herr Meyerhoff berichtet, empfiehlt die Baukommission die Genehmigung der Vorlage.

Herr Bürgermeister Meyer: Es handelt sich hier nur um einen Voranschlag, und deshalb bindet sich die Versammlung durch die Annahme der Vorlage nicht auch bezüglich des Preises für die zur Straße anzukaufenden Grundstücksflächen. Nach Abschluß der Verhandlungen mit den Anliegern erhält die Versammlung hierüber noch eine besondere Vorlage.

Dem Antrage des Magistrates wird darauf zugestimmt.

XII. Ermietung eines Ackerplanes.

Schon seit längerer Zeit besteht bekanntlich die Absicht, das hinter dem Stadtparke liegende, zur Domäne Niddagshausen gehörige sogenannte Franzische Feld (Große Breite) dem Prinz-Albrecht-Park zuzulegen. Gelegentlich der in diesem Jahre auf dem betreffenden Ackerplane veranstalteten landwirtschaftlichen Ausstellung hatte der Magistrat erfahren, daß es der Wunsch Sr. Hoheit des Herzog-Regenten sei, demnächst das Feld in einen — nur teilweise zu bepflanzen — Spiel- und Sportplatz umzuwandeln, und, da bei der fortwährenden Erweiterung des Spielbetriebes der Schulen sowohl als der nicht mehr schulpflichtigen Jugend die hiesige Stadt an der Schaffung eines solchen Spiel- und Sportplatzes das lebhafteste Interesse hat, so hat sich der Magistrat bereit erklärt, das Unternehmen, falls solches Vorgehen Sr. Hoheit dem Herzog-Regenten genehm sein sollte, stadtseitig zu fördern. Abgesehen von dem Wunsche, den Platz sobald als möglich entstehen zu sehen, bemog den Magistrat dazu auch der Umstand, daß der hiesige Männerturnverein den dringenden Wunsch hat, in der nordwestlichen Ecke des Feldes einen Turnplatz einzurichten, auf dem im Freien Turnübungen abgehalten werden können, und daß der Verein diese Absicht leichter verwirklichen kann, wenn das Feld fortan in einen Spielplatz umgewandelt werden sollte.

Die Schaffung eines geräumigen Spielplatzes in der betreffenden Gegend ist für die Jugend der Stadt so wertvoll, daß diese sich unbedenklich dazu verstehen kann, für die Erreichung des Zieles Opfer zu bringen; und es kann auch darüber wohl kein Zweifel herrschen, daß der stadtseitige Ankauf des Feldes von einem großen Teile der Einwohnerschaft mit Freude begrüßt werden würde. Aber die Größe des ganzen Planes beträgt 20 ha 54,75 a (über 82 Morgen),

und die Preise, welche für Bauland in jener Gegend gezahlt werden, sind so hoch, daß der Ankauf unterbleiben muß. Der Magistrat glaubt sich aber auch der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß die landesväterliche Fürsorge, der unsere Stadt die Schaffung des herrlichen Prinz-Albrecht-Parkes verdankt, und die sich jetzt wieder in der oben erwähnten Absicht unseres hohen Regenten deutlich erkennen läßt, eine dauernde sein und dadurch die Gefahr beseitigt wird, daß auch das Französisch Feld der Spekulation zum Opfer fällt. Daneben besteht auch das Vertrauen zum Herzoglichen Staatsministerium und zu der Landesversammlung, daß beide den gesundheitlichen Interessen der Haupt- und Residenzstadt des Landes dadurch Rechnung tragen werden, daß sie eine Bebauung des Geländes nicht für angemessen erachten.

Unter diesen Umständen dürfte es genügen, wenn an Stelle eines käuflichen Erwerbes ein — allerdings langfristiger — Mietvertrag tritt.

Der mit dem Oberamtmann Mehrhorn in Kildagshausen abgeschlossene Pachtvertrag läuft bis 1. Oktober 1917. Auf Wunsch Sr. Hoheit des Herzog-Regenten und gemäß einer entsprechenden Vertragsbestimmung hat sich der genannte Pächter bereit erklärt, den ganzen Plan zum 1. Oktober 1910 und eine in diesem Herbst noch nicht bestellte und bezw. nicht weiter verpachtete 10 ha 81,24 a große Teilfläche schon jetzt aus der Pacht zu entlassen, sofern ihm für diese Fläche vom 1. Oktober d. J. an und für den Rest vom 1. Oktober 1910 an eine Vergütung von 20 M für 25 a bis 1. Oktober 1917 gezahlt wird. Daneben hat sich Herzogliche Kammer, Direktion der Domänen, bereit erklärt, vorbehaltlich der Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums vom 1. Oktober 1917 an den ganzen Plan der Stadt bis 1. Oktober 1930 gegen Zahlung eines jährlichen Mietzinses von 30 M pro 25 a (insgesamt jährlich 2465,70 M) zu überlassen.

Der Magistrat ist der Ansicht, daß die Stadt auf dieses, ihren Interessen in dankenswerter Weise entgegenkommende Angebot ohne weiteres eingehen kann, und hat deshalb bei den Verhandlungen erklärt, er hätte keinen Anlaß, an der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung zu zweifeln und glaubte daher, um eine weitere Bestellung zu verhüten, der Ermietung der schon jetzt frei zu gebenden Fläche unbedenklich zustimmen zu können. Gestützt auf diese Zusage hat Herzogliche Kammer darauf mit Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums und in Übereinstimmung mit dem Pächter das Pachtverhältnis in Ansehung der 10 ha 81,24 a großen Fläche zum 1. Oktober d. J. gelöst und in Ansehung der Restfläche den Pachtvertrag zum 1. Oktober 1910 gekündigt. Die erstgedachte Fläche würde hiernach schon im nächsten Jahre eventl. als Spielplatz benutzt werden können, wofür stadtseitig die Summe von 864,99 M zu zahlen sein würde.

Ohne weitere Aufwendungen wird nun freilich die Umwandlung des Ackerlandes in einen brauchbaren Spiel- und Sportplatz nicht möglich sein; Wege- und Entwässerungsanlagen werden nötig werden, und ebenso wird auf Anpflanzungen Bedacht zu nehmen sein. Aber verpflichtet ist die Stadt nach dem getroffenen Abkommen nicht, derartige Aufwendungen zu machen. Wohl aber hat Se. Hoheit der Herzog-Regent angeordnet, daß die Ueberlassung des Geländes an die Stadt unter der Bedingung erfolge, daß zu der Instandsetzung des Platzes und zu der Herrichtung von Anlagen aller Art die Stadtverwaltung die Genehmigung der Herzoglichen General-Hofintendantur einzuholen gehalten sein solle.

Auch auf diese Bedingung kann die Stadt unbedenklich eingehen, doch muß anerkannt werden, daß ihre Aufnahme in den Mietvertrag die freie Entschlie-ßung der städtischen Behörden einschränkt, und daß mit der Möglichkeit zu rechnen ist, daß im Einzelfalle Meinungsverschiedenheiten darüber entstehen können, ob eine stadtseitig geplante Anlage zulässig erscheint oder nicht. Um in dieser Beziehung die Rechte der Stadt als Mieterin zu wahren, ist auf unsern Vorschlag bei den Vorverhandlungen zugestanden, daß, wenn das vorgedachte Einvernehmen wider Erwarten nicht zu erzielen sein sollte, der Stadt das Recht des Rücktritts vom Vertrage (zum 1. Oktober des einzelnen Jahres) unter Innehaltung einer Kündigungsfrist von einem Jahre zustehen solle.

Es dürfte sich nicht empfehlen, schon jetzt ein Projekt über die Instandsetzung des Platzes auszuarbeiten zu lassen. Die bereits freigegebene Fläche kann, wie die Erfahrung gelegentlich der diesjährigen Ausstellung gelehrt hat, als Spielplatz benutzt werden, auch wenn überall keine Instandsetzungsarbeiten vorgenommen werden. Einstweilen genügt es, wenn der Stadt das Recht der Nutzung des Platzes verliehen wird.

Der Magistrat gibt anheim, ihn zum Abschlusse eines Mietvertrages, dessen Einzelvorschriften den vorstehenden Ausführungen entsprechen, zu ermächtigen.

Herr *F r i e*: Die Baukommission hat die Angelegenheit eingehend beraten und ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß der Pachtpreis sehr billig ist und wir alle Ursache haben, schnell zuzugreifen. Deshalb wird die Genehmigung der Vorlage empfohlen.

Herr Oberbürgermeister *R e t e m e y e r*: Man ist bei solchen Sachen in einer eigenen Lage. Vom Landtage aus wird uns häufig gesagt, daß unsere Stadt sehr bevorzugt werde. Nun erklärt der Herr Referent, es sei ein sehr billiger Pachtpreis, während wir von einem angemessenen Pachtpreise gesprochen haben. 30 *M* für 25 *a* ist im Verhältnis zu dem, was jetzt der Staat dafür bekommt, sehr viel, im Vergleich zu den Pachten, die hier bei der Stadt an einzelnen Stellen gezahlt werden, aber sehr wenig. Nach Lage der Umstände hat der

Magistrat den Vorschlag gemacht, bei Ablauf der Pachtperiode 30 *M* für 25 *a* zu zahlen, um der Staatsregierung ein angemessenes Gebot entgegenzubringen; der Pachtpreis ist weder sehr billig, noch sehr teuer, sondern angemessen.

Vorsitzender: Ich möchte fragen, ob wir den Pachtvertrag noch einmal zu Gesicht bekommen, oder ob wir ihn hiermit schon gutheißen.

Herr Oberbürgermeister **Nettemeyer:** Wenn Sie wünschen, legen wir Ihnen den Vertrag nochmals vor; ich sollte aber meinen, der Magistrat kann nichts hineinbringen, was Ihnen nicht heute schon vorgelegt ist. Es soll indessen auf Sie ankommen, wenn Sie wünschen, wird der Vertrag nochmals vorgelegt.

Vorsitzender: Ich halte es nicht für nötig, möchte aber das Recht der Versammlung wahren. Man kann leicht durch ein Wort einen anderen Sinn in solches Schriftstück bringen. Wir können ja den Vorschlag des Magistrates akzeptieren.

Herr Oberbürgermeister **Nettemeyer:** Der Magistrat legt die Städteordnung so nicht aus, daß er zu jedem Vertrage die Zustimmung der Versammlung einzuholen habe und selbst der Wortlaut ihrer Genehmigung unterliege, denn zur Gültigkeit des Vertrages gehört die Genehmigung des Wortlautes nicht. Der Magistrat hat schon eine große Zahl von Mietverträgen abgeschlossen, ohne sie der Versammlung im Wortlaut vorgelegt zu haben.

Herr **Möhle:** Wenn wir noch einmal eine Vorlage bekommen sollten, so möchte ich mir die Anfrage erlauben, ob es nicht möglich wäre, die Bedingung des Hofmarschallamtes zu beseitigen, daß zu der Instandsetzung des Plazes und zu der Herrichtung von Anlagen aller Art die Genehmigung der Herzoglichen General-Hofintendantur einzuholen ist. Das ist eine große Einschränkung in der Disposition der Einrichtung, die möglichst beseitigt werden müßte.

Herr **Wolters:** Es erscheint mir eine nochmalige Vorlage des Pachtvertrages entbehrlich zu sein. Wenn der Vertrag nach sieben Jahren abgelaufen sein sollte, so müßte allerdings eine neue Vorlage kommen.

Herr Oberbürgermeister **Nettemeyer:** Der Magistrat ist der Ansicht, daß wir jetzt mit der Herzoglichen Kammer einen Mietvertrag auf die ganze Dauer bis zum 1. Oktober 1930 abschließen und bis zum 1. Oktober 1917 einen Mietzins von 20 *M*, von da ab bis zum 1. Oktober 1930 einen solchen von 30 *M* für 25 *a* vereinbaren. Was die Anregung des Herrn Möhle betrifft, so dürfte keine Aussicht auf Erfüllung seines Wunsches vorhanden sein. Es ist die Bedingung nicht der Eigenwilligkeit des Hofmarschallamtes zuzuschreiben, sondern auf ausdrücklichen Wunsch Sr. Hoheit des Herzog-Regenten gestellt, der ein zu lebhaftes Interesse an dieser Sache nimmt, als daß er auf diese Bedingung verzichten sollte. Wir haben uns gesagt, daß bei dem lebhaften Interesse, das der hohe Herr bisher an allem, was Stadt und Land angeht, bewiesen hat, keine

Einsparungen erfolgen werden, die uns hinterher unbequem würden. Wenn wir die Mittel zur Instandsetzung des Platzes nicht zur Verfügung stellten, so würde es Aufgabe der General-Hofintendantur sein, die Kosten zu beschaffen, deshalb könnte man sich solcher Bedingung wohl unterwerfen. Der Magistrat hat auch gemeint, die Rechte der Stadt dadurch zu wahren, daß uns bei Nichterzielung einer Einigung das Rücktrittsrecht vom Vertrage zustehen sollte. Ein weiteres ist in dieser Sache nicht zu empfehlen. Ich glaube auch nicht, daß solche Differenzen entstehen: beide Teile wollen dasselbe, und es müßte merkwürdig zu gehen, wenn zwischen Stadt und Hofamt keine Einigung erzielt werden sollte.

Herr Ribbentrop: Lassen Sie uns auf Wiedervorlage des Vertrages verzichten. Vier Augen sehen wohl mehr als zwei, aber es haben bei der Vereinbarung so viele Personen mitgewirkt, daß alles in Ordnung sein wird.

Vorsitzender: Persönlich lege ich keinen Wert darauf, den Vertrag noch einmal vorgelegt zu sehen, aber auch der von Herrn Möhle geäußerte Wunsch hatte mich befeelt und zu meiner Anfrage veranlaßt.

Die Magistratsvorlage wird hierauf gutgeheißen.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Wolter, übernimmt den Vorsitz.

XIII. Anordnung für die Bebauung der Straßen Nr. 486 und 487.

Wenn auch die westlich des Prinz-Albrecht-Parkes sich hinziehenden Straßen Nr. 486 und 487 des Ortsbauplanes noch nicht ausgebaut sind, so kann doch das Bauen an diesen Straßen nicht völlig verhindert werden, weil die an jene Straßen angrenzenden, im Stadtgebiete gelegenen Grundstücke nicht selten gleichzeitig an ausgebauten älteren Straßen liegen und hierdurch eine Bebauungsmöglichkeit auch an den erstgenannten Straßen besitzen. Für diese liegt hierin die große Gefahr, daß sie schon jetzt mit Hinterhäusern und anderen Gebäuden geringeren Ansehens besetzt werden, und daß ihnen dadurch bereits vor ihrem Ausbau der Charakter einer Wohnstraße genommen wird. Zur Beseitigung dieser Gefahr hält der Magistrat den Ausschluß der sogenannten lästigen Anlage und die Anordnung der offenen Bauweise für geeignet und erforderlich. Die Versammlung wird deshalb ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß für die bezeichneten Straßen lästige Anlagen im Sinne des § 44 des Ortsbaustatuts ausgeschlossen werden und Anordnung dahin getroffen wird, daß auf den angrenzenden Grundstücken bis zu einer Tiefe von 15 m Gebäude nur in Abständen errichtet werden dürfen.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Koch berichtet, stimmt die Versammlung der Vorlage zu.

XIV. Vertrag mit Gliesmarode wegen Lieferung von Wasser.

In der Sitzung vom 30. Juni d. Js. hat die Versammlung die Bedingungen gutgeheißen, unter denen der Gemeinde Gliesmarode stadtseitig Wasser aus der städtischen Wasserleitung geliefert werden soll. Der Magistrat hielt es für zweckmäßig, unter Zugrundelegung jener Vorschriften einen förmlichen Vertrag auszuarbeiten, gelangte dabei jedoch zu der Ueberzeugung, daß geringfügige Abweichungen unvermeidlich seien. Insbesondere erschien es nicht zweckmäßig, ganz allgemein die Vorschriften des Regulativs vom 1. März 1902 für anwendbar zu erklären, weil die nach den §§ 6 und 17 von der Direktion der Licht- und Wasserwerke bezw. von der Verwaltungsdeputation zu treffenden Festsetzungen und Entscheidungen nicht wohl bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden beteiligten Gemeinden den Ausschlag geben können. Durch die hier gewählte Fassung des Vertragsentwurfes dürfte den beiderseitigen Interessen Rechnung getragen werden. Nachdem die Gemeinde Gliesmarode sich mit den Vorschriften einverstanden erklärt hat, gibt der Magistrat anheim, den Vertragsentwurf zu genehmigen.

Namens der Statutenkommission gibt Herr W o g e nach Verlesung des Vertragsentwurfes anheim, ihm zuzustimmen, was seitens der Versammlung geschieht.

XV. Vertrag mit Gliesmarode wegen Lieferung von Gas.

Die Herzogliche Kreisdirektion teilt dem Magistrate mit, daß der zwischen der Stadt Braunschweig und der Gemeinde Gliesmarode geschlossene Vertrag über die Versorgung von Gliesmarode mit Gas genehmigt werde. Zur Ergänzung des § 4, Absatz 1 des Vertrages wird von der Herzoglichen Kreisdirektion folgender Schlußsatz vorgeschlagen:

„Ob ein Gewerbetreibender oder Unternehmer die nötige Sachkenntnis und Erfahrung besitzt, entscheidet in Streitfällen die Herzogliche Kreisdirektion Braunschweig nach Anhörung der Handwerkskammer.“

Magistratsseitig wird empfohlen, dieser Ergänzung des Vertragsentwurfes zuzustimmen,

was auf Empfehlung der Statutenkommission, für die Herr W o g e berichtet, geschieht.

XVI. Antrag Löschigt: Schutzvorrichtungen an den Straßenbahnwagen.

In der Sitzung vom 30. Juni d. Js. — Seite 232 des Berichtes — stellte und begründete Herr L ö s c h i g t folgenden Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Straßeneisenbahngesellschaft zu veranlassen, an ihren Motorwagen und Anhängewagen sowie zwischen denselben geeignete Schutzvorrichtungen zu treffen, welche die Unfälle möglichst vermeiden.“

Bei der ersten Beratung des Antrages in der Sitzung vom 2. September d. Js. — Seite 237 des Berichtes — stellte Herr H e j j e den Zusatzantrag, „die Erhebungen auch darauf auszudehnen, ob es nicht möglich ist, an den Straßenbahnwagen zugleich Staubfänger anzubringen.“

Namens der Baukommission berichtete hierüber Herr F r ü h l i n g: Im allgemeinen hat der Antrag die größte Sympathie hervorgerufen, gegen den Antrag wurde nur eingewendet, daß es keine Vorrichtung gebe, die den gestellten Ansprüchen Genüge leiste. Aus diesem Grunde ist bislang davon abgesehen, ein entsprechendes Ersuchen an den Magistrat zu richten. In der Sitzung vom 2. September d. Js. ist bekanntlich beschlossen worden, die Beschlußfassung über den Antrag vorläufig auszusetzen und noch Erhebungen in verschiedenen Städten anzustellen, ob solche Einrichtungen dort bereits eingeführt sind und wie sie sich bewährt haben. Daraufhin ist vom Magistrate angefragt bei den Magistraten in Hannover, München, Nürnberg, Bremen, Wien, Kiel, Köln a. Rh., Breslau, Magdeburg und Berlin. Die Auskünfte gehen dahin, daß Apparate, die das Ueberfahren von Personen verhindern sollen, in den Städten München, Hamburg, Nürnberg, Bremen, Wien, Berlin und Köln vorhanden sind. Nicht vorhanden sind sie in Kiel, Magdeburg und Hannover. Die betreffenden Einrichtungen sind verschieden. In München, Nürnberg und Berlin wird eine gleichartige Einrichtung verwendet, die von der Kontinentalen Bremsengesellschaft Lankwitz bei Berlin geliefert wird. Die Stadt München schreibt darüber: „Die pneumatische Schutzvorrichtung steht hier seit dem Jahre 1900 in Gebrauch und die damit erzielten Erfolge sind von Anfang an so zufriedenstellend gewesen, daß auch bei Neubestellung von Wagen die genannte Einrichtung vorgeschrieben wurde.“ Berlin hat mit denselben Apparaten Versuche angestellt, die zuerst nicht voll befriedigt haben; jetzt sind die Apparate verbessert und neuerdings schreibt die Betriebsleitung der städtischen Straßenbahn über diese Apparate, daß die an einem Wagen der städtischen Straßenbahn versuchsweise angebrachte Schutzvorrichtung bei der eingehenden Prüfung, welche seitens der Aufsichtsbehörde vor kurzem stattgefunden habe, durchaus als einwandfrei befunden worden sei. Das ist sicher eine ganz vorzügliche Auskunft von Berlin. Die Vorrichtung ist derartig angebracht, daß sie von dem Fahrer sofort in Tätigkeit gesetzt werden kann, indem er auf einen Hebel drückt, worauf sich die Fangvorrichtung direkt auf die Schienen legt und den gefährdeten Menschen auffängt. Wenn das aber nicht geschieht, so löst sich die Vorrichtung selbsttätig aus und

funktioniert ohne Mitwirkung des Fahrers. Der Umstand, daß eine Anzahl anderer Städte diese Vorrichtung noch nicht besitzt, scheint der Baukommission kein Grund zu sein, die Sache jetzt nicht auch hier in Angriff zu nehmen, die Kommission ist vielmehr der Meinung gewesen, daß bei den vorliegenden so vorzüglichen Urteilen auch hier Schritte geschehen müßten, um solche Vorrichtung einzuführen. Deshalb wird empfohlen, diesem Teile des Antrages Löblichg stattzugeben.

Was nun die Frage der Einführung von Schuttgittern anlangt, so sind solche nur vorhanden in Hannover, Bremen, Breslau und Köln. Es handelt sich dabei um die sogenannten Nürnberger Scheren, welche sich nach Auskunft der betreffenden Städte gut bewährten. Aus Hannover wird mitgeteilt, daß vor etwa sechs Jahren eine Person dadurch vor dem Ueberfahren gerettet worden sei, während spätere Fälle nicht mehr zur Kenntnis gekommen seien. Auch diese Auskunft ist sehr günstig, denn wenn auch nur eine Person durch die Vorrichtung gerettet ist, so ist das schon sehr viel wert. Deshalb meint die Baukommission, daß auch in diesem Punkte dem Antrage zugestimmt werden könne. Keine solche Einrichtung haben lediglich Kiel und Magdeburg, die auf dem Standpunkte stehen, daß es noch keine g e e i g n e t e Vorrichtung gäbe. Diese Meinung dürfte aber überholt sein.

Was den Zusatzantrag des Herrn Hesse anlangt, so sind nach den eingezogenen Erkundigungen Staubfänger nirgends vorhanden, auch weiß keiner, was darunter zu verstehen ist. Wir müssen deshalb von der Verfolgung dieses Zusatzantrages absehen.

Die Anträge der Baukommission finden hierauf die Zustimmung der Versammlung.

— Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, übernimmt den Vorsitz wieder. —

XVII. Straßenanlagen auf den Iffertischen Grundstücken.

Der Inhaber der Firma D. Saul & Co., Kaufmann Oskar Saul, hat beantragt, zu gestatten, daß zwecks Errichtung einer Villenkolonie auf dem zwischen Hasanen- und Husarenstraße an der Bodestraße gelegenen Iffertischen Grundstücke auf seine Kosten eine Ortsstraße gebaut werde. Da nach den Beobachtungen des Magistrats kleinere Villen in neuerer Zeit viel begehrt werden, an solchen in Braunschweig aber ein Ueberfluß keineswegs vorhanden ist, so hat der Magistrat geglaubt, dem Antrage näher treten zu sollen und hat mit Herrn Saul einen entsprechenden Vertrag abgeschlossen. Dieser ist für die Stadt insofern günstig, als der Berechnung der von dem Unternehmer für Reinigung, Unterhaltung, Beleuchtung und Abfuhr des Hausmülls der Stadt zu zahlenden

Abfindungssumme von 10 000 *M* die Annahme zugrunde liegt, daß jene Leistungen dauernd von dem Unternehmer zu tragen seien.

Da es, wenn die Versammlung grundsätzlich dem Magistrate beistimmen sollte, erforderlich erscheint, neben dem Ausbau der neuen Straße auch gleichzeitig deren Aufnahme in den Ortsbauplan zu beschließen, so ersucht der Magistrat, den vorgelegten Teilortsbauplan einschließlich der Anordnung von Vorgärten zu genehmigen und die Zustimmung zu dem mit Herrn Saul abgeschlossenen notariellen Vertrage zu erteilen. Das Projekt über den Ausbau der Straße wird demnächst vorgelegt werden.

Herr Frühlings: Diese Vorlage hat keine besondere Freude in der Baukommission erweckt. Es wäre wünschenswert, daß eine solche übermäßige Bebauung des Grund und Bodens verhindert werden könnte, was leider zurzeit wegen der Bauordnung nicht möglich ist. Der Anlage einer öffentlichen Straße brauchen wir nicht zuzustimmen, die Anlage einer Privatstraße können wir nicht verhindern, wird sie angelegt, so kann die Bebauung noch viel größer ausfallen, als es hier vorgesehen ist, indem noch mehr Hinterhäuser angelegt werden können. Es ist ratfam, alles aufzuwenden, um eine solche noch übermäßigere Bebauung zu verhindern. Aus diesem Grunde hat die Baukommission gemeint, Ihnen den Antrag des Magistrates auf Genehmigung des vorgelegten Vertrages zur Annahme empfehlen zu sollen.

Herr Weichsel: In dem von der städtischen Bauverwaltung aufgestellten Bauplane kann ich keine Verbesserung erblicken, im Gegenteil erscheint er mir eine Verschlechterung zu sein, denn das ursprüngliche Projekt weist weniger unangenehme Krümmungen auf, als das der städtischen Bauverwaltung.

Herr Frühlings: Die Verbesserung des Projektes durch die städtische Bauverwaltung ist doch wesentlich, indem vorher in der Mitte nur ein ganz kleiner Wendekreis von 10 m vorgesehen war. Der andere Plan sollte nur einen Begriff davon geben, wie die Bebauung gedacht ist.

Die Magistratsvorlage wird hierauf genehmigt.

XVIII. Antrag Henking: Verbesserungen im Straßenbahnbetriebe.

Der Antrag lautet:

„Der Stadtmagistrat möge die hiesige Straßeneisenbahn-Gesellschaft zum Zwecke der Herstellung eines regelmäßigen Betriebes und Verbesserung der Anschlüsse veranlassen:

- a) Auf der Okerbrücke am Augusttore ein zweites Gleis zu bauen bzw. eine entsprechende Verbreiterung dieser Brücke vorzunehmen;

- b) entweder auf dem Augusttormalle ein zweites Gleis bis zur Brücke anzulegen, oder die Linie Augusttor—Delper vom Siegesplatz direkt zum Augustplatz zu führen;
- c) eine Wartehalle in der Nähe des Beginnes der Wolfenbütteler Linie herzustellen;
- d) bei erheblicheren Reparaturen an verkehrreichen Stellen des Stadtgebiets dafür Sorge zu tragen, daß diese in kürzerer Zeit, als das bisher hier üblich war (eventuell durch Einführung von Ueberstunden oder auch Nachtschichten) zu Ende geführt werden;
- e) die Linie Ruhfäutchenplatz—Bahnhof Glesmarode bis zum Hauptbahnhof direkt ohne Umsteigen durchzuführen."

Herr Henking (zur Begründung): Wer öfter die Straßenbahn zu benutzen hat, dem wird, zumal auf der Augusttorlinie, unangenehm aufgefallen sein, wie oft Verkehrsstörungen eintreten. Naturgemäß ist der Betrieb am Morgen erträglich, wenn aber die Wagen zum vollen Betriebe alle über das eine Gleis auf der Augusttorbrücke herangefahren werden, so gibt es erhebliche Verkehrsstörungen. Diese Störungen werden nicht nur dadurch herbeigeführt, daß auf der Brücke nur ein Gleis liegt, sondern auch dadurch, daß die Weiche auf dem Augusttormalle nur eine kurze ist. Hierdurch ereignet es sich häufiger, daß diejenigen Fahrgäste, welche den Anschluß nach Wolfenbüttel erreichen wollen, zu spät kommen. Das ist aber ganz besonders lästig und unangenehm. Inzwischen habe ich gehört, daß hier schon häufig über die Verlegung eines zweiten Gleises auf der Augusttorbrücke verhandelt worden ist und daß die Stadt dabei keinen maßgebenden Einfluß besitzt, aber ich denke, wenn immer wieder auf die Notwendigkeit solcher Aenderung hingewiesen wird, daß doch noch einmal etwas in der Sache geschieht. Wenn erst der neue Bahnhof gebaut und in Betrieb genommen sein wird, so muß die Brücke notwendigerweise erweitert werden. Deshalb wäre es wünschenswert, wenn schon jetzt von neuem eine Eingabe gemacht würde, um die maßgebenden Behörden zu veranlassen, endlich eine Verbreiterung der Brücke vorzunehmen und damit die Legung eines zweiten Gleises über die Brücke zu ermöglichen.

Für den zweiten Teil meines Antrages sind dieselben Gründe maßgebend. Unter den heutigen Verhältnissen erreichen die Fahrgäste häufig den Anschluß nach Wolfenbüttel oder Richmond nicht. Wenn sich auf dem Augusttormall ein zweites Gleis nicht anlegen läßt, so empfiehlt es sich, die Straßenbahnlinie direkt zum Augustplatz zu führen, wodurch sich der Anschluß erreichen läßt.

Die Errichtung einer Wartehalle in der Nähe des Augusttores würde außerordentlich erwünscht sein, zumal im Hinblick darauf, daß diejenigen, welche nach Wolfenbüttel fahren wollen, dem Wind und Wetter ausgesetzt sind, wenn sie

5 bis 10 Minuten warten müssen. Für eine solche Halle liegt geradezu eine Notwendigkeit vor. Auf den Platz für die Warthalle möchte ich jetzt nicht eingehen, da das einer gründlichen Erwägung bedarf.

Auch der fernere Wunsch, erhebliche Reparaturen an verkehrsreichen Stellen des Stadtgebietes in kürzerer Zeit zu Ende zu führen, dürfte durchaus berechtigt sein, zumal auch schon mehrfach in Eingekandts usw. darauf hingewiesen worden ist. Sie werden schon selbst oft genug empfunden haben, wie störend es ist, wenn umgestiegen werden muß, weil einzelne Strecken repariert werden. Den Anliegern mag es allerdings nicht angenehm sein, wenn Nachts gearbeitet wird, sie müssen es sich aber im Interesse der Allgemeinheit gefallen lassen.

Bezüglich des letzteren Punktes ist ebenfalls in der Presse schon häufig Klage geführt worden. Die Durchführung der Linie bis zum Hauptbahnhofe ist eine unbedingte Notwendigkeit. —

Den genügend unterstützten Antrag erhält die Baukommission zur Vorberatung.

XIX Anfrage Frede: Erwerb eines Spielplatzes im Westen der Stadt.

Herr Frede (zur Begründung): Ich möchte den Magistrat fragen, ob er bereit ist, Auskunft zu geben über den Stand der Angelegenheit, Erwerbung eines angemessenen Spielplatzes im Hohen- und Wilhelmitorbezirke betreffend. Die heute erfolgte Genehmigung der pachtweisen Erwerbung eines Spielplatzes hinter dem Stadtpark gibt mir Veranlassung zu meiner Anfrage. Die Gründe, welche für einen Spielplatz im Osten der Stadt ins Feld geführt sind, können in verstärkter Weise für einen Spielplatz im Hohen- und Wilhelmitorbezirke geltend gemacht werden. Wenn man einen Vergleich ziehen wollte zwischen dem Osten und Westen der Stadt, so müßte man zu dem Ergebnis kommen, daß ein Spielplatz im Westen bedeutend notwendiger ist, als im Osten, womit nicht gesagt werden soll, daß der Spielplatz im Osten überflüssig wäre, denn ich habe dafür gestimmt und mich über die Vorlage gefreut. Im Osten kommen die Schulen der Heinrichs- und Comeniusstraße in Frage, im Westen warten aber fünf Schulen auf einen Spielplatz, ohne die Schulen, welche den Amalienplatz benutzen. Daraus resultiert, daß der Spielplatz im Westen außerordentlich notwendig ist und man nur wünschen kann, dort recht bald einen Spielplatz eingerichtet zu sehen. Die Bevölkerung ist in jener Gegend durchweg nicht wohlhabend, die Jugend muß tagsüber in beschränkten kleinen Räumlichkeiten ausharren, denn im Freien ist ihr Terrain nur die Straße. Die Versammlung ist vor Jahren schon der Ueberzeugung gewesen, daß ein Bedürfnis zur Anlegung eines Spielplatzes im Westen der Stadt vorliegt und hat sich dahin ausgesprochen, daß dem

Erwerbe des nötigen Terrains nähergetreten werden müßte, und auch der Herr Oberbürgermeister hat sich damals in diesem Sinne geäußert.

Herr Bürgermeister Meyer: Der Wunsch ist alt, er ist von der Versammlung als begründet anerkannt und der Magistrat seinerseits hat dessen Berechtigung auch niemals bestritten. Er hat wiederholt Verhandlungen wegen Erwerbs von geeignetem Terrain eingeleitet, ist aber bisher niemals zu einem derartigen Abschluß gekommen, daß der Versammlung eine Vorlage wegen des Ankaufs hätte gemacht werden können. Alle Versuche sind bisher an der Preisstellung der Eigentümer, mit denen wir in Verhandlung getreten waren, gescheitert. Vielleicht gelingt es dem Bezirksvereine des Hohe- und Wilhelmitores eher als uns, einen geeigneten preiswürdigen Platz ausfindig zu machen. Sollte es ihm gelingen, dem Magistrate in dieser Beziehung hilfreiche Hand leisten zu können, so würde der Magistrat das gern akzeptieren. Bei einem Preise von zwei Mark für 1 qm würden für den Morgen schon 5000 M zu zahlen sein, das brächte eine Verzinsung von 200 M, während wir im Osten nur 30 M zahlen sollen, es ist das ein himmelweiter Unterschied. Ich bin zu meinem Bedauern nicht in der Lage, in Aussicht stellen zu können, daß wir in absehbarer Zeit zu einem günstigen Abschlusse kommen werden.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 6¼ Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten

zu Braunschweig

in deren Sitzung am 9. Dezember 1909.

Tagesordnung:

I.	Abänderung der Endpunkte zweier Straßenbahnlinien	Seite 412
II.	Einführung des Besuchszwangs bei der städt. Fortbildungsschule	" 412
III.	Antrag des Stadtv. Henking u. Gen., Verkehrsverbesserungen im Betrieb der Straßeneisenbahn	" 413
IV.	Zuwendung an die Löbbbeckesche Erziehungsanstalt für weibliche Dienstboten	" 413
V.	Berechnung von Stempelfkosten	" 413
VI.	Anschaffung von Büchern für die Bürgerschulen	" 416
VII.	Erhöhung des Zuschusses für den Verein für Sommerpflegen	" 416
VIII.	Einrichtung von Sonderturnkursen	" 420
IX.	Kanalisation der Waterloostraße	" 424
X.	Berglasung der Fenster im östlichen Gewandhausgiebel, Reinigung des Giebels usw.	" 424
XI.	Änderung der Baulinien für verschiedene innenstädtische Straßen	" 425
XII.	Errichtung einer provisorischen Okerbrücke	" 425
XIII.	Ankauf einer Fläche zur Verbreiterung des Kattreppeln	" 426
XIV.	Stromabgabe vom Lichtwerk an Einwohner in benachbarten Dorfgemeinden	" 427
XV.	Anfrage Jasper: Beerdigungen betreffend	" 428
XVI.	Antrag Kleinhecht u. Gen., Bekämpfung der Tuberkulose betr.	" 429

Am Magistratstische die Herren: Oberbürgermeister Metemeyer, Bürgermeister Meyer, Stadträte von Frankenberg und Wagner.

Die Herren Buchler, Wesemeier und Göcke fehlen entschuldigt. Herr Ohlendorf erscheint später.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, eröffnet die Versammlung um 4 Uhr 25 Minuten und teilt mit, daß Herr Eisenbahnsekretär Ruthe durch Krankheit verhindert ist, den heutigen Bericht zu erstatten. Der Stadtmagistrat hat auf seinen Wunsch den anwesenden städtischen Bureauassistenten Rickstadt mit der Stellvertretung betraut.

I. Abänderung der Endpunkte zweier Straßenbahnlinien.

Der Versammlung wird empfohlen, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Endpunkte der beiden Straßenbahnlinien: Nordbahnhof—Westbahnhof und Kastanienallee—Friedrich-Wilhelmsplatz abgeändert werden. Es wird beabsichtigt, die erstere Linie auf dem Hauptbahnhofe, die letztere auf dem Westbahnhofe endigen zu lassen.

Herr Rönegen berichtet: Die Baukommission hat diese Aenderungen eingehend durchberaten und empfiehlt Genehmigung, da die Bauverwaltung Bedenken technischer Art nicht zu erheben und auch die Polizeidirektion sich günstig ausgesprochen hat.

Herr Bürgermeister Meyer erläutert die gewünschten Aenderungen.

Herr Jäpper: Ich kann den tieferen Sinn dieser Aenderungen nicht einsehen. Es werden für den Gallerieblebertorbezirk besondere Nachteile entstehen, indem man, um zum Westbahnhof zu gelangen, gezwungen ist, unter Umständen zweimal umzusteigen.

Herr Weichsel: Unsere Wünsche gehen viel weiter, als es die Vorlage vorsieht. Ich bitte daher, diesen Punkt zurückzustellen bis zur Erledigung des Punktes 3.

Auch Herr Möhle möchte diese Sache zurückgestellt wissen.

Der Vorsitzende schlägt nun vor, den Punkt 1 bis zur Beratung des Punktes 3 zurückzustellen.

Das geschieht, um zusammen mit Nr. 3 erledigt zu werden.

II. Einführung des Besuchszwangs bei der städt. Fortbildungsschule.

Diese Sache wird, weil die Statutenkommission die Vorberatungen noch nicht beendet hat, von der Tagesordnung abgesetzt.

III. Antrag des Stadtv. Henking u. Gen., Verkehrsverbesserungen im Betriebe der Strassenbahn.

Dieser Punkt wird, weil in der Baukommission noch nicht vorberaten, zurückgestellt.

IV. Zuwendung an die Löbbedische Erziehungsanstalt für weibliche Dienstboten.

Der Vorstand der Anstalt erbittet in einem Gesuche, in welchem die Vermögens- und sonstigen Verhältnisse dieser milden Stiftung dargelegt werden, eine reichlichere Unterstützung von seiten der Stadt. Der stadtseitige Zuschuß in Höhe von 400 *M* möge auf 1000 *M* erhöht und, um die Einrichtungsgegenstände erneuern bezw. vervollständigen zu können, eine einmalige Beihilfe von 1000 *M* gewährt werden.

Der Stadtmagistrat bedauert die Einschränkungen, welche sich die Anstalt unter dem Drucke der wirtschaftlichen Verhältnisse hat auferlegen müssen, ungemein. Er empfiehlt daher, sich damit einverstanden zu erklären, daß der fragliche Zuschuß auf 600 *M* erhöht werde und für das Anschaffen neuer Einrichtungsgegenstände 1000 *M* gewährt werden.

Die Finanzkommission — namens derselben berichtet Herr Loeßigk — gibt Genehmigung anheim.

Herr Frühlings empfiehlt dringend, der Bitte stattzugeben. Die Anstalt wirkt segensreich und es könnten mehr Kinder ausgebildet werden, wenn mehr Mittel da sind.

Die Bewilligung — den Zuschuß von 400 *M* auf 600 *M* zu erhöhen und einmalig 1000 *M* zu geben — wird ausgesprochen.

V. Verrechnung von Stempelposten.

In Gemäßheit der Vorschriften des Reichsstempelgesetzes vom 15. Juli 1909 ist für die am 1. Januar k. J. zur Ausgabe gelangenden Zinsbogen der Schuldverschreibungen der beiden Anleihen des Kreiskommunalverbandes Braunschweig von 1880 und 1900 eine Stempelabgabe und zwar in Höhe von 9942 *M* 80 *S* (das sind 20 *S* für je 100 *M* Nennwert) zu entrichten gewesen. Im Gesetze fehlt jedoch jede Vorschrift darüber, wer zur Zahlung jener Stempelabgabe verpflichtet ist. Bei dieser Ungewißheit und im Hinblick darauf, daß der Kreiskommunalverband Braunschweig die bei der Ausgabe dieser Papiere unterliegende damalige braunschweigische Stempelsteuer getragen hat, daß bei der Ausgabe der fraglichen Schuldverschreibungen und bezw. bei der Verabfolgung der früheren Zinslisten kein Vorbehalt des Inhalts gemacht ist, eine ander-

weite Stempelabgabe solle dem Inhaber des Wertpapiers zur Last gelegt werden, empfiehlt der Stadtmagistrat, diese Kosten stadtseitig zu tragen. Er behält sich jedoch vor, wenn etwa das Reichsgesetz geändert werden sollte oder im Laufe der Zeit eine andere Praxis Platz greifen sollte, von stadtseitiger Uebernahme später fällig werdender gleichartiger Abgabebeträge Abstand zu nehmen.

Herr Lö h n e f i n k e, welcher im Namen der Finanzkommission zu der bereits erfolgten Zahlung jener 9942 *M* 80 *S* die nachträgliche Zustimmung auszusprechen empfiehlt: Wer zur Zahlung der Steuer verpflichtet sein soll, ist aus dem Gesetze nicht klar ersichtlich. Sehr wahrscheinlich ist es aber wohl der Wille des Gesetzgebers gewesen, den Kapitalisten zu treffen und nicht den Schuldner. Einer schon vor dem 1. August d. J. erfolgten Ausgabe neuer Zinscheinbogen stehen die Ausführungsbestimmungen des Gesetzes entgegen. Trifft nun aber die Besitzer diese Steuer, so kaufen die Kapitalisten natürlich lieber Papiere des Reichs oder solche der Bundesstaaten, welche von solcher Abgabe befreit sind. Die Kommunalschuldverschreibungen werden dann auf den Markt geworfen, es wird weniger Nachfrage nach ihnen sein und der Kurs wird sinken. Die Kommunen haben ein Interesse, ihre Werte möglichst hoch zu halten, damit sie nicht zu schlecht abschneiden, wenn sie neue Anleihen an den Markt bringen. Die Kommission ist übereinstimmend der Meinung, daß eigentlich der Besitzer der Obligation die Steuer auf die neuen Zinsleihen tragen müßte, daß diese Erwägung allein aber nicht ausschlaggebend dafür sein könne, die Uebernahme dieser Steuer auf die Stadt zu übernehmen, vielmehr müsse immer gefragt werden, welcher Weg liege im Interesse der Stadt einzuschlagen. Man könnte ja die Steuer von den Besitzern der Schuldverschreibungen wieder einziehen und es darauf ankommen lassen, daß der Rechtsweg beschritten wird. Dieser Punkt ist erwogen. Die Klage könne aber nur bis an das Reichsgericht gelangen, wenn das Objekt 2500 *M* groß sei, dazu lange aber die Summe nicht. Sollten sich aber mehrere Besitzer zusammentun, so wäre es immer zweifelhaft, ob die Stadt obsiegen würde. Nicht zu vergessen ist dabei, daß bei Ausgabe der Schuldverschreibungen die Stadt die Stempelsteuer bereits entrichtet hat und bei Ausgabe der Schuldverschreibungen der Kreis kommunalverband damals keinen Vorbehalt in dem Sinne gemacht hat, der spätere Steuern auf die Besitzer abseht. Solcher Prozeß kann den Kurs dieser Papiere ungünstig beeinflussen und die Nachfrage vollständig stagnieren. Diese Erwägungen und in Anbetracht dessen, daß fast alle Kommunen, wie Berlin u.s.w., die diese Steuer übernommen haben, führen dahin, vorzuschlagen, den Magistratsantrag zu genehmigen.

Herr J a s p e r: Ich bitte, diesem Antrage nicht zuzustimmen. Die Ausführungen des Herrn Referenten selber lassen erkennen, daß eine Verpflichtung

der Stadt, diese Steuer aus dem Stadtsäckel zu bezahlen; nicht besteht, vielmehr pflichtwidrig sein würde. Ich will nicht neue Steuern übernehmen, wozu ich nicht verpflichtet bin. Die Gründe, die vorgetragen, sind mir derart, daß ich in der Weise unvernünftig oder gesetzwidrig handeln würde, um die Belastung des Besitzes zu schonen und solche auf die nichtbesitzenden Steuerzahler abzuwälzen. Wenn der Kurs dieser Papiere sinken sollte, so ist zu bedenken, es handelt sich um den geringen Teil unserer Papiere. Ob solches auch der Fall sein wird, wenn es sich um die Ausgabe neuer Papiere handeln würde, das wage ich zu bezweifeln. Wenn der Kreiskommunalverband damals die Steuer getragen hat, so ist das kein Grund, alle Stempel auf die Stadt zu übernehmen. Die Stadt kann eine Klage von demjenigen, der Zinsbogen haben will, ruhig herankommen lassen; der Prozeß wird nicht so kostspielig sein.

Herr **Loeschig**: Die Ausführungen, wie sie in der Kommission zur Sprache kamen, kann ich als pflichtwidrig nicht nennen. Sie haben uns überzeugt, daß der Herr Referent recht, Herr Dr. Jasper unrecht hat. Ich empfehle, im Interesse der Stadt diese einmalige Ausgabe auf uns zu nehmen.

Herr **Wolters** ist bereit, die Ausführungen des Herrn Referenten anzuerkennen.

Herr **Löhnefinke**: Ich muß Herrn Dr. Jasper widersprechen. Von einer gesetzwidrigen Handlung oder von Gesetzwidrigkeit ist keine Rede. Diese Steuer auf die Stadt zu übernehmen ist eine Frage der Nützlichkeit.

Herr **Schmidt**: Wir haben keine Veranlassung, dafür einzutreten, die neue Steuer den Besitzern abzunehmen, wenn auch der Kurs sinkt.

Herr **Oberbürgermeister Remeier**: Es handelt sich nur um Schuldverschreibungen alter Anleihen: Der Magistrat ist der Ansicht gewesen, die Steuer deswegen auf die Stadt zu übernehmen, weil, wenn überhaupt ein Stadtpapier in Mißkredit kommt, das Einfluß haben kann auf spätere Ausgaben. Das Gesetz läßt uns im Stich. Ich gebe zu, daß die Stadt es auf einen Prozeß ankommen lassen könnte, ob dabei aber Klarheit über die Streitfrage geschaffen werden würde, ist eine andere Frage; denn an das Reichsgericht kann die Sache nicht gelangen. Inzwischen ist der Deutsche Städtetag für Ergänzung des Reichsgesetzes eingetreten.

Wollen Sie unsern Antrag ablehnen, so werden wir uns Ihrem Beschlusse fügen.

Herr **Jasper**: Ich bleibe dabei, daß es gesetzwidrig ist, die Abgabe auf die Stadt zu übertragen. Was geht die Steuer in erster Linie den Schuldner an; diese ist keine kleine Last.

Herr **Ribbentrop**: In derselben Lage, wie wir uns befinden, haben sich Berlin, Hamburg usw. befunden.

Die Versammlung beschließt, die fragliche Steuer auf die Stadtkasse zu übernehmen. Der Vorbehalt ist selbstverständlich.

VI. Anschaffung von Büchern für die Bürgerschulen.

Zur Erinnerung an die 150 jährige Wiederkehr von Schillers Geburtstag fand am 10. November d. J. in den oberen Klassen unserer Bürgerschulen eine einfache Schillerfeier statt. Der Magistrat gibt anheim, einen Betrag von 403 *M* zu bewilligen zu dem Zwecke, damit an 4030 Kinder, welche an der Feier teilgenommen, ein kleines Heft (Preis 10 *S* das Stück) und betitelt: „Unser Schiller, ein Lebens- und Charakterbild für Schule und Haus zum 10. November 1909“ als Geschenk überwiesen werden kann.

Herr B ä h r: Ich habe das Buch gelesen, es ist mit zahlreichen Bildern geschmückt usw. Ich empfehle namens der Schulkommission, welche zugestimmt hat, dem Antrage stattzugeben.

So beschließt die Versammlung.

VII. Erhöhung des Zuschusses für den Verein für Sommerpflegen.

Der Verein für Sommerpflegen, welcher erholungsbedürftige Kinder in die Ferienkolonien sendet, bittet darum, die ihm gewährte Beihilfe in Höhe von 500 *M* auf 1000 *M* zu erhöhen. Seine Einnahmen aus den Sammlungen sind zurückgegangen, und dadurch, daß die Verpflegungsgelder inzwischen erhöht worden, sind seine Ausgaben gestiegen. Wenn dem Vereine nicht geholfen wird, so kann er im nächsten Jahre nicht so viel erholungsbedürftige Kinder in den Harz schicken, wie es früher sich hat ermöglichen lassen. In Rücksicht auf die guten Erfolge, welche bisher durch die Unterhaltung von Sommerpflegen für bedürftige Kinder erzielt sind, erachtet es der Stadtmagistrat für angezeigt, dem Vereine zu helfen, und er ersucht, zuzustimmen, daß der fragliche — widerrufliche — Zuschuß von 500 *M* auf 1000 *M*, und schon vom 1. April d. J. an, erhöht werde.

Die Finanzkommission, für welche Herr J a s p e r befürwortend berichtet, empfiehlt, dem Gesuche stattzugeben.

Herr R e i n k n e c h t: Meine Herren! Vielleicht ist es nicht nötig, für die Bewilligung der geforderten Summe zu dem gedachten Zwecke noch eine Lange zu brechen, Sie kennen die Ziele dieses Vereins; ich wünschte, er könnte noch mehr Kinder und — wenn nötig — längere Zeit, als die üblichen 4 Wochen, fortschicken, könnte allmählich ein festes Erholungsheim bauen, um den Kindern auch in der weniger günstigen Jahreszeit die Wohlthat des Waldaufenthaltes zuteil werden zu lassen, könnte endlich auch an die so segensreiche Einrichtung von Waldschulen während des Sommers für schwächliche Kinder denken. Trotzdem

möchte ich zur Begründung der Vorlage noch einen Punkt hierbei hervorheben, den ich besonders der Erwähnung für wert halte.

Die vom Verein für Sommerpflege gesteckten Ziele dienen ebenso wie die Waldspiele, die Seehospize, Waldschulen usw. in hervorragender Weise zur Prophylaxe der Tuberkulose. Nun ist Ihnen allen ja bekannt, daß in Deutschland wie in andern Ländern die Sterblichkeit an Tuberkulose erheblich abgenommen hat, so starben nach Kirchner in Preußen im Jahre 1906 nur halb so viel Menschen an Tuberkulose als im Jahre 1876, und 23 824 Menschen weniger, als im Jahre 1886.

Wenn man aber die verschiedenen Altersklassen berücksichtigt, so ergibt sich die überraschende Tatsache, daß diese Abnahme sich im wesentlichen nur auf die im 15. bis 60. Lebensjahre stehende, also arbeitsfähige Bevölkerung beschränkt, die der Wohltat der sozialen Gesetzgebung teilhaftig wird, daß aber im schulpflichtigen Alter die Sterblichkeit an Tuberkulose nicht nur nicht ab-, sondern sogar zugenommen hat, und zwar nicht nur absolut, sondern auch im Verhältnis zur Gesamtsterblichkeit, d. h. der Bruchteil der Tuberkulosesterblichkeit an der Gesamtsterblichkeit war im Jahre 1876 erheblich geringer, als im Jahre 1903. Nun ist ferner sehr beachtenswert, daß bis zum Jahre 1903 auch die Tuberkulosesterblichkeit in den ersten Kinderjahren zugenommen hatte. Seit dieser Zeit, d. i. etwa, seitdem alle Schichten des Volks bis in die höchsten Kreise hinein sich dem Unheil der Kindersterblichkeit entgegengestellt haben (es handelt sich um Säuglinge und Kinder in den ersten Lebensjahren) — auch unsere Stadt hat sich in dankenswerter Weise in dieser Fürsorge wirksam betätigt — ist ein nicht unerheblicher Rückgang der Tuberkulosesterblichkeit in den ersten Kinderjahren zu verzeichnen. Aber — wiederum sehr bemerkenswert — im schulpflichtigen Alter vom 10. bis 15. Lebensjahre hat auch in der Zeit von 1903 bis 1906 die Sterblichkeit an Tuberkulose relativ im ganzen preußischen Staate zugenommen.

Es ist deshalb die Pflicht aller, die es angeht, dafür zu sorgen, daß weiterem Unheil vorgebeugt wird. Dazu dienen in hervorragender Weise die Bestrebungen des Vereins für Sommerpflege. —

Nun werden Sie mir vielleicht entgegenhalten, damit scheint die Statistik unserer Schulärzte, die sich von anderen ähnlichen Statistiken wenig unterscheidet, nicht zu stimmen. Darin ist nämlich angegeben:

An Lungentuberkulose litten
im Schuljahre 1905/6: im 1. Schulj. 18, im 3. 10, im 5. 11, im letzten 11, Sa. 50,
" " 1906/7: " " " 10, " " 7, " " 8, " " 10, " 35,
" " 1907/8: " " " 18, " " 14, " " 10, " " 12, " 54,
" " 1908/9: " " " 7, " " 9, " " 7, " " 7, " 30.

Die Erklärung dafür ist im folgenden gegeben: Einmal ist zwar absolut genommen die Sterblichkeit an Tuberkulose im schulpflichtigen Alter nicht sehr groß, aber die relative Tuberkulosesterblichkeit ist doch so bedeutend, daß im Jahre 1906 von 100 Kindern, die im 10. bis 15. Lebensjahre starben 29 (Knaben) bis 30 (Mädchen) an Tuberkulose zugrunde gingen, und die Tuberkulose im 11. bis 15. Lebensjahre mehr Kinder dahinrafft, als jede der gefürchteten Kinderkrankheiten: Masern, Scharlach, Diphtherie, Keuchhusten. Wenn man nun unter Kinderkrankheiten die Krankheiten versteht, deren Keime so verbreitet sind, daß ihnen nur wenige Menschen entgehen, und deswegen die Kinder zuerst davon befallen werden, so muß man auch die Tuberkulose als Kinderkrankheit bezeichnen.

Eine weitere Erklärung dafür, daß die Schulärztestatistik mit der Mortalitätsstatistik nicht im Einklang ist, liegt darin, daß sicherlich ein nicht unbedeutender Teil der Kinder, die unter Blutarmut und Skrofuloze geführt ist, der Tuberkulose zuzurechnen ist, weil es für den Schularzt bei den Massenuntersuchungen absolut unmöglich ist, die Diagnose auf Lungentuberkulose in allen Fällen zu stellen. Ist die Diagnose auf Lungentuberkulose schon bei Erwachsenen bei beginnenden Fällen schwer, so ist sie bei Kindern mit den größten Schwierigkeiten verknüpft; nur sorgsam genaue, oft wiederholte, mit allen diagnostischen Hilfsmitteln ausgeführte Untersuchungen bei peinlichster Ruhe der Umgebung führen zum Ziel; das ist natürlich dem Schularzte nicht möglich. —

Hier komme ich auf eine Einrichtung, deren Förderung ich dem Magistrat recht ans Herz legen möchte: das sind die Auskunft- und Fürsorgestellen für unbemittelte Lungenkranke. Darunter verstehe ich Einrichtungen, die den Zweck haben, die Tuberkulose bei Minderbemittelten frühzeitig zu erkennen und die Lungenkranken richtig zu versorgen, ferner aus denjenigen Familien, in denen ein Glied an Tuberkulose erkrankt ist, die bedrohten oder schon infizierten Familienmitglieder herauszufinden, die ganze Familie in Fürsorge zu nehmen, sie über die Gefahren der Ansteckung und die Mittel ihrer Verhütung zu belehren, sowie dauernd die Durchführung der getroffenen Maßnahmen zu kontrollieren. In diesen Fürsorgestellen könnten auch die Kinder, die von den Schulärzten tuberkuloseverdächtig oder bedroht befunden würden, genau untersucht werden. Es bestehen jetzt im Reiche 244 derartige Stellen außer den 537 Tuberkuloseausschüssen in Baden, welche dieselben Funktionen versehen. Mit diesen Fürsorgestellen wird bei geringen Ausgaben viel geleistet, weil sie selbst wenig Geld auszugeben brauchen, sondern nur belehren und durch Ausnutzung unserer staatlichen und privaten Wohltätigkeitseinrichtungen viel Geld mobil machen. Wie in der städtischen Rechtsauskunftsstelle Unbemittelten über die gesetzlichen Bestimmungen Auskunft erteilt wird, so wird in der Tuberkulose-

auskunftsstelle den sich krank Fühlenden über die bei Tuberkulose einzuschlagenden Maßnahmen Auskunft erteilt. Untersuchung findet nur statt mit Einwilligung des behandelnden Arztes, Behandlung nie.

Ich wollte auf diese Einrichtungen, die sich sicherlich auch der Förderung des Staates und der Landesversicherungsanstalt erfreuen werden, die geehrten Herren aufmerksam machen. Es würde dem Magistrat nicht schwer werden, allein oder mit sachverständiger Unterstützung geeigneter Privatpersonen oder Vereine die so notwendige Einrichtung zu treffen.

Herr Bunge: Ich stehe ganz auf dem Standpunkte des Herrn Kleinknecht. Wenn nun die private Wohltätigkeit nicht ausreicht, so muß eben die Stadt tiefer in die Tasche greifen. Außerdem ist der fragliche Fonds erst zu einem kleinen Teil verbraucht, so daß es sich empfiehlt, dem Verein einen größeren Zuschuß zu gewähren. Ich möchte deshalb den Antrag stellen, den Zuschuß von 1000 *M* auf 1500 *M* zu erhöhen. Man muß das gesehen haben, wie die Kinder aussehen, wenn sie in die Ferien gehen und wenn sie wieder zurückkommen. Diese Einrichtung ist nicht zu verachten; es ist nötig, dafür mehr Mittel flüssig zu machen. Ich bitte, meinen Antrag anzunehmen.

Herr Jasper: Auch die Kommission bittet, nicht darüber hinauszugehen. Ich würde persönlich gegen eine höhere Summe nichts einzuwenden haben.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Die Aufgaben, auf die Herr Dr. Kleinknecht bezüglich der Sommerpflegen und der Tuberkulosenfürsorge hingewiesen hat, bitte ich, möglichst genau auseinanderzuhalten. Ich bitte, diesen Zuschuß nicht zu erhöhen. Ich darf in dieser Beziehung auch darauf hinweisen, daß der Stadtmagistrat schulpflichtige lungenkranke Kinder in bestimmte Lungenheilstätten entsendet; also glaube ich, da der Verein selbst nur 1000 *M* wünscht, daß es darüber hinaus keiner Erhöhung bedarf.

Herr Wolters: Wir tun gut, auf 1000 *M* stehen zu bleiben.

Herr Kleinknecht: Zur Bekämpfung der Tuberkulose als Volkskrankheit stehen uns zwei Wege offen, die Prophylaxe der Gesunden und die Heilung der Erkrankten. Eine Heilung können wir leider nur bei den leicht Erkrankten erzielen, viel mehr können wir in der Prophylaxe der Schwachen, aber noch Gesunden leisten. In dieser Hinsicht tragen die Bestrebungen des Vereins sehr viel zur Ausrottung der Tuberkulose bei.

Wenn ich nicht mehr zu bewilligen beantragt habe, als der Verein selbst gewünscht hat, so geschah es, weil ich mir sage, es ist nicht möglich, mit einem Male alles zu erreichen, und weil ich wünsche, daß der Kampf gegen die Tuberkulose als Volkskrankheit nicht nur von dieser Stelle aus geführt, sondern von allen Seiten in Angriff genommen wird.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich erlaube mir mitzuteilen, daß im Gebäude des Landesmedizinalkollegiums jetzt Besprechungen stattgefunden haben, die die Errichtung einer Trinkerfürsorgestelle zum Gegenstande haben. Diese Stelle soll aber keine städtische, sondern eine freie Organisation sein. Auf die Lösung dieser schwebenden Fragen wird darauf in späterer Zeit zurückgekommen werden.

Herr Leue: Der Verein macht keinen Anspruch, mehr Geld zu erhalten. Ich möchte bitten, zu genehmigen, wie die Kommission es vorgeschlagen. (Schlußruf.)

Vorsitzender: Es ist wünschenswert, mehr Kinder in die Ferienkolonien hinzuschicken. Schulden hat der Verein nicht, aber die Unkosten sind erheblich gestiegen.

Der Antrag des Herrn Bunge — 1500 *M* zu gewähren — blieb in der Minorität.

Es werden 1000 *M*, also 500 *M* mehr, bewilligt.

VIII. Einrichtung von Sonderturnkursen.

Der Schulvorstand der städtischen Bürgerschulen hat beschlossen, für diejenigen Lernanfänger der hiesigen untern Bürgerschulen, welche an sogenannter schlechter Körperhaltung leiden, einen Sonderturnkursus einzurichten. Die bis Ostern k. J. hierdurch entstehenden Kosten belaufen sich anschlagsmäßig auf 544 *M*. Der Schulvorstand hat empfohlen, zu gleichem Zwecke in den nächstjährigen Voranschlag eine Summe von 1000 *M* einzustellen. Der Stadtmagistrat ersucht um Zustimmung. Nach seiner Ansicht ist es sehr wohl als Aufgabe der Stadtgemeinde zu erachten, den fraglichen Sonderturnkursus zu unterhalten.

Herr Kleinfnecht: Zu den Erkrankungen, die durch die Schule oder wenigstens während der Schulzeit regelmäßig eine Verschlechterung zeigen, gehört die Rückgratsverkrümmung. Das zeigen — wie überall — auch in unserer Stadt die Berichte der Schulärzte. Es litten an Rückgratsverkrümmungen nach dem Berichte aus dem Schuljahre

1905/6:	im 1. Schuljahre	44,	im 3.	65,	im 5.	75,	im letzten	nur 20 Kinder,
1906/7:	" "	"	46,	" "	52,	" "	80,	" " " 20 "
1907/8:	" "	"	44,	" "	74,	" "	83,	" " " 61 "
1908/9:	" "	"	41,	" "	60,	" "	60,	" " " 62 "

Die Ursachen dieser Verkrümmung werden außer dem anhaltenden Sitzen, der gebückten Haltung besonders Kurzsichtiger, der Schrägschrift, hauptsächlich in der Schwäche der Rückenmuskulatur und der dadurch hervorgerufenen

„schlechten Haltung“ gefunden. Welche Nachteile diese Verkrümmungen haben für die spätere Arbeitsfähigkeit der Männer, für die Aufgaben, die später den Müttern bevorstehen, brauche ich nicht des Näheren auszuführen, ich will nur erwähnen, daß sich häufig in frühen Jahren Herzfehler und Lungenkrankheiten bei den Verwachsenen einstellen.

Da es uns daran liegt, ein gesundes, im späteren Kampfe ums Dasein widerstandsfähiges Geschlecht aus unseren Schulen hervorgehen zu sehen, haben wir auch die Pflicht, die Ausbildung dieser Erkrankungen, wenn es möglich ist, zu verhindern oder wenigstens zu verringern. Als ein wichtiges Mittel im Kampfe gegen die Rückgratsverkrümmung hat sich ein geeigneter Turnunterricht bei den Kindern mit schlechter Haltung zur Stärkung der Rückenmuskulatur erwiesen.

Unter den Schulärzten haben eingehende Besprechungen über die einzuschlagende Behandlung der Rückgratsverkrümmung der Schulkinder stattgefunden. Ich erlaube mir, Ihnen den Bericht des Herrn Dr. Schlee, der dabei zu Rate gezogen ist, vorzulesen:

a) Die bislang üblichen Arten der Behandlung in der Bekämpfung der „schlechten Haltung“ und der daraus hervorgehenden Verbiegungen der Wirbelsäule — Subsellien, Erleichterung des Tragens schwerer Schulgegenstände durch Tornister, Steilschrift — haben versagt.

b) Es handelt sich vielmehr um Einleitung besonders ausgewählter Turnübungen im vorbeugenden Sinne.

c) Diese sollen nicht etwa mehr weniger ausgeprägte Schiefhaltungen der Wirbelsäule bessern, sondern sie sollen die „schlechte Haltung“, die zu Skoliosen führt, zu beseitigen suchen.

d) Die ausgebildeten Skoliosen bedürfen eingehender Inangriffnahme durch Fachärzte mittels Apparatbehandlung, die zurzeit nicht durchführbar ist. Sie gehören in einen unter spezialistischer Beaufsichtigung stehenden Turnsaal. (Krüppelheim.)

e) Die Behandlung der „schlechten Haltung“ hat durch Ärzte, nicht durch Turnlehrer zu geschehen. Wenn letztere, was notwendig sein wird, die Behandlung leiten, so muß dieser Turnunterricht vom Fachärzte beaufsichtigt werden.

Run war bisher nach dem Grundsatz: „Das Institut der Schulärzte ist nur zur Untersuchung und Belehrung, aber nicht zur Behandlung eingerichtet,“ den Eltern der betreffenden Kinder Gelegenheit gegeben und angeraten worden, das mediko-mechanische Institut des Herzoglichen Krankenhauses für billiges Entgelt zu benutzen. Leider ist davon nur sehr wenig Gebrauch gemacht; teils waren den Eltern die geringen Kosten noch zu hoch, teils wollten sie ihre Kinder nicht noch außerhalb der Schulzeit im Hause missen. Es hat sich deshalb der

Schulvorstand bei der schwerwiegenden Bedeutung des Leidens (unter Verzicht auf den oben erwähnten Grundsatz) besonders auf Anregung der Berichterstattung der Schulärzte entschlossen, unentgeltliche Schulturnkurse für Kinder mit „schlechter Haltung“ einzuführen. Es sind, wie aus dem Berichte des Herrn Schuldirektors Prof. Rehkuh hervorgeht, im 1. Schulvierteljahre d. J. bei den städtischen Bürgerschulen die zu Ostern eingetretenen Knaben und Mädchen durch die Schulärzte untersucht, im ganzen 1481 Kinder. Davon wurden 155 (10,4 Prozent) ausgewählt und dem Herrn Dr. Schlee zur weiteren Untersuchung überwiesen. Diese Nachuntersuchung hat ergeben, daß von den 155 Kindern 60 für das Sondernturnen in Frage kommen, nämlich 33 Knaben und 27 Mädchen, die fast alle im 6. Lebensjahre stehen. Es sind dieses diejenigen Kinder, welche an schlechter Körperhaltung infolge von Muskelschwäche leiden, einem Zustande, der sehr leicht zu wirklichen Rückgratsverkrümmungen führt. Alle an ausgesprochenen Skoliofen leidenden Kinder sind von der Teilnahme an dem Sondernturnen auszuschließen und später nach Einrichtung des Krüppelheims der Spezialbehandlung dort zuzuwenden. Für die Einrichtung der Sondernturnkurse sind in einer Konferenz der Herren Sanitätsrat Dr. von Holtwebe, Dr. med. Schlee und Oberturnlehrer Somburg mit dem Schuldirektor Professor Dr. Rehkuh folgende Gesichtspunkte aufgestellt worden:

1. Der Unterricht wird erteilt von Lehrerinnen, die für diesen Zweck von dem Spezialarzt Dr. med. Schlee vorgebildet werden.

2. Es dürfen nicht mehr als 10 Kinder gleichzeitig unterrichtet werden.

3. Die Aufsicht über den Unterricht führt ein Spezialarzt (gegenwärtig würde Herr Dr. med. Schlee damit zu beauftragen sein).

4. Ueber die Dauer der Teilnahme an den Kursen läßt sich im voraus eine Bestimmung nicht treffen. Im Einzelfalle würde darüber der aufsichtführende Arzt zu entscheiden haben. Aus diesem Grunde ist eine vierteljährliche Kontrolle nötig.

5. Um die Erfolge zu sichern, sind die Klassenlehrer zu instruieren, auf die Haltung der in den Sonderkursen befindlichen Kinder auch während des Schulunterrichts besonders achtzugeben, und es ist der Versuch zu machen, auch die Eltern der Kinder dafür zu interessieren. Den Eltern wie den Lehrern würde ein Merkblatt zu behändigen sein, welches ihnen entsprechende Anhaltspunkte gibt.

Die 60 Vernanfänger, welche gegenwärtig für die Turnkurse in Betracht kommen, würden zu unterrichten sein in 6 Kursen in je 3 Stunden wöchentlich, die für ausreichend erachtet werden. Zur Erteilung des Turnunterrichts würden 6 Hilfslehrerinnen zur Aushilfe anzunehmen sein, da die im Amte befindlichen Turnlehrerinnen alle voll beschäftigt sind.

Die aus den Sonderturnkursen bis Ostern nächsten Jahres entstehenden Unkosten berechnen sich darnach wie folgt:

für 6 Hilflehrerinnen, welchen die Stunde mit je 1 M vergütet wird	224 M
für den kontrollierenden Arzt für Untersuchung von etwa 160 Kindern, Ausbildung der Lehrerinnen, und für zweimalige Kontrolle	300 M
Kleinere Ausgaben (z. B. für Vorrichtungen, die dazu dienen, die Kinder etwas auf dem Kopfe tragen zu lassen) .	20 M

Sa. 544 M

Meine Herren! Nach der Bedeutung, die — wie ich Ihnen vorhin auseinandersetzte — die Rückgratsverkrümmungen haben, die in der schweren Schädigung der damit Behafteten in dem erwerbsfähigen Alter besteht, haben die städtischen Behörden die Pflicht, nach ihren Kräften der Entwicklung dieser Krankheit vorzubeugen. Wenn noch im Berichte des Stadtarztes vom Schuljahr 1905/06 ausgeführt wurde: „Selbstverständlich ist es nicht Sache der Schule, etwa für die fallenden Kosten einzutreten“, so können m. E., da der Weg der Selbstbehandlung durch die Eltern sich nicht als gangbar gezeigt hat, und schon zahlreiche Gemeindeverwaltungen seit Jahren mit diesem Grundsatz auch bei anderen krankhaften Zuständen (ich erinnere nur an die Schulzahnkliniken) gebrochen haben, auch unsere städtischen Behörden sich der notwendigen unentgeltlichen Einrichtung der Turnkurse nicht entziehen.

Für diejenigen Herren, die prinzipiell auf dem Standpunkte stehen, man solle nicht an Stelle der Eltern die Kosten für die Behandlung kranker Schulkinder tragen und dadurch den Eltern das Verantwortlichkeitsgefühl für ihre Familie abnehmen, bemerke ich, daß es sich hier weniger um Heilung, als vielmehr um Verhütung von Krankheiten handelt, die die Stadtverwaltung, z. B. bei Bewilligung von Zuschüssen für die Ferienkolonien, Waldspiele, Verpflegung im Seehospiz, Einrichtung der Säuglingsfürsorge, schon seit Jahren als ihre Pflicht angesehen hat.

Wenn Sie ferner noch bedenken, meine Herren, daß für solche Kinder das gewöhnliche Turnen nicht nur nicht nützlich, sondern häufig als direkt schädlich zu bezeichnen ist, so erscheint es vollkommen gerechtfertigt, sogar geboten, daß wir dieses Sonderturnen, ebenso wie für die anderen Kinder das gewöhnliche Turnen, auf Rechnung der Stadt ausführen lassen, und daß es für diese Kinder mit schlechter Haltung ebenso obligatorisch ist, wie jenes für die andern. Auf Widerstand von seiten der Eltern werden wir kaum stoßen, im Gegenteil, auf Dank, da es ja bisher auch für die unbemittelten Kinder stets mit hohen Kosten

verknüpft war, die Rückgratsverkrümmung bei den dazu Neigenden zu verhüten.

Die Schulkommission hat deshalb beschlossen, den geehrten Herren die Bewilligung der geforderten 544 *M* für das laufende Jahr und die Einstellung von 1000 *M* in den Voranschlag für nächstes Rechnungsjahr zu empfehlen.

Die Zustimmung wird ausgesprochen.

IX. Kanalisation der Waterloostraße.

Der Stadtmagistrat ersucht, sich mit der durch den beschlossenen Ausbau nötig werdenden Kanalisation der Waterloostraße und mit der Verlegung des die Vorflut bildenden Kanals in der geplanten Straße 97 einverstanden zu erklären. Er ersucht ferner, die Kanalisationskosten

bezüglich der geplanten Verbindungsstraße 97 zwischen Hagenring und Waterloostraße und der Waterloostraße zwischen Heinrich- und Wabestraße zu Lasten des laufenden Voranschlags, und

bezüglich der beiden Strecken: Waterloostraße zwischen Wabestraße und den geplanten Straßen 107/108 und Waterloostraße zwischen den geplanten Straßen 107/108 und Karlstraße aber zu Lasten des nächstjährigen Voranschlags der Kanalbaukasse zu verwilligen.

Die Baukommission, namens welcher Herr F r i e d e berichtet, empfiehlt, zuzustimmen, was von der Versammlung auch geschehen ist.

X. Verglasung der Fenster im östlichen Gewandhausgiebel, Reinigung des Giebels usw.

Die Handelskammer — Nutznießerin des Gewandhausgrundstücks — erbittet die Genehmigung, die im östlichen Gewandhausgiebel vorhandenen Fenster, welche eine unpraktische Verglasung haben, mit einer zweckentsprechenden neuen Verglasung versehen zu dürfen.

Der Stadtmagistrat ersucht um Zustimmung dazu, daß

1. sämtliche Fenster des östlichen Vorbaues des Gewandhauses nach Art eines Probefensters verglast werden,
2. die Reinigung des Giebels in der von der städtischen Bauverwaltung empfohlenen Weise im Frühjahr k. J. nebst etwaigen Ausbesserungen ausgeführt wird und zwar, da die Arbeit als notwendige Unterhaltung nicht wohl angesehen werden kann, zu Lasten der Kammereikasse, und
3. die endgültige Bemalung der Fensterrahmen erst nach Ausführung der Reinigungsarbeiten nach näherer Anweisung der städtischen Bauverwaltung ausgeführt wird.

Herr Fr ü h l i n g berichtet namens der Baukommission. Diese gibt Zustimmung anheim. Die Versammlung beschließt antragsgemäß.

XI. Aenderung der Baulinien für verschiedene innenstädtische Straßen.

Diese Sache wird, weil nicht vorberaten, von der Tagesordnung abgesetzt.

XII. Errichtung einer provisorischen Osterbrücke.

Der nördlich der Eisenbütteler Mühlen gelegene Mühlengarten liegt so tief, daß er bei Hochwasser regelmäßig überflutet wird. Der hohe Wasserstand beeinträchtigt auch sonst die Bewirtschaftung und die Ertragsfähigkeit dieses Gartens. Zur Beseitigung dieser Nachteile soll das Gartengelände unter Verwendung der neben dem Scherbelberge gelegenen Schutt- und Müllmassen um etwa 1 m erhöht werden. Eine provisorische Brücke kann unschwer aufgestellt werden. Die Aufschüttungsarbeiten, welche von Beschäftigungslosen geleistet werden könnten, werden etwa 2000 M., der Bau der Brücke anschlagsmäßig 1400 M Kosten verursachen. Herzogliche Polizeidirektion hat den Bau der Brücke unter den nachfolgenden Bedingungen, welche dem Stadtmagistrat zu Bemerkungen einen Anlaß nicht geben, genehmigt:

1. Der Fuß der Aufschüttung kommt in die auf dem Lageplan eingezeichnete, rot punktierte Linie zu liegen, so daß längs des Uferrandes der Oster eine angemessene Fläche des Gartens in seiner jetzigen Höhenlage nicht verändert wird.

Die Absteckung der rot punktierten Linie geschieht im Einvernehmen mit der Herrschaftlichen Wasserbauverwaltung.

2. Sollte es in Rücksicht auf die Abführung des Hochwassers nötig erscheinen, das auf der Fläche zwischen dem Fuße der Aufschüttung und dem Uferrande befindliche niedrige Strauchwerk usw. zu beseitigen, so wird solches die Stadt ohne Entschädigung auf ihre Kosten beschaffen lassen.

3. Für etwaige Beschädigungen der Ufer infolge der Einengung des jetzigen Hochwasserprofils hat die Stadt aufzukommen.

4. Die projektierte interimistische Arbeitsbrücke wird nach Maßgabe der zugehörigen Zeichnung im Einvernehmen mit der Wasserbauverwaltung hergestellt und demnächst wieder abgebrochen.

Für den öffentlichen Verkehr bleibt die Brücke gesperrt. Die lichte Höhe des Brückenplanums über dem Zielwasser, also bis Unterkante Brückenbalken, ist auf 2,60 m zu bemessen.

5. Für Herstellung der Brücke bedarf es der Genehmigung des Stadtbauamts.

Der Stadtmagistrat ersucht, zuzustimmen, daß die vorgedachten Arbeiten ausgeführt und die Kosten (3400 *M*) zu Lasten des Ausgleichsfonds gebucht werden.

Herr K i e f e: Im Auftrage der Baukommission empfehle ich, die Vorlage anzunehmen. Persönlich hätte ich auch ohne die magistratsseitige Begründung zugestimmt, da die Stadt ein Interesse hat, das betreffende Grundstück ertragsreicher zu machen. Ich bitte den Magistrat, auf größere Notstandsarbeiten Bedacht zu nehmen, da diese 2000 *M* nicht hinreichen werden, um Arbeitslosen Beschäftigung zu verschaffen.

Die Versammlung beschließt darauf den Magistratsanträgen gemäß.

XIII. Ankauf einer Fläche zur Verbreiterung des Rattreppeln.

Unter Uebersendung des notariellen Kaufvertrags ersucht der Stadtmagistrat um die Zustimmung zu dem Ankaufe derjenigen Fläche in einer Größe von 18,9 qm, welche von dem Hamburgerischen Grundstücke Rattreppeln 25 zur Straße abzutreten ist. Der Kaufpreis ist auf 274 *M* für 1 qm (d. i. der vom Verkäufer gezahlte Selbstkostenpreis), also auf 5178 *M* 60 *S* für die ganze Fläche, vereinbart.

Namens der Baukommission, für welche Herr R o c h berichtet, wird empfohlen, dem Ersuchen des Stadtmagistrats zu entsprechen.

Herr Oberbürgermeister K e t e m e y e r regt an, Beschluß darüber zu fassen, ob etwa die aufzuwendende Summe aus dem Ausgleichsfonds zu bestreiten sei. Ein hierauf bezüglicher Beschluß des Stadtmagistrats liege zwar noch nicht vor, er persönlich halte es aber für zulässig und zur Verhütung einer Vermehrung der Schulden für wünschenswert, die Mittel des genannten Fonds für innenstädtische Straßenverbreiterungen zu verwenden.

Der V o r s i e h e n d e warnt davor, den Ausgleichsfonds bei n o t w e n d i g e n Ausgaben heranzuziehen.

Herr M e y e r h o f f: Ich halte diese Verbreiterung im Verkehrsinteresse für nötig.

Herr Oberbürgermeister K e t e m e y e r: Es ist fraglich, ob wir gezwungen sind, derartige Ausgaben durch Anleihen zu decken. Da der Ausgleichsfonds zurzeit 1 000 000 *M* enthält, so würden wir ihn nicht übermäßig belasten. Man wird sich von Fall zu Fall schlüssig zu machen haben.

V o r s i e h e n d e r: Ich mache auf die Konsequenzen aufmerksam, die sich daraus ergeben, wenn der Ausgleichsfonds als Mädchen für alles behandelt wird.

Herr W o l t e r s: Ich bin bereit, darauf von Fall zu Fall einzugehen.

Herr Leue: Darüber, was notwendig und was wünschenswert ist, gehen die Ansichten sehr auseinander. Ich würde dafür stimmen, den Ausgleichsfonds heranzuziehen.

Herr Meyerhoff: Weshalb soll die jetzige Generation alles tragen, was späteren Generationen in 100 Jahren zugute kommen wird? Ich bin der Meinung, daß von Fall zu Fall beschlossen wird; aber festlegen möchte ich mich nicht.

Vorsitzender: Ich nehme an, daß die Herren einverstanden sind; einen Präzedenzfall möchte ich aber nicht geschaffen sehen.

Die Versammlung stimmt der Vorlage zu.

XIV. Stromabgabe vom Lichtwerk an Einwohner in benachbarten Dorfgemeinden.

Die Straßeneisenbahngesellschaft hat beantragt, ihr die Abgabe von Strom aus ihrem Lichtwerke an die Einwohner der benachbarten Dorfgemeinden zu gestatten. Wenngleich der Konzessionsvertrag vom 16. Juni 1898 nicht vorsieht, daß die Ausdehnung des Betriebs des Lichtwerks über die Grenzen des Stadtgebiets hinaus nur mit Zustimmung des Stadtmagistrats zulässig sein soll, so folgt dies doch, wie auch die Straßeneisenbahngesellschaft nicht bestreitet, aus dem Sinne des Vertrags und insbesondere aus dessen Vorschriften über die eventuelle stadtseitige Uebernahme des Lichtwerks. Abgesehen von der sich aus der Ausdehnung des Betriebs ergebenden Steigerung der Einnahmen sowohl der Gesellschaft als auch der Stadt spricht für die Zulassung der Ausdehnung hauptsächlich die Erwägung, daß durch diese eine lästige Konkurrenz ferngehalten wird. Der Stadtmagistrat hält daher für zweckmäßig, behuf Sicherung der Rechte der Stadtgemeinde dem Antrage unter folgenden Bedingungen stattzugeben:

1. Jede auswärtige Kabelverlegung (ober- und unterirdisch) bedarf der schriftlichen Genehmigung der unterzeichneten Behörde, der zuvor ein entsprechender Lageplan einzureichen ist.

2. Die Preise für Strom dürfen nicht niedriger bemessen werden als diejenigen, welche nach den von den städtischen Behörden genehmigten Lieferungsbedingungen hiesige Privatabnehmer zu zahlen haben.

3. Von den aus der Stromabgabe erzielten Einnahmen sind die gleichen Abgaben an die hiesige Stadt zu zahlen, welche von den hier eingehenden Einnahmen zu entrichten sind.

4. Die Anlagekosten sind — soweit sie nicht etwa von dritter Seite übernommen werden — aus den Betriebseinnahmen zu bestreiten; ihre Zuschrei-

bung zu dem bei Uebernahme des Lichtwerks stadtseitig zu zahlenden Anlagekapitale ist ausgeschlossen.

5. Uebernimmt die Stadt das Lichtwerk, so sind ihr die sämtlichen in Rede stehenden auswärtigen Anlagen (Kabel, Hausanschlüsse, Zähler usw.) auf ihren Antrag gegen Erstattung des Wertes zu überlassen, den diese Anlagen alsdann haben werden. Wird über die Bemessung des Wertes eine Einigung nicht erzielt, so wird derselbe von 3 Sachverständigen festgestellt, die zu ernennen Herzogliche Kreissdirektion Braunschweig ersucht werden soll.

6. Ohne schriftliche Genehmigung des Stadtmagistrats darf — abgesehen von Delper — in keinem vom Lichtwerke aus mit Strom versorgten Orte seitens der Straßeneisenbahngesellschaft aus einer anderen Stromquelle elektrische Energie abgegeben werden.

7. Die Stadt ist berechtigt, bei Uebernahme des Lichtwerks als Lieferantin in die dann laufenden Lieferungsverträge einzutreten. Beim Abchlusse solcher Verträge, deren Dauer ohne Genehmigung des Stadtmagistrats den Zeitraum von 5 Jahren nicht überschreiten darf, hat die Straßeneisenbahngesellschaft auf die vorstehende Vertragsbestimmung Rücksicht zu nehmen; etwa schon laufende Verträge sind entsprechend zu ergänzen, sobald die Straßeneisenbahngesellschaft dazu imstande ist.

Um Zustimmung wird die Stadtverordnetenversammlung ersucht.

Herr Fr ü h l i n g berichtet namens der zustimmenden Baukommission. Sie empfiehlt jedoch bei Nr. 5 der Bedingungen folgenden Zusatz:

Dabei wird jedoch vorbehalten, daß der für die Anlagen zu erstattende Betrag die aufgewandten Anlagekosten abzüglich eines Abzugs von jährlich 3 Prozent nicht übersteigen darf.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e h e r: Die Stadt hat ein Interesse, die Kontrolle darüber auszuüben, ob das Lichtwerk seine Betriebseinnahmen nicht zu anderen Zwecken verwendet, als der Regel entspricht.

Die Entschließung darüber, ob diese auswärtigen Kabelanlagen an uns abgetreten werden sollen, müssen wir uns vorbehalten.

Die Versammlung genehmigt die Vorlage und die Bedingungen — mit dem Zufuge. —

XV. Anfrage Jasper: Beerdigungen betreffend.

Ist dem Magistrat bekannt, daß auf dem Zentralfriedhofe eine Leiche, deren Beisetzung für Mittwoch, den 1. Dezember, vorgesehen war, bereits Dienstag, den 30. November, ohne Zuziehung der Beteiligten bestattet wurde? Was gedenkt der Magistrat zu tun, um für die Zukunft derartigen Vorkommnissen zu beugen?

Die fragliche Leiche, welche von der Nebenkapelle aus am Mittwoch beerdigt werden sollte, ist bereits am Dienstag beigelegt. Die Leidtragenden kamen mit dem Geistlichen am Mittwoch auf dem Zentralfriedhofe an und erfuhren dort von der bereits erfolgten Beisetzung. Für die Angehörigen war dieses furchtbar peinlich. Es mußte die Gruft aufgeschauelt werden, wo dann, als der Sarg sichtbar war, die Kränze auf den Sargdeckel gelegt werden konnten. Ich möchte eine Erklärung vom Magistrat darüber erbitten, ob ein Verschulden des Beamten vorliegt. Ich wünsche, eine Aufklärung zu haben, ob das gedachte System zu ändern ist und unter welchen Vorschriften eine derartige Bestattung vor sich gehen kann.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Die Tatsache ist nach dem, was ich erfahren habe, richtig. Unrichtig ist es, daß ein Verschulden einem Magistratsbeamten zur Last fällt, da Magistratsbeamte auf dem Bureau nicht beschäftigt werden. Die Beamten des Stadtkirchenbuchamts sind Beamte des Kirchenverbandes. Wir stellen allerdings regelmäßig, abgesehen von dem Kirchenbuchführer Otte, jüngere Schreiber zur Verfügung, die dann später in den städtischen Dienst übernommen werden können. Der Kirchenbuchführer Otte hat sich durch den Artikel verletzt gefühlt, ihn kann aber kein Verschulden treffen. Die Angehörigen hatten einem Tischlermeister, den ich hier nicht nennen möchte, beauftragt, die sämtlichen Besorgungen zu machen. Dieser ist im Bureau erschienen und hat das Begräbniß angemeldet. Es wurde ihm eröffnet, das Begräbniß findet am Dienstag statt; dreimal wurde ihm gesagt: „am Dienstag findet es statt.“ Irrt sich nun der Mann und sagt den Leidtragenden, das Begräbniß findet am Mittwoch statt, so kann doch den Beamten kein Verschulden treffen. Man konnte ja schließlich, wenn zu besorgen wäre, daß solche Fälle sich wiederholen möchten, es dem Boten schriftlich geben. Aber auch dann kann ein Irrtum vorkommen. Den Beamten muß ich hiernach in Schutz nehmen, ihm kann kein Vorwurf gemacht werden.

Der Bericht des Herrn Otte ist übrigens an die Friedhofs-Deputation gelangt, die sich mit der Sache weiter befassen wird.

XVI. Antrag Kleinknecht u. Gen., Bekämpfung der Tuberkulose betr.

Die Versammlung bittet den Magistrat, in eine nähere Prüfung der Frage einzutreten, ob sich die Errichtung einer oder mehrerer Auskunft- und Fürsorgeanstalten zur Bekämpfung der Tuberkulose empfiehlt, eventuell der Versammlung eine entsprechende Vorlage zu machen.

Diese Sache wird der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen.

Schluß der öffentlichen Sitzung 6¼ Uhr.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 13. Januar 1910.

Tagesordnung:

I. Abtretung von Flächen zum Ausbau der Glückstraße	Seite 434
II. Verbesserung der Straßenbeleuchtung	" 434
III. Errichtung einer Turnhalle für die Schule am Schulwege	" 436
IV. Aufnahme eines Prozesses	" 439
V. Einführung des Besuchszwanges bei der städtischen Fortbildungsschule	" 440
VI. Antrag des Gewerkschaftskartells wegen Vinderung der Arbeitslosennot usw.	" 475
VII. Vermehrung der Hilsschreiberstellen	" 489

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister K e t e m e h e r, Bürgermeister M e h e r und Stadträte v o n F r a n k e n b e r g, S e e l e, W a g n e r, L o r d und S c h ö t t l e r, sowie als Kommissar des Magistrates Herr Schuldirektor Professor Dr. R e h f u h.

Entschuldigt die Herren B u c h l e r und R a l m s.

Vorsitzender, Herr H a u s w a l d t: Ich eröffne die Sitzung. Wir sind zum ersten Male im neuen Jahre hier versammelt; ich wünsche Ihnen daher von Herzen Glück und spreche den Wunsch aus, daß unsere Arbeiten auch im Jahre 1910 unserer Vaterstadt zum Heil und Segen gereichen mögen.

Eingegangen sind:

1. ein Bittgesuch des Inhabers des hiesigen Wach- und Schließinstituts, betreffend den Nebenerwerb der städtischen Nachtwächter und Nachtwächterkontrollen während ihrer Dienstzeit; ich überweise dieses Gesuch der Statutenkommission zur Vorberatung.
2. eine Einladung des Verbandes der Frauenvereine des Herzogtums zu einem Vortrage von Fräulein Anna Pappritz aus Berlin am 19. d. Mts. in der Saale des Altstadtrathhauses über die Wohnungsnot und ihre Folgen.
3. eine Eingabe des Gartenbauvereins, die Fortbildungsschule betreffend. Da eine gleiche Eingabe auch an den Magistrat gerichtet ist, so lege ich das für uns bestimmte Exemplar zu den Akten. —

Wie Sie sich erinnern werden, haben wir am Schlusse der letzten öffentlichen Sitzung am 9. Dezember 1909 eine vertrauliche Sitzung gehabt, in der uns von seiten des Magistrates eine Reihe von Mitteilungen gemacht wurde. Bevor dies geschah, hatte der Magistrat gebeten — und ich habe damals das Ersuchen unterstützt — diese vertrauliche Sitzung ganz vertraulich zu behandeln und über die zu machenden Mitteilungen nicht zu sprechen. Um so mehr war ich erstaunt, als ich am anderen Tage in den hiesigen „Neuesten Nachrichten“ über den einen Punkt einen genauen Bericht vorfand. Wir sind uns wohl alle darüber einig, daß uns leider kein Machtmittel zur Verfügung steht, einen derartigen Vertrauensbruch festzulegen, aber auch darüber, daß wir dieses Vorkommnis aufs tiefste bedauern und aufs schärfste verurteilen. (Zustimmung.)

Sodann ist ein Schreiben des Magistrates vom 10. d. Mts. eingegangen, das ich hier vorlesen möchte. Das Schreiben lautet:

„Durch Verfügung vom 23. November 1909 hat sich Herzogliches Staatsministerium grundsätzlich damit einverstanden erklärt, daß von der Herzoglichen Polizeidirektion — und zwar schon für die bevorstehende Wintermesse im Februar 1910 — aus polizeilichen, insbesondere feuerpolizeilichen Gründen ein Verbot des ferneren Aufbaus von Meßbuden in der Innenstadt erlassen werde, während zugleich die Abhaltung des Topfmarktes in der üblichen Weise an der bisherigen Stelle als unbedenklich bezeichnet ist. Eine auf Höchste Anordnung veranlaßte nochmalige Erwägung hat die zuständigen staatlichen Dienststellen in der Ansicht bestärkt, daß es nicht angängig sei, die in Betracht kommenden öffentlichen Plätze auch fernerhin, ohne daß feuer- und verkehrspolizeiliche Bedenken bestehen, zur Aufstellung von Meßbuden freizugeben.

Auch wir haben uns trotz mancher Rücksichten, die für ein Fortbestehen der Messe in der Innenstadt sprechen würden, der Ueberzeugung nicht verschließen können, daß die polizeiliche Verjagung der Erlaubnis zum Aufbau von Meß-

buden in der Innenstadt aus feuerpolizeilichen Gründen geboten sei. Wir haben es aber im Laufe der Verhandlungen, um vielfach bis in die neueste Zeit hervorgetretenen Äußerungen nach Möglichkeit entgegen zu kommen, als erwünscht bezeichnet, wenn der Aufbau der Messbuden an anderer Stelle außerhalb der Innenstadt erfolge. Da wegen der Förderung der Volks- und Jugendspiele weder der Kleine Exerzierplatz noch der Leonhard- oder der überdiß viel zu kleine Amalienplatz zu dem fraglichen Zwecke geeignet war, so ist es uns im Einvernehmen mit den Staatsbehörden als die einfachste und zweckmäßigste Lösung erschienen, Verkäufer, die in der Innenstadt nicht mehr ihre Verkaufsabsicht auf der Messe ausführen können, zu demselben Zwecke auf die Benützung des Schützenplatzes hinzuweisen, der voraussichtlich dafür ausreichen wird. Seitens der Schafferei des hiesigen Schützenwesens werden nach der uns vorliegenden Erklärung Bedenken gegen diese Benützung im Anschluß an das Abkommen vom 18. Juni 1897 nicht erhoben werden, und das Herzogliche Staatsministerium hat sich grundsätzlich damit einverstanden erklärt, daß das im Jahre 1897 zwischen der Zoll- und Steuerdirektion und uns wegen der Verlegung der Messviehmärkte vom St. Leonhardplatz nach dem Schützenhofe getroffene Uebereinkommen entsprechende Anwendung auf die künftig dorthin übersiedelnden Verkäufer findet.

Es wird daher bei der bevorstehenden Messe entsprechend verfahren werden.

Da Herzogliche Polizeidirektion eine Umarbeitung der jetzt noch geltenden Messordnung plant, so werden wir demnächst den Herren Stadtverordneten Gelegenheit zu einer gutachtlichen Äußerung über den Entwurf dieser neuen Messordnung geben. Wir haben uns aber, obwohl Mehrkosten aus der neuen Maßregel nach Abzug der Mehreinnahmen voraussichtlich nicht oder nur in geringem Umfange entstehen werden, für verpflichtet gehalten, den geehrten Herren über den Verlauf der Angelegenheit vorläufig die vorstehende Mitteilung zu machen."

Meine sehr geehrten Herren, gestatten Sie mir hierzu eine Bemerkung. Ich würde es für richtiger und gegen unsere Versammlung für rücksichtsvoller gehalten haben, wenn uns diese Mitteilung zu einer Zeit gemacht wäre, in der es der Versammlung noch möglich gewesen wäre, zu der Frage irgendwie Stellung zu nehmen; wir hätten dann unsere Ansicht noch in die Wagschale werfen können. Ich weiß sehr wohl, daß es sich dabei nur um Rat und Gutachten unsererseits hätte handeln können, da uns das Recht, bestimmend bei der Frage mitzuwirken, nicht zusteht. Es ist aber jedenfalls eine ganz verwunderliche Sache, daß das Aufhören der Messe in unserer Innenstadt dekretiert wird, ohne daß die gesetzlichen Vertreter der Stadt — und das sind wir hier — ein Wort dabei mitzusprechen haben. (Zustimmung.) Ich hoffe, in aller Ihrer Namen gesprochen zu haben. (Zustimmung.) —

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

Herr **W e i c h s e l** (zur Geschäftsordnung): Die Vorlage wegen Einrichtung einer städtischen Zwangsfortbildungsschule wird sehr lange Zeit in Anspruch nehmen. Da nun eine Reihe von Punkten auf der Tagesordnung stehen, die einen Aufschub nicht erleiden können, so möchte ich beantragen, die vom Magistrate als eilig bezeichneten Sachen vorweg zu nehmen.

Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden.

I. Abtretung von Flächen zum Ausbau der Glückstraße.

Die mit den Erben des Maurermeisters Emil Etege als Eigentümern einer Fläche an der Glückstraße gepflogenen Verhandlungen zum Zwecke einer gütlichen Vereinbarung über die von der Stadt Braunschweig zu leistende Entschädigung haben dahin geführt, daß die 1,83 a große Fläche der Stadt zum Einheitspreise von 12 *M* pro qm überlassen werden soll. Da dieser Preis dem Magistrate angemessen erscheint, so ersucht er, dem abgeschlossenen Vergleiche zuzustimmen,

was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr **R i e f e** berichtet, geschieht.

II. Verbesserung der Straßenbeleuchtung.

Auf Empfehlung der Deputation zur Verwaltung der städtischen Licht- und Wasserwerke unterbreitet der Magistrat der Versammlung folgende Anträge wegen Verbesserung der Straßenbeleuchtung:

1. Aufstellung einer Randalaberlaterne auf dem Promenadenwege des Hohetortwalles, der zwischen den beiden Fahrbahnen läuft und jetzt jeder Beleuchtungsanlage entbehrt. Die Anlagekosten sind zu 180 *M* veranschlagt, die jährlichen Betriebskosten betragen 70 *M*.

2. Zur Beleuchtung des neu hergestellten Verbindungsweges zwischen der Straße am Magnitore und dem Löwentwall soll

a) in der Nähe des Einganges zur Gewerbeschule eine Gaslaterne aufgestellt und bis zu dieser vom Löwentwalle her ein 60 m langes Gasrohr verlegt werden. Anlagekosten 270 *M* und Betriebskosten jährlich 70 *M*.

b) Unter dem Mittelbogen des Verbindungsbauwes zwischen Museum und Stadtbibliothek soll eine 50 kerzige elektrische Metallfadenslampe angebracht werden, deren Anlagekosten (100 *M*) bereits mit den Kosten für das Archiv verwilligt sind. Es wird sich empfehlen, diese zur Beleuchtung des Hauseinganges bestimmte Laterne ebenso lange wie die Straßenlaternen brennen zu lassen, wodurch an Kosten jährlich 116 *M* erwachsen.

3. Inbetriebsetzung einer schon aufgestellten Gaslaterne in der Diestertwegstraße, an deren Westseite ein Haus errichtet, und die von dem Personale der

benachbarten Fabrik von Amme, Giesecke & Ronegen schon jetzt vielfach benutzt wird. Betriebskosten jährlich 70 M.

4. Ausdehnung der Brennzeit der von der Lichtanlage der Abwässer-Pumpstation gespeisten elektrischen Glühlampe an der Uferstraße (gegenüber der Einmündung des Hasenwinkels, der jetzt von Nachtwächtern begangen wird) während der ganzen Nacht. Betriebskosten jährlich 55 M.

5. Inbetriebsetzung der Gaslaterne im Schloßgarten in der Nähe des Verbindungsweges zwischen Bohlweg und Ritterbrunnen in den Abendstunden bis zum Verschließen des Tores am Ritterbrunnen. Die Betriebskosten betragen jährlich 37,50 M. Das Auslöschfen der Laterne soll vom Toreschließer kostenlos besorgt werden.

Die gleichzeitig beantragte Inbetriebsetzung von zwei Laternen in der Karl Schmidt-Straße regelt sich nach dem mit dem Unternehmer abgeschlossenen Vertrage.

Es wird anheimgegeben, der unter 1 bis 5 erwähnten Erweiterung der städtischen Straßenbeleuchtung unter Verwilligung der oben gedachten Anlage- und Betriebskosten zuzustimmen.

Die Deputation hält daneben für zulässig, daß, nachdem auf den beiden Rettungsfinseln an der Nordseite der Paulikirche vier Hängelichtlaternen angebracht und in Betrieb gesetzt sind, die daselbst vorhandenen Randalaberlaternen dauernd außer Betrieb gesetzt werden. Dieselben sind bei der dort herrschenden Lichtfülle schon jetzt einstweilen nicht angezündet. Der Magistrat ersucht, auch diesem Vorschlage zuzustimmen.

Namens der Finanzkommission gibt Herr W o l t e r s anheim, die Vorlage in allen Punkten gutzuheißen.

Zu 2 b der Vorlage bemerkt Herr L ü b k e: Es will mir scheinen, als ob eine 50 kerzige elektrische Metallfadenlampe als Straßenlaterne etwas dürrig wäre und mindestens eine 300 kerzige Lampe angebracht werden müßte; ich möchte deshalb beantragen, eine 300 kerzige Lampe aufzustellen.

Herr W o l t e r s: Die 50 kerzige Lampe ist deshalb gewählt, weil in deren allernächster Nähe noch verschiedene andere Straßenlaternen stehen, so daß die Lampe dort ausreichend erscheint.

Herr R o c h: Ich halte aus diesem Grunde die 50 kerzige Lampe auch für ausreichend.

Herr M e y e r h o f f: Es war zuerst ein Randalaber vorgesehen, da ein solcher aber sehr schlecht dort anzubringen ist, so haben wir vorgeschlagen, in der Mitte des Kreuzgewölbes eine elektrische Lampe einzuhängen. Wenn in dem Torbogen eine 50 kerzige Lampe hängt, so genügt das. Also nur die Not hat uns veranlaßt, dort eine Hängelampe anzubringen.

Herr L ü b k e: Eine 50 kerzige Lampe ist in der freien Natur recht wenig, und wenn ich wünsche, daß dieser Torbogen etwas heller beleuchtet werde, so ist dabei hauptsächlich die Befürchtung maßgebend gewesen, daß sich dort bei mangelhafter Beleuchtung Unrat ansammeln kann. Je mehr Licht Sie bewilligen, desto mehr arbeiten Sie diesem Mißstande entgegen.

Herr W o l t e r s: Wenn sich solcher Uebelstand herausstellen sollte, so wird man dem Vorschlage des Herrn L ü b k e später immer noch Folge leisten können. Da die Anlage für eine 50 kerzige und eine 300 kerzige Lampe dieselbe ist, so möchte ich empfehlen, zunächst es bei der 50 kerzigen Lampe zu lassen. Man kann später immer noch eine andere Lampe einschrauben; die eine kostet 4,50 M., die andere 8 M.

Der Antrag L ü b k e wird darauf abgelehnt und die Magistratsvorlage auch bezüglich der übrigen Punkte angenommen.

Herr W e i c h s e l: Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch folgendes zur Sprache bringen: Die neuen Preßgasandelaber sind wohl sehr schön, aber man sollte trotzdem versuchen, die unnötige Aufstellung solcher Masten zu vermeiden. Auf dem Hagenmarkte findet sich ein kleines Kuriosum, indem 1½ m von dem Maste der Straßenbahn entfernt sich ein Mast für die Preßgasbeleuchtung vorfindet. Das ist eine Belästigung der Anlieger, die zugleich unästhetisch wirkt. Es würde doch wohl leicht gewesen sein, mit der Straßenbahn zu vereinbaren, daß die Preßgaslampe mit an dem Straßenbahnmaste angebracht wurde.

Herr Oberbürgermeister K e t t e m e h r: Wenn auch nicht wegen dieser, so doch wegen einer anderen Stelle ist mit der Straßenbahngesellschaft wegen der Mitbenutzung ihrer Masten verhandelt worden, aber die Verhandlungen sind gescheitert, weil die Gesellschaft bestimmte Forderungen wegen der Uebernahme der Haftpflicht gestellt hatte, auf die einzugehen uns bedenklich erschien. Deshalb tun wir gut, unabhängig zu bleiben, zumal die Stelle eines Straßenbahnmastes einmal geändert werden kann und wir dann nicht wissen, was wir machen sollen, denn wir können doch nicht verlangen, unserer Laterne wegen den Mast an seiner Stelle zu belassen. Es ist also besser, wir bleiben selbständig und behalten unsere eigenen Masten.

III. Errichtung einer Turnhalle für die Schule am Schulwege.

Die städtische Bauverwaltung legt das Projekt über die Errichtung einer Turnhalle für die mittlere Mädchenbürgerschule am Schulwege zur Genehmigung vor und bemerkt, daß für die Bauarbeiten 52 000 M und für die innere Einrichtung 4450 M aufzuwenden seien. Der Magistrat gibt anheim, der Ausführung des Projektes zuzustimmen und die Kosten aus dem Ausgleichsfonds zu bewilligen.

Herr Fr ü h l i n g: Wenn es uns auch schwer fallen mag, immer Geld für Turnhallen auszugeben, so müssen wir der Vorlage doch zustimmen, weil wir dem Bedürfnis folgen müssen. Außer dieser hat nur noch die Schule am Südklinte keine Turnhalle. Die Baukommission hält die Anlage dem Plane gemäß für zweckmäßig und befürwortet die Genehmigung der Vorlage.

Herr K l e i n f n e c h t: Wie mir bekannt, ist bei den letzten Turnhallen immer ein Fußboden aus Beton gewählt mit einem Belag von Korflinoleum, und auch hier wird beabsichtigt, in gleicher Weise vorzugehen. Nun sieht solcher Fußboden wohl schön aus, aber für das Springen ist er nicht recht geeignet. Ich bin selbst früher ein sehr fleißiger Turner gewesen, aber zu meiner Zeit kannte man solche festen Fußböden in Turnhallen nicht. Damals wurde leider noch nicht so viel Rücksicht darauf genommen, daß sich in der Turnhalle kein Staub entwickeln solle, während man jetzt mit Recht den Hauptwert darauf legt, und dieser Forderung wird ja auch der feste Fußboden gerecht. Aber bei einem von mir in einer Turnhalle gemachten Springversuche habe ich gefunden, daß für die Füße der Unterschied gegen früher ein ganz erheblicher ist und zwar zu ungunsten der jetzigen Fußböden. Nun wird zwar beim Springen eine Federmatrache in einer Ausdehnung von 100 : 120 cm auf den Fußboden gelegt, und es springt sich darauf auch ganz gut. Beim einfachen Abspringen vom Reck mag die Matrache wohl zweckmäßig gelegt werden können, aber beim Pferdesprünge und beim Barren liegt sie nicht immer auf der richtigen Stelle, so daß der Turner nicht selten vorbeispringt. Außerdem sind solche Matten reichlich teuer. In der Turnhalle des Arbeitervereins an der Ehlernstraße habe ich einen weichen Fußboden angetroffen von lehmfreiem Sand, Sägespänen und Viehsalz. Diese Bestandteile werden gehörig gemengt, in richtiger Höhe aufgetragen und mit Wasser besprengt. Dort springt es sich wesentlich besser, als auf festem Fußboden. Stabspringen ist z. B. auf festem Fußboden ganz ausgeschlossen. Außerdem fällt bei weichem Fußboden das fehlende Geräusch beim Turnen angenehm auf.

Ein Haupterfordernis für den Fußboden einer Turnhalle ist nun, daß er nicht stäubt. Auch darüber habe ich mich informiert und gefunden, daß Stauben so gut wie ausgeschlossen ist, wenn der Belag nur ab und zu besprengt wird. Ich möchte nun an den Magistrat die Bitte richten, zu erwägen, ob nicht in einer Turnhalle einmal ein Versuch mit weichem Fußboden gemacht werden kann. Es heißt auch, in Turnhallen, die von Mädchen benutzt werden, sei es unangenehm, weichen Fußboden zu nehmen, dann könnte man ja eine Turnhalle wählen, die mehr von Knaben benutzt wird, wie z. B. die Halle an der Reichsstraße. Sollte der durchaus nicht kostspielige Versuch nicht gut ausfallen, so könnte hinterher immer noch fester Fußboden genommen werden.

Herr Oberbürgermeister K e t e m e h e r: Die Frage ist nicht nur vom Magistrate, sondern auch vom Schulvorstande der städtischen Bürgerschulen eingehend erwogen. Der Schulvorstand hat sich mehrere Male aus Anlaß von Anträgen mit der Frage befaßt, ist aber immer bei der Ansicht geblieben, daß ein fester Fußboden, speziell aber in diesem Falle der allein richtige sei. Während früher die Turnhallen durchweg weiche Fußböden (von Lohe) hatten, sind diese auf Antrag der Aerzte beseitigt worden. Gerade von dieser Seite ist dringend gewünscht worden, daß Fußböden hergerichtet werden möchten, die tunlichst staubfrei gehalten werden könnten, und so sehr man mit Hilfe des Zusatzes von Salz die Entwicklung von Staub nach Möglichkeit vermeiden kann, so läßt sich doch nicht leugnen, daß es nicht möglich ist, die Staubentwicklung bei losem Fußboden so hintanzuhalten, wie bei festem Fußboden. Bei streng sachgemäßer Behandlung eines losen Fußbodens läßt sich die Staubentwicklung wohl unterdrücken, aber dazu fehlt uns das Hilfspersonal, und Schuldiener und Heizer allein können es nicht machen, während weiteres Personal bei den jetzt schon hohen Kosten der Schulen nicht noch eingestellt werden kann. Außerdem handelt es sich hier um eine Mädchenschule. Der Schuldirektor hat besonders erklärt, er müßte die größten Bedenken haben, für eine Mädchenturnhalle weichen Fußboden zu nehmen. Da wir nun auch die Mädchen nicht über Pferde springen lassen, so sind doch wohl für Mädchenübungen die festen Fußböden das richtigste.

Wenn nun vielleicht gemeint wird, es empfehle sich, mit Rücksicht auf die privaten Turnvereine, die die Schulturnhallen mit benutzen, losen Fußboden zu nehmen, so bin ich der Ansicht, wir bauen die Hallen in erster Linie für unsere Schulen. Da der Schulvorstand ersucht, eine Turnhalle zu bauen, wie er sie für erforderlich hält, so kann die Stadtverwaltung nicht einfach sagen, wir verworfen das und bauen die Turnhalle nach unseren Wünschen, wenn sie auch den Standpunkt vertreten kann: wir bauen Euch überhaupt keine Turnhallen, wenn Ihr mit dem weichen Fußboden nicht zufrieden seid. Allein können wir uns die Entscheidung nicht beimessen und sagen, so wird die Halle gebaut, sondern es muß das im Einvernehmen mit dem Schulvorstande gemacht werden.

In zweiter Linie hat sich Herr Dr. Kleinfnecht auf die Schule an der Reichstraße bezogen. Mir ist im Augenblick nicht bekannt, wie dort das Verhältnis in der Zahl der Knaben zu den Mädchen ist, jedoch wird es wohl ungefähr dasselbe sein, wie in den übrigen Schulen, und auch bezüglich der dort zu errichtenden Turnhalle ist von der Versammlung beschlossen worden, einen festen Fußboden anzulegen, wobei es dann auch wohl oder übel wird verbleiben müssen. Wir haben hier nur zwei Turnhallen mit losem Fußboden, nämlich die Hallen des Arbeitervereins und des Männerturnvereins, an die eventuell die anderen Turnvereine verwiesen werden müssen. Ich erkenne ohne weiteres an, daß sich

die Springübungen auf festem Fußboden schwerer ausführen lassen, als auf losem, weise aber darauf hin, daß diese Uebungen in den Schulen im Sommer auf den Höfen stattfinden. In dem Umfange, wie das Springen in der Turnhalle geübt wird, genügt ein fester Fußboden vollständig.

Herr B ä h r: Bei dem Turnunterrichte kommt es wesentlich darauf an, daß in der Turnhalle jede Staubentwicklung möglichst vermieden wird; deshalb haben sich die festen Fußböden in dieser Beziehung bestens bewährt. Bei ununterbrochenem Betriebe in der Turnhalle während des Vormittags, ist bestimmt worden, daß einige Kinder mit einem großen, durch die ganze Halle reichenden feuchten Tuche nach jeder Stunde durch die Halle hinfahren, so daß der Staub dadurch entfernt wird. Das läßt sich bei losem Fußboden natürlich nicht machen, zumal die Turnhallen von morgens 8 bis 1 Uhr in allen Abteilungen fortwährend besetzt sind. Außerdem lassen sich die Bewegungsübungen auf festem Fußboden besser ausführen, als auf losem, auch sind die in genügender Zahl vorhandenen Matten so dick, so elastisch und so groß, daß dadurch jede stoßende Bewegung beim Springen vermieden wird.

Herr S e n k i n g: Vielleicht läßt sich beides miteinander verbinden. Das Springen ist entschieden angenehmer auf weichem Fußboden auszuführen; man könnte deshalb einige Quadratmeter Fußboden in jeder Turnhalle weich herstellen lassen und diesen Raum, der zeitweise besucht werden muß, zu den Springübungen benutzen. Die anderen Uebungen lassen sich aber entschieden besser auf festem Fußboden ausführen.

Die Magistratsvorlage wird hierauf angenommen.

IV. Aufnahme eines Prozesses.

Die Braunschweigische Aktienbierbrauerei Streitberg hat die Stadtgemeinde verklagt mit dem Antrage, die Stadt zu verurtheilen, anzuerkennen, daß der Klägerin als Eigentümerin des zu Eisenbüttel gelegenen Grundstücks Nr. ass. 5482 das Recht der Wasserkraft der Oker zur Hälfte als Betriebskraft für ein Triebwerk zusteht. Auf dem Grundstücke der Klägerin ist bis nach 1870 eine Lohmühle (Borkenstoßmühle) unter Benutzung der halben Wasserkraft der Oker betrieben, nachdem aber die Mühleneinrichtung entfernt worden. Der Magistrat ersucht, der Aufnahme des Prozesses zuzustimmen.

Herr W e i ß e l: Man kann diese Sache nicht beurteilen, ohne auf deren historische Entwicklung einzugehen. Die Eisenbütteler Mühlen haben eine interessante, aber ehrenvolle Vergangenheit hinter sich. Ursprünglich ein Herzogliches Regal, sind die Mühlen unter dem Sohne Heinrichs des Löwen dem Stifte St. Cyriaci zur Benutzung überwiesen, während das Stift sie an hiesige Bürger verpachtet hat. Das Rechtsverhältnis ist nicht im Erbenzinsrecht be-

handelt worden. Im Jahre 1580 sind die Mühlen an den Rat der Stadt Braunschweig gekommen, der eine der Mühlen der Lohgerberinnung gegeben hat, von welcher sie auch betrieben ist. Nachdem die Mühle bis zum Jahre 1870 in dieser Weise betrieben war, ist sie von da ab als Restaurationsgrundstück behandelt. Es fragt sich nun, ob man die Ansprüche der Brauerei Streitberg anerkennen oder den Prozeß aufnehmen und deren Rechte bestreiten will.

Die Statutenkommission hat die Sache beraten und ist der Ansicht, daß der Streitberg nicht berechtigt ist, Rechte auf die Wassernutzung geltend zu machen. In Frage kommt hierbei, ob die Brauerei ein solches Recht als Rechtsnachfolgerin der Lohgerberinnung erworben hat. Meiner Ansicht nach wird das nicht anerkannt werden können, denn mit der Uebertragung des Mühlengrundstücks ist nicht ohne weiteres auch die Wasserkraft übertragen worden, deren besondere Uebertragung aber nicht stattgefunden hat. Weiter kommt dabei in Frage, daß im Jahre 1870 die Mühleneinrichtungen aus dem Grundstücke entfernt sind, und nach den Vorschriften des Wassergesetzes darf man annehmen, daß durch die Entfernung solcher Einrichtungen ein Mühlenrecht ohne weiteres erlischt. Außerdem können seit dem Jahre 1867 Mühlenrechte nur noch durch Verleihung erworben werden. Endlich kommt noch in Frage, daß im Jahre 1885 wegen der Mühle ein Enteignungsverfahren geschwebt hat und dabei der Stadt die Mühlen-gerechtfame in Form der Wasserbetriebskraft zugesprochen ist. Daraus ist zu entnehmen, daß die Rechte an der Betriebskraft durch das Enteignungsverfahren erloschen sind. Die Statutenkommission gibt daher anheim, die Rechte des Streitbergs nicht anzuerkennen, sondern die Genehmigung zur Aufnahme des Prozesses zu erteilen.

Die Versammlung beschließt diesem Antrage gemäß.

V. Einführung des Besuchszwanges bei der städtischen Fortbildungsschule.

Der Magistrat hat der Versammlung folgende Vorlage zugehen lassen:

„Seit einigen Jahren sind wir der Einführung des Besuchszwangs für die städtische gewerbliche Fortbildungsschule näher getreten, weil wir die Ueberzeugung gewonnen haben, daß die Möglichkeit des freiwilligen Schulbesuchs in den meisten Fällen nicht genügt, und daß nur bei geregelter Pflichtbesuch allgemein auf befriedigende Ergebnisse des Unterrichts zu rechnen ist.

Mancherlei Schwierigkeiten standen jedoch der Maßregel im Wege: sie ergaben sich hauptsächlich aus der Abgrenzung der Schulpflicht, aus der Gestaltung des Lehrplanes, aus der Gewinnung geeigneter Lehrkräfte und aus dem Kostenpunkte.

Inzwischen haben sich die Verhältnisse so günstig gestaltet, daß wir die Ueberwindung dieser Schwierigkeiten für möglich und den Zeitpunkt für ge-

kommen halten, dem gewerblichen Fortbildungsunterricht in unserer Stadt die gewünschte neue, sichere Grundlage zu geben und am 1. April 1910 ein entsprechendes Statut in Kraft treten zu lassen.

1. Was die *A b g r e n z u n g* d e r *S c h u l p f l i c h t* betrifft, so bietet das Landesgesetz Nr. 84 vom 14. Dezember 1908 die willkommene Möglichkeit, den Besuchszwang zeitlich bis zum Schlusse desjenigen Schulhalbjahres, in dem das 18. Lebensjahr vollendet wird, und inhaltlich auf diejenigen jungen Leute auszudehnen, die nicht in einem gewerblichen, sondern in einem sonstigen Lehr-, Dienst- oder Arbeitsverhältnisse stehen (z. B. Schreiber bei Rechtsanwälten, Arbeiter und Lehrlinge in landwirtschaftlichen Gartenbetrieben und dgl.).

Wir haben in § 2 des Entwurfs diese Befugnis berücksichtigt, um dadurch den jugendlichen männlichen Arbeitern im weitesten Umfange einen Rückhalt für ihre Fortbildung zu geben, der den Handlungsgehilfen und Handlungslehrlingen schon durch das Statut Nr. 8 vom 3. Mai 1896 gewährt ist.

Zur Einführung des Zwangs nur für das Handwerk unter Außerachtlassung der übrigen gewerblichen Arbeiter konnten wir uns nicht entschließen, weil wir glauben, daß gerade den nicht von einem Lehrherrn beaufsichtigten jungen Leuten der Pflichtbesuch sehr dienlich sein wird.

Bedenklich schien uns die Ausdehnung des Besuchszwangs auf junge Leute, die nicht in der Stadt Braunschweig wohnen, sondern nur hier beschäftigt sind, oder die zwar hier wohnen, aber auswärts in Arbeit stehen. Für die erste Gruppe stößt der Schulbesuch auf Schwierigkeiten, weil es ihnen vielfach an Räumen fehlt, um ihr Arbeitszeug mit anderer Kleidung zu vertauschen und die nötige körperliche Reinigung vorzunehmen. Es empfiehlt sich nach unserer Ansicht nicht, die allgemeine Einführung des Besuchszwangs durch sofortige Hineinziehung dieser Gruppe zu erschweren; wir halten es für richtiger, auf die Frage zurückzukommen, wenn der Pflichtunterricht im übrigen durchgeführt ist und sich eingebürgert hat. In § 2 Nr. 3 des Statuts ist deshalb den städtischen Behörden das Recht vorbehalten, den Zeitpunkt festzusetzen, von welchem ab die Schulpflicht entsprechend erweitert werden soll. — Was die hiesigen, *a u ß e r h a l b* in Arbeit stehenden jungen Leute anlangt, so würde es ihnen und ihren Arbeitgebern wohl in den meisten Fällen schwer fallen, die für den Schulbesuch nötigen Stunden neben den Arbeitswegen zu erübrigen. Auch ist die Zahl der in Frage kommenden Personen nach unserer Schätzung ziemlich gering; für sie wird die Möglichkeit des freiwilligen Schulbesuchs einstweilen ausreichen.

Auf *w e i b l i c h e* Personen (insbesondere auf weibliche Handlungsgehilfen und Lehrlinge, vgl. § 120 Abs. 3 der Reichsgewerbeordnung) wird der Besuchszwang einstweilen nicht zu erstrecken sein, damit nicht durch die übergroße Fülle

und Mannigfaltigkeit der Aufgaben, die im Augenblick der Einführung an die städtische Verwaltung herantreten, die gesicherte Verwirklichung gefährdet wird.

2. Für die Gestaltung des Lehrplans ist nach den Erfahrungen anderer Städte die Förderung der beruflichen Fortbildung in erster Reihe maßgebend (vgl. § 1 des Entwurfs). Die allgemeine Fortbildung wird nur Mittel zu diesem Zwecke sein.

Wenn in der gegenwärtigen Entwicklung der städtischen Fortbildungsschule, die man als Uebergangszeit bezeichnen kann, schon zahlreiche Fachklassen für bestimmte einzelne Handwerke und andere Berufsarten eingerichtet sind, so beabsichtigen wir bei dem Ausbau der Schule hiermit fortzufahren. Die Sondereinrichtung der Schulpflichtigen nach ihrem Beruf und die Anpassung des Lehrplanes an die einzelnen Berufszweige wird unter weitgehender Berücksichtigung der Wünsche der Beteiligten bewerkstelligt werden, so daß in fachlichen Gruppen das Aufsteigen aus der Unter- zur Mittel- und zur Oberstufe vor sich geht.

Die Pflichtunterrichtsstunden, deren regelmäßige Zahl wöchentlich 6, bei Pflichtunterricht im Zeichnen wöchentlich 8 betragen wird, beabsichtigt der Schulvorstand in die Nachmittagszeit bis 7 Uhr abends zu legen, wobei die Sonn- und Festtage grundsätzlich freigelassen werden sollen.

Der Leitung der bisherigen städtischen Gewerbeschule erwächst durch die Neuregelung die dankbare Aufgabe, diese Schule, den veränderten Verhältnissen Rechnung tragend, unter Beibehaltung der Damenabteilungen und anderer freiwilliger Klassen nach der Richtung einer *Runstgewerbeschule* hin zu entwickeln, in der sich zugleich die tüchtigsten Kräfte aus der Zahl der Schulpflichtigen nach Bewältigung des Lehrstoffs der Pflichtklassen freiwillig weiterbilden können.

3. Auf die Gewinnung der nötigen Lehrkräfte glauben wir mit Sicherheit rechnen zu können. Sowohl in den Kreisen der hiesigen Bürgerschullehrer als auch unter den beteiligten Handwerkern, Technikern, Ingenieuren und anderen Fachmännern gibt es zahlreiche für die Unterrichtserteilung geeignete Persönlichkeiten, denen die Beteiligung an diesem wichtigen Bildungswerk willkommen ist und zur inneren Befriedigung reichen wird. Bereits gegenwärtig unterrichten an der städtischen Fortbildungs- und Gewerbeschule, abgesehen von wenigen bei ihr fest angestellten Lehrern, derartige Hilfskräfte in großer Anzahl. Nachdem bei der Gehaltsaufbesserung vor kurzem die Möglichkeit geschaffen ist, innerhalb der Zahl der zu erteilenden Pflichtstunden die neu anzunehmenden städtischen Bürgerschullehrer Fortbildungsunterricht erteilen zu lassen, wird die Verteilung der Unterrichtsstunden im Bedarfsfalle erleichtert. Der Schulvorstand der städtischen Fortbildungs- und Gewerbeschule hat die Absicht, durch Veranstaltung von Lehrgängen für Fortbildungs-

schullehrer die Schulung und Weiterbildung tüchtiger Lehrkräfte im Laufe dieses Winters und sodann fortlaufend zu fördern. Von den bisherigen Lehrern der freiwilligen Abteilungen werden viele voraussichtlich ohne weiteres übernommen werden können. Es kommt hinzu, daß der Pflichtbesuch, wie § 14 des Statuts ergibt, nicht mit einem Schläge für alle schulentlassenen jungen Leute bis zu 18 Jahren in Kraft gesetzt werden soll, sondern daß jahrgangsweise zuerst Ostern 1910 die soeben aus der Volksschule tretende Jugend, später zu Ostern 1911 die alsdann Schulentlassenen und ebenso alljährlich neue Stämme von Schülern der Fortbildungsschule überwiesen werden. Die Lehrer selbst werden dadurch nach und nach immer besser in ihre Unterrichtsaufgabe hineinwachsen.

4. Der **Kostenpunkt** hat längere Jahre hindurch ein Haupthindernis unseres Vorgehens gebildet. Eine Erhöhung der Gemeindeeinkommensteuer als Folge des Besuchszwangs wünschten wir aus bekannten Gründen unbedingt zu vermeiden, die Höhe des Schulgelds mußte, um die Beteiligten nicht zu sehr zu belasten, in mäßigen Grenzen gehalten werden, und die Zusicherungen, die uns von Herzoglichem Staatsministerium wegen der Gewährung eines Staatszuschusses gemacht sind, ließen erkennen, daß der Stadtgemeinde die Beschaffung, Heizung und Beleuchtung der Unterrichtsräume vorweg zur Last fallen, und daß von den sonstigen Aufwendungen, soweit sie nicht durch die Schulgeldeinnahmen gedeckt werden, die volle Hälfte aus städtischen Mitteln aufgebracht werden solle. Zurzeit beträgt der Zuschuß der Kammereikasse für die städtische Fortbildungs- und Gewerbeschule jährlich rund 30 500 *M.*, außerdem werden 18 000 *M.* aus anderen städtischen Mitteln zugeschoffen (aus der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen für das Jahr 1909/10 12 000 *M.*, aus den Erträgen der Umsatzsteuer 6000 *M.*). Wenn nun auch in Zukunft ein Teil der Aufgaben der städtischen Gewerbeschule durch die Pflichtklassen der Fortbildungsschule übernommen werden wird, so daß die Aufwendungen für die verbleibenden freiwilligen Gewerbeschul-Abteilungen etwa auf die Hälfte (unter entsprechender Minderung der Schulgeldeinnahmen) zurückgehen werden, so ist die Mehrbelastung der Stadt gleichwohl sehr erheblich.

Eine Berechnung der jährlichen Mehrkosten ergibt einen Fehlbetrag von 38 940 *M.*, der stadtseitig aufzubringen sein würde. Schon im laufenden Jahre ist nun mit Zustimmung der geehrten Herren der Betrag von 6000 *M.* als Zuschuß aus den Erträgen der Umsatzsteuer an die Kasse der Fortbildungs- und Gewerbeschule gewährt, nachdem von uns bei Einführung der am 1. Juli 1904 in Kraft getretenen Umsatzsteuer darauf hingewiesen war, daß neben anderen Veranstaltungen die Bereitstellung der Mittel für die Verbesserung des Fortbildungsunterrichts als eine der wesentlichsten Aufgaben zur

Förderung des Handwerks und des Kleinhandels anzusehen sei. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß mit der fachlichen und allgemeinen Schulung des jungen Nachwuchses eine vortreffliche Handhabe zur Aufrechterhaltung und Hebung der im wirtschaftlichen Kampfe bedrängten kleineren Betriebe gewonnen wird. Diese Maßregel kommt zum Teil dem *H a n d w e r k*, dessen Vertretung seit Jahren lebhaft danach verlangt, zum Teil aber auch den *K l e i n g e w e r b e t r e i b e n d e n* des *K a u f m a n n s t a n d e s* zugute, von denen zahlreiche junge Leute nicht mit kaufmännischen Diensten als Handlungsgehilfen und -Lehrlinge, sondern als Laufburschen, Kutscher und Arbeiter beschäftigt werden. Es steht daher ein gesetzlicher Grund unserem Vorschlage nicht entgegen, die Zinsen des angesammelten Vorrats und die künftigen Erträgnisse der Umsatzsteuer, soweit sie nicht etwa in ähnlicher Weise wie bisher für bestimmte Sonderzwecke verwendet werden sollten, bis auf weiteres zur Deckung des obigen Fehlbetrages zu benutzen und nur den dann noch verbleibenden Rest des Fehlbetrages von der Kammereikasse decken zu lassen.

Die angesammelten Erträgnisse der Umsatzsteuer betragen nach dem Rechnungsabschlusse für das Jahr 1908/09 unter Mitrechnung eines Hypothekkapitals von 20 000 *M* insgesamt 154 114,39 *M*. Der Bestand am Schlusse des laufenden Rechnungsjahres 1909/10 ist im Stadthaushaltsplane mit Rücksicht auf verschiedene größere Ausgaben für bestimmte Sonderzwecke auf 96 264,64 *M* veranschlagt, wobei jene Hypothek von 20 000 *M* wiederum mit eingerechnet ist. Die Jahreszinsen des am 1. April 1910 verfügbaren Bestandes können folglich auf etwa 3500 *M* veranschlagt werden.

Was die künftigen Einnahmen der Umsatzsteuer betrifft, so muß man auf die Möglichkeit gefaßt sein, daß der seit 1905 beobachtete Rückgang anhält. Im laufenden Jahre sind 55 247,50 *M* ausgeschrieben; davon behält die Stadt nach Abführung des Staatsdrittels 36 831,67 *M*. Legt man für 1910/11 nur einen nach Entrichtung des Staatsanteils übrigbleibenden Betrag von 36 000 *M* zugrunde, so sind hiervon, um wichtige andere Aufgaben zu fördern, zunächst diejenigen Zuschüsse abzurechnen, die von den städtischen Behörden bisher zwar *w i d e r r u f l i c h*, aber doch *j ä h r l i c h w i e d e r k e h r e n d* aus denselben Mitteln bewilligt sind.

Dahin gehören:

1. laufender Zuschuß an die Handwerkskammer zu den
Kosten des Handwerker-Lehrlingsheims 2 800 *M*
2. desgl. an die Handelskammer zu den Kosten des kauf-
männischen Lehrlingsheims rund 900 *M*

Seitenbetrag 3 700 *M*

	Uebertrag	3 700 <i>M</i>
3. desgl. an dieselbe zu den Kosten der kaufmännischen Fortbildungsschule		3 000 <i>M</i>
4. desgl. an den Verkehrsverein		1 500 <i>M</i>
5. desgl. an die städtische Mädchenfortbildungsschule		3 000 <i>M</i>
6. desgl. an die Kammereikasse, ein Drittel der Kosten der städtischen Rechtsauskunftsstelle rund		800 <i>M</i>
		<hr/> Ca. 12 000 <i>M</i> .

Nach Abzug dieser 12 000 *M* von den obigen 36 000 *M* bleiben noch 24 000 *M* verwendbar.

Bei Inanspruchnahme dieses Betrages und der Vorratzzinzen von 3500 *M* würde sich der obige Fehlbetrag von 38 940 *M* um 27 500 *M*, also auf 11 440 *M* vermindern, die in anderer Weise aufgebracht werden müssen.

Es wird jedoch in den ersten beiden Jahren nach dem Inkrafttreten des Besuchszwangs noch nicht die volle Höhe der berechneten Aufwendungen erreicht werden, sondern es ist, da der Pflichtbesuch jahrgangsweise durchgeführt wird, der Fehlbetrag für 1910/11 auf ein Drittel mit etwa 13 000 *M*, für 1911/12 auf zwei Drittel mit 26 000 *M* und erst für 1912/13 auf den vollen Satz von 38 940 *M* zu schätzen.

Die Kammereikasse würde also 1910/11 und 1911/12 noch nichts zuzuschießen haben, während erst vom 1. April 1913 ab die Leistung eines jährlichen laufenden Zuschusses in Betracht kommen wird, dessen Bemessung die städtischen Behörden in der Hand haben, so lange daneben noch auf die Umsatzsteuer und deren Vorratsvermögen nebst Zinsen zurückgegriffen werden kann. Es darf ferner, was die Möglichkeit des Rückgangs umsatzsteuerpflichtiger Geschäfte und die Mehrbelastung der Kammereikasse betrifft, nicht unbemerkt bleiben, daß das Verschwinden oder Abnehmen der Warenhäuser, Abzahlungsgeschäfte u. dgl. in vielen Fällen günstig auf das Gedeihen des Kleinhandels und des Handwerks einwirkt, und daß die dadurch veranlaßte Stärkung der Steuerkraft einer Mehrzahl mittlerer und kleinerer Betriebe nicht ohne Einfluß auf die Gesamteinnahme der Stadt an Einkommen- und Gewerbesteuern bleiben wird. Auch die Verwertung der in der Pflichtfortbildungsschule erlangten Kenntnisse wird mittelbar den Wohlstand und die steuerliche Leistungsfähigkeit der hiesigen Einwohner heben, so daß im Bedarfsfalle ein Zurückgreifen auf die ordentlichen Einnahmen der Kammereikasse in angemessenen Grenzen unbedenklich ist.

Soweit in den vorstehenden Ausführungen der Inhalt des Statuts nicht schon begründet ist, behalten wir uns vor, zu Einzelheiten mündlich nähere Erläuterungen zu geben. Vor Feststellung des Statutentwurfs haben wir die

Handelskammer, die Handwerkskammer und deren Gesellenausschuß, das Gewerbegericht und die gewerblichen Arbeitnehmer-Beisitzer der hiesigen Ortskrankenkasse für das Handelsgewerbe gutachtlich gehört.

Die Einführung des Besuchszwangs ist von allen begutachtenden Stellen befürwortet. Zahlreiche dabei geäußerte Wünsche haben wir nach Möglichkeit berücksichtigt.

An die geehrten Herren richten wir das ergebene Ersuchen, dem Statutenentwurfe unter der Voraussetzung zuzustimmen, daß der Stadtgemeinde ein nach den obigen Ausführungen berechneter Staatszuschuß von der Herzoglichen Landesregierung vertragsmäßig zugesichert werde."

Vorsitzender: In Übereinstimmung mit der Statutenkommission möchte ich Ihnen empfehlen, zunächst in eine Generaldebatte über die Vorlage einzutreten, in der über jeden Punkt der Vorlage gesprochen werden kann und besonders auch darüber, ob auf der vorgeschlagenen Basis überhaupt eine Fortbildungsschule erwünscht ist, auch kann dabei die finanzielle Seite der Frage beleuchtet werden. Mein Vorschlag geht weiter dahin, nach Beendigung der Generaldebatte abzustimmen, ob auf dieser Basis eine Fortbildungsschule gewünscht wird oder nicht. Wird die Frage bejaht, so kann später über die Einzelheiten Beschluß gefaßt werden, wird sie abgelehnt, so erübrigt sich die Beratung über die einzelnen Vorschriften des Statuts von selbst. Wenn kein Widerspruch erfolgt, so werde ich jetzt dem Herrn Referenten das Wort zur Begründung der Vorlage geben.

Herr Meyerhoff: Als Referent über diese Frage habe ich es für meine Pflicht gehalten, mich mit den beteiligten Kreisen, nämlich den Handwerker- und Arbeitgeberkreisen in Verbindung zu setzen, um deren Ansicht über die Durchführung der Vorlage kennen zu lernen, denn diese Kreise würden durch das Statut mehr oder weniger scharf betroffen werden. Hierbei ist manches harte Wort gegen die Vorlage gefallen, nichtsdestoweniger ist es uns in der Statutenkommission gelungen, eine Einigung auf der Grundlage zustande zu bringen, die Ihnen schriftlich zugegangen ist und bei der Einzelberatung noch näher erläutert werden wird. Da jetzt zunächst eine Generaldebatte stattfinden soll, so erübrigt es sich zurzeit, auf die einzelnen Punkte näher einzugehen.

Vorsitzender: Ich bitte nunmehr, sich zur Generaldebatte zum Wort zu melden.

Herr Fröhling: Die Gründe, welche die Statutenkommission veranlaßt haben, im allgemeinen für die Sache zu stimmen, sind im Referat nicht klargelegt worden und ich kann deshalb auf diese Gründe auch nicht eingehen, sondern muß mich darauf beschränken, die verschiedenen Bedenken, die gegen die Sache

vorliegen, meinerseits etwas zu beleuchten und zu begründen. Zunächst ist es jedenfalls immer eine sehr bedenkliche Sache, wenn zum Besuch einer Schule ein Zwang vorgeschrieben werden soll, namentlich wenn er vorgeschrieben werden soll für so weite Kreise, wie im vorliegenden Falle, wo die gesamten männlichen jugendlichen Arbeiter angehalten werden sollen, noch vom 14. bis zum 18. Lebensjahre eine Schule zu besuchen. Eine solche Vorschrift schneidet sehr tief ein in die persönlichen und sozialen Verhältnisse aller derjenigen, die diesem Zwange direkt unterworfen werden und auch derjenigen, die mit den jungen Leuten in einem Dienstverhältnis stehen. Ehe wir eine solche tief einschneidende Bestimmung treffen können, müssen wir die sichere Ueberzeugung haben und auch den Nachweis dafür führen können, daß der Zwang gerechtfertigt ist durch das, was wir erreichen wollen und auch nachweisen, daß wir dies erreichen können.

Ueber das zu erstrebende Ziel sagt die Vorlage, daß für die Gestaltung des Lehrplanes die Förderung der beruflichen Fortbildung in erster Reihe maßgebend sein soll. In diesem Punkte können wir wohl alle zustimmen, denn es ist nur erfreulich, wenn Anstalten getroffen werden sollen, die Arbeiter und Handwerker in ihrer beruflichen Fortbildung zu fördern. Weiter heißt es dann hierüber in der Vorlage: „Die Sonderung der Schulpflichtigen nach ihrem Berufe und die Anpassung des Lehrplanes an die einzelnen Berufszweige wird unter weitgehender Berücksichtigung der Wünsche der Beteiligten bewerkstelligt werden, so daß in fachlichen Gruppen das Aufsteigen aus der Unter- zur Mittel- und zur Oberstufe vor sich geht.“ Es wird uns also in der Einleitung der Vorlage als Ziel vorgestellt eine berufliche Fortbildung, die gegliedert ist nach den einzelnen fachlichen Berufen und die sich systematisch von der Unter- bis zur Oberstufe aufbaut. Das hört sich vorzüglich an und ist eine Ausführung, die sympathisch berührt. Auch ich würde dem zustimmen und bereit sein, die dazu erforderlichen Mittel zu bewilligen, wenn dieses Ziel sich mit den in Aussicht gestellten Maßnahmen sicher erreichen läßt. Bevor wir aber dazu greifen können, zur Erreichung dieses Zieles einen Zwang auszuüben, haben wir doch zweifellos die unabweisliche Pflicht, uns hiervon zuvor zu überzeugen, nämlich davon, daß das in Aussicht gestellte Ziel mit den vorgeschlagenen Mitteln auch wirklich erreicht wird. So gern ich mich an die Zusicherung der Vorlage halte, die Hauptsache ist doch, ob das angegebene Ziel überhaupt erreicht werden kann ohne andere schwere Nachteile und auf welchem Wege dies geschehen kann. Hierin liegt der Kern der Sache, nicht darin, uns das Ziel zu zeigen. Die Vorlage muß uns über diesen Punkt Gewißheit geben, bevor wir den Zwang einführen können. Was finden wir nun in der Vorlage bzw. in dem Statutenentwürfe über diesen Kern der Sache? Lassen Sie uns einmal nachsehen, was der Entwurf in dieser Richtung sagt.

An der Stelle, wo gesagt wird, daß in erster Reihe die berufliche Fortbildung für die Schule maßgebend sein soll, ist hingewiesen auf den § 1 des Statuten-Entwurfes. Was enthält dieser Paragraph? Lediglich die Bestimmung über den Namen der Schule. Es heißt dort: „Für Förderung der beruflichen Fortbildung wird von der Stadtgemeinde Braunschweig eine Unterrichtsanstalt eingerichtet, die den Namen „Städtische Fortbildungsschule“ führt. Das ist für dasjenige, was wir suchen, so gut wie nichts, aber bezeichnend ist, daß in dem Namen der neuen Schule dasjenige, was in erster Reihe für sie maßgebend sein sollte, fortgelassen ist, nicht einmal ein Hinweis auf die berufliche Fortbildung ist übrig geblieben und doch ist in der Begründung der Sache gerade auf diesen Paragraphen verwiesen. Suchen wir nun weiter im Statut nach Bestimmungen, die eine gute berufliche Förderung sichern. Wir finden nichts mehr, was darauf hindeutet oder dafür bürgt, daß die berufliche Fortbildung der Schüler in erster Reihe maßgebend sein soll.

Auch die weitere Frage, in welcher Weise die Schulpflichtigen nach ihren Verufen gesondert werden sollen, ist für die Erreichung des gestellten Zieles wichtig. Die Kreise, die hierbei besonders interessiert sind, die Handwerker, wissen genau, wie verschieden die Ausbildung der Handwerkerlehrlinge sein muß. Es ist ein großer Unterschied, ob ein Maler-, Schuhmacher-, Gärtner- oder Kellnerlehrling ausgebildet werden soll, oder ob man einen gewöhnlichen Arbeiter für seinen späteren Beruf fördern will. Ich würde es für ein Unglück halten, wenn man alle die jungen Männer nach einem Schema unterrichten und sie in einer sogenannten Normalschule unterbringen wollte. Das würde nicht eine Förderung des Handwerks bedeuten, sondern eine Benachteiligung in der Spezial-Ausbildung der einzelnen Berufe. Die befähigten Elemente würden gehindert werden, vorwärts zu kommen durch die Uebersahl der mittelmäßigen und unfähigen Schüler. Das Niveau der Gesamt-Schule würde durch dieses letztere Element heruntergedrückt werden und die berufliche Förderung würde ausbleiben. Es ist weiter gesagt, die fachlichen Gruppen sollen aufsteigen von unten nach oben. Auch das ist gut, aber wir müssen auch hier fragen nach dem Wie. Wo findet sich nun in dem Statut der Weg nach diesem Ziel, wo ist der Nachweis geführt, daß die einzelnen Berufe richtig gesondert werden, daß ein Aufsteigen in den verschiedenen Stufen möglich ist und daß Vorforge getroffen wird, es in einer Weise geschehen zu lassen, wie das Handwerk es fordern muß? Der § 5 des Statuts soll nach seiner Ueberschrift hierüber Auskunft geben. Dieser Paragraph sagt: „Ueber die Gliederung der Schule sowie über den Lehrplan und den Betrieb der Schule haben die städtischen Behörden oder in deren Auftrag der Schulvorstand Beschluß zu fassen.“ Ist das eine Aufklärung über die vorliegende Frage, über den Kern der Vorlage? In Wirklichkeit enthält

diese Bestimmung nichts. Wenn wir sie annehmen, müssen wir erst wieder eine Vorlage des Magistrats erwarten, die uns aufklären soll. Wie wird diese ausfallen? Das ist vollständig dunkel. Ebenso ist es dunkel, wie der dazu notwendige Beschluß der Versammlung ausfallen wird. Wenn aber der Schulvorstand darüber zu beschließen hat, dann ist alles noch viel dunkler, und wir selbst sind ganz aus der Sache ausgeschaltet. Wir stehen hier also vor einer in ihrem Kern ganz unklaren Sache. Wir sollen beschließen über eine Schule, deren Gliederung und Lehrplan vorbehalten ist, und sollen sofort, ohne diese Schule zu kennen, einen Zwang anordnen, sie zu besuchen. Ist das nicht daselbe, als ob wir den letzten Schritt in dieser Sache zuerst machen sollen? Müssen wir nicht erst den vollständigen Rahmen für die Schule wissen, bevor wir solchen Zwang beschließen können? Ich glaube, dies müssen Sie alle, meine Herren, bejahen, ich wenigstens kann mich unter keinen Umständen für berechtigt halten, einen Zwang für so weite Klassen der Bevölkerung einzuführen, wenn ich keine Ahnung habe, wie die Schule sein wird, in welche die gesamte männliche Arbeiterjugend für 4 Jahre hineingezwungen werden soll.

Das von mir vorgetragene in den Erläuterungen dargelegte Ziel der Schule ist so vorzüglich, daß ich nicht zweifle, fast alle Herren, die für die Vorlage gewonnen sind, sind dies hauptsächlich durch diese Worte. Wenn die Herren aber überlegen, wo die Sicherung für ihre Erwartungen liegt, so müssen sie doch bedenklich werden und zu der Ueberzeugung kommen: Erst muß der erste Schritt getan werden, der Aufbau der Schule, ihr Lehrplan und ihre Bewährung müssen vorangehen, bevor wir den letzten Schritt, die Einführung des Zwanges für diese Schule, tun können.

Deshalb ist für mich die Vorlage, wie sie hier vorliegt, unannehmbar. Ich bin ein Freund der Fortbildungsschulen, ich wünsche, daß die hier dargelegten Ziele erreicht werden, und bin auch bereit, zuzustimmen, wenn uns der Nachweis geführt ist, daß die Schule in den von mir gekennzeichneten Rahmen paßt und in dem dargelegten Sinne geleitet werden soll.

Obgleich nach der Vorlage alles über die Gestaltung der Schule unsicher ist, so möchte ich doch aus dem Geiste der Statuten heraus versuchen, einige Schlüsse hierüber zu ziehen. Wir haben zurzeit eine Gewerbeschule, eine Fortbildungsschule und eine ganze Anzahl von Fach- und Innungsschulen, die sich mit der Fortbildung der Jugend beschäftigen. Alle diese Schulen haben beachtenswerte Resultate erzielt. Mir scheint es deshalb zweckmäßig, daß man die erzielten Resultate benützt und diese Schulen weiter entwickelt, daß man sie verbessert, soweit sie Mängel gezeigt haben und sie nur zusammengliedert in einen gemeinsamen Rahmen, um daraus eine große gemeinsame Organisation für unser Fortbildungsschulwesen zu entwickeln. Ich kann aber nach der Vorlage nicht

annehmen, daß in solcher Weise die bestehenden Schulen in den neuen Rahmen aufgenommen werden sollen. Dazu veranlaßt mich die Bemerkung im § 3 des Statuts, wo es heißt: „Von der Schulpflicht ist befreit, wer eine Innungs- oder eine andere Fortbildungs- oder Fachschule besucht.“ Nach diesen Worten muß man annehmen, daß die Innungs- und Fachschulen neben der neuen Schule bestehen bleiben sollen. Wenn das aber geschieht und die neue Schule soll dann auch noch nach Berufen gesondert werden und in fachliche Gruppen, in Unter-, Mittel- und Oberstufen zerlegt werden, so gibt das zwei Schulsysteme nebeneinander für denselben Zweck. Wir schaffen in der neuen Schule eine Konkurrenz zu den bestehenden Schulen. Diese aber werden solche Konkurrenz auf die Dauer nicht aushalten können, wenn die neue Schule stadtseitig unterhalten wird. Die alten Schulen werden also umgebracht und müssen eingehen. Wir zerstören daher das, was wir jetzt haben und das sich bewährt hat, um etwas Neues zu schaffen, von dem wir nicht wissen, wie es sich entwickeln wird. Ich habe die größten Bedenken, meine Hand dazu zu bieten, um die bestehenden Schulen zu zerstören, denn sie wurden begründet und werden geleitet von denjenigen, die das größte Interesse daran haben, von den Handwerkern selbst. Die berufliche Ausbildung der Lehrlinge gehört durchaus den Handwerkern. Nicht mit Unrecht heißt der Handwerksmeister auch Lehrmeister. Weshalb sollen wir ihn jetzt von diesem Ehrenplakate heruntersetzen? Lassen Sie die Handwerksmeister das bleiben, was sie sind, die Lehrmeister ihrer Lehrlinge und verdrängen Sie sie nicht durch berufliche Lehrer, die dem Handwerke fern stehen.

Wie die Leitung der Schule gedacht ist, geht aus § 5 des Entwurfes hervor. Die Handwerksmeister sind bei der Leitung wohl vertreten, aber nicht ausschlaggebend. Während sie bei den jetzigen Schulen im Vordergrund stehen, werden sie bei der neuen Schule in den Hintergrund gedrängt. Ich glaube, daß sich unser Handwerk derart entwickelt hat, daß die Handwerksmeister selbständig sind und eine bürokratische Bevormundung, wie sie hier vorgesehen ist, nicht nötig haben. Lassen Sie die vorhandenen Schulen sich entwickeln und verteilen Sie den Zuschuß, den Sie jetzt der neuen Schule allein geben sollen, auch auf die durch die Innungs- und Handwerksmeister gegründeten und geführten Schulen. Nur in diesem Falle haben wir Aussicht, das zu erreichen, was dem Bedürfnisse entspricht. Dann nehmen die Handwerksmeister bei ihren Schulen auch die ihnen gebührende Stellung ein und haben die erste Stimme dabei, der Magistrat aber und die Versammlung können sich damit begnügen, daß ihnen für die geleisteten Zuschüsse ein Aufsichtsrecht zusteht über die sonst freien Schulen der Handwerker.

Ich wiederhole nochmals, bevor ich für die gesamte männliche Arbeiterjugend einen weiteren mehrjährigen Schulzwang ausspreche, müßte ich den

Nachweis erhalten haben dafür, wie die Schule gegliedert sein soll, wie sie sich aufbaut und welchen Lehrplan sie haben soll. Daneben wünsche ich dann, daß die Leitung der Schule nicht bureaukratisch ist, sondern daß die neue Schule eine Zusammenfassung darstellt der freien Handwerkerschulen und der Fortbildungsschule unter Oberaufsicht des Magistrates und der Stadtverordneten.

Was den Kostenpunkt betrifft, so ist der für mich nicht die Hauptsache, sondern bei mir kommen vorweg die Gesichtspunkte in Frage, die ich hier entwickelt habe. Ueber den Kostenpunkt würde ich hinwegkommen. Allerdings bin ich der Meinung, daß die in der Vorlage für die Schule berechneten Ausgaben viel zu rosig beurteilt sind. Ich glaube, daß die Ausgaben wesentlich höher sein werden. Außerdem werden die Handwerksmeister durch die neue Schule auch noch weiter schwer bedrückt werden, wenn sie, abgesehen von den andern Nachteilen, verpflichtet sein sollen, für die mittellosen Eltern der Lehrlinge hinsichtlich des Schulgeldes aufzukommen. Es wird bezüglich der Kosten schließlich wohl auch heißen, wie im § 5: „Die Mehrkosten bleiben vorbehalten.“

Aus allen diesen Gründen kann ich nicht zustimmen, sondern bitte die Vorlage abzulehnen und für die weitere Behandlung der Sache eine andere Vorlage des Magistrats abzuwarten.

Herr Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g: Bei Zugang der Vorlage hat vielleicht manches Mitglied der Versammlung gedacht: Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt! (Zustimmung.) Es sind bald neun Jahre, als die Versammlung an den Magistrat auf Antrag des damaligen Stadtverordneten Brückmann das Ersuchen richtete, in Erwägung zu ziehen, ob die Errichtung von Fortbildungsschulen zum Zwangsbesuche sich empfehle. Es war das ein vorsichtiger Antrag, der nicht mit vollen Segeln auf das hohe Meer hinaussteuerte, sondern nur Anregung geben wollte, diese Angelegenheit zu prüfen. Gern und willig ist der Magistrat dem Antrage gefolgt. Auch er hat hierbei Vorsicht walten lassen, sonst wäre er schon früher als nach neun Jahren mit einer Vorlage gekommen, aber er ist doch gekommen, und die Vorlage wird jetzt Ihrer freundlichen Berücksichtigung empfohlen. Bei der Schwierigkeit der Vorberatung ist es durchaus begreiflich, wenn heute ein so hervorragender Sachmann und Sachverständiger wie Herr Baurat Frühling mit seinen Bedenken nicht zurückhält, mir aber wollen Sie freundlichst gestatten, diese Bedenken im Zusammenhange mit dem zu widerlegen, was von dem Herrn Berichterstatter angeführt worden ist, indem ich gleichzeitig anknüpfe an die dreimaligen Beratungen der Statutenkommission.

Zunächst beklagt Herr Frühling, daß ein Lehrplan für die neue Schule nicht vorliege, der ein genügend klares Bild über das gebe, was mit der Schule beabsichtigt sei und was in ihr geleistet werden solle, jedoch hatte Herr Frühling die Güte, anzunehmen, daß der Grundgedanke, der die Vorlage durchwehe, in ihr

selbst oder ihrer Begründung zum Ausdruck gelangt sei. Der § 1 des Statutes bezeichnet nicht nur den Namen, sondern auch den Zweck der Schule, indem es dort heißt: „Zur Förderung der beruflichen Fortbildung wird von der Stadtgemeinde Braunschweig eine Unterrichtsanstalt eingerichtet, die den Namen „Städtische Fortbildungsschule“ führt.“ Der Name: „Städtische Fortbildungsschule“ soll also nicht nur leerer Schall sein, sondern er soll zum Ausdruck bringen, was in der Schule gelehrt wird, und wozu diese eingreifende Maßregel getroffen werden soll. Eine berufliche Fortbildung und nicht etwa eine allgemeine theoretische Fortbildung will die Schule erstreben, nicht nur ein Fortspinnen des Fadens, der auf der Bürgerschule angefangen wird, sondern einen organischen Anschluß an das, was jeder einzelne junge Mann in seinem Berufe braucht. Darauf nimmt dann der § 5 in seinem zweiten Absätze besonders Bezug.

Ich habe immer geglaubt — der Herr Stadtverordnete Frühling wolle mir das nicht übel nehmen — wenn man etwas baut, muß man sich erst über die Grundlage des Baues einig sein, also über das Fundament, und das ist hier in der Vorlage enthalten, der weitere Ausbau, zu dem auch die Einführung des Lehrplanes gehören wird, ist dann eine Frage der Zeit. Dieser Lehrplan wird geprüft werden nicht nur vom Schulvorstande und Magistrate, sondern auch im zielbewußten Zusammenwirken mit der geehrten Versammlung. Außerdem ist darauf Bedacht genommen, daß die Versammlung in den Schulvorstand nach der Magistratsvorlage drei Mitglieder entsenden will, während die Statutenkommission vier Mitglieder vorschlägt, und, damit auch die Kreise, die die Schule in erster Reihe angeht, nicht zu kurz kommen, soll je ein Mitglied der Handels- und der Handwerkskammer dem Schulvorstande beigeordnet werden. Diese für den Lehrplan in Aussicht genommene Grundlage dürfte doch wohl die nötige Gewähr für das Zustandekommen eines brauchbaren Lehrplanes abgeben. Durch das lange Warten mit der Vorlage haben wir auch noch den Vorteil, daß wir nicht ins Leere hineinbauen, sondern wir sind in der glücklichen Lage, uns nach dem Beispiele und bewährten Vorbilde eines Dutzends anderer Städte zu richten, in denen sich eine beruflich aufgebaute Fortbildungsschule bereits bewährt hat. Es kommen hierbei München, Magdeburg, Hannover und seit kurzem auch Berlin in Frage. In dieser Beziehung dürfen Sie also unbesorgt sein, Sie kommen bei der Angelegenheit demnächst voll und ganz zum Worte. Ich glaubte nur, es wäre richtiger, jetzt erst die Grundlage festzustellen, ehe man den Ausbau des großen Werkes fortführt. Herr Direktor Professor Rehfuß wird nachher die Güte haben, meine Ausführungen in manchen Einzelheiten zu ergänzen, und auch wegen des Lehrplanes jeden gewünschten Aufschluß zu erteilen. In der Statutenkommission hatte ich die Freude, selbst die Herren, die zuerst etwas zögernd an die Sache herantraten, dadurch auf meine Seite zu bekommen, daß

ich darauf hinwies, in welcher übersichtlichen Weise die Verteilung der Schüler auf die einzelnen Gruppen, also auf die verschiedenen Handwerke, ungelernte Arbeiter usw., beabsichtigt ist. Das ist doch Grundlage genug, um damit anfangen zu können, wenn man sonst will. Da nun auch Herr Baurat Frühling es an gutem Willen nicht hat fehlen lassen, so hoffe ich mich demnächst beim Ausbau der Schule mit ihm zusammenzufinden.

Von Herrn Frühling wurde ferner geltend gemacht, daß er Bedenken habe wegen der Konkurrenz, die diese Schule den bestehenden Einrichtungen machen würde, die im Begriff wären, sich weiter auszubilden und die vollständig ausreichten, wenn sie nur in erforderlicher Weise gefördert würden. Dabei ist ihm aber ein kleines Mißverständnis untergelaufen. Im § 3 des Statutes heißt es besonders: „Von der Schulpflicht ist befreit, wer eine Innungs- oder andere Fortbildungs- oder Fachschule besucht, sofern der Unterricht dieser Schule von Herzoglicher Kreisdirektion als ein ausreichender Ersatz des allgemeinen Fortbildungsschulunterrichtes anerkannt wird.“

In diesem Anerkenntnis liegt der Schwerpunkt der Sache. Nicht jede Innungsfachschule trägt in sich die Gewähr, daß sie von einem Besuche der künftigen Fortbildungsschule befreit. Das kann sie auch gar nicht, sowohl nach der Seite des Kostenpunktes, als auch der zweckmäßigen Ausbildung der Zöglinge. Man muß hierbei durchaus praktisch vorgehen und sich vor unnötiger Zersplitterung der Kräfte hüten. Wenn diese Einrichtung eine unerwünschte Konkurrenz für den Handwerkerstand sein würde, wie wäre es dann wohl zu erklären, daß seit einem Jahrzehnt die Handwerkskammer sowohl an das Herzogliche Staatsministerium, als auch an den Magistrat dringend die Bitte gerichtet hätte, recht bald eine solche Fortbildungsschule einzurichten? Wie wäre es dann ferner zu erklären, daß der Vorstand der Handwerkskammer sich mit diesem Statut und unserm ganzen Vorgehen durchaus einverstanden erklärt hat? Jemandem, der etwas selber will, geschieht aber kein Unrecht. Die Handwerkerfreie wünschen die Fortbildungsschule aufs dringendste, aber nicht so, daß daneben die Innungsfachschulen weiter bestehen sollen. Es lassen sich gewisse gleichmäßige Grundbegriffe, wie z. B. die Bürgerkunde, viel besser einrichten, wenn für die Stadt eine einheitliche Fortbildungsschule besteht und nicht eine Zersplitterung in ein Duzend verschiedener Schulen. Wir haben tatsächlich im Laufe der letzten Jahre die Grundlage für den geplanten Uebergang geschaffen, wir haben nach und nach in unserer städtischen Fortbildungsschule eine berufliche Gruppe nach der andern angegliedert. Ich darf mitteilen, daß wir bereits 34 Fachklassen in unserer städtischen Fortbildungsschule haben und für das nächste Jahr sollen sogar noch weitere 15 Klassen, also 49 Fachklassen eingerichtet werden.

Nun hat die Sache noch den bösen Haken, daß die Vermehrung der Fachklassen natürlich nicht umsonst ist, daß aber der Staat bestimmt erklärt hat, der Staatszuschuß von 22 600 *M* würde nicht die mindeste Erhöhung erfahren, so lange wir nicht die Zwangsfortbildungsschule errichtet hätten. Alles Entgegenkommen, das wir den Handwerkerkreisen erwieisen haben, erweisen wir also ausschließlich auf Rechnung der Stadt, ohne daß wir hoffen dürfen, daß der Staat sich daran beteiligen wird, bis es gelingt, die Freiwilligkeit der Schule in Zwang umzusetzen. Deshalb kann nicht davon die Rede sein, daß durch die neue Schule eine unerwünschte Konkurrenz geschaffen würde. Die einzige Schule, die hierbei in Frage kommt, würde unsere städtische Gewerbeschule sein. Es ist nun aber einmal in unserer Welt der Fortentwicklung das Bessere der Feind des Guten, und die Gewerbeschule wird sich bescheiden müssen, wenn ihr manche Aufgaben aus der Hand geholt und hier hinübergeleitet werden. Dafür wird die Gewerbeschule dann die wichtige und bedeutungsvolle Aufgabe haben, die Kerntruppe der Fortbildungsschule in sich aufzunehmen, um sie in freiwilligem Unterricht weiterzubilden.

Schließlich hat Herr Frühling noch den Kostenpunkt gestreift und gemeint, daß aus diesem heraus das eine oder andere Bedenken abzuleiten wäre. Es ist im Magistrate darauf hingewiesen, daß die Handwerkerkreise, soweit sie in der Frage gehört sind, nämlich durch die Handwerkskammer, die Mitglieder des Gewerbegerichts usw. in ihrer überwiegenden Mehrheit auf dem Standpunkte stehen, daß sie gern und mit Freuden Opfer bringen wollen, um die Fortbildungsschule durchzuführen.

Lassen Sie mich hoffen, daß man von der Vorlage sagen kann: Was lange währt, wird gut, denn für die Jugend ist das Beste gerade gut genug!

Herr Wolters: Herr Frühling hat sich im wesentlichen auf die Besprechung der technischen und fachtechnischen Gesichtspunkte beschränkt und auch Herr Stadtrat von Frankenberg ist nicht darüber hinausgegangen. Ich selbst will mich von den Ausführungen dieser Art fern halten und sie denjenigen überlassen, die in der Frage fachverständlich sind und darüber ein selbstständiges Urteil auszusprechen vermögen; ich möchte vielmehr nur auf die finanzielle Seite der Frage eingehen. Selbst wenn die von Herrn Frühling in dieser Beziehung schon vorgetragenen Bedenken wirklich zerstreut würden, so halte ich die finanzielle Grundlage der Vorlage nicht für ausreichend genug, um daraufhin die Einrichtung einer solchen Schule beschließen zu können. Die Vorlage geht darauf hinaus, daß ein Fehlbetrag von jährlich 38 940 *M* als voraussichtliches Ergebnis angenommen wird. Sodann wird gesagt, daß von dieser Summe ein Posten von 27 500 *M* abzurechnen wäre, der aus den Erträgen der Umsatzsteuer zu decken sein würde, so daß nur der Rest von 11 440 *M* auf das Ordinarium der

Rämmereikasse genommen werden müßte. In der Vorlage finden Sie, daß die Rämmereikasse bisher einen Zuschuß von 30 500 *M* geleistet hat, dieser Zuschuß ist aber für die Fortbildungs- und die Gewerbeschule geleistet worden. Wenn Sie diesen Betrag allein auf das neue Unternehmen der Fortbildungsschule beschränken wollen, so entsteht für die bestehende bleibende Gewerbeschule ein Loch, das wieder durch die Rämmereikasse auszufüllen ist. Sodann ist als Konstante ein Einnahmebetrag von 55 000 *M* aus der Umsatzsteuer angenommen worden, wovon $\frac{2}{3}$ auf die Stadt und $\frac{1}{3}$ auf den Staat entfallen, also rund 36 000 *M* auf die Stadt. Zu bezweifeln bleibt aber, daß sich die Umsatzsteuer auf die Dauer in dieser Höhe erhalten wird, und ein Blick auf die Höhe der bisherigen Einnahmen aus dieser Steuer lehrt uns das. Im ersten Jahre der Erhebung, also im Jahre 1905, betrug die Einnahme daraus 85 000 *M*, im folgenden Jahre 81 000 *M*, darauf 73 000 *M*, im Jahre 1908/09 63 000 *M*, im laufenden Etat stehen 63 000 *M* aufgeführt, während nur 55 000 *M* ausgeschrieben worden sind. Selbst wenn die ausgeschriebene Steuer voll eingehen sollte, so würde es sich hiernach doch ergeben, daß in den letzten 4 bis 5 Jahren ein Ausfall von 30 000 *M* eingetreten ist. Es ist anzunehmen, daß die betreffenden Geschäfte sich der drückenden Fessel der Umsatzsteuer nach Kräften zu entledigen suchen werden, indem sie sich so einrichten, um den Merkmalen der Steuer nicht mehr zu unterliegen. Außerdem wird auch eine Anzahl Geschäfte, die früher zu der Steuer beigetragen haben, ganz ausfallen, weil sie nicht existenzfähig gewesen sind. Es ist also mindestens zweifelhaft, eine jährliche Summe von 55 000 *M* als Konstante anzunehmen.

Bei der magistratsseitig vorgenommenen Berechnung der Kosten für die neue Schule ist auch nicht berücksichtigt worden, daß erfahrungsgemäß die Aufwendungen für die Fortbildungs- und Gewerbeschule von Jahr zu Jahr weiter gestiegen sind. Seit dem Jahre 1901/02 sind die Kosten der bestehenden Fortbildungs- und Gewerbeschule von 54 000 auf 91 000 *M* gestiegen. Mit einer feststehenden Ausgabesumme darf man also nicht rechnen. Die Besoldung der Lehrkräfte ist auch als eine feste angenommen worden, die Entwicklung der letzten Zeit zeigt aber, daß mit solcher Stetigkeit nicht zu rechnen ist. Das sind für mich die wichtigsten Gründe, die es gewagt erscheinen lassen, die Vorlage in finanzieller Beziehung anzunehmen. Das Ordinarium schießt jetzt schon einen großen Betrag zu der bestehenden Schule zu und dieser Betrag soll nun aus den von der Gemeinschaft der Bürgerschaft aufkommenden Steuern noch weiter erheblich wachsen? Dieser Gesichtspunkt kann auch nicht allgemein befürwortet werden. Die der Vorlage beigegebene finanzielle Grundlage scheint mir nicht ausreichend zu sein. Auch die Finanzkommission hat sich mit dieser Frage befaßt, sie hat indessen aus formellen Gründen eine Erklärung darüber nicht abgegeben, aber die damals zusammengetretenen 6 Herren sind einstimmig der Ansicht gewesen, die ich hier eben vorgetragen habe.

Herr B ä h r: Gegenwärtig zeigt sich ein lebhaftes kommunales Interesse für eine weitere Ausgestaltung des gesamten Fortbildungsschulwesens; es ist deshalb zu begrüßen, wenn wir auch hier daran gehen, eine feste Grundlage für die neue Fortbildungsschule zu schaffen. Ich brauche nur daran zu erinnern, daß auf dem letzten Städtetage der deutschen Städte in München ein voller Verhandlungstag dem Fortbildungsschulwesen gewidmet war. Es kam dort auch eine Materie zur Sprache, die hier noch nicht verhandelt worden ist, nämlich die Einrichtung von Lehrwerkstätten. Daß diese Angelegenheit hier noch nicht gestreift ist, liegt vielleicht an der finanziellen Seite. Eine solche Lehrwerkstätte würde eine besondere Fortbildungsschule zur Voraussetzung haben. Ich glaube, daß wir nicht umhin können, späterhin ein oder mehr Fortbildungsschulgebäude errichten zu lassen, denn ob schließlich die jetzt vorgeesehenen Klassen ausreichen werden, wage ich zu bezweifeln.

Meinerseits halte ich die von Herrn Frühling angesprochene Bestimmung, daß der Zwang auf so weite Kreise ausgedehnt werden soll, für eine außerordentlich gute. Heutzutage ist es für jeden Menschen wichtig, ob gelernter oder ungelernter Arbeiter, oder Beamter, in dem wirtschaftlichen Kampfe, der sich immer schwieriger gestaltet und zu dem jeder Mensch immer noch tüchtiger ausgerüstet werden muß, daß diese Zwangspflicht auf alle Kreise unseres Volkes ausgedehnt wird, denn nur so können die jungen Leute in die Lage versetzt werden, den Kampf ums Dasein aufzunehmen. Bei einer so großen Zahl von Schülern ist es selbstverständlich, daß sich darunter viele Elemente befinden, die nicht geneigt sind, sich weiter auszubilden, und gerade deshalb ist es besser, daß ein Zwang ausgeübt wird. Außerdem sind ja manche Familien gezwungen, die jugendlichen Arbeiter dem Gelderwerb früher nachgehen zu lassen, so daß ihnen die Zeit zur Ausbildung fehlen würde. Ich muß deshalb gerade diesen Passus in der allgemeinen Begründung des Magistrates lebhaft begrüßen.

Herr Frühling hat sodann erwähnt, daß ihm die Ausdehnung des Unterrichtszwanges bis zum 18. Lebensjahre zu hoch gegriffen sei. In Berlin ist nach dem mir vorliegenden Ortsstatut die Altersgrenze zum Besuch der Fortbildungsschule auf das 17. Lebensjahr festgelegt worden, und ich glaube, daß das auch hier genügen würde. Jedenfalls behalte ich mir vor, einen dahingehenden Antrag zu stellen.

Im § 2 des Entwurfes heißt es sodann weiter, daß die Schulpflicht einstweilen nicht ausgedehnt werden solle auf alle diejenigen, die außerhalb der Stadt Braunschweig wohnen, innerhalb derselben aber beschäftigt sind.

Ich kann dem zunächst zustimmen, damit das Fortbildungsschulwesen erst gründlich ausgebaut und geordnet ist; die Möglichkeit ist vorhanden, diese jungen Leute später noch zum Unterricht heranzuziehen. Man könnte vielleicht

auch sagen, daß diejenigen, die im Weichbilde der Stadt beschäftigt sind, dem Zwange unterworfen werden, jedoch ist es besser, dies der Zukunft vorzubehalten.

Was nun die Anzahl der Pflichtstunden betrifft, so erscheint es mir bedenklich, den Zeichenunterricht schematisch einzufügen. Es ist doch schon ein großer Unterschied, ob ein Bautischler oder ein Kunsttischler Zeichenunterricht haben soll und bei den übrigen Gewerben ist der Unterschied natürlich noch größer. Da die Pflichtstundenzahl acht beträgt, so bin ich der Ansicht, daß hier innerhalb der acht Stunden Zugeständnisse bis zu drei Stunden gemacht werden können. In der Maschinenbau-Abteilung sind z. B. vier Stunden Zeichenunterricht erwünscht. Wenn die Anzahl der Zeichenstunden über drei vermehrt werden soll, so müßte ich keinen anderen Ausweg, als eine besondere Zeichenabteilung einzurichten.

Was unsere bisherige Gewerbeschule anlangt, so ist ein Mißverständnis vorgekommen, weil das Lehrerkollegium dieser Schule Bedenken über deren Zukunft geäußert hat. Unsere Gewerbeschule hat tatsächlich ihre bisherige Aufgabe gut und gründlich erledigt. Daß sie aber in ihrer bisherigen Fassung nicht bleiben kann, ist wohl selbstverständlich. Ich bitte hierbei festzuhalten: Wenn wir die allgemeine Pflichtfortbildungsschule einführen, so hat sie alle schul-entlassenen jungen Leute bis zu einer bestimmten Altersklasse zu umfassen, wir können dann nicht mehr diese Gewerbe- und eine Fortbildungsschule neben einander haben, letztere muß vielmehr jeden Unterricht, auch den Zeichenunterricht, übernehmen. Was die Gewerbeschule anbelangt, so hat deren Lehrerkollegium Bedenken, daß sie nach Einführung der obligatorischen Fortbildungsschule in ihrem Bestande geschädigt werde. In der Magistratsvorlage wird gesagt, daß sie sich zu einer Kunstgewerbeschule entwickeln könne. Der Name der Schule tut ja nichts zur Sache, aber notwendig ist es jedenfalls nicht, daß sie sich zu einer Kunstgewerbeschule entwickeln soll; ob sie aber so existenzfähig noch wird anzusehen sein, wage ich zu bezweifeln. Sie kann in ihrem Bestande erhalten bleiben, sofern sie nur andere Aufgaben übernimmt, wie das in anderen Städten auch geschehen ist. Sie ist die Schule für den freiwilligen Besucher, der sich noch weiter ausbilden will in den Fächern, die dort gegeben werden; sie ist die Ausbildungsstätte für den Gehilfen und den jungen Handwerksmeister, die nach weiterer Ausbildung streben. Also nicht für das Kunstgewerbe, sondern für weitere Kreise möchte ich sie reserviert sehen. Bei der späteren Spezialdebatte wird sich wohl Gelegenheit bieten, darauf zurückzukommen.

Wenn sodann Herr Frühling aus dem Statute das Ziel der Fortbildungsschule nicht erkennen kann, so möchte ich dazu bemerken, daß wir uns hier unmöglich als Lehrplancommission niederlassen können, denn sonst würden wir

mit der Materie heute überhaupt nicht fertig werden. Die Einheit wird schon gewahrt werden, denn die Herren von der Handwerkskammer sind ja lebhaft Freunde und Förderer der Schule im Bunde mit den Sachleuten, den Lehrern und Handwerkern. Ich kann nur sagen, daß der ganze Entwurf in seiner allgemeinen Begründung verdient, unsere Zustimmung zu erhalten, zumal er sich an die Einrichtungen in andern Städten vollkommen anschließt.

Herr M ö h l e: Nach den vorzüglichen Ausführungen des Herrn Frühling erübrigt es sich fast, auf die Einzelheiten des Entwurfes noch näher einzugehen. Auch die Ausführungen des Herrn Stadtrat von Frankenberg sind mir außerordentlich interessant gewesen, so daß ich mich nicht mehr über Sachen verbreiten werde, die der Spezialdiskussion und nicht der Generaldebatte angehören. Ich werde mich daher auf einige kurze Bemerkungen beschränken. Ich bin stets ein Anhänger der obligatorischen Fortbildungsschule gewesen und habe stets die Ansicht vertreten, daß der wirkliche Wert und Erfolg der Fortbildungsschule erst erreicht wird, wenn er obligatorischen Bestimmungen unterworfen ist. Diese Ansicht habe ich jetzt noch nicht preisgegeben, aber ich habe sie doch müssen bedeutend modifizieren. Nachdem ich mich davon überzeugt habe, welchen Wert, welche Bedeutung und welche Erfolge unsere städtische Gewerbeschule gehabt hat, bin ich zu der Ueberzeugung gekommen, daß wir bei einer so vorzüglich geleiteten Gewerbeschule eigentlich die obligatorische Fortbildungsschule wenn nicht entbehren, so doch augenblicklich nicht als eine Notwendigkeit bezeichnen können. Es ist mir auch verschiedentlich gesagt worden, daß Braunschweig in dieser Beziehung den anderen Städten gegenüber zurückstehe. Dieser Bemerkung muß ich in gewisser Beziehung recht geben, auf der anderen Seite aber bestreiten, da ich kaum glaube, daß die verschiedenen anderen Städte in der Lage sind, sich einer so vorzüglichen Gewerbeschule zu erfreuen, wie Braunschweig. Ich bin kein Antipode der obligatorischen Fortbildungsschule, aber ich muß gestehen, bei einem Zwange, wie er geplant ist, erwachsen mir doch erhebliche Bedenken. Für diejenigen jungen Leute, für deren Beruf die weitere Ausbildung von Nutzen und Nöten ist, existiert schon die Verpflichtung zum Besuche der Gewerbeschule durch die freiwillig übernommene Verpflichtung ihrer Meister, und diejenigen jungen Leute, die wir durch diesen Zwang in die Schule bringen wollen, werden uns nicht gerade sehr dankbar sein, weil ihnen eine gewisse Antipathie gegen das weitere Indieschulegehen innewohnt; diese jungen Leute werden infolgedessen in der Zwangsschule eine Gruppe bilden, die durch ihre Animosität gegen den weiteren Schulbesuch nicht zum Vorteil auf ihre Mitschüler einwirken werden. Ich fürchte aber auch weiter, daß diejenigen Kreise, die bislang dieser jungen Leute bedurften, wahrscheinlich dazu übergehen werden, infolge dieses Zwanges solche jungen Leute nicht mehr in ihren Dienst einzustellen. (Widerspruch.)

Ich kann mir sehr wohl denken, daß es für das Bureau eines Rechtsanwaltes durchaus nichts angenehmes ist, wenn er an verschiedenen Tagen der Woche auf eine Anzahl Stunden soundso viel Leute aus dem Bureau fortschicken und die Arbeit auf andere Weise bewältigen lassen muß. Ich fürchte, daß dadurch gerade diese jungen Leute, denen wir für ihren ferneren Lebensberuf etwas Gutes mit auf den Weg geben wollen, geschädigt werden, indem sie fortan nicht mehr in diesen und jenen Stellen angestellt werden und ihnen daher Gelegenheit zum Verdienst genommen wird, der häufig für die betreffenden Familien von nicht zu unterschätzendem Werte ist.

Die finanzielle Seite der Vorlage ist schon von Herrn Dr. Wolters erörtert worden, ich will mir deshalb nur eine kleine Bemerkung darüber erlauben. Als ich vor einigen Jahren in der Schulkommission die Herren vom Magistrat interpellierte, wie es mit der Einführung der obligatorischen Fortbildungsschule stehe, antwortete der Herr Oberbürgermeister: Wenn Sie uns Geld dazu geben wollen, machen wir alles, was Sie wollen, wenn wir aber kein Geld haben, so können wir auch nichts unternehmen. Jetzt höre ich nun, daß die Mittel vorhanden sein sollen. Das ist an sich außerordentlich erfreulich, aber nicht alle Quellen entzücken mich, die dafür erschlossen sind, und dazu gehört namentlich der Verbrauch der Erträge aus der Umsatzsteuer. Es ist gesagt worden, daß die Steuer immer mehr zurückgeht, ich freue mich darüber, ich wollte, sie verschwände eines Tages vollständig (Zustimmung), dann könnten wir sagen, das reelle Gewerbe hat wieder Boden gefaßt und die Krise beseitigt, die ihm die Knochen beschnitten. (Zuruf: Das glauben Sie?) Ich glaube allerdings nicht, daß die Warenhäuser aufhören werden, aber es werden doch immer weniger. Deshalb sollte man den aus der Umsatzsteuer angesammelten Fonds lieber zufrieden lassen, um ihn nötigenfalls zur Hand zu haben. Ich stehe der obligatorischen Fortbildungsschule an sich also sympathisch gegenüber, bin aber zu meinem Bedauern heute nicht in der Lage, dafür stimmen zu können.

Herr A h m a n n: Wenn ich die heutige Debatte verfolge, so bin ich wirklich erstaunt, daß hier eine so allgemeine Gegnerschaft gegen die Errichtung einer städtischen Fortbildungsschule vorhanden ist. Nach den wiederholt in der Versammlung abgegebenen Erklärungen und nach den überall hervorgetretenen Bestrebungen, die Bildung der jungen Leute zu heben, hätte ich nicht geglaubt, daß sich hier solche Gegnerschaft finden würde. Wenn ich die bisher gehörten Reden verfolge, so hat ein Herr viele dunkle Punkte in der Vorlage gefunden; ich habe auch verschiedene dunkle Punkte darin gefunden, indem sie mir nicht weit genug geht, namentlich wenn ich das Vorgehen anderer Städte dabei berücksichtige. Trotzdem kann ich mich nicht dazu entschließen, der Vorlage entgegenzutreten, auch wenn die dunklen Punkte nicht beseitigt würden, weil ich die Ablehnung für

ein Unglück halten würde. Ich wüßte auch nicht, welches Zeugnis sich die Stadt Braunschweig ausstellen würde, wenn wir diesen Fortschritt inhibieren wollten; man müßte dann auch außerhalb zu der Ueberzeugung kommen, daß Braunschweig immer rückwärtlicher würde. Wenn gegen die Einrichtung angeführt wurde, der Zwang wäre zu verwerfen, es wäre notwendig, daß die Freiheit des Schulbesuches gewahrt würde, so muß ich dem gegenüber darauf hinweisen, daß hier bekanntlich seit 13 Jahren die kaufmännische Fortbildungsschule besteht, die denselben Zwang vorgeschrieben hat. Wenn das aber dort möglich ist, weshalb soll es in dem übrigen wirtschaftlichen Leben der Stadt nicht möglich sein?

Wenn im Laufe der Diskussion auch geklagt wurde, daß unsere Volksschulen die jungen Leute nicht genügend ausbilden und sie daher dem Lehrmeister nicht das seien, was er von ihnen verlangen müßte, so läge doch eigentlich nichts näher, als die jungen Leute während ihrer Lehrzeit noch weiter auszubilden. Wenn ferner vermist wird, daß der Lehrplan nicht deutlich genug vor Augen liegt, so ist das auch kein absoluter Grund, deshalb die Vorlage zu verwerfen, denn es ist doch wohl gleichgültig, ob wir jetzt etwas schwarz auf weiß vor Augen haben, das hinterher vielleicht von uns wieder verworfen wird. Ich vermisste in der Vorlage auch, daß die weiblichen Arbeitskräfte des Schulunterrichts nicht teilhaftig werden sollen. Das mag wohl von einzelnen Herren als haarsträubend betrachtet werden, aber ich zweifle nicht daran, daß es nur eine kurze Spanne Zeit dauern wird, bis sowohl außerhalb wie hier das geschehen wird.

Wenn im § 3 des Statuts angedeutet ist, daß die jetzigen Innungsschulen neben der neuen Fortbildungsschule unter gewissen Voraussetzungen bestehen bleiben sollen, so finde ich das bedauerlich, ich wünschte vielmehr, daß diese Nebenschulen auf keinen Fall bestehen bleiben sollen, sondern zugunsten der Fortbildungsschule aufgelöst werden. Wenn auch Herr Stadtrat von Frankenberg betont, daß die Herzogliche Kreisdirection in letzter Linie zu entscheiden habe, ob der Unterricht in diesen Innungsschulen als genügend angesehen werde, so habe ich doch Bedenken, daß wir dadurch zu einer zu großen Zersplitterung kommen und eine Verbilligung und Vereinheitlichung unserer Schule dadurch nicht herbeigeführt werden kann. Ich wüßte auch nicht, weshalb die Innungen ein besonderes Interesse daran haben sollen, noch Nebenschulen zu haben; es wäre jedenfalls besser, wenn sie aufgehoben würden. Es wurde auch gesagt, die Handwerksmeister seien im Schulvorstande zu wenig berücksichtigt, sie müßten in der Hauptsache die Leiter der Schule sein. Darüber läßt sich streiten. Ich halte es für selbstverständlich, daß sie daran beteiligt sein und mit zu beraten haben sollen, daß sie aber in der Hauptsache die Schule leiten sollen, würde ich als einen Rückschritt betrachten. Die Schule würde sich unter solchen Verhältnissen niemals entwickeln können, sie würde das nicht werden, was sie werden soll,

wenn dabei diejenigen im Hintergrunde stehen, die die idealen Ziele der Schule zu erstreben haben, während diejenigen, die auf ihren eigenen Geldbeutel sehen, in leitender Stelle der Schule ständen.

Ein Mitglied der Versammlung sagte auch, er wäre zum Gegner der Schule geworden, nachdem er sich überzeugt hätte, daß die Vorzüglichkeit unserer Gewerbeschule die Errichtung einer Zwangsfortbildungsschule unnötig gemacht hätte. Ich wüßte aber nicht, was davon abhalten sollte, auch die übrigen Schüler in die Fortbildungsschule zu schicken. Wenn gemeint wurde, diese Schüler würden uns in der Entwicklung der Schule hinderlich sein, indem sie die übrigen Schüler stören würden, so befürchte ich das nicht. Im schlimmsten Falle würde es sich nur um eine kurze Zeit dabei handeln. Diejenigen, die heute unsere Gewerbeschule nicht besuchen, werden nicht absichtlich davon ferngehalten, so daß sie auch keine störenden Elemente in der Fortbildungsschule sein können. Wenn ferner von anderer Seite darauf hingewiesen wurde, daß der größte Teil der Finanzkommission die vorgelegten Kostenberechnungen nicht für zweckmäßig hielt und hierauf besonders Wert legte, indem angenommen wurde, daß wir solche Belastung nicht mehr übernehmen könnten, indem die Umsatzsteuer in den Einnahmen zurückgehen würde und es unmöglich wäre, die Schule durch direkte Steuern erhalten zu können, so verstehe ich das nicht. Ueber die Bedeutung der Fortbildungsschule kann doch kein Zweifel mehr bestehen, und wenn alle Herren für die Fortbildung der jungen Leute sind, so wäre es schlimm um uns und die finanzielle Leistung unserer Stadt bestellt, wenn wir nicht in der Lage sein sollten, die Schule aus der Kammereikasse bezahlen zu können. Wenn die nach meiner Ansicht verkehrte und ungerechte Umsatzsteuer beseitigt werden sollte, so würden die Ausgaben durch die allgemeine Steuer gedeckt werden müssen, wodurch die Stadt nicht zugrunde gehen würde. Einer der Herren wollte auch den Schluß daraus ziehen, daß nach Fortfall der Umsatzsteuer der goldene Boden des Handwerks wieder blühen würde; wer das glaubt, muß recht optimistisch angelegt sein. Es wäre sehr bedauerlich, wenn diese Gründe dabei maßgebend sein sollten.

Nicht mit Unrecht hat Herr Stadtrat von Frankenberg darauf hingewiesen, daß die Handwerkerkreise die Schule schon seit einer längeren Reihe von Jahren wünschen, ich verstehe deshalb gar nicht, woher jetzt die Stellungnahme hier kommt. Wenn einer der Vorredner darauf hinwies, daß die Schreiber bei den Rechtsanwältinnen nach Einrichtung der Fortbildungsschule aus dem Bureau fortgingen, um den Unterricht zu besuchen und die Arbeit anderweit beschafft werden müßte, so möchte ich dazu bemerken, daß doch solche Schule schon jetzt besteht. In der Kommission ist ausdrücklich und eingehend darüber beraten worden, daß den verschiedenen Eigentümlichkeiten der einzelnen Berufe in der Schule mög-

lichtst Rechnung getragen werden solle und Herr Stadtrat von Frankenberg hat auch schon angeführt, wieviel verschiedene Berufsklassen eingeführt werden sollen. Damit fällt aber das Bedenken des Vorredners, der befürchtete, daß ein Lehrling etwas lernen müßte, was er gar nicht brauche in seinem Berufe. Auch den Wünschen der Rechtsanwälte würde nach Möglichkeit Rechnung getragen werden können. Natürlich kann man die Schulzeit nicht ganz und gar nach den Wünschen des einzelnen legen, das geht nicht, damit würden wir nicht zum Ziele kommen. Ich würde es unendlich bedauern, wenn die Vorlage hier abgelehnt würde, doch Worte sind genug gefallen, nun laßt uns endlich Taten sehen!

Herr Stadtrat von Frankenberg: Als es mir gelungen war, den Magistrat nach reiflicher Erwägung dafür zu gewinnen, Ihnen diese Vorlage zu machen, hatte ich die feste Ueberzeugung, daß das Schifflein nunmehr fröhlich dem Hafen zusteuern würde. Es mögen ihm auf seinem Wege wohl einige Klippen begegnen, aber ich kann mich nicht der Besorgnis hingeben, daß es hier in der Versammlung auf eine Klippe fahren werde, ich lebe vielmehr der Ueberzeugung, daß sich die Herren für die Sache erwärmen und sich der Ansicht zuwenden werden, es ließe sich die Sache machen, und sie muß gemacht werden im Interesse der schulentlassenen Jugend, und sie kann auch mit den vorhandenen Mitteln gemacht werden.

Ich hatte absichtlich unterlassen, auf den Kostenpunkt näher einzugehen, will das jetzt aber nachholen. Herr Dr. Wolters meinte vorhin, es wäre in der Vorlage ein Loch, es fehlte darin nämlich die Berücksichtigung der Ausgaben, die bisher für die Gewerbeschule gemacht und auch in Zukunft noch nötig seien. Die Vorlage hat aber kein Loch, denn sie enthält in der Berechnung der jährlichen Mehrkosten, die durch Einführung des Fortbildungsschulzwanges entstehen, unter Nummer I. 3. die Kosten der Gewerbeschule mit 29 800 M. Es wird allerdings mit dem Umstande gerechnet, daß die Gewerbeschule nicht mehr soviel wie bisher kosten werde, weil ein großer Teil der Aufwendungen auf die Fortbildungsschule entfallen wird. Ferner meint Herr Wolters, daß die Aufwendungen für die Fortbildungs- und Gewerbeschule fortwährend gestiegen seien, und es wäre damit zu rechnen, daß der bisherige Fehlbetrag noch erheblich wachsen werde. Dabei hat Herr Dr. Wolters, der ja als vorzüglicher Rechner bekannt ist, übersehen, daß die Steigerung in den Ausgaben der Kasse in den letzten Jahren wesentlich durch vorläufige Maßregeln hervorgerufen worden ist, die wir jetzt durch den organisatorischen Aufbau der Schule ändern und vermeiden wollen. Die Kosten für die Gewerbeschule haben sich in den letzten Jahren nur ganz unwesentlich von 26 500 M auf 28 400 M und auf 29 800 M gehoben, während in derselben Zeit die Kosten der Lehrkräfte für die Fortbildungsschule auf das Doppelte gestiegen sind. Das liegt darin, daß wir Fachklasse auf Fach-

Klasse auf städtische Kosten ins Leben gerufen haben und damit der Entwicklung der Schule zu einer Pflichtfortbildungsschule zusteueren. Also nicht die Vorlage, sondern die Ausführungen des Herrn Dr. Wolters haben ein Loch gehabt.

Bei der Umsatzsteuer muß selbstverständlich damit gerechnet werden, daß ein Rückgang stattfinden kann. Das ist aber gerade so, wie bei dem berühmten Schaukelbrett: Senkt sich die eine Seite, so hebt sich die andere, geht die Warenhaussteuer zurück, so muß sich der solide Handel, insbesondere der Kleinhandel, heben. Nun ist gerade zur rechten Zeit von der Versammlung an den Magistrat ein Antrag gestellt worden, dem der Magistrat auch Rechnung getragen hat, daß nämlich in bezug auf die Einkommensteuer eine genauere Uebersicht darüber gegeben würde, wie sich die Steuerpflichtigen auf die einzelnen Steuerklassen verteilen. Diejenigen Herren, welche gute Rechner sind, und das kann man doch wohl bei sämtlichen Herren der Versammlung voraussetzen, werden der Uebersicht entnommen haben, ein wie merkwürdiger Umschwung sich in den Einkommensverhältnissen gerade der unteren Steuerklassen vollzogen hat. Ich kann darüber folgendes mitteilen: In der Zahl der mit einem steuerpflichtigen Einkommen von 600 bis 1300 *M* veranlagten Personen haben wir einen ganz auffallenden Rückgang um 647 Steuerpflichtige. Das wäre an sich sehr bedauerlich, wenn nicht die folgenden Klassen dafür gewachsen wären. Die Einkommen von 1300 *M* bis 2100 *M* weisen indessen eine Zunahme von 1149 Steuerpflichtigen auf, also doppelt soviel, als die Abnahme in der untersten Klasse betragen hat. Bei den Einkommen von 2100 *M* bis 4600 *M* ist eine Zunahme von 185, und bei den Einkommen von 4600 *M* bis 15 500 *M* eine solche von 62 Steuerpflichtigen zu verzeichnen. Sie sehen hieraus deutlich ein erhebliches Hineinwachsen der steuerzahlenden Bevölkerung von den unteren in die oberen Steuerklassen. Da die Steuererschraube bei den oberen Einkommensklassen naturgemäß viel schärfer angezogen wird, als bei den unteren, so kann man auf eine ganz erhebliche Zunahme der Einkommensteuer rechnen. Daraus folgt aber auch, daß man für die Zukunft, falls erforderlich, auch von diesen Ausgaben einen Teil auf die Rämmereikasse nehmen kann. Reicht das aber einmal nicht aus, nun, meine Herren, dann pflastern wir in einem Jahre einmal eine Straße weniger und haben dadurch 10 000 *M* zur Verfügung. (Zustimmung und Widerspruch.) Wir befestigen dann statt einer Straße bei der aufwachsenden Jugend ein gutes berufliches Wissen, und das ist doch wohl noch mehr wert, als das Pflastern einer Straße.

Die Herren haben vor kurzem, bereitwillig dem Antrage des Magistrates folgend, 30 000 *M* zur Aufbesserung der Vergütung der städtischen Nachtwächter bewilligt, die diesen durchaus zu gönnen war. Man wird nun vielleicht sagen können, was damals den 90 Nachtwächtern recht war, soll heute den 4000 jungen

Leuten billig sein, zumal diese Ausgabe nicht einer einzelnen Gruppe, sondern der Gesamtheit zugute kommt. Herr Möhle hatte auch eine zarte Sorge für die Schreiber der Rechtsanwältinnen geäußert, vielleicht wird Herr Weichsel die Güte haben, diese Sorge zu zerstreuen. Ich vermag mir wenigstens nicht zu denken, daß es nennenswert viel Rechtsanwältinnen geben wird, die auf solche jungen Leute verzichten werden, weil sie in die Fortbildungsschule gehen müssen, sondern sie werden sagen, die Schule wird auch uns in mancher Beziehung zugute kommen, denn die jungen Leute lernen dadurch etwas, was ihnen heute noch fehlt. Unter den städtischen Bureaubeamten befinden sich viele, die eine gute Schule bei den Rechtsanwältinnen durchgemacht haben, also kommt das, was die jungen Leute in der Fortbildungsschule gelernt haben, hinterher auch der Stadt zugute. Herrn Altmann, der bedauert, daß man Rücksicht auf die bestehenden Innungsfachschulen nimmt, möchte ich erwidern, daß wir den Vorbehalt nur gemacht haben der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe; die Reichsgewerbeordnung verlangt das ausdrücklich, wir konnten also nicht anders. Wie weit der Vorbehalt nachher Wirklichkeit werden wird, hängt von den Verhältnissen ab. Bei der Abstimmung möchte ich die Herren bitten, gegen die Vorlage nur dann zu stimmen, soweit sie grundsätzlich auf einem verneinenden Standpunkte stehen, also die Vorlage ablehnen wollen, möge sie sich gestalten wie sie wolle.

Herr Lübbe: Die finanziellen Bedenken des Herrn Dr. Wolters dürften doch wohl übertrieben sein. Die Schule besteht sachlich doch eigentlich schon jetzt: wir haben eine Fortbildungsschule und eine Anzahl Fachschulen und die Entwicklung dieser Schulen kann nur die sein, daß die bestehenden Fachschulen allmählich in der neuen Fortbildungsschule aufgehen. Dadurch werden die bestehenden Schulen entlastet und müßten entsprechend zu der städtischen Fortbildungsschule beitragen. Ein wesentlicher Unterschied besteht nur darin, daß das, was bisher freiwillig den strebsamen Elementen zugänglich war, in Zukunft allen jungen Leuten zugute kommen soll, mögen sie wollen, oder nicht. Der Bildungsstand der Arbeiter wird dadurch entschieden gehoben, und auch die strebsamen bedürftigen jungen Leute, denen jetzt der Schulbesuch vielleicht erschwert wird, haben dann die Möglichkeit, sich entsprechend zu entwickeln.

Herr Frühling hat sodann auf einen dunklen Punkt hingewiesen, der uns noch bevorstände, weil wir das endgültige Schulprogramm noch nicht übersehen könnten. Ich habe in dieser Hinsicht keine Besorgnis; es handelt sich hier nicht um eine Polizeischule, sondern um eine Kommunalsschule, bei der wir und die zunächst beteiligten Bevölkerungsklassen das Mitbestimmungsrecht haben. Insofern kann man die Ausgestaltung des Lehrplans ruhig der Zukunft überlassen. Die persönliche Freiheit erscheint uns allen als ein köstliches Gut, aber mit der persönlichen Freiheit, die wir durch die liberale Gesetzgebung besonders in den

siebziger Jahren errungen haben, haben wir auch etwas bekommen, was in unseren Zeitungen und privaten Unterhaltungen immer widerklingt, daß nämlich unsere heranwachsende Jugend einer gewissen Zügellosigkeit preisgegeben ist. Wenn das auch nicht erst seit den siebziger Jahren, sondern schon früher der Fall gewesen ist, so sind doch die Klagen über die Verrohung der Jugend mit den Jahren immer mehr zutage getreten. Ich würde es für ein Glück halten, wenn die ungebändigte überschäumende Kraft der Jugend etwas im Zaume gehalten würde, und wenn es nicht den politischen Parteien überlassen bliebe, zu bestimmen, was ein Junge einmal vom staatlichen Wesen wissen muß. Ich würde es freudig begrüßen, wenn die Schule die Jugend zwangsweise aufnähme, denn wenn die Industrie heute blühend dasteht, so verdankt sie es nicht zum mindesten dem Umstande, daß die Jugend gut ausgebildet wird und zwar durch die Schule und die allgemeine Wehrpflicht. Die Stärkung für den wirtschaftlichen Kampf nützt nicht nur dem einzelnen, sondern von dieser Stärkung zieht auch die Allgemeinheit ihren großen Nutzen: Je mehr wir die einzelne Person zu einem tüchtigen Menschen erziehen, desto besser wird die Gesamtleistung in der Industrie werden.

Ich habe auch nicht die Beforgnis, daß die Jugend dadurch überlastet wird, denn ich weiß als früherer Lehrer an solcher Schule, mit welcher Freudigkeit die jungen Leute zur Schule kommen. Wenn einzelne nicht so wollen, wie sie sollen, so kann man sie auch ein bißchen fackeln.

Ferner glaube ich nicht, daß die Handwerksmeister dadurch Schaden haben, wenn sie ihre Lehrlinge nachmittags in die Schule schicken müssen; sie werden dafür nicht so viel Ausschuß in den Arbeiten der Lehrlinge haben, als wenn die Lehrlinge nicht gut vorgebildet sind. Es ist dann der Lehrplan bemängelt worden: Ich bin auch der Ansicht, daß einzelnen Handwerkszweigen mehr Gelegenheit zum Zeichnen gegeben werden müßte, doch sind das Detailfragen, die später erledigt werden können. Jedenfalls kann man deshalb nicht das ganze gute Werk scheitern lassen wollen, weil man vielleicht mit allen Einzelheiten nicht zufrieden ist. Nicht richtig würde es sein, die bisher bestehende Innungsschule einfach bei Seite zu schieben und daraus eine allgemeine Schule zu prägen. Die Schule muß den Bedürfnissen der verschiedenen Handwerkszweige Rücksicht tragen und muß ganz verschieden in ihrem Aufbau sein. Wir dürfen nicht Maurer und Friseure über einen Kamm scheren. Dafür wird die Schule aber schon von selbst sorgen, sie wird die Vorstände der verschiedenen Innungen fragen, was sie im fachlichen Interesse für zweckmäßig halten, und der Schulvorstand wird nicht über die Interessen der Bevölkerung hinweggehen, ohne sie zu hören. Ich hege also keine Befürchtung, auch nicht in der Richtung, daß die Gewerbeschule dadurch wesentlich verschlechtert würde; sie kann dadurch

vielleicht veranlaßt werden, mehr als bisher eine Kunstgewerbeschule zu werden. Je mehr unsere Gewerbeschule sich zur Kunstgewerbeschule, vielleicht durch Einrichtung von Meisterkursen, entwickelt, um so dankenswerter würde das für unsere Handwerker sein. Die Vorlage ist gut und sofern noch einzelne dunkle Punkte darin sein sollten, so können sie durch die Einzelberatung noch beseitigt werden. Wenn wir darauf halten, daß die Interessentenkreise gehört werden sollen und ihnen eine Mitwirkung im Schulvorstande zugeteilt wird, so habe ich keine Bedenken, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Weichsel: Gegen meinen Wunsch sind auch die Verhältnisse im Anwaltsbureau in die Debatte gezogen worden. Wenn die Herren eine derartige Vorlage beschließen, so darf es dabei auf einen einzelnen Beruf nicht ankommen, ich bitte deshalb, die Spezialberufe aus der Debatte zu lassen.

Der politischen Ueberzeugung des Herrn Ahmann entspricht es selbstverständlich, daß er für eine uniforme Ausbildung und Heranbildung der ganzen Jugend ist, ich bin darüber aber anderer Meinung. Ich möchte bei einem Menschen gern das freie Spiel der Kräfte walten lassen und ihn sich nach seinen eigenen Kräften und Neigungen und seinem eigenen Streben nach der Richtung ausbilden lassen, wohin ihn seine Neigung führt, nicht aber, daß er, nachdem er seine Schulzeit glücklich hinter sich hat, wieder in eine Schule gespannt wird, wo die hohe Schulkommission maßgebend ist und nicht er selbst. Das mögen verschiedene politische Ansichten sein. Ich bin prinzipiell gegen den Zwangsunterricht über das 14. Lebensjahr hinaus, und so segensreich er bis zu diesem Jahre ist, so sehr verwerfe ich ihn über diese Zeit hinaus. Selbst wenn man aber prinzipiell dem Zwangsunterricht für die Fortbildungsschule zustimmen will, so muß ich doch sagen, daß ich niemals dem Wege folgen kann, den die Vorlage beschreitet. Ich bin der erste, der bereit ist, der Bewilligung städtischer Mittel zuzustimmen, die für die heranwachsende Jugend aufgewendet werden sollen, wenn das aber in der Form der Einrichtung einer Fortbildungsschule geschieht, so muß es auf der Grundlage der beruflichen Gruppierung der Schüler geschehen, wie Herr Frühling das schon treffend ausgeführt hat. Ich bitte, hierbei die Unterschiede zwischen den einzelnen Berufen in Betracht zu ziehen. Nicht nur die ganze Fachausbildung ist verschieden, auch die Ergebnisse in der Weiterbildung sind verschieden. Wie ist es unter solchen Verhältnissen möglich, bei den Friseur-, Tapezier-, Bäcker-, Schlosser- usw. Lehrlingen und den Hausdienern einen vierjährigen Unterrichtsplan gleichmäßig festzusetzen? Wenn das geschieht, wird aus der Sache Unfug, denn dem Lehrer wird der Lehrstoff bald ausgehen und die Jungen werden gelangweilt und gequält. Deshalb bin ich auf das allerentschiedenste gegen die Vorlage. Ich erinnere mich keiner Vorlage, gegen die ich mich mit solcher Entschiedenheit wehren möchte, als gegen diese. Man

überschätzt dabei die Vorteile und unterschätzt die Nachteile und Gefahren bei der Sache. Die Vorteile überwiegen die Nachteile lange nicht. In mittleren Betrieben mag die Sache noch gehen, in großen und kleinen Betrieben ist sie störend. In den kleinen Betrieben muß der Lehrling auch Handlangerdienste tun, und wenn er dabei ist, muß er sich waschen und zur Schule gehen. In großen Betrieben ist die Sache noch störender, die ganze Organisation der Fabrikleiter kann dadurch über den Haufen geworfen werden.

Wenn man auf dem gesetzlich vorgezeichneten Wege vorgehen wollte, so ist es mir unverständlich, weshalb man gleich mit allen vier Pferden in die Sache hineinfährt. Das Landesgesetz gibt der Stadt die Möglichkeit, so weit zu gehen, wie das hier geschehen ist, weshalb wird nun gleich die allerweiteste Möglichkeit genommen? Das ist mir unverständlich. Wer in einem unbekannten Wasser baden will, geht erst mit den Beinen und nicht gleich mit einem Kopfsprunge hinein. Selbst wenn uns schon andere Städte vorangegangen sind, so können wir doch nicht übersehen, wohin uns die Belästigungen in den einzelnen Betrieben führen werden, wir wissen nicht, wie sich die Animosität gegen die Privathandwerker bei der übrigen Bevölkerung infolge dieser Einrichtung steigern wird. Der kleine Arbeitgeber wird dadurch sehr belästigt und das Privatpublikum auch. Es gibt tatsächlich eine Menge von Nachteilen, die die Vorlage mit sich zieht.

Was Herr Stadtrat von Frankenberg gegen die Ausführungen des Herrn Dr. Wolters vorgebracht hat, hat mich nicht von der Unrichtigkeit in dessen Anschauungen überzeugen können. Wenn er sagt, es wird einmal eine Straße weniger gepflastert, so ist das nur ein sehr schwacher Trost. Wir wissen, wie zähe der Magistrat bei vielen Ausgaben gewesen ist, die uns notwendig erschienen und wir sind ihm dankbar dafür, aber die jetzige Vorlage steht auf einem sehr wackeligen Standpunkte.

Der Magistrat tanzt hier über finanzielle Schwierigkeiten hinweg, wodurch sich solche Vorlage aber nicht fördern läßt. Ich erkläre mich also gegen die ganze Vorlage, man kann sie selbst durch die Nachtwächter nicht stützen.

Herr Schuldirektor Professor Dr. R e h f u h: Es sind hier eine Reihe von Bedenken gegen die Einrichtung einer obligatorischen Fortbildungsschule geäußert worden, von denen ich hoffe, daß sie sich beseitigen lassen werden. Zunächst wurde bemerkt, daß es nicht möglich sei, Angehörige verschiedener Berufsstände zusammen zu unterrichten, ferner hat Herr Baurat Frühling gefragt, wie die berufliche Gliederung der Fortbildungsschule gedacht sei.

Als ich mit der Aufgabe betraut worden war, auf Grund des neuen Landesgesetzes über Organisation und Kosten der Pflichtfortbildungsschule zu berichten, habe ich mich mit der Handwerkskammer in Verbindung gesetzt und mir ein Verzeichnis der gegenwärtig vorhandenen Handwerkerlehrlinge aufstellen lassen

und mich bei der Handelskammer erkundigt, wieviel Lehrlinge in Fabriken tätig sind. Diese Zahl beträgt etwa 2100, während die übrigen, von den in Betracht kommenden 3400 Knaben den Arbeitern ohne Beruf angehören. Die 2100 Lehrlinge habe ich sodann geordnet und hierbei zweierlei maßgebend sein lassen, nämlich zuerst den Beruf der Lehrlinge und zweitens den Gesichtspunkt, daß wir immer mindestens drei aufeinander folgende Klassen haben müssen, um den Lehrplan so aufbauen zu können, daß der Knabe die Unter-, Mittel- und Oberstufe durchlaufen kann. Das ist mir bei den meisten Berufen auch gelungen. Die Bäcker-, Konditoren- und Pfefferküchler-Lehrlinge bilden bei einer Kopfzahl von 121 z. B. 6 Klassen und zwei volle Kurse, die Buchdrucker und Schriftsetzer zählen 74 Köpfe und können 3 Klassen bilden, die Schlosser werden in 9 Klassen untergebracht, die Schmiede, Kupferschmiede und Klempner usw. in 12 Klassen usw. Nur wenige Gruppen, wie die Stellmacher, Instrumentenmacher, Uhrmacher, ferner die Holzbildhauer usw. ergeben nur je zwei Klassen. Diese 6 Klassen kann man entweder in zwei Gruppen zu je 3 Klassen ordnen, oder den Lehrplan so gestalten, daß für die Oberklasse ein zweijähriger Kursus eingeführt wird. Sie können hieraus schon ersehen, daß die Möglichkeit, daß etwa ein Schornsteinfeger und ein Bäcker in derselben Klasse sitzen, ausgeschlossen ist. Die Schule wird eine Berufsschule im vollsten Sinne des Wortes werden, und von einer uniformen Ausbildung kann keine Rede sein.

Von Herrn Professor Lübke ist sodann ein Moment in die Debatte geworfen, das mich sehr gefreut hat, daß nämlich die Fortbildungsschule nicht nur eine Berufsschule, sondern auch eine Erziehungsstätte sein müsse. Kein Alter hat die Erziehung mehr nötig, als das vom 14. bis 18. Lebensjahre, denn da bildet sich der Charakter des Menschen. Die Verwahrlosung der Jugend ist tatsächlich heutzutage sehr groß, und wenn sie der Disziplin der Schule länger als bisher unterworfen wird, so ist ihr das außerordentlich dienlich.

Herr Frühling hat gesagt, zu der Erziehung der Lehrlinge wäre allein der Meister da. Wenn das so wäre, so würde es ein idealer Zustand sein. Noch vor einigen Jahrzehnten gehörte der Lehrling zur Familie des Meisters, und dieser war nicht nur Lehrherr, sondern auch Erzieher. Das hat sich jetzt aber wesentlich geändert: die meisten Lehrlinge bekommen heutzutage Pflegegeld und befinden sich außerhalb der Arbeitszeit nicht im Hause des Meisters. In diesem Lebensalter ist die Vergnügungssucht am meisten ausgeprägt. Die Sehnsucht nach Freude wohnt allen Menschen inne und soll auch niemand verkümmert werden, aber zu den besten Mitteln greift der Lehrling zu ihrer Befriedigung sicher nicht: Kinematographentheater, Kneipengelage und noch schlimmere Dinge sind es, die den Lehrling fesseln, und hier muß die Fortbildungsschule erzieherisch einwirken. Noch zu keiner Zeit ist die Schundliteratur so verbreitet gewesen, wie jetzt, und

es hat sich auch hier zu ihrer Bekämpfung schon eine Kommission gebildet. Gerade bei den Lehrlingen findet diese Literatur aber die allergrößte Verbreitung. Vor einiger Zeit ist in Hannover eine Razzia auf Schulnliteratur veranstaltet, bei der man bei einem einzigen Fortbildungsschüler 1500 solcher Hefte gefunden hat. Das Bestreben, das Lesebedürfnis der heranwachsenden Jugend in die rechte Bahn zu lenken, ist auch eine Aufgabe der Fortbildungsschulen.

Es ist auch beanstandet worden, daß das 18. Lebensjahr als Grenze der Schulpflicht festgesetzt worden ist. Das steht aber im Landesgesetze und da kommen wir nicht herum. Vielleicht könnte noch auf gesetzlichem Wege eine Einschränkung in dieser Hinsicht bewirkt werden.

Ferner ist gesagt worden, daß der Name „Fortbildungsschule“ nicht dem Ausdruck gebe, was die Schule eigentlich sein solle, nämlich eine Berufsschule. Man hat aber noch keinen besseren Namen dafür gefunden, denn mit der Bezeichnung „Gewerbeschule“ würde man auch nicht das richtige treffen. Vielleicht kann man die Abteilung der Fortbildungsschule, die speziell Handwerkerlehrlinge aufnimmt, „Handwerkerabteilung“ benennen. Sodann wurde auch bemerkt, daß die Handwerker an der Leitung der Schule mitwirken könnten. Das gebe ich zu. Man hat auch schon vorgesehen, daß 4 bis 5 Arbeitgeber mit im Schulvorstande sind. Daß der Ausbau des Lehrplanes nicht nur von Lehrern am grünen Tische gemacht wird, ist selbstverständlich; es sollen vielmehr die Handwerker aufgefordert werden, daran mitzuwirken. Ich habe mich schon mit der Handwerkskammer in Verbindung gesetzt und um Namhaftmachung solcher Handwerker gebeten, die befähigt sind zur Mitarbeit. Wenn sich unter den Handwerksmeistern auch solche finden, die geeignet und gewillt sind, als Lehrer in der Berufskunde mitzuwirken, so würden auch dagegen keine Bedenken zu erheben sein. Als Leiter der Fortbildungsschule muß ich mich aber dagegen sträuben, eine etwaige Dispensation von dem Besuche der Fortbildungsschule eintreten zu lassen, wenn der Schüler sich entschließt, eine andere Schule zu besuchen. In verschiedenen Städten sind auf diesem Gebiete Erfahrungen gesammelt, die ergeben haben, daß solche Dispensationen zu Unzuträglichkeiten der schwersten Art geführt haben. Die berufliche Ausbildung wird dadurch sehr erschwert. Nehmen wir nur an, daß ein Teil einer Gruppe nach der Gewerbeschule fortgeht, so kann an einen Aufbau in drei Stufen nicht mehr gedacht werden. Auch noch aus anderen Gründen halte ich es nicht für angebracht, einen solchen Dispens ohne weiteres zu erteilen. Was kann schließlich einen Fortbildungsschüler bewegen, aus seiner Schule fortzugehen? Einmal das Bestreben, in irgend einem Fache eine weitergehende Ausbildung zu genießen; diese kann ihm die Fortbildungsschule aber auch bieten. Wenn sich z. B. junge Leute im Reich-

nen weiter ausbilden möchten, so können außer den Zwangsstunden noch freiwillige Zeichenstunden eingeführt werden. Der andere Grund, der einen Schüler bewegen könnte, der Fortbildungsschule den Rücken zu kehren, besteht darin, daß er mit seinem Lehrer in Zwistigkeiten geraten ist und daraufhin zur Gewerbeschule übertritt. Ein solcher Zustand wäre geeignet, das Ansehen der Fortbildungsschule und ihrer Lehrer aufs schwerste zu schädigen, sie würde zu einer Anstalt zweiter Klasse degradiert werden. Die Gewerbeschule an sich wird neben der Fortbildungsschule bestehen bleiben, denn es wird sich bald herausstellen, daß eine große Anzahl von Schülern das Bedürfnis hat, sich auch über das 18. Lebensjahr hinaus noch fortzubilden. In München sind z. B. 75 Prozent der entlassenen Schüler zu den freiwilligen Kursen wiedergekommen. Solche Schüler würden hier nach der Gewerbeschule verwiesen werden.

Endlich ist noch gesagt worden, es möchten auch die weiblichen Zöglinge in den Unterricht einbegriffen werden. Das ist vorläufig hier noch nicht in Aussicht genommen, obwohl es in anderen Orten des Herzogtums, z. B. Calvörde, schon geschehen ist.

Herr Sander: Herr Baurat Frühling hat vorhin gesagt, diese Sache ginge vornehmlich das Handwerk an; es ist deshalb wohl erklärlich, daß auch einmal ein Handwerker das Wort dazu nimmt. Die von Herrn Frühling geäußerten Bedenken waren auch in der Kommission vorhanden; es ist uns aber gelungen, aus dem Statutentwurf vieles, was uns nicht richtig und genehm erschien, zu entfernen. Andererseits haben die Versicherungen des Magistrates, daß den Wünschen des Handwerks in jeder Beziehung Rechnung getragen werden solle, dahin geführt, daß wir der Vorlage unsere Zustimmung gegeben haben. Wenn Herr Frühling sagt, der Lehrling gehört seinem Lehrherrn, so hört sich das wunderschön an, wie liegen die Verhältnisse aber in Wirklichkeit? Früher war das anders, als der Lehrling noch in der Familie des Lehrherrn war, da hatte dieser Zeit, seinen Lehrling des Abends noch fortzubilden, er konnte ihn rechnen und zeichnen lassen, aber wie ist es heute? Wenn die Uhr des Abends 6 schlägt, geht der Lehrling aus dem Hause und ist der Zucht und dem Einfluß des Lehrherrn entzogen. Selbst wenn der Lehrherr darauf aufmerksam macht, daß der Lehrling die Zeichen- und Fortbildungsschule besuchen müsse und auch das Schulgeld dafür zahlt, so kommen doch hinterher häufig Klagen, daß der Lehrling nicht in die Schule gekommen sei.

Wie steht es nun heutzutage mit der allgemeinen Bildung der Lehrlinge? Wenn Sie sähen, welche Resultate häufig beim Gesellenstücke erzielt werden und was für einen Lebenslauf der junge Mensch niederschreibt, so würden Sie sich wundern, wie es bei unseren Schulen möglich ist, daß bei 16- bis 18 jährigen jungen Leuten solche Resultate erzielt werden. Es sind dabei schon ganz un-

glaubliche Sachen vorgekommen. Deshalb tut es unseren jungen Leuten not, daß sie im Elementarunterrichte weiter fortgebildet werden, und das ist auch der Grund, der die Handwerker veranlaßt, für die Einführung der Zwangsschule zu stimmen.

Herr Frühling hat auch gemeint, den Handwerkern wäre die Vorlage nicht genehm, sie würden damit nicht einverstanden sein, die Bevormundung wäre ihnen zuwider. Das ist richtig, die Bevormundung ist ihnen tatsächlich über, aber, soweit ich orientiert bin, haben sie alle der Vorlage mit Freuden zugestimmt. In der Kommission ist gesagt worden, die Lehrlingszüchterei werde dem Handwerker dadurch zuwider gemacht; es bleibt indessen zu berücksichtigen, daß die Hebung der allgemeinen Bildung auch die Fachbildung erleichtert und es ist deshalb ausgeschlossen, daß sich die Handwerker gegen die Vorlage wenden können. Rätig ist die Sache jedenfalls für den Handwerker, aber man muß sich erst daran gewöhnen und Wert darauf legen, daß die Lehrlinge etwas lernen sollen. Die Ausführungen des Herrn Weichsel, daß die Einrichtung in den großen und den ganz kleinen Geschäften riesige Störung verursachen würde, kann ich nicht anerkennen. Herr Weichsel legt dem Lehrling eine zu große Bedeutung bei. Wenn die Fabriken erst auf ihre Lehrlinge angewiesen sind, so ist es weit genug gekommen. Außerdem haben wir in den meisten Fabriken die englische Arbeitszeit, in die der Fortbildungsschulunterricht überhaupt nicht eingreift. Ich stehe auf dem Standpunkte, die Vorlage mit Freuden zu begrüßen und bitte Sie, ihr ebenfalls zuzustimmen, das Handwerk kann dadurch nur gewinnen.

Herr Henking: Ich freue mich, daß Herr Direktor Dr. Rehkuf, der wohl mit die Hauptarbeit an dem Zustandekommen des Statutentwurfs hatte, vor mir gesprochen hat; er hat im allgemeinen schon das gesagt, was ich noch besonders hervorheben wollte, daß nämlich durch die neue Schule nicht allein die berufliche Weiterbildung, sondern auch eine allgemeine erziehlische Fortbildung geboten werden soll. Ich will nur darauf hinweisen, was für eine erschreckende Zunahme von Verbrechen und Selbstmorden bei dieser eben aus der Schule entlassenen Jugend in den letzten Jahrzehnten zu verzeichnen ist. Für das Leben ist nicht allein das nötig, was man für seinen beruflichen Zweck in der Schule lernt, sondern es ist ebenso wichtig, daß dort guter Religionsunterricht geboten wird, gegen den die hinter mir sitzenden Herren aus bedauerlichen Gründen leider so voreingenommen sind: Das viele Wissen, die Berufsbildung, machen aber den Wert des Menschen nicht allein aus, das beweisen die vielen Schaulichkeiten, die auch unter den sogenannten „oberen Zehntausend“ vorkommen. Die Herren, die so gern vom Bildungshunger des Volkes sprechen, den auch ich anerkenne, müssen doch zugeben, daß eine allgemeine Bildung, besonders Erziehung zur Pflichttreue und Selbstbeherrschung, das wichtigste für das Leben

ist. Ich würde deshalb einen besonderen Wert darauf legen, wenn bei der demnächstigen Bearbeitung des Lehrplanes dieser allgemeinen Bildung mehr Rechnung getragen würde, indem, wenn auch nicht Religions-, so doch vielleicht Moralunterricht in den Plan aufgenommen würde. Hierbei habe ich allerdings meine Bedenken, ob die Herren unter den Lehrer- und Handwerkerkreisen genügend Lehrkräfte finden werden, die hierfür das nötige Verständnis und Interesse bei den Schülern zu wecken verstehen und Gegenliebe finden. Ich komme deshalb auf diese Seite der erziehlischen Fortbildung zu sprechen, weil ich in dem Jahresbericht der Breslauer Fortbildungsschule, wo der Unterricht mit gutem Erfolge betrieben wird, gelesen habe, daß dort wohl Unterricht im Rechnen, in der deutschen Sprache, der Bürgerkunde usw., nicht aber auch Unterricht, sagen wir über Moral oder Ethik betrieben wird. Ich würde mich freuen, wenn mehr Wert auf diese Seite der Fortbildung der Jugend gelegt würde. Dann zum Schluß noch eins: nach dem Berichte aus Breslau wird dort in der Oberstufe auch Unterricht erteilt über die Gefahren der Geschlechtskrankheiten; ob es aber richtig ist, die Jugend in diesem Alter über sexuelle Fragen zu unterrichten und sie mit der Nase auf Dinge zu stoßen, die sie erst später zu würdigen wissen, erscheint mir mindestens zweifelhaft.

Herr **W o l t e r s**: Es wird angenommen, daß alle jetzt bestehenden Schulen in die Fortbildungsschule übergeleitet werden sollen. Es liegt aber die Absicht vor, neben der Fortbildungsschule die Gewerbeschule ruhig weiter bestehen zu lassen. Die Kosten hierfür berücksichtigt die Magistratsvorlage nicht. Daher das Loch.

Wenn unter Nr. 4 der Vorlage gesagt wird: „Der Kostenpunkt hat längere Jahre hindurch ein Haupthindernis unseres Vorgehens gebildet. Eine Erhöhung der Gemeindecinkommensteuer als Folge des Besuchszwanges wünschten wir aus bekannten Gründen unbedingt zu vermeiden,“ so ist es mit dieser Ansicht nicht ganz vereinbar, daß es gegen den Schluß der Vorlage heißt: „so daß im Bedarfsfalle ein Zurückgreifen auf die ordentlichen Einnahmen der Rämmereikasse in angemessenen Grenzen unbedenklich ist.“

Herr **F r e d e**: Einen besonderen Eindruck haben auf mich die Ausführungen des Herrn Weichsel gemacht, in denen eine Kritik enthalten ist des Punktes der Vorlage bezüglich des Alters von 18 Jahren. Er sagte ferner, es werde eine große Belästigung dadurch herbeigeführt, daß die verschiedensten Berufsgruppen dem Schulzwange auf gleiche Dauer unterworfen werden sollten. Warum soll z. B. der Kutscher, der Hausdiener usw. dieselbe sorgfältige Ausbildung genießen, wie der Maschinenbauer, der Elektrotechniker usw.? Ich muß sagen, es geht mir auch wider den Strich, daß die verschiedenen Berufsarten in gleicher Weise behandelt werden sollen, und es wäre gut, einen Modus

zu finden, der diesen Bedenken gerecht wird, etwa derart, daß für die verschiedenen Berufsarten eine Maximal- und Minimalzeit für die Ausbildung vorgeesehen wird. Nun soll allerdings das Landesgesetz nicht gestatten, den Unterricht vor dem 18. Lebensjahre abzuschließen, aber es liegt doch auf der Hand, daß solche Leute, die nur eine allgemeine und keine berufliche Ausbildung verlangen können, zu trennen sind in bezug auf die Dauer der Ausbildung von denen, die neben der allgemeinen Ausbildung auch eine berufliche Ausbildung genießen. Herr Weichsel hat auch von der Belästigung in bezug auf die Zeit der Unterrichtsstunden gesprochen. Tatsächlich ist es eine Belästigung des Handwerks, wenn die Lehrlinge von 5 bis 7 Uhr nachmittags die Fortbildungsschule besuchen sollen; es bedeutet das in der Praxis eine Herausreißung aus dem Berufe von 4 Uhr ab. Deshalb könnte der Unterricht auch in die Zeit von 6 bis 8 Uhr oder von 6½ bis 8½ Uhr verlegt werden. (Rufe: Von 8 bis 10 Uhr!) Seitens der Lehrer wäre hiergegen kein Bedenken geltend zu machen.

Sehr gefreut hat es mich, daß Herr Sander hier im Namen des Handwerks gesprochen hat. Das hat allerdings auch Herr Frühling getan, wenn auch in anderer Weise. Ich bin ebenfalls der Meinung, daß das Handwerk heute nicht mehr den goldenen Boden hat, wie vor einer Reihe von Jahren, aber der Grund ist nicht allein darin zu suchen, daß der Großhandel außerordentlich zugenommen hat und auch die Warenhäuser ihren Schatten darauf werfen, sondern daß bei den Schülern eine Unlust vorhanden ist, sich einem Handwerke zuzuwenden und es schwer hält, einen tüchtigen oder auch nur normal begabten Schüler dem Handwerk zuzuführen. Wenn an mich Gesuche kommen von Malern, Bäckern, Schuhmachern usw., ihnen Lehrlinge zu verschaffen, so befinde ich mich immer in einer sehr schwierigen Lage, denn in der ganzen Klasse meldet sich von den Konfirmanden höchstens einer dazu und dann nicht einmal einer von den Leuchten. Alles läuft heute der Fabrik zu, wo sie mehr verdienen und außerdem eine große Ungebundenheit haben, oder sie werden Schreiber oder Kaufmann — dieser unglückselige Kaufmann! Ich tue mein möglichstes, um darauf hinzuweisen, daß ein tüchtiger Handwerker heute noch sein gutes Brot hat, aber der Mangel an guten Kräften beim Handwerk ist der Hauptgrund, weshalb es zurückgeht. Es verliert das ihm nötige geistige Rüstzeug und das ihm wieder zuzuführen, muß unser Bestreben sein. Das geschieht aber durch solche Schule.

Herr B ä h r: Soviel ich verstanden habe, wünscht Herr Henking einen besonderen Moralunterricht; wenn Herr Henking Theologe wäre, würde er vielleicht Religionsunterricht gefordert haben. Wir haben in ganz Deutschland vielleicht nur eine einzige Fortbildungsschule, in der Religionsunterricht erteilt wird, und das ist die bayerische Fortbildungsschule. Aber auch dort würde er

nicht in den Lehrplan aufgenommen sein, wenn nicht alte Landesbestimmungen dazu zwingen. Es werden dort 9 Stunden wöchentlich gegeben, und darunter eine Religionsstunde. Vor zwei Jahren habe ich unter den 1330 Lehrern des Herzogtums eine Umfrage gehalten, bei der sich nur wenige Lehrer dafür ausgesprochen haben, daß in der Fortbildungsschule auch Religionsunterricht durch einen Theologen abgehalten werden möchte. Bei tüchtiger Ausbildung der jungen Leute wird die Intelligenz den jungen Mann schon behüten, auf eine schiefe Bahn zu kommen, denn der Unterricht selbst ist schon erziehlisch.

Herr Stadtrat von Frankenberg: An einen Religionsunterricht in der Fortbildungsschule ist von unserer Seite nicht gedacht. Die Ansichten darüber sind geteilt. Trotzdem wird sich aber auch im Rahmen des in Aussicht genommenen Lehrplanes eine gediegene Charakterbildung erzielen lassen, z. B. bei Behandlung der Bürgerkunde usw. Herr Dr. Henking wird überzeugt sein dürfen: unmoralisch wird das nicht sein, was die jungen Leute dort lernen. Die Persönlichkeit des Leiters der städtischen Bürgerschulen bürgt schon dafür, daß die Schule in das richtige Fahrwasser kommen wird. Es wurde auch der Befürchtung Ausdruck gegeben, als ob die Magistratsvorlage in ihrer Begründung darauf hinausliefe, eine Erhöhung der Einkommensteuer als das mögliche Schlussergebnis der Annahme der Vorlage zu bezeichnen. Daran haben wir aber nicht gedacht. Bei dem vorhin erwähnten Anwachsen der Steuerkraft der hiesigen Einwohnerschaft läßt sich mit der Einkommensteuer sehr wohl auskommen. Wir denken auch nicht daran, daß 75 Prozent der Besucher der Pflichtfortbildungsschule demnächst zur Gewerbeschule hinübergehen werden, das würden 2500 Besucher dieser Schule ausmachen. Die Gewerbeschule wird etwa auf die Hälfte ihres jetzigen Bestandes zurückgehen; sie hat jetzt etwas über 700 Schüler einschließlich 50 Damen, so daß sie demnächst einen Bestand von 300 bis 400 Schülern als Kern- und Elitetruppe der Fortbildungsschule zu übernehmen haben wird. Damit kann sie zufrieden sein. Das hat aber nicht eine Steigerung, sondern eine erhebliche Verminderung der Ausgaben im Gefolge. --

Die Besprechung wird hiermit geschlossen.

Auf Antrag des Herrn Jasper ist die nun folgende Abstimmung einaufgenommen. Im Prinzip erklären sich für die Genehmigung der Vorlage, also für die Einrichtung einer Zwangsfortbildungsschule die Herren Ackenhausen, Aßmann, Bähr, Bues, Bunge, Frede, Friede, Göde, Henking, Hesse, Jasper, Kleinknecht, Konegen, Leue, Lübke, Meierhoff, Ohlendorf, Rieke, Sander, Tolle und Wesemeier.

Gegen die Vorlage stimmen die Herren Frühling, Löhnefinke, Löschigk, Möhle, Mohr, Probst, Ribbentrop, Schmidt, Voge, Weichsel und Wolters.

Vorsitzender: Damit ist die Einrichtung einer Zwangsfortbildungsschule mit 21 : 11 Stimmen im Prinzip angenommen. Die Einzelberatung des Statuts werden wir in der nächsten Sitzung vornehmen.

Herr Jasper (zur Geschäftsordnung): Ich bitte, zunächst den Antrag des Gewerkschaftskartells wegen Vinderung der Arbeitslosennot zu verhandeln.

Vorsitzender: Ist die Versammlung damit einverstanden? — Es erhebt sich kein Widerspruch. Zu dem Punkte möchte ich folgendes bemerken: Es ist stets Gepflogenheit der Versammlung gewesen, Anträge von außerhalb, wenn sie gleichzeitig auch an den Magistrat gelangen, nicht zu beraten und zwar im Interesse der Versammlung, um dieser die letzte Instanz zu wahren. Dieser Antrag war nun gleichzeitig an den Magistrat und die Versammlung gegangen. Da dessen Fassung aber darauf hindeutete, daß das Gewerkschaftskartell wünschte, wir möchten uns zuerst darüber schlüssig machen, so bin ich von der bisherigen Gepflogenheit abgegangen, um mich nicht dem Vorwurfe aussetzen, daß solche wichtige Sache hier aus formellen Gründen zurückgestellt werde. In Zukunft werde ich aber in bisheriger Weise verfahren. Damit können wir zu dem Punkte selbst übergehen. —

VI. Antrag des Gewerkschaftskartells wegen Vinderung der Arbeitslosennot usw.

Die Eingabe hat folgenden Wortlaut:

„Auch in den letzten Monaten des Jahres 1909 macht sich eine außergewöhnliche Arbeitslosigkeit unter der hiesigen Bevölkerung auffällig bemerkbar.

Eine Umfrage des Gewerkschaftskartells über die Arbeitslosigkeit am 27. November dieses Jahres ergab, daß in 17 Gewerkschaften der Stadt Braunschweig 434 Arbeitslose vorhanden waren und zwar in der Gewerkschaft der

Fabrikarbeiter	72	Brauereiarbeiter	15
Maurer	65	Metallarbeiter	85
Buchdrucker	15	Bäcker	14
Holzarbeiter	31	Buchdruckerei-Hilfsarbeiter . . .	3
Maler	50	Lithographen und Steindrucker	3
Schmiede	14	Mühlenarbeiter	5
Tabakarbeiter	45	Stoffateure	4
Textilarbeiter	4	Tapezierer	7
Zigarrensortierer	1	Gemeinde- und Staatsarbeiter .	1

Von den 434 Arbeitslosen sind 29 weiblichen Geschlechts.

Nach den Angaben der Verbände sind in dieser vorstehenden Zahl der Arbeitslosen aber noch nicht alle Arbeitslosen der genannten Organisationen einbegriffen. So sagt z. B. der Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes, daß von seinen Verbandsmitgliedern die Zahl der Arbeitslosen sich verdoppele, wenn auch die in der Erwerbslosenunterstützung Ausgesteuerten mit hinzugerechnet würden, die sich nicht mehr zur Kontrolle bei dem Verbands melden.

Diese erhebliche Zahl der Arbeitslosen schon im Vorwinter, zu einer Zeit, wo die Außenarbeit noch im vollen Gange war, bedeutet eine große Menge Not und Elend für mehrere tausend Personen, Männer, Frauen und Kinder der hiesigen Stadt. Es ist u. E. Pflicht der Stadt, diese Not lindern zu helfen.

Das Gewerkschaftskartell Braunschweig, die Vertretung von 13 500 organisierten Arbeitern, beantragt daher:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen,

1. Sofort umfangreichere Winter- sogenannte Notstandsarbeiten in Angriff nehmen zu lassen und den dabei beschäftigten Arbeitern einen Stundenlohn zu zahlen, der ihnen bei voller Tagesbeschäftigung (bei natürlicher Tagesbeleuchtung) einen Mindesttagelohn von 3 *M* garantiert.
2. Die Mittel für die Einrichtung einer Arbeitslosenunterstützung nach dem Genter System zu bewilligen und diese Unterstützung noch im laufenden Winter einzuführen.
3. Die Mittel zu bewilligen für die Beschaffung warmen Frühstücks und Mittagessens für die notleidenden Kinder der Bürger- und katholischen Schulen und diese Speisung sofort im Anschluß an die Beschlußfassung der Stadtverordneten zur Ausführung zu bringen.
4. Den Gaskost von den städtischen Gaswerken zum Selbstkostenpreise für den eigenen Hausbedarf der verheirateten männlichen und weiblichen Arbeitslosen abzugeben, die eine eigene Familie zu ernähren haben, und die im laufenden Jahre länger als 5 Wochen arbeitslos gewesen sind, oder in diesem Winter noch so lange arbeitslos werden.

Den Magistrat bittet die Organisation, im Sinne der Antragsteller in der Stadtverordnetenversammlung wirken zu wollen und sich den vorstehenden Anträgen anzuschließen.

Der Beschluß, diese Anträge an die Stadtverwaltung und den Magistrat zu richten, ist einstimmig in einer Sitzung des Gewerkschaftskartells und der gesamten Gewerkschaftsvorstände der Stadt Braunschweig von der Erwägung ausgehend gefaßt worden, daß es Menschenpflicht ist, die Hungernden zu speisen, und daß diese Menschenpflicht in erster Linie von der Gemeinde geübt werden

muß, ohne daß den Armen für die empfangene Unterstützung die politischen Rechte genommen werden dürfen.

Der gegenwärtige Notstand unter der arbeitenden Bevölkerung wird noch wesentlich verschärft durch die gewaltige Preissteigerung für alle Bedarfsartikel des Lebens. Die Löhne der Arbeiter sind dieser Preissteigerung nicht nur nicht gefolgt, sondern sie sind von den Unternehmern zum guten Teil noch während der Zeit der Geschäftsflaute herabgedrückt worden. Bei gesteigerten Lebensmittelpreisen (siehe auch Vierteljahrsberichte des statistischen Amtes der Stadt Braunschweig) und sinkenden Löhnen ist es den Arbeitern zur Unmöglichkeit geworden, sich einen Notpfennig zurücklegen zu können. Dabei ist die Arbeitslosigkeit bei einem erheblichen Teil der Arbeiter schon jetzt von erheblicher Dauer und es ist keine Aussicht vorhanden, daß sie in absehbarer Zeit behoben werden wird.

Die Not und das Elend unter den Arbeitslosen wird also von Tag zu Tag größer. Die Organisation bittet daher die Stadtverordnetenversammlung und den Magistrat der Stadt Braunschweig dringend, den Anträgen stattzugeben, von denen wenigstens eine Linderung der Not erwartet wird."

Namens der Finanzkommission berichtet über die Vorlage Herr **W o l t e r s**: Zunächst möchte ich die Frage behandeln, daß sich hier eine außergewöhnliche Arbeitslosigkeit auffällig bemerkbar gemacht hätte. Am 3. November 1909 sind hier die Vertreter der Armenverwaltung und die Vorsteher der 26 Armenpflegerbezirke zusammengetreten und haben sich über den damals herrschenden Zustand geäußert. In dem über die Sitzung aufgenommenen Protokolle wird bemerkt, daß die Herren sich dahin ausgesprochen hätten, es könne nach ihren Beobachtungen von einer größeren Arbeitslosigkeit hier nicht die Rede sein. (Lebhafte Oho- und Zwischenrufe von den Galerien.)

V o r s i t z e n d e r (unterbrechend): Ich fordere die Besucher der Galerien auf, sich ruhig zu verhalten. Sollten solche Rundgebungen sich wiederholen, so muß ich die Galerie gesetzlicher Vorschrift gemäß räumen lassen.

Herr **W o l t e r s** (fortfahrend): Weiter heißt es in dem Protokolle, es halte zwar für jugendliche Personen, die noch bei ihren Eltern lebten, schwer, geeignete Beschäftigung zu finden, aber die selbstständigen Arbeiter hätten bei den herrschenden günstigen Witterungsverhältnissen reichlich Gelegenheit, Arbeit zu bekommen. Die damals herrschenden Witterungsverhältnisse sind aber bis auf kurze Unterbrechungen allgemein dieselben geblieben, so daß man die damaligen Äußerungen auch heute noch als maßgebend betrachten kann. Außerdem sind vom Magistrat statistische Erhebungen angestellt, die es ebenfalls nicht als richtig erscheinen lassen, daß sich hier eine außergewöhnliche Arbeitsnot gegenüber früheren Jahren auffällig bemerkbar machen soll. Ferner sind vom

statistischen Amte für die Jahre 1905 bis 1909 Nachweise über die vorliegenden Arbeitsangebote geführt worden, die für die Monate Juli bis Oktober folgende Zahlen aufweisen:

	1905	1906	1907	1908	1909
Juli	348	355	351	278	206
August	426	417	324	257	313
September	350	404	377	260	301
Oktober	389	374	395	197	342

Auch diese Nachweise lassen darauf schließen, daß eine außergewöhnliche Steigerung der Arbeitslosigkeit nicht eingetreten ist. Dasselbe ist der Fall bezüglich der Mitgliedschaft in der Gemeinsamen Ortskrankenkasse, deren Mitgliederzahl sich in den Jahren 1905 bis 1909 durchweg erheblich vermehrt hat. Sie betrug:

	1905	1906	1907	1908	1909
Juli	3139	2900	3400	3900	4320
August	3163	2900	3688	4173	4434
September	3098	3154	3722	4239	4287
Oktober	3095	3203	3839	4182	4252
November	3090	3214	3929	4344	4360

Sie werden hieraus bestätigt finden, daß von einer Vermehrung der Arbeitslosigkeit gegenüber früheren Jahren nicht die Rede sein kann.

Der erste Antrag des Gewerkschaftskartells geht nun dahin, sofort umfangreichere Notstandsarbeiten in Angriff nehmen zu lassen. Schon aus der Aufzählung der Arbeitslosen und ihrer Berufsarten im Antrage ist ersichtlich, daß zwei Gründe für die Arbeitslosigkeit angeführt werden, mit denen ständig zu rechnen sein wird. Wir haben zu unterscheiden zwischen der regelmäßig im Winter wiederkehrenden Arbeitslosigkeit, die besonders das Baugewerbe betrifft, und den in einzelnen Gewerkszweigen ungünstigen Geschäftskonjunkturen. Man kann deshalb verstehen, daß zurzeit Maurer, Holzarbeiter, Maler und andererseits auch Tabakarbeiter usw. in größerer Zahl arbeitslos sind. Sodann mag die Arbeitslosigkeit zum Teil auch durch physische Gründe, wie Krankheit, nicht volle Arbeitsfähigkeit usw., sowie durch Gründe moralischer Art, wie Energielosigkeit zum Stellensuchen, Mangel an Arbeitslust usw. veranlaßt sein.

Soweit die Stadt als Arbeitgeberin in Betracht kommt, kann sie, wie das auch bei anderen Stadtverwaltungen geschieht, versuchen, durch zwei Maßnahmen der Arbeitslosigkeit entgegenzutreten, zunächst durch eine planmäßige Verschiebung eines Teiles der etatsmäßig und außeretatsmäßig bewilligten Bau-

arbeiten bis in den Winter hinein, oder durch Einrichtung sogenannter Notstandsarbeiten im engeren Sinne. In beiden Beziehungen haben nach Meinung der Finanzkommission die hiesigen städtischen Organe vollständig richtig gehandelt. An eigentlichen Bauarbeiten liegen zurzeit eine große Menge vor, z. B. in der Tiefbauabteilung der städtischen Bauverwaltung der Ausbau des Wienröder Weges, an dem 20 Mann beschäftigt werden. Ferner warten ihrer Erledigung der Ausbau der Glückstraße, der heute beschlossen ist, und nach Erledigung der Einsparchen der Ausbau der Korfes- und der Waterloostraße. Es kommt natürlich darauf an, daß die Gunst der Witterung diese Arbeiten zuläßt. Auch in der Hochbauabteilung liegen eine Anzahl Arbeiten vor: Die Versammlung hat schon bewilligt den Bau der Turnhalle an der Friesenstraße, noch heute zu bewilligen ist ein Bau am Feuerlöschgebäude. Eine erhebliche Anzahl von Arbeiten liegt bei den Licht- und Wasserwerken vor: Beim Quellwasserwerke am Domesee sind mit der Reinigung von Filtern eine Anzahl Leute beschäftigt. Beim alten Flußwasserwerke arbeiten Maurer im Innern des bereits fertig eingewölbten Reinwasserbehälters und an der Legung von Kanalleitungen. Für das neue Quellwasserwerk liegen Arbeiten in Eisenbüttel vor, je nach der Entscheidung der Quellwasserdeputation, mutmaßlich umfangreiche Erdarbeiten für Aenderung des Oerlaufs. Im eigentlichen Quellwassergebiete bei Rüningen sind schon einzelne Arbeiten, z. B. des Sammelbrunnens im Gange; endlich läßt die Direktion eine größere Anzahl Arbeiten zur Legung von Gas- und Wasserrohren in Glesmarode ausführen.

Es sind aber auch eine Anzahl eigentlicher Notstandsarbeiten im engeren Sinne vorgesehen. Hier können naturgemäß nur solche Arbeiten vorgeschlagen werden, die selbst bei ungünstiger Witterung auszuführen sind. In anderen Städten hat man als Notstandsarbeiten in Aussicht genommen: in Freiburg: Straßenbau- und Gartenarbeiten, ebenso in Leipzig und Mannheim, in Straßburg i. E.: Steinschlagen und Straßenreinigung, ebenso in Würzburg und Wiesbaden. Bei uns sind in dieser Beziehung folgende Arbeiten vorgesehen: nach Herstellung einer Brücke nach dem nördlichen Mühlengraben in Eisenbüttel die Auffüllung des nördlichen Mühlengartens um 1 Meter; Rigolarbeiten in einer früheren Grandgrube am Mittelwege, Anfertigung von Steinschlag zum Aufbessern der Wege beim Mieselgute. Hierzu hat die Versammlung schon im Mai v. J. 2000 M bewilligt. —

Was die hier gezahlten Lohnsätze und die Arbeitsdauer betrifft, so bewegen sich die Lohnsätze über dem Durchschnitt der von anderen Stadtverwaltungen gezahlten Sätze. Es zahlen: Freiburg 2,20 M bis 2,70 M, Leipzig 3,15 M bis 3,40 M, Mannheim 1,90 M bis 2,50 M, Straßburg 2,20 M bis 2,90 M und Würzburg 2,40 M bis 2,50 M. Bezüglich der Bezahlung müssen der Magistrat

und die Deputationen zunächst für sich in Anspruch nehmen, die Lohnsätze zu normieren; wenn nachher die Sätze zu ändern sein sollten, so bleibt dies der Versammlung vorbehalten. Bisher sind die Lohnsätze für die Arbeitslosen auf 30 \mathcal{L} für die Stunde festgesetzt worden, so daß im Sommer bei 10 stündiger Arbeitszeit 3 \mathcal{M} herauskommen, 3 \mathcal{M} wünscht auch der Antrag. Im Winter ergeben sich bei 9 stündiger Arbeitszeit 2,70 \mathcal{M} . Das ist der ortsübliche Tageslohnsatz bei erst 10 stündiger Arbeitszeit.

Soweit sich nun der Antrag 1 des Gewerkschaftskartells auf eigentliche Bauarbeiten bezieht, so werden die Herren soeben entnommen haben, daß hier eine bedeutende Fülle solcher Arbeiten vorliegt. Mit Recht nimmt schon der Antrag davon Abstand, irgend welche bestimmte Summe für Notstandsarbeiten zu beantragen. Es liegen Arbeiten vor, die mehrere hunderttausend Mark umfassen, sofern nur die Gunst der Witterung die Ausführung erlaubt. Bezüglich der Menge der Arbeit ist also keine Klage zu führen. Wenn es in der Eingabe heißt, Arbeiten zur Linderung der Arbeitsnot sollten sofort in Angriff genommen werden, so ist dies deshalb nicht angängig, weil sich alles im Rahmen eines natürlichen Arbeitsplanes abwickeln muß. Wollte man sämtliche Arbeiten auf eine kurze Zeit vereinigen, so würde die Folge eine unnatürliche Zusammendrängung der Arbeitsgelegenheit sein, während nachher wieder Arbeitslosigkeit eintreten würde.

In der Eingabe hat man aber wohl nur die Notstandsarbeiten im engeren Sinne ins Auge gefaßt. Hier muß man fordern, daß es sich nur um solche handeln darf, die einen praktischen Zweck haben und im städtischen Interesse zu machen sind, denn es würde keinem damit gedient sein, eine nutzlose Arbeit zu verrichten. Was würde es wohl für einen Sinn haben, eine bestimmte Menge Erde heute hierhin und morgen dorthin zu karren? Bei der Vergabung von Notstandsarbeiten im engeren Sinne darf der Magistrat ohne weiteres Indemnität erwarten, soweit es sich um solche Arbeiten handelt, die als wünschenswert unborgesehen hervortreten und einen Aufschub nicht gestatten.

Man würde hier die Frage aufwerfen müssen, ob die arbeitslosen Buchdrucker, Holzarbeiter, Maler, Tabakсарbeiter, Metallarbeiter usw. zur Verrichtung solcher Notstandsarbeiten im engeren Sinne wohl bereit sein würden. Nach den bisherigen Erfahrungen läßt sich annehmen, daß derartige Notstandsarbeiten im engeren Sinne nur den ungelerten Arbeitern zugute kommen. In einem Berichte des Magdeburger städtischen Arbeitsamtes ist das auch zum Ausdruck gebracht worden. Mit dieser theoretischen Erwägung stimmt auch überein, daß selbst in den Arbeiterorganisationen mit Arbeitslosenversicherung eine Annahmepflicht jedweder beliebigen Arbeit nicht besteht; es ist den betreffenden vielmehr anheimgegeben, ob sie die Arbeit annehmen wollen oder nicht. Die

Arbeit muß nur dann angenommen werden, wenn sie dem Berufe, den Fähigkeiten, den bisherigen Lohnverhältnissen des Arbeitslosen entspricht. Bei der Schaffung von Notstandsarbeiten ist es also immer noch sehr fraglich, ob die Arbeit auch angenommen und dadurch die Zahl der Arbeitslosen wesentlich verringert wird. Was die Schaffung solcher Arbeiten selbst betrifft, so ist es schade, daß sich in dem Antrage des Kartells nicht Vorschläge für derartige Arbeiten finden und wir auch in der Kommission nichts darüber gehört haben.

Die Finanzkommission ist deshalb der Meinung, über den Punkt 1 der Anträge zur Tagesordnung überzugehen, weil die eigentlichen Bauarbeiten und die Notstandsarbeiten im engeren Sinne hinreichend vorhanden sind, weitere zweckvolle Arbeiten aber nicht vorgeschlagen sind und mutmaßlich auch nicht vorgeschlagen werden können, und weil selbst in diesem Falle die Mehrzahl der genannten Facharbeiter diese Notstandsarbeiten nicht annehmen würde.

Der zweite Punkt der Anträge betrifft die Einführung der Arbeitslosenversicherung nach dem Genter System. In diesem System ist ein Zuschuß an die Arbeiterorganisationen vorgesehen und die Bildung eines Sparfonds durch solche Arbeiter, die einer derartigen Organisation nicht angehören. Auch im zweiten Falle soll die Gemeinde einen Zuschuß gewähren. Diese zweite Idee ist vollständig in die Brüche gegangen, auch bei dem Versuche der Uebertragung des Systems nach Straßburg. Zu der Idee des Sparfonds haben sich im ersten Jahre in Gent nur 13 Arbeiter gemeldet und 7,50 Fr. in einem Jahre ausgezahlt erhalten. Später haben sich die Verhältnisse etwas gebessert, aber erst dann, nachdem sich die nichtorganisierten Arbeiter zu einem Fachvereine zusammengeschlossen hatten. Straßburg hat deshalb auch nicht Veranlassung genommen, diesen Teil des Systems einzuführen. Die Fehler des Genter Systems, die wohl allseitig zugegeben werden, machen es unmöglich, dessen Annahme für die Stadt Braunschweig zu empfehlen und zwar sind dafür folgende Gründe bestimmend. Es würden auch hier die nicht organisierten Arbeiter völlig ausfallen müssen. Wie groß der Prozentsatz dieser Arbeiter ist, vermag ich für Braunschweig in authentischen Zahlen nicht anzugeben. In der vorjährigen Beratung ist ausgeführt, daß nach dem damaligen Stande der Dinge 21 Prozent der Arbeiter organisiert und 79 Prozent nicht organisiert seien. Dabei war indessen noch die Volkszählung von 1895 berücksichtigt. Jetzt liegen Zahlen von 1907 vor. Nun hat sich die Zahl der den freien Gewerkschaften angehörigen Mitglieder von 1 344 803 im Jahre 1905 auf 1 831 731 im Jahre 1908 erhöht. Dagegen ist die Zahl der Arbeiter vom Jahre 1895 bis jetzt ungeheuer gestiegen. Die Statistik vom Jahre 1907 zeigt über Arbeiter folgende Zahlen. Ganz scheidet ich hier aus alle selbständigen Personen, auch leitende Beamte und sonstige Geschäftsleiter. Ferner scheidet ich aus das ganze

wissenschaftlich, technisch oder kaufmännisch gebildete Verwaltungs-, Aufsichts- und Bureaupersonal. Ich nenne nur die sonstigen Gehilfen, Lehrlinge, Fabrik-, Lohn- und Tagearbeiter, aber nur die in der Industrie, einschließlich des Bergbaues und des Baugewerbes tätigen Personen, nicht aber die in der Landwirtschaft, dem Handel und Verkehr, in häuslichen Diensten und ohne Berufsangabe tätigen Personen. Demnach waren also im Jahre 1907 in der Industrie einschließlich des Bergbaues und des Baugewerbes 18 675 141 Gehilfen, Lehrlinge, Fabrik-, Lohn- und Tagearbeiter tätig. Somit stehen also 1 831 731 den freien Gewerkschaften im Jahre 1908 angehörigen Personen 18 675 141 lediglich der Industrie angehörige Personen im Jahre 1907 gegenüber. Der früher genannte Prozentsatz von organisierten Arbeitern gegenüber den nicht organisierten, nämlich 21 Prozent, ist jetzt ungeheuer gesunken. Alle nicht Organisierten werden aber vom Genter System nicht getroffen.

Es fallen aber auch noch von den organisierten Arbeitern viele aus, weil manche Verbände noch keine Arbeitslosenversicherung haben oder weil ihre Mitgliedschaft noch nicht lange genug ist, um zum Bezuge von Unterstützungen berechtigt zu sein. Im Dezember 1907 haben in Magdeburg infolge dieser Gründe Ausfälle stattgefunden: bei den Buchdruckern von 303 Arbeitslosen 24 Prozent, bei dem Metallarbeiterverbande 15 Prozent usw. Eine weitere Anzahl von organisierten Arbeitern würde ausfallen wegen der Karenzzeit; die Bezugsberechtigung beginnt nicht sofort mit Beginn der Arbeitslosigkeit, sondern später. Auch gewähren manche Organisationen nur zwei bis drei Wochen Unterstützungen und schließlich ist der wichtigste Ausfall die städtische Vorschrift wegen des einjährigen Wohnsitzes. In Straßburg sind z. B. aus diesem Grunde 50 Proz. ausgefallen, weshalb dort von den für 1907 ausgesetzten 5000 *M* nur 1889 *M* zur Auszahlung gekommen sind. Die Unterstützungssätze sind im übrigen sehr ungleich und zwar sowohl von Verband gegen Verband und auch innerhalb desselben Verbandes. Sie sind eine Gegenleistung für gezahlte Beiträge und die Bedürftigsten erhalten die geringste Unterstützung.

Bei der Einführung solcher Arbeitslosenunterstützung würde der Bezug nach der Stadt gewaltig zunehmen. Der Magistrat in Wiesbaden hat z. B. vor solchem Bezuge durch öffentlichen Anschlag gewarnt. Die Fehler des Genter Systems sind auch allgemein anerkannt; es ist versucht worden, eine Besserung dadurch herbeizuführen, daß die Versicherung an die Verbände angelehnt wird, oder an die reichsgesetzliche Krankenversicherung, oder an die Berufsgenossenschaften. Auch wurde die Anlehnung an die Alters- und Invalidenversicherung empfohlen, von anderer Seite wurde die Anlehnung an die paritätischen Arbeitsnachweise vorgeschlagen. Das mutmaßliche Ziel der Bewegung wird sein, daß die Gemeinden durch Reichsgesetz ermächtigt werden, eine Arbeitslosen-

zwangsversicherung einzuführen. Die Finanzkommission ist indessen der Meinung, daß es nicht unsere Sache sei, die Geschäfte des Reiches zu besorgen. Sie empfiehlt daher, auch über diesen Vorschlag zur Tagesordnung überzugehen, weil das Genter System die angeführten starken Fehler besitzt, und weil auch Gründe politischer Art dagegen sprechen.

Der Punkt 3 der Anträge betrifft die Bewilligung von Mitteln für die Beschaffung warmen Frühstück und Mittagessens für arme Schulkinder. Diese Idee wird ohne Ausnahme bei allen Mitgliedern der Versammlung auf die größte Sympathie stoßen und jeder wird den Antrag gern unterstützen wollen. Stiftungen und gemeinnützige Einrichtungen haben den Gedanken bereits zum Ausdruck gebracht, z. B. die Hauswaldt-Stiftung und die Knabenhorte. Diesen Stiftungen und Einrichtungen direkt Mittel für den Zweck zuzuführen, würde nicht angebracht sein, weil die Kontrolle über die Verwendung städtischer Gelder nicht möglich wäre. Außerdem geschieht dort die Auswahl der Kinder gewissermaßen schematisch; es fehlt der Einblick in die häuslichen Verhältnisse der Kinder, und da ist die städtische Armenpflege weit besser in der Lage, auf Grund ausreichender Prüfung an der richtigen Stelle zu helfen.

Deshalb will die Finanzkommission den Magistrat bitten, die städtische Armenpflege auf diesen Punkt besonders hinzuweisen. Dem Magistrat wird von vornherein Indemnität erteilt, falls die etatsmäßig bewilligten Mittel nicht ausreichen sollten.

Ebenso steht es mit dem Punkte 4 der Anträge: Ueberlassen von Gasfoks zum Selbstkostenpreise an die Arbeitslosen. Die Finanzkommission ist der Meinung, daß die Armenpflege hier in derselben Weise, wie im Falle, den der Antrag 3 im Auge hat, eingreifen möge. Es würde auch nicht richtig sein, einem einzelnen Zweige städtischer Arbeiter solche Vergünstigung allein zukommen zu lassen, man müßte sagen: wo ist bei städtischen Arbeitern die Grenze für diese Zuwendung?

Die Finanzkommission beantragt, auch diesen Punkt abzulehnen, aber den Magistrat zu bitten, dahin zu wirken, daß die Armenpflege auch in diesem Punkte tätig sein möge und ihr Indemnität erteilt werde, falls die etatsmäßigen Mittel nicht ausreichen sollten.

Herr W e s e m e i e r: Es liegt in der Natur der Sache, daß sich der Arbeiter mit dieser Materie weit mehr beschäftigt, als jeder andere: handelt es sich doch dabei um die eigenen Arbeitsbrüder und werden die Arbeiter doch alle selbst mehr oder weniger von der Arbeitslosigkeit betroffen. Es ist meist nicht ihre Schuld, wenn sie arbeitslos werden, und es ist selbstverständlich, daß die Frage

innerhalb der Organisation erörtert wird. Aus diesem Gesichtspunkte heraus ist der Antrag des Gewerkschaftskartells hierher gerichtet worden.

Der Herr Referent hat mit Zahlen zu beweisen versucht, daß die Arbeitslosigkeit zurzeit keine enorme und im Gegenteil nicht stärker sei, als früher. Zum Beweise dessen hat er vom städtischen Arbeitsamte die Zahlen derjenigen angegeben, die sich haben einschreiben lassen. Diese Zahlen sind aber für die Beurteilung der Frage von gar keinem Werte: je größer die Arbeitslosigkeit, um so weniger werden sich dort arbeitslos melden, weil sie wissen, sie erhalten doch keine Arbeit. Die Zahlen wären noch geringer, wenn nicht die Namen der Ungemeldeten aus dem Vormonate auf den folgenden Monat übertragen wären. Nun hat der Herr Referent die Zahlen der Krankenkassen angeführt, denen man vielleicht mehr Wert beilegen könnte; allein ich habe mir die Zahlen notiert, sie zeigen mir mit aller Deutlichkeit, daß sie keinen Maßstab für die Beurteilung der Arbeitslosigkeit bilden können. Niemand wird bestreiten wollen, daß die Arbeitslosigkeit im vorigen Jahre eine ganz grenzenlose war, und trotzdem sagen uns die hier vorgetragenen Zahlen der gemeinsamen Ortskrankenkasse, daß der Geschäftsgang ein weit besserer gewesen ist, als im Jahre vorher, was nicht richtig ist. Es würde ein schiefes Bild geben, wenn man sich auf diese Zahlen verlassen wollte. Bekanntlich gibt es noch eine Anzahl anderer Krankenkassen, nämlich die Fabrikkrankenkassen, die mit in die Waagschale fallen, und deshalb ergibt die Zahl der Mitglieder in den Ortskrankenkassen kein richtiges Bild für die vorliegende Frage. Die in der Eingabe des Gewerkschaftskartells angegebenen Zahlen sind auch noch bei weitem zu niedrig gegriffen. Zu Weihnachten haben von den Gewerkschaften Extraunterstützungen erhalten: im Metallarbeiterverbande 271 Personen, im Fabrikarbeiterverbande 450 Personen und außerdem noch 85 arbeitslose Maler. Das macht 806 Arbeitslose nur in diesen drei Verbänden. Dazu kommen dann noch die Arbeitslosen aus den übrigen etwa 30 Gewerkschaftsorganisationen, so daß man dreist behaupten darf, es waren im Dezember 1000 bis 1200 Arbeitslose hier in der Stadt, während früher 400 bis 600 vorhanden gewesen sind.

Wie ich in diesen Tagen in einer hiesigen Zeitung las, wird von den Bewohnern des Hohetorbezirks über Belästigungen durch gut gekleidete Bettler geklagt. Gerade in dem Bezirke wohnen aber viele Arbeiter. Jedenfalls handelt es sich dabei um Arbeitslose, die von der Not getrieben in die Wohnungen gehen und versuchen, sich auf diese Weise ihren Unterhalt zu holen.

Der Herr Referent hat auch eine ganze Reihe von Arbeiten angeführt, die stadtseitig ausgeführt werden und Gelegenheit zur Beschäftigung Arbeitsloser bieten sollen. Dabei hat er bemerkt, es sei ganz gut, solche Anträge zu stellen, aber man möchte auch Arbeiten angeben, die geeignet seien, Arbeitslose zu be-

schäftigen. Wenn jedermann in der Lage wäre, so in die städtische Verwaltung hineinzusehen, wie der Magistrat, so würden wir schon Vorschläge machen können, aber außenstehende Leute sind gar nicht imstande, die notwendigen und zugleich geeigneten Arbeiten so herauszufinden, wie der Magistrat. Dieser immer wiederkehrende Einwand ist nachgerade sehr deplaziert.

Wenn der Herr Referent ferner sagt, daß bei 9 stündiger Arbeitszeit die Stadt einen Lohn von 2,70 *M* täglich zahle, also den ortsüblichen Tagelohn, so muß ich dazu bemerken, daß dieser Satz zu gering ist und den hiesigen Lohnverhältnissen nicht mehr entspricht. Bedenken Sie, daß das kleine Wolfenbüttel den ortsüblichen Tagelohn auf 3 *M* festgesetzt hat; deshalb ist es Zeit, daß auch hier dieser Satz erhöht wird.

Es ist der dringende Wunsch der Arbeiter, daß möglichst viele Arbeit geschaffen wird. Wenn gesagt wird, daß nicht alle arbeitslosen Arbeiter beschäftigt werden können und zwar teils aus beruflichen, teils aus anderen Gründen, so gebe ich das zu, aber es handelt sich vornehmlich um einen großen Teil der nicht gelernten Arbeiter.

Auch bezüglich des zweiten Antrages ist Ablehnung beantragt worden. Schon die erste vom Referenten angegebene Zahl ist zweifellos falsch. Die Zahl der versicherungspflichtigen Arbeiter in Deutschland betrug schon nach der vorletzten Berufszählung 18 Millionen, während sie jetzt noch erheblich gestiegen ist. Auch das Verhältnis der organisierten zu den unorganisierten Arbeitern würde jetzt ein ganz anderes werden; es sind weit mehr organisierte Arbeiter hier, als unorganisierte, denn die Gewerkschaften haben allein über 14 000 Mitglieder. Der Referent sagte auch, die unorganisierten Arbeiter würden bei Einführung des Genter Systems ausfallen. Das ist richtig. Ist es aber nicht bei allen Versicherungen so? Bei Einführung der Invaliden- und Krankenversicherung war es ebenso. Das wäre also kein Nachteil und auch kein Grund, um das Kind mit dem Bade auszuschütten, den Antrag also abzulehnen. Man muß auch berücksichtigen, daß die nicht organisierten Arbeiter nichts für eine Versicherung leisten, indem sie nichts bezahlen. Wenn als weiterer Grund gegen die Arbeitslosenversicherung angeführt wird, daß der Zuzug nach der Stadt dadurch verstärkt werde, so kann dem durch Festsetzung einer Karenzzeit entgegengewirkt werden. Das Genter System hat sich überall bewährt, wo es eingeführt worden ist. In Belgien und Holland wurde es schon in einer großen Anzahl von Städten eingeführt und in unserm liberalen Braunschweig sollte es nicht eingeführt werden können? (Heiterkeit.) Die Kosten kommen dabei gar nicht so sehr in Frage, wie mancher denkt. Auch in Mülhausen im Elsaß ist es eingeführt worden. Wenn man uns mit der Arbeitslosenversicherung des Reiches vertrösten will, so ist das ein recht gutes Mittel, uns abzuweisen. Wer sich darauf vertröstet, kann

lange warten. Besser wäre es, wir gingen einmal, wie das schon verschiedene Städte getan haben, anderen Städten mit gutem Beispiel voran und führten die Versicherung hier ein. Deshalb bitte ich, sich diesem Antrage gegenüber nicht ablehnend zu verhalten.

Bei dem Punkte 3 der Anträge — Mittel zur Beschaffung warmen Frühstücks und Mittagessens für notleidende Kinder — dürfte eigentlich eine Gegnerschaft nicht zum Ausdruck kommen, auch darf die Sache nicht so geregelt werden, wie der Herr Referent vorgeschlagen hat. Wenn die Kommission dem Antrage die größte Sympathie erklärt, so haben davon allein die hungernden Kinder nichts; es kann diesen nur geholfen werden, wenn ihnen etwas geboten wird. Sobald die Armenverwaltung die Sache in die Hand nimmt, werden dem Vater der Kinder die politischen Rechte genommen, und das darf nicht geschehen. Wir haben die gute Organisation in den Schulen, weshalb fragt man nicht einmal bei den Lehrern an, welche Kinder als notleidend angesehen werden müssen? Die Lehrer würden die richtigen Kinder schon herausfinden. Zurzeit erhalten bei uns nur 420 Kinder ein Milchfrühstück, das sind aus jeder Klasse der unteren Bürgerschulen nur zwei Kinder. Ein Beispiel für viele: in der Schule an der Heinrichstraße erzählt ein Schüler seinem Freunde, daß er seit dem Tage vorher nichts gegessen hätte. Bald darnach wird der Junge ohnmächtig, worauf der Freund dem Lehrer das Gespräch mitteilt, und dieser dem armen Jungen Weizenbrot gibt. Solche Fälle kommen öfter vor, aber die Kinder scheuen sich, es öffentlich auszusprechen, wo es ihnen weh tut. Es heißt auch, man finde auf den Schulhöfen viel Brot umherliegen, aber dieser Einwand zieht nicht mehr, das findet man überall. Also keine Armenunterstützungen, sondern den Kindern das zukommen lassen, was ihrem Körper guttut.

Was den letzten Punkt der Anträge — die Lieferung von städtischem Gaskoks zum Selbstkostenpreise — betrifft, so meint der Herr Referent, wenn das geschähe, so müßten wir auch den städtischen Arbeitern den Gaskoks zum Selbstkostenpreise liefern. Ich habe dagegen nichts einzuwenden, auch finden Sie in einer großen Anzahl von Privatgeschäften, daß den Angestellten die Waren zum Selbstkostenpreise abgegeben werden, weshalb soll die Stadt nicht auch dazu übergehen? Damit kann man die Sache nicht abtun.

Die gestellten Anträge sind gegenüber der bisherigen Gepflogenheit so einschneidender Natur und verstoßen derartig gegen die Prinzipien des Liberalismus, der hier in der Versammlung dominiert, daß sie von der Kommission notwendig abgelehnt werden mußten; ich bitte aber, den Anträgen des Gewerkschaftsartells zuzustimmen.

Herr Jasper: Daß eine große Arbeitslosigkeit hier besteht, hat mein Freund Wesemeier schon überzeugend dargelegt; ich will mich deshalb damit

nicht mehr befassen, sondern nur noch darauf hinweisen, daß die Arbeitslosigkeit nicht eine vorübergehende Erscheinung ist, sondern stetig wiederkehrt, der jetzigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung entspricht und nicht einmalige Arbeiten erfordert, sondern dauernde Maßnahmen zu deren Abstellung ergriffen werden müssen. Mit Rücksicht hierauf schlagen die Antragsteller vor, einen Weg zur Abhilfe in der Einführung des Genter Systems der Arbeitslosenversicherung zu versuchen. Dem gegenüber hat der Herr Berichterstatter erklärt, nach den neueren Forschungen sei das Genter System nicht wert, eingeführt zu werden. Ich gebe dem Herrn Referenten insofern recht, daß das Genter System nicht ideal genannt werden kann, seine Schwächen hat und noch vieler Versuche bedarf, um etwas Gutes hervorzubringen, aber diese Schattenseiten dürfen uns nicht hindern, zu versuchen, der vorhandenen Not entgegenzuarbeiten und ihr Rechnung zu tragen. Ganz so schlimm, wie der Herr Referent es darstellt, ist das System auch nicht. Er führt an, daß sich in Gent im ersten Jahre nur 13 Arbeitslose unter den nichtorganisierten Arbeitern gefunden hätten, aber er führt nicht an, wieviele organisierte Arbeiter dort unterstützt worden sind. Im Jahre 1901 sind dort in den ersten 5 Monaten 625 Fr. zugeschossen, im nächsten Jahre schon 16 000 Fr., darauf 19 000 und 23 000 Fr. und im letzten Jahre sogar 40 000 Fr. Davon sind in der einen Stadt Gent im ganzen 7539 organisierte Arbeiter betroffen. Dadurch, daß man den Schein erweckt, es handle sich nur um 13 Arbeiter, kann man das System nicht beiseite schieben.

Wenn der Herr Referent auf die „Soziale Praxis“ aus dem Jahre 1902 zurückgeht, so möchte ich auf das Jahr 1909 eingehen, wo der Anreger des Genter Systems ausdrücklich dargelegt hat, daß das System sich gut bewährt hat und nicht so schlecht ist, wie es der Herr Berichterstatter macht. Da er Leser der „Sozialen Praxis“ ist, hätte er diese Würdigung nicht unterdrücken sollen. Im übrigen hat er auch auf Straßburg Bezug genommen und erklärt, daß die dort gesammelten Erfahrungen nicht zur Nachahmung verlockten und er hat auch eine Zahl angegeben, die einem Berichte aus der „Deutschen Gemeindezeitung“ entnommen ist, die den Mitgliedern der Finanzkommission zugänglich gemacht wurde. Es sollen nämlich in Straßburg nur 1889 M für den gedachten Zweck aufgewendet sein, jedoch ist dabei nicht erwähnt worden, daß die Zahl sich auf das Jahr 1907 bezieht und im nächsten Jahre die doppelte Summe, im Jahre 1909 aber eine noch weit größere Summe verausgabt worden ist. Der Herr Referent hat auch nicht darüber berichtet, wie die bürgerliche Leitung der Verwaltung der Stadt Straßburg sich zu diesem verkannten Systeme der Stadt Gent stellt, trotzdem in demselben Hefte der Sozialen Praxis ein Auszug aus dem Berichte des Oberbürgermeisters von Straßburg steht. Man darf, wie es in dem Berichte heißt, mit gutem Gewissen behaupten, daß sich die Bestimmun-

gen der Versicherung als wohl durchführbar erwiesen und keinerlei ernsthafte Schwierigkeiten ergeben haben. Das wird am besten dadurch bewiesen, daß in keinem Falle von einem Vertreter eines Verbandes die Schiedskommission angerufen ist.

Die Erfahrungen in Straßburg sind aber nicht die einzigen in Deutschland, auch andere Städte sind Braunschweig, wie immer, vorausgegangen. So hat z. B. Mainz die Versicherung eingeführt, wenn auch in Einzelheiten von den Bestimmungen abgewichen ist. Auch hier kommt der Oberbürgermeister zu dem Ergebnis, daß die zur Durchführung der Arbeitslosenunterstützungen getroffenen Maßnahmen sich im großen und ganzen bewährt haben. Deshalb kann man nicht sagen, daß das System so verkehrt sei, daß man sich ihm nur mit Schrecken und Grauen nahen dürfe. Auch einige nordische Städte haben entsprechende Versuche gemacht und selbst ganze Staaten haben dem Systeme einige Vorliebe abgerungen. Unter andern hat eine sehr beachtenswerte Denkschrift die badische Regierung erlassen, die sich im wesentlichen auf den Boden des Genter Systems stellt. Nicht nur die badische, sondern auch die bayerische Regierung hat sich auf einen gleichen Standpunkt gestellt, und aus Hessen sind ähnliche Äußerungen der Regierung zu verzeichnen. Deshalb kann man auch nicht sagen, daß wir uns mit diesem hundsmissierabeln Systeme nicht zu befassen brauchen, weil wir dann ganz isoliert liegen würden.

Wenn man der vorhandenen Not gegenüber ein warmes Herz betätigen will, so muß man doch suchen, aus den gesammelten Erfahrungen einen gangbaren Weg zu finden, statt mit irgend welchen Einreden darüber wegzugehen und auf die Hilfe des Reiches oder des Herzoglichen Staatsministeriums zu verweisen. Wer darauf baut, kann lange warten, und so lange möchte ich die Braunschweiger Arbeitslosen nicht warten lassen. Richtiger ist jedenfalls der Standpunkt, den die süddeutschen Regierungen dazu eingenommen haben. So etwas läßt sich nicht von oben herunter schematisieren, sondern es müssen in kleinen Bezirken Versuche gemacht werden. Jedenfalls reichen die von der Kommission vorgeschlagenen Armenunterstützungen dazu nicht aus.

Ich möchte Sie bitten, dem Genter System etwas mehr Vorliebe abzugewinnen. Es handelt sich heute nicht um die Annahme des Systems, sonder zunächst nur darum, grundsätzlich zu sagen, es scheint uns das System wert, geprüft zu werden, wir bitten den Magistrat, eine Vorlage auszuarbeiten, die nach Analogie des Genter Systems versucht, der immer wiederkehrenden Not der Braunschweiger Arbeitslosen Rechnung zu tragen. Dann können wir auch über Einzelheiten reden, die heute noch nicht in Betracht kommen.

Herr Hesse: Nach den Ausführungen der beiden Vorredner erübrigt sich, auf die Sache noch näher einzugehen. Ich wollte nur einige Worte zu dem

Punkte: „Kostlieferung zum Selbstkostenpreise“ sagen. Es besteht hier tatsächlich eine Notlage, wie sie noch nicht zu verzeichnen gewesen ist. Ein großer Teil meiner Kunden ist z. B. dieses Jahr nicht in der Lage gewesen, sich für den Winter Feuerung zuzulegen, sie müssen vielmehr einen Zentner nach dem anderen nehmen. Ich möchte bitten, daß den Leuten Koks zum Selbstkostenpreise geliefert wird.

Herr Weichsel (zur Geschäftsordnung): Wenn man fünf Stunden lang fortwährend Reden gehört hat, so muß man vollständig abgespannt und abgestumpft werden; ich bin wenigstens am Ende meiner physischen Fähigkeit und bitte, hier die Verhandlung zu schließen.

Vorsitzender: Es hat sich niemand mehr zum Wort gemeldet und nur der Herr Referent hat das Schlußwort.

Herr Wolters: Nur wenige Worte. Der ortsübliche Tagelohn für Braunschweig beträgt tatsächlich 2,70 M., daran ist nicht zu rütteln. Was die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder betrifft, so ist darauf hinzuweisen, daß diese Mitglieder nicht nur in der Stadt Braunschweig, sondern auch außerhalb wohnen. Die von mir genannten Arbeiterzahlen sind in allen Fällen richtig, ich verzichte indessen mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit darauf, deren Richtigkeit besonders nachzuweisen. Die Gültigkeit des Genter Systems allein auf die Erfahrungen in Gent und Straßburg zu begründen, ist falsch; Herr Dr. Jasper hat dabei den Hauptpunkt nicht erwähnt, daß nämlich die sämtlichen unorganisierten Arbeiter nichts erhalten, weil der Sparfonds weggefallen ist. —

Bei der nun folgenden Abstimmung, die auf Antrag eine namentliche ist, stimmen für den Antrag der Finanzkommission die Herren Adenhausen, Bähr, Frede, Friede, Frühling, Göde, Henking, Kleinknecht, Konegen, Leue, Löhnefinke, Löschigt, Meyerhoff, Möhle, Mohr, Probst, Ribbentrop, Sander, Schmidt, Boge, Weichsel und Wolters; dagegen die Herren Ahmann, Bunge, Hesse, Jasper, Ohlendorf, Kieck, Tolle und Wesemeier.

Der Antrag der Finanzkommission ist demnach mit 22 : 8 Stimmen angenommen.

VII. Vermehrung der Hilfskräfte.

Infolge erheblicher Belastung des Steuerbureaus durch die Aenderung des Gesetzes über die Staatseinkommensteuer ist eine Vermehrung der Stellen der städtischen Bureaubeamten nicht zu umgehen. Ob die erwachsende Mehrarbeit so umfangreich werden wird, daß allein das Personal des Steuerbureaus um acht Beamte vermehrt werden muß, läßt sich im voraus nicht beurteilen, jedoch ist zu berücksichtigen, daß die Erlangung der erforderlichen Hilfskräfte nicht bis zum letzten Augenblicke verschoben werden kann, da es sich empfiehlt,

dem Steuerbureau bereits im städtischen Dienste stehende eingearbeitete Kräfte zu überweisen, die dadurch freiverdenden und einstweilen mit Hilfschreibern zu besetzenden Stellen aber den Militärämtern vorbehalten sind, mithin eventuell ausgeschrieben werden müssen.

Der Magistrat beabsichtigt hiernach, einstweilen und versuchsweise dem Steuerbureau nur vier weitere Beamte zuzuweisen, muß aber ersuchen, einer weiteren Vermehrung im voraus für den Fall zuzustimmen, daß sie geboten sein sollte. Es wird nicht für erforderlich gehalten, sofort höhere Anfangsvergütungen, wie sie kürzlich von den städtischen Behörden festgesetzt worden sind, zu bewilligen. Bei dem schnellen Aufrücken derselben hofft der Magistrat genügende Bewerber, wenigstens Zivilanwärter, zu finden, die einstweilen mit dem niedrigsten Satze der Jahresvergütung (480 M) zufrieden sind.

Dem Antrage des Magistrates, zuzustimmen, daß die Zahl der Hilfschreiberstellen sofort um vier und nach Entscheidung des Magistrates um weitere vier erhöht werde,

entspricht die Versammlung auf Empfehlung der Statutenkommission, für die Herr W e i c h s e l berichtet. —

Die Versammlung wird hierauf geschlossen.

Dauer von 4 bis 9¼ Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 3. Februar 1910.

Tagesordnung:

I. Einführung des Besuchszwanges bei der städtischen Fortbildungsschule. .	Seite 492
II. Turbinenanlage in Eisenbüttel	513
III. Antrag Henking: Verbesserungen im Straßenbahnbetriebe.	514
IV. Aenderung der Endpunkte zweier Straßenbahnlinien	523
V. Aenderung der Baulinien verschiebener Straßen	523
VI. Mittel zum Besuch auswärtiger Fortbildungsschulen	524
VII. Anfrage Lösschigt: Besserungen auf dem neuen Meßplatze.	524
VIII. Anfrage Wesemeier: Mißhandlung von Einwohnern anlässlich einer Wahldemonstration	525
IX. Anfrage Sander: Sperrung des Durchgangs bei der Neustadtmühle . .	528

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Metemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg und Wagner sowie als Kommissar des Magistrates Herr Schuldirektor Professor Dr. Rehfuß.

Entschuldigt die Herren Bues, Frühling, Göde, Jasper, Kalmß und Löhnefinke.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, eröffnet die Versammlung und läßt sofort in die Tagesordnung eintreten.

I. Einführung des Besuchszwanges bei der städtischen Fortbildungsschule.

Vorsitzender: Nachdem wir in der vorigen Sitzung die Generalfrage entschieden haben, ob überhaupt eine städtische Fortbildungsschule mit Besuchszwang eingeführt werden soll, haben wir heute zu den einzelnen statutarischen Bestimmungen Stellung zu nehmen.

Ich bitte den Herrn Referenten, zu den einzelnen Paragraphen den Standpunkt der Statutenkommission zu erläutern, sofern er von der Magistratsvorlage abweicht.

Herr Meyerhoff: Zum § 1 des Statuts: „Errichtung und Bezeichnung der Schule“ findet sich kommissionsseitig nichts zu erinnern.

§ 1 wird unverändert angenommen.

Der § 2 „Umfang der Schulpflicht“ lautet im Absatz 1:

„1. Alle nicht mehr volksschulpflichtigen, im Bezirke der Stadt Braunschweig wohnenden und daselbst in einem Lehr-, Dienst- oder Arbeitsverhältnisse stehenden männlichen Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter sind verpflichtet, bis zum Ablaufe des Schulhalbjahres (vgl. Nr. 5), in dem sie das 18. Lebensjahr vollenden, die städtische Fortbildungsschule zu besuchen.“

Herr Meyerhoff: Die Statutenkommission schlägt vor, zu sagen: „bis zum Ablaufe des Schulhalbjahres (vgl. Nr. 5), in dem sie die Gesellenprüfung in einem Handwerk bestehen, oder in dem sie das 18. Lebensjahr vollenden, ...“.

Zu dieser Aenderung ist die Kommission gekommen, weil sie sich sagte, wenn junge Leute die Gesellenprüfung bestanden haben, so müssen sie vom Schulzwange befreit werden, auch wenn sie noch keine 18 Jahre alt sind, während sie andererseits in der Lage sind, falls sie sich noch weiter fortbilden wollen, die Schule freiwillig zu besuchen. In anderen Städten, wie Schöneberg, Leipzig usw. bestehen ähnliche Vorschriften. In Schöneberg besteht der Schulzwang nur bis zum 17. Lebensjahre.

Herr Mohr: Knaben, welche zum Handwerk übergehen, verlassen die Volksschule meist mit dem 14. Lebensjahre. Ich möchte Ihnen vorschlagen, daß die Schulpflicht überhaupt auf 3 Jahre festgelegt wird, weil in vielen Fällen, wenigstens bei dreijähriger Lehrzeit, dann Schulzeit und Lehrzeit mit dem 17. Lebensjahre gleichmäßig zu Ende gehen. Wir würden dann dieselbe Bestimmung treffen, die viele andere Städte, z. B. Düsseldorf, schon haben. Ich glaube kaum, daß es Meister geben wird, die Gesellen unter 18 Jahren in ihre Werkstelle werden aufnehmen wollen, wenn sie gezwungen sind, sie noch zur Fortbildungsschule zu schicken, denn es könnte dann vorkommen, daß der Meister

allein arbeiten müßte, während Gesellen und Lehrlinge zur Schule gehen. Die Stadt Düsseldorf hat im Jahre 1902 ihre Fortbildungsschule begründet und bis zum Jahre 1905 nur einen zweijährigen Schulgang gehabt, während sie von dieser Zeit ab einen dreijährigen Unterrichtszwang eingeführt hat. Ich möchte deshalb bitten, den Absatz 1 so zu fassen, daß es hinter „verpflichtet“ heißt:

„3 Jahre lang, doch nicht über den Ablauf des Schulhalbjahres hinaus (vgl. Nr. 5), in dem sie das 18. Lebensjahr vollenden, die städtische Fortbildungsschule zu besuchen.“

Vorsitzender: Man könnte vielleicht sagen „mindestens 3 Jahre lang . . .“.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich kann beim besten Willen den wohlgemeinten Vorschlag des Herrn Mohr nicht als eine Verbesserung anerkennen. Zunächst gibt hier die Fassung zu gewissen Bedenken Anlaß, weil nämlich daraus nicht ganz klar der Schluß der Schulpflicht hervorgeht. Vor allen Dingen darf ich aber darauf hinweisen, daß wir vielfach mit einer Unterstufe oder Vorstufe werden rechnen müssen, indem wir eine Reihe von jungen Leuten erhalten werden, die noch nicht geeignet sind, in die unterste Klasse hineinzukommen, weil sie vielleicht aus einer Landschule kommen und eine zu geringe Vorbildung besitzen. Wenn nun solche jungen Leute zunächst in der Vorstufe ausgebildet werden müssen, sollten wir sie dann der Mittel- und Oberstufe verlustig gehen lassen? Für die Bedürfnisse des Handwerks ist durch den Vorschlag der Statutenkommission schon hinlänglich gesorgt, indem die Möglichkeit geschaffen ist, daß die jungen Leute, nachdem sie die Gesellenprüfung bestanden haben, die Schule nicht mehr zu besuchen brauchen. Es wird von den Innungen schon so eingerichtet werden, daß die Gesellenprüfungen an den Schluß eines Schulhalbjahres fallen und damit dann die Schulpflicht auch ihre Endschafft erreicht. Ich glaube nicht, daß man gut tut, allgemein eine Begrenzung der Schulzeit auf 3 Jahre eintreten zu lassen, mir scheint es vielmehr nötig, die von der Statutenkommission vorgeschlagene Fassung bestehen zu lassen. Ich bitte, keine halbe und dreiviertel, sondern eine ganze Maßregel zu treffen.

Herr Aßmann: Gegen die von der Kommission vorgeschlagene Fassung habe ich einzutenden, daß dann die in den Fabriken beschäftigten jungen Leute, die eine ordnungsmäßige Gesellenprüfung nicht abzulegen haben, länger die Schule besuchen müssen, als diejenigen jungen Leute, welche bei einem Handwerker die Prüfung bestanden haben. Insofern gibt die Fassung zu Zweifeln Veranlassung, ich bitte deshalb, den Antrag der Kommission abzulehnen. Ueber den Antrag Mohr läßt sich streiten. In Düsseldorf hat doch wohl die

Erfahrung die Veranlassung gegeben, daß die zweijährige Schulzeit nicht genügt, weshalb sie dann zu einer dreijährigen verlängert worden ist. Später liegt es ja in unserer Hand, noch Änderungen vorzunehmen, wenn es uns erforderlich erscheint, aber vorläufig dürfte es sich empfehlen, die Fassung der Magistratsvorlage anzunehmen. Es mag ja sein, daß es mit Unannehmlichkeiten verbunden sein kann, wenn ein junger Mann als Geselle die Fortbildungsschule besuchen soll, aber warum soll eine solche Ausnahme nur bei denen gemacht werden, die die Gesellenprüfung bestanden haben? Das würde zu einer Messung mit zweierlei Maß führen; ich bitte deshalb, lieber bei der Fassung der Vorlage zu bleiben.

Herr Meyerhoff: Diese Bestimmung hat uns in der Kommission viele Mühe gemacht. Ich hatte vorgeschlagen, analog dem Statut der Stadt Schöneberg zu sagen, die Schulpflicht bis zum Schluß des Schulhalbjahres auszu dehnen, in dem die jungen Leute, die in einem gewerblichen oder kaufmännischen Betriebe der Stadt beschäftigt werden, das 17. Lebensjahr vollendet haben. Die Ausdehnung dieser Bestimmung auf ungelernte Arbeiter bleibt vorbehalten. Der Vorschlag der Kommission ist gewissermaßen nur ein Kompromiß, und ich glaube, Sie würden einverstanden sein, wenn die Schulpflicht auf das 17. Lebensjahr beschränkt würde.

Herr Sander: Wenn der Vorschlag von Herrn Ahmann angenommen würde, so würden Sie damit das Handwerk sehr schwer schädigen, und außerdem etwas beschließen, was sich sehr schwer durchführen läßt. Sobald ein junger Mann Gehilfe wird, ist er froh, daß er die Fesseln der Schule von sich abstreifen kann. Sollte der Antrag der Kommission nicht angenommen werden, so würde das dahin führen, daß ein solcher junger Mann einfach eine Zeitlang aufs Dorf ginge und dann wiederkäme, um sich dem Schulzwange zu entziehen. Das würde sich gar nicht kontrollieren lassen. Jedenfalls würden Sie dem Handwerk eine schwierige Fessel auferlegen. Man würde über seine Leute gar nicht mehr disponieren können; mit seinen Lehrlingen kann man das schon jetzt nicht mehr, aber damit muß man sich abfinden und hat man sich abgefunden, wenn man sich aber erst einen Eingriff in die Rechte gegenüber den Gehilfen gefallen lassen muß, so kann man solche jungen Leute gar nicht mehr einstellen. Hierdurch schädigt man aber die jungen Leute ganz empfindlich, weil sie keine Stelle mehr finden werden. Ich möchte deshalb bitten, bei der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung zu bleiben. Es kommen allerdings Ungleichheiten gegenüber den in den Fabriken beschäftigten jungen Leuten vor, jedoch lassen sich solche Ungleichheiten schwer vermeiden. Für die nicht gewerblich gebildeten Arbeiter ist es nicht so schlimm, wenn sie die Schule etwas länger besuchen müssen,

es hindert sie in ihrem Fortkommen nicht derartig, weil sie in einem Lohnverhältnis stehen, und sie werden sich auch so einrichten, daß sie Zeit zum Besuche der Schule haben.

Herr Mohr: Ich halte es für das richtigste, zu sagen drei Jahre, weil dadurch alle Ungleichheiten vermieden werden. Die ungelernten Arbeiter werden sonst tatsächlich gezwungen sein, ein Jahr länger in der Schule zu bleiben, als die Handwerkslehrlinge, oder wollen Sie etwa aus den ungelernten Arbeitern wissenschaftlich gebildete Leute machen? Das kriegen Sie doch nicht fertig, denn 60 Prozent haben gar kein Interesse daran, die Schule vier Jahre zu besuchen, und Sie kriegen sie selbst bei vierjährigem Besuche doch nicht in die Oberstufe hinein. Ich halte es für gefährlich, diejenigen, denen es schwer wird, in die Oberstufe zu kommen, mit den übrigen zusammenzulassen. Wozu auch das Quälen der Lehrer mit solchen Schülern? Wenn sich unter den Handwerkslehrlingen welche befinden, die sich noch weiter ausbilden wollen, so haben wir die Gewerbeschule und die verschiedenen Fachschulen, wo sie eine weitere Ausbildung genießen können. Ich bitte deshalb, meinen Antrag anzunehmen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Mit der Festlegung des dreijährigen Schulbesuchs allein ist es nicht getan, wir müssen dabei vielmehr mit einer Reihe von Fällen rechnen, in denen junge Leute mitten im Schuljahre zur Schule kommen. Sollen nun diese jungen Leute, die vielleicht zum Johannistermin kommen, auch bis zum dritten Johannistermin die Schule besuchen? Das will sicher Herr Mohr auch nicht. Man muß noch mehr als es bisher schon geschehen ist, jedes Schuljahr von Ostern bis Ostern als ein geschlossenes Ganzes betrachten. Da die Gesellenprüfungen um den Frühjahrstermin zu sein pflegen, so wäre es zweckmäßig, wenn man das Schulhalbjahr über Bord würde und nur mit einem vollen Schuljahre rechnete. Man könnte sehr gut sagen, daß die jungen Leute bis zum Schlusse des Schuljahres, in dem sie das 17. Lebensjahr vollenden, schulpflichtig sein sollen. Dann haben wir dasselbe erreicht, was wir mit der Einschaltung der Gesellenprüfung haben erreichen wollen. In der Hauptsache wird damit auch das erreicht, was Herr Mohr beabsichtigt, denn für sehr viele junge Leute tritt damit eine Abkürzung des Schulbesuchs auf drei Jahre ein. Gleichzeitig erreichen Sie auch die Behandlung der Schuljahre als abgeschlossenes Ganzes, wenn Sie sagen würden: „Bis zum Abschluß des Schuljahres, in dem sie das 17. Lebensjahr vollenden, die städtische Fortbildungsschule zu besuchen.“ Ich halte es für meine Pflicht, diese Anregung zu geben, wenn ich auch nicht berechtigt bin, hier in der Versammlung Anträge zu stellen.

Herr Sander: Herr Mohr scheint davon auszugehen, daß die Handwerkslehrlinge im allgemeinen nur drei Jahre lernen, das ist aber nicht der

Fall. In meinem Handwerk z. B. ist es Sitte, daß vier Jahre Lehrzeit festgelegt ist, während mit drei Jahren nur die besser situierten Lehrlinge wegkommen, die Lehrgeld zahlen. Wenn aber vom Magistratsstische aus gesagt wird, daß sich der Abschluß der Schulpflicht mit dem 17. Lebensjahre durchführen lasse, so nehme ich die Anregung des Herrn Stadtrat von Frankenberg als Antrag auf.

Herr Meyerhoff: Wir bekommen auch Lehrlinge, die erst 13½ Jahre alt sind. Wenn nun Herr Sander sagt, die Lehrlinge lernten durchschnittlich vier Jahre, so muß ich dem gegenüber bemerken, daß es bei uns im allgemeinen Brauch ist, nur drei Jahre zu lernen. Ein mit 13½ Jahren eintretender Lehrling würde also mit 16½ Jahren seine Gesellenprüfung ablegen; wenn diese Prüfung nun nicht mit dem Schlusse des Schuljahres zusammenfällt, so würde er unter Umständen noch ein Jahr, also bis zu 17½ Jahren in die Schule gehen müssen, und das halte ich nicht für richtig. Deshalb ist es mir lieber, zu sagen, bis zum Schlusse des Schulhalbjahres, in dem sie das 17. Lebensjahr vollenden; ich bin auch zufrieden, wenn der Antrag Mohr angenommen wird und glaube, daß die Handwerkskreise mit der Annahme des Antrages Mohr ebenfalls einverstanden sind.

Herr Frick: Ich stehe auf dem Standpunkte der Kommission. Wenn ein Lehrling die Gesellenprüfung bestanden hat, so mag er so alt sein wie er will, er muß von der Schulpflicht befreit werden, und ich halte es auch für verfehlt, zu sagen, bis zum 18. Lebensjahre, weil manche Lehrlinge schon frühzeitig aus der Volksschule kommen. Wenn wir sagen können, bis zum Ablauf des Schuljahres, wo die Gesellenprüfung abgelegt ist, so halte ich das für das beste.

Herr Sander: Mein Antrag ist als ein Eventualantrag aufzufassen. Ich werde für den Kommissionsantrag, und erst, wenn der nicht durchgeht, für meinen Antrag stimmen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Absatz 1 in der Fassung der Magistratsvorlage und der Statutenkommission abgelehnt, in der Fassung des Antrages Mohr aber angenommen. Der Antrag Sander ist damit gefallen.

Zu den Absätzen 2 bis 4 des § 2 findet sich nichts zu erinnern.

Der Absatz 5 lautet:

„Das Schuljahr, die Schulhalb- und Schulvierteljahre haben Beginn und Ende mit den entsprechenden Zeitabschnitten bei den städtischen Bürgerschulen gemeinsam.“

Die Statutenkommission empfiehlt, dem Absätze hinzuzufügen: „; jedoch kann die Ferienzeit vom Schulvorstande mit Genehmigung des Stadtmagistrates abweichend festgesetzt werden.“

Herr M e h e r h o f f: Wir sind zu dieser Ergänzung gekommen, weil bei der Gewerbeschule andere Ferien sind. Es ist vorläufig in Aussicht genommen, daß den Unterricht in der Fortbildungsschule hiesige Bürgerschullehrer erteilen werden, während später Fachlehrer angenommen und selbständig eingestellt werden. Wenn das geschieht, ist es fraglich, ob sich nicht eine andere Ordnung der Ferienzeit erforderlich machen wird, z. B. bei den Bauhandwerkern, die von Ostern bis Johannis ganz besonders stark angestrengt sind. Um den Wünschen der betreffenden Gewerbetreibenden nach Möglichkeit Rechnung zu tragen, ist es erforderlich, den Zusatz in das Statut aufzunehmen.

Herr A l m a n n: Wenn dem Schulvorstande das Recht in die Hand gegeben wird, die Ferien beliebig zu legen, so kann es dahin kommen, daß die Volksschullehrer, welche an der Fortbildungsschule mit unterrichten, während der großen Schulferien an dieser Schule unterrichten müssen und auf solche Weise überhaupt keine Ferien bekommen. Das dürfte doch zu großen Bedenken Veranlassung geben. Der eine hat schließlich den Wunsch, möglichst lange vor Weihnachten Ferien zu haben, der andere vor Ostern und Pfingsten, und wenn alle diese Wünsche Berücksichtigung finden sollen, so würde für die unterrichtenden Personen schließlich eine ordnungsmäßige Ferienzeit überhaupt nicht herausgefunden werden können. Es ist deshalb besser, die Fassung des Magistrates beizubehalten.

Herr Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g: Ich glaube, die Bedenken gegen die Vorschläge der Kommission sind von Herrn Almann nicht genügend begründet worden, denn eine so hervorragend unzweckmäßige Verlegung der Sommerferien, die die Bürgerschullehrer nötigen würde, zu Hause zu bleiben und Unterricht zu erteilen, würden wir doch nicht treffen. Ebenso würde es sich verbieten, während der Oster- und Weihnachtsferien Unterricht zu erteilen, weil dann die Unterrichtsräume besonders geheizt werden müßten, was die Kosten erheblich steigern würde. Man wird sich deshalb am besten an die Ferien der Volksschule anlehnen. Das von der Statutenkommission gewünschte Zugeständnis wird aber trotzdem unbedenklich gemacht werden können. In einer längeren beim Herzoglichen Staatsministerium gestern abgehaltenen Konferenz haben die Vertreter der andern Städte auch bestätigt, daß die Einrichtung so getroffen werden kann, wie hier vorgeschlagen wird.

Herr Schuldirektor Professor Dr. R e h k u h: In der von Herrn Stadtrat von Frankenberg eben erwähnten Sitzung im Herzoglichen Staatsministerium ist beschlossen worden, daß die Schulzeit der Fortbildungsschule gegenüber der Schulzeit in der Volksschule verringert werden müßte und zwar von 40 auf 35 bis 36 Wochen. Das soll geschehen, indem zweimal 14 Tage Ferien vor Weih-

nachten und Ostern zugelegt werden sollen. Man hat das für nötig gehalten, weil in vielen Geschäften vor Weihnachten und Ostern eine besonders eilige Zeit ist. In Wolfenbüttel ist diese Einrichtung schon seit 15 Jahren getroffen und hat sich bewährt. Im übrigen fallen die Ferien mit denen der Volksschule zusammen.

Die Magistratsvorlage wird darauf mit dem von der Kommission beantragten Zusatz angenommen.

Zu § 3: „Befreiung von der Schulpflicht.“ Der Absatz 1 lautet:

„Von der Schulpflicht ist befreit, wer eine Innungs- oder andere Fortbildungs- oder Fachschule besucht, sofern der Unterricht dieser Schule von Herzoglicher Kreisdirektion als ein ausreichender Ersatz des allgemeinen Fortbildungsschulunterrichts anerkannt wird.“

Herr Hesse: Warum soll es von der Kreisdirektion abhängen, zu bestimmen, ob die eine oder andere Schule einen ausreichenden Ersatz bietet? Es wäre doch besser, wenn das vom Beschlusse der eingesetzten Kommission abhängige.

Herr Stadtrat von Franken berg: Das entspricht der gesetzlichen Vorschrift; wir können beim besten Willen nichts anderes vorschreiben, als das Gesetz vorgeschrieben hat, und wir sind vor allen Dingen nicht berechtigt, uns an die Stelle der gesetzlichen Behörde zu setzen.

Herr Wechsel: Ich beantrage, hinter dem Worte „befreit“ zu sagen: „wer die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienste erworben hat, oder wer eine Innungs- . . .“. Ich kann mir nichts Gutes davon versprechen, wenn man die jungen Leute mit der Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienste, die in der Regel schon 17 Jahre alt geworden sind, für ein Jahr in den Rahmen der Fortbildungsschule hineinzwängt, in den sie nicht passen. Die übrigen Jungen sind mit vollendetem 14. Lebensjahre von der Bürgerschule abgegangen und hier schon drei Jahre unterrichtet, und nun sollen mit einem Male die jungen Leute mit Gymnasial- oder Realschulvorbildung auf ein Jahr dazwischen gebracht werden? Davon kann ich mir keinen Segen versprechen und zwar weder für die Schüler noch für die Schule.

Herr Probst: Ich hatte mir vorgenommen, denselben Antrag zu stellen, nachdem ich aber den ganzen Paragraphen durchgelesen hatte, bin ich davon zurückgekommen. Es heißt nämlich unter 2 b: „Der Schulvorstand kann von dem Schulbesuche Personen ganz oder teilweise befreien, die bereits hinreichend vorgebildet, oder die sich nach ihrem Lebensalter nicht mehr zur Aufnahme

eignen." Der Schulvorstand wird aber die Vorbildung der zum einjährig-freiwilligen Militärdienste berechtigten jungen Leute für ausreichend erachten, um sie von der Schulpflicht zu befreien.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Der Herr Vorredner hat recht. Das, was der Antrag Weichsel wünscht, läßt sich sehr wohl aus der Vorschrift unter 2 b des § 3 ableiten. Es würde leeres Stroh dreschen heißen, wenn ein junger Mann von 17 Jahren noch in die Unter- oder gar Vorstufe der Fortbildungsschule gebracht werden sollte, das würde nahezu der Tierquälerei gleichkommen. Grundsätzlich müßte ich mich allerdings dagegen aussprechen, die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienste als Freibrief von der Fortbildungsschule anzusehen, und bei der kaufmännischen Fortbildungsschule ist das auch nicht geschehen. Am Dienstag habe ich als Regierungskommissar einer Meisterprüfung im Fleisergewerbe beigewohnt, an der sich auch ein junger Mann mit dem Berechtigungsscheine beteiligte, dem es nicht von Nachteil gewesen wäre, wenn er die Fortbildungsschule besucht hätte. Wir müssen auch mit denjenigen Fällen rechnen, wo jemand die Untersekunda einer 9 stufigen höheren Lehranstalt mit 14 Jahren durchgemacht hat und dann als Handwerkslehrling eintritt. Es dürfte sich empfehlen, den Antrag des Herrn Weichsel nicht anzunehmen, weil es nach den vorgeesehenen Bestimmungen der Schulvorstand in der Hand hat, diejenigen vom Unterrichte auszuschließen, für die er gar keinen Zweck mehr haben würde.

Herr Direktor Professor Dr. Rehfuh: In der gestrigen Konferenz ist auch von der Befreiung der Einjährigen vom Besuche der Fortbildungsschule gesprochen und dabei gerade von den Vertretern des Handwerks betont worden, man möchte solche Befreiung nicht ohne weiteres eintreten lassen. Wenn z. B. ein junger Mann mit 14 Jahren das Einjährige hat, so möchte ich befürworten, daß er dann wenigstens an dem Fachunterrichte teilnehmen muß.

Herr Frede: Nach meiner Meinung werden die von Herrn Weichsel gehegten Bedenken durch die Vorschrift unter 2 b gehoben, so daß von einer weiteren Bestimmung abgesehen werden kann.

Herr Weichsel: Ich halte meinen Antrag aufrecht. Es kommt wohl kaum vor, daß jemand mit 14 Jahren schon die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst besitzt. Mit 9 Jahren werden die Jungen erst in die höhere Schule aufgenommen, und ein mindestens 7jähriger Kursus (Rufe: 6 jähriger!) ist erforderlich, um die Reife zu erlangen. Wenn mit solcher Vorbildung ausgerüstet ein Züngling zum Handwerk übergeht, so wird er sich zu dem Fachunterricht freiwillig melden, aber ihn in die Fortbildungsschule hinein-

zwängen zu wollen, würde nicht richtig sein. Wenn man diese jungen Leute nach der Ziffer 2 b von dem Schulbesuche befreien kann, weshalb soll es dann nicht gleich ohne ein Gesuch geschehen können, mit dem sich erst noch die Kommission befassen muß?

Herr B o g e: Ich bin für den Antrag Weichsel. Wenn man die jungen Leute mit dem Einjährigen generell von dem Besuche der Fortbildungsschule befreit, so können sie trotzdem freiwillig hingehen, sie hineinzuzwängen, liegt kein Grund vor. Meiner Ansicht nach dürfen die jungen Leute mit dem Einjährigen nicht mehr gezwungen werden, in die Fortbildungsschule zu gehen.

Herr P r o b s t: Nach den Erklärungen vom Magistratsrat habe ich mich geirrt, indem ich angenommen habe, daß die jungen Leute mit dem Einjährigen von dem Schulunterrichte ganz von selbst befreit werden sollen. Da das nicht der Fall ist, so muß ich mich den Ausführungen des Herrn Weichsel anschließen. Ich halte es für selbstverständlich, daß die jungen Leute mit dem Einjährig-Freiwilligen-Beugnis nicht mehr in die Fortbildungsschule gehören.

Herr L e u e: Ich bitte, den Antrag Weichsel abzulehnen. Die jungen Leute mit der Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst tun unter Umständen recht wohl daran, wenn sie die Fortbildungsschule noch besuchen, weil sie dort eine tüchtige F a c h bildung erhalten. Außerdem weiß ich aus bestimmten Fällen, daß es viele junge Leute gibt, die trotz der Einjährig-Freiwilligen-Berechtigung noch nicht die nötige Erfahrung und Einsicht besitzen, um den Unterricht der Fortbildungsschule entbehren zu können.

Herr F r i e: Ich stehe ebenfalls nicht auf dem Standpunkte des Herrn Weichsel. Nach meiner vielfachen Erfahrung sind manche junge Leute, die sich das Einjährige erweisen haben, noch nicht so vollkommen ausgebildet, um für das Handwerk geeignet zu sein. Es kommt den Leuten nur zugute, wenn sie die Fortbildungsschule noch besuchen.

Der Antrag Weichsel wird darauf abgelehnt und § 3, Absatz 1 nach der Magistratsvorlage genehmigt. —

Der Absatz 2 des § 3 lautet:

„Der Schulvorstand kann, . . . von dem Schulbesuche

- a) Personen ausschließen, die wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen zur Aufnahme ungeeignet erscheinen.“

Herr Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g: Ich möchte zur Erwägung vorstellen, ob es nicht zweckmäßig sein möchte, diesem Absatz noch einen Zusatz zu geben. Nach den anderwärts gemachten Erfahrungen hat es keinen Zweck, junge

Leute, die der deutschen Sprache nicht genügend mächtig sind, in die Schule zu bringen. Ich möchte deshalb dem Herrn Berichterstatter anheimgeben, zu beantragen, zu sagen: „a) Personen ausschließen, die wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen oder wegen ungenügender Kenntnis der deutschen Sprache zur Aufnahme ungeeignet erscheinen.“

Herr Lü b k e: Dieser Zusatz scheint mir ein bißchen weitgehend zu sein. Es kann jemand keine genügende Kenntnis der deutschen Sprache haben, weil er geistig so minderwertig ist, daß er sie sich nicht hat aneignen können, aber es kommen auch Fälle vor, daß Eltern von außerhalb hierher zugezogen sind, deren Kinder sich noch im Uebergangsstadium befinden und der deutschen Sprache noch nicht ganz mächtig sind. Diesen Kindern die Möglichkeit zu nehmen, die Fortbildungsschule zu besuchen, scheint mir bedenklich zu sein, weil man den fremdsprachlichen Einwanderern die Eindeutschung dadurch nur erschwert. Deshalb würde der Zusatz das nicht treffen, was man mit der Fortbildungsschule beabsichtigt.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Man kann nicht sagen, daß die ungenügende Kenntnis der deutschen Sprache ein Gebrechen ist. Nach den vorliegenden Bestimmungen ist z. B. der Schulvorstand gezwungen, einen jungen Russen, der kaum ein Wort Deutsch kann, in die Fortbildungsschule aufzunehmen, wenn Sie ihm nicht die von mir vorgeschlagene Brücke bauen. Wenn jemand schon halb Deutsch versteht, würde ich es dem Schulvorstande verdenken, ihn von dem Schulbesuche auszuschließen; das soll nur geschehen bei größerer Unkenntnis der deutschen Sprache. Der Hauptzweck der Schule ist der Lernzweck, wenn aber der Schulvorstand schon vorher weiß, daß der Unterricht für einen jungen Mann für die Rake ist, dann wollen wir doch lieber den jungen Mann und die Lehrer nicht unnütz quälen.

Herr Lü b k e: Wir haben in der Hochschule auch Ausländer. Im ersten Semester verstehen die Ausländer kaum, was man sagt, aber im zweiten und dritten kommen sie schon glatt mit und sind oft tüchtige Schüler. So wird es in der Fortbildungsschule auch sein, ein junger Mann lernt eben die Sprache schneller, als ältere Leute. Deshalb wäre es richtiger, für solche jungen Leute einen kleinen Nachhilsekursus einzurichten.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich bitte freundlichst und dringend, uns mit Nachhilsekursen zu verschonen, die würden zu teuer werden. Auch der Vergleich mit der Hochschule hinkt: so hohe Ziele wir uns auch für die Fortbildungsschule gesteckt haben, so wagt sie doch nicht, sich mit der Hochschule irgendwie zu messen. Die jungen Leute, die von Lerneifer getrieben aus dem östlichen Teile von Europa freiwillig hierher kommen, um ihre technischen Kenntnisse zu

vervollkommen, können nicht verglichen werden mit den jungen Leuten, die gezwungen werden sollen, in die Fortbildungsschule zu gehen. In der Hochschule werden etwa 25 Stunden in der Woche zum Unterricht verwandt, und hier 6 bis 8 Stunden. Daneben haben diese jungen Ausländer vielleicht eine Tätigkeit in einem Betriebe, in dem sich nur Landsleute befinden, so daß sie mit deutschsprechenden Elementen fast gar nicht in Berührung kommen. Wir haben hier Nester, wo sehr viele Polen usw. beschäftigt werden, die ihre besonderen Kantinen haben und mit anderen Leuten überhaupt nicht zusammenkommen.

Herr Henking: Ich möchte mich gegen die Ansicht des Herrn Stadtrat von Frankenberg aussprechen. Es will mir nicht in den Sinn, hier wieder eine Sonderstellung zu schaffen, sondern wir wollen allen jungen Leuten die Vorteile der Fortbildungsschule zuteil werden lassen. Wenn dann jemand noch nicht genügend Deutsch kennt, so hat er Gelegenheit, dort noch etwas zuzulernen und aus dem Fachunterricht also doppelten Nutzen zu ziehen.

Herr Kleinknecht: Ich möchte mich vom deutschnationalen Standpunkte aus dafür erklären, daß wir solche fremdsprachigen jungen Leute deutsch machen. Es wird uns nicht gelingen, sie vollständig zu Deutschen zu machen; wenn wir ihnen aber die deutsche Sprache beibringen, so wird das für unser Deutschtum von großem Nutzen sein. Es ist sehr traurig, wenn junge Leute, wie eben gesagt wurde, unter sich bleiben und kein Deutsch lernen, obwohl sie sich in Deutschland aufhalten und von Deutschland ernährt werden.

Der von Herrn Stadtrat von Frankenberg angeregte Zusatz „oder wegen ungenügender Kenntnis der deutschen Sprache“ wird hierauf abgelehnt und die Magistratsvorlage unter 2 a und b angenommen.

Zum § 4 findet sich nichts zu bemerken.

Den § 5 Absatz 1 beantragt die Statutenkommission wie folgt zu fassen:

„Die Schule steht unter der Leitung eines Schulvorstandes, der aus 9 Mitgliedern besteht und bei Anwesenheit von 5 Mitgliedern beschlußfähig ist. Den Vorsitz führt ein vom Stadtmagistrate aus seiner Mitte bestimmtes Mitglied. 4 Mitglieder, von denen mindestens 3 selbständige Arbeitgeber sein müssen, werden von der Stadtverordneten-Versammlung, je ein Mitglied wird von der Handels- und von der Handwerkskammer gewählt. Kernere Mitglieder sind:

- a) der Direktor der städtischen Bürgerschulen,
- b) eine vom Stadtmagistrate zu ernennende, mit dem gewerblichen Fortbildungswesen vertraute Person.

Soweit dies Statut nichts bestimmt, gibt der Schulvorstand sich seine Geschäftsordnung selbst.“

Herr Meyerhoff: Wir beabsichtigen mit der Aenderung zu erreichen, daß in den Schulvorstand auch ein Mitglied des Anwaltsstandes, der Kunstgärtnerei usw. hineinkommen kann. Für Arbeitgeber hätte man auch das Wort „Handwerker“ nehmen können, jedoch hat die Kommission sich den Wünschen des Herrn Stadtrat von Frankenberg gefügt und analog der Gewerbeordnung gesagt „selbständige Arbeitgeber“. Das Gesetz legt den Gewerbetreibenden große Verpflichtungen auf, deshalb hat die Kommission geglaubt, auch dem Gewerbe Stimmen im Schulvorstande einräumen zu müssen.

Herr Friede: Ich stelle den Antrag, den dritten Satz des § 5 Absatz 1 folgendermaßen zu fassen:

„4 Mitglieder, welche selbständige Handwerksmeister sein müssen, werden aus der Mitte der Stadtverordneten-Versammlung gewählt; falls dort so viele Handwerksmeister nicht vorhanden sind, können auch andere Arbeitgeber oder dem Handwerk nahestehende Personen gewählt werden, je ein Mitglied wird von der Handels- und von der Handwerkskammer gewählt.“

Da die Fortbildungsschule in erster Linie dem Handwerke zugute kommen soll, so muß ihm auch ein hervorragender Platz im Schulvorstande eingeräumt werden. Ich gebe zu, daß die Anwaltschreiber auch im Vorstande vertreten sein könnten, aber weshalb soll wegen der paar jungen Leute eine juristische Person in den Schulvorstand gewählt werden? Viel wichtiger ist es, daß Handwerksmeister im Vorstande sind. Ich habe den Antrag so eingerichtet, daß auch außerhalb der Versammlung stehende Arbeitgeber hineingewählt werden sollen, also z. B. die Vertreter von Fabriken, die keine Handwerksmeister sind und auch ihre Lehrlinge nicht so ausbilden können, wie Handwerksmeister.

Herr Altmann: Ich möchte für den Eingang des § 5 Absatz 1 eine andere Fassung vorschlagen, die folgendermaßen lautet:

„Die Schule steht unter der Leitung eines Schulvorstandes, der aus 12 Mitgliedern besteht und bei Anwesenheit von 7 Mitgliedern beschlußfähig ist. Den Vorsitz führt ein vom Magistrate aus seiner Mitte bestimmtes Mitglied. 7 Mitglieder, von denen je 3 selbständige Arbeitgeber und Arbeitnehmer sein müssen, werden von der Stadtverordneten-Versammlung“

Herr Friede hat seinen Antrag damit begründet, daß die Handwerksmeister das lebhafteste Interesse an der Fortbildungsschule hätten, ich kann dem gegenüber aber behaupten, daß die Arbeitnehmer als Eltern der Schüler auch ein großes Interesse daran haben, und sie daher ihre Wünsche im Schulvorstande

auch vertreten sehen möchten. An anderer Stelle des Statuts ist gesagt worden, daß die Arbeiter bei gewissen Fällen gehört werden sollen, also weshalb sollen sie nicht auch im Schulvorstande gehört werden? Ich sehe wirklich nicht ein, weshalb nur die Arbeitgeber und speziell die Handwerksmeister im Schulvorstande vertreten sein sollen. Was für Arbeitgeber in den Schulvorstand entsandt werden sollen, mag die Stadtverordneten-Versammlung entscheiden, jedenfalls sollen auch Fabrikanten nicht davon ausgeschlossen werden, die ebenso viel Interesse für die Fortbildungsschule besitzen können, als Handwerksmeister.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Der Vorschlag der Statutenkommission dürfte wohl die Billigung der Versammlung verdienen, während mir die Vorschläge der Herren Fricke und Alßmann bedenklich über das Ziel hinauszuschießen scheinen, und zwar der Vorschlag Fricke deshalb, weil er dem Handwerksstande doch wohl ein zu reich bemessenes Maß von Vertretung im Schulvorstande beizulegen gedenkt, wenn man berücksichtigt, daß nur etwa die Hälfte der fortbildungsschulpflichtigen jungen Leute aus dem Handwerkerstande hervorgehen, während die andere Hälfte der Industrie usw. angehört. Außerdem erscheint mir auch die von Herrn Fricke vorgeschlagene Fassung nicht einwandfrei. Durch den Vorschlag der Vorlage, daß die Handwerkskammer einen Vertreter für den Schulvorstand ernennen soll, ist dem Handwerke schon ständig eine Vertretung gesichert.

Was den Antrag Alßmann betrifft, so muß ich sagen, daß die Zahl 12 mich an sich nicht schrecken würde, daß aber ein aus 12 Personen bestehender Schulvorstand doch ein vielköpfiges Ungeheuer sein würde (Heiterkeit), natürlich mehr vielköpfig als Ungeheuer. Deshalb tut man wohl gut, die Zahl auf 9 zu beschränken, auch reicht es aus, daß der Arbeiterstand in der im Statut bereits vorgesehenen Weise an der Verwaltung der Schule teilnimmt. Der Schulvorstand wird auch in dieser Zusammensetzung die Interessen der Arbeiter in geordneter Weise vertreten.

Herr Bähr: Die zu b vorgeschlagene Fassung: „Eine vom Stadtmagistrate zu ernennende, mit dem gewerblichen Fortbildungswesen vertraute Person“ scheint mir zu allgemeiner Natur zu sein, ich möchte beantragen, zu sagen: „Ein vom Stadtmagistrate zu ernennender Fortbildungsschullehrer.“

Herr Sander: Ich habe noch einen anderen Vorschlag für den Absatz 1, und zwar statt der Worte: „von denen mindestens 3 selbständige Arbeitgeber sein müssen, . . .“ zu sagen: „von denen mindestens 3 Handwerksmeister sein müssen, . . .“. Bei der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung ist es möglich, daß nicht ein einziger Handwerksmeister, mit Ausnahme natürlich des von der Handwerkskammer zu ernennenden Mitgliedes hineinkommt. Ich weise

in dieser Beziehung nur auf den Erlaß des preußischen Ministers vom 11. Dezember 1909 hin, nach dem besonders gewünscht wird, Handwerksmeister in den Schulvorstand zu wählen. Wenn Herr Stadtrat von Frankenberg sagt, nur die Hälfte der Schüler würden Handelslehrlinge sein und die andere Hälfte ungelernte Arbeiter, so ist das nicht richtig, denn es gibt viele Handwerksbetriebe, die Lehrlinge und jugendliche Arbeiter beschäftigen, so daß letztere dem Handwerke zuzurechnen sind. Ich bin nicht so unbescheiden, daß ich vier Handwerksmeister in den Schulvorstand haben will, aber drei möchte ich gern darin sehen.

Herr Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g: Sie sind es doch wohl der Großindustrie schuldig, daß Sie nicht allzusehr daran vorbeigehen, denn darauf würde es hinauskommen, wenn Sie den Antrag Sander annähmen. Wenn nachher die Aufgabe an Sie herantritt, die Mitglieder des Schulvorstandes zu wählen, so werden Sie ganz von selbst auf die verschiedenen Stände Rücksicht nehmen. Ich warne aber dringend, sich selbst so zu binden, wie das der Antrag Sander tun würde.

Die Anregung des Herrn Bähr, daß man jemand, der Erfahrung in der Erteilung von Fortbildungsschulunterricht gesammelt hat, in den Schulvorstand nehmen soll, ist dankenswert, aber der Begriff „Fortbildungsschullehrer“ ist doch so unbestimmt, daß man ihn unmöglich wählen kann. Wir haben jetzt z. B. keinen einzigen Fortbildungsschullehrer und jemand, der nebenamtlich als solcher tätig ist, so zu benennen, ist nicht üblich, sondern da handelt es sich um Bürgerschullehrer oder Handwerksmeister. Der Ausdruck ist deshalb nicht so treffend, wie die vom Magistrate vorgeschlagene Fassung. Ich bin grundsätzlich ein Feind einer allzu großen Festlegung des Wahlrechtes. Sobald ein Fortbildungsschullehrer aufhört, als solcher tätig zu sein, würde er nach dem Vorschlage des Herrn Bähr auch aufhören müssen, im Schulvorstande tätig zu sein.

Da wegen der Zeitdauer des Amtes nichts bestimmt ist, so möchte ich zur Erwägung verstellen, hinter dem Worte Handwerkskammer einzuschalten: „auf je drei Jahre.“

Herr A l b m a n n: Wenn das „vielköpfige Ungeheuer“ jemand genießen sollte, so bin ich auch bereit, meinen Antrag dahin abzuändern, daß gesagt wird, der Schulvorstand besteht aus 10 (statt 12) Mitgliedern, von denen je zwei selbständige Arbeitgeber und Arbeitnehmer sein müssen. Herr Stadtrat von Frankenberg sagte auch, die Arbeiter seien genügend bei der Verwaltung der Schule vertreten, ich weiß indessen nicht, wie das zu verstehen ist. Ich habe sicher nicht mit Unrecht betont, daß die Arbeiter als Eltern ein ebenso großes Interesse an der Fortbildungsschule haben, wie die Handwerksmeister, indem sie das Schulgeld aufbringen müssen. Deshalb ist es gerechtfertigt, daß die-

jenigen, die das lebhafteste Interesse an der Entwicklung der Schule haben, etwas mehr bei der Schulleitung vertreten sein müssen, als das hier vorgeschlagen wird. Wenn nun auch noch die drei Arbeitgeber in drei Handwerksmeister umgewandelt werden sollen, so sollte man doch nicht so weit gehen und die ganze Fortbildungsschule den Handwerksmeistern auszuliefern. Schließlich will man nur noch Handwerksmeister im Schulvorstande sehen. Ich muß deshalb bitten, den Antrag Fricke abzulehnen.

Herr Leue: Ich hatte die Absicht, einen Antrag von ähnlicher Tendenz zu stellen wie Herr Bähr und zwar unter b einzufügen „... vertraute und in demselben tätige Person.“ Es erscheint mir wünschenswert, daß die betreffende Person mit dem Fortbildungsschulwesen beschäftigt ist: es kann dies ein Fortbildungsschullehrer oder auch ein Handwerker sein.

Herr Boge: Wenn der Antrag Altmann nicht zur Annahme kommt, so können auch die Wünsche der Herren Fricke und Sander keine Berücksichtigung finden, denn es ist möglich, daß sich einmal kein Handwerksmeister in der Stadtverordneten-Versammlung findet, der bereit wäre, in den Schulvorstand zu gehen.

Herr Bähr: Was den Begriff „Fortbildungsschullehrer“ betrifft, so meine ich damit einen an der Fortbildungsschule beschäftigten Lehrer. Ein an der Fortbildungsschule unterrichtender Handwerksmeister ist für mich ebenso gut wie ein wirklicher Lehrer. Im übrigen bin ich mit dem Antrage Leue einverstanden und ziehe zu dessen Gunsten meinen Antrag zurück.

Herr Lübke: Ich nehme an, daß die Mitglieder des Schulvorstandes nicht unbedingt aus der Mitte der Versammlung gewählt werden müssen, daß also auch außerhalb der Versammlung stehende Herren gewählt werden können. (Zustimmung.)

Herr Meyerhoff: Ich möchte bitten, die Anträge Sander, Fricke und Altmann abzulehnen. Gerade dieser Paragraph hat zu sehr vielen Erörterungen geführt und ist schließlich zu einem Kompromiß unter den Parteien geworden. Wir haben das Wort „Handwerksmeister“ fallen lassen, um auch anderen Arbeitgebern Gelegenheit zu geben, in den Schulvorstand zu kommen. Herr Lübke hat recht, die zu wählenden Herren brauchen nicht der Versammlung anzugehören, aber wenn in der Versammlung Herren sind, die das Amt ausfüllen können, so werden sie selbstverständlich in erster Linie gewählt werden, sind aber keine vorhanden, so nehmen wir sie von außerhalb des Stadtparlamentes. Ich bitte dem zuzustimmen und auch die Wahl nach dem Vorschlage des Herrn Stadtrat von Frankenberg auf drei Jahre festzusetzen.

Bei der nun folgenden Abstimmung werden die Anträge *Altmann*, *Frücke* und *Sander* abgelehnt und der Kommissionsantrag mit dem Antrage *Leue* angenommen.

Herr Stadtrat von *Frankenberg*: Ich möchte noch darauf aufmerksam machen, daß es sich empfehlen dürfte, die Wahl, gleich den übrigen Kommissionswahlen, nur auf 2 Jahre festzulegen, und hinter den Worten: „von der Handwerkskammer gewählt“, zu sagen: „Die Amtsdauer der Gewählten beträgt 2 Jahre.“ Die erste Wahl würde eventuell nur auf ein Jahr vorzunehmen sein, wenn sie nicht mit den übrigen Kommissionswahlen zusammenfällt. Der Vorzogene wird immer nur auf ein Jahr gewählt werden.

Die Versammlung ist hiermit ebenso wie mit dem Absätze 2 des § 5 einverstanden.

Der § 6 Absatz 1 des Entwurfes lautet:

„Das Schulgeld beträgt jährlich 8 *M* und ist in vierteljährlichen Teilbeträgen im voraus zu den vom Schulvorstande bestimmten Zeitpunkten zu entrichten. Die Klassenlehrer haben die Beträge in Empfang zu nehmen und an die vom Schulvorstande bestimmte Stelle abzuführen.“

Herr *Bähr*: Diese Bestimmung ist dem bisherigen Brauche in unseren Bürgerschulen nachgebildet. Ich möchte dagegen empfehlen, einem abweichenden Verfahren zuzustimmen und sich dem Brauche in der kaufmännischen Fortbildungsschule anzuschließen, wo die Verwaltung der Schule das Schulgeld einzieht, nicht aber der Klassenlehrer. Es gibt mancherlei Bedenken gegen das Einsammeln des Schulgeldes durch die Klassenlehrer, vor allen Dingen die Störung des Unterrichts, auch können dadurch in dem Verhältnis zwischen Lehrer und Schüler unliebsame Schwierigkeiten entstehen, wenn das Schulgeld von dem einen oder andern nicht rechtzeitig gezahlt wird. In anderen Städten hat man zu dem Zwecke eine Zahlstelle eingerichtet, wohin das Schulgeld seitens der Schüler oder deren Eltern abgeführt wird. Ich möchte empfehlen, dem Vorgange anderer Städte zu folgen und im § 6 Absatz 1 an Stelle des letzten Satzes zu sagen: „Das Schulgeld ist bei der (einzurichtenden) städtischen Zahlstelle einzuliefern.“

Herr *Altmann*: Ich möchte bitten, den § 6 zu streichen, soweit es sich um das Schulgeld der Schulpflichtigen handelt. Demnach müßte der Absatz 1 des § 6 bestehen bleiben. Im übrigen aber bitte ich, die Schulgeldfreiheit für die Zwangsschüler einzurichten. Es handelt sich dabei um 21 600 *M*, welche die Stadt jährlich zuschießt. Wenn Sie aber betrachten, daß es sich hier fast durch-

weg um junge Leute handelt, deren Eltern so wie so schwer um ihre Existenz zu kämpfen haben, so werden Sie die Belastung der Stadt nicht als drückend ansehen können. Für solche Zwecke sollten wir Geld haben und können wir auch Geld haben, wenn nur der gute Wille vorhanden ist.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte nimmt das Wort:

Herr Stadtrat von Frankenberg: Schwere Bedenken stehen der Annahme des Antrages Abmann entgegen und zwar nicht nur auf finanziellem Gebiete. Gewiß würden diese 21 600 *M* eine derartig harte Nuß sein, daß man sie uns unmöglich zu knacken aufgeben könnte, zumal gerade die finanziellen Bedenken bei den Verhandlungen mit der Regierung eine große Rolle gespielt haben. Belasten Sie das Lustschiff nicht zuviel, sonst kann es sich nicht in die Luft erheben. Dasjenige, wofür man etwas im Leben bezahlt, schätzt man insgemein höher, als wenn man es ohne jede Aufwendung von anderer Seite bekommt; das gilt nicht nur für die Schulpflichtigen, sondern auch für die Arbeitgeber. Ich verspreche mir von der Tatsache sehr viel, daß der Arbeitgeber, wenn Schulgeld bezahlt werden muß, auch dafür eintritt, daß sein Lehrling oder jugendlicher Arbeiter die Schule wirklich besucht. Herrn Abmann verdanke ich nicht, wenn er für die Schulgeldfreiheit eintritt, jedoch halte ich es für richtig, hier zu erklären, daß für den Magistrat der Antrag unannehmbar ist, und er bei dessen Annahme auf die Einrichtung der Schule verzichten müßte.

Herr Abmann: Ich möchte der Entstehung der Schule kein Hindernis in den Weg legen, betrachte die Schule auch nicht als Lustschiff, das ich unnötig belasten möchte, sondern will ihm nicht mehr auferlegen, als ein guter Zeppelin tragen kann. Wenn Herr Stadtrat von Frankenberg bemerkt, daß den Handwerfern durch die Schule eine große Last auferlegt wird, so will ich ihnen durch meinen Antrag entgegenkommen. Andererseits ist es auch keine so horrende Forderung, die Schulgeldfreiheit zu wünschen. Ich möchte die Schule durch meinen Antrag nicht ins Wanken bringen, aber die Forderung ist durchaus gerecht und ich kann nicht glauben, daß die Stadt das Geld nicht sollte aufbringen können.

Der Antrag Abmann wird darauf mit allen gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Herr Boge: Ich beantrage, nicht 8 *M*, sondern 16 *M* Schulgeld zu erheben. Es ist wiederholt und dringend betont worden, wie schwerwiegend bei der ganzen Vorlage der Geldpunkt ist, ferner daß zweifelsohne die Einnahmen nicht ausreichen werden und die Umsatzsteuer immer noch weiter zurückgehen wird, so daß mein Antrag gerechtfertigt sein dürfte. Deshalb können die beteiligten Kreise, die Vorteile von der Einrichtung erhoffen, auch den höheren

Beitrag bezahlen. Sollte der Antrag keine Annahme finden, so stelle ich den Eventualantrag, das Schulgeld auf 12 *M* zu erhöhen.

Die beiden Anträge des Herrn Voge werden darauf abgelehnt, während der erste Satz des Absatzes 1 von § 6 angenommen wird.

Herr Stadtrat von Franken berg: Ich habe leider auch gegen den Antrag Bähr gewichtige Bedenken geltend zu machen. Es ist Herrn Bähr nicht zu verdenken, wenn er im Interesse seiner Standesgenossen eine lästige Arbeit von sich abwehren möchte, aber meine Herren, wir müssen auch manche lästige und unangenehme Arbeit machen, wie es die tägliche Pflicht mit sich bringt. Darum kann es nicht helfen und man darf nicht sagen, lasse die Stadt zusehen, wie sie ihr Geld bekommt. Außerdem würde die Durchführung des Antrages die Arbeitgeber und die Zahlungspflichtigen selbst sehr lästig treffen, wenn sie nach der städtischen Zahlstelle laufen und das Schulgeld dort abliefern müßten, sonst müßte man in allen Schulen besondere Zahlstellen einrichten und mit besonderen städtischen Beamten besetzen. Viele Lehrer haben außerdem schon sehr gute Erfahrung und Gewandtheit in dem Einziehen des Schulgeldes bekommen, die sie hierbei verwerten können. Der Lehrling sagt einfach im Hause, ich muß morgen das Schulgeld mitbringen, dann geschieht das und ohne zeitraubende Wege wird das Schulgeld abgeliefert. Wenn ich aber einen einfachen Weg habe, gegen den keine zwingenden Gründe sprechen, so mache ich keinen Umweg.

Herr B ä h r: Die Erfahrung und Gewandtheit haben sich allerdings die Lehrer nachgerade aneignen müssen, denn wir müssen uns jährlich viermal mit dem Schreiben der Schulgeldlisten befassen, und es wäre auch besser, wenn eine einmalige Schreibung der Listen genügte, da sich in denselben im Laufe des Jahres recht wenig ändert. Ich habe den Antrag gestellt, weil die Einrichtung an allen andern Orten getroffen ist und das auch hier gemacht werden könnte.

Herr Meyerhoff: Ich bitte den Antrag aus praktischen Gründen abzulehnen. Unsere Stadt ist so weit ausgedehnt, daß mit der Ueberbringung des Schulgeldes nach dem Rathause eine schwere Belästigung der Schulpflichtigen oder deren Eltern oder Arbeitgeber verbunden sein würde, ohne daß ein wesentlicher Vorteil darin zu finden ist. Ich begreife Herrn Bähr sehr wohl, daß er diese Mühe von der Lehrerschaft abschütteln will, er möge sich jedoch vergegenwärtigen, daß auch der Hausbesitzer für den Magistrat indirekt manche Steuern einziehen muß und sich doch nicht dadurch bedrückt gefühlt hat. Deshalb bitte ich Sie, es bei der Vorschrift des Statuts zu belassen, die zwei Mark sind sonst manchmal den Weg nicht wert, der darum gemacht werden muß.

Herr F r e d e: Da Herr Bähr den ihm vom Magistratsstische und von Herrn Meyerhoff gemachten Vorwurf nicht zurückgewiesen hat, kommt er in den Ver-

dacht, aus den eben angeführten Gründen den Antrag eingebracht zu haben. Dieser Grund — die Belästigung der Lehrerschaft — ist aber dabei nicht maßgebend gewesen, sondern verschiedene andere Gründe. Wenn Sie sich vergegenwärtigen, was für den Lehrer angenehmer und leichter ist, entweder sein Sprechorgan anzustrengen oder Schulgeld einzusammeln, so werden Sie mir zustehen müssen, daß das Unterrichten und Sprechen schwieriger ist, daß also dieser Grund für den Lehrer nicht maßgebend gewesen sein kann. Andere Gründe, und zwar viel wichtigere, haben den Anlaß zu dem Antrage gegeben, nämlich vor allem der Grund, daß während der Annahme des Schulgeldes und der Aufstellung des Abschlusses der Unterricht stockt, ja für den Schüler geradezu ausfällt. Sobald nämlich der Lehrer sich nicht mit seinen Schülern beschäftigt, wird die Disziplin gelockert und das ist ein sehr beachtenswerter Grund. Außerdem kann man annehmen, daß für die jungen Leute eine gewisse Versuchung vorliegt, wenn ihnen das Schulgeld zur Ablieferung übergeben wird. (Widerspruch.) Dagegen ist nicht im entferntesten der Grund für den Antrag maßgebend gewesen, daß die Lehrer sich von dieser Arbeit haben drücken wollen.

Herr K i e f e: Ich habe kein Interesse daran, für die hier schon durch zwei Herren vertretenen Lehrer zu sprechen, aber ich kann diese Einrichtung nur als sehr rückständig ansehen. Wenn es sich einmal eingebürgert hat, daß das Schulgeld in den Bürgerschulen in Empfang genommen wird, so soll man es damit genug sein lassen und jetzt nicht noch in der Fortbildungsschule dieselbe rückständige Einrichtung treffen wollen. Die moderne Zeit hat dem Lehrer auf dem Lande den Rüsterdienst abgenommen, man sollte ihm deshalb in der Stadt nicht noch weiter solchen unzeitgemäßen Dienst auferlegen. Das Schulgeld kann mit den Steuern eingezahlt werden, so daß ein besonderer Weg dadurch nicht entstehen würde.

Herr B ä h r: Ich habe gesagt, die Störungen im Unterrichte und die sonstigen damit verbundenen unbequemen Nebenerscheinungen haben mich veranlaßt, den Antrag zu stellen. Herr Kiefe hat recht: Diese Einrichtung kann hier nur empfohlen werden, weil wir sie in den Bürgerschulen noch haben.

Herr Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g: Die Störung im Unterrichte kann ich nur sehr gering veranschlagen. Es ist mit 30 Schülern in jeder Klasse zu rechnen und das läßt sich in 10 Minuten glatt erledigen. —

Der Antrag Bähr wird hierauf mit allen gegen 10 Stimmen abgelehnt und der Kommissionsvorschlag angenommen.

Zu § 6 wird von der Kommission weiter vorgeschlagen, die Nummern 2 und 3 folgendermaßen zu fassen:

„2. Für das Schulgeld haften unmittelbar sowohl der Schulpflichtige als auch dessen Eltern als Gesamtschuldner.

3. Für das Schulgeld jedes Schulvierteljahrs haftet daneben als Gesamtschuldner auch derjenige Arbeitgeber oder Lehrherr, bei dem der Schulpflichtige zuerst innerhalb des Schulvierteljahrs beschäftigt ist“ (usw. wie in Nr. 2 der Vorlage).

Herr Meherhoff: Es handelt sich hier nur um eine Umstellung der beiden Absätze der Magistratsvorlage. Aus der Vorlage schien nämlich hervorzugehen, daß das Schulgeld an erster Stelle der Lehrherr bezahlen müsse. Wir haben mit der Umstellung der beiden Sätze den Lehrherrn nicht von seiner Haft befreit, aber doch zum Ausdruck bringen wollen, daß in erster Linie die Eltern des Schulpflichtigen haften und erst in zweiter Linie der Lehrherr.

Der § 6 wird mit dieser Aenderung angenommen.

Herr Meherhoff: Für den § 7 bringen wir folgende Fassung in Vorschlag, die eine Mitwirkung der Versammlung ins Auge faßt:

„Die Unterrichtszeiten werden durch den Stadtmagistrat nach Anhörung von beteiligten Arbeitgebern und von Arbeitern im Einvernehmen mit der Stadtverordneten-Versammlung festgesetzt und in ortsüblicher Weise bekannt gemacht.“

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich habe persönlich gegen den Vorschlag der Kommission in der Erwägung nichts einzuwenden, daß zum Ausdruck gelangen soll, daß der allgemeine Rahmen für die Unterrichtszeiten gegeben sei, während die Festsetzung des Stundenplanes im einzelnen nicht der Zuständigkeit der Versammlung unterliegen soll. (Zustimmung.) Die Herren haben auch mehr zu tun, als sich mit diesen Kleinigkeiten zu befassen.

Der § 7 wird in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung angenommen.

Die §§ 8 und 9 werden unverändert genehmigt.

Der § 10 wird nach dem Antrage der Statutenkommission § 11 nachgestellt und erhält folgende Fassung:

„§ 11. Beurlaubungen und Entschuldigungen.

1. Wenn Arbeitgeber oder Lehrherren wünschen, daß die von ihnen beschäftigten Schulpflichtigen vom Besuche des Unterrichts für einzelne bestimmte Stunden beurlaubt werden, so haben sie die Erlaubnis hierzu rechtzeitig vorher beim Klassenlehrer einzuholen. Lehnt dieser die Beurlaubung ab, so kann im Beschwerdewege die Entscheidung des Schulvorstandes angerufen werden.
2. Urlaubsgesuche, die sich auf mehr als eine Unterrichtswoche erstrecken, sind durch Vermittlung des Klassenlehrers dem Schulvorstande zur Entscheidung vorzulegen.

3. In derselben Weise (Nr. 1 und 2) haben Schulpflichtige oder deren Eltern, Erzieher und Vormünder zu verfahren, wenn sie die Beurlaubung beantragen wollen.
4. Die Arbeitgeber oder Lehrherren haben den von ihnen beschäftigten Schulpflichtigen, die durch Krankheit oder durch dringende, im voraus nicht zu übersehende Ursachen am Schulbesuche gehindert gewesen sind, bei dem nächsten Besuche der Schule hierüber eine Bescheinigung mitzugeben. Wenn der Klassenlehrer die Entschuldigung nicht als genügend anerkennt, so entscheidet der Schulvorstand endgültig darüber, ob eine dringende, im voraus nicht zu übersehende Behinderung vorlag.“

Herr Meherhoff: Die neue Fassung ist beliebt, um den Arbeitgebern etwas entgegenzukommen und ihnen die Anmeldeung der Schulverfäumnisse leichter zu machen. Für einen längeren Urlaub hat uns z. B. vorgeschwebt, wenn Lieferungen nach außerhalb gemacht werden, wie das im Tischler- und Malergewerbe öfter vorkommt. Es kann vorkommen, daß Gesellen und Lehrlinge den ganzen Sommer auf einem Gute außerhalb beschäftigt sind und daher nicht zur Schule kommen können. In solchem Falle soll der Schulvorstand die Entscheidung treffen.

Der § 11 (neu) wird in dieser Fassung angenommen.

§ 11 wird nach dem Vorschlage der Statutenkommission als § 10 vorangestellt und in ihm die Zahl 1 im Eingange sowie der ganze Absatz 2 gestrichen. Außerdem sollen unter a die Worte: „Eine nach dem Ermessen des Schulvorstandes“ gestrichen, und hinter „Entschuldigung“ die Worte „(siehe § 11)“ hinzugefügt werden.

In dieser Fassung genehmigt die Versammlung auch den § 10 (neu).

Die §§ 12 und 13 werden unverändert, und § 14 in folgender, von der Statutenkommission vorgeschlagenen Fassung genehmigt:

„Dies Statut tritt am mit Wirkung für das nach Ostern 19 . . beginnende Schuljahr und die folgenden Schuljahre mit der Maßgabe in Kraft, daß es auf die vor dem 19 . . aus der allgemeinen Schulpflicht entlassenen Schüler keine Anwendung findet.“

Herr Meherhoff: Zur Begründung der Aenderung des § 14 will ich nur bemerken, daß es unmöglich ist, die Schule schon jetzt beginnen zu lassen, weil sich der Landtag erst noch mit der Materie zu befassen haben wird und nicht vorausszusehen ist, ob uns regierungsseitig die Zuschüsse so zeitig gewährt werden

können, daß wir alsbald mit der Eröffnung der Schule zu beginnen vermögen. Deshalb ist der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Statuts usw. offen zu lassen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich betrachte die neue Fassung des § 14 als Vollmacht für den Magistrat, den Zeitpunkt des Beginns der Schule demnächst selbst festsetzen zu können. (Zustimmung.) Wegen der Schulordnung werden wir uns mit den Herren noch zu verständigen haben, Sie können deshalb diese Vollmacht unbedenklich erteilen.

Nachdem hierauf das Statut in der von der Versammlung beschlossenen Fassung auch noch im ganzen genehmigt wurde, ist die Beratung dieses Gegenstandes beendet.

II. Turbinenanlage in Eisenbüttel.

Der von der Brauerei Streitberg gegen das Projekt einer Turbinenanlage in Eisenbüttel erhobene Widerspruch ist damit begründet, daß einerseits durch die geplante Anlage das angeblich dem Grundstücke Heinrichshafen zustehende Recht, einen Teil der Wasserkraft zu nutzen, beeinträchtigt und andererseits das gedachte, der Brauerei gehörige Grundstück Erschütterungen durch den Betrieb der Turbinen ausgesetzt werde. Das erwähnte Wassernutzungsrecht besteht nach der Ansicht des Magistrates nicht; es ist deshalb die von der Brauerei erhobene Klage aufgenommen worden. Darüber, ob die vorerwähnten Erschütterungen wirklich eintreten werden, sind die Ansichten der Sachverständigen geteilt; wenn sie aber eintreten sollten, so könnten hieraus allerdings für den Betrieb des Unternehmens so lästige Weiterungen entstehen, daß es dem Magistrat geboten erschien, auf ihre Ausschließung Bedacht zu nehmen. Die Verhandlungen wegen Ankaufs des fraglichen Grundstücks haben sich zer schlagen, es kann daher nur die Auswahl einer anderen Stelle für die Turbinenanlage in Frage kommen. Als geeignetster Platz ist der westliche Teil des jetzigen Mühlhofes unter Hinzunahme der ehemals Krauseschen Lohmühle zu erachten. Für die Erbauung der Turbinenanlage sind vier verschiedene neue Projekte ausgearbeitet worden, welche der Magistrat der Versammlung vorlegt.

Den Hauptvorzug des zur Annahme empfohlenen Projektes A gegenüber den anderen Projekten erblickt der Magistrat in dem Umstande, daß bei seiner Wahl die Frage der wesentlichen Umgestaltung der im staatlichen Besitze befindlichen Eisenbüttelerstraße, die voraussichtlich demnächst erhöht und verbreitert werden muß, nicht sofort zur Erledigung gebracht zu werden braucht, vielmehr einstweilen ein Abkommen mit Herzoglicher Baudirektion nur wegen der einen oberhalb der geplanten Anlage herzurichtenden neuen Brücke genügen würde. Daneben darf auch angenommen werden, daß im Falle der Ausführung des

in Rede stehenden Projektes A demnächst die Zuschüttung des jetzigen Mühlengrabens möglich werden wird. Es wird daher ersucht, unter Verzicht auf die Ausführung des zuerst vorgelegten Projektes das vorgedachte Projekt A gutzuheißen.

Der Magistrat möchte mit dem Beginne der Arbeiten nicht bis zur Erledigung des wassergesetlichen Verfahrens warten und hält für unbedenklich, das aus der vorzeitigen Inangriffnahme der Ausführung erwachsende Risiko zu übernehmen. Er will daher für den Fall, daß die Herzogliche Polizeidirektion die vorzeitige Inangriffnahme auch dieses neuen Projektes gestatten sollte, schon jetzt ersuchen, dieser Maßnahme zuzustimmen und ihn zu ermächtigen, im Einvernehmen mit der Quellwasserdeputation die Erfüllung derjenigen Bedingungen zuzusichern, welche seitens der zuständigen Behörden werden gestellt werden.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr W o l t e r s berichtet, wird der Vorlage im vollen Umfange zugestimmt.

III. Antrag Henning: Verbesserungen im Straßenbahnbetriebe.

Die in der Sitzung vom 18. November 1909 — Seite 406 des Berichtes — gestellten und begründeten Anträge lauten:

„Der Stadtmagistrat möge die hiesige Straßeneisenbahn-Gesellschaft zum Zwecke der Herstellung eines regelmäßigen Betriebes und Verbesserung der Anschlüsse veranlassen:

- a) Auf der Okerbrücke am Augusttor ein zweites Gleis zu bauen bezw. eine entsprechende Verbreiterung dieser Brücke vorzunehmen;
- b) entweder auf dem Augusttormwall ein zweites Gleis bis zur Brücke anzulegen, oder die Linie Augusttor—Delper vom Siegesplatz direkt zum Augustplatz zu führen;
- c) eine Wartehalle in der Nähe des Beginnes der Wolfenbütteler Linie herzustellen;
- d) bei erheblicheren Reparaturen an verkehrsreichen Stellen des Stadtgebietes dafür Sorge zu tragen, daß diese in kürzerer Zeit, als das bisher hier üblich war (eventuell durch Einführung von Ueberstunden oder auch Nachtschichten) zu Ende geführt werden;
- e) die Linie Ruhfäutchenplatz—Bahnhof Glesmarode bis zum Hauptbahnhof direkt ohne Umsteigen durchzuführen.“

Namens der Baukommission berichtet hierüber Herr K o n e g e n: Was zunächst die beiden Punkte a und b betrifft, so sind dieselben nicht neu, sondern haben die Versammlung schon zweimal beschäftigt, deren Ausführung ist jedoch an den Bedingungen gescheitert, welche von den staatlichen Behörden gestellt

wurden. Die Baukommission hat sich mit den beiden Punkten von neuem befaßt und empfiehlt der Versammlung, ihre weitere Behandlung durch den Magistrat zu beschließen.

Herr Böschigk: Wie Sie wissen, mündet das von der Brabantstraße bis zur Südstraße über den Bankplatz führende Doppelgleis der Straßenbahn in ein einfaches Gleis, das am Kaiserhof sich dann wieder in ein Doppelgleis erweitert. Hierbei war angenommen, daß der Wagen von der Brabantstraße später kommen und sich mit dem vom Friedrich-Wilhelmsplatze kommenden Wagen auf dem Bankplatze kreuzen würde.

Nun bleibt aber der Wagen vom Friedrich-Wilhelmsplatze meistens länger aus, so daß der Gegenwagen gezwungen ist, in der Weiche am Bruchtor auf den anderen Wagen zu warten, wodurch der recht rege Verkehr der Südstraße, die bekanntlich nur von einer Seite befahren werden darf, gesperrt wird. Es dürfte angebracht sein, daß der vom Friedrich-Wilhelmsplatze kommende Wagen bis zum Bankplatz durchfährt und den Gegenwagen dort durchläßt.

Vorjehender: Diese Ausführungen haben mit dem vorliegenden Gegenstande aber absolut nichts zu tun.

Die Ueberweisung der Punkte a und b der Henkingschen Anträge an den Magistrat zur weiteren Bearbeitung wird darauf von der Versammlung beschlossen.

Herr Koenen: Die Punkte c und d der Anträge sind zurückgezogen und kommen nicht weiter zur Verhandlung.

Der Punkt e ist schon hinlänglich durchgesprochen und dessen Durchführbarkeit anerkannt. Die Baukommission empfiehlt Ihnen, auch diesen Punkt dem Magistrate zur weiteren Prüfung zu überweisen. Die Durchführung der Linie nach dem Hauptbahnhofe durch die Münzstraße ist von der Straßeneisenbahngesellschaft beanstandet, aber deren Durchführung durch die Neuestraße als berechtigt anerkannt. Sobald die noch bestehenden Schwierigkeiten, nämlich die Anlage einer neuen Weiche in der Neuenstraße und die Beseitigung des dortigen Brunnens, überwunden sein werden, würde sich die Linie durch die Neuestraße führen lassen. Zu diesem Zwecke ist auch das jetzt tote Gleis auf dem Friedrich-Wilhelmsplatze liegen geblieben.

Herr Möhle: Ich habe doch recht verstanden, daß die Gliesmaroder Linie vom Ruhfäutchenplatze durch die Neuestraße nach dem Friedrich-Wilhelmsplatze geführt werden soll? (Zustimmung.) Der Stein- und Fallerslebentorbezirks-

verein hat vor einiger Zeit eine Eingabe an den Magistrat gerichtet und gebeten, dahin zu wirken, daß die auf dem Ruhfäutchenplatze unterbrochene Gliesmaroder Linie auf dem direkten Wege über die Münzstraße geführt werde. Der heutige Vorschlag der Baukommission ist wohl die Antwort darauf. Dadurch bin ich aber keineswegs angenehm überrascht, sondern ich bedaure die Antwort, einmal weil dadurch die Ansicht im Publikum gekräftigt wird, daß auch berechnigte Bitten der Bürgerschaft nicht mehr ein offenes Ohr beim Magistrate finden, sondern unbesehen den Weg in den Papierkorb wandern, sodann aber aus dem Grunde, weil die berechnigte Erbitterung im Fällerslebertorbezirke dadurch noch mehr geschärft wird und nur zu Agitationen Veranlassung gibt, die dem allgemeinen Frieden nicht förderlich sind. Ich weiß nicht, ob die Führung der Linie Sack—Neuenstraße in technischer Beziehung von großer Unannehmlichkeit für den Betrieb begleitet ist, aber das behaupte ich, daß sie technisch auch nicht im geringsten Anspruch auf Bedeutung hat. Das Publikum, das sich im Sack und in der Neuenstraße befindet, wird diese Linie nicht wählen, um zum Bahnhofe zu gelangen, sondern wird den bequemeren Weg zu Fuß vorziehen, weil man dann rascher hinkommt, und das Publikum von Gliesmarode her wird sich lieber des lästigen Umsteigens auf dem Hagenmarkte unterziehen, als mit dieser Linie die Reise um die Erde zu machen und auf dem Bankplatze abgesetzt zu werden, wenn es nicht gerade das Bedürfnis empfindet, für seinen Nidel eine recht weite Tour zu fahren.

Ich gehöre nicht zu denjenigen, die geneigt sind, dem Raisonnement der großen Masse ohne weiteres zuzustimmen, und ich stehe auch nicht auf dem Standpunkte, daß die Bewohner des Fällerslebertores berechnigt sind, die Unannehmlichkeit der direkten Verbindung mit dem Bahnhofe als ein dauerndes Recht für sich in Anspruch zu nehmen, aber ich muß gerecht sein und sagen, was den Anwohnern so lange Jahre hindurch gegeben war, ist für sie traditionell geworden. Wenn sie daher mit Erbitterung gegen eine Aenderung Front machen, die ihnen ohne triftigen Grund aufgezwungen ist und die den anderen, die sie erhalten haben, nicht viele Vorteile gebracht hat, so ist das begreiflich und natürlich.

Welches war denn der Grund, daß die Gliesmaroder Linie auf dem Ruhfäutchenplatze endigen mußte? Der Oberingenieur Herkt hat uns die Mitteilung gemacht, es sei vom Magistrate die Forderung gekommen, den Standwagen der Stadtparklinie vor dem Rathause zu beseitigen, weshalb diese Linie nach dem Bahnhofe durchgeführt worden sei. Da nun hierdurch die Münzstraße mit zwei und die Friedrich-Wilhelmstraße sogar mit drei Linien belastet sei, so hätte für diese Straßen eine weitere Linie nicht zugelassen werden können und man habe wohl oder übel die Gliesmaroder Linie auf dem Ruh-

fäutchenplaze endigen lassen müssen. Weshalb mußte es aber gerade diese alte frequente und praktische Linie sein, die der Stadtparklinie geopfert und hier auf dem Ruhfäutchenplaze abgeschlachtet werden mußte? Weshalb griff man nicht zu dem viel praktischeren und besseren Mittel, die Stadtparklinie nach dem Petritore durchzuführen? Nach der Mitteilung des Herrn Herft soll das an dem Ausspruche des Baurats Menadier gescheitert sein, der erklärt haben soll, die Linie würde niemals genehmigt werden. Herr Baurat Menadier ist aber doch nicht allmächtig und sein Wort braucht nicht gleich als Donnererschlag betrachtet zu werden. Wenn die Straßenbahngesellschaft die Strecke bereits vermessen und für durchführbar erachtet hat, so muß ihr doch die Möglichkeit der Ausführung gestattet werden. Vermutlich haben die Pläne dem Magistrate gar nicht offiziell vorgelegen, sonst wäre doch wohl die Möglichkeit vorhanden gewesen, ein anderes Resultat zu zeitigen. Ich kann nicht nachprüfen, ob es richtig ist, daß bei der Stadtparklinie Rücksichten auf gewisse Kreise der Bevölkerung maßgebend gewesen sein sollen, auch kann ich mir das nicht denken, weil ich mir sage, daß eine Gesellschaft, wie die Straßenbahn, Rücksichten nicht auf einzelne Kreise, sondern auf die Gesamtheit zu nehmen hat und das im eigensten Interesse auch tun wird. Man kann ja sagen, die Straße hinter den Brüdern ist für eine Straßenbahn zu schmal, aber die Neuestraße ist stellenweis noch schmaler und trotzdem will man hier zwei Linien hinüberführen.

Aus den hier angeführten Gründen ist es mindestens eine große Härte, die man den Bewohnern des Hallerslebertores zugefügt hat, eine Härte, bei der man in Versuchung kommt, sie als ungerecht zu bezeichnen. Deshalb muß sie aber auch beseitigt werden und darum bitte ich, den Vorschlag der Baukommission abzulehnen und meinem Antrage zu folgen, nämlich diesen Teil des Antrages mit der Begründung in die Kommission zurückzuberweisen, den Magistrat zu ersuchen, es möglich zu machen, die alte Gliesmaroder Linie über die Münzstraße mindestens bis zum Hauptbahnhofe weiter zu führen.

Ich beantrage:

„Die Versammlung wolle beschließen, die vorgeschlagene Führung der Straßenbahnlinie Gliesmarode—Ruhfäutchenplatz—Saß—Neuestraße usw. abzulehnen, und den Magistrat zu ersuchen, dahin wirken zu wollen, daß dieselbe auf dem direkten Wege Ruhfäutchenplatz—Münzstraße usw. bis zum Hauptbahnhofe weitergeführt werde.“

Herr Bürgermeister Meyer: Es handelt sich hier um die Behandlung eines Antrages aus der Mitte der Versammlung. Im großen ganzen pflegt der Magistrat zu den Sachen, die von der Versammlung an ihn gebracht werden sollen, wenig während der Verhandlung zu sagen, ich fühle mich jedoch um des-

willen veranlaßt, hier das Wort zu ergreifen, weil Herr Möhle wohl aus Irrtum dem Magistrat einen Vorwurf aus der Behandlung der Eingabe des Stein- und Fällerslebertor-Distriktsvereins gemacht hat sowie auch um einige tatsächliche Berichtigungen zu geben.

Herr Möhle hat gesagt: Der Antrag der Baukommission wäre die Antwort auf die betreffende Eingabe des Distriktsvereins an den Magistrat. Daß das unrichtig ist, bedarf kaum noch der Begründung. Der Verein hat sich mit einer Eingabe an den Magistrat gewandt, diese Eingabe ist aber noch nicht erledigt, weshalb der Verein auch eine Antwort noch nicht erhalten hat. In der Kommissionsitzung habe ich das auch mitgeteilt. Gleichwohl hat die Kommission gemeint, dem Antrage des Distriktsvereins nicht folgen, sondern die Sache so behandeln zu sollen, wie der Herr Berichterstatter vorgetragen hat. Vom Magistrat ist in der Kommission mitgeteilt worden, daß die Münzstraße jetzt schon so belastet wäre, daß es im Interesse des öffentlichen Verkehrs schwer angängig sei, sie noch mit weiteren Straßen zu belasten. Auch spreche gegen eine solche Mehrbelastung vor allem der Umstand, daß an der Münzstraße das Feuerwehrgebäude liege. Wenn die Feuerwehr alarmiert wird, so ist die Passage auf der Straße schon jetzt sehr gehindert; wir halten es für sehr bedenklich, die Linie noch über die Münzstraße zuzulassen.

Die Auskunft des Herrn Oberingenieur Herftt beruht wohl auf falschen Voraussetzungen und bezieht sich darauf, den Standwagen vom Rathause wieder zu entfernen. Die Gliesmaroder Linie war ursprünglich nur zugelassen bis zum Hagenmarke, es wurde jedoch auf Wunsch von Interessenten nachgelassen, sie bis zum Ruhfäutchenplake fortzuführen und zwar bis zum Rathause. Da es aber der Straßenbahn selbst nicht rätlich erschien, mit Rücksicht auf den starken Verkehr der verschiedenen Linien am Rathause dauernd einen Standwagen stehen zu lassen, so ist das Standwagengleis nach dem Markstalle zu hergerichtet worden. Von der Führung der Stadtparklinie nach dem Petritore zu ist dem Magistrat nichts bekannt.

Herr W e i c h e l: Ich gehöre auch zu den Depossidierten vom Fällerslebertore. Ich bitte bei dieser Frage eins zu berücksichtigen. Es ist für uns selbstverständlich sehr unangenehm, daß wir mit unserer Linie auf dem Ruhfäutchenplake abgeschnitten sind. Der Fällerslebertorbezirk hat sich mit am meisten ausgedehnt und besitzt auch die größte Ausdehnungsmöglichkeit. Es wohnen dort sehr viele Menschen, die ein außerordentlich großes Interesse daran haben, eine regelmäßig funktionierende Verbindung mit dem Hauptbahnhofe zu haben und zwar mehr als vor anderen Toren. Für diese Leute ist es aber von einschneidendster Bedeutung, daß man die direkte Verbindung des Stadtteiles mit dem Bahnhofe abgeschnitten hat. Als damals die verschiedenen Projekte von

der Straßenbahn kamen, konnte man die Sache noch nicht übersehen, man hat angenommen, daß die Führung der Wagen bis zum Ruhfäutchenplaze nur ein Interimistikum sei. Auch die Straßenbahn selbst wird vom geschäftlichen Standpunkt aus es für richtig halten, die Linie weiter zu führen.

Das Projekt über die Neuestraße hat ganz erhebliche Bedenken und würde uns in keiner Weise etwas nützen. Man sagt wohl, die Strecke sei nur 180 m länger und solche Strecke werde in einigen Minuten durchfahren. Daran liegt die Sache aber nicht, sondern es wird befürchtet, wenn diese Linie noch auf die Friedhofsklinie kommt mit ihren engen Straßen und ihrer geringen Ausbaufähigkeit, daß dort kein glatter Betrieb stattfinden wird. Deshalb kann das Projekt über die Neuestraße für uns einen Vorteil nicht bedeuten, sondern wir müssen bitten, die Durchführung der Linie bis zum Staatsbahnhofe auf direktem Wege zu ermöglichen. Vom geschäftlich-fiskalischen Standpunkte der Straßenbahn aus mag wohl kein Interesse für die Durchführung der Wagen nach dem Hauptbahnhofe vorliegen, indem gesagt wird, die Leute, welche nach dem Bahnhofe wollen, fahren doch hin, wenn sie auch umsteigen müssen, aber es liegt ein sehr erhebliches öffentliches Interesse darin, die Wagen direkt durchzuführen und dieses öffentliche Interesse geltend zu machen, wird Sache des Magistrates sein.

Herr Aßmann: Die Erledigung der Klagen des Fallerslebertores in der beabsichtigten Weise finde ich einfach unglaublich. Die Neuestraße ist schon so belästigt, und deren Breite läßt soviel zu wünschen übrig, daß es unglaublich erscheint, dem gegenüber die Münzstraße als zu stark belastet anzusehen. Wenn wir uns früher wiederholt beklagt haben, daß die Straßenbahn nicht schnell genug fortkommen könne und diese Klagen jetzt durch Einlegung neuer Weichen und Gleise verstummen, so bedeutet es doch eine Verschlimmerung des bisherigen Zustandes, wenn Linien in solchen Zickzackkurs gelegt werden sollen, wie diese Linie über die Neuestraße. Muß man mit Gewalt eine Linie auf dem Ruhfäutchenplaze enden lassen, so stehe ich auf dem Standpunkte, daß es richtiger wäre, dann die Stadtparklinie dort abzuschneiden. Die Bewohner jenes Stadtteiles haben schon eher Zeit, einmal ein paar Minuten zu warten und umzusteigen, als die Anwohner vielbeschäftigter Gegenden. Was Herr Bürgermeister Meyer in bezug auf die Feuermehr gesagt hat, halte ich nicht für so schwerwiegend, daß man deshalb die Zickzacklinie einführen müßte. Wenn der Wagen aber vor dem Bankgebäude Halt machen und nicht nach dem Bahnhofe fahren soll, so wäre die Sache noch unglücklicher. Wir können einem Lere keine Extrawurst geben, aber jedenfalls muß zugegeben werden, daß die Verlegung der Linie über die Neuestraße ein unglücklicher Gedanke ist und es richtiger wäre, die Linie direkt nach dem Bahnhofe durchzuführen.

— Der stellvertretende Vorsitzende, Herr *Wolters*, übernimmt den Vorsitz. —

Herr Bürgermeister *Meyer*: Es könnte angenommen werden, daß dem Magistrate schon ein Antrag vorliege, die Gliesmaroder Linie über die Neuestraße weiterzuführen, das ist aber nicht der Fall. Die Kommission wollte auf den Antrag Henking zuerst nicht eingehen, sie wollte ihn aber auch nicht in den Brunnen fallen lassen, deshalb hat sie beschlossen, zu empfehlen, ihn dem Magistrate zur weiteren Bearbeitung zu überweisen. Von dem Antrage, die Linie über die Neuestraße weiter zu führen, wissen wir noch nichts.

Herr *Henking*: Ich habe in meinem Antrage gar keine bestimmte Linie vorgeschlagen, weil ich das den Technikern der Straßenbahn überlassen wollte; ich wollte vielmehr nur eine Verbesserung der bestehenden Verhältnisse herbeiführen. Der Magistrat wird die Sache schon zu fördern wissen, ob wir aber bei der Herzoglichen Baudirektion Entgegenkommen finden werden, mag zweifelhaft sein, denn von der Seite sind immer Schwierigkeiten gemacht worden. Es hat mir also fern gelegen, die Linie durch die Neuestraße zu empfehlen, und zwar schon aus dem Grunde, weil es mir leid tun würde, wenn der Brunnen dort beseitigt werden sollte. Ich bin mehr dafür, neue Brunnen in der Stadt zu erbohren, als bestehende eingehen zu lassen. Ich möchte bitten, sich nicht für eine bestimmte Linie auszusprechen, sondern dem Antrage der Baukommission beizutreten.

Herr *Büfke*: Eigentlich bin ich in dieser Sache das Karnickel gewesen. Ich gehöre ebenfalls zu den Notleidenden am Fallerslebertore und habe Gelegenheit, durch eigene Praxis festzustellen, wie traurig die Straßenbahnverhältnisse dort sind. Während früher der Bezirk in bezug auf die Straßenbahn günstig gelegen war, ist er jetzt am stiefmütterlichsten von allen behandelt. Wenn ein Dorf eine halbe Stunde von der Eisenbahnstation entfernt liegt, so freut es sich trotzdem, daß es die Verbindung bekommen hat, wenn aber einem bevölkerten Stadtteile plötzlich die Möglichkeit genommen wird, den eine halbe Stunde entfernt gelegenen Bahnhof zu erreichen, so wird er davon außerordentlich schwer getroffen und kann sich das nicht gefallen lassen. Wer jetzt die elektrische Bahn vom Fallerslebertore aus benutzen muß und hat noch auf einen Wagen zu warten, der kommt zu Fuß schneller nach dem Bahnhofe, als mit der Straßenbahn. Will jemand aber nach dem Westen der Stadt zu fahren, so muß er gar zweimal umsteigen. Meine Absicht war, die direkte Verbindung vom Fallerslebertore nach dem Bahnhofe wieder einzuführen. Der Oberingenieur Herft hat die Linie über die Neuestraße nach dem Bahnhofe zu sehr in den Vorder-

grund geschoben, und dagegen müssen wir uns ganz energisch wehren, denn das würde nicht im Interesse des Fällerslebertorbezirkes liegen. Das richtigste wäre, daß alle drei Linien über die Münzstraße gingen. In Steglitz strömen vier elektrische Linien auf einem Platze zusammen, der halb so groß ist, wie der Platz vor unserm Bahnhofe. Weshalb soll es nicht gehen, daß dort drei Linien einlaufen? Hier soll es sogar auf der breiten Münzstraße unmöglich sein, noch eine dritte Linie durchzuführen. Darüber kann man nur den Kopf schütteln. Technisch ist es jedenfalls möglich, wenn man an den betreffenden Stellen nur will. Es gehören allerdings drei Stellen dazu, nämlich die Straßenbahngesellschaft, die Polizei- und die Eisenbahnbehörde. Einmal soll die Eisenbahnverwaltung wegen des Vorplatzes Schwierigkeiten machen, das kann aber gar nicht möglich sein, denn die Eisenbahnverwaltung als Verkehrsbehörde kann uns doch den Verkehr nicht erschweren wollen. Sodann sollen auch von anderer Seite Bedenken erhoben sein. Wenn aber die drei Instanzen auf ihrem Standpunkte beharren sollten, so müßten wir ihnen einmal das Reisegeld nach Berlin bewilligen, um den Verkehr auf dem Potsdamerplatze zu studieren und selbst die Vororte von Berlin geben ausreichend Gelegenheit dazu. Ich möchte bitten, sich einmütig g e g e n die Linienführung durch die Neuestraße auszusprechen.

— Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, hat den Vorsitz inzwischen wieder übernommen. —

Herr B ä h r: Wenn sich eine Gegend an eine Straßenbahnlinie gewöhnt hat, so ist es immer schwer, sie wieder aufzuheben, das trifft auch bei der Stadtparklinie zu. Es wurde vorhin von einem der Herren behauptet, die Bewohner dieser Linie hätten mehr Zeit und könnten ruhig einmal umsteigen; ich empfehle dem Herrn aber, die Linie morgens einmal zu benutzen, der Wagen ist dann immer gestopft voll, und die darin sitzenden Leute haben alle wenig Zeit. Es würde sich deshalb nicht empfehlen, auf Kosten dieser Linie eine Aenderung herbeizuführen. In einer Versammlung des Wendentordistriktes ist neulich auch gewünscht worden, daß die dortigen Anlieger gern direkt zum Bahnhofe fahren möchten. Lassen Sie uns den Wünschen der Bewohner des Fällerslebertordistriktes entgegenkommen und ihnen eine direkte Verbindung nach dem Bahnhofe verschaffen, aber nicht auf Kosten einer anderen Linie. Die Münzstraße ist tatsächlich noch nicht so überlastet, daß nicht noch eine weitere Linie dort durchfahren könnte, und selbst die Feuerwehr würde kein Hindernis sein. Man darf übrigens nicht verkennen, daß die Straßenbahn in den letzten Jahren sehr bemüht gewesen ist, die Wünsche der Einwohnerschaft, soweit es ihr möglich war, zu erfüllen. Wie schnell ist z. B. der Brückenbau am Bahnhofe vor sich gegangen und wie lange dauert solcher Bau immer bei anderen Brücken.

Herr L ö s c h i g f: Ich wundere mich über nichts mehr bei der Straßenbahn. (Weiterkeit.) Wenn ich sehe, daß es nicht möglich sein soll, auf einer zweigleisigen Strecke noch eine Linie durchzuführen, sondern daß man diese Linie über eine eingleisige Strecke auf krumme Straßen legen will, so weiß ich nicht, was ich dazu sagen soll. Wie oft ist früher gesagt worden, wenn man nur überall zwei Gleise legen könnte, jetzt haben Sie nun in den Hauptstraßen überall zwei Gleise und nun wird behauptet, es könnte über die Münzstraße nicht noch eine dritte Linie geführt werden. Wieviel Wagen fahren denn dort? Die beiden Wagen fahren meistens hintereinander und nachher ist die Strecke leer. Betreffs der Feuerwehr haben wir den besten Beweis, daß es selbst in einer engen Straße geht, z. B. auf der Stobenstraße, wo sich die Straßenbahn durch ihr Signal selber bremst. Auf der Münzstraße können noch vielmehr Wagen laufen, als wir hier wünschen.

Herr M e y e r h o f f: Wenn gesagt wird, es könnten über die Münzstraße nicht mehr Linien geführt werden, als jetzt, so halte ich das für unzutreffend; es können dort 5 oder 6 Linien durchlaufen. Man sehe sich doch den Verkehr auf dem Potsdamerplatze in Berlin einmal darauf an. Wenn wir die Ausfahrt der Feuerwehr nach der Münzstraße zu beseitigen, so bietet diese auch kein Hindernis mehr. Sorgen Sie nur dafür, daß die Ausfahrt nach der Straße Hinter Viehfrauen, wo gar keine Straßenbahn fährt, gelegt wird, dann werden alle Kollisionen mit der Straßenbahn vermieden. Neben der Schnelligkeit der Feuerwehr muß uns auch die Schnelligkeit der Beförderung unserer Mitbürger am Herzen liegen.

Herr R o n e g e n: Die Baukommission hat sich mit diesem Punkte sehr eingehend beschäftigt, sie wollte aber nicht selbst Stellung dazu nehmen und hat deshalb vorgeschlagen, den Magistrat zu ersuchen, das weitere in der Richtung des Antrages in die Wege zu leiten.

Herr M ö h l e (zur Geschäftsordnung): Mir scheint es, als ob der Antrag gar nicht darauf hinausläuft, die Linie über die Neuestraße zu leiten. Ich habe allerdings vorhin danach gefragt und nach einer zustimmenden Antwort meine gegenteilige Meinung begründet.

Herr R o n e g e n: Die Kommission beantragt nur, den Magistrat zu ersuchen, den Antrag weiter zu verfolgen. Wenn ich mich vorhin sollte falsch ausgedrückt haben, so will ich das jetzt richtig gestellt haben.

Herr M ö h l e: Dann ziehe ich meinen Antrag zurück.

Der Antrag der Kommission wird darauf angenommen.

IV. Aenderung der Endpunkte zweier Straßenbahnlinien.

Auf dem Bahnhofsplatze münden jetzt die Straßenbahnlinien Nr. 6 Stadtpark und 7 Kastanienallee. Die Endpunkte dieser Linien liegen ziemlich nahe zusammen, weshalb das für einen großen Teil der Bevölkerung, die die Straßenbahn zur Fahrt nach dem Hauptbahnhofe benutzen wollen, ungünstig ist. Die Direktion der Straßenbahngesellschaft glaubt im Interesse der Einwohnerschaft zu handeln, wenn sie versucht, durch eine Aenderung der nach dem Hauptbahnhofe führenden Linien die Benutzung der Straßenbahn für die Fahrt nach diesem auch anderen Stadtteilen zu ermöglichen. Sie hält hiernach folgende Aenderung für zweckmäßig: Es wird die Linie Nr. 2 vom Nordbahnhofe nach dem Hauptbahnhofe geführt, während die Linie Nr. 7 in Zukunft bis zum Westbahnhofe verlängert wird. Der Magistrat hat gegen die beabsichtigte Linienverschiebung keine Bedenken und gibt anheim, der von der Straßenbahn gewünschten Aenderung zuzustimmen.

Herr **R o n e g e n**: Die Baukommission hat sich dem Antrage angeschlossen und empfiehlt, ihn anzunehmen.

Herr **M ö h l e**: Es schlägt nichts, wenn die Fahrgäste der Kastanienalleelinie nicht mehr nach dem Hauptbahnhofe gefahren, sondern an der Bahnhofsbrücke beim Kalenwalle abgesetzt werden. In gewisser Beziehung ist das noch praktischer, weil man sich dadurch dem Fahrkartenschalter näher befindet, als von der jetzigen Haltestelle aus. Die Durchführung der Linie nach dem Westbahnhofe schadet nichts; ich möchte die Direktion der Straßenbahn nur ersuchen, dieser Linie die längere Fahrt zu genehmigen.

Die Vorlage wird genehmigt.

V. Aenderung der Baulinien verschiedener Straßen.

Unter Bezugnahme auf die älteren Verhandlungen über Revision des Ortsbauplanes bezüglich der Fluchtlinien der innenstädtischen Straßen legt der Magistrat ein von der städtischen Bauverwaltung aufgestelltes weiteres Verzeichniß von Abänderungsvorschlägen mit dem Ersuchen vor, sich damit einverstanden zu erklären, daß, unter Berücksichtigung einiger vom Magistrat in Vorschlag gebrachten Abweichungen, entsprechend den Vorschlägen der städtischen Bauverwaltung der Ortsbauplan geändert wird. Die Aenderungen beziehen sich auf die Wilhelmstraße, die Straße an der Katharinenkirche, die Schöppenstedterstraße, die Abelufarre, die Mauernstraße und die Neue Knochenhauerstraße.

Namens der Baukommission empfiehlt Herr **W o l t e r s** die Genehmigung der Vorlage, und die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

VI. Mittel zum Besuch auswärtiger Fortbildungsschulen.

Zur Vorberatung der Maßregeln, die mit der Einführung der Besuchspflicht in der städtischen Fortbildungsschule zusammenhängen, hält der Magistrat es für sehr erwünscht, dem Schuldirektor Dr. Rehtuh Gelegenheit zur Besichtigung einiger bewährten Fortbildungsschulen zu geben, bei denen der Besuchszwang und die berufliche Ausbildung durchgeführt sind. Es kommen hierfür die Anstalten in Leipzig, Chemnitz und Frankfurt a. M. in Betracht. Die Versammlung wird ersucht, einen Betrag bis zu 300 M aus der Kasse der Umsatzsteuer für den angegebenen Zweck zur Verfügung zu stellen.

Die Vorlage wird nach Empfehlung durch die Statutenkommission, für die Herr Weichsel berichtet, genehmigt.

VII. Anfrage Löschigt: Besserungen auf dem neuen Messplatz.

Zur Begründung der Anfrage:

„Wird der Magistrat dafür Sorge tragen, die Wege auf der diesjährigen Messe noch einer Besserung zu unterziehen und für die nötige Beleuchtung sorgen?“

führt Herr Löschigt folgendes aus: Nachdem die Messe hinausgelegt worden ist, liegt es im Interesse der Stadt, sie dort möglichst zu fördern. Ich habe aber gestern den Eindruck gewonnen, als ob die Leute, die dort ihre Waren verkaufen wollen, nächstes Jahr nicht wiederkommen werden. Die Leute haben den ihnen angewiesenen Platz vom Schnee gereinigt und haben diesen mit dem daran haftenden Dreck auf die Straße geworfen. Es ist aber durchaus notwendig, daß die Wege vom Schnee und Schmutz gereinigt werden, ehe die Messe beginnt, und man hätte auch für Vockasche sorgen können, um wenigstens die Hauptwege trocken zu legen. Wenn der Magistrat $\frac{1}{3}$ der Einnahmen aus der Platzmiete für sich in Anspruch nimmt, so muß er auch dafür sorgen, daß sich der Platz in einem brauchbaren Zustande befindet. Einige der Verkäufer haben gesagt: Einmal und nicht wieder, wenn man uns das gesagt hätte, hätten wir auch noch das Geld für die Vockasche bezahlen können, damit es den Käufern wenigstens möglich ist, an die Buden heranzukommen. Da außerdem die Beleuchtung des Platzes noch nicht fertiggestellt ist, so muß auch in dieser Beziehung noch schleunigst etwas geschehen, denn morgen soll die Messe angehen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Wegen der Beleuchtung ist das Erforderliche veranlaßt worden, so daß diese bis heute abend fertig werden wird. Wegen der Befestigung der Wege werde ich morgen früh gleich die nötigen Anweisungen treffen.

VIII. Anfrage W e s e m e i e r: Mißhandlung von Einwohnern anläßlich einer Wahldemonstration.

Die Anfrage lautet:

„Ist es dem Magistrat bekannt, daß anläßlich einer Wahlrechtsdemonstration der Arbeiter am Abend des 26. Januar d. J. in den Straßen der Stadt die Polizeibeamten ohne Grund und Ursache friedliche und wehrlose Einwohner, selbst Frauen, darunter ein altes 63 jähriges Mütterchen, mit den Säbeln schwer mißhandelt haben, und was gedenkt der Magistrat zu tun, um derartige grundlose Mißhandlungen der Einwohnerschaft durch die Polizei für die Zukunft zu verhindern?“

Zur Begründung führt Herr W e s e m e i e r folgendes aus: Es wird Ihnen bekannt sein, daß am Mittwochabend der vorigen Woche hier eine Wahlrechtsdemonstration der Arbeiter stattgefunden hat. Die einzelnen Vorgänge bei dieser Demonstration werden Ihnen weniger bekannt sein aus eigener Anschauung, als durch die Berichte der Zeitungen. Es haben sich bei diesen Vorgängen Dinge zugetragen, die es unter allen Umständen erfordern, daß sich unsere städtischen Behörden damit befassen, denn es handelt sich dabei um eine rein städtische Angelegenheit, wenn friedliche Bürger, die vollständig wehrlos sind, auf die Straße gehen und mir nichts dir nichts mit Säbeln bearbeitet werden und schwer verletzt weggetragen werden müssen. An jenem Abend hatten sich tausende von Arbeitern kurz vor 6 Uhr am Bohlwege vor dem Ministerialgebäude eingefunden, hatten das allgemeine Wahlrecht hochleben lassen und die Arbeitermarseillaise gesungen. Die Arbeiter gehen von dem Standpunkte aus, daß das Recht der freien Meinung jedem Menschen gewährt werden muß. Ueberall wird es gestattet, daß auf den Straßen Versammlungen abgehalten und Demonstrationen veranstaltet werden. Die Arbeiter bezweckten damit, ihren Willen zum Ausdruck zu bringen, daß sie das Dreiklassenwahlrecht für den Braunschweigischen Landtag beseitigt sehen möchten. Sie wären zweifellos, dafür lege ich meine Hand ins Feuer, ebenso friedlich, wie sie gekommen, und ohne daß jemandem ein Haar gekrümmt wäre, auseinandergegangen, wenn sie nicht von der Polizei in einer Art und Weise angegriffen worden wären, die selbst den bürgerlichen Herren nicht gerade angenehm ist und die Sie auch verurteilen müssen, wenn Sie wissen, wie sich die Dinge zugetragen haben.

Es ist von seiten derjenigen Presse, die sich vollständig in den Dienst der Polizei gestellt hat, von vornherein behauptet worden, daß die anwesenden Menschen die Polizei mit Eisstücken beworfen haben. Das ist nicht wahr, nicht

in einem einzigen Falle ist auf dem Bohlwege mit Eisstücken geworfen, und wer das behauptet, weiß, daß er etwas Falsches behauptet. Wer die Meinung verbreitet hat, daß die Menge zuerst gegen die Polizei geworfen habe, hat diese falsche Mitteilung wissentlich verbreitet. Es ist nicht wahr, daß von seiten der Demonstranten provokatorisch gegen die Polizei vorgegangen ist. Die Menge stand vor dem Gebäude des Staatsministeriums, in dem sie die Landtagsabgeordneten vermutete und ließ das gleiche und geheime Wahlrecht hochleben, da kam vom Bohlwege herauf eine Polizeikette. Ob aufgefordert worden ist, auseinanderzugehen, weiß ich nicht, auch ist solche Aufforderung bei der Anwesenheit so vieler Menschen nicht verständlich. Jedenfalls ging die Menge nach dem Hagenmarkt zu ruhig zurück, ohne daß sie irgendwie die Polizei belästigte, sie sang nur die Marseillaise. (Zwischenruf.) Wenn die Menschenmenge nicht gewalttätig vorgeht, so nenne ich das ruhig, Herr Sanitätsrat! Sie ging also zurück, als plötzlich ein Schuß abgefeuert wurde, worauf die Polizei mit dem blanken Säbel in die Menge hieb. Der Schuß ist abgefeuert worden in der dritten Reihe, das ist richtig, aber da, wo sich eine Reihe von Kriminalbeamten befand. Wenn man den Kriminalwachmeister Schulz vernimmt, so wird man bald herausbekommen, wer den Schuß abgefeuert hat. Die Menschenmenge ging also zurück, konnte aber nicht so schnell entweichen, als sie sollte, und viele kamen zu Fall. Auf die am Boden liegende Menschenmenge wurde nun von den Polizisten mit Säbeln blindlings drauflosgehauen ohne Ansehen der Person, ob es Frauen oder Männer, Invaliden oder Kinder waren. Die heutige Notiz in der Landeszeitung, daß ein großer Korb Kopfbedeckungen von jener Stelle dem Fundbureau überwiesen sei, zeugt dafür, in welcher sinnlosen Weise dort gegen die Bevölkerung vorgegangen ist. Ich behaupte, daß in keiner Weise irgend etwas Ungehöriges vorgekommen wäre, wenn man es nicht schon als ungehörig betrachtet, daß die Arbeiter ein anderes Wahlrecht verlangten, sofern nicht die Polizei in solcher Weise vorgegangen wäre. Die Polizei hat das Recht, den Verkehr freizuhalten, dazu brauchte sie aber nicht mit dem Säbel zwischen die Menge zu hauen.

Es kam außerdem noch zu verschiedenen anderen Zusammenstößen. Ein Zug Demonstranten hatte sich durch die Kaiserstraße usw. bis zum Theater begeben. Der Zug ist unbehelligt von der Polizei durch die Stadt marschiert. Wie mir von einer ganzen Reihe von Personen, die mir als ehrliche und glaubwürdige Leute bekannt sind, erzählt wurde, forderte dort ein alter Arbeiter die Leute auf, auseinanderzugehen; als man sich daranmachte, dieser Aufforderung Folge zu leisten, kam die Polizei wieder angerückt und haute dazwischen. Es ist dort allerdings mit Eisstücken und Gläsern geworfen worden, aber erst nachdem durch das Vorgehen der Polizei das Blut der Arbeiter ins Kochen gebracht war.

Ich möchte denjenigen sehen, der einen Freund mit dem Säbel bearbeiten sieht und dadurch nicht aufgeregt wird; ob man sich allerdings dazu hinreißen lassen soll, mit Eisstücken usw. zu werfen, ist eine andere Frage. Jedenfalls ist erst infolge des Säbelangriffes der Polizei geworfen. Bei einem dritten Angriff unten am Bohlwege ist eine schwangere Frau von einem Polizisten in den Rücken getreten und geschlagen, und einem Mädchen, das mit der Sache gar nichts zu tun hatte, schlug ein Polizist von hinten das Kinn am Ärmel durch und verletzte es schwer am Arm. Wie ist es nur möglich, daß eine Frau geschlagen und daß einem Mädchen der Arm schwer verletzt werden konnte! Am Theater ist einem alten invaliden Arbeiter der Kopf durch einen Säbelhieb so schwer verletzt worden, daß er mit dem Sanitätswagen hat weggebracht werden müssen.

Um 8 Uhr kam es auf dem Hagenmarke zu einem dritten Zusammenstoße. Von einem Fliegen von Eisstücken kann auch hier absolut nicht die Rede sein. Nicht nur von Arbeitern, sondern auch aus bürgerlichen Kreisen ist mir mitgeteilt worden, daß, als der Zapfenstreich die Fällersleberstraße herunterkam, die Polizei plötzlich auf einen Pfiff des Wachtmeisters Steinmann gegen die auf der Fällersleberstraße stehenden Menschen losstürzte und mit dem Säbel dazwischen gehauen hat. Dort sind Leute verletzt worden, die nur dem Zapfenstreich zusehen wollten, z. B. ein Techniker usw. Es soll auf der Fällersleberstraße überhaupt kein Geschrei gewesen sein, die Polizei hat sich auch nach der Seite hingewandt, wo alles ruhig war. Nachdem der Zapfenstreich an der Ecke der Wendenstraße angelangt war, hat sich die Polizei mit gezogenem Säbel vor den Zug gestellt und ist mitabmarschiert, sie hat also die Menschen gar nicht vertrieben. Wie mir von verschiedenen Menschen mitgeteilt wurde, hat es den Anschein gehabt, als ob man nur noch einmal hätte dazwischen hauen wollen, um dann weitergehen zu können.

Ein weiterer Angriff ist oben am Bohlwege erfolgt, wo einer alten, 63 jährigen Frau durch einen Polizisten die Backe aufgeschlagen ist. Die Frau ist den Damm hinuntergegangen, um nicht ins Gedränge zu kommen, da treibt die Polizei die Menschenmenge vor sich her, worauf die alte Frau vor einem Ladenfenster stehen bleibt und hier mit dem Säbel durch die Backe gehauen wird, daß sie zusammensinkt.

Auf der Wendenstraße fand ebenfalls ein Zusammenstoß statt, wo einem älteren Arbeiter, der von der Hamburgerstraße in die Stadt wollte, der Schädel von der Polizei zerhauen ist. Wenn die Polizei berechtigt sein soll, so vorzugehen, so haben wir und auch der Magistrat alle Ursache, uns das Recht zu nehmen, die Bewohner Braunschweigs gegen die Angriffe der Polizei zu schützen. Es war keine Ursache und kein Grund vorhanden, diese Straßendemonstration mit einem

Blutbade enden zu lassen. Wenn man die Straßen immer so peinlich rein von Menschenmassen halten wollte, so hätte man auch bei Chulalongkorn und bei den Einzugsfeierlichkeiten der Braut des Regenten, sowie bei den Regimentsfeiern gewalttätig gegen die Menschenmenge vorgehen müssen. Da hat man aber absolut nichts dagegen gehabt, daß die Straßen stundenlang von der Menschenmenge gesperrt wurden. Aber hier, wo Arbeiter zusammenkommen, schlägt man mit dem Säbel dazwischen. Es wird hier zweifellos nicht mit gleichem Maße gemessen, sondern man mißt den Arbeitern ein minderes Recht zu, als dem anderen Teile der Bevölkerung. Was hier in Braunschweig absolut verpönt ist, betrachtet man in Süddeutschland als ganz selbstverständlich. In Mülhausen und den übrigen Städten Elsaß-Lothringens haben am letzten Sonntage ganz gewaltige Straßendemonstrationen stattgefunden, in Mülhausen soll es sich um 8000, in Straßburg um 12 000 Menschen gehandelt haben. In Mülhausen hat die Polizei sogar einen öffentlichen Straßenumzug gestattet, ebenso das Absingen des internationalen Sozialistenmarsches. Dort haben selbst die Liberalen die Demonstrationzüge mitgemacht; hier ist von den Liberalen allerdings so etwas nicht zu erwarten. Es haben sich hier Dinge abgespielt, denen für die Zukunft vorgebeugt werden muß; ohne Grund und Ursache ist eine Anzahl Einwohner durch die Säbel der Polizei verletzt worden, und der Magistrat hätte alle Ursache, dagegen einzugreifen.

Herr Oberbürgermeister *Netemeyer*: Zu diesen Vorgängen, die Herr Wesemeier zum Gegenstande einer Interpellation gemacht hat, kann man naturgemäß erst dann Stellung nehmen, wenn man weiß, wie sie gewesen sind. Es steht heute Behauptung gegen Behauptung. Da sich jedenfalls auch die Gerichte noch mit der Sache zu beschäftigen haben werden, so hält es der Magistrat nicht für angemessen, in diesem Augenblicke zu der Sache Stellung zu nehmen, wo noch langwierige Erhebungen vorzunehmen sind. Aus diesem Grunde muß der Magistrat die Beantwortung der Anfrage für heute ablehnen.

IX Anfrage *Sander*: Sperrung des Durchgangs bei der Neustadtmühle.

Herr *Sander*: Ich möchte den Magistrat fragen, ob beabsichtigt wird, die Passage über den Hof der Neustadtmühle dauernd zu sperren?

Seit langen Jahren haben die Anwohner des Wollmarktes usw. den Weg benutzt, um nach der Promenade zu kommen, insbesondere auch die Frauen mit ihren Kinderwagen. Der Durchgang hat während des Baues eingestellt werden müssen, weil er da nicht angängig war; jetzt ist der Bau aber vollendet, die Sperrung indessen noch nicht wieder aufgehoben, sondern die Leute, welche durchgehen wollten, sind mit der Motivierung zurückgewiesen worden, daß der Durch-

gang verboten wäre. Wenn die Leute dazu auch kein Recht haben, so möchte es sich doch empfehlen, den Durchgang wieder zu gestatten.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Uns ist von der Sperrung des Mühlenhofes, abgesehen von der Sperrung aus Anlaß des Baues, nichts bekannt. Ich werde mich erkundigen und eventuell dem Magistrate vorschlagen, den Durchgang wieder zu gestatten, falls nicht betriebstechnische Bedenken dagegen vorliegen sollten.

Die Sitzung wird darauf geschlossen.

Dauer von 4 bis gegen 8¼ Uhr.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 17. Februar 1910.

Tagesordnung:

I.	Gesuch um Rückzahlung von Straßenpachtzins	Seite 532
II.	Antrag Kleinknecht: Maßnahmen zur Bekämpfung der Tuberkulose	" 533
III.	Herrichtung neuer Ausfahrtstore im Feuerlöschgebäude	" 534
IV.	Erwerb von Grundstücken an der Kreuzstraße	" 541
V.	Beitritt der Stadt zum Landesverein für Heimatschutz	" 552
VI.	Beschaffung von Maschinen, Werkzeugen usw. für den Aufenthaltsraum der Laternenwärter usw.	" 553
VII.	Eingabe, betr. den Nebenerwerb der Nachtwächter und Kontrolleure	" 553
VIII.	Gesuch um Auszahlung eines Kaufgeldrestes	" 554
IX.	Aufhebung von Vorgärten an einem Teile der Goslarischenstraße	" 555
X.	Antrag Möhle: Befreiung der Grundbesitzer von der Streupflicht	" 555
XI.	Antrag Löschigk: Errichtung eines Krematoriums	" 557
XII.	Berechnung der Ruhegehälter	" 557
XIII.	Gewährung von Zählgeldern an zwei Stadtdiener	" 558
XIV.	Gesuch um Erlaubnis zur Errichtung eines Neubaus	" 558
XV.	Landwirtschaftliche Wanderausstellung	" 559
XVI.	Vertrag wegen Erpachtung des Franzischen Feldes	" 560
XVII.	Verlängerung des Kanals usw. in der Kohnstraße	" 562
XVIII.	Erwerb von Grundstücken für das neue Wasserwerk bei Rünningen	" 562

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister K e t e m e y e r, Bürgermeister M e h e r und Stadträte von Frankenberg, Wagner und L o r d.

Entschuldigt die Herren B u c h l e r, F r e d e und J a s p e r; später erscheinen die Herren K a l m s und W e i c h j e l.

Die Versammlung wird von dem Vorsitzenden, Herrn H a u s w a l d t, eröffnet.

V o r s i t z e n d e r: Die Verwaltung des „Vereins Volkslesehalle Braunschweig“ hat jedem Mitgliede der Versammlung einen Katalog der öffentlichen Bücherei und Lesehalle gewidmet. Ich darf wohl in Ihrem Namen dem Vereine hierfür den Dank aussprechen. (Zustimmung.) Der Katalog ist äußerst interessant und lehrreich.

Wir haben noch zwei Mitglieder in den Ausschuß des Vereins zu wählen; ich bitte um Vorschläge.

Herr M o h r: Ich möchte vorschlagen, zu bestimmen, daß ein für alle Mal die beiden Vorsitzenden der Versammlung zugleich Ausschußmitglieder des Vereins Volkslesehalle sind.

Herr M e h e r h o f f: Ich schlage die Herren Dr. Konegen und Mohr vor.

Nach kurzer weiterer Besprechung wird der Antrag Mohr angenommen.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

1. Gesuch um Rückzahlung von Straßenpachtzins.

Der Rentner Robert Ebeling hat die Versammlung gebeten, ihm einen Pachtzins von 32,80 M für die Benutzung von Straßenterrain bei Neubauten zurückzuzahlen, da sich später herausgestellt habe, daß das betreffende Terrain nicht Eigentum der Stadt gewesen sei.

Namens der Statutenkommission berichtet über die Vorlage Herr B o g e: Es ist richtig, daß das Terrain, auf dem die Baugerüste gestanden haben, sich noch im Eigentum des Herrn Ebeling befand, ebenso richtig ist es aber auch, daß nach den Bestimmungen der Straßenpolizeiordnung auch das im Privatbesitz befindliche Eigentum, das dem öffentlichen Verkehre dient, den Bestimmungen der Straßenpolizeiordnung unterliegt und daß sich Kommission und Plenum der Versammlung bei der Beratung des § 75 der Straßenpolizeiordnung auf den Standpunkt gestellt haben, es sei hierfür eine Entschädigung im Sinne der Straßenpolizeiordnung zu zahlen. Damals ist das Wort „Pachtzins“ in „Entschädigung“ abgeändert worden. Die Statutenkommission hat sich aus diesem

Grunde auf den Standpunkt gestellt, daß die Entschädigung zu Recht bezahlt sei; sie ersucht daher, den Antrag des Herrn Ebeling abzulehnen, was seitens der Versammlung geschieht.

II. Antrag Kleinknecht: Maßnahmen zur Bekämpfung der Tuberkulose.

Der in der Sitzung vom 9. Dezember 1909 — Seite 429 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, in eine nähere Prüfung der Frage einzutreten, ob sich die Errichtung einer oder mehrerer Auskunft- und Fürsorgestellen zur Bekämpfung der Tuberkulose empfiehlt, eventuell der Versammlung eine entsprechende Vorlage zu machen.“

Namens der Finanzkommission berichtet darüber Herr Leue: Der Herr Antragsteller hat uns in der Kommission nähere Auskunft darüber gegeben, wie solche Fürsorgestellen einzurichten sein würden und er hat ferner mitgeteilt, daß eine Menge Städte derartige Einrichtungen schon jetzt getroffen hätten. Hier- nach würde eine derartige Fürsorgestelle vorläufig aus einem Arzte und einer Krankenschwester bestehen, während eine Vermehrung des Personals erst im Falle des Bedürfnisses stattzufinden brauchte. Der Arzt soll in allen den Fällen, wo jemand über ein Lungenleiden klagt, oder wo der Verdacht besteht, daß es sich um Tuberkulose handeln könnte, beratend eingreifen und für eine ordnungs- mäßige Untersuchung Sorge tragen, keineswegs soll er aber die betreffenden Kranken selbst behandeln. Es ist bekannt, daß eine Menge Tuberkulöser, die nicht in eine Lungenheilstätte überführt werden können, in ihren Familien bleiben und durch Ansteckung die Gefahr einer weiteren Verbreitung der furcht- baren Krankheit bilden. Dieses zu verhüten soll der Zweck der Einrichtung sein. Die Schwester soll dagegen, nachdem sie einen Kursus durchgemacht hat, in die Häuser gehen, wo sich solche Kranken befinden und soll den Kranken oder ihren Angehörigen Ratschläge geben, was gegen die Krankheit und ihre weitere Ver- breitung zu tun ist, namentlich, daß die Wäsche gehörig desinfiziert wird, und daß das Zusammenschlafen mit anderen Familienangehörigen schädlich sei, sowie daß für gesunde Wohnungen gesorgt werden müsse.

Es würde nicht zweckmäßig sein, hier in die Einzelheiten über die Durch- führung des Antrages einzutreten, da er nur bezweckt, den Magistrat zu er- suchen, eine Vorlage zu machen. Erst wenn diese Vorlage erscheint, würde es an der Zeit sein, uns über die Einzelheiten, z. B. welche Funktionen dem Arzte und der Schwester zufallen, zu unterhalten. Bemerken will ich noch, daß beab- sichtigt wird, den Arzt im Nebenamte hiermit zu beschäftigen, während die

Schwester nur für diesen Zweck tätig sein müßte, und daß endlich auch ein Raum für die Untersuchungen geschaffen werden müßte.

Die Finanzkommission hat sich mit der Angelegenheit beschäftigt und empfiehlt den Antrag einstimmig zu Annahme.

Soweit mein Referat. Bei der Durchberatung dieser Angelegenheit ist mir eins aufgefallen, was nicht direkt zur Sache gehört, aber doch hierbei erwähnt werden kann. In den Wartezimmern der Aerzte findet man immer eine Anzahl Zeitschriften liegen, um die Wartenden damit sich unterhalten zu lassen. Hierin muß ich eine Gefahr erblicken. Warum legen die Herren Aerzte derartige Sachen, teilweise recht lange Zeit, aus in einem Raume, in dem nur Kranke verkehren, die möglicherweise durch das Berühren der Sachen ihre Krankheit durch Ansteckung weiter verbreiten? Es wird doch sonst immer bei jeder Gelegenheit auf die Ansteckungsgefahr durch Bazillen usw. aufmerksam gemacht, weshalb in diesem Falle nicht?

Der Antrag der Finanzkommission wird darauf genehmigt.

III. Herrichtung neuer Ausfahrtstore im Feuerlöschgebäude.

Nachdem durch Probefahrten festgestellt worden ist, daß aus den beiden dem Hauptportale des Feuerwehrgebäudes an der Münzstraße zunächst gelegenen hoffseitigen Toren der neueingerichteten Remise ein Befahren der jetzigen Durchfahrt unmöglich ist, damit aber der eigentliche Zweck des vorgenommenen Umbaues, die Erhöhung der Feuerbereitschaft, nicht erreicht werden würde, so empfiehlt die städtische Bauverwaltung, dem schon früher einmal gestellten Antrage wegen Herrichtung straßenseitiger Ausfahrtstore näherzutreten. Zunächst würde man sich nach der Ansicht der städtischen Bauverwaltung auf diejenigen für die neueingerichtete Remise beschränken können und die Ausfahrtstore für die zweite große Remise erst dann zur Ausführung bringen, wenn sich herausgestellt hat, daß die fragliche Einrichtung keine Gefahren für das Publikum im Gefolge gehabt hat. Bei der Herstellung der fraglichen Ausfahrtstore würde auf möglichst weitgehende Schutzmaßregeln Bedacht zu nehmen sein. Um das Publikum in auffallender Weise auf das Vorhandensein der Ausfahrtstore aufmerksam zu machen, dürfte es sich zunächst empfehlen, den Fußweg vor letzteren ebenso wie den Fahrdamm einer Straße auszubauen und an den Uebergangsstellen durch Bordsteine abzuschließen. Da der Fahrdamm der Münzstraße mit Kopfsteinpflaster versehen ist, so würden auch die vorerwähnten Fußwege in dieser Weise zu befestigen sein. Sollte späterhin auch die nördlich von der Durchfahrt gelegene Remise mit Ausfahrtstoren versehen werden, so kann der vor dem Mittelbau gelegene Teil des Fußsteiges als eine Art Rettungsinsel dienen, da dann

die jeßige Durchfahrt nur zum Einfahren der Geräte benutzt zu werden braucht. Als weitere Schutzmaßregel würde die Aufstellung von Signallaternen an den Bordsteinabschlüssen des Fußwegs, sowie die Anbringung einer Alarmglocke ins Auge zu fassen sein. Selbstverständlich müßte auch der Wachtposten vor der jeßigen Durchfahrt beibehalten werden. Es erscheint wünschenswert, daß demnächst auch in der linksseitig vom Mittelbau gelegenen Rücklage gleiche Ausfahrtstore hergestellt werden.

Die eigentlichen Tore sind vierteilig angenommen, sie sollten aus polnischem Kienholz angefertigt und mit mechanischen Türöffnern versehen werden. Was die Kosten der Herstellung der fraglichen vier Ausfahrtstore anbelangt, so belaufen sie sich einschließlich der Aufwendungen für die Umgestaltung des Fußsteigs und der sonstigen Nebenanlagen auf 9000 M.

Die Herzogliche Polizeidirektion hat dem Bauprojekte zugestimmt. Mit Rücksicht darauf, daß zurzeit Verhandlungen über die Verpflichtung des Staates zur Leistung eines Zuschusses zu den Kosten der hiesigen Feuerwehr schweben, ist die Polizeidirektion zurzeit nicht in der Lage, durch ihre Zustimmung eine Anerkennung der Zuschußpflicht des Staates in irgend einem Umfange auszusprechen.

Der Magistrat bemerkt hierzu, daß er ungeachtet der durch die geplante Einrichtung erwachsenden Beeinträchtigung des Fußgängerverkehrs mit Rücksicht auf die erhebliche Erleichterung des schnelleren Abfahrens der Löschgeräte dem Vorschlage zustimmt und anheimgibt, die Ausführung des Projektes unter der Voraussetzung zu genehmigen, daß zu den Kosten der staatsseitige vertragsmäßige Beitrag von ein Achtel gezahlt werde.

Herr F r i e: Die Kommission empfiehlt in ihrer Mehrheit, der Vorlage zuzustimmen. Einige Herren waren allerdings gegen die Vorlage.

Herr S c h m i d t: Ich weiß nicht, wie weit durch die neue Anordnung die Gefahr für das Publikum vermindert wird. Es wäre praktischer, wenn die Feuerwehr bei ihrer Ausfahrt aus dem Gebäude dem vorbeigehenden Publikum und den Wagenführern ein leicht erkennbares großes Zeichen, vielleicht durch Anbringung einer roten Laterne usw. geben könnte, damit jeder Passant gewarnt wird. Jetzt ist man tatsächlich immer in Gefahr, mit der Feuerwehr zu kollidieren.

Herr F r i e: Es ist alle mögliche Vorsicht in Aussicht genommen, und es soll auch eine solche Signallaterne angebracht werden, so daß das Publikum tatsächlich rechtzeitig bei der Ausfahrt der Feuerwehr gewarnt wird. Außerdem sollen die Fußwege anders gepflastert werden, woraus jeder Passant schließen

kann, daß der Verkehr dort mit einer gewissen Gefahr verbunden sein könnte. Weitere Vorkehrungen können aber nicht getroffen werden.

Herr Meyerhoff: Ich erkläre mich gegen die Vorlage. Es ist vorgesehen, den Fußweg zu pflastern, um dadurch das Publikum aufmerksam zu machen, daß es sich auf einem Wege befinde, den es nicht beschreiten dürfe; mit andern Worten: Die östliche Seite der Münzstraße vor dem Feuerlöschgebäude wird für das Publikum geradezu gesperrt, und wenn wir jetzt die vier Tore genehmigen, so kommen im nächsten Jahre noch die vier anderen Tore dazu. Das Publikum hat aber auf der andern Seite nicht genügend Platz, sondern muß die östliche Seite der Straße auch benutzen können. Wenn die Vorlage durchgeführt wird, so entsteht für das Publikum bei der Alarmierung der Feuerwehr eine große Gefahr, sobald aus allen vier Toren Fahrzeuge herausgefahren kommen. Alles dieses läßt sich umgehen, wenn die Ausfahrt an dem Gebäude des Waisenhauses entlang „Hinter Liebfrauen“ eingerichtet würde, weil hier der Verkehr lange nicht so stark ist, wie in der Münzstraße. Der Weg wird dort etwa 4½ m breit sein, so daß er für den Zweck vollständig genügt, zumal die hier geplanten neuen Tore jedenfalls keine 4½ m. breit ausgeführt werden sollen. Hinter Liebfrauen fährt keine Straßenbahn und der Verkehr ist überhaupt sehr gering. Ich wünschte, daß die Feuerwehr gar keine Ausfahrt nach der Münzstraße zu hätte. Die neue Einrichtung birgt entschieden für die Münzstraße eine große Gefahr in sich und macht auch die Wünsche unmöglich, über die Straße noch eine weitere Straßenbahnlinie zu führen. Darum lehnen Sie die Vorlage ab und geben Sie dem Magistrate anheim, zu ermöglichen, daß die Ausfahrt Hinter Liebfrauen von der Feuerwehr benutzt wird. Ich kann mich auch nicht damit befremden, daß es heißt, vor dem Feuerwehrgebäude ist wohl ein Fußweg, jedoch soll es eigentlich kein Fußweg sein, weil er mit Kopfsteinen gepflastert ist.

Herr Bueß: Den Ausführungen der beiden Vorredner kann ich nicht zustimmen. Die von Herrn Schmidt gewünschte Signallaterne ist vorgesehen, so daß das Publikum weiß, wann die Feuerwehr kommt; es ist deshalb unter Umständen jetzt dort viel gefährlicher, als die geplanten Änderungen mit sich bringen. Der vorhandene Parterreräum ist für die Aufstellung der Fahrzeuge eingerichtet, darüber liegen die Mannschaftsräume, von denen die Feuerwehrleute durch Kletterstangen sofort in die Parterreräume gelangen können. Ferner hat auch der Posten die Aufgabe, das Publikum beim Ausrücken der Feuerwehr von dem Fußwege fernzuhalten, auch soll das Kopfsteinpflaster die Leute vor dem Betreten der Fußwege warnen und schließlich soll an beiden Enden des Fußweges eine Signallaterne zur Warnung der Passanten angebracht werden.

Das dürfte doch wohl ausreichen. Die Benutzung der Ausfahrt Hinter Liebfrauen ist seinerzeit auch von der Deputation ins Auge gefaßt worden, jedoch wurde festgestellt, daß sie sich ohne den Erwerb von Nachbargrundstücken nicht verwenden läßt. Dazu kommt noch folgender Umstand, der gegen die Schlagfertigkeit unserer Feuerwehr sprechen würde: Die Automobilspritze und Automobilleiter müßten bei Benutzung der Ausfahrt nach der Straße Hinter Liebfrauen erst rückwärts aus dem Depot fahren und dann wenden, während sie nach dem uns hier beschäftigenden Bauprojekte sofort hinausfahren können; wir wollen doch aber die Schlagfertigkeit der Feuerwehr nicht vermindern, sondern erhöhen. Ich bitte, nehmen Sie die Vorlage an.

Herr Sander: Ich stehe nicht auf dem Standpunkte des Herrn Meyerhoff. Wir müssen die Feuerwehr so mobil wie möglich machen, und durch die neue Einrichtung wird die Schlagfertigkeit derselben noch erhöht. Wenn es nach dem Wunsche des Herrn Meyerhoff gemacht würde, so würde jedesmal eine Minute Zeit beim Ausrücken verloren gehen. Die Gefahr für das Publikum läßt sich wohl nicht ganz wegleugnen, aber sie ist doch nicht so groß, wie Herr Meyerhoff meint. Aus den Kopfsteinen soll das Publikum lesen: Hier darfst Du nicht gehen, es wird deshalb schon mit der nötigen Vorsicht dort gehen. Außerdem steht ständig der Posten da, der beim Ausrücken der Feuerwehr heraustritt und das Weil hoch hält, und schließlich wird geläutet und getutet, so daß jeder, durch den Lärm aufmerksam gemacht, von selbst stehen bleibt. Die Benutzung des Ausgangs Hinter Liebfrauen würde keine Verbesserung, sondern ebenso umständlich sein, wie der bisherige Zustand, den wir gerade beseitigen wollen.

Herr Wolters: Wenn auch als Grund für die Vorlage die Erhöhung der Schlagfertigkeit der Feuerwehr mit angegeben worden ist, so hat uns in der Feuerlöschdeputation und in der Baukommission hauptsächlich der Grund mitgeleitet, daß die Raumverhältnisse im Hofe des Feuerlöschgebäudes schon jetzt sehr eng sind und der vorhandene Ausgang vollständig gesperrt sein würde, wenn eins der Fahrzeuge etwa einmal versagen und im Durchgange stehen bleiben sollte. Die neuen Fahrzeuge sind länger als die früheren und können leicht einmal die Ausfahrt versperren, wenn sie gezwungen sind zu wenden. Die Ausfahrt nach Hinter Liebfrauen würde sehr ungünstig sein, weil man dann nur nach einer Seite, der Münzstraße, eine Ausfahrt haben würde, die Ausfahrt nach der anderen Seite, dem Megidienmarkte, ist insofern nicht günstig, weil die Biegung dort zu stark ist. Im übrigen sind ausreichende Vorkehrungen getroffen, um den Verkehr auf der Münzstraße zu schützen, so daß die Befürchtungen des Herrn Meyerhoff nicht zutreffend sind.

Herr Mohr: Ich bin für den Antrag Meyerhoff, wenn ich auch die Ausfahrt nach der Straße Hinter Liebfrauen nicht für günstig halte. Deshalb möchte ich fragen, ob es sich nicht empfehlen dürfte, die dort im Wege stehenden Nachbarhäuser anzukaufen, um mit ihnen eine Vergrößerung des Feuerwehrgebäudes vornehmen zu können. Auf diese Weise würden wir nach der Friedrich-Wilhelmstraße hin eine große Ausfahrt schaffen können, dann wäre der hier geplante Ausbau nicht nötig und wir hätten das Terrain jetzt jedenfalls erheblich billiger, als vielleicht nach zehn Jahren.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Die Frage, ob wir das ganze Nachbargrundstück oder nur dessen Hof ankaufen sollten, hat der Magistrat bereits erwogen und auch Verhandlungen mit den Besitzern eingeleitet, die aber zu keinem Ergebnis geführt haben, weil der geforderte Preis zu gewaltig hoch ist. Es wäre auch in der Tat ein Hintertreppenwich, wenn wir dieses Grundstück, das früher Eigentum der Stadt war und von ihr in einem schwachen Augenblicke verkauft worden ist, wieder ankaufen und die darauffstehenden Gebäude herunterreißen ließen. Dieses unglückliche Feuerlöschgebäude hat uns bereits mehr als eine halbe Million gekostet, und es wird wirklich zu viel, wenn wir nun noch 100 000 M. darausschlagen wollten. Lieber könnte man es mit den hier geplanten Ausfahrten versuchen, die tatsächlich eine wesentliche Verbesserung der Verhältnisse im Gefolge haben würden. Es läßt sich nicht bestreiten, daß der Verkehr auf der Münzstraße durch solche Ausfahrten beeinträchtigt, ja unter Umständen sogar gefährdet werden wird, aber die Gefahr ist eine geringere, wenn man mehrere Fahrzeuge nebeneinander, als hintereinander ausfahren läßt, denn der Passant, welcher die Durchfahrt eines Fahrzeuges hat abwarten müssen, denkt, jetzt ist der Durchgang frei und dann kommt das zweite Fahrzeug hinterher. Welche Betriebserschwerungen könnten aber eintreten, wenn unter den heutigen Verhältnissen einmal ein Automobil im Durchgange feststehen sollte, das wäre wirklich ein sehr ungemütlicher Augenblick. Mit der Erhöhung der Schlagfertigkeit der Feuerwehr würde man allerdings aufhören können, wenn nicht bei manchen Brandschäden auch Menschenleben in Gefahr wären. Wäre das nicht der Fall, so könnte man sich allerdings auf den Standpunkt stellen, laß doch einmal etwas mehr abbrennen, als immer neue Summen für die Feuerwehr aufzuwenden und das Ankommen der Feuerwehr nach Sekunden zu berechnen. Aber die Gefahr, daß Menschen bei einem Brande könnten gefährdet sein, zwingt uns, die Erhöhung der Schlagfertigkeit der Feuerwehr fortgesetzt im Auge zu behalten; ich bitte deshalb, der Vorlage zuzustimmen.

Herr R i e f e: Ich gehöre zur Minderheit der Kommission, bin also gegen die Vorlage und zwar aus dem Grunde, weil nach ihrer Durchführung die Gefahr in der Münzstraße sich noch vergrößert und der Betrieb der elektrischen Straßenbahn auch wächst. Ueber die Neuestraße wird die Gliesmaroder Linie doch nicht gefahren werden, denn das wäre gerade so, als ob man über Rom nach dem Bahnhofe fahren wollte. Es ist richtig, daß wir hier immer gleich Terrain weggeben, während es andere Kommunen nach Möglichkeit zu behalten suchen. Wir haben den Fehler gemacht, daß die Bureaus der Gas- und Wasserwerke aus dem Gebäude gelegt wurden und es der Feuerwehr allein überlassen blieb. Der Platz am Augusttore wäre der beste für ein Feuerwehrgebäude gewesen, dort wären wir um die Anlegung von Ausfahrtstoren nicht verlegen gewesen. Das jetzige Gebäude wird immer unzureichender, je mehr sich die Stadt entwickelt. Später wird es doch einmal heißen, wir müssen die Feuerwehr hinauslegen, auch wenn nach der Bürgerstraße eine Zweigfeuerwache verlegt werden sollte. Die Hofverhältnisse des jetzigen Grundstückes sind zu klein, wären die groß genug, so könnte es nicht darauf ankommen, wenn einmal ein Fahrzeug gedreht werden müßte. Ich bitte die Vorlage abzulehnen.

Herr M e h e r h o f f: Ich möchte etwas richtig stellen. Herr Bues sagte, die Fahrzeuge müßten rückwärts fahren, wenn sie nach der Straße Hinter Liebfrauen fahren sollten. Das ist durchaus nicht nötig, denn jetzt fahren wir auch vorwärts; auch stimmt es nicht, daß die lange Leiter die Durchfahrt nicht passieren könnte, denn die Straße Hinter Liebfrauen ist mindestens so breit wie die Münzstraße. Ebenso gut wie es hier geht, würde es auch da gehen und ebenso gut, wie die Feuerwehr auf der Münzstraße schon im gegenüberliegenden Schaufenster gefessen hat, kann es auch hier vorkommen, ja es wird in der Münzstraße noch häufiger vorkommen, als dort. Ich gehe nicht so weit wie Herr Mohr und sage, daß wir das anliegende Grundstück anlaufen müßten, ein guter Fuhrmann fährt auch mit einer Feuerspritze und wenn sie vierspännig ist, aus einer viel engeren Ausfahrt, als wir sie hier Hinter Liebfrauen haben würden und ebenso mit einer Automobilspritze und Leiter. Ich möchte wohl wissen, ob die Automobile $4\frac{1}{2}$ m Fahrraum selbst für größere Fuhrwerke gebrauchen. Meiner Ansicht nach geht es ebenso gut, Hinter Liebfrauen mit den Fahrzeugen herauszukommen, als in der Münzstraße, jedoch selbstverständlich hinter einander und nicht neben einander. Wir sind bisher damit ausgekommen und werden es auch in Zukunft. Nun kommt immer wieder die Schlagfertigkeit der Feuerwehr aufs Tapet: Keiner will es auf sich nehmen, daß die Feuerwehr einmal $\frac{1}{2}$ Minute später zur Brandstelle kommen könnte. Wie war es denn vor 10 und 20 Jahren? Was haben wir in der Zwischenzeit für die Feuerwehr

wohl aufgewandt, wir haben stets eine offene Hand dafür gehabt und wenn wir die jetzige Vorlage nicht genehmigen, so besitzen wir doch eine offene Hand für die Feuerwehr.

Herr Böschigk: Die Ausführungen des Herrn Meyerhoff sprechen eigentlich für die Vorlage. Ich möchte Herrn Meyerhoff bitten, sich die Einrichtungen in Berlin und Charlottenburg einmal anzusehen, wo die Sache noch ganz anders liegt. Man muß sich wundern, daß hier die Automobilspritze immer noch gut durch die Tore gekommen ist. Der beste Kutscher kann sein Pferd einmal stolpern lassen, ebenso wie der beste Chauffeur einmal gegen einen Brellstein fahren kann. Die Wagen fahren im Schritt aus dem Gebäude und sind dann auf der Straße. Jetzt wollen wir nun schöppenstedtisch handeln, wenn wir für unsere guten und teuren Geräte nicht einmal eine gute Ausfahrt schaffen wollen, das wäre wirklich ein Rückwärtsgehen ohnegleichen. Wir haben gute Apparate angeschafft und nun sollen sie nicht rechtzeitig zur Anwendung gebracht werden können. Bei einem Schadenfeuer kommt es manchmal auf $\frac{1}{4}$ Minute an. Das heute uns beschäftigende Projekt ist schon vor Jahren beabsichtigt, jetzt haben wir aber noch größere Apparate als damals und das Publikum wird trotzdem nicht mehr gefährdet als bisher. Die Passanten werden genügend gewarnt und können sich vorsehen. Wenn man in Berlin in noch engeren Straßen fahren kann, muß es auch hier gehen.

Vorsitzender: Ich nehme an, daß der Herr Vorredner mit seinem Vergleich unsere Schwesterstadt Schöppenstedt nicht hat kränken wollen.

Herr Buess: Was Herr Meyerhoff angeführt hat, empfiehlt eigentlich die Vorlage, er sagte, früher hatten wir dieses und das, ja noch früher hatten wir überhaupt keine Feuerwehr und ließen es einfach brennen. (Geisterkeit.) Wenn man die Vorlage damit bekämpfen will, daß man sagt, es sei früher noch schlechter gewesen, so ist das nicht richtig. Jetzt muß tatsächlich namentlich mit der langen Leiter rückwärts gefahren werden. Ich halte es auch für gefährlicher, wenn die Fuhrwerke hinter einander als neben einander ausfahren. Die hier geplanten Verbesserungen werden wohl für eine Weile ausreichen, denn wir wollen das Feuerlöschwesen doch dezentralisieren. Die Gefahr für das Publikum wird dadurch nicht vergrößert, sondern vermindert. Die Signallaternen brennen bei der Ausfahrt sofort, die Torwege werden geöffnet, der Posten steht und warnt die Passanten, es wird also schon niemand weitergehen. Wenn sich Herr Meyerhoff die Ausfahrt nach Hinter Liebfrauen ansehen würde, so müßte er sagen, es geht nicht. Wir haben in der Deputation alles genau geprüft. Der Ankauf des Nachbargrundstücks würde mehr kosten, als die ganze neue Feuerwache im Westen der Stadt.

Herr H e f f e: Selbst auf die Gefahr hin, mit zu den Schöppenstedtern gezählt zu werden, muß ich mich gegen die Vorlage aussprechen. Die Ausfahrt Hinter Liebfrauen wäre bequemer, die Straße ist zum Ausweichen breiter und besser als die Münzstraße. Das Wenden der Fahrzeuge kann auf dem Hofe des Feuerwehrgebäudes geschehen. Die Gefahr einer Kollision wird durch die Vorlage sicher nicht vermindert. Die Münzstraße ist viel frequenter als die Straße Hinter Liebfrauen, auch ist hier ein größerer Platz vorhanden, auf dem sich die Fahrzeuge bequemer bewegen können. Auf der Straße müssen die Fahrzeuge doch hintereinander fahren, was nützt es also, daß sie gleichzeitig aus dem Hause fahren können?

Herr R o c h: Ich stehe auf dem Standpunkte des Herrn Meyerhoff. Die Anwohner der Münzstraße sind schon jetzt verständigt, daß vor ihrem Hause kein Wagen, nicht einmal ein Grünwarenwagen halten darf. Wenn wir die Ausfahrt nach der Seite Hinter Liebfrauen verlegen, so können wir die Münzstraße auch noch mehr mit Straßenbahnlinien belasten, sonst aber nicht.

Herr M e y e r h o f f (persönlich): Die große Stadt Berlin hat ihr Hauptdepot der Feuerwehr in der Lindenstraße, das wäre also nach der Ansicht des Herrn Voeshigt auch Schöppenstedtisch.

V o r s i t z e n d e r: Das war aber keine persönliche Bemerkung.

Die Magistratevorlage wird darauf mit 17 : 14 Stimmen genehmigt.

IV. Erwerb von Grundstücken an der Kreuzstraße.

Die wegen Errichtung einer zweiten Feuerwache in der westlichen Außenstadt gepflogenen Verhandlungen haben den Magistrat zu der Ueberzeugung geführt, daß das der Stadt gehörige Grundstück Kreuzstraße Nr. 112 zwar allenfalls für eine kleine Nebewache genügend Raum bieten würde, daß aber verschiedene Gründe für die Wahl eines größeren Grundstücks sprechen. Zunächst kommt in Betracht, daß, wenn entweder sofort eine geräumigere Wache erbaut oder wenigstens eine künftige Erweiterung sichergestellt wird, in absehbarer Zeit die Einrichtung noch anderer Außenwachen kaum erforderlich sein dürfte; die nördliche, östliche und südliche Außenstadt wird von den schnell fahrenden Löschgeräten infolge der genügend breiten Zufuhrstraßen regelmäßig so rasch nach Eingang der Feuermeldung erreicht, daß für diese Stadtteile die Hauptfeuerwache noch lange Zeit oder gar dauernd genügen dürfte, zumal eine Erweiterung des Baugeländes nach Osten ausgeschlossen erscheint.

Die westliche Außenstadt ist dagegen infolge der engen Straßen der westlichen Innenstadt für die Feuerwehr weniger leicht zu erreichen, und gerade sie bedarf eines erhöhten Schutzes um so mehr, als hier größere Brandherde und umfangreiche Krankenhäuser liegen, die besondere Rücksichtnahme erfordern. Man wird daher gut tun, die hier geplante Außenwache so geräumig zu gestalten, daß sie auf eine lange Reihe von Jahren genügt; das früher erörterte recht kostspielige Projekt, an verschiedenen Stellen der Außenstadt Nebenwachen einzurichten, wird dann unbedenklich aufgegeben werden können.

Daß die jetzt zu errichtende Wache am zweckmäßigsten in der Mitte der westlichen Außenstadt, also in der Gegend der Kreuzstraße liegen würde, dürfte ohne weiteres anzuerkennen und daher wenn tunlich auf eine Vergrößerung des Grundstücks Kreuzstraße Nr. 112 Bedacht zu nehmen sein.

Für solche Vergrößerung spricht auch der weitere Umstand, daß das Grundstück unmittelbar an das an der Bürgerstraße liegende Schulgrundstück grenzt, und daß, wenn es sich ermöglichen lassen sollte, auf dem erweiterten Grundstück außer der zweiten Feuerwache auch den Schuldiener der fraglichen Schule unterzubringen, dessen jetzige Dienstwohnung im Schulgebäude sehr gut zur Unterbringung der hier noch fehlenden Schulküche würde verwandt werden können.

Diese würde, nach Ansicht des Schulvorstandes sehr wohl von den Schülerinnen der verschiedenen in fraglicher Gegend liegenden Schulen benutzt werden können, so daß dort weitere Schulküchen vorerst nicht eingerichtet zu werden brauchen.

Zur Erweiterung des städtischen Grundstücks Kreuzstraße Nr. 112 erscheinen die beiden Grundstücke Kreuzstraße Nr. 111 und Nr. 111 a, die früher ein einheitliches Grundstück bildeten, durchaus geeignet.

Das auf dem ersteren stehende alte Fachwerkshaus ist abgängig, auf dem Grundstück Nr. 111 a aber steht ein brauchbares massives Wohngebäude, das, dicht am südlichen Schulhofe gelegen, genügend Raum bietet, um nicht nur die Familie des Schuldieners, sondern auch mehrere verheiratete Feuerwehrleute angemessen unterzubringen. Die Ueberwachung des Schulgrundstücks durch den Schuldiener würde von hier aus sehr wohl möglich sein. Der Magistrat hat diese beiden Grundstücke angekauft und zwar das Grundstück Kreuzstraße Nr. 111 für 19 500 M. und das Grundstück Kreuzstraße Nr. 111 a zum Preise von 21 500 M. Die Uebergabe soll am 1. Oktober 1910 erfolgen, doch sind beide Verkäufer auch zu einer früheren Abtretung bereit.

Aus den beigelegten Baufskizzen ergibt sich ohne weiteres, daß bei Zulegung des Grundstücks Nr. 111 zu dem städtischen Grundstücke die Erbauung einer allen Anforderungen genügenden Feuerwache, allerdings nur einer solchen, die

ausschließlich mit Selbstfahrern auszurüsten wäre, möglich sein würde, und wenngleich der Preis von 19 500 *M* bei einer Größe des Grundstücks von 5 a 18 qm keineswegs gering ist, so dürfte sich doch der Ankauf empfehlen; der Erwerb des Grundstücks Nr. 111 a aber zu dem als durchaus angemessen zu erachtenden Preise von 21 500 *M* erscheint schon mit Rücksicht darauf zweckmäßig, daß die Errichtung eines neuen Schuldienerhauses — etwa auf einem der beiden geräumigen Schulhöfe — einen Aufwand von etwa 15 000 *M* verursachen würde.

Vor Abschluß des Kaufvertrages hat der Magistrat, soviel die Finanzfrage betrifft, Erkundigung darüber eingezogen, ob der Staat, der nach dem Vertrage vom 1./10. August 1858 (Art. 7) neben dem festen Jahreszuschusse von 925 *M* ein Achtel der Kosten des Feuerlöschwesens zu tragen hat, bereit sei, diesen Beitrag auch zu den Kosten der ersten Einrichtung und dauernden Unterhaltung der zweiten Wache zu leisten. Herzogliches Staatsministerium hat sich bereit erklärt, zu den Kosten der ersten Einrichtung (zu denen auch die Grunderwerbskosten mit Einschluß der schon früher für den Ankauf des Grundstücks Nr. 112 aufgewandten Mittel gehören), einen Zuschuß in Höhe von etwa ein Drittel der Baukosten zu leisten, dagegen ist die Zahlung eines Beitrages zu den laufenden Kosten abgelehnt.

Wenngleich diese Ablehnung insofern als auffallend erscheinen muß, als von jeher die gesamten Kosten des Feuerlöschwesens — ohne Unterscheidung zwischen Außen- und Innenstadt — für die Bemessung des vertragsmäßigen Staatszuschusses maßgebend gewesen sind, so erscheint es doch nicht zweckmäßig, die streitig gewordene Frage vorweg entweder durch gütliche Vereinbarung oder im Prozeßwege zum Austrage zu bringen. Denn die Eigentümerin des Grundstücks Kreuzstraße Nr. 111 beabsichtigt, wie wir erfahren haben, schon seit längerer Zeit, dasselbe zu verkaufen, und wenn diese Absicht verwirklicht und das Grundstück neu bebaut werden sollte, so würde die Durchführung des ganzen hier erörterten Projektes der Errichtung einer zweiten Feuerwache an der in Rede stehenden Stelle wenn nicht hinfällig, so doch sehr erschwert werden; auch ist zu beachten, daß der zu dem Hause Nr. 111 a gehörige an dessen Südseite gelegene kleine Garten nur eine Tiefe von 1,65 m hat, und daß daher ohne Zunahme wenigstens eines Teiles des Gartens des Grundstücks Nr. 111 auch der Ankauf des Grundstücks Nr. 111 a für Schulzwecke nicht ratsam sein würde.

Die Erhöhung des Feuersehutes der westlichen Außenstadt erscheint dem Magistrate derart dringlich, daß die Zahlung oder Nichtzahlung von ein Achtel der Kosten nicht ausschlaggebend sein darf. Es wird nach Genehmigung des Ankauß der beiden Grundstücke beabsichtigt, bei Einholung der ministeriellen Genehmigung dieses Grunderwerbes eine Entschließung Herzoglichen Staats-

ministeriums auch über die Höhe des in Aussicht gestellten einmaligen Zuschusses herbeizuführen, auf dessen Zahlung übrigens die Stadt nur im Falle einer Verständigung über die Streitfrage wird rechnen können. Sobald die Höhe dieses Zuschusses feststeht, werden sich die städtischen Behörden darüber schlüssig zu machen haben, ob sie das Anerbieten annehmen oder Ansprüche auf Grund des Vertrages vom Jahre 1858 geltend machen wollen.

Die Gesamtheit der einmalig aufzuwendenden Kosten ist nicht gering; neben den Grunderwerbskosten, die sich, da ein Teil des Grundstücks Kreuzstraße Nr. 112 seinerzeit zur Anlegung der Bürgerstraße verwandt ist, auf etwa 40 000 *M* belaufen, werden vermutlich Baukosten in Höhe von 60 000 bis 70 000 *M* erwachsen; dazu kommen dann noch die Kosten der Ausrüstung der Wache, soweit nicht einzelne Ausrüstungsstücke aus den Beständen der Hauptwache an die Nebentwache abgegeben werden können. Ungeachtet des Umstandes, daß die Aufwendung der Kosten als erforderlich zu bezeichnen ist, trägt der Magistrat kein Bedenken, ihre Bestreitung aus den Mitteln des Ausgleichsfonds zu empfehlen, allerdings nur mit Rücksicht darauf, daß sein Bestand sich zurzeit auf rund 1 000 000 *M* beläuft und daß die Erbauung einer neuen Bürgerschule nicht in Aussicht steht. Es wird anerkannt, daß die Vorschriften des Statuts Nr. 29 vom 31. März 1909 zu Zweifeln darüber Anlaß geben können, ob die Inanspruchnahme des Ausgleichsfonds hier zulässig erscheint; aber die Begriffe „erforderliche Ausgabe“ und „wünschenswerte Aufwendung“ sind flüssig, und wenn die städtischen Behörden über die Beanspruchung des Ausgleichsfonds zu einem bestimmten Zwecke einverstanden sind, so dürfte für die Aufsichtsbehörde kein Grund vorliegen, zu verfügen, daß an Stelle der angesammelten Kapitalien die Mittel durch Anleihe zu beschaffen seien.

Hiernach wird anheimgegeben, dem Ankaufe der beiden Grundstücke Kreuzstraße Nr. 111 und 111 a auf Grund des notariellen Vertrages vom 12. November 1909 mit der Maßgabe zuzustimmen, daß der Kaufpreis beider Grundstücke aus dem Ausgleichsfonds bestritten werde.

Herr L e u e: Die Errichtung einer zweiten Feuerwache hat in der Finanzkommission zu einer eingehenden Besprechung geführt. Es ist hervorzuheben, daß eine zweite Feuerwache im allgemeinen in allen Städten mit gleicher Einwohnerzahl wie Braunschweig bereits eingerichtet ist, daß also Städte von der Größe Braunschweigs sich nicht mit e i n e r Feuerwache begnügt haben. Es ist ferner in Erwägung zu ziehen, daß in dem jetzigen Feuerlöschgebäude nur zwei Löschzüge untergebracht werden können. Wenn also eine Vermehrung der Feuerlöschzüge erforderlich wird, so würden wir in Verlegenheit wegen ihrer Unterbringung kommen, und schon aus diesem Grunde dürfte sich die Einrichtung

einer zweiten Feuerwache empfehlen. Obwohl in der Kommission auch Stimmen laut geworden sind, die eine zweite Wache nicht für nötig hielten, so ist die Finanzkommission doch schließlich mit allen gegen eine Stimme zu der Ueberzeugung gekommen, daß man der Vorlage zustimmen sollte und zwar schon aus einem gewissen Verantwortlichkeitsgefühl. Es drängt sich nämlich dabei der Gedanke auf, daß es gefährlich ist, in einem Gebiete, wo die Krankenhäuser und zahlreiche Fabriken liegen, den Schutz gegen Feuergefährdung nicht nach Möglichkeit zu erhöhen. Man mußte zugeben, daß die Erreichung eines Feuerherdes in der westlichen Außenstadt bei den teilweise recht engen Zufuhrstraßen nicht so schnell möglich ist, wie es notwendig erscheint.

Die Einrichtung selbst ist so gedacht, daß bei einem ausbrechenden Feuer beide Wachen alarmiert werden, aber nur eine davon ausrückt, in deren Bezirk das Feuer ausgebrochen ist, während die andere alarmbereit bleibt. Eine Vermehrung des jetzigen Feuerwehrpersonals ist dabei nicht beabsichtigt, sondern das vorhandene Personal soll geteilt werden. Bei dieser Sachlage ist die Finanzkommission dazu gekommen, Ihnen die Annahme der Vorlage zu empfehlen und zwar auch trotz des strittigen Punktes, ob nämlich der Staat einen Zuschuß zu leisten habe oder nicht. Wann und ob die Baukosten aufgewendet werden, steht noch dahin, da der Bau noch nicht in Frage steht, sondern es sich in dieser Vorlage zunächst nur um den Erwerb der betreffenden Flächen handelt. Die Finanzkommission gibt also anheim, der Vorlage zuzustimmen.

Was den Ausgleichsfonds betrifft, so könnte man allerdings verschiedener Ansicht darüber sein, ob es sich hier um eine notwendige oder nur um eine wünschenswerte Ausgabe handelt, jedoch steht die Finanzkommission auf dem Standpunkte, daß es gleichgültig erscheint, ob die Mittel der einen oder der anderen Kasse entnommen werden.

V o r s i t z e n d e r: Ich will noch besonders darauf hinweisen, daß uns vorläufig nur der Ankauf der beiden Grundstücke beschäftigt, nicht aber auch die Einrichtung einer zweiten Feuerwache.

Herr R o t h: Ich kann nicht für die Vorlage stimmen, weil ich die Einrichtung einer Feuerwache im Westen der Stadt nicht für nötig halte. Wir haben hier eine tüchtige und schlagfertige Feuerwehr, die sich mit anderen Feuerwachen messen kann, wir haben ferner die besten Gerätschaften und Automobilfahrzeuge angeschafft, mit denen wir in kürzester Zeit den Brandherd in der Stadt erreichen können, außerdem sind 40 Feuerwehrleute mit dem Depot telephonisch verbunden und können sofort alarmiert werden. Vor den Toren haben wir meist offene Bauweise und massive Häuser, auch sind die Krankenhäuser gegen Feuergefährdung geschützt, während die Fabriken sich selbst schützen können. Alle

unsere Aufwendungen für die Feuerwehr machen wir nur im Interesse der Landesbrandkasse (Zustimmung), und da sollten wir doch mit unseren großen Aufwendungen endlich einmal haltmachen. Wir haben für Turnhallen eine halbe Million ausgegeben und wollen jetzt eine Zwangsfortbildungsschule einrichten, die uns sehr viel Geld kosten wird. Das wird zuviel. Im vergangenen Jahre hatten wir kein Geld, und nun soll es mit einem Male da sein? Als die Gehaltserhöhungen kamen, mußten wir neue Steuern bewilligen, darum: „Spare in der Zeit, so hast Du in der Not.“ Wenn das Mädchen für alles, der Ausgleichsfonds, einmal überläuft, so lassen Sie ihn überlaufen, wir werden ihn schon wieder klein kriegen. Es kriselt außerdem schon wieder an allen Ecken und Ranten mit Gehaltszulagen, von denen es bald wieder heißen wird: Wenn Sie Ihren Beamten die Gehälter erhöhen wollen, so schaffen Sie erst Geld. Lassen Sie uns, wo es nicht nötig ist, kein Geld ausgeben, sondern sparen.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Eine bessere Aufforderung zum Sparen, als sie vom Vorredner erlassen ist, kann ich meinerseits auch nicht zuwege bringen. Ich habe mich in gewisser Weise über die Rede des Herrn Koch gefreut, daß nämlich aus der Mitte der bewilligungslustigen Stadtverordneten einmal eine Mahnung zum Sparen kommt. Das habe ich gern gehört, aber man soll es nur da tun, wo es recht am Platze ist. Ich kann die ganze Feuerwehrfrage hier ausscheiden und möchte bezweifeln, daß es mir nicht gelingen sollte, Herrn Koch davon zu überzeugen, daß es für die Stadt gutgetan ist, die beiden Grundstücke anzukaufen. Das lange, schmale, der Stadt gehörige Grundstück liegt insofern günstig, als es an zwei Straßen liegt, aber es hat eine unglückliche, lange Figur, und man würde darauf Bedacht zu nehmen haben, ein solches Grundstück durch Zulegung eines benachbarten Grundstückes zu arrondieren. Wenn sich deshalb die Gelegenheit bietet, so ist es kein weggetorfenes Geld, Nachbargrundstücke anzukaufen. Nun kommt noch folgender Gesichtspunkt dazu, worauf Herr Koch nicht eingegangen ist: Es ist wünschenswert, die Schulküchen noch weiter zu vermehren, und zwar hat es sich bereits unzweideutig herausgestellt, daß es zweckmäßig erscheint, Schulküchen nicht nur in den unteren, sondern auch in den mittleren Bürgerschulen einzurichten. Wenn wir das aber wollen — und ich stehe auf dem Standpunkte, daß das in sozialer Beziehung von größerer Bedeutung ist, als die Kinder mit allem möglichen Wissenswerten zu bepacken, das sie bald wieder vergessen — so läßt sich das hier nicht anders machen, als in der Weise, daß der Schulpedell anderweit untergebracht wird. Hierzu haben wir aber die beiden Grundstücke nötig. Es ließe sich ja auch noch anders machen, da die beiden Schulhöfe Raum genug bieten, um darauf noch ein Haus für den Schuldiener zu errichten, aber was kostete ein

derartiges Haus? Die Stadtbauverwaltung hat die Bedellenhäuser meist so gebaut, daß darin außer dem Bedellen noch ein Heizer wohnen kann, aber unter 15 000 *M* würde ein solcher Bau nicht zu haben sein. Nun steht uns dieses Haus unmittelbar neben dem Schulhofs fix und fertig zur Verfügung, es ist in den siebziger Jahren gebaut, massiv und in durchaus gutem Zustande und bietet jetzt Raum für sechs nicht sehr große, aber doch ausreichende Familienwohnungen.

Nun liegt der Gedanke nahe, zu sagen, wenn man nachher eine Feuerwache bauen wolle, so solle man sich auf das im Besitze der Stadt befindliche lange Grundstück beschränken. Es läßt sich dort allerdings eine Feuerwache errichten, aber das Gebäude würde zu eng und ungünstig werden. Weiter könnte man sagen: Wir kaufen nur das hintere Grundstück an, jedoch würde uns damit wenig gedient sein, weil es verhältnismäßig sehr nahe an der Grenze des anderen liegt. Die beiden Grundstücke haben nämlich früher ein einheitliches Grundstück gebildet, und der jetzige Eigentümer hat bei der Grenzregelung nicht aufgepaßt, daß ihm bei der Bebauung des Nachbargrundstückes Luft und Licht genommen würde. Ich habe versucht, mit der Besitzerin dieses anderen Grundstückes eine Einigung dahin zu erzielen, daß sie uns ein Stück ihres Gartens abtreten sollte, aber sie hat eine derartig hohe Forderung dafür gestellt, daß wir uns sagten, ehe wir für einen Streifen von 8 m Breite, nur um Luft und Licht zu schaffen, 25 *M* pro qm zahlen, tun wir besser, das ganze Nachbargrundstück hinzuzuerwerben. Der Preis dieses Grundstücks ist nicht gerade billig, ja im Verhältnis zu dem hinteren Grundstücke sogar hoch, aber die Stadt besitzt nun einmal das Eckgrundstück, und dieses läßt sich durch den Zukauf der Nachbargrundstücke wesentlich verbessern, deshalb soll man auch zupacken. Es handelt sich dabei um 40 000 *M*. Die 21 500 *M* für das Panzersche Grundstück können wir ausscheiden, wenn wir sagen, wir verbessern damit wesentlich das Schulgrundstück und ersparen die Erbauung eines Schuldienerhauses. Es bleibt also nur die Frage übrig, ob nicht jetzt die Gelegenheit wahrzunehmen ist, um das städtische Eckgrundstück zu verbessern. Ob wir die Feuerwache bauen werden, wissen wir heute noch nicht, wenn auch der Magistrat die Absicht hat, das zu tun. Eine bessere Bewertung unseres Eckgrundstückes ist aber jedenfalls ausgeschlossen, wenn wir die Nachbargrundstücke nicht kaufen.

Herr Sander: Wenn ich die Vorlage recht verstanden habe, so sollen die Grundstücke nur zur Errichtung einer Feuerwache angekauft werden. Jetzt wird die Sache aber vom Herrn Oberbürgermeister etwas anders dargestellt. Ich kann nicht dafür stimmen, die Grundstücke zu dem Zwecke anzukaufen, da ich die Errichtung einer zweiten Feuerwache außerhalb der Stadt nicht für nötig er-

achte. Unsere Feuerwehr ist nach meiner Meinung auf der Höhe, sie ist so gut ausgerüstet, daß wir darüber keine Klage führen können. Als wir die Automobilspritze anschaffen wollten, wurde uns gesagt, es solle das geschehen, um den Brandherd schneller erreichen zu können. Die Spritze erfüllt auch diesen Zweck, das müssen selbst ihre Gegner sagen. Neulich habe ich Gelegenheit gehabt, die Schlagfertigkeit unserer Feuerwehr zu beurteilen. Es wurde an der Kopfstraße gegenüber Amme, Giesecke & Konegen Feuer gemeldet, also an einer Stelle, die vom Mittelpunkt der Stadt wohl am weitesten entfernt liegt. Der Führer der Dampfspritze erzählte mir bei der Gelegenheit, daß sie vom Augenblicke der Alarmierung ab 7 Minuten 15 Sekunden gebraucht hätten, um zur Brandstelle zu kommen, während die Automobilspritze noch einige Minuten früher dagewesen wäre. Das ist aber eine Leistung, die sich nicht viel mehr verbessern läßt, auch wenn wir eine Feuerwache vor dem Tore haben. Wir haben dort freie Straßen, massive Häuser und massive Treppen, deshalb ist die Verbreitung des Feuers vor dem Tore nicht so groß, wie innerhalb der Stadt. Wenn gesagt wird, die Straße nach dem Hohentore wäre zu eng, um schnell darauf fahren zu können, so wäre diese Motivierung früher wohl angebracht gewesen, als die Messe noch in der Innenstadt war, weil während der Messe die Feuerwehr einen großen Umweg hätte machen müssen, um das Hohentor zu erreichen, aber nachdem die Messe dort aufgehoben ist, ist die Bahn auch für die Feuerwehr frei. Die Spritzen machen bei ihrer Durchquerung der Straßen solchen Radau, daß schon frühzeitig alle Fuhrwerke erschrocken beiseitefahren, so daß die Bahn überall frei ist. Selbst in der schmalen Sonnenstraße ist noch niemals ein Hemmnis gewesen.

Wenn etwas im Feuerlöschwesen noch verbesserungsbedürftig ist, so sind es die Feuermelder und die Hinweise auf diese Melder, denn in anderen Städten findet man beides in größerer Zahl. In der Cellerstraße weiß sicher niemand, wo der nächste Feuermelder ist, es müßte deshalb fast an jedem Hause ein kleiner Hinweis darauf angebracht sein, auch die Bezeichnung der Hydranten ist noch mangelhaft. Im vergangenen Herbst kam die Feuerwehr bei einem in der Petristraße ausgebrochenen Schadenfeuer erst eine halbe Stunde nach dessen Ausbruch, weil die Telephonleitungen zerstört waren, und als sie kam, konnte sie infolge des Schnees den Hydranten nicht finden, und es soll 3 bis 4 Minuten gedauert haben, ehe sie den Anschluß an den Hydranten in der Kennelbergstraße finden konnte. Hier könnte helfend eingegriffen werden. Ein Feuerwehrmann sagte mir, es müßte an vielen Stellen nach den Hydranten gesucht werden, wenn Schnee läge. Deshalb wäre es besser, oberirdische Hydranten anzulegen, was gar nicht mit so erheblichen Kosten verbunden ist. Gegen die Vorlage bin ich auch aus finanziellen Gründen. Wir haben in den letzten 15 Jahren Auf-

auswendungen gemacht, wie so leicht keine andere Stadt. Es mag das daran mit liegen, daß wir in dieser Beziehung früher vieles versäumt haben. Und auch jetzt fehlt es nicht an solchen Auswendungen: Fünf Turnhallen, das Archiv, das Lehrlingsheim, eine Kirche, Reparatur des Andreasturmes, ein Wasserwerk, sind Auswendungen, die in die Millionen gehen; es ist deshalb gut, die Worte des Herrn Oberbürgermeisters zu widerlegen, daß wir zu bewilligungslustig seien. Wenn dagegen die beiden Grundstücke zu dem jetzt angegebenen Zwecke erworben werden sollen, so kann ich dagegen nicht sprechen. (Weiterkeit.) Die Vorlage ist indessen eine ganz andere; wäre sie mit der Errichtung eines Bedellenhauses begründet gewesen, so hätte ich nichts dagegen. (Widerspruch.) Entweder haben Sie die Vorlage nicht richtig gelesen, oder die Vorlage ist inzwischen in der Kommission geändert worden.

Vorsitzender: Wir haben in der Finanzkommission ausdrücklich die Bewilligung der zweiten Feuerwache abgelehnt und sind für den Erwerb der beiden Grundstücke nur zur Arrondierung unseres Grundstückes eingetreten. Die zweite Feuerwache steht wohl als Grund mit in der Vorlage angegeben, sollte uns aber heute nicht in dem Maße beschäftigen, wie es hier geschieht.

Herr Oberbürgermeister K e t e m e h e r: Was die Wünsche des Herrn Sander auf Verbesserungen im Feuerlöschwesen betrifft, so soll die Frage nach einer Vermehrung der Feuermelder erwogen werden. Ueber die Ersetzung der Unterflurhydranten durch Oberflurhydranten wird Ihnen schon in nächster Zeit eine Vorlage zugehen. Die Unterflurhydranten haben sich tatsächlich nicht bewährt, weil sie bei festem Schnee nicht schnell zu öffnen sind, sie sollen daher durch Oberflurhydranten ersetzt werden.

Was die letzte Frage betrifft, so freue ich mich, daß Herr Sander für den Erwerb der Grundstücke eintritt. Selbst wenn Sie bei etwaiger Einbringung einer Vorlage sagen würden, wir wollen keine zweite Feuerwache haben, so würde es sich dennoch empfehlen, die Grundstücke anzukaufen. Man kann bei einem Erwerb von Grundstücken seitens einer Stadtgemeinde nicht verfahren wie ein Privatmann, der es auf den Groschen anzusehen hat; man muß sich vielmehr sagen, daß im Laufe der nächsten Jahrzehnte eine große Zahl von Verwendungszwecken eintreten kann, an die wir jetzt noch nicht denken können; wenn die Stadt aber gezwungen wird, entsprechende Grundstücke anzukaufen, so werden diese so teuer zu stehen kommen, daß sie besser tut, beizeiten Grundstücke zu erwerben. Herr Kieße hat vorhin gesagt, es würde endlich Zeit, den Bauplatz neben Danne zu verkaufen (Widerspruch des Herrn Kieße); ich stehe nicht auf dem Standpunkte: entweder bebauen oder verkaufen, ich meine vielmehr, was die Stadt an wertvollem Grundbesitz hat, soll sie festhalten. Aus demselben Grunde

stehe ich auf dem Standpunkte, wenn man das Geld dazu hat, so soll man allmählich auf die Erweiterung des städtischen Grundbesitzes Bedacht nehmen, der hier so gering ist. Wenn seinerzeit bei der Separation nicht die Verteilung der vielen Abfindungspläne an die Grundbesitzer erfolgt wäre, sondern die Stadt diesen Besitz erhalten hätte, so stände sie heute weit besser da, während der einzelne Eigentümer von den kleinen Abfindungen auch nichts hat. Ich habe mich über die Reden der Herren Koch und Sander gefreut und bemerke, daß wir es uns noch überlegen können, ob wir dort eine zweite Feuerwache bauen wollen oder nicht; vielleicht wird der Magistrat versuchen, sie ins Leben zu rufen, aber ein endgültiger Beschluß ist noch nicht gefaßt.

Herr Mohr: Herr Koch sprach von engen Straßen und schnellem Hinkommen der Feuerwehr. Es kann sich unter Umständen um Sekunden handeln, um ein Menschenleben zu retten. Beim vorigen Punkte der Tagesordnung haben wir in ausgiebiger Weise festgestellt, daß unser jetziges Feuerwehrgebäude viel zu klein für unsere Verhältnisse ist; wenn sich nun nach den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters Gelegenheit bietet, an der Kreuzstraße ein Grundstück zu erwerben, um dort eine weitere Feuerwache hinzulegen, so sehe ich nicht ein, weshalb wir nicht darauf eingehen wollen. Herr Sander meinte, die Feuerwehr gehöre nicht in die äußere Stadt; wenn wir uns aber dezentralisieren wollen, so möchte ich wissen, wo wir einen Platz in der Innenstadt besitzen, um die Feuerwehr dorthin zu verlegen. Außerdem können wir diese Frage heute noch hintanstellen und erst einmal die beiden Grundstücke ankaufen.

Herr Bunge: Es ist eine alte Erscheinung, daß, sobald im Westen der Stadt irgend etwas unternommen werden soll, ein Teil der Versammlung sich dagegen mit Händen und Füßen sträubt. Wir lassen uns dadurch aber nicht irre machen, sondern wollen trotzdem versuchen, die Vorlage durchzubringen. Wenn die Herren Koch und Sander von Sparen gesprochen haben, so ist Herr Koch doch sonst nicht so, sondern hat bei verschiedenen Gelegenheiten viel Geld bewilligt, heute aber will er alles gruselig machen und den Teufel an die Wand malen, indem er sagt, die Beamten und Lehrer wollten mehr Geld haben, weshalb neue Steuern in Aussicht ständen. Das kann mich nicht davon abbringen, für die Vorlage zu stimmen. Wenn ferner gesagt wird, daß die Feuerwehr schon jetzt allerschnellstens zur Stelle ist, so stehe ich auf einem andern Standpunkte. Haben Sie den Verkehr in der Sonnenstraße, auf dem Damm usw. nicht einmal in Augenschein genommen und sich überzeugt, wie schwer es der Feuerwehr wird, dort im schnellen Tempo durchzufahren? Das Wilhelmis-, Hohe- und Petritor kann durch die neue Feuerwache bedient werden, wodurch

die Schlagfertigkeit erheblich gefördert würde. Dort sind die vielen Schulen und Großbetriebe, die die Feuerwehr leicht einmal gebrauchen können, allein die Herren Koch und Sander stehen ja auf dem Standpunkte, daß die Feuerwehr für die Großbetriebe nicht da ist. (Widerspruch des Herrn Sander.) Herr Koch hat ausgeführt, daß die Großbetriebe sich selbst helfen könnten. Für mich ist es aber gleich, ob es sich bei einem Brande um einen Bäckermeister oder einen Malermeister oder einen Großindustriellen, vielleicht Herrn Konegen, handelt. Außerdem wird wohl jeder vernünftige Mensch sagen, daß mit dem im Besitze der Stadt befindlichen schmalen Streifen nichts anzufangen ist, wenn nichts zugekauft wird. Lassen wir aber jetzt die Gelegenheit zum Erwerbe der Nachbargrundstücke verstreichen, so werden sich bald Kaufspekulant finden, die uns erst recht hohe Kosten auferlegen, wenn wir die Grundstücke haben müssen. Meiner Ueberzeugung nach sind beide Grundstücke für uns wertvoll und auch nicht zu teuer; ich bin deshalb für die Vorlage des Magistrates.

V o r s i e n d e r: Es ist Schluß der Besprechung beantragt. Will jemand gegen den Schluß sprechen?

Herr **M e y e r h o f f:** Die Frage hat sich hier merkwürdig zugespitzt, so daß die Sache jedenfalls noch nicht klar ist. Wir wissen eigentlich noch gar nicht, was mit den beiden Grundstücken geschehen soll. Deshalb bin ich gegen den Schluß der Debatte.

Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wird der Schluß der Besprechung angenommen.

Herr **S a n d e r** (zur persönlichen Bemerkung): Der Schritt vom Ernsten zum Lächerlichen ist bekanntlich sehr kurz. Ich möchte mich aber nicht der Gefahr aussetzen, mich lächerlich gemacht zu haben. Der Herr Oberbürgermeister meinte vorhin, ich hätte ihn mit meinen Ausführungen erst angst und bange gemacht, aber nachher hätte er sich darüber gefreut, daß ich für die Vorlage gesprochen hätte. Die Vorlage ist aber jetzt eine ganz andere als zu Anfang der Besprechung. Ich bin stets für die Anschaffung von städtischem Grundbesitz, aber nicht für die Einrichtung einer zweiten Feuerwache; die Vorlage drehte sich aber ursprünglich nur um die Feuerwache, auch hat der Herr Referent das in den Vordergrund gestellt. Ich möchte bitten, meinen Standpunkt richtig zu verstehen: Ich bin nicht für den Ankauf der Grundstücke zum Zwecke der Errichtung einer zweiten Feuerwache, wohl aber für andere städtische Zwecke.

Herr **L e u e:** Ich möchte Herrn Sander insofern rechtgeben, als tatsächlich zuerst die Feuerwache im Vordergrund der Vorlage gestanden hat. Wenn der

Magistrat die Vorlage nicht in dieser Form abgefaßt, sondern nur gesagt hätte, er wollte die beiden Grundstücke zur Arrondierung des städtischen Grundbesitzes haben, so hätten wir uns nicht $\frac{3}{4}$ Stunden darüber zu unterhalten brauchen. Da nun die Vorlage einmal da war, mußte auch alles daraus hervorgehoben werden. Der Schlußeffekt ist der, daß wir nur den Ankauf der Grundstücke beschließen sollen.

Die Vorlage wird darauf in dieser Form angenommen.

V. Beitritt der Stadt zum Landesverein für Heimatschutz.

Der Vorstand des Landesvereins für Heimatschutz im Herzogtum Braunschweig hat gebeten, dem Verein korporativ mit einem bestimmten jährlichen Mitgliederbeiträge beizutreten. Hierzu bemerkt der Magistrat, daß es zweckmäßig erscheine, die Bestrebungen des Vereins stadtseitig zu fördern und gibt anheim, zuzustimmen, daß die Stadt dem Vereine mit einem Jahresbeitrage von 30 M beitrith.

Herr Leue: Die Finanzkommission gibt Genehmigung des Antrages anheim.

Herr Frühl ing: Ich kann die Vorlage nur mit großer Genugthuung begrüßen und freue mich, daß der Magistrat sich entschlossen hat, dem Vereine beizutreten; ich möchte dringend empfehlen, die Vorlage einstimmig anzunehmen. Der Verein verfolgt einen so vorzüglichen Zweck, und wir sind, mit Rücksicht auf unsere vielen schönen alten Denkmäler, besonders berufen, ihm beizutreten.

Herr Weichsel: Ich bin ebenfalls sehr für die Vorlage, möchte aber bei dieser Gelegenheit daran erinnern, daß wir noch weitergehende Pflichten haben, für den Heimatschutz dadurch zu sorgen, daß wir unser Ortsbaustatut einer Revision unterziehen. Es ist vielleicht nicht angenehm, an die Revision eines verhältnismäßig neuen Statuts heranzugehen, wir haben indessen die Pflicht, den Heimatschutz nicht nur durch einen Beitrag, sondern auch durch die eigene statutarische Gesetzgebung zu fördern. Vielleicht könnte der Magistrat eine Vorlage machen, worauf eine Kommission sich weiter mit der Frage befaßte.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Es steht der Erlaß eines Landesgesetzes bevor, das uns zum Erlaß eines entsprechenden Statuts ermächtigt. Das müßten wir doch abwarten.

Die Vorlage gelangt darauf zur Annahme.

VI. Beschaffung von Maschinen, Werkzeugen usw. für den Aufenthaltsraum der Laternenwärter usw.

Für die innere Einrichtung der neuen Aufenthaltsräume der Laternenwärter und der Rohrnetzwerke im Geschäftshause der städtischen Licht- und Wasserwerke sind Gegenstände im Gesamtwerte von 1000 *M* nötig. Es handelt sich dabei im wesentlichen um Maschinen und Werkzeuge, die von den Bediensteten gebraucht werden. Der Magistrat gibt anheim, die Summe von 1000 *M* zu dem fraglichen Zwecke zu genehmigen,

was auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr L ö j c h i g t berichtet, geschieht.

VII. Eingabe, betr. den Nebenerwerb der Nachtwächter und Kontrolleure.

Der Inhaber des Wach- und Schließinstitutes, Herr Wilhelm Dedler, hat in einer Eingabe vorgetragen, daß eine Anzahl städtischer Nachtwächter und Nachtwächterkontrolleure während ihrer Dienstzeit die Bewachung und Kontrolle hiesiger Grundstücke und Geschäfte gegen Bezahlung oder auch nur gegen Trinkgeld besorgt. Nicht nur, daß durch diese Einrichtungen der betreffenden städtischen Bediensteten die Sicherheit auf der Straße beeinträchtigt werde, sondern der Eingabe werde dadurch auch in seinem Gewerbe geschädigt. Es wird gebeten, dafür Sorge zu tragen, daß den städtischen Nachtwächtern und Kontrolleuren ein Nebenerwerb während der Dienstzeit untersagt werde.

Herr B o g e: In der Statutenkommission hat nicht festgestellt werden können, ob die Behauptungen der Eingabe tatsächlich wahr sind, außerdem ist uns mitgeteilt worden, daß eine neue Bearbeitung der Dienstanweisung für Nachtwächter bevorstehe, die Kommission gibt daher anheim, die Sache zur weiteren Erledigung an den Magistrat abzugeben. Die Kommission erklärt aber gleichzeitig, daß sie grundsätzlich nicht damit einverstanden sei, wenn solche Vergütungen von Privaten an die Nachtwächter gezahlt würden.

Herr B u n g e: Ich finde den Standpunkt der Kommission ganz korrekt, indem sie grundsätzlich auf dem Standpunkte steht, daß von städtischen Beamten Nebenarbeiten nicht geleistet werden sollen, weil dadurch in dem vorliegenden Falle die Sicherheit der Stadt beeinträchtigt wird. Es gibt indessen noch eine ganze Reihe anderer Gelegenheiten, zu denen die Nachtwächter herangezogen werden, so daß ich mir gesagt habe, die Leute können ihren Dienst des Nachts gar nicht so ausfüllen, wie es notwendig erscheint, wenn sie tagsüber soviel beschäftigt werden. So finden Sie z. B. auf der Masch, daß Nachtwächterkontrolleure vor einem Tanzzelt Einlaßkarten verkaufen und zwar ist das bis

nachts 12 Uhr geschehen. Entweder sind diese Kontrolleure im Nachtdienst überflüssig, oder sie können ihn nicht ordentlich ausüben. Außerdem können Sie, wenn die Arbeiter des Sonntags Versammlungen veranstalten, ganze Scharen von Nachtwächtern auf den Straßen beobachten. Wenn die Leute aber derartig in Anspruch genommen werden, so können sie nachts ihren Dienst nicht richtig versehen. Auch beim großen Weltfeiertage der Arbeiter, am 1. Mai, können Sie eine Masse Nachtwächter auf der Straße finden, damit sie mit dreinschlagen können, wenn etwas passiert. Ich möchte dem Magistrate anheimgeben, den Dienst der Nachtwächter auch in dieser Beziehung nicht weiter auszudehnen.

V o r s i t z e n d e r: Ich weiß nicht, wie ich die eben geäußerten Wünsche mit in den Antrag der Statutenkommission hineinnehmen soll, aber es genügt Ihnen wohl, daß Ihre Anregung in das Protokoll kommt? (Zustimmung.)

Der Kommissionsantrag findet darauf die Genehmigung der Versammlung.

VIII. Gesuch um Auszahlung eines Kaufgeldrestes.

Herr Richard Freise hat von dem an der Ecke der Heinrich- und der Waterloostraße gelegenen Grundstücke, das ihm zu $\frac{2}{8}$ gehört, am 25. November 1905 diejenigen Flächen, welche in die Waterloo- und in die projektierte Straße Nr. 97 fallen, an die Stadt zum Preise von 13 \mathcal{M} pro qm verkauft. Gemäß des mit der Stadt abgeschlossenen Vertrages ist die Hälfte des Kaufpreises mit 1028,62 \mathcal{M} gegen Auflassung gezahlt, während die andere Hälfte in und mit denjenigen Straßenkosten verrechnet werden soll, welche auf den Herrn Freise verbleibenden Anteil am Grundstücke bezüglich der genannten Straßen bei deren Ausbau entfallen werden. Die übrigen $\frac{6}{8}$ Anteile an fraglichen Teilflächen sind dagegen einige Jahre später von den Eigentümern gegen sofortige Zahlung des vollen Kaufpreises abgetreten. Herr Freise bittet, ihm entgegen den Vertragsbestimmungen das Restkaufgeld schon jetzt auszuzahlen.

Herr W o g e: Die Statutenkommission steht auf dem Standpunkte, daß es beim Ankauf von Straßenterrain Sache der Stadt sei, sich rechtzeitig in den Besitz von Grundstücken zu setzen und, wenn es gelingt, von einem Anlieger einen günstigeren Kaufpreis zu erzielen, sich nicht veranlaßt sehen könne, von den Vertragsbestimmungen abzugehen und den Kaufpreis frühzeitiger zu zahlen, als vereinbart worden sei. Es wird deshalb beantragt, das Gesuch abzulehnen,

was seitens der Versammlung geschieht.

IX. Aufhebung von Vorgärten an einem Teile der Goslarischenstraße.

Auf Antrag des Gärtners Julius Ristig ersucht der Magistrat nach Empfehlung durch die städtische Bauverwaltung der Wiederaufhebung der für die Ostseite der Goslarischenstraße zwischen Höfen- und Klosterstraße festgesetzten Vorgärten zuzustimmen. Wenn diesem Vorgehen auch prinzipielle Bedenken entgegenstehen mögen, so glaubt der Magistrat doch, diese im vorliegenden Falle um deswillen nicht ausschlaggebend sein lassen zu sollen, weil für die südlich sich anschließende Strecke der Goslarischenstraße Vorgärten nicht angeordnet sind und der hier in Frage kommende Teil der Straße sich nach Wiederaufhebung dieser Vorgärten jenem zwanglos anschließen wird.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr *F r i e* berichtet, wird dem Antrage zugestimmt.

X. Antrag Möhle: Befreiung der Grundbesitzer von der Streupflicht.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bemüht zu sein, Mittel und Wege herbeizuführen, welche es ermöglichen, daß die Grund- resp. Hauseigentümer von der Verpflichtung des Bestreuens der Fußwege bei eintretender Winterglätte entbunden werden und solche von der Stadiverwaltung übernommen werde.“

Herr Möhle (zur Begründung): Die Verpflichtung des Bestreuens der Fußwege bei eintretender Winterglätte ist schon von jeher mit Recht als eine lästige empfunden worden und hat zu Schikanen schon reichlich Veranlassung gegeben. Wenn nun auch die Verpflichteten die Last freiwillig haben über sich ergehen lassen, so ist diese Verpflichtung doch infolge unserer modernen Gesetzgebung und, nachdem das Haftpflichtgesetz überall seine Schatten gezogen hat, für die Hauseigentümer geradezu verhängnisvoll geworden und geeignet, sie ihrem Ruin zuzuführen. Das nicht genügende Bestreuen der Fußsteige ist ein so außerordentlich weitgedehnter Begriff, daß es meiner Ansicht nach ausgeschlossen ist, irgend welche gesetzliche Bestimmungen darüber herbeizuführen, was man unter „genügend“ und „nicht genügend bestreut“ verstehen soll. Es wird also nicht möglich sein, daß die Verpflichteten durch gesetzliche Bestimmungen einen gewissen Schutz finden könnten. Selbst wenn man seiner Pflicht genügt hat, so ist doch ein Unglück niemals ausgeschlossen und es wird immer als Grund angegeben werden können, daß gerade da, wo sich das Unglück ereignet hat, nicht genügend gestreut worden sei. Ich kenne einen Fall, wo der Hauseigentümer, um seiner Streupflicht gründlich zu genügen, persönlich des Morgens um 7 Uhr das Streuen besorgte. Eine halbe Stunde später fiel vor dem Hause

eine Frau und verlegte sich. Er nahm sich der Frau an und führte sie in sein Haus, ließ eine Droschke holen und sie nach ihrem Hause fahren. Alles das schützte ihn aber nicht davor, daß einige Tage später bei ihm eine Forderung auf Schadenersatz einlief, die er ablehnte, da er wußte, seiner Pflicht vollkommen genügt zu haben; diese Weigerung hatte eine Klage zur Folge, in der er zur Zahlung von Schmerzensgeld und Schadenersatz und zu den nicht unbeträchtlichen Kosten verurteilt wurde. Das ist eine Härte, die in moralischer Beziehung um so schwerer wiegt, wenn man davon überzeugt ist, wirklich unschuldig zu leiden. Die Hauseigentümer sind tatsächlich nicht auf Rosen gebettet, und es gibt eine Menge darunter, die nicht über solche Kapitalien verfügen, daß sie derartige Ausgaben überwinden könnten. Noch viel schwieriger ist es aber, wenn sie von dem Unglück betroffen werden, eine dauernde Rente an einen Verletzten zahlen zu müssen, das ist gleichbedeutend mit ihrem Ruin. Man kann mir erwidern, der Hausbesitzer könne sich dagegen durch Versicherungen schützen; wer aber das zweifelhafte Vergnügen hat, Hauseigentümer zu sein und weiß, daß man als solcher schon einen Päckchen Lasten auf der Schulter hat, der wird es einem solchen nicht verübeln können, wenn er sich nicht noch neue Ausgaben machen will. Man muß die Sache dann auch noch von einem anderen Gesichtspunkte aus betrachten.

Die Fußsteige sind nicht Eigentum der anliegenden Grundbesitzer, sondern die Stadt macht ihr Eigentumsrecht darauf geltend, ja der Anlieger darf sich in keiner Weise darauf maufig machen und noch nicht einmal ein kleines Gerüst darauf anbringen, sondern hat erst die Erlaubnis der Stadtverwaltung dazu einzuholen und für die Benutzung des städtischen Grundstückes seine Miete zu bezahlen. Das ist an sich gerecht, denn niemand würde es sich gefallen lassen, daß auf seinem Grundstücke sich ein anderer zu schaffen machte. Wenn ich das aber nicht will, wie komme ich dann dazu, für mein Grundstück einem anderen Verpflichtungen aufzuerlegen? Die Stadt wahrt ihr Recht auf die Fußsteige, aber wenn es sich darum dreht, für die auf den Fußsteigen vorkommenden Schäden zu haften, so legt sie einem anderen die Verpflichtung dafür auf. Das ist ein Zustand, der mit den allgemeinen Rechtsbegriffen schlecht in Einklang zu bringen ist, und wenn er durch Gesetz sanktioniert ist, so wird er dadurch nicht schöner und erträglicher, weil er des Charakters einer gewissen Ungerechtigkeit nicht entkleidet werden kann. Sollte ein derartiger Fall einmal auf dem Wege des Prozesses zum Austrage gebracht werden, so zweifle ich daran, daß die Stadt daraus als Sieger hervorgehen würde. In einer anderen Stadt soll nach einer Zeitungsnotiz ein solcher Fall ausgeklagt und die Stadt dabei verurteilt sein.

Nach erkenne nicht die Schwierigkeiten, die meinem Antrage entgegenstehen und ich weiß sehr wohl, daß es zu seiner Lösung einer intensiven und großen Arbeit bedarf und das nicht im Handumdrehen gemacht werden kann, jedoch bin

ich mir wohl bewußt, daß ein gangbarer Weg zu finden ist und daß die Herbeischaffung der erforderlichen Mittel dabei nicht zu den größten Schwierigkeiten gehört, weil die Hauseigentümer auch Opfer bringen würden, wenn sie von der Last befreit werden könnten. Es ist schon manches Problem gelöst, das noch schwieriger war, und wenn der Magistrat will, so würde er auch hier eine befriedigende Lösung finden, die ihm zur Ehre und nicht nur den Hauseigentümern, sondern auch der Allgemeinheit zum Wohle gereichen wird.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Statutenkommission zur Verberatung überwiesen.

XI. Antrag Löschigk: Errichtung eines Krematoriums.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, im Hinblick auf die zu erwartende Einführung der fakultativen Feuerbestattung für die Erbauung eines Krematoriums rechtzeitig Sorge zu tragen.“

Zur Begründung führt Herr Löschigk folgendes aus: Wie Sie wissen, geht der Zug der Zeit jetzt viel intensiver zur Verbrennung der Leichen über, als früher. Früher wurde in Acht und Bann getan, wer sich verbrennen lassen wollte, aber heute hat sich schon ein großer Teil der Mitbürger der Feuerbestattung zugewandt. Unter solchen Umständen ist es wohl angebracht, daß wir die städtischen Behörden bitten, dafür Sorge zu tragen, daß hier ein Krematorium errichtet wird, da die fakultative Einführung der Feuerbestattung in unserm Lande nur noch eine Frage der Zeit sein würde.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Baukommission zur Verberatung überwiesen.

XII. Berechnung der Ruhegehälter.

Die Pension einer städtischen Lehrerin war von den städtischen Behörden auf 1492,50 M festgesetzt worden. Dagegen hat Herzogliches Konsistorium erklärt, das Ruhegehalt betrage 1493 M, da vom Herzoglichen Staatsministerium die Abrundung der Pensionen der Gemeindegullehrer auf volle Mark angeordnet sei. Es mag dahingestellt bleiben, ob die Stadt gezwungen werden kann, in gleicher Weise zu verfahren, jedoch erkennt der Magistrat an, daß die Beobachtung eines gleichmäßigen Verfahrens wünschenswert erscheint und gibt daher Zustimmung dazu anheim, daß nicht nur die Pension der betreffenden Lehrerin, sondern fortan alle an Lehrer und städtische Beamte zu zahlenden Pensionen stets auf volle Mark aufwärts abgerundet werden.

Auf Empfehlung der Statutenkommission, für die Herr Henking berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

XIII. Gewährung von Zählgeldern an zwei Stadtdiener.

Die Stadtdiener Severit und Schrader bitten um Bewilligung von Zählgeldern. Die beiden Beamten haben die Beträge, welche von der Armenkasse zu zahlen sind oder welche diese von anderen Stellen zu empfangen hat, zu bringen oder zu holen und außerdem haben sie die gleichen Besorgungen für das Armenbureau auszuführen. Seit einem Jahre ist den Beamten auch die Einziehung der Beträge für Desinfektionen übertragen worden. Nach dem Berichte des Stadtsekretärs haben die beiden Beamten jährlich an Unterstützungsgeldern etwa 230 000 *M* abzuholen oder abzuliefern, während die Kosten der Desinfektionen etwa 13 000 *M* jährlich betragen. Der Magistrat gibt anheim, den beiden Stadtdienern ein Zählgeld von je 30 *M* zu bewilligen.

Herr Leue: Die Finanzkommission findet die Gewährung von Zählgeldern in der beantragten Höhe angemessen und gibt anheim, dem Antrage zuzustimmen,

was seitens der Versammlung geschieht.

XIV. Gesuch um Erlaubnis zur Errichtung eines Neubaus.

Der Bauunternehmer Sommer beabsichtigt, im Hasenwinkel ein Wohnhaus zu errichten, hat aber vom Stadtbauamte einen abschlägigen Bescheid erhalten und zwar mit der Begründung, daß die Anlage eines eigenen Zugangsweges vom Wendenringe ab den Hasenwinkel entlang bis zu dem geplanten Neubau eine Aufschüttung des Hasenwinkels um etwa 1 m erfordere. Herr Sommer ersucht die Versammlung, darauf hinzuwirken, daß ihm die Genehmigung zur Errichtung des Neubaus erteilt werde.

Herr Meyerhoff: Herrn Sommer war vom Stadtbauamte der Weg gewiesen, wie er die Erlaubnis zur Errichtung des Neubaus erhalten könne. Wir sind in der Baukommission nicht in der Lage gewesen, darüber anders zu befinden und können deshalb nur anheimgeben, über das Gesuch zur Tagesordnung überzugehen.

Herr Rieke: Zur Erläuterung möchte ich noch folgendes anführen. Der Standpunkt des Stadtbauamtes wird erst verständlich, wenn man weiß, daß dort zwei Parallelstraßen liegen, nämlich der Hasenwinkel und der Wendenring, von denen die eine Straße hoch und die andere im Sumpfe liegt. Letztere müßte also zunächst aufgefüllt werden. Das Projekt kann demnach erst ge-

nehmigt werden, nachdem die Straße aufgefüllt, kanalisiert und instand gesetzt ist. Die Mehrheit der Kommission hat so beschlossen, wie Herr Meyerhoff vortragen hat, während ich einen gegenteiligen Standpunkt einnahm.

Herr Meyerhoff: Ich hätte diese Mitteilung auch machen können, jedoch war in der Baukommission beschlossen, darüber ganz kurz zu berichten. Ich selbst habe mich für die Sache erwärmt, konnte aber nichts dagegen machen.

Der Uebergang zur Tagesordnung wird beschlossen.

XV. Landwirtschaftliche Wanderausstellung.

Die Braunschweigische Landwirtschaftskammer hat an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, darauf hinzuwirken, daß die im Jahre 1914 oder 1915 geplante landwirtschaftliche Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft für den Gau Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Bremen usw. hier abgehalten werde. Daß derartige Veranstaltungen für die Städte, in deren Gebiete sie stattfinden, sehr erhebliche Vorteile haben, ist hinlänglich bekannt, und auch der im vorigen Jahre von der hiesigen Landwirtschaftskammer veranstalteten verhältnismäßig kleinen Ausstellung hat dieser erfreuliche Erfolg nicht gefehlt. Der Magistrat hat daher seine Bereitwilligkeit, der Anregung Folge zu geben, ohne Bedenken ausgesprochen und Erkundigungen darüber eingezogen, welche stadtseitigen Aufwendungen erwartet würden. Gefordert wird die Zahlung von 20 000 M zur Beschaffung von Preisen und die Hergabe eines geeigneten, etwa 30 ha großen Ausstellungsplatzes. Das von der Stadt verlangte Geldopfer erscheint zwar groß, aber andere Städte haben gleich hohe Beträge aufgewendet, und da sich bereits Hannover um Beherbergung der Ausstellung bewirbt, so ist auf deren Erlangung ohne dieses Opfer nicht zu rechnen. Mit Rücksicht darauf, daß das Unternehmen nach der Ueberzeugung des Magistrates weiten Kreisen der Einwohnerschaft ein vielfaches der fraglichen Summe an Verdienst bringen werde, möchte der Magistrat die Bewilligung der betreffenden Summe befürworten.

Die Platzfrage findet ihre Erledigung durch den Umstand, daß sich das Garnisonkommando zur Ueberlassung des großen Exerzierplatzes bereit erklärt hat. Abgesehen von einer seitens des Husarenregiments beanspruchten Entschädigung von 450 M für Beeinträchtigung der Grasnutzung wird nur gefordert, daß die Stadt hinterher den Platz wieder instand setzt. Allerdings werden für Beschaffung der Wasserlieferung, Anlegung einiger Wege, Gestellung der Feuerwehr usw. voraussichtlich noch weitere Kosten entstehen, doch können diese geringfügigen Beträge hierbei nicht ausschlaggebend sein.

Darüber, welche Verkehrsmittel zur bequemen Erreichung des Platzes demnächst dem Unternehmen dienstbar gemacht werden sollen, wird später entschieden werden können. Nach der Ueberzeugung des Magistrates wird durch derartige Ausstellungen und den durch sie regelmäßig bewirkten großen Fremdenzufluß Handel und Gewerbe nachhaltiger gefördert, als durch sonstige, zur Hebung des Verkehrs in Anwendung gebrachte Mittel; er empfiehlt daher, ihn zu ermächtigen, der Braunschweigischen Landwirtschaftskammer gegenüber die Erklärung abzugeben, das in Rede stehende Unternehmen in der vorgedachten Weise stadtseitig zu fördern.

Herr L e u e: Die Finanzkommission glaubt, daß die Aufwendung der geforderten Mittel wohl im Interesse der Einwohnerschaft unserer Stadt liege und bittet Sie daher, der Vorlage in allen Punkten zuzustimmen.

Herr S a n d e r: Trozdem ich vorhin gewissermaßen zur Sparsamkeit ermahnt habe, kann ich mich doch nicht enthalten, diesem Antrage meine Unterstützung zu gewähren, weil es sich hier um eine Vorlage von werbender Kraft handelt.

Die Versammlung genehmigt sodann die Vorlage.

XVI. Vertrag wegen Erpachtung des Französischen Feldes.

Auf Grund der Beschlüsse der städtischen Behörden über die stadtseitige Ermietung des Französischen Feldes war der Herzoglichen Kammer, Direktion der Domänen, ein Vertragsentwurf mit dem Ersuchen um Vollziehung übersandt worden. Die Bedingungen dieses Entwurfes sind gutgeheißen, doch hat Herzogliches Staatsministerium die Aufnahme einer in dem Schriftstücke mit § 4 bezeichneten Zusatzbestimmung gefordert, der zufolge im Falle der Enteignung des Französischen Feldes oder einer Teilfläche desselben für öffentliche Zwecke der Entschädigungsanspruch der Stadt sich neben Wegfall des ganzen oder teilweisen Mietzinses auf den Ersatz des Mehrwertes der enteigneten Fläche beschränken soll, der durch stadtseitige Anlagen und Aufwendungen erzielt ist, eine Entschädigung für Beeinträchtigung der Mietnutzung soll also nicht gewährt werden.

Vom Standpunkte des Staates als des Eigentümers der Fläche aus erscheint diese Bestimmung nicht ungerechtfertigt und es ist überdies, nachdem das aufgetauchte Projekt, den Hauptbahnhof nach der östlichen Außenstadt zu verlegen, endgültig gefallen sein dürfte, in hohem Grade unwahrscheinlich, daß der Staat während der Dauer des Mietvertrages das Enteignungsrecht in Anwendung zu bringen genötigt werden wird. Aber die Möglichkeit, daß dieser Fall im Laufe der nächsten 20 Jahre eintreten wird, läßt sich nicht in Abrede stellen, und die Sicherung, die für die Stadt wegen kostspieliger Aufwendungen

durch die lange Dauer des Mietvertrages und die dadurch ermöglichte Amortisation der von ihr aufzuwendenden Kosten erzielt werden sollte, kommt daher in Wegfall.

Der Magistrat ist nicht der Ansicht, daß wegen dieser Aenderung des angestrebten Rechtsverhältnisses die Stadt Veranlassung hat, auf die Ermietung des Platzes überhaupt zu verzichten, denn auch ohne kostspielige Instandsetzung und Anlagen ist ein etwa 82 Morgen großer Spielplatz in jener Gegend für die Jugend von nicht zu unterschätzender Bedeutung, und die Aufwendung eines Mietzinses von jährlich 1643,80 *M* bezw. vom 1. Oktober 1917 an von 2465,70 *M* erscheint dem Magistrate nicht zu hoch, um den Spielplatz zu erlangen. Aber eine nennenswerte Steigerung des sachlichen Wertes des Ackerplanes werden alle die Anlagen, die zu seiner Ausrüstung und Einrichtung als Spielplatz in Frage kommen könnten, nicht haben, und da es der Stadt nicht wohl zugemutet werden kann, zunächst größere Aufwendungen zu machen und hinterher vor Ablauf der Vertragsdauer, vielleicht schon nach Verlauf weniger Jahre ihr Mietrecht einzubüßen, so wird auf kostspielige Aufwendungen verzichtet werden müssen. Der Magistrat würde vielmehr für zweckmäßig halten, den Plan — und zwar soweit er nicht mehr bestellt ist ohne Verzug — ordnungsmäßig einzuebnen und im kommenden Frühjahr zur Erzielung eines guten Grasschnittes zu besamen, damit die Freigabe baldigst erfolgen kann. Die hierfür aufzuwendenden Kosten werden von der städtischen Bauverwaltung zu 80 bis 100 *M* pro 25 a geschätzt. Da zurzeit und bis 1. Oktober dieses Jahres erst etwa die Hälfte des Feldes pachtfrei ist, so würden einstweilen für rund 40 Morgen 3200 bis 4000 *M* aufzuwenden sein.

Der Magistrat gibt hiernach anheim, ihn zum Abschlusse des Mietvertrages unter Zugrundelegung des vorgedachten Entwurfes zu ermächtigen und eine Summe bis zu 4000 *M* behufs Ausführung der vorgedachten Arbeiten zu bewilligen.

Herr R o d: Die Baukommission begrüßt es mit Freuden, daß es ermöglicht ist, so nahe bei der Stadt ein solches Terrain zu erhalten und empfiehlt, die Vorlage anzunehmen.

Herr B o g e: Ich möchte den Magistrat fragen, ob bei dem Streifen des Franzosen Feldes, der nach der Stadt zu liegt und zu Tennisplätzen sowie zu Gärten umgearbeitet ist, die Stadt in die abgeschlossenen Verträge eintritt und ob sie gewillt ist, die Tennisplätze und Gärten dort zu belassen.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Es sind uns bereits entsprechende Anträge zugegangen, die mit dem Oberamtmann Niehrohn wegen der Tennisplätze abgeschlossenen Verträge fortzusetzen. Wenn wir in den Besitz des Platzes

kommen, wird Ihnen der Magistrat eine Vorlage zugehen lassen. Es ist heute noch nicht möglich, eine ganz bestimmte Erklärung abzugeben, wie sie Herr Dr. Voge von uns verlangt. Wir wissen noch nicht, ob wir dort bessere Tennisplätze schaffen werden, oder was geschehen soll; die Plätze sollen sehr gut liegen, aber sich in schlechter Verfassung befinden. Im übrigen ist der untere Teil überhaupt noch nicht Gegenstand des Vertrages, sondern wir begnügen uns einstweilen noch mit dem oberen Teile, so daß die Tennisplätze bis zum 1. Oktober 1910 sicher bestehen bleiben.

Herr W e s e m e i e r: Ich möchte die Frage des Herrn Dr. Voge ausdehnen auf die Landwirte und Gärtner, die dort Erdbeerplantagen usw. angelegt haben und schwer geschädigt würden, wenn man ihnen das Land wegnähme.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e n e r: Das sind Fragen, die wir demnächst zu erörtern haben werden; ich halte es für bedenklich, heute zu erklären, daß der Magistrat die Verträge fortsetzen will. Wir haben die Ermietung des Platzes in Aussicht genommen, nicht um ihn weiter zu vermieten, sondern um dort einen Spielplatz zu beschaffen; sollte die Stadt es aber für wünschenswert und vorteilhaft halten, die Verträge zwischen Herrn Oberamtmann Mehrkorn und den betreffenden Privatpersonen fortzusetzen, so läßt sich darüber sprechen. Auf jeden Fall die Verträge aufzulösen, will ich nicht sagen, aber eine bestimmte Erklärung darüber abzugeben, daß wir sie fortsetzen wollen, bin ich heute auch nicht in der Lage.

Die Vorlage wird darauf genehmigt.

XVII. Verlängerung des Kanals usw. in der Roßstraße.

Der Schlossermeister Küster beabsichtigt, auf dem Grundstücke Roßstraße Nr. 17 ein Doppelhaus zu errichten und ersucht, Gas-, Wasser- und Kanalaröhrn bis zu dem Grundstücke zu verlegen. Der Magistrat gibt anheim, auf der betreffenden Strecke einen provisorischen Kanal auf Kosten des Herrn Küster, sowie außerdem Gas- und Wasseraröhrn bei gleichzeitiger Aenderung der Straßenbeleuchtung (Umänderung von drei Petroleumlaternen in solche mit Gasglühlichtbeleuchtung) auf Kosten der Stadt zu verlegen.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr F r i e berichtet, wird die Vorlage gutgeheißen.

XVIII. Erwerb von Grundstücken für das neue Wasserwerk bei Müningen.

Nachdem wegen der in der Müninger Feldmark an der Ostseite der Braunschweig - Wolfenbütteler Eisenbahn zwecks Erbauung eines zweiten Wasserwerkes zu erwerbenden Flächen der Stadt das Recht der Zwangsenteignung ver-

liehen war, sind die erforderlichen Güteverhandlungen von der Herzoglichen Kreisdirektion Braunschweig eingeleitet. Ihr Resultat ist folgendes gewesen:

A. Südlich des Interessentenweges Nr. 169: Für die hier in Frage kommenden Teilflächen von zusammen 96 a 67 qm werden von den Eigentümern Harms, Wendroth, Beutnagel und der Kirche zu Rünningen 3500 *M* pro 25 a gefordert. Daneben beansprucht Herr Harms Abnahme der für ihn wertlosen Restfläche des Planes Nr. 118 zu 11,26 a zu gleichem Preise und die Kirche zu Rünningen Abfindung des Pächters Habekost. Letzterer zahlt 100 *M* pro Morgen Pacht und verlangt für den Verlust des ihm bis zum 1. Oktober 1922 eingeräumten Pachtrechtes sowie für Beseitigung einer Bude 1000 *M* Entschädigung. Der Nebenanspruch von Harms wird vom Magistrat für begründet erachtet, so daß für 15 110,20 *M* insgesamt 1 ha 7 a 93 qm Grundstücke zu erwerben sein würden. Der Preis der Grundflächen ist ohne Frage hoch, aber bei Lage der Umstände hält der Magistrat für zweckmäßig, die Forderungen der Eigentümer zu bewilligen. Dagegen erscheint die von dem Pächter Habekost geforderte Entschädigung als übertrieben hoch, und der Magistrat kann sich nicht dazu verstehen, mehr als 500 *M* Entschädigung zu zahlen. Da indessen das Pachtrecht nicht enteignet werden kann, so bleibt nichts anderes übrig, als die 16,03 a große Teilfläche des Kirchenplanes zu enteignen.

B. Nördlich vom Wege Nr. 169: Vom Plane Nr. 154 b der Witwe Stiddien ist eine Teilfläche von 1 ha 30 a 19 qm erforderlich. Hierfür werden 4000 *M* pro 25 a nebst Einräumung des Rechtes gefordert, die zur Wasserfassung bestimmte Fläche zur Herrichtung eines Gleisanschlusses für die Restfläche des Planes Nr. 154 b zu benutzen. Die Grundentschädigung würde somit 20 830,40 Mark betragen. Der Magistrat ist bereit, auch diese Forderung zu bewilligen.

C. Sehr schwierig waren die Verhandlungen wegen Erlangung des Rechtes, innerhalb des Stiddien'schen Planes das Wasserrohr und die Abelleitungen sowie einen Tonröhrenkanal zur Ableitung des Spülwassers zu verlegen. Das Recht, diese Anlagen herzurichten und dauernd zu unterhalten, ist für das Wasserwerk von der größten Bedeutung, der Magistrat hat deshalb schließlich eingewilligt, daß für seine Einräumung und Sicherung durch grundbuchamtliche Eintragung eine einmalige Entschädigung von 5000 *M* gezahlt werde. Auch hat sich der Magistrat damit einverstanden erklärt, daß außer der unter B erwähnten Teilfläche noch ein an deren Ostseite gelegener 350 qm haltender Streifen zum Preise von 4000 *M* pro 25 a an die Stadt abgetreten wird. Endlich mußte der Magistrat auch die Forderung der Witwe Stiddien als berechtigt anerkennen, die beiden Pächter, Bahnmeister Priesemann und Weichensteller Hoptopp, deren Spargel- und Himbeeranlagen von dem Rohrgraben durchschnitten

werden, stadtseitig abzufinden. Die endgültige Bemessung dieser Vergütung dürfte der Quellwasserdeputation zu überlassen sein.

Hiernach wird anheimgegeben, die Entschädigungen für die durch Enteignung zu erwerbenden Flächen nach den vorstehenden Angaben zu bewilligen, der Enteignung der 16,03 a großen Teilfläche des Planes der Rüninger Kirche zuzustimmen und den notariellen Vertrag vom 12. Februar 1910 mit der Maßgabe zu genehmigen, daß die den Pächtern Priesemann und Hotopp zu zahlenden Entschädigungen von der Quellwasserdeputation festgesetzt werden.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr W o l t e r s berichtet, wird die Vorlage in allen Teilen gutgeheißen,

und darauf die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis gegen 7 Uhr.

B e r i c h t
über die
Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig
in deren Sitzung am 24. Februar 1910.

Tagesordnung:

- | | |
|---|-----------|
| I. Stadthaushaltsplan für 1910/1911. | Seite 586 |
| II. Antrag Kßmann: Aenderung des Wahlrechtes bei den Landtagswahlen | „ 594 |
| III. Antrag Frede: Reinigung der Bürgerschulen | „ 596 |
-

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Netemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg und Wagner.

Entschuldigt die Herren Bues, Koch und Möhle, außerdem fehlt Herr Kalmß, und später erscheinen die Herren Bunge und Weichsel.

Der Vorsitzende, Herr Hauswaldt, eröffnet die Versammlung und teilt zunächst mit, daß eine Einladung des Gaues Niedersachsen des Deutschen Handlungsgehilfenverbandes zu einer am 6. März stattfindenden Versammlung eingegangen sei.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Stadthaushaltsplan für 1910/11.

Herr W o l t e r s: Der uns heute zur Beratung vorliegende neue Etat ist jedem Mitgliede der Versammlung zugegangen.

Zunächst möchte ich mir einige Bemerkungen gestatten über die äußere Form des Etats. Gemäß den Beschlüssen der städtischen Behörden sind einige bisher dem Haushaltsetat angehängte Etats nunmehr der Rämmereikasse einverleibt, nämlich der Etat der Markthalle und der Brausebäder. Es besteht die Absicht, demnächst noch weitere der jetzt angehängten Etats der Rämmereikasse einzuverleiben. Aus einer demnächst zur Beratung kommenden Vorlage geht die Absicht des Magistrates hervor, die Etats der Straßenreinigung und der Neustadtmühle ebenfalls der Rämmereikasse einzuverleiben. Dasselbe soll auch geschehen mit dem Etat der Armenkasse. Es ist das mit großer Freude zu begrüßen, weil gerade dieser Etat noch einen Nebenetat hat, nämlich den Etat des Pflegehauses. Nachdem im vorigen Jahre das Vermögen der Armenkasse dem Rämmereikassenvermögen einverleibt ist, liegt um so mehr Anlaß vor, den ganzen Etat hier einzufügen. Die Finanzkommission ist der Meinung, daß man auf die Anfrage des Magistrates im Begleitschreiben, ob man mit der Art und Weise, wie sie hier eben geschildert ist, künftig fortfahren soll, die Antwort erteilen möchte, es solle dem Magistrate empfohlen werden, das Verfahren auch künftig innezuhalten und soweit möglich, die angehängten Etats dem Rämmereikassenetat zu überweisen. Das Verfahren ist im Interesse der größeren Uebersichtlichkeit des Etats zu empfehlen und ist auch in der Organisation der Verwaltung damit eine Verbesserung verbunden.

Nun zur Sache selbst. Es wird angenommen, daß aus dem laufenden Etatsjahre 1909/10 ein Fehlbetrag von 240 000 *M* zu erwarten ist, während in dem uns vorliegenden neuen Etat ein Fehlbetrag von 152 200 *M* angenommen wird. Nur einige kurze Bemerkungen über die Entstehungursache des Fehlbetrages. Wir haben die Finanzlage schon bei der früheren Beratung sehr ausgiebig besprochen, deshalb nur einige Worte hierüber. Als der Etat des laufenden Jahres uns zur Beratung vorlag, war der Stand unserer Finanzen der folgende: Wir hatten zu Anfang des vorigen Jahres ein Dispositionsquantum von 212 400 *M* für den Fall in Aussicht genommen, daß die Gehaltserhöhungen der städtischen Beamten und Lehrer in dem jetzt laufenden Etatsjahre zum Zuge kommen sollten. Ueber die Magistratsvorschläge sind bekanntlich die Beschlüsse der städtischen Behörden noch hinausgegangen und zwar zunächst wegen der Höhe der Gehaltsätze in der Weise, daß für die festangestellten Beamten nach der damaligen Berechnung eine Jahressumme von 184 400 *M*, und für die nicht festangestellten Beamten ein Jahresbetrag von 25 600 *M*, zusammen 210 000 *M*,

beschlossen wurden. Soweit hierbei die Kämmereikasse als solche in Betracht kommt, sind diese Summen nicht in voller Höhe zu rechnen, weil auch diejenigen Gehaltserhöhungen einbegriffen sind, die mit der Kämmereikasse nichts zu tun haben, sondern anderen Kassen entnommen werden. Abgesehen von der weiteren Erhöhung der Gehälter sind wir zur Ueberschreitung der damaligen Dispositionsmenge aber auch besonders durch die Beschlußfassung gekommen, daß eine Nachzahlung der Gehaltserhöhungen vom 1. Oktober 1908 ab erfolgen sollte.

Was die Einnahmen des laufenden Etats betrifft, so haben wir außerdem angenommen, daß ein Betrag von ungefähr 100 000 *M* an Einkommensteuer mehr eingeht würde, ferner ist die Veränderungssteuer für ein Halbjahr im Betrage von 50 000 *M* neu gegen den Etatsanschlag. Dagegen ist zu berücksichtigen, daß der aus dem Schulhausbaufonds in Aussicht genommene Zuschuß von 100 000 *M* nicht in den ordentlichen Etat überführt worden ist, auch ist ihm wieder entzogen der Ueberschuß aus dem Ordinarium des Jahres 1907/08 mit 400 392,35 *M*.

Das sind die Gründe, weshalb mutmaßlich der Etat 1909/10 mit einem Fehlbetrage von 240 000 *M* abschließen wird.

Was nun den neuen Etat für 1910/11 anlangt, so wird angenommen, daß gegenüber dem Voranschlage des laufenden Jahres im Jahre 1910/11 125 000 *M* mehr an Einkommensteuer eingeht wird, ebenso ein größerer Betrag aus der Grund- und Gewerbesteuer (31 000 *M*) und aus der Abgabe des Elektrizitätswerkes (21 000 *M*). Ferner tritt dann die Veränderungssteuer für ein volles Jahr in Kraft zu dem angenommenen Umfange von 117 600 *M*. Nach dem Voranschlage ist am Schlusse des Etatjahres 1910/11 ein Defizit von 152 200 *M* angenommen, und das ist durch folgende Ursachen veranlaßt worden. Wie gemäß der Beschlußfassung der städtischen Behörden vor Jahresfrist der vorhin erwähnte Ueberschuß aus dem Jahre 1907/08 nicht der Kämmereikasse, sondern dem Ausgleichsfonds zugeführt worden ist, so wird der Ueberschuß aus 1908/09 mit 165 936,17 *M* ebenfalls der Kämmereikasse entzogen. Sodann ist der Zuschuß aus dem Schulhausbaufonds mit 100 000 *M* auch im Jahre 1910/11, wie in den künftigen Jahren nicht zu leisten. Dagegen wird später unserm Beschlusse gemäß der Kämmereikasse ein Fünftel der Einnahmen aus den Gas- und Wasserwerken zugeführt werden.

Das sind die Ursachen für die zu erwartenden Fehlbeträge des laufenden und des vorliegenden Etats. Zur Deckung dieser Fehlbeträge ist der durch unsere Beschlußfassung vorgesehene Ausgleichsfonds sehr wohl in der Lage. Gerade durch die Hinzufügung der vorgenannten Summen ist es möglich geworden, daß wir nach Deckung des Defizits zum 1. April 1911 nach dem Voranschlage noch rund 478 000 *M* im Ausgleichsfonds haben werden.

Wir dürfen deshalb ohne Sorge die jetzt vorliegenden Defizitsummen einstellen, ohne darauf bedacht zu sein, sie zu beseitigen: der Ausgleichsfonds ist in der Lage, die entstehenden Fehlbeträge zu übernehmen.

Wenden wir uns nun dem Etat selbst zu.

1. Voranschlag der Kämmereikasse.

A. Ordentliche Einnahmen und Ausgaben.

Kapitel I. Kämmerervermögen.

Herr Sander: Auf der Seite 11, Abteilung IV, vermissen wir einen Betrag für die Instandhaltung des Amalienplatzes. Schon voriges Jahr habe ich darauf hingewiesen, daß der Zustand des Platzes ein sehr trauriger ist, und ich habe geglaubt, daß in diesem Jahre etwas geschehen würde, um den Platz als Spielplatz tauglich zu machen. Ich möchte bitten, sich des Platzes etwas annehmen zu wollen.

Herr Wolters: Auf Seite 13 beträgt die Kapitalschuld unter 1 nicht 1 000 000 M, sondern 1 500 000 M, es handelt sich hier um einen Druckfehler.

Herr Henking: Ich kann nicht finden, daß das ein Druckfehler ist, weil bei der Aufrechnung der Kapitalschulden tatsächlich nur 1 000 000 M angenommen sind.

Herr Wolters: Es war ursprünglich nur ein Betrag von 1 000 000 M eingestellt worden, während der weitere Betrag von 500 000 M an den Schluß kommen sollte. Als dieser am Schluß gestrichen wurde, ist es vergessen, ihn hier mit einzurechnen.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Ich möchte mir erlauben, die Aufmerksamkeit der geehrten Versammlung auf eine Bemerkung des Begleitschreibens auf Seite 4 unter Nr. 15 zu richten. Es handelt sich dort um die Kosten der Beleuchtung des Rathauses. Die Bemerkung im Begleitschreiben lautet: „Der für die fragliche Unterhaltung seither eingesezte Betrag ist wegen Ersatzes von Metallfadenlampen (von 700 M) auf 950 M erhöht. Wir bemerken dabei, daß das Lichtwerk zum unentgeltlichen Ersatz unbrauchbar gewordener Metallfadenlampen nicht ohne weiteres verpflichtet erscheint, daß aber andererseits beim Austausch der Kohlenfadenlampen die inzwischen eingeführte Reichssteuer unseres Erachtens dem Abnehmer nach § 1 der Lieferungsbedingungen nicht zur Last fällt.“ Ich muß gestehen, daß darin ein Fehler enthalten ist, wofür mich die Schuld trifft. Bei der Abfassung des Schreibens habe ich

den § 39 des im vorigen Jahre erlassenen Leuchtmittelsteuergesetzes nicht beachtet. Nun ist in den Lieferungsbedingungen nur schlechthin gesagt, daß die Auswechselung der Glühlampen unentgeltlich zu erfolgen habe; ich glaube deshalb, der Magistrat wird genötigt sein, die Belastung der Stadt ausdrücklich anzuerkennen und den Aufschlag durch die Steuer dem Lichtwerke zu bezahlen.

Kapitel II. Markthalle.

Herr **Wolters**: Früher lautete dieses Kapitel „Für kirchliche Zwecke“, während jetzt der Etat der Markthalle dafür eingestellt ist. Für kirchliche Zwecke ist ein Etatsansatz nicht mehr nötig, wie es näher im Begleitschreiben des Magistrates ausgeführt worden ist. In dem Begleitschreiben stellt der Magistrat die Frage an die Versammlung, ob sie den Wunsch habe, laufend über die für kirchliche Zwecke aufgenommenen Anleihen und die Verabfolgung der einzelnen Summen an die gemeine Kirchenkasse unterrichtet zu werden, in welchem Falle er das Erforderliche in den alljährlichen Rechnungsabschlüssen vermerken werde. Die Finanzkommission hat Ihnen zu empfehlen, auf solche Mitteilung zu verzichten. Wir haben im Etat nichts damit zu tun, sondern haben bisher lediglich davon Kenntnis genommen, ohne auf die Verwendung der Anleihen Einfluß zu haben. Freilich haben wir die Kirchensteuer mit zu bewilligen, jedoch sind wir über ihre Verwendung ohne Einfluß. Es wurde angeregt, ob vielleicht der Magistrat gelegentlich des Aufschreibens, durch das die Zustimmung zu den Kirchensteuern eingestellt wird, eine Erläuterung geben will, indessen liegt ein Beschluß der Finanzkommission darüber nicht vor, es wird vielmehr empfohlen, auszusprechen, daß solches dem Magistrate überlassen bleiben solle.

Zu dem Kapitel II selbst findet sich nichts zu bemerken.

Kapitel III. Unterrichtswesen.

Herr **Wolters**: Dieses Kapitel wird in üblicher Weise zurückgestellt bis zur Beratung der betreffenden Einzelstats. Bemerkt soll nur werden, daß die von der Kammereikasse für das Unterrichtswesen aufzubringende Summe anschlagsmäßig 1 424 220 *M* beträgt, während sie sich in den Vorjahren auf 1 257 509 *M*, 1 235 847,50 *M*, 1 169 809,51 *M* belief.

Kapitel IV. Kunst und Wissenschaft.

Herr **Wolters**: Auf Seite 47 finden sich unter III zwei dem hiesigen Vereine „Volkslesehalle“ bewilligte Ausgabebeträge, nämlich a) 4 Prozent Zinsen auf das von den städtischen Behörden für Zwecke der Volkslesehalle zurückgestellte Kapital von 60 000 *M* mit 2400 *M* und b) ein Zuschuß zu den

laufenden Kosten mit 10 000 *M.*, zusammen 12 400 *M.* Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen, die beiden Summen zusammenzuziehen in 12 400 *M.* als Zuschuß für den Verein „Volkslesehalle“, weil der Ausdruck „Zinsen“ nach übereinstimmender Ansicht des Magistrates und der Finanzkommission nicht recht bezeichnend ist. Man hat damals bei der Beschlußfassung über diesen Punkt nur das Bestreben gehabt, die Zinsen auf die der Lesehalle einzeln zugewendeten Beträge ihr nicht entgehen zu lassen. — Die Versammlung ist damit einverstanden.

Kapitel V. Armenpflege.

Herr W o l t e r s: Dieses Kapitel wird bis zur Erledigung der betreffenden Einzelstats zurückgestellt. Bemerkt mag werden, daß der stadtseitige Zuschuß zur Deckung der Fehlsomme 532 300 *M.* beträgt.

Kapitel VI. Gesundheitswesen.

Herr S e n k i n g: Ich fühle mich verpflichtet auf den Posten „Kosten der Desinfektionsanstalt“ die Aufmerksamkeit zu lenken. Aus den Vorverhandlungen weiß ich freilich, daß der von ärztlicher Seite geäußerte Wunsch, man möge die gesetzlich vorgeschriebenen Desinfektionen auf Kosten des Gemeinwesens erfolgen lassen, zunächst keine Aussicht auf Verwirklichung hat, jedoch soll man soweit möglich den Ausbruch gemeingefährlicher Krankheiten durch zweckmäßig angeordnete Desinfektionen zu verhindern suchen und deshalb alles tun, was zur Erreichung dieses Zieles führen kann. Dazu gehört in erster Linie, daß die weniger bemittelten Kreise sich nicht vor den Kosten scheuen, ärztliche Hilfe heranzuholen. Wenn in dieser Beziehung auch seitens der Stadt manche Erleichterung geboten wird, so nimmt doch dieser und jener häufig Veranlassung, das Auftreten gemeingefährlicher Krankheiten, z. B. des Scharlach, zu verheimlichen. Man läßt auch die Kinder umherlaufen, wenn sie eben das Fieber verloren haben und wartet selbst die Schälperiode nicht ab, wobei die Kinder sehr leicht Nierenentzündungen usw. ausgesetzt sind. Es ist das Beweis genug, daß die Kinder lange genug im Zimmer bleiben müssen und daß die Desinfektion hinterher kostenfrei erfolgen sollte. Dem Vernehmen nach sollen die Familienvorstände nach neuerdings getroffener Anordnung bei einem Einkommen von nicht mehr als 1500 *M.* auf entsprechendes Gesuch die Desinfektionskosten frei haben, ich möchte aber den Wunsch äußern, daß solche Gesuche nicht mehr nötig sind und es genügt, zu sagen, daß die Einkommen von nicht mehr als 2000 *M.* frei von einer derartigen Abgabe sind. Wenn das geschieht, so werden die betreffenden Kreise viel eher Veranlassung nehmen, die Desinfektion der Wohnungen nicht zu scheuen und auch rechtzeitig ärztliche Hilfe herbeiholen. Solche vorbeugenden Maßregeln sind zum Wohle der Stadt durchaus erforderlich.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Es ist zuzugeben, daß es sehr erwünscht sein würde, wenn die Desinfektion der Wohnräume in möglichst weitem Umfange alsbald nach der Wiederherstellung der an ansteckenden Krankheiten leidenden Personen erfolgt, jedoch ist es nicht durchführbar, den von Herrn Sanitätsrat Henking vorgeschlagenen Weg zu beschreiten. Das Gesetz verlangt einen Antrag der betreffenden Personen, bevor die Uebernahme der Desinfektionskosten auf öffentliche Rechnung erfolgen kann. Darüber können wir uns um so weniger hinwegsetzen, als die Sache nur im Einvernehmen mit der Herzoglichen Polizeidirektion erledigt werden kann, und diese würde, weil der Staat die Hälfte der Kosten übernehmen muß, darauf bestehen, daß ein Antrag auf Uebernahme der Kosten vorhergehen muß.

Uebrigens darf ich darauf hinweisen, daß es hierbei nicht auf das tatsächliche Einkommen von 1500 *M* ankommt, sondern auf das steuerpflichtige Einkommen in dieser Höhe, und alle die Herren wissen genau, daß sehr viele Familien mit größerer Kinderzahl in einer entsprechend niedrigeren Steuerklasse zu veranlassen sind, weil für jedes Kind ein Betrag von 50 *M* abgesetzt werden muß. Ich habe auch schon in der Kommission darauf hingewiesen, daß bei Todesfällen selbst bis zur Grenze von 2000 *M* Einkommen gegangen wird. Ich hoffe, daß wir in dieser Weise allmählich auf die Bahn kommen, die Herr Sanitätsrat Henking wünscht. Es gibt aber eine Gruppe von Ständesvertretern, die uns hierbei helfen könnte, und das sind die Herren Ärzte. Es wäre nämlich erwünscht, daß diese noch pünktlicher und vollständiger als bisher dem Herrn Stadtphysikus die Anzeige von solchen Krankheiten machen würden, da es dann noch besser möglich sein würde, beizeiten helfend einzugreifen. Diese Aufforderung richtet sich übrigens nicht an die in der Versammlung gegenwärtigen Herren Ärzte, sondern an andere. Außerdem würde es erwünscht sein, daß die von ansteckenden Krankheiten betroffenen Familien auch wirklich Ärzte beauftragen und nicht Kurpfuscher. Die Stadt ist also bereits an die Grenze des Menschenmöglichen gegangen, wenn sie bei einem steuerpflichtigen Einkommen bis zu 1500 *M* die Desinfektionskosten im Betrage von etwa 8 *M* übernehmen läßt.

Herr Bunge: Ich hatte schon vor zwei Jahren diese Frage angechnitten. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß in solchen Fällen die Stadt alles bezahlt, was notwendig ist und zwar schon aus dem Grunde, weil sonst, wie Herr Sanitätsrat Henking bereits hervorgehoben hat, viele Sachen verheimlicht werden. Eine ganze Anzahl von Leuten verheimlichen den Ausbruch ansteckender Krankheiten, auch wenn sie das Geld für Arzt und Desinfektion besitzen, und schaffen dadurch direkt Pestherde. Deshalb bitte ich, sich auf den Standpunkt zu stellen, daß die Stadt alles bezahlt, was irgend möglich ist.

Herr Stadtrat von Frankenberg sagt freilich, die Stadt sei an der Grenze des Menschenmöglichen angelangt; es wird aber teilweise noch für manche Sachen soviel Geld ausgegeben, wo es nicht am Platze ist, daß hier vor allen Dingen nicht gespart werden sollte. Viele Leute stehen auf dem Standpunkte, daß sie bei Einreichung eines derartigen Gesuches ihres Wahlrechts verlustig gehen. Wenn auch Herr Stadtrat von Frankenberg in der Kommission erklärt hat, daß das nicht der Fall wäre, was ja zutrifft, so besteht doch bei vielen Leuten das Gefühl, daß ihnen das Wahlrecht genommen werden könnte. Außerdem kommt in Betracht, daß den Leuten durch solche Gesuche große Beschwerden auferlegt werden: Sie müssen zuerst nach der Polizei, dann nach dem Magistrate und schließlich werden sie wieder zur Polizei geschickt usw. Man sollte den Leuten die Sache möglichst zu erleichtern suchen. Am allerbesten wäre es, wenn sämtliche Bürger der Stadt von den Kosten befreit würden.

Herr **Leinknecht**: Ich bin dem Magistrate sehr dankbar für die Zusage, daß die Einkommen bis zu 2000 *M* von den Desinfektionskosten befreit werden sollen. Wenn nun vom Magistratsstische weiter gesagt wird, es wäre sehr wünschenswert, daß die Aerzte die betreffenden Meldungen zeitiger machten, so will ich dazu bemerken, daß die Aerzte verpflichtet sind, die Meldung von dem Auftreten der Krankheit zu machen, nicht aber auch von dem Erfordernis der Desinfektion. Ich glaube, daß sich trotzdem kein Arzt dieser moralischen Verpflichtung entzieht, und meines Wissens machen auch sämtliche Aerzte von dem Ablauf der Krankheit Meldung und berichten, daß die Desinfektion der Wohnung erfolgen kann. Sehr erwünscht wäre es, wenn die Aerzte gleich schreiben dürften, daß die Befreiung von den Kosten der Desinfektion beantragt würde. Vielen Leuten ist ein solcher Antrag bei Magistrat oder Polizei unangenehm, während sie es ihrem Arzte viel leichter sagen. Wenn den Aerzten gestattet würde, auf die Meldung zu schreiben: „Befreiung von den Kosten wird beantragt“, und es zeigte sich bei Nachprüfung, daß die Einnahmen nicht höher sind, als 1500 *M* resp. 2000 *M*, so wäre für die Leute eine bedeutende Erleichterung geschaffen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Man wird doch wohl außerordentlich vorsichtig sein müssen, ehe man sich zu dem von Herrn Bunge vorgeschlagenen Schritte entschließt. Augenblicklich liegen die Verhältnisse so: Wenn in einem Falle nachgewiesen wird, daß die betreffende Familie die Kosten ohne schwere Opfer nicht aufbringen kann, so wird die Uebernahme der Kosten auf öffentliche Rechnung bewilligt. Diese Uebernahme hat zur Folge, daß die Herzogliche Polizeidirektion die Hälfte der Kosten erstattet. Würden wir den Weg des Herrn Bunge beschreiten, so würden wir glatt den ganzen Staatszuschuß einbüßen und die sämtlichen Kosten auf städtische Rechnung übernehmen

müssen. Dabei handelt es sich um einen Betrag von jährlich 15 000 *M.* Daß die Versammlung so nobel gegenüber dem Staate sein will, vermag ich nicht anzunehmen, das wäre eine ausgleichende Gerechtigkeit, wie sie selbst Herr Bunge wohl nicht wünschen wird. Man wird sagen müssen, das heißt weit über das Ziel hinausschießen.

Die Anregung des Herrn Dr. Kleinfnecht ist viel eher durchführbar, und ich erkläre mich bereit, in der Richtung mit der Herzoglichen Polizeidirektion zu verhandeln. Es ist früher schon darauf hingewiesen, daß die Anträge auf Desinfektion von Wohnungen von der Feuerwehr angenommen werden, so daß von vielen zeitraubenden Wegen nicht die Rede sein kann. Nach dem Rathause braucht außerdem niemand zu gehen, sondern nur nach der Herzoglichen Polizeidirektion. Ich will also gern einen derartigen Versuch machen, jedoch würde es erforderlich sein, daß die Ärzte über die Verhältnisse der betreffenden Familien und die Zahl ihrer Kinder Aufschluß geben können. Wenn man solche Unterlagen nicht hat, läßt es sich nicht machen.

Herr Ribbentrop: Es ist jetzt über ein Jahr her, daß ich bat, einen anderen Krankenwagen zu beschaffen, trotzdem rollt das alte Behikel immer noch in der Stadt umher und bereitet den armen Kranken die entsetzlichsten Schmerzen. Ich will nur wünschen, daß die Herren nicht einmal an Blinddarm-entzündung leiden und mit dem Wagen befördert werden müssen.

Herr Stadtrat von Frankenber: Ich kann mich dem Wunsche auf eine gute Gesundheit der Herren Stadtverordneten nur anschließen, möchte aber darauf hinweisen, daß vor kurzem eingehende Prüfungen von Automobilwagen zum Transporte von Kranken stattgefunden haben. Wir sind indessen noch nicht zu einem Ergebnis gekommen, weil wir von den verschiedensten Seiten gehört haben, daß die Entwicklung der Technik auf diesem Gebiete sich zurzeit in einem solchen Ubergangsstadium befindet, daß es gewagt wäre, an die Versammlung jetzt mit einem solchen Antrage heranzutreten. Es empfiehlt sich, noch weitere Erfahrungen abzuwarten. Ich habe mir in Hannover auch einen elektrischen Krankenwagen angesehen, der ein ganz vorzügliches Fahrzeug war, aber man tut trotzdem gut, die Sache noch zweimal zu überlegen, bevor man die Bewilligung von 15 000 bis 20 000 *M.* für solchen Wagen vorschlägt.

Herr Ribbentrop: Die Technik wird sich immer noch weiter entwickeln, so daß man darauf unmöglich noch länger warten kann. Ich möchte bitten, in dieser dem Wohle der Stadt dienenden Sache recht bald einen Beschluß zu fassen.

Herr Wolters: Unter C. 3. b. auf Seite 53 des Haushaltsplanes ist für die Beschaffung eines Schwimmbaggers ein Betrag von 3500 *M.* ausgewor-

fen. Die Finanzkommission ersucht, zu beschließen, daß dieser Betrag noch nicht endgültig beschlossen, sondern vorerst nur zur Verfügung der städtischen Behörden gestellt wird, da es fraglich erscheint, ob man sich nicht besser dabei steht, die Arbeiten einem Unternehmer zur Ausführung zu übergeben.

Herr *F r e d e*: Es sind hier unter C. 1. a. auch 1100 *M* für die Regulierung des Okerbettes durch Beseitigung der angeschwemmten Sandmassen ausgeworfen. Ich möchte dabei einem Wunsche derjenigen Ausdruck geben, die regelmäßig dem Baden obliegen. Das Abonnement beginnt gewöhnlich mit dem 15. Mai, aber die Badenden, zu denen ich auch gehöre, müssen regelmäßig Anfang Juni aufhören, weil dann die Oker behufs Fortschaffung der angeschwemmten Sandmassen abgelassen wird. Diese Reinigung dauert gewöhnlich 14 Tage, dann folgen die großen Schulferien, in denen viele Abonnenten von hier fortgehen, so daß die eigentliche Badezeit sich nur auf die Monate August und September erstreckt. Ich bitte, die Ausbaggerungen möglichst frühzeitig vornehmen zu lassen, damit solche unangenehmen Störungen vermieden werden.

Herr Bürgermeister *M e y e r*: Im vergangenen Jahre ist der gleiche Wunsch zum Ausdruck gebracht worden, aber es ist schwer, ihn zu erfüllen. Die Oker wird nämlich abgelassen, nicht nur wegen der Ausbaggerung der Badeanstalten, sondern auch, damit die Anlieger ihre Uferbauten ausbessern lassen können, das läßt sich in dieser Jahreszeit nicht machen, sondern nur im Sommer. Außerdem sind wir hierbei von der Herzoglichen Baudirektion abhängig. Wir haben früher schon einmal den Wunsch ausgesprochen, das Ablassen der Oker nicht in die Badezeit zu verlegen, sind aber nicht damit durchgekommen.

Herr *H e n k i n g*: Ich möchte mich dem Wunsche des Herrn *Frede* anschließen. Es ist tatsächlich nachteilig, wenn man die Arbeiten erst im Juli oder August macht. In der heißen Jahreszeit tritt an den Okerböschungen leicht eine derartige Gasentwicklung auf, daß es für die Badenden unangenehm ist, zum mindesten ist es widerwärtig, wenn derartige Gerüche in der Hochsommerzeit vom Okerbett ausgehen. Ich möchte bitten, bei der zuständigen Behörde dahin zu wirken, daß die Reinigung der Oker früh genug vorgenommen wird.

Kapitel VII. Vereinszwecke und Volksfeste.

Hierzu findet sich nichts zu bemerken.

Kapitel VIII. Feuerlöschwesen.

Herr *W o l t e r s*: Bezüglich der Seite 63 unter ee. vorgesehenen Lohnsätze der Feuerwehrmänner von 1200 bis 1600 *M* beantragt die Finanzkommission,

zu beschließen, daß der Magistrat prüfen möge, ob sich das Höchstgehalt für die Feuerwehrmänner bis auf 1700 *M* hinaufrieden lasse. Da nach Ablauf jedes Rechnungsjahres vom Magistrate der Versammlung eine Lohnstatistik überreicht wird, so können etwaige weitere Wünsche bei Gelegenheit der Besprechung vorgebracht werden.

Herr W e s e m e i e r: Ich erkenne an, daß die Löhne der Feuerwehrleute um 100 *M* höher geworden sind. Das rührt wohl von dem Vorgehen der beteiligten Feuerwehrleute her, die uns einen Schriftsatz zugestellt haben. In diesem Jahre wurde eine höhere Forderung aufgestellt, bei der sich alle Feuerwehrleute ohne Ausnahme unterschrieben haben, und diese Forderung geht dahin, das Einkommen der Oberfeuerwehrmänner von 1800 *M* auf 2400 *M* und der Feuerwehrmänner von 1350 *M* auf 1950 *M* zu erhöhen. Ich nehme an, daß die von der Kommission vorgeschlagene weitere Erhöhung der Löhne eine Folge dieses Vorgehens ist. Die Kommission schlägt uns vor, bis 1700 *M* zu gehen, aber den Magistrat zuerst zu ersuchen, in eine Prüfung einzutreten, ob solche Erhöhung auch möglich ist. Wenn wir einen Vergleich mit anderen Städten ziehen — und ich nehme an, daß uns die Feuerwehrleute authentische Zahlen zugestellt haben — so sind unsere Feuerwehrleute doch recht schlecht gestellt. Der Beruf dieser Leute ist bekanntlich ein sehr anstrengender und die beste Manneskraft wird in dem Dienste ausgenutzt. Ein so gefährlicher Beruf ist aber mit 1600 *M* Höchsteinkommen zu niedrig eingeschätzt. Es handelt sich bei den Feuerwehrleuten um gelernte Handwerker, die in ihrem Handwerke einen höheren Lohn als hier verdienen würden. (Widerpruch.) Da es sich hier um eine Elite von Handwerkern handelt, so wäre es nicht zu viel, wenn wir für die Leute einen Lohnsatz von 1300 bis 1900 *M* festlegten, dann würden wir erst mit den Städten Altona, Bochum und Kiel rangieren, während uns manche andere Städte doch noch über wären.

Herr W o l t e r s: Ich möchte bitten, die Kommissionsfassung anzunehmen und einem etwaigen Antrage des Herrn Vorredners nicht zu folgen, damit den sachverständigen Mitgliedern der Deputation Gelegenheit gegeben wird, sich über die Lohnsätze zu äußern. Deshalb habe ich mir auch erlaubt, die Lösung der Frage mit der uns demnächst zugehenden Lohnübersicht zu verbinden. Sachlich will ich dem Vorredner durchaus nicht entgentreten.

Herr S c h m i d t: Der Etat wird hier zu allen möglichen Erfürsen benutzt, ich möchte deshalb Ihre Aufmerksamkeit auch auf eine Sache lenken, die uns alle interessiert. Wie der Etat ausweist, sind die Einnahmen für unsere Feuerwehr nicht besonders im Wachsen begriffen, während die Ausgaben ganz gewaltig an-

schwellen. Diese Ausgaben kommen in der Hauptsache der Landesbrandkasse zugute, die uns jährlich eine Lumperei von 12 000 *M* als Zuschuß zahlt. Wenn wir wissen, daß wir Braunschweiger den ganzen Reservefonds der Landesbrandkasse von 10 Millionen Mark geleistet haben, so werden Sie den Vorschlag, in dieser Beziehung etwas zu erreichen, wohl begründet finden. In diesem Jahre haben wir wieder 154 000 *M* Beiträge zur Landesbrandkasse mehr bezahlt, als wir Entschädigungen bekommen haben, während die kleineren Gemeinden des Herzogtums mehr Entschädigungen bekommen haben, als sie Prämien bezahlen. Der ganze Reservefonds ist daher von der Stadt Braunschweig zusammengebracht. Gegenüber solchen Verhältnissen wäre es doch wohl angebracht zu fragen, ob es nicht möglich ist, die Landesbrandkasse in irgend einer Weise zu höheren Beiträgen für unsere Feuerwehr heranzuziehen oder aber die Beiträge zur Brandkasse für unsere Stadt herabzusetzen. Wir haben Positionen in dem Jahresabschlusse der Landesbrandkasse, wo die Stadt Braunschweig mehr Prämien zahlt, als das ganze Land. Ich möchte bitten, daß sich die städtischen Landtagsabgeordneten darum bemühen, daß wir zu unserm Rechte kommen und nicht mehr die jetzigen hohen Summen zahlen zur Verbesserung der Verhältnisse auf dem Lande. Es wird allerdings den städtischen Landtagsabgeordneten schwer werden, mit ihrer Ansicht im Landtage durchzukommen, so lange die Herren vom Lande dort die Majorität haben.

Herr Meyerhoff: Das Lied des Herrn Schmidt ist schon vor zehn Jahren und länger hier angestimmt worden. Es ist ja richtig: Steter Tropfen höhlet den Stein, aber hier im Landtage wird das wenig helfen, wenn ich auch eine energische Rundgebung aus der Stadtverordneten-Versammlung trotzdem mit Freuden begrüßen würde. Mir ist einmal ein Wort entschlüpft, indem ich sagte, auf dem Lande brennt es besser, das ist mir aber übel vermerkt worden, und doch ist es ganz natürlich, weil Heu- und Strohschober naturgemäß besser brennen müssen als Mobilien. Schon vor Jahren habe ich einmal im Auftrage des Grundbesitzervereins gebeten, wenigstens die braunschweigischen Städte zusammenzulegen, worauf uns geantwortet wurde, daß dann die Prämien für die kleinen Städte erhöht werden müßten. Es würde vor allen Dingen eine energische Rundgebung der ganzen Stadtverordneten-Versammlung nötig sein, um hier Wandel zu schaffen, denn wir haben im Landtage auf diesem Gebiete schon nette Erfahrungen gemacht. Dort hat man uns gesagt, daß sie uns bei Ermäßigung der Sätze für die Landesbrandkasse den Zuschuß für die Herzogliche Polizeiverwaltung nicht mehr verwilligen würden. Man kann über solche Maßnahmen ja zweierlei denken, aber weiter sind wir in dieser Sache noch nicht gekommen.

Vorsitzender: Bekanntlich habe ich die Sache im Landtage schon selbst einmal angeschnitten und habe vor mehreren Jahren dem Landtage eine Untersuchung vorgelegt, nach der gewisse Rückprämien gezahlt werden sollten. Mein Antrag ist aber, trotzdem die Sache doch so natürlich und gerecht ist, noch nicht einmal in der Kommission vorberaten, er ist einfach in der Versenkung verschwunden. Was wollen Sie also machen in unserm Landtage? (Rufe: Einen andern wählen!) Wenn wir das könnten, möchte es wohl gehen.

Herr Frede: Es ist 1905 eine Uebersicht über eine lange Reihe — ich glaube von 150 — Jahren aufgestellt worden, aus der sich ergab, wie ungemein schlecht sich die Stadt Braunschweig bei der Landesbrandkasse stand. Sie hat tatsächlich nur $\frac{1}{4}$ der Prämien als Brandentschädigung zurückbekommen, die sie gezahlt hat. Aus der Uebersicht ging auch hervor, daß eine unbegreifliche Virtuosität im Brennen bei gewissen Bezirken vorliegt. So hatte z. B. Hasselfelde in dem betreffenden Zeitraum 100 000 *M* an Prämien gezahlt, aber $11\frac{1}{2}$ Millionen an Entschädigungen zurückbekommen. Man muß dringend wünschen, daß diesen Verhältnissen endlich ein Halt geboten wird. Ich bin der Meinung, daß sich eine Menderung nicht in der Weise durchführen läßt, daß in den Bezirken, wo es viel brennt, die Prämien erhöht werden, denn das sind meist arme Bezirke, in denen nicht viel herauskommen würde, sondern ich kann eine gründliche Menderung nur darin erblicken, daß die ganze Einrichtung kommunal gemacht wird und gewisse Landgemeinden zu kleinen Verbänden zusammen getan werden. Wenn wir in Braunschweig allein für unsere Brandkasse zu sorgen hätten, so würden das die andern Städte des Herzogtums auch begrüßen.

Vorsitzender: Nach der letzten Aufstellung steht die Stadt Wolfenbüttel ungefähr in demselben Verhältnis wie wir.

Herr Neue: Herr Meyerhoff hatte gewünscht, daß von seiten der Versammlung eine möglichst einhellige Meinungsäußerung stattfände; ich möchte daher Herrn Meyerhoff bitten, einen entsprechenden Antrag zu stellen, der wahrscheinlich einstimmig angenommen werden wird.

Herr Fricke: Wenn tatsächlich eine energische Rundgebung der Versammlung beim Landtage helfen soll, so werden wir wohl alle dafür sein. Eine ungerechtere Behandlung finden wir wohl in keinem Staate. Ich bitte energisch für unser gutes Recht einzutreten, dann werden unsere ländlichen Abgeordneten wohl auch andern Sinnes werden.

Herr Rieke: Ungerechtigkeiten sind anderswo auch zu Hause. An den Landtag habe ich allen Glauben verloren. Sie brauchen nur die Statistik vom

Jahre 1888 zu verfolgen. Damals hatte der inzwischen verstorbene Direktor Reuter eine Zusammenstellung gemacht, wonach auf die Brände der Stadt 3400 *M* Entschädigung entfielen, während das Land 168 000 *M* aufzuweisen hatte, ohne die beiden großen Seesener Brände. Wenn man sich im Bürgertume und in dem sonst so rührigen Grundbesitzervereine in dieser Sache noch nicht hat aufraffen können, so soll es mich wundern, ob Sie die Kraft besitzen, es jetzt zu tun. Sie könnten es wohl, wenn Sie nur wollten, aber man ist es nicht mehr gewohnt, mit geradem Kopfe und Rücken etwas zu verlangen.

Vorsitzender: Ich möchte anregen, ob nicht der Braunschweigische Städtetag in der Sache etwas tun könnte.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich bin sehr dankbar für den Fingerzeig. Wir haben die Frage früher schon einmal erörtert, aber man kann ja nicht oft genug in dieselbe Kerbe schlagen.

Herr Wolters: Es ist auch angeregt worden, ob man nicht die Feuerwehrlente versichern sollte, jedoch ist die Finanzkommission der Meinung, daß man in der bisherigen Art und Weise fortfahren möchte, denn die Selbstversicherung ist bei so ungeheurem Risiko immer das Richtige. Nach einer vorläufigen Zusammenstellung der eventuell zu zahlenden Prämien kommt eine solche Summe heraus, daß einstweilen an eine derartige Versicherung nicht gedacht werden kann.

Vorsitzender: Die Finanzkommission schlägt also vor, eine Resolution dahin zu fassen, daß der Magistrat ersucht wird, die Gehälter der Feuerwehrlente, wenn angängig, auf 1700 *M* zu erhöhen, während Herr Wesemeier ersucht, sie von 1300 bis 1900 *M* festzusetzen. Wer ist für den Antrag Wesemeier? — Derselbe ist abgelehnt. Wer will die Resolution der Finanzkommission annehmen? — Das ist die große Mehrheit, die Resolution ist angenommen.

Kapitel IX. Ortspolizei.

Zu dem Kapitel findet sich nichts zu bemerken.

Kapitel X. Straßenbau, Kanalbau und Vermessungsweisen.

Herr Lübke: In dem Begleitschreiben des Magistrates wird uns auf Seite 11 mitgeteilt, daß die städtische Bauverwaltung eine ganze Reihe von Straßen und Plätzen zur Instandsetzung mehr vorgeschlagen hat, als vom Magistrate beantragt werden. Ich bedaure, daß der Magistrat in dieser Beziehung hat Sparjamkeit walten lassen, denn Sie werden mit mir der Ueber-

zeugung sein, daß die Altstadt durch die Neupflasterungen der letzten Jahre ein wesentlich besseres und auch gesunderes Aussehen erhalten hat. Ich hätte deshalb gewünscht, daß die Neupflasterungen in dem bisherigen Tempo fortgeführt wären, um der Innenstadt ein etwas menschlicheres und netteres Aussehen zu geben. So z. B. bedaure ich, daß der Platz an der Martinikirche gestrichen ist, und ich hätte lebhaft gewünscht, daß dieser mit Instand gesetzt würde, denn wenn irgendwo gesundheitliche und Gründe der Reinlichkeit für eine Straßeninstandsetzung maßgebend gewesen sind, so hätten sie bei diesem Platz berücksichtigt werden müssen, auf dem bekanntlich die Wochenmärkte abgehalten werden. Deshalb möchte ich beantragen, den Platz mit in die Reihe der Neupflasterungen aufzunehmen.

Herr Oberbürgermeister K e t t e m e y e r: Ich gebe zu, daß es wünschenswert wäre, wenn die Mittel dazu zur Verfügung ständen, mit einem Schläge die ganze Innenstadt instand zu setzen. Während bei den früheren Statsberatungen die Rede davon war, mit der Pflasterung allmählich vorzugehen, um das Defizit nicht so sehr anwachsen zu lassen, wird nun hier von einem Herrn erklärt, es käme nicht darauf an, die ganze Innenstadt auf einmal instand zu setzen. Wir haben uns den früher erteilten Rat ad notam genommen; wenn Sie aber das Defizit von 152 000 *M* auf rund 200 000 *M* bringen wollen, so können Sie den Platz noch mit Instand setzen. Ob der Platz aber wegen der dort zur Aufstellung gelangenden Buden für den Fleischverkauf unbedingt der sofortigen Instandsetzung bedarf, scheint mir denn doch zweifelhaft zu sein. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß es wünschenswerter und dringender ist, zunächst die kleinen und engen Straßen, die dicht bewohnt sind, instand zu setzen. Solche großen und freien Plätze mit genügend Luft und Licht leiden nicht so sehr darunter, wenn sie nicht gleich gepflastert werden. Das war der Grundgedanke, weshalb der Platz nochmals zurückgestellt war; ich hoffe jedoch, daß er in nächster Zeit auch gepflastert wird. Dabei wird zu erwägen sein, ob es erforderlich ist, den Platz mit seiner großen Fläche ohne Anlagen zu lassen; es wird allerdings schwer halten, bei der Anbringung von Anlagen die Buden unterzubringen, aber unmöglich würde es nicht sein. Darüber würde man erst ein Gutachten einziehen müssen. Nur möchte ich bitten, davon abzusehen, noch 48 000 *M* mehr in den Etat einzustellen. Daß der Magistrat Ihnen wieder eine ganze nette Reihe von Vorschlägen gemacht hat, können Sie doch wirklich nicht bestreiten.

Herr F r e d e: Ich möchte den Antrag Lübke warm unterstützen. Es ist immer eine mißliche Sache, wenn man bei solchen Wünschen andere Straßen oder Plätze streichen soll, aber jedenfalls verdient dieser Platz den Vorzug vor der Lindentwete und der Malertwete. Vermehrtes Licht kommt durch die

Straßenpflasterungen auch nicht in die Straßen der Innenstadt. Die Gründe, welche für die Instandsetzung des Platzes sprechen, sind verschiedener Natur. Zunächst handelt es sich dabei um Gründe ästhetischer Natur. Die den Platz umgebenden Gebäude sind in Ordnung gebracht und das Handelskammergebäude ist hinzugekommen. Auch Gründe der Sparjamkeit möchte ich dafür anführen: Wenn hier irgend ein hoher Besuch erwartet wird, bei dem ein Umzug stattfindet, so wird ein Teil des Pflasters dieses Platzes jedesmal besonders instand gesetzt, was ich schon seit dem Einzuge des Kaisers zu beobachten Gelegenheit hatte. Das kostet aber viel Geld. Die Pflasterung des Platzes dürfte mit Gußasphalt genügen, denn es verkehren dort keine schweren Wagen, aber wegen dieser Frage will ich nicht viel Aufhebens machen. Die Hauptfrage ist die Marktfrage, bei der die sanitären und Verkehrsrückichten eine große Rolle spielen. Der Verkehr zwischen den Schlachterbuden ist an den Markttagen sehr lebhaft. Aus diesen Gründen möchte ich bitten, den Platz, vielleicht unter Zurückstellung einiger anderen Straßen, nicht zu streichen.

Herr Ribbentrop: Der Platz an der Martinikirche ist einer der reinlichsten Plätze, die wir haben. Wir pflegen unsere alten Häuser auch dann, wenn sie häßlich sind, und wir müssen einen Platz in der Stadt behalten, von dem wir sagen können: so ist es früher gewesen! Einen besseren Platz dazu gibt es nicht. Darum lassen Sie den Platz so bestehen, wie er ist, zumal unsere Nachfolger in dieser Beziehung auch etwas tun können. Jedenfalls gehört ein Asphaltpflaster nicht hierher.

Vorsitzender: In Nürnberg ist von dem dortigen Denkmalvereine beantragt worden, daß die Plätze immer mit demselben Pflaster wiederhergestellt werden möchten. Ich möchte bitten, die Sache im Rahmen des Etats nicht zu behandeln, sondern empfehle Herrn Lübke, sofern es ihm Ernst mit der Sache ist, einen besonderen Antrag zu stellen. Wir müßten sonst eine Summe im Etat streichen, oder müßten es ebenso machen, wie die Finanzkommission bei anderen Sachen, daß wir nämlich eine Resolution beschließen, in der der Magistrat gebeten wird, den Platz mit instand setzen zu lassen.

Herr Lübke: Ich möchte meinen Antrag dahin modifizieren, daß ich bitte, dem Magistrate anheimzugeben, wenn die Mittel am Schlusse des Jahres verfügbar sein sollten, den Platz mit instand zu setzen. Der Herr Oberbürgermeister hat uns schon einmal Straßenpflasterungen im größeren Umfange versprochen, die aber immer wieder hinausgeschoben wurden, als der Etat ungünstig zu werden schien. Außerdem haben wir aber auf diesem Gebiete Sünden aus der früheren Zeit wieder gut zu machen. Es ist früher nicht immer gepflastert, was nötig war, erst seit zwei Jahren haben wir die Pflasterung der innenstädtischen Straßen

energischer betrieben, und darum sind viele Sachverständige der Ansicht, daß die Stadt Ursache hätte, etwas mehr in der Besserung des Straßenpflasters zu tun. Es wird hoffentlich kein Menschenalter mehr dauern, daß wir die neue Straße nach dem neuen Bahnhofe bauen müssen, dann haben wir noch viel weniger Geld als jetzt. Das sind die Gründe, die mich bestimmen, den Magistrat ein bißchen energischer zu bitten, in der Sache etwas zu tun. Daß die neuen Pflasterungen das Bild der Innenstadt nicht geschädigt haben, zeigt sich am besten auf dem Bäderklinge und in andern neugepflasterten alten Straßen, die sehen genau so malerisch aus, wenn Sie Asphaltpflaster nehmen, als wenn das alte Steinpflaster beibehalten wird. Wenn es in Nürnberg anders gemacht wird, so halte ich das für eine falsche Denkmalspflege. Ganz früher hatten wir ganz ungepflasterte Straßen, die ja hiernach der eine oder der andere wieder herbeisehnen möchte. Das sind aber vorsintflutliche Ideen. Wir brauchen jetzt ein neues, modernes Pflaster, und es hat noch keine Stadt Schaden an ihrer Vergangenheit erlitten, wenn sie den Forderungen der Neuzeit Rechnung getragen hat. Meiner Ansicht nach muß eine entsprechende Anregung dem Magistrat gegeben werden, und ich hoffe, dabei kein ungeneigtes Ohr zu finden.

Herr Oberbürgermeister *K e t m e n e r*: Auf Neigung und Abneigung kommt es bei Geldfragen nicht an. Hier liegt die Sache so: Herr Lübbe ersucht den Magistrat, wenn er im Laufe des Jahres 48 000 *M* übrig haben sollte, so möchte er dafür diesen Platz pflastern lassen. Wir legen aber einen Etat mit einem Defizit von 152 000 *M* vor, wie soll sich dabei wohl ein Ueberschuß von 48 000 *M* finden? Wir haben das Bestreben, die sich wiederholenden Ausgaben nicht durch Anleihen zu beschaffen, sondern aus den laufenden Mitteln zu bestreiten. Wenn wir aber größere Beträge nur aufwenden sollen, wo sich Ersparnisse herausstellen, so wird dieser Fall wohl in dem neuen Etatsjahre nicht eintreten. Herr Lübbe sagt, die Stadt finge jetzt endlich an, ihre Schuldigkeit in bezug auf innenstädtische Straßenpflasterungen zu tun. Dabei zeigt es sich von neuem, wie schlecht sich die Stadt steht, wenn sie Lasten vom Staate übernimmt. Der Staat war dazu verpflichtet, die innenstädtischen Straßen instand zu setzen und hat uns mit einer Rente von 39 000 *M* abgefunden, wovon wir allein 13 000 *M* zur Unterhaltung der Straßen gebrauchen. Nun wollen die Herren einmal ausrechnen, was wir für Neupflasterungen in der Zwischenzeit ausgegeben haben, der achtfache Betrag reicht sicher nicht. Es liegt vielmehr Anlaß vor, sich zu überzeugen, wohin solche Sachen führen, und jedenfalls sind wir nicht dem Vorwurfe ausgesetzt, daß wir unter den vorliegenden Verhältnissen nicht genug getan haben. Wenn die Herren etwas ändern wollen, so möchte ich bitten, zu sagen, die und die Straßen sollen gestrichen und an deren Stelle soll der Platz instand gesetzt werden. Einem solchen Beschlusse wird sich der Magistrat

fügen, aber ich befürchte, daß die Herren, die den Platz an der Martinikirche vorgezogen wissen wollen, dafür schwerlich eine Majorität finden werden.

Vorsitzender: Da ein Antrag nicht gestellt ist, so gehen wir weiter.

Kapitel XI. Gemeinde-Ausgaben.

Dieses Kapitel wird vorläufig zurückgestellt.

Kapitel XII. Staatliche Zuschüsse und staatliche Bedürfnisse.

Hierzu findet sich nichts zu bemerken.

Kapitel XIII. Stadtverwaltung.

Herr Wolters: Zu dem Ausgabenposten d. 3. auf Seite 99 ist der Wunsch geäußert worden, es möchte über kurz oder lang ein städtischer Elektrotechniker für die Prüfung der elektrischen Lichtanlagen eingestellt werden. Ein Beschluß der Finanzkommission liegt indessen nicht vor.

Kapitel XIV. Insgemein.

Nichts zu bemerken.

B. Außerordentliche Einnahmen und Ausgaben.

Herr Wolters: Die Finanzkommission hat zu den sämtlichen Kapiteln Bemerkungen nicht zu machen.

Es folgen:

2. Vorausschläge der mit der Kammereikasse in Verbindung stehenden Kassen.

I. Kieselgut Steinhof.

Herr Wolters: Die Deputation ist bestrebt, die Selbstbewirtschaftung der Flächen immer noch mehr einzuschränken und noch mehr Acker zu verpachten.

Herr Wesemeier: Es wird uns eben mitgeteilt, daß die Stadt eifrigst bemüht ist, die Selbstbewirtschaftung auf dem Kieselgute Steinhof einzuschränken. Die persönlichen Unkosten bei der Verwaltung des Kieselgutes werden dadurch allerdings kaum eingeschränkt werden. Ich möchte Auskunft haben über das Gehalt des Administrators Haars. Meiner Ansicht nach findet eine ganz merkwürdige Verzettlung dieses Gehaltes statt. Auf Seite 134 des Stats steht das Gehalt, dann folgt ein Zuschuß für das Halten einer zweiten Magd,

daneben noch ein Zuschuß für die Schweinezüchtereier und endlich noch 500 *M* für das Halten eines Geschäftszimmers. An wen wird denn eigentlich die Miete für das Geschäftszimmer gezahlt? Auch möchte ich wissen, wie das mit dem Halten der zweiten Magd ist, ob der Zuschuß auf Antrag beruht.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Das hat sich alles geschichtlich entwickelt. Es ist von Anfang an anerkannt worden, daß eine gewisse Verquickung der Verhältnisse des Haushaltes des Administrators mit der Kieselgutswirtschaft vorliegt, was sich nicht vermeiden läßt. Die eine Magd würde für den Administrator reichlich ausreichen, wenn es nicht noch eine Menge in solchem Gesamthaushalt zu tun gebe, wofür eine Hilfskraft eingestellt werden muß. Wir haben deshalb den Ausweg gewählt, für das Halten einer zweiten Magd einen Zuschuß zu bewilligen. Wenn die Verpachtung der Ländereien noch weiter ausgedehnt werden sollte, so würde allerdings zu überlegen sein, ob nicht eine Einschränkung des Personals angängig sein wird. Wir haben uns darüber in der Deputation schon verschiedentlich unterhalten und haben auch schon, wo es ging, eine Einschränkung eintreten lassen, aber mit einem Schlage läßt sich das nicht machen. Man kann diesen Zuschuß nicht als einen Teil des Gehaltes des Administrators ansehen, weil es sich dabei um rein sachliche Kosten handelt, indem der Administrator auch den Unterhalt der Magd beschafft. Herr Wesemeier scheint auch zu glauben, daß die Miete für das Geschäftszimmer an den Administrator gezahlt würde; das wäre allerdings ein starkes Stück, aber Herr Wesemeier konnte schon daraus, daß sein Freund Kiefe mit in der Deputation sitzt, folgern, daß das nicht zutrifft. An den sachlichen Unkosten wird sich nicht viel ersparen lassen, weil verhältnismäßig viel annonciert wird, um die auf dem Kieselgute gewonnenen Früchte an den Markt zu bringen; außerdem ist einiges auf den Posten genommen, was eigentlich nicht dahin gehört.

Herr W o l t e r s: Zu dem Ausgabeposten auf Seite 135 unter Nr. VIII möchte ich bemerken, daß die Einstellung eines eigenen Chemikers in Aussicht genommen ist, sofern die Herzogliche Preisdirektion sich damit einverstanden erklärt, daß diese Untersuchungen durch einen eigenen Chemiker der Stadt vorgenommen werden dürfen. Sollte diese Einstellung vorgenommen werden, so würde der Posten von 1300 *M* wegfallen.

Der nach dem Etat aus dem Kieselgute resultierende Ueberschuß ist kein wirklicher, sondern nur ein rechnerischer Ueberschuß. Sobald man die Anlagekosten des Kieselgutes mit einrechnet, entsteht immer ein großes Defizit. Die Anlagekosten haben z. B. bis zum 6. September 1909 betragen 2 775 000 *M*, ohne die Kosten der Hauptdruckrohrleitung. Wenn Sie diese Summe mit 4 Prozent verzinsen, so ergibt das eine jährliche Ausgabe von 111 000 *M*; es

kann also im eigentlichen Sinne des Wortes von einem Ueberschusse bei dem Nieselgute nicht die Rede sein.

II. Abwässerpumpstation.

Hierzu findet sich nichts zu bemerken.

III. Oberrealschule.

Herr W o l t e r s: Der Zuschuß der Kammereikasse ist auf 93 900 *M* gegen 91 800 *M* des Vorjahres veranschlagt worden. Es erfordern Zuschüsse: jeder auswärtige Schüler 125,50 *M* und jeder einheimische Schüler 155,50 *M*. Innerhalb der Finanzkommission ist die Rede davon gewesen, falls etwa nach dem Vorgange des Staates auch die städtischen Oberlehrer eine Erhöhung ihrer Gehaltsbezüge erhielten, daß dann die Frage der Erhöhung des Schulgeldes flüssig werden würde. Zurzeit brauchen wir uns indessen hiermit noch nicht zu beschäftigen.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Ich möchte mir eine Bemerkung erlauben. Ich habe mit Interesse verfolgt, daß Sie alle Jahre die Zahlen ermittelt haben, die uns der Schüler in den einzelnen Schulen kostet. Ob das Bild aber der Wirklichkeit entspricht, ist doch zweifelhaft. Auf eins möchte ich dabei aufmerksam machen: Wenn z. B. bei der Oberrealschule ziemlich erhebliche Umbaukosten im Etat aufgeführt werden, so erhöht sich naturgemäß der Zuschuß der Kammereikasse und insolgedessen auch der Betrag für den einzelnen Schüler. Es ergibt sich also ein fortwährendes Schwanken in diesen Zahlen. Wenn man sich aber fragt: was kostet uns der einzelne Schüler? so ist die hier angegebene Summe nicht richtig, weil gar keine Zinsen für die Schulbauten mit eingerechnet sind. Wenn man wissen will, was uns eigentlich der einzelne Schüler kostet, so muß man eine ganz andere Berechnung aufstellen, und dazu haben Sie gar nicht alles Material zur Hand. Ich möchte bitten, den Magistrat zu ersuchen, das einmal auszurechnen.

V o r s i z e n d e r: Ich bin nicht ganz der Ansicht des Herrn Oberbürgermeisters. Wenn wir auch die Verzinsung der Schulgebäude bei den Berechnungen nicht mit in Rücksicht gezogen haben, so haben wir bei unseren bisherigen Berechnungen doch ein Bild erhalten, das uns einen gewissen Anhalt bietet. Eine gewisse Stabilität bestand immer in den Berechnungen, wenn auch zugegeben werden muß, daß ein statistisches Material im höchsten Sinne nicht darin lag.

IV. Realschule.

Herr W o l t e r s: Der Zuschuß der Kämmereikasse ist mit 29 900 *M* gegen 23 160 *M* des Vorjahres veranschlagt worden. An Zuschüssen erfordert jeder auswärtige Schüler 43,13 *M* und jeder ortsangehörige Schüler 73,13 *M*. Der Gesamtzuschuß der Kämmereikasse für die Oberrealschule und die Realschule (letzte seit Ostern 1909) hat betragen 1902/03 = 56 637,84 *M*, 1903/04 = 63 342,44 *M*, 1904/05 = 72 694,09 *M*, 1905/06 = 80 988,95 *M*, 1906/07 = 86 023,69 *M*, 1907/08 = 95 239,01 *M*, 1908/09 = 107 974,58 *M*, 1909/10 = 133 140 *M* und 1910/11 = 123 800 *M*.

Auf Seite 152 ist unter VI. 2. für die Anschaffung einer Schulfahne ein Betrag von 200 *M* ausgeworfen. Die Finanzkommission ist mit der Summe in dieser Höhe nicht einverstanden, und bittet, den Betrag wie bei den Bürgerschulen auf 50 *M* zu ermäßigen und dafür den Betrag im Kap. VIII auf Seite 153 von 466,88 *M* auf 616,88 *M* zu erhöhen.

Die Versammlung ist hiermit einverstanden.

V. Höhere Mädchenschule und Lehrerinnenseminar.

Herr W o l t e r s: Der Zuschuß der Kämmereikasse ist zu 49 800 *M* veranschlagt worden. In den Vorjahren betrug dieser Zuschuß: 1909/10 = 47 100 *M*, 1908/09 = 40 778,38 *M* und 1907/08 = 35 197,75 *M*. Es erfordern Zuschüsse: die ortsfremde Schülerin 21,55 *M*, die ortsangehörige Schülerin 51,55 *M*, ein Bögling des Seminars 75,55 *M* und eine Schülerin, der das Schulgeld erlassen wird, 171,55 *M*.

VI. Städtische Mädchenschule.

Herr W o l t e r s: Die Kämmereikasse hat an Zuschuß zu leisten: 1906/07 = 35 138,62 *M*, 1907/08 = 37 205,38 *M*, 1908/09 = 37 814,38 *M*, 1909/10 = 39 600 *M* und 1910/11 = 42 400 *M*. Der Zuschuß beträgt: für ein ortsfremdes Kind 51,38 *M*, für ein ortsangehöriges Kind 81,38 *M* und beim Schulgelderlaß 161,38 *M*.

An beide Etats knüpft sich keine Besprechung.

VII. Bürgerschulen.

Herr W o l t e r s: Der Zuschuß der Kämmereikasse beträgt: 1906/07 = 877 748,14 *M*, 1907/08 = 918 212,45 *M*, 1908/09 = 959 788,99 *M*, 1909/10 = 988 200 *M* und 1910/11 = 1 129 600 *M*. Der Zuschuß beträgt: a) bei den mittleren Bürgerschulen für ein ortsfremdes Kind 19,60 *M*, für ein ortsangehöriges Kind 49,60 *M* und beim Schulgelderlaß 73,60 *M*; b) bei den unteren Bürgerschulen 69,60 *M*, bezw. 73,60 *M*.

In der Kommission ist der Wunsch rege geworden, ob es sich nicht ermöglichen läßt, bei Aufstellung des nächsten Stats zu den sehr interessanten Ausgabeposten auf den Seiten 172 und 181 noch eine nähere Erläuterung zu erhalten, indem gruppenweise die Exekutionszahlen und die Zahlen des Voranschlages des laufenden Jahres daneben gesetzt werden. Freilich erhalten wir im Rechnungsabschlusse demnächst diese Zahlen, jedoch wäre es der Finanzkommission lieb, sie auch schon hier zu haben.

Herr B ä h r: So wünschenswert auch eine wohlangebrachte Sparsamkeit ist, so darf sie doch nicht zu weit gehen. Ich möchte das Augenmerk der Versammlung auf eine Klasse in der Schule an der Sidonienstraße richten, nämlich auf die 1 b-Klasse. Seit acht Jahren wird schulseitig schon beantragt, dort einen Decken- und Wandanstrich vorzunehmen und jetzt ist im Etat wieder nichts dafür ausgeworfen. Ich möchte bitten, die Klasse einmal zu besichtigen, deren Decke und Wände seit einem Jahrzehnt schon außerordentlich verräuchert und verschmutzt sind.

Vorsitzender: Im Schulvorstande sehen wir uns jedes Jahr die Klassen an, und wir haben niemals zugelassen, daß eine Klasse, die den hygienischen Anforderungen nicht entspricht, unausgebeßert geblieben wäre. Dagegen konnten wir den Anforderungen der Schulinspektoren, die ihre Schulen zu kleinen Schmutzkästchen machen wollten, nicht überall entsprechen, weil dazu die Mittel nicht ausreichten. Als Privatleute kann man sich das vielleicht leisten, aber auf Kosten des Gemeinwesens nicht.

Herr B ä h r: Dann bitte ich Sie, sich die Klasse einmal anzusehen; Sie werden dort derartig verschmutzte Decken und Wände finden, daß kein Privatmann in solchem Raume bleiben würde.

Vorsitzender: Ich bin der Ansicht, daß wir uns bei Prüfung solcher Räume an die zu dem Zwecke gewählten Personen halten.

Herr M e h e r h o f f: Möglicherweise sind die Kosten der Instandsetzung des Schulraumes in die Kosten für Unterhaltung der Gebäude eingegriffen.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Bei den regelmäßig jeden Herbst vorgenommenen Besichtigungen haben wir wiederholt die Ueberzeugung gewonnen, daß Anträge auf Instandsetzung von Räumen in reichlichem Maße gestellt werden. Magistrat und Schulvorstand stehen auf dem Standpunkte, nicht gut daran zu tun, solche Ausgaben zurückzustellen, die notwendig sind, um die Gebäude nach außen hin in Dach und Fach zu unterhalten. Jede hierbei vorgenommene Ersparnis hat unter Umständen recht bedenkliche Folgen. Man hat

außerdem Aufwendungen zu machen, die nötig sind, um von den Schülern gesundheitsschädliche Folgen abzuwenden. Wenn aber eine Klasse einmal eine etwas dunkle Decke oder viel ausgeflachte Tapeten aufweist, so kann man nicht sagen, daß es unbedingt erforderlich ist, hier sofort eine Abänderung vorzunehmen. Wenn man in dieser Beziehung einmal ausnahmsweise einen gewissen Luxus walten läßt, so wird man das mit Freude begrüßen, aber wenn man das generell auf alle die vielen Schulklassen anwenden will, die die Stadt zu unterhalten hat, so reißt es gewaltig ins Geld, und man müßte sich doch wohl auf den Standpunkt stellen, nur das zu machen, was unbedingt nötig ist. Wir sind in dieser Beziehung heutzutage alle reichlich verwöhnt; ich möchte die älteren Herren einmal fragen, in was für Schulklassen sie groß geworden sind, und ich glaube, daß ein gewaltiger Unterschied zwischen den damaligen und den jetzigen Räumen obwaltet. Wenn man ein bißchen sparsam bei den Schulen vorgeht, so schadet das wirklich nichts. Herrn Meyerhoff möchte ich ersuchen, einmal in unserm Rathause herumzugehen, wo Sie über den Heizungen vollständig schwarze Wandflächen finden werden, was Staub und Hitze verursacht haben sollen. Wenn in solchem Falle der Magistrat überall sofort eingreifen wollte, so würden wir allerdings sehr erhebliche Aufwendungen für die Gebäude zu machen haben. Auch diese Sachen haben ihre Grenze: Ein Zimmer, das unanständig aussieht, wird man nicht dulden, aber zu weit darf man damit nicht gehen. Der Schulvorstand geht alljährlich herum, um sich die Schulgebäude und Räume anzusehen; wenn er dabei zu der Ansicht kommt, daß ein Zimmer noch ein Jahr zurückgestellt werden kann, so kann ich das nicht so ungeheuerlich finden. Die Fußböden, die klaffende Risse zeigen, in denen sich der Staub festsetzt, sind natürlich kunlichst instand zu setzen, weil das im Interesse der Kinder durchaus nötig ist; wenn dagegen die Decke dunkel geworden ist und die Tapeten ausgebeffert sind, so ist das kein Unglück. Wenn die ganze Versammlung in unsern Schulen eine Revision vornähme, so würden Sie sehen, es könnte manches besser sein, aber es würde kaum gesagt werden, daß dieses oder jenes Zimmer instand gesetzt werden müßte.

Herr B ä h r: Es handelt sich um einen Raum, über den seit acht Jahren Anträge auf Besserung gestellt worden sind. Der Fußboden ist noch tadellos, aber Decke und Wände schadhast, letztere auch nicht mit Tapeten versehen.

V o r s i e n d e r: Wir haben es verschiedentlich gehabt, daß in den alten Schulen Bilder aufgehängt waren und hinterher fortgenommen sind, die sich dann auf den Wänden abgezeichnet haben. In solchem Falle finden wir im nächsten Jahre einen Antrag auf Neutapezierung des betreffenden Zimmers,

den wir aber nicht für richtig halten. Sie können wirklich mit dem Schulvorstande zufrieden sein, an unrechter Stelle sparen wir nicht.

Herr R i e k e: Gegen die Heizkörper im Rathause ist auch schon bedeutende Opposition von den Beamten erhoben worden, die behaupten, daß Luft und Staub von den Korridoren aufgesogen werden und in die Zimmer dringen. Würde die reine Luft von draußen aufgesogen und den Zimmern zugeführt, so würde man wohl zufrieden sein.

V o r s i z e n d e r: Ich habe mich in der letzten Zeit mit der Einrichtung und Wirkung von Zentralheizungen beschäftigt. Bei allen Zentralheizungen ist die Ventilation gerade umgekehrt wie bei Öfen, weshalb sich auch immer ein dunkler Strich von der Heizung nach dem Fenster zu bildet.

Herr B ä h r: Ich möchte beantragen, für die Instandsetzung des Schulraumes 120 *M* zu bewilligen.

Herr W o l t e r s: Ich möchte empfehlen, den Antrag als einen selbständigen zu behandeln.

V o r s i z e n d e r: Ich habe die stille Hoffnung, daß die Versammlung den Antrag ablehnt.

Herr L ö s c h i g k: Derartige Anträge sind bei der Statsberatung schon öfter zurückgewiesen worden.

Herr B ä h r: Dann behalte ich mir vor, auf die Sache bei anderer Gelegenheit zurückzukommen.

Herr F r e d e: Auf Seite 190 sind unter Nr. 24 für den Anstrich von Fußböden mit Öl und Firnis nach dem zweimaligen Scheuern 3600 *M* ausgeworfen. Wenn sich die Herren einmal vorstellen wollen, wie eine Stube aussehen würde, die so viel wie eine Schulklasse benutzt und nur zweimal jährlich gescheuert würde, so werden Sie wohl meinem Wunsche zustimmen, daß die Summe verdoppelt und dafür viermal im Jahre gescheuert wird. Es wird tatsächlich eine Menge Schmutz in die Schule gebracht, ein zweimaliges Fegen wöchentlich genügt da nicht. In den ganz neuen Schulen sind die Fußböden mit Linoleum ausgelegt, so daß sich dort nicht so viel Staub entwickeln kann, aber in den alten Schulen kann der Staub nicht durch den Besen allein fortgeschafft werden, es muß die Scheuerbürste zu Hilfe genommen werden. Deshalb dürfte es nicht zu viel verlangt sein, wenn alle Jahre viermal, und zwar in den jedesmaligen Ferien gescheuert würde.

VIII. Fortbildungs- und Gewerbeschule.

IX. Mädchenfortbildungsschule.

X. Armenkasse nebst Anhang.

Zu diesen drei Kapiteln findet sich nichts zu bemerken.

XI. Straßenreinigungsinstitut.

Herr W e s e m e i e r: Wir haben die Pensionierung des Rechnungsrats Piepenbrinck genehmigt und trotzdem finden sich in dem Etat noch Ausgabenposten für den Genannten.

Herr W o l t e r s: Der Etat ist früher gedruckt, als der Antrag des Herrn Piepenbrinck auf Pensionierung bekannt geworden war. Die Gelder werden natürlich nicht verausgabt werden. — Auf Seite 230 sind unter VI b 1800 M für die Anschaffung zweier Sprengwagen eingestellt. Die Finanzkommission beantragt, diesen Betrag zur Verfügung der städtischen Behörden zu stellen, also noch nicht zu bewilligen.

Die Versammlung ist damit einverstanden.

Herr W o l t e r s: Die Finanzkommission gibt nunmehr anheim, auch das Kapitel XI (Gemeindesteuern) zu genehmigen.

Es erhebt sich kein Widerspruch.

Das Ersuchen des Magistrates: den vorgelegten Stadthaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1910/11 festzustellen und die Zustimmung dazu zu erteilen, daß im kommenden Jahre

an Gemeindecinkommensteuer 10½ Einheiten nach Maßgabe der vereinbarten Veranlagungstabelle,

an Gemeindegrundsteuer 7,5 Prozent vom Grundsteuerkapitale und

an Gewerbesteuer 75 Prozent der vom Staate auf die stehenden Gewerbe veranlagten Steuer ausgeschrieben werden,

wird darauf von der Versammlung gutgeheißen.

3. Hauptabschluß des ordentlichen Stadthaushaltes.

4. Anhang,

enthaltend die Voranschläge der selbständigen Verwaltungen.

a) Gaswerke.

Herr W o l t e r s: Es ist angenommen, daß im Jahre 1909/10 = 6 490 703 Kubikmeter Gas durch Messer abgegeben werden, was einen kleinen Vorsprung gegenüber 1908/09 von rund 50 000 Kubikmetern bedeuten würde.

Bekanntlich war im Jahre vorher die Gasabgabe um rund 214 000 Kubikmeter gesunken. Für das Jahr 1910/11 ist eine Gasabgabe von 675 000 Kubikmetern angenommen worden; man rechnet also mit einem Zuwachs von 260 000 Kubikmetern. Der Gewinn wird sich mutmaßlich auf rund 454 000 *M* gegenüber 477 000 *M* des Vorjahres stellen.

b) Wasserwerk nebst Neustadtmühle.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e h e r: Herr Sander hatte in der letzten Sitzung wegen der Schließung des Mühlenhofes für den Durchgang angefragt. Ich will hier kurz erwähnen, daß sich die Schließung als erforderlich herausgestellt hat. Der Verkehr auf dem Mühlenhofe ist ein so erheblicher geworden, daß der Durchgang während der Betriebsstunden nicht weiter geduldet werden konnte. Es sind sogar schon Personen durch die Sacktrutsche gefährdet worden, denn es soll vorkommen, daß einmal ein gefüllter Sack darüber hinausfliegt. Wenn nun der Hof voll Wagen steht und auf der Rampe Personen gehen, so kann leicht ein Unglück hervorgerufen werden. Da es für die Anwohner nicht angenehm sein kann, wenn der Hof gesperrt werden muß, so hat der Magistrat beschlossen, die städtische Bauverwaltung zu beauftragen, ein Projekt zu bearbeiten wegen Schaffung eines vom Wollmarkte nach dem Walle führenden Durchganges. Es läßt sich das vermutlich dadurch ausführen, daß das dort stehende alte Haus, das der Stadt jährlich 400 *M* einbringt, niedergelegt wird. Es kann dann auf der Südseite des Okergrabens eine Straße geführt werden, die nach Ueberbrückung der Oker auf den Wall führt. Vermutlich wird darüber eine Vorlage eingehen.

c) Ausgleichsfonds.

Herr W o l t e r s: Unter III auf Seite 260 ist beantragt, 60 000 *M* Lesehallenfonds dem Ausgleichsfonds einzuverleiben. Die Finanzkommission empfiehlt, dem Antrage zuzustimmen. Hierzu will ich bemerken, daß insofern ein entgegengesetzter Beschluß vorlag, als wir beschlossen hatten, für die 60 000 *M* einen besonderen Fonds zu bilden; es hat sich jedoch als richtiger herausgestellt, in Gemäßheit des Magistratsvorschlages den Betrag in den Ausgleichsfonds aufzunehmen. Unserer Idee, die 60 000 *M* für die Lesehalle zu reservieren, wird dadurch genügt, daß diese Summe im Ausgleichsfonds jetzt als Einnahmeposten und in den künftigen Etats bis zur wirklichen Auszahlung als Ausgabeposten zum Ausdruck kommt. Ein rechtlicher Anspruch der Lesehalle auf den Fonds existiert nicht, sondern es steht im Belieben der städtischen Behörden darüber zu verfügen. Die Finanzkommission empfiehlt also den früheren Beschluß aufzuheben und die 60 000 *M* dem Ausgleichsfonds wieder zuzuführen.

Die Versammlung hat hiergegen nichts einzuwenden.

Herr N i e k e: Auf Seite 261 des Stats findet sich unter Nr. 1 ein Betrag von 25 000 *M* für Erweiterungsarbeiten im Bürgerpark eingestellt, ohne daß im Begleitschreiben angegeben ist, was dafür gemacht werden soll.

Herr W o l t e r s: Wir haben schon immer für die weitere Zustandsetzung des Bürgerparks eine bestimmte Summe ausgeworfen, ohne daß eine nähere Erläuterung darüber gegeben ist. Es geschah das auch hier wieder, damit die auf den Bürgerpark verwendeten Summen nicht von den Steuern genommen werden. Selbstverständlich handelt es sich dabei um die Fortsetzung der bisherigen Arbeiten.

Herr N i e k e: Ich habe zufällig eine Zeichnung gesehen, nach der ein Flügel an das Parkhaus angebaut werden sollte, ich glaubte, dafür wären die 25 000 *M* ausgeworfen. (Widerspruch.)

d) U m s a t z s t e u e r.

Herr W o l t e r s: Den unter 1 g der Ausgaben aufgeführten Zuschuß von 1500 *M* haben wir dem Verkehrsvereine unter der Voraussetzung bewilligt, daß Rechnungsablage erfolgen würde. Das ist geschehen. Ich habe die Rechnung durchgesehen und nichts zu bemerken gefunden.

Herr Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g: In den nächsten Wochen wird die Veranlagung zur Umsatzsteuer zu erfolgen haben; ich möchte bitten, zu beschließen, daß dieses Geschäft wieder die Finanzkommission mit dem Magistrate erledigt.

Die Versammlung ist hiermit einverstanden.

e) R a n a l b a u k a s s e.

Nichts zu bemerken.

f) S c h l a c h t h a u s.

Herr N i e k e: Auf Seite 279 des Stats sind 10 000 *M* und dann noch einmal 4000 *M* für Unterhaltung und bauliche Aufwendungen eingestellt worden. Wie mir von verschiedenen Seiten mitgeteilt worden ist, kommen die Maler dort gar nicht weg, auch sollen die Arbeiten vorwiegend demselben Meister übertragen werden, was ich hier zur Sprache gebracht haben möchte.

Herr W e s e m e i e r: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob die Stadtverwaltung die Instandhaltung des Aufenthaltsraumes für die Arbeiter des Schlachthaus besorgt. Wenn das der Fall ist, so möchte ich bitten, ihn so auszustatten, daß die Arbeiter sich auch einmal hinsetzen können, daß also Tische und Stühle vorhanden sind.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Der Schlachthausausschuß hat sich in seiner letzten Sitzung mit derselben Angelegenheit befaßt. Ich werde dafür sorgen, daß die Angelegenheit im Sinne von Herrn Wesemeier erledigt wird. Der Schlachthausausschuß hat sich in demselben Sinne ausgesprochen.

g) Kasse für Wohlfahrts Einrichtungen.

Herr Bunge: Für das Augusta-Viktoriahaus sind hier unter Nr. 34 300 *M* ausgeworfen. Ich bin damit einverstanden, möchte aber bitten, auch für unsere Kinder etwas zu tun und zwar hauptsächlich für die Kinder, die ohne warmes Frühstück nach der Schule kommen. Nach dem Etat stehen dem Magistrate noch 3785 *M* zur Verfügung; ich möchte beantragen, davon 3000 *M* zur Darreichung eines Milchfrühstücks an bedürftige Schulkinder zu verwenden und die 785 *M* zur Verfügung des Magistrats stehen zu lassen.

Vorsitzender: Wir haben ja schon einen Beschluß in derselben Richtung gefaßt und zwar über die Summe von 3000 *M* hinaus. Selbst wenn wir diesen Antrag annähmen, so erreichten wir damit doch nicht das, was wir schon beschlossen haben. Es wird doch nicht darauf ankommen, aus welcher Kasse wir das Geld dazu nehmen.

Herr Bunge: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob das als Armenunterstützung angerechnet wird?

Vorsitzender: Es ist schon gesagt worden, daß das nicht geschieht. Wir haben bei der früheren Beratung besonders festgestellt, daß derartige Vergütungen auch dem Gesetze nach nicht als Armenunterstützungen in dem Sinne angesprochen werden können, daß das Familienoberhaupt deshalb das Wahlrecht verlieren würde. Die Versammlung hatte sich damals bereit erklärt, für alle Ausgaben in dieser Richtung dem Magistrate Indemnität zu erteilen. Wir waren uns auch darin einig, daß wir lieber die Sache seitens der Stadt besorgen lassen wollten, als den Betrag einem Vereine zu übergeben.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich darf in die Erinnerung zurufen, daß in der Kommission zum Ausdruck gebracht ist, daß die Armendirektion schon im Dezember des verflossenen Jahres an die Armenbezirksvorsteher das Ersuchen gerichtet hat, in allen Schulen, wo eine bessere Ernährung der Kinder wünschenswert wäre, in möglichst ausgiebiger Weise von der Befugnis Gebrauch zu machen, an solche Kinder Speisemarken abzugeben für die Speiseanstalten in der Petersilienstraße und in der Kaffeetwete. Später ist dieses Ersuchen nochmals wiederholt worden und davon auch, wie mir heute morgen ein Bezirksvorsteher mitgeteilt hat, sehr ausgiebig Gebrauch gemacht worden.

Rechtlich liegt die Sache folgendermaßen: Wenn es sich um vorübergehende Unterstützungen bei augenblicklicher Notlage handelt, gilt das nicht als Unterstützung im Sinne des Wahlgesetzes, ferner wenn es sich um kränkliche Kinder und um eine vom Arzt für notwendig befundene Maßregel handelt. Wenn sich aber eine Familie so wie so in Armenpflege befand, so bleibt die Folge davon natürlich unberührt. In denjenigen Fällen aber, wo diese Voraussetzungen nicht zutreffen und diesen Familien lediglich im Wege der Unterstützung beigetragen wird, würde jedesmal, wenn die Unterstützung auf längere Zeit eintritt, zu prüfen sein, ob die Bestimmung des Wahlgesetzes Anwendung zu finden hat oder nicht. Da die hier erwähnten Unterstützungen aber immer nur eine Zeitlang stattfinden, so kann das Wahlrecht dadurch schwerlich berührt werden. Nachdem in der Weise von der Armendirektion bisher verfahren ist, kann jetzt unmöglich ein anderer Weg beschritten und der Unterstützung eine andere Form gegeben werden, das würde zu den größten Mißbräuchen führen. Ich möchte dringend warnen, neben den jetzigen Einrichtungen, die durch die Armenpfleger und die Waisenpflegerinnen verwaltet werden, nun noch eine andere Organisation zu schaffen und an deren Stelle zu setzen; es würden dann diejenigen, die solche Unterstützung dringend nötig haben, sie nicht bekommen und anderen weniger Bedürftigen würde sie bewilligt werden.

Herr W e s e m e i e r: So habe ich die Sache auch aufgefaßt; es ist eben alles auf Schrauben gestellt und es kann jedem einzelnen, dessen Kind ein Milchfrühstück bekommt, hierdurch das Wahlrecht genommen werden, und deshalb beantragen wir, das umzuändern. Wir würden den Eltern unter allen Umständen empfehlen, ihren Kindern ein Milchfrühstück aus der Armenkasse nicht geben zu lassen. (Rufe: Hört!) Dem Arbeiter steht das politische Wahlrecht hoch genug, um nicht für ein Linsengericht verkauft zu werden. Warum ist das in andern Städten möglich? Die Ärzte erklären ja bei jeder Gelegenheit, wie notwendig es ist, den Kindern Milch zu geben; man sollte die Lehrer ersuchen, die Kinder auszusuchen, welchen Milch gereicht werden soll, denn die Lehrer verstehen das am besten, und werden gern dabei behilflich sein.

V o r s i z e n d e r: Wenn ich mich nicht irre, würde durch die Statifizierung dieses Postens die rechtliche Seite der Frage gar nicht berührt. Die große Menge von Armen, die schon so wie so fest in der Armenpflege stehen, haben ohnedies kein Wahlrecht. In allen andern Fällen, wo ein einzelnes Kind ein Frühstück bekommt, büßt aber niemand sein Wahlrecht ein, es müßte dann schon ein ganz besonderer Ausnahmefall sein.

Herr Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g: An der Fühlung mit den Lehrern fehlt es auch jetzt nicht. Glauben Sie, daß die Schulärzte nach der Untersuchung

der Kinder blindlings derartige Scheine schreiben? Sie werden täglich mit den Schulinspektoren und Lehrern in Berührung kommen. Die Schulärzte sind viel praktischer, als Herr Wesemeier anzunehmen scheint, die haben mit den Lehrern schon Fühlung genommen. Herr Bunge würde also mit solchem Antrage nur offene Türen einrennen.

Herr Bunge: Ich werde den Antrag für heute zurückziehen und bei anderer Gelegenheit einbringen.

Herr Wolters: Der Magistrat beantragt nun:

„Die Voranschläge der eben gedachten Klassen nach Maßgabe des Entwurfes festzustellen und gleichzeitig die Zustimmung dazu zu erteilen, daß die Kanalarabgabe wiederum auf den diesjährigen Betrag von 2,5 Prozent des Grundsteuerkapitals festgestellt werde.“

Die Finanzkommission empfiehlt, dem Antrage zuzustimmen, was seitens der Versammlung geschieht.

Damit ist die Beratung des Stadthaushaltsplanes beendet.

Vorsitzender: Ich darf wohl in Ihrem Namen dem Herrn Referenten für seine fleißige Arbeit den Dank der Versammlung aussprechen? (Zustimmung.)

II. Antrag Aßmann: Aenderung des Wahlrechtes bei den Landtagswahlen.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung beschließt, die Herzogliche Landesregierung wolle geeignete Maßnahmen ergreifen, um für die Landtagswahlen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht einzuführen. Die Versammlung ersucht den Magistrat, sich dem Antrage anzuschließen und vorstehenden Beschluß der Landesregierung zu übermitteln.“

Vorsitzender: Formell müßte wohl eine Aenderung insofern vorgenommen werden, als gesagt wird: „Die Versammlung ersucht den Magistrat sich folgendem Antrage anzuschließen.“

Da ich mir gedacht habe, daß ein derartiger Antrag kommen würde, weil solche Anträge überall jetzt gestellt werden, so habe ich mich schon vorher mit der Sache befaßt. Ich halte es als im Rahmen unserer Beschlußfassung liegend, solchen Antrag hier zu behandeln, da mir der § 51 der Städteordnung kein Hinderungsgrund zu sein scheint. Ich gebe daher Herrn Aßmann das Wort zur Begründung seines Antrages.

Herr Mann: Sachlich kommt das, was der Herr Vorsitzende als Abänderung meines Antrages vorschlägt, auf eins hinaus, ich habe deshalb gegen die vorgeschlagene Abänderung nichts einzuwenden.

Meine Herren! Ich will Ihre Geduld nicht lange in Anspruch nehmen, da das zur Begründung des Antrages wirklich nicht nötig ist. Die Schönheiten unseres Wahlgesetzes kennen Sie alle und wir sind uns wohl alle darin einig, daß es dringend notwendig ist, das Gesetz zu ändern. Einmal ist schon im Jahre 1908 vom Landtage beschlossen worden, das Herzogliche Staatsministerium zu ersuchen, ein abgeändertes Wahlgesetz vorzulegen. Das ist aber nicht geschehen. Andererseits ist in Preußen und auch hier diese Frage viel erörtert worden und hat eine lebhafteste Agitation hervorgerufen; nicht nur in Arbeiterkreisen, sondern auch in Bürgerkreisen wird ihr große Aufmerksamkeit entgegengebracht. Daß unser Wahlgesetz nicht mehr den heutigen Verhältnissen angepaßt ist, weiß jeder. In verschiedenen preussischen Städten haben sich auch die Stadtverordnetenversammlungen mit der Frage befaßt und sich zustimmend erklärt. Der Magistrat in Berlin hat einen entsprechenden Beschluß der Stadtverordneten zu dem seinigen gemacht. Ueber die Frage der Notwendigkeit einer Aenderung unseres Wahlgesetzes glaube ich wohl kaum noch ein Wort verlieren zu brauchen. Sie werden mit mir darin einig sein, daß wir alle an der Entwicklung des Vaterlandes das gleiche Interesse haben und daß auch die große Masse des Volkes sich an der Wahl der Landtagsabgeordneten in der Weise beteiligen muß, daß sie direkt an der Wahl teilnehmen kann und nicht auf Umwegen nur einen kleinen Teil der Wahlmänner mitwählen darf. Auch die Schwereffälligkeit des Wahlsystems ist Ihnen bekannt und auch in Bürgerkreisen habe ich Kritiken gehört, die sich mit denen der Arbeiter decken. Ich nehme deshalb an, daß Sie meinen Antrag unterstützen werden und möchte Sie bitten, zuzustimmen, daß die Dringlichkeit dafür angenommen wird, da ein Zeitverlust nicht angebracht erscheint. Auch möchte ich den Magistrat bitten, seine Zustimmung zu dem Antrage zu geben.

Es ist auch schon darauf hingewiesen worden, daß die Versammlung sich in solchen Sachen an den Landtag wenden kann, wenn sie ihre Interessen dort besser vertreten sehen möchte. Deshalb haben wir das lebhafteste Interesse daran, ein Wahlrecht zu bekommen, das der Masse der Bevölkerung mehr entspricht, als das heutige.

Vorsitzender: Der Antrag ist genügend unterstützt. Persönlich würde ich es bedauern, wenn wir schon heute über den Antrag berieten, denn ob Sie eine Majorität dafür finden würden, das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht einzuführen, halte ich für zweifelhaft. Ein solcher Antrag

würde jedenfalls abgelehnt werden, und das würde ich bedauern, denn Sie werden wissen, wie ich persönlich dem Wahlrecht gegenüberstehe. Durch solche Ablehnung würde aber der Glaube erweckt werden, als wenn die Versammlung mit dem jetzigen Wahlrechte zufrieden wäre und keine Abänderung wünschte. Deshalb halte ich es für praktisch, den Antrag in die Kommission zu verweisen, wo vielleicht eine Form gefunden wird, der wir alle zustimmen und dadurch zum Ausdruck bringen können, daß wir eine Aenderung des Wahlrechtes wünschen.

Herr Mann: Ich ziehe die Dringlichkeit des Antrages zurück.

Vorsitzender: Ich überweise den Antrag der Statutenkommission zur Vorberatung.

III. Antrag Frede: Reinigung der Bürgerschulen.

Der von 10 Stadtverordneten unterstützte Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, Anweisung dahin zu geben, daß statt einer zweimaligen gründlichen jährlichen Reinigung (Scheuern) der Bürgerschulen eine viermalige eintrete.“

Nachdem Herr Frede sich auf seine Ausführungen bei 2. VII. des Stats (Seite 588 des Berichtes) bezogen hat, wird der Antrag der Schulkommission zur Vorberatung überwiesen,

und darauf die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis gegen 7 $\frac{3}{4}$ Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 21. März 1910.

Tagesordnung:

I. Antrag Böschigt: Errichtung eines Krematoriums	Seite 598
II. Nachverwilligung von Kosten für Instandsetzung des Bieneröderweges . .	" 600
III. Erhöhung einer Vergütung für das Polizeikorps	" 601
IV. Aenderung in der Geschäftsführung der Direktion der Licht- und Wasserwerke	" 602
V. Antrag Frede: Reinigung der Bürgerschulen	" 607
VI. Antrag Hßmann: Aenderung des Wahlrechts bei den Landtagswahlen	" 610
VII. Sicherung der Stadtkirchen gegen Feuersgefahr	" 612
VIII. Auswechslung der Unterflurhydranten durch Oberflurhydranten	" 617
IX. Veräußerung von Dubletten beim Stadtarchiv	" 617
X. Aufnahme eines Prozesses	" 618
XI. Annahme eines Vergleichsvorschlages	" 618
XII. Schaffung einer neuen Schulkasse und Annahme einer Lehrkraft	" 619
XIII. Einleitung eines Zwangsenteignungsverfahrens	" 619
XIV. Aenderung des Ortsbauplanes vor dem Petritore	" 619
XV. Ankauf einer Fläche am Gutfiltern	" 620
XVI. Abgabe von Gas zu ermäßigtem Preise	" 620

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister K e t e m e h e r, Bürgermeister M e y e r und Stadträte von F r a n k e n b e r g, W a g n e r und S c h ö t t l e r.

Entschuldigt die Herren B u c h l e r, J a s p e r, K a l m s, K o c h, P r o b s t, S c h m i d t und W e i c h s e l.

Der Vorsitzende, Herr H a u s w a l d t, eröffnet die Sitzung und gibt folgende Eingänge bekannt:

1. Der Verkehrsverein hat eine Anzahl Jahresberichte zur Verfügung gestellt, die zur Verteilung gelangen.

2. Die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft hat dem Magistrate und dieser der Versammlung mitgeteilt, daß beschlossen sei, aus Rücksicht auf die im Jahre 1914 stattfindende Feier des 150 jährigen Bestehens der Vereinsorganisation der Provinz Hannover die Einladung der Landwirtschaftskammer und der Stadt Hannover anzunehmen, so daß hier die in der Sitzung vom 17. Februar d. J. — Seite 559 des Berichtes — besprochene landwirtschaftliche Wanderausstellung vorerst nicht stattfinden könne.

3. Der Männer-Turnverein hat die Versammlung zu den Sondervorführungen der verschiedenen Abteilungen auf den 20. d. Mts. eingeladen, welcher Zeitpunkt inzwischen verstrichen ist.

4. Herr Weichsel bittet die Versammlung, ihm die Niederlegung seines Amtes als Stadtverordneter auf Grund der §§ 25 und 23 der Städteordnung zum 1. Mai 1910 zu gestatten, weil seine beruflichen Verhältnisse durch die Fortführung des Amtes einen erheblichen Nachteil erleiden würden. Der Antrag wird der Statutenkommission zur Vorberatung überwiesen.

Hierauf wird zur Erledigung der Tagesordnung geschritten.

I. Antrag Röschigt: Errichtung eines Krematoriums.

Der in der Sitzung vom 17. Februar d. Js. — Seite 557 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, im Hinblick auf die zu erwartende Einführung der fakultativen Feuerbestattung für die Erbauung eines Krematoriums rechtzeitig Sorge zu tragen.“

Namens der Baukommission berichtet hierüber Herr R o n e g e n: Die Kommission hat sich mit dem Antrage eingehend beschäftigt und gibt im Einverständnis mit dem Antragsteller anheim, ihn in folgender Fassung anzunehmen:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, an zuständiger Stelle dahin zu wirken, daß die fakultative Feuerbestattung schnellstens in hiesiger Stadt zugelassen und die Erbauung eines Krematoriums und die Anlage eines Urnenhains in die Wege geleitet werde.“

Zur Begründung dieses Antrages möchte ich folgendes bemerken: Es ist wohl überflüssig, auf den Gedanken der Feuerbestattung selbst näher einzugehen. Durch Druckschriften, Zeitungen und öffentliche Vorträge ist seit einer Reihe von Jahren, namentlich aber während der letzten Jahre, so viel über diesen Gegenstand verhandelt, daß sich wohl jeder sein eigenes Urteil darüber gebildet haben wird. Ausschlaggebend für den Antrag war in erster Linie der Umstand, daß es immer schwieriger wird, geeignete Plätze für Friedhöfe in annehmbarer Nähe der Städte zu erwerben. Wenn wir unseren Friedhof in Betracht ziehen, so wird jeder erstaunt sein über die ungeheure Größe, die er in der verhältnismäßig kurzen Zeit seines Bestehens angenommen hat, denn er umfaßt jetzt 30,38 ha, also über 28 Morgen, und ein größerer Teil Terrain soll noch hinzugenommen werden. Die weiteren Gründe für die Einäscherung der Leichen liegen mehr auf sanitärem und ethischem Boden. Die fakultative Feuerbestattung hat besonders in den letzten Jahren bedeutende Fortschritte gemacht und zwar in allen Kulturstaaten, insbesondere auch im Deutschen Reiche. Fast alle deutschen Bundesstaaten, mit Ausnahme allerdings der größten, nämlich Preußen, Bayern, Mecklenburg und Braunschweig, haben die fakultative Feuerbestattung zugelassen. Zur Verfolgung und weiteren Ausbildung dieser Sache haben sich bereits 196 Vereine mit rund 60 000 Mitgliedern gebildet. 20 Krematorien sind bis heute in Betrieb genommen und von diesen nur zwei, nämlich Hamburg und Mainz, in eigener Verwaltung, während die übrigen sich in städtischer Verwaltung befinden. Im Jahre 1909 sind ca. 5000 Einäscherungen vollzogen, nämlich 18 bis 20 Prozent mehr als im Jahre vorher, ein Zeichen, daß die Einäscherung immer mehr Neigung im Volke gefunden hat. Es kann auch nicht mehr gesagt werden, daß die Einäscherung nur einem kleinen Teile der Bevölkerung zugute komme, sondern die vorhin genannten Zahlen beweisen, daß sich der Gedanke weit im Volke verbreitet hat. Es wäre zu empfehlen, die Sache nicht zu weit mehr hinauszuschieben, weil sich jetzt die Grundstücke noch verhältnismäßig billiger beschaffen lassen, als später und weil das Bedürfnis zur Durchführung des Antrages immer näher an uns heranrückt. Außerdem hätten wir dann noch den Vorteil, daß vor der Einführung der fakultativen Feuerbestattung in Preußen die benachbarten preußischen Städte Hannover, Hildesheim, Magdeburg usw. ihre Leichen zur Einäscherung hierher schicken würden.

Was den Kostenpunkt betrifft, so brauchten wir den nicht zu scheuen. Übereß, das sich ein großartiges Krematorium geleistet hat, gab dafür 90 000 *M* aus. Der hiesige Verein für Feuerbestattung würde dem Magistrate für den Zweck bereits 40 000 *M* zur Verfügung stellen können, wovon ein Gönner des Gedankens allein 30 000 *M* für den Fall gezeichnet hat, daß der Bau eines Krematoriums zur Ausführung kommt. Ob der Herr diese Absicht auch leßtvillig festgelegt hat, ist mir nicht bekannt, so daß es geraten erscheinen dürfte, schon aus diesem Grunde die Sache so rasch wie möglich in die Hand zu nehmen. Die Baukommission empfiehlt Ihnen die Annahme des geänderten Antrages.

Herr Mohr: Ich möchte dazu noch bemerken, daß die Asche eines erwachsenen Menschen ein Raumliter beansprucht, und daher in einem Kolombarium Tausende von Aschenresten untergebracht werden können, daß aber auch die Ausnutzung des Urnenhaines eine ungeheure ist, wenn z. B., wie in Hamburg, durchschnittlich auf $\frac{1}{4}$ qm Raum die Urnen versenkt werden. Demnach würde man auf dem Raume eines Quadratmeters ein ganzes Familienbegräbnis herrichten können, indem dort 4 bis 5 Urnen versenkt werden können. Dies ist der wesentliche Grund, der uns mit bestimmt hat, vorzuschlagen, daß auch ein Urnenhain, der von sämtlichen Anhängern der Feuerbestattung bevorzugt wird, mit angelegt werden möchte. Es ist auch die Rede davon gewesen; daß es nicht nötig wäre, einen besonderen Urnenhain anzulegen, sondern daß die Urnen auf dem vorhandenen Friedhofsterrain mit versenkt werden könnten. Das würde aber deshalb nicht praktisch sein, weil dort für jedes Grab ein Raum von 2 qm vorgeschrieben ist, während wir hier mit dem achten Teile auskommen würden. Es empfiehlt sich deshalb, einen besonderen Urnenhain von etwa 3 Morgen anzulegen.

Der Antrag der Baukommission wird darauf einstimmig angenommen.

II. Nachverwilligung von Kosten für Instandsetzung des Bienröderweges.

Der zur Instandsetzung des Bienröderweges verwilligte Betrag von 27 200 *M* reicht zur Deckung der entstandenen Kosten nicht aus, weil sich bei der Bauausführung verschiedene Arbeiten als notwendig herausstellten, die in den Kostenanschlägen nicht vorgesehen waren. Hierzu sind insbesondere zu rechnen die Aufwendungen für Arbeiten, welche zur Freilegung derjenigen zur Wegeanlage verwandten Flächen nötig waren, die bislang zu dem städtischen Wasserwerksgrundstücke gehörten, mit 710 *M*, ferner die Kosten der Höherlegung des Radfahrweges im Betrage von 1590 *M* und schließlich die Aufwendungen für die Aufhöhung der östlichen unbefestigten Wegehälfte mit 500 *M*. Der Magistrat gibt daher anheim, noch 2800 *M* Kosten nachzuverwilligen.

Namens der Baukommission empfiehlt Herr R i e f e die Genehmigung der Vorlage.

Herr B o g e: Ich möchte anregen, den Weg möglichst bald weiter nach Norden auszubauen und mit Bäumen zu bepflanzen, damit man recht bald auf schattigem Wege nach dem Holze gelangen kann.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

III. Erhöhung einer Vergütung für das Polizeikorps.

Das Generalkommando des X. Armeekorps bringt eine Einschränkung der Vormusterung der Zivilfuhrwerke für den Mobilmachungsfall in Vorschlag, der Herzogliches Staatsministerium im Einvernehmen mit dem Magistrate und der Herzoglichen Polizeidirektion zugestimmt haben. Letztere hat sich gleichzeitig bereit erklärt, gelegentlich der alle 1½ Jahre stattfindenden Aufnahme der Pferdebestände die Fuhrwerke durch das Exekutivkorps auf ihre Brauchbarkeit prüfen und in die Listen eintragen zu lassen. Da hierdurch, namentlich bei den erstmaligen Feststellungen, den damit beauftragten Beamten eine nicht unbedeutende Mehrarbeit erwachsen wird, so ersucht die Herzogliche Polizeidirektion, die bislang dem Exekutivkorps gewährte Vergütung von 200 *M* auf 400 *M* zu erhöhen. Der Magistrat gibt anheim, diesem Antrage zuzustimmen. Da die Einschränkung der Vormusterung von Zivilfuhrwerken durchaus im Interesse der Einwohnerschaft liegt, so erscheint ihm die alle 1½ Jahre in Frage kommende Mehraufwendung von 200 *M* nicht als ein zu großes Opfer.

Nach dem Berichte des Herrn M o h r schließt sich die Finanzkommission dem Antrage des Magistrates an und gibt dessen Genehmigung anheim.

Herr W e s e m e i e r: Die Stadt soll hier für eine Mehraufwendung zugunsten der Polizei in ihren Säckel greifen. Es werden von der Polizei eine ganze Menge Strafmandate gegen hiesige Einwohner wegen der verschiedenartigsten Vergehen erlassen, deren Erlös in die Kasse der Landespolizei fließt, weil die hiesige Polizei dem Staate unterstellt ist. Meiner Ansicht nach ist es ein Unrecht, daß diese Gelder in die Staatskasse fließen. Die ländlichen Abgeordneten reden immer davon, daß unsere Stadt mehr für die Polizei aufwenden soll. Es ist uns nicht bekannt, wieviel Geld aus diesen Strafmandaten aufkommt; wahrscheinlich werden Tausende und Abertausende auf solche Weise eingezogen. Ich möchte fragen, ob es nicht möglich gemacht werden könnte, daß die für Vergehen gegen städtische Statuten und Bestimmungen aufkommenden Strafgeelder in den Stadtsäckel fließen.

Herr Mohr: Das hat mit dieser Sache nichts zu tun. Hier haben wir es mit einer bestimmten Beschäftigung zu tun, die einen Mehraufwand an Zeit erfordert, wofür wir eine Entschädigung zahlen sollen.

Herr Stadtrat Wagner: Ich muß auch sagen, daß die Anregung des Herrn Wesemeier mit dieser Sache nichts zu tun hat. Jedenfalls ist es Aufgabe der Stadt, die Ermittlung des Wagenbestandes zu besorgen. Da wir aber selbst nicht das nötige Personal zu solchen Ermittlungen besitzen, so müssen wir uns dabei der Vermittlung der Polizeiorgane bedienen, und es ist billig, daß wir für die Mehrarbeit eine Vergütung bezahlen.

Die Magistratsvorlage wird angenommen.

IV. Aenderung in der Geschäftsführung der Direktion der Licht- und Wasserwerke.

Nachdem die Versammlung der Versetzung des Rechnungsrates Piepenbrink in den Ruhestand zum 1. April d. Js. zugestimmt hat, würde über die Wiederbesetzung der Stelle eines Bureauvorstehers der Gas- und Wasserwerke Entscheidung zu treffen sein. Der Magistrat ist im Einvernehmen mit der Deputation zur Verwaltung der Licht- und Wasserwerke der Ansicht, daß von dieser Wiederbesetzung Abstand zu nehmen und die von den städtischen Behörden im Jahre 1891 beschlossene Ordnung der Verwaltung der Gas- und Wasserwerke zu ändern ist. Diese Ansicht begründet der Magistrat wie folgt:

1. Nach § 11 der gedachten Ordnung und nach § 20 Nr. 5 des Statuts, die Ordnung und Verwaltung der Stadtgemeinde betr. Nr. 1 vom 24. März 1893 wird der gesamte Betrieb und die unmittelbare Verwaltung der Werke durch einen technischen Direktor unter der Aufsicht der Verwaltungsdeputation geleitet. Der nach § 12 der Ordnung zur unmittelbaren Leitung des gesamten Bureaudienstes und des damit zusammenhängenden Geschäftsbetriebes berufene kaufmännische Bureauvorsteher steht zwar nach § 20 des gedachten Statuts dem Direktor „zur Seite“, aber er ist ihm keineswegs nebengeordnet. Sowohl in bezug auf den technischen Teil des Betriebes, als auch in bezug auf alle sonstigen Einzelheiten der ganzen Verwaltung ist der leitende Direktor der allein verantwortliche und entscheidende Beamte und somit auch der Vorgesetzte des Bureauvorstehers. Mit dieser Stellung des Bureauvorstehers ist es schwer vereinbar, daß dieser, wie § 13 der Ordnung vorschreibt, gemeinschaftlich mit dem Direktor „für die Direktion zeichnen“ soll. Denn wenn er für die Willensfindungen der Verwaltung der Werke nicht verantwortlich und sie zu beeinflussen nicht in der Lage ist, so kann ihm auch nicht zugemutet werden, daß

er die nach außen gehenden schriftlichen Erklärungen mit unterschreibt und ihren Inhalt durch seine Unterschrift deckt. Unterschreibt er aber in der Ueberzeugung, daß seine Unterschrift ohne Bedeutung sei, so hat die Unterschrift keinen Wert.

Die fragliche Bestimmung der Ordnung verdankt ihren Ursprung dem Umstande, daß früher zwei gleichberechtigte Direktoren, ein technischer und ein kaufmännischer, zur gemeinsamen Leitung der Werke berufen waren, vielleicht auch der Ueberzeugung, daß die nach § 3 der Ordnung i n k a u f m ä n n i s c h e r W e i s e erfolgende Kassen-, Buch- und Rechnungsführung die Führung einer Art Firma erfordere.

Von einer Firmenführung im Sinne des Handelsgesetzbuches kann natürlich nicht die Rede sein; die Direktion handelt nach außen stets nur als Vertreterin entweder des Stadtmagistrates oder der Verwaltungsdeputation und in rechtlicher Beziehung ist es ohne jede Bedeutung, ob eine oder mehrere Personen für die Direktion „zeichnen“.

Wir können der zweiten Unterschrift aber auch vom Standpunkte der Verwaltung aus irgend eine Bedeutung nicht beimessen.

Eine Gewähr gegen Unregelmäßigkeiten bietet die zweite Unterschrift nicht, zumal dann nicht, wenn dem zweiten Beamten keine Verwaltungsbefugnisse beigelegt werden.

Der Schwerpunkt liegt in der Aufsicht der Verwaltungsdeputation über die ganze Geschäftsführung, und solange nach ihrer Ansicht die Ausführung ihrer Beschlüsse unbedenklich dem Direktor allein übertragen werden kann, wird man diesem auch allein die Vollziehung der einzelnen Urkunden überlassen können.

2. Wir haben schon früher gelegentlich darauf hingewiesen, daß die Führung gesonderter Kassen soviel als möglich einzuschränken sei; der Geldverkehr für die gesamte städtische Verwaltung muß, soweit nur irgend angängig, bei der Stadthauptkasse konzentriert werden. Wir haben deshalb angeordnet, daß die für Rechnung der Gas- und Wasserwerke eingezogenen Beträge, soweit tunlich, unmittelbar bei der Stadthauptkasse eingezahlt werden, und daß der Direktion zur Ermöglichung der Buchführung fortlaufend von den erfolgten Einzahlungen Kenntnis gegeben wird. Diese Anordnung hat sich durchaus bewährt, und eine wesentliche Entlastung der Kassenbeamten der Gas- und Wasserwerke im Gefolge gehabt.

Auch ist dadurch das lästige Transportieren des baren Geldes (zum großen Teil Silbermünzen!) von der Kasse der Gas- und Wasserwerke nach der Stadthauptkasse wesentlich eingeschränkt. Es steht kein Bedenken entgegen, auch die Einzahlungen für verkauften Koks, die zurzeit noch im Verwaltungsgebäude der Werke erfolgen, unmittelbar bei der Stadthauptkasse stattfinden zu lassen und damit den Geldverkehr im Direktionsgebäude noch weiter einzuschränken.

Ganz wird er sich allerdings nicht beseitigen lassen. Der geringfügige Verkauf der von der Direktion vertriebenen Handelsartikel (Glühstrümpfe, Gummischeiben, Waschbeden und dergleichen) erfolgt gegen Barzahlung, und diese wird, da das Lager im Direktionsgebäude gehalten wird, nach wie vor an Ort und Stelle zu erfolgen haben. Auch liegt es im Interesse des Publikums, daß beim Verzuge oder beim Wohnungswechsel von Gas- und Wasserabnehmern die sofortige Entgegennahme der geschuldeten Beträge ermöglicht wird, und da über deren Höhe nur die Rechnungsbücher Auskunft geben, so muß die Zahlung im Direktionsgebäude stattfinden.

Dieser Geldverkehr ist aber ein so wenig umfangreicher, daß er unbedenklich einem Kassierer übertragen werden kann und die Ueberwachung durch einen kaufmännisch ausgebildeten Bureauvorsteher nicht erfordert.

3. Ebenjowenig wird unseres Erachtens die Unterhaltung einer hochdotierten Stelle durch den sonstigen Verwaltungsdienst, soweit dieser durch das Bureaupersonal zu erledigen ist, bedingt. Die Preise für Gas und Wasser werden von den städtischen Behörden, diejenigen für die Nebenprodukte von der Deputation festgesetzt. Diese hat auch die Vertragsabschlüsse wegen der Kohlenlieferung usw. zu genehmigen und von einem wirklich kaufmännischen Betriebe, in dem ein tüchtiger Kaufmann sich betätigen könnte, ist daher keine Rede. Die Buchführung ist durchaus einfach gestaltet und auch die Aufstellung der schematisch geordneten Rechnungsabschlüsse, Verwaltungsberichte und Bilanzen bietet keine Schwierigkeiten. Die nicht zu entbehrende unmittelbare Aufsicht über das Bureaupersonal wird, soweit sie nicht der Direktor ausübt, einem der dortigen Hilfsbeamten, in der Regel dem Dienstältesten, übertragen werden können, der dann eine ähnliche Stellung einnehmen würde, wie die übrigen Bureauvorsteher.

4. Nach § 34 des oben erwähnten Verwaltungsstatutes sollen die Jahresrechnungen über die Verwaltung der einzelnen Kassen, insoweit nicht durch ihre Geschäftszuweisungen andere Kontrolleinrichtungen getroffen sind, vom städtischen Revisionsbureau geprüft werden. Von dieser Vorschrift ist bezüglich der Verwaltung der Gas- und Wasserwerke von jeher abgesehen, obgleich in der Verwaltungsordnung vom 1. April 1891 darüber nichts gesagt ist. Man hat sich herkömmlich darauf beschränkt, die Bücher nach Schluß des Rechnungsjahres durch einen beeidigten Bücherrevisor nachprüfen zu lassen, der naturgemäß nur Stichproben vornehmen konnte.

Es ist nicht einzusehen, weshalb dieses mit den bestehenden Vorschriften nicht zu vereinbarende Verfahren nur bei dieser einen städtischen Betriebsverwaltung zugelassen wird, während die Rechnungen aller anderen Verwaltungen der eingehenden Nachprüfung unterliegen. Ueber den Wert dieser Nachprüfung,

bei der ganz naturgemäß häufig verhältnismäßig geringfügige Beträge den Gegenstand weitläufiger Verhandlungen bilden, mögen die Ansichten geteilt sein; soviel steht jedoch unzweifelhaft fest, daß die Gewißheit darüber, daß eine Nachprüfung der Rechnungen erfolgt, von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist. Da man den Mitgliedern der Verwaltungsdeputation nicht wohl zumuten kann, die umfangreichen Jahresrechnungen im einzelnen nachzuprüfen, so wird es sich empfehlen, fortan auch die Rechnungen der Gas- und Wasserwerke durch das Revisionsbureau nachprüfen zu lassen.

5. Der technische Betrieb der Werke hat durch deren Erweiterung einen solchen Umfang angenommen, daß es geboten erscheint, den leitenden Direktor zu entlasten. Der Gedanke liegt nahe, ihm den kaufmännischen Betrieb und insbesondere die Aufsicht über die Buch- und Rechnungsführung abzunehmen. Aber die Erfahrung hat gelehrt, daß bei dem engen Zusammenhange zwischen dem technischen und dem kaufmännischen Teile des Betriebes eine völlige Trennung kaum durchführbar ist, und es haben deshalb die übrigen Städte, soviel uns bekannt, durchweg auf mehrköpfige Direktionen verzichtet. Wohl aber ist es angängig, mit der Ueberwachung der Buch- und Rechnungsführung einen außerhalb der Betriebe stehenden Beamten zu betrauen, durch dessen Kontrolle der leitende Direktor, ohne von der Aufsicht und Verantwortung entbunden zu werden, wesentlich unterstützt und entlastet werden würde. Wir sind der Ansicht, daß diese Aufgabe dem Stadtkämmerer zu übertragen ist.

Wir sind aber weiter der Ansicht, daß auch für den rein technischen Teil des Betriebes auf die Dauer ein einzelner Beamter nicht genügt, zumal jetzt in verschiedenen städtischen Betrieben kostspielige und komplizierte maschinelle Anlagen vorhanden sind, die gleichfalls von dem Direktor der Gas- und Wasserwerke dauernd überwacht werden müssen; die Annahme eines tüchtigen und erfahrenen Maschineningenieurs neben dem Direktor wird sich nicht vermeiden lassen. Die durch seine Besoldung erwachsenden Kosten können nicht ins Gewicht fallen gegenüber dem Schaden, der infolge ungenügender Ueberwachung der maschinellen Anlagen (z. B. bei Beurteilung oder Erkrankung des Direktors der Gas- und Wasserwerke) nur zu leicht eintreten kann. Im übrigen neigen wir schon jetzt der Annahme zu, daß an den bisherigen Bureaukosten der Gas- und Wasserwerke bei Ausführung der obengedachten Aenderungen gespart werden kann.

6. Der Rechnungsrat Piepenbrink hat bisher nebenamtlich gegen besondere Vergütungen die Kassen- und Rechnungsführung bei der Straßenreinigung und der Neustadtmühle besorgt. Wir halten für zweckmäßig, daß beide Rechnungen künftig mit der Rechnung der Kammereikasse in der Weise verschmolzen werden, daß die Aufstellung gesonderter selbständiger Voranschläge unterbleibt. Der

Etat wird hierdurch übersichtlicher, und die Führung von zwei abgezweigten Kassen kommt in Wegfall. Die Verwaltung der Neustadtmühle würde wie bisher durch die Verwaltungsdeputation zu geschehen haben; dagegen liegt kein Grund vor, den Voranschlag und die Rechnung dieses Betriebes, dessen Reinertrag in die Kammereikasse fließt, als Anhang des Voranschlages und der Rechnung der Gas- und Wasserwerke zu behandeln, da eine innere sachliche Verbindung zwischen beiden Betrieben nicht besteht.

7. Wenn einer von den zurzeit im Direktionsgebäude in der Al. Burg beschäftigten Beamten der Stadthauptkasse überwiesen wird, so würde eine weitere Vermehrung des Kassenpersonals der Stadthauptkasse nicht erforderlich sein. Andererseits aber würde, soweit sich zurzeit übersehen läßt, im Falle der weiteren Einschränkung des Geldverkehrs bei den Gas- und Wasserwerken für den an die Stadthauptkasse abzugebenden Beamten ebenso wenig wie für den nach dort bereits überwiesenen Bureauassistenten Beher (vgl. Bemerkung 4 zu Kap. XIII im Begleit Schreiben zum Voranschlage für 1910/11) ein Ersatz erforderlich werden.

Wegen der durch die Ueberweisung dieser Beamten, die fortan aus dienstlichen Rücksichten als Beamte der Stadthauptkasse zu führen sein werden, bewirkten Belastung der Kammereikasse dürfte ein Ausgleich am einfachsten dadurch herbeizuführen sein, daß die von den Gas- und Wasserwerken an die Kammereikasse zu zahlende Verwaltungsgebühr von 10 000 M und 4000 M etwas erhöht wird.

Wenn die vorstehenden Ausführungen und Vorschläge die Billigung der Herren Stadtverordneten finden sollten, so würde die Ordnung zur Verwaltung der Gas- und Wasserwerke umzuarbeiten sein. Wir hielten es für richtig, damit zu warten, bis die geehrten Herren Stellung zu den empfohlenen Aenderungen genommen haben und wir beschränken uns daher einstweilen auf das ergebenste Ersuchen, die vorstehenden Darlegungen gefälligst einer Prüfung zu unterziehen und sich zu denselben zu äußern.

Namens der Finanzkommission berichtet über die Vorlage Herr R ö h n e f i n k e: Was den Punkt 1 der Vorlage betrifft, so will ich nicht unerwähnt lassen, daß mir zunächst doch gewisse Zweifel darüber aufgestiegen sind, ob es möglich sein wird, die Stelle eines Bureauvorstehers in Zukunft eingehen zu lassen und mit dessen Geschäften einen bereits vollbeschäftigten Beamten zu betrauen. Diese Zweifel haben eine wesentliche Milderung durch die Erwägung erfahren, daß nach Durchführung der in der Vorlage beantragten Aenderungen eine erhebliche Verminderung der Arbeitsleistung bei den Gas- und Wasserwerken eintreten muß, die wiederum eine nicht unwesentliche Entlastung des dortigen Bureaupersonals zur Folge haben wird. Die Finanzkommission hegt

daher keine Bedenken, der Versammlung vorzuschlagen, zunächst versuchsweise von der Wiederbesetzung der Stelle des Bureauvorstehers Abstand zu nehmen und dem dienstältesten Beamten die Geschäfte des Bureauvorstehers zu übertragen, und zwar mit der Einschränkung, daß diesem Beamten die Ausübung der Unterschriftsleistung nicht beigelegt wird. Auch gegen die übrigen Punkte der Vorlage hat die Kommission keine Bedenken.

Die Finanzkommission ersucht daher, der Magistratsvorlage in allen Punkten zuzustimmen.

Herr R i e t e: Zur Vorlage selbst habe ich nichts zu bemerken. Ich möchte aber meiner Verwunderung Ausdruck geben, weshalb man nicht die Ermäßigung der Kofspreise auch im „Volksfreunde“ bekanntgibt, der 10 000 Abonnenten zählt, von denen viele ihren Bedarf an Feuerung durch Ankauf von Gaskofks decken. Ich möchte wünschen, daß man künftig hiernach verfährt.

Die Versammlung genehmigt hierauf die Magistratsvorlage.

V. Antrag Frede: Reinigung der Bürgerschulen.

Der in der letzten Sitzung gestellte Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, Anweisung dahin zu geben, daß statt einer zweimaligen gründlichen jährlichen Reinigung (Scheuern) der Bürgerschulen eine viermalige eintrete.“

Namens der Schulkommission berichtet hierüber Herr B ä h r: Es dürfte interessieren, zunächst zu wissen, welche Bestimmungen in dieser Beziehung zurzeit gelten. Nach § 7 der Dienstanweisung für die Schuldiener sind die Treppen und Korridore täglich zu fegen, ebenso die mit Vinoleumbelag versehenen Klassenräume hinsichtlich der außerhalb der Bänke liegenden Stellen. Die übrigen Räume sind zweimal jährlich zu scheuern, während die Korridore und Treppen vierteljährlich einmal gescheuert werden müssen. Der uns hier beschäftigende Antrag wünscht, statt der zweimaligen gründlichen Reinigung der Schulräume eine viermalige Reinigung vorzuschreiben. Die Schulkommission hat den Antrag beraten und ist dabei zu der Ueberzeugung gekommen, daß dem an sich gut gemeinten Ziele des Antrages vielleicht in anderer Weise näherzukommen sei, da sie zweifelhaft ist, ob sich der Zweck des Antrages in der angedeuteten Richtung wird fördern lassen. Man hat beobachtet, daß täglich der Schmutz vom Schulhofe in die Klassen getragen, hier zu Staub umgeformt wird und dieser ungünstig auf die Atmungsorgane einwirkt, indem die zarten Schleimhäute gereizt werden und alle möglichen Keime in den Körper eindringen. Dem-

nach besteht eine dringliche Aufgabe der Schulverwaltung darin, für eine Milderung des Staubes zu sorgen. Von unseren Wohnräumen wissen wir, daß sie täglich gereinigt werden, weshalb wir eigentlich dafür sorgen müßten, daß auch die Klassenräume eine tägliche Reinigung erfahren, jedoch würde das in erster Linie eine Frage des Kostenpunktes sein.

Die Schulkommission schlägt nun vor, statt der wöchentlich zweimaligen gründlichen Reinigung der Schulräume eine dreimalige vorzunehmen. Wenn der Antrag angenommen wird, so würde der Magistrat zu ersuchen sein, uns demnächst eine Vorlage über den hierdurch entstehenden Mehrbetrag zu machen. Der Antrag der Schulkommission lautet hiernach:

„Die Versammlung wolle beschließen, eine dreimalige wöchentliche gründliche Reinigung der Klassenräume zu veranlassen und den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung demnächst eine Vorlage zu gehen zu lassen, in der über den Kostenpunkt näheres enthalten ist.“

Herr M o h r: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob in der Schulkommission nicht die Rede davon gewesen ist, einmal das Brunil zu versuchen. Es handelt sich dabei um Holzspäne, die mit einer Fettmasse getränkt sind. Diese Späne werden, wie das z. B. im Hoftheater geschieht, vorgestreut und darauf die betreffenden Räume gereinigt. Bei der Verwendung dieses Materiales würde es vermieden werden, daß beim Fegen der Staub und Dreck hochfliegt und sich nachher wieder auf Tisch und Bänke setzt. Es brauchte dann auch eine häufigere Reinigung als jetzt nicht stattzufinden. Die Kosten würden sich nicht besonders hoch stellen.

Herr F r ü h l i n g: Wenn wir nach dem Antrage der Schulkommission beschließen, so sehe ich nicht ein, weshalb wir nachträglich noch die Kosten bewilligen sollen. Wenn wir jetzt eine dreimalige Reinigung der Schulräume, mit der ich persönlich einverstanden sein würde, beschließen, so hat es doch keinen Zweck, daß uns der Magistrat hinterher noch eine Vorlage über deren Kosten macht. Deshalb möchte ich empfehlen, zunächst den Magistrat zu ersuchen, uns diese Vorlage zu machen, worauf wir uns schlüssig werden können, ob wir eine dreimalige Reinigung für angezeigt halten.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e h e r: Wenn Sie sich auf den Standpunkt stellen, die dreimalige wöchentliche Reinigung gutzubeißen, mag sie kosten, was sie will, so müssen Sie uns auch Vollmacht wegen der Kosten geben und können nicht noch hinterher hierüber befinden wollen. Meiner Erinnerung nach ging der Beschluß der Schulkommission dahin, den Magistrat zu ersuchen, auf eine dreimalige Reinigung der Schulklassen Bedacht zu nehmen, alles weitere aber dem Magistrate zu überlassen.

Herr B ä h r: Von verschiedenen Seiten wurde bei der Kommissionsberatung erklärt, daß die Versammlung sich zunächst schlüssig werden müsse, ob eine vermehrte, etwa dreimalige Reinigung der Schulräume beliebt würde. Was die Bemerkung des Herrn Mohr anlangt, so ist unsere Schulverwaltung schon bestrebt, den Staub zu mildern, indem bei den Holzfußböden Stauböl benutzt wird. Bei den Linoleum-Fußböden muß es anders gemacht werden, die werden jährlich einigemal mit Terpentin behandelt. Der Antrag der Schulkommission würde dann lauten, den Magistrat zu ersuchen, auf eine vermehrte, etwa dreimalige wöchentliche Reinigung der Klassenräume Bedacht zu nehmen.

Herr F r i e d e: Ich glaube den Herrn Referenten dahin berichten zu müssen, daß wir in dem vom Herrn Oberbürgermeister vorgetragenen Sinne beschloffen haben. Bei Durchführung des Antrages Frede wären die Kosten so hoch gewesen, daß die Versammlung sich damit nicht einverstanden erklärt haben würde. Man hat sich schließlich auf eine dreimalige wöchentliche Reinigung geeinigt. Durch die Verwendung von sogenanntem chinesischem Del tritt tatsächlich eine Verringerung des Staubes ein, wenn auch ein Minimum zurückbleibt.

Herr M ö h l e: Es ist bedauerlich, daß ein derartiger Kommissionsbeschluß von den einzelnen Kommissionsmitgliedern im Plenum noch einmal zerpfückt werden muß. Ich bin auch der festen Ueberzeugung, daß der Herr Referent sich im Irrtum befindet. Der Beschluß der Kommission geht dahin, den Magistrat zu ersuchen, auf eine größere Reinlichkeit innerhalb der Schulen Bedacht zu nehmen. Die dreimalige Reinigung ist wohl angeregt, aber nicht beschloffen.

Herr F r i e d e: Es ist in der Kommission ganz ausführlich über die Sache gesprochen und dabei auch festgestellt worden, daß namentlich die innerhalb der Bänke liegenden Trittbretter stark beschmutzt werden. Im übrigen haben wir meistens Linoleum- oder Riemenböden, auf denen sich weniger Staub entwickelt.

Herr B ä h r: Ob Herr Möhle diese Besprechung bedauert oder nicht, kann mir gleichgültig sein; meine Notizen aus der Kommissionsitzung lauten so, wie ich vorgetragen habe, daß sich nämlich die Schulkommission für eine vermehrte, etwa dreimalige Reinigung der Klassenräume ausgesprochen hat.

Herr R i b b e n t r o p: Ich stelle den Antrag, den Magistrat zu ersuchen, auf eine größere Reinigung der Schulräume Bedacht zu nehmen.

V o r s i t z e n d e r: Es empfiehlt sich wohl nicht, diese Bagatelle nochmals in die Kommission zurückzuverweisen. (Zustimmung.) Dann darf ich wohl annehmen, daß die dreimalige wöchentliche Reinigung der Schulräume als eine Anregung aufzufassen ist und wir dem Antrage des Herrn Ribbentrop gemäß beschließen. (Zustimmung.) Ich konstatiere, daß so beschloffen ist.

VI. Antrag Aßmann: Aenderung des Wahlrechts bei den Landtagswahlen.

Der in der letzten Sitzung gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, sich folgendem Antrage anzuschließen: Herzogliche Landesregierung wird gebeten, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um für die Landtagswahlen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht einzuführen.“

Herr B o g e: Die Sache ist in der Statutenkommission nicht vorherberaten und zwar einmal, weil der Herr Antragsteller nicht zugegen war, ferner, weil auch von den sechs Mitgliedern der Versammlung, die eine beschleunigte Beratung des Antrages gewünscht hatten, niemand zugegen war, ferner, weil der Referent erkrankt war und schließlich, weil auch der Antrag auf Dringlichkeit durch die inzwischen erfolgte Vertagung des Landtages bis zum 24. Mai d. Js. hinfällig geworden ist.

Herr Aßmann (zur persönlichen Bemerkung): Ich konnte an der Sitzung der Statutenkommission nicht teilnehmen, weil ich bei dem Eingange der Einladung verreist war, und erst nach meiner Rückkunft erfuhr, daß die Sitzung inzwischen stattgefunden hatte. Als wir die Dringlichkeit des Antrages beantragten, war unser Wunsch, daß die Sitzung in der vorigen oder vorvorigen Woche stattfinden sollte, was nicht angängig war. Nachdem sich der Landtag inzwischen vertagt hat, ist zurzeit keine besondere Eile mehr vorhanden.

Herr Wesemeier (zur persönlichen Bemerkung): Es ist eigentlich wunderbar, in welcher Weise der Herr Referent die Gründe vorträgt, die zur Nichtbehandlung des Antrages geführt haben. Wenn er u. a. bemerkt, daß sich niemand von den sechs Herren zur Kommissionsitzung eingefunden hat, so hätte er auch müssen anführen, daß diese sechs Herren überhaupt keine Mitteilung über den Zeitpunkt der Kommissionsitzung erhalten haben.

V o r s i z e n d e r: Der Herr Vorredner irrt sich. Die betreffenden sechs Herren haben weiter nichts beantragt, als die beschleunigte Einberufung einer Sitzung der Stadtverordneten, sie konnten also eine Einladung zu der Kommissionsitzung nicht erwarten. Ich hatte allerdings erwartet, daß diese sechs Herren unter einander Fühlung hätten und jemand zur Kommissionsitzung geschickt hätten, wenn der Antragsteller, der eine Einladung erhalten hatte, zur Sitzung nicht kommen konnte. Jedenfalls konnte von meiner Seite keiner der sechs Herren zur Kommissionsitzung eingeladen werden.

Herr Wesemeier (zur persönlichen Bemerkung): Der Herr Vorsitzende mag recht haben. Ich wende mich auch nicht dagegen, sondern nur gegen die

Bemerkung des Herrn Referenten, daß die Unterstützer des Antrages nicht zugegen gewesen wären. Wir konnten nicht anwesend sein, weil wir gar nicht wußten, daß die Kommissionsitzung stattfand. Im übrigen sitzen wir auch nicht jeden Tag zusammen, um uns jederzeit verständigen zu können.

Vorsitzender: Wenn von sechs Herren ein Antrag auf beschleunigte Einberufung einer Sitzung unter Angabe des Gegenstandes der Beratung einläuft und man sich bemüht, möglichst schnell eine Sitzung zusammenzubringen, so macht es einen verwunderlichen Eindruck, wenn dann der Antragsteller, der die Dringlichkeit mit beantragt, nicht erscheint. Ein Vorwurf gegen Herrn Altmann hat mir ferngelegen, und es hat nur auf die seltsame Verkettung der hier vorliegenden Umstände hingewiesen werden sollen.

Herr Altmann (zur persönlichen Bemerkung): Es tut mir leid, daß Herr Dr. Jasper nicht anwesend ist, der uns am Sonnabend vor acht Tagen mitgeteilt hat, er habe den Herrn Vorsitzenden ausdrücklich gebeten, es möchte mindestens zu Anfang der vorigen Woche eine Sitzung stattfinden, weil ich erklärt hatte, daß ich vom Mittwoch bis zum Freitag verreisen müsse. Wenn der Landtag geschlossen, statt vertagt wäre, was man damals noch nicht wissen konnte, so wäre die Verhandlung jetzt ganz gegenstandslos gewesen und wir hätten hier nur leeres Stroh dreschen können. Unsererseits haben wir noch keinen Vorwurf darüber erhoben, daß die Versammlung nicht früher einberufen worden ist; wir haben uns eben damit getröstet, daß uns gesagt wurde, die Steuereinschätzungen gingen vor. Im übrigen liegen wir auch nicht immer auf der Lauer nach Sitzungen, sondern haben auch noch anderen Geschäften nachzugehen.

Vorsitzender: Ich habe nicht behauptet, daß Herr Altmann auf der Lauer liegen solle, sondern habe nur gesagt, daß ich wegen dieser Sitzung in eine sonderbare Lage gekommen bin. Um völlige Klarheit in der Sache zu schaffen, will ich Ihnen den Briefwechsel zwischen Herrn Dr. Jasper und mir vorlesen.

Herr Dr. Jasper schrieb mir am 9. März folgendes: „An den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Braunschweig. Den Inhalt unserer Unterredung vom Montag teilte ich meinen politischen Freunden mit. Sie sind mit mir der Ansicht, daß es einigermaßen ungewiß ist, ob und wie lange der Landtag noch nach Ostern tagt, und wünschen, daß der Antrag Altmann, betreffend Landtagswahlrecht, baldigst in der Stadtverordnetenversammlung verhandelt wird. Im Auftrage der Herren Stadtverordneten Altmann, Bunge, Hesse, Ohlendorf, Nieke und Wesemeier bitte ich daher, nach § 55 der Städteordnung baldigst eine Sitzung der Stadtverordneten einzuberufen, in der der fragliche Antrag Altmann beraten werden soll. Um zu ermöglichen, daß die Kommission den An-

trag erst vorberät, gebe ich anheim, die Sitzung in den ersten Tagen der nächsten Woche stattfinden zu lassen. Bis dahin dürften auch die Steuerkommissionen genügendes Material aufgearbeitet haben, daß die Bureaus nicht in Stockung geraten und der Abschluß der Einschätzung verzögert wird."

Hierauf habe ich an demselben Tage geantwortet: „Ich erhielt Ihr Schreiben vom 8. d. Mts. mit dem Antrage, nach § 55 der Städteordnung die Stadtverordneten zu versammeln. Sobald die Steuereinschätzungssitzungen im Laufe der nächsten Woche beendet sind, werde ich eine Plenarsitzung ansetzen."

Damit können wir den Gegenstand wohl verlassen.

VII. Sicherung der Stadtkirchen gegen Feuergefähr.

In der Sitzung vom 22. Oktober 1908 — Seite 290 des Berichtes — war der Magistrat ersucht worden, festzustellen, was die Versicherung der hiesigen Stadtkirchen gegen Brandschaden kosten würde und welchen Kostenaufwand die von der städtischen Bauverwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen zur Erhöhung der Feuersicherheit in den Kirchen erfordern würde.

Ueber solche Maßnahmen hat die städtische Bauverwaltung sich gutachtlich dahin geäußert, daß zunächst eine Verbesserung der Blitzableiteranlagen zu erfolgen habe. Ferner wird eine Sicherung der Gebäude gegen Einwirkungen von Flugfeuer gefordert. Dabei komme in erster Linie die Herstellung eines sicheren Verschlusses der Lufen auf den Dachböden sowie der Fensteröffnungen der Türme in Betracht. Es wird für zweckmäßig erachtet, die Lufenklappen sowie auch die sich sonst vorfindenden alten Lannenholzfenster durch neue Fenster aus Eichenholz mit Sprossenteilung und Drahtglasfüllungen zu ersetzen. Auch dürfte es sich empfehlen, das Wäschetrocknen auf den Kirchenböden ganz zu untersagen. Die zurzeit noch nicht genügend gesicherten Fensteröffnungen würden zweckmäßig mit neuen eisernen, wenigstens teilweise verstellbaren Jalousieklappen zu versehen sein. Diese Aenderungen würden einen Kostenaufwand von 11 800 Mark erfordern, welcher Betrag sich um 7500 Mark ermäßigt, wenn nicht alle vorhandenen Holzklappen durch eiserne Jalousien ersetzt werden.

Von der empfohlenen Bereithaltung von Wasser auf den Dachböden der Kirchen zur Löschung eines durch Flugfeuer entstehenden Schadenfeuers wird gebeten abzusehen, wogegen vorgeschlagen wird, in den Türmen der Kirchen feste eiserne Steigrohre anzubringen, die es ermöglichen, mit Hilfe der Dampfspritze in kürzester Zeit Wasser nach oben pumpen zu können. Im Brandfalle würde alsdann die umständliche und äußerst zeitraubende Schlauchlegung im Innern der Gebäude in Fortfall kommen. Die hierdurch erwachsenden Kosten würden 6000 Mark betragen.

Bei der Verhütung von Brandschäden, die durch Unvorsichtigkeit der in der Kirche und namentlich auf deren Dachböden sowie in den Türmen beschäftigten Personen entstehen können, handelt es sich namentlich um die Beseitigung aller auf den Kirchenböden und in den Türmen befindlichen überflüssigen, brennbaren Stoffe. Hierdurch würden 950 Mark Kosten entstehen.

Schließlich würden noch Sicherungsmaßregeln zur möglichststen Einschränkung eines im Kirchengebäude ausgebrochenen Schadenfeuers in baulicher Beziehung zu treffen sein. Dabei kommt in Frage, einerseits die Trennung der einzelnen Bauteile durch feuersichere Abschlüsse, andererseits die Herstellung einer bequemen und sicheren Zugänglichkeit der Dachböden, Türme und sonstigen Bauteile. Hierfür würden 12 650 Mark aufzuwenden sein. Es ist namentlich auf die Herstellung massiver Decken in Höhe des Dachbodens der Kirche resp. auf die Abdeckung der hier befindlichen Balkenanlagen mit Eisenbetondecken Bedacht genommen. Weiterhin ist die Anbringung feuersicherer Türen zwischen den Türmen und den Dachböden der Kirche, und zwischen den Türmen und den von diesen eingeschlossenen Glockenhäusern ins Auge gefaßt.

Die Gesamtausgabe für die hier erörterten Anlagen und Einrichtungen belaufen sich auf 37 400 Mark, welcher Betrag sich auf rund 30 000 Mark ermäßigen würde, weil ein Teil der Arbeiten noch zurückgestellt werden kann.

Der Magistrat ersucht, sich nunmehr zu dem Schreiben vom 7. Oktober 1908 zu äußern. Dabei wird bemerkt, daß die Versicherung der Kirchen bei einer Privatversicherungsgesellschaft ausgeschossen ist und daß weder auf eine Herabsetzung der laufenden Beiträge (4 Pf. für 100 Mark), noch der Eintrittsgelder (40 Pf. für 100 Mark), im Falle eines Versicherungsabchlusses mit der Landesbrandversicherungsanstalt zu rechnen sein würde. Die Ausführung der von der städtischen Bauverwaltung empfohlenen Sicherungsmaßregeln hält der Magistrat auf jeden Fall für zweckmäßig.

Herr Frühlings: Die Baukommission empfiehlt Ihnen dringend, zuzustimmen, daß die von der städtischen Bauverwaltung empfohlenen baulichen Änderungen und Sicherungen unter allen Umständen ausgeführt werden. Was die Versicherung der Kirchen gegen Feuergefährdung betrifft, so glaubt die Kommission, solche Versicherung namentlich mit Rücksicht auf die hohen Eintrittsgelder nicht empfehlen zu sollen. Bei einem schätzungsweise festgestellten Brandkassenwerte der Kirchen von 5 890 000 Mark würden an Eintrittsgeld 23 560 Mark und an jährlichem Beitrag 2356 Mark zu zahlen sein. Wenn alles getan ist, um die Entstehung eines Feuers zu verhindern und die Bekämpfung eines solchen zu ermöglichen, so dürfte das genügen, zumal der Ersatz für durch Feuer vernichtete Sachen doch nur als illusorisch anzusehen ist. Die Baukommission

empfiehlt also, zu erklären, daß die erwähnten baulichen Sicherungsmaßnahmen getroffen werden möchten, daß jedoch von einer Versicherung der Kirchen abgesehen werde.

Herr Oberbürgermeister K e t t e m e h e r: Der Magistrat hatte gemeint, die für die Sicherung der Kirchen aufzuwendenden Summen aus den laufenden Einnahmen des Etats der Gemeinde Kirchenkasse, wenn auch nicht in einem Jahre, bestreiten zu können. Nun haben wir heute morgen den Etat der Gemeinde Kirchenkasse festgestellt und dabei gefunden, daß es recht schwer halten dürfte, diese Ausgaben aus den laufenden Mitteln zu bestreiten; wir werden ohnehin schon im nächsten Jahre zu einer Erhöhung der Kirchensteuer schreiten müssen. Rechtlich liegt die Sache so, daß die Versammlung zu den Aufwendungen für die Kirchen im allgemeinen nicht die Zustimmung zu erteilen hat. Nach dem hier geltenden Kirchenrechte hat sich der Magistrat bei solchen Aufwendungen gutachtlich zu äußern, während das Kirchenkassen-Kollegium die Genehmigung erteilt. Die Stadtverordneten-Versammlung hat indessen die Steuern zu bewilligen. Da nun die erforderliche Summe nicht aus den laufenden Einnahmen gedeckt werden kann, sondern aus Anleihen zu nehmen ist, so würde die Folge davon sein, daß die Anleihe dauernd verzinst und amortisiert werden muß. Die Bewilligung der hierzu erforderlichen Mittel liegt aber in Ihren Händen. Es würde nun zur Vereinfachung des Verfahrens dienen, wenn Sie sich schon heute schlüssig machten, den Magistrat zu ermächtigen, die Summe durch Anleihe zu decken. Es kommt allerdings darauf an, ob Sie der Ansicht sind, daß man die Aufwendungen auf eine längere Reihe von Jahren verteilen könnte, dann ließen sie sich aus den laufenden Einnahmen decken; ich trage jedoch Bedenken, das zu befürworten, weil wir meiner Ansicht nach die Sicherungsmaßregeln recht bald treffen müßten, wenn wir auf eine Versicherung der Kirchen verzichten wollen. Es würde zur Vereinfachung dienen, sich heute schon schlüssig zu machen, ob die von der städtischen Bauverwaltung berechnete Summe aufgewendet werden soll oder nicht.

W o r j i k e n d e r: Ich will erläuternd bemerken, daß die Summe nur von den evangelischen Einwohnern der Stadt aufgebracht wird.

Herr L e u e: Im allgemeinen stimme ich dem Kommissionsantrage zu; ich möchte bei dieser Gelegenheit aber eine Anregung wiederholen, die ich schon vor zwei Jahren gegeben habe. Wenn hier Vorkehrungen getroffen werden, die dazu dienen sollen, die Feuergefährdung der Kirchen zu beseitigen, so möchte ich bitten, auch noch eine Vorkehrung zu treffen, die die Kirchenbesucher bei ausgebrochenem Feuer vor Gefahr schützen soll. Meine vor zwei Jahren gegebene Anregung ging dahin, dafür zu sorgen, daß die Kirchentüren nach außen auf-

schlagen. Bei Ausbruch eines Feuers in der Kirche kann bei voll besetzter Kirche ein unabsehbarer Schaden entstehen, wenn die Türen nicht nach außen aufgehen; es empfiehlt sich daher dringend, hier eine Aenderung zu treffen.

Herr Fr ü h l i n g: Auch in der Baukommission war die Meinung vertreten, daß alle Sicherungen so bald als möglich ausgeführt werden möchten. Nur in einem Punkte muß davon abgewichen werden: Bei der Andreaskirche sollen die eisernen Jalousien erst dann angebracht werden, wenn das Gerüst wieder beseitigt sein wird. Alle übrigen Sicherungen können in Kürze angebracht werden, und die Baukommission empfiehlt, gleich heute einen entsprechenden Beschluß zu fassen.

Herr S a n d e r: Ich möchte mir die Frage erlauben, ob Ereignisse eingetreten sind, die eine besondere Feuergefährdung für die Kirchen befürchten lassen. Mir ist hiervon nichts bekannt. Die Feuergefährdung bei Kirchen ist so minimal, daß noch nicht einmal $\frac{1}{10}$ Prozent dabei herauskommt. Wie lange ist hier kein Kirchenbrand gewesen. (Rufe: Gott sei Dank!) Die Gefahr ist wirklich soweit entfernt, daß wir eine solche große Ausgabe nicht gleich zu machen brauchen. Das Eintrittsgeld von 23 560 M mag für die Landesbrandversicherung wohl ein angenehmes Einkommen sein, für uns ist es aber eine sehr unangenehme Ausgabe. Ich glaube nicht, daß bei uns jemals eine Kirche brennen wird. Man könnte höchstens sagen, daß durch die Heizung der Kirchen eine vermehrte Feuergefährdung vorliegt, oder durch etwaigen Kurzschluß bei der elektrischen Beleuchtung. In Hamburg ist wohl der letzte Kirchenbrand gewesen. (Vorsitzender: Berlin!)

Herr Fr ü h l i n g: Diese Angelegenheit ist durchaus nicht neu, sie spielt schon seit dem Jahre 1844 und ist im Jahre 1868 wieder aufgetaucht, sie hat also nur geruht. Im großen ganzen steht die Baukommission auch auf dem Standpunkte des Herrn Sander, daß sie die Versicherung der Kirchen nicht empfiehlt, wohl aber die Ausführung der vorerwähnten baulichen Aenderungen.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e h e r: Die Vorlage ist wesentlich durch den Umstand veranlaßt worden, daß der Magistrat die Verantwortung nicht allein tragen möchte. Wenn hier eine Kirche abgebrannt wäre und wir müßten auf entsprechende Anfrage erklären, daß die Kirchen nicht versichert seien, so hätte doch vielleicht der eine oder andere der Herren gesagt, da hat der Magistrat nicht aufgepaßt. Deshalb haben wir uns mit der Sache in die Öffentlichkeit geflüchtet. Die Bauausführungen müssen wir auf jeden Fall machen; es ist doch mancherlei Gefahr für die Kirchen vorhanden, z. B. die Einführung des elektrischen Lichtes, die Anbringung von Heizungen, die Lagerung des Heiz-

materials und auch die Gefahr durch Blitz kommt hierbei in Betracht, so daß man alles tun muß, was möglich ist, um eine Feuerzgefahr von den Kirchen abzuwenden.

Herr W o l t e r s: Dem Gutachten der Baukommission schließe ich mich an, ebenso der Ansicht, daß die Sicherungsmaßnahmen bald ausgeführt werden müssen. Die Ausgabe von 37 000 *M* sofort in einem Jahre in Form der Kirchensteuer wieder zu erheben, erscheint mir nicht ratsam, weil dann die Kirchensteuer in ihrer Höhe erheblich schwanken würde. Wenn man auch eine langwierige Hinausschiebung der Tilgung nicht für richtig halten wird, so möchte ich doch vorschlagen, sich in der gutachtlichen Äußerung so auszudrücken, daß die Tilgung auf eine Reihe von zehn Jahren verteilt wird.

Herr Oberbürgermeister R e t e m e h e r: Herr Dr. Wolters hat mich mißverstanden. Wir wollen die 37 000 *M* nicht dieses Jahr auf die Kirchensteuer schlagen, sondern ich habe gesagt, wenn wir die Mittel durch eine Anleihe beschaffen, so müssen wir die Zinsen für die Anleihe in Form von Steuern wieder aufbringen, und dazu hat die Versammlung ihre Zustimmung zu geben. Wenn wir die Zinsen von 37 000 *M* Kapital in einem Jahre den Ausgaben der Gemeinde Kirchenkasse zuschlagen, brauchten wir zwar deshalb die Kirchensteuern noch nicht zu erhöhen; wenn aber der Magistrat auf die Kirchenkasse dauernde Verpflichtungen legt, so können Sie uns den Vorwurf machen, daß wir die Versammlung nicht vorher gefragt haben. Deshalb wenden wir uns bei größeren Aufwendungen, die die Gemeinde Kirchenkasse belasten, wie z. B. bei der Instandsetzung des Andreasturmes, vorher an die Versammlung, und halten es auch für richtiger, wenn die Versammlung in dem vorliegenden Falle gleich die Zustimmung zu den Ausgaben erteilt.

Herr F r i e: Ich möchte anfragen, ob die Versicherung nur für die Gebäude sein sollte, oder ob auch das Inventar mit einbegriffen ist. Wenn das der Fall sein sollte, so bitte ich, in Erwägung zu ziehen, ob es nicht angängig wäre, wenigstens den Inhalt der Kirchen zu versichern, was so viel nicht kosten kann.

Herr M e h e r h o f f: Das hat uns in der Baukommission gerade veranlaßt, auf die Versicherung zu verzichten. Bänke und Stühle lassen sich ersetzen, aber die Kunstschätze in einer Kirche sind bei einem Brandfalle verloren, auch wenn wir eine Entschädigung dafür bekommen. Deshalb wollen wir die Kirchen nicht versichern, wohl aber wollen wir Sicherungsmaßregeln treffen, um die Gebäude vor Brandschaden zu schützen. Den vom Herrn Oberbürgermeister angedeuteten Weg, die 37 000 *M* durch eine Anleihe zu decken, halte ich für ganz richtig. Wozu soll die Jetztzeit die ganze Summe tragen? Ich möchte den

Magistrat bitten, in Erwägung zu ziehen, die 37 000 *M* aus einer Anleihe zu decken, diese zu verzinzen und mit 1 Prozent zu amortisieren. Dann tun wir alles, was nötig ist.

Vorliegender: Sind Sie damit einverstanden, wenn wir uns dem Magistrate gegenüber dahin erklären, daß wir die von der städtischen Bauverwaltung vorgeschlagenen Maßregeln zur Sicherung der Kirchen für zweckmäßig halten, deren Versicherung bei der Landes-Brandkasse aber nicht befürwortet und damit einverstanden sind, daß die entstehenden Kosten hinterher durch eine Anleihe gedeckt werden? — Das ist von der Versammlung beschloffen.

VIII. Auswechsellung der Unterflurhydranten durch Oberflurhydranten.

Zusolge eines von den städtischen Behörden im Jahre 1895 gefaßten Beschlusses sind auf den seit jener Zeit angelegten neuen Straßen nur noch Oberflurhydranten zur Aufstellung gelangt. Die erheblichen Mängel, welche den Unterflurhydranten anhaften und besonders im Winter die prompte Bedienung der Löschgeräte häufig in empfindlichster Weise beeinträchtigen, haben die Feuerlöschdeputation veranlaßt, auf Ersetzung aller Unterflurhydranten durch Oberflurhydranten anzutragen. Die Zahl der vorhandenen Unterflurhydranten beträgt 881 gegen 195 Oberflurhydranten. Die Kosten für Beschaffung und Aufstellung eines Oberflurhydranten an Stelle eines Unterflurhydranten würden 122 *M* betragen. Es wird empfohlen, die Auswechsellung allmählich in der Weise durchzuführen, daß jährlich 40 Oberflurhydranten zur Aufstellung gelangen und zwar zunächst tunlichst an den Straßenkreuzungen, so daß mit allen Nebenkosten jährlich 6000 *M* in Ausgabe zu stellen wären. Der Magistrat hält diese Aufwendung für geboten und gibt anheim, ihn zu ermächtigen, zunächst im kommenden Rechnungsjahr die Summe von 6000 *M* für den fraglichen Zweck zu bewilligen. Wegen der in den künftigen Jahren aufzutwendenden Kosten bleiben weitere Anträge vorbehalten.

Auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr L ö s c h i g k berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

IX. Veräußerung von Dubletten beim Stadtarchiv.

Die Versammlung wird ersucht, zuzustimmen, daß einige Dubletten der Stadtbibliothek im Gesamtwerte von 5,25 *M* verkauft werden und sich ferner damit einverstanden zu erklären, daß die Archivdeputation ermächtigt wird, in Zukunft Dubletten der Stadtbibliothek kauf- oder tauschweise ohne Zustimmung der städtischen Behörden nach pflichtmäßigem Ermessen an dritte Personen oder Anstalten abzugeben.

Herr **W o l t e r s**: Die Finanzkommission ist mit beiden Anträgen einverstanden, bittet aber, zu beschließen, als Höchstfuß im Einzelfalle 100 *M* anzunehmen. Sollen Dubletten zu höheren Preisen abgegeben werden, so müßte die Zustimmung der städtischen Behörden eingeholt werden.

Der Antrag der Finanzkommission wird genehmigt.

X Aufnahme eines Prozesses.

Der Rentner Robert Ebeling hat gegen den Magistrat Klage auf Rückzahlung von 32,80 *M* Pachtzins erhoben. Unter Hinweis auf die über diese Sache in der Sitzung vom 17. Februar 1910 — Seite 532 des Berichtes — geführten Verhandlungen ersucht der Magistrat, die Aufnahme der Klage zu genehmigen,

was auf Empfehlung der Statutenkommission, für die Herr **B o g e** berichtet, geschieht.

XI Annahme eines Vergleichsvorschlages.

Bezüglich der in der Sitzung vom 17. Februar d. Js. — Seite 562 des Berichtes — verhandelten Sache, betreffend den Erwerb einer 16,03 a großen, auf Rüninger Feldmark gelegenen und der Kirche zu Rüningen gehörigen Fläche, war beschlossen worden, wegen zu hoher Forderung des Pächters das Zwangsenteignungsverfahren einzuleiten. Das Herzogliche Konsistorium bringt nun in Vorschlag, im Wege der gütlichen Einigung die Fläche unter folgenden Bedingungen zu erwerben: Der Magistrat bezahlt die abgetretene Fläche mit einem Preise von 3500 *M* pro 25 a. Dieser Preis wird vom Tage der Besitzübergabe ab mit 4 Prozent verzinst. Erfolgt die Besitzübergabe zu einem solchen Zeitpunkt, daß dem Pächter die diesjährige Spargelernte ganz oder teilweise entzogen wird, so zahlt der Magistrat auf den Kaufpreis ferner 4 Prozent Zinsen auf die Zeit vor der Besitzübergabe, die der Beeinträchtigung der Ernte entspricht, also bei Verlust der ganzen Ernte vom 1. Oktober 1909 ab, bei teilweisem Verlust entsprechend weniger. Der Magistrat läßt auf seine Kosten die Spargelbude des Pächters habekost umsetzen und zahlt diesem eine einmalige Entschädigung von 500 *M*, auch trägt der Magistrat die durch die Abtretung verursachten Kosten, insbesondere die Kosten der Auflösung.

Dem Antrage des Magistrates, dieses Abkommen gutzuheißen, entspricht die Versammlung nach Befürwortung durch die Baukommission, für die Herr **W o l t e r s** berichtet.

XII. Schaffung einer neuen Schulklasse und Annahme einer Lehrkraft.

Zu Ostern 1910 wird die Errichtung einer neuen Klasse an der fünften mittleren Knabenschule notwendig, die dann vollständig mit 19 Klassen ausgebaut sein wird. Der Magistrat ersucht, sich mit der Errichtung dieser neuen Klasse und der Annahme einer dadurch erforderlich werdenden Lehrkraft einverstanden zu erklären und die hierzu nötigen Mittel zu bewilligen.

Herr Kleinfnecht: Die Schulkommission empfiehlt einstimmig, die Vorlage zu genehmigen. Es ist in sozialer Beziehung erfreulich, feststellen zu können, daß die unteren Bürgerschulen in den letzten Jahren an Kinderzahl ab- und die mittleren Bürgerschulen zugenommen haben.

Die Vorlage wird genehmigt.

XIII. Einleitung eines Zwangseignungsverfahrens.

Zum Ausbau der Waterloostraße ist der Erwerb einer im Eigentume von Büders & Schulze stehenden, 1,70 a großen Teilfläche erforderlich. Die Eigentümer verlangen Abnahme des ganzen 5,38 a großen Grundstücks und fordern 21,50 M pro qm. Bei der verhältnismäßig geringen Größe und eigenartigen Lage des Grundstücks dürfte die behauptete Beeinträchtigung des Wertes des Restgrundstücks nach der Ansicht des Magistrates nicht zu bestreiten sein, die Forderung der Abnahme des ganzen Grundstücks erscheint deshalb nicht durchaus unbillig. Da indessen der geforderte Preis dem wirklichen Werte des Grundstücks nicht entspricht, so dürfte es sich empfehlen, die zur Straße erforderliche Fläche im Zwangseignungsverfahren zu erwerben. Der Magistrat ersucht deshalb, sich mit der Einleitung dieses Verfahrens einverstanden zu erklären,

was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Meyerhoff berichtet, geschieht.

XIV. Änderung des Ortsbauplans vor dem Petritore.

Der Malermeister Sander hat beantragt, die Straßen Nr. 295 und 296 des Ortsbauplanes um etwas nach Norden zu verschieben und gleichzeitig den durch sie gebildeten Straßenzug nach Westen hin bis zur Glückstraße zu verlängern. Da solche Verschiebung ohne Schädigung der Interessen dritter Personen möglich ist und die angeregte Fortführung der Straße nach Westen hin dem öffentlichen Interesse an der Ausgestaltung des Ortsbauplanes entspricht, so ersucht der Magistrat, sich damit einverstanden zu erklären, daß die betreffenden Straßenzüge aufgehoben und durch eine neue Fluchtlinie ersetzt werden. Bemerkt soll noch werden, daß die Aufnahme des neuen Straßenzuges auch eine

nördliche Verschiebung der Straße Nr. 299 bedingt, wogegen der Magistrat ebenfalls nichts einzuwenden hat.

Dem Antrage wird auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr *N i e f e* berichtet, zugestimmt.

XV. Ankauf einer Fläche am Sutfiltern.

Am 9. Dezember 1909 — Seite 426 des Berichtes — hat die Versammlung genehmigt, daß eine nach dem Ortsbauplane vom Grundstücke des Kaufmanns Hamburger zur Straße am Kattreppeln abzutretende Fläche von 18,9 qm zum Preise von 274 *M* pro qm stadtseitig erworben werde. Westlich anschließend an jene Fläche liegt eine 9,2 qm große, dem Kaufmann Sonnemann gehörige Fläche, die nach dem Ortsbauplane ebenfalls der Straße zugelegt werden soll. Da diese Fläche unbebaut ist, so ist der Magistrat mit Herrn Sonnemann wegen Erwerbs der Fläche in Verhandlung getreten. Herr Sonnemann ist bereit, das westliche Teilstück des Areals in Größe von 4,2 qm ebenfalls zum Einheitspreise von 274 *M* und die restlichen 5 qm zum Einheitspreise von 174 *M* der Stadt zu überlassen. Der Preisunterschied hat darin seinen Grund, daß die zuletzt angeführte 5 qm enthaltende Teilfläche wegen des in ihr liegenden kanalisiertes Okergrabens dinglich belastet ist. Der Magistrat hält den geforderten Preis für angemessen und ersucht, ihn zum Ankauf der Fläche zu ermächtigen, sowie sich damit einverstanden zu erklären, daß der Kaufpreis zu 2020,80 *M* zu Lasten des Ausgleichsfonds verrechnet werde.

Nach Empfehlung der Vorlage durch die Baukommission, für die Herr *F r i e* berichtet, stimmt die Versammlung dem Antrage zu.

XVI. Abgabe von Gas zu ermäßigtem Preise.

Der Braunschweigische Verein für Luftschiffahrt hat gebeten, ihm das zur Füllung von vier oder fünf Ballons erforderliche Gas wiederum zum Preise von 10 *S* pro cbm zu überlassen. Der Magistrat gibt anheim, den Antrag zu genehmigen.

Von den Zuschauern, die auf dem benachbarten städtischen Wirtschaftshofe untergebracht werden sollen, wird ein Eintrittsgeld von 1 *M* erhoben, dessen Ertrag für das Krüppelheim bestimmt ist.

Herr *F r ü h l i n g* empfiehlt, und die Versammlung genehmigt die Vorlage.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 6¼ Uhr.